

ERNST NOLTE

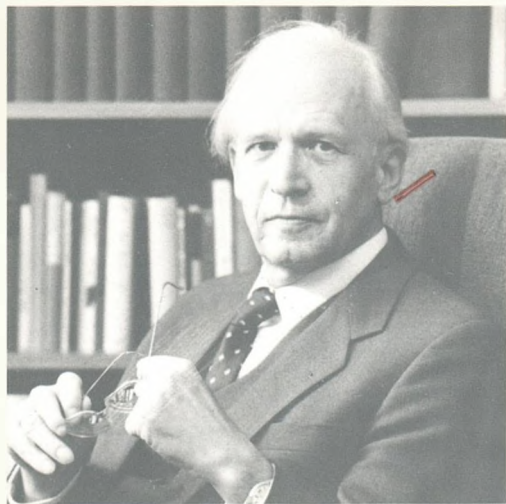
**DER EUROPÄISCHE
BÜRGERKRIEG**

1917–1945

**Nationalsozialismus und
Bolschewismus
Propyläen**

Im Jahre 1963 publizierte der damals völlig unbekannte Studienrat Ernst Nolte sein erstes Buch »Der Faschismus in seiner Epoche«, das innerhalb kurzer Frist die Habilitation des Verfassers und seine Berufung auf einen Lehrstuhl für Neuere Geschichte zur Folge hatte, das in alle großen Sprachen der westlichen Welt übersetzt wurde und 1984 in die sechste Auflage ging. Mit dem vorliegenden Buch wird die Epoche selbst zum Gegenstand, und zwar nicht in einer breiten Beschreibung, sondern unter dem Gesichtspunkt des Kampfes der beiden Bürgerkriegsparteien, von denen die eine bereits 1917, die andere im Jahre 1933 nach der Vernichtung aller Gegner die Alleinherrschaft in einem europäischen Großstaat übernahm.

Die Weltkriegsepoche darf deshalb als die Zeit eines europäischen Bürgerkrieges verstanden werden, weil im Jahre 1917 in Rußland eine einzelne Partei die Macht ergriffen hatte, die sich als Partei des Friedens und der Gerechtigkeit verstand und die bald in allen Staaten Europas über zahlreiche Anhänger verfügte. Im russischen Bürgerkrieg von 1918 bis 1920 proklamierte sie die Vernichtung ganzer feindlicher Klassen, und die eben gegründete Kommunistische Partei Deutschlands sah den »gewaltigsten Bürgerkrieg der Weltgeschichte« in der ganzen Welt entbrannt. Daher war auch nach dem Scheitern aller »bewaffneten Aufstände« außerhalb Rußlands in vielen Staaten Europas und besonders in Italien und Deutschland eine Bürgerkriegssituation gegeben. Die Frage war, ob sich die Staaten des Liberalen Systems aus eigenen Kräften würden behaupten können, oder ob die aufkommenden militanten Gegenbewegungen, die sich häufig »faschistisch« nannten, die Oberhand gewinnen würden. Mit der Machtübernahme der NSDAP kam die antibolschewistische Bürgerkriegspartei 1933 auch in der Mitte Europas zur Herrschaft. Dieses Buch stellt die Weltkriegsepoche unter dem Aspekt des Kampfes der beiden bedeutendsten Bürgerkriegsparteien dar, des Nationalsozialismus und des Bolschewismus. Es geht darum, beide Phänomene so weit wie möglich verstehbar zu machen und damit zu historisieren. Da die Feindschaft nicht als Schein verstanden wird und dem Bolschewismus die Priorität zukommt, erhält das Totalitarismuskonzept die historisch-genetische Dimension, die ihm bisher fehlte. Aber es wird nicht nur der Gegensatz wahrgenommen, sondern auch die innere Annäherung, welche die Sowjetunion für Hitler und die Nationalsozialisten aus einem Schreckbild mehr und mehr zum Vorbild werden ließ. Im deutsch-sowjetischen Kriege, der auch als Wiederaufnahme des russischen Bürgerkrieges betrachtet werden muß, wurde von der nationalsozialistischen Seite ein Vernichtungskonzept verwirklicht, welches das Vorbild des bolschewistischen erkennen läßt und gleichwohl eine qualitative Differenz in sich schließt. Hier stößt der Wille zum Verstehen und zur Erfassung der Komplexität des Geschehens auf seine Grenzen. Die letzte Folgerung ist die Einsicht, daß die Menschheit sich nicht nur von der Möglichkeit des großen Krieges, sondern auch von Bürgerkriegskonzepten entfernen muß, wenn sie überleben will.



Ernst Nolte, geboren 1923, studierte bei Martin Heidegger in Freiburg, promovierte 1952 bei Eugen Fink. 1953 bis 1965 Tätigkeit an einem Gymnasium in Bad Godesberg. 1964 Habilitation an der Universität Köln. 1965 bis 1973 Professor für Neuere Geschichte an der Philipps-Universität Marburg. Seit 1973 am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Gastprofessuren und Forschungsaufenthalte u.a. an der Yale University, in Wassenaar, Cambridge und Jerusalem. Träger des Hanns-Martin-Schleyer-Preises. Sein FAZ-Artikel »Die Vergangenheit, die nicht vergehen will«, der weitgehend auf den Thesen dieses Buches basiert, löste 1986 den sogenannten Historikerstreit aus.

Wichtige Veröffentlichungen

Der Faschismus in seiner Epoche, 1963
Theorien über den Faschismus, 1967
Die Krise des Liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen, 1968
Deutschland und der Kalte Krieg, 1974
Marxismus-Faschismus-Kalter Krieg, 1977
Marxismus und Industrielle Revolution, 1983
Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, 1987

Schutzumschlagentwurf:
Theodor Bayer-Eynck

© 1987 by Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt/Main • Berlin,
Propyläen Verlag
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Theodor Bayer-Eynck
Satz: Dörlemann-Satz GmbH, Lemförde
Druck und Verarbeitung: Mohndruck, Gütersloh
Printed in Germany 1987
ISBN 3 549 07216 3

Eingelesen mit **ABBYY Fine Reader 16**

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Nolte, Ernst:
Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945:
Nationalsozialismus u. Bolschewismus/
Ernst Nolte. – Frankfurt/Main; Berlin:
Ullstein, 1987
ISBN 3-549-07216-3

Inhalt

| | |
|---|-----|
| <i>Vorwort</i> | 1 |
| <i>Einleitung: Perspektiven für die Weltkriegsepoche</i> | 3 |
| I. <i>Schlusspunkt und Vorspiel 1933: Die antimarxistische Machtübernahme in Deutschland</i> | 28 |
| II. <i>Rückblick auf die Jahre 1917-1932: Kommunisten, Nationalsozialisten, Sowjetrußland</i> | 46 |
| 1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution. Die Februarrevolution und die Machtergreifung der Bolschewiki 1917 | 46 |
| 2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem Weltkrieg und der russischen Revolution | 69 |
| 3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921 | 84 |
| 4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers | 106 |
| 5. «Weltrevolution» oder «nationale Regierung» in Deutschland? Das Krisenjahr 1923 | 123 |
| 6. Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Etablierung der Alleinherrschaft Stalins | 134 |
| 7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929 | 144 |
| 8. Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion | 165 |
| 9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland | 175 |
| 10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme | 194 |
| III <i>Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941</i> | 213 |
| 1. Das nationalsozialistische Deutschland und die kommunistische Sowjetunion 1933/34 | 213 |

Inhalt

| | |
|--|------------|
| 2. Der «Röhm-Putsch» und die Ermordung Kirows 1934 | 225 |
| 3. Weltpolitik 1935-1936 | 237 |
| 3. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg | 252 |
| 4. Die «grosse Säuberung» und das Aufbaupathos in der Sowjetunion | 264 |
| 5. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft | 276 |
| 6. Das Scheitern des antifaschistischen und des antikommunistischen Konzepts in der grossen europäischen Politik | 293 |
| 7. Der Hitler-Stalin-Pakt als der Beginn des europäischen Vorspiels zum Zweiten Weltkrieg | 305 |
| 8. Das fragile Bündnis: Triumphe – Gewinne – Spannungen . | 318 |
| | |
| IV. <i>Strukturen zweier Einparteistaaten</i> | 335 |
| 1. Die Staatsparteien und ihre Führer | 335 |
| 2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors . . . | 358 |
| 3. Die Jugendverbände Selbstverständnis und Fremdverständnis in Propaganda und Literatur | 371 382 |
| 4. Die politisierte Kultur | 404 |
| 5. Recht und Rechtlosigkeit | 418 |
| 6. Emigration und Widerstand | 428 |
| 7. Die totale Mobilisierung | 446 |
| | |
| V. <i>Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945</i> | 458 |
| 1. Der Angriff gegen die Sowjetunion: Entscheidungskampf? – Befreiungsfeldzug? – Vernichtungskrieg? | 458 |
| 2. Notwendigkeiten, Zufälle und Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege | 471 |
| 3. Weltkrieg der Ideologien? | 485 |
| 4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage» | 499 |
| 5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion..... | 517 |

Schlussbetrachtung: Bolschewismus und Nationalsozialismus im europäischen Bürgerkrieg der Epoche des Faschismus 533

Abkürzungsverzeichnis 550

Anmerkungen..... 551

Register 601

Vorwort

Die Publikation dieses Buches, das in einem ersten Entwurf im Frühjahr 1986 fertiggestellt war, ist auf grosse und unerwartete Schwierigkeiten gestossen. Der Hauptgrund dafür war zweifellos der sogenannte Historikerstreit¹, von dem gesagt werden kann, dass er in seinem emotionalsten Teil aus der Arbeit an dem vorliegenden Buch hervorgegangen ist. Ich danke dem Propyläen Verlag², dass er sich des Manuskripts mit viel Spontaneität und Tatkraft annahm, sobald ihm die Umstände zur Kenntnis gekommen waren. Weitaus mehr Dank als bei meinen früheren Büchern³ schulde ich meinen Mitarbeitern, in erster Linie Herrn Kai-Uwe Merz, der dem Idealbild eines Assistenten und jungen Wissenschaftlers so nahekommen dürfte, wie es nur menschenmöglich ist. Diesseits jeder einzelnen Danksagung, weil lebensvolle Mitte für ein abstraktes Dasein, befindet sich, wie immer, meine Frau.

Berlin, im Juni 1987 Ernst Nolte

Einleitung

Perspektiven für die Weltkriegsepoche

Nichts scheint trivialer zu sein und ist doch weniger selbstverständlich als die These, die angemessenste Perspektive, in welcher der Bolschewismus und die Sowjetunion, der Nationalsozialismus und das Dritte Reich gesehen werden müssten, sei diejenige eines *europäischen Bürgerkrieges*.

Es ist allgemein bekannt, dass die Partei der Bolschewiki gleich nach ihrer Machtergreifung im November 1917 die Proletarier und Unterdrückten in aller Welt zum Aufstand gegen das kapitalistische System aufrief, das für den Krieg verantwortlich sei, und nicht nur Spezialisten wissen, dass die eben gegründete Kommunistische Partei Deutschlands sich zu Anfang 1919 «in dem gewaltigsten Bürgerkrieg der Weltgeschichte» begriffen sah.¹ Abermals wenige Monate später glaubte die Dritte Internationale sogar proklamieren zu dürfen, der 1. Mai 1919 müsse der Tag der proletarischen Revolution in ganz Europa sein. Es gab also seit 1917 einen Staat und seit 1919 eine internationale Partei, die überall zu einem «bewaffneten Aufstand» und mithin zum *Weltbürgerkrieg* aufriefen, und da es sich offensichtlich nicht um die Phantasien machtloser Sektierer handelte, war damit eine fundamentale neue Realität in das geschichtliche Dasein getreten. Wenn eine starke Gruppe den Bürgerkrieg fordert, so ist damit jedenfalls eine Bürgerkriegssituation gegeben, auch wenn nicht sofort oder ständig blutige Kämpfe stattfinden. So hat Stefan Possony die Epoche als das «Jahrhundert des Aufruhrs» beschrieben; Hanno Kesting hat weit in die Geistesgeschichte zurückgegriffen und das Thema «Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg» behandelt; Roman Schnur wiederum verfolgte die «Ouvertüre» des Weltbürgerkrieges in dem Zeitalter der Französischen Revolution.²

Ein so umfassender Begriff muss freilich Bedenken hervorrufen. Zum Begriff des Bürgerkrieges scheint zu gehören, dass sich innerhalb eines Staates zwei Gruppen von Bürgern bewaffnet gegenüberstehen, sei es, dass Aufständische die Regierung bekämpfen, sei es, dass beide Parteien über ein eigenes Territorium verfügen und eine klare Analogie zum Staatenkrieg

Einleitung

vorhanden ist. Das passendste Beispiel ist der amerikanische Bürgerkrieg von 1861 bis 1865, der von Anfang an aus Kriegshandlungen organisierter Armeen bestand. Aber andererseits spricht man vom Zeitalter des englischen Bürgerkrieges 1640-1660, obwohl keineswegs in jedem dieser Jahre bewaffnete Auseinandersetzungen stattfanden und obwohl die am Ende siegreiche Partei noch zu Anfang des Jahres 1660 nicht über eigene bewaffnete Kräfte verfügte. Und sogar dieser insulare Bürgerkrieg war nicht rein innerstaatlich, denn sowohl die Puritaner wie die Royalisten fanden jenseits des Kanals Sympathie und Unterstützung. Im Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons waren Bürgerkrieg und Staatenkrieg oftmals kaum unterscheidbar: Ein Staat, der das Motto *Krieg den Palästen, Friede den Hütten* auf seine Fahnen schreibt, ist selbst eine Bürgerkriegspartei, sofern in den feindlichen Staaten auch zahlreiche *Häuser* vorhanden sind und nicht bloss einige Paläste neben Millionen von Hütten. Der engste Begriff des Bürgerkrieges ist also aller Vermutung nach nicht der sachgerechteste.

Aber ist es deshalb gerechtfertigt, von einem *europäischen Bürgerkrieg* der Jahre zwischen 1917 und 1945 zu sprechen? Es gab den russischen Bürgerkrieg von 1918 bis 1920, und es gab den spanischen Bürgerkrieg in den Jahren 1936 bis 1939, es gab Revolutionsversuche und Aufstände in Deutschland, Estland, Bulgarien und anderswo. Aber der Januaraufstand von 1919, die *Märzaktion* von 1921, der Putsch von Reval, Ende 1924, wurden von den angegriffenen Regierungen mit Hilfe der Polizei und der Armeen niedergeschlagen, und so wenig man die Härte der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Frankreich und England unterschätzen sollte, so lässt es doch sogar der umfassendste Begriff des Bürgerkriegs nicht zu, in diesen Ländern etwas anderes wahrzunehmen als heftige Parteienkämpfe, gelegentliche Unruhen und einzelne politische Streiks. Zwar existierte hier wie dort eine kommunistische, d.h. auf den bewaffneten Aufstand ausgerichtete Partei, aber sie hatte die Regierung und eine so grosse Bevölkerungsmehrheit gegen sich, dass es nur die *eine* Bürgerkriegspartei gab, die sich gleichsam in einem übermächtigen Netz verding. So muss man zwar ohne Zweifel von «Europa in der Krise» sprechen³, aber von einem *europäischen Bürgerkrieg* kann nicht die Rede sein, wenn man die einzelnen Länder Europas gleichmässig und vor allem im Hinblick auf ihre wechselseitigen Beziehungen ins Auge fasst.

Doch selbst in einer ganz konventionellen und bloss erzählenden Geschichte Europas im Zeitalter der Weltkriege muss indessen als abermals neuartiges und ganz unerwartetes Phänomen konstatiert werden, dass sich zunächst in Italien eine Partei bildete, die sich nicht einfach wie die längst vorhandenen Parteien in naher oder entfernter Verbindung mit der Regierung gegen die Partei des revolutionären Sozialismus bzw. Kommunismus stellte, um diese nach der Abwehr des tatsächlichen oder doch projektierten Griffs nach der Macht ihrer eigenen Fortentwicklung zu überlassen, sondern die sich als eine zweite und radikal entgegengesetzte *Partei des Bürgerkrieges* verstand. Daher bedeutete die Machtergreifung der faschistischen Partei im Oktober 1922 zwar nicht sofort, aber doch in logischer Konsequenz ihres Grundansatzes die politische Vernichtung der kommunistischen Partei und schliesslich sogar die Vernichtung aller anderen Parteien.

Dennoch ist es keineswegs ausgemacht, dass auch nur von einem *italienischen Bürgerkrieg* gesprochen werden darf. Der Begriff wäre nur dann unstrittig und legitim, wenn es letzten Endes die faschistische Partei gewesen wäre, die einen gesamtnationalen Aufstand der Kommunisten niedergeworfen hätte. Ein solcher Aufstand hatte indessen *nicht* stattgefunden, und die Ansätze dazu waren von der Regierung bzw. dem Parteiensystem im Keim erstickt worden; daher hat man häufig behauptet, die faschistische Partei sei erst nachträglich auf den Plan getreten und sei als eine Art Parasit zu betrachten, welcher der bereits besiegten Revolution einen überflüssigen Fusstritt versetzt und dann den eigenen Ernährer, das *System*, vom politischen Tisch gestossen habe.

Aber diese Auffassung wurde durchaus nicht allgemein für richtig gehalten, und jedenfalls existierten seit 1922 zwei Parteien, die auf den Bürgerkrieg ausgerichtet waren und die dieser Ausrichtung eine ideologische Begründung gaben. Beide Parteien hatten einen Staat in Besitz genommen, und beide verfügten in vielen Ländern über Sympathisanten und Anhänger. Dadurch war die Situation Europas eine ganz andere, als sie vor dem Ersten Weltkrieg gewesen war. Gleichwohl war gegen Ende der zwanziger Jahre die Meinung weit verbreitet, diese beiden ideologischen Länder seien randständige Staaten, die an Leistungskraft und genuiner Dynamik weit hinter den grossen Zentralmächten Europas, hinter England, Frankreich und Deutschland zurückblieben und deren internationale Anhängerschaft bloss

Einleitung

aus bedeutungslosen Sekten bestehe. Tatsächlich verlor ja in Frankreich die Kommunistische Partei, die sich im Jahre 1920 aus der grossen Mehrheit der Sozialistischen Partei gebildet hatte, in geradezu erschreckendem Masse an Anhängern, und mit den italienischen Faschisten sympathisierten nur kleine Gruppen wie die Action Française. Die Sowjetunion wiederum hatte nach verbreiteter Auffassung ihren revolutionären Charakter aufgegeben und war dabei, den *Sozialismus in einem Lande* aufzubauen. Wer 1929 in Europa reiste, sah sich nirgendwo bürgerkriegsartigen Zuständen konfrontiert, und bloss in Russland und Italien begegneten ihm Einpartei-regime, die alle ihre Gegner bürgerkriegsmässig vernichtet hatten, wenngleich auf sehr unterschiedliche Weise.

Als die Weltwirtschaftskrise ihre Spuren durch die Länder gezogen hatte, gewann der ausländische Besucher jedoch ein anderes Bild. Mindestens in Deutschland musste er sich fragen, ob die revolutionäre Situation von 1919-1920 nicht wiedererstanden sei. Nahezu ein Fünftel der deutschen Wähler schien sich mit der Sowjetunion zu identifizieren, wie Clara Zetkin es in besonders ausgeprägter Form bereits 1920 getan hatte, als sie eine bekannte Gedichtzeile von Heinrich Lersch zu der staunenswerten Formulierung umprägte «Sowjetrussland muss leben und wenn wir sterben müssen».⁴ Mehr als ein Drittel sprach sich für eine Partei aus, die durch den Mund ihres Führers häufig ihre Bewunderung für den italienischen Faschismus und dessen Duce zum Ausdruck brachte. Die Unruhe auf den Strassen der Städte war so gross, dass immer wieder vom drohenden oder im Ausbruch begriffenen Bürgerkrieg gesprochen wurde. Die Machtergreifung der NSDAP war ein Vorgang, bei dem die Staatsmacht und eine riesige Partei ihren Hauptfeind auf ganz bürgerkriegsmässige Weise niederwarfen und alle anderen Gegner zur Kapitulation zwangen. Ob auch hier wie in Italien ein schon errungener Sieg bloss auf exorbitante Weise nachvollzogen wurde, muss zweifelhaft sein. Jedenfalls wurde es von diesem Augenblick an wahrscheinlich, dass Europa endgültig in eine neue Epoche eingetreten war, die nach ihrer neuartigsten und hinfort bestimmendsten Erscheinung *Epoche des Faschismus* genannt werden muss und die eben deshalb die Epoche des europäischen Bürgerkrieges war; ein *Weltbürgerkrieg* hatte sich ja noch nicht entwickeln können, da die Vereinigten Staaten von Amerika zwar die kurze und heftige Panik des *red scare*⁵ erlebt hatten und bis 1933 der Sowjetunion die diplomatische Anerkennung ver-

weigerten, aber gleichwohl noch nicht wirklich in den Konflikt eingetreten waren. Wenn dieser Charakter sichtbar werden soll, dann genügt es nicht, nur den *Faschismus in seiner Epoche* zum Gegenstand zu machen, sondern es ist notwendig, ebenso sehr dessen elementarste Voraussetzung ins Auge zu fassen, nämlich den Bolschewismus oder Sowjetkommunismus. Wenn die wechselseitige Feindschaft dieser beiden Staatsparteien, die sich jedenfalls als Bürgerkriegsparteien verstanden, ernsthaft und nicht bloss ein Relikt aus halb vergessenen, längst von *friedlicher Aufbauarbeit* abgelösten Anfangszeiten war, dann musste sie sich eines Tages zum Staatenkrieg entwickeln, der zugleich die wesentlichen Merkmale eines internationalen Bürgerkrieges tragen würde.

Aber nur eine sehr entschiedene und eben deshalb strittige Selektion bekommt diesen Charakter in den Blick. Wer eine europäische Geschichte der Weltkriegsepoche schreibt, hat mit so vielen Staatenbeziehungen und inneren Verhältnissen einzelner Staaten zu tun, dass die Sowjetunion und Deutschland erst 1941 und allenfalls 1939 zum eminenten Thema werden. Wer die Entwicklung der faschistischen Bewegungen verfolgt, nimmt zwar das spezifisch Neue und insofern den eigentümlichen Epochencharakter wahr, aber er kann dessen wichtigste Voraussetzung, das Objekt des Antibolschewismus dieser Bewegungen, nicht auf anschauliche Weise schildern.⁶ Eine Geschichte der Sowjetunion wiederum ist entweder ganz überwiegend mit der inneren Entwicklung beschäftigt, oder sie wird zu einer Aneinanderreihung revolutionärer Misserfolge, denen freilich ein tieferer und positiver Sinn zugeschrieben werden mag. Als europäischer Bürgerkrieg kann die Epoche nur dann erscheinen, wenn die beiden Hauptantagonisten in den Mittelpunkt gestellt werden: der Bolschewismus, der seit 1917 ein Staat war, und der Nationalsozialismus, der 1933 ein Staat wurde.

Gewiss ist nicht auszuschliessen, dass diese Perspektive gerade in die Irre führt, und es ist sicherlich kein Zufall, dass sie bisher nie gewählt wurde. Kommunistische Autoren der Gegenwart werden sich dagegen verwahren, dass hier ein kurzlebiges und reaktionäres Phänomen auf die gleiche Ebene gestellt zu werden scheint wie die säkulare Weltbewegung, die zwar temporär *deformiert* war, aber nie ihren *progressiven* Charakter verlor. Liberale werden sich fragen, ob im Rahmen dieser Fragestellung nicht die demokratischen und liberalen Staaten bzw. Tendenzen allzusehr in den

Einleitung

Hintergrund treten. Für den Antikommunisten wird es in hohem Grade unbehaglich sein, den Widerstand der westlichen Welt in der Ära des Kalten Krieges und in der Gegenwart anscheinend in eine Linie mit dem nach seiner Überzeugung so völlig andersartigen Antikommunismus des Dritten Reiches gerückt zu sehen. Keineswegs bloss den Überlebenden der *Endlösung* und den Bürgern Israels wird sich die Frage aufdrängen, ob unter dieser Fragestellung der Antisemitismus der Nationalsozialisten nicht zu einem zufälligen Begleitzustand herabsinkt.

Alle diese Fragen lassen sich nur durch die Darstellung klären und deshalb erst nach der Darstellung beantworten, die zwar methodische Erörterungen in sich schliesst, aber doch rasch zur anschaulichen Schilderung und zu den wesentlichen Details gelangen muss. Dabei darf der Nationalsozialismus einen Vorrang des Erkenntnisinteresses beanspruchen.

Gewiss wurde auch der Bolschewismus für die Zeitgenossen schon 1917/18 zu einem verwirrenden und umstrittenen Phänomen. Dass *die Arbeiterbewegung* nach dem Ersten Weltkrieg mindestens in dem einen oder anderen Lande West- oder Mitteleuropas die Macht ergreifen würde, war nicht bloss den Anhängern des Sozialismus wahrscheinlich. Aber was bedeutete es, dass der Vorgang sich ausgerechnet in dem *zurückgebliebenen* Russland vollzog, dessen Bevölkerung in ihrer übergrossen Mehrheit aus Bauern bestand? Degradierte sich die sozialistische Partei, die hier gegen andere sozialistische Parteien die Macht ergriff, am Ende zum Instrument der Selbstbehauptung des russischen Vielvölkerstaates? Oder wurde Russland zum blossen Material des weltrevolutionären Willens marxistischer Intellektueller, die zwar im ersten Überschwang die Möglichkeiten überschätzten, welche sich ihnen in Europa und in der Welt boten, die aber unverrückbar an ihrem Ziel festhielten, der revolutionären Umgestaltung der ganzen Erde zu einem menschlichen Gemeinwesen ohne Klassen und ohne Staaten? An Feinden, die vorher Freunde gewesen waren, fehlte es von Anfang an nicht, und selbst entschiedene Anhänger sahen sich früh in schwere Zweifel verwickelt.

Gleichwohl gibt es kein Phänomen in der modernen Weltgeschichte, das von so vielen Seiten, so lange und so intensiv verurteilt worden wäre wie der deutsche Nationalsozialismus und das Dritte Reich; aber es existiert auch kein Regime, das auf so gegensätzliche Weise charakterisiert worden

wäre und das den Kritikern so viel Gelegenheit gegeben hätte, sich indirekt gegenseitig anzugreifen, indem eine enge Verwandtschaft zwischen dem Nationalsozialismus und einer der Mächte oder Denkweisen konstatiert wird, die eben noch zur einmütigen Front der Gegner zu gehören schienen. Es ist umstritten, ob der Nationalsozialismus dem Kapitalismus oder dem Kommunismus ähnlich war, ob er als deutsch oder als undeutsch gelten muss, ob er sich als antimodern oder als modernisierend erwies, ob er revolutionär oder gegenrevolutionär war, ob er die Triebe unterdrückte oder entfesselte, ob er *A ufraggeber hatte* oder nicht, ob er ein monolithisches System erzeugte oder eine Polykratie, ob seine Massenbasis von Kleinbürgern oder zu einem beträchtlichen Teil auch von Arbeitern gebildet wurde, ob er von weltgeschichtlichen Tendenzen getragen war oder ob er ein letztes Aufbegehren gegen den Gang der Geschichte darstellte.

Dieser Tatbestand ist für die Wissenschaft eine Grundgegebenheit und zugleich eine Herausforderung. Wissenschaftliche Betrachtungsweise macht zunächst Distanz zu jeder der bisher genügend herausgearbeiteten Interpretationen erforderlich, und sie muss daher vor allem bemüht sein, der inneren Komplexität des so vielfältig beurteilten Phänomens gerecht zu werden; sie darf in ihrem Blick auf Komplexität und Widersprüchlichkeit aber gleichwohl jene Einhelligkeit nicht aus dem Auge verlieren, die ebenfalls ein fundamentales Faktum ist. Wenn sie gewillt sein muss, jene Revisionen zu vollziehen, die aus der Abwägung gegensätzlicher Auffassungen und der Ausbildung neuer Fragestellungen resultieren mögen, kann sie doch nicht jenen Konsens bloss verwerfen, der so viele Gegensätze zu überspannen vermochte. Wenn sie *Apologie* betriebe, würde sie selbst zur Partei. Aber für Parteimeinungen gilt oft schon dasjenige als Apologie, was die entgegengesetzte Meinung mit in die Erwägung zieht. Als amerikanische Gelehrte wie Harry Elmer Barnes und Charles C. Tansill in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die bis dahin unbestrittene These von der alleinigen Kriegsschuld des Deutschen Reiches in Zweifel zogen, wurde ihnen vorgeworfen, sie träten für den Kriegsgegner ein, aber in Wahrheit bahnten sie den Weg zu einer umfassenderen Betrachtungsweise, welche die entgegengesetzten Thesen der Kriegspropaganda beider Seiten zu einem Gesamtbild integrierte, ohne dass deshalb ein gleichmässiger Abstand von beiden Ausgangspunkten das Ergebnis gewesen wäre.

Perspektive heisst Durchblick, und ohne Durchblicke, die mehr ins Auge

fassen als den unmittelbaren Gegenstand, ist keine Art von Geschichtsschreibung möglich. Sogar der Historiker, der die Ereignisse auf einer entlegenen Insel schildern will, kommt ohne einen Begriff von Nicht-Insularität nicht aus, von dem her das Eigentümliche, eben Inselhafte, dieser Vorgänge besser verstehbar wird. Viel häufiger sind aber Erscheinungen, die in der Beziehung zu anderen Phänomenen geradezu ihren Existenzgrund haben. Die Gegenreformation setzt die Reformation voraus, und eine Geschichte der Gegenreformation, die nicht wenigstens in Durchblicken auch eine Geschichte der Reformation wäre, ist unvorstellbar. Die Perspektiven, mittels deren der Nationalsozialismus zu einer ursprünglicheren oder übergeordneten Realität in Beziehung gesetzt wird, sind zahlreich, aber überschaubar. Die wichtigsten unter ihnen beruhen keineswegs auf gelehrten Theorien, sondern sind in konkreten Erfahrungen vieler Hunderttausender von Menschen begründet.⁷

1. Die älteste und nächstliegende Perspektive ist, die nationalsozialistische Herrschaft als ein Stadium der deutschen Geschichte zu betrachten. Gegen das Deutsche Reich hatten nahezu alle Staaten der Erde den Ersten Weltkrieg geführt, und es war die beinahe allgemeine Überzeugung, dass dieser Staat in der Mitte Europas durch seinen Militarismus und durch sein Expansionsstreben den Weltbrand entzündet habe.⁸ Die nationalsozialistische Partei galt dabei insbesondere den Franzosen schon früh als die Speerspitze des deutschen Revisionismus und Revanchismus, in welchem so gut wie alle Deutschen übereinstimmten. Nach der Machtergreifung Hitlers war die Partei erst recht mit *Deutschland* identisch, und die wichtigsten Linien der deutschen Geschichte schienen seit Luther und wohl gar seit Hermann dem Cherusker direkt auf sie zuzuführen. Den Gegensatz zu diesem nationalsozialistischen Deutschland bildete das übrige Europa mit seiner durch die antike und insbesondere römische Tradition geprägten Kultur. Die definitive Bestätigung schien diese Auffassung mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu finden, der wieder, wie bereits 1914, die europäischen Vormächte Frankreich und England dem Angriff der konzentrierten deutschen Militärmacht aussetzte. Diesmal erlitt Frankreich sogar eine schwere Niederlage, und es bedurfte erneut der Hilfe der ganzen Welt, bis der stärkste aller Militärstaaten niedergeworfen war. Hitler und seine Partei waren also nur eine neue Erscheinungsform jenes alldeutschen Welther-

schaftsstrebens, das sich bereits vor 1914 mit sozialdarwinistischen Vorstellungen vom unerbittlichen Ringen biologischer Kräfte verbunden hatte und das zum eigentlichen Gegenpol der friedliebenden und demokratischen Tendenzen in Europa geworden war. Eine Lösung bot nur die Zerschlagung dieser Machtkonzentration und die Integration der umerzogenen Deutschen in einen Staatenverband Europas oder der Welt. Auch die Deutschen konnten diese Perspektive akzeptieren, sie erleichterte ihnen den Abschied vom Macht-, ja vom Nationalstaat, obwohl oder weil sie noch in der Umkehrung eine teutonozentrische Perspektive war.⁹

2. Diese Sichtweise setzte jedoch immer eine innere Geschlossenheit voraus, die der *modernen Gesellschaft nicht* zukommt, welche sich für den Blick des Soziologen überall als eine vielfältig gegliederte oder fragmentierte erweist. Wenn die deutsche Gesellschaft sich aber ebenso aus Unternehmern und Arbeitern, aus Bildungsbürgern und Kleinhändlern, aus Beamtschaft und freien Berufen zusammensetzt wie die französische und die englische, dann können nicht die Modifikationen das entscheidende sein, sondern es kommt auf den Grundcharakter an. Und dann zeigt sich, dass das Wirtschaftssystem in allen europäischen Ländern mit Ausnahme der Sowjetunion dasselbe war, nämlich das *kapitalistische*, dass England und Frankreich nicht minder imperialistisch waren als Deutschland, dass sie den gleichen Erschütterungen unterlagen, dass sie auf ähnliche Art nach Auswegen suchten und dass überall Bewegungen und Parteien auftauchten, welche der grossen Krise auf ähnliche Weise begegnen wollten wie die nationalsozialistische Partei in Deutschland. Die soziologische Perspektive ist also eine internationale, und wo sie in marxistischer Gestalt auftrat, zeigten ihre Vertreter sich überzeugt, dass nur eine internationale Massnahme Abhilfe schaffen könne, nämlich die Ersetzung des anarchischen und krisenerzeugenden Wirtschaftssystems des Kapitalismus durch eine sozialistische Planwirtschaft, welche mindestens Europa und möglichst die Welt umfassen sollte. Allerdings sah nur ein Teil der Marxisten in der sowjetischen Planwirtschaft das nachahmenswerte Vorbild, und die Sozialdemokraten sprachen ihr die Qualität des *Sozialismus* sogar rundweg ab. Aber auch sie nahmen gefährliche Tendenzen unter den Unternehmern und insbesondere den Kleinbürgern wahr, die auf eine gewalttätige Verteidigung des geschichtlich überholten Systems hinausliefen und die in der Gestalt des italienischen Faschismus bereits die Macht in einem grossen Staate ergriffen

hatten. Der Nationalsozialismus war also als eine Erscheinungsform der internationalen Bewegung des *Faschismus* zu betrachten.

3. Von einer Theorie, die den Nationalsozialismus als Faschismus versteht, sollte allerdings erst dann die Rede sein, wenn diese Bewegung nicht bloss als Instrument in den Händen bekannter Kräfte, etwa der Schwerindustrie oder des Finanzkapitals, gesehen wird. Sie muss also als etwas Neues begriffen werden, das aus historisch neuartigen Tatbeständen hervorgeht oder aus der Reaktion dagegen erwächst: dem Zusammenbruch der Mittelmächte, der russischen Revolution, der *sozialistischen Welle* in den meisten Staaten Europas während der Jahre 1919 und 1920. Aber ob nun von Marxisten die *Existenzängste* des Mittelstandes bzw. der Kleinbürger mit negativer Akzentuierung hervorgehoben werden, oder ob Nichtmarxisten sich des absprechenden Urteils über ganze soziale Schichten enthalten, so wird doch von beiden der Gegensatz der faschistischen Bewegung gegen den Kommunismus und den Sozialismus als grundlegend betrachtet.

4. Schon früh in den zwanziger Jahren taucht indessen die Auffassung auf, dass es sich bei diesem Gegensatz um einen Scheingegensatz handle, der sich als Übereinstimmung erweise, wenn die richtige Perspektive gewählt werde. Aus dem Blickwinkel der Demokratie, welche eben erst in Europa und der Welt so grosse Fortschritte gemacht habe, seien die faschistischen wie die kommunistischen Parteien als Reaktionen anzusehen, die eine Diktatur anstrebten und durch ihren jeweiligen Ausschliesslichkeitsanspruch jenes zivilisierte Zusammenleben der verschiedenen Schichten, Parteien und Klassen gefährdeten, welches die Voraussetzung und die Folge der Freiheit der Individuen und die eigentliche Auszeichnung des modernen Gesellschaftstypus sei. Vom *Totalismus* der russischen Bolschewiki wurde mit negativer Wertung bereits 1918 gesprochen¹⁰, und man brauchte ein von Mussolini häufig verwendetes Wort nur mit der umgekehrten Akzentsetzung zu versehen, um den Totalitarismus der diktatorischen Regime in Gegensatz zu den freiheitlichen und demokratischen Staaten zu stellen. Der Hitler-Stalin-Pakt förderte die wissenschaftliche Ausarbeitung dieses Gegensatzes sehr, und es ist kein Zweifel, dass sie sich auf eine machtvolle Denktradition stützen konnte, welche seit dem Beginn der Neuzeit Tyrannis, Diktatur und Despotismus verworfen und die Lehre von der Gewaltenteilung als Sicherung der Freiheit dagegengestellt hatte. Nach der Unterbrechung durch die Kriegskoalition wurde die *Totalitarismus-*

theorie seit dem Ende der vierziger Jahre so etwas wie das offizielle Selbstverständnis des Westens, und mindestens in ihren populären Versionen tendierte sie zu einer Gleichsetzung der auf Terror und Unterdrückung gegründeten Regime Hitlers und Stalins. Ihr Einfluss ging jedoch seit dem Beginn der sechziger Jahre zurück, weil die Konsolidierung der Machtverhältnisse und weiterhin die *Entstalinisierung* in der Sowjetunion eine Phase der Entspannung herbeiführten.

Eben dadurch wurde im Westen die Selbstkritik wieder möglich, die in dem Jahrzehnt der akuten Auseinandersetzungen beinahe vergessen schien, und eine jüngere Generation verknüpfte neue Fragen mit alten Thesen. Hatten die führenden Schichten in Deutschland nicht auf mannigfaltige Weise mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet und dadurch schwere Schuld auf sich geladen?¹¹ Spielten die USA nicht durch ihren Imperialismus eine verhängnisvolle Rolle in der Dritten Welt, indem sie an vielen Stellen Diktaturen unterstützten und sich den Emanzipationsbestrebungen der einfachen Menschen entgegenstellten? Waren sie nicht durch ihre Intervention in Vietnam sogar dabei, ein genuines Genozid zu begehen? Und auch die junge Generation in Israel stellte sehr kritische Fragen: Hatten die etablierten Kreise des europäischen Judentums nicht durch ihr Verhalten dazu beigetragen, dass Millionen von Opfern «wie Schafe zur Schlachtbank» geführt werden konnten?¹²

So schien das überlieferte Selbstverständnis der westlichen Welt auf das Nachhaltigste erschüttert zu sein, und aus der neugewonnenen Perspektive einer Welt ohne politische und sexuelle Repressionen, die sich besonders auf den Freudomarxismus Wilhelm Reichs und Herbert Marcuses stützte, rückten Nationalsozialisten und bürgerliche Widerstandskämpfer, amerikanische Kapitalisten und italienische Faschisten, Stalinisten und manchmal auch Leninisten als Vertreter einer repressiven Gesellschaft eng zusammen. In der Bundesrepublik verband sich diese anarchistische Tendenz mit einem auf die Anklage gegen die führenden Schichten von jetzt und damals reduzierten Teutonozentrismus zu einer Art von herrschender Legende, deren Vorkämpfer eine Identifizierung mit dem Staatsmythos der DDR zurückwiesen, aber höchst empfindlich gegen jede Art von *Antikommunismus* waren, weil dieser die endlich erreichte Koexistenz zu stören schien.¹³ Immerhin ging im Bereich der Wissenschaft das Forschen und Fragen weiter,

Einleitung

und es war möglich, unter Hinweis auf die immer grösser werdende zeitliche Distanz eine *Historisierung* des Nationalsozialismus zu fordern, seine revolutionären Züge stärker hervorzuheben, als das bis dahin üblich war, und ihm sogar eine positive Rolle innerhalb des Modernisierungsprozesses der deutschen Gesellschaft zuzuschreiben.¹⁴ Es wurde auch immer schwieriger, die Warnungen vor einem Wiederaufleben des Nationalsozialismus aufrechtzuerhalten oder gar eine unablässige volkspädagogische *Aufklärung* für unerlässlich zu erklären, um eine etwaige Wiederholung der schrecklichen Ereignisse unmöglich zu machen. Zugleich regten tiefgreifende Veränderungen in der Weltpolitik dazu an, abermals neue Fragen aufzuwerfen.

Die Entwicklung zur *permissive society*, zum höchst komplexen und differenzierten Wohlfahrtsstaat, ist nahezu überall im Westen weitergegangen, ohne ernsthafte Reaktionen zu erzeugen. Die Preisgabe der Verbündeten in Südvietnam im Jahre 1975 und die ängstliche Zurückhaltung der USA, als grosse afrikanische Staaten von *marxistischen* Befreiungsbewegungen im Kampf gegen *westliche* Befreiungsbewegungen erobert wurden, machte wie nie zuvor die Schwäche des *Imperialismus* deutlich, und die konservative Welle, die Ronald Reagan ins Amt des Präsidenten brachte, setzte sich lediglich zum Ziel, ein drohendes weltpolitisches Ungleichgewicht zu verhindern. Wohl aber verteidigte nun die Sowjetunion ein schwaches und abhängiges Regime durch langwierige Kriegsaktionen in Afghanistan, ein von innen heraus in Gefahr geratenes kommunistisches Regime behauptete sich durch eine Machtergreifung der Parteimitärs von grosser Entschiedenheit und anfänglicher Brutalität; zum Erstaunen der Welt vollzog sich im Iran eine ganz eigenartige, aber im Erscheinungsbild geradezu klassische Revolution, die nach verbreiteten Begriffen als Beseitigung des amerikanischen Einflusses *fortschrittlich* und als Etablierung der Herrschaft eines Oberpriesters durchaus *reaktionär genannt* werden musste; und dieses revolutionäre Land wurde von einem Nachbarstaat mit einem Krieg überzogen, der bereits 1985 dem Zweiten Weltkrieg an Dauer gleichkam, ohne dass der angeblich allmächtige Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die öffentliche Meinung der Welt etwas anderes als Hilflosigkeit an den Tag gelegt hätten. Eher kam diese öffentliche Meinung ins Spiel, als Israel einen Blitzkrieg gegen den Libanon führte, genauer gesagt, gegen den starken Stützpunkt seines Feindes im Libanon, und als in der

Weltpresse nicht ganz selten von «Völkermord», ja gelegentlich sogar von einer Ähnlichkeit zwischen Zionisten und Nationalsozialisten die Rede war. Inzwischen hatte das wiedervereinigte Vietnam Kambodscha erobert und war seinerseits zum Gegenstand einer *Strafexpedition* der VR China geworden. In der Bundesrepublik Deutschland löste sich wenig später die sozial-liberale Koalition auf, aber die postulierte «Wende» machte sich hauptsächlich dadurch bemerkbar, dass eine neue Partei mehr und mehr hervortrat und einflussreich wurde, die dem technischen Fortschritt überaus kritisch gegenüberstand und nicht bloss formale Ähnlichkeiten mit dem Nationalsozialismus aufwies, dem sie sich gleichwohl in den Hauptpunkten aufs Schroffste entgegensetzte. In der Sowjetunion wiederum kam eine neue Reformwelle in Gang, die möglicherweise mehr bedeutet als das periodisch eintretende *Tauwetter* und die jedenfalls der Kritik an Stalin und an gewissen Zügen der eigenen Vergangenheit auf bemerkenswerte Weise Raum gab.

Die Weltsituation hat sich mithin so sehr verändert, dass die Annahme einer essentiellen Gleichartigkeit der Verhältnisse, welche allein die Furcht vor der Wiederholung bestimmter Ereignisse rechtfertigen kann, keine Grundlage mehr hat. Die Vermutung, dass in Deutschland eines Tages ein neuer Hitler grosse Massen auf gefährliche Wege locken und am Ende gar eine neue Version von Auschwitz ins Werk setzen werde, war von jeher unbegründet und ist heute nur noch töricht.

Wenn also die Furcht vor Wiederholungen gegenstandslos ist und volkspädagogische Besorgnisse überflüssig sind, dann sollte endlich der Schritt getan werden dürfen, mit dem die nationalsozialistische Vergangenheit in ihrem zentralen Punkte zum Thema gemacht wird, und dieser zentrale Punkt ist weder in *verbrecherischen Neigungen* noch in *antisemitischen Obsessionen* zu suchen. Das Wesentlichste am Nationalsozialismus ist sein Verhältnis zum Marxismus und insbesondere zum Kommunismus in der Gestalt, die dieser durch den Sieg der Bolschewiki in der russischen Revolution gewonnen hatte. Das ist keine neue Einsicht, aber ihre Bedeutung wird durch zwei Annahmen verdeckt, die nur allzu verbreitet sind. Die Kommunisten selbst stellen die These auf, dass der Nationalsozialismus nur ein aussichtsloses und deshalb verbrecherisches Widerstreben gegen den Willen der Geschichte bedeutete, nämlich gegen die sozialistische Revolution; die liberalen Gegner der Kommunisten sind dagegen zum grossen

Einleitung

Teil der Meinung, Hitler und seine Leute hätten die unbegründete Angst vor dem Kommunismus zum Zwecke des Machterwerbs als Popanz und Schreckgespenst benutzt und eben dadurch ein Regime errichtet, das demjenigen Stalins nur allzu ähnlich gewesen sei.

Das vorliegende Buch geht von der Annahme aus, dass die von Furcht und Hass erfüllte Beziehung zum Kommunismus tatsächlich die bewegende Mitte von Hitlers Empfindungen und von Hitlers Ideologie war, dass er damit nur auf besonders intensive Weise dasjenige artikulierte, was zahlreiche deutsche und nichtdeutsche Zeitgenossen empfanden und dass alle diese Empfindungen und Befürchtungen nicht nur verstehbar, sondern auch grossenteils verständlich und bis zu einem bestimmten Punkte sogar gerechtfertigt waren. In einer Gegenwart, in der den kommunistischen Parteien mehrerer Länder an einer Regierungsbeteiligung gelegen ist oder war und wo sie allesamt, jedenfalls in Europa, auf sehr zivile Weise um Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung und mit nicht-terroristischen Linkskräften bemüht sind, bedarf es der gedanklichen Anstrengung, wenn man sich daran erinnern will, dass «dieselben» kommunistischen Parteien zwischen 1919 und 1935 überall die Parteien des «bewaffneten Aufstandes» waren, dass Lenin meinte, «die Bourgeoisie» sei in aller Welt «bis zum Irrsinn erbittert»¹⁵, dass man noch 1930 in ganz Europa *bebende Angst* wahrnahm und dass der stellvertretende Kriegskommissar Frunse 1924 schrieb: «Allein schon durch die Tatsache unserer Existenz untergraben wir ihre (der alten, bürgerlichen Welt) Grundlagen, zerstören wir ihre Stabilität und flössen dadurch ihren Vertretern das Gefühl erbittertsten Hasses, sinnloser Angst und eingefleischter Feindschaft gegen alles Sowjetische ein.»¹⁶ Das Erstaunliche ist in Wahrheit, dass bei Weitem nicht alle Bürger und Kleinbürger Europas und Amerikas von diesem Empfinden der Angst und des Hasses erfüllt waren und dass im Gegenteil von vielen Seiten dem *grossen sozialen Experimenten* Russland ein sympathisierendes Interesse entgegengebracht wurde. Aber wenn Lenins und Frunses Aussagen in dieser Allgemeinheit nicht zuträfen, so wäre doch nichts törichter als die Annahme, dass nur Hitler und ein kleiner Kreis von Menschen um ihn herum von eingebildeten Schreckgespenstern geplagt gewesen seien. Wer glaubt, dass Hitler in erster Linie ein Alldeutscher gewesen sei, der das *Gespens des Kommunismus* nur benutzt habe, um seine Eroberungsabsichten zu tarnen, der sollte einmal das 1911 publizierte Buch von Otto Richard Tannen-

berg «Gross-Deutschland. Die Arbeit des 20. Jahrhunderts» mit seinem naiven und grossspurigen Optimismus und danach «Mein Kampf» lesen, und er sollte sich fragen, worin der tiefgreifende Unterschied begründet liegt, da doch die alldeutschen Ziele so weitgehend übereinstimmen.

Da es nun am Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts unübersehbar zu Tage liegt, dass die Erwartungen, die Lenin und Frunse hegten, sich nicht erfüllt haben, kann und darf nicht von vornherein ausgeschlossen werden, dass die antikommunistische Leidenschaft der Nationalsozialisten genuin war und dass sie der Entwicklung nicht entgegengesetzt war, welche die Geschichte tatsächlich genommen hat. Die entscheidende Frage ist dann die, weshalb eine vorhersehbare und durch den späteren Geschichtsverlauf im Kern gerechtfertigte Reaktion einen so überschüssenden Charakter angenommen hat, dass sie nicht nur zu dem grössten Kriege der Weltgeschichte, sondern auch zu singulären Massenverbrechen führte. Diese Frage kann vorgreifend und abkürzend so beantwortet werden, dass ein *Überschiessen* der Grundcharakter jeder Ideologie ist und dass es auch dann und gerade dann unvermeidbar ist, wenn eine Ideologie eine Gegen-Ideologie hervorruft. Dass diese Gegenideologie aber in einem grossen Staat zum Siege kam, obwohl das folgenreichste Überschiessen, nämlich die antisemitische Interpretation der antikommunistischen Erfahrung, nur für einen kleinen Teil der Nation einleuchtend und bewegend war, lässt sich nur dadurch verstehbar machen, dass Hitler auf überzeugende Weise andere, einfachere und weitaus populärere Motive mit jenem ideologischen Grundmotiv verbinden konnte, etwa das Motiv der Revision von Versailles oder das Motiv des Zusammenschlusses aller Deutschen. Aber solche Thesen können nur andeutend und vorwegnehmend sein; sie vermögen die entwickelnde Darstellung nicht zu ersetzen.

Das vorliegende Buch nimmt sich vor, die Beziehung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten und weiterhin diejenige zwischen der Sowjetunion und dem Dritten Reich als die für Deutschland, für die Sowjetunion und für die ganze Welt bedeutendste aller Beziehungen in den Mittelpunkt zu stellen. Es bleibt dabei insofern auf dem Boden der phänomenologischen Faschismustheorie, als es von der essentiellen Feindschaft zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausgeht und eine Gleichsetzung zu keinem Zeitpunkt für gerechtfertigt hält. Aber es verlässt gleich-

Einleitung

wohl den Rahmen der Totalitarismuskonzeption nicht, weil es sich am Begriff und an der Wirklichkeit des *Liberalen* Systems orientiert, das mit seiner Sicherung der ökonomischen und geistigen Bewegungsfreiheit der Individuen *nicht* durch die Herrschaft einer Ideologie bestimmt und dennoch der Ursprung sowohl der kommunistischen wie der nationalsozialistischen Ideologie ist. Aber weil der Ansatz der Faschismustheorie bewahrt wird, wird einer der beiden Ideologien die Priorität zugeschrieben, und die Totalitarismustheorie erhält damit eine historisch-genetische Dimension, die ihr bisher fehlte. Zur geschichtlichen Bewegung gehört jedoch auch, dass die ursprüngliche und die reagierende Ideologie nicht blosse Komplexe von Ideen bleiben, dass sie schon als solche in *realen* Verhältnissen verwurzelt sind, dass sie die Gestalt von Bewegungen und schliesslich von Regimen annehmen, dass sie in ein Verhältnis der Wechselwirkung treten und sich dadurch verändern. Wenn hier also *Ideologieggeschichte* geschrieben wird, so ist sie von blosser Ideengeschichte weit entfernt. Sie ist auch eine Geschichte der Wechselbeziehungen zweier grosser Staaten, aber sie gehört nicht minder der Gattung der vergleichenden Geschichtsschreibung an.

Auf Vorgänger vermag sie sich nur in geringem Masse zu stützen. Die totalitarismustheoretischen Untersuchungen, insbesondere die klassischen Werke von Hannah Arendt und Friedrich/Brzezinski, sind politologisch vergleichend, aber nicht eigentlich historisch, und die Geschichtsschreibung hat bisher immer nur eins der beiden Phänomene zum Gegenstand gemacht, nicht aber deren innere und äussere Beziehung. Detailuntersuchungen über die Kämpfe zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten während der Weimarer Periode sind gering an Zahl.¹⁷ Erst im Bereich der internationalen Beziehungen und insofern des deutsch-sowjetischen Krieges, der natürlich als ganzer und in Einzelaspekten zahlreiche Darstellungen gefunden hat, wurden Themen wie «Deutschland und die Sowjetunion» oder «Stalin und Hitler» häufig behandelt.¹⁸ Diese Fragestellungen sind indessen zu beschränkt, als dass sie jenes *Ganze* auch nur tendenziell in den Blick bringen könnten, das nach meiner Überzeugung durch die Heraushebung der Frage nach Nationalsozialismus und Kommunismus in Gestalt der Sowjetunion und der Dritten Internationale besser fassbar wird als durch eine Schilderung der vielfältigen Ereignisse einer Weltgeschichte der Neuzeit oder auch nur des 20. Jahrhunderts.

Damit soll nicht etwa behauptet werden, dass in der Literatur nicht zahlreiche wichtige und bedenkenswerte Aussagen zum wechselseitigen Verhältnis zu finden wären. In wissenschaftlichen Untersuchungen über den Nationalsozialismus wird die Machtübernahme Hitlers häufig als eine scheinbare oder unechte Revolution bezeichnet, und damit ist meist explizit oder implizit die Meinung verknüpft, dass im Gegensatz dazu die Machtergreifung der Bolschewiki eine echte Revolution nach dem Beispiel der Französischen Revolution gewesen sei. Nicht selten werden Vergleiche aber auch ausdrücklich mit der Begründung zurückgewiesen, die Verhältnisse seien allzu verschiedenartig gewesen. Sehr verbreitet ist offenbar die Auffassung, dass Bezugnahmen auf die Sowjetunion oder den Stalinismus zur *Apologie* führen oder die *Unvergleichbarkeit* der nationalsozialistischen Verbrechen beeinträchtigen könnten. Weitaus häufiger und mit grösserer Unbefangenheit werden solche Bezüge in der Literatur hergestellt, die dem Bolschewismus bzw. der Sowjetunion gewidmet ist. So schreibt Louis Fischer, selbst ehemaliger Kommunist und genauer Kenner der sowjetischen Verhältnisse, Stalins Säuberungen hätten nur einen Rivalen in der Geschichte, nämlich Hitlers Gaskammern¹⁹; die kürzlich emigrierten Sowjethistoriker Michail Heller und Alexander Nekrich bezeichnen das System Stalins als «das antihumanste System», das jemals auf der Erde existiert habe²⁰, für Milovan Djilas gab es niemals einen «brutaleren und zynischeren Despoten als Stalin»²¹, und Nikolaj Tolstoj bringt die wichtigste Implikation zu Wort, wenn er sagt, Hitler sei im Vergleich zu Stalin beinahe gesetzesfromm gewesen.²² Leonard Schapiro wiederum legt einen Vergleich zwischen Lenin und Hitler nahe, wenn er die These aufstellt, die Besessenheit von der Macht sei das einzige dauerhafte Element in Lenins Denken gewesen und darauf sei sein Wille zurückzuführen, niemals Kompromisse zu schliessen.²³ Adam Ulam dagegen schränkt seine Aussage auf einen relativ kleinen Zeitraum ein, wenn er behauptet, Stalins Regime sei 1936/39 zweifellos das tyrannischste auf der ganzen Welt gewesen.²⁴ Aber die bolschewistischen Führer selbst legten durch frühe Äusserungen den Nachgeborenen solche Vergleiche sozusagen in den Mund, etwa Trotzki, der 1924 schrieb, die Revolution gehe mit den «Methoden der grausamsten Chirurgie» vor²⁵, oder Stalin, der ohne jede innere Bewegung feststellte, die Grundbesitzer, Kulaken, Kapitalisten und Händler seien in der Sowjetunion «eliminiert» worden.²⁶ Gerade einige der schroffsten Äusserungen stam-

Einleitung

men von ehemaligen Kommunisten und sind daher aus revidierendem Nachdenken und nicht aus einem von vornherein gegebenen *bürgerlichen Antikommunismus* hervorgegangen. Für Leopold Trepper, den ehemaligen «Grossen Chef» der «Roten Kapelle», sind in der Rückschau Stalinismus und Faschismus gleichermaßen «Ungeheuer»²⁷, und in dem Nachlass von Hans Jaeger, der noch 1932 Artikel für *Inprekorr* verfasst hatte, findet sich der Satz: «An den sechs Millionen toten Juden ist indirekt der Marxismus schuld. Er hat zuerst den Hass gepredigt, er hat zuerst die Ausrottung einer Klasse vorgemacht.»²⁸

Aber andere ehemalige Kommunisten nahmen offensichtlich auch nach 1945 an den Ausrottungsmassnahmen Stalins keinen moralisch begründeten Anstoss, weil sie sie für historisch unvermeidbar und gerechtfertigt hielten: Stalin sei trotz seiner Unmenschlichkeit ein grosser revolutionärer Führer gewesen, schrieb Isaac Deutscher, Hitler dagegen nur ein unfruchtbarer Konterrevolutionär.²⁹ Von den nichtkommunistischen Autoren stellt Walter Laqueur auch einen moralischen Unterschied her, wenn er sich gegen einen Vergleich der nationalsozialistischen Vernichtungslager mit Stalins *Zwangsarbeitslagern* ausspricht.³⁰ Adam Ulam wiederum erblickt den Unterschied vor allem in der grösseren Klugheit Stalins, der stets eine überaus vorsichtige Aussenpolitik betrieben habe.³¹ Nicht ganz wenige unter den Mithandelnden und den Autoren lassen aber gerade Stalin den ursprünglichen Unterschied von Kommunismus und Faschismus aufheben: Walter Krivitsky, Wladimir Antonow-Owsejenko und Franz Borkenau meinten, dass durch Stalin der Bolschewismus die Gestalt des Gegners, nämlich des Faschismus, angenommen habe.³²

Ich glaube, dass diese sehr verschiedenartigen Aussagen nicht schlechterdings unvereinbar sind und dass auch die schon für Lenin negativen nicht einfach aus Kenntnislosigkeit, Unverständnis oder blosser Feindseligkeit entspringen. Im Folgenden gehe ich von der einfachen Grundvoraussetzung aus, dass durch die Revolution der Bolschewiki 1917 ein welt-historisch völlig neuartiger Tatbestand geschaffen wurde, weil erstmals in der modernen Geschichte eine ideologische Partei in einem Grossstaat allein die Macht ergriff und auf glaubwürdige Weise ihre Absicht an den Tag legte, in der ganzen Welt durch die Entfesselung von Bürgerkriegen eine grundlegende Wandlung herbeizuführen, welche die Erfüllung der Hoff-

nungen der frühen Arbeiterbewegung und die Verwirklichung der Vorhersagen des Marxismus bedeuten würde. Nichts war für die Bolschewiki selbst evidenter, als dass ein so ungeheures Unternehmen äusserst heftige Widerstände hervorrufen müsste, zumal die Praxis gezeigt hatte, dass die Partei nach der gewaltsamen Machtergreifung ihre zahlreichen Gegner sowohl an der Front des Bürgerkrieges wie auch im Hinterlande durch einen präzedenzlosen *Klassenkrieg mit* der grössten Entschlossenheit bekämpfte, ja ausrottete.

Die eigenartigste und am frühesten erfolgreiche dieser *Widerstandsbewegungen* war die Faschistische Partei Italiens, an deren Spitze der ehemals führende Mann des revolutionären Flügels der Sozialistischen Partei des Landes stand, Benito Mussolini. Schon dadurch war klar, dass der Gegensatz schroffer war und dass doch weit mehr an innerer Verwandtschaft vorhanden sein musste als im Falle der *bürgerlichen* Parteien, die darauf vertrauten, nach den gewohnten Regeln des parlamentarischen Systems der ersten und auch der zweiten Herausforderung begegnen zu können. Für Hitler war Mussolini von Anfang an ein Vorbild, und auch seine Partei empfand sich von vornherein als eine Antwort auf die kommunistische Herausforderung, so gewiss sie in der blossen Reaktion nicht aufging und eigenständige historische Wurzeln hatte wie etwa die alldeutsche Doktrin. Aber von früh an hatte diese Antwort auch Merkmale einer Kopie, wie sich schon in der bloss abwandelnden Übernahme des roten Fahmentuches zeigte. Mit der Machtübernahme trat dieses Abbildmässige stärker hervor, und schon 1933 benutzten Feinde und Freunde das Wort *Tscheka* zur Kennzeichnung des Verfahrens der Gegnerbekämpfung. Dennoch war Hitler zweifellos davon überzeugt, eine Antwort auf die kommunistische Herausforderung gefunden zu haben, die besser und dauerhafter war als diejenige der *westlichen Demokratien*. Aber schon in der sogenannten Röhm-Affäre lag nicht mehr eine Antwort und nicht einmal eine Entsprechung, sondern eine Über-Entsprechung vor. Während des Krieges wurde der Bolschewismus in wichtigen Teilbereichen für Hitler immer unverkennbarer zum Vorbild, und im Gebiet der Ausrottungsmassnahmen gelangte er zu einer Über-Entsprechung.

Im Folgenden wird die Geschichte der Wechselbeziehungen der beiden Bewegungen bzw. Regime mit Hilfe dieser Begriffe geschildert: Herausforderung und Antwort, Ursprung und Kopie, Entsprechung und Überentsprechung. In erster und andeutender Zusammenfassung kann gesagt werden: Der Bolschewismus war für den Nationalsozialismus Schreckbild und

Einleitung

Vorbild zugleich. Der Bürgerkrieg, den beide gegeneinander führten, unterschied sich aber auf das Auffallendste von *gewöhnlichen* Bürgerkriegen.

Ein Schreckbild ist etwas anderes als ein *Schreckgespenst*. Ein Schreckgespenst kann unreal und eine blosser Vorstellung sein; ein Schreckbild aber hat einen festen Grund in der Realität, obwohl es von vornherein jene Tendenz zur Übersteigerung in sich schliesst, die auch ein Hauptmerkmal aller Ideologien ist. Nur wenn der Nachweis erbracht würde, dass die frühe antibolschewistische Literatur, die in Broschüren und Zeitungsartikeln ihren Weg bis in das letzte Dorf fand, in sich selbst nichts als interessengeleitete Propaganda und ohne nennenswerten Realitätsgehalt gewesen wäre, dürfte von Schreckgespenstern und Phantasien die Rede sein.³³ Es wird nachgewiesen werden, dass das Gegenteil der Fall war. Wer damals das Empfinden hatte, dass mit der bolschewistischen Revolution ein Überschritt in eine neuartige weltgeschichtliche Dimension getan worden war, in die Dimension der sozialen Vernichtung grosser Menschenmassen und freilich auch in diejenige einer andersartigen industriellen Revolution, der hatte nicht unrecht. Wer der Meinung war, das alles spiele sich in einem *halbasiatischen* Lande ab und könne im Rahmen der europäischen Zivilisation keine nennenswerten Auswirkungen haben, der hatte nicht notwendigerweise recht. Dass auf die soziale Vernichtung schliesslich eine biologische und *transzendente* Vernichtung folgte, dass das Abbild das Vorbild an Intensität in einigen Bereichen übertraf, ist mit Begriffen des gewöhnlichen Lebens wie *Verbrechen* schwerlich angemessen beschrieben. Ob man den Begriff der «Tragik» verwenden kann, wie George Kennan vorgeschlagen hat, ist aus anderen Gründen fraglich.³⁴ Aber es ist ganz sicher falsch, wenn man auch in diesem Zeitalter zwischen 1917 und 1945 überall nur Interessen am Werk sieht. Die Interessenpsychologie, die zuerst von französischen Aristokraten des 18. Jahrhunderts und dann vom englischen Utilitarismus entwickelt wurde, ist überall da von grossem Nutzen, wo kalkuliert, gemessen und gewogen wird. Doch der Mensch ist im Kern kein kalkulierendes Wesen: Er ängstigt sich um seine Existenz, er fürchtet die Zukunft, er empfindet Hass gegen seine Feinde, er ist bereit, sein Leben zu opfern, wo es ihm um eine grosse Sache geht. Wo machtvolle Emotionen dieser Art für grössere Gruppen von Menschen massgebend sind, sollte von *Grundemotionen* gesprochen werden. Eine solche Grundemotion war die Empö-

rung zahlreicher Arbeiter und Arbeitsloser über die Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten des *kapitalistischen Systems*; eine Grundemotion war aber auch der leidenschaftliche Zorn zahlreicher Franzosen gegen die *Boches*, die dem Vaterland 1871 zwei seiner schönsten Provinzen geraubt hatten. Im Alltag mag Politik eine Sache des Interessenkalküls und des Interessenausgleichs sein; sobald aber Ungewöhnliches und Bedrohliches eintritt, sind für zahlreiche Menschen Emotionen weit wichtiger als Interessen, auch wenn diese Emotionen nur in seltenen Fällen den vorgestellten oder vorstellbaren Interessen direkt entgegengesetzt sind: Empörung, Zorn, Trauer, Hass, Verachtung, Angst, aber auch Enthusiasmus, Hoffnung, Glaube an eine grosse Aufgabe.

Von solchen Grundemotionen waren die Massen der russischen Soldaten im Jahre 1917 bewegt, die fürchteten, in einem schon verlorenen Krieg sinnlos ihr Leben opfern zu müssen; solche Grundemotionen bestimmten aber auch Offiziere, Freikorpskämpfer und Angehörige des Bürgertums in Italien und Deutschland, die sehr genau wussten, wie man in Russland mit ihresgleichen umgegangen war. Von Grundemotionen waren noch in späteren Zeiten die aktiven Kerne der kommunistischen und der faschistischen Parteien erfüllt, obwohl sich eine Unmasse von Opportunisten, von Interessenten und auch von gewöhnlichen Verbrechern an sie angehängt hatte. Als eine Geschichte von Grundemotionen und deren ideologischen Ausformungen soll im Folgenden die Geschichte der beiden wichtigsten Parteien zweier Weltbewegungen geschrieben werden, von denen die eine ursprünglicher und also für die andere primär ein Schreckbild war, die aber dennoch füreinander mehr und mehr zum Schreckbild *und* zum Vorbild wurden. Daher ist die nationalsozialistische Machtübernahme am 30. Januar 1933 nur ein vorläufiger Ausgangspunkt, und der Geschichte der Sowjetunion wird ebensoviel Raum gewidmet wie der Erzählung vom Kampf zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Weimarer Republik und der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschland.

Wenn Kommunismus und Nationalsozialismus in erster Linie als Ideologien und wenn vor allem ihre Führer als Ideologen verstanden werden, dann wird Hitler als deutscher Politiker ebensowenig richtig gesehen wie Lenin als russischer Staatsmann. Das heisst nicht, dass der eine nicht *auch* ein deutscher Politiker gewesen wäre und der andere ebenfalls ein russi-

Einleitung

scher Staatsmann. Aber die Frage geht immer in erster Linie nach dem *Überschiessen*, nach dem *Neuen*, nach dem *Hiatus*, die das eigentlich Ideologische ausmachen, aus dem die bedeutendsten Handlungen hervorgehen. Ideologien können sehr unterschiedlich sein, aber jede ist durch dieses Überschiessen gekennzeichnet und durch einen Kern von Berechtigtem und Zeitgerechtem, das vielleicht nur durch das ideologische Übermass zum Dasein gebracht werden kann, das aber eben dadurch auch ruiniert werden mag. Im Zionistischen Tagebuch von Theodor Herzl kann man die Entstehung eines Konzepts verfolgen, das später zu weltgeschichtlicher Wirksamkeit gelangte, aber in was für exorbitante Hoffnungen und irrealen Vorstellungen es eingekleidet!³⁵ Und doch hätte Herzl die Flinte vermutlich sehr rasch ins Korn geworfen, wenn er nur pragmatisch und rational gedacht hätte. Erst eine neue Situation kann die Nachgeborenen instand setzen, den *realen* Kern und die *irreale* Übersteigerung zu unterscheiden; die Zeitgenossen dagegen ergreifen oder verwerfen das Ganze mit aller Leidenschaft, und erst in diesen Kämpfen kann sich allmählich klären, was Kern und was Überschiessen ist. Hitler verstand sich selbst nicht als Nachfolger Stresemanns oder Papens, sondern als Anti-Lenin, und in dieser Auffassung stimmte er mit Trotzki überein, der ihn den «Ober-Wrangel der Weltbourgeoisie» nannte.³⁶

Für Trotzki freilich hatte Lenin ganz und gar recht, und damit hatte Hitler ganz und gar unrecht; aber wer die Überzeugung von der absoluten Wahrheit einer Ideologie nicht teilt, wird allerdings der Meinung sein müssen, dass auch Hitler nicht in jeder Hinsicht unrecht haben konnte, sondern dass in seinen Auffassungen und in seinem Handeln ebenfalls Kerne erkennbar sind, in denen etwas zum Vorschein gelangte, was zeitgerecht und mindestens für zahlreiche Menschen einleuchtend und bewegend war. Wenn er den Zusammenschluss aller Deutschen zu einem Staat postulierte, so verlangte er grundsätzlich nichts anderes, als was Mazzini mit Erfolg für alle Italiener gefordert hatte, und er bewegte sich ebenso in den Bahnen nationalstaatlichen Denkens wie die meisten seiner Zeitgenossen. Dass dieser Zusammenschluss aber schon als solcher viel stärkere Widerstände hervorrufen musste als der Zusammenschluss aller Italiener, lag in den besonderen Umständen der Situation der Deutschen in Europa begründet und war von Hitler nicht zu verantworten. Dass die grossdeutsche Einigung für ihn jedoch kein Selbstzweck, sondern Etappe zu einem grösseren Ziel war und

dass er den Widerständen, die er dabei fand, eine ganz bestimmte und universale Auslegung gab, war das eigentlich Ideologische und bildete eine neue Dimension.

Diese Zusammenhänge zu verfolgen, ist die Aufgabe des Historikers und insbesondere des Ideologehistorikers. Er muss es hinnehmen, dass er von denjenigen kritisiert wird, die im Rückblick dem *absoluten Bösen* konfrontiert sein wollen und die im Dienst des *absoluten Guten* zu stehen glauben. In dem Gemälde, das er zu malen hat, haben nur Grautöne verschiedener Art einen Platz, die Benutzung der weissen Farbe ist ihm so gut verwehrt wie die der schwarzen.³⁷ Nur durch die Darstellung selbst, und nicht durch vorausgeschickte Glaubensbekenntnisse und Versicherungen, kann er seine Leser davon überzeugen, dass seine Grautöne Abstufungen aufweisen. Er ist sich ja bewusst, dass zwischen dem historischen Denken und den Ideologien insofern kein fundamentaler Unterschied besteht, weil beide abstrahieren und verallgemeinern müssen und den Reichtum der vielgestaltigen Wirklichkeit nicht in den Blick bekommen. Weil der Mensch ein denkendes Wesen ist, muss er Ideologien ausbilden und damit ungerecht sein. Nach der Lehre der Theologen ist nur Gott gerecht, weil er die einzelnen Dinge schafft, indem er sie denkt, und sie daher nicht durch Begriffe zu entstellen braucht. Aber historisches Denken kann aus einer neuen Zeitsituation heraus verschiedene Ideologien in ihrem Gehalt gegeneinander abwägen und in ihrer Wirksamkeit verfolgen, und es sollte von der Entschlossenheit geleitet sein, dem Willen zur Verwirklichung von Zwecken nicht nachzugeben, welcher der Grundwille jeder Ideologie ist. So muss es zwar schon durch seine Fragestellung eine Selektion vornehmen, aber im Rahmen dieser Auswahl darf es kein höheres Ziel kennen, als ein möglichst umfassendes und wahrheitsgemäßes Bild des Gegenstandes hervorzubringen. Nicht erst Hitler wurde als Feind der Menschheit, als Verkörperung des Bösen, als Zerstörer der Zivilisation bezeichnet, sondern der Historiker weiss und muss also auch sagen, dass alle diese Ausdrücke von ernstzunehmenden Beobachtern auf den Bolschewismus angewendet wurden, als noch kaum jemand etwas von Hitler wusste; nicht Hitler war der erste, der aus einer Machtposition heraus öffentlich erklärte, er und seine Partei könnten mit einer nach Millionen zählenden Gruppe von Menschen nicht auf einem Planeten leben und daher müsse man sie ausrotten.³⁸ Diese Feststellungen sind wahr; wer sie kennt und verschweigt, handelt unwissenschaftlich und

Einleitung

unmoralisch, weil er von zahllosen Opfern nur einzelne Gruppen gelten lassen will. Er handelt überdies inkonsequent, wenn er die Menschen für so ungleich erklärt, dass er die Möglichkeit ausschliesst, er und seinesgleichen könnten in derselben Situation ebenso schuldig geworden sein wie diejenigen, die er anklagt. Dass Unterschiede nicht geleugnet werden, versteht sich gleichwohl von selbst, denn Unterschiedlichkeit ist das Wesen der Realität. Aber das historische Denken muss sich gegen die Tendenz des ideologischen und emotionalen Denkens wenden, die Unterschiede zu verfestigen, die Zusammenhänge auszublenden und die «andere Seite», die gegnerische, aus der Erwägung auszuschliessen.

Die intendierte *Parteilosigkeit* des historischen Denkens kann nicht gottähnlich und damit irrtumsfrei sein. Sie ist der Gefahr nicht enthoben, bloss auf besonders versteckte oder subtile Weise Partei zu ergreifen. Aber in einem juristischen Bilde ist sie nichts anderes als das Verlangen, dass reguläre Gerichtsverfahren an die Stelle der Standgerichte und Schauprozesse treten, d.h. Gerichtsverfahren, in denen auch Entlastungszeugen ernsthaft angehört werden und die Richter nicht bloss formell von den Staatsanwälten verschieden sind. Die einzelnen Urteilssprüche werden dennoch ganz verschieden sein, aber anders als diejenigen der Standgerichte kennen sie Zwischenstufen zwischen der Todesstrafe und dem Freispruch. Trotzdem sind sie nicht irrtumsfrei, und deshalb schliessen sie die Revision nicht aus.

Auch das historische Denken muss bereit sein, sich selbst zu revidieren, sofern gute Gründe vorgebracht werden und nicht bloss empörte Aufschreie, welche nicht wahrhaben wollen, dass nach Möglichkeit alles verstehbar gemacht werden muss, dass aber nicht alles Verstehbare verständlich und nicht alles Verständliche gerechtfertigt ist. Doch es kann nicht gewillt sein, jemals auf seine eigene Existenz zu verzichten, und erst daraus resultiert eine unmittelbare und konkrete Parteinahme. Wenn Hitler gesiegt hätte³⁹, würde im deutschbeherrschten Europa und wohl auch in grossen Teilen der übrigen Welt für Jahrhunderte die Geschichtsschreibung in der Preisung der Taten des Führers bestehen. Eine *Enthitlensierung* würde nach allem menschlichen Ermessen nicht möglich sein. Vielleicht wären die Menschen – von den Opfern abgesehen, über die man nicht reden würde – glücklicher, weil sie der Not des Vergleichens und Ab wägens enthoben wären; gewiss würden viele der spätgeborenen *Antifaschisten* von heute

überzeugte und geschätzte Anhänger des Regimes sein. Nur für historisches Denken und Revidieren würde es keine Stätte geben, und deshalb würden Geschichtsdenker in diesem System als *Gegentypen* gelten und keine Existenzberechtigung haben. Aber nicht einmal dieses Wissen darf sie veranlassen, sich noch nachträglich unter die kämpfenden Zeitgenossen einzureihen.

I. Schlusspunkt und Vorspiel 1933: Die antimarxistische Machtübernahme in Deutschland

Man kann die Geschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme als eine Geschichte von Intrigen und Verbrechen schreiben: Da wird Adolf Hitler, der Führer einer geschwächten und in unaufhaltsamem Rückgang begriffenen Partei, durch die Hinterlist des ehemaligen Reichskanzlers von Papen, im Interesse der vom *Osthilfeskandal* bedrohten Agrarier, durch Drohungen gegenüber dem Sohn des Reichspräsidenten von Hindenburg oder durch die Intervention schwerindustrieller Kreise «zur Macht gebracht», und diese Macht befestigt er dadurch, dass er seine politischen Gegner verhaften und schliesslich den Reichstag anstecken lässt, um für sich und seine Koalitionspartner eine Mehrheit bei den Reichstagswahlen des 5. März zu erringen. In diesem Zusammenhang spielen dann Gespräche im Hause des Kölner Bankiers von Schröder, in der Dahiemer Villa der Eheleute von Ribbentrop und Personen wie Werner von Alvensleben eine grosse Rolle, während der Name von Ernst Thälmann im Allgemeinen nicht vorkommt, ganz wie bereits in den meisten Memoiren der mithandelnden Zeitgenossen.

Wenn der Historiker sich aus dieser allzugrossen Nähe in möglichst weite Entfernung zurückzieht, ergibt sich ein anderes Bild. Seit den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 war die NSDAP nach einem in der deutschen Parteigeschichte beispiellosen Aufstieg mit 230 Mandaten und nahezu 38% der Stimmen zu der weitaus stärksten Partei geworden. Wenn im parlamentarischen System eine Partei erheblich stärker ist als die anderen, kann eine Koalition aller oder fast aller übrigen Parteien gegen sie gebildet werden. Das entspricht zwar nicht dem Wesen des Systems und ist auf die Dauer schwerlich durchzuhalten, aber es kann geboten sein, wenn es sich um eine verfassungsfeindliche Partei handelt. Dann muss die wichtigste Aufgabe darin bestehen, die Mehrheit des Volkes vor einer *Massenminderheit* zu schützen, welche vermutlich durch besonders starke Überzeugungen ge-

prägt ist und über ein besonders hohes Mass an Energie verfügt. Falls die Mehrheit indessen nicht imstande ist, eine derartige Koalition zu bilden, bleiben der Staatsführung als der Treuhänderin der Volksmehrheit nur zwei Möglichkeiten: der offene Kampf mit dieser grossen Partei oder aber der Versuch, sie entscheidend zu schwächen und vielleicht zu spalten. Der offene Kampf entsteht zwangsläufig, wenn die Partei auf die Strasse geht und zum Sturz der Regierung aufruft. Das war die Situation der Jahreswende von 1918/19 gewesen, als der Rat der Volksbeauftragten sich mit militärischer Gewalt gegen die in der Hauptstadt fast übermächtige Massenmindertheit durchsetzen musste, welche die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung verhindern wollte. Doch die Nationalsozialisten drohten zwar nicht selten mit einer gewaltsamen Machtergreifung, aber sie setzten die Drohung nicht in die Tat um und verharren bei ihrer Legalitätstaktik. So verweigerte der Reichspräsident von Hindenburg am 13. August 1932 dem Führer der stärksten Partei die Regierungsführung, die er zweifellos hätte beanspruchen dürfen, wenn er nicht, nach der offiziellen Darstellung, die *ganze Macht* gefordert hätte. Er selbst bestritt zwar, einen solchen Anspruch erhoben zu haben; aber hatte nicht noch am 1. Juni Alfred Rosenberg im *Völkischen Beobachter* nachdrücklich «Alle Macht Adolf Hitler» verlangt, und waren nicht sämtliche Kundgebungen der Partei von heftigsten Angriffen gegen *das System* erfüllt? Der Kampf konnte also nur als ein Appell an das Volk geführt werden, und tatsächlich verloren die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen vom November 1932 nicht weniger als zwei Millionen Stimmen. Aber mit 196 Mandaten waren sie immer noch bei Weitem die stärkste Partei. Der Reichskanzler von Papen plädierte nun für eine abermalige Auflösung des Reichstags und für eine überparteiliche Regierung der *nationalen Diktatur*, die freilich bei den Wählern nur geringe Unterstützung gefunden hatte. Hindenburg weigerte sich jedoch, diesen Weg einzuschlagen, weil er die Entstehung eines Bürgerkriegs befürchtete. So vertraute er die Regierung dem bisherigen Reichswehrminister von Schleicher an, der einen friedlichen Ausweg zu kennen schien, den Ausweg einer Spaltung der NSDAP mit Hilfe des zweiten Mannes der Partei, Gregor Strassers, und einer neuartigen Koalitionsbildung durch die Unterstützung der Gewerkschaften. Aber schon nach wenigen Wochen war dieser Plan infolge der Gegenwirkungen Hitlers und der Sozialdemokratischen Partei gescheitert, und nun gab es keine dritte Lö-

I. Schlusspunkt und Vorspiel 1933

sungsmöglichkeit mehr; Hitler musste den Auftrag erhalten, sofern er den Beweis erbrachte, dass er nicht die *ganze Macht* erstrebte und sich also damit begnügte, der Kanzler eines Kabinetts zu sein, in dem seine Anhänger nur eine Minderheit bildeten und in dem er selbst durch eine ganz ungewöhnliche Bestimmung geradezu unter Vormundschaft gestellt war, nämlich durch die Bestimmung, er dürfe dem Reichspräsidenten nur in Gegenwart des Vizekanzlers von Papen Vortrag halten. Wenn irgendetwas bei dieser Regierungsbildung illegal war, dann handelte es sich um eine Illegalität, oder doch Irregularität, die gegen Hitler gerichtet war: Der gezähmte oder *ingerahmte* Hitler bedeutete die zwingende Lösung in einer präzedenzlosen Krise.

Es ist zu vermuten, dass die erste Sichtweise allzusehr dem Oberflächenanschein und dem moralistischen Impuls der Verurteilung von Personen oder Gruppen verhaftet ist. Es steht ausser Zweifel, dass die andere Interpretation einen allzu deterministischen und distanzierten Charakter trägt. Aber es ist augenfällig, dass die Situation in Deutschland ganz besonders schwierig war. Es gab sogar nach der offiziellen Statistik mehr als sechs Millionen Arbeitslose, die zu einem nicht geringen Teil von den winzigen Unterstützungen durch die öffentliche Fürsorge leben mussten, und wenn die Vereinigten Staaten von der Weltwirtschaftskrise noch härter getroffen waren, so existierten dort keine verfassungsfeindlichen Parteien, obwohl die Kritik am *kapitalistischen System* besonders unter den Intellektuellen der Ostküste mehr und mehr an Kraft gewann. In Deutschland aber agitierte nicht nur die verfassungsfeindliche Partei der Nationalsozialisten, welche ihre Propaganda in erster Linie gegen den Weimarer Parlamentarismus und das Versailler System richtete, sondern neben ihr und schon vor ihr wirkte die Kommunistische Partei, welche den Kapitalismus im Ganzen stürzen und als Sektion der Kommunistischen Internationale die *Diktatur des Proletariats* errichten wollte, und zwar nach dem Vorbild der russischen Revolution durch einen bewaffneten Aufstand. Diese Partei war die einzige, welche in den vier Reichstagswahlen seit 1928 ständig Gewinne verbuchen konnte, so dass sie von 54 Mandaten im Mai 1928 auf 100 Mandate im November 1932 gestiegen war. Zwar gab es Stimmen, welche behaupteten, die KPD sei ganz überwiegend eine Protestpartei der Arbeitslosen und ihre alltäglichen Drohungen seien weiter nichts als revolutionäre Rhetorik, die gerade aus dem Empfinden der Ohnmacht hervorgehe. Aber warum sollte

man dann bis zum 30. Januar nicht auch Hitlers Ankündigungen, er werde den Marxismus und sogar die übrigen Parteien vernichten, für propagandistische oder anfeuernde Redewendungen halten?

Hugenberg und Papen durften jedenfalls mit guten Gründen meinen, dass Hitler in einem Kabinett rasch zur Vernunft und zu nüchterner Arbeit kommen werde, wo ausser ihm bloss zwei weitere Nationalsozialisten einen Platz innehatten und dessen wichtigste Positionen – das Aussen- und das Reichswehrministerium – direkt vom Reichspräsidenten besetzt worden waren. Aber sie hatten schwerlich mit dem Jubel und der freudigen Erregung gerechnet, die auf die Nachricht von der Ernennung Hitlers in ganz Deutschland losbrachen. Niemals war irgendein Kabinett der Weimarer Zeit von grossen Volksmassen begrüsst und umjubelt worden. Jetzt aber bildeten sich sogar in kleinen Städten der entferntesten Provinz Fackelzüge, standen zahlreiche Zuschauer begeistert am Wege, strömten in Berlin riesige Kolonnen durch die Strassen, ohne Polizeischutz zu benötigen, umringt von der Sympathie der Zuschauer, und sie zogen durch das Brandenburger Tor mit ihren Fackeln, in Uniformen und militärischer Ordnung an den Dienstsitzen des Reichspräsidenten und des neuen Reichskanzlers vorbei. Dieser Fackelzug wurde bald zur Legende und zu einem bevorzugten Gegenstand für Literatur und Film, aber so gewiss er organisiert war und dann stilisiert wurde, so kommt doch in den Beschreibungen von nationalsozialistischen Zeitgenossen viel von der Spontaneität, den Stimmungen und Auslegungen zum Vorschein, von denen der Abend des 30. Januar ebenfalls bestimmt war:

«Sie sagten nicht, Hitler ist Reichskanzler geworden; sie sagten bloss: Hitler. Sagten es einander auf der Strasse, vor den Geschäften, an der Theke, riefen es einander auf der U-Bahn zu, auf dem Autobus. Wie ein elektrischer Funke sprang es von Mensch zu Mensch, entzündete eine ganze riesige Stadt, entzündete Millionen Herzen ... Es war wie im Jahre 14, als der Pulsschlag eines ganzen Volkes hämmerte ... Alarm! Es springt von Strasse zu Strasse. Die SA, die SS stürzt in ihre Räume. Der Stahlhelm vergattert sich: Fackelzug ... Es dauerte vier Stunden. Neue Kohorten, immer neu ... Jetzt auch schon der erste Stahlhelm im Feldgrau: das Gesicht der deutschen Front... Sie sprachen es nicht aus und wussten es alle: Was sie heute in dieser brennenden Nacht erlebten, war der Aufbruch der Nation, war die Gegenrevolution, war die Quittung für den 9. November.»¹

I. Schlusspunkt und Vorspiel 1933

Als das wurde der 30. Januar in der Tat und zunächst empfunden: als der Tag der nationalen Erhebung, der Antwort auf die Schmach des Zusammenbruchs von 1918 – keineswegs von allen Deutschen, aber von dem *nationalen Deutschland*, welches die Augusttage des Jahres 1914 für den erlösenden Durchbruch zur Wahrheit der Nation gehalten und nur an die Siege geglaubt hatte, die darauf gefolgt waren, nicht aber an die Niederlagen, nicht an die sich allmählich ausbreitende Kriegsmüdigkeit im Volk und schon gar nicht an die «Vierzehn Punkte» des Amerikaners Wilson. Dieses nationale Deutschland reichte aber potentiell in die Herzen der meisten Deutschen herab, denn die Begeisterung der Augusttage war ja tatsächlich so gut wie allgemein gewesen, und wenn die Sozialdemokraten früh einen Verständigungsfrieden erstrebt hatten, so wollte doch 1919 gerade der sozialdemokratische Reichsministerpräsident Scheidemann lieber seine Hand verdorrt als den Unrechtsvertrag von Versailles unterschrieben sehen. Was am 30. Januar siegte, war zunächst gar nicht so sehr Hitler, sondern es war die Geschichtsauffassung, die Geschichtslgende des nationalen Deutschland mit all der Überzeugungskraft, die dem ganz Simplen und ganz Emotionalen zukommt. Auf diesen Ton war der erste Aufruf der neuen Reichsregierung vom 1. Februar gestimmt, und es besteht kein Anlass zu glauben, dass Hitler diese ganz konservativen und allgemein nationalen Akzente bloss geheuchelt und nicht mitempfunden hätte.

Doch dieses nationale Deutschland hatte einen grossen Teil derjenigen, die im August 1914 mit ihm einig gewesen waren, längst von sich ausgeschlossen: nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Katholiken und die Liberalen, die 1917 an der Friedensresolution des Reichstags mitgewirkt hatten, also alle jene *Systemparteien*, welche die Weimarer Republik getragen hatten. Noch unter den schon irregulären Bedingungen der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhielten diese Parteien nicht sehr viel weniger Stimmen als die NSDAP, und wenn man ihnen die Kommunisten hätte zuzählen dürfen, würde es sich etwa um die Hälfte des Volkes gehandelt haben. Weshalb blieb diese Hälfte so passiv und machte sich kaum noch bemerkbar? Bloss der Enthusiasmus des nationalen Deutschland hätte schwerlich so viel Lähmung und Regungslosigkeit hervorgerufen; aber das Deutschland der Jahreswende 1932/33 war heftiger von den Folgen der grossen Krise der Weltwirtschaft erschüttert als jede andere Nation. In einer solchen Lage wird jedes Ereignis, das aus der Alltagsroutine heraus-

fällt, mit Hoffnungen begrüsst oder doch mindestens mit der Bereitschaft, ihm eine Chance einzuräumen. Zahlreiche Arbeitslose, die im November aus Protest und Verzweiflung der KPD ihre Stimme gegeben hatten, mochten nun annehmen, dass Hitler vielleicht doch einen Ausweg wisse. Die Bauern, deren Höfe von der Zwangsversteigerung bedroht waren, die Handwerker, deren Auftragsbestand immer weiter zurückgegangen war, die Kleinhändler, die nicht wussten, wie sie ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen sollten: Sie alle setzten kein Vertrauen mehr in die Ankurbelungsmassnahmen oder die Steuergutscheine Papens und Schleichers, aber sie liessen sich deshalb noch nicht von den radikalen Vorschlägen Thälmanns überzeugen, die Deutschland auf Gedeih und Verderb mit der Sowjetunion zusammenbinden mussten. So vertrauten sie demjenigen, der voller Entschlossenheit war und doch die umwälzenden Massnahmen ablehnte, deren Folgen unabsehbar sein würden, und auch wenn sie bloss passiv blieben, lähmten sie doch diejenigen, die zu einem Widerstand aufriefen, der zu einem vollständigen Umsturz führen musste.

Die Furcht, dass ein solcher Umsturz möglich sei und von starken Kräften erstrebt werde, war vermutlich die mächtigste Antriebskraft der *nationalen Erhebung*, die so rasch in die «nationalsozialistische Revolution» überging. Noch fundamentaler als die Begeisterung des *nationalen Deutschland* und als die Hoffnungen der von der Krise geschüttelten Bevölkerung war die Angst des *bürgerlichen Deutschland* vor einer bevorstehenden kommunistischen Revolution. Tatsächlich war die KPD ja die stärkste Partei in der Hauptstadt des Reiches, und während des ganzen Februar war die Luft voll von Gerüchten über die Bürgerkriegsvorbereitungen der Kommunisten, über geheime Waffentransporte, ja über Pläne, die deutschen Kirchen und Museen in Brand zu stecken. Es ist schwerlich zu bezweifeln, dass Hitler die weit verbreiteten Sorgen und Ängste teilte. Zwar lehnte der Vorsund der Sozialdemokratischen Partei schon am 30. Januar den Vorschlag der Kommunisten ab, gemeinsam zum Generalstreik aufzurufen, und das war nach allen Prämissen der wechselseitigen Feindseligkeit nicht erstaunlich, aber im ganzen Reich fanden doch eine Anzahl schwerer Zusammenstösse statt, und nicht immer waren die Nationalsozialisten die Angreifer. Beim Rückmarsch vom Fackelzug des 30. Januar war der Führer des bei den Kommunisten berüchtigten *Mordsturms 33*, Eberhard Mairkowski, erschossen worden, und wenig später beherrschten nach einer Mel-

derung der *Roten Fahne* bewaffnete Arbeiter während eines 24stündigen Generalstreiks in Lübeck die Strasse. An der Entschlossenheit Hitlers und Görings, der nun die Befehlsgewalt über die preussische Polizei innehatte, sich mit allen Mitteln durchzusetzen, konnte von Anfang an kein Zweifel bestehen. Der Brand des Reichstags am 27. Februar beschleunigte die Entwicklung, aber er brachte sie keineswegs hervor. Die Listen, anhand deren fast alle kommunistischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten sowie zahlreiche andere Funktionäre verhaftet wurden, waren schon während der letzten Weimarer Jahre von der Polizei vorbereitet worden, und Görings *Schiesslerlass* datierte vom 17. Februar. Eine Gelegenheit, den Ausnahmezustand zu verkünden, würde sich bestimmt gefunden haben, wenn die Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat nicht schon am 28. Februar hätte erlassen werden können. Vermutlich hätte die Regierung Hitler ohne den Reichstagsbrand bei den Wahlen vom 5. März nicht die absolute Mehrheit erhalten, aber auch ohne die Majorität der Mandate hätte sie den neugewählten Reichstag so unter Druck setzen können, dass dieser mit Zweidrittelmehrheit das Ermächtigungsgesetz und damit seine Selbstentmachtung beschlossen hätte, wie es die Abgeordneten unter dem Eindruck der aufmarschierten SA, aber mehr noch angesichts der Erwartungen der Öffentlichkeit am 23. März dann tatsächlich taten. Die immer noch ungeklärte Frage nach dem Urheber bzw. den Urhebern des Reichstagsbrandes ist nur im Zusammenhang der übergreifenden Frage wichtig, ob auf der Seite der regierenden Nationalsozialisten genuine Emotionen vorlagen oder ob zynische Machtmenschen sogar ein überaus riskantes Verbrechen nicht scheuten, um eine Alleinherrschaft zu begründen, die sie sonst nicht hätten gewinnen können. Alles spricht dafür, dass auch die führenden Nationalsozialisten von Überzeugungen und von Emotionen beherrscht waren, die ein solches Verbrechen nicht erforderlich machten, wie immer der konkrete Vorgang gewesen sein mag. Die stärksten dieser Überzeugungen und Emotionen bezogen sich nun allesamt auf den November 1918 in Deutschland und auf die Revolution in Russland; es handelte sich um antibolschewistische Emotionen, und sie verstanden sich mit so viel Selbstverständlichkeit als antimarxistisch, dass sie zwar offensichtlich in *bürgerlichen* Empfindungen verwurzelt waren, aber dennoch darüber hinausgingen.

Am 10. Februar sprach Hitler im Berliner Sportpalast. Über dem Redner-

pult war in grossen Lettern der Satz zu lesen: «Der Marxismus muss sterben». Und um dieses Motto drehte sich die ganze Rede, deren zentrale Sätze die folgenden waren: «Der Marxismus bedeutet die Verewigung der Zerreiung der Nation ... nach aussen pazifistisch, nach innen terroristisch – nur so allein konnte sich diese Weltanschauung der Zerstörung und der ewigen Verneinung behaupten... Entweder der Marxismus siegt oder das deutsche Volk, und siegen wird Deutschland.»²

Am 2. März hielt er abermals eine Rede im Sportpalast, und diesmal hielt ihn keine staatsmännische Vorsicht zurück, sondern er richtete den Blick über die deutschen Grenzen hinaus: «Hat dieser Marxismus dort, wo er hundertprozentig gesiegt hat, dort, wo er wirklich und ausnahmslos herrscht, in Russland, die Not beseitigt? Die Wirklichkeit spricht hier geradezu eine erschütternde Sprache. Millionen von Menschen sind verhungert in einem Lande, das eine Kornkammer sein könnte für die ganze Welt ... Sie sagen Brüderlichkeit. Wir kennen diese Brüderlichkeit. Hunderttausende an Menschen, ja Millionen mussten erschossen werden im Namen dieser Brüderlichkeit und infolge des grossen *Glücks* ... Sie sagen weiter, dass der Kapitalismus dadurch überwunden würde ... Die kapitalistische Welt muss mit ihren Krediten erhalten, die Maschinen liefern und die Fabriken einrichten, die Ingenieure, die Vorarbeiter zur Verfügung stellen, alles muss diese andere Welt tun. Sie können das nicht bestreiten. Und das Arbeitssystem in den sibirischen Holzgebieten möchte ich nur eine Woche lang denjenigen empfehlen, die in Deutschland für dieses Prinzip schwärmen... Wenn vor diesem Wahnsinn ein schwaches Bürgertum kapitulierte – den Kampf gegen diesen Wahnsinn, den nehmen wir auf.»³

In derselben Ausgabe des *Völkischen Beobachters* war eine grosse Anzeige zu lesen, in der 22 aus Russland zurückgekehrte Arbeiter zur Wahl Adolf Hitlers aufforderten, und zwar mit der Begründung, Sowjetrusland sei für die Arbeiter und Bauern die Hölle, weil sie bei schwerster Arbeit ein elendes Hungerdasein führen müssten.

Immer wieder taucht in den Reden Hitlers während dieser Monate die eine Grundforderung auf, den Marxismus zu vernichten, ihn konsequent und unbarmherzig auszurotten. Aber diese Forderung ist nicht selten verknüpft mit der Erinnerung an die *Rucksackpartakisten* von 1918, und wenn Hermann Göring am 3. März verkündete, hier habe er nur zu ver-

I. Schlusspunkt und Vorspiel 1933

nichten und auszurotten, so wandte er sich wenige Tage später seinen Gegnern mit der leidenschaftlichen Anklage zu: «Als wir vor 14 Jahren von der Front zurückkamen, hat man unsere Achselstücke und Ehrenzeichen, hat man uns in den Dreck getreten, hat man die Fahnen verbrannt, die siegreich einer Welt trotzten. Ihr habt damals unser Innerstes misshandelt, ihr habt uns das Herz zertreten, wie ihr Deutschland zertreten habt.»⁴ Den Kommunisten gegenüber war nun in der Tat seine Frage berechtigt: «Was hätte man getan, wenn man an unserer Stelle die Macht erobert hätte? Man hätte uns ohne viel Überlegen einen Kopf kürzer gemacht.»⁵ Das gleiche hatte dem Sinn nach im Jahre 1929 der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe zum Ausdruck gebracht, aber er hatte seiner Partei gerade das Verdienst zugeschrieben, die wechselseitige Vernichtung der beiden extremen Parteien verhindert zu haben.⁶ Und auch Hitler hatte in der Rede vom 2. März die angebliche Erbärmlichkeit entlassener und nun um ihre Pension bangender sozialdemokratischer Polizeipräsidenten so stark von der Entschlossenheit und Blutrünstigkeit der Kommunisten abgehoben, dass es nahezu unbegreiflich schien, wie zwei so verschiedenartige Phänomene unter den gleichen Begriff des Marxismus gebracht werden konnten. Aber eben dieser *Antimarkismus* war das Hauptkennzeichen der nationalsozialistischen Ideologie, und eben deshalb wandte sie sich auch gegen das Bürgertum, dessen Emotionen sie so weitgehend teilte, und eben deshalb nahm sie eine abermalige Ausweitung auf die ganze moderne Geschichte vor, wenn etwa Rudolf Hess im JuE sich mit der folgenden Begründung gegen Ausschreitungen der SA wandte: «Die jüdisch-liberalistische französische Revolution schwamm im Blut der Guillotine. Die jüdischbolschewistische russische Revolution hallt wider von millionenfachen Schreien aus tschechistischen Blutkellern. Keine Revolution der Welt verlief so diszipliniert wie die nationalsozialistische.. Jeder soll wissen, dass wir weit davon entfernt sind, dem Gegner mit Milde zu begegnen. Er muss wissen, dass jeder von Kommunisten oder Marxisten an einem Nationalsozialisten geübte Mord von uns zehnfach gegenüber kommunistischen oder marxistischen Führern gesühnt wird ... Jeder Nationalsozialist muss sich aber auch bewusst sein, dass Misshandeln von Gegnern jüdisch-bolschewistischer Gesinnung entspricht und des Nationalsozialismus unwürdig ist».⁷

So wird in den Äusserungen führender Nationalsozialisten immer wie-

der deutlich, dass ihren Empfindungen und Handlungen eine Urerfahrung, eine Urbeängstigung, ein Urhass zugrunde lag: die Erfahrung von Offizieren und auch von Unteroffizieren angesichts der Revolution von 1918, als sie plötzlich ihre Autorität verloren, als kampfkraftige Truppenkörper von heute auf morgen zu deliberierenden Haufen wurden, als ihnen die Schulterstücke heruntergerissen wurden, als man ihnen ins Gesicht spuckte, als sie «Kriegsverbrecher» und «Schweine» genannt wurden. Und diese Erfahrung erhielt das eigentliche Gewicht anscheinend erst durch den Hinblick auf die russische Revolution, wo sich ähnliches mit viel gravierenderen Folgen abgespielt hatte, wie aus den Erinnerungen der Baltikumkämpfer, aus den Erzählungen der vielen russischen Emigranten und deutschrussischen Flüchtlinge hervorging, aber auch aus der umfangreichen Literatur über die russische Revolution, ob sie nun von Monarchisten oder von Sozialdemokraten geschrieben war. Und diese Offiziere waren nicht isoliert, sondern sie durften sich selbst als eine Auslese des Bürgertums betrachten, aus dem sie mit wenigen Ausnahmen hervorgegangen waren. Viele Bürger empfanden mindestens zeitweise nicht viel anders als sie, aber einem radikalen Antimarxismus stimmten längst nicht alle zu, da sie doch die Sozialdemokraten als manchmal unbequeme, aber immerhin umgängliche Partner kennengelernt hatten. Diejenigen jedoch, ob ehemalige Offiziere oder einfache Bürger, denen ideologische Konsequenz geboten schien, mussten nach Ursachen und Urhebern der gesellschaftlichen Krankheit suchen, und dann konnten sie weder beim Kommunismus stehenbleiben noch beim Marxismus, sondern sie mussten auch die Schwäche des Liberalismus anklagen und vielleicht am Ende in den Juden eine letzte und entscheidende Ursache finden.

Was aber war das Positive, an das man sich halten konnte, wenn man so viel Negatives wahrnahm? Am ehesten war es die gegen alle Gefahren gesicherte Einheit und Gesundheit des Volkes, die freilich nur auf einem langen Wege zu erreichen war. Längst nicht alle ehemaligen Offiziere und schwerlich auch nur die Mehrheit der deutschnationalen Bürger, ja nicht einmal alle nationalsozialistischen *alten Kämpfer wollten* diesen Weg mitgehen, aber sie konnten sich nicht leicht gegen die Konsequenz sträuben, mit der nun Zug um Zug bis zum Juli alle Parteien aufgelöst oder zur Selbstauflösung gezwungen wurden, mit der das Arierprinzip durchgesetzt und

I. Schlusspunkt und Vorspiel 1933

das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses erlassen wurde. Wenn die nationale Erhebung mit aller Konsequenz antimarxistisch sein wollte, dann musste sie zur nationalsozialistischen Revolution werden, und die nationalsozialistische Revolution musste wiederum von Adolf Hitler schon im Sommer 1933 für abgeschlossen erklärt werden, weil sie nur eine politische Umwälzung sein wollte, welche alle Macht in die Hand der einen Partei und ihres Führers legte, aber gerade nicht ein ökonomischer Umsturz nach dem russischen Muster, der keineswegs bloss in Hitlers Augen sogar im Ursprungsland verhängnisvoll gewirkt hatte und in den Industrieländern der Welt noch schlimmere Folgen nach sich ziehen würde. Für Hitler und alle Vorkämpfer der nationalen Erhebung war die Sowjetunion 1933 ganz und gar ein Schreckbild. Aber war sie in der nationalsozialistischen Revolution nicht gleichwohl ansatzweise ein Vorbild?

In einer Unterredung mit einem deutschen Diplomaten soll der Aussenminister Litwinow gesagt haben, die Sowjetunion habe Verständnis dafür, dass Deutschland seine Kommunisten so behandle, wie die Sowjetunion ihre Staatsfeinde behandelt habe.⁸ Jedenfalls waren scharfe Massnahmen gegen Kommunisten und die kommunistische Presse vom ersten Tage an ein Hauptkennzeichen des nationalsozialistischen Regimes, und gegen die Kommunisten richteten sich in allererster Linie der Schiesserlass Görings vom 17. Februar und die Einrichtung einer Hilfspolizei aus SA und SS am 22. Februar. Schon jetzt wurde «rücksichtslos von der Waffe Gebrauch» gemacht, und schon jetzt wurden Gefangene «auf der Flucht erschossen». Aber von *Terror* kann doch erst für die Zeit nach dem Reichstagsbrand die Rede sein, und er griff sogleich weit über die Reihen der Kommunisten hinaus, obwohl die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat lediglich der «Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte» dienen sollte. Auch Sozialdemokraten und einige bürgerliche Politiker wurden in *Schutzhaft* genommen und in die überall aus dem Boden schiessenden Konzentrationslager eingeliefert, die nur zum geringen Teil staatlichen Charakter trugen, sondern meist von SA- oder SS-Abteilungen in eigener Regie errichtet und betrieben wurden. Besonders bekannt wurden neben dem immerhin nominell staatlichen Lager Dachau bei München *wilde* Lager wie das Columbiahaus in Berlin, Oranienburg, Kemna in Wuppertal und andere. Ihre Hauptmerkmale waren die Improvisation und der oftmals per-

sönliche, jedenfalls aber konkrete Hass, der im Verhalten der Wachmannschaften gegenüber den Gefangenen zum Vorschein kam. So wurde das Lager Oranienburg in einer Fabrik errichtet, die ursprünglich eine Brauerei gewesen war, und die Schlafräume der Gefangenen befanden sich in dem ehemaligen Flaschenbierkühlkeller, wo zunächst bloss Strohsäcke zur Verfügung standen. Auch Kemna war eine leerstehende Fabrik, und es dauerte geraume Zeit, bis die notwendigsten Vorbedingungen für die Unterbringung einer beträchtlichen Zahl von Gefangenen geschaffen waren. Überall aber kam es zu einer ebenso schroffen wie einseitigen Konfrontation politischer Gegner, die einander gerade in kleinen Lagern nur allzugut kannten und die noch vor wenigen Wochen oder Monaten sich in erbitterten Kämpfen auf den Strassen gegenübergestanden hatten. Es wurden also politische und auch private Rechnungen in grosser Zahl beglichen, und unter den Schlägen und manchmal sadistischen Quälereien büssten während der ersten Jahre mehrere hundert Gefangene ihr Leben ein. *Übergriffe* wurden bald öffentlich beklagt, und es wurde Abhilfe versprochen, aber zunächst gelang es der Justiz nur in seltenen Fällen, Opfer zu befreien oder Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Auf etwa 30'000 belief sich die Zahl der *Schutzhäftlinge* im Jahre 1933, und jeder, der aus einem Lager entlassen wurde, musste sich schriftlich verpflichten, nichts über seine Erfahrungen verlauten zu lassen. Dennoch liefen sehr bald Gerüchte um, und 1934 erschienen die ersten authentischen Berichte von geflohenen Gefangenen, so etwa derjenige des langjährigen Reichstagsabgeordneten der SPD Gerhart Seger über Oranienburg. Hier wurde auf glaubwürdige Weise, welche Übertreibungen und Schimpfreden sorgsam vermied, von der *Folterkammer* des Vernehmungszimmers berichtet, wo Häftlinge so fürchterlich geschlagen wurden, dass mehrere von ihnen an den Folgen starben, von den Demütigungen, denen gerade prominente Gefangene wie die ehemaligen SPD-Abgeordneten Ebert und Heilmann unterworfen wurden, und von den Dunkelarrestzellen, in denen Gefangene wie in stehenden Steinsärgen tage- und nächtelang eingesperrt wurden, wenn sie gegen die Lagerordnung verstossen hatten. Aber Seger wusste auch von dem fortdauernden Hass zwischen den kommunistischen und den sozialdemokratischen Häftlingen zu berichten, der die Kommunisten zu Beifallsbezeugungen hinriss, wenn der Kommandant die bevorstehende Einlieferung neuer «sozialdemokratischer Bonzen» ankündigte, und er korrigierte eine alte Abneigung, wenn er

I. Schlusspunkt und Vorspiel 1933

feststellte, dass das Strafexerzieren beim preussischen Kommiss «eine humane Einrichtung» war, wenn man es «mit der Gemeinheit der entsprechenden SA-Veranstaltungen vergleicht». ⁹ So waren diese Konzentrationslager sozusagen die Endstation eines Bürgerkrieges, in dem die siegreiche Partei gerade deshalb ausserordentliche Brutalität und gemeine Grausamkeit an den Tag legte, weil sie den Eindruck hatte, dass sie um ein Haar der besiegte Teil gewesen wäre. Es war nicht unverständlich, dass den Häftlingen, die in der ersten Zeit noch unter der Aufsicht der Polizei sich teilweise mit dem Gesang der Internationale und Hochrufen auf die KPD nach Dachau hatten transportieren lassen, im Lager angekündigt wurde, sie würden nun nach ihrem eigenen Rezept behandelt werden, aber es bedeutete dennoch einen Überschritt symptomatischer Art, als der erste Kommandant von Dachau, Hilmar Wäckerle, von seinen SS-Leuten ausdrücklich verlangte, sie müssten für Deutschland dasjenige werden, was für Russland die Tscheka sei. ¹⁰ Und die Grausamkeiten nahmen nicht ganz selten einen Charakter an, der sogar bei weitherzigster Auslegung jene Basis erschütterte, auf der auch der schärfste und einseitigste Bürgerkriegsterror noch stehen muss: die Basis der Bewahrung der eigenen Identität. Es war nicht ein geflohener Gegner, sondern der Reichsjustizminister Dr. Gürtner, der im Jahre 1935 über die Vorgänge in den wilden Konzentrationslagern vor ihrer Auflösung zu Anfang 1934 Folgendes schrieb: «In dem Konzentrationslager Hohnstein in Sachsen mussten Häftlinge solange unter einem eigens zu diesem Zweck konstruierten Tropfapparat stehen, bis ihre Kopfhaut von den in gleichmässigen Abständen herunterfallenden Wassertropfen schwere eitrige Verletzungen aufwies. In einem Konzentrationslager in Hamburg wurden vier Häftlinge tagelang – einmal drei Tage und Nächte, einmal 5 Tage und Nächte ununterbrochen in Kreuzesform an ein Gitter gefesselt und dabei so dürftig mit trockenem Brot verpflegt, dass sie beinahe verhungerten. Diese wenigen Beispiele zeigen ein derartiges Mass von jedem deutschen Empfinden Hohn sprechender Grausamkeit, dass es unmöglich ist, hier irgendwelche Milderungsgründe in Erwägung zu ziehen.» ¹¹

Und noch eine andere Tatsache verbietet es, den SA-Terror des ersten Jahres bloss als die exzessive Schlussphase eines nur in Ansätzen ausgeprägten Bürgerkrieges zu betrachten, die nach einer Reihe von Monaten von den staatlichen Behörden abgestellt oder doch unter Kontrolle gebracht

wurde. Zwar konnte der erste Chef des Ende April 1933 gegründeten Geheimen Staatspolizeiamtes, Rudolf Diels, später mit Stolz berichten, dass es ihm im Zusammenwirken mit anderen Behörden gelungen sei, die Zahl der Schutzhäftlinge auf 2'800 zu verringern und die etwa 50 wilden Konzentrationslager durch einige wenige staatliche Einrichtungen zu ersetzen¹², aber gerade das grösste der Lager, Dachau, verblieb unter der Herrschaft der SS, die mittels der geschickten Taktik ihres Reichsführers im Ausgang von Himmlers Position als Politischer Polizeikommandeur von Bayern in immer grösserem Masse polizeiliche Befugnisse an sich zog, so dass der Terror zwar quantitativ verringert, aber auch systematisiert und einer wirksamen Kontrolle durch die Justiz weiterhin entzogen wurde. Zum anderen waren in einigen Lagern sogenannte *Judenkompanien*¹³ gebildet worden, die einem besonders harten Regiment unterworfen waren. Zwar handelte es sich auch hier um politische Gegner, um Kommunisten und Sozialdemokraten, und allem Anschein nach wurde kein Jude als Jude eingeliefert, aber *nach* der Verhaftung wurden Juden kenntlich gemacht und erfuhren eine andersartige Behandlung. Damit war der Übergang zur Bestrafung wegen eines Seins und nicht wegen eines Tuns gemacht, und dieser Übergang wurde zur gleichen Zeit auch in anderen Formen vollzogen, die nicht im engeren Sinne Strafmassnahmen oder terroristisch waren, aber doch als Verfolgungs- oder Unterdrückungsaktionen betrachtet werden mussten. In erster Linie ist hier das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» vom 7. April 1933 zu nennen, das in seinem § 3 bestimmte: «Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen. Soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.» Damit wurde in ein Gesetz, das nach seiner Überschrift gegen das *Parteibuchbeamtentum* gerichtet war, ein völlig andersartiges Prinzip hereingebracht, das Prinzip der Gruppenzugehörigkeit oder der Rasse, das höchstens als ein Proportionalitätsgebot zu rechtfertigen war, aber doch notwendigerweise als eine Massnahme religiöser Verfolgung erscheinen musste, da ein anderes Kriterium als dasjenige der Zugehörigkeit zur «mosaischen Religion» nicht existierte.

Es war daher nicht verwunderlich, dass in der Berichterstattung der ausländischen Presse die *Judenverfolgung* gleich sehr stark in den Vordergrund trat, und dazu hätte es vermutlich keiner besonderen Tatbestände be-

I. Schlusspunkt und Vorspiel 1933

durft, denn es geschah zum ersten Mal in der Weltgeschichte, dass eine Partei in einem Grossstaat zur Macht gelangte, die sich schon in ihrem Programm nachdrücklich als antisemitisch erklärte. Die Meldungen, die in der ausländischen Presse veröffentlicht wurden, waren zu einem grossen Teil zweifellos weit übertrieben, so wenn etwa die *Herald Tribune* schon am 3. März zu melden wusste, der «Massenmord deutscher Juden» sei nahe oder wenn der *Daily Herald* Ende April einen Artikel aus dem «Land der Judenschlächter» veröffentlichte.¹⁴ Ebenso fragwürdig war das Zusammenfliessen der antifaschistischen und der projüdischen Propaganda, die es möglich machte, in öffentlichen Demonstrationen Hitlerpuppen mitzuführen, die am Galgen hingen. Nicht viel anders stand es mit der Bewegung zum Boykott deutscher Waren, die schon wenige Wochen nach der Macht ergreifung in Gang gesetzt wurde.¹⁵ Aber in all dem spiegelte sich, wenn gleich in übertreibender oder vorwegnehmender Weise, doch nur die Tatsache, dass in Deutschland etwas begonnen hatte, was in der Welt präzedenzlos war: die Bekämpfung und Entrechtung der Juden als Juden in einem modernen Staat, in dem deren Emanzipation, d.h. die rechtliche und faktische Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern, seit geraumer Zeit abgeschlossen war.

Wie sehr es sich dabei auch um den Gegensatz zwischen der anhebenden *nationalsozialistischen Revolution* und der *nationalen Erhebung* handelte, wurde durch ein Buch erkennbar gemacht, das am 15. Mai 1933 im Verlag von Jakow Trachtenberg erschien, der durch die Veröffentlichung von antibolschewistischer Literatur bekannt geworden war.¹⁶ Es enthält eine Anzahl von Stellungnahmen jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten, welche gegen die ausländische «Greuelpropaganda» gerichtet sind. Die meisten sind vorsichtig formuliert, wie angesichts des von nationalsozialistischer Seite ausgeübten Drucks nicht anders zu erwarten war; sie erwähnen «Misshandlungen», «Ausschreitungen» oder «Exzesse», weisen jedoch die Nachrichten über genuine Greuertaten zurück. Aber an verschiedenen Stellen wird doch unübersehbar, wie sehr gerade die grössten Organisationen und einige der wichtigsten Männer *nationaldeutsch* und *bürgerlich* gesinnt waren. So rückt der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten mit grosser Schärfe von der «unverantwortlichen Hetze» ab, die «von sogenannten jüdischen Intellektuellen im Auslande gegen Deutschland unternommen wird», der Ehrenvorsitzende des Verbandes nationaldeutscher Ju-

den, Dr. Max Naumann, erblickt in der Greuelpropaganda «nichts anderes als eine Neuauflage der Kriegshetze gegen Deutschland und seine Verbündeten von einst», und der Vorsitzende des Deutschen Rabbinerverbandes, Leo Baeck, erklärt, die Hauptprogrammpunkte der nationalen deutschen Revolution, nämlich die Überwindung des Bolschewismus und die Erneuerung Deutschlands, seien auch Ziele der deutschen Juden, die mit keinem Lande Europas so tief und so lebendig verwachsen seien wie mit Deutschland.¹⁷ Trachtenberg selbst spricht in seiner Vorrede davon, die Hetze wegen der angeblichen Greuelthaten in Deutschland könne letzten Endes zu tatsächlichen Greuelthaten führen, denn die gewissenlosen Urheber des Lügenfeldzuges wollten «offenbar einen neuen Krieg heraufbeschwören». Wenn die Nationalsozialisten nichts anderes gewesen wären als deutsche Nationalisten oder blosse Antikommunisten, hätten sie sich offensichtlich mit einem Grossteil der deutschen Juden leicht verständigen können.

Als Triumph eines neuen deutschen Nationalismus wurde die Machtübernahme Hitlers aber von den meisten ausländischen Presseorganen auch dann interpretiert, wenn den Nachrichten über die *Judenverfolgungen* viel Platz eingeräumt wurde. Der *Manchester Guardian* fürchtete und hasste vor allem «Junker und Reaktionäre», während er in Hitler lediglich ein Instrument dieser Leute sah, und die *Times* glaubte nicht, dass Hitler seine Verbündeten nach der Art Mussolinis überspielen werde, denn ihm fehlten die «ausserordentlichen Fähigkeiten» des italienischen Diktators.¹⁸ Auch die Franzosen fürchteten die Reichswehr oder den Kronprinzen weit mehr als Hitler, der nicht selten abschätzig mit dem General Boulanger verglichen wurde.¹⁹ In beiden Ländern stimmten also die Linke und die Rechte darin überein, dass sie in Hitler nichts wirklich Neuartiges wahrnahmen, sondern sich immer noch den *Reaktionären* oder den *Militaristen* konfrontiert glaubten, gegen die man im Weltkrieg so hart hatte kämpfen müssen. Nur die *Daily Mail* von Lord Rothermere fasste Hitler primär als Antikommunisten auf, und im Oktober konnte sie einem höchst prominenten Autor Platz für die These einräumen, der Kommunismus müsse folgen, wenn Hitler scheitere, nämlich dem Kriegspremier Lloyd George.²⁰ Vergleiche mit der russischen Revolution waren ziemlich selten, aber die *Berlingske Tidende* machte bei der Besprechung des «Braunbuchs über Reichstagsbrand

und Hitlerterror» am 8. September die Bemerkung, es geschähen viel entsetzlichere Dinge, wo Kommunisten die Macht hätten.²¹ Noch seltener waren Bemerkungen wie die, Hitler sei nicht wirklich ein Antikommunist und ebensowenig ein Konservativer. Wenn die Beunruhigung beträchtlich war und sehr verschiedenartige Meinungen vorgebracht wurden, so interpretierte doch keine der ausländischen Zeitungen die Machtergreifung Hitlers als ein Ereignis, das weltgeschichtliche Folgen haben würde.

Nicht nur die Zeitgenossen gingen sehr oberflächlich mit Hitler und dem Nationalsozialismus um. Die innerste Tendenz der Wissenschaft kann nach mehr als einem halben Jahrhundert zu einem ähnlichen Ergebnis führen. Je sorgfältiger die einzelnen Vorgänge erforscht werden, die der Machtergreifung unmittelbar vorhergingen oder ihr folgten, umso undeutlicher oder konventioneller kann der Hintergrund werden, und umso grösseren Spielraum können ganz subjektive Einschätzungen der Autoren erhalten. Wer die politischen Ereignisse in ihrem alltäglichen Verlauf und in ihrer ganzen Komplexität zu verfolgen sucht, wird leicht geneigt sein, ideologische Aussagen, auf die er nur gelegentlich stösst, als irrelevant anzusehen, und wer Hermann Göring vor allem unter dem Gesichtspunkt der Rauschgiftsucht betrachtet hat, wird vermutlich den Satz, die Revolutionäre von 1918 hätten ihm und seinesgleichen «das Herz zertreten», als sentimentale Phrase abtun. Der Kenner der Parlamentspolitik mag die Kommunisten für Radaubröder erklären, die sich bloss gelegentlich einmal durch Lärmszenen und unrealistische Anträge bemerkbar machten. Wer den Hitler-Stalin-Pakt in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit gestellt hat, wird in Hitlers Rede vom 2. März vermutlich eine unaufrichtige und demagogische Hetze erblicken. Aber von Zeit zu Zeit muss aus wissenschaftlichem Geiste gegen diese innerste Tendenz der Wissenschaft, die Tendenz zur immer fortschreitenden Spezialisierung, angegangen werden, so gross das Risiko auch sein mag. Wenn die verschiedenartigen Aussagen Hitlers zur Zeit seiner Machtübernahme und die unterschiedlichen Tendenzen der nationalsozialistischen Bewegung in eine Hierarchie des Zentralen und des bloss Marginalen, der genuinen Impulse und der taktischen Hilfsmittel, der tieferen und der weniger tiefen Motive gebracht werden sollen, wenn vielgebrauchte Begriffe wie etwa *bürgerlich* einen ausgewiesenen Sinn erhalten sollen, dann ist ein langer Rückblick erforderlich, und dieser Rückblick sollte nicht nur bis zum Weltkrieg und zur deutschen Novemberrevolution

I. Schlusspunkt und Vorspiel 1933

reichen, sondern ausdrücklich und mit kennzeichnenden Details bis zu der russischen Revolution, auf die sich Hitler und der *Völkische Beobachter* und zahlreiche Parteiführer so oft bezogen. Erst dann wird anschaulich werden, inwiefern die nationalsozialistische Machtübernahme ein Schlusspunkt war, der Schlusspunkt der Weimarer Periode, zu der 1933 so gut wie niemand wieder zurückwollte, und inwiefern sie zugleich ein Vorspiel zu den umwälzendsten Ereignissen der Weltgeschichte sein konnte, obwohl auch die Klügsten unter den Zeitgenossen sie für eine blosse Episode hielten.

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932: Kommunisten, Nationalsozialisten, Sowjetrussland

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Welfrevolution: Die Februarrevolution und die Machtergreifung der Bolschewiki 1917

Die Revolution des militärischen Zusammenbruchs, auf welche sich die Nationalsozialisten mit Worten und Handlungen immer wieder bezogen, hatte in Russland bereits anderthalb Jahre früher stattgefunden als in Deutschland, im März 1917, aber sie war ein längerer und schmerzhafterer Prozess, weil sie die endgültige Niederlage nicht voraussetzen konnte, sondern zunächst gerade verhindern wollte. Die Machtergreifung der Bolschewiki vom November bedeutete zum einen die Fortsetzung und die Vollendung dieses Prozesses, aber sie war auch der Anfang einer Gegenbewegung zu der Auflösung der Macht und des Zusammenhalts des riesigen Reiches, wie sich schon nach verhältnismässig kurzer Zeit zeigen sollte. Die Bolschewiki verstanden ihre «*Oktoberrévolution*»¹ jedoch als Erfüllung und Verwirklichung der Intentionen, die zwar nicht die Politiker, wohl aber die grossen Massen der Soldaten und des Volkes schon während der *Februarrevolution* geleitet hatten, nämlich die Sehnsucht nach Frieden, nach sozialer Gerechtigkeit und nach Freiheit. Das Verhältnis der Machtergreifung zur Volksrevolution war also ambivalent, während die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland eine bloss negative Beziehung zu der so viel weiter entfernten Zusammenbruchsrevolution haben wollte.

Am 8. März 1917 entwickelten sich in Petrograd, wo schon seit einigen Tagen in wichtigen Werken gestreikt wurde, Protestdemonstrationen wegen der Brotknappheit, die rasch Zulauf erhielten und sich an den folgenden Tagen in immer gewaltigeren Ausmassen erneuerten. Schon während

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

der ersten Anfänge hatte der Parlamentspräsident den Zaren, der seit einiger Zeit den persönlichen Oberbefehl über die Armeen ausübte und sich in seinem Hauptquartier bei Mogilew befand, mit eindringlichen Worten beschworen, schnellstens ein Kabinett des allgemeinen Vertrauens zu bilden, denn die Reservebataillone der Garderegimenter töteten bereits ihre Offiziere und andererseits seien zahlreiche Fähnriche an den Demonstrationen beteiligt. Nikolaus II. fand sich jedoch nicht dazu bereit, und wenige Tage später waren die meisten Truppen in der Hauptstadt auf die Seite der Demonstranten übergegangen, fast alle Polizeistationen Petersburgs waren niedergebrannt, rote Fahnen flatterten überall und auch auf dem Dach des Winterpalastes, die Dynastie der Romanows war gestürzt, riesige und vor Freude trunkene Menschenmassen durchzogen die Hauptstrassen, und neben einer schwachen «Provisorischen Regierung», die aus Mitgliedern des «Progressiven Blocks» im Parlament gebildet war, tagte ein «Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten». Dessen «Befehl Nr. 1» «traf die Bestimmung, dass in allen Truppenteilen Soldatenräte zu bilden seien und dass diesen in allen politischen Angelegenheiten die Befehlsgewalt zukomme. Auch wenn den Soldaten bei der Ausübung des Dienstes «strengste militärische Disziplin» auferlegt wurde, war mit diesem Befehl doch die Autorität der Offiziere überall nachhaltig geschwächt; Meldungen über Befehlsverweigerungen, Desertionen und Ermordungen von Vorgesetzten häuften sich; das Gefüge der russischen Riesenarmee geriet ins Wanken. Über die Lage in Kronstadt erhielt die Armeeführung bereits im März die Nachricht, 90% der Offiziere seien verhaftet worden und ständen unter Bewachung, freie Offiziere aber könnten nicht mit Schulterstücken herumgehen, da diese ihnen sofort «von den schlechtesten Elementen der Mannschaft» abgerissen würden.² Im April verfasste eine Versammlung der Matrosen und Soldaten von Helsingfors eine Resolution, die «gegen alle Kriegslosungen, die von der Bourgeoisie verbreitet werden», protestierte und den gegenwärtigen Mangel an Munition für die «Schuld der Unternehmer» erklärte.³ In Soldatenbriefen von der Front, die von der Zensur zurückgehalten wurden, war immer häufiger von dem baldigen Friedensschluss und von der bevorstehenden Verteilung des Landes der Gutsherren die Rede, und neben rührenden Zeugnissen eines grösseren Selbstbewusstseins konnten die Zensoren auch Wendungen von erschreckender Wildheit

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

lesen: «Die alte Macht liess uns nicht als Menschen gelten ... Jetzt sind wir alle zum Leben erwacht» – «Bei uns arbeiten alle Komitees und haben bereits Projekte ausgearbeitet, dass das Land kostenlos, ohne eine Kopeke, ans Volk übergeben wird. Und wenn sich jemand widersetzt und gegen das neue Gesetz vorgeht, werden wir ihn abschlachten und vernichten, und wenn es sein müsste, würde ich auch die eigenen Eltern nicht verschonen.»⁴ Es zeigte sich also sehr früh, dass es sich um eine politische Revolution der Kriegsmüdigkeit der Soldaten handelte und in klaren Ansätzen um eine soziale Revolution der Überzahl der Bauern, die ihren alten Wunsch nach Inbesitznahme der Güter des Adels nun erfüllt sehen wollte. In Petrograd und den wenigen anderen Industriezentren tauchten zugleich die ersten Forderungen von Arbeitern nach Sozialisierung der Industrie auf. Es war nicht anzunehmen, dass der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten sich diesen Forderungen grundsätzlich widersetzen würde, denn er bestand in seiner grossen Mehrheit aus MitglEdern der Bauernpartei der Sozialrevolutionäre und der marxistischen Arbeiterpartei der Menschewiki, während die Bolschewiki noch relativ schwach waren. Aber der Sowjet wusste natürlich genau, dass die Friedensfrage alle anderen Fragen an aktueller Bedeutung weit übertraf, und so wandte er sich mit leidenschaftlichen Aufrufen an die «Proletarier aller Länder» und insbesondere an die deutschen Arbeiter und Soldaten: sie sollten alle Kräfte anspannen, um ihre Regierungen zum Abschluss eines allgemeinen Friedens zu zwingen, nachdem nun in Russland die Selbstherrschaft gestürzt sei und das Argument der Verteidigung Europas gegen den asiatischen Despotismus keine Gültigkeit mehr habe.⁵ Dieser Sowjet wollte keine sofortige Umwälzung, und er beanspruchte für sich keine Alleinherrschaft. Er war vielmehr überzeugt, dass Russland nur durch die Zusammenarbeit aller linksgerichteten Parteien einschliesslich der bürgerlichen Partei der «Konstitutionellen Demokraten» (*Kadetten*), gerettet werden könne, und daher betrachtete er sich am ehesten als das Provisorische Parlament der Provisorischen Regierung, in die er von Anfang an Vertreter entsandte. Damit schlug er freilich einen Weg ein, der auch bei den westeuropäischen Sozialisten bis zum Kriegsausbruch heftig umstritten gewesen war, den Weg der Zusammenarbeit mit dem *Klassenfeind*, dem Bürgertum; aber er meinte mit guten Gründen, dass jeder andere Weg zum Unheil eines Separatfriedens führen müsse, denn die dauernden Niederlagen der russischen Truppen gegen die deutschen Armeen waren

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

die eigentliche Ursache des Friedenswunsches, und die Heere der Mittelmächte standen tief in Russland: Sie hatten ganz Polen und grosse Teile der Ostseeprovinzen besetzt, und sie klopften an die Tore der Ukraine. Wenn die russische Armee sich auflöste, war das Land dem Zugriff der deutschen Militärmacht ausgeliefert, und nur der baldige Abschluss eines *allgemeinen* Friedens konnte die sozialistischen Kräfte vor dem Vorwurf schützen, das Land in die Niederlage geführt zu haben. Daher stellten sich sogar die Bolschewiki an die Seite der Regierung, die das Land «vor Niedergang und Zusammenbruch» retten müsse, nachdem nun der Weg zu einer «demokratischen Republik» sowie zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung frei sei.⁶

Die erste grosse Paradoxie dieser Revolution der Friedenssehnsucht bestand nun darin, dass sie nur möglich geworden war, weil die öffentliche Meinung Siege verlangt hatte und immer misstrauischer gegen den Zarenhof geworden war, wo die Zarin Maria Feodorowna, von Geburt eine deutsche Prinzessin, angeblich auf einen Separatfrieden mit dem deutschen Kaiser hinwirkte und durch ihren Günstling Rasputin den Geist des Defätismus verbreiten liess. Rasputin war in der Tat ein Gegner dieses Krieges, und seine Ermordung im Dezember 1916 war ein Sieg der Kriegspartei am Hofe, die aber auch im Parlament, in der Duma, zahlreiche Vorkämpfer hatte. Schliesslich führte man den Krieg im Bündnis mit den westlichen Demokratien Frankreich und England, und die russische *Intelligenzija* sowie das in Petersburg starke Industriebürgertum hatten sich schon seit Langem von diesem Bündnis ein Ende der Autokratie und die Umwandlung Russlands in eine konstitutionelle Monarchie versprochen. Daher begrüsst ein machtvoller Teil der öffentlichen Meinung die Revolution als eine Wandlung, die nun ein freies und durch die Freiheit gestärktes Russland an der Seite der freien Völker des Westens zum endgültigen Siege über den preussisch-deutschen Militarismus führen werde. So wurde die Revolution auch im Ausland häufig gesehen, und einige Amerikaner verglichen den neuen Ministerpräsidenten Fürst Lwow mit George Washington.⁷ Längst nicht alle Vertreter der Alliierten waren allerdings so optimistisch. Der Sekretär der Französischen Gesandtschaft etwa, der Graf Louis de Robien, ahnte schon im März und April, was der Ausgang sein würde, als er in sein Tagebuch eintragen musste, sein guter Freund, der General Stackeiberg,

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

habe sich geweigert, den Forderungen der Soldateska nachzukommen und sei vor den Augen seiner Frau abgeschlachtet und in die Newa geworfen worden. Ebenso stark war Robien beunruhigt, als ihm wenig später auffiel, dass unter den Soldaten «schlecht rasierte Studenten mit langen Mähnen und grünen Mützen herumliefen. ... alles typisch russische Nihilisten».⁸ Schliesslich wusste er ja so gut wie alle seine Kollegen, dass die Deutschen sich von der Revolution einen Separatfrieden versprochen und seit geraumer Zeit durch Geld sowie Agenten einen entsprechenden Einfluss auszuüben versuchten. Es diente wohl nicht zuletzt der Beruhigung der Alliierten, dass der neue Aussenminister und Führer der *Kadetten*, Paul Miljukow, in einer Note den russischen Siegeswillen unterstrich und an die russischen Kriegsziele erinnerte, u.a. an Konstantinopel. Eben damit förderte er wider seinen Willen die zweite und noch grössere Paradoxie: dass der Führer der Bolschewiki, Wladimir Iljitsch Lenin, der Mitte April aus dem Exil in Zürich nach Petersburg zurückgekehrt und dort feierlich empfangen worden war, mit seinen «Aprilthesen» mehr und mehr Zustimmung gewann. Mit fassungslosem Staunen hatten die Menschewiki und auch viele der eigenen Parteigenossen zunächst Lenins Meinung zur Kenntnis genommen, die Provisorische Regierung sei eine bürgerliche Regierung, eine Regierung der Kapitalisten, und die echten Sozialisten müssten den schärfsten Kampf gegen sie, aber auch gegen die «Vaterlandsverteidiger» oder «Sozialchauvinisten» unter den «kleinbürgerlichen» Menschewiki und Sozialrevolutionären führen, um einen «Kommune»- oder Sowjetstaat einzurichten, der die «Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtenschaft» durchsetzen und den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus darstellen werde. Dass aber die Polemik gegen die Kapitalisten und die «Burschui» populär war, wurde schon dadurch offenbar, dass Miljukow nach grossen Demonstrationen zurücktreten musste, und es war bald nicht mehr zu übersehen, dass Lenin eine starke Volksstimmung zu Wort gebracht hatte, als er einen gewaltigen Graben innerhalb der *revolutionären Demokratie* aufriess. Auf der einen Seite standen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowie einige kleinere sozialistische Parteien, die – zunächst noch die grosse Mehrheit – unter Führung Alexander Kerenskis die Entfernung zwischen Sowjet und Regierung zu verringern suchten, so dass die Provisorische Regierung bald etwa zur Hälfte aus Sozialisten bestand. Auf die Gegenseite stellten sich die Bolschewiki und die sogenannten internationalistischen

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

Menschewiki um Julius Martow sowie die kleine Gruppe Leo Trotzki, der aus Amerika nach Russland zurückgekehrt war. Sie alle forderten, «alle Macht den Sowjets» zu geben, da nur eine Regierung, die von Kapitalisten und *Vaterlandsverteidigern* frei sei, einen glaubwürdigen Appell an die Völker der kriegführenden Staaten richten und damit einen allgemeinen Frieden herbeiführen könne.

Dies war freilich längst nicht der erste Graben, den Wladimir Uljanow, der Sohn eines geadelten Schulinspektors aus Simbirsk, zwischen sich und anderen Sozialisten aufgerissen hatte. Im Jahre 1903 hatte er die Spaltung der kaum gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands in Bolschewiki und Menschewiki herbeigeführt, weil er sein Konzept der Partei als einer «stabilen und die Kontinuität wahrenen Führerorganisation» und eines «eng geschlossenen Häufleins» von Berufsrevolutionären gegen die demokratischeren Vorstellungen Martows durchsetzen wollte, dem die Spontaneität des Massenhandelns wichtiger war als das Bewusstsein und der Führungsanspruch der sozialistischen Intellektuellen. Danach hatte Lenin unablässig gegen *Liquidatoren*, *Fideisten* und andere Abweichungen gekämpft und nach dem Ausbruch des Krieges war er der einzige unter allen Sozialisten Europas gewesen, der die Niederlage des eigenen Landes geradezu zur Forderung erhob und die «Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg» verlangt hatte. Und zugleich hatte dieser Freund des Friedens sich mit so abgründiger Verachtung gegen die weinerlichen Kleinbürger und deren Abscheu vor Blut und Waffengebrauch geäußert⁹, dass ein Betrachter guten Grund zu der Vermutung gehabt hätte, im Kopfe dieses Mannes werde eine völlig neue Art von Sozialismus geboren. Weder Kautsky noch Rosa Luxemburg hatten ihn indessen ganz als ihresgleichen angesehen, da seine Taktik viel zu sehr auf die spezifischen Verhältnisse der russischen Autokratie abgestellt zu sein schien, und die Zahl seiner Anhänger war noch 1914 im Vergleich zu den Mitgliedern und Wählern der deutschen Sozialdemokratie sehr gering. Anfang 1917 betrug die Anzahl der Parteimitglieder nur etwa 50'000. Aber in keiner anderen sozialistischen Partei Europas war die Autorität eines einzelnen Mannes so gross und unbestritten.

Was das in einer extremen Situation bedeuten mochte, wurde auch der grossen Öffentlichkeit klar, als Lenin auf dem ersten gesamtrossischen Sowjetkongress im Juni 1917 eine Rede hielt, in der er sich nicht nur aus-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

drücklich bereit erklärte, mit seiner Partei «die gesamte Macht zu übernehmen», sondern auch ankündigte, er werde gleich nach seinem Siege die grössten Kapitalisten verhaften lassen, da sie doch wie ihre französischen und englischen Kollegen nichts weiter als Räuber und gefährliche Intriganten seien.¹⁰ Noch fand Kerenski grossen Beifall, als er den Vorschlag, man solle Menschen bloss wegen ihrer Klassenzugehörigkeit verhaften und bestrafen, mit dem ganzen Pathos des humanitären Sozialismus als *orientalisch* brandmarkte.¹¹ Nicht weniger schroff polemisierte Lenins alter Lehrmeister, der Begründer des russischen Marxismus, Georgij Plechanow, gegen ihn, als er «das beinahe pathologische Streben der Bolschewiki nach der Machtergreifung» anprangerte und erklärte, Lenin sei von Natur unfähig zu begreifen, dass die Niederlage Russlands auch die Niederlage der russischen Freiheit bedeuten müsse.¹²

Indessen wurde der Drang der Massen, identifizierbare Schuldige zu finden und anzugreifen, immer stärker, und in den Reden, die Lenin vom Balkon des Palastes der Tänzerin Kschesinskaja, seines Hauptquartiers, hielt, propagierte er unverblümt den populären Grundsatz «Raubt das Geraubte», und er beschwor den Roten Hahn, der auf die Häuser der Gutsbesitzer gesetzt werden müsse. Derartiges geschah zwar bereits in ganz Russland, und an manchen Stellen waren Handel und Wandel so gut wie zum Erliegen gekommen, weil die Bauern Sendungen von Holz oder Getreide, die für entferntere Gegenden bestimmt und bereits bezahlt waren, schlicht für die lokalen Bedürfnisse zurückhielten. Aber der Unterschied zwischen unvermeidlichen oder doch naheliegenden sozialen Spannungen und deren bewusster Förderung und Verschärfung wurde in einem Briefe auf symptomatische Weise erkennbar, den im Juni der Oberst eines sibirischen Regiments an sein Armeeoberkommando richtete: «Mir und den Offizieren bleibt nur, uns zu retten, weil aus Petrograd ein Lenin-Anhänger, Soldat der 5. Kompanie, angekommen ist. Um 16 Uhr wird eine Versammlung stattfinden. Es ist bereits beschlossene Sache, mich, Morozko und Egorov zu hängen, die Offiziere vorzunehmen und mit ihnen abzurechnen. Ich fahre nach Loschany. ... Viele der besten Soldaten und Offiziere sind bereits geflohen.»¹³

Es ist beinahe unglaublich, dass eine Armee, die sich in einem solchen Stadium der Auflösung befand, noch die Kraft aufbrachte, Anfang Juli eine grosse und zunächst erfolgreiche Offensive gegen den Feind zu unterneh-

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

men, die sogenannte Brussilow-Offensive. Der Kriegsminister Kerenski hatte sie nicht zuletzt deshalb angeordnet, um den wachsenden Zweifeln zu begegnen, die von den Alliierten in die Bündnistreue und Verlässlichkeit Russlands gesetzt wurden. Trotz des Kriegseintritts Amerikas war die Stimmung unter den Gegnern der Mittelmächte nicht gut, und ein russischer Sieg in Galizien würde die gesunkene Siegeszuversicht gestärkt und das Ansehen Russlands sehr erhöht haben. Aber dem Vormarsch folgten sehr bald der Rückzug und die katastrophale Niederlage, und die Zahl der Soldaten, die eigenmächtig die Front verliessen, wuchs unaufhaltsam an. Wie stark der Anteil der Propaganda der Bolschewiki an diesen Vorgängen war, lässt sich nicht mit Genauigkeit bestimmen; aber dass er beträchtlich war, unterliegt keinem Zweifel.

Dennoch schien ein von der Partei nur zögernd unterstützter Aufstand in Petrograd, der einige hundert Tote forderte, im Juli alle Erfolge wieder zunichte zu machen, und als die Regierung Haftbefehle gegen die führenden Bolschewiki ausstellte und mehrere in die Gefängnisse bringen liess, da sagte Lenin, bevor er unternahm: «Nun werden sie uns einen nach dem anderen erschiessen.»¹⁴ Aber noch waren die humanitären Sozialisten an der Macht, und Leo Trotzki schrieb im Gefängnis einen Artikel nach dem anderen für die zahlreichen Organe der Partei, die lediglich ihre Namen änderten, während Lenin in Helsingfors bei dem Polizeichef der Stadt Wohnung nahm, der mit den Bolschewiki sympathisierte. In der Tat wäre die Lage der Partei hoffnungslos gewesen, wenn Regierung und Sowjet sich entschlossen hätten, mit allen Kräften den Kampf aufzunehmen, denn die bolschewistische Partei wies eine Schwäche auf, die entscheidend sein konnte. Lenin war nämlich zusammen mit einer Anzahl seiner wichtigsten Gefährten durch Deutschland heimgekehrt, und es sprang ins Auge, dass die deutsche Regierung sich von bestimmten Absichten hatte leiten lassen, als sie ihre Zustimmung zu einem so ungewöhnlichen Vorgang gab. Ausserdem verfügte die Partei über auffallend grosse Mittel. Welcher Gedanke lag näher als der, dass Lenin im Auftrag der Deutschen für ein baldiges Ausscheiden Russlands aus dem Krieg arbeitete? Es ist in der Tat seit Langem kein Geheimnis mehr, dass genau dieser Gedanke für die deutsche Führung und nicht zuletzt für den General Ludendorff massgebend gewesen war und dass schon seit 1915 erhebliche Geldsummen für die revolutionäre

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

näre Agitation nach Russland geflossen waren, und zwar durch Vermittlung des früheren Linkssozialisten Alexander Parvus-Helphand, der durch den Krieg zum *Sozialpatrioten* geworden, aber ein Hasser des Zarismus geblieben war. Mit gutem Grund konnte der Staatssekretär von Kühlmann daher im September schreiben, ohne die stetige weitgehende Unterstützung durch die deutsche Regierung hätte die Bolschewiki-Bewegung nie den Umfang annehmen und den Einfluss erringen können, den sie heute besitze.¹⁵ Im Juli indessen waren die Volksmassen und insbesondere die Soldaten gerade in Petersburg trotz der Kriegsmüdigkeit noch sehr patriotisch, wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung der Garnison garantiert hatte, sie würde nicht an die Front verlegt werden, da sie in der Hauptstadt die Revolution sichern müsse. Die Soldaten wären daher gegen *deutsche Agenten* viel leichter aufzubringen gewesen als gegen *reiche Kapitalisten*. Aber die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki nutzten diese Chance allenfalls halbherzig, und dafür war nicht allein Humanität massgebend, sondern aus Furcht vor *der Reaktion* das Empfinden, auf die Bolschewiki als Bundesgenossen nicht verzichten zu können.

Diese Reaktion bestand indessen vor allem in dem verzweifelten Bemühen des Armee-Hauptquartiers, der Auflösungsstendenzen im Heer und in der Flotte Herr zu werden und die Befehlsgewalt der Offiziere als die unerlässliche Vorbedingung des Widerstandes gegen den *deutschen Erbfeind* wiederherzustellen. Grundsätzlich hatten die Generäle dabei die Unterstützung der Regierung, und Ende Juli wurde die Todesstrafe wieder eingeführt. Offensichtlich dachte Kerenski, seit Juli Ministerpräsident und von den Botschaftern der Alliierten ständig unter Druck gesetzt, nun ernsthaft daran, in dieser Notsituation eine Art Diktatur zu errichten, und darin trafen sich seine Wünsche anscheinend mit denjenigen des Oberbefehlshabers, des Kosakengenerals Lawr Kornilow. Aber Kerenski wollte selbst Diktator sein, und unter den Offizieren hatte sich gerade gegen ihn eine Fülle von Misstrauen angesammelt. So resultierte aus einigen zufälligen und doch wieder naheliegenden Missverständnissen im September der sogenannte *Kornilow-Putsch*, den Kerenski, um sich an der Macht zu halten, als ein gegen die Regierung gerichtetes Unternehmen und damit als Hochverrat qualifizierte. Sofort schlossen sich alle Linksparteien gegen den Anschlag auf *die Revolution* zusammen, und die Bolschewiki übernahmen die führende Rolle, indem sie so wirkungsvolle Parolen wie die folgenden in Um-

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

lauf setzten: «Ein Triumph Kornilows wäre der Untergang der Freiheit, der Verlust des Landes, der Sieg und die Allmacht des Gutsbesitzers über den Bauern, des Kapitalisten über den Arbeiter, des Generals über den Soldaten.»¹⁶ Sie warfen eine ganze Armee von Agitatoren den heranrückenden Truppen des Oberbefehlshabers entgegen, um diese zu überzeugen, dass sie gegen ihre eigenen Interessen handeln, den Krieg verlängern und einer Restauration des Zarismus den Weg bereiten würden, wenn sie den Befehlen ihrer Offiziere Folge leisteten. In der Tat erlagen die Truppen nicht nur auf den Anmarschwegen nach Petrograd, sondern an vielen Stellen des Landes der Überzeugungskraft von Argumenten, die bloss ihre eigensten und noch halbverborgenen Wünsche und Ängste artikulierten. Keiner der betroffenen Offiziere würde je vergessen können, wie ihm seine Soldaten entglitten, nicht unter dem Feuer der Granaten, sondern im Sturm der Worte, und jeder würde unter *Bolschewismus* zunächst und vor allem die Aktivierung des Autoritätsschwundes verstehen, dem er sich seit dem Beginn der Revolution ausgesetzt gesehen hatte. Nun war kein Halten mehr. Die Front löste sich mehr und mehr auf; nicht bloss zahllose Einzelne, wie schon bisher, sondern ganze Verbände desertierten. Die Rede von der bevorstehenden Verteilung des Landes der Gutsbesitzer packte die Gemüter der Bauern-Soldaten mit unwiderstehlicher Gewalt, und sie strebten nach Hause, um ihres Anteils nicht verlustig zu gehen. Dass die Deutschen im August Riga und die Inseln Dagö und Osel besetzt hatten, kam in erster Linie der Agitation der Bolschewiki zugute, die der Regierung nun vorwarfen, sie wolle die Hauptstadt dem Feinde ausliefern, um die Revolution zu ersticken. Anfang Oktober errang die Partei bei den Wahlen zum Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die absolute Mehrheit, und Trotzki wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Einfluss der Menschewiki ging rapide zurück, und bei den Sozialrevolutionären wurde der linke Flügel immer stärker. Mehr und mehr verbreitete sich unter den Massen die Überzeugung, die Kapitalisten und die *Kadetten* seien schuld, dass der Krieg immer noch nicht zu Ende gekommen sei, und die Wiedereinführung der Todesstrafe wurde nun in einem Paroxysmus von Angst und Hass als einer der Beweise für die Absicht der Regierung angesehen, «die Soldaten, Arbeiter und Bauern auszurotten».¹⁷

Jetzt realisierte sich die dritte grosse Paradoxie der Volksrevolution vom

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

März und ihrer Folgen. Der zweite Allrussische Sowjetkongress musste Anfang November stattfinden, und die Wahlen ergaben überwältigende Mehrheiten für die sozialistischen Parteien. Es wurde allgemein erwartet, dass der Kongress die Regierung Kerenski ablösen und sofort die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung in die Wege leiten werde, dann aber werde mit voller Autorität ein Friedensappell an die Völker der Welt gerichtet werden und die Verteilung des Landes der Gutsbesitzer könne auf geregelte Weise in Angriff genommen werden. Ausgerechnet in diesem Augenblick, als der Sieg seines Programms unabwendbar schien, verlangte Lenin mit immer grösserem Nachdruck, der schliesslich sogar ein Zögern für tödlich erklärte, von den zentralen Gremien seiner Partei den Beschluss zum bewaffneten Aufstand und also zur Machtergreifung der Partei vor dem Zusammentritt des Sowjetkongresses. Auf einer Sitzung des Zentralkomitees, an der er in Verkleidung teilnahm – einer Versammlung von zwölf Männern –, setzte er am 23. Oktober diese Entscheidung durch, obwohl seine engsten Mitarbeiter Sinowjew und Kamenjew darin ein Verhängnis sahen und ihre Bedenken auch an die Öffentlichkeit brachten. Wieder kam ihm ein Zufall zu Hilfe. Die Regierung kündigte an, dass sie den Hauptteil der Petrograder Garnison an die Front schicken werde. Damit brach sie jenes feierliche Versprechen, und abermals konnte eine grossangelegte Agitation die Revolution für gefährdet erklären. Das Zentralexekutivkomitee des Sowjets konstituierte ein «MiEtärrevolutionäres Komitee», das nun, unter Ausnutzung und scheinbar zur Verteidigung der «Sowjetlegitimität»¹⁸, unter Führung von Trotzki, aber ohne Beteiligung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, mit grosser Energie den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung vorbereitete. Es zeigte sich rasch, dass zwar der grösste Teil der Garnison sich lediglich für neutral erklärte, dass aber die Regierung über so gut wie keine zuverlässigen Einheiten verfügte. Symptomatisch war, dass der Winterpalast, der Regierungssitz, hauptsächlich von einem Frauenbataillon verteidigt wurde. Kaum eine Revolution glich jemals weniger einer Volksrevolution, wo sich grosse Massen von Menschen in einen erbitterten Kampf gegen die Übergriffe einer herrschsüchtigen Regierung stürzen: Auf dem Newski-Prospekt herrschte lebhafter Publikumsverkehr, die Strassenbahnen fuhren, und die Theater waren vollbesetzt. Aber einzelne Truppenteile und Abteilungen der *Roten Garde*, der Parteiarmee der Bolschewiki, besetzten die Peter-Pauls-Festung und die

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

Brücken, der Kreuzer «Aurora» gab einige Schüsse ab, die keinen nennenswerten Schaden anrichteten, die Regierungstruppen im Winterpalast zogen sich grösstenteils unauffällig zurück und überliessen ihren Platz den langsam einsickernden Aufständischen, welche die Provisorische Regierung einschliesslich der sozialistischen Minister verhafteten, wenn auch ohne Kerenski, der rechtzeitig entflohen war. Als der Zweite Sowjetkongress eröffnet wurde, waren schon die Plakate zu lesen, die den Sturz der Provisorischen Regierung verkündeten, und die Delegierten wurden mit der Mitteilung empfangen, dass eine neue Provisorische Regierung aus Mitgliedern der Partei der Bolschewiki unter dem Vorsitz Lenins gebildet sei. Die Delegierten der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki protestierten aufs Heftigste gegen die *verbrecherische Machtergreifung* einer Partei, die den Kongress vor vollendete Tatsachen stelle, und sie verliessen den Saal, während Trotzki ihnen höhnisch nachrief, sie gehörten auf den Abfallhaufen der Weltgeschichte. So war die *Oktoberrevolution* in der Tat vor allem der Putsch einer sozialistischen Partei gegen die anderen sozialistischen Parteien und nicht zuletzt gegen die Intentionen des Sowjetkongresses, der zweifellos dem überwältigenden Massenwunsch entsprochen und eine *Sowjetregierung* aus den sozialistischen Parteien unter Ausschluss der *Bürgerlichen* gebildet haben würde. Lenins Motiv kann nur die Überzeugung gewesen sein, dass das Fortschreiten der Anarchie und der Auflösung, die im März begonnen hatten, unaufhaltsam werden würde, wenn er in einem Kabinett an Julius Martow und Viktor Tschernow gebunden wäre, und dass nur eine Diktatur seiner Partei jetzt das Notwendige tun könne, nämlich Russland zu retten und die Weltrevolution in Gang zu setzen. Nichts war im Vergleich zum März und zum Sommer eigentlich neu: nicht die roten Fahnen, nicht die Reden vom Frieden und von der Landverteilung, nicht der leidenschaftliche Appell an die Völker der ganzen Welt; aber neu war der feste Wille des Rates der Volkskommissare und seines Vorsitzenden, und insofern waren auch die Proklamationen und die Dekrete über das Land und den Frieden neu, die am frühen Morgen des 8. November unter grossem Enthusiasmus von dem Kongress angenommen wurden. Eben hier liegt die klarste Vergleichbarkeit mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland am 30. Januar 1933. Auch in Deutschland machte die Entschlossenheit den Unterschied aus gegenüber den mächtigen und bereits

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

regierenden Koalitionspartnern, mit denen man im Programm weitgehend übereinstimmte. Und von der *bolschewistischen Gegenrevolution* war sehr viel früher die Rede als von der nationalsozialistischen.¹⁹ Aber gleichwohl war nicht daran zu zweifeln, dass der November in der Spur des März blieb und dass Adolf Hitler sich auf die Seite des Generals Kornilow gestellt hätte, wenn er, wie Alfred Rosenberg, in Russland gewesen wäre.²⁰

Und doch bedeuteten die Vorgänge des 6. und 7. November keinen blossen Handstreich der Bolschewiki gegen ihre sozialistischen Verbündeten und schon gar nicht eine klar erkennbare Gegenrevolution. Offenbar wurden die Volkskommissare in ganz Russland von zahllosen Menschen und vor allem von den Frontsoldaten als glaubwürdige Vertreter der schon im März erhobenen Forderungen anerkannt, und innerhalb weniger Tage und Wochen hatten sie sich in den wichtigsten Teilen des Russischen Reiches durchgesetzt. John Reed berichtet, wie am Ende des Zweiten Sowjetkongresses von allen Teilnehmern in hingerissener Gläubigkeit die Internationale gesungen wurde und wie ein junger Soldat neben ihm unter Tränen immer wieder die Worte hervorstiess «Der Krieg ist zu Ende, der Krieg ist zu Ende». Ein alter Arbeiter wiederum, den er am Stadtrand Petrograds traf, nachdem die von Kerenski gesammelten Truppen sich ebenso vor der Wucht der Agitation aufgelöst hatten wie zuvor diejenigen Kornilows, wandte sich mit beseligtem Gesicht der Stadt zu, breitete die Arme aus und sagte: «Mein Petrograd, ganz gehört es jetzt mir.»²¹ Dieser Drang grosser Massen, sich dasjenige zu eigen zu machen, was ihnen bisher vorenthalten worden war – Selbstachtung, Mitwirkung, Bildung – nahm die mannigfaltigsten Formen an, und selbst wenn Lenin es gewollt hätte, hätte er schwerlich verhindern können, dass bald auch die Arbeiter die Fabriken ihrer Kontrolle unterstellten und dass mehr und mehr vom *Sozialismus* die Rede war, der durch die Nationalisierung der Industrie herbeigeführt werden müsse und der sich bald siegreich über die ganze Welt ausdehnen werde. Rasch verbreitete sich die Vorstellung, in dieser Revolution vollziehe sich der grosse Aufstand aller Sklaven gegen alle Herren und er werde auf sämtliche Länder der Welt überspringen; wer sich aber der Befreiung der Arbeiter und Bauern zum Frieden und zum Glück in den Weg stelle, sei ein Feind der Menschheit und des Todes schuldig.

Wenn die grosse Revolution, die zum Weltfrieden und zur Befreiung

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

der Massen führen sollte, jedoch nicht in der freien Wahl einer Konstituierenden Versammlung, in der Zusammenarbeit aller fortschrittlichen oder doch sozialistischen Parteien, in einer geregelten Neuordnung der ländlichen Verhältnisse und in der Eröffnung einer Periode freier wirtschaftlicher Entwicklung bestehen sollte, sondern wenn sie mit der Machtergreifung des 6. und 7. November identisch war, dann musste die siegreiche Partei sich vornehmen, die Klassen der Gutsbesitzer und der Kapitalisten zu beseitigen, dann musste sie die *bürgerliche* und überhaupt die *feindliche Presse* unterdrücken, und dann musste sie alle anderen Parteien schonungslos bekämpfen. Umgekehrt mussten die anderen Parteien in den Bolschewiki die Partei des Bürgerkrieges sehen, die durch ihr Aktionsprogramm den übrigen politischen und gesellschaftlichen Kräften den Krieg erklärte. In diesem Sinne äusserten sich in den ersten Tagen nach dem Umsturz die Vertreter sämtlicher Parteien von den Kadetten bis zu den Sozialrevolutionären: Die Stadtduma von Petrograd beklagte den «von den Bolschewisten begonnenen Bürgerkrieg», die rechten Sozialrevolutionäre erklärten, die Bolschewiki täten alles in ihrer Macht Stehende, um einen blutigen Bürgerkrieg herbeizuführen, und die Enken Sozialrevolutionäre wandten sich bereits 10 Tage nach dem Umsturz gegen «das verhängnisvolle System des Terrors», das mit dem Verbot zahlreicher Zeitungen zum Vorschein gelange und zum Bürgerkrieg führen müsse.²² Aber auch in der bolschewistischen Partei regten sich starke Widerstände, und eine ganze Anzahl von Volkskommissaren und Mitgliedern des Zentralkomitees, unter ihnen Sinowjew, Kamenjew, Rykow, Rjazanow und Nogin, traten von ihren Ämtern mit der Begründung zurück, eine rein bolschewistische Regierung könne sich nur mittels des politischen Terrors an der Macht halten.²³ Für Lenin war der Sachverhalt gerade umgekehrt zu bewerten: da jene Klassen und Parteien sich den Bolschewiki widersetzen, waren sie von der Geschichte bereits gerichtet, und das Urteil musste vollstreckt werden. So wurde ein *Aufstand* von Offiziersschülern, der bloss eine Fortsetzung des Widerstandes vom 7. November war, gleich in den ersten Tagen mit ausserordentlicher Brutalität niedergeworfen, wobei Trotzki das Prinzip aufstellte, fünf der gefangenen Junker seien für jeden gefallenen Bolschewisten zu erschiessen. Selbst Lenins Frau Krupskaja, der Blutdurst sicherlich fern lag, gab noch 1934 in ihren Erinnerungen ohne jede Missbilligung des Vorgangs den Ausruf einer Nachbarin wieder: «Sie haben einen Junker

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

aufs Bajonett gespiesst wie ein Käferchen.»²⁴ Es bedurfte nicht der Gründung der *Tscheka*, der «Ausserordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und der Sabotage», um den Terror in Gang zu setzen; er war ja zunächst nicht viel anderes als die wohlwollende Zulassung und Förderung des Massenzorns gegen die *Burschui* und deren Parteien durch den Rat der Volkskommissare. Die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung, die bald nach der Machtergreifung stattfanden, gaben freilich zu erkennen, dass nicht bloss die rechten Sozialrevolutionäre eine beträchtliche Mehrheit errungen hatten, sondern dass überdies die Partei der *Kadetten* einen überraschend hohen Stimmenanteil verbuchen konnte, der unmöglich bloss von reichen Bourgeois stammen konnte. Am 11. Dezember zogen die bis dahin in Petrograd eingetroffenen Mitglieder der Nationalversammlung zu ihrem Tagungsort, dem Taurischen Palast, von einer riesigen Menschenmenge begleitet, die nach einigen Berichten nicht weniger als 200'000 Menschen umfasste, und die Wachmannschaften wagten es nicht, ihnen den Zutritt zu verwehren. Die Eröffnung konnte freilich wegen der zu geringen Anzahl von Abgeordneten nicht stattfinden, aber Lenin erblickte in dem Ereignis offenbar eine ernste Bedrohung und liess die Partei der Kadetten als volksfeindlich ächten, da sie an Verschwörungen beteiligt sei und die aufständischen Kosaken unterstütze. Eine Anzahl von Parteiführern wurde verhaftet, unter ihnen die sehr angesehenen ehemaligen Minister Schingarew und Kokoschkin. Wenige Wochen später wurden die beiden im Gefängnis Krankenhaus von eingedrungenen Matrosen ermordet, und die Regierung erklärte, die Täter seien Anarchisten, die bestraft werden würden, sobald sie gefasst seien. Aber das Ende der Verfassunggebenden Versammlung liess sich nicht auf Anarchie und Volkszorn zurückführen, sondern es wurde am 21. Januar durch einen Beschluss der Regierung herbeigeführt, nachdem die Abgeordneten einen einzigen Tag unter den drohend auf sie gerichteten Gewehren der Wachmannschaften getagt und den Führer der rechten Sozialrevolutionäre, Viktor Tschernow, zum Präsidenten gewählt hatten.

Wenig später liess der Rat der Volkskommissare alle äusseren und inneren Schulden annullieren, und wenn er damit den alliierten Mächten einen sehr spürbaren Schlag versetzte, so wurde gleichzeitig das russische Bürgertum völlig ruiniert, indem man ihm auferlegte, Löhne zu zahlen, und zugleich seine Konten sperrte. Nichts war weniger verwunderlich, als dass

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

sich nun an vielen Stellen Widerstand bemerkbar machte und dass insbesondere die Loslösungs- oder mindestens Autonomietendenzen in vielen Randgebieten sich verstärkten, so im Don-Gebiet, in der Ukraine, im Kaukasus und in den Ostseeprovinzen. Diese Tendenzen wurden aber von den Bolschewiki selbst gefördert, und Lenin sprach davon, dass Russland bereit sei, auf den Grossmachtstatus zu verzichten, da die Zaren nur durch Eroberung und Unterdrückung das Riesenreich geschaffen und erhalten hätten. Überall jedoch, wo es Loslösungsbestrebungen gab, existierten auch Parteigänger der Bolschewiki, und bei den Donkosaken setzten sich diese schon früh aus eigener Kraft gegen die Regierung des Hetmans Kaledin durch. Eine neue *Zeit der Wirren* war angebrochen, und der Zerfall des Reiches in seine Bestandteile wäre Russland wohl auch dann nicht erspart geblieben, wenn die Verfassunggebende Versammlung sich durchgesetzt hätte und wenn die Partei der *gesamten Macht* ihre Stellung nicht hätte behaupten können.

Es zeigte sich sehr rasch, dass die Partei des Bürgerkrieges auch die Partei des Separatfriedens war. Schon am 22. November forderte Lenin die Soldaten und Matrosen auf, selbständig mit dem Feind Waffenstillstandsverhandlungen zu führen, und in dieser Proklamation waren die folgenden Sätze zu lesen: «Soldaten, die Sache des Friedens liegt in Euren Händen. Lasst nicht zu, dass konterrevolutionäre Generäle die grosse Sache des Friedens torpedieren. Umgebt sie mit Wachen, um so eine Lynchjustiz zu verhindern, die einer revolutionären Armee nicht würdig ist, und entzieht sie nicht dem Urteil, das über sie verhängt werden wird.»²⁵ Wenige Tage später interpretierte eine Gruppe von Soldaten den Wink schwerlich ganz unrichtig und tötete den Oberkommandierenden, den General Duchonin, trotz der Anwesenheit seines Nachfolgers, des Fähnrichs Krylenko, auf barbarische Art und Weise. Die nächsten Erlasse der Regierung über die «Demokratisierung der Armee» liessen sogar einen der ganz wenigen Generäle, die sich auf die Seite der Sowjetmacht gestellt hatten, Michail Bontsch-Brujewitsch, zu dessen Entsetzen erkennen, dass die Regierung mit voller Absicht die letzten Reste der alten Armee zerstörte, die dem Feind noch gegenüberlagen.²⁶ Wie hätten die Deutschen jetzt noch daran zweifeln können, dass sie einen vollständigen Sieg auf dem östlichen Kriegsschauplatz errungen hatten? Zwar nahmen sie den Vorschlag der Sowjetregierung for-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

mal an, an einer allgemeinen Friedenskonferenz teilzunehmen, aber nach der Ablehnung durch die Alliierten spielten sich in Brest-Litowsk bloss Verhandlungen über einen Separatfrieden ab. Wenn die sowjetischen Delegierten, an ihrer Spitze Abram Joffe und dann der neue Aussenminister Trotzki, eindringlich an «das deutsche Proletariat» appellierten, so waren sie zwar offensichtlich von Hoffnungen auf eine baldige Revolution in Deutschland erfüllt, aber sie brauchten diese Hoffnungen auch als Rechtfertigung für ein Tun, das einen «verräterischen Knechtschaftsfrieden»²⁷ herbeiführte. Lenin setzte die Zustimmung der obersten Gremien nur unter grösster Mühe mit dem Argument durch, kein Opfer sei zu gross, um den einzigen sozialistischen Staat der Erde bis zum bevorstehenden Ausbruch der Revolution in Deutschland und im ganzen Westen zu erhalten, aber er liess sich auf dem 7. Parteitag die Vollmacht geben, alle Friedensverträge zu zerreißen und der ganzen Welt den Krieg zu erklären, wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen sei.²⁸

Erst jetzt geriet Lenins Regierung in eine wirklich gefährliche Situation. Von der linken Fraktion der eigenen Partei wurde sie heftig kritisiert, die linken Sozialrevolutionäre, welche schliesslich doch in die Regierung eingetreten waren, bereiteten nun einen Aufstand vor, ehemalige Offiziere konspirierten, Gegenregierungen bildeten sich in verschiedenen Teilen des Landes. Entscheidend war jetzt jedoch die unverhüllte Feindseligkeit der Alliierten, die in dem Friedensschluss von Brest-Litowsk einen Bruch völkerrechtlicher Verträge erblickten und mit grossen Geldmitteln jede Opposition unterstützten, von der sie annahmen, dass sie Russland wieder in den Krieg gegen Deutschland zurückführen werde. Auf Einwirkungen der Alliierten, aber auch auf voreilige Entwaffnungsbefehle Trotzkis, der zum Kriegskommissar ernannt worden war und eine «Rote Armee» aufbaute, war der Aufstand der Tschechoslowaken zurückzuführen, ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener, die über Wladiwostok an die Front in Frankreich zu gelangen versuchten und die sich nun innerhalb kurzer Zeit fast ganz Sibiriens bemächtigten.

Lenin sah in all dem *die Weltbourgeoisie* am Werk, und er war entschlossen, die russische Bourgeoisie, den greifbaren *Hauptfeind*, nicht nur *als Klasse* zu vernichten, sondern auch die physische Ausrottung zahlreicher Einzelner folgen zu lassen. Die grundsätzliche Entrechtung, ja die praktische Ausstossung aus der Gemeinschaft der Staatsbürger erhielt bereits im Juli 1918 Verfassungsrang. Dabei war der Widerstand dieses be-

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

reits schwer getroffenen und im Elend dahinvegetierenden Bürgertums und sogar derjenige seiner kampfkraftigen Elite, der ehemaligen zaristischen Offiziere, auffallend schwach. Claude Anet erzählt von einem General, der die Waffenstillstandsdelegation nach Brest-Litowsk begleiten musste und der aus Verzweiflung über die Vorbereitung des Separatfriedens Selbstmord beging, aber nicht daran dachte, die Waffe gegen die Spitzen der Delegation zu richten.²⁹ Als im Juli 1918 während des Aufstands der linken Sozialrevolutionäre das Schicksal der Regierung an einem seidenen Faden hing und nur einige Regimenter lettischer Soldaten noch Schutz boten, da befanden sich mindestens 20'000 ehemalige Offiziere in Moskau, aber sie waren offenbar durch die Lebensverhältnisse so zermürbt, dass sie sich nicht rührten. Der Zustrom zu den *Freiwilligenarmeen* des Generals Denikin im Süden und des Admirals Koltschak im Osten blieb hinter den Erwartungen zurück, und die wenigen Interventionstruppen, die von den Alliierten nach Archangelsk und an andere Stellen entsandt wurden, beschränkten sich im Wesentlichen auf die Sicherung von früher geliefertem Kriegsmaterial. Aber wenn die eigentlichen Kriegs- und Bürgerkriegshandlungen zunächst ihrem Umfang nach relativ geringfügig blieben, so war die Gefahr doch gross, und die Regierung der Bolschewiki legte die äusserste Entschlossenheit an den Tag, so dass ihre Gegner sich fragten, ob es sich um den Siegeswillen gläubiger Ideologen oder um die Verzweiflung brutaler Machtmenschen in aussichtsloser Lage handelte.

Als die tschechischen Legionen im Juli von Sibirien her auf Jekaterinburg vorrückten, wo der Zar mit seiner Familie gefangengehalten wurde, da liess der Uralsowjet Nikolaus II. hinrichten, und mit ihm wurden seine Frau, sein Sohn, seine Töchter, der Leibarzt, der Koch, die Diener und die Kammerfrauen erschossen; die Regierung in Moskau aber billigte die Tat ausdrücklich, obwohl sie die Ermordung der Zarin und der Kinder eine Zeitlang geheimzuhalten versuchte. Nie hatte es in der europäischen Geschichte eine derartige Tat gegeben; die Hinrichtungen von Karl I. und Ludwig XVI. konnten nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil der englische König mit der Waffe in der Hand gegen Cromwells Puritaner gekämpft und der Franzose tatsächlich mit dem Ausland konspiriert hatte; überdies waren Gerichtsverfahren durchgeführt worden, und zur Familienvernichtung bot nur die französische *Terreur éme* entfernte Analogie. Die

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Aufrufe zum «Massenterror gegen die Bourgeoisie» häuften sich, aber es waren die Sozialrevolutionäre Leonid Kannegiesser und Fannija Kaplan, welche am 30. August Attentate gegen den Tscheka-Chef Uritzki in Petrograd und gegen Lenin in Moskau verübten. Uritzki wurde getötet und Lenin nur relativ leicht verletzt, aber sofort wurden in beiden Hauptstädten viele Hunderte von gefangenen Offizieren und Bourgeois und ungezählte andere im übrigen Lande erschossen, weil jeder, der Widerstand leistete, ein blosser Agent der Bourgeoisie, des eigentlichen Feindes, sein musste. Das Dekret über den «roten Terror» vom 5. September bildete die letzte Etappe auf dem Weg einer Klassenvernichtung, für die es in der europäischen Geschichte ebensowenig einen Präzedenzfall gab wie für die Ermordung der Zarenfamilie, und es ist nicht verwunderlich, dass den Beobachtern immer wieder das Wort *asiatisch* über die Lippen kam. Das Dekret bestimmte, «dass es unumgänglich ist, die Sowjetrepublik gegen ihre Klassenfeinde durch das Mittel von deren Isolierung in Konzentrationslagern zu stärken und dass alle Personen erschossen werden müssen, die mit den Organisationen, Verschwörungen und Meutereien der Weissen Garden Berührung haben...».³⁰ Schon einige Tage vorher war verkündet worden, dass alle Konterrevolutionäre und alle Inspiratoren von Konterrevolutionären verantwortlich gemacht werden würden. Die Definitionen waren mithin so unbestimmt, dass jeder beliebige von der Tscheka ohne Verfahren erschossen werden konnte, und es handelte sich nicht einmal um eine genuine Neuerung, da doch schon seit Anfang des Jahres den Wachen, welche die zur Zwangsarbeit herangezogenen Bourgeois beaufsichtigten, auferlegt war, bei Widerstand oder sogar bei Widerrede von der Waffe Gebrauch zu machen.³¹

Es wäre also nicht richtig zu sagen, dass das Regime der Bolschewiki von seinen Gegnern bedrängt und in einen Bürgerkrieg verwickelt worden sei und bei der Verteidigung grosse Härte und manchmal schlimme Grausamkeit an den Tag gelegt habe. Das Regime war vielmehr von Anfang an eine aktive Kraft, die, auf eine momentane Massenstimmung gestützt, allen ihren politischen Gegnern und allen gesellschaftlichen Kräften, die nicht zu den *Armen* oder *Sklaven* zählten, den Krieg erklärt und die Vernichtung angesagt hatte. Und dabei erwies sich sehr rasch, dass auch Arbeiter von der Bekämpfung und Vernichtung nicht ausgenommen waren, wenn sie sich der Parteidiktatur nicht unterwarfen. Als sich am Tage nach der Auf-

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

lösung der Verfassunggebenden Versammlung eine Protestversammlung bildete, schoss die Rote Garde in die Menge, und etwa zwanzig Tote blieben auf der Strasse. Die offizielle Mitteilung behauptete, es habe sich um *Kleinbürger gehandelt*. Aber als sich in den nächsten Monaten eine unabhängige Arbeiterbewegung entwickelte, da konnte man in deren illegalen Publikationen Sätze wie die folgenden lesen: «Der Arbeiter, der an der Tür stand, erwiderte (dem Kommissar), nur Arbeiter könnten an der Versammlung teilnehmen. Der Kommissar zog daraufhin den Revolver und erschoss den Arbeiter.»³² Der frühe Bericht eines anderen Arbeiters über seinen Aufenthalt im Tscheka-Gefängnis Taganka schliesst mit dem Satz, über ganz Russland seien solche «Friedhöfe der Lebendigen» verbreitet, wo man Tag für Tag unter dem Dröhnen von Lastwagenmotoren Erschiessungen vornehme.³³

Das bewegendste Zeugnis für das Fortleben und dann für das allmähliche Ersterben der Impulse des «humanitären Sozialismus» sind die «Unzeitgemässen Gedanken über Kultur und Revolution», die Maxim Gorki 1917 und 1918 in seiner Zeitung *Nowaja Schisnj* publizierte. Schon am 20. November 1917 stellt er fest, Lenin, Trotzki und ihre Gefährten seien «vom faulen Gift der Macht» infiziert; wenige Tage später beklagt er, dass «wahnsinnige Dogmatiker» das Volk als Material zu sozialen Experimenten betrachteten und dass Lenin nicht zufällig ein russischer Adliger sei, der ein «ausgesprochen mitleidsloses Verhältnis zum Leben der Volksmassen» habe; die «Ausschaltung der Kadettenpartei» sei «ein Anschlag gegen die kultiviertesten Menschen unseres Landes». Am 1. Januar 1918 weist er auf die verhängnisvollen Folgen der unablässigen Angriffe gegen «die Bourgeoisie» hin: schon hätten in den Betrieben die ungelernten Arbeiter behauptet, die Schlosser und Giesser seien «Bourgeois», und in der *Prawda* hetzten Wahnsinnige: «Schlagt die Bourgeoisie tot. Schlagt die Kaledin-Kosaken tot.» In all dem erblickt Gorki die beklagenswerten Folgen alter Traditionen des immer noch von «asiatischen» Vorstellungen der Nichtigkeit der Individuen geprägten Russland, wo die «Massenvernichtung Andersdenkender» eine erprobte Methode gewesen sei und wo heute ein Matrose sagen dürfe, wenn es um das Wohl des russischen Volkes gehe, könne man ruhig eine Million Menschen umbringen. Nur aus «dem sündigsten Volk der Erde» habe jene Arithmetik des Wahnsinns entstehen können, die erkläre «Für jeden von uns fallen hundert Köpfe der Bourgeoisie».³⁴

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Gorki stellte sich nach dem Verbot seiner Zeitung schliesslich doch auf die Seite der Bolschewiki, und dafür scheint auch die Beobachtung massgebend gewesen zu sein, dass die schärfsten Feinde der Bolschewiki mehr und mehr *die Juden anstelle der Bürger für* die Alleinschuldigen erklärten. Bei den wenigen Vertretern der Auslandspresse, die sich in Petrograd und Moskau befanden, ging der Weg eher umgekehrt von anfänglicher Sympathie zu blankem Entsetzen. So schrieb Alfons Paquet, der Berichterstatter der *Frankfurter Zeitung*, der später von den Nationalsozialisten wegen kulturbolschewistischer Neigungen aus der preussischen Akademie für Dichtung entfernt wurde, im August 1918, der Terror schüttelte Moskau wie ein Fieber und der Augenblick sei gekommen, «die Menschheit aufzurufen gegen das Grässliche, das jetzt in allen Städten Russlands vor sich geht: die planmässige Vernichtung einer ganzen Gesellschaftsklasse, die Zerstörung unzähliger Menschenleben, die durch tausend Fäden der Bildung und des Berufs mit den übrigen Völkern der Erde verbunden sind».³⁵ Der Korrespondent des *Berliner Tageblatts* wiederum, Hans Vorst, sah in dem Massenterror eine Inszenierung durch die Partei, welche «die politischen Leidenchaften der ermüdeten Arbeiterschaft aufs Neue aufstacheln» wolle.³⁶ Berichte wie diese fanden in Deutschland, aber auch in den alliierten Ländern trotz der Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung weite Verbreitung; jedem Zeitungsleser in Europa war im Herbst 1918 in vielen Einzelheiten bekannt, dass in Russland Dinge geschahen, die etwas qualitativ Neues, in Europa nie Dagewesenes bedeuteten. So schrieb der *Vorwärts* am 3. September 1918: «Eine Klasse für Taten von Einzelpersonen mit dieser Schärfe haftbar zu machen, ist ein strafrechtliches Novum und könnte wohl einmal als Rechtfertigung dafür dienen, die Arbeiterklasse bei einer anderen gesellschaftlichen Schichtung für die Taten eines Fanatikers verantwortlich zu machen, wie es in milderer Form schon oft geschehen ist.»

Und trotzdem gestand sich sogar Louis de Robien, der doch schon den Gedanken einer gemeinsamen Abwehrfront aller Staaten Europas gegen die Zivilisationszerstörung im Osten erwog, dass er eine sonderbare Sympathie für Lenin und Trotzki nicht unterdrücken könne³⁷, und zahllose Soldaten und Arbeiter in Deutschland und Frankreich fanden es einleuchtend, wenn die Bolschewiki den Krieg für einen «millionenfachen Klassenmord» erklärten³⁸, den die Bourgeoisie an der Masse der Bevölkerung begehe, und

1. Russlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

sie schöpften Hoffnung aus Sätzen wie «Russland gewinnen und dann die Welt».³⁹ Wenn die Bolschewiki *Machtmenschen* waren, so hauptsächlich deshalb, weil sie Ideologen waren, die für die im Morast der staatlichen Metzerei versunkene Welt ein Heilmittel zu besitzen glaubten: den Zusammenschluss aller *Sklenen* gegen alle *Herren*, welchen die alleinige Schuld an den Leiden zuzuschreiben sei, die viele Millionen von Menschen in allen Ländern erdulden müssten. Auf geradezu klassische Weise brachte eine Tscheka-Zeitschrift das neue Ethos zu Wort, als sie schrieb: «Unsere Humanität ist absolut; sie beruht auf den Idealen der Zerstörung jeden Zwanges und jeder Bedrückung. Uns ist alles erlaubt, wir erheben zum ersten Mal in der Welt das Schwert. ... im Namen der allgemeinen Freiheit und der Befreiung von der Sklaverei.»⁴⁰

In diesem Zusammenhang findet auch eine Äusserung ihren Platz, die in ihrer Ungeheuerlichkeit zunächst unglaublich klingt, nämlich jene Sätze, die Grigorij Sinowjew am 17. September 1918 in einer Parteiversammlung zu Petrograd formulierte: «Von den hundert Millionen der Bevölkerung in Sowjetrußland müssen wir neunzig für uns gewinnen. Mit den übrigen haben wir nicht zu reden, wir müssen sie ausrotten.»⁴¹

So handelte es sich 1917 in Rußland wie später 1933 in Deutschland um die Machtergreifung und Machtbehauptung einer Partei, um eine Parteirevolution, wie man sagen könnte. Aber in Rußland waren alle Vorgänge elementarer und monumentaler. Das immer wieder verkündete Ziel der Bolschewiki war der ewige Friede in einer Welt, die weder Staaten noch Klassen aufweisen werde, weil nur unter dieser Voraussetzung dauerhafter Friede überhaupt möglich sei; das öffentlich bekanntgegebene Ziel der Nationalsozialisten war die Befreiung Deutschlands aus den Fesseln des Versailler Vertrags und im Inneren die Harmonie einer *Volksgemeinschaft*. Die Bolschewiki ergriffen die Macht in einem Augenblick der Niederlage und der drohenden Auflösung des Staates; die Nationalsozialisten folgten der früheren Regierung auf nahezu völlig legale Weise, und trotz der Weltwirtschaftskrise spielte sich in Deutschland unter vielen Aspekten ein modernes und vielfältiges Gesellschaftsleben ab. In Rußland entstand ein genuiner Bürgerkrieg; in Deutschland wurden die Gegner der regierenden Partei mit einigen harten Schlägen völlig niedergeworfen, und die Zahl der Todesopfer unter Nichtkämpfern war weit geringer. Dennoch kam Hitler im Ausland weit weniger Sympathie und Verständnis entgegen als Lenin, und es

ist zu vermuten, dass dabei nicht nur die alte Furcht der meisten Europäer vor Deutschland eine Rolle spielte, sondern nicht zuletzt der Antisemitismus, der auf keinem unmittelbar sozialen Prinzip beruhte und sich gerade vor dem Hintergrund der weitgehenden Normalität des Lebens besonders widerwärtig und *mittelalterlich* ausnahm. Der bloss parallelisierende Vergleich genügt indessen nicht, sondern der Hauptunterschied besteht darin, dass im Deutschland von 1933 das Russland von 1917 bekannt war und nur als Schreckbild wahrgenommen wurde, während die Bolschewiki 1917 das Deutsche Reich Wilhelms II. und Ludendorffs als Helfer und Feind im eigenen Lande hatten.

Die Situation änderte sich fundamental, als dieses Deutschland im November 1918 die Westalliierten um Waffenstillstand bat und seine Truppen aus den Tiefen des russischen Raumes zurückziehen musste, den es bis über Rostow und Charkow hinaus besetzt hatte. Es konnte nun so aussehen, als trete jetzt eine grössere, ältere und angesehenere Kraft an die Spitze des Kampfes für den Frieden und für den Sozialismus, nämlich die Masse der Industriearbeiter Deutschlands, die sich vor dem Kriege in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gesammelt hatte. Lenin war offenbar überzeugt, dass die Bolschewiki nur für Augenblicke vorgeprellt seien und dass die Hegemonie bald wieder der deutschen Arbeiterbewegung zukommen werde, die für ihn bis zum Ausbruch des Krieges das grosse Vorbild gewesen war. Tatsächlich hatten sich die Bolschewiki in Russland bis zur Februarrevolution überhaupt nicht artikulieren können, und nachher war ihnen ihr eigenes Tun zwar notwendig, aber auch irregulär erschienen. Was für ein Phänomen sie eigentlich waren, lässt sich besser an der Partei erkennen, die sich in der Mitte Europas als erste zu dem Marxismus bekannte, welchem Hitler seinen Antimarxismus entgegenstellte.

2. *Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem Weltkrieg und der russischen Revolution*

Der Marxismus hat die *Arbeiterbewegung nicht* geschaffen, sondern er war in gewisser Weise selbst ein Produkt des englischen Chartismus. Aber er bedeutete die wichtigste Fortbildung, auch dort, wo er bestimmte Denksätze bloss übernahm: Er gab den Worten *Arbeiter* und *Arbeiterklasse* ein Gewicht, das die enge genetische Verbindung mit den Vorstellungen und Denkweisen von Handwerksgelesen vergessen liess; er stellte *die Arbeiter* aufs Schroffste *dem Kapital* entgegen und erklärte die Auseinandersetzungen zwischen *Arbeit* und *Kapital* für den Hauptgegensatz der Epoche; er sah die Arbeiter zur «ungeheuren Mehrheit» heranwachsen, die eines baldigen Tages – in allen fortgeschrittenen Ländern des westlichen und mittleren Europa gleichzeitig – die wenigen noch verbliebenen «Kapitalmagnaten» als solche beseitigen und zu ihren «bezahlten Dienern» machen würden. Damit stellte er sich ganz in jene objektive Bewegung hinein, welche seit den Anfängen der Industriellen Revolution aus Bauern, Handwerksgelesen und Armen aller Art eine neue Klasse von Menschen schuf, die Arbeiter der grossen Industrie; welche zuerst das Antlitz Englands verwandelt hatte und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr auf das übrige Europa Übergriff.¹ Als gegen Ende der achtziger Jahre feststand, dass der Marxismus sich in den wichtigsten Ländern Kontinentaleuropas gegen seine Konkurrenten durchgesetzt hatte – gegen den Anarchismus Bakunins und den Syndikalismus Proudhons, gegen den Reformismus der französischen Possibilisten, gegen den Staatssozialismus Lassalles, gegen die Insurrektionstheorie Blanquis –, da durfte er mit Recht als ein weltgeschichtliches Phänomen betrachtet werden, obwohl er nirgendwo an einer Regierung beteiligt war: Wenn es eine einheitliche Arbeiterpartei gab, musste sie die Zukunft stärker bestimmen als jede andere Partei, denn in ganz Europa schien die Tendenz zum allgemeinen Wahlrecht unwiderstehlich zu sein, nachdem die Franzosen auf freilich eigenartige Weise in die Spur der Amerikaner getreten waren und das Deutsche Reich Bismarcks dem Beispiel gefolgt war. Sobald das allgemeine Wahlrecht sich überall durchgesetzt hatte und erhalten blieb, mussten die Arbeiterparteien nach

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

verbreiteter Meinung in allen Staaten Europas die Mehrheit gewinnen oder mindestens eine mitentscheidende Rolle spielen.

Alle Arbeiterparteien, auch die nichtmarxistischen, verstanden sich als Parteien des Friedens, die sich den friedensgefährdenden Unternehmungen des Imperialismus, etwa der Eroberung von Kolonialgebieten oder der Vergewaltigung kleiner Staaten und überhaupt der Machtpolitik der Grossmächte entgegenstellten. Auch hierin waren sie so wenig isoliert wie in ihrer Überzeugung von der künftigen politischen Rolle der Arbeiter: dass die zunehmende Bedeutung von Handel und Industrie die traditionellen *Feudalschichten* mit ihren kriegerischen Neigungen mehr und mehr verdrängen werde, war ein alter Glaubenssatz des Liberalismus, und zur allgemeinen Überraschung gab der russische Zar den ersten Anstoss zur Einberufung jener Friedenskonferenzen im niederländischen Haag, welche den Weg zu einer Einschränkung der Souveränität der Staaten und damit zur Sicherung des Weltfriedens bahnen sollten. Aber gerade der Marxismus begnügte sich nicht damit, bloss eine wichtige Teilerscheinung innerhalb des Weltwandels zu sein, der vom agrarischen zum industriellen Zustand führte, der den bisher stummen oder ohnmächtigen Massen Mitsprache in allen Angelegenheiten gab, der die Souveränität der Staaten einschränkte und eines Tages den grossen Krieg technisch unmöglich machen würde, sondern er glaubte, dass die Arbeiter eines baldigen Tages überall die *gesamte Macht* in Händen haben und sie gerade dazu verwenden würden, die Macht von Menschen über Menschen ebenso für immer abzuschaffen wie Ausbeutung, Elend, nationale Feindschaften, Staaten, Klassen, Professionalisierung der Tätigkeiten, Bürokratie und überhaupt alle Trennungen des Menschen vom Menschen. Hoffnungen dieser Art waren indessen keineswegs – wie die Orientierung an der Grossindustrie oder die Antizipation einer fundamentalen Veränderung des Verhältnisses der Staaten zueinander – auf charakteristische Weise modern, sondern sie waren uralte, in gewisser Weise so alt wie die Menschheit selbst, und sie liefen letzten Endes auf die Vorstellung eines Urzustandes hinaus, den die Sozialphilosophen des 17. und 18. Jahrhunderts als «natürliche Gesellschaft» (*societas naturalis*) der «bürgerlichen Gesellschaft» (*societas civilis*) entgegengestellt und fast immer – wengleich mit grossen Ausnahmen wie etwa dem jungen Rousseau – als unwiederbringlichen Ausgangspunkt betrachtet hatten. Aber erst die Hinwendung zu einem der Entfremdung und Entäusserung

2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands

des modernen Lebens entgegengesetzten und *auf höherer Stufe* wiederzugewinnenden Urzustand (dem Urkommunismus) machte den Marxismus zu einem Glauben, zu einer Ideologie, welche die ganze Gegenwart des *Kapitalismus* radikal verwerfen und das *ganz Andere* einer Zukunft in den BEck nehmen konnte, die für die gesamte Menschheit *sozialistisch* sein würde. So konstituierte der Marxismus die grosse Protest- und Hoffnungspartei, die sich unweigerlich überall bilden musste, wo die Umbrüche der Industriellen Revolution überlieferte Lebensformen zerstörten und grosse Massen von Menschen in ungewohnte Verhältnisse zwangen – *sofern* diese Erfahrungen sich zu artikuleeren und freie Wirkungsmöglichkeiten zu gewinnen vermochten.

Aber es fehlte Marx und Engels durchaus nicht an Empfinden dafür, wie eng dieser Protest und diese Hoffnung häufig mit reaktionären oder primitivistischen Vorstellungen verbunden waren – etwa bei Bakunin –, und deshalb wollten sie es zum unverwechselbaren Hauptkennzeichen ihrer Lehre machen, dass der Sozialismus als die Auflösung aller Dissonanzen in der definitiven Harmonie gerade die schärfste Ausbildung der Trennungen und Konflikte voraussetzte, wie sie bisher für die moderne Welt kennzeichnend waren, und dass also der Sozialismus nur auf den voll ausgebildeten, zu einer weiteren Entwicklung unfähigen Kapitalismus folgen könne. So war der Marxismus einerseits die Grundlage der Protest- und Hoffnungspartei des industriellen Zeitalters, welche sich an einem uralten Menschheitstraum orientierte, und andererseits rechtfertigte er die Überzeugungen einer aufsteigenden Klasse von qualifizierten Arbeitern, die das Recht der Mitbestimmung in einer neuen Zivilisation forderten, aber kaum noch ernsthaft ihre Alleinherrschaft als Vorstufe globaler Herrschaftslosigkeit im Auge hatten. Viele zeitgenössische Beobachter, unter ihnen Max Weber, nahmen diese Schicht und diesen Charakter wahr, und nicht selten sprachen sie geringschätzig von *Spiessbürgern*, die sich in der Arbeiterbewegung bemerkbar machten. Aber diese Spiessbürger hatten ihre eigenen Vordenker, die von den orthodoxen Gegnern als *Revisionisten* bezeichnet und häufig sogar einer bürgerlichen Denkweise bezichtigt wurden. Diese Revisionisten beriefen sich ihrerseits auf die Zeit als die mächtigste Erzwingerin von Revisionen: Anders als Marx angenommen habe, nehme die Zahl der *Bürger*, d.h. der nicht in der unmittelbaren Produktion Tätigen und sich vielfältigen

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Arten von Vermittlung widmenden Menschen nicht ab, sondern sie wachse in erstaunlichem Masse; der Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern sei nicht starr und bloss negativ, denn es gebe eine Arbeit des Kapitals (d.h. der Unternehmer) wie ein Kapital der (qualifizierten und unentbehrlichen) Arbeit, und nur dieser Gegensatz mache genuine Gewerkschaften und Mitwirkung der Arbeiter bei der Festlegung der Investitionsrate der Volkswirtschaft möglich; die postulierte Homogenität des Proletariats existiere nicht einmal in den Industriestaaten selbst und erst recht nicht in der Welt; das Schicksal jedes Arbeiters hänge eng mit dem Schicksal seines Staates zusammen; der Kapitalismus stehe keineswegs vor dem Zusammenbruch, sondern er habe noch eine grosse Zukunft vor sich, in der er sich allerdings mehr und mehr in Richtung des Sozialstaates umbilden und erst nach einer langen Übergangszeit zum Sozialismus gelangen werde.

Gewiss waren auch die Revisionisten, die Bernstein, Schippel, Vollmar u.a. *Ideologen*, d.h. Menschen, die das unfassbare Ganze der geschichtlichen Entwicklung durch Selektion und Kombination erfassbar zu machen suchten, aber sie lösten doch die Arbeiterbewegung von dem utopischen und eigentlich ideologischen Impuls, der einen sozialreligiösen Glauben an eine plötzliche Erlösung und an ein endgültiges Heil in sich schliesst, und sie erklärten jene Entwicklungslehre für den Kern des Marxismus, die in Wahrheit bloss einer seiner Bestandteile war.

Den endgültigen Triumph des Revisionismus schien das Verhalten der Arbeiterschaft aller Länder beim Ausbruch des Krieges unter Beweis zu stellen. Gerade in Deutschland folgten die Arbeiter wie alle übrigen Staatsbürger dem Ruf zu den Fahnen mit einer Einmütigkeit, ja mit einem Enthusiasmus, die erkennen liessen, wie wenig sie ein *Weltproletariat* als ihr eigentliches Vaterland betrachteten und wie sehr sie sich dessen bewusst waren, dass die Verhältnisse in Deutschland, trotz des *Feudalismus* und vielleicht sogar seinetwegen², für sie besser waren als die Verhältnisse im weit ungebundeneren Kapitalismus Englands oder in der absolutistischen Zarenmonarchie. Wenn die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei am 4. August 1914 die Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigert hätte, wäre sie aller Vermutung nach von der Empörung der Parteimitglieder hinweggefegt worden, und bald machten sich einige der ehemals radikalsten Vertreter des linken Flügels der Partei zu Vorkämpfern eines Kriegswil-

2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands

lens, der sehr nachdrücklich an bestimmte, aber wenig bekannte Vorstellungen von Marx anknüpfte und den Klassenkampf als einen *Völkerklassenkampf interpretierte*, in dem der obsolet gewordene Vorrang des englischen Kapitalismus von Deutschland als der moderneren und stärkeren industriellen Macht niedergekämpft werde.³ Damit werde sich in der Weltrevolution des Krieges ein neues Weltstaatensystem bilden, in welchem Deutschland zum natürlichen Zentrum des ausserrussischen und ausserenglischen Europa aufsteigen werde, und zwar schon durch die blosse Selbstbehauptung, die der politischen Eroberung nicht bedürfe und eben deshalb von den anderen Völkern Mitteleuropas als Schutz und als Ausgangspunkt föderativer Zusammenschlüsse akzeptiert werden könne. Diese Entwicklung setzte nach der Meinung von Männern wie Paul Lensch allerdings voraus, dass die Sozialdemokratische Partei ihre bisherige Oppositionshaltung nicht bloss halbherzig aufgab und sich als eine führende Kraft des gegenwärtigen und künftigen Deutschland verstand, ohne freilich den irrealen Anspruch auf Alleinherrschaft zu erheben; sie war ferner davon abhängig, dass auch die bisherigen Gegner, vor allem die ostelbischen Junker, sich mit der Minderung ihrer Position abfanden und nicht aus nationalegoistischen Gründen territoriale Forderungen vorbrachten, die Deutschland bei seinen Nachbarn verhasst machen mussten. Eine weitere Vorbedingung für das Gelingen dieses Konzeptes bestand darin, dass sich nicht eine übermächtige Koalition gegen Deutschland bilden würde, deren festester Kitt der Widerstand gegen deutsche *Weltmachtansprüche* darstellen müsste, welche in ihrer auftrumpfenden Grosssprecherei ebenso gefährlich wie überflüssig wären, da ein unbesiegtes Deutschland als Staat des «grossen Zentralvolks Europas»⁴ sowieso eine der Weltmächte sein würde. Ob dieses Konzept der defensiven Gewinnung einer europäischen Vormachtstellung Deutschlands und einer nicht-mehr-marxistischen Fortentwicklung der Sozialdemokratie Aussicht auf Verwirklichung hatte, musste also auch von seinen Gegnern abhängen, den Gegnern auf der alldeutschen Rechten und den Gegnern auf dem *ideologischen* Parteiflügel der Sozialdemokraten.

Am Abend des 4. August schienen alle Hoffnungen dieses Parteiflügels zerschmettert am Boden zu liegen, und es war nur ein kleines Häuflein von Abgeordneten, das in der Wohnung von Rosa Luxemburg zur Besprechung der Lage zusammentraf. Im Grunde konnten sich Karl Liebknecht, Rosa

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Luxemburg, Franz Mehring und damals noch Paul Lensch nicht verbergen, dass die Massen selbst an der Weltmission, die sie ihnen zuschrieben, Verrat geübt hatten und dass der eigentliche Kampf gegen die *nationalistische Ideologie* geführt werden musste, die (wie es in einem frühen Flugblatt der Spartakusgruppe hiess) die Menschen «bis tief in unsere Reihen hinein» auf beängstigende Weise verändert habe, derart, dass sie das Brüderchaftsgefühl gegenüber den Klassengenossen der anderen Nationen völlig vergessen hätten und nur noch den russischen oder französischen oder englischen Feind sähen.⁵ Dennoch verzichtete die kleine Gruppe in keinem Augenblick darauf, die Mitglieder des Vorstands und der Reichstagsfraktion der SPD in schroffster und ungemein persönlicher Form als *Verräter* anzugreifen, welche sich von dem alten Glauben aller Sozialisten getrennt und die Reinheit der Lehre in den Schmutz gezogen hätten. Insofern war die Opposition derjenigen, die bald die erste und einzige Nummer der Zeitschrift *Die Internationale* und danach die *Spartakusbriefe* herausbrachten, nichts anderes als die Gegnerschaft der Traditionalisten in der Sozialdemokratischen Partei, die von den neuen und konsternierenden Ereignissen nicht in ihrem alten Glauben wankend gemacht werden wollten. So ist etwas stark Defensives in dem grossartigen Pathos zu erkennen, mit dem Karl Liebknecht seine Verweigerung der Zustimmung zu neuen Kriegskrediten rechtfertigte oder sich nach seiner Verhaftung im Mai 1916 zu den Vorwürfen, Landesverrat begangen zu haben, folgendermassen äusserte: «*Landesverrat* ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. ... In internationaler Wechselwirkung mit den Sozialisten der anderen Länder allen imperialistischen Mächten zugleich Abbruch zu tun, ist die Quintessenz seines Strebens.»⁶ Aber je länger der Krieg dauerte, umso mehr Gehör musste dieses alte und zunächst weitgehend defensive Pathos bei den Menschen finden, deren Väter, Brüder und Söhne in immer grösserer Zahl die Massengräber auf den Schlachtfeldern füllten und die selbst bitteren Hunger litten, während sie harte und lange Arbeit in den Kriegsinindustrien oder auf dem Lande zu leisten hatten. Und so wurden die Flugblätter, welche die «Gruppe Internationale» illegal druckte, mehr und mehr gelesen, und die Behörden waren ernstlich beunruhigt. Wie hätte es nicht grossen Eindruck machen sollen, wenn es in Nr. 11 der *Politischen Briefe* Ende 1915 hiess: «Die Welt speit Blut. Die Masse der Toten, die der Würger Krieg in Ost und West gefällt hat, ist heute bereits auf mehr als eine

2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Million gestiegen, die der Verwundeten auf das Dreifache... Dass der Krieg den friedlichen Bürger schone, ist zu Wasser wie zu Lande zur lachhaften Phrase geworden, so ist unter seiner rohen Faust das Völkerrecht in tausend Scherben zersprungen, und aus dem Brodern von Blut und Asche steigt immer dichter die Wolke des Hasses, welche das Gewissen der zur sozialistischen Solidarität aufsteigenden Menschheit umnebelt.»⁷

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht betrachteten den Krieg also als das «grösste aller Verbrechen» und nicht als ein *Glied in Gottes Weltordnung*, wie es ihre Gegner auf der Rechten taten, aber auch nicht als eine unvermeidbare Phase in dem gewaltigen Völkerklassenkampf, der einen neuen und dauerhaften Weltzustand grosser Staaten und Staatenverbände hervorbringen werde. Aus der Sicht der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten sie zweifellos insofern recht, als die technischen Mittel, mit denen dieser Krieg geführt wurde, tendenziell schon jene Qualität erreicht hatten, welche innerhalb weniger Jahrzehnte die Selbstvernichtung der Menschheit möglich machen würde, und jedenfalls bereits an die Schwelle untragbarer Verluste und der Vernichtung dessen führten, was man europäische Kultur nannte, insbesondere dann, wenn man bedenkt, dass dieser Krieg ohne ein baldiges Ende, das keiner Nation und keiner grösseren Gruppe schwerwiegendes Unrecht tat, so viel fortwirkenden Hass erzeugen musste, dass er nach der Meinung von Beobachtern aus allen Lagern⁸ weitere Kriege nach sich ziehen würde. Der Spartakusbund und jene internationalistischen Sozialisten, die sich 1915 und 1916 in den schweizerischen Dörfern Zimmerwald und Kienthai versammelten, befanden sich also auf einem festen Grunde zukünftigen und partiell bereits gegenwärtigen Rechts. Bloss erst partiell war ihr Recht deshalb, weil die völlige Verwerfung des Krieges auch die Negierung der persönlichen Tapferkeit und der Bereitschaft zum Schutz von Frauen und Kindern in sich schloss, welche in diesem zweiseitigen Kriege noch möglich waren, und weil die Kriegsgegnerschaft auch aus blosser Feigheit erwachsen konnte. Sie teilten ihr Recht freilich mit den Pazifisten aller Schattierungen, und deren vorherrschende Auffassung lässt sich folgendermassen zusammenfassen: Das eigentliche Verbrechen ist das Festhalten aller Beteiligten an der Vorstellung einer unbegrenzten Souveränität der Staaten, denn daraus ergibt sich zwangsläufig die Folge, dass grössere Konflikte nur durch Krieg entschieden werden können.

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Es kommt also darauf an, dass nach dem Ende des Weltkrieges auf diese unbedingte Souveränität der einzelnen Staaten Verzicht getan und ein Völkerbund errichtet wird, dessen oberste Aufgabe die Sicherung des Friedens sein muss. Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in allen bedeutenden Ländern wird die Garantie geschaffen, dass eine etwaige Kriegslust auf Seiten der Militärs oder einzelner Fraktionen der führenden Schichten sich nicht durchsetzen kann, weil die überwältigende Mehrheit des Volkes überall spätestens durch diesen Krieg friedliebend geworden ist und es nicht zulassen wird, dass die unvermeidlichen Konflikte auf kriegerischem Wege ausgetragen werden.

Aber das Recht der Kriegsgegnerschaft war beim Spartakusbund und bei den anderen internationalen Sozialisten aufs Engste mit einer bestimmten Interpretation der gegenwärtigen Ereignisse verbunden, die sich aus Marx' «Kapital» allenfalls sehr mühsam ableiten liess. In einem zum 1. Mai 1916 verbreiteten Flugblatt hiess es: «Zum zweiten Male steigt der Tag des 1. Mai über dem Blutmeer der Massenmetzelei auf... Und zu wessen Nutz und Frommen, zu welchem Zweck all diese Schrecken und Bestialitäten? Damit die ostelbischen Junker und die mit ihnen versippten kapitalistischen Profitmacher durch Unterjochung und Ausbeutung neuer Länder ihre Taschen füllen können. Damit die Scharfmacher von der schweren Industrie, die Heereslieferanten von den blutigen Leichenfeldern goldene Ernten in ihre Scheunen schleppen. Damit Börsenjobber mit Kriegsanzleihen Wuchergeschäfte treiben. Damit Lebensmittelspekulanten sich auf Kosten des hungernden Volkes mästen ...», kurz «Millionen von Männern haben bereits ihr Leben gelassen auf Geheiss der Bourgeoisie».⁹

Diese Aussagen gelten offenbar für alle Länder. In ihnen erscheint der Krieg nicht deshalb als Verbrechen, weil er dem objektiv schon möglichen, ja erforderlichen Weltfrieden entgegengesetzt ist, sondern er stellt sich als das Verbrechen konkreter Verbrecher dar, die von egoistischen Zwecksetzungen geleitet werden. Diese *Verbrecherbande* ist im Kern die *Bourgeoisie*, auch wenn der Terminus in anderen Flugblättern nur auf die angeblichen *Anstifter* in Deutschland und Österreich-Ungarn bezogen wird.

Hier gilt es, einen Augenblick innezuhalten. Zweifellos gab es überall Kriegsgewinnler, Lebensmittelschieber, Börsenspekulanten, *Haifische* (wie man in Italien sagte), und sie waren überall den einfachen Menschen ausserordentlich verhasst. Zum Teil waren diese Erscheinungen unver-

2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands

meidbar, da die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit von Einzelnen und Firmen sowie die Belohnung besonderer Leistungen auch in der deutschen Kriegswirtschaft so wenig vollständig ausgeschaltet war wie das System der Preise als Knappheitsindikatoren. Aber es war eine sehr kühne, ja unhaltbare These, dass diese ganz schmale Schicht den Krieg zwecks Befriedigung ihrer Habgier angestiftet habe. Wenn man von Bourgeoisie sprach, fand man sich freilich auf dem vertrauten Gelände des Marxschen *Hauptgegensatzes* zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapital und Arbeit. Aber man konnte die Bourgeoisie unmöglich auf jene kleine Schicht beschränken. Zum mindesten gehörten alle Unternehmer dazu und vermutlich auch alle diejenigen, die im Dienst der Unternehmer und des kapitalistischen Staates standen: das Offizierskorps, die Beamtenschaft, die Lehrer aller Sparten, die freien Berufe. Und zu diesem Bürgertum mochten sogar jene *Arbeiteraristokraten* gezählt werden, die immer auftauchten, wenn nach einer soziologischen Erklärung des *Verrats* vom 4. August gesucht wurde. Dieses Bürgertum, gewiss eine Minderheit, aber doch in allen west- und mitteleuropäischen Staaten eine vergleichsweise sehr starke Minderheit gegenüber den einfachen Arbeitern und Landarbeitern, profitierte *nicht* vom Kriege. Es schickte nämlich seine Söhne ebenso hinaus, wie es alle anderen Angehörigen der Nation taten; aus seinen Reihen stammten so gut wie alle Reserveoffiziere, und das Offizierskorps im Ganzen hatte doppelt so hohe Verluste wie die Mannschaften.¹⁰ Keine Aussage konnte ungerechter sein als die, dieses Offizierskorps *ermorde* die Mannschaften, und gar noch um materieller Vorteile willen.

Auch hier verwechselten die Artikelschreiber und Flugblattverfasser des Spartakusbundes die eigentliche Ursache und blosser Begleitumstände, nicht anders als beim *Verrat* der sozialdemokratischen Führer. Menschliche *Urheber* und damit *Verbrecher* traten an die Stelle der grossen überpersönlichen Systemeigenschaften, die man allenfalls mit dem Begriff des «Kapitalismus» zu fassen suchte und die doch weit richtiger mit dem Terminus *unbedingte Souveränität der Einzelstaaten* zu kennzeichnen waren. Aber nach der überlieferten marxistischen Lehre würde die Weltrevolution des Proletariats nicht etwa nur diese Unbedingtheit beseitigen, sondern die Staaten überhaupt und mit ihnen die Klassen und mit diesen die verfestigte Arbeitsteilung, so dass die Massen selbst ohne Vermittlung durch profes-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

sionalisierte Apparate die Herrschaft ausüben und eine harmonische Welt ohne staatliche und nationale Grenzen, ja sogar ohne verschiedene Sprachen schaffen würden.

Der Pazifismus der internationalistischen Sozialisten unterschied sich also sehr wesentlich von demjenigen der übrigen, der *bürgerlichen* Pazifisten: er war ein uneingeschränkter und militanter Universalismus, und damit wurde es möglich, dass er in einen schroffen Gegensatz zum Bürgertum in einem abermals anderen und weiteren Sinne geriet, nämlich zu allen, die den Glauben an die unmittelbar bevorstehende Heraufkunft der einen, friedlichen, ungeteilten und harmonischen Menschheit nicht teilten, welcher in der Tat ein uralter Glaube war und schon in einigen Büchern der Bibel einen allbekannten Ausdruck gefunden hatte. Mithin war der Spartakusbund und waren die internationalistischen Sozialisten die Partei eines Glaubens, die Partei der Gottesstreiter, wie man unter Verwendung naheliegender Analogien sagen könnte, oder doch der Kämpfer für Gerechtigkeit. Aber von jeher haben Gottesstreiter den Willen gehabt, die Gottlosen auszurotten und das Reich der Ungerechtigkeit vom Antlitz der Erde zu vertilgen. So war das grosse Recht der Kriegsgegnerschaft mit einem Glauben verknüpft, der notwendigerweise mit Liebknecht die Ersetzung des Burgfriedens durch den *Burkrieg* oder mit Lenin die Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg erstrebte. Wenn diese Partei daran festhielt, für das Urverbrechen des Krieges nicht Systemeigenschaften oder eine historische Entwicklungsphase verantwortlich zu machen, sondern menschliche Urheber als *Verbrecher mit* dem Schuldvorwurf und einer entsprechenden Vernichtungsentention zu treffen, dann musste sie paradoxerweise zu einer Kriegspartei besonderer Art werden, falls es ihr nicht gelang, sich bald und vollständig und überall durchzusetzen.

Eine abermals neue Ebene wurde betreten, wenn die Partei von dem universalen Schuldvorwurf in der Praxis abging und ihren Kampf zunächst gegen einige besonders Schuldige richtete. Von vornherein bestand ja die grosse Gefahr, dass nicht alle Sozialisten in allen kriegführenden Ländern mit gleicher Energie und mit gleichem Erfolg ihren Kampf führten und dass dann gerade derjenige Staat eine Niederlage erleiden würde, der die stärkste und aktivste sozialistische Partei besass. Dies war ein Argument, das von allen *Vaterkindsverteidigern* oder *Sozialpatrioten* innerhalb der sozialistischen Parteien vorgebracht wurde und das für geraume Zeit vor-

2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands

nehmlich den Massen der deutschen Arbeiter weit einleuchtender erschien als die Stigmatisierung der Kriegsgewinnler oder der Militaristen oder der Bourgeoisie als der Verbrecher. Aber je länger der Krieg dauerte, umso eindeutiger wandte sich die Propaganda des Spartakusbundes primär gegen das Deutsche Reich, dem man anscheinend im ersten Halbjahr 1918 beträchtliche Siegeschancen zuschrieb. Im *Spartakusbriefe*. 9 vom Juni 1918 nahm Rosa Luxemburg, die sich zwar in Haft befand, aber unter der Herrschaft des *preussischen Militarismus* eine ebenso intensive Agitationstätigkeit entfaltete, wie es Trotzki im Gefängnis Kerenskis tat, eine Unterscheidung von Paul Lensch mit entgegengesetzter Wertung auf: «Der englische und französische Imperialismus wurzeln in einer Kolonialpolitik alten Datums, sind an traditionelle Bahnen gebunden; der deutsche war bis zum Ausbruch des Weltkriegs im embryonalen Stadium, hat sich erst im Laufe des Krieges zu ungeheuerlichen Dimensionen ausgewachsen, wächst jetzt noch mit jedem Tag und füllt sich im Blutrausch der Millionenschlächterei mit einem Welteroberungsdrang, der keine Traditionen, keine Fesseln und keine Rücksichten kennt.»¹¹ Aber kann eine kleine Schicht von Junkern, Kriegsgewinnlern und Börsenspekulanten so ungeheure Taten vollbringen? Was würden sie ohne die *Feldgrauen* vermögen, die nach der Meinung des Spartakusbundes nur verkleidete Proletarier waren und die doch sogar nach der Auffassung ihrer Kriegsgegner, etwa Louis de Robiens und wenig später Churchills, von grossen Teilen der Bevölkerung in der Ukraine und in Russland sehnsüchtig erwartet wurden, weil sie *Ordnung* brachten? Nie hat irgendein Junker oder Bourgeois die deutschen Arbeiter mit härteren Worten und schlimmeren Metaphern beschimpft, als es Rosa Luxemburg im 10. *Spartakusbrief* tat: «Das deutsche Proletariat übertrifft wahrlich das berühmteste Beispiel bedientenhafter Treue: jene Schweizer Garde, die sich vor dem Palast des letzten Bourbonen von stürmenden Revolutionshaufen niedermachen liess ... Wenn sich ein zweiter Thorwaldsen finden sollte, der das Bild dieser ergreifenden Sklaventreue nach vier Jahren Weltkrieg zu Nutz und Frommen ferner Geschlechter in Marmor hauen wird, so wird er entschieden keinen Löwen als Symbol wählen, sondern einen Hund!»¹²

Aber diese harten Worte waren nicht nur der Ausdruck eines getäuschten Vertrauens, das nach Rosa Luxemburgs Meinung eines Tages doch wieder berechtigt sein würde, sondern sie setzten auch bereits «die grosse russische

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Revolution» voraus, wie die Märzrevolution vom Spartakusbund genannt worden war¹³, und sie wurden in Kenntnis der Machtergreifung der Bolschewiki ausgesprochen. Ihnen gingen die Meuterei auf der deutschen Flotte voraus, die Lenin im Herbst 1917 so sehr in seinen Beschlüssen bestärkt hatte, die Januarstreiks von 1918 in Berlin, die Flugblätter und Schriften, die über Norwegen nach Deutschland gebracht worden waren und Aufforderungen wie die folgenden enthielten: «Die siegreiche Revolution wird nicht soviel Opfer erfordern, als ein einziger Kampftag draussen im Felde des Wahnsinns ... Schlagt tot die Kriegsbestie, hängt Eure Henker und Ihr seid erlöst, frei und glücklich mit den Brüdern in der ganzen Welt.»¹⁴ Sie setzten freilich auch die Nachrichten über die Massenerschiessungen durch die Tscheka und über die Greuelthaten voraus, deren die Bolschewiki sich schuldig gemacht hätten, und Rosa Luxemburg hatte in der Tat sehr kritische Bemerkungen über die autoritäre Diktatur Lenins und Trotzki's niedergeschrieben. Aber es war für sie und ihre Mitkämpfer selbstverständlich, dass alle *Barbarei* und alles *Chaos* überwiegend aus dem Widerstand der Feinde herrührte und dass die russische Revolution in dem Augenblick *europäisch* und *marxistisch* werden würde, wo endlich die Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausbrechen und die bedrängten russischen Genossen aus ihrer verhängnisvollen Isolierung befreien werde. Deshalb arbeiteten sie und Karl Liebknecht nach der Entlassung aus dem Gefängnis im Zusammenwirken mit den sogenannten revolutionären Obeluten und mit Teilen der seit März 1917 existierenden «Unabhängigen Sozialdemokraten», aber auch mit der sowjetrussischen Botschaft in Berlin voller Entschlossenheit an der Herbeiführung dieser friedensbringenden und welterlösenden Revolution.

Was eintrat, war der deutsche militärische Zusammenbruch im November, und niemand kann mit Sicherheit bestimmen, wie gross neben dem Misserfolg der Offensiven vom Frühjahr und Sommer 1918 in Frankreich der Anteil der Revolutionäre einerseits und der Anteil Ludendorffs andererseits war, der die Verantwortlichkeit dem neuen Regime der parlamentarischen Monarchie zuschieben wollte. Jedenfalls waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg der Überzeugung, dass die deutsche Revolution – zweifellos eine Zusammenbruchsrevolution wie die russische vom März 1917 – jetzt unter der Regierung der Volksbeauftragten aus Mehrheitsozialdemokraten und Unabhängigen in ihr Kerenski-Stadium eingetreten sei

2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands

und dass es gelte, sie bis zum Sozialismus als der herrschaftslosen Herrschaft der arbeitenden Massen selbst voranzutreiben. Aber wenn Friedrich Ebert der deutsche Kerenski war, so hatte er doch, anders als sein russisches Gegenbild, den Frieden herbeigeführt, und er wurde nicht müde, auf das *russische Chaos* und den *bolschewistischen Schrecken* hinzuweisen, die Deutschland ruinieren und der Besetzung durch die Alliierten ausliefern müssten, wenn *Spartakus* die Oberhand gewinne. In den Unruhen des November und Dezember waren die Spartakisten mindestens ebenso sehr Opfer wie Täter, aber die Furcht vor *russischen Verhältnissen* wirkte sich auf entscheidende Weise aus, wenn sich auch nicht leugnen lässt, dass einige lumpenproletarische und bloss militante Elemente sich angeschlossen hatten und dazu beitrugen, die Abneigung und den Hass gegen Spartakus zu verstärken. Es war eine überaus symptomatische Tatsache, dass Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kein Mandat zur Teilnahme am ersten Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte erlangen konnten, der Mitte Dezember in Berlin stattfand. Dennoch war es ein vielbeachtetes Ereignis, als sich die Delegierten des Spartakusbundes vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 im Preussischen Abgeordnetenhaus zusammenfanden, um die «Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)» zu gründen.

Dass sich hier nicht bloss eine deutsche Partei versammelte, wurde auf symbolische Weise deutlich, als ein bedeutender Vertreter der bolschewistischen Partei, Karl Radek, eine grosse Rede hielt. Und es war ebenfalls charakteristisch, dass er die deutsche Arbeiterschaft ausdrücklich als den *älteren Bruder der* viel jüngeren und organisatorisch weit weniger erfahrenen Arbeiterschaft Russlands bezeichnete, dessen Auftreten auf der weltgeschichtlichen Bühne die russischen Arbeiter mit tiefer Freude erfülle. Tatsächlich war ja Karl Liebknecht seit seinem öffentlichen Protest gegen den Krieg am 1. Mai 1916 mindestens bis zur Machtergreifung der Bolschewiki unter den Kriegsgegnern aller Länder ein viel bekannterer Name gewesen als Wladimir Iljitsch Lenin. So war es nur konsequent, wenn Radek die Hoffnung zum Ausdruck brachte, dass bald in Berlin der internationale Arbeiterrat tagen werde, das Gremium des endgültigen Sieges der kriegsgegnerischen Partei, denn der Bolschewismus sei im Kern nichts anderes als «die Tränen der Witwen und Kinder, der Schmerz um die Getöteten und die Verzweiflung der Zurückgekehrten».¹⁵ Aber die Partei wollte

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

keineswegs bloss oder in erster Linie eine pazifistische Partei sein, wie diese bewegende Wendung Radeks hätte vermuten lassen können. Das Programm, das sie verabschiedete und das Rosa Luxemburg verfasst hatte, schloss eine Fülle sehr weittragender Forderungen in sich.

Es geht von einer prononcierten Schuldthese aus: Die bürgerliche Klassenherrschaft sei der wahre Schuldige des Weltkriegs in Deutschland wie in Frankreich, in Russland wie in England, in Europa wie in Amerika. Sie, und keineswegs bloss die feudale Junkerherrschaft in Deutschland, habe mit dem Ausgang des Weltkriegs ihr Daseinsrecht verwirkt. Aus dem gähnenden Abgrund, den sie geschaffen habe, gebe es keine Rettung ausser dem Sozialismus und daher müsse die Losung der Stunde heissen: «Nieder mit dem Lohnsystem!» Aber der Sozialismus könne nur in dem gewaltigsten Bürgerkrieg der Weltgeschichte gegen den erbitterten Widerstand der «imperialistischen Kapitalistenklasse» zum Siege gelangen, die sich der Bauern und der Offiziere für die Bewahrung der Lohnsklaverei bedienen und sogar «rückständige Arbeiterschichten» gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen werde.¹⁶ Der Spartakusbund dürfe somit auf keinen Fall bereit sein, mit «Handlangern der Bourgeoisie, mit den Scheidemann-Ebert» die Regierungsgewalt zu teilen. Daher lauteten die unmittelbaren Forderungen u.a.: Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten, Bildung einer Roten Garde, Einsetzung eines Revolutionstribunals, sechsständiger Höchstarbeitstag, Annullierung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden, Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an. All dies müsse «mit eiserner Entschlossenheit» durchgesetzt werden. Zwar wurde ebenfalls gesagt, die proletarische Revolution bedürfe für ihre Ziele keines Terrors, sie hasse und verabscheue den Menschenmord. Aber das klang doch ganz anders als die ähnlichen Formulierungen eines humanitären Sozialismus, wie sie etwa Kurt Eisner in Bayern vorgebracht hatte, wenn es mit den Schlusssätzen zusammen gesehen wurde: «Auf, Proletarier! Zum Kampf! Es gilt, eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!»¹⁷

Mit der Annahme dieses Programms war in der Tat eine Partei ganz besonderer Art entstanden.

Keine Partei kann sich Ausserordentliches und Folgenreicheres vor-

2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands

nehmen als «einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft»¹⁸, d.h. letzten Endes die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, des Staates und der Klassenstruktur der Gesellschaft. Ein solches Programm stellt mindestens für eine Übergangszeit das gesamte Nationalvermögen und alle staatlichen Stellungen zur Disposition einer einzigen Gruppe und setzt damit ein Kampfziel, das unvergleichlich grösser ist als dasjenige jeder anderen Partei und das sich trotzdem mit «höchstem Idealismus»¹⁹ vereinbaren lässt, weil es sich gerade die Beseitigung aller Einzel- und Gruppeninteressen zum Ziel setzt. Formell war es zwar nichts anderes als das alte, das vor-revisionistische Programm der Sozialdemokratie, aber in der Situation der Nachkriegszeit war es doch etwas Neues geworden. Es hatte die Verbindung mit jenem Aufstiegsbewusstsein der qualifizierten Arbeiter und dem praktischen Reformismus der Gewerkschaften gelöst, so dass das ideologisch-utopische Element viel stärker hervortrat. Es unterschied sich aber auch von dem Programm der Bolschewiki, weil es aus jener *klassisch-marxistischen* Situation hervorging, die in Russland nun einmal nicht gegeben war. Diese Partei konnte sich selbst das Verdienst an der Beendigung des Krieges oder doch die Auszeichnung einer bewährten Kriegsgegnerschaft zuschreiben und dadurch eine Zustimmung gewinnen, die weit über die Reihen der Proletarier hinausging. Sie konnte alle diejenigen an sich heranziehen, welche gegen die Bedrängnisse und Krisen des modernen Lebens unter der Fahne des *Antikapitalismus* aufbegehrten. Sie konnte Forderungen aufstellen wie diejenige nach dem Sechsstundentag, die jede andere Partei als unreal und demagogisch bezeichnen musste. Sie war nicht nur die grosse Protest- und Hoffnungspartei, sondern die Partei eines uralten und schon deshalb fragwürdigen Glaubens, die Partei eines grossen Rechts, das aber durch die Personalisierung der Kriegsursachen in Unrecht umzuschlagen drohte, und die Partei des nationalen und internationalen Bürgerkriegs. Eben deshalb musste sie die erbitterte Feindschaft aller derjenigen hervorrufen, die irgendein Eigentum besaßen oder zu erwerben hofften, und das waren die *Bürgerin* einem ganz weiten Sinne; sie musste insbesondere den unbändigen Hass fast aller Offiziere auf sich ziehen, die sich rühmen konnten, grössere Blutopfer als jede andere Gruppe für den Schutz der Heimat gebracht zu haben, und die allesamt die Nachrichten aus Russland aufmerksam genug verfolgt hatten, um zu wissen, was

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

die Forderung «Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust» für sie bedeutete; sie musste diejenigen mindestens zu vorsichtiger Distanzierung veranlassen, welche nicht glaubten, dass aus der Zerstörung der Ordnung in einem überaus komplexen Industriestaat irgendwie und zwangsläufig eine bessere Ordnung hervorgehen werde. Tendenziell und in gewisser Weise hatte diese Partei fast alle Deutschen auf ihrer Seite; tendenziell und auf andere Weise hatte sie fast alle Deutschen gegen sich.

Vor allem aber war sie, anders als die SPD der Vorkriegszeit, in der völlig neuartigen Situation, auf eine Bruderpartei hinzublicken, die in einem grossen Staate – dem grössten Staate der Welt – bereits die Regierung führte, obwohl sie nach marxistischen Begriffen jünger und unreifer war und eigentlich die Macht noch nicht hätte ergreifen *dürfen*. Wenn die KPD tatsächlich «der ältere Bruder» war, dann musste sie bald siegen und der Partei Lenins zu Hilfe kommen, die zwar nun nicht mehr den «Riesen» des deutschen Militarismus gegen sich hatte²⁰, die aber in einem schweren Kampfe gegen die *weissen Armeen* und gegen Interventionstruppen der Alliierten und Assoziierten Mächte verwickelt war.

3. *Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921*

Auch gegen Ende Dezember 1918 war das äussere Bild in Deutschland noch ganz ähnlich wie in Russland während der Monate nach der Februarrevolution: Die Disziplin des Heeres löste sich grossenteils auf, überall hatten sich Soldatenräte gebildet, die Offiziere hatten die unbestrittene Kommandogewalt verloren, und häufig wurden ihnen die Achselklappen heruntergerissen, Demonstrationzüge bewegten sich durch die Strassen, an vielen Stellen wehten rote Fahnen, die Garnison der Hauptstadt war unzuverlässig; neben der Regierung amtierte ein Arbeiter- und Soldatenrat mit einem Vollzugsrat an der Spitze.

Aber anders als in Russland richtete sich nicht ein Friedenswunsch der überwältigenden Mehrheit gegen die Regierung, und das Frontheer wurde unter Führung der Offiziere und Mitwirkung der Soldatenräte geordnet in

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

die Heimat zurückgeführt. Hier und da kam es zu Zusammenstößen mit Soldatenräten der Heimatetappen, und erste Klagen über eine drohende *Ge-genrevolution* wurden laut. Aber nirgendwo wurden Offiziere getötet, nirgendwo wurden Gutsbesitzer vertrieben, die Verwaltung funktionierte trotz aller Schwierigkeiten reibungslos weiter. Das Hauptquartier unter der unveränderten Heeresleitung Hindenburg-Groener hatte sich *auf den Boden der Tatsachen* gestellt, und mithin blieben die Offiziere, die ja nach einem grossen Kriege immer eine Spitze der *Demokratisierung* bilden, eine potentiell bedeutende Kraft, sofern unter Revolution etwas anderes verstanden werden sollte als Demokratie im Sinne von Volkssouveränität und Wahl einer Nationalversammlung.

Nun war die *Nationalversammlung* in Russland noch nach dem Oktoberumsturz eine unstrittige Parole gewesen. In Deutschland dagegen wurde sie vom Spartakusbund, aber auch von Teilen der Revolutionären Obleute und der USPD heftig bekämpft. Rosa Luxemburg hatte sie am 20. November in der *Roten Fahne* ein «überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen» und ein «Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen von der Einheit des Volkes» genannt; im gegenwärtigen Deutschland aber könne und müsse es um die «sozialistische Demokratie» gehen, die der «bürgerlichen Demokratie» entgegengesetzt sei. Formell war damit der gut marxistische Anspruch erhoben, dass die Mehrheit des Proletariats als die Mehrheit des Volkes die unmittelbare Alleinherrschaft in der Form von Räten ausüben solle; aber faktisch handelte es sich um den Willen einer aktivistischen Minderheit zur alleinigen Machtausübung, denn Rosa Luxemburg wusste genau, dass ihre Partei sogar zusammen mit der USPD bei Weitem nicht die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft und erst recht nicht die Mehrheit des Volkes umfasste. Daher konnte und musste der *Vorwärts* ihr als Parole der Mehrheitssozialdemokratie die Forderung entgegenstellen: «Nicht Terror, sondern Freiheit; nicht Diktatur, sondern Demokratie.»¹ In der Tat vertrat die Regierung Ebert mit ihrer Berufung auf *die Nationalversammlung* den Anspruch des *empirischen Volkes* und damit das Konzept der *westlichen Demokratie*. Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte schloss sich ihr an, aber die aktivste Minderheit stellte sich weiterhin dagegen, weil sie der deutschen Situation eine Reife zuschrieb, welche über die bürgerliche oder formale Demokratie hinausführen müsse.

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Der Hauptunterschied zwischen Deutschland und Russland war aber ein politischer. Für die russischen Revolutionäre gab es kein Ereignis in einem anderen Lande, das Vorbild oder Schreckbild hätte sein können. In Deutschland dagegen kamen von der Regierung und von der Presse unablässig Mahnungen wie die folgenden: «Die deutschen Arbeiter mögen nach Russland sehen und sich warnen lassen!», «Dann entsteht das russische Chaos», Spartakus sei für «die Aufrichtung einer asiatischen Hunger- und Schreckensherrschaft wie in Russland», eine «Blutdiktatur des Spartakusbundes» sei geplant.² Aus der deutschen Situation allein hätten solche Wendungen nicht hervorgehen können; aber da während der letzten Monate Übertreibungen in den Presseberichten gar nicht notwendig gewesen waren, um der deutschen Öffentlichkeit das Bewusstsein zu vermitteln, dass in Russland von den Bolschewiki tatsächlich ein präzedenzloses Terrorregime ausgeübt wurde, waren solche Aussagen und Vermutungen glaubwürdig.

Sie wurden umso glaubwürdiger, als eine Intervention der Sowjetregierung ausser Zweifel stand. So wandte sich schon am 11. November der Rat der Volkskommissare durch ein Telegramm an die deutschen Arbeiter und forderte sie auf, sich keine Nationalversammlung «aufschwätzen» zu lassen, wobei zugleich Getreidesendungen in Aussicht gestellt wurden, obwohl jedermann wusste, dass in Russland der Hunger herrschte.³ Auf den gleichen Ton waren mehrere Passagen in Radeks Rede am 30.12. gestimmt: nichts rufe einen solchen Enthusiasmus bei den russischen Arbeitern hervor, als wenn ihnen gesagt werde, es könne die Zeit kommen, «wo euch die deutschen Arbeiter zu Hilfe rufen und wo ihr zusammen mit ihnen am Rhein kämpfen müsst, wie sie an unserer Stelle am Ural kämpfen werden». Aber war nicht die Friedenssehnsucht der mächtigste Impuls der russischen Revolution gewesen? Wenn Radek es ernst meinte, musste sich der gleiche Impuls in Deutschland zugunsten Eberts auswirken.

Trotzdem entstand während der ersten Januartage von 1919 in Berlin eine Situation, in der sich die Mehrheit des Proletariats und damit möglicherweise die Mehrheit der hauptstädtischen Bevölkerung gegen die Regierung stellte, welche mit ihrer Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung die Mehrheit des deutschen Volkes vertrat, aber kaum über Machtmittel verfügte. Es handelte sich um den sogenannten *Januaraufstand*.

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

In seinen Anfängen war er nichts anderes als eine riesige Protestdemonstration gegen die Absetzung des der USPD angehörenden Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, welche von der nunmehr rein mehrheitssozialistischen Regierung verfügt worden war. Aber gegen den Wunsch von Rosa Luxemburg wurde in den massgebenden Gremien der Beschluss gefasst, den Sturz der Regierung herbeizuführen, und das Dokument wurde auch von Karl Liebknecht unterschrieben, so dass die Regierung ihrerseits am 8.1. mit kluger Einschränkung auf den bereits verhasstesten ihrer Gegner bekanntgeben konnte: «Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht... Das Volk soll nicht sprechen dürfen.. .»⁴ Da es zuverlässige *republikanische* Truppen kaum gab, musste der Volksbeauftragte Gustav Noske in Zusammenarbeit mit dem General von Lüttwitz auf Verbände des alten Heeres und auf neu aufgestellte Freikorps zurückgreifen. Die Situation mochte mit derjenigen zu vergleichen sein, die in Russland entstanden wäre, wenn Kerenski und Kornilow zusammengewirkt hätten. Jedenfalls traten die *Rote Fahne* und Rosa Luxemburg ohne Einschränkung auf die Seite der Kämpfenden: Friedrich Ebert wurde als ein «Todfeind der Revolution» bezeichnet, und mit grösster Heftigkeit wandte sich die Zeitung gegen die «pflaumenweichen Elemente», die zu Verhandlungen bereit waren.⁵ Die Berichte über die Kämpfe lasen sich ganz wie Heeresberichte, doch waren sie von einem unvergleichlich stärkeren moralischen Pathos beherrscht, das auf der Überzeugung beruhte, dass die Arbeiter gegenüber der Bourgeoisie historisch im Recht seien. Diese müsse daher zu verzweifelten Greuelthaten greifen wie etwa der Erschiessung von Parlamentären durch die Regierungstruppen. Am 14. Januar erschien unter der Überschrift «Die Ordnung herrscht in Berlin» der letzte Leitartikel Rosa Luxemburgs, der randvoll von Zorn und Verachtung gegenüber dem «Berliner kleinbürgerlichen Mob» und den «jämmerlich Geschlagenen von Flandern und den Argonen» erfüllt war und mit dem Ausdruck eines unverbrüchlichen Glaubens an den schliesslichen Triumph der Revolution endete: «Die Führung hat versagt. Aber ... die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird ... ,Ordnung herrscht in Berlin!‘ Ihr stumpfen Schergen. Eure ,Ordnung‘ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ,rasselnd wieder in die Höh‘ richten‘ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: ,Ich war, ich bin, ich werde sein!‘»

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Einen Tag später waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg tot. Dass man die Umstände dieses Todes zu verheimlichen suchte und dass dann bis 1933 auch die Gegner von einer *Mordtat* einiger Soldaten und Offiziere der Gardekavallerieschützendivision sprachen, ist ein überzeugender Beweis dafür, wie stark in Deutschland das rechtsstaatliche Bewusstsein noch war und wie wenig man sich in einem genuine Bürgerkrieg begriffen sah, der eine Fortsetzung des russischen darstellte. Als wenige Monate später Eugen Leviné, der führende Mann der Münchener Räterepublik, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, beklagte sich ein Blatt der USPD, dass es ausgerechnet eine sozialistische Regierung gewesen sei, die das erste politische Todesurteil in Deutschland seit 1848 habe vollstrecken lassen.⁶ Die Tat des Jägers Runge und seiner Anstifter war moralisch und rechtlich nicht zu rechtfertigen, denn sie bedeutete die Tötung von wehrlosen Gefangenen. Aber wer diese Wahrheit ausspricht, lügt gleichwohl, wenn er nicht hinzufügt, dass Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, obwohl ganz oder halb gegen ihren ursprünglichen Willen, an die Spitze eines Aufstands gegen die Regierung getreten waren, dass in Russland seit einem Jahr Hunderte und Tausende von verhafteten und also wehrlosen Gegnern, darunter die 350 Gefangenen des Aufstands von Jaroslawl, ohne Gerichtsverfahren von der Tscheka erschossen worden waren und dass die Offiziere das wussten, die den Jäger Runge zu seiner Tat anstifteten. Weit angemessener als die richtigen und trotzdem zugleich meist unwahren Aussagen über die «Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg» sind Sätze, die sich in einer Verlautbarung der KPD vom April 1921 über den angeblichen Verrat von Paul Levi finden und die dem Sinne nach lauten: Paul Levi fiel seinen kämpfenden Genossen in den Rücken. Ganz anders Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie waren gegen den Aufstand vom Januar 1919. Aber sie kämpften mit und fielen.⁷

Auch die März-Kämpfe von 1919 spielten sich in einer für die Regierung sehr gefährlichen Situation ab: Schwere Unruhen und grosse Streiks erschütterten Mitteldeutschland und das Ruhrgebiet, und sie waren nicht zuletzt von dem Zorn über eine Regierung motiviert, welche die versprochene Sozialisierung nicht voranbrachte. Aber inzwischen war nach den Wahlen am 19. Januar, die den sozialistischen Parteien – anders als in Russland – nur etwa 45 % der Stimmen gebracht hatten, die Nationalversammlung in Weimar konstituiert. So ist der Verdacht möglicherweise nicht un-

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

begründet, dass die Regierung nun die Lage in Berlin endgültig unter Kontrolle bringen wollte und die Stadt regelrecht militärisch erobern liess, wobei insgesamt 1'200 Menschen getötet wurden und die Regierungstruppen in besonderem Masse jene Brutalität an den Tag legten, welche relativ kleine Truppenverbände bei der Konfrontation mit grossen Mengen schlechtbewaffneter Zivilisten häufig erkennen lassen. So liess der Oberleutnant Marloh 29 Matrosen ohne ausreichenden Grund erschiessen. Übertriebene Gerüchte über Greuelthaten der Spartakisten in Lichtenberg hatten die Truppen in grosse Erregung versetzt, und weitere standrechtliche Erschiessungen erzeugten ihrerseits in der grossen Masse der Bevölkerung des Berliner Ostens eine unverlöschliche Erbitterung gegen die «Noskiden» oder «Noskehunde». Allerdings war die *Rote Fahne* in ihren Aufrufen keineswegs bloss defensiv und verkündete: «Die Revolution kann nur voranschreiten über das Grab jener Mehrheitssozialdemokratie ... Nieder mit der Nationalversammlung... Eure Brüder streiken. Die Kapitalisten wanken. Die Regierung ist am Stürzen.»⁸

Kaum hatte sich die Regierung in Berlin durchgesetzt, da kam es in der Folge der Ermordung Kurt Eisners zur Ausrufung der Münchener Räterepublik, die zunächst für eine Woche bis zum 14. April von libertären Sozialisten wie Gustav Landauer und Erich Mühsam beherrscht wurde, bis Kommunisten wie Eugen Leviné, Max Levien und Tobias Axelrod an deren Stelle traten. Zu ernststen Bluttaten kam es nicht, mit Ausnahme der Erschiessung von mehreren Geiseln im Luitpoldgymnasium, aber schon die anarchistische *Schein-Räterepublik* hatte die *Bourgeois* in grossen Schrecken versetzt, als sie am 10. April die Einsetzung von Revolutionstribunalen verkündete, deren Urteile ohne Berufungsmöglichkeiten «sofort vollstreckt» werden würden. Und hier war das *russische Beispiel geradezu* übermächtig. So erliess die nach Bamberg geflüchtete Regierung des Sozialdemokraten Hoffmann eine Bekanntmachung, in der es hiess: «In München rast der russische Terror, entfesselt von landfremden Elementen ...»⁹ Gewiss handelte es sich mehr um eine Drohung als um eine Wirklichkeit. Aber Lenin richtete am 27. April ein Begrüssungsschreiben an die Bayerische Räterepublik, in dem er in der Form von Fragen sehr weitreichende Anweisungen gab: «... welche Massnahmen (haben) Sie zum Kampf gegen die bürgerlichen Henker Scheidemann und Co. durchgeführt? Haben Sie ... die Arbeiter bewaffnet, die Bourgeoisie entwaffnet..., den Wohnraum der

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Bourgeoisie in München für die sofortige Einweisung von Arbeitern in die Wohnungen der Reichen beschränkt ... (und) Geiseln aus der Bourgeoisie festgesetzt?»¹⁰ Aber dass die Abneigung gegen *die Fremden* und gegen *Einmischung durch das Ausland* nicht auf die Rechte beschränkt war, wird sogar am Beispiel Ernst Tollers deutlich, der am 26. April in einer entscheidenden Versammlung der leitenden Gremien sagte, die gegenwärtige Regierung sei ein Unglück, weil sie immer mit dem Argument operiere: «In Russland haben wir es anders gemacht.» Aber «wir Bayern» seien keine Russen!¹¹ Noch charakteristischer ist ein Satz, den Thomas Mann am 2. Mai 1919 in sein Tagebuch eintrug, als überall noch die Schüsse zu hören waren, welche die einrückenden Freikorps und die weichenden Spartakisten wechselten: «Wir sprachen darüber, (ob noch eine Rettung der europäischen Kultur möglich sei) ... oder ob die Kirgisenidee des Rasierens und Vernichtens sich durchsetzen wird... Wir sprachen auch von dem Typus des russischen Juden, des Führers der Weltbewegung, dieser sprengstoffhaften Mischung aus jüdischem Intellektual-Radikalismus und slawischer Christus-Schwärmerei. Eine Welt, die noch Selbsterhaltungsinstinkt besitzt, muss mit aller aufbietbaren Energie und standrechtlichen Kürze gegen diesen Menschenschlag vorgehen.. ,»¹²

In Russland bildeten der März und der April des Jahres 1919 den ersten Höhepunkt der Hoffnung auf die unmittelbar bevorstehende Weltrevolution. Für Lenin bedeutete die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands «mit so weltbekannten und weltberühmten Führern wie Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring»¹³ bereits faktisch den Anfang der neuen, der kommunistischen Internationale, und die Gründungsversammlung in Moskau Anfang März war für ihn also bloss eine Art von formellem Nachvollzug. Allerdings fand sie in einem überaus bescheidenen Rahmen und fast ohne Delegierte massgebender Parteien statt, vor allem aber gegen den Willen Rosa Luxemburgs, welche die Zeit noch nicht für reif gehalten hatte. In der Tat befand sich Sowjetrußland in einer sehr schwierigen Lage: Es war verschiedenen Interventionen der Alliierten und dem Aufmarsch starker weisser Armeen konfrontiert, von der übrigen Welt so gut wie abgeschnitten und mit einer völlig desorganisierten Wirtschaft geschlagen. Aber selten in der Geschichte war die Diskrepanz zwischen einer überaus dürftigen materiellen Basis und einem enthusiasti-

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

schen, überschüssenden, weltumgreifenden Glauben so gross. Was diese kleine Versammlung von 51 *Delegierten*, die überwiegend Russen waren, an Manifesten und Aufrufen an die ganze Welt richtete, war von einem solchen Feuer und einer derartigen Kraft des Enthusiasmus durchdrungen, dass sich keine Siegesproklamation der Alliierten und auch kein wohlmeinender Zukunftsentwurf Wilsons ihnen an die Seite stellen liess. In den von Bucharin verfassten «Richtlinien der Kommunistischen Internationale» hiess es: «Die neue Epoche ist geboren. Die Epoche der Auflösung des Kapitalismus, seiner inneren Zersetzung, die Epoche der kommunistischen Revolution des Proletariats ... Sie muss die Herrschaft des Kapitals brechen, die Kriege unmöglich machen, die Grenzen der Staaten vernichten, die ganze Welt in eine für sich selbst arbeitende Gemeinschaft verwandeln, die Verbrüderung und Befreiung der Völker verwirklichen.» Und zugleich wurden diese Forderungen des militanten Universalismus in eine grosse geschichtliche Linie gestellt: «Indem wir die Halbheit, Lügenhaftigkeit und Fäulnis der überlebten offiziellen sozialistischen Parteien verwerfen, fühlen wir, die in der III. Internationale vereinigten Kommunisten, uns als die direkten Fortsetzer der heroischen Anstrengungen und des Märtyrertums einer langen Reihe revolutionärer Generationen, von Babeuf bis Karl Marx und Rosa Luxemburg.»¹⁴ Aber ihren höchsten Punkt erreichten diese zuversichtlichen Hoffnungen und Vorhersagen in dem Aufruf zum 1. Mai, den das Exekutivkomitee der Internationale im Bewusstsein, dass es jetzt neben der russischen schon die ungarische und die bayerische Sowjetrepublik gebe, an die Kommunisten Bayerns richtete: «Der Sturm beginnt. Die Feuersbrunst der proletarischen Revolution loht mit unaufhaltsamer Kraft in ganz Europa. Es naht der Moment, den unsere Vorgänger und Lehrer erwartet haben... Der Traum der besten Vertreter der Menschheit wird zur Wirklichkeit... Die Stunde unserer Unterdrücker schlägt. Der 1. Mai 1919 muss der Tag des Vorstosses werden, der Tag der proletarischen Revolution in ganz Europa ... Im Jahre 1919 wurde die grosse Kommunistische Internationale geboren. Im Jahre 1920 wird die grosse Internationale Sowjetrepublik geboren werden.»¹⁵

Einem skeptischen Beobachter wäre es allerdings wahrscheinlicher gewesen, dass das Jahr 1919 das Ende der Sowjetrepublik bedeuten würde. In Südrussland drang die Freiwilligenarmee des Generals Denikin, von den Alliierten und besonders dem neuen englischen Kriegsminister Winston

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Churchill mit viel Material und Militärmissionen unterstützt, weit nach Norden vor. In Sibirien hatte der Admiral Koltschak die Parteienregierung gestürzt, und seine Truppen, denen sich die Tschechoslowaken angeschlossen hatten, standen Ende April vor Samara und nicht weit von Simbirsk. In den ehemaligen Ostseeprovinzen kämpften immer noch deutsche Truppen und *Baltische Landeswehr* sowohl gegen die Bolschewiki wie gegen die bürgerlichnationalistischen Letten und Esten; Petrograd blieb gefährdet. Im Norden befanden sich alliierte Truppen weiterhin in Archangelsk und waren bemüht, ein russisches Regime unter einem Sozialrevolutionär in den Sattel zu setzen. Das rote Gebiet war nun kaum noch grösser, als das Grossfürstentum Moskau in der Zeit vor Peter dem Grossen gewesen war, und es litt schrecklich unter dem Hunger, da es von den wichtigsten Getreidegebieten abgeschnitten war und seinen Bauern keine Industriewaren liefern konnte, so dass Lenin gezwungen war, Requisitionskommandos von Arbeitern aus den Städten in die Dörfer zu schicken, die sich dort mit den *Doifarmen* zu einem gnadenlosen Beutezug gegen die *Kulaken* zu vereinigten suchten.

Zum äusseren Bürgerkrieg lief also ein innerer Klassenkrieg parallel, und dieser war das Charakteristische und Vorganglose, denn noch niemals in der modernen Geschichte hatte ein Regierungschef grosse Gruppen der eigenen Bevölkerung als «die Hunde und Schweine der sterbenden Bourgeoisie» oder als «Spinnen» und «Parasiten» bezeichnet, gegen die ein gnadenloser Kampf geführt werden müsse.¹⁶ An den Fronten dagegen war der Kampf auf beiden Seiten gleichermassen erbittert, und auch neutrale Beobachter berichteten nicht selten, er werde von den Weissen mit grösserer Grausamkeit geführt als von den Roten, weil die letzteren häufig bloss die gefangenen Offiziere töteten und die Mannschaften als *Klassenbrüder in Freiheit* setzten. In der Tat trug der Übergang ganzer Einheiten zum Feind wesentlich zu der Niederlage bei, welche die Koltschak-Armee im Mai und Juni erlitt, bevor sie eine Verbindung mit Denikin hatte herstellen können, und nach einer schweren Niederlage der Tschechoslowaken verwandelte sich der Rückzug zu jener dramatischen Flucht über die Tausende von Kilometern der transsibirischen Bahnlinie, bei der Hunderttausende fielen und weitere Hunderttausende von fliehenden Zivilisten an Entkräftung starben.

Als Denikin in Richtung Moskau vorrückte, war Koltschak bereits ge-

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

schlagen, und als die Nordwestarmee des Generals Judenitsch im Oktober bis an den Stadtrand von Petrograd gelangte, hatte Denikin schon den Rückzug antreten müssen. Die weissen Armeen, die Alliierten, die nationalistischen Letten und Esten, die Bauernanarchisten Machnos in der Ukraine und die ukrainischen Nationalisten unter Petljura, die Polen und die Kaukasier kämpften miteinander gegen die Bolschewiki und doch zugleich heimlich und teilweise offen gegeneinander, da die einen das russische Reich wiederherstellen und die anderen es schwächen wollten, da die einen für die eigene Unabhängigkeit kämpften und die anderen für Erwerb von Land oder die Sicherung von Rohstoffzufuhren. Überdies stellten sich Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowohl im sowjetischen Gebiet wie hinter den weissen Fronten faktisch auf die Seite der Bolschewiki, als die Gefahr riesengross zu sein schien, dass ein reaktionärer General siegreich in Moskau einziehen werde. Lenin wusste genau, dass er seinen Sieg im Bürgerkrieg ebenso der Uneinigkeit seiner Gegner verdankte, wie der Triumph seiner Revolution auf die Übernahme des Landprogramms der Sozialrevolutionäre zurückzuführen war. So hatten sich gegen Ende des Jahres 1919 zwar grosse Teile des früheren Zarenreiches selbständig gemacht – neben den neuen Ostseestaaten und Finnland nicht zuletzt Georgien –, aber als leistungsfähige und noch nicht völlig entmutigte Bürgerkriegsarmee waren nur noch die Truppen Denikins im Gebiet nördlich der Krim anzusehen, deren Oberbefehl bald auf den General von Wrangel überging. Eine bedrohliche äussere Macht waren bloss die Polen, die von einer Wiederherstellung der Grenzen von 1772 träumten. Das russische Bürgertum und der russische Adel aber existierten nicht mehr, wenn auch zahlreiche Einzelne der physischen Vernichtung entgangen und irgendwo in der gewaltigen Sowjetbürokratie untergeschlüpft waren: Die *Ausbeuterklassen* waren *liquidiert*, wie es dem Programm der Partei entsprach, und weit mehr als eine Million ihrer Angehörigen fand in einer der grössten Fluchtbewegungen, welche die Welt bis dahin gesehen hatte, ein dürftiges Unterkommen in den Ländern Europas.¹⁷ Die *Weltrevolution* allerdings hatte im Jahre 1919 zwei Länder verloren, nämlich Ungarn und Bayern. Aber dass Churchill nicht in der Lage gewesen war, sich mit seinen Forderungen nach stärkerer Unterstützung der Weissen gegen Lloyd George durchzusetzen, hatte seine Hauptursache darin, dass der Premierminister durch revolutionäre Tenden-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

zen in England sehr beunruhigt war und lieber ein bolschewistisches Russland als ein bolschewistisches England haben wollte. Und das Jahr 1920 sollte sehr bald einen weiteren Vorstoss *der Revolution* bringen.

In Deutschland war in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 von der Kommunistischen Partei nicht mehr viel die Rede gewesen, umso mehr aber von den untragbaren Bedingungen des Friedens von Versailles, von der Kriegsschuldfrage des Artikels 231, von dem schändlichen Verlangen der Alliierten nach Auslieferung der deutschen *Kriegsverbrecher* und insbesondere des früheren Kaisers. Die Partei war verboten, und auf einem illegalen Parteitag in Heidelberg hatte sie sich von jenen linken Radikalen getrennt, die auf dem ersten Parteitag in der Frage der Wahlbeteiligung Rosa Luxemburg überstimmt hatten und die nun zum Teil in ein *nationalbolschewistisches* Fahrwasser gerieten wie die beiden Hamburger Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim. Dennoch ist es nicht unglaublich, dass der General von Lüttwitz, dessen Truppen ein Jahr zuvor die SPD-Regierung gerettet hatten, nicht bloss wegen der von den Alliierten verlangten Reduzierung der Heeresstärke, sondern auch wegen des Anwachsens des *Bolschewismus* beunruhigt war, denn er hatte in erster Linie die USPD im Auge, die immer stärker zu werden schien. Aus diesen Sorgen und auch aus dem begreiflichen Wunsch, die ersten Reichstagswahlen bald angesetzt zu sehen, resultierte der sogenannte Kapp-Putsch, der Berlin für einige Tage in die Gewalt der meuternden «Brigade Ehrhardt» brachte und die Reichsregierung zwang, zuerst nach Dresden und dann nach Stuttgart auszuweichen.

Entscheidend für den baldigen Rücktritt des Putschreichskanzlers Wolfgang Kapp, der vor allem in Ostdeutschland viel Unterstützung gefunden hatte, war neben dem Widerstand der Berliner Beamtenschaft und der Neutralität des Grossteils der Reichswehr der politische Generalstreik, zu dem die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung die Arbeiter aufriefen. Dieser Aufruf nun sprach im Grunde die Sprache der proletarischen Revolution: «Wir haben die Revolution nicht gemacht, um das blutige Landsknechtsregiment heute wieder anzuerkennen. Wir paktieren nicht mit den Baltikumverbrechern ... Arbeiter, Genossen ... Wendet jedes Mittel an, um diese Wiederkehr der blutigen Reaktion zu vernichten ... Streikt, legt die Arbeit nieder und schneidet dieser Militärdiktatur die Luft ab ... Proletarier, vereinigt Euch!»¹⁸

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

Es war nicht verwunderlich, dass dieser Generalstreik sich nun auch gegen die Regierung wandte, zu deren Mitgliedern Gustav Noske zählte, und dass der linke Flügel der USPD jetzt das Versäumnis von 1918 wiedergutmachen suchte. Dennoch kam es offensichtlich für die Regierung überraschend, wie schnell sich an vielen Stellen Deutschlands Abteilungen einer Roten Armee bildeten und wie erfolgreich der Zusammenschluss immerhin in einer Region gelang, nämlich im Ruhrgebiet. Hier wurden nicht nur Reichswehrverbände, sondern auch Polizeiabteilungen niederkämpft, und man hat nicht zu Unrecht von einer deutschen «Märzrevolution» gesprochen.¹⁹ Die KPD allerdings war daran nur wenig beteiligt, und zuerst hatte sie sogar eine schadenfrohe Neutralität im Kampf der «Ebertner» und der «Lüttwitzer» einhalten wollen, aber Gerüchte schrieben ihr und sogar *Russen* dann doch bald eine Hauptrolle zu, und auch dadurch verschärfte sich die Kämpfe, bei denen die Regierung sogar auf die Truppen zurückgreifen musste, gegen die ihre sozialdemokratischen Mitglieder zum Generalstreik aufgerufen hatten. Für gut zwei Wochen war Deutschland nun eine Art Russland, wo ein genuiner Bürgerkrieg zwischen bewaffneten Grossformationen tobte, und ganz auf das russische Beispiel bezogen war eine Rede, die Gustav Stresemann am 28. März 1920 vor dem Geschäftsführenden Ausschuss seiner Partei hielt: Es sei festgestellt worden, dass Offiziere der russischen Roten Armee hier in Berlin geweiht hätten und dass von Lenin Volksredner nach Deutschland entsandt worden seien. Die Verhältnisse in Deutschland entwickelten sich mit fotografischer Treue wie diejenigen in Russland. «Genau wie man bei uns Truppen entwaffnet und Arbeiterbataillone schaffen will, genau so hat es Kerenski gemacht, und Lenin war sein Nachfolger. Wenn es so weitergeht, dann ist der Bolschewismus das Meer, in dem wir schliesslich ertrinken.» Das schlimmste aber sei, dass die Demokratische Partei sich jetzt an Angriffen gegen die Reichswehr beteilige und dadurch die Interessen des Bürgertums verleugne. «Kann man sich da wundern, wenn Offiziere im Kampf gegen den Bolschewismus wankend werden?»²⁰

Letzten Endes wurde die Reichswehr doch nicht wankend, und sie schlug den Aufstand nieder, streckenweise mit grosser Brutalität, so dass ein junger Soldat seinem Tagebuch anvertraute: «Im Felde waren wir gegenüber den Franzosen viel humaner.»²¹ So verstärkte dieser kurze deutsche Bürgerkrieg den Hass auf beiden Seiten, und er raubte der Mitte noch

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

mehr an Selbstgefühl und an moralischer Autorität: Er verstärkte den Hass von zahlreichen Unabhängigen und Kommunisten gegen die *Soldateska* und die SPD-Regierung, welche die Revolution abermals verraten habe; und er verstärkte den Hass der Soldaten gegen die *Bolschewisten* und vor allem gegen die sozialdemokratischen Marxisten, die sich immer wieder von den Soldaten retten liessen und die doch immer wieder diese ihre Retter kränkten und beschimpften. Aber eine tiefe Abneigung richtete sich – wie bei den russischen *Weissen* – nun auch gegen das Bürgertum, das sich als philisterhaft und energielos erwiesen habe, obwohl doch bei den Kämpfen im Vogtland Max Hölz Plakate hatte anschlagen lassen, auf denen er damit drohte, beim Anrücken von Reichswehr sofort die ganze Stadt anzuzünden und die Bourgeoisie abzuschlachten, ohne Unterschied des Geschlechts und Alters.²²

Die Folgen des Kapp-Putsches waren sonderbar. Die Reichstagswahlen fanden am 6. Juni 1920 statt, und sie kosteten die Weimarer Koalition ihre Mehrheit. Die USPD wuchs gewaltig an und war nun beinahe so stark wie die Sozialdemokraten, aber auch die Deutschnationalen verzeichneten erhebliche Gewinne. Der Sozialdemokrat Hermann Müller verhandelte zunächst mit dem Führer der Unabhängigen, Arthur Crispian, aber dieser wies das Angebot einer Regierungsbeteiligung zurück, weil seine Partei die «Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus» erstrebe.²³ Schliesslich wurde eine bürgerliche Regierung unter dem Zentrumspolitiker Fehrenbach gebildet, und da in Bayern der Sozialdemokrat Hoffmann gleich nach dem Putsch durch Gustav von Kahr ersetzt worden war, waren es schliesslich die bürgerlichen Parteien, die aus dem Bürgerkrieg den grössten Gewinn zogen, obwohl sie ihm im Grunde doch nur zugesehen hatten.

Die Kommunisten fanden also ihre Minimalforderung erfüllt, nämlich die Beendigung der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition, aber auf ganz andere Weise, als sie es sich vorgestellt hatten. Ein Bündnis aller sozialistischen Parteien und die Regierungsführung durch einen Vertreter der Gewerkschaften wäre immerhin ein Schritt in die *sowjetische* Richtung gewesen, hin zu jener Situation, welche die Bolschewiki durch ihre Machtergreifung nicht zu weiterer Auswirkung hatten kommen lassen. Aber es sah nun ganz so aus, als bedürfe es der parlamentarischen Manöver nicht mehr,

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

um die Weltrevolution in Deutschland zum Durchbruch zu bringen. Im Frühjahr hatte Josef Piłsudski, einst Führer der Sozialistischen Partei Polens und nun Gründer eines in seinen Grenzen und seiner Rolle noch nicht festgelegten Staates, im Bündnis mit den ukrainischen Nationalisten Petljuras Sowjetrussland angegriffen, um eine grosse osteuropäische Föderation von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu schaffen, die Sowjetrussland für *das zivilisierte Europa* ungefährlich machen würde. Aber am 11. Juni musste das eben eroberte Kiew wieder geräumt werden, und dann erlitten die verbündeten Polen und Ukrainer eine Niederlage nach der anderen. Die Frage war, ob an der sogenannten Curzon-Linie angehalten werden sollte, aber Lenin setzte seinen Willen durch, und erstmals überschritt die Rote Armee die Grenzen ihres Landes – um den von den *Pany* – den Feudalherren – unterdrückten Arbeitern und Bauern Polens die Freiheit zu bringen, wie eine vorsorglich gebildete neue Regierung verkündete. Aber das eigentliche Ziel Lenins war Deutschland, das heisst die Revolution in Deutschland, und auch Trotzki sah nun den Augenblick heranrücken, wo Russen und Deutsche gemeinsam der Entente die grosse Schlacht am Rhein liefern würden.²⁴ Unter vielen deutschen Nationalisten war der Hass gegen Polen so stark, dass diese Perspektive mit Begeisterung begrüsst wurde, und die Presseberichte über die nun an den Grenzen Ostpreussens stehenden Sowjettruppen waren im Allgemeinen sehr positiv. Das westliche Europa hielt den Atem an und schien eine Zeitlang vollständig gelähmt zu sein, zumal die Appelle der Sowjetregierung an die Arbeiter, alle Munitions- und Materialtransporte nach Polen zu verhindern, vor allem bei den englischen Gewerkschaften auf fruchtbaren Boden fielen. In den Artikeln der Presse wurde Polen vielfach wie ein allzu schwaches Bollwerk dargestellt, das mit verzweifelter Tapferkeit ganz Europa vor dem Ansturm östlicher Horden zu retten suche. Die Amerikaner begnügten sich mit einer Note des Staatssekretärs Colby, die den militanten Kommunismus mit *militärischer Autokratie* gleichsetzte und den *Amerikanismus* schroff dagegenstellte. Die Franzosen unterstützten den General Wrangel bei der letzten Offensive, die im russischen Bürgerkrieg unternommen wurde und die den Polen einige Entlastung brachte. Aber auch die Militärmission des Generals Weygand hätte das Schicksal nicht wenden können, wenn nicht bei den polnischen Arbeitern und Bauern der traditionelle Hass gegen die Russen doch stärker

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

gewesen wäre als die Abneigung gegen die Herrschicht, die ja längst das Heft nicht mehr allein in der Hand hatte. So konnte Piłsudski sein Heer reorganisieren und die Schlacht um Warschau gewinnen. Im Vorfrieden von Riga wurden ihm die Westukraine und grosse Teile Weissrusslands zugesichert, und dafür liess er Petljura und Wrangel ebenso fallen, wie die Alliierten am Anfang des Jahres Koltshak hatten fallen lassen. Wrangel schiffte sich mit seinen Truppen im November von der Krim nach Konstantinopel ein, und damit war der russische Bürgerkrieg an ein Ende gekommen, das viele Emigranten allerdings bloss für ein vorläufiges Ende hielten.²⁵

Um die gleiche Zeit wurde die Kommunistische Partei Deutschlands zu einer Massenpartei, indem sie sich mit dem linken Flügel der USPD zur «Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands» (VKPD) zusammenschloss. Die Voraussetzung dafür waren die Beschlüsse des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale gewesen, der gerade während der entscheidenden Zeit des sowjetisch-polnischen Krieges in Moskau getagt hatte und dessen Delegierte mit dem grössten Enthusiasmus das ständige Vorrücken der Frontlinien auf der grossen Wandkarte verfolgt hatten, die im Kongressgebäude angebracht worden war. Hier hatte Lenin jene 21 Bedingungen verabschieden lassen, welche die Spaltung nun auch in die grossen linkssozialistischen Parteien Europas hineintrugen, nämlich in die deutsche USPD, in den italienischen PSI und die französische SHO. Diese Bedingungen konstituierten die Kommunistische Internationale als eine zentralisierte, in *Sektionen* gegliederte Weltpartei, die alle *Reformisten*, *Zentristen*, *Sozialpazifisten* und sogar die Anhänger der *gelben Gewerkschaftsverbände* von sich ausschloss, auch wenn sie, wie der Italiener Filippo Turati, entschiedene Gegner des Krieges gewesen waren. Sie verlangten von jeder der Sektionen, dass sie illegale Parallelapparate zur Vorbereitung der Phase des Bürgerkrieges schufen, systematische Zersetzungspropaganda in den Heeren übten, die Verpflichtung übernahmen, «jeder Sowjetrepublik» (also praktisch Sowjetrussland) bedingungslosen Beistand zu leisten, und durch ihr ganzes Verhalten keinen Zweifel daran liessen, dass die Kommunistische Internationale «der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt» hat.²⁶ Für alle ungläubigen Beobachter konnten diese Bedingungen nichts anderes bedeuten, als dass das im Weltkrieg besiegte Russland auf ebenso subtile wie

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

hinterhältige Weise seine Selbstbehauptung zu sichern und seine Revanche vorzubereiten suchte, indem es die Massen der Arbeiter und Bauern in den feindlichen Staaten unter Ausnützung der Propaganda- und Organisationsfreiheit, die man bei sich selbst den überlebenden Gegnern vorenthielt, gegen die führenden Schichten ihres Landes aufzuwiegeln versuchte. Die Rechtssozialisten wiederum mussten sich sagen, dass Lenin offensichtlich den *Imperialismus des Westens* mit jener Einbeziehung eines Grossteils der Sozialisten in das parlamentarische System gleichsetzte, die um 1900 in Frankreich begonnen hatte und die sich 1917 sogar in Russland durchzusetzen schien, jene Einbeziehung, die in der europäischen Geschichte tiefe Wurzeln hatte und die nach allem menschlichem Ermessen einen weiteren grossen Krieg verhindern musste, wenn sie mit grosser Mehrheit und ohne Vorbehalte vollzogen würde. Aber starke linke Flügel in allen Parteien waren offenbar mit Lenin der Überzeugung, dass Sozialisten nicht mitwirken, sondern allein die Herrschaft ausüben sollten, weil nur dann alle Herrschaft beseitigt werden könne. Begeisterung konnte nur diese dritte Interpretation auslösen, und einen höheren Anspruch vermochte in der Tat keine Partei zu erheben als denjenigen, der in dem letzten Satz des Manifestes zum Ausdruck kam, welches der Kongress verabschiedete: «Arbeiter und Arbeiterinnen! Es gibt auf der Erde nur ein Zeichen, welches wert ist, dass unter ihm gekämpft und gestorben wird: Dieses Zeichen ist die Kommunistische Internationale.»²⁷ Und es handelte sich nicht um eine grundlose Begeisterung. Wo in aller Welt hätte man sonst den Delegierten einen Herrscherpalast zeigen können, der wie das Zarenschloss in Zarskoje Selo in ein Kinderheim umgewandelt war, wo gab es anderswo so viel Bemühen um die Beseitigung des Analphabetismus, wo hatten einfache Arbeiter so unbeschränkte Möglichkeiten, ihre schriftstellerischen Anlagen zu entfalten oder die höchsten Staatsstellungen zu bekleiden? Hatte nicht tatsächlich in Sowjetrußland die *Partei des Fortschritts* die Macht ergriffen?

Welch ungeheures Prestige sich der sowjetische Kommunismus durch seinen Sieg errungen hatte, wurde nirgendwo deutlicher als in Deutschland. Als sich die Delegierten der USPD im Oktober 1920 in Halle versammelten, um über die Annahme oder Nicht-Annahme der 21 Bedingungen zu entscheiden, da wurde der Abgesandte der Komintern, Grigorij Sinowjew, mit rauschendem Beifall empfangen, obwohl eine starke Minderheit keine Hand zur Begrüssung rührte. Und dann sprach Sinowjew mehrere Stunden

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

lang mit so hinreissender Überzeugungskraft, dass ihn einige Zeitungen in ihren Berichten den grössten Redner des Jahrhunderts nannten. Mit stärkster Emphase warf er den *Rechten* um Crispian und Hilferding vor, dass die Furcht vor der Revolution sich durch ihre ganze Politik ziehe, und er setzte den eigenen Glauben dagegen, der ihm die Tränen in die Augen getrieben habe, als vor einigen Wochen beim Kongress der erwachenden Völker Asiens in Baku Hunderte von Türken und Persern mit in den Gesang der Internationale eingestimmt hätten. So werde für die ganze Menschheit das Licht vom Osten kommen und die Gegner der Vereinigung seien ganz im Unrecht, wenn sie sich über die Naivitäten der Massen beklagten, denn «der sogenannte naive, religiöse Glaube der Proletariermassen» sei «in der Tat der wichtigste revolutionäre Faktor der Weltgeschichte».²⁸ In dieser These war nun unzweifelhaft eine sehr starke Veränderung, ja geradezu eine Umkehrung des Marxismus zu erblicken. Aber die orthodoxen Marxisten, unter ihnen Rudolf Hilferding und Julius Martow, fanden mit ihren Reden «gegen das Moskauer Diktat» nicht entfernt so viel Beifall, obwohl empörte Rufe hörbar wurden, als Martow die Verfahrensweise der Tscheka schilderte und hinzufügte, er schäme sich für sein Land, in dem derartige Dinge möglich seien.²⁹ Der grössere Teil der Delegierten stimmte dem Entschluss zu, den Sinowjew gleich in eine ganz weite historische Perspektive gestellt hatte, als er am Schluss seiner Rede sagte: «In Deutschland wird sich jetzt eine grosse einheitliche kommunistische Partei bilden, und das ist das grösste historische Ereignis dieser Tage.»³⁰ So wurde aus der kleinen «Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale» die grosse «Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands» (VKPD), die natürlich ebenfalls eine Sektion der KI war. 300'000 Mitglieder der USPD vollzogen den Schritt mit, während 300'000 bei der alten Partei blieben, die sich zwei Jahre später wieder mit der Mehrheitssozialdemokratie vereinigte. Die VKPD zählte nun etwa 350'000 Mitglieder, und an die Spitze traten als gleichberechtigte Vorsitzende Paul Levi, ein sehr kultivierter Rechtsanwalt und Schüler Rosa Luxemburgs, und Ernst Däumig von der USPD.

Wenig später veröffentlichte Sinowjew einen Bericht über seine «Zwölf Tage in Deutschland». Nicht ohne gute Gründe konnte er behaupten, dass die ungeheure Mehrzahl der deutschen Arbeiter auf der Seite der russischen Revolution stehe und dass die Propaganda der rechten Intellektuellen und

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

der kleinbürgerlichen Arbeiteraristokraten gegen die «Moskauer Knute» oder die «Despoten aus Moskau» auf unfruchtbaren Boden gefallen sei. Noch interessanter aber waren die Eindrücke, die der Parteiführer des nach allen Berichten verödeten und hungernden Petrograd in Deutschland gewonnen hatte, Eindrücke von den «üppigen Läden, strotzend vor Delikatessen» und von den «satten, stupiden Bourgeois», die Herren der Lage seien. «Wann endlich wird es ein Ende haben? Wann, wann wird der Riese, der deutsche Proletarier, seine Schultern recken und dieses ganze bürgerliche Geschmeiss, das die Spitze der Pyramide einnimmt, abschütteln? Verflucht sei sie, dreimal verflucht, die ‚zivilisierte‘ kapitalistische Welt, die die lebendige Seele zertritt und Millionen Menschen zu Knechten macht... Erst wenn vom deutschen Menschewismus kein Stein mehr auf dem anderen steht, wird der Weg frei sein; erst dann werden die mächtigen Arbeiterorganisationen Deutschlands ... zum machtvollen Hebel werden, mit dem die deutsche Arbeiterklasse das alte Deutschland umstösst und der Bourgeoisie den Garaus macht.»³¹ Selten ist der innere Zusammenhang zwischen Zivilisationskritik und Vernichtungsintention, der eines der Kennzeichen des frühen Bolschewismus ist, so klar formuliert worden wie hier von dem Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale. Als das in Russland bereits fast verwirklichte Heilmittel nannte Sinowjew die vollständige Abschaffung des Geldes und die Naturalisierung des Arbeitslohns. Aber schon wenige Monate später wurde dieses Heilmittel in Sowjetrußland zum alten Eisen geworfen.

Die Zeit des russischen Bürgerkrieges war ja eine Zeit des *Kriegskommunismus* gewesen, der einerseits mit grossen Hoffnungen auf die unmittelbar bevorstehende Realisierung einer nicht-mehr-kapitalistischen Lebensweise des «Alles gehört allen» verbunden und durch grossen agitatorischen und kulturellen Schwung gekennzeichnet war, der aber doch bereits eine klare Zurückdrängung des Spontanen, Stärkung der Partei- und Staatszentrale sowie Disziplinierung in Armee und Industrie bedeutete. Damit war die Frage aufgeworfen, welche Rolle die Gewerkschaften im *Arbeiterstaat* spielen sollten: Würden sie weiterhin eine Interessenvertretung der Arbeiter sein oder Organe der Arbeiter zwecks Selbstverwaltung der Industrie oder aber *Transmissionsriemen* für die Partei, die eines Tages vielleicht die Arbeitskraft auf ähnliche Weise requirieren lassen würde, wie sie

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

das Getreide der Bauern requirierte? Schon 1919 und 1920 machten sich Anfänge einer *Arbeiteropposition* bemerkbar, und verschiedene Gruppen versuchten, sich als Opposition bzw. als Fraktion zu konstituieren. Der stärkste Impuls war dabei die Klage über die Sowjetbürokratie, aber auch über die Einmannleitung, über die Rolle der Spezialisten, über Anpassertum und Opportunismus. All das führe zu dem paradoxen Resultat, dass (wie Alexandra Kollontai es formulierte) «einzig und allein die wichtigste Klasse der Sowjetrepublik ... in ihrer Masse ein schmachvoll jämmerliches Zwangsarbeitsdasein» friste.³²

Lenin hatte seinerseits ein scharfes Empfinden für die Untragbarkeit und Ausweglosigkeit der Zustände. Er suchte dadurch Abhilfe zu schaffen, dass er der Spontanität ökonomischen Spielraum gewährte, indem er die Requisitionen durch die Naturalsteuer ersetzte und den Bauern damit die Möglichkeit gab, ihre Überschüsse auf dem freien Markt zu verkaufen. Nun musste notwendigerweise ein gewisses Mass an freiem Handel und eine Schicht von Geschäftsleuten und Händlern entstehen, die sich auf mannigfaltige Weise *kapitalistisch* zu betätigen vermochten. Eben das nannte Lenin die «Neue Ökonomische Politik» (NEP), und er liess ihre Grundzüge von dem X. Parteitag beschliessen, der Anfang März zu tagen begann. Aber umso entschiedener hielt er an dem Prinzip der politischen Parteidiktatur fest, und er scheute sich nicht, den Terminus «Staatskapitalismus» in Anwendung zu bringen. In der Tat hatte er bereits 1918 ganz eigentümliche Äusserungen getan, die er jetzt in seiner Schrift «Über die Naturalsteuer» nachdrücklich wiederholte: «Wenn in Deutschland die Revolution noch zögert, ‚auszubrechen‘, so ist es unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus der Deutschen zu erlernen, ihn aus aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übertragung der westlichen Kultur auf das barbarische Russland zu beschleunigen, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken.»³³ Nun war auch zu Anfang 1921 die Revolution in Deutschland noch nicht *ausgebrochen*. Wenn Russland aber zu einer Entwicklungsdiktatur wurde, über deren nationalisierte Grossindustrie das Spitzengremium der Partei bedingungslos verfügte, während unterhalb dieser Ebene weitgehend der freie Handel und ein kleinkapitalistisches Händler- und Unternehmertum die Situation bestimmten, dann musste sich das anarchistisch-utopistische Pathos, das der Kern des Kommunismus qua Sowjetherrschaft zu sein

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

schien, mit verdoppelter Kraft gegen einen Zustand richten, der allem Anschein nach schlechter war als der im Westen herrschende Hochkapitalismus.

Der erste und mächtigste, weil organisierte und bewaffnete, dabei noch vorwiegend gegen bestimmte Erscheinungen des Kriegskommunismus gerichtete Ausdruck dieser Kritik war der Aufstand der Matrosen und der Bevölkerung von Kronstadt. Er fiel zeitlich mit dem X. Parteitag zusammen, und wohl nicht bloss ganz zufällig, denn Unruhen und Streiks waren vorher, besonders in Petrograd, zahlreich gewesen, und umgekehrt hatten sich die bevorstehenden Lockerungen in mancherlei Andeutungen bereits bemerkbar gemacht.

Folgende Forderungen wurden von der Vollversammlung der Mannschaften der ersten und zweiten Brigade der Schlachtschiffe am 1. März 1921 erhoben: Neuwahlen zu den Sowjets unter den Bedingungen geheimer Stimmabgabe; Rede- und Pressefreiheit für Arbeiter und Bauern, Anarchisten und linkssozialistische Parteien; Versammlungsfreiheit; Freiheit der Gewerkschaften und der Bauernvereinigungen; Befreiung aller politischen Gefangenen, die sozialistischen Parteien angehören; Wahl einer Kommission zur Überprüfung der Prozessakten aller in Gefängnissen und Konzentrationslagern Eingeschlossenen; Verfügungsfreiheit der Bauern über ihr Land, sofern sie sich keiner Lohnarbeit bedienen; freie handwerkliche Produktion auf der Basis eigener Arbeit.³⁴

Zu einem grossen Teil handelte es sich also um die Forderungen von 1917, die von der Russischen Kommunistischen Partei angeblich verwirklicht worden waren. Aber gerade dies wurde offenbar von Lenin und von der Partei als unerträgliche Drohung aufgefasst. Sofort wurden Vorbereitungen zur militärischen Niederwerfung der *Meuterei* getroffen, und damit wurde auch der Ton der Kronstädter immer schärfer: «An alle, alle, alle!... Bis zu den Hüften im Bruderblut der Werktätigen wattend, hat der blutrünstige Feldmarschall Trotzki als erster das Feuer auf das revolutionäre Kronstadt eröffnet, weil es sich gegen die Herrschaft der Kommunisten erhoben hat, um die echte Macht der Sowjets wiederherzustellen ... In diesem Meer von Blut ertränken die Kommunisten alle grossen und leuchtenden Verheissungen und Losungen der Arbeiterrevolution ... Das Leben unter dem Joch ist schrecklicher als der Tod geworden ... Hier in Kronstadt wurde der Grundstein zur Dritten Revolution gelegt,... die einen neuen breiten Weg zu schöpferischer Tätigkeit im Geiste des Sozialismus freilegen wird.»³⁵

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Wenn man bedenkt, wie zentral die Begriffe Masse, Selbsttätigkeit, Befreiung, Herrschaftslosigkeit in der russischen Revolution gewesen waren und wie sie hier als Zeugnis *gegen* diese Revolution angerufen wurden, dann war es nur allzu begreiflich, dass die Kommunistische Internationale den Befehl gab, in Deutschland nun endlich mit der neuen Massenpartei den Durchbruch zu erzielen und entweder den Sieg zu erzwingen oder mindestens die Aufmerksamkeit der Welt von Kronstadt abzulenken. Tatsächlich brach während der Osterwoche inmitten der ungemein schwierigen Situation, in der sich die bürgerliche Regierung Fehrenbach infolge der exzessiven Reparationsforderungen der Entente und ohnmächtiger Widerstandsversuche befand, die sogenannte «März-Aktion» los, die in Wahrheit ein grossangelegter Aufstand im mitteldeutschen Industriegebiet war und ebenfalls als eine «Märzrevolution» bezeichnet werden könnte, zumal es auch zu gewalttätigen Aktionen in Hamburg und anderen grossen Städten kam, während die KPD zum politischen Generalstreik aufrief. Allerdings war in die Vorbereitungen, die im Ausgang von der sogenannten Theorie der revolutionären Offensive getroffen wurden, eine Polizeiaktion des Oberpräsidenten Hörsing hineingestossen, so dass auch wieder von Provokation und von Widerstand die Rede sein konnte. Die *Rote Fahne* führte eine ausserordentlich scharfe Sprache: «Die deutsche Bourgeoisie und ihr sozialdemokratisches Führergesindel haben die Waffen aus den Händen des Proletariats entwunden ... Wie Kahr von der einen Seite, so muss das Proletariat von der anderen Seite: Pfeifen auf das Gesetz. Ein jeder Gegenrevolutionär hat seine Waffe. Die Arbeiter dürfen nicht schlechtere Revolutionäre sein, wie es jene Gegenrevolutionäre sind.»³⁶

Der Unterschied bestand aber darin, dass diesmal die *Gegenrevolutionäre*, die man besonders als die bayerische Selbstschutzorganisation Erscherich (Orgesch) identifizierte, *keinen* Putsch gemacht hatten wie ein Jahr zuvor. Und es gab längst nicht so viel spontane Erregung unter den Arbeitern wie im März 1920, so dass die Partei eine Menge künstlicher Mittel in Anwendung bringen musste: Attentate, Sprengungen, Aufreizungen der Sicherheitspolizei unter Parolen wie: «Stürzt Strassenbahnen um, schmeisst Handgranaten!»³⁷ So traten zwar, nach den Angaben der Partei, Hunderttausende in den Kampf, also mehr als im Jahr zuvor an der Ruhr, aber eben nicht Millionen, und nur mit Millionen hätte dieser Bürgerkrieg siegreich sein können. Deshalb hatte es in der Parteiführung starke Wider-

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919-1921

stände gegeben, und die Abgesandten der Komintern, unter ihnen Matias Rakosi und Bela Kun, hatten ihre ganze Autorität aufwenden müssen, um sich durchzusetzen.

Das schlimmste an dieser Niederlage war aber, dass der bisherige Parteiführer Paul Levi schon im April eine Schrift veröffentlichte, in der er die Aktion als «den grössten Bakunistenputsch der bisherigen Geschichte» bezeichnete, als einen Krieg der Kommunisten gegen vier Fünftel der deutschen Arbeiter, die von der *Roten Fahne* auf unerhörte Weise beschimpft worden seien. Als die eigentlich Verantwortlichen machte Levi die Abgesandten der Komintern namhaft, und er charakterisierte sie mit dem bösen Ausdruck «Turkestaner».

Dafür wurde er natürlich aus der Partei ausgeschlossen, aber mit der Gründung der «Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft» (KAG) vollzog er die erste Abspaltung von der VKPD. Damit schien sich ein *westeuropäischer* Kommunismus dem Sowjetkommunismus entgegenzusetzen, und nicht ganz selten war nun von dem *Antibolschewismus* heterodoxer Kommunisten die Rede.

So hatte die Kommunistische Partei Sowjetrusslands im Frühjahr 1921 den grossen Bürgerkrieg definitiv gewonnen, aber sie schien sich durch die Einführung der NEP zugleich auf merkwürdige Weise verändert zu haben. Während des Krieges war sie ein Teil der grossen gesamteuropäischen Protest- und Hoffnungspartei gewesen, und danach hatte sie als die russische Partei des Bürgerkrieges und der sozialen Vernichtung feindlicher Klassen einen welthistorischen Triumph errungen, der freilich auch die Niederschlagung gewaltiger Bauernaufstände in sich schloss, welche schwerlich bloss auf die Tätigkeit von Kulaken zurückgeführt werden konnten. Musste sie nun nicht entweder als *Partei der Weltrevolution* sich zunächst auf ganz Europa ausdehnen oder aber sich in eine *Partei der Industrialisierung* verwandeln, die einen Weg beschrift, den noch niemand vor ihr gegangen war?³⁸ Oder würde sie sogar zu einer «Kriegspartei» werden, wie ihr der Menschewist Noe Jordania vorwarf³⁹, nachdem sowjetische Truppen im Februar 1921 zum zweiten Mal eine völkerrechtlich anerkannte Grenze überschritten und Georgien unterworfen hatten?

Dass sie in dieses Dilemma geraten war, war auf die Niederlagen zurückzuführen, welche die deutsche Partei bzw. die deutsche Revolution erlitten hatte. Der Übergang zur NEP bedeutete nur die Gewinnung einer

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Atempause, und die neue Entscheidungssituation stellte sich im Jahre 1923 ein, dem Jahr der grossen deutschen Krise. Aber wenn es schon 1920 und 1921 sogar in den Reihen der Kommunisten *Antibolschewismus* gab, dann wäre es mehr als sonderbar gewesen, wenn auf dem Boden jener *bürgerlichen Welt*, deren Henker der Kommunismus sein wollte, nicht inzwischen ein viel ausgeprägterer Antibolschewismus entstanden wäre, der bei allen künftigen Entscheidungen ein Wort und auch ein Schwert in die Waagschale werfen würde.

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

Erstaunlicher als der Antibolschewismus ist nun freilich der Philobolschewismus, der auf der bürgerlichen, d.h. hier der nichtsozialistischen Seite früh bemerkbar wurde. In seinen Anfängen hat er mit sozialen Motiven so wenig zu tun wie der erste Antibolschewismus: Er bezieht sich auf die Bolschewiki als die Friedenspartei, welche bei all denjenigen eine natürliche Sympathie hervorrufen musste, die den Krieg und die Kriegsparteien kritisierten. In Amerika und England handelte es sich dabei um den anti-imperialistischen Flügel der Liberalen und um die Labour Party. Allerdings verwischten sich die klaren Fronten, als durch den Friedensschluss von Brest-Litowsk augenfällig wurde, dass der Friede der Bolschewiki einen gewaltigen Vorteil für die Kriegspartei in Deutschland implizierte; aber nach dem Ende des Krieges stellte sich jene Sympathie zum Teil wieder her, nicht zuletzt deshalb, weil die liberale und arbeiterparteiliche Fortschrittsgesinnung häufig auch dann noch an der inneren Verwandtschaft nicht zweifelte, wenn man gegen die Methoden der Bolschewiki grosse Bedenken äusserte. Männer wie die Amerikaner William Bullitt und Raymond Robins oder die Engländer M. Phillips Price vom *Manchester Guardian* und Arthur Ransome von den Londoner *Daily News* bewahrten den Bolschewiki ihre anfänglichen Sympathien für immer oder doch für lange Zeit, weil sie klar das weltgeschichtlich Neue erkannten und es als das weltgeschichtlich Positive sehen wollten. Auch das *Berliner Tageblatt* nahm gleich nach dem Oktoberumsturz keineswegs nur den nationalen Aspekt wahr, sondern es

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

hob mit Nachdruck hervor, dass dieses Ereignis «die soziale Frage riesengross in den Vordergrund treten lassen werde¹, und manche der Überschriften, die den Berichten vom russischen Bürgerkrieg gegeben wurden, schienen eine noch weitergehende Sympathie mit den Bolschewiki zum Ausdruck zu bringen. Längst nicht alle pazifistischen und sozial gesinnten Liberalen und Labour-Politiker liessen sich dabei in erster Linie von ihrer Abneigung gegen die *Reaktionäre* und *Imperialisten* des eigenen Landes so sehr bestimmen, dass sie auch dasjenige billigten, was sehr früh die *Ausrottungspolitik* der Bolschewiki genannt wurde, aber Bernard Shaw brachte dennoch einen symptomatischen Standpunkt zu Wort, als er mit nur leichter Distanzierung sagte, die Bolschewiki hätten die richtigen Fragen aufgeworfen und die richtigen Leute erschossen.²

Die eigenartigste Gestalt des Philobolschewismus war der bürgerliche Nationalbolschewismus in Deutschland, der aus dem Entsetzen über die Versailler Friedensbedingungen entstand und nur noch *ein* Mittel wahrnahm, das helfen konnte, nämlich den Bolschewismus, der in Deutschland einen weniger despotischen Charakter haben werde als in Russland, sofern er mit der Unterstützung der *wohlhabenden und gebildeten Kreise* an die Macht komme. Mindestens Paul Elzbacher, mit dessen Namen diese Tendenz am frühesten verbunden war, liess indessen schon eine gewisse innenpolitische Sympathie erkennen, weil er es begrüssenswert fand, dass Lenin sich «für die erbarmungslose Bestrafung liederlicher und fauler Arbeiter» ausgesprochen habe, und er versprach sich von dem Zusammenwirken nicht zuletzt einen Schutz gegen die Zerstörung alter Kulturen «durch die seichte ‚Zivilisation‘ Englands und Amerikas».³

Aber wenn bei Weitem nicht alle Bürgerlichen Antibolschewisten waren, dann waren noch viel weniger alle Sozialisten Philobolschewisten, sondern gerade bei ihnen entwickelte sich rasch eine scharfe Feindschaft, die allerdings in den führenden Gruppen wohl stärker ausgeprägt war als in den *proletarischen Massen*. Nichts ist im Übrigen weniger verwunderlich, als wenn man sich vor Augen hält, dass die Machtergreifung der Bolschewiki ja vor allem der Ausschaltung der übrigen sozialistischen Parteien diene.

Die ältesten Mitkämpfer Lenins, die ehemaligen Redaktionsmitglieder der *Iskra*, erblickten in dieser Machtergreifung nichts anderes als die konsequente Fortsetzung der wohlbekanntem Taktik Lenins, durch Herausdrän-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

gung der echten Marxisten und selbständigen Köpfe sich eine Partei ergebener Anhänger zu schaffen. Plechanows Satz über das «unersättliche Streben nach Machtergreifung» ist bereits zitiert worden.⁴ Martow nannte die Bolschewiki schon 1918 eine «Henkerpartei»⁵, und die schärfste Kritik übte Pawel B. Axelrod. Für ihn war der Bolschewismus «asiatisch», ein Verrat an den elementarsten Grundsätzen des Marxismus, eine «Diktatur über das Proletariat (und das Bauerntum)», eine Gruppe, «die die Barbarei, die Grausamkeit und Unmenschlichkeit längst vergangener Zeiten» wiederaufstehen lasse und die sich als «neuer herrschender Stand» im Rahmen eines neuartigen «Sklavenregimes» konstituiere. Daher sah Axelrod die These bestätigt, die er schon vor dem Ausbruch des Weltkrieges aufgestellt hatte, nämlich dass «die Lenin-Clique als eine Bande der ‚Schwarzen Hundertschaften‘ und als gemeine Verbrecher innerhalb der Sozialdemokratie» gekennzeichnet werden müssten.⁶

Eine noch grundsätzlichere Kritik als die Menschewiki übten die Anarchisten. Zwar konnten sie nicht in Abrede stellen, dass die letzten Ziele der Bolschewiki mit ihren eigenen Zielen identisch waren – der Herbeiführung einer Weltgesellschaft freier Individuen –, aber sie verwarfen das Mittel, dessen die Bolschewiki sich bedienten, nämlich die Ausbildung einer unerhört starken Staatsmacht, und sie glaubten nicht, dass dieses Mittel eines frühen oder späten Tages sein eigenes Gegenteil erzeugen werde. Daher schrieb der amerikanische Anarchist Alexander Berkman, ein Freund der bekannteren Emma Goldman, unmittelbar nach der Niederwerfung Kronstadts: «Die Erfahrung von Kronstadt beweist von Neuem, dass die Regierung, der Suat – welches immer sein Name oder seine Form seien – stets der Todfeind der Freiheit und Selbstbestimmung ist. Der Staat hat keine Seele, kein Prinzip. Er hat nur ein Ziel – sich der Macht zu versichern und sie um jeden Preis zu behalten. Dies ist die politische Lehre von Kronstadt.»⁷

Auch Rosa Luxemburg wäre im Jahre 1921 wie ihr Freund Paul Levi von den orthodoxen Anhängern Lenins wohl des Antibolschewismus bezichtigt worden. Ihre Broschüre über die russische Revolution, 1918 im Gefängnis geschrieben und 1922 von Levi veröffentlicht, erhob bei allem Respekt vor Lenin und Trotzki eine Reihe von Einwänden, die grundsätzlichen Charakter hatten. Zwar meinte Rosa Luxemburg, wenn sie Freiheit als die «Freiheit des anders Denkenden» bezeichnete, schwerlich die libe-

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

rale Freiheit jedes Staatsbürgers und also auch der «Reaktionäre», aber die Verknüpfung des «Lebens in den Sowjets» mit «allgemeinen Wahlen, ungehemmter Presse- und Versammlungsfreiheit sowie freiem Meinungskampf» schloss doch die prinzipielle Verwerfung einer Parteidiktatur in sich und war ein Plädoyer für jene Sowjetdemokratie aller sozialistischen Werktätigen, wie die Petersburger Massen sie im Oktober 1917 hatten durchsetzen wollen und wie sie von den Aufständischen von Kronstadt im Jahre 1921 erneut gefordert wurde. Es dauerte in der Tat nicht lange, bis von der KPD ein Kampf gegen den «Luxemburgismus» begonnen wurde, dem man die Überschätzung der Spontaneität der Massen und die Vernachlässigung der Rolle der Partei zum Vorwurf machte.⁸

Bei all dem handelte es sich um *innerkommunistische* Auseinandersetzungen. Ein anderer Ton ist in der sozialdemokratischen Kritik spürbar, die sich zwar teilweise noch als *inersozialistisch* versteht, aber doch auch eine unverkennbare Tendenz aufweist, den Bolschewismus aus dem sozialistischen Lager auszustossen und unter den Begriff *bürgerlich* zu subsumieren.

So vollzog nach Otto Bauer die bolschewistische Revolution dasjenige, was in Westeuropa die bürgerlichen Revolutionen durchgesetzt hatten: die Zertrümmerung des feudalen Land Wirtschaftssystems und die Herstellung der bürgerlichen Eigentumsordnung auf dem Lande. In Russland herrschen nun zwar die Proletarier, und eine Arbeiterstimme kommt daher bei den Wahlen fünf Bauernstimmen gleich. Aber sehr schnell hat sich ein immer stärkeres Übergewicht der Parteiführer herausgebildet, so dass man allenfalls von einem *despotischen Sozialismus* sprechen darf. Dieser Weg ist nicht ohne historische Konsequenz und Notwendigkeit, aber er kann niemals der Weg der westeuropäischen Industrieländer sein, der eine allmähliche Fortentwicklung der bürgerlichen Demokratie darstellen muss. Dagegen ist der russische Kommunismus mit jenem *preussischen Sozialismus* Spenglers eng verwandt, weil beide in dem staatsgläubigen Wahn befangen sind, «die Allmacht einer herrschenden Minderheit könne und solle die gehorchende Masse zu höheren Lebensformen zwingen».⁹

Weitaus schärfer äusserte sich nicht nur in Zeitungsartikeln, sondern auch in mehreren Abhandlungen der Mann, der in der Vorkriegssozialdemokratie die oberste Autorität in allen Fragen der Doktrin gewesen war: Karl Kautsky. Für ihn ist der Marxismus ein Teil jenes Humanisierungsprozesses, der die Arbeiterbewegung aus ihrer ursprünglichen Wildheit und

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

auch aus der inneren Nähe zu der terroristischen Phase der Französischen Revolution herausgeführt hat. Der Bolschewismus bedeutet also einen Rückfall in die Bestialität, weil er den marxistischen Klassenkampf wieder durch den Bürgerkrieg ersetzen will. Die letzte Ursache dafür ist die Unreife der russischen Verhältnisse. Die Bolschewiki liessen sich von einer Massenpsychose tragen, und deshalb fassten sie die soziale Qualität *Bürger* geradezu wie eine biologische auf, gegen die sie mit der Wildheit und Rohheit der anhebenden Arbeiterbewegung vorgingen. Daher ist der Sieg des Bolschewismus eine Niederlage des Sozialismus, und das zeigt sich auch darin, dass eine neue Bürokratie, eine neue Herrenklasse aufkommt, die den Militarismus zurückbringt und den Terrorismus installiert: «Erschiesesen – das ist das A und O der kommunistischen Regierungsweisheit geworden.» So ist der Bolschewismus ein antihumaner und antisozialistischer Rückfall in barbarische Zustände, und deshalb nennt Kautsky ihn schliesslich einen «tatarischen Sozialismus».¹⁰

Aber ob der Bolschewismus nun von führenden Sozialdemokraten primär als *russischer Sonderweg* oder als *barbarische Regression* gesehen wird, so stellen sie ihn doch immer in einen schroffen Gegensatz zu *Europa*, und in dem Reisebericht eines Sozialdemokraten wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, «baldigst wieder die Grenzen des Sowjetrusland hinter mir zu lassen», da die Eintönigkeit und Dürftigkeit des Lebens, der Hunger, die Abwesenheit der Pressefreiheit und das ständige Entsetzen über die Taten der neuen «Heiligen Inquisition», der Tscheka, einfach nicht zu ertragen seien.¹¹ Aber kaum je wird die Frage angedeutet, ob *das Europäische* vielleicht mit der freien Existenz auch der *reaktionären* Tendenzen zusammenhängt und ob nicht die nicht-bolschewistischen Sozialisten in Russland vielleicht besser daran getan hätten, sich mit Koltschak und Denikin zu verbünden, weil nur dann die Chance bestanden hätte, eine *Gesellschaft der produktiven sozialen Differenzen* wie in Europa zu schaffen. Eine Äquidistanz gegenüber den Bolschewiki und den Reaktionären bleibt vielmehr ausdrücklich oder unausdrücklich für alle Sozialdemokraten charakteristisch, und diese Äquidistanz hatte ja auch die praktische Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre bis zu ihrer endgültigen Ausschaltung im Jahre 1921 bestimmt.

Der vielfältige europäische Liberalismus war eher geneigt, sich mit der europäischen Kultur oder doch der westlichen Zivilisation zu identifizie-

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

ren, soweit er nicht als prononcierter Linksliberalismus die Kritik an den Ungerechtigkeiten einer allzu undurchsichtigen Gesellschaft in den Vordergrund stellte. Für die *Times* gab es «nicht Platz genug auf der Welt für den Bolschewismus und die Zivilisation». ¹² Dem Sinne nach war der Begriff *Totalitarismus* oder *Totalismus*? als Gegenbegriff schon geläufig. Die unsichere Grenzlinie zwischen Rechtsliberalen und Konservativen war wohl am leichtesten daran kenntlich, ob man bloss den überaus starken Anteil der *Fremdvölker* in der russischen Revolution konstatierte oder in den Juden eine Ursache besonderer Art erblickte. Schon gleich in den ersten Monaten nach der Februarrevolution hatte es ja besonders in Frankreich und Italien zahlreiche Beobachter sehr irritiert, dass die Vorkämpfer eines Friedensschlusses so häufig deutsche Namen wie Zederbaum, Apfelbaum oder Sobelsohn trugen bzw. getragen hatten. Später verknüpften manche Autoren diese Beobachtung mit altüberlieferten Vorstellungen, die schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter Konservativen geläufig gewesen waren. Kein Geringerer als Winston Churchill schrieb in einem seiner Aufsätze: «Diese Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Seit den Tagen von Spartakus Weishaupt bis zu jenen von Karl Marx und bis hinunter zu Trotzki (Russland), Bela Kun (Ungarn), Rosa Luxemburg (Deutschland) und Emma Goldman (Vereinigte Staaten) ist diese weltweite Verschwörung zum Sturz der Zivilisation und zur Neugestaltung der Gesellschaft auf Grund aufgehaltener Entwicklung, neidischer Missgunst und unmöglicher Gleichheit im Wachsen begriffen... (Diese Bewegung) war die Triebfeder hinter jeder subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts, und jetzt hat diese Bande von ausserordentlichen Persönlichkeiten aus der Unterwelt der grossen Städte Europas und Amerikas das russische Volk am Kragen gepackt und ist praktisch der unangefochtene Herr eines gewaltigen Reiches geworden.» ¹⁴ Aber wenn man in solchen Sätzen einen Nachhall der Verschwörungsfurcht des Abbé Barruel oder des Fürsten Metternich spüren darf, so war doch Churchill weit davon entfernt, die *subversiven* Tendenzen vieler Juden auf unveränderliche Rasseneigenschaften aller Juden zurückzuführen, und er hob mit viel Nachdruck die zionistischen Bestrebungen Dr. Weizmanns hervor, die sich «in besonderem Einklang mit den wahrsten Interessen des Britischen Empire» befänden. ¹⁵

Noch eindeutiger standen die politischen Interessen des Britischen Rei-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

ches für Churchill im Vordergrund, als er den Gedanken verfocht, man müsse Deutschland nun nach seiner Niederlage zum festen Bollwerk gegen die Gefahren des Bolschewismus machen, zu einem «Damm friedlicher, gesetzmässiger und geduldiger Stärke gegen die Flut der roten Barbarei, die vom Osten heranbrandet»¹⁶, und dieser Interessengesichtspunkt konnte ebensogut die Hoffnung hervorrufen, die Aufnahme von Handelsbeziehungen werde zu einer Milderung jenes in europäischen Augen beängstigenden Despotismus führen. Diese Auffassung verfocht Lloyd George, und bereits 1921 setzte er die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland durch.

So entwickelte jede der etablierten Ideologien und Parteien ihren eigenen Antibolschewismus, bis hin zur USPD und bis in die Reihen der KP hinein, und nichts war begreiflicher, da der Bolschewismus nach seinem eigenen Selbstverständnis *der ganzen Welt* den Krieg erklärt hatte und jede der vorhandenen Parteien des Lakaientums gegenüber der *internationalen Bourgeoisie* anklagte. Aber ein wichtiger Übergang wurde vollzogen, als ganze Organisationen den Antibolschewismus zum Hauptinhalt ihrer Bestrebungen machten.

Die früheste dieser Organisationen war das «Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus». Der Gründer war Eduard Stadtler, der vor dem Kriege in der Jugendorganisation des Zentrums führend tätig gewesen und dann in russische Kriegsgefangenschaft geraten war, aus der er aber schon vor dem Ende des Krieges zurückkehrte. Nach seinem späteren Bericht stürzte er sich bereits im November 1918 in eine hektische Aktivität, um Deutschland vor dem Schicksal Russlands zu bewahren, und er fand dabei die Unterstützung massgebender Politiker wie etwa Friedrich Naumanns und Karl Helfferichs. Am 10. Januar 1919 hielt er im Flugverbandshaus auf einer Sitzung des Führertums der Wirtschaft eine Rede, an der Industrie- bzw. Bankmagnaten wie Hugo Stinnes, Albert Vogler, Felix Deutsch, Arthur Salomonsohn und andere teilnahmen. Stadtlers Beschwörungen hatten den ausserordentlichen Erfolg, dass ein *Antibolschewistenfonds* gegründet wurde, in den nach seiner Behauptung nicht weniger als 500 Millionen Mark eingezahlt wurden; und diese Mittel flossen dann durch alle möglichen Kanäle in die Anfang Januar einsetzende «gewaltige antibolschewistische Bewegung», so etwa in die Freikorps, die mit grossen Plakaten und kostspieligen Zeitungsanzeigen Freiwillige für den Schutz der Heimat vor dem Bolschewismus und vor den Polen warben,

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

in die Bürgerrätebewegung, die «Antibolschewistische Liga», die «Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus» und ähnliche Organisationen.¹⁷ Stadler selbst verfasste eine Broschüre mit dem Titel «Der Bolschewismus und seine Überwindung».¹⁸ In ihr legt er ein überraschend hohes Mass von Anerkennung und Objektivität an den Tag, und erst ganz am Schluss taucht das Wort *Seuche* auf. Keinerlei Antisemitismus wird spürbar, wie ja schon die Liste der Geldgeber wahrscheinlich macht. Und dieser betonte Antibolschewismus war nur eine bald vorübergehende Phase in Stadlers Tätigkeit, in seinen Augen offenbar das Resultat einer temporären Notsituation.

Eine andere militante antibolschewistische Organisation, die von den Kommunisten selbst viel häufiger erwähnt wurde als etwa die «Antibolschewistische Liga» und deren Name oft als Sammelname für Freikorps, Selbstschutzorganisationen u. ä. verwendet wurde, war die «Organisation Escherich». In ihren Anfängen und ihrem Grundcharakter war sie eine bürgerliche Selbstschutzorganisation, die nicht auf Bayern beschränkt sein sollte und folgende Hauptforderungen vorbrachte: Sicherung der Verfassung; Schutz von Personen, Arbeit und Eigentum; Erhaltung des deutschen Reiches und Ablehnung jeglicher Abtrennungsbestrebungen; Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jedes Rechts- und Linksputschs. Die praktische Hauptaufgabe war sicher erst in der letzten Forderung formuliert. Auch unter den zehn Thesen, die im Oktober 1920 aufgestellt wurden, findet sich erst als Punkt 3 «Bekämpfung des Bolschewismus und des Nationalbolschewismus; Ablehnung aller auf Zersetzung des Volkes gerichteter Bestrebungen». Aber hier ist dieser Punkt besonders hervorgehoben, wie schon die Erläuterung zeigt, in der zahlreiche umstürzlerische Äusserungen von Führern der KPD angeführt werden. Als besonderes Verdienst Escherichs wird indessen hervorgehoben, es sei ihm gelungen, «was in Bayern eine Kraftleistung, den Antisemitismus fernzuhalten».¹⁹

Wenn man sich die Voraussetzungen anschaulich machen will, aus denen diejenige antibolschewistische Organisation erwuchs, die bald zu der bekanntesten und historisch wichtigsten werden sollte, dann darf man sich nicht auf den erregten Nationalismus von Offizieren wie Ernst Röhm und auf den antimarxistischen Sozialismus von Gottfried Feder beschränken, sondern man muss den Blick auf den Kreis baltischer und russischer Emi-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

granten und ihnen nahestehender Personen richten, die in München einen Sammelpunkt gefunden hatten. Der wichtigste Mann unter ihnen war der Dichter Dietrich Eckart, der schon ab Ende 1918 in seiner Zeitschrift *Auf gut Deutsch* eine Art von mystischem Antijudaismus vertreten hatte, aber erst durch die Erfahrung der Räterepublik zu praktischer und parteimässiger Tätigkeit getrieben wurde.²⁰ Im Ausgangspunkt war diese von ganz ähnlichen Empfindungen geleitet, wie sie in jenen Sätzen Thomas Manns zum Ausdruck kamen.²¹ Der Kern der Erfahrung war bei beiden der gleiche: die Vernichtungsfurcht der bürgerlichen und gebildeten Minderheit angesichts der bedrohlichen proletarischen Massen, und in beiden Fällen war damit eine Interpretation verbunden, mit der man diese Drohung begreifbar und beherrschbar zu machen versuchte, nämlich die Herausforderung einer fremden Führungsschicht. Aber was bei Thomas Mann momentane Stimmung und temporäre Anwendung war, das wurde bei Dietrich Eckart zum Zentrum einer Weltanschauung und einer daraus resultierenden politischen Aktivität.

Es ist indessen sehr zweifelhaft, ob die Drohung mit dem Revolutionstribunal und selbst der Geiselmord im Luitpoldgymnasium so gravierende Folgen hervorgerufen hätten, wenn nicht die konkrete Gegenwart russischer Erfahrungen dieser Vernichtungsfurcht einen monumentalen und überzeugenden Hintergrund gegeben hätte. Einer der Männer, die diese Erfahrung an Eckart weitergeben konnten, war Dr. Max Erwin von Scheubner-Richter, der während des Weltkrieges eine Zeitlang als deutscher Vizekonsul in Erzerum tätig gewesen war und sich dort mit allen Kräften bemüht hatte, der Vertreibung und Ausrottung der armenischen Bevölkerung durch die Türken entgegenzutreten, welche er offenbar als *asiatisch* empfand.²² Aber 1918 war er dann in seine Heimat nach Riga zurückgekommen, und hier hatte er erlebt, wie der baltische Adel und in der Praxis die Baltendeutschen insgesamt von den aus Russland eindringenden und von den einheimischen Bolschewiki für *vogelfrei* erklärt und zum Objekt einer Ausrottungspolitik gemacht wurden, die sich nicht grundsätzlich von jenen Armeniermassakern zu unterscheiden schien, obwohl natürlich auch Scheubner-Richter wusste, dass diese Baltendeutschen eine zahlenmässig kleine Oberschicht waren. Dann ging er nach München und gründete dort 1921 seine «Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland», welche die Vorgänge in Russland

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

intensiv verfolgte und zahlreiche Übersetzungen aus der russischen Emigrantenpresse brachte. Hier organisierte er auch den Emigrantenkongress von Bad Reichenhall, der im Juni 1921 zahlreiche Monarchisten zusammenführte, die sich in ihren Reden aufs Schärfste gegen die Bolschewiki als eine «Bande volksfremder Verbrecher und Fanatiker», aber auch gegen die Kadetten wandten, weil sie zusammen mit den Engländern und Franzosen Russland verraten hätten. In der deutschen Presse begegnete dieser Kongress überwiegend der besorgten Verachtung, welche häufig den Besiegten entgegengebracht wird, die ihre Niederlage nicht eingestehen wollen, und selbst die *Neue Zürcher Zeitung* sprach von den «Rechtsbolschewisten», die sich unter Duldung der Regierung von Kahr in dem bayerischen Kurort versammelt hätten, während der *Vorwärts ein* «neues Koblenz» aus Reaktionären entstehen sah.²³ Aber es ist kein Zweifel, dass diesen Männern die Meldungen glaubwürdig waren, die von vielen Zeitgenossen als schlimme Übertreibungen angesehen wurden, etwa diejenigen, die Herrschaft des Bolschewismus habe einschliesslich der Hungertoten nicht weniger als 35 Millionen Opfer gefordert. Und ebenso glaubwürdig war für sie die Nachricht, die wenige Monate zuvor die *Berlingske Tidende* gebracht hatte und die wenig später auch im *Völkischen Beobachter auf-tauchte*: die *chinesische Tscheka* begehe nun die schlimmste aller vorstellbaren Greuelthaten: sie setze eine Ratte in einem Rohr oder Käfig an den Körper eines Verurteilten und zwingt das Tier durch das Entzünden von Feuer, sich in den Körper hineinzufressen.²⁴

Aber im Prinzip hätten auch Winston Churchill und Thomas Mann solchen Meldungen Glauben schenken können. Eine qualitativ neuartige Auslegung wird jedoch sichtbar, wenn man die Broschüre eines anderen Balten ins Auge fasst, der ebenfalls zum Umkreis Dietrich Eckarts gehörte: Alfred Rosenbergs «Pest in Russland». Ihr Kern ist die Verknüpfung zweier Tatbestände, die als solche nicht abzustreiten, sondern allenfalls im Einzelnen zu korrigieren sind: des Untergangs der «nationalrussischen Intelligenz» sowie des Bürgertums einerseits und des hohen Anteils von «Juden», d.h. Menschen jüdischer Herkunft, in den führenden Positionen der Partei und der Sowjetregierung andererseits. Daraus macht Rosenberg die planmässige Ausrottung aller Kultur und aller Freiheit durch «fremdvölkische» Elemente und insbesondere das Judentum. Anders als Letten, Chinesen und

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Kaukasier übernehmen die Juden nämlich als «rote Internationale» nur das Prinzip ihrer eigenen «goldenen Internationale», des Kapitalismus, mit dem Ziel, «einen zentralistischen und organisierten Sklavenstaat» zu schaffen. Man muss jedoch noch tiefer in die Geschichte zurücksteigen. Die Tscheka etwa knüpft gewiss in manchem an die zaristische Ochrana an, aber dieser lag es fern, ihre Grausamkeit «so kalt (zu) betreiben, so planmässig (zu) organisieren und seelenlos-systematisch durch(zu)führen», denn man durfte ihr immerhin noch einen «europäischen Charakter» zuschreiben. Die Juden der Tscheka aber nehmen den alten Kampf des Islams und der Mongolenheere wieder auf und sind nichts anderes als ein «neuer Aufmarsch des vorderasiatischen Geistes gegen Europa». Dieser Angriff stellt nun Deutschland wieder in die Mitte des Weltgeschehens, denn die Pest, die Russland zerstörte, wird jetzt auch Deutschland vernichten, wenn nicht noch rechtzeitig eine neue und doch wieder altgermanische Weltanschauung deutscher Männer dem «unvölkischen Internationalismus» entgegentritt und den «uns allen todfeindlichen asiatisch-syrischen Geist» bezwingt, indem sie Deutschland aus der verhängnisvollen Bahn der «Kerenschchina» herausreisst und die «Sühne für die Schandtaten der jüdischen Terroristen» möglich macht.²⁵

Nichts wäre unbegründeter, als die Behauptung aufzustellen, der Antibolschewismus der Eckart, Scheubner-Richter und Rosenberg sei in der zeitgenössischen Welt isoliert, kurios oder auch nur unverständlich gewesen. Aber er weist doch zugleich spezifische Merkmale auf, die es nicht gestatten, ähnlich klingende Äusserungen von Thomas Mann, Churchill oder Kautsky ohne Einschränkungen zum Vergleich heranzuziehen. Die Eigentümlichkeit hegt vor allem in dem geschichtstheoretischen Erklärungswert, der dem Antisemitismus zugeschrieben wird, so dass eine Geschichtsmythologie entstehen muss, die ein Gegenbild zur marxistischen Geschichtstheorie sein will und nur allzuleicht in einen Gegensatz zu all demjenigen treten kann, was Europa in der Geschichte wirklich gekennzeichnet hat: zu Christentum und Renaissance, zu Aufklärung und Deutschem Idealismus, zu Kapitalismus *und* Sozialismus. Aber eine nochmals neue Qualität wurde erreicht, als diese von ihrer Erfahrungsgrundlage schon weit entfernte Theorie zur Quelle einer agitatorischen und massenwirksamen Weltanschauung gemacht wurde. Eben hier ist der typologische Ort Adolf Hitlers zu finden.

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

Niemanden hat Adolf Hitler so sehr verehrt wie Dietrich Eckart, nur Scheubner-Richter hat er nach dessen Tod an der Feldherrnhalle mit starker Emphase als «unersetzbar» bezeichnet, nur mit Alfred Rosenberg stand er während seines ganzen Lebens als dem führenden Kopf des *Völkischen Beobachters* in dauerndem Kontakt, auch wenn er ihm eine staatliche Machtstellung lange verweigerte. Dennoch ist kein Zweifel, dass Hitlers Antisemitismus älter war als die Bekanntschaft mit diesen Männern. In manchen Darstellungen nimmt er sich wie ein Relikt des Luegerschen Antisemitismus und der antihabsburgischen Grossdeutschlandsehnsucht von Schönerers aus; Walter Laqueur hat sogar behauptet, der Antibolschewismus sei während der Nachkriegsjahre bei Hitler noch gar nicht vorhanden gewesen und ebensowenig habe er Russland nennenswerte Aufmerksamkeit geschenkt.²⁶

Tatsächlich ist das erste beweiskräftige Dokument von Hitlers eigener Hand, der Brief an einen gewissen Gemlich, den er auf Wunsch seines Vorgesetzten noch als *Bildungs-offizier* der Reichswehr am 16. September 1919, also vor seiner *Parteizeit* schrieb, fast nur von konventionellem Antisemitismus erfüllt: das Judentum sei vor allem durch den «Tanz um das goldene Kalb» charakterisiert, und als Hauptmacht des «Mammonismus» stelle es die «Rassentuberkulose der Völker» dar, welche nur von einer «Regierung nationaler Kraft» erfolgreich bekämpft werden könne, wenn deren letztes Ziel «unverrückbar» in der Entfernung der Juden überhaupt bestehe. Erst gegen Ende findet sich in einem Nebensatz die Bemerkung, dass die Juden «ja auch die treibenden Kräfte der Revolution waren».²⁷

Es ist ferner nicht zu bestreiten, dass in den Reden der Jahre 1919 bis 1921, die Hitler für die noch ganz unbedeutende «Deutsche Arbeiterpartei» bzw. die NSDAP hielt, quantitativ das Diktat von Versailles und Parolen wie «Deutschland allein» im Vordergrund stehen.

Aber die Frage ist, an welchen Stellen der bewegendste Impuls zum Vorschein kommt. Und da spricht viel dafür, dass die immer wieder auftauchende «Vernichtung der Intelligenz» bzw. der «Massenmord der Intelligenz» ein solcher Impuls war und dass keine Warnung eindringlicher gemeint war als die, in Deutschland dürften keine solchen Zustände eintreten, wie sie in Russland mit den «300'000 Hinrichtungen» der letzten Jahre gegeben seien; das «Abschlachten der Geistigen» im «russischen Leichen-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

haus» werde in Deutschland seine Wiederholung finden, wenn nicht gegen die «unselige Zerreißung der Nation in zwei sich heute todfeindlich gegenüberstehende Klassen» durch eine nationale «Gegendiktatur» Abhilfe geschaffen werde. Fast immer folgt die Auslegung und Erklärung auf dem Fusse: dass es sich um eine «jüdische Blutdiktatur» handle, dass der Jude «der Blutegel» und der «Würger» sei.²⁸

Aber hin und wieder wird doch ein anderer Ton hörbar. So heisst es in einem Bericht über eine im Mai 1921 gehaltene Rede: «Worte tiefsten Ernstes richtet Hitler an seine handarbeitenden Brüder: Lasst ab von eurem Vorurteil gegen die anderen Stände eures Volkes, es lebt nicht das Bürgertum, das man euch auf der Kinoleinwand bei Sekt und Festen zeigt, es lebt nicht der Offizier, den man euch in euren Judenblättern zeichnet, es ist nicht der Student, der euch unter eine Knute zwingen möchte, seht die Wirklichkeit... so sehen die gesunden Teile der ‚Bourgeoisie‘ aus. Und ihr anderen, seht nicht im Arbeiter den vaterlandslosen Gesellen ... es ist nicht der deutsche Arbeiter, der raubt und plündert, macht ihn frei von seinen Verführern. In tiefster Not schlägt des neuen deutschen Volkes Geburtsstunde.»²⁹

Hier ist fast kein Antisemitismus zu spüren. Hitler stellt sich hier und anderswo als Vorkämpfer der *Klassenversöhnung* im Interesse des nationalen Macht- oder auch Wohlfahrtsstaates dar, und zwar vom Standpunkt der *nationalen Intelligenz* aus, der er sich offenbar selbst zurechnet. Die Wendung gegen die marxistische Klassenkampflehre ist das Entscheidende und der Hinblick auf die *Vernichtung der Intelligenz* durch den Bolschewismus das am meisten Bewegende. Es ist durchaus möglich, dass ein solcher Antimarxismus in der Linie der Geschichte lag, jedenfalls ist die Entwicklung in allen westlichen Staaten so verlaufen. Gewiss ist dieser Kern auch in sich leidenschaftlicherzeugend. Das wird etwa in der Ausgabe des *Völkischen Beobachters* vom 10. 4. 1920 klar erkennbar, wo es unter der Überschrift «Das vogelfreie Bürgertum» heisst: «Mögen die Bolschewisten mit den ‚Burschoa‘ anfangen, was sie wollen, der Herr Reichskanzler (Müller) wird nicht den kleinsten Finger für sie rühren ... Es hat gar keinen Zweck, die harten Tatsachen irgendwie zu vertuschen oder auch zu beschönigen. Das Bürgertum ist nun einmal unter die Räder gekommen und wird von Tag zu Tag mehr zerquetscht werden, wenn es sich nicht aus seiner Tatlosigkeit mit Gewalt herausreisst». Als noch eindeutigeres Beispiel aus etwas späterer Zeit kann ein Aufruf der Parteileitung der NSDAP kurz nach dem

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

Rathenau-Mord gelten: «Wollt ihr erst in jeder Stadt Tausende von Deutschen an den Laternenpfählen sehen? Wollt ihr erst warten, bis, ähnlich wie in Russland, eine bolschewistische Mordkommission in jeder Stadt in Tätigkeit tritt und jeden, der sich der Diktatur nicht fügen will, als ‚Gegenrevolutionär‘ in die ewigen Gefilde befördert? Wollt ihr erst über die Leichen eurer Frauen und Kinder stolpern, die ebenso wie in Moskau und Petersburg, weil sie ‚Vermehrer der Bourgeoisie‘ sind, unschädlich gemacht werden müssen? Nein, werdet ihr rufen. Und dennoch sagen wir euch: Das alles tritt ein mit derselben Planmässigkeit wie in Russland, wenn ihr euch nicht darauf besinnt, dass man jetzt kämpfen muss, wenn man leben will.»³⁰

Ein Wort in diesem Aufruf ist fortgelassen worden. Ohne dieses Wort wären diese Sätze, wie die vorherigen, eine Aufforderung zu entschiedener Selbstverteidigung, wie er in einem Bürgerkrieg naheliegend und völlig berechtigt ist, sobald dieser Bürgerkrieg tatsächlich in Gang gekommen ist oder auch nur in Gang zu kommen droht. Dies ist der rationale Kern, freilich unter einer Voraussetzung, die sogar in Deutschland und erst recht in den anderen westlichen Staaten nicht wirklich gegeben war und nur durch das russische Beispiel Glaubwürdigkeit gewann. Aber das Wort *jüdisch* vor *Diktatur* ist schon eine Interpretation, die sich sozusagen um den Kern herumschliesst.

Anscheinend konnte die Partei der Gegendiktatur, des Gegen-Bürgerkriegs allein aus der deutschen Bedrohung und sogar aus der Gegenwart des russischen Beispiels keinen wirklichen Gegen-Glauben, keine überschüssende Gegen-Leidenschaft gewinnen, die sich mit dem Glauben und der Leidenschaft der Feinde auf eine Ebene gestellt hätte. Ganz besonders gilt dies für Adolf Hitler. Ihn trieb in ausserordentlichem Masse das Bedürfnis, eine grundlegende Ursache, einen Erreger, einen Schuldigen zu finden, und diesen Schuldigen entdeckte er in *dem Juden*. Damit vollzog er einen weiteren Schritt auf dem Wege jener Konkretisierung, auf welchem die Kommunisten vorangegangen waren, als sie an die Stelle des historisch überlebten Systems der voll souveränen Staaten die auch moralisch schuldigen *Bourgeois* setzten. Und dieser Schritt Hitlers war kein willkürlicher und bloss zufälliger. Auf ähnliche Weise, nur in umgekehrter Richtung, hatte Karl Marx den Übergang von *den Juden*, die vielen Frühsozialisten noch als Ursache des Mammonismus galten, zu *den Kapitalisten* und letzten Endes

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

zu dem *kapitalistischen System* vollzogen, und in Verbindung damit hatte er ein altes Vernichtungskonzept³¹ in die Vorstellung vom blossen Wegschieben einer zum Hindernis gewordenen kleinen Gruppe von *Kapitalmagnaten* verwandelt. Hitler ging also in gewisser Weise zu den Frühsozialisten zurück und schuf sich dadurch die Möglichkeit, der universalen Lehre des Marxismus nicht nur die eben angeführten ernstesten und möglicherweise richtigen Worte entgegenzusetzen, sondern eine leidenschaftliche und Leidenschaft erzeugende Lehre vom Unheil der gegenwärtigen Welt und von dessen aus einer fernen Geschichte herkommenden Ursachen. Dieser Antisemitismus aber führte notwendigerweise zur Gleichsetzung von Kapitalismus und Bolschewismus bzw. von Liberalismus und Sozialismus als gleichermassen internationalen Erscheinungen und damit tendenziell zur Verwerfung des Bürgertums, von dem er doch ausgegangen war. Da-durch wurde indessen der einfache Nationalismus, der andere Ausgangspunkt, gegen so viele und starke Gegner gestellt, dass er eine stärkere Basis suchen musste, etwa die *germanische Rasse*. So wandten sich in gewisser Weise Bürgertum und Nationalismus gegen sich selbst und wurden zu einer anti-bürgerlichen und anti-nationalen Doktrin, die damit auf die gleiche weite Ebene treten konnte wie der Marxismus.

Die eigentliche und am meisten bewegende Erfahrung Hitlers, durch die Umwelt der Eckart, Scheubner-Richter und Rosenberg verstärkt, aber nicht erzeugt, war also mit hoher Wahrscheinlichkeit die Erfahrung des Bolschewismus bzw. Kommunismus, der nach Hitlers Verständnis durch seine Agitation die deutsche Niederlage herbeigeführt hatte, der durch seine Lehre vom irreduziblen Gegensatz zwischen *Bourgeoisie* und *Proletariat* die Nation spaltete und der gemäss dem russischen Beispiel das Bürgertum oder die nationale Intelligenz mit Vernichtung bedrohte. Die Ausweitung zum Antimarxismus lag trotz der sozialdemokratischen Feindschaft gegen die Kommunisten nahe, und sie wurde auch von Mussolini und dem italienischen Faschismus vollzogen. Der Antisemitismus dagegen war eine Interpretation, ein Schlüssel, der zwar einerseits eine genuine Eigentümlichkeit des Gegners bloss übersteigerte und verbildlichte, nämlich die Differenz zwischen der zumeist intellektuellen Führung und den Massen, der aber vor allem die Ausbildung einer tendenziell universalen Gegenideologie erlaubte und die Entfaltung einer fanatischen Gegen-Leidenschaft möglich machte, die Mussolini immer fernblieb. Als Antibolschewismus und

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

als Antimarxismus gehört der Nationalsozialismus zum Typus der faschistischen Bewegungen; als Lehre von den Juden als den universal Schuldigen stellt er die radikalste Erscheinungsform dieses Typus dar, d.h. er ist Radikalfaschismus. Alle seine Grundzüge sind in den frühen Reden Hitlers während der Jahre 1920 und 1921 bereits fassbar.

Ein möglicher Einwand besteht darin, dass Hitler ja schon während der Vorkriegszeit in Wien ein Antisemit gewesen sei, dass also sein Antisemitismus ursprünglicher war als dessen angeblicher Kern, der Antibolschewismus. Aber aus Hitlers späterer Darstellung in «Mein Kampf» geht mit grosser Deutlichkeit hervor, dass der Grund der Erfahrung auch hier ein grosses und anschauliches soziales Ereignis war, nämlich die gewaltigen Demonstrationen der sozialistischen Arbeiter.³² Und auch der Blick auf den Antibolschewismus der Zeitgenossen stellt unter Beweis, dass sich mindestens eine logische Unterscheidung zwischen angsterzeugender Erfahrung und ideologiestiftendem Schlüssel treffen lässt.

Unzweifelhaft richtig wäre der Einwand, dass Hitler auch in seiner Frühzeit keineswegs *nur* ein antisemitischer Antibolschewist bzw. Antimarxist war, sondern dass seine Motive vielfältig waren und ihn in ganz unterschiedlichem Ausmass mit seinen Zeitgenossen verbanden.

Das Motiv des Kampfes gegen Versailles teilte er mit so gut wie allen Deutschen und darüber hinaus mit allen *Revisionisten* Europas, nicht zuletzt mit Sowjetrussland, wo Lenin nicht minder nachdrücklich als Hitler hervorhob, dass Versailles weitaus schlimmer sei als Brest-Litowsk.³³

Ebenso klar erkennbar, aber schon nicht mehr von allen Deutschen geteilt, war das grossdeutsche Motiv, das auch bei Hitler oft die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht impliziert.

Erst andeutungsweise machte sich 1919 und 1920 das Motiv des *Lebensraumes* bemerkbar, verknüpft mit einer darwinistisch-radikal-liberalen Naturrechtsvorstellung: es sei ungerecht, dass auf einen Russen 18mal so viel Raum entfalle wie auf einen Deutschen.³⁴ Vermutlich nur sehr wenige seiner Landsleute würden der Gleichsetzung von Ackerland und Tundra zugestimmt haben, von der die Beweisführung abhing, aber trotzdem lag auch hier eine genuine Erfahrung zugrunde, die Erfahrung der englischen Blockade und der deutschen Herrschaft in Russland zwischen Brest-Litowsk und dem Zusammenbruch.

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Das antibolschewistische Motiv war das am meisten europäische unter Hitlers Motiven; er teilte es mit nahezu allen bürgerlichen Europäern und Amerikanern, und dabei muss der Begriff *bürgerlich* in dem weiten Sinne gefasst werden, der die Sozialdemokraten oder Rechtssozialisten einschliesst. Aber es war bei ihm mit besonderer Schärfe dem Philobolschewismus entgegengesetzt, der auch ein bürgerliches Phänomen war, wenngleich ein Randphänomen. Vor allem wurde es durch die Ausweitung zum Antimarxismus und sogar zum Antiliberalismus so sehr zugespitzt und verschärft, dass es von Allgemeinheit weit entfernt war.

Eine ausserordentliche Konkretisierung erfolgte durch das antisemitische Motiv, das eine Synthese erlaubte: In den Juden war die Ursache für die Niederlage und vor allem für die innere Zerrissenheit Deutschlands zu sehen, die verhinderte, dass das naturgemässe Verhältnis einer deutschen Herrschaft über Europa realisiert und eine definitive Sicherung gegen die gleichermassen von den Juden hervorgerufenen Vernichtungsdrohungen des Bolschewismus und des Amerikanismus erreicht würden. Auch mit diesem Motiv war Hitler weder in Deutschland noch in Europa isoliert, denn starke Traditionen sowohl der Linken wie der Rechten wiesen in diese Richtung. Aber in ihrer Gesamtheit, ihrer inneren Zuordnung und vor allem in der fessellosen Leidenschaft, die sie erzeugten und von der sie auch wiederum getragen wurden, waren sie dennoch etwas Individuelles. Wenn man sagen würde, dass Hitler noch mehr ein deutscher, ja ein europäischer Bürger war als ein bürgerlicher Deutscher, so wäre etwas Richtiges getroffen und doch wieder ein Irrweg eingeschlagen, weil eine Identifizierung mit zu vielen anderen Menschen vorgenommen werden würde. In der inneren Notwendigkeit, dem kommunistischen Hauptgegner einen angemessenen Gegenglauben entgegenzusetzen, war Hitler in Ansätzen zugleich anti-bürgerlich und anti-deutsch: uneingestandenermassen war das gehasste Schreckbild für ihn in gewisser Weise zugleich das leitende Vorbild.

Aber schon für die ersten zwei Motive gilt, dass sie in der radikalen Form, die Hitlers Leidenschaftlichkeit ihnen gab, nur durch einen «revolutionären Totalismus»³⁵ in der Wirklichkeit durchzusetzen waren, und wenn alle zusammengenommen werden, dann lässt sich nicht bezweifeln, dass in ihnen eine Art der Kriegsbejahung enthalten ist, die dem deutschen Kaiser

5. «Weltrevolution» oder «nationale Regierung» in Deutschland?

und dem russischen Zaren 1914 fremd, ja unbekannt war und zu der nur die Bejahung von Bürgerkrieg und Krieg durch die Bolschewiki analog war, welche indessen nach Zwecksetzung und ideologischem Hintergrund auch wieder das genaueste Gegenteil darstellte.

So nahm Adolf Hitler schon in jenen frühen Jahren, als ihn in Deutschland noch kaum jemand kannte und als er sogar in München bloss als Trommler und Demagoge galt, einen unverwechselbaren typologischen Ort im Rahmen des Antibolschewismus ein, der keineswegs bloss eine deutsche, sondern eine gesamteuropäische, ja *gesamtwestliche* Erscheinung war. Aber bis zum Juli 1921 war er nur der *Werbeobmann* einer winzigen Partei, während die Kommunisten schon seit drei Jahren im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit standen. Dann verlangte und erhielt er jedoch *diktatorische Vollmachten*. Als stärkste Verkörperung eines Gegenglaubens und einer Gegenleidenschaft konnte er nun die Führerpartei schaffen, die sich jener anderen «Führerorganisation» (wie Lenin sich ausgedrückt hatte) als tendenziell gleichrangige entgegenstellen und deren Vernichtung erstreben konnte. Das Jahr 1923 war das Jahr der grössten Krise des Deutschen Reiches und seines kapitalistischen oder bürgerlichen Systems, und es sollte die entgegengesetzten Vernichtungsmöglichkeiten ebenso deutlich an den Tag bringen, wie es letzten Endes dann doch das Überleben des Systems und das blosse und zeitlich eng begrenzte Verbot der beiden extremen Flügel seiner Parteienlandschaft in sich schloss.

5. «Weltrevolution» oder «nationale Regierung» in Deutschlands Das Krisenjahr 1923

Die Niederlage des Deutschen Reiches im Weltkrieg war mit der Bitte um Waffenstillstand und mit der Annahme des Versailler Friedens noch nicht vollendet. Sie erneuerte sich durch Widerstandsversuche gegen weitere Forderungen oder Massnahmen der Gegner noch zweimal: 1921, als die Regierung Fehrenbach nach der ersten Fixierung einer ungeheuerlich erscheinenden Reparationssumme die Verhandlungen abbrach und als die Alliierten dann die Annahme ihres Ultimatums durch die *Erfüllungsgovernment* Wirth

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

erzwangen, und 1923, als die Franzosen und Belgier mit einer Begründung, die kaum mehr als ein Vorwand war, das Ruhrgebiet besetzten und damit so etwas wie einen Krieg im Frieden begannen. In Berlin amtierte die ausgesprochen bürgerliche Regierung des Hamburger Industriellen Cuno, obwohl zweimal ein starker Ruck nach links durch das Land gegangen war: nach dem August 1921 wegen der Ermordung Erzbergers und seit dem 24. Juni 1922 infolge des tödlichen Attentats gegen Rathenau. Dennoch fühlte die Regierung Cuno sich stark genug, zum «passiven Widerstand» aufzurufen und an die «Volksgemeinschaft» zu appellieren. In der Sache bedeutete das einen vom Staat sanktionierten und bezahlten Generalstreik, dem die Franzosen und Belgier, die jetzt kaum noch Kohlenlieferungen erhielten, mit einer Fülle von Zwangsmassnahmen zu begegnen suchten. Die Kommunisten aber riefen dazu auf, Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree zu schlagen. Sie schlossen sich also, wie es der Spartakusbund während des Weltkrieges getan hatte, aus der Volksgemeinschaft aus und forderten abermals, an die Stelle des Burgfriedens den Burgkrieg zu setzen. Schon im April und Mai konnten sie sich an vielen Stellen, nicht bloss im Ruhrgebiet, an die Spitze von «Lohnbewegungen, Streiks, Hungerdemonstrationen, Ladenplünderungen, Requisitionen von Lebensmitteln durch städtische Arbeiter auf dem Lande» setzen, wie Clara Zetkin später den Teilnehmern des 5. Weltkongresses der Komintern im Juni/Juli 1924 darlegte.¹ Da die Inflation – in erster Linie durch die ausserordentlichen Staatsausgaben hervorgerufen, aber durch Börsenmanöver deutscher Unternehmer und Spekulanten gefördert – immer weiter und schneller um sich griff und da überdies separatistische Tendenzen hervortraten, glaubten die Kommunisten, dass die Situation revolutionär sei, und sie begannen mit viel Energie, sich auf den Bürgerkrieg vorzubereiten. Auch darüber wurde auf dem 5. Kongress mit grosser Offenheit berichtet: «Wir organisierten Kampfkader, wir richteten Schulen ein zur Heranbildung unserer militärisch befähigten Genossen in Form von roten Offizieren, wir bildeten Partisanengruppen, Spezialkommissionen für Eisenbahner, wir gingen zum erstenmal an die Organisierung eines Nachrichtendienstes heran ..., der Geenspionage, Spitzelentlarvung usw. zur Aufgabe hatte.»² Tatsächlich wurde im Auftrag der Komintern ein sogenannter M-(Militär-) und ein N-(Nachrichten-) Apparat aufgebaut sowie eine besondere Militär-Politische (MP) Organisation als Kaderorganisation für eine Rote Armee ins Leben gerufen.

5. «Weltrevolution» oder «nationale Regierung» in Deutschlands

Ein Sowjetgeneral wurde MP-Reichsleiter, und Deutschland wurde in sechs MP-Oberbezirke eingeteilt, an deren Spitze neben den deutschen Verantwortlichen ebenfalls Sowjetgeneräle als Berater standen. Gleichzeitig wurde ein Terror-(T) Apparat geschaffen, der Spitzel beseitigen und einzelne Anschläge zur Vorbereitung des Massenterrors organisieren sollte.³

Allerdings waren die Kommunisten nicht die einzigen, die auf gewalttätige Weise agierten oder sich auf militärische Auseinandersetzungen vorbereiteten. Sabotagetrupps ehemaliger Freikorpskämpfer gingen im Ruhrgebiet zum aktiven Widerstand über, und in Bayern stellten sich zahlreiche *nationale Verbände*, unter ihnen die SA der NSDAP, auf den Bürgerkrieg ein. Im Mai verurteilten die Franzosen einen der Männer, die Brückensprengungen vorgenommen hatten, den ehemaligen Baltikumkämpfer Albert Leo Schlageter, zum Tode und erschossen ihn trotz heftiger deutscher Proteste in der Nähe von Düsseldorf. Die unverkennbare Stärke der Rechten veranlasste nun die Kommunisten, ihre Vorbereitungen durch eine neuartige politische Linie zu ergänzen, den sogenannten Schlageter-Kurs. Am 20. Juni 1923 hielt Karl Radek in Moskau seine berühmte Rede «Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts», mit der er die aktivistische Rechte davon zu überzeugen suchte, dass sie sich auf die Seite der kämpfenden Arbeiter stellen müsse, wenn sie wirklich nach dem Vorbild Gneisenaus und Scharnhorsts die nationale Befreiung in die Wege leiten wolle. Erst wenn die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht werde, könne die Sache der Nation zur Sache des Volkes werden, weil nur dann jene *eiserne Phalanx* aus Kopfarbeitern und Handarbeitern entstehen werde, welche ins Lager der Arbeit und nicht in das Lager des Kapitals gehöre.⁴ Den ganzen Sommer über diskutierten dann Kommunisten und Vertreter der nationalen Rechten miteinander, und Radek legte dabei ungemein interessante Thesen wie etwa die folgende vor: «... Wird die deutsche Arbeiterklasse nicht imstande sein, den grossen kleinbürgerlichen Massen diesen Glauben (an die gemeinsame Überwindung der Not als einzigen Ausweg) beizubringen, so wird sie geschlagen werden oder wenigstens für lange Zeit ihren Sieg hinausschieben müssen.»⁵ Als die richtige Methode machte Radek die «Arbeiterregierung» namhaft, die ausser Kommunisten auch Linkssozialisten umfassen und vor allem die Sympathie jener kleinbürgerlichen Massen gewinnen würde, da sie «mutig, wenn notwendig, auch den bewaffneten Kampf

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

gegen die Versailler Vögte vorbereiten» werde.⁶ Selbst gegenüber den eigentlichen Faschisten, den Anhängern Hitlers und Ludendorffs, liess Radek einen gewissen Respekt erkennen: während die Kommunisten sich der Eroberung der Mehrheit der aktivsten Arbeiter Deutschlands näherten, indem sie ständig zahllose Versammlungen veranstalteten, herrsche bei den Sozialdemokraten Todesstille und die aktive Kraft der Gegenrevolution befinde sich nun bei den Faschisten.⁷

Hier und da kam es im Rahmen des Schlageterkurses sogar zu regelrechten Bündnisangeboten. So soll Ruth Fischer, eine Hauptvertreterin der *Linken* in der Partei, am 25. Juli 1923 in der Aula des Dorotheenstädtischen Gymnasiums vor Studenten gesagt haben: «Wer gegen das Judenkapital aufruft, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiss... Recht so! Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Grosskapitalisten, den Stinnes und Klöckner?»⁸ Es mag sein, dass der Berichterstatter Franz Pfemfert in der Wiedergabe der Ausdrücke dichterische Freiheit hat walten lassen, aber es finden sich sowohl 1923 wie später genug vergleichbare Aussagen, dass die Behauptung gerechtfertigt erscheint, in unbewachten Augenblicken hätten viele Kommunisten den nationalsozialistischen Antisemitismus, sofern er sich auf bürgerliche Juden bezog, für eine begrüssenswerte Früh- und Minderform der eigentlichen, der kommunistischen Vernichtungsabsicht gehalten.⁹

Aber im Ganzen kann dennoch kein Zweifel bestehen, dass die KPD die eigentlichen Faschisten, die Anhänger Hitlers und Ludendorffs, nicht etwa bloss neutralisieren, sondern ausrotten wollte, obwohl Radek, ganz wie Hitler und Ludendorff, Deutschland «in tiefster Ohnmacht und Erniedrigung» sah und «pazifistische Phrasen im Munde der Vertreter eines unterjochten und zerstückelten Volkes» für eine «Feigheit oder eine Lüge» erklärte, gegen die sich alle gesunden Instinkte des Volkes auflehnen müssten.¹⁰ So verlangte die Parteileitung am 12. Juli, dass jeder fünfte Faschist an die Wand gestellt werden müsse, wenn die Faschisten jeden zehnten streikenden Arbeiter erschossen wollten¹¹, und bereits im April hatte die *Rote Fahne* den langen Bericht eines nach Russland geflüchteten Kommunisten veröffentlicht, der sehr klar erkennen liess, dass die bevorstehende Revolution nicht als ein bloss innerdeutsches Ereignis aufgefasst wurde:

5. «Weltrevolution» oder «nationale Regierung» in Deutschlands

Mit ganz denselben Mitteln, wie es die deutsche Bourgeoisie heute tue, nämlich mit einem nationalistischen Appell an das Proletariat, habe auch «die russische Bourgeoisie in ihrer Todesstunde» versucht, ihr Leben um eine Gnadenfrist zu verlängern. Im Gespräch mit dem Oberkommandierenden der Westfront, Genossen Tuchatschewski, habe der Berichterstatter als der Vertreter der Zentrale der KPD sich davon überzeugt, dass die Rote Armee voller Begeisterung bereit sei, dem deutschen Proletariat zu Hilfe zu kommen und dass es für sie dabei keinerlei Hindernisse geben werde: «Wie einen Halm niedertreten wird die russische Armee den polnischen Wall, der sie in der Schicksalsstunde des deutschen Proletariats von ihm trennen sollte.»¹²

Ihren grössten Erfolg errang die Kommunistische Partei, als die von ihr geführten Massenstreiks und -demonstrationen am 12. August den Rücktritt der Regierung Cuno erzwangen. Allem Anschein nach betrachtete sich Gustav Stresemann, der mit Hilfe der Sozialdemokraten die Nachfolge antrat, als die *letzte Karte* in einer Situation, die in Kürze einen revolutionären Umsturz und damit den Zerfall des Deutschen Reiches herbeiführen könne. Aber gerade, weil die Sozialdemokraten so stark an der Regierung beteiligt waren, erstrebte die entschiedene Rechte im Umkreis der Deutschnationalen eine tatkräftigere *Regierung der nationalen Diktatur*.

So liefen drei Vorbereitungsstränge nebeneinander her. Stresemann brach den passiven Widerstand, welcher die deutsche Währung inzwischen völlig zerrüttet hatte, am 26. September ab, und er schuf mit der Ankündigung eines neuen und wertbeständigen Geldes eine grosse und allgemeine Hoffnung. Die Deutschnationalen setzen ihr Vertrauen auf den General von Seeckt, rechneten mit dem Bayern des Generalstaatskommissars von Kahr oder entwarfen Pläne für ein *Nationales Direktorium*. Heinrich Brandler begab sich nach Moskau und führte lange Besprechungen mit den sowjetischen Führern, die gleichermassen von Enthusiasmus für die bevorstehende deutsche Revolution erfüllt waren. So kam der *deutsche Oktober* heran.

In der *Roten Fahne* erschienen anfeuernde Briefe von Trotzki, Sinowjew, Bucharin und Stalin. Stalins Brief war an August Thalheimer gerichtet und lautete folgendermassen: «Die kommende Revolution in Deutschland ist das wichtigste Weltereignis unserer Tage. Der Sieg der Revolution in Deutschland wird für das Proletariat in Europa und in Amerika eine grösere Bedeutung haben als der Sieg der russischen Revolution vor 6 Jahren.

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Der Sieg des deutschen Proletariats wird ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution aus Moskau nach Berlin versetzen...¹³ Sinowjew veröffentlichte in der *Inprekorr* eine lange Artikelserie über «Probleme der deutschen Revolution», aus der in geradezu rührender Weise die Erleichterung des in «unterentwickelte Verhältnisse» verschlagenen Marxisten spricht, endlich eine «klassischproletarische Revolution» bevorstehen zu sehen, und so gelangt er dazu, einen Satz auszusprechen, der von der russischen Perspektive her generös aussehen mag und der doch die tiefe Unglaubwürdigkeit des Radekschen Werbens um die kleinbürgerlichen oder nationalen Massen in helles Licht stellt: gerade weil Deutschland eine Mehrheit von Proletariern aufweise, werde sich das deutsche Proletariat, «wenigstens in der ersten Zeit», nicht in brutaler Weise über die Lebensinteressen der städtischen Kleinbourgeoisie hinwegsetzen.¹⁴

Anfang Oktober traten die Kommunisten in die *Arbeiterregierungen* von Sachsen und Thüringen ein, wo sich schon seit Längerem *proletarische Hundertschaften* gebildet hatten. Der Parteiführer Heinrich Brandler kümmerte sich danach in seiner neuen Eigenschaft als Ministerialdirektor der Staatskanzlei in Dresden nach seiner eigenen späteren Aussage fast ausschliesslich um die Waffenbeschaffung.¹⁵ Auf einer Betriebsrätekonferenz in Chemnitz sollte am 21. Oktober der Generalstreik ausgerufen und damit der Kampf um die Macht in Gang gesetzt werden. Aber obwohl die defensiven Parolen der Verteidigung gegen die «bayerischen Faschisten» sehr populär waren, weigerten sich die verbündeten Linkssozialisten und im Grunde auch *die Massen*, einen Bürgerkrieg mit der offensiven Intention zu beginnen, welche für die sowjetische wie für die deutsche Parteiführung leitend war. Nur in Hamburg brach infolge eines Fehlers in der Nachrichtenübermittlung der Aufstand los, der von der lokalen Polizei niedergeworfen werden konnte, wenn auch nicht ohne Mühe und beträchtliche Verluste. Stresemann handelte rasch und mit grosser Entschiedenheit: Er liess Reichswehrruppen in Sachsen und Thüringen einrücken und setzte einen Reichskommissar an die Stelle der sächsischen Regierung des Linkssozialdemokraten Dr. Zeigner. In Freiberg starben 23 Menschen, als eine erregte Menge die Reichswehrruppen beschimpfte und mit blossen Händen oder primitiven Waffen anzugreifen versuchte. Nennenswerter aktiver Widerstand wurde indessen nicht geleistet. Eine wichtige Folge bestand

5. «Weltrevolution» oder «nationale Regierung» in Deutschlands

allerdings darin, dass nun die Sozialdemokraten aus der Regierung Stresemann ausschieden, weil sie daran Anstoss nahmen, dass Stresemann gegen die bayerischen Reaktionäre und Nationalsozialisten nicht ebenso tatkräftig vorging wie gegen die sächsischen Kommunisten und linken Sozialdemokraten. Aber die geplante *nationale Revolution* in Bayern scheiterte ebenso wie der *deutsche Oktober*. Das eine war aber auf das jeweils andere bezogen, und beide Revolutionsversuche waren sowohl offensiv wie defensiv. Wer nur den einen in den Blick fasst, bekommt bloss die Hälfte des krisenreichsten aller Jahre des deutschen Nationalstaats zu Gesicht.

Freilich ist die Versuchung in der Tat gross, den Hitlerputsch und seine Vorgeschichte als bayerisches Lokalereignis und in diesem Rahmen sogar als eine Art makaberer Gaudi zu betrachten: Die englische Bezeichnung «Beer hall putsch» führt unweigerlich in diese Richtung. Und die Ereignisse lassen sich nicht im Detail erzählen, wenn man sich nicht die Namen und die Lage bestimmter Bräukeller, d.h. Bierlokale merkt: den Löwenbräukeller nicht weit vom Hauptbahnhof, das Hofbräuhaus nahe am Rathaus, den Bürgerbräukeller jenseits der Isar zwischen dem Deutschen Museum und dem Maximilianeum. Hier wurde tatsächlich an Stammtischen und in grossen Versammlungen ein gut Teil der bayerischen Politik gemacht, sozusagen ihre populäre Aussenhaut voller Lokalkolorit. In Wahrheit war die bayerische Politik jedoch zugleich immer deutsche und europäische Politik, auch in ihren monarchistischen und separatistischen Tendenzen, die ja im Allgemeinen auf so etwas wie einen Donaubund ausgerichtet waren. Zwischen dem Ende der Räteregierung und dem Hitlerputsch war eine Fülle von *vaterländischen Verbänden* sehr unterschiedlichen Charakters aktiv: der Germanenorden, die Thulegesellschaft, der Bayernbund, der Bund Bayern und Reich, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der Bund Oberland, die Reichsflagge, die Organisation Escherich usw. In diesem Rahmen war die NSDAP bloss ein kleiner Bestandteil, der dann aber durch stärkere Militanz ab Mitte 1922 mehr und mehr zu einer gewissen, jedoch keineswegs eindeutigen Vorherrschaft gelangte. Dennoch sympathisierte schwerlich mehr als die Hälfte der Münchener Bevölkerung mit ihr, selbst wenn man die regierende Bayerische Volkspartei hinzuzählt, denn auch nach dem Mai 1919 blieb der Marxismus eine starke Kraft, und die Kommunisten waren keineswegs verschwunden. Noch am 1. Mai 1923 konnten sie es wagen, innerhalb der Züge demonstrierender Gewerk-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

schaftsmitglieder Sowjetfahnen zu entfalten, deren Sterne nicht bloss von Adolf Hitler für *Judensterne* gehalten wurden. Die Massenversammlungen der NSDAP wurden von ihnen zu diesem Zeitpunkt zwar längst nicht mehr gestört, aber noch im Frühjahr 1922 kam es vor, dass heftig diskutiert wurde und dass Adolf Hitler sich an einen «Genossen der KPD» wandte, um ihn aufzuklären.¹⁶

Das *Gesamtministerium* des Freistaats Bayern war daher in einen Kampf auf drei Fronten verwickelt: gegen die Eingriffe der Reichsregierung in die bayerische Eigenstaatlichkeit, gegen *den Marxismus*, der ständig als eine grosse Gefahr betrachtet wurde, und schliesslich gegen die nationalistischen Kampfverbände, zu denen auch die NSDAP zählte. Mit dem Reich arrangierte man sich immer wieder: 1921 ersetzte die BVP den Ministerpräsidenten von Kahr durch den Grafen Lerchenfeld, weil jener eine zu schroffe Position eingenommen hatte, und Ende 1922 löste man Lerchenfeld durch von Knilling ab, weil der Umschwung zur Reichsfrömmigkeit zu weit gegangen war. Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erkannte man keine sehr grossen Unterschiede, und deshalb konnte der BVP-Politiker Fritz Schäffer sagen, man liebe die NSDAP nicht, sei aber in der Frontstellung gegen den Marxismus mit ihr ganz einig. Als die grössere Gefahr galt der Regierung der Generalquartiermeister des Weltkriegs Ludendorff, weil alle Wehrverbände auf ihn zu hören schienen, und ein wirklich gutes Verhältnis gab es nur zu den betont förderalistischen Verbänden wie dem «Bund Bayern und Reich» des Sanitätsrates Pittinger.

Alle Ereignisse des Jahres 1923 vollzogen sich faktisch in engem Zusammenhang mit den Ereignissen im Reich.

Zur Ruhrbesetzung nahm Hitler eine extreme Position ein, die ein genaues Komplement zu der kommunistischen Forderung des Bürgerkrieges war: Erst sei eine Generalabrechnung mit den «Novemberverbrechern», den «Lumpen im eigenen Land» erforderlich, und nur dann könne der Abwehrkampf gegen Frankreich mit Aussicht auf Erfolg geführt werden.

Am 1. Mai 1923 wäre es um ein Haar zu schweren Zusammenstössen zwischen den nationalen Verbänden, der Reichswehr und den demonstrierenden Gewerkschaftlern gekommen, und Hitler erlitt eine erhebliche Einbusse an Prestige.

Am 1. und 2. September fand mit grossem Gepränge ein «Deutscher Tag» in Nürnberg statt. Danach wurde ein «Kampfbund» mehrerer Wehr-

5. «Weitrevolution» oder «nationale Regierung» in Deutschlands

verbände geschaffen, darunter der SA der NSDAP, die sich seit ihren Anfängen als Saalschutz und «Turn- und Sportabteilung» mehr und mehr zu einem Wehrverband entwickelt hatte. Oberstleutnant Kriebel wurde militärischer Leiter und Adolf Hitler übernahm die politische Leitung. In derselben Zeit wurden also von zwei *zivilen* Seiten *militärische* Einteilungen vorgenommen, von den Kommunisten und von den Nationalsozialisten.

Am 26. September wurde von Kahr zum «Generalstaatskommissar» ernannt, d.h. zum Diktator neben der fortexistierenden Regierung innerhalb des nicht-militärischen Ausnahmezustandes. Der entsprechende Ausnahmezustand im Reich folgte auf dem Fusse, und es entwickelten sich schwere Spannungen zwischen München und Berlin. Der Kern der Sache bestand darin, dass mehrere Konzepte einer *nationalen Regierung* nebeneinander existierten. Sollte sie in der extrem schwierigen Situation durch eine Umbildung der Regierung Stresemann zustande kommen, sollte Stresemann durch ein «nationales Direktorium» ersetzt werden, oder sollte von Bayern aus ein «Marsch auf Berlin» unter dem Befehl von Kahrs und des Kommandeurs der bayerischen Reichswehrdivision von Lossow in Gang gesetzt werden? Was würde in dem dritten Falle die Position Hitlers und Ludendorffs sein, ohne deren Unterstützung das Unternehmen keinen Erfolg haben konnte?

Hitler war überzeugt, dass nur er der Situation gewachsen sei, denn er fühlte sich schon nicht mehr bloss als «Trommler». Auch weiterhin lassen sich in seinen Reden die rational aufgefasste Erfahrung und die darüber hinausgehende und als *Schlüssel* benutzte Interpretation unterscheiden. So sagte er Ende Oktober 1922, die marxistisch eingestellten Angehörigen des Volkes betrügen an Zahl nicht weniger als 40% und sie seien die aktivsten und tatkräftigsten. Damit behauptete er im Grunde dasselbe wie Radek: die aktive Mehrheit der Arbeiterschaft sei bereits von den Kommunisten erobert. Den gleichen Sinn hatte eine Äusserung von Anfang September 1923: der Wille der von Moskau dirigierten Kommunisten sei härter als derjenige so schwammiger Spiesser wie Stresemann. Kommunistischen Aussagen entsprach auch die Feststellung, für Marxisten gebe es, wie Russland zeige, nur Sieger und Vernichtete. Es ist anzunehmen, dass Hitler wirklich davon überzeugt war, in Berlin sei eine Kerenski-Regierung am Ruder und in Mitteldeutschland existiere bereits ein *Sowjetsachsen*. Trotzdem hielt er immer

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

daran fest, dass diese wahrhaft verzweifelte Situation in den Juden ihre Urheber habe.

Aufschlussreich ist auch ein Artikel von Max von Scheubner-Richter, den der *Völkische Beobachter* am 21. September unter dem Titel «Deutschlands Bolschewisierung» vierspaltig auf der ersten Seite publizierte. Zu Beginn bringt Scheubner-Richter seine tiefe Bitterkeit über die Blindheit der führenden deutschen Männer zum Ausdruck, die nicht sehen wollen, «wie gefährlich und systematisch die Bolschewisierung Deutschlands von Moskau aus durch den Beauftragten Moskaus, Herrn Radek, betrieben wird». Ihm sei diese Gefahr klar, seit er im letzten Kriegsjahr bemerkt habe, welche gefährlichen Auswirkungen die deutsche Propaganda zur Zersetzung der russischen Armee auf die eigenen Soldaten haben musste. Sein dringender Ratschlag sei nicht beachtet worden, eine befreundete russische nationale Regierung einzusetzen. Seitdem verbreite der innere Feind sein Gift so gut wie ungehindert, und schwere Schuld daran trügen die Geschäftskreise. So sei heute vermutlich der Tag nicht mehr fern, «wo auf dem Palais des Reichspräsidenten an Stelle der schwarzrotgelben Standarte des Herrn Ebert das blutrote Banner des Herrn Radek aufgehen wird». Aber dem «völkischen Deutschland» sei in letzter Stunde ein neuer Prophet erstanden, nämlich Adolf Hitler, und so klingen die Schlussworte trotz allem zuversichtlich: «Und der Kampf wird ausgefochten werden unter der Parole ‚Hie Sowjetstern – hie Hakenkreuz‘. Und das Hakenkreuz wird – siegen.»

Beinahe am gleichen Tag, am 26. September, war in der *Inprekorr der Satz* zu lesen: «Schon gewinnt der Sowjetstern immer entschiedener das Übergewicht über das Hakenkreuz.»

Die weitgehenden Massnahmen Stresemanns hinsichtlich Sachsens und Thüringens nahm Hitler nicht zur Kenntnis: Er lebte in der Dichotomie, nicht anders als die Kommunisten.

Sein Putsch am Abend des 8. November muss als ein Versuch betrachtet werden, die Führung des Kampfes aus den unfähigen Händen der Kahr, Lossow und Seisser in diejenigen des *Propheten* zu legen, d.h. in seine eigenen. Die kuriosen Umstände und die mangelhafte Vorbereitung dieses Putsches sollten nicht zu dem Urteil führen, dass er von vornherein aussichtslos war und bloss ein Lokalereignis darstellte. Auch im übrigen Deutschland waren nicht wenige Männer und Verbände bereit, sich einem *Marsch auf Berlin* anzuschliessen, und niemand weiss mit Bestimmtheit,

5. «Weltrevolution» oder «nationale Regierung» in Deutschlands

ob diesmal «Reichswehr auf Reichswehr» geschossen haben würde, wenn sich die bayerische Division nach Norden in Bewegung gesetzt hätte. Zweifellos lassen sich bemerkenswerte Analogien zum Handstreich der Bolschewiki in Petrograd aufweisen, obwohl in München nicht Friedenssehnsucht, sondern nationale und soziale Selbstbehauptung in gefährlicher Situation das Hauptmotiv war. Sogar zu der mehrfach bezeugten Furcht Hitlers, seine Leute könnten sich «nach links radikalieren» und zu den Kommunisten übergehen, gab es in Petrograd insofern eine Entsprechung, als Lenin anscheinend nicht zuletzt das Überhandnehmen einer nicht mehr zu bezwinguenden Welle des Anarchismus und Separatismus fürchtete. Das Scheitern war keineswegs zwangsläufig, denn seine unmittelbare Ursache war das leichtfertige Vertrauen, das Ludendorff in das Offiziersehrenwort von Lossows setzte, nichts gegen die «neue Regierung» unternehmen zu wollen. Aber wenn Hitler als ein weitaus populärerer Kapp sich tatsächlich an der Seite des Oberbefehlshabers der Armee Ludendorff in Berlin hätte etablieren können, würden unzweifelhaft die westlichen Alliierten eingegriffen haben, und das Deutsche Reich hatte nicht die russischen Räume zur Verfügung, um sich erfolgreich gegen gut gerüstete Interventionstruppen verteidigen zu können. Die Alternative *Sowjetstern* oder *Hakenkreuz* erwies sich als falsch, aber das Resultat des nicht zur Austragung gekommenen Kampfes lag, bildlich gesprochen, weit näher bei München als bei Dresden oder bei Moskau: Am Abend des 8. November wurde in Berlin aufgrund der Nachrichten über den Hitlerputsch eine Version jener *nationalen* Pläne realisiert, nämlich die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf den Chef der Heeresleitung. In den vier Monaten, während derer von Seeckt die Diktatur ausübte, wurde die neue Währungseinheit der Rentenmark eingeführt, wurde der Separatismus niedergeworfen und wurde gegenüber Frankreich eine Art von befreiender Kapitulation vollzogen: Die Weimarer Republik betrat den Weg der Stabilisierung.

6. Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Etablierung der Alleinherrschaft Stalins

Die Stabilisierung der Weimarer Republik bedeutete die Erhaltung und Fortbildung eines gesellschaftlichen Systems, das dem Deutschen Reich, bei allen Unterschieden im Einzelnen, mit den Staaten des Westens gemeinsam war und zu dessen Entstehung und Entwicklung die Deutschen einen wichtigen Beitrag geleistet hatten.¹ Die beliebte Vokabel *Kapitalismus* zielte allenfalls auf einen Teil oder Aspekt des Systems, nämlich den weltmarktwirtschaftlichen seiner Ökonomie. Russland dagegen hatte seit dem November 1917 einen Weg eingeschlagen, der von Anfang an diesem System unähnlich war, und zwar so sehr, dass es keine überzeugende Analogie in der Geschichte Europas gab. Da die Entwicklung Russlands insofern *das Neue* war, ist es angebracht, sie vor der weiteren Geschichte Deutschlands ins Auge zu fassen.

Dass das bolschewistische Russland des Jahres 1923 ein bis dahin nicht dagewesenes Phänomen darstellte, liess sich indessen aus der Doktrin der herrschenden Partei leicht erklären: Es zeigte Europa dessen eigene Zukunft in noch unausgeformter Gestalt; es bildete den paradigmatischen Anstoss, durch den Europa zu seiner eigensten Zukunft der klassenlosen Gesellschaft gelangen werde, indem es seine Vergangenheit endgültig hinter sich lassen und damit auch Russland zur vollständigen Ausbildung einer kommunistischen Gesellschaft verhelfen würde. Lenin aber näherte sich in seinen letzten Lebensjahren immer mehr einer geradezu entgegengesetzten Auffassung, nach der ihm sein Werk als die Eröffnung eines Sonderwegs Russlands zur Modernität erschien, der von dem in Europa eingeschlagenen Hauptweg wesentlich verschieden war, weil die Voraussetzungen andersartig waren, vor allem die Zurückgebliebenheit des Landes und die Unkultiviertheit seiner Bewohner. *Deshalb* waren das europäische Mehrparteiensystem, das allgemeine Wahlrecht und ein Nationalparlament nicht imstande, die anstehenden Aufgaben zu lösen, deshalb stellte Lenin sich und seine Partei ganz unbefangen in Parallele zum Zaren und zu dessen Adel², deshalb orientierte er sich an der deutschen Kriegswirtschaft und deshalb konnte er in Marx keinen Ratgeber und Helfer mehr sehen. Dennch gelang-

6. Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Alleinherrschaft Stalins

te er nicht zu der naheliegenden Folgerung, Russland sei durch ihn und die bolschewistische Partei zu einer Entwicklungsdiktatur geworden, die auf anderen Wegen Europa nachfolgen müsse und sich eines fernen Tages auf einer neuen Grundlage wieder mit Europa versöhnen und vereinigen werde. Den negativen Teil der Marxschen Lehre hielt er vielmehr fest, nämlich die Kritik am «alten Europa» und die Überzeugung vom bevorstehenden «Untergang der Weltbourgeoisie», aber die russische Revolution war nun nicht mehr der paradigmatische Anstoss für die klassisch-marxistische Revolution in Europa, sondern für eine neuartige Umwälzung in den kolonialen und halbkolonialen Gebieten der Welt, die sich gegen die «imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung der Mehrheit der Erdbevölkerung» erheben.³ So gab Lenin den Begriff *Weltrevolution* nicht auf, obwohl ihm der russische Sonderweg klar vor Augen stand und obwohl die alte Feindschaft gegen die Bourgeoisie sich in einen neuen Gegensatz zu dem *alten* oder *bürgerlichen* Europa unter Einschluss von dessen *Arbeiteraristokratie* verwandelte.

Niemand weiss, welchen Rat Lenin seinen Schülern und Gefolgsleuten gegeben haben würde, wenn er im Herbst 1923 nicht bereits todkrank gewesen wäre. So viel ist sicher, dass die Hoffnung auf die Rückkehr zum ursprünglichen Konzept durch den Sieg der Revolution in Deutschland die letzte Emotion war, in der Trotzki und Stalin, Sinowjew und Bucharin übereinstimmten. Unmittelbar nach dem deutschen Oktober brach der Streit um die Nachfolge Lenins offen aus, und er vollzog sich zuerst als ein Streit um den russischen Oktober, der im Licht der *Lehren der deutschen Ereignisse* selbst wieder strittig wurde. Trotzki auf der einen Seite, Sinowjew und Stalin auf der anderen ergriffen für die eine oder andere Gruppierung der KPD Partei, Trotzki wie Radek zunächst für Brandler, Sinowjew für Ruth Fischer und die Linken, und dann eröffnete Trotzki im Herbst 1924 durch seine *Lehren des Oktober* den Angriff gegen die Troika Sinowjew, Stalin und Kamenjew, die eine Krankheit Trotzkis genutzt hatten, um die Zügel zu ergreifen. Trotzki stellte sich hier als den besten Schüler Lenins, in gewisser Hinsicht sogar als dessen Lehrer hin und riss alte Wunden auf, indem er Stalins nicht-leninistische Haltung in den Wochen nach der Februarrevolution sowie Sinowjews und Kamenjews Widerstand gegen Lenins Willen zum bewaffneten Aufstand im Oktober anprangerte. Die Troika, ver-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

bündet mit Männern wie Bucharin, Bela Kun und Otto Kuusinen führte ihrerseits einen heftigen Angriff nicht bloss gegen Trotzki, sondern gegen «den Trotzkismus», der schon immer etwas anderes gewesen sei als der Leninismus und der heute sogar als ein «feindliches System» betrachtet werden müsse.⁴

Dieser Kampf der obersten Parteiführer gegeneinander wurde hauptsächlich als Auseinandersetzung um die Parteigeschichte und die Parteidoktrin mit oftmals befremdlichen Details geführt: Trotzki verneine die Rolle der Bauernschaft, seine Methode sei eklektisch und nicht dialektisch, sein wahrer Lehrer und Wegbereiter sei Parvus; sowohl gegenüber Brest-Litowsk wie gegenüber der NEP habe er eine falsche Stellung bezogen, die keine *Atempause* ermöglicht und die Niederlage herbeigeführt haben würde; er verneine die Rolle der Partei als der Trägerin des Bewusstseins des Proletariats, er unternehme den «ungeheuerlichen Versuch, die deutsche Oktoberniederlage zu benutzen, um den Vorsitzenden der Komintern an den Pranger zu stellen».⁵ Trotzki seinerseits kritisierte die Bürokratie, die Apparatherrschaft, den Mangel an innerer Parteidemokratie, und es unterlag keinem Zweifel, dass er viele Anhänger unter den Offizieren der Roten Armee und innerhalb der studentischen Jugend hatte. Aber gerade er war derjenige gewesen, der während des Kriegskommunismus auch die Gewerkschaften hatte *militarisieren* wollen, und viele seiner Argumente konnten als blosses Mittel betrachtet werden, mit denen er seine eigenen und nur allzu diktatorischen Ansprüche fördern wollte. Das Misstrauen, das ihm als einem potentiellen *Napoleon* begegnete, war genuin, und auf seiner Seite war ein Zögern erkennbar, Schritte zu unternehmen, die diesem Misstrauen der alten Bolschewisten neue Nahrung geben mussten. Aber in ihrem Kern war die Auseinandersetzung in der Sache und nicht in persönlichen Rivalitäten begründet, denn sie drehte sich um Trotzki's Begriff der «permanenten Revolution» und um denjenigen des «Sozialismus in einem Lande», den Stalin ihm entgegensetzte. Letzten Endes ging es dabei um die Frage, ob die Kommunistische Partei der Sowjetunion nach dem Scheitern der Revolution in Deutschland guten Gewissens die Macht behalten und für ihr Ziel, den Sozialismus, kämpfen dürfe oder ob sie weiterhin ihr eigenes Schicksal vom Erfolg der westeuropäischen, der *marxistischen* Revolution abhängig machen müsse. Es darf als sicher gelten, dass es Stalin war, der hier in Lenins Spuren trat, und es war daher wiederum kein blosses Manöver im Kampf um die Nachfolge, dass Sinowjew als der ausgeprägte

6. Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Alleinherrschaft Stalins

Internationalist, der er war, sich Ende 1925 mit Trotzki und Kamenjew zu der *neuen Opposition* gegen Stalin zusammenschloss, die in besonderem Masse eine Opposition von Intellektuellen war und die von Stalin auch als eine Gruppierung bekämpft wurde, die sich als kleine Minderheit vom Strom des Parteiwillens losgelöst habe. Wieder standen grosse Sachfragen zur Entscheidung: die Frage eines feindlichen oder freundlichen Verhältnisses zur Bauernschaft, die Frage des Tempos der Industrialisierung, die Frage der Bürokratie usw. Diese Opposition war betontermassen links und hatte Freunde unter vielen Linkskommunisten in Europa; Stalin dagegen erschien im Bündnis mit Bucharin als Vertreter der Rechten, die einen langsamen Ausbau des staatswirtschaftlichen und industriellen Sektors und ein freundliches Verhältnis zu den *Mittelbauern* als Verbündeten des Proletariats befürwortete. Damit setzte er sich durch und sicherlich nicht nur deshalb, weil er den Apparat und die Parteitage vorbereitete, sondern weil den *Intellektuellen* viel Abneigung aus dem Massenanhang der Partei entgegenkam, den die Oppositionellen in ihrem Programmwurf zum 15. Parteitag selbst als «Antisemitismus» charakterisierten.⁶ Die Forderung nach «freier Diskussion» im Rahmen der Partei fand im November 1927 ihren Höhe- und Schlusspunkt in Strassendemonstrationen, und unmittelbar darauf schloss der Parteitag die wichtigsten Mitglieder der trotzkistischen Opposition aus der Partei aus. Trotzki selbst wurde wenig später nach Mittelasien verbannt und Anfang 1929 aus der UdSSR ausgewiesen.

Diese Jahre des Kampfes zwischen Stalin und Trotzki, die in den Geschichten der Partei einen grossen Raum einnehmen, waren, wie man nicht übersehen sollte, die *guten Jahre* der Sowjetunion. Die NEP und das Wirken der *neuen Bourgeoisie* hatten zu einem erstaunlichen Aufschwung geführt, und im Vergleich zu der entsetzlichen Hungersnot der Jahre 1920/21 ging es der Bevölkerung sehr gut, denn Lebensmittel wurden nun im Überfluss angeboten. Freilich war die Produktion der Industrie relativ gering, und es wurde wieder von der *Schere* zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Waren und für Industriegüter gesprochen. Die Arbeitslosenzahl war ziemlich hoch. Aber im Ganzen durfte man gleichwohl auf eine Fortsetzung des Aufschwungs vertrauen. Es war jedoch ein Vorzeichen komender Dinge, in welchem Tone bei den Parteidiskussionen dieser Jahre von *der Bauernschaft* gesprochen wurde. Nach einer statistischen Aufstel-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

lung aus einem sowjetischen Werk über die «Liquidierung der Ausbeuterklassen in der UdSSR» gab es 1913 in Russland 17 Millionen Industrieproletarier, 90 Millionen einfache Bauern und 22 Millionen *Ausbeuter*, davon 17 Millionen *Kulaken*.⁷ Davon waren die Bourgeois und die Gutsbesitzer nun vernichtet, aber trotz aller Verluste in Krieg und Bürgerkrieg (die sich nach manchen Schätzungen auf mehr als 20 Millionen Menschen beliefen) war die Zahl der Kulaken, d.h. der wohlhabenderen Bauern, immer noch etwa so gross wie diejenige der Industrieproletarier, und die einfachen Bauern stellten nach wie vor die gewaltige Überzahl. Aber selbst die *Rechten* bezeichneten die Kulaken durchweg als «Feinde», und wenn sie die einfachen Bauern ihre «Verbündeten» nannten, so wurde doch nur allzu deutlich, dass die Bevölkerungsmehrheit praktisch ohne jede Vertretung war und von der herrschenden Partei als ein Objekt betrachtet wurde, das man aus Klugheit gut behandeln sollte, das man aber im Falle der Not rücksichtslos bekämpfen dürfe. Und sogar in den *guten Jahren* zahlte ja ein Bauer für die gleiche Summe an Einkommen eine weit höhere Steuer als ein Arbeiter, und eine Arbeiterstimme galt bei den Wahlen zu den örtlichen Sowjets so viel wie fünf Bauernstimmen. Auf dem Weg der indirekten Wahlen zu höheren Gremien verminderte sich das Gewicht der Bauernstimmen bis hin zur völligen Bedeutungslosigkeit, und so war die grosse Mehrheit der Bewohner des Landes wie Wachs in den Händen jenes «Körnchens», wie Lenin die alles umgestaltende und sogar die Proletarier «walkende und zausende» Partei, das heisst die allmächtige Parteispitze, bezeichnet hatte.⁸ Unter sozialökonomischen Gesichtspunkten war also das Regime der Bolschewiki eine harte Diktatur des städtischen Proletariats über die Bauernschaft, ein Regime schlimmer Ausbeutung und weitgehender Entrechtung.

Und doch dachten Bauern und zahlreiche Arbeiter voller Sehnsucht an diese Zeit zurück, als Stalin den Startschuss zum Beginn des «Angriffs auf die Kulaken» gegeben hatte und als alle Kräfte angespannt wurden, um die «kleinbürgerlichen Stimmungen, die sich in der Arbeiterklasse ausgebreitet haben» zu überwinden.⁹ Stalin übernahm die linken Forderungen nach Beseitigung der Kulaken sowie der NEP-Bourgeoisie und nach rascher Industrialisierung des Landes, sobald Trotzki ausgeschaltet und die Lehre von der *permanenten Revolution* zurückgedrängt worden war; dadurch wurde der Kampf gegen den rechten Parteiflügel unausweichlich, mit dem

6. Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Alleinherrschaft Stalins

er bis jetzt verbündet gewesen war. Auch diesmal erwies sich Stalin als der beste Schüler Lenins. Bucharin nämlich hatte bei aller Abgrenzung von den Kulaken so entschieden das Programm eines *Wohlfahrtskommunismus* vertreten, dass er sogar an den Fortfall aller militärischen Aufträge geglaubt und nur die wechselseitig vorteilhafte Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Industrie im Auge gehabt hatte. Auf diese Weise sollte eine ständige Hebung des Lebensstandards erreicht werden und die Bauern sollten «langsam» in den Sozialismus «hineinwachsen».¹⁰ Das musste aber bedeuten, dass die Partei, die vor allem eine kämpferische Partei war, im eigenen Lande keinen *Feind* mehr gehabt hätte und in ihrer Machtausübung eingeschränkt worden wäre, wenn Zusammenarbeit und nicht Klassenkampf die Losung gewesen wäre. Auch in der Auseinandersetzung mit den Rechten hatte Stalin also den leninistischen Haupt Gesichtspunkt klar erfasst, nämlich den der Erhaltung, Festigung und Bewährung der Macht der Partei, und sowohl seine Alleinherrschaft wie die Kollektivierung und Industrialisierung waren eher Folgeerscheinungen als direkte Hauptziele. So verlangte Stalin im November 1928, dass ein schnelles Entwicklungstempo der Industrie überhaupt und insbesondere der Produktion von Produktionsmitteln zum Grundprinzip der Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft werden müsse und dass sogar die äusserste Anspannung nicht gescheut werden dürfe. Nur dann werde es gelingen, «die fortgeschrittene Technik der kapitalistischen Länder» einzuholen und zu überholen: Der Gesichtspunkt der militärischen Selbstbehauptung des Landes trat also gleich in den Vordergrund, und als Exempel eines fortgeschrittenen kapitalistischen Landes führte Stalin dreimal hintereinander Deutschland an. Wenn man sich vor Augen hält, dass der 6. Weltkongress der Komintern gerade das Ende der kapitalistischen Stabilisierung verkündet hatte und ein neues Zeitalter von Kriegen und Revolutionen hatte heraufziehen sehen, dann könnte man zu der These gelangen, Stalin habe Ende 1928 die Vorbereitung auf einen Verteidigungskrieg gegen Deutschland in Gang setzen wollen, obwohl die Kriegsfurcht, die bewusst genährt wurde, sich ganz vorwiegend auf Japan und England als die feindseligsten Mächte der *kapitalistischen Einkreisung* bezog. Oder wollte er sich auf den Tag vorbereiten, wo er ein *Sowjetdeutschland* gegen die Westmächte würde verteidigen müssen? Aber jedenfalls konnte diese Industrialisierung nicht ohne die Bereitstellung gewaltiger Investitionsmittel durchgeführt werden.

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Woher sollten diese Mittel kommen? Wenn Russland unter einem konstitutionellen Zaren bis zum siegreichen Ende des Krieges an der Seite seiner Verbündeten geblieben wäre, würden ihm zweifellos riesige Kredite gewährt worden sein, mit deren Hilfe es die bereits stark in Gang gekommene Industrialisierung hätte fortführen können. Aber die Bolschewiki hatten Russlands Staatsschulden annulliert, und sie mussten im Prinzip alles bar bezahlen, was sie an Industrieausrüstungen im Westen kauften. Wenn «schnell» und «mit äusserster Anspannung» industrialisiert werden sollte¹¹, dann gab es nur den Weg der «sozialistischen Akkumulation», der von den Rechten um Bucharin und Rykow als «militärischfeudale Ausbeutung der Bauernschaft» bezeichnet wurde: Wie man die Auslandsschulden annulliert und die Bourgeoisie sowie die orthodoxe Kirche expropriert hatte, so musste man nun dem relativ wohlhabenden Teil der Bauernschaft seinen Besitz fortnehmen, man musste Millionen Tonnen Getreide exportieren, auch wenn die ganze Bevölkerung des Landes deshalb hungerte, und man musste die Wälder des Landes zu grossen Teilen abholzen, um die erforderlichen Investitionsgüter in die Hand zu bekommen und ausländische *Spezialisten* bezahlen zu können. Und so erlebte die Welt das Beispiel einer industriellen Revolution, wie es sie in der Geschichte noch nicht gegeben hatte, einer industriellen Revolution auf Befehl der Staatsspitze, deren elementarste Grundlage der *Klassenkampf* gegen eine grosse und völlig wehrlose Minderheit der eigenen Bevölkerung war.

Die Politik der *Liquidierung der Kulaken als Klasse* und der Kollektivierung der Landwirtschaft bedeutete, dass überall im Lande eine ungeheure Enteignungsaktion in Gang gesetzt wurde, dass die Kulaken aus ihren Anwesen vertrieben und mit Frauen und Kindern in entfernte Gegenden deportiert wurden, wo sie zu einem grossen Teil Hungers starben oder sich in den Waldlagern des Ural und beim Bau des Weissmeerkanaals zu Tode arbeiteten. Erfahrungsberichte solcher Bauern sind nur auf indirektem Wege in die Welt gelangt¹², aber aus dem sogenannten Smolensker Archiv, das 1941 den deutschen Truppen in die Hände fiel und später nach Amerika gelangte, ist über die Vorgänge in dieser westlichen Region Russlands das detaillierte Bild zu gewinnen, welches Merle Fainsod in seinem Buch «Smolensk under Soviet Rule» gezeichnet hat.¹³ Da kommen zunächst die Abordnungen aus Parteimitgliedern und GPU-Männern in die Dörfer und requirieren rücksichtslos alles Getreide der Kulaken, die in aller

6. Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Alleinherrschaft Stalins

Regel keine klar abgegrenzte Schicht darstellen, sondern mit den *Mittelbauern* und auch der Dorfarmut durch viele Bande verbunden sind; da werden auch Dorfarme mit der Begründung verhaftet, sie seien *ideologische* Kulaken, da nimmt man den Kulaken und ihren Frauen sogar die warme Unterwäsche weg und treibt sie in Ödland und Sumpfgebiete; da sammelt man sie in den grösseren Städten zu Hunderten und Tausenden, um sie in Viehwagen zu verladen und auf oftmals wochenlangen Fahrten nach Karelien oder in den Ural abzutransportieren. Da werden grosse Teile sogar der städtischen Bevölkerung von Panik ergriffen, und nach GPU-Berichten sind Wendungen wie die folgenden aus dem Munde von armen Bauern und von Arbeitern zahlreich: «Auch wir werden bald an die Reihe kommen» und «Der Hunger wird uns alle umbringen». Ganz ohne Widerstand lassen sich in der Tat Millionen von Menschen nicht ihr Eigentum und ihre Freiheit nehmen. Nicht wenige Parteimitglieder fielen *terroristischen Akten* zum Opfer, Millionen Stück Vieh wurden abgeschlachtet. Die Folge war die grosse Hungersnot von 1931/33, bei der mehrere Millionen umkamen und zumal in der Ukraine ganze Dörfer ausstarben. Alle Leiden und Qualen, welche die industrielle Revolution in England oder in Deutschland für die Arbeiter mit sich gebracht hatte, nahmen sich vor diesem Hintergrund geringfügig aus. Und gerade in Deutschland war man relativ gut unterrichtet, weil nicht wenige Bauern deutscher Abstammung betroffen waren, deren erschütternde Hilferufe von dem «Hilfswerk Brüder in Not» verbreitet wurden.¹⁴

Aber anders als in England und in Deutschland zog keine abgrenzbare Klasse von Menschen sichtbare Vorteile aus der Not der anderen: Der sowieso schon erbärmlich niedrige Lebensstandard der Gesamtbevölkerung sank zwischen 1928 und 1932 um ein volles Drittel, und sogar die Frauen der stellvertretenden Volkskommissare mussten trotz gewisser Privilegierungen nach Lebensmitteln anstehen; anscheinend litt nur die alleroberste Parteispitze nicht unter dem Hunger, und deren volle Arbeitskraft war in der Tat am unentbehrlichsten, um den Prozess im Gang zu halten. Die Frage ist naheliegend, ob bei Anwesenheit erkennbarer Nutzniesser die Ausbeutung jemals einen so hohen Grad erreichen kann. Und dennoch waren die Jubelberichte der kommunistischen und philokommunistischen Presse des Auslands über die *Grosstaten des Sozialismus* beim Bau von Dnjeprostroj und Magnitogorsk nicht völlig grundlos, denn noch niemals hatte sich ein

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Land so schnell industrialisiert, und noch niemals war diese Industrialisierung von dem genuinen Enthusiasmus einer *Massenminderheit getragen*, die längst kein blosses *Körnchen* mehr war, sondern durch ihre Aufforderung zu Opferbereitschaft und *Sturmarbeit* grosse Teile der Jugend an sich herangezogen hatte. Das Schreckliche und das Ausserordentliche entstanden aus der Wurzel des Willens und der Begeisterung; erst beide Hälften ergeben das Ganze des vorganglosen Bildes.

Daher konnte man die Zeit des ersten Fünfjahresplanes und der Kollektivierung in der Tat als das beschleunigte Nachholen eines universalen Prozesses und als die Begründung einer kollektivistischen Grosslandwirtschaft betrachten, welche den russischen Traditionen und Verhältnissen angemessen war. Die Opfer erscheinen dann als beklagenswerte, aber unvermeidbare Unkosten, und der Totalitätsanspruch der Partei und ihres Führers gelten als gerechtfertigt, weil er das Erforderliche vollbrachte und insofern rational war.

Aber es ist mindestens ebenso wahrscheinlich, dass der Wille zur physischen Ausrottung einer als *feindlich* betrachteten Klasse das eigentliche Motiv der Partei war und dass sie dadurch gerade die aktivsten und tüchtigsten Mitglieder des Bauerntums traf, so dass der Landwirtschaft ein Schaden zugefügt wurde, der in langen Jahrzehnten nicht beseitigt werden konnte und der mithin keineswegs *rational war*.

Wie sehr das Ziel in der Vernichtung von Klassen und Traditionen bestand, die als reaktionär galten, aber in Wahrheit gar nicht oder allenfalls zum Teil reaktionär waren, stellt schon der Titel eines Buches unter Beweis, das 1931 in Berlin erschien und den jüdischen Kommunisten Otto Heller zum Verfasser hatte. Es hiess «Der Untergang des Judentums». Damit war nicht etwa eine physische Vernichtung gemeint, wohl aber das Ende des «jüdischen Städtchens mit seinem Schmutz, seiner Verlotterung, seiner Unkultur» durch den Aufbau des sowjetischen Sozialismus, welcher der jüdischen Nationalität neue und moderne, vom Druck einer erstorbenen Tradition befreite Lebens- und Siedlungsmöglichkeiten in Birobidjan eröffnet. Doch auch das westliche Judentum ist nach Heller im Untergang begriffen, wenngleich auf ganz andere Weise: durch Assimilation, durch Geburtenrückgang, durch die Mischehen. Damit wird das Judentum in der Sowjetunion zum Nutzniesser und im Westen zum Opfer der Folgen jenes «Sündenfalls der Menschheit», des Übergangs von der Gemeinschaftsproduktion der Urzeit zur warenproduzierenden Gesellschaft, an dem die Juden

6. Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Alleinherrschaft Stalins

als die «ersten Städter» und als Handelsvolk so grossen Anteil hatten und der heute im Sozialismus aufgehoben wird. Daher normalisiert sich in der Sowjetunion der zunächst weit überproportionale Anteil der Juden an der Parteimitgliedschaft mehr und mehr; im Westen aber verhaucht «der letzte, verzweifeltste und seltsamste Nationalismus seine dürftige Seele», nämlich der Zionismus, jenes «Produkt des Kleinbürgertums». ¹⁵

So verurteilt der gleiche Begriff vom Fortschritt und vom «ehernen Gang der Geschichte» nach den Gutsbesitzern und den Bourgeois auch die selbständig wirtschaftenden Bauern und die handeltreibenden Juden zum Tode, zu einem Tode, der nicht physische Extermination bedeuten *musste*, aber doch nur allzuleicht bedeuten *konnte*, und nicht zu Unrecht wies Heller darauf hin, dass die grosse Mehrheit der jüdischen Intellektuellen sich für den Menschewismus entschieden habe. Auch die Sozialdemokraten und Rechtssozialisten waren nach diesem Begriff des Fortschritts dem Untergang geweiht, und das gleiche galt für die westliche Gesellschaftsordnung insgesamt, für jene Gesellschaftsordnung der produktiven Differenzen, die den Begriff des Fortschritts überhaupt erst möglich gemacht hatte.

Und liess sich eine ähnliche Konsequenz und Paradoxie nicht auch in der sowjetischen Industrialisierung erkennen? War nicht einerseits Stalins Bemerkung in seiner berühmten Rede über die Aufgaben der Wirtschaftler richtig, das alte Russland sei wegen seiner Rückständigkeit fortwährend geschlagen worden und das sei der Grund, «warum wir nicht länger Zurückbleiben dürfen» ¹⁶, sofern man sie auf das erste Fünftel des zwanzigsten Jahrhunderts beschränkte? Aber musste nicht der grösste Staat der Welt, wenn er unter äusserster Anspannung seine Schwerindustrie und damit seine Rüstungsproduktion entwickelte, sehr bald wieder zu jener übermächtigen Drohung für die Gleichberechtigung, ja für die unabhängige Existenz seiner Nachbarn werden, wie sie Karl Marx in der Zarenmonarchie des 19. Jahrhunderts wahrgenommen hatte, zumal er nun in diesen Ländern über eigene Parteien verfügte, die in dem Sowjetlande ihr Vaterland sehen wollten?

Weder die eine noch die andere Frage wurde in dem Deutschland der Jahre von 1924 bis 1929 häufig gestellt. Und doch war der Hintergrund des neuen Phänomens im Osten schon gegenwärtig, als sich im Deutschen Reich die *alten Verhältnisse* wieder stabilisierten, die im Kern die Verhältnisse des ganzen Westens waren.

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

Nicht schon die Stabilisierung der Währung führte in Deutschland wie mit einem Zauberschlag eine Festigung der Verhältnisse herbei: Die Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 wurden noch von einer tief aufgewühlten Stimmung beherrscht, und die Völkischen errangen ebenso wie die KPD beachtliche Erfolge. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei, ein neues Gebilde aus Völkischen und Hitleranhängern, verfügte nun über 32 Mandate, aber die Kommunisten übertrafen sie mit 62 Sitzen erheblich. Die SPD hatte nur noch 100 Sitze, und die Deutschnationalen waren etwa ebenso stark. Dennoch vermochte der Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, der Stresemann im Dezember 1923 abgelöst hatte, weiterzuregieren und mit Hilfe eines Teils der Deutschnationalen die Dawes-Gesetze durchzubringen, welche die deutschen Reparationsverpflichtungen auf eine neue Basis stellten und den Zustrom ausländischer Kredite nach Deutschland in Gang setzten. Die Regierung wusste die Besserung der Situation zu nutzen, und bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 gingen die Kommunisten auf 45 und die Völkischen auf 14 Sitze zurück, während die SPD 30 Mandate zurückgewann und die DNVP ihre Stellung behauptete. Aber die Sozialdemokraten blieben auch weiterhin ausserhalb der Regierung, und bis 1928 bildete ein *Bürgerblock* von wechselnder Zusammensetzung unter den Reichskanzlern Luther und Marx die Regierungen, denen die Deutschnationalen zunächst im Jahre 1925 bis zu ihrem Ausscheiden infolge der Locarno-Verträge und dann wieder 1927/28 angehörten. Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 brachte sowohl den Sozialdemokraten wie den Kommunisten erhebliche Gewinne und führte zur Bildung eines Kabinetts der Grossen Koalition unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller, das nach anderthalb Jahren, Ende 1929, bereits durch die Auswirkungen der anhebenden Weltwirtschaftskrise stark erschüttert war, bevor im März 1930 die Ära der genuin parlamentarischen Regierungen durch die Berufung des Präsidialkabinetts Brüning an ihr Ende kam.

Wenn der Blick nicht primär auf die Wahlergebnisse und auf die Vorgänge im Reichstag gerichtet wird, kann man das Ende der Krise von 1923

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

und den Anfang der Stabilisierung in zwei Gerichtsverfahren symbolisiert sehen, mit denen über das Verhalten der Nationalsozialisten und der Kommunisten das Urteil gesprochen wurde, dem Hitler-Prozess in München und dem *Tschecha-Prozess* in Leipzig. Beide Prozesse gingen für die Angeklagten sehr glimpflich aus, aber die Feststellung ist nur deshalb richtig, weil zu dem Leipziger Prozess ein Prozess in Moskau hinzugehört, der sogenannte Studentenprozess.

Das Verfahren gegen Adolf Hitler, Erich Ludendorff und einige weitere Angeklagte fand von Ende Februar bis Ende März 1924 vor dem Volksgericht in München statt. Sehr rasch stellte sich heraus, dass Hitler die Hauptrolle spielte und sich selbst die Hauptverantwortung für die Ereignisse des 8. und 9. November zuschrieb. Seine Verteidigung bestand in der These, dass er das gleiche Ziel gehabt habe wie die bayerischen Machthaber Kahr, Lossow und Seisser und dass das Motiv aller Beteiligten in der Liebe zum Vaterland bestanden habe, das sich infolge der kommunistischen Revolutionsversuche und der Schwäche der bürgerlich-marxistischen Berliner Regierung in tödlicher Gefahr befunden habe. Verschieden seien die Partner nur im Ausmass ihrer Energie und Entschlossenheit gewesen und die Chance dieses nationalen Rettungsversuchs habe darin gelegen, dass er und seine Partei den bayerischen Staat, die Reichswehr und die Polizei auf dem gemeinsamen Wege nach vorn gerissen hätten. Vorbilder für ihn seien Mussolini und Kemal Pascha gewesen, und ein Streben nach Ministerposten erachte er «eines grossen Mannes» nicht für würdig. «Was ich werden wollte, das war der Zerschneider des Marxismus», denn der Marxismus habe durch seine Zersetzungstätigkeit die Niederlage im Weltkrieg verschuldet und er stehe jenem «letzten Gottesgericht» im Wege, zu dem unter den alten Fahnen anzutreten «wir bereit und willig sind».¹

Die Schlussrede Hitlers, die offenbar sowohl auf das Gericht wie auf die Zuhörer einen tiefen Eindruck machte, war also vor allem eine Anklagerede, die sich über weite Strecken gegen dieselben Männer richtete, die auch von den Kommunisten angeklagt wurden, nämlich gegen «Ebert, Scheidemann und Genossen», aber aus einem radikal entgegengesetzten Impuls heraus: nicht des angeblichen *Sozialverrats* wegen, sondern wegen Landesverrats und Hochverrats. Im Ganzen war sie nichts anderes als eine potentielle Kriegserklärung an eine feindliche Welt und darüber hinaus eine Bejahung des Krieges überhaupt. Sie bildete also den schroffsten Gegensatz

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

zu der internationalistischen Leidenschaft jenes Ersten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Aber unzweifelhaft war in ihr ebenfalls der Atem einer grossen Leidenschaft zu spüren, die fähig ist, gewaltige Massen mitzureissen, einer nationalistischen und staatlichen Leidenschaft, in deren Untergrund indessen eine *soziale* Leidenschaft leicht erkennbar war. Angriff und Verteidigung waren eng miteinander verknüpft, und da das Gericht offensichtlich von ähnlichen Empfindungen durchdrungen war, wurde Hitler unter ausdrücklicher Anerkennung seiner «vaterländischen Verdienste» wegen Hochverrats nur zu der Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft verurteilt, und es wurde ihm eine baldige Aussetzung der Strafe auf Bewährung in Aussicht gestellt.

Ein völlig anderes Ergebnis hatte der sogenannte *Tscheka-Prozess*, der ein Jahr später, vom 10. Februar bis zum 22. April 1925, vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig stattfand. Sein eigentlicher Gegenstand war der kommunistische Versuch der Machtergreifung im Jahre 1923, und der Anlass bestand darin, dass es den Behörden gelungen war, den Leiter der T-(Terror-)Gruppe, Felix Neumann, und sogar den sowjetischen obersten Militärleiter für den Aufstand, Alexander Skoblewsky (alias Rose, Gorew oder «Helmut»), zu verhaften. Neumann legte ein umfassendes Geständnis ab, das sich vor allem auf die Ermordung eines *Verräters* sowie auf ein geplantes Attentat gegen den General von Seeckt bezog. Auch dieser Prozess war in hohem Masse politisch und propagandistisch, da die Rechtsanwälte entweder Kommunisten waren oder ihre Sympathie für den Kommunismus offen an den Tag legten. Der Vorsitzende wiederum zeigte keinerlei Nachsicht, sondern es kam häufig zu scharfen Zusammenstössen.

Als erwiesen sah das Gericht an, dass die *Pscheka-Gruppe* im Auftrag der massgebenden Parteistellen gehandelt habe, und der Einwand der Verteidigung, dass die Kommunistische Partei den *Einzelterror* nicht befürworte, wurde mit guten Argumenten zurückgewiesen. Aber es wurde doch nur ein kleiner Ausschnitt aus der grossen Umstürzbewegung des Jahres 1923 zum Gegenstand gemacht, obwohl der These des Staatsanwalts nicht widersprochen wurde, auch die verfassungsmässigen Gewalten seien für die Kommunisten *faschistisch* und die Berufung auf den Willen zur Verteidigung der legalen Arbeiterregierungen sei eine blosser Verhüllung der offensiven Intentionen gewesen. Drei der Hauptangeklagten, unter ihnen

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

Neumann und Skoblewsky, wurden zum Tode verurteilt, die übrigen erhielten zum Teil hohe Zuchthausstrafen.

Sicherlich waren die beiden Prozesse auch in der Art, wie sie geführt wurden, bemerkenswerte Beispiele für jene Unterschiedlichkeit des Verhaltens gegenüber rechts und links, die damals besonders von Emil Julius Gumbel und heute fast allgemein angeprangert wird. Aber es müsste doch wohl zunächst gefragt werden, ob jemals in der Weltgeschichte ein angegriffenes System seine Feinde und diejenigen, die ihm helfen wollten, nach den gleichen Massstäben behandelt hat und ob man nicht den Kommunisten die Ehre raubt, die sie beanspruchen dürfen, wenn man leugnet, dass der gewaltsame Sturz des kapitalistischen, d.h. europäisch-industriellen Systems ein weitaus gravierenderes und revolutionärereres Ereignis sein musste als die Errichtung einer antiparlamentarischen Diktatur zur Abwehr dieses Angriffs. Und das Bemerkenswerteste ist, dass die Reichsregierung keinen weiteren Prozess gegen die eigentlich Schuldiggesprochenen, nämlich die Führung der Kommunistischen Partei, einleitete und dass die Todesurteile nicht vollstreckt wurden. Für das eine dürften allgemeine politische und aussenpolitische Rücksichten massgebend gewesen sein, das zweite aber ist ohne einen dritten Prozess nicht zu verstehen, den sogenannten Studentenprozess in Moskau während des Juni und Juli 1925.

Angeklagt waren die deutschen Studenten Dr. Kindermann, Wolscht und von Ditmar. Sie hatten im September 1924 mit regulären Papieren und nach längeren Verhandlungen mit der sowjetischen Botschaft eine Forschungs- und Vortragsreise in die Sowjetunion angetreten, und nach 14tägigem Aufenthalt in Moskau waren sie von der GPU verhaftet und in die Lubjanka gebracht worden. Nachdem der Prozess über längere Zeit hinweg vorbereitet worden war, wurde die Anklage erhoben, die drei Studenten seien von der «Organisation Consul» nach Russland geschickt worden, um zu spionieren und «Stalin und Trotzki» zu erschiessen. Während des Prozesses erschienen Karikaturen in der *Prawda* und der *Iswestija*; eine davon zeigte die massig-brutale Gestalt eines Waffenstudenten mit der Hakenkreuzbinde am Arm, der mit seiner Pistole auf Bilder von Stalin und Trotzki schießt. In den Prozessberichten wurde behauptet, es handle sich um den «ersten Stosstrupp des Faschismus», der in die Sowjetunion eingedrungen sei und der unschädlich gemacht werden müsse. Als Hintermänner wurden der Botschaftsrat Hilger, der Chefredakteur des *Berliner Tageblatts* Theodor Wolff

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

und sogar der ehemalige Reichskanzler Michaelis genannt. Hauptsächlich aber waren der Kapitän Ehrhardt und die (längst aufgelöste) «Organisation Consul» im Visier. Der Botschafter von Brockdorff-Rantzau brachte den Untersuchungsbehörden zunächst so viel Vertrauen entgegen, dass er deren Behauptung glaubte, diese «Mordgesellen» hätten auch ihn umbringen sollen², aber dann liess er es an Aktivität zu deren Verteidigung nicht fehlen. Auch die deutsche Presse wandte dem Prozess grosse Aufmerksamkeit zu. Es stellte sich rasch heraus, wie dürftig oder trivial die Realitäten waren, die von der Anklage als Beweise einer weitgespannten antisowjetischen Verschwörung betrachtet wurden, etwa die Geldzahlungen Theodor Wolffs. Auch Gustav Hilger konnte die Verdächtigungen auf überzeugende Weise widerlegen. Trotzdem wurden die Angeklagten zum Tode verurteilt. Die Empörung über die «Moskauer Schandjustiz» war in Deutschland gewaltig. Die *Vossische Zeitung* erinnerte an die Grundsätze revolutionärer Urteilsfindung, die der Franzose Sadoul während des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre 1922 entwickelt hatte und die allen rechtsstaatlichen Vorstellungen widersprachen, weil sie «allein das Wohl der Revolution» und nicht eine individuelle Schuld der Angeklagten zum Kriterium machten³; der *Vorwärts* wandte sich mit scharfen Worten gegen «die östliche Richtung im Auswärtigen Amt», welche um jeden Preis eine deutsch-russische Verstimmung vermeiden wolle.⁴ Bekannte von Kindermann bezeugten, dass er mit starken Illusions-Sympathien nach Russland gefahren sei und schon deshalb keine Verbindung mit rechtsradikalen Organisationen gehabt haben könne, weil er Jude sei. Aber für Eingeweihte bestand schon sehr früh kein Zweifel, dass die Studenten als Austauschobjekte verhaftet worden waren; denn im Februar 1925 hatte der Präsident des Rates der Volkskommissare Rykow zu Brockdorff-Rantzau gesagt, die Anklage gegen die Studenten werde niedergeschlagen werden, wenn das Verfahren in Leipzig eingestellt werde.⁵ Schliesslich kamen die Dinge zu eben diesem Ergebnis: Im Oktober erfolgten gleichzeitig die Begnadigungsakte für Skoblewsky und Kindermann sowie deren Genossen.⁶ So waren die Weimarer Justizbehörden am Ende doch nicht härter gegen den sowjetischen Kommunisten Alexander Skoblewsky als gegen den österreichischen Nationalsozialisten Adolf Hitler.

Die Fortentwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands während der Verbotszeit von November 1923 bis März 1924 und danach war

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

vor allem durch die Auseinandersetzungen um die *Oktoberniederlage* bestimmt, die ihrerseits mit den ersten Auseinandersetzungen zwischen Stalin, Sinowjew und Trotzki in der russischen Parteiführung eng verzahnt waren. Es war ganz natürlich, dass nun die *Linken* in den Vordergrund traten, welche die Einheitsfrontpolitik Brandlers, d.h. sein Zusammengehen mit den linken Sozialdemokraten, scharf kritisiert hatten. Nach jedem Misserfolg der *rechten* Ausdehnungsversuche hin zu den sozialdemokratischen Arbeitern und zu einigen von deren Führern schwingt ja das Pendel regelmässig zur *linken* Abgrenzung von allen Schwankenden und Unentschiedenen zurück. So wurde auf dem IX. Parteitag im April 1924 in Frankfurt eine radikale Schwenkung vorgenommen: Die Linke übernahm die Parteiführung, d.h. Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem, Ernst Thälmann, Arthur Rosenberg, Iwan Katz u.a. Die Rechten oder Brandlerianer wurden vollständig ausgeschaltet. Der aufkommenden Rede von einer *Stabilisierung des Kapitalismus* schenkte man keinen Glauben, und das neue Aktionsprogramm proklamierte zwar die *Einheitsfront von unten*, welche auch proletarisierte Mittelständler einschliessen sollte, aber es verlangte mit noch grösserer Entschiedenheit die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung von legalen wie illegalen bürgerlichen Staatsorganen, also die Vorbereitung der Massen auf den bevorstehenden Endkampf. Tatsächlich sprach der Wahlaufruf der Partei zur Reichstagswahl vom Mai 1924 offensichtlich viele Menschen an, weil er eine äusserst heftige Anklage gegen das System von Weimar und selbstverständlich gegen das kapitalistische System im Ganzen richtete. Im Vordergrund der Anklage stehen neben den Kapitalisten, «christlichen wie jüdischen», die Sozialdemokraten, die dem kämpfenden Proletariat von Neuem in den Rücken gefallen seien. Hitler wird mit verächtlicher Miene nur am Rande als «grössenwahnsinniger Spiesser» und als Kreatur des Grosskapitals erwähnt, während die Kommunistische Partei wieder als «Führerin in diesem Befreiungskampf aller Unterdrückten» apostrophiert wird.⁷

Aber nach den zweiten Reichstagswahlen des Jahres war nicht mehr zu verkennen, dass tatsächlich eine Stabilisierung eingetreten war, und während das Weimarer Deutschland unter der Leitung des Aussenministers Stresemann auf den Ausgleich mit den Westmächten und auf den Eintritt in den Völkerbund hinarbeitete, schienen die Kommunisten sich gegenseitig

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

zu zerfleischen. Die Parteiführung eröffnete nämlich einen heftigen Kampf gegen den *Trotzkismus* und den *Luxemburgismus* in der Partei, und im Gegenzug bildete sich eine ultralinke Opposition, die mehr und mehr zu *antibolschewistischen* oder auch *antistalinistischen* Positionen gelangte, weil sie die NEP und das Vorwalten der aussenpolitischen Interessen des russischen *Bauernstaates* in der Politik der Komintern kritisierte.

Besonders kennzeichnend für dieses Stadium war die Schrift des jungen Heinz Neumann, des intellektuellen Sohnes eines wohlhabenden jüdischen Hauses, «Was ist Bolschewisierung?», die Anfang 1925 erschien. In dem gegenwärtigen Zeitalter «der unaufhörlichen Völkerkämpfe und Bürgerkriege» wird nach Neumann der Kampf der KPD gegen die Sozialdemokratie zum Klassenkampf, der «gegen die opportunistische Partei der Arbeiteraristokratie bis aufs Messer durchgefochten» werden muss. Aber nur bei strengster Geschlossenheit und Zentralisierung kann die Partei wirklich die Sektion einer Weltpartei sein, nur dann kann sie sich in effizienter Weise auf den bewaffneten Aufstand vorbereiten und militärische Formationen sowie einen Nachrichtenapparat haben, der die Parteizentrale darüber unterrichtet, «wo sich die Polizeiwachen und Kasernen, die Positionen und Kräfte des Gegners befinden», was die militärisch wichtigen Betriebe und der Gang ihres Fabrikationssystems sind. Nur dann kann sie wirksam auf die Desorganisation des kapitalistischen Staatsapparats hinarbeiten und den von den Kapitalisten erstrebten «Frieden des Produktionsprozesses» stören. Nur in absoluter bolschewistischer Geschlossenheit, gleichwohl mit langem Atem und im vollständigen Einklang mit der internationalen Zentrale wird die Kommunistische Partei zum Siege gelangen: «Gebt uns eine bolschewistische Partei in Deutschland, und wir werden Deutschland aus den Angeln heben.»⁸

Es war nicht erstaunlich, dass diese Auffassungen Widerspruch in der Partei hervorriefen und dass sie die Gegner, nicht zuletzt die zum Bürgertum gezählten und also mit Ausrottung bedrohten Sozialdemokraten, zu der These brachten, diese KPD sei weiter nichts als die Kampfmaschine und Spionageorganisation einer ausländischen Macht. Und als die Partei im Frühjahr 1925 nach dem Tode Friedrich Eberts, den sie noch im Grabe beschimpfte, auch beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen an ihrem Kandidaten Thälmann festhielt, da sicherte sie faktisch den Sieg Hindenburgs, obwohl sie nur knapp 2 Millionen Stimmen erhielt, weitaus we-

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

niger als bei den Reichstagswahlen. Es zeigte sich also, dass die Kommunisten in dem Augenblick, wo es um Vertrauen zu einem konkreten Menschen und nicht um Zustimmung zu einem radikalen Protestprogramm ging, nur eine kleine Minderheit von wenig mehr als 5% der Wähler für sich zu gewinnen vermochten. Der Kandidat der Nationalsozialisten freilich, Ludendorff, hatte weniger als 300'000 Stimmen erhalten: Im Frühjahr 1925 waren Hitler und seine Partei sozusagen nicht mehr wahrnehmbar.

Es wäre freilich ein grosser Irrtum zu meinen, mit Hitler und seiner Partei sei es gleich nach dem 9. November 1923 zu Ende gewesen. Die Münchener und bayerische Bevölkerung befand sich noch lange Wochen nach dem Putsch in starker und durchaus regierungsfeindlicher Erregung; Alfred Rosenberg gründete im Auftrag Hitlers eine Ersatzorganisation, die Grossdeutsche Volksgemeinschaft; am Hitler-Prozess nahm die Öffentlichkeit den lebhaftesten Anteil; eine Postkarte, die Hitler als einsamen Gefangenen in Landsberg abbildete, wurde in millionenfacher Auflage verbreitet; Hitler war erstmals, wenngleich nur für kurze Frist, eine nationale Figur geworden. Die Wahlerfolge des «Völkischen Blocks» in Bayern und der «Nationalsozialistischen Freiheitspartei» im Reich übertrafen die Erwartungen bei Weitem. Aber Hitler merkte bald, dass er von Landsberg aus die verschiedenen Nachfolgeorganisationen nicht beherrschen konnte, und er zog sich deshalb ganz aus der Tagespolitik zurück, um sich ausschliesslich der Arbeit an dem Buch zu widmen, das später den Namen «Mein Kampf» erhielt. Nach seiner Entlassung zu Weihnachten 1924 fand er die Situation sehr verändert, und er machte einen Besuch bei dem neuen bayerischen Ministerpräsidenten Held, um ihm zu versichern, dass er nicht gegen die Regierung, sondern nur gegen den Marxismus kämpfen wolle. Am 27. Februar 1925 vollzog er dann durch eine Rede im Bürgerbräukeller die Neugründung seiner Partei. Es gelang ihm, die Anwesenden in einen Begeisterungstaumel zu versetzen und eine rührende Versöhnungsszene der zerstrittenen Gefolgsleute herbeizuführen. Diesmal war von vornherein völlig klar, dass er allein an der Spitze der Partei stehen und keinen Ludendorff neben sich haben würde. Allerdings verhängten die bayerischen Behörden ein Redeverbot über ihn, dem sich die meisten deutschen Länder anschlossen, und damit war ihm seine beste und wichtigste Waffe genommen. Aber am 18. Juli 1925 erschien im Eher-Verlag der erste Band von «Mein Kampf». Im

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

vorliegenden Zusammenhang ist nicht eine Inhaltsangabe, eine Analyse oder eine Kritik angebracht, sondern es ist zu fragen, wie sich das Verhältnis der Grundmotive im Vergleich zu den frühen Reden darstellt und ob insbesondere noch der Antimarxismus bzw. der Antibolschewismus im Zentrum steht.

Ganz neu ist die *Lebensgeschichte*, die dann zum Ausgangspunkt einer Parteigeschichte wird, welche ihrerseits von vielfältigen Reflexionen über Fragen allgemeinpolitischer und anthropologischer Art immer wieder unterbrochen wird. Aus der Lebensgeschichte ergibt sich, dass schon auf den ersten Seiten das grossdeutsche Motiv hervortritt und dass Hitler vor allem als ein *österreichischer Deutscher* erscheint. Aber der Bericht über seine Erfahrungen in Wien macht bei aller Selbststilisierung doch auf geradezu frappierende Weise deutlich, wie sehr er als *europäischer Bürger* empfand. Das beweist schon seine Erzählung vom ersten Zusammentreffen mit Sozialdemokraten auf der Baustelle, und noch beweiskräftiger ist der Bericht darüber, wie er eines Tages einer Massendemonstration sozialdemokratischer Arbeiter begegnet und «mit angehaltenem Atem den ungeheuren menschlichen Drachenzug» beobachtet, der sich da langsam vorbeiwälzte. «In banger Gedrücktheit verliess ich endlich den Platz und wanderte heimwärts.»⁹ Das war auf geradezu paradigmatische Weise eine «bürgerliche» Reaktion, aber keineswegs «die» bürgerliche Reaktion, denn Männer wie Max Weber oder Clement Attlee reagierten ganz anders. Dass bei Hitler die Empörung über einen frühen und gern übersehenen Totalitätsanspruch der Arbeiterbewegung mitschwang, nämlich über die «brutalen Forderungen», nur rote Versammlungen zu besuchen und nur rote Bücher zu lesen, ist nicht zu verkennen, aber gerade an dieser Stelle bringt er das ebenfalls totalitäre Postulat vor, der Sozialdemokratie «eine Lehre von besserer Wahrhaftigkeit, aber gleicher Brutalität der Durchführung» entgegenzustellen.¹⁰ Es ist trotzdem nicht ohne Konsequenz, wenn er im gleichen Zusammenhang scharfe Kritik an der Verständnislosigkeit des Bürgertums gegenüber sozialen Fragen übt, das eindeutig mit der Verantwortlichkeit für die verhängnisvolle Entwicklung belastet wird. Aber wenige Seiten später schreibt Hitler: «Indem ich den Juden als Führer der Sozialdemokratie erkannte, begann es mir wie Schuppen von den Augen zu fallen ... Die Namen der Austerlitz, David, Adler, Ellenbogen werden mir ewig in Erinnerung bleiben.»¹¹ Offensichtlich wird von Hitler hier ein Begleitphä-

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

nomen zur Ursache gemacht, grundsätzlich nicht anders, als in den *Spartakusbriefen* die Kriegsgewinnler und Spekulanten als Urheber des Krieges angeklagt werden. Es ist sicherlich kein Zufall, dass auch in den Lebensberichten von Marxisten das «wie Schuppen von den Augen fallen» so häufig vorkommt.¹² Aber bei Hitler ist die Anklage gegen «Erreger» und «Urheber» des Unheils noch um vieles intensiver, vermutlich deshalb, weil sie weniger einleuchtend ist und gerade deshalb zu geradezu ungeheuerlichen Aussagen führen kann wie etwa derjenigen, der Planet werde wieder wie Vorjahrsmillionen menschenleer durch den Äther ziehen, wenn es dem Juden gelinge, mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt zu siegen. Aber nur dadurch gewinnt Hitler für sich und sein vorgestelltes «germanisches Reich deutscher Nation» eine Mission, die auf ihre Weise ebenso universal sein soll wie diejenige, welche der Marxismus sich zuschrieb: «Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.»¹³ Und so finden sich neben den langen Erzählungen und den Reflexionen über das «aristokratische Prinzip der Natur» oder das «freie Spiel der Kräfte» auch in «Mein Kampf», ganz wie in den frühen Reden, auf der einen Seite das affirmative und nationale Pathos der positiven Weltkriegserfahrung¹⁴ und auf der anderen Seite das negierende und soziale Pathos, das aus dem fortwirkenden Schreckbild des «russischen Beispiels» und der «Vernichtung der nationalen Intelligenz» hervorgeht: «Nun beginnt die grosse letzte Revolution. Indem der Jude die politische Macht erringt, wirft er die wenigen Hüllen, die er noch trägt, von sich. Aus dem demokratischen Volksjuden wird der Blutjude und Völkertyrann. In wenigen Jahren versucht er, die nationalen Träger der Intelligenz auszurotten ... Das furchtbarste Beispiel dieser Art bildet Russland ...»¹⁵

Um die gleiche Zeit schrieb einer von Hitlers bekanntesten Kampfgenossen, der Oberst Max Bauer, einen Reisebericht aus dem «Land der Roten Zaren», in dem er freimütig eingestand, seine Meinungen über die Sowjetunion und die führenden Männer ihrer Staatspartei geändert zu haben, nachdem er dort zu vieles gesehen hatte, was seinen konservativen und militärischen Prinzipien entgegenkam.¹⁶ Auch Hitler war der Traditionalist eines alten Glaubens, wie es auf ihre ganz andere Weise Rosa Luxemburg gewesen war, und er schrieb aus dem Lebendigbleiben der Vergangenheit heraus seiner Bewegung eine *Bibel*, die sich auf charakteristische Weise von den

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Grundbüchern unterschied, die Karl Marx 1867 für die Arbeiterbewegung und Lenin 1902 für den jungen Bolschewismus geschrieben hatten. Zwar war keins der drei Bücher ein Abbild der Wirklichkeit oder ein zutreffender Entwurf der Zukunft, aber jedes stand positiv inmitten machtvoller historischer Entwicklungen. Doch die Situation, in der und für die «Mein Kampf» geschrieben war, war die partikularste und am wenigsten wiederholbare. So musste auch für diejenigen, die nicht in den Spott über Hitlers *Geschwafel* eingestimmt, sondern sein Buch ernst genommen hatten, die Wahrscheinlichkeit gross sein, dass dieser Mann und diese Partei ihren demokratischen und marxistischen Gegnern nicht gewachsen sein würden. Vielleicht war die Vermutung in keinem Augenblick besser begründet als im Jahre 1926, wo die Kommunisten die Frage der *Fürstenenteignung* an die grosse Öffentlichkeit brachten und ein grosser Teil der Demokraten und Republikaner in die gleiche Richtung ging.

An und für sich war die *Einheitsfrontpolitik*, welche die Voraussetzung dieses Erfolges war, von einer linken Parteiführung nicht zu erwarten. Aber der Fünfte Kongress der Kommunistischen Internationale hatte im Sommer 1924 zwar die Rechten scharf verurteilt, doch er hatte zugleich die Linie des *Massenkampfes* vorgeschrieben, der sich gewiss in der Gestalt einer *Einheitsfront von unten* vollziehen sollte, der indessen trotzdem mancherlei Möglichkeiten zu versöhnlichen Gesten gegenüber den Sozialdemokraten bot. Ausserdem wurde die Parteiführung mehr und mehr von den Ultralinken bedrängt, und sie machte sich wiederum einige von deren Thesen zu eigen, so dass in der Komintern die Befürchtung aufkam, im Zusammenhang der Stresemannschen Zuwendung Deutschlands zum Westen gewinnen antibolschewistische oder westeuropäische Tendenzen innerhalb der KPD an Kraft. So erzwang Stalin von Sinowjew die Absendung eines «Offenen Briefes» an die Mitglieder und Organisationen der KPD, der vom 1. September 1925 datiert war und der auch von Ruth Fischer unterschrieben werden musste, obwohl er das Ende ihrer Parteilaufbahn bedeutete. Das lange Schreiben wies bereits eine Anzahl von Merkmalen des künftigen *Parteichinesisch* auf, aber sein Sinn war klar. Es verlangte nachdrücklich die Durchführung einer praktischen Bolschewisierung der Partei im Sinne des Kampfes gegen Fraktionsbildung und antibolschewistische Tendenzen sowie die klare Unterordnung der Parteiarbeit unter den Hauptgesichtspunkt der Interessen der Sowjetunion, aber auch eine stärkere Hinwendung zum Massenkampf.

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

Zwar wurde dieser Offene Brief zum Ausgangspunkt heftiger Auseinandersetzungen, und die Abfallbewegung von linken und ultralinken Kommunisten zeichnete sich bald ab, aber die Parteispitze reagierte so, wie von ihr erwartet wurde: Die Gruppe um Ernst Thälmann übernahm die Parteiführung. Wenig später bot sich ihr eine grossartige Gelegenheit, einen Massenkampf in Gang zu setzen.

Der Sturz der Monarchien hatte 1918/19 in Deutschland nicht zu der radikalen Konsequenz geführt, die man in Österreich gewählt hatte, nämlich zur Konfiskation des gesamten Vermögens der Herrscherhäuser. Man hatte vielmehr, wie es der Tradition entsprach, eine Unterscheidung von Staats- und Privatvermögen getroffen und die Abgrenzung den Ländern bzw. den Gerichten überlassen. Nach dem Ende der Inflation erregten einige neue Gerichtsentscheidungen innerhalb der teilweise noch fortlaufenden Auseinandersetzungen erhebliches Aufsehen, und die Beunruhigung wurde verstärkt, weil einige Fürsten Aufwertungsansprüche für ihre durch die Inflation vernichteten Renten u. ä. erhoben, die weit über dasjenige hinausgingen, was den kleinen Rentenbeziehern und den Sparern an Aufwertung zugestanden worden war. Die KPD brachte daher im Dezember 1925 einen Gesetzentwurf ein, der die entschädigungslose Enteignung sämtlicher Vermögen der ehemaligen Fürstenhäuser vorsah.

Zweifellos war diese Forderung, die unter das Schlagwort «Keinen Pfennig den Fürsten!» gestellt wurde, bei den Aufwertungsgeschädigten höchst populär und nicht minder bei den Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten, denen nach dem Gesetzentwurf die Erträge zugute kommen sollten. Auf der anderen Seite war aus der Verfassung ein Recht zu entschädigungslosen Enteignungen ganzer Gruppen aus politischen Gründen nicht herzuleiten, und die Kommunisten machten kein Geheimnis daraus, dass nur die erste Bresche in die Eigentumsordnung als solche geschlagen werden sollte. Sie gingen jedoch sehr geschickt vor und liessen einen überparteilichen Ausschuss unter der Leitung des linksliberalen Professors Robert René Kuczynski die Initiative für ein Volksbegehren ergreifen. Dadurch geriet die SPD-Führung in eine schwierige Situation, und sie musste sich aus Furcht vor dem Verlust zahlreicher Anhänger bereitfinden, mit der KPD gemeinsam vorzugehen. Das Volksbegehren erreichte die erstaunlich hohe Stimmenzahl von 12,5 Millionen Stimmen, weitaus mehr, als erforderlich waren, und damit war der Weg zum Volksentscheid frei, nachdem der

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Reichstag, wie zu erwarten war, den Gesetzentwurf abgelehnt hatte. Nun entwickelte sich in der Öffentlichkeit eine leidenschaftliche Auseinandersetzung, in die auch der Reichspräsident von Hindenburg eingriff. Da der Gesetzentwurf verfassungsändernd war, wären zur Annahme 20 Millionen Stimmen erforderlich gewesen, und am 20. Juni 1926 wurden nur 14,5 Millionen Ja-Stimmen abgegeben. Trotzdem handelte es sich um einen grossen Erfolg der KPD. Sie hatte die SPD-Führung in ihr Schlepptau gezwungen und überdies erreicht, dass auch sehr viele Zentrumswähler mit «Ja» stimmten. Erstmals schien die abschreckende Kraft des *russischen Beispiels* verlorengegangen zu sein, und die Wähler stimmten weitgehend gemäss den soziologischen Grenzlinien ab: kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter schienen unter kommunistischer Führung in der gleichen Front zu stehen.

Dennoch ist als Hauptergebnis Folgendes anzusehen: Mit der populärsten und scheinbar massvollsten aller vorstellbaren Parolen hatte die KPD zwar die SPD auf ihre Linie gebracht und neben den *Zentrumsproletariern* auch sehr viele Linksdemokraten (darunter wohl alle Linksintellektuellen) angesprochen, aber sie kam trotzdem nicht über 40% der Stimmen hinaus. Es war so gut wie ausgeschlossen, dass sie sich mit ihren eigenen Parolen wie etwa derjenigen der Diktatur des Proletariats jemals auf legalem Wege durchsetzen würde. Sie hatte zweifellos recht, wenn sie meinte, dass sogar unter den Bedingungen einer schweren Krise nur der «bewaffnete Aufstand» zum Siege führen würde.

Die Gegenwirkung der Nationalsozialisten hatte im Rahmen dieser wichtigen und vor allem symptomatischen Ereignisse bloss episodischen Charakter und trug dazu bei, die Abgeordneten Frick und Genossen als ebenso komisch wie bedeutungslos erscheinen zu lassen. Sie brachten nämlich im Reichstag einen Antrag zwecks Enteignung des Vermögens «der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten» ein, der ein genaues Gegenbild des kommunistisch-sozialdemokratischen Gesetzentwurfes war und natürlich keinerlei Aussicht hatte, auch nur ernsthaft erörtert zu werden. Aber subversiv war er ohne Zweifel, und auf natürliche Sympathien der Kapitalisten durfte diese Partei in Zukunft schwerlich zählen. Wenn der Volksentscheid für die Kommunisten letzten Endes ein Misserfolg war, so hatten sie doch über ihre radikalsten Feinde einen Triumph errungen, der nicht bloss quantitativ oder materiell war.¹⁷

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

Aber sie nahmen diese Feinde kaum noch ernst, und die innerkommunistischen Auseinandersetzungen, die sich während der nächsten Jahre abspielten, waren dafür ein unzweideutiger Beweis. Sie drehten sich nämlich überhaupt nicht um das Verhältnis zum *Faschismus* und um die besten Methoden, ihn zu bekämpfen. Es ging vielmehr weiterhin um die *Bolschewisierung* der Partei, die Thälmann und seine Anhänger nur unter schweren Kämpfen weitertreiben und durchsetzen konnten. Die schärfsten Gegner waren die Ultralinken, denen sich ein Teil der Linken um Ruth Fischer und Arkadij Maslow nach dem Verlust der Parteiführung anschloss. Am frühesten formierte sich bereits 1925 eine Gruppierung um Werner Scholem, Iwan Katz und Arthur Rosenberg. Sie erhob Vorwürfe gegen die kommunistischen Führer, die zu glauben schienen, «dass die preussische Armee vor dem Kriege ungefähr das verkörperte Ideal einer leninistischen Partei sei». ¹⁸ Die Gegenvorwürfe besagten, die Ultralinken betrachteten den Bolschewismus als eine *bürgerliche Verirrung*, und damit war unzweifelhaft etwas Richtiges getroffen. Aber da Katz, Rosenberg und Scholem «jüdische Intellektuelle» waren, glaubten manche Beobachter, in der Kampagne gegen die Intellektuellen, die von der Thälmann-Gruppe nach dem Vorbild der Stalinschen Polemik gegen Trotzki, Sinowjew und Kamenjew in Gang gesetzt wurde, antisemitische Untertöne wahrzunehmen. Die Intellektuellen waren untereinander jedoch keineswegs einig, und es gab auch eine Anzahl von Arbeitern unter den Vorkämpfern der Opposition. Zeitweise existierten nicht weniger als zehn Oppositionsgruppen, und fast ein Dutzend Reichstagsabgeordnete zählte sich schliesslich zu den *linken Kommunisten*. Die Parteiführung ging taktisch sehr geschickt vor und schloss eine der Oppositionsgruppen nach der anderen aus. Als erste traf dieses Schicksal die Gruppe um den ehemaligen Leiter der Kommunalabteilung in der Zentrale der KPD, Iwan Katz. Sie war in der Tat sehr radikal, denn sie wollte es als eine Ehre betrachtet wissen, antibolschewistisch genannt zu werden, solange es bolschewistisch sei, «die Interessen des internationalen Proletariats zugunsten des russischen Staats, d.h. der russischen kapitalistischen Bauernmehrheit» zurückzustellen und innerhalb der KPD Parteidisziplin durch Kadavergehorsam zu ersetzen. Später schloss sich die Gruppe den *Rätekommunisten* um Franz Pfemfert an, die Stalin als einen «Bauernnapoleon» bezeichneten und in Russland sogar das «letzte Bollwerk der Bourgeoisie»,

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

nämlich eine nationalkapitalistische Grossmacht und Feindin des Proletariats zu erkennen glaubten.¹⁹

Andere und doch ähnliche Wege gingen Linke und Ultralinke wie Karl Korsch, Hugo Urbahns, Arthur Rosenberg, Arkadij Maslow und Ruth Fischer: Teilweise entfernten sie sich vom Kommunismus und sogar vom Marxismus, teilweise kehrten sie später in die Partei zurück. Die Spaltungen und Auseinandersetzungen sind hier nicht im Einzelnen zu verfolgen²⁰, denn im vorliegenden Zusammenhang kommt es in erster Linie auf eine Feststellung an: Keine dieser Gruppierungen schrieb es sich als Verdienst zu, dem Nationalsozialismus bzw. Faschismus trotz schwerwiegender Gegensätze näherzustehen als die Parteiführung. Und ähnliches gilt für die Polemik. Auch wenn man Stalins «Sozialismus in einem Lande» auf das Heftigste bekämpfte, nannte man ihn nicht *faschistisch*, und selbst als Trotzki 1930 den Terminus «Nationalsozialismus» auf Stalins Praxis anwandte²¹, wollte er keine Verbindung mit der Hitlerpartei herstellen, die für ihn ein Resultat der Konterrevolution blieb, während Stalin immerhin ein *Thermidorianer* war. Das war bei den Auseinandersetzungen, die sich um etwa die gleiche Zeit innerhalb der NSDAP vollzogen, erheblich anders, und auch darin ist ein Beweis für die Priorität und für die bis 1930 weit grössere Bedeutung des Kommunismus zu erblicken.

Es handelt sich um den Streit zwischen *rechten* und *linken* Nationalsozialisten, der bald nach der Neugründung der Partei seinen Anfang nahm und sich bis 1930 hinzog. Als links galt die norddeutsche Parteiorganisation, deren Aufbau von Hitler im März 1925 Gregor Strasser übertragen worden war, einem Apotheker und hochdekorierten Frontoffizier aus Landshut. Neben ihm war sein Bruder Otto tätig, der ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewesen war und eine Studentenkompanie gegen die Kapp-Truppen geführt hatte. Das Potential, aus dem dieser Flügel schöpfen musste, war in starkem Masse *völkisch-protestantisch*. Andererseits liessen sich die *proletarischen Massen* im Ruhrgebiet und in Berlin nur dann für einen nationalistischen Sozialismus gewinnen, wenn *der Kapitalismus* und mindestens *die Spiessbürger* bekämpft wurden. In beidem war potentiell ein Konflikt mit München enthalten, denn es wurde nicht ohne Grund behauptet, Hitler habe seinen *Frieden mit Rom* gemacht und er suche Kontakte zu führenden Wirtschaftskreisen. Jedenfalls wurde im September 1925 eine «Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

Gaue» gebildet, und als deren Organ erschienen vom 1. Oktober an die *Nationalsozialistischen Briefe*, herausgegeben von Gregor Strasser und redigiert von Dr. Joseph Goebbels, dem Geschäftsführer des Gaues Rheinland in Elberfeld. Ein erster Programmentwurf sah die Überführung der Grossindustrie in partielles Staats- und Gemeindeeigentum sowie die Umwandlung aller Bodeneigentümer in Erbpächter vor. Er fand in München ebensowenig Beifall wie eine erste und positive Entschliessung zur Fürstentagung, und auf einer Führertagung in Bamberg am 14. Februar 1926 setzte sich Hitler mit einer vielstündigen Rede vollständig durch und gewann insbesondere Goebbels für sich, den er am Ende des Jahres zum Gauleiter von Berlin ernannte. Trotzdem behielt der norddeutsche Parteiflügel eigene und überwiegend linke Charakterzüge, und er schuf sich im *Kampf-Verlag* eine starke Machtbasis. In dessen Zeitungen und in den NS-Briefen konnte der Vernichtungskampf gegen den (internationalen) Kapitalismus proklamiert werden, und hier legte man viel Verständnis für die marxistische Klassenkampflehre an den Tag, die also durchaus nicht in Übereinstimmung mit Hitler als jüdische Erfindung galt. Vor allem aber kam hier eine ausgeprägte Ostorientierung zu Wort, weil das oberste Ziel, die Zerreissung der Diktate von Versailles und Saint-Germain, ohne die Hilfe der Sowjetunion und ohne ein Bündnis mit allen unterdrückten Völkern der Welt nicht erreichbar sei. Zwar wird der Bolschewismus als solcher mit Entschiedenheit abgelehnt, meist mit antisemitischer Begründung, aber in der Rede «Lenin oder Hitler?», die Goebbels erstmals im Februar 1926 in Königsberg hielt, werden Bolschewismus und Nationalsozialismus als die beiden revolutionären Bewegungen des 20. Jahrhunderts so weitgehend parallelisiert, dass der Gegensatz schliesslich bloss darin gesehen wird, Lenin habe durch die Welt auch Deutschland erlösen wollen, während es Adolf Hitlers Ziel sei, die Welt durch Deutschland zu erlösen.²² Einige linke Nationalsozialisten gelangten bis zu regelrechten Bündnisangeboten an die KPD, weil sie meinten, die KPD und die SU seien «in der heutigen Situation, soweit das nur geht, unsere Bundesgenossen gegen Weimar, Versailles und Wallstreet», obwohl sie letztlich andere Ziele verfolgten.²³ Die Sozialdemokraten wiederum stützten sich auf derartige Äusserungen, um die nahe Verwandtschaft von Kommunisten und Nationalsozialisten nachzuweisen.

Es ist anzunehmen, dass Adolf Hitler nicht zuletzt die linken National-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

sozialisten im Auge hatte, als er 1925 und 1926 den zweiten Band von «Mein Kampf» schrieb, der im Dezember 1926 erschien. Hier machte er erneut klar, dass bei ihm die antibürgerliche Polemik nicht im Geringsten eine Abschwächung des radikalen Antibolschewismus bedeutete, und vor allem arbeitete er die bisher erst ansatzweise vorhandene Lebensraumlehre in einer Weise heraus, die jeden Kompromiss mit dem Konzept der Ostorientierung unmöglich machte. Aber auch die starke Hervorhebung der Rassenlehre dürfte in diesem Zusammenhang zu sehen sein. Ein Bündnis mit den unterdrückten Nationen ist deshalb vollständig auszuschliessen, weil deren Lage auf rassische Minderwertigkeit zurückzuführen ist. So ist der zweite Band viel stärker als der erste von jenem zugespitzten und verhärteten «Europäismus» erfüllt, der die Herrschaft des englischen Herrenvolkes und der mit ihm künftig verbündeten Deutschen als eine «rassische» Naturbestimmtheit ansieht²⁴ und daraus das Recht ableitet, im Osten zur «Bodenpolitik der Zukunft» überzugehen, welche das Ende des russischen Staates bedeuten wird, da nach dem Untergang der Bolschewisten, jener «blutbefleckten gemeinen Verbrecher», dort keine Führungsschicht mehr vorhanden sein wird, die den Staat Zusammenhalten könnte. Wie sehr aber Hitler immer noch an der Situation des russischen Bürgerkriegs orientiert ist, lässt das «Politische Testament» erkennen, mit dem er das Kapitel 14 über «Ostorientierung oder Ostpolitik» abschliesst: «Duldet niemals das Entstehen zweier Kontinentalmächte in Europa. Seht in jeglichem Versuch, an den deutschen Grenzen eine zweite Militärmacht zu organisieren ... einen Angriff gegen Deutschland ... Sorgt dafür, dass die Stärke unseres Volkes ihre Grundlagen nicht in Kolonien, sondern im Boden der Heimat in Europa erhält .. .»²⁵ Ganz wie Hitler die englische Vorherrschaft in der Welt während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch eine Rassenlehre und damit die Einbeziehung Deutschlands fixieren will, so will er an dieser Stelle die Situation der Jahre 1917/18 festhalten, als es die zweite, die russische Militärmacht an den Grenzen Deutschlands nicht mehr gegeben hatte, welche doch im ganzen 18. und 19. Jahrhundert eine selbstverständliche Grundtatsache gewesen war. Die Angst vor der eigenen Vernichtung, welche die frühen Reden und noch den ersten Band von «Mein Kampf» so stark geprägt hatte, resultiert nun in einem aussenpolitischen und staatlichen Vernichtungswillen, der den linken Nationalsozialisten hinsichtlich Russlands ganz fern lag.

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

Es gab also genuine Differenzen zwischen München und Norddeutschland. 1928 war noch nicht entschieden, ob das Hitlersche Konzept der Identifizierung von Nationalismus und Sozialismus oder das Strassersche eines *nationalen Sozialismus* aussichtsreicher war. Es war ebenfalls ungewiss, ob schliesslich eine Spaltung der Partei erfolgen würde oder nur das Abschwenken einer kleinen Gruppe. Eine wichtige Vorentscheidung waren die Reichstagswahlen von 1928, die für die Nationalsozialisten eine Niederlage und für die Kommunisten einen beträchtlichen Erfolg bedeuteten.

Die Hauptgewinnerin war allerdings die SPD. Sie errang 152 Mandate und war damit stärker als in jedem der vorhergehenden Parlamente mit Ausnahme der Nationalversammlung. Dagegen gingen die Deutschnationalen von über 100 auf 78 zurück, und auch die Mittelparteien verloren eine Anzahl von Sitzen. Die Kommunisten stiegen von 45 auf 51 Mandate, und die NSDAP hatte trotz grösster propagandistischer Anstrengungen bloss 12 Sitze erobern können, während sie bisher 14 gehabt hatte. Aber diese 12 waren nun alle Hitler-Anhänger, und unter den 54 Kommunisten befand sich kein *Linkskommunist* mehr. Gleich wohl schien das Ergebnis vom Dezember 1924 insofern bestätigt zu sein, als die Nationalsozialisten sich im Vergleich zu den Kommunisten wie eine unbedeutende Spalterpartei ausnahmen. In der Tat wurde ihnen von selten der neuen Regierung der *Grossen Koalition* nur wenig Beachtung zuteil, und die preussische Regierung hob ein für Berlin ausgesprochenes Parteiverbot auf. Viel wichtiger schien zu sein, dass sich bei den Deutschnationalen nun rasch eine radikalere Tendenz durchsetzte, die im Oktober die Wahl des Pressemagnaten Alfred Hugenberg zum Parteivorsitzenden herbeiführte, während die gemässigten Kräfte auf den Weg der Abspaltung gedrängt wurden.

Im Rückblick erscheint die Zeit der Grossen Koalition vom Sommer 1928 bis zum Frühjahr 1930 häufig als die letzte gute Zeit der Weimarer Republik. Die Zeitgenossen empfanden das jedoch nicht durchweg so, und ein symptomatisches Schwächezeichen der Regierung war der Streit um den Panzerkreuzer A, der die sozialdemokratischen Minister und die Reichstagsfraktion in eine überaus eigentümliche Gegenstellung brachte. Geradezu ein Unheilszeichen war aber der sogenannte «Blutmai» von 1929, welcher der ultralinken Wendung Stalins und der Komintern von 1928 sozusagen die populäre Sanktion gab.

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Der Streit um den Bau eines neuen Panzerkreuzers hatte bereits 1927 begonnen, und die wichtigsten Argumente waren schon damals ausgetauscht worden: der Panzerkreuzer sei unnötig und bloss ein gefährliches Spielzeug, da Abrüstung und nicht Aufrüstung auf dem Programm stehen müsse, sagten die Vertreter der SPD und der Demokratischen Partei; es handle sich um einen im Versailler Vertrag vorgesehenen Ersatzbau, der für eine Verteidigung Ostpreussens unerlässlich sei, erwiderten Deutschnationale und Volksparteiler. Die Befürworter setzten sich durch, und so wurde das Kriegsschiff in den Wahlkampf hineingezogen. Die Sozialdemokraten führten ihn teilweise mit der Parole *Kinderspeisung statt Panzerkreuzer*, die vermutlich nicht unerheblich zum Wahlsieg beitrug. Aber die sozialdemokratischen Minister fassten im August 1928 zusammen mit den übrigen Kabinettsmitgliedern den Beschluss, mit dem Bau zu beginnen, um einen Bruch der sowieso noch sehr fragilen Koalition zu vermeiden. Bei den neuen parlamentarischen Auseinandersetzungen stimmten die sozialdemokratischen Minister indessen als Abgeordnete gegen die Entscheidung, die sie als Kabinettsmitglieder getroffen hatten. Die Kommunisten wiederum brachten im September ein Volksbegehren ein, das aus einem einzigen Satz bestand: «Der Bau von Panzerschiffen und -kreuzern jeder Art ist verboten.» Diesmal blieb ihre Stimmzahl aber weit hinter derjenigen zurück, die sie bei den Reichstagswahlen erhalten hatten. Ihr Antrag war also nicht populär, vermutlich aus mehreren Gründen und nicht zuletzt aus dem Verdacht heraus, die Sektion der Kommunistischen Internationale wolle ihrem Staat, der UdSSR, einen Rüstungsvorteil verschaffen. Charakteristisch war aber auch die Haltung der Sozialdemokraten, welche in der rechten Hälfte des deutschen Volkes den Verdacht nähren musste, diese grosse Partei habe immer noch kein Verhältnis zu den elementaren Staatsnotwendigkeiten gefunden, denn ihre Argumente gegen den Panzerkreuzer konnten auch bis zu der These weitergeführt werden, dass die Reichswehr überflüssig sei und dass deren Etat der Arbeitslosenhilfe oder der Kinderspeisung zugewendet werden könne. Die alte Behauptung, dass es einen *Gesamtmarxismus* gebe, erhielt also neue Nahrung.

Etwa zur gleichen Zeit aber fand der alte Gegensatz innerhalb dieses Gesamtmarxismus in den Maiereignissen einen neuen und überaus blutigen Ausdruck.

Im Dezember 1928 hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident von

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924-1929

Berlin, der ehemalige Böttcher Karl Friedrich Zörgiebel, alle Demonstrationen und Versammlungen im Freien verboten, weil sich in letzter Zeit schwere Zusammenstöße zwischen dem Rotfrontkämpferbund und der SA ereignet hatten. Der Preussische Innenminister Albert Grzesinski veröffentlichte am 29. März 1929 eine «letzte Warnung», in der er fast unverhüllt ein Verbot der KPD androhte. Es war jedoch sehr begreiflich, dass die KPD aufs Stärkste gegen den Beschluss agitierte, denn bei den Aufmärschen zum 1. Mai handelte es sich ja um ein besonders altes und ehrwürdiges Erbe der gesamten Arbeiterbewegung. Tatsächlich zogen die Behörden eine Aufhebung des Demonstrationsverbots für den 1. Mai in Erwägung, aber die Ermordung von zwei Reichsbannerleuten verschärfte die Situation von Neuem. Und die Agitation der KPD war vom Aufruf zum bewaffneten Aufstand nicht weit entfernt: «Der revolutionäre Elan und der Kampfeswille der deutschen Arbeiter wird dem sozialdemokratischen Polizeiminister der Trustbourgeoisie zeigen: Das Proletariat pfeift auf ihre Verbote.»²⁶ Die SPD dagegen brachte Wendungen wie «Die KPD braucht Leichen» oder «Auf Befehl Moskaus» in Umlauf und verschärfte dadurch ihrerseits die Lage. Die Kommunisten wiederum liessen am Abend des 30. April durch einige Hundert RFB-Mitglieder und Jungspartakisten Überfälle auf Verkehrspolizisten an Kreuzungen verüben, und am Morgen des 1. Mai erschien die *Rote Fahne* mit der Überschrift «Kampf-Mai 1929», während der Leitartikel von den «Signalen einer neu aufsteigenden Welle der proletarischen Revolution» sprach. Es versammelten sich jedoch bloss einige tausend Demonstranten auf den Strassen, und deshalb ist es zweifelhaft, ob die Partei auch nur alle RFB-Mitglieder mobilisiert und in Zivil zur Erzwingung der Demonstration bereitgestellt hatte. Eben das nahm die Polizei allem Anschein nach an, und sie bediente sich sehr scharfer Methoden, um die Züge aufzulösen. Gegen Mittag fielen die ersten Schüsse in den Hauptunruhezentren an der Kösliner Strasse im Wedding und am Hermannplatz in Neukölln, vermutlich von Seiten der Polizei, die mit einem Stein- und Flaschenhagel sowie empörten Rufen wie «Bluthunde» empfangen worden war. Die Antwort bestand im Einsatz von Panzerwagen, der Erstürmung der Barrikaden und dem gefürchteten Ruf «Weg von den Fenstern», da aus Furcht vor Heckenschützen auf geöffnete Fenster sofort geschossen wurde. Schon am Abend des ersten Tages waren 9 Tote und 63 Schwerverletzte zu verzeichnen. Bis zum 4. Mai kam es immer wieder zu schweren

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Zusammenstössen, die besonders durch Gruppen von Jugendlichen hervorgerufen wurden und Sympathiebezeugungen der Bevölkerung auslösten. Am 2. Mai hatte die *Rote Fahne* leidenschaftliche Anklagen gegen die «Mörderpartei» und die «blutbefleckte Koalitionsregierung» erhoben, und sie hatte einen Aufruf zum «Massenstreik» gebracht, der allerdings kaum befolgt wurde. Im Preussischen Landtag spielten sich erregte Szenen ab: Der Abgeordnete Jendretzky erschien in voller RFB-Uniform, Wilhelm Pieck schleuderte den Sozialdemokraten das Wort «Mörderbande!» ins Gesicht, die Fraktion sang stehend die Internationale und zog dann aus dem Parlament aus. Insgesamt waren über 30 Tote zu beklagen, zum grossen Teil Unbeteiligte, auch Frauen; die Polizei dagegen hatte keine Todesopfer aufzuweisen, und nur einer ihrer Verletzten hatte eine Schusswunde erhalten. Gleichwohl wurden am 6. Mai der Rote Frontkämpferbund, die Rote Jungfront und die Rote Marine verboten.

Auch von *bürgerlicher Seite* wurde an dem harten Vorgehen der Polizei, die sich «wie in Feindesland» verhalten habe, viel Kritik geübt, nicht bloss von der *Frankfurter Zeitung* und vom *Berliner Tageblatt*. Der *Vorwärts* äusserte sich dagegen auf militante Weise: «Die Kommunisten brauchten Leichen und machten das Lumpenproletariat mobil ... Nieder mit den kommunistischen Schädlingen der Arbeiterbewegung!»²⁷ Man konnte in der Tat ohne besondere Böswilligkeit vermuten, dass die Kommunisten den bewaffneten Aufstand, den sie immer wieder beschworen, bei dieser Gelegenheit zwar nicht durchführen, aber doch proben wollten und dass ihnen die tiefe Empörung, die nun beträchtliche Teile der Berliner Bevölkerung gegen die «Zörgiebel-Kosaken» und die «Polizeibestie» erfüllte²⁸, sehr willkommen war und gewiss auch von ihnen selbst geteilt wurde. Die Sprache der rechten Zeitungen war ihrerseits von äusserster Heftigkeit: Immer wieder war von der deutschen Kerenski-Epoche die Rede, in die man anscheinend von Neuem eingetreten sei, die *Deutsche Zeitung* sprach von der «zusammengeballten Verkommenheit des Abschaums der Menschheit unseres Maschinenjahrhunderts»²⁹, und die *Deutsche Tageszeitung* forderte, «die Verbrechernester der Unruhestifter so gründlich auszuräuchern, dass sich niemand wieder darin festsetzen kann».³⁰ Die alte Furcht vor dem Bürgerkrieg und die Erinnerung an die Jahre von 1918 bis 1923 wurden wieder lebendig, zumal sich die ersten Anzeichen der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise bereits bemerkbar machten.

8. Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion

Noch sahen die Kommunisten allerdings in den Sozialdemokraten und dem Weimarer Staat der *Trustbourgeoisie* entsprechend dem russischen Beispiel ihre künftigen Hauptgegner im Bürgerkrieg. Aber eine andere Partei, die genau wie die Kommunisten, doch aus entgegengesetzten Gründen, ihr «Fort mit Grzesinski, Severing, Zörgiebel!» rief, befand sich bereits im Aufstieg, und es sollte nicht mehr lange dauern, bis Deutschlands Strassen, aber auf andere Weise auch Deutschlands Zeitungen und Theater zu Schauplätzen eines Bürgerkrieges wurden, der freilich begrenzt blieb, weil Regierung, Polizei und Reichswehr im Wesentlichen doch das Heft in der Hand behielten. Allerdings konnte ihnen die erforderliche *Äquidistanz* nicht leichtfallen, denn bis dahin waren sie vornehmlich von der einen und weitaus stärkeren der beiden Parteien angegriffen worden.

Aber es war auch noch ein zweiter Staat im Spiel, und gerade zum 1. Mai 1929 wirkte er durch eine Rede seines Kriegskommissars auf gravierende Weise in die Angelegenheiten Deutschlands hinein. Diese Einwirkungen waren jedoch nicht durchweg negativ und feindselig. Es ist an der Zeit, einen Blick auf die staatlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion zu werfen, bevor jener innerdeutsche Bürgerkrieg zum Thema gemacht wird.

8. Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben in der Literatur viel Beachtung gefunden, weitaus mehr, als das Verhältnis von Kommunisten und Nationalsozialisten auf sich gezogen hat. Wenn dieses Verhältnis im Vordergrund des Interesses steht, müssen jene Beziehungen zurücktreten, jedenfalls bis 1933, denn die Nationalsozialisten waren die Hauptvertreter der *sozialpolitischen Linie* in der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion und dem Kommunismus, d.h. der Linie, die vor allem den weltrevolutionären Willen und die Vernichtungsabsicht gegenüber dem Bürgertum wahrnahm und insofern mit den Kommunisten bei entgegengesetzter Bewertung übereinstimmte. Aber die *staatspolitische Linie* war der sozialpolitischen

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

nicht einfach entgegengesetzt, sondern es ergaben sich mannigfaltige Verschlingungen und Spannungen, kaum je aber ein ausschliessender Gegensatz.

In gewisser Weise war die staatspolitische Linie sogar die ältere: Deutschland war durch die strategisch bedingte Förderung der revolutionären Propaganda im Kriege und vor allem durch die Zulassung der Durchreise Lenins in gewisser Weise der Begründer Sowjetrusslands und nach Brest-Litowsk für entscheidende Monate sein Erhalter. Die Anschauung des roten Terrors, die Hilferufe vieler Vertreter des Bürgertums, die revolutionäre Propaganda im deutschen Heer und hinter der Front blieben nicht ohne Einfluss auf die führenden Männer, und sowohl der Kaiser als auch der Reichskanzler Hertling sowie der Stabschef von Oberost, General Max Hoffmann, trugen sich ernsthaft mit dem Gedanken, die deutschen Truppen nach Petrograd und Moskau marschieren zu lassen, um eine deutschfreundliche *weisse* Regierung einzusetzen. Aber die *Weissen* waren nicht durchweg deutschfreundlich, und sie waren zu einem guten Teil *rot*: Keine Partei stand entschiedener auf der Seite der Entente als die Sozialrevolutionäre, und gerade die Ermordung des deutschen Gesandten, des Grafen Mirbach, durch linke Sozialrevolutionäre klärte die deutsche Regierung darüber auf, dass die Bolschewiki die einzige starke und organisierte Kraft in Russland waren, die eine Wiederaufnahme des Krieges radikal ablehnte. So setzte sich der neue Staatssekretär des Auswärtigen, von Hintze, gegen alle anderen Bestrebungen durch¹ und schloss mit der Sowjetregierung Ende August 1918 die sogenannten «Zusatzverträge», die für Lenin eine neue *Atempause* bedeuteten.

Kaum mehr als zwei Monate später konnten die führenden Männer in Moskau voller Erleichterung und Triumph ihren ersten Kontakt mit der revolutionären deutschen Regierung aufnehmen, und die Enttäuschung war gross, als der Volksbeauftragte Haase sich kühl und reserviert verhielt und als wenig später die Regierung Ebert scharf gegen die Einmischung in Deutschlands innere Angelegenheiten protestierte, die durch die verschiedenen Aufrufe und Proklamationen der Sowjetregierung erfolgt sei. Daher wurden die diplomatischen Beziehungen, welche die kaiserliche Regierung in einer ihrer letzten Amtshandlungen abgebrochen hatte, nicht wiederaufgenommen, und nach dem Tode Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, in dem man bereits den künftigen Präsidenten der deutschen Sowjetrepublik hatte sehen wollen, verschlechterten sich die Beziehungen immer mehr,

8. Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion

nicht zuletzt wegen des Widerstandes, den die deutschen Truppen im Baltikum weiterhin gegen das Vordringen russischer und einheimischer *Roter* leisteten. Aber um die gleiche Zeit sah doch ein Mann wie der Aussenminister Graf Brockdorff-Rantzau ganz deutlich, ein wie grosser Trumpf die Regierung der Bolschewiki auch in der Hand des besiegten Deutschlands sein könne: durch die Anknüpfung an die jetzt mehr und mehr hervortretenden *sozialpolitischen* Sorgen der Alliierten, die Deutschland zu einem geschätzten Verbündeten machen konnten, oder aber durch eine enge Verbündung mit Russland gegen die Entente.²

Beide Möglichkeiten ergaben sich zwangsläufig aus der staatspolitischen Situation und der geographischen Lage Deutschlands: Westorientierung mit antibolschewistischem Akzent, also Anpassung der staatspolitischen an die sozialpolitische Linie, oder Ostorientierung als Einvernehmen mit dem bolschewistischen Russland. Die tiefe Enttäuschung und Demütigung, die Brockdorff in Versailles hinnehmen musste, machten ihn zu einem Vorkämpfer der zweiten Linie, auch wenn er in der Ostorientierung nie so weit ging wie der General von Seeckt, dem es vor allem auf die Vernichtung Polens ankam und der als Gegenleistung erhebliche innenpolitische Konzessionen machen wollte.³ Ebert und fast alle Sozialdemokraten dagegen vertraten unverbrüchlich die Linie der Westorientierung, die für sie ja die einzige Möglichkeit der Selbstbehauptung gegenüber den Kommunisten bedeutete.

Aber es kam noch eine dritte Linie ins Spiel, die wirtschaftspolitische, die von vielen deutschen Unternehmern eingeschlagen wurde und die insofern nicht unter allen Umständen unpolitisch oder philobolschewistisch sein musste, als sie mit der Überzeugung verbunden sein konnte, dass durch die Herstellung von Handelsbeziehungen der *barbarische* oder *asiatische* Charakter des Bolschewismus gemildert werden könne. Dieselbe Überzeugung vertrat ja in England Lloyd George, und schon im Jahre 1920 gerieten Engländer und Deutsche in einen Konkurrenzkampf um den russischen Markt. Von sowjetischer Seite machte als erster Karl Radek einen Vorstoss in die Richtung einer pragmatischen Verständigung mit der bürgerlichen deutschen Regierung, die freilich für ihn nur ein Vorspiel der ideologischen und materiellen Einheit des russischen und des deutschen Sowjetlandes sein sollte: «Ich bin zu wenig Diplomat, um zu heucheln, dass ich an die

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

lange Lebensdauer des deutschen Zustandes von heute glaube. Das deutsche Bürgertum glaubt nicht an lange Dauer unseres Lebens. Wir sind also einer Meinung. Weshalb sollen wir aber nicht Leinen für Medikamente, Holz für elektrische Apparate tauschen? Sie fordern doch nicht von Leuten, denen Sie Unterhosen verkaufen, ein Attest der Unsterblichkeit!»⁴

Die ersten formellen Kontakte zwischen den beiden Regierungen dienten der Lösung des Problems der beiderseitigen Kriegsgefangenen. In Deutschland befanden sich über eine Million russischer Kriegsgefangener, und in Russland gab es neben der beträchtlichen Zahl deutscher Kriegsgefangener zahlreiche Zivilinternierte. So wurde schon Anfang 1919 eine «Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene» geschaffen, zu deren Leiter ein ehemaliger Vizefeldwebel namens Moritz Schlesinger ernannt wurde. Mit der Rückendeckung durch Brockdorff-Rantzau hintertrieb er alliierte Pläne, aus den Kriegsgefangenen eine antibolschewistische Armee zu rekrutieren, und im November 1919 traf Viktor Kopp als Vertrauensmann der Sowjetregierung in Berlin ein, um sich der Kriegsgefangenenfrage anzunehmen und nach Möglichkeit weitere Kontakte herzustellen. Im April 1920 wurde ein Abkommen abgeschlossen, und die beiderseitigen Vertreter, in Berlin Viktor Kopp und in Moskau Gustav Hilger, erhielten nach einiger Zeit gewisse konsularische Befugnisse und persönliche Immunität.

In Deutschland liefen ständig Gerüchte über die Teilnahme von Russen an revolutionären Bewegungen um, besonders nach dem Kapp-Putsch, aber zwingende Beweise wurden nicht vorgelegt. Einen Höhepunkt der Beziehungen, die noch keine offiziellen Beziehungen waren, bildeten die Monate Juli und August 1920, als Lenin vor allem eine gemeinsame Grenze mit Deutschland herstellen wollte. Die deutsche Regierung erklärte sich für neutral, aber die anti-westliche, antipolnische Linie nicht weniger rechtsgerichteter Politiker hatte auch im Reichswehrministerium und im Auswärtigen Amt erheblichen Einfluss: Nicht nur Seeckt, sondern auch der Diplomat Ago von Maltzan und der spätere Reichskanzler Josef Wirth machten sie sich zu eigen. Die Stärke der russophilen preussisch-deutschen Tradition und der Zuversicht, durch Ausnutzung des Ost-West-Gegensatzes wieder zu machtpolitischer Stärke zu gelangen, wurde dadurch eindrucksvoll unter Beweis gestellt, denn spätestens nach der Bildung der VKPD im Dezember 1920 konnte niemand mehr übersehen, dass die Situation völlig an-

8. Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion

ders war als vor dem Kriege, weil nun Sowjetrußland mit viel besserem Grunde meinen konnte, eine eigene Partei in Deutschland zu haben, als Deutschland sie 1917/18 in Gestalt der Bolschewiki in Rußland zu besitzen glaubte. Aber die staatliche Annäherung wurde von Lenin gleichwohl hartnäckig angestrebt, weil auch er aus Spaltungen zu profitieren hoffte und weil er, wie viele Russen, der deutschen Organisation und Technik eine sehr hohe Schätzung entgegenbrachte. Auf der deutschen Seite wiederum waren nicht nur die strategischen Überlegungen Seeckts und Maltzans gegeben, sondern auch die Interessen vieler Unternehmer an der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs, also der Druck jener relativ selbständigen *wirtschaftspolitischen Linie*. So fand der Aussenminister Simons im Frühjahr 1921 freundliche Worte über Sowjetrußland: trotz des ideologischen Gegensatzes könnten beide Seiten realpolitisch miteinander umgehen. Auch die Märzaktion änderte an dieser Einstellung nichts Grundsätzliches, obwohl diesmal die Einwirkung der Komintern ausser Zweifel stand. Ein wesentlicher Grund dafür war sicherlich die Sorge wegen des § 116 des Versailler Vertrages, der Rußland das Geltendmachen von Reparationsansprüchen vorbehielt. Überdies war der *Erfüllungskanzler* Wirth ein ausgesprochener Feind des *Raubstaats* Polen. Im September 1921 wurden gegenseitige Vertreter ernannt, freilich noch unterhalb des vollen diplomatischen Status: Professor Kurt Wiedenfeld in Moskau und Nikolaj Krestinski in Berlin. Nach der für Deutschland tief enttäuschenden Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien wurde Ago von Maltzan zum Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes berufen. Etwa zu gleichen Zeit wurden die ersten Kontakte zwischen der Reichswehr und der Roten Armee aufgenommen. Andererseits schmiedete man im Westen mancherlei Pläne über die Bildung eines internationalen Finanzkonsortiums zum Zweck von Rußlands ökonomischem Wiederaufbau, zu deren Exponenten Lloyd George und auch der ganz westlich orientierte Reichsaussenminister Walther Rathenau gehörten. Darin erblickte Lenin einen Anschlag des Kapitalismus gegen die Unabhängigkeit seines Landes, und er gab seiner Delegation höchst aufschlussreiche Instruktionen mit, als Rußland ebenso wie Deutschland eingeladen wurde, an einer Weltwirtschaftskonferenz in Genua teilzunehmen.⁵ Deren wichtigstes und sensationellstes Ergebnis war der Vertrag von Rapallo, der am 16. April 1922 unterzeichnet wurde. Die unmittelbare Entstehungsgeschichte war sonderbar und ist bis heute infolge

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

der Unzugänglichkeit der sowjetischen Akten nicht völlig geklärt. Im Grunde kam der Vertrag gegen den Willen Rathenaus und auch Eberts zustande, aber es handelte sich gleichwohl um ein konsequentes Ereignis: Die beiden grossen Besiegten des Weltkrieges fanden sich zusammen, verzichteten wechselseitig auf höchst unsichere, wenn auch prinzipiell wichtige Ansprüche – die Russen auf den § 116, die Deutschen auf Entschädigung für die Nationalisierungen deutschen Eigentums –, und sie nahmen volle diplomatische Beziehungen auf. Für die Westmächte bedeutete der Vertragsabschluss einen ausgesprochenen Schock, denn eine neue Möglichkeit der internationalen PoEtik trat nun ins Blickfeld: Deutschland und Russland würden sich vielleicht eines Tages zu einer genuineen Allianz gegen den Westen verbinden. Die radikale Gegenmöglichkeit, die Churchill gegen Lloyd George verfochten hatte, schien damit unwiederbringlich dahingeschwunden zu sein: Deutschland zum Verbündeten eines antibolschewistischen Befreiungskrieges zu machen. Wie tief wäre der Schock erst gewesen, wenn tatsächlich ein Sowjetdeutschland einen viel weitergehenden Vertrag unterzeichnet hätte! Bei den deutschen Kommunisten mischten sich in der Tat Triumph und Enttäuschung, denn wenn der Vertrag die Isolierung Sowjetrusslands durchbrach, so stärkte er doch auch die deutsche bürgerliche Regierung und damit den Widerstand gegen die Revolution. War er wirklich eine *Etappe* auf dem richtigen Wege? Hatte man nicht auch die Ebert-Regierung von 1918/19 zu Unrecht für eine Etappe, d.h. für eine Kerenski-Regierung gehalten? Es klang weder überzeugend noch recht überzeugt, wenn die *Rote Fahne* unter der Überschrift «Deutsch-russischer Friedensvertrag» am 18. April die folgenden Ausführungen machte: «Für Deutschland *kann* die jetzige Wendung seiner Politik wichtige Folgen nach sich ziehen. Wird Rathenau den Augenblick nützen und die begonnene Politik fortsetzen, dann *können* alle Fragen zwischen Deutschland und den Ententestaaten *neu* gestellt werden. Wir wollen nicht verhehlen, dass wir Herrn Rathenau die konsequente Fortsetzung dieser Politik nicht zutrauen. Wir glauben auch nicht, dass eine bürgerliche Regierung es könnte.»

Der *Völkische Beobachter* dagegen sprach von einer «Verschacherung des deutschen Volkes» und vom «Verbrechen von Rapallo»⁶, und nach der Ermordung Rathenaus schrieb er am 28. Juni 1922: «Rathenau trat in Cannes für eine überstaatliche Bankierregierung ein.

8. Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion

Der Name desselben Mannes steht aber auch auf dem Vertrag von Rapallo, der Deutschland an das bolschewistische, angeblich bis aufs Blut antikapitalistische Russland bindet. Hier haben wir die Personalunion zwischen der internationalen jüdischen Hochfinanz und dem internationalen jüdischen Bolschewismus.»

Die staatspolitische Linie war also eine mittlere Linie, und sie diente der Erhaltung der Mittelposition Deutschlands. Brockdorff-Rantzau war zwar stolz auf das Vertrauensverhältnis, das ihn nach seiner Meinung mit Tschitscherin verband, aber er verlor doch nie die Überzeugung, dass er es in Moskau mit «skrupellosen Fanatikern» zu tun habe, deren Absicht darin bestehe, eines Tages die «Grenzen Asiens» bis zum Rhein vorzuschieben.⁷ Stresemann wiederum deckte alle Bemühungen seiner Beamten, das russisch-deutsche Verhältnis auch dann vor Schaden zu bewahren, wenn es sich um Nachgiebigkeit gegen Erpressungen handelte, aber eine *Ehe* mit Sowjetrußland hätte in seinen Augen bedeutet, «sich mit dem Mörder des eigenen Volkes ins Bett zu legen».⁸ Nur weil die Grossmachtposition Deutschlands daran gebunden schien, den Westalliierten gegenüber einen Manövrierraum zu erhalten, führten Brockdorff-Rantzau und Stresemann die Rapallo-Politik fort, und sie leisteten der Sowjetunion in der Tat einen grossen Dienst, als sie der Politik des Ausgleichs mit dem Westen, mit dem «Berliner Vertrag» vom April 1926 ein Gegengewicht entgegensetzten, das die Möglichkeit ausschloss, Deutschland könne jemals von England oder Frankreich zum Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen die Sowjetunion gemacht werden. Auch die Politik der KPD-Führung diene in jenen Jahren nicht zuletzt dem Ziel, eine definitive Westorientierung Deutschlands zu verhindern und «westeuropäischen» Tendenzen innerhalb des Kommunismus selbst entgegenzutreten.⁹ Ob die Sowjetregierung tatsächlich an die Kriegsgefahr glaubte, die sie mit grellen Farben an die Wand malte, ist zu bezweifeln, denn es gab gute Gründe für die Richtigkeit einer Annahme, die von Anhängern wie Gegnern gleichermassen vertreten wurde, nämlich dass sich im Falle eines Angriffskrieges der Westmächte gegen die Sowjetunion ein unüberwindlicher Widerstand hinter der Front und im Gebiet der Heimat entwickeln werde.¹⁰ Aber die Beziehungen waren aufs Äusserste gespannt, seitdem die Regierung Baldwin nach der Gefährdung durch den grossen Generalstreik vom Mai 1926 sehr energisch gegen das sowjetische Einfluss- und Spionagesystem im Lande vorging und schliesslich im Früh-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

jahr 1927 die diplomatischen Beziehungen abbrach. Titel wie «Soviet versus Civilization» waren nun in England nichts Ungewöhnliches mehr, und von Neuem fanden Thesen Gehör, die nach 1920 fast nur noch von Winston Churchill vertreten worden waren: ein virtueller Kriegszustand herrsche zwischen Moskau und den kapitalistischen Staaten, in dem die Bolschewisten die ganze Zeit angriffen, während die bürgerliche Seite – heute Grossbritannien, morgen vielleicht die USA – bisher bloss *Opfer* sei und nicht einmal angefangen habe, sich ernsthaft zu verteidigen.¹¹ Wenig später sah sich auch der französische Botschafter in Moskau einer ähnlichen Situation gegenüber wie der General Hoffmann im Sommer 1918: in der Sowjetunion vollziehe sich gegenüber den Bauern und den letzten Resten des Bürgerturns eine neue Revolution, «die kaltblütig im Zustand vollen äusseren Friedens und voller Ordnung im Inneren vollzogen wird, um alles auszurotten, was noch an persönlicher Freiheit und Privateigentum übrigbleibt». Deshalb legte Jean Herbette seinem Aussenminister Aristide Briand nahe, lieber einen Abbruch der Beziehungen ins Auge zu fassen, als «Nachgiebigkeit gegenüber dem Bösen» an den Tag zu legen.¹² Der Wunsch, einen *Kreuzzug* zu führen, war also in England und Frankreich durchaus vorhanden, aber er bildete sich nie zu einem Willen fort, da letzten Endes doch das Bewusstsein vorherrschte, dass die Struktur der Gesellschaft einen Krieg von so besonderer Art nicht zulassen würde.

Zu den Hindernissen gehörte nicht nur die Existenz einer starken sozialistischen Bewegung, die in bedeutenden Teilen sowjetfreundlich war, sondern auch die deutsche Politik der Mittellage. Innerhalb dieser Politik war es nun gerade die Reichswehr, die gleichsam den linken Flügel bildete und am engsten mit der Sowjetunion verbunden war. Als sie 1923 den drohenden Aufstand der Kommunisten in Mitteldeutschland niederwarf, gab es im Reichswehrministerium schon einen «Sonderstab R», hatten deutsche und russische Offiziere hinter dem Rücken des Botschafters Verhandlungen miteinander geführt, war bereits eine deutsche Flugzeugfabrik in der Nähe Moskaus im Bau begriffen. Nach 1923 wurde die Zusammenarbeit fortgesetzt, und es entstand die Fliegerschule von Lipezk bei Woronesch, eine Gaskampfschule bei Saratow und ein Übungsgelände für Kampfwagen bei Kasan. Selbst als der *Manchester Guardian* und einige Tage später Philipp Scheidemann in seiner Reichstagsrede vom 16. Dezember 1926 die bis da-

8. Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion

hin strikt geheime Zusammenarbeit an die Öffentlichkeit brachten und sowohl die SPD wie die KAPD eine heftige Kampagne gegen die *Sowjetgranaten* begannen, änderte sich nichts Wesentliches. Gerade in Reichswehrcreisen verbreitete sich ein Bild von der Sowjetunion und ihrer Armee, das weitaus positiver war als dasjenige der Deutschnationalen und gar der Nationalsozialisten. Wenn kommunistische Publikationen die Geschlossenheit und innere Stärke der Roten Armee rühmten, «von denen eine bürgerliche Armee nicht einmal träumen kann»¹³, so kam der Chef des Truppenamtes, General von Blomberg, 1928 nach einer ausgedehnten Inspektionsreise zu einem nicht gar so unähnlichen Ergebnis, und er wusste das warme Eintreten des Kriegskommissars Woroschilow «für die Aufrechterhaltung enger militärischer Beziehungen zur Reichswehr» nicht genug zu rühmen.¹⁴

Aber gerade Woroschilow war es, der im nächsten Jahr eine schwere Störung der deutsch-sowjetischen Beziehungen herbeiführte.

Am 1. Mai 1929 musste Brockdorffs Nachfolger Herbert von Dirksen berichten, bei der Maiparade in Moskau sei eine Nachbildung des Panzerkreuzers mitgeführt worden, an der eine Aufschrift angebracht gewesen sei, Deutschland opfere 80 Millionen für den Panzerkreuzer, lasse aber Arbeitslose verhungern. Auf dem durch die deutschen Farben gekennzeichneten Schiff hätten sich als Karikaturen aufgemachte Gestalten bewegt, welche nach Aufschriften die sozialdemokratischen Reichsminister, den Reichswehrminister, den preussischen Innenminister und den Polizeipräsidenten von Berlin dargestellt hätten. Woroschilow habe in seiner Rede erklärt, im sogenannten demokratischen Deutschland habe der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel Demonstrationen zum 1. Mai verboten, aber trotz dieses Verbots würden die Werktätigen auf die Strasse gehen, um für ihre Ziele zu demonstrieren. Diesmal nahm Stresemann kein Blatt vor den Mund und wies den Botschafter an, gegen die «unverschämte Verhöhnung der Reichsflagge» und gegen die unzulässige Einmischung Woroschilows in innerdeutsche Angelegenheiten scharf zu protestieren.¹⁵ In einer Unterredung mit Stresemann erklärte der Botschafter Krestinski die Vorfälle so, dass die Umzüge zum 1. Mai in Arbeiterzirkeln monatelang vorbereitet würden, wobei nicht einmal die Parteiinstanzen und erst recht nicht die Regierung sich einmischen könnten. Woroschilow aber habe eigentlich doch nur gegen die sozialdemokratische Partei polemisiert und nicht gegen die

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

deutsche Regierung.¹⁶ Mit dieser nicht eben sehr glaubwürdigen Erklärung gab sich die deutsche Regierung zufrieden; aber sie kann schwerlich irgendeinen Zweifel darüber gehabt haben, dass die *freundschaftlichen* staatlichen Beziehungen auf überaus brüchigen Fundamenten ruhten. Der Staat Sowjetunion wollte sich ja gleichzeitig mit einer deutschen Partei identifizieren, und diese deutsche Partei hatte inzwischen ihrerseits einen umfassenden Nachrichtenapparat aufgebaut, dessen Leitung vollständig in den Händen sowjetischer Spezialisten lag¹⁷ und der die deutsche Industrie tendenziell zu einem Glashaus werden liess, dessen Inneres in Moskau genau bekannt war. Zwar arbeiteten auch deutsche Ingenieure, die in der Sowjetunion tätig waren, angeblich für den deutschen Nachrichtendienst, wie schon in dem sogenannten Schachty-Prozess 1928 behauptet wurde, aber wer sich die Riesenapparate der KPD und des Nachrichtendienstes der Roten Armee sowie die fast völlige Abschliessung der Sowjetunion einerseits und die entsprechenden Einrichtungen auf deutscher Seite vor Augen stellte, der konnte an der gewaltigen Disproportionalität nicht den geringsten Zweifel haben. Die besten nichtkommunistischen Freunde der Sowjetunion in Deutschland waren aber neben der Reichswehr und den in der «Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion» zusammengeschlossenen Intellektuellen wie Thomas und Heinrich Mann auf scheinbar paradoxe Weise die Vertreter der *Monopolbourgeoisie*. Einige davon – unter ihnen so einflussreiche Männer wie Peter Klöckner, Ernst von Borsig und Ernst Poensgen – traten im Frühjahr 1931 eine Russlandreise an, von der sie mit grossen Hoffnungen und Erwartungen zurückkehrten, denn es war ihnen in Aussicht gestellt worden, dass die Sowjetunion einen noch grösseren Teil der industriellen Ausrüstungen, die sie für die Erfüllung des Fünfjahresplans benötigte, als schon bisher in Deutschland kaufen werde. Freilich fand gerade diese Reise in der deutschen Presse scharfe Kritik, und die staatlichen Beziehungen wurden erneut auf eine harte Probe gestellt, als die Sowjetunion im Januar und November 1932 Nichtangriffsverträge mit Polen und mit Frankreich abschloss und damit das Versailler System zu stärken schien, zu dessen schärfsten Kritikern sie doch seit 1919 gehört hatte und nach den Aussagen Stalins auch weiterhin gehören wollte.¹⁸ Ein eigenartigeres Verhältnis zwischen zwei Staaten hatte es in der Weltgeschichte bis dahin nicht gegeben: wirtschaftspolitisch ruhten Deutschlands Hoffnungen, die Weltwirtschaftskrise zu überwinden, zu einem nicht geringen

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

Teil auf den *Russenaufträgen*; staatspolitisch war die Mittelposition des Landes *zwischen Ost und West* an die Existenz der Sowjetunion geknüpft; sozialpolitisch aber war die Sowjetunion eine Partei in dem Bürgerkrieg, der sich in Deutschland nach dem *Blutmai* zu entfalten begann, als der *schwarze Donnerstag* der New Yorker Börse im Oktober 1929 ein Analogon zu der Nachkriegskrise von 1919 bis 1923 herbeiführte.

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

Erst die Weltwirtschaftskrise schuf in Deutschland die Bedingungen, unter denen zwei Bürgerkriegsparteien grosse Anhängerzahlen gewinnen konnten, aber sie schuf nicht diese Parteien selbst. Beide hatten vielmehr ein besonderes Verhältnis zur Krise, und nichts war wahrscheinlicher, als dass sie jetzt viel Gehör finden würden.

Die Kommunistische Partei war die verkörperte Lehre von der allgemeinen Krise *des Kapitalismus*. Sie durfte behaupten, durch die Weltentwicklung bestätigt zu sein, als am *schwarzen Donnerstag* des 24. Oktober 1929 an der New Yorker Börse die Aktien und sonstigen Wertpapiere einen beispiellosen Sturz erlebten und in der Folge ein ebenso beispielloser Produktionsrückgang eintrat, der rasch auf die anderen Industrieländer Übergriff und sich mit einer schweren Landwirtschaftskrise verzahnte, die sich seit Längerem angebahnt hatte. Es hatte Befremden und sogar Spott hervorgerufen, als der Sechste Kongress der Komintern im Sommer 1928 das Ende der Stabilisierungsphase des Kapitalismus verkündete, denn damals befand sich die Weltwirtschaft noch in einer Periode der Hochkonjunktur; zu Anfang des Jahres 1930 aber stieg die Arbeitslosigkeit zumal in Deutschland unaufhörlich, und die Partner der Grossen Koalition konnten sich nicht darüber einigen, ob die durch hohe Lohn- und Lohnnebenkosten bedrängten und in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt geschwächten Unternehmer die Hauptlast der Krise tragen sollten oder aber die Arbeitnehmer, deren Einkommen oft genug nicht weit vom Existenzminimum entfernt war. So kam es zum Sturz der Regierung Müller und zur Bildung einer Präsidialregierung der Krise unter Heinrich Brüning Ende März 1930.

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Ernst Thälmann behauptete, dass damit der Faschismus die Herrschaft in Deutschland angetreten habe, aber wenn der Reichspräsident nun durch den Reichskanzler aufgrund des Artikels 48 eine Art von Diktatur ausübte, so handelte es sich doch zweifellos um eine kommissarische Diktatur, die sich von der normalen Parteiendemokratie nicht stärker unterschied als der Krisenzustand der Wirtschaft vom Normalzustand einer mittleren Konjunktur. Und bei Licht besehen, gab es ja auch zwischen Konjunktur und Krise keinen grundlegenden Unterschied; im kapitalistischen System, d.h. in der Weltmarktwirtschaft, sind Produktion und Konsumtion nicht wie auf einem autarken Bauernhof oder in einer isolierten Landgemeinde unmittelbar aufeinander bezogen, sondern sie sind durch zahlreiche Zwischenstufen selbständig handelnder Akteure miteinander verknüpft. Das System ist also in sich eine permanente Krise, d.h. ein unaufhörlicher Anpassungs- und Entwicklungsvorgang, in dem immer wieder auch grössere Krisen vorkommen wie Knoten in einem Netz. Aber da die Kommunisten sich gerade an jenem Bauernhof und jener Landgemeinde orientierten und sie *auf höherer Stufe* mittels einer Planwirtschaft von Neuem zur Wirklichkeit machen wollten, waren sie die berufensten Sprecher und Vorkämpfer all derjenigen, die unter der Krise am meisten litten oder aber am stärksten an den Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten Anstoss nahmen, die aus dem *Individualismus* dieses Systems notwendig resultierten, d.h. aus der auf *Gewinn* abzielenden Bewegungsfreiheit einzelner Personen und Firmen. Die Frage, ob nicht das System in seinem nicht bloss ökonomischen und durch eine vielhundertjährige Geschichte bestimmten Gesamtcharakter dennoch zugleich allen Individuen ein höheres Mass an Sicherheit und Wohlstand zu gewähren vermochte als jedes andere, sofern es auf dem Wege vollständigerer Ausformung begriffen war, wurde von den Kommunisten nicht gestellt; für sie war es vielmehr selbstverständlich, dass die Ersetzung dieses ungerechten, chaotisch-undurchsichtigen und ineffizienten Systems durch *den Sozialismus* Elend und Ausbeutung, Völkerfeindschaft und Krieg für immer beseitigen werde. In der Weltwirtschaftskrise konnten sie also wieder zu der *grossen Protest- und Hoffnungspartei* werden, die sie am Ende des Krieges mit ihrer Ablehnung des *Völkergemetzels* gewesen waren.

Aber es gab unzweifelhaft auch besondere Ursachen, welche vielleicht die ungewöhnliche Schärfe der Krise erklärten. Schon in den frühen zwanziger Jahren hatte kein Geringerer als John Maynard Keynes ein Büchlein

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

über die ökonomischen Konsequenzen des Friedensvertrages geschrieben, in dem er warnend auf die unabsehbaren Folgen hingewiesen hatte, welche aus den deutschen Reparationszahlungen resultieren müssten, da es sich dabei um politisch begründete und insofern systemfremde Kapitalübertragungen handle. Würde die Krise nicht sehr gemildert werden, wenn die *Tributzahlungen* eingestellt würden? Wenn diese kleinere Lösung vermutlich die realistischere war, so bot doch auch sie ausserordentliche Schwierigkeiten, da die Reparationsgläubiger England und Frankreich ihrerseits zu grossen Rückzahlungen von Kriegskrediten an die USA verpflichtet waren. Wenn Amerika sich nicht zu einem Verzicht auf seine Ansprüche bereitfand, dann musste die nationalsozialistische Agitation gegen die Tributzahlungen auf die Etablierung einer deutschen Autarkie hinauslaufen. Diese Konsequenz scheuten Deutschnationale und Nationalsozialisten in der Tat nicht, als sie schon vor jenem schwarzen Donnerstag eine grossangelegte Agitation gegen den *Young-Plan* entfesselten, der nach dem Wunsch der Alliierten und der deutschen Regierung den Dawes-Plan ablösen sollte. Er bot Deutschland beträchtliche Vorteile, setzte aber auch ein Enddatum für die Reparationszahlungen fest, 1988, das eine *Versklavung* des deutschen Volkes für zwei Generationen zu bedeuten schien.

Opposition gegen diesen Plan war unvermeidlich und systemgerecht, aber die Art und Weise, wie der *Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren*, in dem Hugenberg und Hitler neben Vertretern des *Stahlhelm* und des *Alldeutschen Verbandes* gleichberechtigt zusammenarbeiteten, diese Opposition ausübten, trug mit ihrer demagogischen Intensität wesentlich dazu bei, dass die NSDAP zu nationaler Bedeutung gelangte und bei Landtags- und Kommunalwahlen ihre Stimmzahlen bedeutend zu erhöhen vermochte. Zwar scheiterte der Volksentscheid im Dezember recht kläglich, aber es hatte sich trotzdem auf befremdliche Weise gezeigt, was demagogische Agitation trotz offenkundiger Torheit vermochte, denn eine Ablehnung des Young-Plans durch das deutsche Volk hätte ja nicht die Tributzahlungen beseitigt, sondern bloss den Dawes-Plan in Kraft gelassen. Aber als der Reichspräsident im Juli 1930 den Reichstag auflöste, der die Aufhebung einer wichtigen Notverordnung verlangt hatte, da veröffentlichte die KPD im August 1930 zu den Neuwahlen ihre «Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes», welche

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

die nationalsozialistischen Forderungen an Radikalität und verantwortungsloser Demagogie erheblich übertraf. Die Partei versicherte nämlich feierlich, sie werde im Falle ihrer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären und keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen leisten. Ausserdem verlangte sie die Einführung des Siebenstundentages und der viertägigen Arbeitswoche und versprach, denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äussern würden (also auch Südtirol und den Sudetengebieten) die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland zu sichern, und zwar «im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw». ¹ Einen noch höheren Grad konnten Demagogie und Naivität nicht mehr erreichen, und Hitler, der immer für die Bezahlung der privaten Schulden eintrat, musste im Vergleich als ein massvoller und vernünftiger Mann erscheinen oder doch mindestens als ein westlich orientierter Politiker, der Deutschlands Zusammenhang mit der Weltwirtschaft nicht von vornherein zerreißen wollte, während die Kommunisten in der Sache eine deutsch-russische Weltherrschaft verlangten, sofern sie nicht lediglich nationalistische Phrasen instrumentalisieren. Trotzdem brachten ihnen die Wahlen vom 14. September einen grossen Erfolg, und sie wurden nicht müde, ihren Wahlsieg zu feiern, der sie in Berlin zur stärksten Partei gemacht hatte und die Zahl ihrer Mandate auf 77 steigen liess. Aber der Erfolg der Nationalsozialisten war noch erheblich grösser; 6,5 Millionen Wähler brachten über 100 nationalsozialistische Abgeordnete in den Reichstag, und einen solchen Sprung – von 12 auf 107 Abgeordnete – hatte in der deutschen Parlamentsgeschichte noch nie eine Partei gemacht.

Die *Rote Fahne* konnte voller Stolz die Glückwünsche der *Prawda* und der Komintern abdrucken, und ihr Leitartikel vom 16. 9. sprach zuversichtlich von der Vorbereitung des Sturms für Sowjetdeutschland, «in dem es keinen Hitler und Goebbels, aber auch keine sozialfaschistischen Wegbereiter des Faschismus» mehr geben werde.

Die Nationalsozialisten wiederum erblickten in dem Wahlergebnis «ein Vernichtungsurteil über die gesamte Erfüllungspolitik», und sie durften am 25. September einen Artikel von Lord Rothermere publizieren, den der Pressemagnat für seine *Daily Mail verfasst* hatte und der den Nationalsozialisten die Aufgabe zuschrieb, ganz Europa definitiv vor dem Bolsche-

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

wismus zu schützen, wofür sie erhebliche Zugeständnisse von Polen und auch von der Tschechoslowakei erwarten dürften.

Als am 13. Oktober 1930 der Reichstag eröffnet wurde, da zogen die 107 Nationalsozialisten in ihren braunen Uniformen ein und nahmen als ein auffallender Farbleck den weitaus meisten Raum auf der Rechten des Hauses ein. Aber schon zweieinhalb Jahre zuvor, bei der Eröffnung des Reichstags von 1928, waren Beobachtern die RFB-Uniformen in den Reihen der Kommunisten und die schlagkräftigen Gestalten vieler ihrer Abgeordneten nicht weniger aufgefallen.² Tatsächlich kam es sofort zu heftigen Lärmszenen. Zwei Bürgerkriegsparteien, die sich gegenseitig vernichten wollten und die nach ihrer Bedeutung und Zielsetzung keineswegs bloss *deutscherer en*, standen einander nun in beträchtlicher Stärke im Parlament gegenüber, und es ist an der Zeit, einen Blick auf den Bürgerkrieg zu werfen, der sich auf den Strassen Deutschlands, aber in anderer Weise auch an den Zeitungsständen und in den Buchläden sowie nicht zuletzt innerhalb der Parlamente abspielte.

Da ist allerdings zuerst hervorzuheben, dass es sich nur um einen *begrenzten* Bürgerkrieg handelte, denn die Regierung hielt trotz aller Strassenkämpfe und trotz aller verbalen Gewaltsamkeit in Broschüren und Zeitschriften das Heft letzten Endes fest in der Hand. In Russland hatte nach der Machtergreifung der Bolschewiki ein echter Bürgerkrieg zwischen bewaffneten Grossformationen getobt, die keine höhere Instanz über sich hatten, hauptsächlich deshalb, weil das Land sich noch im Kriege befand und räumlich zu gross war, als dass sich die in den Hauptstädten siegreiche Partei gleich überall hätte durchsetzen können. Aber auch in Italien, wo erstmals in der Weltgeschichte eine parlamentarische Regierung während der Jahre 1920-22 mit zwei starken Bürgerkriegsparteien konfrontiert gewesen war, hatten die Kämpfe zwischen Sozialisten und Faschisten manche Regionen zeitweise unter praktischer Ausschaltung des Staates vollständig beherrscht. In Deutschland dagegen behaupteten sich Brünings Präsidialregierung der Krise und die längst etablierte Regierung der Weimarer Koalition in Preussen mit Polizeieinsätzen, Zeitungsbeschlagnahmen, Uniformverboten, Einschränkung des Demonstrationsrechts, ja sogar mit Zwangsaufgaben für Zeitungen. So mussten z.B. in Preussen alle Zeitungen eine Stellungnahme der Regierung abdrucken, als im August 1931 ein Volksentscheid über die Auflösung des Preussischen Landtags durchge-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

führt wurde, der vom Stahlhelm und der NSDAP getragen wurde und dem die Kommunisten sich in letzter Stunde unter der rasch erfundenen Bezeichnung «Roter Volksentscheid» noch angeschlossen hatten. Der Höhepunkt dieser Selbstbehauptung war das Verbot der SA und der SS, das der Innenminister General Groener erliess, nachdem Hindenburg durch Brünings Anstrengungen und nach einem symptomatischen Sinneswandel der SPD im April 1932 zum zweitenmal zum Reichspräsidenten gewählt worden war und mit beträchtlichem Vorsprung gegenüber Hitler die Oberhand behalten hatte. Die Geschichte dieser Regierung ist oft erzählt worden, und es genügt daher, hier einige Stichworte anzuführen: die Stützung durch die SPD, welche es zu ihrem obersten Ziel machte, eine «faschistische Regierung gegen die Arbeiterklasse nach italienischem Muster» zu verhindern; die vermehrten Kreditabzüge nach den Septemberwahlen; die Politik der Sparsamkeit und der Deflation, welche die Krise verschärfte, aber das aussenpolitische Ziel der Streichung der Reparationen nahebrachte, das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen bis auf 6 Millionen im Jahre 1932, das Scheitern der geplanten deutsch-österreichischen Zollunion infolge französischer Gegenwirkungen, das «Hoover-Moratorium» im Juli 1931, die Herausforderung durch die «Harzburger Front» des *nationalen Deutschland* im Oktober 1931, das Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen bis zum Höhepunkt der Wahl zum Preussischen Landtag am 24. April 1932, der zunehmende Vertrauensverlust bei Hindenburg und der Rücktritt des Kanzlers am 30. Mai 1932. Zu keinem dieser Zeitpunkte bestand die Gefahr, dass die Regierung die Kontrolle verlor, doch es gab auch noch keine Befürchtung, dass Kommunisten und Nationalsozialisten anders zusammenfinden könnten als zu negativen Abstimmungsgemeinschaften in den Parlamenten.

Aber wenn der Bürgerkrieg begrenzt war, so vollzog er sich doch keineswegs nur in Strassenkämpfen, sondern er spielte sich auch und sogar vornehmlich in theoretischen Abhandlungen, in polemischen Broschüren und in kämpferischen Zeitungsartikeln ab, und als geistiger Bürgerkrieg begann er erst recht nicht mit der Regierung Brüning, sondern er fand seit den ersten Anfängen der Republik abseits der normalen Auseinandersetzungen der *staatstragenden* Parteien als die wechselseitige Negierung des Rechts auf Existenz zwischen Kommunisten und militanten Antikommunisten statt.

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

Diese Anfänge sind bereits geschildert worden, aber auch während der Phase der Stabilisierung und dann während der Krise blieb der Ausgangspunkt und wichtigste Grundbestandteil völlig unverändert: die Reden der Kommunisten von Todesurteil, Henker und Grab, die mit ihrem Glauben an das bevorstehende Ende des kapitalistischen Systems identisch waren. Diesem Glauben dienten die Beschreibungen der sozialistischen Aufbauerefolge in Russland, wo die Arbeiter sich endlich als die Herren des Staates fühlen könnten; jene Vorhersage sollte durch die Reisen von Delegationen bestätigt werden, die bei ihrer Rückkehr von ausgesuchten Routen bei besonderer Behandlung zu der Einsicht gelangen würden, dass die Villen der deutschen Kapitalisten bald ebenso in Kinderheime und Schulen verwandelt werden könnten wie die Paläste der russischen Adligen.³ Wie hätte es nicht Empörung wecken sollen, wenn darauf hingewiesen wurde, dass Otto Wolffs Mansfelder Bergbau aus den Taschen der Steuerzahler 7 Millionen Mark erhalten habe, nur weil der Multimillionär drohte, Arbeiter zu entlassen, denn «Millionäre, die Arbeiter entlassen, gehören an die Wand gestellt, nicht noch belohnt».⁴ Zwischen christlichen und jüdischen Kapitalisten kann in dem Kampf um die Befreiung und Sicherstellung der Arbeiter kein Unterschied gemacht werden, wie es die Nationalsozialisten wollen, denn beide sind gleichermassen Ausbeuter und gleichermassen von der Geschichte zum Tode verurteilt, während deutsche und jüdische Proletarier (sofern vorhanden) zusammengehören.⁵

So erfolgte zwischen 1925 und 1933 trotz des starken Hervortretens der Nationalsozialisten im Grunde nur eine leichte Akzentverschiebung, da der eigentliche Feind das kapitalistische System blieb und innerhalb des Systems die Sozialdemokratie lange Zeit am meisten den Blick auf sich zog. So machte sich Karl Radek 1925 die Affäre Barmat nicht minder zunutze, als es die Nationalsozialisten taten, und auch er sprach in seiner Broschüre «Die Barmat-Sozialdemokratie» von den «polnisch-jüdisch-holländisch-deutschen Spekulanten», die besonders zuvorkommend gegenüber der Sozialdemokratie gewesen seien, während sich etwa Stresemann in starkem Masse auf den Konzern des «russischen Juden Litwin» stütze. Der tiefste Grund aller Korruption besteht nach Radek jedoch darin, dass die Sozialdemokratie den Kapitalismus unterstützt. Daher kann nur die Beseitigung der Führer dieser Partei unkorruptierte, also gesunde Verhältnisse schaf-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

fen: «Wenn die deutsche Revolution die Scheidemänner und die ganze sozialdemokratische Barmatclique aufknüpfen wird, dann ... mag sie ihnen aus Marmor ein Denkmal aushauen: einen Hund, der uneigennützig die Peitsche seines Herrn leckt.»⁶

Walter Ulbricht wiederum übersah 1932 nicht (wie Radek an anderen Stellen ebensowenig), dass auch ein Teil der Arbeiter von der Bourgeoisie durch höhere Löhne bestochen ist und dass die Nazis aufgrund der Koalitionspolitik der SPD und des ADGB «in den kleinbürgerlichen und teilweise sogar Arbeiterschichten Einfluss gewinnen» konnten, und daher postulierte er «die Verjagung der kapitalistischen Schmarotzer, der Grossindustriellen, Bankiers, Junker, Grosskaufleute, bürgerlichen Politiker, Arbeiterverräter, Spekulanten und Schieber» nach dem «leuchtenden Vorbild» der Sowjetunion.⁷

Es ist nicht schwer zu sehen, weshalb sich die deutsche Öffentlichkeit über Hitlers «Köpfe werden rollen» und sogar über seinen Antisemitismus nicht besonders erregte: Selbst Radek suchte ja antisemitische Emotionen zu benutzen, und Ulbrichts monumentalem Vernichtungskonzept musste auch die Mehrzahl der Juden zum Opfer fallen, wenngleich nur in der Weise der totalen Enteignung.

Bei all dem war die Anziehungskraft des Kommunismus gerade auf intellektuelle und ethisch empfindende Menschen kaum gemindert. So begründete der Stadtpfarrer Eckert in Mannheim seinen Übertritt von der SPD zur KPD damit, dass er dorthin gegangen sei, wo wirklich versucht werde, den Mühseligen und Beladenen zu helfen: «Der Kapitalismus muss sterben, damit das Volk leben kann.» Nur durch den Bolschewismus könne der ungeheuren Massenverelendung ein Ende gemacht werden, denn der Bolschewismus sei heute nichts anderes als das werktätige, notleidende Volk selbst.⁸

Für die nationalsozialistische Propaganda war es nicht leicht, so einfachen und bewegenden Argumenten entgegenzutreten. Nicht einmal für alle Bauern war das russische Beispiel von vornherein abschreckend, zumal sich die KPD hütete, von *Kollektivierung* zu sprechen, aber Arbeitern gegenüber liess sich überhaupt nicht verkennen, wie sehr ihnen *marxistische* Auffassungen sozusagen eingeboren waren; deshalb kritisierte die «Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation» Ausbeutung, Unternehmerwillkür und generell den Kapitalismus nicht weniger hart, als es die Marxisten taten, und sie suchten lediglich ein nationales Konzept an die Stelle des internationalen zu setzen.

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

Leichter war die Aufgabe, wo es um die Aufrechterhaltung der überlieferten Werte ging. So stellte Hans Schemm in seiner Broschüre «Der rote Krieg. Mutter oder Genossin?» den Lesern die Alternative vor Augen «Christliche Lebensbejahung oder barbarische Vernichtung! ... Hitler oder Stalin!», und er forderte sie auf, beim Abendläuten das Notgebet zu sprechen: «Behüte uns, Gott, vor Pestilenz, vor der Vernichtung durch das bolschewistische Tier.»⁹

Ein gutes Stück grobschlächtiger drückte sich Joseph Goebbels in seiner Schrift «Der Nazi-Sozi» aus, wo die antibürgerliche Polemik ebenso stark hervortritt wie die antijüdische, ohne dass eine Identität einleuchtend gemacht werden könnte: «Es gibt doch nichts Verlogeneres als einen dicken wohlgenährten Bürger, der gegen den proletarischen Klassenkampfgedanken protestiert... Gewiss ist der Jude auch ein Mensch ... Aber der Floh ist auch ein Tier und kein angenehmes. Und da der Floh kein angenehmes Tier ist, haben wir ... nicht die Pflicht, ihn zu hüten und zu beschützen ..., sondern ihn unschädlich zu machen.»¹⁰

Wie stark die innere Abhängigkeit war, lässt schon ein Titel wie «Die kommunistischen Kapitalistenknechte» erkennen, die ihr Beweismaterial aus den Anzeigen grosser Warenhäuser in der *Roten Fahne*, aber auch aus den Anleihen der Wallstreet an die Sowjetunion nahm.

Was die Sowjetunion selbst anging, so war es natürlich leicht, gegenüber den kommunistischen Lobreden die *andere Seite* hervorzuheben, nicht zuletzt durch Zitate und Abdrucke aus Schriften enttäuschter Kommunisten wie etwa Panait Istratis «Russland nackt»¹¹, wo aus eigenen Erfahrungen und aus der sowjetischen Zeitungsliteratur ein Bild entwickelt wird, das nicht mehr in erster Linie die Tscheka-Greuel im Auge hat, sondern die Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse.

Keine Entsprechung auf nationalsozialistischer Seite hatten die Veranstaltungen der Agitpropgruppen, da man erste Versuche mit Thingstätten oder auch den *Kampf für die deutsche Kultur schwerlich* anführen kann. Kennzeichnend für die Rezitationsabende und Theateraufführungen dieser Gruppen war, dass sie sich keineswegs mit der Attacke gegen die Nationalsozialisten begnügten, sondern alles angriffen, was mit dem *Kapitalismus* in Verbindung stand. So heisst es in einem, «Suleika Destapar» überschriebenen, Spottlied auf die «Deutsche Staatspartei», die Nachfolgeorganisation der Deutschen Demokratischen Partei:

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

«... Die Mischung, die ist sehr fatal
So völkisch-jüdisch-national!
Die Beene sind rachitisch,
Die Neese ist semitisch,
Die Oogen blau und rasserein
Und keener will's gewesen sein.»¹²

In dem gleichen Exemplar des *Roten Sprachrohrs* wird eine Bühnenszene wiedergegeben, in der Hitler, Goebbels und einige einfache Nazis den Ruf «Juda verrecke» ausstossen. Auf der anderen Seite der Bühne stehen Kapitalisten, unter ihnen jüdische, und einer von diesen sagt: «Hat nebbich Geld gekost', aber's kommt schon wieder ein.» Am Ende reissen *die Nazidarsteller ihre* Armbinden ab, halten kommunistische Embleme in der Hand und singen: «... Und die Juden sind auch zu ertragen, wenn sie euch für euren Fonds was spenden; wollt ihr auch mal 'n paar Pogrome wagen, nur darf es nicht im Klassenhasse enden.»¹³ Offensichtlich wird hier der Nationalsozialismus als ein defizienter Modus des Kommunismus aufgefasst, und der Antisemitismus wird als ein erster Schritt auf dem richtigen Wege betrachtet, sofern er sich auf die jüdischen Kapitalisten bezieht.

Auffallend häufig wurden die *Pfaffen* und das Zentrum verspottet, offenbar im Zusammenhang des *Schutzes der Sowjetunion*. Der positive Entschluss war in einem «Truppenlied» so formuliert:

«Wir schützen die Sowjetunion,
Dich unser rotes Vaterland
... Der ganzen Welt Faschismus droht...

Prolet, es gibt nur einen Weg, die rote Rächerrepublik.»¹⁴

Mit ebenso grosser Emphase wurde die innenpolitische Angriffsrichtung zu Wort gebracht: «Tod der Bourgeoisie! ... Bürgerkrieg! ... Unser Vaterland ist die Sowjetunion.»¹⁵

Nach Polizeiberichten wurden häufig gerade von Kindergruppen äusserst gewalttätige Songs vorgetragen: «Wir schüren, wir hetzen zum Klassenkampf, die Fäuste stossbereit, einen Tritt in den Leib der Bourgeoisie ... Greift an die Gurgel des Bürgerstaats ...» Am Ende der Sprechchöre fielen die Roten Pioniere über die Ensemblemitglieder her, die als Schutzpolizisten kostümiert waren, und schlugen sie unter tosendem Beifall der Zuschauer zu Boden. Danach wurden einige Porträts an der Wand angebracht, und es wurde die Frage gestellt: «Auf wen wollen wir den ersten Schuss abgeben? Auf Hitler ... auf Goebbels ... auf Brüning ... auf Severing ... auf Grzesinski!»¹⁶

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

In nationalsozialistischen Veranstaltungen gab es so blutrünstige Reden und Szenen in aller Regel nicht, und es ist durchaus nicht unverständlich, dass auch die preussische Polizei während der Jahre 1930-1933 die Kommunisten als die Hauptfeinde und die Nationalsozialisten manchmal geradezu als Verbündete betrachtete, zumal eine ausgedehnte *Zersetzungsbearbeitung*, die nur bei einem kleinen Teil der Mannschaften Erfolg zu verzeichnen hatte, bloss von der kommunistischen Seite herkam. Es war ebensowenig erstaunlich, dass ein SPD-Funktionär die Meinung vertrat, der faschistische Spuk werde verschwinden, die Entscheidungsfrage der Zukunft aber laute: «Für oder gegen den Bolschewismus».¹⁷

Dennoch findet sich der bestürzendste Ausdruck dieses geistigen Bürgerkrieges nicht in der kommunistischen Literatur, sondern im Organ der Linksintellektuellen, der *Weltbühne*, und der Angriff war nicht gegen die Nationalsozialisten gerichtet, sondern gegen die deutschen Bildungsschichten überhaupt. Unter der Überschrift «Dänische Felder» schrieb Kurt Tucholsky im Sommer 1927: «Möge das Gas in die Spielstuben eurer Kinder schleichen! Mögen sie langsam umsinken, die Püppchen. Ich wünsche der Frau des Kirchenrats und des Chefredakteurs und der Mutter des Bildhauers und der Schwester des Bankiers, dass sie einen bitteren qualvollen Tod finden, alle zusammen. Weil sie es so wollen, ohne es zu wollen. Weil sie faul sind. Weil sie nicht hören und nicht sehen und nicht fühlen.»¹⁸ Es ist kein Zweifel, dass sich Tucholsky auch hier von den edelsten pazifistischen Motiven leiten liess. Aber das Schlimme ist nie eine Konsequenz durchschnittlicher und selten die Folge niederträchtiger Empfindungen. Tucholsky nahm eine kollektivistische Schuldzuschreibung vor, die es nur allzu wahrscheinlich werden liess, dass die Vernichtungsmassnahmen eines Bürgerkrieges bei den beliebten *Spekulanten* oder auch nur bei *der Bourgeoisie* nicht Halt machen würden, ja dass sie nicht einmal Frauen und Kinder verschonen würden.

Aber es muss Tucholsky zugutegehalten werden, dass er von Brutalitäten der *Landsknechte* wusste, die noch weitaus erbitternder wirken mussten als sogar die *Fememorde* an angeblichen oder wirklichen Verrätern. Jedenfalls hätte er schon 1928 die Schilderung einer wahrhaft abstossenden Szene lesen können, die der ehemalige Freikorpsoffizier und jetzige hohe SA-Führer Manfred von Killinger in seinem Büchlein «Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben» gab. Hier erzählt Killinger nämlich, wie ihm

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

während der Kämpfe in München 1919 ein *Malweibchen* vorgeführt worden sei, die sich renitent benommen habe. Da habe er einem Unteroffizier befohlen, ihr mit Hilfe zweier Soldaten die Röcke hochzuschieben und ihr heilsame Peitschenhiebe auf das nackte Gesäss zu versetzen.¹⁹ Es ist tatsächlich schwer zu entscheiden, ob die fessellose Phantasie Tucholskys oder die nur allzu reale Brutalität Killingers innerhalb der angeprangerten und mit Vernichtung bedrohten Gruppen die tiefere Erbitterung und den unbändigeren Hass hervorrufen mussten.

Es war für diejenigen, welche inmitten dieser Orgien des Hasses auf Vernunft vertrauten und um Objektivität bemüht waren, ausserordentlich schwierig, einen überlegenen und dennoch zugleich politisch wirksamen Standort zu beziehen, da sie doch selbst heftig angegriffen waren. Sozialdemokraten neigten dazu, ihre Polemik gegen die herrschenden Klassen der Zeit vor 1914 zu richten, die heute die eigentliche Kraft der braunen Reihen bildeten, während die Mittelständler und Arbeiter eigentlich auf die Seite der SPD gehörten. Beim preussischen Junker und dem Hinterwäldler aus Pommern rieche es nach Asien, schrieb der Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz. Aber, obwohl er die Kommunisten für Steigbügelhalter des Faschismus erklärt, will er den alten Schlachtruf «Krieg den Palästen» dem Blutbad des Völkerkrieges entgegensetzen, das die Braunen planen.²⁰

Sehr selten sind Worte des Verständnisses und der Zustimmung zu den deutschen Verhältnissen im Ganzen. Ein solches Wort fanden Herbert und Elisabeth Weichmann am Ende ihres Reiseberichtes über die Sowjetunion, in dem sie auf ebenso unpolemische wie glaubwürdige Weise den «Alltag im Sowjetstaat» schilderten: das einheitliche klassenlose Elend, die Abwesenheit jeglicher Beschaulichkeit und Musse nach der Vernichtung der alten Intelligenzschicht, den «hastenden rauchigen, vom Lärm der Maschinen und vom Kampfe der Menschen erfüllten Alltag». So kehrten sie mit einer neuen Einsicht zurück: «dass wir unseren eigenen Zuständen in Deutschland ruhig etwas mehr Geduld und etwas mehr Liebe entgegenbringen können in der Erkenntnis, um wieviel freier und menschenwürdiger unser Dasein ist, als es unsere Vorstellung zuweilen haben will.»²¹

Aber auch Herbert und Elisabeth Weichmann waren in den Augen der Kommunisten nichts anderes als *Sozialfaschisten*. Sogar im Bereich der Theorie und des scheinbar distanziernten Nachdenkens spielte sich der geis-

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

tige Bürgerkrieg ab. Doch der Begriff des Sozialfaschismus ging nicht primär aus theoretischen Überlegungen hervor, sondern er war in frühen Erfahrungen und Wertungen tief und emotional verankert, nämlich im Hass der orthodoxen Marxisten gegen die *Reformisten* und dann, während des Krieges, gegen die *Verräter*, die Sozialpatrioten und Sozialchauvinisten. Dennoch wurde eine neue Dimension der Polemik erreicht, als Sinowjew nach der deutschen Oktoberniederlage die linken Sozialdemokraten im Januar 1924 für einen «Flügel des Faschismus» erklärte, und Stalin folgte ihm im September 1924 mit der These, Faschismus und Sozialdemokratie seien Zwillinge. Es war ein konsequenter Schritt, wenn nach den Septemberwahlen von 1930 behauptet wurde, jetzt herrsche der «Brüning-Faschismus» und jeder, der gegen die proletarische Revolution sei, stehe auf der Seite des Faschismus. In der Tat lag die Frage nahe, was dem Faschismus denn überhaupt noch eigentümlich sein kann, wenn bereits die *bürgerliche Demokratie* nichts anderes als die *Diktatur der Bourgeoisie* ist und wenn nur eine der beiden *Hauptklassen* die Diktatur ausüben kann. Also musste der gleichzeitige Kampf gegen beide Hilfstruppen der Bourgeoisie das Gebot der Stunde sein: gegen die NSDAP als *Nationalfaschismus* und gegen die SPD als *Sozialfaschismus*, und dabei war der Hauptstoss gegen die Sozialdemokratie als die hinterhältigere der beiden feindlichen Kräfte zu richten.

Es waren die oppositionellen Gruppen der KPD, die in dieser Auffassung ein Verhängnis sahen und der Parteiführung seit Anfang 1930 dem Sinne nach sagten: «Unter diesem Zeichen – dem Begriff des Sozialfaschismus – wirst du unterliegen.» Die wichtigste dieser Gruppierungen war die KPD-O, in der sich die aus der Partei ausgeschlossenen Rechten sammelten, an ihrer Spitze Heinrich Brandler und August Thalheimer. Aber auch die *Roten Kämpfer* erlebten wichtige Beiträge vor, die allesamt die Kommunisten in die Einheit der Arbeiterbewegung zurückzuführen bemüht waren, obwohl die scharfe Kritik am Bürokratismus und an der Abhängigkeit der Partei, aber auch das eigene Festhalten am Begriff der «Diktatur des Proletariats» den Versuch von Anfang an als hoffnungslos erscheinen liessen.

Einen mächtigen Mitkämpfer erhielten die Kritiker der Sozialfaschismustheorie in Leo Trotzki, der seit 1929 zu der russischen Emigration gezählt werden konnte. Viel schärfer als irgendjemand anders sah Trotzki die Gefahr, dass dem Nationalsozialismus durch den Kampf der Kommunisten

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

gegen den Sozialfaschismus die Machtergreifung geradezu nahegelegt werde und dass Hitler dann nicht nach wenigen Wochen oder Monaten von den endlich unter der Führung der KPD geeinigten Proletariern gestürzt werden würde, wie man es in der Komintern erwartete. Vielmehr werde die nationalsozialistische Regierung als einzige aller bürgerlichen Regierungen imstande sein, einen Krieg gegen die UdSSR zu führen, und in diesem Kriege werde Hitler das Vollstreckungsorgan des gesamten Weltkapitalismus sein, der «Ober-Wrangel der Weltbourgeoisie».²²

Das war eine erstaunliche Prophezeiung, aber Trotzki brauchte in der Tat sein eigenes Verfahren gegen Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowie seine Angriffskriege gegen Polen und Georgien nur auf das *bürgerliche Deutschland* zu projizieren, um zu dieser Vorhersage zu gelangen. Seine Hoffnungen leitete Trotzki abermals aus einer Analogie zur russischen Revolution her, nämlich aus seiner Geringschätzung eines quantitativen Stimmenübergewichts: «Auf der Waage der Wahlstatistik wiegen tausend faschistische Stimmen ebensoviel wie tausend kommunistische. Aber auf der Waage des revolutionären Kampfes stellen tausend Arbeiter eines Grossunternehmens eine hundertmal grössere Kraft dar als tausend Beamte und Büroangestellte samt ihren Frauen und Schwiegermüttern. Die Hauptmasse der Faschisten besteht aus menschlichem Staub.»²³

Hier irrte Trotzki seinerseits, denn er vernachlässigte die Tatsache, dass zwar viele Millionen von *Kleinbürgern* und *unaufgeklärten Arbeitern* der NSDAP zugeströmt waren, dass aber der Kern der Partei aus einer grossen Anzahl von Weltkriegsoffizieren bestand, deren russische Ebenbilder die bolschewistische Partei vernichtet oder zum Eintritt in die Rote Armee gezwungen hatte. Doch an Trotzki's Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus konnte nicht der geringste Zweifel bestehen, ebensowenig wie an der Gegnerschaft der KPD-O oder der Roten Kämpfer.

Anders stand es mit den Oppositionsgruppen innerhalb des Nationalsozialismus oder an seinem Rande. Auch sie nahmen an Bürokratismus und Bonzentum der Partei Anstoss und nicht zuletzt an der Legalitätstaktik Hitlers, aber sie zogen daraus nicht den Schluss, dass die Partei einen entschiedeneren und erfolgversprechenderen Kampf gegen den Kommunismus führen müsse. Vielmehr forderten sie ein entschlosseneres Vorgehen gegen Versailles, die Westmächte und den Kapitalismus, und dabei näher-

ten sie sich der KPD an oder gingen sogar zu ihr über. Das berühmteste Beispiel war Ernst Niekisch, der in seiner Zeitschrift *Widerstand* die Nationalsozialisten als romanisierte Feindmacht auf deutschem Boden bekämpfte, die dem Kampf gegen Versailles, Grossstadt, bürgerliche Dekadenz und kapitalistische Geldwirtschaft die Spitze abbreche, indem sie mit dem Bolschewismus jene russisch-asiatische Lebensweise verneine, in der allein die Hoffnung auf eine Befreiung Deutschlands aus dem «Pfuhl der englischen Prostitution» begründet sei.²⁴ Das grösste Aufsehen aber rief der Übergang Richard Scheringers zum Kommunismus hervor, des einen der drei Leutnants aus dem in Ulm stationierten Regiment des Obersten Ludwig Beck, die 1930 wegen nationalsozialistischer Zersetzung der Reichswehr zu Festungshaft verurteilt worden waren. In diesem Verfahren hatte Hitler seinen Legalitätseid geleistet, und gerade die Legalitätstaktik lehnte Scheringer heftig ab, nachdem er auf der Festung Gollnow in eine Art kommunistischer Hochschule geraten war und dort begriffen hatte, dass eine wirkliche «GewaltpoEtik gegen die Westmächte» nur dann möglich sei, wenn zuvor mit dem Kapitalismus auch Liberalismus, Pazifismus und westliche Dekadenz ihr Ende gefunden hätten.²⁵ Eine Zeitlang verfolgte die KPD nach dem April 1931 die sogenannte *Scheringer-Linie*, die in etwa dem Schlageter-Kurs Radeks von 1923 entsprach, und sie zog nicht ganz wenige Nationalsozialisten und Nationalrevolutionäre an sich heran, unter ihnen Bodo Uhse, den ehemaligen Führer des Bundes Oberland Hauptmann Beppo Römer und den Grafen Stenbock-Fermor. Sie alle waren, wie Richard Scheringer selbst, von dem Gefühl erfüllt, von einer bloss scheinradikalen Partei zu einer wirklich radikalen Partei gelangt zu sein. Und es gab nicht einen einzigen prominenten Kommunisten, der mit der entsprechenden Begründung zu den Nationalsozialisten gegangen wäre. Es lag ja auf der Hand, dass der Kampf gegen die Juden bloss ein schwächliches Teil- und Ablenkungsmanöver war, wenn der Vernichtungskampf gegen den Kapitalismus oder *den Westen* die eigentliche Aufgabe darstellte.

Aber war der Antisemitismus nicht auch dann ein Zeichen von Selbsttäuschung und Bequemlichkeit, wenn der Kampf gegen den Kommunismus als die Hauptsache galt? Scheringer jedenfalls konnte es sich erlauben, darauf hinzuweisen, dass im Zentralkomitee der KPD kein einziger Jude sitze, während in der Spitze des Hugenbergkonzerns deren mehrere zu fin-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

den seien.²⁶ Nahm man das Phänomen des Kommunismus vielleicht gar nicht wirklich zur Kenntnis, wenn man ihm die bequeme Deutung gab, eine bestimmte und leicht erkennbare Menschengruppe sei dessen Urheber? Aber es liess sich auch wiederum fragen, ob diese vereinfachende Konkretisierung nicht jener anderen Konkretisierung auf *die Kapitalisten* oder gar *die Spekulanten* entsprach und lediglich einen geringeren Abstraktionsgrad aufwies.

Dort jedenfalls, wo der geistige Bürgerkrieg sich als Anweisung zum gewalttätigen Bürgerkrieg darstellte, war den Kommunisten ein grosser Vorsprung zuzuerkennen. Sie hatten seit 1923 eine Zeitschrift verbreitet, die den Titel *Vom Bürgerkrieg* trug und die später *Oktober* hiess, sie brachten Bücher heraus, die konkrete Ratschläge für den bewaffneten Aufstand enthielten, wenn auch meist in Form von Darstellungen gelungener oder missglückter Bürgerkriege der Vergangenheit, etwa des russischen Oktober, aber auch der Aufstände von Reval 1924 oder Kanton Ende 1927. In dem Buch von «A. Neuberg» von 1928 «Der Bewaffnete Aufstand», an dem neben Erich Wollenberg und Hans Kippenberger auch Michail Tuchatschewski und Ho Chi Minh mitgearbeitet hatten²⁷, werden die verschiedenen Probleme einer gewalttätigen Machtergreifung aufs Sorgfältigste erörtert. So wird etwa der Hamburger Aufstand von 1923 bis ins Einzelne beschrieben, und er wird im Ganzen als eine nicht ganz geglückte Nachbildung des Umsturzes in Petrograd betrachtet; der individuelle Terror wird für revolutionäre Zeiten voll bejaht, und die Forderung geht unter Berufung auf Lenin dahin, «die Führer der Konterrevolution zu liquidieren» oder «rechtzeitig die Spitzenleitung des Feindes zu erledigen». Im Ganzen sei entscheidend, dass «die lebendige Kraft des Feindes liquidiert wird», und dazu gehört auch die Anwendung des «Klassenterrors» gegenüber der Bourgeoisie.²⁸ Alle diese Ratschläge konnten sich auf tatsächliche Ereignisse stützen; es gab nicht den geringsten Zweifel, dass die Verfasser erfahrene Kämpfer waren und dasjenige wirklich meinten, was sie mit Worten zum Ausdruck brachten.

Dagegen waren die sogenannten Boxheimer Dokumente, die Ende 1931 viel Aufsehen erregten und als Beweis für Bürgerkriegsvorbereitungen durch die Nationalsozialisten angesehen wurden, schwerlich mehr als ein Gedankenexperiment. Der Verfasser, Dr. Werner Best, entwarf keineswegs Pläne für eine gewaltsame Machtergreifung, sondern er ging von der hypothetischen und nicht von vornherein unmöglichen Situation aus, dass nach

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

einem Aufstand der Kommunisten die seitherigen obersten Staatsbehörden *weggefallen* seien, so dass die Nation nur noch durch die andere militante Partei (SA, Landeswehren) repräsentiert und geschützt werde. Für diesen Fall wird ein Vorgehen ins Auge gefasst, das sehr hart ist, das aber doch nur wenig über die Massnahmen hinausgeht, welche die Militärbehörden im Falle eines Aufstandes treffen würden. Der auffallendste Unterschied ist der, dass nur «jeder Deutsche (nicht Jude)» vom 16. Lebensjahr an zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet ist.²⁹ So gewiss in dem Dokument eine radikale Kampfanschlagschlossenheit zum Vorschein gelangt, so wenig ist es dennoch angebracht, eine Gleichsetzung mit dem *Bewaffneten Aufstand* oder ähnlichen Publikationen der Kommunisten vorzunehmen.

In den konkreten Beschreibungen des begrenzten Bürgerkrieges auf den Strassen und in den Stellungnahmen, Erklärungen und Forderungen dazu lässt sich in den Hauptorganen der beiden Parteien allerdings eine weitgehende Ähnlichkeit konstatieren.

Eine Auswahl von Schlagworten, Überschriften und kurzen Aussagen aus der *Roten Fahne* könnte folgendermassen aussehen: «Mörder vom Hakenkreuz... Mordbanditen... Zörgiebelsoldateska... Nazis und Polizeisoldaten schiessen auf das Liebknechtthaus ... NS-Horden überfallen rote Studenten... Orgie der Mordhetze (durch die bürgerliche Presse nach der Ermordung der Polizeihauptleute Lenk und Anlauf) ... Nazi-Mordhöhle ... Hauptmörderhöhle ... Marschiert ins Viertel der Kriegshetzer..., in den Westen, die Wohnbezirke der Kriegstreiber und Faschisten ... Sie (die Angehörigen der Roten Armee Chinas) stellen die chinesischen Siemens und die chinesischen Schupooffiziere und Generäle an die Wand ... Im Berliner Polizeipräsidium sieht man in den Kommunisten den Feind schlechthin (Zitat aus einem Artikel von Ossietzky)... Unser Führer: Stalin ... (Bilder aus Siemensstadt) Werke aus der zukünftigen Leninstadt ... Heute noch Siemens-Schaltwerk. In Zukunft Marx-Werk. Heute noch Wernerwerk. In Zukunft Stalinwerk ... SA-Bürgerkrieg gegen Arbeiterviertel Berlins ... Braune Mordkanäillen.»

Im *Völkischen Beobachter* lauten die entsprechenden Formulierungen folgendermassen: «Wüste Mordüberfälle des bolschewistischen Gesindels ... Rot-Mord wütet weiter... Die bolschewistische Unterwelt in Berlin ... Kommunisten schiessen auf Nationalsozialisten ... Vertreter der sowjetrus-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

sischen Fremdenlegion ... Die Roten wollen den Bürgerkrieg... Rotmordbanditen... Viehische Greuelthaten roter Bestien ... Hörsingbanditen ... Die Blutbahn des Marxismus: 8'359 tote und schwerverletzte Nationalsozialisten». ³⁰ «... Hitlerjunge Herbert Norkus von Kommunisten erstochen ... Bluthetze der marxistischen ‚Eisernen Front‘... Der Moskauer Reitergeneral Thälmann... Rotmord in Oberschlesien... rotes Untermenschentum... das Mordreichsbanner.»

Bei aller Ähnlichkeit sind die Unterschiede gleichwohl bemerkenswert: Keine der beiden Parteien kämpft ausschliesslich gegen die andere, aber die Kommunisten zählen auch die Polizei zu ihren Gegnern («Zörgiebel-Banditen»), während die Nationalsozialisten das Reichsbanner mit den Kommunisten in eine Linie stellen. Die Kommunisten nehmen den grossen Vorteil wahr, eine soziologische Charakterisierung vorzunehmen und jeden Polizisten als *Arbeitermörder* anzuklagen, der gegenüber einer drohenden Menge vom Notwehrrecht Gebrauch gemacht hat; die Nationalsozialisten dagegen können die Selbstidentifizierung der Kommunisten mit *Moskau* und die Tatsache ins Spiel bringen, dass das *Lumpenproletariat* sich vorwiegend auf die kommunistische Seite schlug. (Allerdings machten auch die Kommunisten von diesem gut marxistischen Begriff Gebrauch und wendeten ihn auf die arbeitslosen SA-Leute an).

An drei Beispielen soll dieser Bürgerkrieg anschaulich gemacht werden.

Am 20. März 1927 feierte die Berliner SA (damals an Stärke kaum einem Zehntel des Rotfrontkämpferbundes entsprechend) ihren einjährigen Gründungstag durch eine nächtliche Veranstaltung in Trebbin (Mark) mit einer Feuerrede des Gauleiters Dr. Goebbels. Bei der Rückfahrt am nächsten Abend bemerken die SA-Leute, dass die vorderen Abteile des einfahrenden Zuges von RFB-Leuten besetzt sind. Diese grüssen mit geballter Faust, und die SA-Männer empfinden das als Provokation, so dass sie den Versuch machen, in das Abteil einzudringen. Die RFB-Leute ziehen Pistolen und halten so ihre Gegner zurück. Deren Erregung ist ungeheuer. Wo immer der Zug hält, eröffnen sie ein Steinbombardement auf den Wagen. Auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost verlässt die SA den Zug und versucht, das kommunistische Abteil zu stürmen. Dabei erhält der Standartenführer einen Bauchschuss. Ein weiterer SA-Mann fällt unter den Schüssen. Aber

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

der Wagen der Kommunisten, die zahlenmässig sehr unterlegen sind, ist jetzt durch Steinwürfe stark beschädigt, und als endlich ein Überfallkommando der Schupo eintrifft, stellt sich heraus, dass fast alle der 23 Kommunisten schwer verletzt sind. Vom Bahnhof aus ziehen die etwa 1'000 SA-Leute durch Steglitz und Friedenau bis zum Wittenbergplatz. «Frechgewordene Juden wurden kurzerhand verprügelt.» Aber schon am folgenden Tage durfte sich kein uniformierter SA-Mann in den Strassen Berlins sehen lassen. Die preussische Regierung verbot die Ortsgruppe Berlin der NSDAP.³¹

Am 17. Juli 1932 führte die Hamburger SA unter dem Schutz der Polizei einen Demonstrationmarsch durch, der sich vor allem durch die Arbeiterviertel von Altona bewegen sollte. Diese Absicht wurde von den Kommunisten und offenbar von grossen Teilen der Bevölkerung als Provokation empfunden. Wer den ersten Schuss abgegeben hat, wurde nicht geklärt, aber jedenfalls sahen sich SA und Polizei wie in feindlichem Gebiet von allen Seiten heftigen Angriffen ausgesetzt, die sie auf ähnliche Weise erwiderten, wie es die Polizei beim *Blutmai* von 1929 getan hatte. 18 Tote und 16 Schwerverletzte waren die Opfer eines Vorgangs, der ein Überfall der Kommunisten war, wenn das *Demonstrationsrecht* unbestrittene Gültigkeit besass, und für den die Nationalsozialisten verantwortlich waren, wenn ein Aufmarsch uniformierter und vermutlich bewaffneter Männer in feindselig gesinnten Vierteln keine Demonstration, sondern eine untragbare Provokation darstellt.

Als der neugewählte preussische Landtag, dessen Mehrheit aus den Kommunisten und den dreimal stärkeren Nationalsozialisten bestand, am 25. Mai 1932 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, kam es rasch zu einer heftigen Debatte über die preussische Justiz, der von beiden Seiten mit grosser Leidenschaft Parteilichkeit und Voreingenommenheit vorgeworfen wurde, und als Wilhelm Pieck das Wort ergriffen hatte, rief er den Nationalsozialisten zu: «Erst mit dem Auftreten Ihrer Partei im politischen Leben ist der Massenmord gegen revolutionäre Arbeiter eingeführt worden. In Ihren Reihen sitzen eine ungeheure Zahl von Mördern.»³² Daraufhin stürmten nationalsozialistische Abgeordnete zum Rednerpult, um Pieck herunterzuzerren; Mitglieder der kommunistischen Fraktion kamen diesem zu Hilfe, und es entwickelte sich eine regelrechte Schlacht, in der die zahlenmässig unterlegenen Kommunisten bald aus dem Saal getrieben wurden und meh-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

rere Schwerverletzte zu verzeichnen hatten. Die Sozialdemokraten hatten ebenso wie die Zentrumsfraktion den Sitzungsaal bei Beginn der Gewalttätigkeiten verlassen, und deshalb wurden ihnen von den Kommunisten heftige Vorwürfe gemacht, die indessen mit der Gegenfrage beantwortet wurden, ob man sich denn für diejenigen schlagen könne, von denen man so häufig als «Arbeitermörder» beschimpft und mit «kurzen Gerichtsverhandlungen» bedroht worden sei.³³

Für den *Blutsonntag von Altona* allerdings konnte man mit guten Gründen der neuen Reichsregierung die eigentliche Schuld zuweisen, der Reichsregierung von Papen, die nach der Entlassung Brünings unter wesentlicher Einflussnahme des Chefs des Ministeramtes im Reichswehrministerium, des Generalleutnants von Schleicher, gebildet worden war. Sie war die erste Regierung des Reiches, für deren Bildung der begrenzte Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten mitentscheidend war, und sie war die erste Regierung, die ernsthaft mit der Möglichkeit eines unbegrenzten Bürgerkrieges gegen beide extremistischen Parteien rechnen musste. Mit ihr begann der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme.

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

Dass der Reichspräsident am 30. Mai 1932 seinem Reichskanzler das Vertrauen entzog, hatte viele Gründe, nicht zuletzt auch den, dass Hindenburg gegenüber Brüning gerade *wegen* der Wahl Groll empfand, die ihn zum Kandidaten der *Roten* und der *Katholen* gemacht und dadurch der Rechten entfremdet hatte. Deshalb drängte er umso mehr auf eine Rechtsschwenkung, gegen die Brüning sich sträubte. Einer der anderen Hauptgründe war das SA-Verbot, mit dem die Regierung doch gerade ihre Überparteilichkeit unter Beweis gestellt hatte, nachdem der Rotfrontkämpferbund schon seit dem Mai 1929 verboten war. Aber Hindenburg und auch Groener waren nicht davon überzeugt, dass man Kommunisten und Nationalsozialisten gleichsetzen dürfe, da sie doch ein ganz unterschiedliches Verhältnis zum Staat, zum nationalen Gedanken und zum Wehrwillen hätten. Daher wurde

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

das Verbot nicht ohne eine Art von pädagogischer Absicht ausgesprochen, nämlich das «wunderbare Menschenmaterial», das sich in der SA zusammengefunden habe, von denjenigen zu trennen, die im Grunde Bolschewisten seien, und es dadurch für die Mitarbeit im Staat zu gewinnen.¹ Das Verbot ging Hindenburg indessen immer noch zu weit, insbesondere deshalb, weil die Wehrverbände anderer Parteien nicht betroffen waren. Er hatte dabei in erster Linie das Reichsbanner im Auge, das doch nach seinem eigenen Selbstverständnis überparteilich und republikanisch war. So wurde zur allgemeinen Überraschung am 1. Juni der nur wenig bekannte Zentrumsabgeordnete Franz von Papen zum Reichskanzler ernannt. Er bildete eine Regierung, die weitgehend aus Adligen bestand und nicht bloss von Sozialdemokraten als *Kabinet der Barone* apostrophiert wurde. Sie fasste sofort zwei weittragende Entschlüsse: Aufhebung des SA- und auch des Uniformverbotes und Auflösung des Reichstags. Die Neuwahlen wurden auf den 31. Juli festgesetzt. An und für sich waren diese Beschlüsse demokratisch, und sie standen dadurch im Gegensatz zu Brüning's Politik, der bei der Bildung seines zweiten Kabinetts im Oktober 1931 betont hatte, er werde jetzt noch unabhängiger von den Parteien sein. Nach den Wahlen der letzten Monate konnte kein Zweifel daran bestehen, dass der im September 1930 gewählte Reichstag der Volksstimmung nicht mehr entsprach. Mehr Demokratie bedeutete zu diesem Zeitpunkt jedoch notwendigerweise mehr Radikalisierung, und insofern war der Beschluss wiederum *nicht* demokratisch. Eine ähnliche Paradoxie lässt sich bei dem Staatsstreich vom 20. Juli erkennen, mit dem die Regierung Braun in Preussen abgesetzt wurde, so dass ein Reichskommissar an ihre Stelle trat, nämlich der Reichskanzler von Papen selbst. Die Regierung Braun war ja nach ihrer schweren Wahlniederlage am 24. April nur noch geschäftsführend, und auch das bloss deshalb, weil der alte Landtag in letzter Stunde eine sehr umstrittene Änderung der Geschäftsordnung vorgenommen hatte. Insofern befand sie sich in einer un-demokratischen Position, und Zeichen der Resignation waren unverkennbar. Aber die Absetzung wurde durch die Störungen der öffentlichen Ordnung begründet, deren die Regierung Braun angeblich nicht mehr Herr zu werden vermochte, und diese Störungen, wie vor allem den Blutsonntag von Altona, hatte in erster Linie die Reichsregierung zu verantworten, weil sie einen solchen Marsch der uniformierten SA durch feindselige Viertel

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

überhaupt erst möglich gemacht hatte. Die wahren Gründe waren indessen von anderer Art, nämlich die alte Abneigung der Rechtsparteien gegen den *roten Zaren* Otto Braun und gegen den *Kulturbolschewismus*, den die preussische Regierung angeblich förderte, vor allem aber die Besorgnis wegen gewisser Tendenzen zum *Antifaschismus*, wie sie in Besprechungen zum Vorschein gekommen waren, die der Staatssekretär Abegg mit Kommunisten geführt hatte. Aber es war wohl ebenfalls der Wille wirksam, den Nationalsozialisten die Verfügung über die preussische Polizei zu entziehen, wenn sie nach einer etwaigen Einigung mit dem Zentrum die Regierungsführung übernahmen. So waren auch in diesem autoritären Akt demokratische und antidemokratische Momente auf eigenartige Weise miteinander verbunden, und es war nicht verwunderlich, dass von selten der Regierung Braun oder der sozialdemokratischen Partei kein Widerstand erfolgte. Die Situation war schon wegen der sechs Millionen Arbeitslosen ganz anders als bei der Ausrufung des Generalstreiks gegen Kapp im März 1920 und natürlich auch deshalb, weil man diesmal von vornherein erwarten musste, dass die Kommunisten für ihre Zwecke daraus Vorteil ziehen würden. Aus diesem Grunde konnte die preussische Polizei keineswegs als unbedingt zuverlässig gelten. Noch Ende August 1931 hatte der preussische Innenminister Severing in einem Erlass ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die zunehmenden Ruhestörungen und Überfälle vor allem auf kommunistische Trupps zurückzuführen seien, die sich vornehmlich aus Mitgliedern des aufgelösten RFB rekrutierten, aber vermutlich auch in den Reihen des «Kampfbundes gegen den Faschismus» gesucht werden müssten.² Mithin war die *Kapitulation* der preussischen Regierung am 20. Juli weder grundlos noch unverständlich, aber faktisch war sie ein bedeutender Schritt auf dem Wege, der mit der Wahl vom 31. Juli an sein vorläufiges Ende kam und nunmehr auch im Reich eine Situation hervorbrachte, zu der es in einem modernen Grossstaat noch nie einen Präzedenzfall gegeben hatte. Die Nationalsozialisten errangen einen beispiellosen Triumph, der aber nach den Präsidentschaftswahlen und den Ergebnissen in Preussen keineswegs unerwartet war: Sie erhielten fast 14 Millionen Stimmen und 230 Mandate. Aber auch die Kommunisten durften nicht ohne Grund behaupten, einen grossen Wahlsieg errungen zu haben: 5,3 Millionen Stimmen und 89 Reichstagssitze entfielen auf ihre Liste, und nicht mehr nur in Berlin, sondern in grösseren Teilen des Ruhrgebiets und Mitteldeutschland waren sie

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

nun stärker als die Sozialdemokraten. Aber waren sie wirklich auf dem Wege, die *Partei der deutschen Arbeiterklasse* zu werden, wie sie es seit dem Beginn der Republik erstrebten? Im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau, einer der ältesten Hochburgen der Arbeiterbewegung, erhielten die Nationalsozialisten ca. 550'000 Stimmen, die Sozialdemokraten 260'000, die Kommunisten 230'000, während alle übrigen Parteien zusammen kaum mehr als 80'000 gewinnen konnten. Jedenfalls konnte keine Regierung in diesem Reichstag über eine Mehrheit verfügen, wenn die Nationalsozialisten in der Opposition waren, denn zusammen mit den Kommunisten besaßen sie die negative Mehrheit von 52% der Sitze. Einen Ausweg schien nur eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und Zentrum zu bieten, und eine Kanzlerschaft Hitlers wurde auf vielen Seiten ernsthaft in Erwägung gezogen, anscheinend auch von dem Reichswehrminister v. Schleicher, der mehr und mehr in den Vordergrund trat. Aber die Parteiverhandlungen kamen nicht recht vorwärts, und die Entscheidung fielte Hindenburg, der keine Parteienregierung wollte und erst recht eine Parteidiktatur ablehnte. Papen seinerseits strebte zwar eine Einbeziehung der Nationalsozialisten an, wollte ihnen aber nicht die Führung zugestehen. Das Ergebnis war die berühmte Unterredung vom 13. August, in welcher der Reichspräsident dem Führer der weitaus stärksten Partei eine kurze und ungnädige Absage erteilte, und zwar mit der Begründung, er könne es vor seinem Gewissen nicht verantworten, einen Mann zum Reichskanzler zu ernennen, der für sich und seine Partei die *ganze Macht* verlange. Wahrscheinlich war diese Absage zugleich eine Interpretation, die zwar in der Sache, aber nicht dem Wortlaut der Forderung nach gerechtfertigt war und die in Hitler, wie es scheint, ein lange nachwirkendes Trauma hinterliess. Die autoritäre Regierung Papen musste sich nun also vornehmen, dem in sich gespaltenen Volkswillen Widerstand zu leisten, dem sie doch selbst erst zum Durchbruch verholfen hatte. So erliess sie die Verordnung gegen den politischen Terror vom 9. August, welche die Todesstrafe für politisch motivierte Tötungsdelikte vorsah. Sie kam damit gleich in eine schwierige Lage, als das Sondergericht in Beuthen fünf Todesurteile gegen Nationalsozialisten verhängte, die einen Kommunisten auf brutale Weise getötet hatten, und als Hitler in einem Telegramm «seinen Kameraden» unbedingte Solidarität gegen das «ungeheuerliche Bluturteil» zusicherte. Dass die Täter bald begnadigt wurden, muss-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

te wie ein Nachgeben wirken, obwohl es in der Sache begründet war, da die Verurteilten noch keine Kenntnis der Verordnung gehabt hatten. Ebenso symptomatisch wie kurios war die Geschichte des bis dahin kurzlebigen Reichstags der Republik. Am 30. August wurde er von der Alterspräsidentin Clara Zetkin eröffnet, die eine kommunistisch-antifaschistische Kampfreden hielt und mit dem Ausdruck der Hoffnung schloss, in Bälde als Alterspräsidentin den ersten Rätekongress Sowjetdeutschlands eröffnen zu können. Dann erfolgte die Auflösung auf sehr sonderbare Weise: Der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring brachte unter irregulären Umständen einen Misstrauensantrag der Kommunisten zur Abstimmung, der mit 512 gegen 42 (deutschnationale) Stimmen angenommen wurde. Das war der grösste Triumph des Zusammenspiels trotz wechselseitiger Todfeindschaft zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, aber er war nicht von Dauer, da die Rechtmässigkeit der Auflösungsorder des Reichspräsidenten anerkannt werden musste. Papen betonte nun umso stärker das Prinzip der autoritären Regierung, aber er konnte nicht umhin, Neuwahlen auszuschreiben, und dafür wurde der Termin des 6. November angesetzt. Mit diesen Wahlen begann der unmittelbare Vorabend der Machtübernahme Hitlers.

Es ist angebracht, hier noch einmal innezuhalten, um die folgende Frage zu stellen: Welche Alternativen gab es in dieser ausserordentlichen Situation, zu der es nur in Italien während des Jahres 1922 eine gewisse Entsprechung gegeben hatte, obwohl dort bloss eine relativ kleine kommunistische Partei existierte und auch die Partei Mussolinis, obzwar auf den Strassen sehr stark, im Parlament nur über eine sehr begrenzte Zahl von Abgeordneten verfügte?

Die früheste und 1918/19 übermächtig scheinende der grundlegenden Alternativen war diejenige von *Kapitalismus oder Sozialismus*, von *bürgerlicher oder sozialistischer Demokratie*. Sie wurde aber schon bald durch die russischen Ereignisse und die positive Verwendung des Begriffs der Diktatur durch die Kommunisten sehr geschwächt. Karl Kautsky, Otto Bauer, Friedrich Stampfer und im Grunde alle Sozialdemokraten formulierten daher bereits 1918 und 1919 das Postulat «Demokratie, nicht Diktatur». Sie wollten damit die erste Alternative nicht aufgeben, aber sie vertraten gegen die Bolschewiki mit Entschiedenheit die Meinung, dass nur auf dem Wege der formalen oder bürgerlichen Demokratie das Vorschreiten zum Sozialismus möglich sei. Schon während der ersten Nach-

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

kriegsjahre waren als Gegenbegriffe neben Diktatur auch Termini wie *Totalismus* oder *Ausschliesslichkeitsanspruch* im Gebrauch, und damit befand man sich auf der Hauptlinie europäischen Staatsdenkens seit Montesquieu; lange Jahre hindurch waren sie vornehmlich gegen den Bolschewismus gewandt, der eben deshalb von vielen Seiten und sehr häufig *asiatisch* genannt wurde. Bereits um 1920 kam aber auch der Terminus «*Rechtsbolschewisten*» auf, und 1929 brachte der Reichstagspräsident Paul Löbe die entstehende «*Totalitarismuskonzeption*» anschaulich zum Ausdruck, indem er sich mit den folgenden Sätzen an die Kommunisten und an die Nationalsozialisten wandte: «Wäre der staatliche Wille der Herren von rechts durchgeführt worden, dann hätte man Ihnen (den Kommunisten) das Andie-Wand-gestellt-werden in Aussicht gestellt. Wäre Ihr staatlicher Wille durchgeführt worden, dann hätten Sie die Herren von rechts an die Wand gestellt. Wir haben Ihnen und den anderen erst die staatsbürgerlichen Rechte gegeben. Vielleicht kommen wir dazu, Herrn Trotzki in Deutschland ein freiheitliches Asyl zu gewähren.»³ Aber auch Alfred Hugenberg sprach sich Adolf Hitler gegenüber im März 1932 in der Sache nicht anders aus, als er eine Vereinigung aller Machtpositionen in Hitlers Hand nachdrücklich ablehnte, und zwar mit der Begründung, etwas Derartiges habe es «bisher unter keinem Kaiser und König in germanischen Landen gegeben».⁴ Auf andere und doch ähnliche Weise sprach sich die preussische Regierung in ihrem Aufruf vom August 1931 gegen den Volksentscheid des Stahlhelm und der Nationalsozialisten aus, der zugleich ein Roter Volksentscheid sein sollte: «Nationalsozialisten und Kommunisten wollen das Chaos, wollen den Sturz des Bestehenden. Jeder denkt aber an die Stelle des Gestürzten seine Herrschaft zu setzen und die anderen – eben noch willkommene Bundesgenossen beim Volksentscheid – unter seine Füße treten zu können.»⁵ Das Ungewöhnliche dieser Auffassung, das ihren Vorrang begründet, ist darin zu sehen, dass hier ein positiver Hinblick auch auf die eigenen Gegner erfolgt, die vom gegenseitigen Vernichtungskampf abgehalten werden sollen, weil auch ihre Existenz als erhaltenswert und systemnotwendig gilt. Aber die Voraussetzung der Realisierung war doch wohl, dass man selbst eindeutig das Bestehende wollte, d.h. die nichtrevolutionäre Fortentwicklung der gegebenen Verhältnisse des *Liberalen Systems*, und gerade hier lag die Schwierigkeit für die Sozialdemokratie. Im-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

mer wieder erwies sich die ältere Alternative als mächtig, und führende Vertreter der Partei äusserten sich nicht selten mit einer solchen Heftigkeit gegen *das kapitalistische System*, dass sie von den Kommunisten kaum noch unterscheidbar zu sein schienen. So hiess es in einem Aufruf des Parteivorstandes der SPD zur Bankenkrise im Juli 1931, die Lüge von der «marxistischen Misswirtschaft» sei nur erfunden worden, um «von den wahren Schuldigen abzulenken: dem kapitalistischen System und seinen Vertretern». ⁶ Besonders deutlich wurde die Zwiespältigkeit in einer Rede des Abgeordneten Sollmann während einer Reichstagsdebatte im Februar 1931. Einerseits stellte er fest, die Lebenslage der Massen in den beiden diktatorisch regierten Ländern, in Russland und Italien, stehe tief unter der Lebenslage in den Ländern aller Demokratien auf dem ganzen Erdball. Das hinderte ihn aber nicht, kurz danach die Behauptung aufzustellen: «Nicht der Marxismus, sondern der Kapitalismus hat versagt.» ⁷

Wenn also die altüberlieferte Alternative *Sozialismus oder Kapitalismus* die erste der eigentlichen Nachweltkriegsalternativen schwächen konnte, nämlich *Demokratie gegen totalitäre Diktatur*, so liess sich diese ihrerseits in die zweite Alternative einbeziehen, welche *Autorität oder Chaos* hiess. Sie war das Motto Papens und schon Brünnings, und beide durften sich darauf berufen, dass die Demokratie keine brauchbare Gegenwirklichkeit zur Diktatur mehr sein kann, wenn die demokratische Methode zur Zerstörung der Demokratie führt, weil diese von einer starken Minderheit oder sogar von einer Mehrheit der Wähler verworfen wird. Dann kann offensichtlich nur noch eine unabhängige Kraft helfen, nämlich der volksgewählte Reichspräsident und die von dessen Vertrauen getragene Regierung, welche die besten Elemente der Demokratie bewahrt, z.B. den Rechtsstaat, aber deren schlechte und gefahrbringende Bestandteile wie z.B. die fessellose Parteienagitation und die Bürgerkriegslosungen mindestens für eine gewisse Zeit sistiert. Nur ein starker Staat vermag dann die entfesselte Gesellschaft zu bändigen und vor der Selbstzerstörung zu bewahren. Auch diese Auffassung, die eine ganze Lehre vom *Neuen Staat* hervorrief, wies indessen gravierende Widersprüche auf. Wenn sie wirklich eine unbegrenzte Gleichsetzung der auf die Diktatur ausgerichteten Kräfte vornahm, waren ihre Durchsetzungsmöglichkeiten in einem Zeitalter der Pressefreiheit gering. Daher wandte sich Franz von Papen in seiner Rundfunkansprache vom 20. Juli mit grossem Nachdruck gegen die Gleichsetzung von

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

Kommunisten und Nationalsozialisten: «Weil man sich in massgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschliessen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte des Kommunismus in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreihete.»⁸ Aber es dauerte nicht einmal drei Monate, bis der Reichskanzler in einer Rede sagte, Hitler habe am 13. August den Anspruch auf das Kanzleramt «aus dem Prinzip der ‚Totalität‘, der ‚Ausschliesslichkeit‘ heraus» erhoben, dem seine Partei huldige. Dieser Anspruch auf Totalität werde indessen vom Reichspräsidenten und von ihm selbst aus prinzipiellen Beweggründen abgelehnt, denn es gebe einen unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus Politik.⁹ Aber konnte eine bloss konservative und christliche Staatsführung stark genug sein, um gegen *zwei* totalitäre Bewegungen mit ihren sich gegenseitig verneinenden Ausschliesslichkeitsansprüchen die Oberhand zu behalten? Sie wäre dazu mit Sicherheit in der Lage gewesen, wenn es eine Verfassungsbestimmung gegeben hätte, die es allen verfassungstreuen Parteien zur Pflicht gemacht hätte, sich zusammenzuschliessen, sobald der Stimmenanteil der totalitären Parteien eine bestimmte Grenze überschritten hätte. Eine solche Bestimmung gab es indessen nicht, und es musste sehr zweifelhaft sein, ob eine betont christliche Regierung die Sozialdemokraten und die Demokraten würde hinter sich bringen können. Als letzte und äusserste Möglichkeit zur Vermeidung der dritten Alternative blieben dann nur noch grossangelegte Verbotsmassnahmen durch vollen Einsatz der Reichswehr und der Polizei und das heisst letzten Endes durch die Bereitschaft zum Bürgerkrieg.

Die dritte Alternative lautete: *Sowjetstern oder Hakenkreuz*. Sie war bereits 1923 formuliert worden¹⁰, und sie war während der Regierungszeit Brünnings weit verbreitet und populär. Allerdings wurde sie von den Kommunisten immer als eine bloss Formverwandlung der unverbrüchlich festgehaltenen Entgegensetzung von Sozialismus und Kapitalismus aufgefasst. So sagte der Abgeordnete Koenen im Juli 1930 im Reichstag: «Unter dem Zeichen des politischen Massenstreiks wird sich vollziehen der Kampf zwischen Kommunismus und Faschismus, der Vereinigung aller reaktionären

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

Kräfte von den SPD-Bureaukraten bis zu den Nazis unter Führung des Finanzkapitals. Dieser Weg zur Finanzdiktatur wird scheitern an dem eisernen Willen der Kommunistischen Partei, die an der Spitze der Arbeiterschaft mit politischen Massenstreiks den Kampf für ein Sowjetdeutschland eröffnen wird.»¹¹ Ein Jahr später äusserte sich Hermann Remmele folgendermassen: «Heute steht fest: die sterbende, untergehende kapitalistische Welt hat kein Mittel mehr, sich zu retten oder aufrechtzuerhalten. Kein Machtmittel mehr kann ihr dazu helfen. Wir sind die Sieger von morgen, und die Frage steht nicht mehr: Wer wen? Diese Frage ist bereits entschieden.»¹² Und gegen diese Wiederaufnahme von Lenins todverheissender Bürgerkriegsalternative «Kto kogo» stellten sich mit ähnlicher Gewissheit und Entschlossenheit die immer wieder gesungenen Zeilen des Horst-Wessel-Liedes: «Schon flattern Hitlerfahnen über allen Strassen, die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit» und ebenso sehr Hitlers immer wiederholte Versicherungen, dass er *den Marxismus* vernichten werde und dass der Sowjetstern vor dem Hakenkreuz in den Staub sinken müsse. Der Sieg des Hakenkreuzes aber wurde trotz widersprüchlicher Aussagen nicht als blosser Formverwandlung des Kapitalismus aufgefasst, sondern er sollte offensichtlich gegen «Rotfront *und* Reaktion» auf einen nationalen Weg des Sozialismus führen. Auch im Ausland wurde die Situation oft ganz ähnlich gesehen, etwa von dem amerikanischen Journalisten H.R. Knickerbocker, der in seinem Buch «Deutschland so oder so?»¹³ (d.h. unter Hakenkreuz oder Hammer und Sichel) neben anschaulichen Schilderungen der Not der Armen und der Üppigkeit grosser Schichten des Wirtschaftsbürgertums Hitler als dem Repräsentanten des «deutschen Widerstands» weit grössere Chancen gab als den Kommunisten, aber mit der düsteren Feststellung endete, Amerika könne dem Atlantischen Ozean dankbar sein, aber zwischen Westeuropa und der Sowjetunion liege kein Ozean.

Die einfachste Hoffnung auf eine Rückkehr Deutschlands zum *Normalzustand* wurde am 6. November zerstört. Auch 1924 hatten in einem Jahre zwei Reichstagswahlen stattgefunden, und sowohl die Stimmzahl der Kommunisten wie diejenige der Völkischen bzw. Nationalsozialisten war bei der zweiten Wahl ganz erheblich zurückgegangen, wie es in den Erwartungen und Absichten der Regierung gelegen hatte. Diesmal aber hatten nur einige Optimisten eine spürbare konjunkturelle Besserung der Lage

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

wahrzunehmen vermocht, und es handelte sich in Wahrheit ja nicht um die zweite, sondern um die fünfte grosse Wahl des Jahres. So war das Ergebnis ein ganz anderes als im Jahre 1924. Die Nationalsozialisten verloren zwei Millionen Stimmen und gingen von 230 auf 196 Mandate zurück. Einige ihrer Gegner glaubten bereits, zuversichtlich den Zeitpunkt erwarten zu dürfen, wo die Partei ebenso wieder im Nichts verschwinden werde, wie sie 1930 aus dem Nichts aufgestiegen zu sein schien. Aber die NSDAP hatte vergleichsweise viel weniger an Stimmen eingebüsst als im Jahre 1924, und sie hatte sich als die weitaus grösste Partei behauptet. Die meisten Stimmen, die sie verloren hatte, waren auf der Rechten geblieben und Hugenberg's Deutschnationalen zugutegekommen. Die Hoffnung, jemals aus eigener Kraft die absolute Mehrheit erringen zu können, musste aber definitiv aufgegeben werden, und man konnte insofern das Ergebnis als eine Stärkung der nichtradikalen Kräfte innerhalb der kaum geschwächten Rechten bezeichnen, die allerdings auch als ganze nur zusammen mit dem Zentrum eine parlamentarische Mehrheit hätte bilden können. Weitaus neuartiger und beunruhigender musste das Wahlergebnis wirken, das sich im Rahmen der Linken ergeben hatte. Die Kommunisten hatten ihren Aufstieg fortgesetzt und verfügten jetzt über 100 Mandate. Ihre Gewinne hatten sie auf Kosten der SPD errungen, die 12 Sitze verloren hatte. Innerhalb der Linken waren also die radikalen Kräfte gestärkt worden, und das Bemerkenswerteste an der ganzen Wahl war die Tatsache, dass die Kommunisten in Berlin nach einem Gewinn von etwa 140'000 Stimmen die SPD bei Weitem übertroffen hatten und jetzt in der Reichshauptstadt beinahe ebenso stark waren wie Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zusammen. Überdies waren sie nun in einer ganzen Reihe weiterer Wahlkreise stärker als die SPD, besonders im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland. Sie waren also ihrem Ziel, die SPD zu einer kleinen Partei von *Arbeiteraristokraten* zu machen und sich selbst als die Partei des deutschen Proletariats zu konstituieren, einen grossen Schritt nähergekommen. Wie das Beispiel Berlin erkennen liess, durfte nun die ganze Sozialdemokratische Partei als ein potentielles Wählerreservoir der Kommunisten betrachtet werden.

Aber noch erregender als die Wahlergebnisse war für die Öffentlichkeit ein ausserparlamentarisches Ereignis, das sich zwischen dem 3. und 7. November vollzog, nämlich der Streik in den Berliner Verkehrsbetrieben. Es handelte sich um einen *wilden* Streik, der gegen den Willen der Gewerk-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

schaftsleitung ausgerufen wurde, und zwar gemeinsam von der kommunistischen Roten Gewerkschaftsopposition (RGO) und der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO). In dem leitenden Ausschuss befanden sich neben drei Freigewerkschaftlern acht Mitglieder der RGO und vier der NSBO. Der Streik war so populär, dass bei der Urabstimmung beinahe die erforderliche Dreiviertelmehrheit erreicht wurde. Er richtete sich gegen einen vorgesehenen Lohnabbau, der nach dem Willen der Kommunalbehörden durchgesetzt werden sollte, um die Löhne in den verschiedenen städtischen Betrieben einander anzugleichen; es handelte sich also um einen Streik zur Erhaltung einer Ungleichheit. Trotzdem oder auch deshalb war die Radikalisierung ganz beträchtlich, und nach den meisten Berichten waren die Nationalsozialisten noch gewalttätiger als die Kommunisten. In den von der Polizei angelegten Verzeichnissen über Urheber von Steinwürfen gegen Strassenbahnwagen und über Mitbeteiligte an der Errichtung von Barrikaden u.ä. finden sich fast ebensoviel Mitglieder der NSDAP wie der KPD.¹⁴ Nur unter grössten Mühen konnte von der Berliner Verkehrsgesellschaft ein Teilbetrieb aufrechterhalten werden; am Wahltage selbst lag das Berliner Verkehrsnetz fast vollständig still. Die RGO rief zum politischen Massenstreik auf, um «das herrschende System reif (zu) machen zum Sturz», und dabei wurde die Erinnerung an jene Streiks beschworen, «die Cuno und Kapp hinwegfegten».¹⁵ Es zeigte sich allerdings bald, dass die übrigen Beschäftigten der kommunalen Betriebe sich dem Streik, der ja in gewisser Weise gegen sie gerichtet war, nicht anschlossen und die Arbeiter der privaten Grossbetriebe ebensowenig. Aber als am 8. November das Zurückströmen der Arbeitswilligen nicht mehr aufzuhalten war, stimmten in einer Versammlung in den Hohenzollernsälen die anwesenden 400 Nationalsozialisten für die Fortsetzung des Streiks, während die RGO für Abbruch plädierte. Nach Berichten von Vertrauensleuten der Polizei über spätere Funktionärssitzungen der RGO wurde dort viel Selbstkritik geübt, aber meist «von links», und es wurde auch Beschwerde geführt, «dass die Leitung in letzter Zeit dauernd Instrukteure schickte ..., die nicht einmal richtig Deutsch sprechen könnten». Darauf erklärte der Leiter der Versammlung, «dass auf die Mitarbeit der russischen Genossen nicht verzichtet werden könne, weil diese die geeignetsten Elemente seien, um den richtigen revolutionären Schwung in die Gesinnung der Arbeitermassen zu bringen».¹⁶

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

Es diene jedenfalls keinem propagandistischen Zweck, dass der Berliner Polizeipräsident am 14. Januar 1933 dem Innenminister über eine Fragebogenaktion der KPD in den Betrieben Bericht erstattete und diese als eine der vielen Vorarbeiten der KPD zur erfolgreichen Durchführung der in absehbarer Zeit von ihr erwarteten Entscheidungskämpfe bezeichnete. Der Bericht fuhr dann fort: «Da jedoch nunmehr die Radikalisierung der Arbeiterklasse immer stärkeren Umfang annimmt, rechnet die KPD bestimmt mit der Möglichkeit, in Kürze die Macht in Deutschland übernehmen zu können. Sie trifft erneut Vorbereitungen, um einen Bürgerkrieg erfolgreich bestehen zu können.»¹⁷

Die zuversichtlichen, ja triumphierenden Worte, die das Zentralkomitee der KPD nach der Wahl gefunden hatte, waren also durchaus nicht unbegründet. Selbstbewusstsein und Hoffnung mussten aus der Tatsache resultieren, dass nicht nur der «Einbruch in die Arbeitermassen der Sozialdemokratie» mächtig weitergegangen war, sondern dass auch «bedeutende Massen von nationalsozialistischen Arbeitern und sonstigen werktätigen Anhängern der Hitlerbewegung» erobert worden seien.¹⁸ Eine grosse Schwäche verbergte man sich freilich nicht, die in einer internen Sitzung von einem RGO-Funktionär unverblümt ausgesprochen wurde, als es in der Öffentlichkeit möglich war: er sei sich nicht im Klaren, ob die Kollegen überhaupt kein revolutionäres Gefühl mehr hätten, oder ob sie die Angst um ihren Arbeitsplatz derart beherrsche, dass sie von einem Generalstreik nichts wissen wollen.¹⁹ Diesem Mangel an revolutionärem Enthusiasmus bei den deutschen Arbeitern sollten jene russischen Genossen entgegentreten, aber den eigentlichen Durchbruch erhoffte man sich doch offensichtlich nicht von einem Generalstreik zur Verhinderung einer Regierung Hugenberg oder Hitler, sondern von dem gewaltigen Potential nationalsozialistischer Arbeiterwähler, die schon nach wenigen Wochen oder allenfalls Monaten einer solchen Regierung sich zu Hunderttausenden enttäuscht und verbittert der KPD anschliessen würden, ganz wie Tausende nationalsozialistischer BVG-Arbeiter zusammen mit der RGO in den Ausstand getreten waren. Erst dann würde der *bewaffnete Aufstand* auch in Deutschland Erfolg haben, wie er 1917 in Russland Erfolg gehabt hatte.

Kommunisten, Nationalsozialisten, das Vorbild oder das Schreckbild der Sowjetunion, aber auch die unmittelbaren Instruktionen und Einwir-

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

kungen der Komintern: Dieses Kraft- und Spannungsfeld war nicht das einzige im Deutschland der letzten Monate des Jahres 1932, aber es war das wichtigste neben Polizei und Reichswehr und sicherlich bedeutender als die nur noch defensiv denkenden Mittelparteien von der SPD über das Zentrum zu den Deutschnationalen, von denen zwei sich nach rechts orientierten, während die dritte und grösste besorgt nach links blicken musste, um nicht noch weitere Anhänger an die Kommunisten zu verlieren.

Es ist gar kein Zweifel, dass diese Situation den Politikern klar bewusst war, die nach dieser wahren *Katastrophenwahl* die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands zu treffen hatten. Adolf Hitler mochte noch am ehesten von taktischen Zwecksetzungen geleitet sein, wenn er bei den Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten im November 1932 behauptete, die Bolschewisierung der breiten Massen schreite rapide vorwärts und wenn seine Bewegung zugrunde gehe, dann werde es in Deutschland «18 Millionen Marxisten und darunter vielleicht 14 bis 15 Millionen Kommunisten geben», aber ganz glaubwürdig war jedenfalls die Äusserung des Prälaten Kaas, des Führers des Zentrums, der am 18. November zu Hindenburg sagte: «Wir stehen vor einem schlimmen Winter; auf der einen Seite sind 12 Millionen Deutsche in der Rechtsopposition, auf der anderen Seite 13,5 Millionen in der Linksopposition. Deshalb ist das Ziel einer nationalen Konzentration einschliesslich der Nationalsozialisten eine Notwendigkeit.»²⁰ Wieder war es Hindenburg, sicherlich bestärkt von seiner engsten Umgebung, der es ablehnte, den Führer der nach wie vor weitaus stärksten Partei mit der Bildung eines Präsidialkabinetts zu betrauen, und zwar diesmal mit der allgemeiner gehaltenen Begründung, dass die NSDAP als solche immer erneut ihre Ausschliesslichkeit betont habe, so dass die Errichtung einer Parteidiktatur zu befürchten sei. Aber er brachte am Ende seiner Antwort auch die Hoffnung zum Ausdruck, dass es mit der Zeit doch noch gelingen werde, Hitler und seine Bewegung «zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen», d.h. er verwies ihn auf den Weg der Koalitionsbildung und der Bereitschaft zum Kompromiss.²¹ Doch Hindenburg entschied sich in der vielleicht schrecklichsten Aporie, in der jemals ein 85jähriger Staatsmann gestanden hat, auch gegen die erste Alternativlösung zur Vermeidung Hitlers, die ihm Papen vorschlug: den Kampf gegen «die militanten Kräfte der Kommunisten

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

und der Nationalsozialisten» gleichzeitig aufzunehmen und die Gefahr nicht zu scheuen, dass daraus ein Bürgerkrieg entstehe. Nach dem Bericht Papens antwortete ihm der Reichspräsident mit Tränen in den Augen, er sei zu alt geworden, um am Ende seines Lebens noch die Verantwortung für einen Bürgerkrieg zu übernehmen, und daher müsse er in Gottes Namen Herr von Schleicher sein Glück versuchen lassen.

Auch Kurt von Schleicher hatte eine Konzeption, die zweite von drei möglichen. Er wollte sich auf die Gewerkschaften stützen und zugleich den kooperationswilligen Teil der Nationalsozialisten mit ihnen zusammenführen. Das war die sogenannte «Querfrontkonzeption»²², die aus der Unmöglichkeit resultierte, den scheinbar nächstliegenden Weg zu gehen und die demokratischen Parteien von der DNVP bis zur SPD in eine geschlossene Abwehrfront gegen den Totalitarismus von rechts und von links zusammenzubringen. Wenn die SPD unbeweglich war, dann sollte der ADGB tätig werden, und da Hitler von seiner Forderung des *Alles oder Nichts* anscheinend nicht abzubringen war, musste die Hoffnung auf den zweiten Mann der Partei, den Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser gesetzt werden. Zwar hatte Strasser bis dahin immer als einer der Radikalen in der Partei gegolten, und die Zahlungen einiger Industrieller an die NSDAP dienten überwiegend gerade dem Zweck, Hitler als den *Gemässigten* gegen die sozialistischen Tendenzen Strassers zu stützen, aber Schleicher galt als *sozialer General*, und Strasser hielt es für angebracht, dessen Plänen entgegenzukommen. Auch bei den Gewerkschaften fand Schleicher Gehör, und für Augenblicke sah es so aus, als sei der Weg beschritten, auf dem Deutschland aus der politischen und dann auch aus der wirtschaftlichen Krise herauskommen könne. Strasser war jedoch zu sehr ein überzeugter Nationalsozialist, um gegen Hitler rebellieren und die Partei spalten zu wollen; die Vertreter des ADGB aber standen der Sozialdemokratie zu nahe, als dass sie nicht das Votum der Parteileitung eingeholt hätten. Es fiel negativ aus, und Schleicher hatte schon nach wenigen Wochen sein grosses Spiel verloren. Er konnte nun allenfalls noch auf Papens Plan zurückgreifen, nämlich sich von Hindenburg zur Reichstagsauflösung ermächtigen zu lassen und einem etwaigen Bürgerkrieg ins Auge zu sehen.

Dass in dieser Situation vielerlei gedankliche Kombinationen vorgenommen wurden, und dass alle möglichen Interessenvertreter sich bemerkbar machten, um ein Wort mitzureden, war ganz selbstverständlich, da eben

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

dies vor jeder normalen Regierungsbildung die Regel ist. Aber alle Interessenten konnten sich nur noch für die Alternative Papens aussprechen, die Schleicher bzw. ein anderer Militär oder Politiker sich zu eigen machen würde, oder aber für jene tendenziell parlamentarische und kompromisshafte «Lösung Hitler», wie Meissner sie im Namen Hindenburgs angedeutet hatte. Und alle, die das Wort nahmen oder Einfluss ausübten, standen unter dem Eindruck von Ereignissen und Möglichkeiten, die ihnen auch dann präsent waren, wenn sie nicht ausdrücklich davon sprachen oder wenn ihnen der eine oder andere Vorgang sogar unbekannt geblieben war. So publizierte die *Inprekorr* am 27. Januar eine Rede, die ein führendes Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern in Moskau gehalten hatte und in der es hiess: «Der Nationalsozialistischen Partei und ihren Sturmabteilungen gehören mindestens 200'000 Arbeiter an. Man spricht davon, dass sich unter den Nazi-Wählern mehr als zwei Millionen Arbeiter, darunter ziemlich viele Arbeitslose befinden. Sie sind von der antikapitalistischen Demagogie der Nationalsozialisten betört worden. ... Es ist undenkbar, dass sie den Nationalsozialisten dauernd nachlaufen werden. Überall sind bereits Merkmale der Zersetzung vorhanden.»²³ Tatsächlich brachte die *Rote Fahne* am folgenden Tage in grosser Aufmachung die Meldung, nicht weniger als 1'500 Berliner SA-Leute ständen vor dem Austritt. Dem entsprachen wiederholte Meldungen, Reichsbannerleute seien zur KPD übergetreten oder hätten sich immerhin bereit erklärt, im Rahmen der *Antifaschistischen Aktion* gemeinsam den Kampf aufzunehmen. Noch weit eindrucksvoller waren aber die Nachrichten, welche die kommunistische Presse über die Vorgänge auf den Strassen publizieren konnte. Zwar hatte die SA am 22. Januar einen grossen Aufmarsch auf dem Bülowplatz veranstaltet, *Front zum Karl-Liebknecht-Haus*, der Parteizentrale der KPD. Aber die 20'000 SA-Leute waren von einem ausserordentlich grossen Polizeiaufgebot begleitet und – geschützt worden; sie hatten sich streckenweise durch ein Spalier feindseliger Menschenmassen bewegen müssen, und anderswo waren Strassen und Plätze wie leergefegt. Nirgendwo begegneten ihnen auch nur geringe Zeichen von Sympathie, nicht einmal – wenn man dem Bericht der *Roten Fahne* Glauben schenken darf – im Westen der Stadt, wo «Kleinbürgergruppen» stumme Ablehnung zum Ausdruck brachten. So war die Stimmung der Marschierenden «eingefroren», und am Bülowplatz

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

mussten sie ohnmächtig davon Kenntnis nehmen, dass auf dem Dach der feindlichen Parteizentrale «trotzig die Sowjetfahne» wehte.²⁴ Ganz anders war die Lage drei Tage später bei der Gegenkundgebung der KPD, und die *Rote Fahne* gab ihrem Bericht stolz die Überschrift: «Das ist die Kommune». Vier Stunden lang seien die Kämpfer des roten Berlin über den Bülowplatz geflutet, um an dem Zentralkomitee und dem Führer der Partei, Ernst Thälmann, vorbeizumarschieren, weit mehr als Hunderttausend an der Zahl, umjubelt von der Bevölkerung, ohne Polizeischutz, unter ihnen «die Selbstschutzkolonnen der Massen, die schon die erste Terrorwelle der Nazis mit eiserner Hand erstickt und die auch die neue Terrorwelle mit der Wucht ihrer Masse erwürgen werden».²⁵

Wer die Kommunisten für den etwas radikaleren Teil *der Arbeiterbewegung* hält; wer glaubt, dass Hitler sich unzweideutig als der künftige Urheber der *Endlösung* zu erkennen gegeben habe; wer der Ansicht ist, die Sowjetunion habe im Interesse ihrer ungestörten Industrialisierung eine kommunistische Revolution in Deutschland verhindern wollen, der mag sich an dem Gedanken erfreuen, dass die NSDAP seit dem November im Rückgang begriffen war und dass sie bei der nächsten Wahl wieder einige Millionen von Stimmen verloren haben würde. Die Zeitgenossen haben die Dinge nicht so gesehen, und sie *konnten* sie in der Regel nicht so sehen. Sie nahmen zwei Parteien wahr, die radikale Forderungen erhoben und zweifellos verfassungsfeindlich waren. Aber die eine wollte *das kapitalistische System* beseitigen und die andere *das Versailler System*. Die eine war dem Weimarer Staat feindlich gesinnt und die andere der Staatlichkeit schlechthin. Die eine forderte die Einstellung aller *Tribute*, die andere wollte darüber hinaus alle äusseren und inneren Schulden beseitigen, d.h. Deutschland aus dem Zusammenhang der Weltwirtschaft herauslösen. Die eine verlangte, den Staatsbürgerstatus einer kleinen und erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts voll eingebürgerten Minderheit wieder aufzuheben; die andere postulierte die soziale Vernichtung des ganzen Bürgertums einschliesslich der Offiziere und der Grossbauern, und sie identifizierte sich vorbehaltlos mit einem benachbarten Staat, der diese Klassen zum grossen Teil auch physisch ausgerottet oder mindestens in einer Weise entrechtet und verfolgt hatte, wie es in Deutschland für jedermann unvorstellbar war. Die Zeitgenossen *mussten* in den Kommunisten die weitaus extremere der

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

beiden radikalen Parteien sehen, und deshalb musste es sie mit schwerster Sorge erfüllen, dass die grössere und weniger extreme Partei vor einem Zerfall zu stehen schien, dessen Folgen unabsehbar waren, während die kleinere und extremere in der Lage zu sein schien, grosse Teile sowohl der SPD- wie der NSDAP-Wähler an sich zu ziehen. Wer freilich der Meinung war, dass die ehemaligen NSDAP-Wähler wieder zur DNVP und zu den liberalen Parteien zurückkehren würden, der mochte die Befürchtungen für weit übertrieben halten, und wer die Ziele der KPD für gerecht und zeitgemäss hielt, der mochte gerade die prospektiven Opfer voller moralischer Empörung anklagen. Aber die weitaus meisten Menschen, die etwas zu verlieren hatten oder die vor allem um das Funktionieren eines hochkomplexen und vielfältig in die Weltwirtschaft verflochtenen Industriestaates besorgt waren, sahen die Dinge notwendigerweise anders.

Allerdings war es auch ihnen nicht unmöglich, eine Gegenrechnung anzustellen. So war der Neujahrsaufruf Adolf Hitlers vom 1. Januar 1932 ganz auf die Abwehr des Kommunismus eingestellt und im Übrigen recht optimistisch gewesen; ein Jahr später aber machten sich wieder Töne bemerkbar, die keineswegs bloss antijüdische in dem oben gekennzeichneten Sinne waren, sondern die von Neuem eine geschichtstheoretische, ja anthropologische Radikalität zum Vorschein brachten, die derjenigen der Kommunisten an Intensität gleichkam und doch davon dem Inhalt nach ganz verschieden sein sollte: «Die religiös und weltanschaulich wurzellos gewordene liberalistische Menschheit steht am Ende ihres Zeitalters.... Der internationale Jude als intellektueller Inspirator führt in fast allen Staaten der Welt diesen Kampf wenig befähigter, primitiver Unterrassen gegen die ... kulturschaffende ... Fähigkeit eines höheren Menschentums, dessen Widerstandskraft im Liberalismus erschlaffte... In einem Staat, der in seinem Inneren 6 Millionen Kommunisten, 7 1/2 Millionen Sozialdemokraten und 6 Millionen weitere mehr oder minder pazifistisch verseuchte Elemente besitzt, sollte man besser nicht mehr von Gleichberechtigung und auch nicht mehr von ‚Aufrüstung‘ reden. ... Dieser ungeheuren Not gegenüber kann nur eine ebenso gewaltige Abwehr nützen.»²⁶ Wenn Hitlers Rechnung richtig war, musste er etwa vier Zehnteln des Volkes die innere Überzeugung rauben, auch wenn er alle in ihrem äusseren Besitzstand unangestastet liess, und er musste Deutschland nicht nur in einen abgründigen Gegensatz zur Sowjetunion bringen, sondern auch zu England und zur *west-*

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

lichen Welt überhaupt, mit der er sich doch verbünden wollte. Und würde sich ein ähnliches Resultat nicht schon dann ergeben, wenn er auch nur die 500'000 Juden wieder unter Fremdenrecht stellte, da diese doch von ihren Verwandten und Freunden so viel weniger weit entfernt waren als jene vielen Millionen russischer Bürger und Kulaken? Und was würde geschehen, wenn die antipazifistische Radikalität, die in dem Aufruf zu Wort kam, keine blosse Drohbärde war, sondern den Willen zu einem grossen Kriege zum Ausdruck brachte?

So muss im Rückblick doch die *Papen-Lösung* als die bessere erscheinen, die einen Bürgerkrieg gegen beide Extreme in Kauf nahm, aber nicht zwangsläufig herbeiführte. Es ist indessen auch wiederum zu bedenken, dass der Bürgerkrieg, *wenn es* dazu kam, sehr leicht die Teilung Deutschlands im Gefolge haben konnte. Frankreich wäre nicht an seinen Grenzen stehengeblieben, wenn in Berlin eine Machtergreifung der Kommunisten gedroht hätte, und die sowjetische Armee war nach dem Ende des ersten Fünfjahresplans in der Lage, Polen in der Tat «wie einen Halm niederzutreten»²⁷ und mindestens bis zur Elbe vorzurücken. Deutschland war nach wie vor die stärkste Industriemacht des Kontinents, und wenn die Selbstbehauptung Europas als gleichwertige Weltmacht gelingen sollte, dann musste Deutschland der Kern der neuen «Vereinigten Staaten» sein, aber sobald bei seiner momentanen militärischen Schwäche etwas Ungewöhnliches innerhalb seiner Grenzen geschah, wurde es zum Objekt gravierender Vorsichtsmassnahmen seiner Nachbarn. Und seine Nachbarn waren so *bürgerlicher* es selbst: Eine drohende Machtergreifung der Kommunisten würde sie weit eher zum Einschreiten veranlassen als eine Machtübernahme der NSDAP. Wenn aber die Gefahr der Teilung tatsächlich bestand, so hätten die weitaus meisten Deutschen mit Sicherheit einen Krieg dem Bürgerkrieg vorgezogen.

So ist auf die zu Beginn gestellte Frage²⁸ keine eindeutige Antwort zu geben. Die Erzählungen von der Schuld der Intriganten sind nicht völlig unbegründet: Schleicher machte seinen Freund «Fränzchen» zum Reichskanzler, obwohl er ihn für «einen Hut, nicht einen Kopf» hielt²⁹, und er selbst dachte viel zu optimistisch und militärisch, um ein Staatsmann von Rang zu sein. Die beste Figur unter allen Mithandelnden der letzten Weimarer Jahre machte neben Brüning der greise Hindenburg. Aber selbst,

II. Rückblick auf die Jahre 1917-1932

wenn alle Mitwirkenden hervorragende Staatsmänner und beinahe so klug gewesen wären, wie ihre Nachfahren sein können, hätten sie ernsthaft die Lösung in Erwägung gezogen, zu der Hindenburg seine Zustimmung gab, als ihm Schleicher am 28. Januar dieselbe Verantwortung zumutete, wie Papen es am 2. Dezember getan hatte, die Verantwortung für einen möglichen Bürgerkrieg. Er stellte sich Hitler nicht länger in den Weg, als dieser das Postulat vom 24. November erfüllt zu haben schien und trotz weitreichender Kautelen zur Zusammenarbeit mit anderen *aufbauwilligen* Kräften bereit war. Eins freilich hatte Hindenburg nicht bedacht: Auch Mussolini hatte in den Anfängen seiner Regierungszeit mit ähnlichen Kräften zusammengearbeitet. Wenn Sinowjew mit einer Nebenbemerkung recht hatte, die er bereits 1922 gemacht hatte³⁰, d.h. wenn Europa wirklich in eine *Epoche des Faschismus* eingetreten war, dann musste Hitler den Weg zur Alleinherrschaft noch rascher und radikaler zurücklegen, als Mussolini es getan hatte, und dann musste er in besonderer Weise dem Staate konfrontiert sein, der die *Epoche der proletarischen Weltrevolution* hatte heraufführen wollen.

In Europa standen einander nun zwei grosse *Ideologiestaaten* gegenüber, deren Handeln letzten Endes von Konzeptionen bestimmt wurde, welche den vergangenen und den zukünftigen Verlauf der Weltgeschichte interpretierten und den Sinn des menschlichen Lebens deuteten. Die Vorwürfe, die sie einander machten, hatten fast durchweg eine zugespitzte und propagandistische Form, aber sie beruhten auf realen Gegebenheiten, die auf beiden Seiten die Leidenschaften zahlloser Menschen entzündeten. Beide hatten in dem ganzen Erdteil und darüber hinaus ideologische Verbündete: die Sowjetunion die kommunistischen Parteien, Deutschland in weit grösserer Ambivalenz die meist noch kleinen faschistischen Bewegungen und potentiell das faschistische Regime in Italien. Beide befanden sich freilich in einem ganzen Netz von Beziehungen und Gegebenheiten, und für lange Jahre konnte es noch so aussehen, als sei das Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion bzw. zwischen den faschistischen Bewegungen und den kommunistischen Regimen ein untergeordnetes Thema der Weltgeschichte. Schliesslich aber erwies es sich als der entscheidende Gegensatz, der das Schicksal der Welt in weitaus stärkerem Masse bestimmte als etwa der Krieg zwischen Japan und China, die Eroberung Äthiopiens durch Italien oder die Bemühungen Roosevelts um die Rückkehr der USA in die Weltpolitik.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

1. Das nationalsozialistische Deutschland und die kommunistische Sowjetunion 1933/34

Wie schnell Deutschland nach der Machtübernahme Hitlers zu einem nationalsozialistischen Staat wurde, erlebten zahlreiche Zeitgenossen im In- und Ausland mit fassungslosem Erstaunen. Die Bolschewiki hatten die anderen sozialistischen Parteien zwar faktisch sehr rasch ausgeschaltet, aber formell doch erst 1921 verboten; Mussolini war bloss durch Ereignisse schwerwiegender Art, wie etwa die Matteotti-Krise, dahin gedrängt worden, im vierten Jahr nach dem *Marsch auf Rom* mit den übrigen Parteien ein Ende zu machen. In Deutschland aber kam der Prozess der Machteroberung einer einzigen Partei schon am 14. Juli 1933 durch einen Akt der Gesetzgebung zum Abschluss, nämlich durch das «Gesetz gegen die Neubildung von Parteien». Und es handelte sich dabei nicht um eine bloss äusserliche Überwältigung. In jeder der Parteien, auch in der DNVP, gab es Widerstreben und sogar Widerstand; aber in jeder der Parteien, auch in der SPD, war nicht nur Resignation weit verbreitet, sondern sogar Bereitschaft zur Mitarbeit an der neuen *Volksgemeinschaft* sowie Einsicht in eigene Versäumnisse oder Fehlentwicklungen in der Weimarer Republik.¹ Das Verhalten der Führungen und der Mitglieder des Zentrums und der Überreste der liberalen Parteien, aber auch der katholischen und der protestantischen Kirche liess die Vermutung berechtigt erscheinen, dass man sich nicht ungern zu einer Zustimmung zwingen liess, zu der auch vorher nicht wenig Neigung bestanden hatte, obgleich das immer stärkere Hervortreten der *nationalsozialistischen Revolution* neue Widerstandsregungen aufkommen liess. Sogar für die Kommunisten bedeuteten die Monate nach dem 30. Januar nicht bloss äussere Verfolgung, sondern auch innere Verwirrung und Ratlosigkeit, die nicht ausschliesslich durch die unerwartete Heftigkeit der Schläge hervorgerufen wurden, welche die Partei trafen. Die Erinnerungen von Herbert

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Wehner geben ein anschauliches Bild von dieser Verwirrung und von einer verbreiteten Neigung unter Funktionären und Mitgliedern, die Flinte ins Korn zu werfen oder sogar zu kapitulieren. Massen von desillusionierten Mitgliedern seien in die NSDAP und in die SA geströmt, zwei ehemals besonders radikale Funktionäre hätten eine Broschüre mit dem Titel «Vom Sowjetstern durch das Konzentrationslager zum Hakenkreuz» publiziert, mehrere Spitzenfunktionäre hätten mit der Gestapo zusammengearbeitet.² Ernst Thälmann wurde verhaftet, und es kam sehr bald das Gerücht auf, dass er durch einen seiner engsten Mitarbeiter verraten worden sei. Der Arbeiterdichter Max Barthel, der jahrelang ein enger Freund und Mitkämpfer von Willi Münzenberg gewesen war und allerdings seit 1923 der SPD angehörte, veröffentlichte in Goebbels' *Angriff* einen «Brief an die Freunde, die über die Grenze gingen», in dem der Satz zu lesen war: «Gegen die alten Arbeiterparteien ist die NSDAP eine blühende Frühlingswiese.»³ Im Sommer gestand die Zeitschrift der Komintern ein, dass im März/April ein «Hinüberströmen von Arbeitermassen zum Faschismus» stattgefunden habe und dass «Panikstimmungen» weit verbreitet gewesen seien, ja dass der erste Eindruck derjenige eines «kolossalen Triumphes des Faschismus» gewesen sei.⁴ Jetzt aber habe die Partei sich wieder gesammelt und es habe sich herausgestellt, dass die NSBO zwar einen grossen Teil der Arbeiterschaft erfasst habe, dass aber nur ein kleiner Bruchteil «wirklich nationalsozialistisch, fanatisch hitlerisch» sei. Schon fänden an vielen Stellen wieder Streiks und Demonstrationen statt und in Chemnitz habe sogar ein Trupp bewaffneter Arbeiter die Spitze eines Demonstrationzuges eingenommen. Daher seien die Hoffnungen auf eine baldige Einigung der gesamten Arbeiterklasse unter den Fahnen der Kommunistischen Partei wieder stark geworden und in zahllosen Arbeitern sei die Überzeugung lebendig: «Nach Hitler muss der Bolschewismus kommen, und der Sowjetstern wird siegreich strahlen über den verfaulenden Trümmern der Hakenkreuzdiktatur.»⁵ Ganz ähnlich klangen die Äusserungen führender Kominternvertreter, die mit grossem Nachdruck die bisherige Politik der Partei und insbesondere ihren Kampf gegen den *Sozialfaschismus* für richtig erklärten und ohne Schwanken die Maxime befürworteten, die Partei müsse erkennbare Aktivität an den Tag legen. Es zeigte sich allerdings bald, dass alle Versuche der Kommunisten, sich wieder zu sammeln und durch Flugblätter und Parolen ihre Fortexistenz unter Beweis zu stellen, von der Geheimen

Staatspolizei rasch zerschlagen wurden und der Partei von Neuem schwere Verluste einbrachten. Diejenigen Sozialdemokraten dagegen, welche sich nicht resignierend zurückgezogen hatten, versuchten im Grossen und Ganzen lediglich, den Kontakt untereinander aufrechtzuerhalten und bessere Zeiten abzuwarten. Es sollte nicht lange dauern, bis vom Sitz des emigrierten Parteivorstandes in Prag aus jene «Deutschland-Berichte» verbreitet wurden, die bewiesen, wie sorgfältig die Verhältnisse in Deutschland von zahlreichen Mitgliedern der verbotenen Partei beobachtet wurden. Freilich registrierten sie nicht nur Stimmen der Unzufriedenheit in allen Schichten der Bevölkerung, weil die *Arbeitsschlacht* mehr scheinbare als wirkliche Erfolge errungen habe und weil die Lebenshaltung eher schlechter als besser geworden sei, denn sie mussten auch wieder und wieder feststellen, dass Hitler weit populärer sei als die NSDAP, und zwar gerade in weiten Kreisen der Arbeiterschaft.⁶

Hitler war also im Laufe weniger Monate etwas gelungen, was kein *bürgerlicher* Politiker vor ihm auch nur annähernd zu erreichen vermocht hatte: Er hatte die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei sowie die Gewerkschaften beseitigt und er fand dennoch auch bei Arbeitern so viel Zustimmung, dass sich das *Milieu* der Arbeiterviertel aufzulösen begann und sogar die *Kieze* nicht mehr sichere Zufluchtsorte für verfolgte Kommunisten waren.⁷ Hier und auch in den *Kolonien* des Ruhrgebiets wohnte nun nahezu in jedem Haus mindestens ein überzeugter oder sogar fanatischer Nationalsozialist, der als «Hauswart» oder «Blockleiter» tätig sein und eine Überwachungsfunktion ausüben mochte, die auch die perfekte Polizei in feindseliger Umgebung nicht hätte erfüllen können.

Deutschland war mithin zu einem Ideologiestaat geworden, wo ein Mann und eine Partei unter enthusiastischer Zustimmung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung die politische Macht ungeteilt in Händen hielten. Dennoch konnten die «Deutschland-Berichte» mit guten Argumenten die Behauptung verfechten, im Grunde habe sich in Deutschland nur wenig geändert, denn die wahren Herren seien nach wie vor die grossen Industriellen, die Gutsbesitzer des Ostens und die Generäle der Reichswehr, Hitler dagegen vollziehe lediglich deren Willen. Tatsächlich hatte Hitler schon im Juli 1933 die Revolution für abgeschlossen erklärt, und wenn eine grosse Anzahl von *Märzgefallenen* in die NSDAP hineingeströmt war, so war

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

doch gerade deshalb die alte Beamtenschaft im Wesentlichen die gleiche geblieben; in der Führung der Reichswehr hatte es keine nennenswerte Veränderung gegeben; die Spitzenorganisation der Industrie hatte lediglich ihren Namen verändert und einige Funktionäre ausgewechselt; die katholische Kirche hatte zwar mit dem Abschluss des Konkordats den politischen Katholizismus preisgegeben, aber ihre rechtliche Stellung gefestigt; in der protestantischen Kirche vollzogen sich grössere Veränderungen, doch der Protest gegen die Einführung des Arierparagraphen und gegen die völkischen Tendenzen der «Deutschen Christen» kam fast ungehindert zu Wort. Zwar mochte man in der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März eine Entsprechung zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung im Januar 1918 sehen, zumal auch unmittelbare Drohungen eine Rolle gespielt hatten, aber schon die Verfolgung der Kommunisten liess sich mit dem Angriff gegen *die Bourgeoisie* nicht gleichsetzen. Zwar war neben den Mordtaten in den Konzentrationslagern vor allem die schreckliche *Köpenicker Blutwoche* zu verzeichnen, aber Massenerschießungen fanden nirgendwo statt, und erst recht gab es nur ganz entfernte und schwache Analogien zur Nationalisierung von Betrieben, zu Enteignungen von Landbesitz, zu Ausquartierungen aus Wohnungen, zu Sperrungen von Konten für ganze Bevölkerungsgruppen. Die am meisten ins Auge fallende Massnahme war der Boykott von jüdischen Geschäften vom 1. April an, der aber in der Bevölkerung nur wenig Zustimmung fand und nach drei Tagen abgebrochen wurde. Daher ist häufig mit Recht gesagt worden, dass die nationalsozialistische Machtübernahme zwar in ihrem weiteren Verlauf eine politische Umwälzung gewesen sei, aber nicht eine soziale Revolution. Das heisst jedoch nichts anderes, als dass sie eine Revolution war, die nicht aus einem Krieg hervorging, die nicht zu einem Bürgerkrieg führte und die nicht den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang mit der übrigen Welt zerschneidet. Innerhalb dieses Rahmens und unter diesen Voraussetzungen aber handelte es sich um die umfassendste und tiefgreifendste politische Revolution, die in einem europäischen Staat während des 19. und des 20. Jahrhunderts jemals stattgefunden hatte.

Von der Aussenpolitik liess sich Ähnliches sagen. Nach der Machtübernahme Hitlers wurde keine einzige der vielen diplomatischen Beziehungen abgebrochen, die Deutschland mit den Staaten der Welt verbanden; kein Gedanke lag dem Aussenminister von Neurath ferner als der, «das Geschäft

zu schliessen» (wie Trotzki es als Aussenkommissar 1917 hatte tun wollen); die Besorgnisse, die in Paris und London gewiss gross waren, wurden durch Hitlers «Friedensrede» vom 17. Mai, der auch die Sozialdemokraten zustimmten, zu einem guten Teil zerstreut, und der von Mussolini sehr geförderte Abschluss des «Viermächtepaktes» im Juli 1933 bedeutete, dass Deutschland sich gleichrangig den westeuropäischen Grossmächten England, Frankreich und Italien an die Seite stellte. Aber andererseits trat Deutschland im November 1933 in einem spektakulären Akt aus dem Völkerbund aus, und auch das war in Europa ohne Vorgang, denn bis dahin hatte nur Japan (im März 1933) ein Beispiel gegeben, und Japan war faktisch bereits in einen Krieg mit China um die Mandschurei verwickelt. Sogar aussenpolitisch war das nationalsozialistische Deutschland mithin weit weniger revolutionär als die Sowjetunion, die auch nachträglich den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet hatte, die 1918 durch den Mund Lenins die Absicht kundgetan hatte, bei passender Gelegenheit «der ganzen Welt den Krieg zu erklären»⁸ und die zwar die Selbständigkeit ihrer ehemaligen baltischen Provinzen anerkannt hatte, die aber nie aufhörte, gegen die Abtrennung Bessarabiens zu protestieren. Wenn Deutschland unter Hitler zum *Ideologiestaat* geworden war, dann hatte der Begriff nicht die gleiche umfassende Bedeutung wie im Falle der Sowjetunion.

Wie sehr Hitlers Ideologie in erster Linie negativ durch den Gegensatz zur Sowjetunion und zum Kommunismus bestimmt war, hatte er während des Jahres 1932 bei zwei Gelegenheiten noch unzweideutiger erkennen lassen als durch die Äusserungen, die er bald nach der Machtübernahme tat. In seiner Rede vor Industriellen in Düsseldorf am 27. Januar 1932 war er von der tatsächlichen Herrschaft der weissen Rasse über die Welt ausgegangen und hatte sie auf erbliche Überlegenheit zurückgeführt, die also ein Recht sei, aber ein gefährdetes Recht. Denn dagegen sei eine Weltanschauung aufgestanden, die sich bereits einen Staat erobert habe und die von da aus die ganze Welt zum Einsturz bringen werde, wenn sie nicht rechtzeitig vernichtet werde: «In 300 Jahren wird man, wenn diese Bewegung sich weiter entwickelt, in Lenin nicht nur einen Revolutionär des Jahres 1917 sehen, sondern den Begründer einer neuen Weltlehre, mit einer Verehrung vielleicht wie Buddha.»⁹ Einer so «gigantischen Erscheinung» begegnet Hitler offensichtlich nicht mit Verachtung, und er polemisiert ausdrücklich

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

gegen diejenigen Unternehmer, welche eine umfassende Industrialisierung Russlands nicht für möglich halten. Vielmehr versteht er sich selbst hier ganz unverkennbar als Anti-Lenin, als den einzigen Mann, der diese Entwicklung aufzuhalten vermag, grundsätzlich ganz genau so, wie Trotzki es getan hatte, als er ihn den «Ober-Wrangel der Weltbourgeoisie» genannt hatte.¹⁰ Nur ist in seinen Augen alles dasjenige Menschheitsverfall und Dekadenz, was für Trotzki Fortschritt und Emanzipation ist, denn die Industrialisierung Russlands und die präsumtive Ausbreitung des Bolschewismus auf Asien können sich nur auf die Ausnützung westlicher Leistungen und auf die rücksichtslose Niedrighaltung des Lebensstandards der russischen bzw. asiatischen Massen gründen. Allerdings schreibt Hitler auch der westlichen Welt nicht etwa das Verdienst zu, die Lebensumstände der Asiaten und anderer Völker verbessert zu haben, und er scheut nicht davor zurück, sich der Sache nach für den Vorkämpfer des westlichen oder abendländischen Egoismus zu erklären, welcher für ihn nichts anderes als die naturgewollte Herrschaft des höheren und kultivierteren Menschentums über das niedrige und barbarische ist. Aber ob das nun ein bis dahin unvorstellbares Bekenntnis zum *reaktionärsten Imperialismus* ist oder ob es sich um die Übersteigerung einer im Kern richtigen Einsicht handelt: Jedenfalls kann sich ein Mensch nichts Grösseres vornehmen, als in dem übergreifenden weltgeschichtlichen Prozess im Dienste einer Sache eine entscheidende Rolle zu spielen, und daher muss jede Auffassung als unzureichend gelten, die in Hitler bloss einen deutschen Nationalisten sehen will. Ein blosser Nationalist hätte sich bestimmt nicht in dem Sinne geäussert, wie Hitler es im Dezember 1932 gegenüber dem Oberst von Reichenau tat: er halte die Sowjet-Diplomatie für verhandlungs- und vertragsunfähig, denn Verträge könnten nur zwischen Kontrahenten auf gleicher weltanschaulicher Ebene abgeschlossen werden.¹¹

Mithin mussten die mannigfaltigen Beziehungen, in die Hitler als Staatsmann zu Frankreich und England, zu Italien und den USA, zu Polen und zum Vatikan trat, bloss einen untergeordneten Rang haben, nur bestimmt, momentane Gefährdungen abzuwehren, und überragende Bedeutung musste die Beziehung zu dem weltgeschichtlichen Gegenspieler gewinnen, wengleich nicht die diplomatische Beziehung. Aber auch der Sowjetunion musste klar sein, dass die weltpolitische Situation sich vollständig geändert hatte, seit es in Europa einen zweiten und feindlichen Ideologiestaat von

vergleichbarer potentieller Stärke gab. Zwar suchten die Diplomaten auf beiden Seiten beruhigend zu wirken, aber schon Hitlers Rede vom 2. März rief heftigen Protest hervor, und dann riss eine Kette von Zwischenfällen nicht ab, in denen sowjetische Handelsvertretungen und vor allem das weitgespannte Tankstellennetz der «Derop» zu Objekten von manchmal gewalttätigen Übergriffen von SA und SS wurden. Hitler hatte sich allerdings schwerlich schärfer ausgedrückt, als sowjetische Politiker sich über die Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern regelmässig auszulassen pflegten¹², und auch die sowjetischen Diplomaten konnten nicht in Abrede stellen, dass die Angestellten der «Derop» häufig Kommunisten waren¹³, doch die Beziehungen verschlechterten sich nun rapide, die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee ging zu Ende, Karl Radek äusserte sich in der *Prawda* auf einmal sehr entschieden gegen den Revisionismus als Friedensgefährdung, und die Franzosen nützten ihre Chancen mit viel Geschick.¹⁴

Es fehlte allerdings nicht ganz an Gegenwirkungen: Hitler vermied nach dem 2. März scharfe Äusserungen in der Öffentlichkeit, er empfing sogar den Botschafter Chintschuk zu einem Gespräch, und er erklärte sich vor allem bereit, das Verlängerungsprotokoll zum Berliner Vertrag zu ratifizieren, das seit 1931 paraphiert war, aber noch keine Rechtskraft erlangt hatte. Nach einem Bericht des deutschen Botschafters in Moskau, Herbert von Dirksens, vom 15. Mai gab es auch auf der Gegenseite unterschiedliche Tendenzen: die Rote Armee und die ihr nahestehenden Politiker ständen Deutschland nach wie vor positiv und freundlich gegenüber, während bei den intellektuellen Sowjetpolitikern weiterhin eine «verbissene und verbitterte Stimmung gegen Deutschland» zu verzeichnen sei.¹⁵ Aber das eigentümliche Sonderverhältnis zwischen Deutschland und Russland, das auf dem gemeinsamen *Revisionismus* beruhte, war doch unverkennbar an sein Ende gekommen, und am 14. August schrieb Dirksen sogar von der «immer stärker werdende(n) Besorgnis, fast Angst, vor den ideologischen Rückwirkungen des nationalsozialistischen Sieges in Deutschland auf Bolschewismus und Weltrevolution» und von dem «bis zur Hysterie gesteigerte(n) Misstrauen, ob nicht doch das Deutschland der nationalen Revolution, allen amtlichen Versicherungen zum Trotz, feindliche Pläne gegen die Sowjetunion (Losreissung der Ukraine) verfolge oder demnächst verfolgen werde».¹⁶

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Wenn mithin die Motive der Sowjetunion ganz andere waren als diejenigen Frankreichs, so näherten sich die beiden Mächte doch nun immer unverkennbarer an, und Deutschland befand sich nach seinem Austritt aus dem Völkerbund in einer fast vollständigen Isolierung. Da schloss Hitler im Januar 1934 mit Polen, das doch im Frühjahr 1933 mit dem Gedanken an einen Präventivkrieg gespielt hatte, einen Nichtangriffspakt ab und bewies dadurch, dass er fest im Sattel sass und dass an der Spitze des deutschen Ideologiestaates Entschlüsse möglich waren, die während der ganzen Weimarer Republik sofort zum Sturz der Regierung geführt hätten, weil sie eine Anerkennung der Ostgrenzen zu implizieren schienen. Hitler aber konnte sich zu einem wesentlichen Teil von seiner Sympathie für Marschall Piłsudski leiten lassen, die in dem gemeinsamen Antibolschewismus begründet war. Er war nicht ein Politiker mit ideologischen Überzeugungen, wie es Stresemann und Brüning gewesen waren, sondern er war ein Ideologe mit politischem Willen und taktischer Versatilität, dessen Entschlüsse bereits zu Anfang 1934 in allen Fragen der grossen Politik alleinbestimmend waren.

Die Sowjetunion vollzog um die gleiche Zeit eine Änderung ihrer Aussenpolitik von noch tiefgreifenderer Art. Fünfzehn Jahre lang war ihr Lebensgrund die Anklage gegen *die Imperialisten*, gegen Versailles und überhaupt gegen den Kapitalismus gewesen, als dessen Hauptvertreter Frankreich, England und die USA angesehen werden mussten. Die Nichtangriffspakte mit Polen und Frankreich sollten noch keine grundsätzliche Änderung bedeuten, aber nach der Machtergreifung Hitlers wurde der Ton der sowjetischen Presse sehr bald ein anderer, und der Aussenminister Maxim Litwinow wurde zum Hauptwortführer – wenn auch gewiss nicht zum Urheber – jener neuen *westlichen* Linie, welche die Sowjetunion den antirevisionistischen Mächten zugesellte und bald ihren ersten Höhepunkt mit dem Eintritt in jenen Völkerbund finden sollte, der so lange als eine Vereinigung von antisowjetischen Kriegsbrandstiftern gegolten hatte. Irgendein Widerstand gegen die Schwenkung wurde nicht erkennbar, denn sie drängte sich geradezu auf, und es galt offenbar bereits als selbstverständlich, dass Stalin sagte, seine Politik orientiere sich «auf die UdSSR und nur auf die UdSSR».¹⁷ Wenn die Sowjetunion kein gewöhnlicher Staat war, wie Stalin allerdings unverbrüchlich glaubte, dann handelte es sich nicht um blossen Nationalismus, und man konnte sich auf Lenin berufen, wenn

man Spaltungen und Schwierigkeiten des *imperialistischen Feindes* ausnutzte. Überdies legte sich Stalin nicht bedingungslos fest, sondern er versuchte, die Verbindung mit Deutschland nicht ganz abreißen zu lassen¹⁸, und andererseits blieb in Frankreich und besonders in England das Misstrauen gegen die Sowjetunion lebendig.

Die bedeutendste Änderung der Situation lag daher in der erfolgreichen Durchführung von Lenins Plan, durch den Kommunismus das Land zu *elektrifizieren*, d.h. zu industrialisieren. Die triumphierenden Meldungen über die Vollendung gewaltiger Industriebauten und die Karten von den *Giganten des Fünfjahrplanes* – etwa den Traktorenwerken in Stalingrad, dem Eisenhüttenkombinat von Magnitogorsk, dem Sägewerk «Molotow» bei Archangelsk, dem Chemiekombinat von Stalinsk, den Hochöfen bei Dnjepropetrowsk – stiessen im Westen zunächst auf grosse Skepsis, und es fehlte durchaus nicht an Empfinden dafür, dass diese Wunderwerke der modernen Technik zu einem erheblichen Teil aus der Zwangsarbeit von Hunderttausenden verschickter Kulaken, dem Hunger der ganzen Bevölkerung und dem qualvollen Sterben von mehreren Millionen Bauern errichtet waren und dass der Nutzen des Ostsee-Weissmeer-Kanals und selbst des Elektrizitätswerks von Dnjeprostroj keineswegs ausser Frage stand. Insbesondere das Jahr 1932 war in der Sowjetunion überaus schwierig und düster. Vermutlich ist der Selbstmord von Stalins Frau Nadeschda Allilujewa in diesem Zusammenhang zu sehen, und in der Partei kamen Oppositionsbewegungen auf, die in Stalin den Urheber des Unheils erblickten. Konnte es eine extremere Massnahme geben als das «Gesetz über den Schutz des Eigentums von Staatsbetrieben und Kolchosen», das für geringfügige Diebstähle die Todesstrafe vorsah? Ähnliches gilt für die Einführung von Inlandspässen Ende 1932, die eine neue und in Westeuropa unvorstellbare Ungleichheit schuf, da die Kolchosbauern keine Pässe erhielten und damit wieder wie ihre Vorfahren an den Boden gebunden wurden. Als Ausgleich wurde der Bevölkerung das Wiederaufleben des Nationalgefühls und des Stolzes auf die russische Geschichte geboten, wie Stalin es schon 1930 mit einem Brief an Demjan Bedny freigegeben hatte, als er dem *proletarischen Dichter* tadelnd schrieb, in seinen Gedichten erscheine das vergangene Russland als «ein Gefäss des Greuels und der Unsauberkeit».¹⁹ Wenig später wurde die marxistische Betrachtungsweise des führenden Historikers Pokrowskij durch eine sehr viel positivere Einschätzung der russischen

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Vergangenheit einschliesslich einiger Zaren und Feldherren abgelöst, und verfemte Begriffe erlebten ihre Wiederkehr, als im Juni 1934 das Gesetz über den «Verrat an der Heimat» herauskam, welches Fluchtversuche aus der Sowjetunion mit dem Tode bedrohte und für alle Familienmitglieder des *Verräters* die Einweisung in ein Lager vorsah, sogar dann, wenn sie von den Plänen keine Kenntnis gehabt hatten.²⁰

Was in der Sowjetunion vor sich ging, war also eine Industrialisierung unter Kriegsverhältnissen auf der Grundlage einer Lehre, die sich *marxistisch* nannte. Sowohl in ihrer Gewaltsamkeit wie in ihrer Schnelligkeit bildete sie einen schroffen Gegensatz zu der Industriellen Revolution, wie sie sich zunächst in England und dann im übrigen Westen während langer Jahrzehnte entfaltet hatte. Da sie mit ihrem Vorrang der Schwerindustrie notwendigerweise bedeutete, dass der räumlich grösste Staat der Welt sich ein gewaltiges Rüstungspotential schuf, musste sie im ganzen Westen Besorgnis und Angst hervorrufen, aber sie fand auch viel Sympathie unter den Intellektuellen, die manchmal die Dekadenz, manchmal die Entfremdung und manchmal die Kriegslüsterheit der westlichen Staaten kritisierten, manchmal aber auch alles auf einmal. Sidney und Beatrice Webb schrieben in einem Buch über die Sowjetunion als «eine neue Zivilisation», und Bernard Shaw glaubte, aus einem «Land der Hoffnung» in eine Weltregion der Hoffnungslosigkeit zurückzukehren, als er von Moskau die Rückreise nach London antrat.²¹

So sprachen die einen von dem Lande der Staatssklaverei und des neu-alten Despotismus und die anderen von dem völlig neuen Ethos der russischen Arbeiter, die von ihrer Arbeit «etwas Besseres und Grösseres erwarten, als man mit Geld erlangen kann».²² Beide Teile hatten auf ihre Weise recht: Eine Industrialisierung wie diese hatte es in der Welt noch nicht gegeben.

Als die Ernte von 1933 gut ausgefallen war und die Menschen zum erstenmal wieder etwas freier zu atmen vermochten, konnte Stalin auf dem XVII. Parteitag im Januar 1934, dem «Parteitag der Sieger», eine Erfolgsbilanz vorlegen, die dasjenige definitiv bestätigte, was in der Welt noch nicht überall Glauben gefunden hatte, als er im Januar 1933 über die «Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans» gesprochen und gesagt hatte: «Wir hatten keine Eisenhüttenindustrie, die Grundlage der Industrialisierung des Landes. Jetzt haben wir sie. Wir hatten keine Traktorenindustrie. Jetzt ha-

1. Deutschland und die Sowjetunion 1933/34

ben wir sie ... Wir hatten keinen Werkzeugmaschinenbau. Jetzt haben wir ihn. ... Wir hatten keine Flugzeugindustrie. Jetzt haben wir sie. ... All das hat dazu geführt, dass unser Land aus einem Agrarland zu einem Industrieland geworden ist.»²³ Jetzt legte er Zahlen vor, die beweisen sollten, dass die Sowjetunion im Vergleich zu 1913 ihre Industrieproduktion vervierfacht hatte, während die USA und Frankreich etwa auf dem gleichen Niveau geblieben waren und England sowie Deutschland nicht einmal den Vorkriegszustand erreicht hätten.

So fragwürdig die Zahlen im Einzelnen waren, so wenig war doch zu bezweifeln, dass eine neue industrielle Grossmacht entstanden war, die in ihrer Entwicklung nicht von dem krisenerzeugenden und eben dadurch ausgleichenden Zusammenhang einer *Weltwirtschaft* abhing und gerade deshalb auf dem Wege war, eine politisch-militärische Weltmacht zu werden. Hitlers «politisches Testament» in «Mein Kampf» hatte also trotz aller Versicherungen in der damaligen Presse der Kommunisten, die Sowjetunion sei eine Weltmacht, in der Realität sogar noch 1926 eine solide Grundlage gehabt, aber es war nun obsolet geworden, und es gab sogar gute Gründe für die Befürchtung, dass Deutschland auf dem militärischen Gebiet nun in einen immer grösseren Rückstand geraten werde. Und wenn Stalin die Rede Hitlers vom 27. Januar 1932 möglicherweise nicht vor Augen hatte, als er seinen grossen Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag gab, so konfrontierte er sich ihr doch unmittelbar, als er sich mit der Theorie von den *höheren* und den *niederen* Rassen auseinandersetzte. Er sagte: «Bekanntlich blickte das alte Rom auf die Vorfahren der heutigen Deutschen und Franzosen genauso, wie jetzt die Vertreter der ‚höheren Rasse‘ auf die slawischen Stämme blicken ... Herausgekommen ist dabei, dass sich die Nicht Römer, das heisst alle ‚Barbaren‘, gegen den gemeinsamen Feind zusammenschlossen und Rom über den Haufen rannten ... Wo ist die Garantie, dass die schriftstellernden faschistischen Politiker in Berlin mehr Glück haben werden als die alten kampfgeprobten Eroberer in Rom? Wäre es nicht richtiger, das Gegenteil anzunehmen?»²⁴

In einer Unterredung mit Raymond Robins, der seit der Revolution vom 1917 einen nun endlich erfolgreichen Feldzug für die Anerkennung der Sowjetunion durch die USA geführt hatte, hatte Stalin im Mai 1933 denselben Gedanken in allgemeinerer Form mit der Wendung ausgesprochen:

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

«Die Frage, wie die Arbeiter dieser oder jener Nation die Technik meistern, ist keine biologische Frage, keine Frage der Erbanlagen, sondern eine Frage der Zeit: hat man sie heute nicht gemeistert, so wird man sie morgen erlernen und meistern. Die Technik kann jeder meistern, auch der Buschmann, wenn man ihm hilft.»²⁵ Hitler dagegen hatte davon gesprochen, die Industrie in Böhmen sei nur durch die Deutschen aufgerichtet worden, und er hatte übersehen, dass die Industrie in Deutschland zwischen 1800 und 1850 zu einem beträchtlichen Teil von Engländern aufgebaut worden war. Stalin vertrat also trotz aller Rückwendung zur russischen Geschichte immer noch die Position des auf die *Zeit* bezogenen Universalismus, während Hitler die Unveränderlichkeit unterschiedlicher Rassensubstanzen verfocht. Eine hohe Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass Stalin recht hatte. Aber das Weltbild der Selbstbehauptung der slawischen *Barbaren* gegen den Angriff der *höheren Rassen* wies kaum noch Ähnlichkeiten mit den Vorstellungen von Marx und Engels auf, und es mochte eine düstere Vorbedeutung haben, dass Stalin unter den bürgerlichen Politikern, deren Kriegspläne zum Scheitern verurteilt seien, allein Churchill mit Namen nannte. Und möglicherweise war seine Zuversicht bereits obsolet, bei einem Krieg gegen die UdSSR, werde der Kampf sich auch «im feindlichen Hinterland» abspielen.²⁶ Dass sich in der Sowjetunion kein Kampf hinter den Linien abspielen werde, dafür sorgte die GPU. Aber war die GPU bzw. die Tscheka nicht das Vorbild für die Gestapo, jedenfalls objektiv und vermutlich auch im Bewusstsein der Handelnden?

Durfte Stalin indessen sicher sein, dass die GPU *ihm* bedingungslos gehorchte? Gab es nicht noch zahlreiche Trotzlisten und Bucharinisten in seinem Staat, die jetzt zu Frieden und Versöhnlichkeit rieten? Was hatte es zu bedeuten, dass Kirow, der Parteisekretär von Leningrad, bei den Wahlen, die der Parteitag vornahm, mehr Stimmen erhielt als er?²⁷ Kirows persönliche Loyalität stand freilich ausser Frage, und er nannte Stalin ja gerade auf diesem Parteitag «den grössten Menschen aller Zeiten und Völker».²⁸ Aber die Feinde mochten sich hinter ihm verstecken, und Feinde sah Stalin noch in grosser Zahl. Vermutlich nannte er nicht ohne einen beziehungsreichen Hintersinn in seinem Glückwunschtelegramm zum 15jährigen Bestehen der GPU im Dezember 1932 das «Werk der Ausrottung der Feinde des Proletariats» nicht etwa abgeschlossen, sondern «kompliziert».²⁹

2. Der «Röhm-Putsch» und die Ermordung Kirows 1934

Die Kulaken waren zwar vernichtet, aber er gab der Feindschaft der Partei ein neues Ziel in den «Lagerverwaltern, Wirtschaftsleitern, Rechnungsführern, Sekretären usw.» der Kolchosen, die zu einem guten Teil aus Vertretern der «Ehemaligen», der «sterbenden Klassen» bestanden.³⁰ Er zürnte aller Vermutung nach denjenigen Mitgliedern des Politbüros und des Zentralkomitees, die ihn gehindert hatten, jene *Parteifeinde* erschiessen zu lassen, die sich in der Partei selbst versteckt hatten. Seit beinahe einem Jahrzehnt standen überall im Lande Stalinstatuen, er wurde in einem unablässigen Strom schmeichlerischer Adressen der «grosse Führer der Völker» genannt, bedeutende Städte und zahllose Strassen trugen seinen Namen, aber er war nicht definitiv zum Alleinherrscher geworden, solange er in der Partei noch Feinde hatte.

Doch auch Hitler war während der ersten Hälfte des Jahres 1934 noch kein Alleinherrscher. Die Entschlossenheit, mit der er sich dann seiner Feinde entledigte, scheint auf Stalin einen starken Eindruck gemacht zu haben. Es war eine blosser Kopie des sowjetischen Vorbilds, wenn im nationalsozialistischen Deutschland überall Bilder zu sehen waren, die Hitler neben Friedrich dem Grossen, Bismarck und Hindenburg als den Vollender der nationalen Einigung zeigten, ganz wie in der Sowjetunion Stalin neben Marx, Engels und Lenin als der Vorkämpfer der Arbeiterklasse abgebildet war. Aber mit der Röhm-Affäre wurde erstmals Hitler zum Vorbild, jedenfalls objektiv und vermutlich auch im Bewusstsein seines Gegenspielers.

2. Der «Röhm-Putsch» und die Ermordung Kirows 1934

Ernst Röhm, der Stabschef der SA, war kein blosser Gefolgsmann Hitlers, sondern er hatte einst in München als einer der mächtigsten Reichswehroffiziere zu dessen Protektoren gehört, und die SA war nicht einfach eine «Gliederung» der NSDAP, sondern sie war bis zum 30. Januar 1933 in den Augen der Öffentlichkeit die sichtbare und aktivistische Partei selbst; ihre braunen Uniformen bildeten dann den dominierenden Farbton in der nationalen Erhebung und erst recht in der nationalsozialistischen Revolution. Aber dieses Kampfheer der regierenden Partei trat nicht an die Stelle der

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

alten Armee, wie es die Rote Garde in Sowjetrußland getan hatte, und Hitler war weit davon entfernt, nach dem Vorbild Lenins einen Vernichtungsangriff gegen die bewaffnete Macht des Staates führen zu wollen. Die Situation war ja eine völlig andere, denn die Reichswehr hatte die Folgen des Krieges längst überwunden, und gegen ihren Willen konnte kein Politiker in Deutschland die Macht übernehmen. Die SA war ihrerseits der Reichswehr nicht von vornherein feindlich gesinnt, denn auch ihr Führerkorps bestand wie dasjenige der Reichswehr zu grossen Teilen aus Weltkriegsoffizieren und Freikorpskämpfern, nur in anderer Proportion, und sie war daher ebenso sehr ein Produkt der *positiven Kriegserfahrung*, dessen Vertreter in Rußland dem Ansturm der Massen erlegen waren, welche den Krieg oder doch mindestens den Krieg *des Zaren und der Gutsherren* hassten. Aber trotzdem war die SA eine Kraft, welche die nationalsozialistische Revolution mit dem 14. Juli 1933 nicht für vollendet hielt. In ihren Reihen war daher die Rede von der zweiten Revolution, welche die immer noch zahlreichen Reaktionäre in Wehrmacht und Wirtschaft ausschalten und das nationalsozialistische Volksheer schaffen müsse, dessen Kriegsminister Ernst Röhm sein werde. Damit stellte sich die SA zugleich als eine neue Erscheinungsform der Linken bzw. des Sozialismus in der NSDAP dar, und nicht zufällig hatte Otto Strasser viele gute Verbindungen zu hohen SA-Führern. All das bedeutete freilich keine Feindschaft gegen Adolf Hitler; man meinte vielmehr, den Führer aus dem Bündnis mit *der Reaktion* befreien zu müssen, zu dem er sich im Interesse des Machtgewinns bereitgefunden hatte.

Nichts war selbstverständlicher, als dass sich die Bedrohten zu einer informellen Allianz zusammenfanden: die Reichswehr unter dem Minister Blomberg und dessen Stabschef Reichenau, die Deutschnationalen im Kabinett mit Papen an der Spitze und die Industriellen unter Führung von Krupp und Thyssen. Von den nationalsozialistischen Ministern stellten sich Göring und Frick wohl aus Überzeugung auf die Seite der Gegner der SA; Goebbels schien zu schwanken. Mit der Verkündung des «Endes der Revolution» im Juli 1933 traf Hitler zwar eine Vorentscheidung, aber er suchte weiterhin zwischen den beiden Gruppen zu vermitteln und behielt sich das Schiedsrichteramt vor. Doch während die Reichswehr zunächst noch auf der Stelle trat, expandierte die SA 1933 ausserordentlich stark: Sie verleibte

2. Der «Röhm-Putsch» und die Ermordung Kirows 1934

sich den ganzen «Stahlhelm» ein, unterwarf sich die Universitäten durch die Einrichtung von «SA-Hochschulämtern», rief eine eigene «SA-Feldpolizei» ins Dasein und baute an vielen Stellen bewaffnete Stabswachen auf, nicht selten in Verbindung mit SA-Hilfswerklagern. Im Juli wurde eine vorläufige Regelung zwischen Reichswehr und SA getroffen: Der Obergruppenführer Friedrich Wilhelm Krüger wurde zum Chef des Ausbildungswesens ernannt, und damit war die SA zur Dachorganisation für die gesamte paramilitärische Ausbildung geworden. Für die SA-Einheiten im Osten realisierte sich ein seit Langem erstrebtes Ziel: Sie erhielten Zugang zu den Grenzschutz-Waffenlagern. Die Gesamtstärke der SA betrug gegen Ende des Jahres 1933 an die vier Millionen Mann: Sie besass also eine Ausgangsposition, von der die Kommunisten bei ihren Aufrufen zum Bürgerkrieg nicht einmal hatten träumen können. Dennoch wurde die Reichswehr allgemein noch für stärker gehalten.

Aber wie lange würde das so bleiben? Musste nicht doch am Ende die schiere Zahl entscheidend ins Gewicht fallen? War Hitler vielleicht, wie man damals in nationalbolschewistischen Kreisen behauptete, der Kerenski der deutschen Revolution oder der wichtigste ihrer Girondistenführer? Man hätte jedoch mit besserem Recht und unter Hinweis auf Mussolini behaupten können, dass alle aus der bisherigen Revolutionsgeschichte entnommenen Analogien falsch waren, weil es sich um einen neuartigen und mithin andersartigen Typus der Revolution handelte, nämlich den faschistischen Typus.

Die Situation war zu Anfang des Jahres 1934 für Hitler nicht einfach. Die chiliastischen Hoffnungen der nationalen Erhebung waren bei Weitem nicht verwirklicht, denn die Arbeitslosigkeit war nur relativ langsam und weitgehend durch Streckungsmassnahmen zurückgegangen, und die Anfänge des Kirchenkampfes sowie die Reisesperre gegen Österreich schufen viel Beunruhigung. Die Reallöhne sanken eher, als dass sie gestiegen wären. Goebbels musste einen Propagandafeldzug gegen «Meckerer und Miesmacher» in Gang setzen, die sich offensichtlich recht frei zu regen vermochten. Wenn die SA unruhig war, so waren weite konservative Kreise unzufrieden. Dass Röhm zusammen mit Hess am 1. Dezember 1933 zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt wurde, war nur als Trostpreis anzusehen. Röhm entfaltete aber nun auch diplomatische Aktivität, traf u.a. mit dem französischen Botschafter François-Poncet zusam-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

men und hielt am 18. April eine grosse Rede vor dem Diplomatischen Korps und der Auslandspresse in Berlin, in der er sagte: «... Als unerschütterliches Bollwerk gegen Reaktion, Spiesser- und Muckertum steht die SA, – denn in ihr verkörpert sich alles, was den Begriff der Revolution ausmacht!... Die nationalsozialistische Revolution in Deutschland ist der Durchbruch einer neuen Weltanschauung. Die rassenmässige Bedingtheit ihres Kernproblems, der Volksgemeinschaft, beweist, dass der neue deutsche idealistische Nationalismus keine Eroberungsgelüste hat, sondern seine Energien nach innen kehrt...»¹

Hier lag der entscheidende Punkt. Röhm wurde von den ausländischen Diplomaten längst nicht so gefürchtet wie von den deutschen Konservativen, denn die Umwandlung der Reichswehr in ein Milizheer würde eine ernsthafte Aufrüstung verzögern, wenn nicht sogar verhindern. Die *Reaktion* wurde auch im Horst-Wessel-Lied angegriffen, das inzwischen ein Bestandteil der Nationalhymne war, und die friedliebend-innenpolitische Auslegung der Rassenlehre wurde auch von Hitler selbst nicht selten zu Wort gebracht, aber die rasche und effiziente Aufrüstung war im AugenbEck Hitlers wichtigster Programmpunkt, und den liess er von niemandem gefährden. Doch sogar wenn er sich nicht unter Zeitdruck gesehen hätte, würde er sich schwerlich auf die Seite Röhm gestellt haben, denn seine Partei war im Ganzen keineswegs im Sinne von Röhm revolutionär, und ihm selbst war nicht unbekannt, dass zahlreiche Kommunisten in die SA geströmt waren und möglicherweise hofften, eine SA-Revolution zu einer noch vollständigeren Umwälzung weitertreiben zu können. Auf die Unterstützung durch Röhm's Unterführer Himmler und Lutze konnte er zählen, Göring und die Gestapo standen sowieso auf seiner Seite. Von der Reichswehr wurden beunruhigende Berichte über angebliche Aufstandsvorbereitungen der SA verbreitet, und im Zentrum des Netzes befand sich Hitlers verlässlichster Anhänger unter den hohen Offizieren, der General von Reichenau. Aber Hitler rang sich anscheinend nur langsam zu einem endgültigen Entschluss durch.

Anfang Juni hat er noch eine lange Unterredung mit Röhm, wobei er diesem offenbar nahelegt, in Urlaub zu gehen. Röhm tut das und ordnet sogar einen allgemeinen SA-Urlaub an, aber er erlässt am 8. Juni einen drohenden Tagesbefehl, in dem er – unbegreifliche Torheit – den Namen Hitlers nicht erwähnt. Wohl aber spricht er von den Feinden der SA und

deren vergeblichen Hoffnungen, und er endet mit dem pathetischen Satz: «Die SA ist und bleibt das Schicksal Deutschlands.»²

Am 17. Juni wird, unabhängig von Hitler, ein wichtiger Kontrapunkt gesetzt. Der Vizekanzler von Papen hält in Marburg auf Einladung des Universitätsbundes eine Rede, in der er von den «Schlacken» des revolutionären Zustandes spricht, sich erneut gegen einen widerchristlichen Totalitätsanspruch wendet und vor einer Einteilung des Volkes in Spartiaten und Heloten warnt. Die entscheidenden Sätze sind die folgenden: «Wer verantwortungslos mit solchen Gedanken (von der zweiten Revolution) spielt, der soll sich nicht verhehlen, dass einer zweiten Welle leicht eine dritte folgen kann, dass, wer mit der Guillotine droht, am ehesten unter das Fallbeil gerät... Es wird viel von der kommenden Sozialisierung gesprochen. Haben wir eine antimarxistische Revolution erlebt, um das Programm des Marxismus durchzuführen? ... Kein Volk kann sich den ewigen Aufstand von unten leisten, wenn es vor der Geschichte bestehen will... Mit ewiger Dynamik kann nicht gestaltet werden. Deutschland darf nicht ein Zug ins Blaue werden, von dem niemand weiss, wann er zum Halten kommt...»³

Von Hitler wird diese Rede nicht als Unterstützung, sondern als Herausforderung aufgefasst. Die Verbreitung wird verboten, der Verfasser Edgar Jung, einst ein prominenter Vorkämpfer der *konservativen Revolution*, wird verhaftet. Hitler entschliesst sich, einen Zweifrontenkampf zu führen.

Am 28. Juni lässt er eine SA-Führertagung nach Bad Wiessee einberufen und kündigt sein Erscheinen an. Am 30. Juni fliegt er nach einem Besuch in Essen zusammen mit Goebbels und Lutze von Hangelar nach München. Unmittelbar vorher waren viele Sensationsnachrichten an ihn gelangt, u.a. über die Planung eines Attentates gegen ihn durch den Standartenführer Uhl und über Aufstandsvorbereitungen des Berliner SA-Führers Ernst (der sich in Wahrheit gerade auf seine Hochzeitsreise begab). Wie weit Hitler sie ernst genommen hat und sein Handeln davon bestimmen liess, ist bis heute unklar. Jedenfalls werden schon beim Eintreffen in München mehrere SA-Führer verhaftet, und in Wiessee wird der völlig überraschte Röhm mit seinen wichtigsten Gefolgsleuten in Haft genommen. Die Gefangenen werden im Autobus in das Gefängnis Stadelheim gebracht. Unterwegs werden noch weitere SA-Führer, die sich auf der Fahrt nach Wiessee befinden,

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

festgenommen. Der bayerische Justizminister Frank beruhigt Röhm zunächst mit den Worten, er sei ja in einem Justizgebäude, aber auf einen von Hitler unterschriebenen Zettel hin gibt er 19 Männer an die SS heraus, die sofort erschossen werden. Röhm wird die Gelegenheit gegeben, Selbstmord zu begehen, und als er sie nicht wahrnimmt, wird er am 1. Juli von Theodor Eicke, dem zweiten Kommandanten von Dachau und späteren Inspekteur der Konzentrationslager, getötet. In Berlin erweitern inzwischen Göring und Himmler ihre Aufträge selbständig, auch Gregor Strasser und die Generäle von Schleicher und von Bredow werden erschossen. Zu den Opfern zählen ebenfalls Papens Mitarbeiter von Bose und Jung, der Vizekanzler selbst wird unter Hausarrest gestellt.

Hitler erhält Danktelegramme von Blomberg und von Hindenburg. Am 3. Juli wird ein «Gesetz über die Massnahmen der Staatsnotwehr» veröffentlicht, in dem es heisst, dass die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni, 1. und 2. Juli vollzogenen Massnahmen «als Staatsnotwehr rechtens» seien. Und in seiner Reichstagsrede vom 13. Juli gibt Hitler die folgende Erläuterung: «Wenn aber drei Hochverräter in Deutschland mit einem auswärtigen Staatsmann eine Zusammenkunft vereinbaren und durchführen, die sie selbst als ‚dienstlich‘ bezeichnen, unter Fernhaltung des Personals durchführen und mir durch strengsten Befehl verheimlichen, dann lasse ich solche Männer totschiessen, auch wenn es zutreffend sein sollte, dass bei einer vor mir so verborgenen Beratung nur über Witterung, alte Münzen und dergleichen gesprochen worden sein soll.»⁴

Das war eine unglaubliche Begründung für ein unglaubliches Ereignis. In allen Staaten gibt es Gesetze gegen Landesverrat, und sie sehen häufig den Tod als Strafe vor, aber doch erst nach einem Gerichtsverfahren! Die SA hatte seit dem 30. Januar mehrere hundert ihrer Gegner umgebracht, aber man sprach von *Exzessen*, und meist trat die Justiz in Tätigkeit. In der Sowjetunion waren Millionen von *Feinden* vernichtet worden, aber man berief sich auf ein *revolutionäres Recht* und fand sogar in den alten Rechtsstaaten des Westens mancherlei Beifall. Ein derartiges Massaker innerhalb einer Staatsführung aber hatte es in der modernen Geschichte noch nie gegeben, auch nicht innerhalb der Sowjetunion. Der für die Empörung der breiten Öffentlichkeit zubereitete und überdies unaufrichtige Vorwurf der Schwelgerei und der Homosexualität konnte noch viel weniger ins Gewicht

2. Der «Röhm-Putsch» und die Ermordung Kirows 1934

fallen als derjenige der Verschwörung, der auch hinsichtlich des Generals von Schleicher immerhin nicht ganz unglaubwürdig war. Und es kamen noch ungemein erschwerende Umstände hinzu. Eine Reihe von Männern waren aus Rachsucht oder zur Warnung erschossen worden, obwohl sie keinerlei Verbindung zur SA oder zu möglichen Planungen konservativer Kreise hatten: Der 73jährige Gustav von Kahr und der Vorsitzende der Katholischen Aktion, Klausener, gehörten dazu, und an der Seite von Schleichers hatte dessen Frau den Tod gefunden. Ein grundsätzlicher Unterschied gegenüber den Massenerschiessungen nach den Attentaten auf Lenin und Uritzki war nicht zu erkennen, und es liess sich nicht einmal eine akute Bürgerkriegssituation als Entschuldigung anführen. In der Mitte Europas war also ein Regime entstanden, das nicht nur seine politischen Gegner ohne Schonung der Familienangehörigen und ohne Gerichtsverfahren erschoss, sondern das die Opposition innerhalb der eigenen Führung in einem massenhaften Blutbad vernichtete. Auch von dem nationalsozialistischen Regime konnte jetzt gesagt werden, das Erschiessen sei das A und O seiner Regierungsweisheit.⁵

Wenn man sich nicht, wie es die russischen Emigranten in Bezug auf die Bolschewiki jahrelang getan hatten, mit dem Terminus «Verbrecherbande» begnügen will, lässt sich nur eine einzige ernstzunehmende Begründung finden, und sie wurde in jener Reichstagsrede von Hitler selbst vorgebracht: «In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr. Meuternde Divisionen hat man zu allen Zeiten durch Dezimierung wieder zur Ordnung gerufen. Nur ein Staat hat von seinen Kriegsartikeln keinen Gebrauch gemacht, und dieser Staat ist dafür auch zusammengebrochen: Deutschland. Ich wollte nicht das junge Reich dem Schicksal des alten ausliefern.»⁶

Aber selbst wenn man zu Unrecht als zutreffend unterstellt, dass die Führer der SA tatsächlich den Gehorsam verweigern wollten, so war die Voraussetzung des Arguments doch, dass Kriegszustand herrschte. Durch Hitlers eigene Worte enthüllte sich das Regime mithin als ein Regime des Kriegszustands im Frieden.

Und ausgerechnet in diesem Augenblick konnte Hitler infolge des Todes des Reichspräsidenten von Hindenburg eine Alleinherrschaft etablieren, die Mussolini nie zu erringen vermochte und die selbst Stalin zu diesem Zeitpunkt formal und faktisch noch nicht innehatte.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Überdies beseitigte der Reichswehrminister von Blomberg durch eine staatsstreichartige Änderung des Fahneneides die innere Selbständigkeit der Wehrmacht.

Schon am 1. August 1934, dem Tag vor Hindenburgs Tode, beschloss die Reichsregierung, dass das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinigt werden sollte, obwohl sogar das Ermächtigungsgesetz dafür keine Grundlage gab. Noch wichtiger war, dass Blomberg auf dem Verordnungswege die neue Eidesformel einführte, welche die Wehrmacht zu persönlicher Treue gegenüber dem «Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler» verpflichtete. Auch diese Änderung war rechtswidrig und insofern revolutionär. Aber die persönliche Eidesleistung bedeutete eine Anknüpfung an die monarchische Tradition, und sie wurde deshalb von den Offizieren gern akzeptiert. Dass es sich um eine Art Tauschgeschäft handelte, wurde evident, als Hitler am 20. August ein Dankschreiben an Blomberg richtete, in dem er die feierliche Versicherung abgab, er werde es «in Erfüllung des Testaments des verewigten Generalfeldmarschalls» jederzeit als seine höchste Pflicht ansehen, «die Armee als einzigen Waffenträger der Nation zu verankern».⁷

Damit gab Hitler der Wehrmacht gewissermassen eine Garantie gegen bestimmte Tendenzen seiner eigenen Partei, aber er selbst war zu einem Alleinherrscher geworden, wie ihn die Geschichte des Deutschen Reiches nie gekannt hatte: nicht zu einem *Ersatzmonarchen*, wie es Hindenburg während der Weimarer Zeit angeblich gewesen war, sondern zu einem Übermonarchen, eben zu «dem Führer des deutschen Reichs und Volkes» mit schrankenlosen Befugnissen.

Nicht einmal einen Vizekanzler hatte er hinfort noch zur Seite: von Papen übernahm trotz der tiefen Demütigung, die ihm zuteil geworden war, den Posten eines ausserordentlichen Gesandten in Wien, um die Folgen des nationalsozialistischen Mordanschlags auf den Bundeskanzler Dollfuss vom 25. Juli 1934 zu mildern, die vor allem in einem schweren Konflikt mit Mussolini bestanden. Das Verhalten der Reichswehr ist nur so zu erklären, dass sie in Hitler «ihren Mann» sah, der ihr die Verwirklichung ihres höchsten Wunsches garantierte: die Erringung der «Wehrfreiheit». In der Tat existierte nun keine Kraft mehr, die sich einer verstärkten und effizienten Aufrüstung hätte widersetzen können. Die Heeresvermehrung auf 300'000 Mann, die Schleicher erst 1938 zum Abschluss bringen wollte, wurde von Hitler auf den Herbst 1934 vorverlegt. Es dauerte indessen noch

2. Der «Röhm-Putsch» und die Ermordung Kirows 1934

einige Zeit, bis die Wehrmachtführung begriff, dass die exorbitante Erfüllung von Wünschen für den Wünschenden gefährlich ist: Das Konzept des nationalsozialistischen Volksheeres war zwar aus der Welt geschafft, aber unter dem Zustrom der Massen änderte die Wehrmacht selbst ihr Gesicht und verlor die alte Solidität. Ausserdem nahm, dem Versprechen zuwider, nun die Aufstellung bewaffneter SS-Verbände ihren Anfang, und es war wahrscheinlich, dass der Wehrmacht in absehbarer Zeit eine neue Konkurrenz erstehen würde.

Im deutschen Volk hatten Hitlers Massnahmen gegen die SA überraschend viel Beifall gefunden, offenbar deshalb, weil man in der Parteiarmee eine bedrohliche und revolutionäre Kraft erblickte. Dennoch fehlte es nicht an Empfinden dafür, was es bedeutete, dass die nationalsozialistische Revolution sich nun nach anderthalb Jahren auch der obersten Spitze des Staates total bemächtigte und damit praktisch unkontrollierbar wurde: Als das Nachfolgegesetz am 19. August dem Volk zur Entscheidung vorgelegt wurde, da stimmten trotz mannigfaltiger Tricks und Manipulationen 4,5 Millionen mit «Nein», mehr als 10% der Wähler. Das war ein Ergebnis, das bei der Abwesenheit jeder legalen Gegenpropaganda in einem totalitären Staat ohne Parallele ist.

Es war nicht verwunderlich, dass zahlreiche Beobachter in der ganzen Welt die Röhm-Affäre als eine schwere Erschütterung des nationalsozialistischen Regimes, ja wohl gar als Anfang von dessen Ende betrachteten. Zu ihnen gehörte Stalin jedoch nicht. Nach dem Bericht Walter Krivitskys, des nachmaligen Leiters des sowjetischen Militärnachrichtendienstes in Westeuropa, war Stalin «tief von der Art beeindruckt, wie Hitler seine Opposition auslöschte. Bis in die winzigsten Einzelheiten studierte er einen jeden Bericht unserer Agenten aus Deutschland, der sich auf die Ereignisse jener Nacht bezog».⁸ Aus der Sitzung des Politbüros, die sich mit den Vorgängen beschäftigte, sei sein Vorgesetzter, General Bersin, der oberste Chef des Nachrichtendienstes, mit dem Leitsatz Stalins herausgekommen, die Vorgänge in Deutschland zeigten keineswegs den Zusammenbruch des Nazi-Regimes an; sie müssten vielmehr ganz im Gegenteil zu einer Konsolidierung des Regimes und zu einer Stärkung Hitlers führen.⁹ Spätestens seit den Enthüllungen Chruschtschows auf dem XX. Parteitag lässt sich kaum noch daran zweifeln, dass die Ermordung Kirows am 1. Dezember 1934 auf Stalin selbst zurückgeht¹⁰ und dass dadurch die Voraussetzungen für ei-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

ne Parteisäuberung geschaffen wurden, die das Hitlersche Vorbild zu geradezu mikroskopischer Kleinheit zusammenschrumpfen lassen sollte.

Dabei hatten die Dinge in der Sowjetunion ganz anders angefangen als in Deutschland. Wenn hier die triumphale Einheit der nationalen Erhebung in einer blutigen Explosion als Streit unvereinbarer Konzeptionen und Tendenzen enthüllt wurde, so schien 1934 in der Sowjetunion aus einem langen Streit endlich so etwas wie Versöhnung hervorwachsen zu wollen, die Versöhnung zwischen Parteimehrheit und Opposition, welche so lange miteinander um die richtige Einstellung zum Sozialismus in einem Lande, zur internationalen Revolution, zu den Bauern und vor allem zur Industrialisierung des Landes gerungen hatten. Ein Höhepunkt dieses Ringens war die sogenannte «Plattform Rjutins» im Jahre 1932 gewesen, die in Stalin den Alleinschuldigen an der katastrophalen Lage des Landes sah und auf die Stalin seinerseits gern mit Todesurteilen geantwortet hätte, wenn er sich hätte durchsetzen können. Aber noch hatte man Lenins Vermächtnis allzu sehr im Ohr, dass die Bolschewiki auf keinen Fall den Fehler der Jakobiner wiederholen und zu einem Ausrottungskampf untereinander übergehen dürften; daher war in allen heftigen Auseinandersetzungen mit Trotzlisten und Sinowjewisten niemals ein Todesurteil ausgesprochen worden, und wenn ein Parteigenosse hingerichtet wurde wie etwa der Mörder des Grafen Mirbach, Blumkin, der schon seit längerer Zeit wieder eine bedeutende Rolle gespielt hatte, dann mussten Tatbestände vorliegen, die als «Landesverrat» oder ähnliches gedeutet werden konnten. Sogar Trotzki war bloss ausgewiesen worden. Rjutin indessen schien nur die Spitze eines Eisbergs darzustellen. Die GPU hatte immer wieder berichtet, dass sich gerade unter der Jugend Tendenzen verbreiteten, die an die Tradition der Narodnaja Wolga und anderer terroristischer Vereinigungen anknüpfen wollten. Iwan Solonewitsch traf 1934 in einem Straflager des hohen Nordens auf Studenten dieser Art, Söhne hoher Parteifunktionäre, die ihm ganz offenherzig von ihrem Versuch erzählten, Stalin bei einem Theaterbesuch zu ermorden.¹¹ Es scheint, dass Kirow zu denjenigen gehörte, die sich am entschiedensten gegen die Todesstrafe für die *intellektuellen Urheber* aussprach, die Stalin gefordert hatte, obwohl er unzweifelhaft ein treuer Anhänger Stalins war und als Nachfolger Sinowjews in Leningrad sich im Sinne des Generalsekretärs grosse Verdienste erworben hatte. Vom Som-

2. Der «Röhm-Putsch» und die Ermordung Kirows 1934

mer 1933 an entspannte sich die Situation aber erheblich, nicht zuletzt deshalb, weil eine gute Ernte zu erwarten war. Niemand konnte mehr daran zweifeln, dass der erste Fünfjahresplan tatsächlich in vier Jahren zum erfolgreichen Abschluss gebracht worden war, und die Zuversicht wuchs, dass in Zukunft nicht mehr Millionen von Menschen Hungers sterben mussten, um die grossen Ziele der Partei und des Staates zu erreichen. Vielmehr schienen jetzt eine Verlangsamung des Tempos und fühlbare Erleichterungen für die Menschen möglich zu sein. Es sah so aus, dass Stalin selbst sich dieser Stimmung nicht entziehen wollte, und auf dem XVII. Parteitag durften einige ehemalige Oppositionelle das Wort ergreifen, unter ihnen Kamenjew. Zur gleichen Zeit machte Maxim Gorki, der damals bei Stalin viel Einfluss hatte, grosse Anstrengungen, eine Versöhnung mit der Parteintelligenz herbeizuführen und Kirows «Liberalismus» zu unterstützen. Stalins unmittelbare Umgebung dagegen, an der Spitze Kaganowitsch und Jeschow, widersetzte sich dieser Tendenz und suchte das Misstrauen zu bestärken, das Stalin überall das Wirken von *Feinden* sehen liess. Es ist wahrscheinlich, dass dieses Misstrauen von Neuem geweckt wurde, als das Plenum des Zentralkomitees im November 1934 beschloss, die schon vom Parteitag vorgesehene Versetzung Kirows von Leningrad nach Moskau zwecks Aufnahme der Tätigkeit als Parteisekretär neben Stalin zu beschleunigen.

Am 1. Dezember 1934 wurde Kirow in seinem Leningrader Amtssitz, dem Smolny, von einem jungen Kommunisten namens Nikolajew erschossen. Stalin reiste sofort nach Leningrad, um persönlich die Untersuchung zu leiten. Es stellte sich rasch heraus, dass die Männer des NKWD (wie die GPU seit Kurzem hiess) ihre Pflichten, d.h. den Schutz Kirows, auf höchst auffällige Weise vernachlässigt hatten. Trotzdem wurden sie nur zu leichten Strafen verurteilt, oder sie fielen Verkehrsunfällen zum Opfer. Nikolajew selbst war ein verdienter Parteigenosse, der aber seit Längerem zu den Unzufriedenen zählte, weil er an der fortschreitenden Bürokratisierung Anstoss nahm und den Verlust jener persönlichen und lebendigen Beziehungen innerhalb der Partei beklagte, die ein Kennzeichen der Kampfjahre des Bürgerkriegs und der ersten Folgezeiten gewesen waren. Auch er hatte dann eine Rückwendung zur entfernteren Vergangenheit vorgenommen und sich in die Literatur der russischen Terroristen des 19. Jahrhunderts vertieft. Komplizen hatte er allem Anschein nach nicht gehabt, wohl aber

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

hatte er sich, wie aus seinem Tagebuch hervorging, häufig mit ehemaligen Oppositionellen unterhalten, die aus ihrer kritischen Einstellung gegenüber der gegenwärtigen Politik der Parteiführung kein Hehl machten. Es war indessen Kirow selbst gewesen, der die Reste der sinowjewistischen Opposition milde behandelt hatte, weil er sie wieder an das Regime heranziehen wollte; so hatte er zum Beispiel einem der ältesten und hartnäckigsten Oppositionellen, David Rjazanow, dem früheren Herausgeber der Marx-Engels-Gesamtausgabe, erlaubt, wieder in Leningrad Aufenthalt zu nehmen. Sollte der Nachfolger Sinowjews für den enttäuschten Altkommunisten trotzdem zu den Verrätern der Revolution gehört haben? Wer konnte dann aber ein Interesse daran gehabt haben, den Vorkämpfer des stalinistischen Liberalismus (wie man formulieren könnte) ohne Schutz zu lassen und sozusagen dem Revolver seines Gegners darzubieten? Waren es wirklich die kritischen Oppositionellen, oder war es nicht vielmehr Stalin selbst, der einen Grund haben wollte, um mit seinen alten Gegnern gründlich aufzuräumen? Heute kann es kaum noch Zweifel geben, obwohl manches in der Angelegenheit rätselhaft bleibt, welche auch in dieser Hinsicht unverkennbare Ähnlichkeiten mit der Reichstagsbrandaffäre aufweist.

Freilich war noch eine dritte Erklärung möglich, nämlich dass eine auswärtige Macht Nikolajew die Hand geführt habe, und insbesondere Radek vertrat die These von der «Hand der Gestapo», die den Vorteil bot, die früheren Oppositionellen aus der Schusslinie zu bringen und vor allem nicht in die Nähe allzu gefährlicher Fragen zu geraten. Tatsächlich fand das *Tauwetter* nicht sofort ein Ende, obwohl die innerparteiliche Polemik gegen die Opposition verstärkt und sogar ein erster Prozess gegen Sinowjew und Kamenjew geführt wurde, der mit der Verurteilung der Angeklagten zu Gefängnisstrafen endete. Die Parteidirektive, die schon am Tage des Attentats hinausging und sofortige Beschleunigung der Prozesse gegen alle diejenigen befahl, die der Vorbereitung oder Durchführung terroristischer Handlungen beschuldigt wurden, blieb geheim, und sie wurde als eine wahre «Charta der Gesetzlosigkeit» zunächst nur auf verhaftete «Weissgardisten» angewandt.¹²

Wichtiger war, dass Stalin Grund zu der Vermutung gewann, dass Kamenjew ihm in einer persönlichen Unterredung, die mit einer völligen Unterwerfung endete, mancherlei verschwiegen hatte, und allem Anschein

3. Weltpolitik 1933/1936

nach sah Stalin in einem solchen Verschweigen ebenso ein todeswürdiges Verbrechen, wie Hitler es in Bezug auf Röhms tat. Aber im unmittelbaren Anschluss an die Ermordung Kirows schuf Stalin sich nur die Voraussetzungen für die grosse Säuberung; zunächst aber ging die Politik der Milde- rung und Versöhnung dem Anschein nach weiter. Die ersten Vorbereitungen für die Verabschiedung einer neuen Verfassung wurden getroffen, welche die «demokratischste der Welt» sein sollte, und zwar unter wesentlicher Mitarbeit Bucharins. Bucharin durfte sogar nach Paris reisen, und er führte dort die langen Gespräche mit Boris Nikolajewski!, aus denen jener «Brief eines alten Bolschewisten» hervorging, dem die meisten Informationen über die sowjetische Szene im Umkreis des Kirow-Mordes zu verdanken sind.¹³ Stalin hatte ja eben erst endgültig jene Umstellung der Aussenpolitik vorgenommen, welche die Zusammenarbeit mit den Westmächten implizierte, und viel negative Publizität in der westlichen Presse wäre der Erreichung dieses Ziels höchst abträglich gewesen.

3. Weltpolitik 1935/1936

Als Trotzki im Jahre 1917 das Aussenkommissariat übernahm, war er deshalb davon überzeugt, seine Aufgabe bestehe hauptsächlich darin, «das Geschäft zu schliessen», weil es Aussenpolitik im überlieferten Sinne hinfort nicht mehr geben werde. Die Innenpolitik Sowjet-Russlands, die Niederwerfung des Kapitalismus, werde vielmehr in aller Kürze zum eigentlichen Inhalt der Weltpolitik werden, indem das Proletariat in ganz Europa und dann in der Welt den Kapitalismus vernichten werde. Hitlers Auffassungen waren denjenigen Trotzki's entgegengesetzt, aber auch für ihn bestand keine scharfe Trennung zwischen Innenpolitik und Weltpolitik. Die meisten Europäer sahen in ihm und seinem Regime vor allem die Speerspitze des deutschen Revisionismus und damit eine Macht, die den Frieden gefährdete; je nachdrücklicher er seinen Friedenswillen betonte oder je überzeugter etwa Rudolf Hess die Schrecken des Krieges schilderte¹, umso grösser wurden die Chancen, dass die «Befreiung von den Fesseln des Versailler Diktats», die ohne Zweifel eins seiner weltpolitischen Hauptziele

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

war, zu einem späteren Zeitpunkt durch blossen Druck des wieder zu Kräften gekommenen Reiches auf friedlichem Wege erreicht werden könnte. Aber Friedensreden und diplomatische Bekundungen waren nicht die einzigen Tatbestände, die ins Gewicht fielen. Da Deutschland als der grosse Staat in der Mitte Europas aufs Engste mit der übrigen Welt verbunden war und bei Weitem keine nahezu vollständige Sperrung seiner Grenzen nach dem Muster der Sowjetunion durchführen konnte, musste alles, was in seiner Innenpolitik geschah, direkte oder indirekte Rückwirkungen auf die Weltpolitik haben. So existierten die Parteien, die Hitler verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen hatte, in diesen oder jenen Erscheinungsformen im übrigen Europa fort, und es wäre sonderbar gewesen, wenn keine Empfindungen der Solidarität aufgekommen wären. Einige der deutschen Parteien lebten ja sogar mit den historisch bedingten Modifikationen in Teilen des deutschen Sprachraums als solche weiter: das Zentrum in Österreich und im Saargebiet, die Sozialdemokratie auch in der Tschechoslowakei und trotz der Regierungsführung durch die Nationalsozialisten sogar in Danzig. Die russischen Menschewiki hatten wesentlich dazu beigetragen, dass die sozialdemokratischen Parteien Europas nach 1918 eine antibolschewistische Position einnahmen; wie hätte der emigrierte Parteivorstand der SPD in Prag nicht einen entsprechenden Einfluss auf die anderen Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationale ausüben sollen? Aber noch stärker als bei den Parteien waren Empfindungen der Solidarität und damit die weltpolitischen Rückwirkungen bei den Kirchen und Konfessionen.

Hier war freilich eine Ambivalenz noch ausgeprägter, die sich sogar bei einigen der Parteien bemerkbar machte, denn die Christlichsoziale Partei Österreichs war ja wie die NSDAP eine Gegnerin der Sozialdemokratie und so mit Mussolini befreundet, wie Hitler es gern sein wollte. Sowohl für die katholische als auch für die evangelische Kirche war der Nationalsozialismus einerseits eine Bedrohung und andererseits ein Versprechen.

Die katholische Kirche hatte zunächst die Bedrohung stärker wahrgenommen, die im Artikel 24 des Parteiprogramms enthalten war, welcher das «positive Christentum» der Partei an das «Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse» band. Damit waren die Absolutheit und die Universalität der kirchlichen Lehre in Frage gestellt, und es war nur konsequent, dass die Kirche ihren Gläubigen bis 1933 die Mitgliedschaft in der

NSDAP verbot. Andererseits gab es jedoch gute Gründe für eine Sympathie der Kirche mit der nationalen Erhebung, und die früheren Verbote wurden im März 1933 aufgehoben, wenn auch nicht ohne einen unverkennbaren Ton von Sorge. Das Konkordat vom 20. Juli 1933 erwuchs aus diesen gegensätzlichen Empfindungen: Die Kirche gab den politischen Katholizismus preis, um eine feste Rechtsposition für die Verteidigung des geistlichen Kernbereichs zu erhalten. Für Hitler wiederum war die Anerkennung durch die internationale Macht des Vatikans ein grosser weltpolitischer Erfolg, der ihm mehr an Ansehen einbrachte als die Verlängerung des deutsch-sowjetischen Neutralitätsvertrages im Mai und die Paraphierung des Viermächtepaktes im Juni. Aber schon 1934 und 1935 entwickelten sich starke Spannungen, die zu einem guten Teil in dem Kampf der Kirche gegen Alfred Rosenbergs «Mythus des 20. Jahrhunderts» und gegen das «Neuheidentum» ihren Ausdruck fanden. Aber das Moment der vaterländischen und der antikommunistischen Affinität blieb trotzdem stets erhalten und erwies sich nicht nur bei der Saarabstimmung im Januar 1935 als wirksam, sondern auch in den zahllosen Predigten, welche die sowjetischen Konzentrationslager anprangerten, obwohl die deutschen immer mitgemeint waren.

Bei den Protestanten waren sowohl die Affinität wie der Gegensatz andersartig. Sie waren gegenüber modernen Denktendenzen und damit auch nationalistisch-völkischen Ideen viel offener als die Katholiken, aber sie hatten andererseits eine weitaus engere Beziehung zum Alten Testament. So wurden Erneuerungstendenzen, die in der katholischen Kirche marginal blieben, innerhalb der evangelischen Landeskirchen in Gestalt der «Deutschen Christen» zu einer sehr starken Kraft, und sie wollten den Nationalsozialismus als eine «zweite Reformation», als eine Wiederholung der Tat des «deutschen Mannes Luther» verstehen. Der Widerstand, den sie fanden, war orthodox und in gewisser Weise reaktionär, nämlich gegen die Demokratisierung und Parlamentarisierung sowie die damit verbundene Zentralisierung gerichtet, welche die «Deutschen Christen» anstrebten. Aber der Kampf gegen den Arierparagraphen und gegen die Diskriminierung der Judenchristen trat dann auf Seiten des «Pfarrernotbundes» und der «Bekennenden Kirche» immer stärker in den Vordergrund, und von den Deutschen Christen näherten sich nicht wenige der antichristlichen «Deutschen Glaubensbewegung», wo Wendungen wie «die giftige Unkraut-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

pflanze des asiatischen, jüdisch-marxistischen Christentums» geläufig waren.² Trotzdem konnte kaum jemand nationaler gesinnt sein als der ehemalige U-Boot-Kommandant und Freikorpskämpfer Martin Niemöller, der in der Welt bald zur bekanntesten Figur des kirchlichen Widerstandes wurde.

Aber nicht einmal bei den jüdischen Gegnern und Opfern des nationalsozialistischen Antisemitismus fehlte das Moment der Affinität vollständig, so gewiss keineswegs bloss Juden sich von dieser Judenfeindschaft bedroht fühlten. Auch sie war ein komplexes Phänomen, und es lassen sich vier Hauptmotive unterscheiden, die verschiedene historische Ursprünge besitzen:

Der nationalsozialistische Antisemitismus war eine Art Schmalspursozialismus, der alle Vorwürfe, die von den Sozialisten gegen den Kapitalismus gerichtet wurden, auf die Juden konzentrierte: die Vorwürfe der Ausbeutung, des Parasitismus, der Volksfremdheit. Aber viele der frühen Sozialisten hatten in erster Linie Rothschild und die Juden als «Könige der Epoche» bekämpft; erst Karl Marx hatte die Kritik auf den weit umfassenderen Gegenstand des *Kapitalismus* übertragen, obwohl auch er die moderne Welt für «bis in ihr innerstes Herz jüdisch» erklärt hatte.³

Im nationalsozialistischen Antisemitismus war indessen neben dem sozialen auch ein nationales Motiv enthalten, das eine unverkennbare Übereinstimmung mit dem Gegenpart auf der jüdischen Seite zeigte, nämlich dem Zionismus. Zwar war der Zionismus zu einem wesentlichen Teil seinerseits eine Reaktion auf den Antisemitismus, vor allem den russischen und den französischen, aber er hatte doch eine davon unabhängige Wurzel in dem Aufkommen des Nationalgefühls, wie es sich in der italienischen Freiheits- und Einigungsbewegung dargestellt hatte, und der Zusammenhang ist in dem Grundbuch des Zionismus, Moses Hess' «Rom und Jerusalem» von 1862, augenfällig. Daher war es nicht *nur* eine Verteidigungsmassnahme, wenn die deutschen Zionisten schon vor 1914 den Willen zur Auswanderung nach Palästina zur Vorbedingung der Mitgliedschaft machten.

Die historische Begründung der nationalsozialistischen Judenfeindschaft war eine Version der Dolchstosslegende: Juden hätten sich während des Weltkriegs dem Dienst mit der Waffe entzogen und schon vor dem Zusammenbruch Verrat geübt; der bewegende Kern des Motivs waren jedoch offenbar nicht die fragwürdigen oder falschen Behauptungen über Prozent-

zahlen und Bürokratie der Kriegswirtschaft, sondern die Erinnerung an die Rolle von Juden wie Levine, Levien, Eisner und Rosa Luxemburg in der deutschen Revolution; es handelte sich also bereits um das Motiv des *jüdischen Bolschewismus*, das den zwei ersten Motiven geradezu entgegengesetzt war.

Den Höhepunkt des nationalsozialistischen Antisemitismus stellte die ideologische und zugleich mythologisierende Ursachenlehre dar, die alles Unheil der Weltgeschichte von dem Wirken einer dämonischen Kraft herleitete, eben *des Juden*. So sah der Reichsführer SS Heinrich Himmler in einem öffentlichen Vortrag über «Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation» 1935 «im Ablauf der Zeiten das nimmermüde Henkerschwert von Cannstatt und von Verden blitzen», die Scheiterhaufen der Hexenprozesse auflohen, die Inquisition Spanien entvölkern und die Schreckensherrschaft der Französischen Revolution die besten Söhne des französischen Volkes hinschlachten, und in all dem hatte nach seiner Meinung «unser aller ewiger Feind, der Jude, in irgendeinem Mantel oder durch irgendeine seiner Organisationen die Hand im Spiel». Dabei leitete derselbe Mann in demselben Vortrag alle Schwierigkeiten und Katastrophen der deutschen Geschichte auf vergleichsweise rationale Art aus dem germanischen Freiheitsdrang und Individualismus her und machte dadurch klar, dass die zugrundeliegende Erfahrung ausschliesslich diejenige des Bolschewismus war und dass er Lenins «kto kogo?» in die These verwandelte, in diesen Rassenkämpfen gebe es keine Friedenschlüsse und Besiegtsein heisse hier für ein Volk Totsein.⁴

Das erste und *realste* Motiv zeigte die geringste Wirkung und Kraft. Der Boykott vom 1. April, der sich nicht zuletzt gegen die jüdischen Warenhäuser richtete, wurde rasch abgeblasen, und bis 1938 war die Betätigung von Juden in der Wirtschaft relativ unbehindert, nicht zuletzt infolge des Schutzes durch den Reichswirtschaftsminister Schacht.

Das zweite Motiv lag den «Nürnberger Gesetzen» vom 15. September 1935 zugrunde, welche die Juden zu blossen «Staatsangehörigen» machten und allerdings über diesen staatsrechtlichen Aspekt insofern weit hinausgingen, als sie nach feudalistischem und freilich auch amerikanischem Vorbild den Begriff des «Blutes» in die Gesetzgebung einführten und Eheschliessungen sowie ausserehelichen Verkehr zwischen Juden und Deutschen unter Strafe stellten. Ganz *zionistisch* war jedoch das Transferser-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

(Haavara-)Abkommen, das die Auswanderung von Juden nach Palästina erleichtern sollte.

Das dritte Motiv blieb ein dauernder, aber eher propagandistischer Topos.

Das vierte Motiv war in seinen Konsequenzen die Spitze des revolutionären Charakters des Nationalsozialismus, und die Frage drängt sich auf, ob es nicht eine wahre Kriegserklärung an «das Abendland» darstellte, dessen Schützer man doch im Gegensatz zu Ernst Niekisch und anderen Nationalrevolutionären betontermassen sein wollte.

Dass Hitler sich durch den Kirchenkampf und durch die Diskriminierung der Juden in vielen Staaten und zumal in England Gegner schuf, die einem blossen deutschen Nationalismus neutral gegenüberstanden hätten, kann stellvertretend für viele die Äusserung einer Engländerin deutlich machen, die sagte: «Ich dachte, dass rassische Verfolgung in ein anderes Zeitalter gehörte.»⁵ Andererseits berichtet sogar Nahum Goldmann in seinen Erinnerungen, er habe zwar auf dem jüdischen Weltkongress «den jüdischen Boykott gegen Nazi-Deutschland» proklamiert, aber er sei auch trotz heftiger Angriffe energisch für das Transfer-Abkommen eingetreten.⁶

So schien alles dafür zu sprechen, dass ein Regime, das sich schon durch seine Innenpolitik so mächtige Gegner geschaffen hatte, auf den geschlossenen Widerstand aller Staaten stossen würde, sobald es seine Revisionsansprüche nicht mehr bloss auf propagandistischem und diplomatischem Wege verfocht, sondern sie durch eine starke Aufrüstung untermauerte. Noch war Europa der massgebende Erdteil, wie sehr auch seine Weltherrschaft durch den Ersten Weltkrieg und durch den Aufstieg nicht-europäischer Mächte wie der USA und Japans geschwächt worden war, und Deutschland war potentiell die stärkste, aber auch die gefürchtetste Macht des Kontinents, und sogar die *deutsche Kultur hatte* kaum noch Freunde und Liebhaber, seitdem eine antisemitische Bewegung am Ruder war. Nichts lag daher näher, als dass die Kriegskoalition sich erneuerte und eine *Politik des grossen Widerstandes* geführt wurde. Aber die Grundvoraussetzung dieser Politik war, dass die Sowjetunion sich ihr anschloss. Die Sowjetunion war in der Tat dazu bereit, denn sie fühlte sich in stärkerer Masse bedroht als jeder der anderen Staaten. Aber hatte sie nicht durch den Mund ihrer Anhänger einst feierlich verkündet, sie wolle «die Totengräberin der bürgerlichen Gesellschaft» sein?⁷ Hatte sie nicht fünfzehn Jahre lang einen

3. Weltpolitik 1935/1936

schroffen Revisionismus verfochten? Hatte sie nicht die christlichen Kirchen viel früher, härter und wirkungsvoller verfolgt, als es die Nationalsozialisten taten? Hatte sie nicht dem Zionismus alle Bewegungs- und Wirkungsmöglichkeiten fortgenommen, während in Deutschland die jüdischen Gemeinden ein kräftiges inneres Leben führten und der Zionismus sogar gefördert wurde? Briand lebte zwar nicht mehr, aber die Warnungen Jean Herbettes vor «dem Bösen» waren im Pariser Aussenministerium schwerlich ganz vergessen, und viele Engländer dachten nach wie vor wie «Augur».⁸ Als im September 1934 die Frage des Eintritts der Sowjetunion in den Gremien des Völkerbundes erörtert wurde, da verlieh der Schweizer Bundesrat Motta dem tiefsten Misstrauen Ausdruck, in welchem einige der Erfahrungen der ersten Nachkriegszeit lebendig geblieben waren: «Unsere Gesandtschaft in Petersburg wurde 1918 geplündert, einer ihrer Beamten massakriert. Wir haben nie auch nur den Schein einer Entschuldigung vernommen. Als uns 1918 der Versuch eines Generalstreiks mit dem Schrecken des Bürgerkriegs bedrohte, mussten wir mit militärischer Gewalt eine Sowjetmission, die wir in Bern geduldet hatten, entfernen, denn sie war bei der Wühlerei beteiligt ... Der Kommunismus bedeutet auf jedem Gebiet... die gründlichste Verneinung aller Ideen, auf denen unser Wesen und unser Leben beruht... Die Verbreitung über die politischen Grenzen hinaus ist sein (des Kommunismus) Lebensgeist. Wenn er darauf verzichtet, verleugnet er sich selbst. Wenn er ihm treu bleibt, so wird er der Feind aller, denn er bedroht uns alle.»⁹

Motta vermochte die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund zwar nicht zu verhindern, aber trotz aller Reden und Bemühungen Litwinars verschwand die radikale Gegenmöglichkeit nicht vollständig, die von den kommunistischen Theoretikern so lange Zeit für die wichtigste, ja unvermeidbare gehalten worden war: die *Politik des grossen Einvernehmens* zwischen den kapitalistischen Mächten, d.h. die Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Vorherrschaft im europäischen Osten nach Vernichtung des kommunistischen Regimes. Sie entsprach offensichtlich den eigentlichen Intentionen Hitlers, und es schien, dass sie die Sicherung der Kolonialreiche Englands und Frankreichs implizieren würde. Daher stiess sie in einflussreichen Kreisen der Westmächte auf Sympathie. Sie vermochte sich in der Öffentlichkeit zwar nur wenig zu artikulieren, aber sie schwächte die

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Politik des grossen Widerstands in erheblichem Masse, und Frankreichs Aussenminister Pierre Laval schloss zwar im Mai 1935 ein Verteidigungsbündnis mit der Sowjetunion ab, doch er war in erster Linie von innenpolitischen Intentionen geleitet, als er Stalin veranlasste, öffentlich die Rüstungsanstrengungen Frankreichs zu loben. Dadurch versetzte er der heftigen antimilitaristischen Agitation der französischen Kommunisten einen schweren Schlag und bereitete zugleich wider Willen jenes Volksfrontbündnis vor, das im Laufe der nächsten zwölf Monate die Kommunisten mit den Sozialisten und den linksbürgerlichen Radikalsozialisten unter dem Feldzeichen eines neuartigen Begriffs von «Antifaschismus» zusammenführte. Aber er tat nichts, um das Abkommen zur Ratifizierung vor Kammer und Senat zu bringen, denn in Wirklichkeit war er bereits zu einem Vorkämpfer der Politik des *kleinen Widerstandes* geworden.

Der Angelpunkt dieser Politik war das faschistische Italien Mussolinis. Wenn es gelang, Mussolini zum verlässlichen Partner der Westmächte zu machen, dann war Hitler in die Zange genommen, die ihn zum Stillhalten zwang, ohne dass die in ihren Konsequenzen unabsehbare und besonders von England gefürchtete Einbeziehung der Sowjetunion erforderlich gewesen wäre. Im April 1935 bezeichnete die Konferenz der drei Mächte in Stresa den Höhepunkt dieser Politik: Man sprach sich mit Entschiedenheit gegen die Verletzung des Versailler Vertrages aus, deren Hitler sich schuldig gemacht hatte, als er am 16. März 1935, angeblich als Antwort auf die Verlängerung der militärischen Dienstzeit in Frankreich auf zwei Jahre, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht proklamierte und damit die Tatsache einer umfangreichen deutschen Aufrüstung ausser jeden Zweifel stellte. Aber Mussolini war der Meinung, er dürfe für seine Mitwirkung von den Westmächten einen hohen Preis fordern, nämlich die Tolerierung seiner Absicht, Italien nach dem Vorbild seiner Partner zu einer grossen Kolonialmacht zu machen und Äthiopien zu erobern, das doch seit 1923 ein Mitglied des Völkerbundes war und daher den Schutz durch die *kollektive Sicherheit* genoss. Obwohl er keine Zusicherungen erhielt, wagte es der Duce, am 2. Oktober 1935 Millionenmassen von Menschen auf den Plätzen Italiens zusammenzurufen und einen Appell an das «proletarische und faschistische Italien» zu richten, sich durch einen Feldzug in Ostafrika nun endlich den «Platz an der Sonne» zu erwerben, der ihm von den bourgeoisen Nationen des Westens so lange verweigert worden sei. Damit rui-

nierte er innerhalb kurzer Frist die Politik des kleinen Widerstandes, doch ihre Restbestände waren, wie sich zeigen sollte, stark genug, um ihm den schliesslichen Erfolg zu sichern.

Aber inzwischen hatte Grossbritannien von sich aus gravierende Schritte in den Bereich der zweiten *kleinen* Möglichkeit der Weltpolitik getan, der *Politik des kleinen Einvernehmens*. Kurz nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland hatte das britische Kabinett bei Hitler anfragen lassen, ob der schon seit einiger Zeit vorgesehene Besuch des Aussenministers Sir John Simon und des Lordsiegelbewahers Anthony Eden weiterhin willkommen sei. Hitler sagte begreiflicherweise nicht nein, und bei den Gesprächen am 25. und 26. März machte er allem Anschein nach einen sehr guten Eindruck auf die englischen Gäste, die wohl einen Demagogen anzutreffen geglaubt hatten und die nun zu der Meinung gelangten, ein Staatsmann sitze ihnen gegenüber. Zwar reisten Simon und Eden ausgerechnet nach Moskau weiter, aber sie griffen nach ihrer Rückkehr eine Anregung Hitlers auf, und in zügigen Verhandlungen, die der Sonderbotschafter Joachim von Ribbentrop führte, wurde ein Flottenabkommen vorbereitet, das am 18. Juni der überraschten Weltöffentlichkeit vorgelegt wurde. Die Gesamtstärke der deutschen Kriegsflotte wurde auf 35% der britischen festgelegt, und bei U-Booten wurde sogar die Parität zugestanden. Damit erreichte Grossbritannien zwar sein Ziel, Hitler nach dem Hin-fälligwerden der Versailler Bestimmungen durch neue Verträge zu binden, aber es sanktionierte auch nachträglich die früheren Vertragsbrüche, und es vermittelte Hitler den Eindruck, dass er keinen entschiedenen Widerstand zu erwarten habe, wenn er auch die letzten und wichtigsten Fesseln abstreifen würde, die Deutschland nach der Niederlage angelegt worden waren.

Die Voraussetzungen dafür schuf Mussolini. Er stiess auf unerwartet heftigen Widerstand, als er seine Truppen gegen Äthiopien in Marsch gesetzt hatte, und schon nach wenigen Wochen wurden von 50 Ländern Sanktionen gegen Italien verhängt. Aber der Duce legte grosse Nervenstärke an den Tag, und die Völkerbundstaaten führten ihre Massnahmen nicht bis zu dem Punkte fort, wo sie für das Regime gefährlich geworden wären. Noch am 2. März 1936 setzte der neue französische Aussenminister Flandin durch einen «letzten Appell» einen abermaligen Aufschub der Entscheidung über ein Olembargo durch.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Inzwischen hatte die französische Regierung, deren Aufmerksamkeit immer in erster Linie Deutschland zugewandt blieb, den Pakt mit der Sowjetunion den legislativen Körperschaften zugeleitet und war damit zur Politik des grossen Widerstandes zurückgekehrt. Aber die innenpolitische Opposition von Seiten der Rechten und Teilen der Mitte war äusserst schroff, und Hitler war mit sicherem psychologischen Gespür davon überzeugt, dass die Franzosen – zumal kurz vor entscheidenden Parlamentswahlen, welche die «Volksfront» zu gewinnen hoffte – keine Neigung zu gravierenden Entschlüssen haben würden. Ausserdem hatte er vermutlich mit der Meinung recht, dass der französisch-russische Pakt trotz seiner Bezugnahme auf die Völkerbundssatzung einen neuartigen Tatbestand darstellte, der nicht vorhersehbar gewesen war, als Stresemann sich 1925 in Locarno bereit erklärt hatte, der «Entmilitarisierung» des Rheinlands zuzustimmen, d.h. zwecks Beruhigung Frankreichs eine ausserordentliche Einbusse an Souveränität für eine unabsehbare Zukunft zu akzeptieren. So liess Hitler denn kurz nach der Ratifizierung des Paktes durch die französische Kammer am 7. März 1936 deutsche Truppen in das Rheinland einrücken und beging damit die weitaus schwerwiegendste seiner bisherigen Vertragsverletzungen. Dass er während der ersten 48 Stunden ausserordentlich nervös war, ist vielfach bezeugt, und die Truppen hatten Anweisung, sich gegebenenfalls zurückzuziehen. Es ist eine offene Frage, ob das nationalsozialistische Regime eine Besetzung von Mainz und Köln überlebt hätte.

Aber es zeigte sich nun, dass die französischen Militärs nicht weniger Angst hatten als die deutschen. Ohne Mobilisierungsmassnahmen glaubten sie ein Vorgehen nicht verantworten zu können, und dazu wollten sich die Politiker nicht verstehen, so dass man sich mit einem Appell an den Völkerbund begnügte. In England ging die Meinung des kleinen Mannes auf der Strasse nach dem Bericht des deutschen Militärattachés dahin, man sei doch nicht verrückt und gehe nicht noch einmal nach der Somme und Paschendaale, weil die Deutschen ihr eigenes Land besetzten.¹⁰ So behielt Hitler abermals die Oberhand und errang bei den rasch angekündigten Reichstagswahlen am 28. März einen wahren Triumph, denn bei einer Wahlbeteiligung von über 99% stimmten 98,8% der Stimmberechtigten für die nationalsozialistische Liste.

Inzwischen befand sich auch Mussolini auf dem Wege des Sieges.

Am 5. Mai 1936 zogen die Italiener unter der Führung des Oberbefehlshabers Marschall Badoglio in Addis Abbeba ein, und es nützte nichts mehr, dass der äthiopische Delegierte am 11. Mai vor dem Völkerbund in einer leidenschaftlichen Rede das «Verbrechen» anklagte, durch das die Italiener «mit den grausamsten Mitteln der modernen Zivilisation» die Äthiopier ihrer Freiheit beraubt und beträchtliche Teile der Bevölkerung «ausgerottet» hätten.¹¹ Es dauerte nicht lange, bis die Sanktionen aufgehoben wurden, und die Westmächte liessen erkennen, dass sie versuchen würden, trotz des französisch-sowjetischen Paktes die Politik des kleinen Widerstandes zu neuem Leben zu erwecken. Aber Hitler hatte den Triumph Mussolinis und Mussolini den Erfolg Hitlers möglich gemacht. Es war kein Wunder, dass sich die beiden jetzt mehr und mehr aufeinander zu bewegten, da doch die Bewunderung Hitlers für Mussolini und den Faschismus immer offenkundig gewesen war und da Mussolini seinerseits sogar in den Zeiten scharfer machtpoEtischer Spannung zwischen den beiden Staaten die ideologische Affinität und strukturelle Ähnlichkeit der Regime nicht selten hervorgehoben hatte. Ein Hinweis Mussolinis verschaffte Hitler die Möglichkeit, am 11. Juli 1936 ein Abkommen mit Österreich zu schEessen, das die staatliche Unabhängigkeit bestätigte und dennoch den Nachfolger von Dollfuss, Kurt von Schuschnigg, zu einer Art von Gleichschaltung zwang. Hitler war nicht mehr isoEert, denn die drei realistischen Hauptmöglichkeiten der ihm gegenüber einzuschlagenden Politik hatten so viele Interferenzen aufgewiesen, dass keine konsequent in die Tat umgesetzt werden konnte.

Wie aber stand es um die vierte und älteste Grundmöglichkeit, um diejenige des grossen Einvernehmens? In offiziellen Äusserungen westlicher Staatsmänner lassen sich kaum positive Hinweise entsprechender Art finden, aber mindestens Laval scheint ernsthaft darüber nachgedacht zu haben, ob es nicht das Beste sei, die deutsche Dynamik nach Osten zu lenken, und in führenden Kreisen der westlichen Staaten gab es mancherlei Andeutungen und Gespräche, die in diese Richtung gingen und die wiederum den amerikanischen Botschafter in Berlin, William Dodd, mit grosser Empörung erfüllten. Die Gegentendenzen waren freilich erheblich stärker, obwohl sie in der Öffentlichkeit häufig von Schriftstellern repräsentiert wurden, die dem *grossen sozialen Experiment* in der Sowjetunion mit viel Sympathie gegenüberstanden.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

In Frankreich siegte die Volksfront bei den Parlamentswahlen vom 3. Mai, und auch in England gewann der Antifaschismus an Boden, obwohl die Konservativen über eine sichere Parlamentsmehrheit verfügten. Die Diplomatie des Aussenkommissars Litwinow stimmte mit diesen Tendenzen aufs Beste zusammen. Sie war in Charakter und Tonfall so sehr von den Verlautbarungen der zwanziger Jahre verschieden, dass Ausserordentliches geschehen sein musste, um diese Wandlung hervorzubringen. Es ist indessen sehr die Frage, ob Stalin seine eigentlichen Befürchtungen ausgesprochen hatte, als er auf dem 17. Parteitag eine «alte» und eine «neue» Linie der deutschen Politik unterschied, die schon vor Hitlers Machtantritt im Kampf gelegen hätten, nämlich die Rapallopolitik einerseits und die Tendenz zur Wiederaufnahme der Politik des ehemaligen Deutschen Kaisers andererseits, «der eine Zeitlang die Ukraine besetzt hielt, einen Feldzug gegen Leningrad unternahm und die baltischen Länder in ein Aufmarschgebiet für einen solchen Feldzug verwandelte». ¹² Es war nur allzu begreiflich, dass er den Vertretern dieser neuen Politik mit einer drastischen Metapher ankündigte, die neue industrielle und militärische Stärke der Sowjetunion werde sie davon abhalten, «ihre Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten zu stecken». ¹³ Aber musste seine eigentliche Befürchtung nicht dahin gehen, dass die Westmächte *seine* neue Linie, die Litwinow-Politik, für ein blosses Strategem halten und schliesslich doch zur Politik des grossen Einvernehmens übergehen würden? Dann aber würden in Zukunft jener Feldzug des deutschen Machthabers und die Intervention der Alliierten nicht mehr wie 1918 gegeneinander gerichtet, sondern koordiniert sein. Deutschland musste also das Zentrum seiner Sorgen sein, und zwei Hoffnungen boten sich an: die Rückkehr Deutschlands zur Rapallopolitik einerseits und die paradoxe Trennung des in seinem Faschismus prononciert kapitalistischen Deutschland von den weniger aktiven kapitalistischen Staaten. Auf jeden Fall aber musste er die Rüstung vorantreiben, und die Grundlage dafür hatte er bereits 1928 mit dem ersten Fünfjahresplan gelegt. Im Mai 1935 konnte er der Kollektivierung die auch für westliche Ohren überzeugendste Auslegung geben, als er in einer Rede vor Absolventen der Roten Armee sagte, die Aufgabe habe darin bestanden, ein technisch rückständiges und fast bettelarmes Land mit halbanalphabetischer Bevölkerung «von den Bahnen des Mittelalters und der Unwissenheit auf das Geleise der modernen Industrie und der mechanisierten Landwirt-

schaft hinüberzuleiten». Das sei gelungen und nunmehr verfüge die Sowjetunion über eine mächtige und erstklassige Industrie und über eine organisierte und technisch prächtig ausgerüstete Rote Armee.¹⁴ Kurz vorher hatte der Stellvertretende Kriegskommissar Michail N. Tuchatschewski auf dem VII. Rätekongress im Januar 1935 Genaueres bekanntgegeben: die Ausgaben des Volkskommissariats für Verteidigung hätten im Jahre 1934 ca. fünf Milliarden Rubel betragen und für 1935 seien 6,5 Milliarden Rubel veranschlagt. Die Effektivstärke der Roten Armee betrage zum gegenwärtigen Zeitpunkt 960'000 Mann, und das Ziel bestehe darin, «dass es in der Welt keine andere Armee mehr gibt, die ihr gleichkommt».¹⁵

Wenn Deutschland für Stalin im Zentrum stand, so musste die Sowjetunion wiederum für Hitler das Hauptobjekt der Aufmerksamkeit sein, auch wenn er in erster Linie mit Italien und Frankreich, mit England und Polen beschäftigt war. Zwar ging Stalins Behauptung dahin, die Aufrüstung der Sowjetunion sei eine Reaktion auf Hitlers Machtergreifung, aber ihre Ursprünge gingen doch erheblich weiter zurück, und jedenfalls lag sie in ihrer Dimension so weit vor der deutschen, dass jede Regierung in Berlin aufs Äusserste beunruhigt gewesen wäre. 1934 gab Hitler keinesfalls mehr als 3 Milliarden Mark für die Rüstung aus, 5 Milliarden Rubel waren mindestens das vierfache, und die Statistik einer Planwirtschaft lässt die indirekten Rüstungsausgaben nicht erkennen.

Es kann keinen Zweifel geben, dass die Sowjetunion und der Bolschewismus auch 1935/36 die emotionale Mitte von Hitlers Denken einnahmen. Als er sich mit Sir John Simon und Anthony Eden unterhielt, zitterten nach dem Bericht des Dolmetschers Paul Schmidt «seine Nasenflügel leicht vor Erregung, wenn er die Gefahren des Bolschewismus für Europa schilderte». Mit «leidenschaftlicher Erregung» betonte er, dass Hunderte seiner Parteigenossen von den Bolschewisten ermordet worden seien und dass viele deutsche Soldaten und Zivilisten im Kampf gegen bolschewistische Aufstände ihr Leben verloren hätten. Dieses sein «Lieblingsthema Sowjetunion» nahm nach Schmidt bei der Unterredung viel Zeit in Anspruch, und vollier Zorn nannte Hitler die Tschechoslowakei, die eben mit Moskau über einen Beistandspakt verhandelte, den «vorgeschobenen Arm Russlands».¹⁶

All das war nicht *blasse Taktik*, sondern ein nur wenig verhülltes Plädoyer für Hitlers eigentliche aussenpolitische Konzeption, die Konzeption ei-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

ner Politik des grossen Einvernehmens, die seinem innenpolitischen Vorgehen genau entsprach: dem Bündnis mit Papen und Hugenberg zwecks Niederwerfung des gemeinsamen Feindes. Auch dieses Bündnis war für Hitler mehr als blosser Taktik, es entsprach vielmehr einigen seiner eingewurzeltesten Überzeugungen.

Daher sollte auch die grosse Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und dem Bolschewismus, die Hitler in der Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 vornahm, nicht bloss im Zusammenhang kurzfristiger aussenpolitischer Ziele gesehen werden. Kaum irgendwo hat er sich und seine Bewegung so unzweideutig als *Antwort* auf den Bolschewismus dargestellt.

Der Nationalsozialismus beziehe sich als Lehre ausschliesslich auf das deutsche Volk, der Bolschewismus dagegen betone seine internationale Mission; es sei nationalsozialistische Überzeugung, dass Glück und Leistung Europas unzertrennlich verbunden seien mit dem Bestand eines Systems unabhängiger freier nationaler Staaten, der Bolschewismus aber predige die Aufrichtung eines Weltreiches und kenne nur Sektionen einer zentralen Internationale; der Bolschewismus betreibe die internationale Weltrevolution mit den Waffen des Terrors und der Gewalt, der Nationalsozialismus kämpfe für die konsequente Ausgleiche der Lebensgegensätze und für die Zusammenfassung aller zu gemeinsamen Leistungen; der Bolschewismus opfere Millionen von Menschen sowie unermessliche Werte traditioneller Kultur wegen einer Theorie und erreiche doch nur einen sehr niedrigen Standard der Lebenshaltung, das nationalsozialistische Deutschland dagegen sei glücklich, einer europäischen Kulturgemeinschaft anzugehören, die der heutigen Welt in so grossem Ausmass den Stempel ihres Geistes aufgeprägt habe; der Nationalsozialismus sehe im privaten Eigentum eine «höhere Entwicklung der menschlichen Wirtschaftsentwicklung», der Bolschewismus aber vernichte nicht nur das Privateigentum, sondern auch die private Initiative und die Verantwortungsfreudigkeit.¹⁷

Das waren gewiss zum grossen Teil Gemeinplätze des zeitgenössischen Denkens in Europa und Amerika. Aber nichts spricht dagegen, dass sie zugleich aufrichtige Überzeugungen Hitlers darstellten. Ohne genuine Gemeinsamkeiten war eine Politik des grossen Einvernehmens nicht zu führen. Die deutsche Antwort musste zum grossen Teil zugleich die Antwort Europas und der USA sein. Aber ihre Eigentümlichkeit war schon Anfang 1934 in einer anderen Reichstagsrede Hitlers für jedermann greifbar ge-

worden, nämlich die Eigentümlichkeit, dass diese Antwort zugleich mindestens ansatzweise eine Kopie war: «Wenn Herr Stalin in seiner letzten grossen Rede der Befürchtung Ausdruck gab, in Deutschland möchten sowjetfeindliche Kräfte tätig sein, so muss ich an dieser Stelle diese Meinung dahin korrigieren, dass genau so wenig wie in Russland eine deutsche nationalsozialistische Tendenz geduldet würde, Deutschland eine kommunistische Tendenz oder gar Propaganda dulden wird.»¹⁸ Bestand die *Freiheit der europäischen Kulturgemeinschaft* nicht gerade darin, dass sie feindliche Propaganda und sogar Tätigkeit duldete, weil sie eben allen Meinungen und Tätigkeiten Raum gab und bisher stark genug gewesen war, daraus für ihre Entwicklung Gewinn zu ziehen? Gab es nicht die Gefahr, dass *alle* freie Tätigkeit und *jede* private Meinungsäusserung unterbunden werden mussten, wenn diese Forderung der genauen Entsprechung zu weiteren Konsequenzen getrieben wurde? Musste nicht das Schicksal Papens und Hugenbergs für Simon und Eden eine Lehre und eine Warnung sein? Stand nicht Hitler selbst der Politik, die er am stärksten erstrebte, auch wieder am meisten im Wege? Hatte nicht Bertrand Russell recht, als er mit freilich defätistischem Unterton sagte: «Bei dem Versuch, sie zu stoppen, werden wir werden wie sie.»¹⁹ Nicht nur die alten antideutschen Empfindungen kamen ins Spiel, sondern auch die tief in der westlichen Kultur verwurzelten anti-totalitären Überzeugungen. Vor der Politik des grossen Einvernehmens türmten sich mithin mindestens ebenso grosse Hindernisse auf wie vor der Politik des grossen Widerstandes.

Aber in der Mitte des Jahres 1936 war es jedenfalls zu einer unbestreitbaren Tatsache geworden, dass die beiden Besiegten des Weltkriegs wieder grosse Militärmächte waren und dass sie guten Grund hatten, sich wechselseitig bedroht zu fühlen. Noch war nicht definitiv entschieden, welche der vier Hauptmöglichkeiten der Weltpolitik verwirklicht werden würde, die sich nach Hitlers Machtübernahme abzeichneten. Die fünfte Hauptmöglichkeit schien nicht mehr zu bestehen, auf die Stalin doch in seiner Rede nicht ohne Nostalgie angespielt hatte: die Möglichkeit, dass Deutschland und die Sowjetunion nach dem Vorbild des Rapallovertrages zueinanderfanden. Beide Mächte liessen vielmehr die Waffen sprechen, wenngleich ausserhalb ihrer Hoheitsgebiete, als sie nach dem Aufstand des Generals Franco auf den entgegengesetzten Fronten in den Spanischen Bürgerkrieg eingriffen.

4. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg

Gerüchte über das Einlaufen sowjetischer Schiffe, die für die geplante Machtergreifung der bolschewistischen Kräfte Waffen brächten, waren nach Aussagen von Beteiligten ein wesentliches Motiv für die Auslösung des Aufstands der spanischen Armee gegen die Regierung der Volksfrontparteien am 17./18. Juli 1936; Behauptungen über eine Verwicklung Hitlers in die Vorbereitungen machen bis heute die Runde. Das eine ist un- wahr, das andere im höchsten Grade unwahrscheinlich. Der Spanische Bürgerkrieg erwuchs aus spanischen Wurzeln. Aber schon früh und nicht ohne Grund wurden die Vorgänge in Spanien zwischen 1931 und 1936 mit den- jenigen in Russland zwischen Februar und Oktober 1917 verglichen, und im November 1936 massen sich sowjetische und deutsche Flugzeuge und Panzer, von deutschen und sowjetischen Soldaten bemannt oder doch diri- giert, in erbittertem Kampf um Madrid. Die Entscheidung brachte der starke Einsatz regulärer Heeres- und Milizverbände durch das faschistische Italien, und die gemeinsame Intervention führte Deutschland und Italien zur «Achse» zusammen. Im geheimen und von der Weltöffentlichkeit zu- nächst kaum bemerkt, wurde auf der Seite der *Republikaner* oder der *Roten* ein Kampf von ganz anderer Art geführt, ein Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki mit verkehrter Front, den man als Auswirkung des Ge- gensatzes zwischen der frühen und der späten Phase der russischen Revo- lution betrachten mag.

Der spanische Staat war wie der russische im Kampf gegen eine nicht- christliche Macht entstanden, und wenn die Herrschaft der Mauren noch weiter zurücklag als diejenige der *Tataren*, so war die Erinnerung doch stark, und eine der Nachwirkungen war wie in Russland die grosse Bedeu- tung einer Staatsreligion. Auch in Spanien hatte sich bis zum Ersten Welt- krieg die Industrie nur sehr ungleichmässig entwickelt, der grösste Teil des Landes war noch ganz agrarisch, und landlose oder landarme Bauern bil- deten in vielen Regionen die Mehrheit der Bevölkerung. Auch in Spanien standen unter den Intellektuellen *Europäisierer* schroff gegen *Traditiona- listen*, und schon dadurch wird unter Beweis gestellt, dass Spanien wie Russland ein schwieriges Verhältnis zu *Europa* hatte. Auch in Spanien ver-

4. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg

band sich soziale Unruhe auf vielfältige Weise mit regionalen Selbstständigkeitsbestrebungen, die im Falle der Basken und Katalanen geradezu den Charakter nationaler Befreiungskämpfe gegen die kastilische Vorherrschaft annahmen.

Freilich waren die Unterschiede ebenfalls beträchtlich. Spanien war seit dem Ende des ersten Karlistenkrieges 1839 den liberalen Monarchien gezählt worden; es hatte immer wieder revolutionäre Erschütterungen erlebt, die meist durch ein *pronunciamiento* der Armee ausgelöst oder beendet worden waren; seit 1889 fanden die Parlamentswahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht statt; die Sozialistische Arbeiterpartei führte eine legale Existenz, und die Anarchisten verbreiteten ihre Lehre nicht nur unter den Bauern Andalusiens, sondern auch unter den Fabrikarbeitern Kataloniens. So wurde die Monarchie 1931 infolge von Wahlen durch die Zweite Republik ersetzt, und diese gab sich nicht nur eine Verfassung nach dem Muster der Weimarer Republik, sondern ihr Parteiensystem schien sich bis auf die ungewöhnliche Stärke der Anarchisten kaum von dem Parteiensystem der übrigen europäischen Staaten zu unterscheiden.

Dass der neue Staat sowohl auf der monarchistischen Rechten wie auf der anarchistischen Linken schroffe Gegner fand, war nicht verwunderlich, denn er wurde zunächst von linksbürgerlichen Kräften regiert, die das Werk der Zurückdrängung der Kirche fortsetzen, die Armee reduzieren und eine Verkleinerung des Grossgrundbesitzes bewirken wollten. Noch gravierender war, dass die Sozialisten sich unter Führung Largo Caballeros, der bis 1930 mit dem Diktator Primo de Rivera eng zusammengearbeitet hatte, immer mehr zu einer revolutionären Partei entwickelten und dass die christlich-demokratische Partei des Gil Robles ihre grundsätzlichen Vorbehalte nicht aufgab. Für den einen wie für den anderen Vorgang waren aber schon die internationalen Verhältnisse mitentscheidend: für die Sozialisten die Machtergreifung Hitlers und die gewaltsame Niederwerfung der österreichischen Sozialdemokraten im Februar 1934, für die christliche Partei, die *CEDA*, das Klima des Führerkultes und der uniformierten Verbände, das kaum irgendwo ohne Auswirkungen blieb. Der asturische Aufstand von 1934, der von den Fremdenlegionären unter General Franco in blutigen Kämpfen niedergeschlagen wurde, trug zur Verschärfung der Gegensätze ungemein bei: Largo Caballero hörte es nun nicht ungern, wenn er der «spanische Lenin» genannt wurde, und beträchtliche Teile der *CEDA* sympathi-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

sierten jetzt mit der neugegründeten «Falange» und ihrem Führer José Antonio Primo de Rivera.

Die Wahlen vom 16. Februar 1936 zeigten, dass zwei etwa gleich starke Wählerblöcke der Rechten und der Linken einander gegenüberstanden und dass die Mitte beinahe aufgegeben war, aber infolge des Wahlsystems sprang ein grosser Sieg der Volksfront heraus, welche nun auch die Anarchisten einschloss. Die Folge waren starke soziale Unruhen in grossen Teilen des Landes, da vor allem die Landarbeiter die sofortige Einlösung der Wahlversprechungen forderten und an vielen Stellen das Land der Grossgrundbesitzer ohne Umstände okkupierten. In Stadt und Land wurden viele Dutzende von Kirchen in Brand gesteckt, und die Zahl der Todesopfer ging in die Hunderte. In der sozialistischen Presse wurde viel von der bevorstehenden proletarischen Revolution gesprochen, und mit einigem Recht nahmen Betrachter die Hand der Komintern hinter der Vereinigung des sozialistischen und des kommunistischen Jugendverbandes wahr. Auf der anderen Seite provozierte die Falange durch Attentate nach Kräften, und die Karlisten in Navarra bereiteten sich fast unverhüllt auf den Bürgerkrieg vor. Aber auch mehr und mehr Generäle der Armee, Republikaner sowohl wie Monarchisten, gewannen die Überzeugung, dass das Land durch die soziale und die separatistische Agitation von der Auflösung bedroht sei und dass der Staatspräsident Manuel Azana, das Musterbild des linksgerichteten Bildungsbürgers, der Kerenski einer spanischen Revolution sei.

So wurde der Aufstand vorbereitet, der nach der Überzeugung der führenden Männer keine Revolte sein würde, sondern die Übernahme der Macht und die Wiederherstellung der Ordnung nach dem Muster der *pronunciamientos* des 19. Jahrhunderts oder des Staatsstreichs Primo de Riveras im Jahre 1923. Die Ermordung des monarchistischen Politikers Calvo Sotelo durch Mitglieder einer Art von Regimepolizei war wohl mehr Anlass als Grund, und am Abend des 17. Juli 1936 brachten die kampfkraftigsten Einheiten des spanischen Heeres, die in Nordafrika stationiert waren und dort schwere Niederlagen und grosse Siege erlebt hatten, die Kolonie in ihre Gewalt, während am Tage darauf viele Heereseinheiten sich im Mutterland erhoben. Aber nur im Norden und im äussersten Süden des Landes setzten sich die Soldaten unter Zustimmung und Teilnahme der Bevölkerung oder im Handstreich durch; in den grossen Städten dagegen

4. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg

sammelten sich rasch erregte Massen und forderten von der Regierung Waffen. Obwohl beträchtliche Teile der Armee und der Polizeikräfte sowie fast die ganze Luftwaffe und Flotte loyal blieben¹, gab die Regierung unter einem neuen Ministerpräsidenten nach, und innerhalb weniger Tage war der Aufstand der Armee in Madrid und in Barcelona, in Valencia und in Badajoz, in Katalonien und in Estremadura zum Scheitern gebracht. Zugleich aber griff im *loyalistischen* Spanien die Revolution wie ein Waldbrand um sich und liess die Macht der linksbürgerlichen Regierung zur blossen Hülse werden. Bewaffnete Massen füllten die Strassen, brannten Kirchen nieder, verjagten oder töteten die Unternehmer und insbesondere Priester und Mönche, richteten Kooperativen ein und organisierten die Verteidigung. Die Stimmung war fast überall festtäglich: auch hier hatten die *Sklaven* die Herren verjagt und richteten sich nun ein gleichheitliches Leben ein, oft mit rührenden Rückgriffen auf ältere Zeiten wie besonders in Katalonien, wo viele Dorfgemeinschaften sich wie unabhängige Staaten gerieten und alle Symptome von Luxus und Laster wie Kaffee und Alkohol abschafften, hin und wieder aber auch in Experimenten einer grossangelegten Planwirtschaft. Die Linke überall in der Welt sah die Befreiung und die Heiterkeit, den Neuanfang und den Massenenthusiasmus; die Rechte blickte überall mit Entsetzen auf die Morde, die Unordnung und die Enteignung, und sie sprach sofort vom *Bolschewismus* in Spanien. Die Linke klagte die Massenerschiessungen an, welche die *Weissen* an vielen Stellen vornahmen, und die Rechte verbreitete Berichte über Kreuzigungen von Priestern und grausame Ertränkungen unschuldiger Menschen durch die *Roten*. Die öffentliche Meinung polarisierte sich noch weit entschiedener als während des russischen Bürgerkrieges. Eindeutiger als damals sprachen sich liberale Stimmen für die Republikaner und Loyalisten aus, aber selbst die *New York Times* brachte Anfang August die Befürchtung zum Ausdruck, dass bei einem Sieg der Regierung sehr bald der Kommunismus zur Herrschaft gelangen werde², und in England entsetzten sich nicht bloss Konservative darüber, dass die Matrosen auf einigen Schiffen der spanischen Kriegsmarine ihre Offiziere über Bord geworfen hatten, nicht anders, als Sergej Eisenstein es in seinem «Panzerkreuzer Potemkin» dargestellt hatte.

Ereignisse wie diese konnten keinen Staat gleichgültig lassen. Schon am Abend des 23. Juli wurde durch Meldungen der französischen Rechtspresse bekannt, dass die französische Regierung eine Bitte des spanischen Minis-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

terpräsidenten Giral um Waffenlieferungen erhalten habe und dass sie diese Bitte zu erfüllen gedenke. In Frankreich aber war nun Léon Blum als Chef des Kabinetts der Volksfront am Ruder. Dass hier eine ideologische Affinität vorliege, konnte man ahnen, auch wenn man nicht wusste, das Giral sein Telegramm «mit brüderlichen Grüßen» beendet hatte.³ Dass diese Affinität in Frankreich bald ähnliche Folgen zeitigen werde wie in Spanien, war die These der französischen Rechten, die sich daher einer solchen Intervention mit äusserster Heftigkeit und düsteren Drohungen widersetzte. So hätte es vermutlich der Zeitungsmeldungen nicht bedurft, um Hitler der Bitte Francos um Lieferung von 20 Transportflugzeugen geneigt zu machen, die ihm am Abend des 25. Juli in Bayreuth durch zwei deutsche Geschäftsleute übermittelt wurde. Diese Bitte trug alle Zeichen der Improvisation an sich, und sie wäre vom Auswärtigen Amt mit Sicherheit abgelehnt worden, weil man die Risiken für zu gross hielt und überdies das Leben der Deutschen im republikanischen Spanien nicht gefährden wollte. Hitler aber war sofort der Überzeugung, dass der Bolschewismus nach Spanien greife und dass ihm der Weg versperrt werden müsse. Keiner seiner Berater wagte zu widersprechen, und ab Anfang August hatten Junkersmaschinen einen wesentlichen Anteil am Transport der marokkanischen Truppen und der Fremdenlegionäre Francos über die Strasse von Gibraltar nach Andalusien. Nur dadurch wurde eine Fortsetzung des Bürgerkrieges möglich, der sich nun als eine bewaffnete Auseinandersetzung von Regionen und bis zu einem gewissen Grade von Klassen darstellte. Das von der anarchistischen Gewerkschaft CNT beherrschte Katalonien stand mit dem überwiegend sozialistisch regierten Madrid und dem katholischen, nichtrevolutionären Baskenland in einer Front gegen Navarra mit seinen karlistischen Milizen und Altkastilien, wo die Falange stark war, sowie gegen diejenigen Teile Andalusiens, wo die städtischen und ländlichen Arbeiter durch einen Handstreich des Generals Queipo de Llano überrascht worden waren, der ein überzeugter und ausgewiesener Republikaner war.

Ebenso früh wie Hitler und Mussolini, der auch einige Flugzeuge schickte, aber mit grösserer Entschiedenheit griff die Kommunistische Internationale in den Kampf ein, und sie wäre ohnmächtig gewesen ohne die Organisation und die Geldmittel, die ihr der Geheimdienst der Roten Armee und die GPU zur Verfügung stellten. In Wahrheit handelte es sich also um ein sowjetisches Eingreifen, aber diese Intervention wäre ihrerseits in

4. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg

solcher Form nicht möglich gewesen, wenn nicht eine grosse Anzahl von Männern und keineswegs bloss von Kommunisten bereit gewesen wäre, ihr Leben einzusetzen, um den «Angriff des Faschismus» abzuschlagen. So strömten in Frankreich und in England zahlreiche Freiwillige zu den Sammelplätzen, deutsche und italienische Emigranten fanden sich hinzu, aus Jugoslawien und Griechenland kamen Männer auf geheimen Wegen, und sogar aus Amerika stellten sich so viele ein, dass sie schliesslich ein eigenes Bataillon bilden konnten. Auch die Gegenseite blieb nicht ohne Freiwillige fremder Nationen: Franzosen, Engländer, Iren; aber es war für das antifaschistische Klima der Zeit kennzeichnend, dass kein einziger Amerikaner sich darunter befand. Nach dem Abschluss der umfangreichen Vorarbeiten und Transporte wurden die «Internationalen Brigaden» im Oktober aufgestellt; alle Berichte stimmen darin überein, dass die nach Nationen und Überzeugungen so vielfältig gemischten Truppen von grossem Enthusiasmus erfüllt waren und dass sie die «Internationale», die sie in vielen Sprachen sangen, tatsächlich als die Hymne einer neuen und besseren Menschheit verstanden. Die oberen Offiziersränge freilich waren so gut wie ausschliesslich von Kommunisten besetzt, und das «Fünfte Regiment» galt als das brauchbarste Instrument der Partei, die sich mit ihrer Forderung nach «Disziplin, Hierarchie, Organisation»⁴ von Anfang an aufs Deutlichste von den Anarchisten und deren undisziplinierten Milizen unterschied.

Zwar unterstützte Frankreich die «Loyalisten» auf mannigfaltige Weise, aber offiziell hatte es seine Grenzen geschlossen, als England ihm mit grossem Nachdruck den Vorschlag machte, auf eine allgemeine Politik der Nichtintervention hinzuarbeiten. Für England war dabei sicherlich nicht nur der Hinblick auf die Politik des kleinen Widerstandes massgebend, die nun nach dem Ende von Mussolinis äthiopischem Feldzug vielleicht zu einem Neuanfang gebracht werden könnte, sondern unzweifelhaft spielte auch der Gedanke an die gewaltigen englischen Investitionen in Spanien eine Rolle, die bei einem Sieg der Madrider Regierung, d.h. der revolutionären Kräfte, vermutlich gefährdet sein würden. In der Tat schlossen sich fast alle Staaten Europas dieser Politik an, die man wohl eine Politik der Begrenzung der Intervention nennen sollte, denn niemand zweifelte daran, dass deutsche, sowjetische und italienische Waffen nach Spanien gelangten und auch weiterhin dorthin gelangen würden.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Inzwischen hatten die *nationalen* Truppen eine Verbindung zwischen ihren nördlichen und südlichen Gebieten bei Badajoz herstellen können, und Ende September entsetzten sie die Offiziere und Kadetten, die sich zwei Monate lang im Alcazar von Toledo gegen eine gewaltige Übermacht verteidigt hatten. Der Fall von Madrid schien bevorzustehen.

In der Sowjetunion waren sehr bald nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges grosse Solidaritäts- und Protestveranstaltungen sowie Geldsammlungen durchgeführt und viele scharfe Reden gegen die friedensgefährdenden Aktionen des Faschismus gehalten worden, aber zunächst scheint Stalin gemeint zu haben, dass die Organisation der Internationalen Brigaden als unmittelbare Hilfe genügen würde. Nichts hätte ihm in der gegebenen welt-politischen Lage unangenehmer sein müssen als der Nachweis, dass er dabei sei, in Spanien eine bolschewistische Revolution nach dem Muster der russischen in Gang zu setzen. Schon der begründete Verdacht hätte alle Chancen einer Politik des grossen Widerstandes zerstört und die Gefahr eines Einvernehmens zwischen England und Deutschland heraufbeschworen, der er doch durch die Verkündung der Volksfrontpolitik auf dem 7. Kongress der Komintern im Juli/August 1935 gerade hatte begegnen wollen. Aber er konnte nicht untätig bleiben, wenn Deutschland Waffen nach Spanien schickte.

So gingen denn schon im September Berichte auswärtiger Vertretungen in Berlin ein, dass russische Truppen mit Waffen an Bord aus Odessa ausgelaufen bzw. in spanischen Häfen angelangt seien⁵ und dass viel Gold aus Spanien abtransportiert werde, das offenbar zur Bezahlung von Kriegsmateriallieferungen bestimmt sei. Fast gleichzeitig tauchten im Oktober deutsche bzw. italienische und sowjetische Tanks auf den beiden Seiten auf. Als Anfang November die Kämpfe um Madrid begannen, nahm eine ganze Anzahl von deutschen und sowjetischen Flugzeugen an den Kämpfen teil. Die russischen Berater beteiligten sich nicht direkt an den Kämpfen, aber die russischen Ratas erwiesen sich den deutschen He 51 wider Erwarten als überlegen, und das gleiche galt für die Panzer. Mit der Luftherrschaft der *Nationalen* war es bald zu Ende, und als die XI. und die XII. Internationale Brigade unter dem Jubel der Bevölkerung am 10. November durch die Stadt marschierten und in die Kämpfe eingriffen, da wurden die am Stadtrand vordringenden Marokkaner zum Stehen gebracht, und die Stadt blieb

4. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg

in den Händen der Regierung, an deren Spitze seit Anfang Dezember Largo Caballero stand.

Aber um die gleiche Zeit nahm die deutsche Hilfe erstmals einen gross-angelegten und systematischen Charakter an, sowohl als Folge der sowjetischen Unterstützung wie auch wiederum als Ursache für deren weitere Verstärkung. Ab Mitte November befand sich ein grosser Luftwaffenverband in Spanien, «Legion Condor» genannt, aus ca. 5'000 Männern bestehend, die nominell Freiwillige waren, verstärkt durch einige Panzerabteilungen und Erdtruppen, welche überwiegend damit beschäftigt waren, Spaniern eine Kampfausbildung zu geben. Lieferungen von einigen Messerschmitt-Jägern stellten die frühere Überlegenheit im Grossen und Ganzen wieder her; aber dass militärische Erfolge nur noch Teilmomente in einem grossen Ringen waren, mussten die Legion und die deutsche Führung erfahren, als Ende April 1937 im Zusammenhang von Francos Offensive an der Nordfront die Stadt Guernica von deutschen Flugzeugen zerstört wurde und eine Welle der Empörung die westlichen Länder überschwemmte. Die Italiener mussten eine noch härtere Erfahrung machen, nachdem sie seit Dezember ganze Divisionen in der Gesamtstärke von etwa 50'000 Mann nach Spanien gebracht hatten. Zwar eroberten die «Schwarzhemden» am 8. Februar Malaga, nicht zuletzt wegen des Versagens der dort stationierten Milizen, aber als sie Ende März bei Guadalajara auf die Internationalen Brigaden stiessen, unter denen sich das italienische Bataillon «Garibaldi» befand, hatten sie einen fühlbaren Rückschlag hinzunehmen. Dabei fiel weniger ins Gewicht, dass sie erobertes Gelände zum grossen Teil wieder aufgeben mussten, sondern dass sich die Kampfmoral ihrer Gegner als stärker erwies. Kein Geringerer als General Mario Roatta gab zu, dass die Internationalen Brigaden «geschickt und vor allem mit Fanatismus und Hass» fochten⁶, während es den Schwarzhemden offensichtlich an Motivation mangelte. Das schlimmste war, dass die italienischen Antifaschisten mit ihrer Propaganda das Ohr der Milizsoldaten zu erreichen vermochten und dass ganze Truppenteile sich ohne Notwendigkeit ergaben oder sogar überliefen. Dagegen blieben der Appell an die *proletarische Solidarität* und die Propaganda gegen die Sinnlosigkeit und Ungerechtigkeit dieses Krieges bei den Offizieren und Soldaten der Legion Condor ohne jeden Eindruck – von den exceptionellen Fällen einiger weniger Gefangener abgesehen. Soweit sie sich nicht als reine Kriegstechniker betrachteten, für die Spanien ein

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Manöverfeld war, teilten sie mehr oder weniger die Überzeugung, dass sie die Kultur gegen einen bössartigen Angriff verteidigten, und durchweg waren sie von dem sicheren Empfinden der Zugehörigkeit zu einer höherstehenden Ordnung erfüllt, so dass sie vielfach mit Geringschätzung auf die Spanier beider Seiten herabsahen. Wohl wurden gelegentlich Zweifel laut, und es ist keineswegs unglaubwürdig, wenn ein Nachkriegszeuge behauptet, gerade die Nationalsozialisten unter den Legionären hätten sich oft gefragt, ob man nicht auf der falschen Seite kämpfe.⁷ Solche Fragen resultierten aber nicht aus genuiner Sympathie für den Gegner, sondern aus Abneigung gegen die *reaktionären* und übervorsichtigen Generäle und gegen die grosse Rolle der katholischen Kirche auf nationalspanischer Seite.

Wenn die Russen sich bei diesem ersten Kampfeinsatz gegen Deutsche seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ohne Vorurteile die Frage gestellt hätten, zu welchen Folgerungen man gelangen müsse, dann hätten sie wohl konstatiert, dass die Truppen des nationalsozialistischen Deutschland noch weniger durch einen Propagandasturm nach dem Muster des Sieges über Kornilow zu erschüttern waren als das deutsche Heer von 1918, ja dass vielleicht jener Sieg die von ganz bestimmten Umständen abhängige Ausnahme gewesen war, während seitdem alle «Kornilows» von Horthy bis Franco siegten oder doch gute Siegeschancen hatten, von so unerwarteten Gestalten wie Mussolini und Hitler zu schweigen. Den Deutschen wiederum hätte die einfache Tatsache viel Stoff zum Nachdenken liefern können, dass die spanischen Massen, die das *bolschewistische Chaos erzeugten*, keinesfalls, wie es möglicherweise in Russland der Fall gewesen war, von jüdischen Agitatoren aufgehetzt sein konnten, denn eine jüdische Minderheit war in Spanien so gut wie nicht vorhanden. So war es zwar nicht verwunderlich, dass auf dem «Parteitag der Ehre» im September 1936 sehr viel von Spanien die Rede war und dass Rudolf Hess es als Ziel des Kongresses bezeichnete, «die grosse These und Antithese des Jahrhunderts, Bolschewismus und Nationalsozialismus, (zu) entwickeln», aber es musste für die Klügeren unter den Nationalsozialisten sehr beunruhigend sein, dass Alfred Rosenberg die alte Rede von «Sowjetjudäa» wieder aufgriff und dass Goebbels den Bolschewismus erneut als «Diktatur der Minderwertigen» bezeichnete.⁸ Wenn die Eindrücke von 1917/18 so unverändert perpetuiert wurden, war die Gefahr sehr gross, dass man einen Gegner falsch einschätzte, dessen Industrie so hervorragende Waffen lieferte und dessen

4. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg

Anhänger in den Internationalen Brigaden, zu einem nicht geringen Teil Juden, Leistungen vollbrachten, von denen *Minderwertige* und *Untermenschen* nicht einmal hätten träumen können. Für die tradierten Auffassungen beider Seiten aber hätte es ein Schock sein müssen, dass Joseph Goebbels in Nürnberg einen Mann als besonders schlimmen Vertreter des Bolschewismus namentlich hervorhob, der einige Monate später spurlos verschwand, nachdem er von der kommunistischen Presse auf das Heftigste angegriffen worden war: Andres Nin, den wichtigsten Führer der linkskommunistischen Partei *POUM*.

Was die Aussenwelt, soweit sie nicht sympathisierte, im *roten* Spanien wahrnahm, war vor allem das *bolschewistische Chaos* und der *bolschewistische Terror*, die schlecht gekleideten und mit Gewehren bewaffneten Massen in den Strassen, die *Spaziergänge*, bei denen die Gegner erschossen wurden, die disziplinlosen Haufen der Anarchisten, die aus den Gräbern gerissenen und auf der Strasse aufgestellten Mumien von Nonnen, die gewalttätigen Besitzergreifungen, die zwangsweisen Kollektivierungen. Aber inmitten dieses *Chaos* gab es eine Kraft, die von Anfang an für *Ordnung* eintrat, die sich gegen *Sozialisierungen* aussprach und die in ihren eigenen Gefängnissen keineswegs nur grosse Kapitalisten oder Offiziere, sondern gerade auch *Bolschewisten* gefangenhielt und tötete: die Kommunistische Partei Spaniens. Gewiss vertrat nicht sie allein die Auffassung, dass vor allem der Krieg gewonnen und daher effizient geführt werden müsse. Auch Largo Caballero wirkte als Ministerpräsident darauf hin, dass die anarchistischen Milizen einer einheitlichen Führung unterstellt würden, auch er trat für die Schaffung einer regulären Armee mit Diensträngen und strenger Disziplin ein, auch er sprach sich für die Abschaffung der Soldatenräte und überhaupt der «Herrschaft der Komitees» aus. Aber die Kommunisten gingen nicht nur mit ihrem eigenen hervorragenden Beispiel voran, sondern sie verfochten auch von Anfang an Thesen, die bei ihren sozialistischen Verbündeten und erst recht bei den Anarchisten grosses Unbehagen weckten: das spanische Volk kämpfe nicht für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, sondern für die Verteidigung der republikanischen Ordnung, die den Respekt für kleineres und mittleres Eigentum einschliesse; die zwangsweise Kollektivierung nach Art der Anarchisten sei abzulehnen; die Kirchen sollten wiedereröffnet und die Kultfreiheit öffentlich garantiert werden; nicht

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

nur der Faschismus müsse ausgerottet werden, sondern das gleiche gelte für die Trotzlisten und die «Unkontrollierbaren» (d.h. die radikalen Anarchisten). Ganz in diesem Sinne war ein von Stalin, Woroschilow und Molotow unterzeichneter Brief geschrieben, den der Botschafter Marcel Rosenberg im Dezember dem Ministerpräsidenten Caballero überreichte: es komme darauf an, die kleinere und mittlere Bourgeoisie zu gewinnen, man müsse sie gegen Konfiskationen schützen und nach Möglichkeit die Handelsfreiheit sichern. Ein gutes Verhältnis zu den linksbürgerlichen Kräften um den Staatspräsidenten Azana sei von entscheidender Bedeutung; denn die schlimmste Gefahr für den Sieg der gemeinsamen Sache sei ein Aufkommen des Eindrucks, dass Spanien als eine kommunistische Republik anzusehen sei.⁹

Der enge Zusammenhang zwischen der Innenpolitik der Kommunistischen Partei Spaniens und der Aussenpolitik Stalins springt ins Auge, und es lässt sich nicht leugnen, dass die Partei Lenins während des russischen Bürgerkrieges mit nicht geringerer Entschiedenheit gegen die Anarchisten und mangelnde Disziplin aufgetreten war. Trotzdem ist die Feststellung berechtigt, dass die KP in Spanien die Thesen vertrat, welche in Russland die Menschewiki verfochten hatten: die Thesen, dass die Verhältnisse für den Sozialismus nicht reif seien, dass man mit dem Bürgertum zusammenarbeiten müsse, dass man lediglich eine *bürgerliche Revolution* durchführen könne. Es war daher nicht verwunderlich, dass die Kommunistische Partei in Spanien geradezu zur Schutzmacht der selbständigen Bauern und der Gewerbetreibenden wurde und dass das ungeheure Anwachsen ihrer Mitgliederzahlen nicht zuletzt auf den Zustrom aus diesen Kreisen zurückzuführen war. Ebenso wenig ist es aber erstaunlich, dass Camillo Berneri, Emigrant aus Italien und intellektueller Wortführer der katalanischen Anarchisten, die KP anklagend die «Fremdenlegion der spanischen Demokratie und des spanischen Liberalismus» nannte.¹⁰ In diesem *Bolschewismus* gab es also mindestens zwei Parteien, die von tödlichem Hass gegeneinander erfüllt waren. Dabei waren die Kommunisten der angreifende Teil, und die Vorwürfe, die sie insbesondere gegen die *POUM*, die linkskommunistische oder rechtsanarchistische Partei von Andrés Nin richteten, waren schon in sich eine Todesdrohung: die Partei sei trotzlistisch und von Leuten der Falange durchsetzt, sie stelle sich negativ zu der russischen Hilfe ein und sie wirke durch ihre starke Stellung in Katalonien den Kriegsanstrengungen

4. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg

entgegen. Anfang Mai 1937 kam es dann tatsächlich in Barcelona zum Bürgerkrieg im Bürgerkrieg: Anhänger der *CNT* und der *POUM* widersetzten sich gewaltsam dem Befehl, die von ihnen kontrollierte Telefonzentrale zu räumen, und sie brachten die Stadt für einige Tage in ihre unbeschränkte Gewalt zurück, aber schliesslich unterlagen sie den rasch herangeführten und meist kommunistischen Regierungstruppen. Mindestens 500 Tote wurden gezählt. Andres Nin wurde verhaftet und nach schweren Folterungen wie Berneri ermordet.

Damit war die Kraft des katalanischen Anarchismus gebrochen, aber es war auch um die Macht des revolutionären Impetus und der Spontaneität geschehen. Hinfort kämpften in Spanien zwei reguläre Armeen miteinander, und an der Spitze der Regierung stand nach der Ablösung Caballeros mit Juan Negrin ein Mann, der als liberaler und kultivierter Intellektueller galt. Die Kommunisten und die sowjetischen Berater hatten auf ihn aber einen viel stärkeren Einfluss, als die deutschen und italienischen Offiziere auf General Franco zu gewinnen vermochten. Dieser entzog sich sogar einer angemessenen Bezahlung der gewaltigen Lieferungen, die er erhalten hatte, während die *roten* Spanier mit den Goldbeständen der Staatsbank die sowjetische Hilfe auf Heller und Pfennig beglichen. Deutsche und Italiener blieben fremde Hilfskorps, und nur ganz wenige ihrer Offiziere hatten Erfahrungen aufzuweisen, die auf die Jahre 1918-1920 zurückgingen. Die russischen Berater dagegen und die Führer der Internationalen Brigaden waren zum grossen Teil Veteranen der Revolution und des Bürgerkrieges, z.B. der sowjetische Generalkonsul in Barcelona Antonow-Owsejenko, die Generäle «Kleber» und «Lukacz», die Kommandeure Ludwig Renn und Hans Kahle. Dass sie noch fest in ihrem alten Glauben verwurzelt waren, lässt sich nicht bezweifeln, und daran änderte der Kampf gegen die Anarchisten nichts und auch nicht das Eintreten der spanischen Genossen für die bürgerliche Republik. Schon gar nicht verloren sie die Überzeugung, auf der richtigen Seite zu stehen, durch Tatbestände wie die, dass Franco und seine deutschen und italienischen Hilfstruppen die grösseren militärischen Erfolge aufzuweisen hatten, dass Deutschland und Italien in der grossen Politik als «Achsenmächte» immer näher aneinanderrückten und dass Mussolini bei seinem triumphalen Besuch in Deutschland gegen Ende September 1937 den Bolschewismus «die moderne Form finsterster byzantinischer Gewaltherrschaft» nannte und die Prophezeiung wagte, das Europa von

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

morgen werde faschistisch sein.¹¹ Aber die Nachrichten aus der Sowjetunion mussten sie beunruhigen.

Ilja Ehrenburg besuchte im Juni 1937 die XII. Internationale Brigade an der aragonischen Front und sprach dabei auch mit einem «kleinen, unteretzten und überaus finster dreinblickenden Mann», offenbar einem hohen Offizier aus den Reihen der sowjetischen Berater, der eine Ausgabe der *Prawda* vor sich liegen hatte. Der Mann trank kalten Tee, und plötzlich fragte er: «Wissen Sie das Neueste? Tuchatschewski, Jakir und Uborewitsch sind zum Tode durch Erschiessen verurteilt worden. Sie sind Volksfeinde.»¹²

Während nicht wenige seiner besten Soldaten und die Blüte der Kommunistischen Internationale in Spanien kämpften, hatte Stalin in Moskau die grosse «Säuberung» in Gang gesetzt. Viele der Spanienkämpfer fielen ihr zum Opfer, unter ihnen Antonow-Owsejenko, der in der Sowjetunion als der Eroberer des Winterpalastes berühmt war. Hitler war dabei entweder ein Mitwirkender oder ein Betrogener. Dennoch erstarb in der Sowjetunion das grosse Aufbaupathos nicht, welches das Land seit den Anfängen und besonders seit 1928 beherrschte.

5. Die «grosse Säuberung» und das Aufbaupathos in der Sowjetunion

Die «grosse Säuberung» begann für die Augen der Weltöffentlichkeit am 19. August 1936, als im Oktobersaal des Moskauer Gewerkschaftshauses ein Prozess gegen eine Anzahl von alten Bolschewiki eröffnet wurde, der durch eine grosse Pressekampagne vorbereitet war und zu dem ausländische Berichtersteller sowie ausgesuchte sowjetische Zuhörer Zutritt erhalten hatten. Auf der Anklagebank sassen ehemalige Oppositionelle und unter ihnen Grigorij Sinowjew und Lew Kamenjew, die einst die engsten Mitarbeiter Lenins gewesen waren und die zwischen 1924 und 1926 in der Frontstellung gegen Trotzki zusammen mit Stalin die Führungstroika des Landes gebildet hatten. Jetzt aber legten sie das Geständnis ab, als Mitglieder des *trotzkistisch-sinowjewistischen Zentrums* Mordanschläge gegen die

5. Die «grosse Säuberung» und das Aufbaupathos in der Sowjetunion

führenden Männer der Sowjetunion und insbesondere gegen Stalin geplant zu haben. Bei Kirow waren sie nach ihrer Aussage tatsächlich zum Ziel gelangt. Fast alle Angeklagten waren geständig. Sinowjew räumte sogar ein, er sei über den Trotzismus zum Faschismus gelangt, und Kamenjew rief das Volk dazu auf, Stalin zu folgen, denn das Urteil über ihn selbst und seine Genossen sei gerecht. Ein Altbolschewik namens Mratschkowski – zweifellos ein Mann von ähnlicher Entschlossenheit und Tapferkeit wie die Spanienkämpfer – verlangte sogar selbst die Erschiessung, da sich an seinem Beispiel gezeigt habe, dass auch Arbeiter zu Konterrevolutionären werden könnten. Der Staatsanwalt Wyschinski forderte in der Tat, «dass diese tollgewordenen Hunde allesamt erschossen werden», und das Gericht entsprach seinem Antrag.¹ Es dauerte kaum 24 Stunden, bis die Mitteilung erfolgte, die Angeklagten seien hingerichtet worden.

Die *öffentliche Meinung* der Sowjetunion zeigte sich befriedigt. Die Zeitungen hatten einen wahren Hassfeldzug geführt, und überall im Lande hatten Massenversammlungen Resolutionen verabschiedet, die den Tod für diese Verräter forderten. Im Westen dagegen wurden mancherlei Zweifel laut. War es wirklich glaubwürdig, dass diese vielfach bewährten Altbolschewisten zu Terroristen und Mördern geworden waren, um der eigenen Partei und dem eigenen Regime zu schaden? Was oder wer hatte sie zu solchen Selbstbezeichnungen veranlasst? War die Anklage nicht in einigen Punkten, etwa bei der Nennung von Namen ausländischer Hotels, wo konspirative Treffs mit Abgesandten Trotzki stattgefunden haben sollten, offensichtlich auf unrichtige Angaben gebaut? Trotzdem ging die vorherrschende Meinung der westlichen Beobachter dahin, dass die Aussagen der Angeklagten glaubwürdig gewesen seien, und berühmte englische Juristen erklärten das Verfahren für völlig unanstössig. So ebten die Wogen der ersten Erregung rasch wieder ab, zumal man sich auf dem Höhepunkt der Hoffnungen befand, die aus der neuen «Stalin-Verfassung» resultierten: Die Sowjetunion schien nun endgültig in den Kreis der demokratischen Mächte eingetreten zu sein, und alle westlichen Freunde der Politik des grossen Widerstandes zeigten sich überzeugt, dass der Expansion des Faschismus nun durch ein antifaschistisches Bündnis aller friedliebenden Mächte ein Ende bereitet werden könne.

Sogar die entschiedensten *Wegenossen* wären aber vermutlich sehr betroffen gewesen, wenn sie gewusst hätten, wie viele Untersuchungen, Vor-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

bereitungen, Parteisäuberungen und Prozesse hinter verschlossenen Türen in den anderthalb Jahren seit der Ermordung Kirows bereits stattgefunden hatten und auf wie merkwürdige Weise die Verstärkung der patriotischen Propaganda, die Auflösung der «Gesellschaft der alten Bolschewisten» im Mai 1935 und die weitere Verschärfung der Strafgesetze (etwa die Ausdehnung der Todesstrafe auf Kinder von mehr als zwölf Jahren) ein einheitliches Ganzes darstellten. Und sie wären noch mehr beunruhigt gewesen, wenn sie das Telegramm gekannt hätten, das Stalin und Schdanow am 25. September 1936 von Sotschi aus an einige Mitglieder des Politbüros in Moskau gerichtet hatten. Es lautete: «Wir halten es für unbedingt notwendig und dringlich, dass Genosse Jeschow zum Volkskommissar für Innere Angelegenheiten ernannt wird. Jagoda hat sich endgültig als unfähig erwiesen, den Block der Trotzlisten und Sinowjewisten zu entlarven. Die GPU ist in dieser Angelegenheit um vier Jahre in Verzug. Das wird von allen Parteifunktionären und den meisten NKWD-Mitgliedern bemerkt.»² Das Telegramm spielte unübersehbar auf die Affäre Rjutin an. Was Stalin 1932 nicht hatte durchsetzen können, würde nun verwirklicht werden, aber statt des einen Rjutin würden viele Zehntausende, ja Hunderttausende von Parteimitgliedern die Opfer sein, und selbst Jagoda, der 1934 als GPU-Chef zum Leiter des Innenkommissariats geworden war, würde nicht verschont bleiben. Die «Jeschowschtschina» begann.

Zunächst war es fast unbemerkt geblieben, dass im Prozess gegen Sinowjew und Kamenjew einer der geringeren Angeklagten zugegeben hatte, Beziehungen zur Gestapo aufgenommen zu haben, und dass in einigen Aussagen die Namen von bisher unbelasteten Parteiführern und hohen Militärs genannt worden waren. Aber am 23. Januar 1937 wurde ein neuer Prozess eröffnet, der Prozess gegen das *trotzkistische Parallelzentrum*, und nun standen einige dieser Männer vor den Schranken. Die Anklage lautete nicht mehr primär auf Terroranschläge, sondern auf Sabotage und auf Verbindung mit dem deutschen sowie mit dem japanischen Feind. Kein geringerer als Grigorij Pjatakow, den Lenin durch Erwähnung in seinem Testament ausgezeichnet hatte und der wie kein zweiter der Organisator der Industrialisierung gewesen war, sollte nun zusammen mit seinen Mitangeklagten gewillt gewesen sein, die Industrialisierung rückgängig zu machen, Deutschland territoriale Konzessionen einzuräumen und im Kriegsfall Sa-

5. Die «grosse Säuberung» und das Aufbaupathos in der Sowjetunion

botage zu verüben. Bei einem Treffen mit Trotzki in Oslo habe Pjatakow von diesem gehört, dass eine Begegnung mit Rudolf Hess stattgefunden habe und dass eine Zusammenarbeit in Krieg und Frieden vereinbart worden sei. Die Einbeziehung des nationalsozialistischen Deutschland in den Prozess wurde noch dadurch besonders unterstrichen, dass Karl Radek unter den Angeklagten sass, jener Mann, der 1919 Lenins Abgesandter in der deutschen Revolution gewesen war und der 1923 in seiner Schlageter-Rede ein Bündnis zwischen Kommunisten und deutschen Nationalrevolutionären gefordert hatte. Radek bestätigte ausdrücklich, dass Trotzki für Russland ein «bonapartistisches» Regime anstrebe und bereit sei, die Ukraine an Deutschland abzutreten. Wyschinski nannte die Angeklagten «Judasse», die tiefer gesunken seien als die schlimmsten Anhänger Denikins oder Koltshaks, und alle wurden zum Tode verurteilt und erschossen mit Ausnahme von Radek und Sokolnikow, der einer jener zwölf Männer gewesen war, welche am 23. Oktober 1917 den Beschluss zum Aufstand gefasst hatten. Beide erhielten zehn Jahre Gefängnis, kamen aber aller Vermutung nach schon bald in einem der Arbeitslager um.

Dieser Prozess machte auf die westliche Öffentlichkeit und auch auf eine Anzahl von Kommunisten einen tieferen Eindruck als der erste, nicht zuletzt deshalb, weil Trotzki in New York eine Art Gegenprozess organisierte, bei dem gravierende Unrichtigkeiten nachgewiesen wurden. Jetzt wurde nicht selten die Frage gestellt, ob Stalin etwa alle Altbolschewisten und Mitkämpfer Lenins physisch vernichten wolle, nachdem er sie politisch schon längst entmachtet hatte. Hier und da wurde die Vermutung geäussert, die GPU müsse durch Erpressungen oder Versprechungen oder durch Appelle an die tief eingewurzelte Parteiloyalität diese eigenartigen Geständnisse erzwungen haben. Es blieb ebenfalls nicht unbemerkt, dass seit Ende September Nikolaj Jeschow an die Stelle Jagodas getreten war. Aber viele westliche Beobachter hielten die Geständnisse auch jetzt noch für glaubwürdig und die Verhandlungsführung für korrekt, unter ihnen der neue amerikanische Botschafter Joseph Davies, der freilich als stalinfreundlicher Kapitalist die Hoffnung auf eine weitgehende Änderung des Regimes damit verband.

Dass in der Sowjetunion etwas Ungeheuerliches vor sich ging, wurde der Welt erst bewusst, als am 11. Juni 1937 bekanntgegeben wurde, dass eine Anzahl der höchsten Kommandeure der Roten Armee wegen des Verdachts

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

des Hochverrats verhaftet worden seien, und schon am nächsten Tage folgte die Mitteilung, die Betroffenen seien vor Gericht gestellt und hingerichtet worden, unter ihnen der Marschall der Sowjetunion Michail Tuchatschewski und die Armeekommandanten Jakir und Uborewitsch. Zwar lag die Vermutung nahe, dass Stalin auf diese Weise die Auseinandersetzungen um die Wiedereinführung der Institution der Politischen Kommissare definitiv beenden wollte, die allem Anschein nach dem entsprechenden und im Mai gefassten Beschluss vorhergegangen waren, aber für die Öffentlichkeit stand doch die Tatsache ganz im Mittelpunkt, dass die acht Kommandeure, unter denen mehrere Juden waren, als Verräter und deutsche Agenten bezeichnet wurden. Genauer wurde nie bekanntgegeben, ein öffentlicher Prozess fand nicht statt; die hohen Offiziere, die als Richter fungierten, wurden zu einem grossen Teil wenig später ebenfalls erschossen; aber aus Aussagen von SS-Offizieren ist bekannt, dass unter der Leitung Reinhard Heydrichs und offensichtlich mit Zustimmung Hitlers ein Dossier über Tuchatschewski gefälscht wurde, der während der Weimarer Zeit tatsächlich und ganz offiziell Beziehungen zur Reichswehr gehabt hatte, so dass Unterschriften von ihm in den Archiven vorhanden waren.³ Dieses Dossier wurde Stalin über Benesch zugespielt, und es ist nicht ausgeschlossen, dass er ihm Glauben schenkte. Das Motiv Hitlers und Heydrichs war natürlich der Wunsch, die Kampfkraft der Roten Armee zu schwächen; aber es gibt auch Hinweise, dass gerade umgekehrt Stalin es war, der den Deutschen die Fälschung suggerieren liess, so dass sie ein falsches Bild von ihren eigenen Möglichkeiten und deren Auswirkungen erhielten. Jedenfalls kann Stalin unmöglich die riesige Anzahl von Offizieren für deutsche und japanische Agenten gehalten haben, die nun in einem wahren Ansturm der Geheimpolizei auf die Armee bis Ende 1938 zu vielen Tausenden hingerichtet wurden. Von fünf Marschällen überlebten nur zwei, von vierzehn Armeebefehlshabern ebenfalls zwei, von acht Admiralen blieb keiner am Leben, von 67 Korpskommandanten wurden 60 erschossen und von 199 Divisionskommandanten 136.⁴ Keine Armee der Welt erlitt jemals vor dem Feinde solche Verluste in den hohen Rängen des Offizierskorps wie die Rote Armee in den Friedensjahren 1937 und 1938. Aber Jakir starb mit dem Ruf: «Es lebe die Partei, es lebe Stalin», und er war bei Weitem nicht der einzige, der dem Manne und der Partei sogar im Tode die Treue hielt, welche ihn und seine Kameraden mit Schmutz be-

5. Die «grosse Säuberung» und das Aufbaupathos in der Sowjetunion

deckten und vernichteten. Jedenfalls finden sich in den geheimen Berichten der deutschen Diplomaten keinerlei Hinweise, dass in jenen Selbstbezeichnungen Radeks und Pjatakows und in den Anklagen gegen die Offiziere auch nur ein kleiner Kern von Wahrheit enthalten gewesen wäre. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, nannte es im Gegenteil «völlig absurd», dass Deutschland nach einem Kriege mit der Sowjetunion Trotzki-Bronstein und Radek-Sobelsohn in Moskau an die Macht bringen würde. Die eigentliche Absicht des zweiten Prozesses erblickte der Botschafter darin, dass alle diejenigen gewarnt werden sollten, «welche die auf die Steigerung der Wehrkraft Russlands gerichtete Politik Stalins nicht begreifen wollen und mit den Lehrbüchern Lenins unterm Arm umherlaufen». Gleichzeitig sollten auch Deutschland und Japan angeprangert werden, indem man ihnen Einmischung in die inneren Verhältnisse der Sowjetunion unterstelle und so den Gegnern andichte, «was Moskau selber tut».⁵ Was die Offiziere angeht, so schloss von der Schulenburg in einem späteren Bericht nicht aus, dass sie «deutschfreundlich» eingestellt waren, aber für wichtiger hielt er, «dass Stalin selbständige Führerpersönlichkeiten in der Armee als mögliche Kristallisationspunkte der Unzufriedenheit oder etwa vorhandenen Ehrgeizes» fürchte und daher rechtzeitig auszuschalten suche.⁶

Doch die Verfolger wurden kaum weniger hart getroffen als die Verfolgten, die ihrerseits die Sieger und Verfolger im Bürgerkrieg gewesen waren. Die Absetzung von Jagoda zog eine Welle von Selbstanklagen und wechselseitigen Denunziationen in der GPU nach sich, über die Krivitsky sehr anschaulich berichtet hat.⁷ Mit nur wenigen Ausnahmen wurden am Ende jene Untersuchungsrichter beseitigt, die durch das System der nächtelangen Verhöre oder durch Folterungen die Geständnisse Sinowjews und Kamenjews, Radeks und Pjatakows zustande gebracht hatten, und sie wurden durch die schlimmeren Jeschow-Leute ersetzt.

Diese bereiteten den dritten und grössten der Schauprozesse vor, der vom 2. März 1938 an gegen den *Block der Rechten und Trotzkisten* geführt wurde. Diesmal befanden sich drei ehemalige Mitglieder des Leninschen Politbüros auf der Anklagebank, nämlich Bucharin, Rykow und Krestinski. Neben ihnen sassens mehrere frühere Volkskommissare, unter ihnen Jagoda, dem man nun die Ermordung Kirows und übrigens auch Gorkis zur Last

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

legte. Wieder war die Rede von Trotzki's Bereitschaft, die Ukraine an die Deutschen abzutreten, und Bucharin bestätigte sie, ohne sich damit zu identifizieren. Doch der Hauptakzent lag nun auf kriminellen Verbrechen wie Giftmorden, und wenn das Bild, das sich ergab, richtig war, dann musste man tatsächlich die alte These der *reaktionärsten* unter den Emigranten bestätigt sehen, dass die Sowjetführung (mit Ausnahme Stalins und seiner nächsten Gefolgsleute) sogar in ihrem Verhalten untereinander nichts weiter als eine Bande von Verbrechern gewesen war. Diesmal verglich Wyschinski die Angeklagten mit «räudigen Hunden», bevor er die Todesstrafe beantragte, die denn auch über alle mit drei Ausnahmen verhängt wurde. Bucharin hatte indessen nur ein partielles Geständnis abgelegt und bis zuletzt die Behauptung zurückgewiesen, der Block sei im Auftrag des faschistischen Geheimdienstes organisiert worden. Stalin zog daraus und aus dem nun doch ganz überwiegend negativen Echo im Westen den Schluss, dass weitere Schauprozesse keinen Sinn mehr hätten.

Aber der Schrecken war damit längst nicht zu Ende, sondern die Jeshowschtschina gewann noch an Kraft. Längst ging es nicht mehr nur um die Vernichtung von *Führungskadern*. Auch in den unteren Gliederungen der Partei herrschte im ganzen Lande eine wahre Hysterie der Wechselanklagen und Selbstbezeichnungen, wobei insbesondere die *Herkunft* wie ein unzerstörbares Brandmal eine grosse Rolle spielte. Zahllose bewährte Parteimitglieder wurden als Söhne und Töchter von Kulaken oder Kaufleuten *entlarvt*, obwohl sie seit vielen Jahren keine Verbindung mehr mit ihren Eltern hatten, ja oftmals genügten Vorwürfe wie der, eine Nichte habe Verbindung mit einem «trotzkistischen Element» gehabt, um den Parteiausschluss mit allen seinen Folgen herbeizuführen. Ein Freund Krivitskys wurde verhaftet und verschwand spurlos, weil er einen Brief von dem Gatten seiner früheren Frau erhalten hatte und weil sein Bruder die Hälfte von Radeks Gesicht an der Wand eines Arbeiter-Klubhauses hatte sehen lassen.⁸ Im Archiv von Smolensk fanden sich Selbstbezeichnungen wie die folgenden: «Nachdem das Zentralkomitee der Partei die Bande von trotzkistisch-bucharinistischen Spionen im Westbezirk demaskiert hatte, die von Uborewitsch, Rumjanzew und Schilman geführt wurden, demaskierte das Plenum des Obkom einige Volksfeinde und entfernte sie von führenden Positionen, aber sie liessen ein aus alten Arbeitern in der Sowjetunion zusammenge-

5. Die «grosse Säuberung» und das Aufbaupathos in der Sowjetunion

setztes Büro fortexistieren, das keine starke Unterstützung im Kampf gegen die Volksfeinde war. Ich bin selbst an dieser Art von Nachlässigkeit schuldig.»⁹

Es war in gewisser Weise konsequent, dass eine Partei, die schon immer vor allem *Feinde* bekämpft und vernichtet hatte, nun die Feinde in ihren eigenen Reihen suchte. Aber die einfache Bevölkerung, die schon so viel gelitten hatte, blieb bei Weitem nicht unberührt. Die wohl etwa acht Millionen Menschen, die in «Arbeitsbesserungslager» deportiert wurden, konnten unmöglich allesamt aus Parteimitgliedern bestehen, und als Grund der Verschickung mochte eine so harmlose und richtige Behauptung genügen wie die, die sowjetischen Schuhe seien von minderwertiger Qualität. Längst hatten diese Lager, die der Hauptabteilung «GULag» des NKWD unterstanden, eine wirtschaftliche Bedeutung gewonnen, die sie geradezu unentbehrlich machte, vor allem in den riesigen und noch unerschlossenen Gebieten Nordsibiriens wie Kolyma, aber nicht wenige dieser Lager waren regelrechte Vernichtungslager, in denen die durchschnittliche Lebenserwartung zwei Jahre betrug, so dass also schon nach einem Jahr die Hälfte der Insassen umgekommen war. In den Umdrehungen dieser Todesmühle war es schon beinahe kein aus dem Rahmen fallender Vorgang mehr, wenn Jeschow dem Leiter des NKWD in einer grösseren Stadt telegraphisch die folgende Anweisung zukommen liess: «Sie werden mit der Aufgabe betraut, 10'000 Volksfeinde zu vernichten. Melden Sie Vollzug durch Funkpruch.»¹⁰ In Winniza wurden während des Krieges Massengräber entdeckt, in denen sich über 9'000 Leichen befanden. Alle Opfer waren durch Genickschüsse getötet worden, als Zeitpunkt wurde der Sommer 1938 festgestellt. Schätzungen der Gesamtzahlen kommen auf etwa eine Million Hingerichteter und mindestens zwei Millionen, die in den Lagern zugrunde gingen.¹¹ Betroffen war also die gesamte Bevölkerung, und es gab kaum eine grössere Familie, von der nicht mindestens ein Mitglied deportiert oder erschossen worden wäre. Mit besonderer Härte wurden die Familienangehörigen der prominenten Parteiführer und Offiziere behandelt, obwohl das Versprechen, die Ehefrauen und Kinder zu schonen, eine wichtige Rolle bei der Erzwingung von Geständnissen spielte. So kamen fast alle Angehörigen Tuchatschewskis ums Leben. Zur Anklageerhebung genügte die Bezeichnung «Ehefrau eines Volksfeindes».¹² Kinder wurden oft gezwungen, die Hinrichtung ihrer Eltern öffentlich zu billigen.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Besonders hart war auch das Schicksal ausländischer Kommunisten und Flüchtlinge. Vom Politbüro der KPD verschwanden nicht weniger als vier Mitglieder, unter ihnen Heinz Neumann und Hermann Remmele, der 1932 in einem zweibändigen Werk der Sowjetunion eine wahre Ruhmeshymne gesungen hatte.¹³ Auch Hans Kippenberger wurde in den Todesstrudel gezogen, nicht anders als Hugo Eberlein, der als einziger Deutscher ein Mitbegründer der Dritten Internationale gewesen war. Auffallend viele Opfer forderte die Säuberung unter Juden, Letten, Polen und überhaupt unter den Angehörigen nationaler Minderheiten. Sinowjew, Kamenjew, Gamarnik, Jakir und zahlreiche andere waren Juden; General J.K. Bersin, der viele Jahre lang den Geheimdienst der sowjetischen Armee geleitet hatte und dann an hervorragender Stelle im Spanischen Bürgerkrieg tätig gewesen war, war ein Lette; fast alle Polen, die in der Komintern arbeiteten, verloren ihr Leben, und die polnische Partei wurde als ganze aufgelöst, weil sie angeblich von faschistischen Agenten unterwandert war. Kaum weniger stark wurden die Führungen der Unionsrepubliken betroffen, die sich eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt oder auch nur Traditionen und Identität ihrer Völker zu bewahren versucht hatten. In der Ukraine wurde der bewährte Kommunist Skrypnik aus dem Wege geräumt, der sich im Kampfe gegen den «bürgerlichen Nationalismus» ausgezeichnet hatte, und Nikita Chruschtschow beseitigte auch in den unteren Rängen alles, was noch von ukrainischer Eigenständigkeit im Rahmen des «Rätebundes» träumte.

Im Sommer 1938 war Lenins Partei mit alleiniger Ausnahme der bewährtesten Stalinanhänger praktisch vernichtet. Um diese Zeit wurde Jeschows Macht beschränkt, und im Dezember wurde er als Chef des NKWD durch Stalins Landsmann Lawrentij Berija ersetzt, der nun seinerseits die Säuberer säuberte und fast alle Jeschow-Leute in den Tod schickte. Als im März 1939 der 18. Parteitag der KPdSU zusammentrat, da waren von den 1'966 Delegierten des 17. Parteitags von 1934 nicht weniger als 1'108 tot oder verschwunden. Aber sogar von dem Rest waren bloss 59 wieder im Saal. Keine kommunistische Partei der Welt war bis dahin einem derartigen Massaker unterzogen worden, auch nicht die KPD unter Hitler. Keinem Volk waren jemals in Friedenszeiten von der eigenen Führung derartige Verluste zugefügt worden. Das nationalsozialistische Deutschland musste sich 1937 und 1938 mit seinen wenigen Konzentrationslagern und höchst-

5. Die «grosse Säuberung» und das Aufbaupathos in der Sowjetunion

tens 30'000 politischen Häftlingen im Vergleich beinahe wie ein normaler westeuropäischer Staat ausnehmen.

Und dennoch blieb diese Sowjetunion inmitten all der Ereignisse, die jeden Einzelnen mit alleiniger Ausnahme Stalins in ständige Furcht um seine Stellung und sein Leben versetzen mussten, ein Land des Aufbaus und des Aufbaupathos. Der zweite Fünfjahresplan, nicht mehr ganz so ehrgeizig wie der erste, wurde erfolgreich abgeschlossen, zahllose Komsomolzen meldeten sich auch weiterhin freiwillig zum Einsatz und zogen begeistert in wüste Gegenden, um dort unter schwierigsten Bedingungen neue und gewaltige Industriekombinate zu errichten; es war keine blosse Propaganda, wenn die Zeitungen in enthusiastischen Lobreden die grossen Leistungen sowjetischer Flieger und Polarforscher feierten; es handelte sich schwerlich um blosse Manipulationen, wenn Massenversammlungen von mehreren Hunderttausend Menschen in leidenschaftlicher Erregung den «Tod der Verräter» forderten. Die relativ zahlreichen Touristen, die im Sommer 1937 nach Moskau strömten, hatten den Eindruck einer pulsierenden und lebendigen Stadt, und Sidney und Beatrice Webb rühmten, ohne viel Widerspruch zu finden, in den zahlreichen Neuauflagen ihres Buches weiterhin die Sowjetunion als den Anfang einer «neuen Zivilisation», als ein Land ohne Krisen und ohne «unverdientes Einkommen» parasitärer Existenzen.

Es ist daher vermutlich unrichtig, bloss in Stalins ungehemmtem Machtstreben die Ursache der grossen *Tschistka* zu sehen. Sie war ja in jedem Falle die dritte grosse Revolution mit Millionenopfern, die sich in Russland bzw. der Sowjetunion vollzog, und schon insofern könnte man sie konsequent nennen. Im Bürgerkrieg, den sie selbst durch ihre Machtergreifung hervorrief, hatte die bolschewistische Partei diejenigen vernichtet, die sie als «Klassenfeinde» verstand und eben dadurch erst zu unversöhnbaren Feinden machte, und es hatte sich tatsächlich um ganze Klassen gehandelt: den Adel, die Intelligenz, das Bürgertum und überdies die Parteifeinde der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. In der Periode der Kollektivierung war die individuell wirtschaftende und relativ wohlhabende Bauernschaft das Ziel des Angriffs, und es war nicht abwegig zu vermuten, dass dadurch definitiv der keineswegs aussichts- oder wurzellose Versuch Stolypins aus der Welt geschafft werden sollte, im Gegenzug gegen die kollektivistische Tradition des «Mir» eine westlich-individualistische Linie der landwirt-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

schaftlichen Entwicklung und damit zugleich der Industrialisierung zu inaugurieren. Aber auch in der Partei gab es diese westlich-individualistische Tendenz. Der Verfasser des «Briefs eines alten Bolschewisten» schätzte sich selbst und seinesgleichen wohl richtig ein, als er schrieb: «Ohne es zu wollen, denken wir in eine Richtung, die der existierenden Ordnung gegenüber kritisch ist; wir suchen überall nach den schwachen Seiten. Kurz gesagt, wir sind alle Kritiker, Zerstörer, nicht aufbauende Kräfte ... Es ist unmöglich, irgendetwas aufzubauen mit solchen menschlichen Materialien, mit Kritikern und Skeptikern.»¹⁴

Zwar war der Marxismus in seinem Gehalt nicht individualistisch, aber er war dennoch vollständig aus der westlichen Tradition der *Kritik* hervorgegangen, und es hatte sich sehr rasch gezeigt, dass man marxistische Begriffe mit kritischer Intention auch und gerade auf die sowjetische Wirklichkeit anwenden konnte, etwa die Begriffe *Klasse*, *Ausbeutung* und *Verinselbändigung der Staatsgewalt*. Stalin war seit der Mitte der zwanziger Jahre die Verkörperung der Partei; wenn die Partei zur wirklichen Identität mit dieser ihrer Verkörperung gebracht werden sollte, dann musste das kritische und konkurrierende Element, wie es sich in Trotzki und Sinowjew und zahlreichen kleineren Figuren darstellte, ausgeschaltet werden. Letzten Endes verwirklichte sich damit nur Trotzki's Vorhersage von 1904, die leninistische Parteiorganisation werde dazu führen, dass zuerst die Parteimitglieder zugunsten des Zentralkomitees entmündigt werden würden und dass dann der eine Diktator an die Stelle des Zentralkomitees treten werde.¹⁵ Dass die Hauptvertreter der kritischen, westlichen oder intellektualistischen Tendenz zum überwiegenden Teil Juden waren, erleichterte die Ausschaltung, obwohl die Sowjetunion der einzige Staat der Welt war, in dem auf Antisemitismus die Todesstrafe stand¹⁶: Der fremdenfeindliche Charakter der grossen Säuberung ist nicht zu übersehen. Der kritischen Tendenz in der Partei korrespondierten die anarchistischen oder doch autonomistischen Neigungen der Bevölkerung und der verschiedenen Nationalitäten: Der Schrecken, der zu Häupten jedes Individuums stand, liess zugleich die Macht des geschlossenen Kollektivs und insofern die eigene Macht ahnen, so dass er nicht bloss furchterregend, sondern zugleich faszinierend war. Das Kommandeurkorps wiederum rekrutierte sich zu einem grossen Teil aus Bürgerkriegsveteranen, und nicht wenige dieser Männer mochten sich mit ihren eigenständigen Verdiensten wirklich als «Genossen» Stalins sehen und nicht als die bedingungslos gehorsamen Kinder des

5. Die «grosse Säuberung» und das Aufbaupathos in der Sowjetunion

«Vaters der Völker» und «grössten Mannes aller Zeiten». Schliesslich schuf die weitgehende Vernichtung von Partei und Offizierkorps eine Unzahl freier Positionen, wie schon die erste und die zweite Revolution es getan hatten, und Stalin durfte auf die bedingungslose Loyalität dieser neuen Parteiführer und Offiziere zählen. Wenn das ungeheuerliche Ereignis der *Tschistka* überhaupt verstanden werden kann und nicht als Ausbruch eines kollektiven Wahnsinns gelten muss, dann lässt es sich am ehesten mit einer Hitlerschen Wendung als die Schaffung eines «eisenharten Volkskörpers» verstehen, der in absoluter Geschlossenheit dem Willen seiner eigenen Personifizierung, des *Woschdj*, zu Diensten steht, so dass er sogar das Äusserste zu ertragen vermag, ohne einer Spaltung oder gar Zersetzung anheimzufallen.

Aber welchen Zweck sollte diese Geschlossenheit erfüllen, mit der (wie man sagen könnte) der Volksgeist sich auf eine ausserordentliche Probe vorbereitete?

Die Antwort scheint leicht zu sein. In allen Ereignissen der Jahre von 1936 bis 1938 ist die ständige Bezugnahme auf Deutschland und die Faschisten sowie auf die Japaner mit Händen zu greifen. Kein Eindruck musste sich dem gewöhnlichen Bürger stärker aufzwingen als der, dass die deutschen Faschisten zum Angriff bereitstanden und dass sie über zahlreiche Helfer in der Partei und in der Armee verfügten. Die grosse Säuberung kann daher als eine unumgängliche Massnahme der Vorbereitung auf den Verteidigungskrieg um Leben und Tod betrachtet werden. Zwanglos fügen sich in dieses Bild die Massnahmen ein, die von ausländischen Beobachtern oft als restaurativ oder unmarxistisch eingeschätzt wurden: die Stärkung der Familie, die positive Hervorhebung der nationalen Traditionen, nicht zuletzt Alexander Newskis, des Siegers über die Deutschen, die Ausschaltung jener betont marxistischen Historiker, die immer nur Kritik an der russischen Geschichte geübt hatten.

Aber neben dieser herrschenden Meinung existiert seit Langem eine zweite Interpretation, die anscheinend zuerst von Walter Krivitsky vorgebracht wurde und auch in der Gegenwart Vertreter hat. Danach steuerte Stalin von früh an auf eine Einigung mit Hitler hin, den er zugleich fürchtete und bewunderte. Es leuchtet ein, dass er die alte Partei zerschlagen und die Helden des Bürgerkrieges in den Tod schicken musste, wenn er eine solche Schwenkung ernsthaft anstrebte.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Eine dritte Auslegung sieht in Stalin den unerschütterlichen Weltrevolutionär, der die rhetorischen Weltrevolutionäre beseitigen musste, wenn er die einzige Zitadelle des Kampfes gegen den Kapitalismus und den Faschismus festigen wollte. Ihr steht als vierte Möglichkeit schroff das ganz negative und oftmals marxistische Urteil gegenüber, dass Stalin in dieser Säuberung zum orientalischen Despoten oder aber zu einer Art von Nationalsozialisten geworden sei.

Alle diese Urteilstendenzen waren 1938 bereits vorhanden, und sei es nur in der Form von Implikationen und untheoretischen Aussagen. So schleuderte Antonow-Owsejenko dem Untersuchungsrichter des NKWD, der ihn einen Volksfeind genannt hatte, verachtungsvoll den Satz entgegen: «Sie sind ein Feind des Volkes. Sie sind ein regelrechter Faschist.»¹⁷ Aber der Untersuchungsrichter war ein blosses Werkzeug. Wenn der Vorwurf Sinn hatte, dann richtete er sich gegen Stalin.

Wenn er richtig war, dann handelte es sich um einen der grössten Siege, die Hitler im triumphalen Jahr 1938 errang. Wenn er falsch war, dann begann für Stalin als die Personifizierung der bolschewistischen und weltrevolutionären Sowjetunion in diesem Jahr die gefährlichste aller Bewährungsproben.

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

Während Stalin nach der Überzeugung angesehener Beobachter seine Armee schwächte und seine Partei desorganisierte, errang Hitler im Jahre 1938 Erfolge, wie sie vor ihm noch kein Staatsmann in Friedenszeiten hatte erringen können: Er vereinigte unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht 10 Millionen Menschen mit dem Deutschen Reich, indem er einen Staat Mitteleuropas zum Verschwinden brachte und einen anderen verkrüppelte. Dadurch machte er Deutschland zum weitaus mächtigsten Staat in Europa, und er schaltete zugleich die Sowjetunion so weitgehend aus dem Konzert der Mächte aus, dass jenes grosse Einvernehmen hergestellt schien, das er immer erstrebt hatte. Aber die *friedlichen Mittelhart* doch in Kriegsdrohungen und Methoden bestanden, die nach allem menschlichen Ermessen nur *einmal* angewandt werden konnten, und der bislang grösste

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

Triumph des Selbstbestimmungsrechts war in sich selbst widerspruchsvoll. So endete das grosse Jahr 1938 für Hitler bereits im Oktober/November, und aus dem Treiber wurde durch seine eigenen Handlungen rasch ein Getriebener, der Stalin zum Schiedsrichter der Geschicke Europas machte.

Am 5. November 1937 rief Hitler seine engsten Mitarbeiter zu einer Besprechung in der Reichskanzlei zusammen, nämlich den Aussenminister von Neurath, den Kriegsminister von Blomberg, die Oberbefehlshaber des Heeres, der Marine und der Luftwaffe Fritsch, Raeder und Göring. Ferner war der Wehrmachtsadjutant Oberst Hossbach anwesend, welcher bald nachher eine Niederschrift anfertigte, von der nach dem Kriege eine Abschrift in die Hände der Alliierten gelangte, das sogenannte Hossbach-Protokoll.¹ Die Absicht Hitlers bestand offenbar darin, dieser kleinsten Führungsspitze den bevorstehenden Übergang zu einer aktiven Aussenpolitik anzukündigen. Die objektive Situation war günstig: Die Aufrüstung war zwar noch längst nicht beendet, aber Deutschland hatte in den letzten zwei Jahren grössere Mittel dafür aufgewendet als die Westmächte einschliesslich der USA zusammen; die Achsenfreundschaft schien nach dem Besuch Mussolinis fest etabliert; der Sieg der Volksfront in Frankreich war allem Anschein nach zugleich ein Sieg der Faulheit gewesen, wie ein jeder bestätigen konnte, der die deutsche und die französische Baustelle auf der Weltausstellung von 1937 gesehen hatte; in England hatte Neville Chamberlain im Mai 1937 als Nachfolger Baldwins die Regierung übernommen, und das bedeutete ein beträchtliches Vordringen der «appeasement»-Stimmung; die Sowjetunion befand sich in den Qualen der grossen Säuberung, und Göring konnte in einer Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, William C. Bullitt, die Meinung vertreten, die Rote Armee sei nicht mehr als ernsthafte Streitmacht anzusehen und von den 5'000 Traktoren, die jährlich in der Sowjetunion hergestellt würden, sei zwei Jahre später kein einziger mehr gebrauchsfähig.² Aber Hitler sprach nicht mit einem einzigen Wort davon, dass diese glückliche Konstellation nun den Deutschen endlich die Gelegenheit biete, ihr Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Ebenso wenig erörterte er die Möglichkeit, nun mit dem Bolschewismus als dem allgemeinen Weltfeind abzurechnen. In seinen Ausführungen war vielmehr ausschliesslich von einer «Lösung der deutschen Frage» die Rede, und darunter verstand er nichts anderes als die Beseitigung der «Raumnot», d.h.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

die Gewinnung eines grösseren Lebensraumes: nach seinen Worten ein Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildungen und Völkerbewegungen gewesen sei. Die Gegenwart sei ein Zeitalter wirtschaftlicher Imperien, in welchem der Trieb zur Kolonisierung sich wieder dem Urzustand nähere, wie das Beispiel Italiens und Japans zeige, während den «gesättigten Staaten» begreiflicherweise nur an der Behauptung ihres Besitzes gelegen sei. «Wirtschaftliche Motive» seien hier wie da das Entscheidende; Deutschland könne den zur Sicherung seiner Ernährungslage erforderlichen Raum nur in Europa suchen. Gewaltanwendung sei unumgänglich, Deutschland sei «zur Offensive gezwungen» und es sei daher sein unabänderlicher Entschluss, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen. Ein früheres Handeln hänge von den Umständen ab; gegebenenfalls müsse es das erste Ziel sein, «die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen». Die Einverleibung dieser beiden Staaten könne den «Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten», sofern «eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange». Als Gedankenexperiment entwickelte Hitler dabei das Szenario eines Krieges zwischen Italien und Frankreich sowie England, der für die Realisierung dieser Pläne eine günstige Gelegenheit bieten würde.

Es war ganz und gar der Hitler des «Politischen Testaments» aus «Mein Kampf», der hier sprach³, und zu Beginn bezeichnete er seine Ausführungen tatsächlich als «testamentarische Hinterlassenschaft» für den Fall seines Ablebens. Hitler enthüllte sich abermals als derjenige, der er war: ein ganz und gar auf 1917/18 und hier auf die alliierte Blockade fixierter Mann, der aber zugleich, ihm selbst wohl unbewusst, auf paradigmatische Weise die Position verkörperte, welche sich ergibt, wenn man die marxistische Klassenkampfdoktrin von den Momenten des Internationalismus und des Humanismus löst, wie es übrigens Marx und Engels selbst hin und wieder ansatzweise getan hatten.⁴ Aber der biologistische Marxist oder der Sozialdarwinist war nicht der ganze Hitler. Unterhalb der eroberungssüchtigen Zuversicht des Protagonisten der «besseren Rasse» wird doch sogar hier die Besorgnis, ja Angst spürbar, mit der er einen Vorgang verfolgt, der in das biologistische Weltbild nicht recht hineinpasst, nämlich «die vom Bolschewismus ausgehenden Wirtschaftszerstörungen», die er mit der «vom

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

Christentum ausgehenden auflösenden Wirkung» in Parallele setzt, welche das Römische Weltreich dem Ansturm der Germanen habe erliegen lassen, jenes Weltreich, an dessen Grösse und Dauerhaftigkeit sich Hitler unverkennbar orientierte. Offensichtlich hätte er nur einen kleinen Schritt tun müssen, um zu dem angeblichen Urheber dieser Auflösung zu gelangen, aber das Wort «Jude» kommt nicht vor. Ein mögliches «militärisches Eingreifen Russlands» wird zwar erwähnt, aber unter Hinweis auf Japan rasch abgetan.

Die Frage ist, warum sich Hitler vor seinen nächsten Mitarbeitern in so provozierender Einseitigkeit darstellte. Die wahrscheinlichste Antwort ist die, dass er diese Mitarbeiter einer Art Prüfung unterziehen wollte. In der Tat widersprachen Neurath und Fritsch unter Hinweis auf die französische Überlegenheit mit einigem Nachdruck, und Neurath wurde wenig später ein Opfer von Herzattacken. Hitler musste also erkennen, dass er mit Neurath, Fritsch und sogar Blomberg keine *aktive Aussenpolitik* treiben konnte. Er war zwar Alleinherrscher, aber innerhalb eines Systems, dessen Elemente beträchtliche Spuren der alten Selbständigkeit aufwiesen. Daher war er noch längst nicht mächtig genug, um diese drei Männer einfach ihrer Ämter zu entheben. Doch er wusste rasch und skrupellos eine Gelegenheit zu benutzen, die sich wenig später bot, und auch hier wurde deutlich, dass die alte Entschlossenheit zwar durch die jeweiligen Umstände in ihren Auswirkungen gehemmt oder modifiziert, aber durchaus nicht essentiell verändert wurde.

Die Wehrmacht war immer noch sehr weit davon entfernt, eine *braune Armee* zu sein. Sie verkörperte vielmehr in ihren Hauptbestandteilen drei verschiedene Perioden der deutschen Geschichte: Das Heer war christlich-preussisch-konservativ, die Marine war bürgerlichdeutschnational, und die Luftwaffe mochte man nationalsozialistisch nennen. Die Rivalitäten zwischen dem «Wehrmachtamt» im Kriegsministerium unter dem General Keitel und dem Generalstab des Heeres unter seinem Chef Ludwig Beck hatten einen ideologischen Unterton. Noch prononcierter galt das für die Spannungen zwischen Heer und SS, die allmählich bewaffnete Truppeneinheiten als «Staatsschutzpolizei» aufbaute. Von unten drang nationalsozialistischer Geist durch die jungen Offiziere und infolge der allgemeinen Wehrpflicht auch in das Heer. Die Generäle des Heeres als des immer noch weitaus wichtigsten Wehrmachtteils waren so gut wie durchweg keine Na-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

tionalsozialisten, doch selbst Ludwig Beck war vor 1938 schwerlich ein politischer Gegner Hitlers. Alle waren ganz und gar mit der Aufrüstung beschäftigt, die ja ihr alter Herzenswunsch war. Aber kein einziger neigte zu *Abenteuern*, alle liessen sich von einem objektivistischen Bild der *Vorbereitung* leiten und hatten wenig Verständnis für psychologische und politische Faktoren. Insofern war ihnen Hitler weit überlegen. Aber das richtige Empfinden, dass Hitlers Methoden für die Existenz des deutschen Volkes gefährlich werden könnten, bildete den Ansatzpunkt für einen scheinbar pragmatischen und doch wieder prinzipiellen Widerstand.

Die Alterstorheit Blombergs, eine Frau «mit Vorleben» zu heiraten, war für Hitler ein erwünschter Zwang, sich von dem Reichskriegsminister zu trennen, aber eine schändliche Intrige Görings und der Gestapo schuf die Gelegenheit, gleichzeitig auch den Oberbefehlshaber des Heeres zu entlassen und damit die Wehrmachtführung gewissermassen zu enthaupten. Als sich die Grundlosigkeit der Vorwürfe gegen Fritsch herausstellt, ist es (ausser zu einer formalen Rehabilitierung) zu spät: Die grosse Organisations- und Personalveränderung vom 4. Februar 1938 hat bereits stattgefunden. Hitler hat persönlich den unmittelbaren Oberbefehl über die Wehrmacht übernommen, und das Wehrmachtamt des ehemaligen Kriegsministeriums ist ihm nun als «Oberkommando der Wehrmacht» direkt unterstellt, der Generaloberst von Brauchitsch ist Oberbefehlshaber des Heeres, der Nationalsozialist Joachim von Ribbentrop hat Neurath an der Spitze des Ausussenministeriums abgelöst. Göring hat sein Ziel, Kriegsminister zu werden, nicht erreicht, ist aber nun Generalfeldmarschall. Die Wehrmacht hat einen neuen schweren Schlag gegen ihre Selbständigkeit und ihr überliefertes Ehrgefühl hinnehmen müssen. Wenn es sich um eine Säuberung handelte, war sie nach Ausmass und Charakter mit der Säuberung der Roten Armee nicht im Entferntesten gleichzusetzen: statt der Zehntausende von Erschiessungen erfolgten bloss einige Pensionierungen, und auch darin kam der Unterschied der Gesellschaftssysteme zum Vorschein. Aber sieben Menschen konnten das eigentliche Resultat dieser Veränderungen wahrnehmen: Die drei Männer, die am 5. November 1937 Widerspruch eingelegt oder sich unsicher gezeigt hatten, waren ausgeschaltet, und damit war der Weg zu einer *aktiven Aussenpolitik* frei, d.h. zu einer Politik der direkten Kriegführung bzw. konkreten Kriegsdrohung, einer Politik, die den Ur-

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

sprünge des Nationalsozialismus *wo positiven Kriegsergebnis* entsprach und die zwar von Sowjetrussland aus anderen Motiven und zu anderen Zwecken in der unmittelbaren Nachkriegszeit ebenfalls betrieben wurde, aber inzwischen längst aufgegeben worden war.

Und zugleich setzte Hitler die Aussenpolitik, die doch der Zweck war, auch wieder als Mittel ein. Dieser Zusammenhang wird aus einer Tagebuchnotiz des Obersten Jodl vom 31. Januar 1938 ersichtlich: «Führer will Scheinwerfer von der Wehrmacht ablenken, Europa in Atem halten und durch Neubesetzung verschiedener Stellen nicht den Eindruck eines Schwächemoments, sondern einer Kraftkonzentration erwecken. Schuschnigg soll nicht Mut fassen, sondern zittern .. .»⁵

Dass die Österreichfrage im Frühjahr 1938 zur Lösung reif sei, war von vielen Beobachtern vorhergesagt worden. In der Tat handelte es sich um eins der schwierigsten Probleme der deutschen Geschichte, und schon durch seine blossе Existenz war es ein Symptom für die singuläre Lage des deutschen Volkes in Europa, denn weder die Engländer noch die Franzosen noch die Italiener lebten in zwei Staaten. Aber keine ausländische Macht hatte diese Situation erzwungen, sondern das Preussen des Reichsgründers Bismarck schloss als der «erfolgreiche Separatstaat», der es war, Österreich aus dem Deutschen Bund (bzw. dem Reich) aus, dessen Bestandteil es viele Jahrhunderte lang gewesen war und vollzog damit die «Teilung Deutschlands». 1918/19 schien der Zeitpunkt gekommen, wo sich Deutsch-Österreich als Überrest der zerstörten Habsburgermonarchie aufgrund des Willens der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung mit dem von seinen Minderheiten befreiten und in seiner Existenz bestätigten Bismarckreich zu dem genuinen Nationalstaat aller Deutschen zusammenschliessen würde, aber diese Vereinigung hätte bedeutet, dass Deutschland trotz der Niederlage als der weitaus grösste Staat des ausserrussischen Europa aus dem Weltkrieg hervorgegangen wäre, und die Alliierten, die nach ihren Proklamationen für Demokratie und Selbstbestimmung gekämpft hatten, stellten machtpolitische Überlegungen höher als Prinzipien und verwehrten durch ein «Anschlussverbot» den Deutschen die Selbstbestimmung, die sie den westslawischen Nationen der Polen und Tschechen sicherten. Zwar zeigte sich bald, dass die österreichische Selbständigkeit doch nicht bloss künstlich war, aber gleichwohl hatten die Alliierten im deutschsprachigen Raum eine Irredenta hervorgerufen und damit eine Situation geschaffen, die der-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

jenigen auffallend ähnlich war, welche die Sowjetunion gegenüber der Arbeiterbewegung der ganzen Welt einzunehmen behauptete. Das nationalsozialistische Deutschland konnte eine Volksbewegung in dem benachbarten Staat unterstützen, die offensichtlich revolutionär war, weil sie die Existenz dieses Staates verneinte; es konnte aber auch der Vorwurf erhoben werden, dass der grosse Staat die Volksbewegung, die nicht zur Mehrheit zu werden vermochte, bloss als das Instrument übergreifender Zielsetzungen benutzte. Und was der Klassenbewegung in ihrem Zusammenwirken mit dem Sowjetstaat bis 1938 nicht oder doch nur in marginalen Gebieten gelungen war, das setzte die Nationalbewegung auf spektakuläre Weise unter grosser Aufmerksamkeit der ganzen Welt ins Werk, und von einer blossen «Niederwerfung» Österreichs konnte nicht die Rede sein. Auch nach dem Abkommen vom Juli 1936 blieben die radikalen Nationalsozialisten eine äusserst aktive Opposition, die faschistischen und italienfreundlichen Heimwehren verloren in dem Schuschniggischen Staate eines militanten, aber auch betont *deutschen* Katholizismus mehr und mehr an Kraft, und der aussenpolitische Rückhalt in Italien wurde immer schwächer. So war die Lage nahezu hoffnungslos, als Hitler am 12. Februar 1938 Schuschnigg zu einer Unterredung in Berchtesgaden empfing, die mit einem Gespräch zwischen Staatsmännern wenig Ähnlichkeit hatte. Hitler behandelte den österreichischen Bundeskanzler, wie der Führer einer fest etablierten Regierungspartei einen widerborstigen Oppositionellen behandeln mag; er rühmte sich, in Deutschland ein Volk geschaffen zu haben, in dem es «keine Parteien, Klassen, Zersplitterungen» mehr gebe und in dem alle dasselbe wollten. Schuschnigg sei dagegen in seinem kleinen Staat ein Verfolger und Unterdrücker, der sich keinen Augenblick werde halten können, wenn er, Hitler, vielleicht «der grösste Deutsche der Geschichte», über Nacht möglicherweise «wie der Frühlingssturm» in Wien sein werde.⁶ Nach grossen Konzessionen Schuschniggs und einem letzten Widerstandsversuch mittels einer geplanten Volksabstimmung brach dieser Frühlingssturm dann am 12. März tatsächlich los, doch er hatte zunächst den Charakter der Drohung und Manipulation von der Seite Görings, selbst den gemässigten Nationalsozialisten wie dem späteren Reichsstatthalter Seyss-Inquart gegenüber. Aber unterhalb der Vorgänge auf der oberen Ebene gingen die radikalen Nationalsozialisten, wie im Februar und März 1933 in Deutschland, zu Massendemonstrationen und gewalttätigen Aktionen über,

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

die auf keinen entschlossenen Widerstand mehr trafen. Die Drohung von oben und die Gewalttätigkeit von unten wurden indessen rasch wesenlos, als in einem unerwarteten Ausbruch von beinahe allgemeinem Enthusiasmus die einrückenden deutschen Truppen mit Blumen überschüttet wurden und als Hitler selbst von jubelnden Massen wie ein Erlöser gefeiert wurde. Die Geschichte schien alle ihre Paradoxien zu konzentrieren, als der biologische Materialist der Hossbach-Besprechung das demokratische Selbstbestimmungsrecht zum unblutigsten seiner Erfolge führte und zugleich nun auch in Österreich die Reste des Marxismus vernichtete. Mussolini stimmte zu, die Westmächte regten sich kaum, und die Sowjetunion beklagte die Handlungen der «aggressiven Staaten», nachdem sie sich so viele Jahre für den grössten Feind des Status quo erklärt hatte.

Wenn an vielen Stellen die Vermutung geäussert wurde, nun sei die Tschechoslowakei «an der Reihe», so gab es dafür nur allzu gute Gründe. Bereits im Juni 1937 hatte Blomberg die «Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht» unterzeichnet, in der ein Fall «Rot» (Westen) und ein Fall «Grün» (Südosten) unterschieden wurden; der letztere war primär auf die CSR bezogen und ausdrücklich als «Überfall» deklariert.⁷ Zwar war die Gesamtplanung defensiv, aber dieser Charakter wurde bereits durch den einleitenden Satz entwertet, Deutschland habe vermutlich keinen Angriff zu erwarten. Am 21. Dezember 1937 wurde eine Ergänzung vorgenommen, in der von einem «Angriffskrieg» gegen die Tschechoslowakei die Rede war, der zwecks Lösung des deutschen Raumproblems auch dann geführt werden müsse, wenn die eine oder andere Grossmacht gegen Deutschland in den Kampf eingreife.⁸ Als Kriegsziel galt «die rasche Besitznahme von Böhmen und Mähren unter gleichzeitiger Lösung der österreichischen Frage im Sinne der Einbeziehung Österreichs in das Deutsche Reich». Diese Planung wurde trotz der März-Ereignisse im Kern nicht verändert, obwohl Hitler sich dahingehend äusserte, erst müsse Österreich verdaut werden, und es liege nicht in seiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Die Ausnützung einer besonders günstigen Gelegenheit blieb nämlich stets vorbehalten, und ein «Zwischenfall» wie «die Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluss an eine deutschfeindliche Aktion» wurde auf merkwürdige Weise ins Auge gefasst.⁹

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Aber Hitler hätte mit der simplen Verwirklichung solcher militärischer Pläne sofort den Weltkrieg auf der Basis des *grossen Widerstandes* ausgelöst. Seine Chance lag darin, dass er auch hier nicht bloss ein militärischer Angreifer war.

Die Frage der Sudetendeutschen war von ähnlicher Art wie diejenige der Deutschösterreicher, aber alle Tatbestände waren verschärft und zugespitzt. Die 3,5 Millionen Deutschen, die in den gebirgigen Randbezirken Böhmens lebten, waren während der Zeit der Habsburger Monarchie die führende Gruppe gewesen, die auch in Prag selbst sehr stark war; nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 hatten sie sich für einen Anschluss an Deutsch-Österreich ausgesprochen, obwohl sie zum Teil keine geographische Verbindung damit besaßen. Wäre es nach dem Willen der Bevölkerung gegangen, so wären Österreicher *und* Sudetendeutsche damals zu Bürgern des Deutschen Reiches geworden. Aber im Falle der Sudetendeutschen stand dieser Lösung nicht bloss der Wille der Alliierten, sondern auch die lange Vergangenheit und kräftige Realität des Landes Böhmen entgegen, das jahrhundertlang von seinen Einwohnern als gemeinsame Heimat betrachtet worden war. Andererseits hatten «Volkstumskämpfe» gerade hier eine alte Tradition, und früher als anderswo waren sowohl auf der Seite der Tschechen wie auf derjenigen der Deutschen neuartige Parteien entstanden, die sich «nationalsozialistisch» nannten.

Mindestens potentiell wurden die Auseinandersetzungen ausserordentlich verschärft, als es den Tschechen gleich nach dem Ende des Weltkriegs unter Führung von Masaryk und Benesch durch geschickte Manipulationen gelang, die stammverwandten, aber unter sozialen und kulturellen Gesichtspunkten ganz verschiedenen Slowaken aus der Erbmasse Ungarns in ihren Staat hineinzuziehen und diesen zu einem Stützpfiler des gegen Deutschland gerichteten «Versailler Systems» zu machen. Gleichwohl fanden die Nöte und Schwierigkeiten der Deutschen in der CSR im Weimarer Deutschland und noch während der Anfänge des Dritten Reiches bei Weitem nicht so viel Aufmerksamkeit wie die Nöte und Schwierigkeiten der Deutschen in Polen, zumal man sie mit beachtlichen Gründen auf die ökonomisch ungünstige Situation dieser am meisten industrialisierten Gebiete des Landes zurückführen mochte. Aber wie stets und überall verschlangen sich auch hier Wirtschaft und Politik, und es war ebenfalls nicht unberechtigt, auf die systematischen Benachteiligungen hinzuweisen, die den Ein-

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

wohnern der Sudetenbezirke von Seiten der Prager Regierung widerfahren, obwohl seit 1926 die *aktivistischen* deutschen Parteien im Parlament mitwirkten.

Das Verlangen nach voller Selbstbestimmung war also weder unverständlich noch von vornherein illegitim, doch es stiess auf weitaus grössere Schwierigkeiten als im Falle Österreichs: Die Deutschen waren nur eine Minderheit, ein Anschluss an Deutschland musste das «Böhmische Staatsrecht» und damit ein jahrhundertealtes Gemeinwesen zerstören, und er würde das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen im Sinne des Anspruchs auf einen unabhängigen Staat ganz erheblich beeinträchtigen, denn wie sollten die 7 Millionen Tschechen im *deutschen Meer* von 75 Millionen, das sie auf drei Seiten umgab, eine genuine Selbständigkeit bewahren? Alle Probleme des so einleuchtend erscheinenden Selbstbestimmungsrechts waren hier wie in einem Brennspiegel vereinigt, und als die wesentlichste Frage durfte die folgende gelten: Liess sich die Selbstbestimmung der westslawischen Völker, die durch den Versailler Vertrag gesichert wurde, mit der Selbstbestimmung der Deutschen in Einklang bringen, oder musste die eine die andere aufheben und im Falle des Vorrangs der Deutschen den alten Zustand der Abhängigkeit und Unmündigkeit der Polen und Tschechen erneut herbeiführen, nachdem diese sich von der Herrschaft der Deutschen (und der Russen) erst gerade befreit hatten?

Die sudetendeutschen Sozialdemokraten machten sich die Antwort auf die Frage vermutlich zu leicht, wenn sie ein gutes Verhältnis zu der «aufstrebenden slawischen Welt»¹⁰ für ein zentrales Gebot erklärten, denn sie übersahen dabei, auf wie inkonsequente und geradezu hybride Art und Weise die Selbstbestimmung der Polen und Tschechen auf die Basis eines temporären Schwächezustands der Deutschen und der Russen gestellt worden war, aber die entgegengesetzte Auffassung konnte zu der weit schlimmeren Konsequenz führen, dass das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker grundsätzlich geleugnet wurde. Ein höherer Begriff jedoch, in dem sich die Widersprüche des Selbstbestimmungsrechts hätten aufheben lassen, wie Lenin ihn im Begriff des Sozialismus besass oder zu besitzen glaubte, existierte in Mitteleuropa nur als machtloses Postulat, und spätestens während der grossen Säuberung mussten ernste Zweifel auftauchen, ob der *höhere Begriff* der Sowjetunion nicht die alte Realität der russischen Vorherrschaft bloss verhüllte. Hitler besass nur einen Gegengewebgriff, näm-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

lich denjenigen der Herrschaft der grösseren und stärkeren Nation bzw. Rasse; deshalb war der Begriff der Selbstbestimmung für ihn ebensowenig eine oberste Maxime wie für Lenin, und er wusste ihn ebenso erfolgreich zu benutzen.

Dass Hitler jedoch überhaupt daran denken konnte, das Selbstbestimmungsrecht seinen eigentlichen Zielen dienstbar zu machen, beruhte neben der inneren Kraft des Begriffs gerade darauf, dass jener *höhere* Begriff des Sozialismus den Zerfall des russischen Reiches verhindert und einen weltweiten Anspruch hervorgebracht hatte, der in vielen Ländern Europas als die schlimmste aller Drohungen empfunden wurde, und zwar keineswegs nur von den engen Kreisen der *Bourgeoisie*. Zwar gab es mannigfaltige Motive für die «Appeasementpolitik» der Regierung Chamberlain, welche die Politik des Hauptteils der Konservativen war und von der *Times* sowie nicht zuletzt von dem sogenannten «Cliveden set» der Familie Astor unterstützt wurde: Bemühen um Zeitgewinn, Streben nach Unversehrtheit des Britischen Empire, Friedensliebe und ein Empfinden für die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages. Aber als Lord Edward Halifax, damals noch Lordsiegelbewahrer und schon wenig später Aussenminister, Hitler am 19. November 1937 auf dem Obersalzberg einen Besuch machte, da dürfte er Hitlers Aussage innerlich zugestimmt haben: Die einzige Katastrophe sei der Bolschewismus, alles andere lasse sich regeln. Schon am Beginn des Gesprächs hatte er nämlich Deutschland als ein «Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus» bezeichnet.¹¹ So war der Antibolschewismus zweifellos der Zentralpunkt der Übereinstimmung der beiden Politiker, aber die gravierende Differenz sprang doch sogar dort ins Auge, wo anscheinend die praktische Frage der nächstliegenden Schritte besprochen wurde. Halifax schien seinem Gesprächspartner zwar «Änderungen der europäischen Ordnung» zuzugestehen, und er zählte zu den betreffenden Fragen ausdrücklich «Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei», aber er band die Lösung nicht nur an den «Weg friedlicher Evolution», sondern er regte gleichzeitig eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund sowie zum Abrüstungsgedanken an.¹²

Halifax war also in diesem Gespräch weit von den Plänen entfernt, die der Chamberlain-Regierung von der Sowjetunion in vielen Äusserungen unterstellt wurden und auch unterstellt werden mussten, wenn die Annahme der essentiellen Gleichartigkeit Deutschlands und Englands im *Ka-*

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

pitalismus und daher in der Feindschaft gegen den *Sozialismus* richtig war: dass die englische Regierung den *deutschen Faschismus* zur Aggression gegen die Sowjetunion ermutigen wolle. So sagte Stalin zu dem amerikanischen Botschafter Davies, hinter der Politik der reaktionären Elemente in England, die durch die Chamberlain-Regierung vertreten würden, stecke letzten Endes die Absicht, Deutschland gegen Russland stark zu machen. Diese Politik werde indessen wahrscheinlich scheitern, fügte er hinzu, da «die faschistischen Diktatoren den Handel zu weit treiben würden».¹³ Beinahe am gleichen Tage berichtete der französische Botschafter in Washington, Präsident Roosevelt habe in einer Unterredung mit ihm «seiner Abneigung gegen die totalitären Staaten und ihre Politik brutaler Raubgier» freien Lauf gelassen, und er habe schliesslich «im Brustton tiefster Überzeugung» hinzugefügt: «Sollte Frankreich untergehen, so würden wir ganz offenbar mit ihm untergehen.» Der Botschafter leitete daraus die Zuversicht ab, dass Amerika fest an der Seite Frankreichs und Englands stehen werde, wenn diese «mit den faschistischen Mächten» für die Verteidigung der Demokratie und der Freiheit in einen Konflikt geraten würden.¹⁴ Hitlers Politik führte also unzweifelhaft die Möglichkeit herbei, dass sich unter dem neuen Feldzeichen eines übergreifenden *Antifaschismus* sämtliche Weltkriegsgegner einschliesslich Amerikas gegen Deutschland zusammenfinden würden. Andererseits verstand Roosevelt zwar den Begriff *totalitär* offensichtlich im Sinne von *faschistisch*, aber seine Anteilnahme galt ebenso offensichtlich ganz primär England und Frankreich, und es besteht wenig Anlass zu der Vermutung, dass er Stalins Sowjetunion für eine *freiheitliche Demokratie* hielt. Der antifaschistischen stand also die antikommunistische und potentiell die antitotalitäre Konzeption der Weltpolitik gegenüber, und wenn die kommunistische Ideologie recht hatte, musste sich die antikommunistische Konzeption als die stärkere erweisen, da die Einheit des Kapitalismus mächtiger war als die inneren Differenzen. Wenn die Sowjetunion, England und die USA aber primär *antifaschistisch* waren, dann war Lenins These falsch, und die Welt befand sich in einer anderen Epoche als in derjenigen der proletarischen Weltrevolution.

Stalin musste indessen in jedem Falle das Rezept anwenden, das Lenin im Jahre 1922 seiner Delegation für die Konferenz in Genua mit auf den Weg gegeben hatte: man müsse versuchen, den pazifistischen Teil der Bourgeoisie von ihrem aktivistischen Bestandteil zu trennen.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Litwinow tat sein Bestes, um die Sowjetunion im Spiel zu halten und den Gedanken des kollektiven Widerstandes *gegen die aggressiven Mächte* zu verstärken, aber wie verbreitet die antikommunistische Konzeption auch unter führenden Franzosen war, geht aus einer Äusserung des französischen Botschafters in Moskau Robert Coulondre hervor, der nach einem Bericht des Grafen von der Schulenburg im August 1938 sagte: «Ich hoffe von Herzen, dass es zu keinem deutschfranzösischen Konflikt kommt. Sie wissen ebensogut wie ich, für wen wir arbeiten, wenn wir uns in die Haare geraten.»¹⁵

Aber die Sowjetunion hatte eine Schlüsselposition inne. Sie war durch Beistandspakte sowohl mit Frankreich wie mit der CSR verbunden, und die Politik des grossen Widerstandes, die nach allen Prämissen geboten schien, hing vollständig von ihr ab. Andererseits war das Misstrauen, das ihr sogar von Seiten der CSR begegnete, in der von den Tschechen gewünschten Klausel zum Vorschein gekommen, die Hilfsverpflichtung der UdSSR trete erst dann ein, wenn Frankreich zuvor die seine erfüllt habe. Überdies hatten die CSR und die UdSSR keine gemeinsame Grenze. Russische Truppen mussten durch Polen oder Rumänien marschieren, wenn sie eingreifen wollten, und es war gewiss, dass beide Länder den Durchmarsch nicht gestatten würden. Zwar schreckten einige französische Offiziere nicht vor dem Gedanken zurück, man müsse Polen und Rumänien dann eben zu einem Entgegenkommen *zwingen*, aber Stalin durfte davon überzeugt sein, dass er trotz aller Versicherungen der Vertragstreue seine Handlungsfreiheit behalten werde, sobald die Westmächte und Deutschland erst einmal in den Krieg verwickelt waren. Eben das war nach Schulenburgs Bericht die Auffassung des ganzen diplomatischen Korps in Moskau, und diese Auffassung stimmte genau mit der Meinung Stalins überein, die damals noch unbekannt war, weil er sie 1925 in einer Geheimplatzrede geäussert hatte: die Sowjetunion werde sich einem Kriege nicht entziehen können, aber sie werde als letzte auftreten.¹⁶

Mit dieser weitverbreiteten Vermutung oder Ahnung geriet aber die nächstliegende Reaktion jeder politischen Macht, nämlich dem unproportionalen Machtgewinn einer rivalisierenden Macht Widerstand zu leisten, in ein gravierendes Spannungsverhältnis zu dem übergreifenden Antibolschewismus, in dem alle ausserrussischen Staaten Europas in freilich sehr unterschiedlichem Masse übereinstimmten. Auf der anderen Seite waren die Selbstbestimmungsforderungen der Sudeten deutschen, die immer radi-

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

kaler wurden, nur vorläufig und scheinbar mit Hitlers Vorstellung von der Lösung der *Raumfrage* identisch. Insgesamt verschlangen sich die Motive und Taktiken vom Frühjahr bis zum Herbst 1938 zu einem schwer durchschaubaren Ganzen. Vereinfachend und mit einem Körnchen Salz könnte man sagen: Das objektive Zusammenspiel der sudetendeutschen Selbstbestimmungsforderung mit dem Willen Chamberlains zur *Befriedigung* oder *Beschwichtigung* vor dem Hintergrund der Furcht vor den letzten Intentionen Stalins ermöglichten Hitlers grössten Triumph, der die Vollendung des grossdeutschen Selbstbestimmungsrechts zu sein schien und doch nur die Basis für eine *letzte Intention* war, die derjenigen Stalins entgegengesetzt und dennoch wieder verwandt war. Der eigentliche Bestimmungsgrund war also die Existenz der zwei neuen und feindlichen Ideologiestaaten, durch die alle fortbestehenden Probleme und Spannungen des europäischen Mächtesystems einen Charakter erhielten, der vor 1914 unvorstellbar gewesen wäre, weil damals nicht zwei übernationale Parteien, die *Philofaschisten* und die *Antifaschisten*, Europa teilten und in einen potentiellen Bürgerkrieg verwickelten.

Die wichtigsten Ereignisse sind nun rasch wiederzugeben: Am 20. Februar 1938 eröffnete Hitlers Rede über die «zehn Millionen unterdrückter Deutscher», die auch äusserst heftige Angriffe gegen den Kommunismus und die Sowjetunion enthielt¹⁷, die Sudetenfrage bereits offiziell, bevor die Österreichfrage gelöst war. Dem Führer der Sudetendeutschen Heimatfront Konrad Henlein gab er im März die Anweisung, immer so viel zu fordern, dass keine Erfüllung möglich sei. Die tschechische Teilmobilisierung vom 20. Mai, die auf irreführende Meldungen englischer Zeitungen zurückging, versetzte Hitler in genuinen Zorn, da sie für ihn einen Prestigeverlust zu bedeuten schien. Sie hinderte jedoch Henleins Partei nicht, in den etwa gleichzeitigen Kommunalwahlen ca. 90% der deutschen Stimmen zu erringen. Die deutschen Pressemeldungen über die «bolschewistische Tschechoslowakei» als Flugzeugmutterschiff der Sowjetunion in Mitteleuropa nahmen seitdem den Charakter einer fessellosen Kampagne an, die aber in der Presse der französischen Rechten und in den britischen Rothermere-Zeitungen mancherlei Unterstützung fand; sogar die Proteste der Sudetendeutschen Partei gegen die «bolschewistisch-hussitischen Elemente», welche die Prager Regierung nicht mehr unter Kontrolle habe¹⁸, verloren mehr

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

und mehr den Charakter der Erfahrung und wurden zum propagandistischen Trommelfeuer. Die Entsendung Lord Runcimans als Vermittler und verschiedene Artikel der Times machten den Präsidenten Benesch und die tschechoslowakische Regierung im September zu einem sehr weitgehenden Nachgeben bereit, das praktisch die Autonomieforderungen des sogenannten «Karlsbader Programms» erfüllte. Auf der anderen Seite rief der Kriegswille Hitlers unter den deutschen Generälen und Diplomaten zum ersten Male genuine Widerstandsregungen hervor, die durchweg von patriotischen Motiven, d.h. von der Furcht vor einem «finis Germaniae» bestimmt waren und die einen militärischen Staatsstreich gegen Hitler in greifbare Nähe rückten.¹⁹ Hitlers und Görings Reden auf dem Nürnberger Parteitag konnten ihre zügellose und zugleich hochmütige Emotionalität nur auf die Sensationsnachrichten deutscher Zeitungen über *Verfolgungen* gründen, die von einem Beamten des Propagandaministeriums erfunden oder zurechtgestutzt wurden. In Wahrheit war bereits das «Sudetendeutsche Freikorps» der Angreifer, und was sich 1921 in Georgien abgespielt hatte, die Unterstützung einheimischer Aufstandsbewegungen durch eine ausländische Macht, war nun unter ganz veränderten Vorzeichen mitten in Europa eine handgreifliche Wirklichkeit. Aber Chamberlains Flug nach Berchtesgaden am 15. September lässt die Pläne der deutschen Opposition irreal werden, und am 21. September muss die Prager Regierung unter schwerstem Druck den Vorschlag der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete annehmen. Doch als der englische Premierminister am 23. September Hitler zum zweitenmal in Godesberg trifft, fordert dieser unter abermaliger Berufung auf angebliche Greuelthaten der Tschechen die sofortige Besetzung der Gebiete durch deutsche Truppen und weiterhin die Lösung der Frage der übrigen Minderheiten in der Tschechoslowakei. So drohen die Verhandlungen zu scheitern, und Hitler hält am 26. September im Berliner Sportpalast eine Rede, die mit ihren Angriffen gegen Benesch und die Tschechen ein unvergleichliches Stück enthemmter Demagogie war. Aber wenn ihn dort frenetischer Jubel der Massen umbrandete, so musste er am nächsten Tag die Feststellung machen, dass die demonstrative Durchfahrt einer Panzerdivision durch die Strassen Berlins in der Bevölkerung keinerlei Kriegsbegeisterung, sondern nur Schrecken und Furcht hervorrief. Ein Appell Roosevelts blieb gleichwohl ungehört, aber einen Vermittlungsvor-

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

schlag Mussolinis nahm Hitler an, und am 29. September traf er sich mit Chamberlain, Daladier und Mussolini zur Münchener Konferenz, auf der mit geringen Modifikationen alle seine Forderungen erfüllt wurden. Ein Vertreter der Sowjetunion war nicht eingeladen. Hitler und Chamberlain unterzeichneten noch am 30. September eine Erklärung, in der sie mit optimistischem Ton den Wunsch beider Völker zum Ausdruck brachten «niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen», und nach seiner Ankunft in London sprach Chamberlain von dem «ehrvollen Frieden», den er aus Deutschland mitgebracht habe und der ihn hoffen lasse, dass «zeit unseres Lebens» Friede herrschen werde. Benesch verliess wenige Tage später Prag und ging ins Exil. Die einrückenden deutschen Truppen wurden von der Bevölkerung mit noch einhelligerem Jubel begrüsst, als es in Österreich der Fall gewesen war. Selbst die schärfsten Gegner Hitlers konnten nun kaum noch daran zweifeln, dass trotz der überstandenen Kriegsfurcht die überwältigende Mehrheit der deutschen Nation als «Volksgemeinschaft» hinter dem Manne stand, der in diesem Augenblick als die Personifizierung des Volksgeistes gelten durfte, jenes Volksgeistes, dessen Willen zur Wiedergutmachung des «Unrechts von Versailles» Lenin und Lansing, Rosa Luxemburg und die *Humanité* zwanzig Jahre zuvor auf diese oder jene Weise vorhergesagt hatten.²⁰

Unter weltpolitischen Gesichtspunkten stellt sich die Münchener Konferenz im Rückblick als die letzte Gelegenheit dar, bei der die europäischen Mächte ein europäisches Problem in eigener Regie und unter Ausschluss sowohl der Sowjetunion wie der USA lösten. In diesem Konzert der vier Mächte führte unzweifelhaft Hitler die Stimme. England und Frankreich hatten nachgeben müssen, aber man kann nicht sagen, dass sie vergewaltigt worden wären, da sie letzten Endes nur zu der Konsequenz eines eigenen Prinzips ja gesagt hatten. Zwar waren weder Chamberlain noch Daladier *deutschfreundlich*, aber Regierungen, die für ihn besser gewesen wären, konnte Hitler in England und Frankreich nicht erwarten, denn Männer wie Oswald Mosley und Marcel Déat waren von der Macht durch unübersteigbare Schranken getrennt. Sein eigenstes Interesse, so sollte man meinen, hätte Hitler dazu führen müssen, seine Politik auf die Bahnen der deutsch-englischen und der etwas späteren deutsch-französischen Erklärung zu stellen und sich darum zu bemühen, dass die Ingredientien von brutaler Drohung, Lüge, Hybris und Leichtfertigkeit, wie sie in Ausführungen einiger

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Gefolgsleute auf noch erschreckendere Weise zum Vorschein gekommen waren als in seinen eigenen Reden, möglichst rasch und gründlich der Vergessenheit überantwortet würden.²¹ Zwar gibt es nicht den leisesten Hinweis darauf, dass ihn einer der verantwortlichen Staatsmänner Englands und Frankreichs 1938 oder 1939 jemals auch nur durch eine Andeutung ermutigt hätte, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen. Aber er mochte auf eine starke Grundströmung in England vertrauen, die im Dezember 1938 von dem polnischen Botschafter in London Edward Raczyński mit den Worten beschrieben wurde, alle Vorgänge und Probleme in Osteuropa würden unterhalb der «öffentlichen Meinung» von der Bevölkerung als «kleineres Übel» gewertet, das die Gefahr vom eigenen Imperium abzuwenden geeignet sei.²² Andererseits stand jedoch gerade derjenige Politiker, von dem man nach seinen Präzedenzien am ehesten hätte annehmen dürfen, dass er sich die Konzeption eines *Kreuzzugs gegen den Bolschewismus* zu eigen gemacht hätte, in den vordersten Reihen der Opposition, nämlich Winston Churchill. Und Hitlers Diplomaten in England sowie in den USA hatten ihn immer wieder mit viel Nachdruck darauf hingewiesen, dass es keineswegs bloss «die jüdische Pressehetze» war, die den einfachen Engländer und Amerikaner mit Misstrauen gegen das nationalsozialistische Deutschland erfüllte, sondern dass eine jahrhundertealte Tradition an der Unterdrückung der Pressefreiheit und an den antijüdischen und antikirchlichen Massnahmen Anstoss nahm. Kein Ideologe hat jemals Mässigung im Sieg gezeigt, aber Hitler legte nicht einmal taktische Klugheit an den Tag. Schon im Oktober entschloss er sich, eine Rede zu halten, die gerade in die Gegenrichtung einer *vernünftigen* Politik wies, und im November liess er sogar antijüdische Ereignisse zu, die erstmals den Charakter eines umfassenden Pogroms hatten. Dadurch ging sein grosses Jahr 1938 für ihn schon mehrere Wochen vor dem 31. Dezember zu Ende, und die Zerstörung der *Rest-Tschechei* im März 1939 bewirkte eine Änderung der Situation, in der Stalin, welcher eben noch so etwas wie der «kranke Mann Europas»²³ und beinahe schon eine Randfigur gewesen war, mehr und mehr zum Ziel des Liebesworbens zweier feindlicher Mächtegruppen wurde.

7. Das Scheitern des antikommunistischen und des antifaschistischen Konzepts in der grossen europäischen Politik

Es scheint, dass Hitler seiner Rede in Saarbrücken vom 8. Oktober 1938 deshalb einen scharfen Akzent gegen die westlichen Demokratien gegeben hat, weil er über das negative Echo enttäuscht war, das die Abmachungen von München in grossen Teilen der englischen, französischen und amerikanischen Presse hervorgerufen hatten. Zwar konnte kein vernünftiger Mensch nach einer solchen Machtverschiebung einhellige Begeisterung in den zum Nachgeben gezwungenen Staaten erwarten, aber Hitler begnügte sich nicht mit kritischen Ausführungen, sondern er liess sich dazu hinreissen, die älteste seiner Kausalerklärungen nun in ihrer allgemeinsten Form zu artikulieren, nämlich den Antisemitismus nicht mehr bloss als Spitze des Antibolschewismus, sondern als Anklage gegen fundamentale Tendenzen in der westlichen Welt, d.h. gegen den Liberalismus. So sprach er zwar mit Respekt von Chamberlain und Daladier, aber er wandte sich scharf gegen die «innere Konstruktion» ihrer Länder, die es möglich mache, dass solche Männer jederzeit durch Figuren wie Duff Cooper und Winston Churchill ersetzt werden könnten, welche offen von ihrer Absicht redeten, einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Auf das selbstverständliche *sofern* Churchills und Coopers – *sofern* Deutschland weiterhin seine Politik mit Erpressungen und Aggressionen betreibe – ging Hitler nicht ein, sondern er fuhr mit einer nicht ganz eindeutigen Wendung fort: «Wir wissen weiter, dass nach wie vor drohend im Hintergrund jener jüdischinternationale Feind lauert, der im Bolschewismus seine staatliche Fundierung und Ausprägung erfahren hat. Und wir kennen ferner die Macht einer gewissen internationalen Presse, die nur von Lügen und Verleumdungen lebt.»¹ Das *ferner* sollte schwerlich eine blosser Addition zum Ausdruck bringen, sondern vermutlich wollte Hitler die These von der Wesensverwandtschaft des Bolschewismus und dieser internationalen Presse noch nicht ganz unverblümt ans Licht treten lassen. Stattdessen stiess er aber Chamberlain und Halifax auch unmittelbar vor den Kopf, wenn er sich «gouvernantenhafte Bevormundung» verbat und den Engländern empfahl, sich lieber um die Vorgänge in Palästina zu kümmern.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Es war also nicht nur das zufällige Ereignis der Ermordung des Legationssekretärs Ernst vom Rath durch den 17jährigen Herschel Grynszpan am 7. November 1938 in der Pariser Botschaft des Reiches, die das auffallende Wiederhervortreten des Antisemitismus gerade in dem Augenblick erklärt, wo alle Zeichen einer erfolgversprechenden Politik auf die alleinige Hervorhebung des Antikommunismus zu weisen schienen. Nach den Nürnberger Gesetzen hatten die deutschen Juden ja einige relativ ruhige Jahre gehabt, in denen ihre Auswanderung gefördert wurde und in denen die grosse Anzahl der Zurückbleibenden ein Gemeindeleben von erstaunlicher Mannigfaltigkeit und Vitalität zu entfalten vermochten. In der Wirtschaft schienen die jüdischen Positionen kaum angetastet zu sein, und wer darauf achtete, dass unter wirtschaftspolitischen Gesetzen nicht selten neben der Unterschrift Adolf Hitlers mehrere Unterschriften jüdischer Bankiers standen, der brauchte nicht einmal ein Ökonomist zu sein, um zu glauben, dass die *realen* Wirtschaftsmächte sich gegen die *blosse Ideologie* der Partei leicht behaupten würden. Diese Parteiideologie schien sich sogar in ihren verächtlichsten Schlupfwinkel zurückgezogen zu haben, in Julius Streichers pornographisches Hetzblatt *Der Stürmer*, das allerdings noch im letzten Dorf aushing und in dem immer wieder die Forderung zu lesen war, «der Schlange Alljuda den Kopf zu zertreten». Aber die dritte Phase der nationalsozialistischen Judenpolitik begann doch schon im April 1938 mit der «Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe» und mit der Anordnung, die jüdischen Betriebe zu registrieren und die jüdischen Vermögen anzumelden. Eine exakte Planung freilich lag aller Vermutung nach nicht vor, und niemand vermag zu sagen, wie der weitere Verlauf ausgesehen hätte, wenn es nicht zu der Mordtat Grynszpans gekommen wäre.

Aber ebensowenig ist es gewiss, dass die «Reichskristallnacht», wie die Ereignisse später verharmlosend genannt wurden, folgen *musste*. Gewiss gab es spontane Empörung, und nicht bloss unter radikalen SA-Leuten. Aber als im Jahre 1936 der Landesleiter der NS-Auslandsorganisation in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, von dem jungen David Frankfurter mit offenbar demonstrativer Intention ermordet worden war, da hatte die Staatsführung aus Rücksicht auf die bevorstehende Olympiade keine Ausschreitungen aufkommen lassen, und diesmal stand mehr auf dem Spiel als der ungestörte Verlauf Olympischer Spiele. Diesmal legte die Führung jedoch

7. Das Scheitern des antikommunistischen und des antifaschistischen Konzepts

das Gegenteil von Zurückhaltung an den Tag, und die scheinbar spontanen Ereignisse hatten ihren Ursprung eindeutig in der Versammlung der «Alten Garde» in München zum Jahrestag des Marsches zur Feldherrnhalle und insbesondere in einem flüsternd geführten Gespräch zwischen Hitler und Goebbels. Fast überall in Deutschland fanden nun antijüdische Aktionen statt, die von Partei- und SA-Führern geleitet wurden, und nicht immer so geschickt und unauffällig, wie Goebbels gewünscht hatte. Für eine Nacht ist Deutschland gleichsam zaristisches Russland: Synagogen werden in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte erstürmt und geplündert, Praxisräume werden gewaltsam geöffnet und ärztliche Instrumente auf die Strasse geworfen, viele Juden werden geschlagen und gequält, Tausende in die Konzentrationslager transportiert, Dutzende von Menschen ermordet, Schäden für mehrere hundert Millionen angerichtet. Unübersehbar ist ein Moment des Klassenkampfes, wenn etwa vornehmlich wohlhabende Juden verhaftet werden oder wenn beim Abtransport Drohungen wie diese ausgestossen werden: «Wir werden dafür sorgen, dass eure dicken Bäuche verschwinden.»² Aber noch viel bezeichnender als die Vorgänge selbst, die nach der Zahl der Todesopfer natürlich nicht entfernt mit den grossen Pogromen im zaristischen Russland und noch weniger mit den umfassenden *Klassenkämpfen* der russischen Revolution verglichen werden können, war das Nachspiel. Der Reichsminister Dr. Joseph Goebbels veröffentlichte im *Völkischen Beobachter* vom 12. November einen Artikel, in dem er schrieb, der Hintergrund der Mordtat sei in der Hetze der grossen jüdischen Weltblätter zu suchen, und er kam zu dem Schluss: «Der Jude Grünspan war Vertreter des Judentums. Der Deutsche vom Rath war Vertreter des deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen.»³ Der Generalfeldmarschall Hermann Göring liess am gleichen Tage dem deutschen Judentum als ganzem eine «Busse» von einer Milliarde Mark auferlegen, und er beschlagnahmte sogar die von den Versicherungen ausgezahlten Summen zu Gunsten des Reichs, so dass die Juden die ihnen zugefügten Schäden selbst begleichen mussten. Wenn also die Ereignisse als solche hinter den entsprechenden Vorgängen in Russland weit zurückblieben, so trugen sie doch einen viel abstossenderen Charakter, weil sie von den Überstarken gegen die Schwachen ins Werk gesetzt und von der Staatsführung ausdrücklich gebilligt wurden. Zwar lag die kollektivistische Schuldzuschreibung, welche die Taten von Einzelnen als blosse Ausflüsse

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

einer kollektiven Mentalität oder Interessenlage betrachtet, im Grundansatz der nationalsozialistischen Rassenlehre ebenso beschlossen wie in der marxistischen Klassentheorie und der Klassenkampfpraxis der Bolschewiki, aber er trat jetzt zum erstenmal in weit sichtbaren, der Weltöffentlichkeit voll zugänglichen Taten ans Licht, und der Eindruck im Ausland war ausserordentlich stark. Deutschland wurde nun häufig nicht mehr zu den zivilisierten Staaten gezählt, und wer sich daran erinnerte, dass die gleiche Negation 1918 und 1919 das bolschewistische Russland betroffen hatte und wegen der Moskauer Prozesse auch 1937 und 1938 nicht selten wieder vorgebracht wurde, der konnte leicht zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die Abweichung von den einfachen Normen der rechtsstaatlichen Zivilisation auf der Basis noch relativ offener Verhältnisse auch dann etwas Schlimmeres war als die entsprechende Abweichung inmitten von Zusammenbruch, Bürgerkrieg und voll ausgebildeter totaler Herrschaft, wenn die Menschenopfer weitaus geringer waren.

Hitler aber fasste eine so naheliegende Meinung als das Symptom einer bössartigen Verschwörung auf, und das antisemitische Motiv, das immer zu seinen genuinsten Beweggründen zählte, auch wenn es manchmal von anderen überdeckt wurde, kam wenig später in einer Weise zum Vorschein, wie es bis dahin noch in keiner öffentlichen Äusserung des «Führers und Reichskanzlers» der Fall gewesen war. In der Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 war nicht so sehr die berühmte und später immer wieder zitierte Voraussage der «Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa» (falls das internationale Finanzjudentum die Völker noch einmal in einen Weltkrieg stürze) das Symptomatische und Hervorstechende, denn gleichzeitige Äusserungen lassen es wahrscheinlich sein, dass hier nicht von physischer Vernichtung die Rede war. Weit aufschlussreicher war ein anderer Satz, nämlich: «Über die jüdische Parole ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch‘ wird eine höhere Erkenntnis siegen, nämlich: ‚Schaffende Angehörige aller Nationen, erkennt euren gemeinsamen Feind‘.»⁴ So klar hatte Hitler noch nie der Welt zu erkennen gegeben, dass Antibolschewismus, Antimarxismus und Antisemitismus für ihn eine Einheit bildeten und dass er keineswegs bloss die Revision von Versailles, die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes für das deutsche Volk oder den osteuropäischen Lebensraum eines «Germanischen Reiches» als Ziele hatte, sondern dass er zugleich eine Lehre von der Erlösung der Welt verkündete, die sich grund-

7. Das Scheitern des antikommunistischen und des antifaschistischen Konzepts

dete, die sich grundsätzlich an alle Menschen richtete und die der marxistischen Doktrin genau entsprach, obwohl sie ihr dem Sinne nach entgegengesetzt war.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Hitler seinen Antisemitismus auch aus taktischem Kalkül ins Spiel brachte, weil er sich mit den antijüdischen Strömungen in England und Amerika verbünden wollte. Er übersah jedoch, dass in England und Amerika zwar gerade innerhalb der Oberschichten eine gewissermassen selbstverständliche Abneigung gegen die Juden weit verbreitet war, dass aber Chamberlain und Halifax nicht im ideologischen Sinne Antisemiten waren oder sein konnten. Wenn er nun auf internationaler Ebene ein Bündnis im Zeichen des Antikommunismus erstrebte, dann musste der Antisemitismus kontraproduktiv wirken, anders als gegenüber Hugenberg und Papen in Deutschland.

Aber die nicht ganz wenigen Zuhörer zweier Geheimreden, die Hitler in diesen Monaten zwischen München und Prag hielt, hätten sich sogar die Frage vorlegen können, ob Hitlers Antisemitismus sich wirklich ganz oder auch nur primär gegen die Juden als eine klar umschreibbare Gruppe richtete und ob sein Antimarxismus tatsächlich so weit vom Marxismus entfernt war, wie seine Verbündeten im nationalen Lager meinten.

Am 10. November 1938 sprach Hitler auf einem Abendempfang im Führerbau zu München vor etwa 400 Vertretern der deutschen Presse. Er rühmte sich der Erfolge des letzten Jahres und würdigte die Rolle, welche die Propaganda und mithin die Presse dabei gespielt habe. Aber die Erziehung zum Selbstbewusstsein sei noch längst nicht beendet, zumal nun die pazifistische Platte, die er bisher habe spielen müssen, nichts mehr einbringe. Was schon im Weltkrieg dieses Selbstbewusstsein erschüttert habe, sei «die Hysterie unserer intellektuellen Schichten». Dieses «Hühnervolk» werde bei Misserfolgen mit Sicherheit abermals versagen und der Geschlossenheit der Nation Abbruch tun: «Wenn ich so die intellektuellen Schichten bei uns ansehe, leider, man braucht sie ja; sonst könne man sie eines Tages ja, ich weiss nicht, ausrotten oder so was.»⁵ Waren die Juden am Ende für Hitler bloss ein besonders ausgeprägter Teil der Intellektuellen, und lag nicht die Frage nahe, ob die deutsche Intelligenz unter Hitler am Ende ein ähnliches Schicksal erleiden würde wie die russische *Intelligencija* unter Lenin, obwohl doch der Schrecken angesichts der «Ausrot-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

tung der nationalen Intelligenz» in Russland eine der ursprünglichsten Emotionen Hitlers gewesen war? War in der Angst die Faszination verborgen und im Schreckbild das Vorbild?

Und liess sich eine ähnliche Frage nicht auch hinsichtlich des deutschen Bürgertums stellen, das sich doch in massgebenden Teilen gerade deshalb mit Hitler verbündet hatte, um der Drohungen des Kommunismus endgültig ledig zu sein? Jedenfalls hätte mancher Bürger die Schlussfolgerung *marxistisch* genannt, die Hitler aus dem Erlebnis zog, von dem er jungen Offizieren am 25. Januar 1939 in der Reichskanzlei erzählte: «Wie oft bin ich so, besonders in den schlimmen Zeiten, an Strassenbaukolonnen vorbeigefahren, da standen Teerarbeiter, verrusst und schmutzig, und dann mussten da die Wagen halten, 10, 12 Automobile. In den Wagen sassen nun wohlhabende Bürger, Kaufleute, Bankiers oder so Leute, und auf der Strasse standen nun diese Proleten, und wenn ich mir nun die Köpfe verglich, da leuchtete unter diesem Russ und unter diesem Schmutz bei so manchem dieser Strassenarbeiter ein Auge hervor, dass ich mir sagen musste: eigentlich müsste man den in den Wagen hineinsetzen und den anderen hier zur Strassenarbeit bestellen.»⁶ Hatte der Marxismus am Ende mit seiner Hauptthese vom unaufhebbaren Gegensatz zwischen absterbendem Bürgertum und aufsteigendem Proletariat recht, und war Hitler dabei, diese Hauptthese in die Wirklichkeit umzusetzen? Vermutlich würde Hitler auf eine solche Frage geantwortet haben, er habe einzelne Proletarier im Auge und nicht *das Proletariat* und er erstrebe nicht eine herrschaftslose Gesellschaft allgemeiner Gleichheit, sondern im Gegenteil die Bildung einer «neuen gesellschaftlichen Elite», die imstande sei, die Herrschaft über Europa auszuüben. Aber war Lenin mit seinen Reden vom «Körnchen» der alles umgestaltenden Partei und von Russland als dem «stärksten Staat der Welt» davon so weit entfernt? Jedenfalls musste allen Zuhörern und im Grunde allen Lesern seiner Bücher und Reden klar sein, dass Hitlers Antisemitismus keine blosse *Judenfeindschaft* war und dass sein Antimarkxismus dem realen Marxismus der Sowjetunion näherstand, als die doktrinären Marxisten und er selbst zugegeben hätten.

Nun zählten die Journalisten und Schriftsteller Englands und der Vereinigten Staaten gewiss nicht zu den Zuhörern dieser Reden, und die wenigsten von ihnen hatten «Mein Kampf» gelesen. Gleichwohl dürfte die Behauptung nicht in Zweifel zu ziehen sein, dass sich in England und Ameri-

ka und erst recht in Frankreich schon auf Grund der öffentlichen Reden und Taten der Zeit zwischen Oktober 1938 und März 1939 auch dann grosse Beunruhigung ausgebreitet haben würde, wenn es dort keinen einzigen jüdischen Journalisten und keinen einzigen jüdischen Finanzmann gegeben hätte. Selbst die entschiedensten Antikommunisten hätten sich dieser Beunruhigung nicht entziehen können.

Aber erst Hitlers Zerstörung der *Rest-Tschechei* schuf eine neue Qualität der Kritik und des Widerstandes und bedeutete für das antikommunistische Konzept des grossen Einvernehmens den Todesstoss, obwohl es in schwachen Resten fortexistierte. Was Hitler veranlasst hat, vom Motiv der «Selbstbestimmung» zum Motiv des «Lebensraums» überzugehen, bevor er das älteste Desiderat deutscher Selbstbestimmung, dasjenige Danzigs und der Deutschen in Polen, auch nur ernstlich zum Thema gemacht hatte, ist bis heute nicht auf überzeugende Weise geklärt. Gewiss lag die Anknüpfung an die Mitteleuropa-Vorstellung Friedrich Naumanns und anderer sowie an die ehemalige österreichische Wirklichkeit nahe, aber die neue Regierung in Prag war sich völlig darüber im Klaren, dass sie bedingungslos mit dem Grossdeutschen Reich Zusammenarbeiten musste, und das slowakische Problem schien zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst zu sein, als ein slowakischer Landtag den Priester Josef Tiso zum Ministerpräsidenten eines autonomen Bundesstaates gewählt hatte. Aber es gab slowakische Radikale, denen diese Lösung nicht genügte, und Göring gab ihnen schon Mitte Oktober 1938 als seine Meinung zu erkennen, dass eine «Flughafenbasis in der Slowakei für die Luftwaffe im Einsatz gegen Osten sehr wichtig» sei.⁷ Entscheidend dürfte aber ein im engsten Sinne persönliches Moment gewesen sein, zu dem es auf der Seite Stalins keine Entsprechung gab: Hitlers Empfinden, er habe nicht mehr lange zu leben und er müsse daher schon bald die «grossen Entscheidungen» treffen. Vermutlich spielte allerdings der sehr viel banalere Geschmack an eindrucksvollen Erfolgen und triumphalen Einzügen ebenfalls eine Rolle. Jedenfalls drängte er die slowakischen Radikalen durch kaum verhüllte Drohungen auf den Weg des Separatismus, dem die Zentralregierung in Prag sich nur deshalb entgegenstellte, weil sie keine Auskunft über die Wünsche der Reichsregierung erhielt. Die Absetzung Tisos durch den neuen Staatspräsidenten Hacha am 10. März 1939 ist die von Hitler gewünschte und herbeigeführte Gelegen-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

heit. Am 12. März lässt er von der Wehrmacht die «Forderungen für ein Ultimatum» ausarbeiten. Die deutsche Minderheit geht in Brünn, Iglau und Pressburg auf die Strasse und sucht die Tschechen zu provozieren, überall mit verhältnismässig geringem Erfolg. Den Ungarn verspricht Hitler die Karpatho-Ukraine, die er ihnen im Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 verweigert hatte, und in Pressburg übernehmen die Radikalen der *Rodobrana* die Führung der unabhängigen Slowakei. In der Nacht zum 15. März werden Hacha und der Aussenminister Chvalkovsky von Hitler in der Reichskanzlei empfangen. Hacha tritt sehr schwächlich und demütig auf, dennoch sind schwerste Drohungen erforderlich, um ihn zur Unterschrift unter den «Vertrag» zu veranlassen, der die Tschechei als «Protektorat» dem Deutschen Reich eingliedert. Dadurch wurde nicht etwa bloss die staatliche Emanzipation von 1918 rückgängig gemacht, sondern ein neuartiger Status minderen Rechts eingeführt, der in Europa bis dahin unbekannt war und der sich infolge der antikolonialen Bewegungen sogar in der übrigen Welt im Rückgang befand. Und die Besetzung der Tschechei wurde von der deutschen Presse ausgesprochenermassen als Eroberungszug aufgemacht: «Hakenkreuzbanner wehen über Prag» lautete eine der Schlagzeilen, und Hitler nahm vom Hradschin Besitz, als wäre er nach einem siegreichen Krieg in die Hauptstadt des Feindes eingezogen. Aber diesmal wurden die einrückenden Truppen nicht mit Jubel und Blumen und Küssen begrüsst: Fäuste ballten sich, Tränen flossen, und Frauen spuckten deutschen Soldaten ins Gesicht.

Die antikommunistische Konzeption des grossen Einvernehmens war damit gescheitert, bevor sie vollständig hatte in Erscheinung treten können, denn auch diejenigen, die im Westen am ehesten in diese Richtung gedacht hatten, waren von der stillschweigenden Voraussetzung ausgegangen, dass Hitler keine Gewalt anwenden und eine weitere Expansion nicht anstreben werde, d.h. die nachträgliche Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts war der weiteste Schritt, den man zu tun gedachte. Wenn die Regierungen Englands und Frankreichs eine rein antikommunistische, d.h. antibolschewistische Einstellung gehabt hätten, würden sie freilich die Einbeziehung der Tschechei in das Deutsche Reich als einen weiteren Ausbau der Positionen betrachtet haben, die für den bevorstehenden Entscheidungskampf erforderlich waren, und so hätten sie in der Tat handeln müs-

7. Das Scheitern des antikommunistischen und des antifaschistischen Konzepts

sen, wenn sie sich als Vertreter *des Kapitalismus* empfunden hätten. Aber durften sie sicher sein, dass Hitler ein *reiner Antikommunist* war? War der Antikommunismus nicht für ihn am Ende ebenso bloss ein Instrument im Dienst anderer Zwecke, wie es offensichtlich das Selbstbestimmungsrecht war? Doch selbst wenn Chamberlain und Halifax Hitler vertraut hätten, so würde ihnen die öffentliche Meinung ihrer Länder keine freie Hand gelassen haben, denn diese öffentliche Meinung war inzwischen überwiegend *antifaschistisch*, so unverkennbar es noch Gegenströmungen gab. Sehr kennzeichnend war ein Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Jerzy Potocki, der seinem Aussenminister mit einem deutlichen Unterton von Abneigung und Kritik bereits am 7. März mitteilte, Präsident Roosevelt und die Presse bearbeiteten die amerikanische Öffentlichkeit mit der Absicht, «Hass gegen alles zu erzeugen, was nach Faschismus riecht».⁸ Dabei werde die UdSSR zum Lager der demokratischen Staaten gerechnet, ganz wie man ja im Spanischen Bürgerkrieg die *Loyalisten* als Verteidiger der demokratischen Ideen angesehen habe. Ähnliche Auffassungen vertrat in England die Labour Party im paradoxen Einklang mit den konservativen Oppositionellen um Churchill, und in Frankreich waren die Parteien der «Volksfront» noch mächtig genug, ebenfalls in die Richtung des erneuten Übergangs zur Politik des grossen Widerstandes unter dem Feldzeichen des Antifaschismus zu wirken. Mit der Besetzung Prags musste diese Tendenz überall im Westen gewaltigen Auftrieb bekommen.

Chamberlain hatte sich zunächst auffallend vorsichtig geäussert, aber dann sah er sich gezwungen, am 17. März in Birmingham nachdrücklich seine Befürchtung zum Ausdruck zu bringen, man sehe sich dem Versuch gegenüber, «die Welt mit Gewalt zu beherrschen», und er schloss seine Rede mit dem Satz: «... kein grösserer Fehler (könnte) begangen werden als der, zu glauben, unsere Nation habe, weil sie den Krieg für eine sinnlose und grausame Sache hält,... so sehr ihr Mark verloren, dass sie nicht bis zur Erschöpfung ihrer Kraft einer solchen Herausforderung entgegentreten werde, sollte sie jemals erfolgen».⁹ Mit noch kürzeren und eindrucksvolleren Worten sagte Halifax wenig später zu dem deutschen Botschafter von Dirksen, er könne Hitlers Geschmack an unblutigen Siegen begreifen, aber das nächste Mal werde dieser gezwungen sein, Blut zu vergiessen.¹⁰ Was dieses *nächste Mal sein* würde, war im Prinzip gleichgültig; wenn man den

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Willen zu diesem Widerstand *Kriegswillen* nennen will, dann war England von der Besetzung Prags an zweifellos zum Krieg entschlossen: *sofern* Hitler noch weitere territoriale Forderungen stellen und mit Gewalt durchzusetzen suchen würde. Aber das war zugleich eine Rückkehr zur einfachen Staatenpolitik; die tiefe Veränderung, welche diese Staatenpolitik durch die Existenz der Ideologiestaaten erfahren hatte, blieb ausgespart, ohne völlig zu verschwinden. Jedenfalls wurden Chamberlain und Halifax durch die Ereignisse ebensowenig zu *Antifaschisten* wie Daladier und Bonnet, und wäre es bloss deshalb, weil sie Italien nicht vor den Kopf stossen wollten.

Das Sonderbare war, dass Hitler zwar in der Tat bereits neue Forderungen erhoben hatte, aber dass sie zunächst in einem durchaus freundschaftlichen, betont antikommunistischen Geiste erfolgten und strenggenommen keine *territorialen Forderungen* waren, sondern im Gegenteil Verzicht implizierten, die Stresemann unter keinen Umständen geleistet haben würde. Nichts war für die Deutschen der Weimarer Republik ja schmerzlicher und unerträglicher gewesen als die Existenz des polnischen «Korridors», der Ostpreussen vom Reichsgebiet trennte, und damit auch die selbständige Existenz der «Freien Stadt Danzig». Nirgendwo durften sich die Deutschen mit grösserem Recht über Benachteiligungen, ja Entrechtungen und Verfolgungen ihrer Landsleute beklagen. Hitler hatte im Januar 1934 die Richtung der Weimarer Republik radikal umgekehrt, und niemand ausser ihm wäre dazu in der Lage gewesen. Sein Motiv war offensichtlich die antikommunistische Sympathie mit dem Regime von Marschall Piłsudski, der ja im Jahre 1920 die Bolschewiki vielleicht niedergeworfen hätte, wenn er sich zur Unterstützung der letzten weissrussischen Armee bereitgefunden hätte. Als Hitler Ende Oktober 1938 dem polnischen Botschafter Lipski durch Ribbentrop den Vorschlag machen liess, einer Rückkehr Danzigs zum Reich zuzustimmen und eine exterritoriale Autobahn sowie eine entsprechende Eisenbahnlinie durch den Korridor zu akzeptieren, da hatte er eine «Generalbereinigung» aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten im Auge, welche «die Krönung des vom Marschall Piłsudski und vom Führer eingeleiteten Werkes» sein würde.¹¹ Der Hintergrund war ganz unverkennbar die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes gegen die Sowjetunion, und in den weiteren Gesprächen, die Hitler und Ribbentrop in den folgenden Monaten mit Lipski und dem Aussenminister Beck führten, war nicht

7. Das Scheitern des antikommunistischen und des antifaschistischen Konzepts

von der Ukraine die Rede, und eine Ablehnung seitens der Polen war nicht erkennbar. Aber andererseits wies Lipski schon zu Anfang darauf hin, dass Danzig für Polen eine besondere und symbolische Bedeutung habe und dass eine exterritoriale Autobahn eine schwere Einbusse an Souveränität darstelle. Tatsächlich hatte Hitler ja um seiner höheren Ziele willen eine Generalvereinbarung mit Italien dadurch zustande gebracht, dass er auf Südtirol feierlich verzichtete. Hier aber verlangte er etwas, wenngleich in der Hauptsache bloss die Aufgabe eines Rechtsverhältnisses, nämlich der Einbezogenheit der Freien Stadt Danzig in das polnische Zollgebiet. Hitler beachte nicht, dass ein radikalfaschistischer Staat vor der Folie seiner viel weiter gespannten Endziele Verzichtspolitik treiben kann, dass aber ein faschistoider Nationalismus dazu am wenigsten in der Lage ist. So ging die freundschaftliche Atmosphäre der Besprechungen mehr und mehr verloren, die Stimmung der polnischen Öffentlichkeit verschlechterte sich sichtlich; man empörte sich darüber, dass Deutschland im Wiener Schiedsspruch eine gemeinsame Grenze zwischen Polen und Ungarn verhindert hatte, und man ging ziemlich scharf gegen die deutsche Minderheit vor.

Doch erst der 15. März verhärtete die Situation endgültig. Jetzt war die polnische Öffentlichkeit überzeugt, dass Polen als nächster Staat «an die Reihe kommen» werde; und der deutsche *Schutz* für die Slowakei bedeutete ja unzweifelhaft eine ausserordentliche Verschlechterung der strategischen Lage Polens, wenn es sich als Gegner und nicht als Bündnispartner des Deutschen Reiches betrachtete. Trotzdem stimmte Beck dem nächstliegenden aller Vorschläge nicht zu, den nun die britische Regierung machte: dass Polen zusammen mit England, Frankreich und der Sowjetunion eine Erklärung abgeben solle, die den Willen zum gemeinsamen Widerstand gegen jede Bedrohung der politischen Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates zum Ausdruck bringen würde. Sogar eine Politik des grossen Widerstandes musste für das Polen des siegreichen Krieges gegen Sowjetrußland von 1920 gefährvoll sein, und das polnische Obristenregime konnte die unverkennbare Tendenz zum ideologischen Antifaschismus noch viel weniger akzeptieren als die Regierung der Konservativen Partei in England. So plädierte Beck für ein zweiseitiges Abkommen, und am 31. März gab Chamberlain im Unterhaus eine Erklärung ab, die britische Regierung werde der polnischen Regierung alle in ihrer Macht liegende Unterstützung

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

gewähren, wenn eine Aktion eintrete, «welche die polnische Unabhängigkeit klar bedrohen und gegen welche die polnische Regierung entsprechend den Widerstand mit ihrer nationalen Wehrmacht als unerlässlich ansehen würde». ¹² Die Formulierung war nicht ganz klar, und Hitlers Vorschläge bedrohten die Unabhängigkeit Polens nicht notwendigerweise. Aber man konnte diese Erklärung als eine einseitige – und in der englischen Geschichte völlig präzedenzlose – Garantie ansehen, welche die britische Regierung zur bewaffneten Intervention verpflichtete, selbst wenn bloss die Danziger Regierung den Anschluss an das Reich erklären und wenn Polen mit Waffengewalt dagegen vorgehen würde. Die Entscheidung über Krieg und Frieden wurde also in die Hände der Polen gelegt, obwohl Beck in London wesentliche Tatbestände verschwiegen hatte und obwohl Henderson die deutsche Sache «keineswegs ungerechtfertigt oder unmoralisch», die Polen jedoch «heroisch, aber auch Narren» nannte. ¹³ Sogar unter führenden Polen gab es grosse Bedenken, und der polnische Botschafter in Paris, Juliusz Lukasiewicz, sprach sich sehr negativ über die innenpolitischen Motive Chamberlains aus, die nach seiner Meinung auf einen «ideologischen Kampf gegen den Hitlerismus» und auf die Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland abzielten. ¹⁴ Beck wiederum leitete aus seinem Antikommunismus gerade die Überzeugung ab, dass Hitler schlechterdings ausserstande sei, eine antipolnische Abmachung mit der Sowjetunion auch nur ins Auge zu fassen. ¹⁵

So wären die Verhandlungen um einen wechselseitigen Beistandspakt, die während der Sommermonate zwischen den Westmächten und der Sowjetunion geführt wurden, auch dann nicht sehr aussichtsreich gewesen, wenn man sich tatsächlich auf eine gemeinsame Linie des Kampfes gegen den *Hitlerfaschismus* hätte einigen können. Es ging ja zunächst um Polen, und Polen konnte nur dann Hilfe gegen Deutschland erwarten, wenn es den sowjetischen Truppen den Einmarsch gestattete. Das aber würde nach der Überzeugung Becks und des Marschalls Rydz-Smigly den Verlust jener Ostgebiete nach sich ziehen, die man im Frieden von Riga den Russen abgenommen hatte, und so gut wie niemand war in Polen bereit, dem sowjetischen Beelzebub Brest-Litowsk und Lemberg auszuliefern, um Danzig gegen den deutschen Teufel verteidigen zu können. Da die Sowjetunion überdies die Frage der *Sicherheit* der baltischen Randstaaten zum Thema machte, waren die Verhandlungen noch über das Mass des Wahrscheinli-

8. Der Hitler-Stalin-Pakt als europäisches Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

chen hinaus von tiefstem gegenseitigem Misstrauen erfüllt, denn die Russen fürchteten, die Westmächte wollten die Sowjetunion und Deutschland sich auf den polnischen Schlachtfeldern wechselseitig erschöpfen lassen, und im britischen Auswärtigen Amt war die umgekehrte und ältere Vermutung noch ganz lebendig, es komme der Sowjetunion darauf an, die Westmächte in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln, um später ganz Europa beherrschen und dem Sowjetsystem unterwerfen zu können. So machten die Verhandlungen, die im Juli und August von einer englisch-französischen Militärmission in Moskau mit Marschall Woroschilow geführt wurden, nur langsame Fortschritte. Da schlug wie ein Blitz aus mässig bedecktem Himmel die Nachricht ein, am 23. August werde der Reichsaussenminister von Ribbentrop in Moskau eintreffen, um einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion abzuschliessen. Auch die antifaschistische Konzeption, die nie mehr als eine Tendenz innerhalb der Politik des grossen Widerstandes gewesen war, war nun gescheitert. Die anscheinend aus ideologischen Gründen unmögliche und lange Zeit kaum beachtete fünfte Hauptmöglichkeit der Weltpolitik hatte sich durchgesetzt: die Verständigung zwischen den Feinden, welche eine Wiederaufnahme der Rapallo-Politik zu sein schien. Dadurch wurde der drohende Weltkrieg abgewendet, aber auch die wahrscheinlichere Fesselung Hitlers gesprengt: das Startzeichen zum europäischen Teilkrieg war gegeben, falls die Westmächte daran festhielten, ihre Verpflichtungen Polen gegenüber zu erfüllen.

8. Der Hitler-Stalin-Pakt als Beginn des europäischen Vorspiels zum Zweiten Weltkrieg

Ganz überraschend kam die Nachricht freilich nicht. In der französischen und englischen Presse waren 1938 und zu Anfang 1939 immer wieder Nachrichten und Kommentare erschienen, die eine Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion ankündigten oder als möglich hinstellten. Aber dabei mochte es sich um Zweckmeldungen handeln, und Hitlers feindselige Äusserungen, wie etwa diejenigen in der Rede vom 30. Januar

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

1939, hatten solche Erwartungen oder Befürchtungen, wie es schien, rasch gegenstandslos gemacht. Frankreichs Aussenminister indessen wusste seit Anfang Oktober 1938, dass ein hoher sowjetischer Diplomat auf das Abkommen von München mit dem Ausruf reagiert hatte: «Für uns sehe ich keine andere Möglichkeit mehr als eine vierte Teilung Polens!»¹ Und jedermann konnte sich seine eigenen Gedanken machen, als Stalin am 10. März 1939 auf dem XVIII. Parteitag seine sogenannte «Kastanienrede» hielt, die den Tadel gleichmässig auf beide Seiten verteilte, aber den Westmächten unterstellte, sie wollten Deutschland gegen die Sowjetunion hetzen, um dann mit frischen Kräften auf dem Schauplatz zu erscheinen und den geschwächten Kriegsteilnehmern ihre Bedingungen zu diktieren. Jedenfalls sprach er die Weigerung der Sowjetunion aus, für die Kriegsprovokateure «die Kastanien aus dem Feuer zu holen». Drei Wochen später verwendete auch Hitler die Metapher von den Kastanien, und zwar in einer Rede in Wilhelmshaven. Am 3. Mai aber wurde die Welt von der Nachricht überrascht, dass der sowjetische Aussenminister Litwinow abgelöst und durch den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, Wjatscheslaw I. Molotow, ersetzt worden sei. Weshalb wurde der wichtigste Vorkämpfer der sowjetischen Westorientierung gerade in dem Augenblick abgesetzt, als die Einigung mit den Westmächten unumgänglich schien? Wollte Stalin damit nicht offensichtlich zu erkennen geben, dass er jedenfalls nicht gezwungen war, mit einem bestimmten Partner abzuschliessen, und dass er, der wenige Monate zuvor noch völlig isoliert war, nun zur Schlüsselfigur für das Schicksal Europas und der Welt geworden war?

Aber auch in Deutschland war die «Rapallo-Linie» in keinem Augenblick völlig tot gewesen, und Hermann Göring hatte viel dafür getan, dass die dünnen Fäden zwischen den beiden Mächten nicht zerrissen, die der sowjetische Handelsvertreter in Berlin, David Kandelaki, zu erhalten und zu festigen suchte. Unterhalb des propagandistischen Trommelfeuers existierten in Deutschland seit einiger Zeit Überlegungen, die eine Abschwächung des ideologischen Gegensatzes zu erkennen meinten und ganz im Sinne der Ideen, welche in der russischen Emigration schon 15 Jahre früher vertreten worden waren², eine «Nationalisierung des Bolschewismus» konstatierten. So hatte Hitler selbst schon Anfang 1937 einen Fühler Kandelakis zwar zurückgewiesen, aber gegenüber Neurath immerhin geäußert: «Etwas anderes wäre es, wenn sich die Dinge in Russland in der Richtung

8. Der Hitler-Stalin-Pakt als europäisches Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

einer absoluten Despotie, gestützt auf das Militär, weiterentwickeln sollten. In diesem Falle dürften wir allerdings den Zeitpunkt nicht verpassen, um uns in Russland wieder einzuschalten.»³ Und im Grundansatz des Nationalsozialismus war die Möglichkeit beschlossen, den Gegensatz zu den Juden im Westen hervorzuheben. Wenn man das polnische und rumänische Nein zum sowjetischen Durchmarsch als feststehende Tatsache in die Rechnung einsetzen durfte, dann hatten im Frühjahr und Sommer 1939 die deutsch-sowjetischen Kontakte von Anfang an das stärkere Gewicht.

Die Initiative ging mehr von der Sowjetunion als von Deutschland aus, und das Risiko war ja auf deutscher Seite in der Tat weitaus grösser. Dass Stalin seine Verhandlungsposition gegenüber den Westmächten durch eine Kontaktaufnahme mit Deutschland zu verbessern suchte, hätten ihm die Westmächte im Falle einer Indiskretion wohl nur als übliche und verzeihliche List angerechnet; für Hitlers Prestige und für sein Verhältnis zu Japan und Italien hätte es dagegen verhängnisvoll werden können, wenn Stalin die Fühler bekanntgegeben und mit den Westmächten abgeschlossen hätte. Es war deshalb nicht verwunderlich, dass das welthistorische Ereignis zunächst überwiegend auf der Ebene drittrangiger Beamter vorbereitet wurde.⁴

Gleich nach der Absetzung Litwinows wandte sich der sowjetische Geschäftsträger Astachow an den Legationsrat der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Schnurre, und versuchte zu erfahren, ob das Ereignis Deutschland zu einer veränderten Einstellung der Sowjetunion gegenüber bringen werde. Vierzehn Tage später sprach zwar Molotow persönlich zu dem deutschen Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, über die Notwendigkeit, eine «politische Grundlage» für die geplanten Wirtschaftsverhandlungen zu schaffen, aber zu einer Präzisierung seiner Wünsche liess er sich nicht herbei. Am 3. Juni bedienten sich die Russen des estnischen Gesandten, der in einem Gespräch mit dem Staatssekretär von Weizsäcker sagte, in Moskau sei das Misstrauen gegenüber den demokratischen Staaten grösser als gegenüber den totalitären, und man schein dort nur auf eine öffentliche Geste des Entgegenkommens zu warten, um der erwähnten Stimmung Ausdruck zu geben. Noch deutlicher wurde Astachow in einem Gespräch mit dem bulgarischen Gesandten am 15. Juni, das natürlich unverzüglich dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis gebracht wurde: die Sowjetunion sehe drei Möglichkeiten des Verhaltens vor sich,

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

unter denen sie «gefühlsmässig» einer Annäherung an Deutschland den Vorzug geben würde. Wenn Deutschland die russische Furcht vor einem Angriff über die baltischen Staaten oder über Rumänien durch den Abschluss eines Nichtangriffspaktes beseitige, werde die Sowjetunion wohl von einem Vertragsabschluss mit England absehen.⁵ Da zur gleichen Zeit die deutschen Verhandlungen mit Japan über einen Militärpakt ins Stocken gerieten, scheinen Ribbentrop und Hitler daraufhin den Gedanken des Nichtangriffspaktes erstmals ernsthaft in ihre Überlegungen einbezogen zu haben. Der nächste wichtige Schritt wurde jedoch abermals auf der unteren Ebene getan, und zwar bei einem Abendessen, zu dem Schnurre am 27. Juli den Geschäftsträger Astachow und den Leiter der Handelsvertretung Barbarin in das Lokal Ewest eingeladen hatte. Hier trug Schnurre höchst eigenartige Auffassungen über das Verhältnis von Bolschewismus und Nationalsozialismus vor, die zu früheren Zeiten sowjetische Beamte sicherlich zu scharfem Protest oder zu entsetzter Flucht veranlasst hätten: bei allen Differenzen gebe es doch ein Gemeinsames in der Ideologie Deutschlands, Italiens und der Sowjetunion, nämlich die Gegnerstellung gegen die kapitalistischen Demokratien. Von einem schroffen Gegensatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion könne ja nicht länger die Rede sein, denn die Komintern sei nicht mehr vorherrschend, der Bolschewismus verschmelze immer mehr mit der nationalen Geschichte Russlands und die Weltrevolution sei von Stalin *ad calendas graecas* vertagt worden. Daher könne er sich vorstellen, dass die beiden Staaten in drei Etappen zueinanderfinden würden. In seiner Antwort betonte Astachow, wie wertvoll ihm diese Unterhaltung gewesen sei, und zweifellos erstellte er umgehend einen Bericht für Molotow.⁶

Von Anfang an geht dann die Initiative auf die deutsche Seite über und nimmt mehr und mehr einen drängenden Charakter an, während in Moskau mit der auf dem Seeweg eingetroffenen englisch-französischen Militärmission verhandelt wird. Ribbentrop lässt am 3. August Molotow den deutschen Wunsch übermitteln, die deutsch-russischen Beziehungen auf eine «neue und definitive Basis» zu stellen, und am 14. gibt er seine Bereitschaft zu erkennen, zwecks Abschlusses des Nichtangriffspakts nach Moskau zu kommen, denn es sei unbestreitbar, dass «die kapitalistischen westlichen Demokratien unversöhnliche Feinde» sowohl Deutschlands wie der Sowjetunion seien.⁷ Molotow nimmt die Mitteilung «mit dem grössten Interes-

8. Der Hitler-Stalin-Pakt als europäisches Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

se» entgegen, aber er unterstreicht doch die Notwendigkeit, die Reise des Reichsaussenministers sorgfältig vorzubereiten, und er spricht erstmals von einem «speziellen Protokoll», das einen integrierenden Teil des vorgesehenen Paktes bilden müsse. Noch am gleichen Tag erklärt sich Ribbentrop zu Verhandlungen über ein solches Protokoll bereit und drängt auf ein schnelles Vorgehen. Ein derartiges Drängen gibt dem Verhandlungspartner natürlich eine ausserordentlich starke Position, und Molotow weist den Botschafter am 20. August von Neuem auf die Notwendigkeit von «Vorbereitung» hin. Aber schon eine halbe Stunde nach dem Ende des Gesprächs wird der Botschafter wieder in den Kreml gerufen: Der Entwurf eines Nichtangriffspaktes wird ihm überreicht, und die Sowjetregierung erklärt ihr Einverständnis, dass Ribbentrop am 26. oder 27. August in Moskau eintrifft. Offensichtlich hat Stalin persönlich die Anweisung gegeben. Und am gleichen Tage greift nun auch Hitler persönlich ein. In einem Telegramm an «Herrn Stalin, Moskau» bittet Adolf Hitler dringend, dass sein Aussenminister bereits am 22. August, spätestens aber am 23. August, in Moskau empfangen wird. Am Abend des 21. August telegraphiert seinerseits Stalin «an den Reichskanzler Deutschlands, Herrn A. Hitler», dass «die Sowjetregierung» mit dem Eintreffen Ribbentrops am 23. August einverstanden sei.⁸

So ist in Tagen, ja in Stunden die Entscheidung getroffen worden, welche die Weltsituation grundlegend änderte und die französischenglische Militärmission zu rühmloser Abreise zwang. Die Politik des grossen Widerstandes war zusammengebrochen, nachdem alle Versuche, die Politik des kleinen Widerstandes immerhin virtuell lebendig zu erhalten, spätestens mit der Unterzeichnung des deutschitalienischen «Stahlpakts» am 22. Mai obsolet geworden waren. Aber es war auch weder ein kleines noch ein grosses Einvernehmen zwischen den Westmächten und Deutschland zustande gekommen, obwohl der Ministerialdirektor Wohlthat noch im Juli aussichtsreich erscheinende Verhandlungen mit Sir Horace Wilson geführt hatte, mittels deren Chamberlain nach Dirksens Eindruck «das allein wichtige und erstrebenswerte Ziel der Einigung mit Deutschland» im verborgenen weiterverfolgen wollte.⁹ Doch England konnte Hitler nicht anbieten, was er nun mit aller Kraft anstrebte, die Niederwerfung Polens, und es war ebensowenig in der Lage, der Sowjetunion dasjenige einzuräumen, was Hitler ihr jetzt zu bieten vermochte. Zwar musste Ribbentrop trotz der «Ge-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

neralvollmacht», mit der er ausgestattet war, am 23. August aus Moskau an Hitler die Frage richten, ob er der überraschenden Forderung Stalins und Molotows nachgeben dürfe, die lettischen Häfen Libau und Windau als ihre «Interessensphären» anerkannt zu sehen, aber Hitlers umgehende Antwort lautete: «Ja, einverstanden». Damit war der Weg zur Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes und des Geheimen Zusatzprotokolls endgültig frei.

Der Nichtangriffspakt beruhte zwar auf dem sowjetischen Entwurf, aber dieser wurde, offenbar auf Wunsch Ribbentrops, auf symptomatische Weise abgeändert. Im Entwurf waren die Sowjetunion und Deutschland «von dem Wunsch nach Festigung der Sache des Friedens zwischen den Völkern» geleitet, im endgültigen Text war nur noch von der Festigung des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR die Rede. Im Entwurf lautete der entscheidende Artikel II: «Falls einer der vertragschliessenden Teile Gegenstand eines Gewaltakts oder Angriffs seitens einer dritten Macht werden sollte, so wird der andere vertragschliessende Teil in keiner wie immer gearteten Form solche Handlungen dieser Macht unterstützen.» Die endgültige Fassung sprach dagegen nur noch von «kriegerischen Handlungen seitens einer dritten Macht», deren Gegenstand einer der vertragschliessenden Teile werden würde, und sie sanktionierte damit ausdrücklich den Angriffskrieg, ganz wie es der «Stahlpakt» getan hatte.¹⁰

Der radikale Unterschied gegenüber der Völkerbundideologie und sogar dem Stahlpakt wurde jedoch erst durch das «Geheime Zusatzprotokoll» ganz deutlich, das ausschliesslich auf sowjetische Initiative zurückging, obwohl ähnliches der Sache nach sicherlich auch schon von Ribbentrop mehrere Wochen vorher mit der Zusicherung des Schutzes russischer Interessen ins Auge gefasst worden war. Ausgangspunkt, innere Voraussetzung und unverhülltes Ziel der Abmachung war der «Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung» in den Gebieten der baltischen Staaten und Polens. Unter diesem Gesichtspunkt wurden die Interessensphären beider Staaten durch die Nordgrenze Litauens und durch die Linie Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Jede etwaige Ungewissheit darüber, was gemeint war, wurde durch den Satz ausgeräumt: «Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Lauf der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.»¹¹

8. Der Hitler-Stalin-Pakt als europäisches Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

So kann es nicht den geringsten Zweifel geben, was dieser Paktabschluss bedeutete: Die Sowjetunion gab Deutschland den Weg zum Krieg gegen Polen frei: Es handelte sich um einen Kriegspakt. Dieser Krieg sollte gleichzeitig zur Teilung Osteuropas in Interessensphären führen: Der Pakt stellte einen Teilungspakt dar. Die Teilung beschränkte sich mindestens hinsichtlich Polens nicht auf die Festlegung von Einflusszonen, sondern er suggerierte das Verschwinden der Staatlichkeit des Landes: Der Pakt war ein Vernichtungspakt. Als Kriegs-, Teilungs- und Vernichtungspakt hat er in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts keine Parallele. Die beiden Staaten, die ihn schlossen, mussten Staaten von ganz besonderer Art sein.

Von ganz besonderer Art war auch die Unterhaltung, die in der Nacht vom 23. zum 24. August im Kreml zwischen Ribbentrop und Stalin sowie Molotow geführt wurde. Stalin machte die «Dummheit der anderen Länder» dafür verantwortlich, dass England die Welt beherrsche, und Ribbentrop behauptete, der Antikominternpakt sei im Grunde nicht gegen die Sowjetunion, sondern gegen die westlichen Demokratien gerichtet gewesen. Molotow erhob sein Glas auf Stalin und wies darauf hin, dass es Stalin gewesen sei, der durch seine Rede vom 10. März den Umschwung der politischen Beziehungen eingeleitet habe, und Stalin selbst brachte «spontan» (wie der deutsche Protokollführer meinte) einen Trinkspruch auf Adolf Hitler aus: «Ich weiss, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt; ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken.» Ribbentrop hatte seinerseits darauf hingewiesen, dass in Deutschland «gerade die einfachen Leute» die Verständigung mit der Sowjetunion begrüsst. Bei der Verabschiedung versicherte Stalin dem Reichsaussenminister, die Sowjetregierung nehme den neuen Pakt sehr ernst; er könne auf sein Ehrenwort versichern, dass die Sowjetunion ihren Partner nicht betrügen werde.¹²

Was war die unmittelbar erkennbare Bedeutung dieses Ereignisses, das in der ganzen Welt die grösste Überraschung und an vielen Stellen Sprachlosigkeit oder blankes Entsetzen hervorrief? Ein Resultat stand vom ersten Augenblick an fest: Es handelte sich nicht um einen gewöhnlichen Nichtangriffspakt. Schon die Formulierung des Artikels II gab das zu erkennen, und die Abreise der alliierten Militärmission aus Moskau unterstrich diesen Tatbestand. Jedenfalls hatte eine gravierende Verschiebung der weltpolitischen Gewichte stattgefunden, und die ersten deutschen Kommentare wiesen mit viel Genugtuung darauf hin, dass die beiden Völker sich wiederge-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

funden hätten, die schon in den Befreiungskriegen gegen Napoleon zusammengestanden hätten und die bloss 15 Jahre zuvor den Rapallo-Vertrag geschlossen hätten. Hier und da konnte man den Eindruck haben, dass man den Pakt als eine Rückkehr zu Bismarck und zur Vernunft nach Hitlers bisheriger und unnatürlicher Polenfreundschaft empfand. In der Tat war ein russisch-deutscher Block unangreifbar und unbesiegbar, und manche Äusserungen Stalins gingen später mit bedauerndem Unterton in diese Richtung. Was aber zerstört zu sein schien, war die Glaubwürdigkeit beider Staaten als ideologischer Vormächte. Gewiss hatte Lenin den Vertrag von Brest-Litowsk geschlossen, und gewiss hatte Radek 1923 das Zusammengehen mit den deutschen Nationalisten propagiert. Aber im ersten Falle hatte es sich um das nackte Überleben gehandelt, und im zweiten war klar gewesen, wer am stärkeren Hebelarm gesessen hätte. Selbst wenn man es für richtig hielt, dass *die Revolution* so schwach war, dass sie nur durch die Existenz der Sowjetunion im Dasein erhalten werden konnte – durfte dieser Staat der Revolution deshalb schlechthin alles tun und dem schlimmsten seiner Feinde die Hand reichen? Um das Überleben handelte es sich ja offensichtlich nicht: dass Hitler Polen angreifen würde, wenn an dessen Ostgrenze eine feindselige Grossmacht gestanden hätte, ist ausgeschlossen. Tatsächlich war denn dieser Pakt auch für viele Kommunisten im Westen nach den Moskauer Prozessen die zweite tiefe Erschütterung ihrer bis dahin so festen Loyalität und nicht wenige wandten sich jetzt endgültig von dem Manne und der Grossmacht ab, welche die antifaschistische Front um blosser Machtvorteile willen verraten hätten. Entweder musste die Komintern nun zu der wahrhaft verwirrenden Deutung greifen, die Schnurre und Ribbentrop mit dem Hinweis auf die innere Verwandtschaft der beiden Regime angeboten hatten, oder sie musste mindestens in Andeutungen die nächstliegende und einleuchtendste Erklärung wählen: Stalin habe seinen Todfeind in einen kräfteverzehrenden Krieg mit denjenigen hineingelockt, die *objektiv* dessen Freunde waren, und er würde ihm den Todesstoss versetzen, sobald er als letzter mit ungeschwächten Kräften auf das Schlachtfeld treten könne. Das war jedoch das Konzept eines *Weltrevolutionskrieges*, wie es allerdings schon Marx selbst gelegentlich und am Rande umrissen hatte, das indessen nun auch die letzten der *bürgerlichen Pazifisten* zu Feinden eines so kriegerischen Staates machen musste.

8. Der Hitler-Stalin-Pakt als europäisches Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

Hitler aber hatte definitiv seine Glaubwürdigkeit als Vorkämpfer der antikommunistischen Sache verloren. Nie wieder würde eine Aussage wie diejenige möglich sein, die Lord Halifax erst ein Jahr vorher gegenüber einem Abgesandten Hitlers getan hatte: das Ziel seiner Arbeit sei, den Führer zusammen mit dem englischen König unter den Beifallsrufen der Menge in den Buckingham-Palast einziehen zu sehen.¹³ Selbst die besten Freunde Deutschlands unter den englischen und französischen Staatsmännern mussten Hitler nun so wahrnehmen, wie er sich in seinen beiden Ansprachen vor den Generälen am 22. August zeigte: als den rücksichtslosen Machtpolitiker, der Polen in eine Lage «hineinmanövriert» hatte, in welcher er zur «Verichtung des Feindes» übergehen konnte, und der Stalin in der Hand zu haben glaubte, weil dieser angeblich einen Sieg seiner Soldaten ebensosehr fürchten müsse wie eine Niederlage.¹⁴ Aber auch bei alten und überzeugten Nationalsozialisten rief der Pakt eine schwer zu verwindende Erschütterung hervor. «Ich habe das Gefühl, als ob sich dieser Moskau-Pakt irgendwann am Nationalsozialismus rächen wird», schrieb Alfred Rosenberg am 25. August in sein Tagebuch. Das sei ein Bittgesuch seitens einer Revolution gegenüber dem Haupt einer anderen gewesen, die niederzukämpfen das vorgehaltene Ideal eines zwanzigjährigen Kampfes gewesen sei. «Wie können wir noch von der Rettung und Gestaltung Europas sprechen, wenn wir den Zerstörer Europas um Hilfe bitten müssen?» Immerhin wollte Rosenberg in Ribbentrop den Hauptverantwortlichen sehen, den er sogar für einen «Verbrecher» erklärte, da er ausser Hass auf England keine politische Gesinnung besitze.¹⁵ Und musste nicht Hitler tatsächlich, wenn er vor sich selbst bestehen wollte, seinerseits den Entschluss zu einer anderen Art von *Weltrevolutionskrieg* gefasst haben, als er Stalin Finnland und die Baltensstaaten, die Osthälfte Polens und Bessarabien überliess?

Darauf deutet jedenfalls jener «allermerkwürdigste Ausspruch» hin, den er nach dem Bericht Carl J. Burckhardts, des Völkerbundkommissars für Danzig, am 11. August während einer Unterredung auf dem Obersalzberg tat: «Alles, was ich unternahme, ist gegen Russland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden. Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungern kann.»¹⁶ Aber selbst dieser

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Ausspruch wies mehr auf den Lebensraumpolitiker hin als auf den revolutionären Antikommunisten, der an den Freiheits willen unterdrückter Völker appelliert und die Welt vom Alptraum einer präzedenzlosen Terrorherrschaft befreien will. Wie sehr jedoch unterhalb aller Machtpolitik und alles zuversichtlichen Siegeswillens alte Sorgen und Ängste in Hitler lebendig blieben, bewies ein anderer und noch merkwürdigerer Ausspruch, den er bereits am 19. April 1939 gegenüber dem rumänischen Aussenminister getan hatte: «Und wozu dieses unvorstellbare Morden? Am Ende werden wir alle, Sieger und Besiegte, unter den gleichen Trümmern liegen, und nur einem wird es nützen, dem da von Moskau.»¹⁷

Für entscheidende 10 Tage bot er indessen der Welt noch einmal das Gesicht des blossen Revisionisten, des Kämpfers gegen das Unrecht von Versailles. Und jetzt lief Stalin ein ungeheures Risiko. Der unmittelbare Zweck des Paktes bestand für Hitler darin, die Westmächte von einem Eingreifen zugunsten Polens abzuhalten. Wenn ihm das gelang, hatte Stalin den Pakt umsonst geschlossen, dann stand er der gewaltigen Macht Hitlers allein gegenüber. Die Lage Polens war hoffnungslos. Sehr viel sprach für die Richtigkeit von Hitlers Prophezeiung, das britische Empire werde einen Krieg in keinem Falle überleben. So forderte er weiterhin nur Danzig und den Korridor, ja er bot in seinen letzten und öffentlich bekanntgemachten Vorschlägen sogar eine Volksabstimmung im Korridor an, die für Deutschland wohl kaum günstig ausgegangen sein würde. Er versicherte Henderson in aller subjektiven Aufrichtigkeit, dass er die britische Freundschaft mehr als alles andere in der Welt wünsche und dass er bereit sei, eine Garantie für das englische Weltreich auszusprechen. Er nahm am 26. August den schon erteilten Angriffsbefehl zurück, obwohl er dadurch bei den Militärs erheblich an Prestige einbüsste, so dass sein entschiedenster Gegner unter den hohen Offizieren, der Oberst Hans Oster von der Abwehr, Hitlers baldiges Ende vorhersagte. Alles, was er nach aussen in diesen Tagen tat, nahm sich vernünftig und massvoll aus. Auf der Seite seiner Gegner lagen offenkundige Fehleinschätzungen vor: Josef Lipski erwartete Aufstände in Deutschland und den Marsch polnischer Truppen gegen Berlin; Chamberlain nahm die Vorstellung vom Untergang des Empire offenkundig nicht ernst. Aber alle Äusserungen und Handlungen Hitlers waren durch die Präzedenzien «München» und «Prag» entwertet, und Beck sowie Chamberlain

8. Der Hitler-Stalin-Pakt als europäisches Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

folgten der öffentlichen Meinung ihrer Länder, die ein Nachgeben in letzter Stunde nicht geduldet haben würden. Der Begriff der *Ehre* war in seine Rechte getreten, und er wurde zu dem Felsbrocken, der die Lawine auslöste. Molotow wiederum verlegte die Ratifizierung des Paktes um einen Tag auf den 31. August vor.

Am Morgen des 1. September überschritten deutsche Truppen vom Westen, vom Norden und vom Süden die polnischen Grenzen, und Hitler hielt vor dem Reichstag eine Rede, die eher dem Ausbruch eines Gehetzten als der ruhigen Zuversicht eines von seinem Recht Überzeugten ähnlich war: «Seit 5.45 wird jetzt zurückgeschossen. Und von jetzt an wird Bombe mit Bombe vergolten ... Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heisst: Kapitulation... Der Umwelt aber möchte ich versichern: ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen!»¹⁸ Hitler fand kein anrührendes und einprägsames Wort, wie es 1914 Wilhelm II. gefunden hatte: «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.» Keine freudig erregten Mengen wogten wie 1914 in den Strassen; eine niederdrückende und dumpfe Atmosphäre hing über Deutschland. Zwei lange Tage schien sich die Waagschaale noch nicht endgültig zugunsten des grossen Krieges gesenkt zu haben, und Mussolini machte einen letzten Vermittlungsversuch. Aber da Hitler die alliierte Forderung, seine bereits überall siegreichen Truppen bis zu den Reichsgrenzen zurückzuziehen, nicht annehmen wollte und auch wohl nicht annehmen konnte, überreichten der englische und der französische Botschafter am 3. September die Kriegserklärungen. Hitler war einer Fehleinschätzung erlegen, und Stalin hatte richtig vorhergesehen, dass die Westmächte nicht noch einmal nachgeben würden und dass Hitler der Verlockung der Linie Narew-Weichsel-San nicht würde widerstehen können. Stalin hatte damit Grösseres vollbracht als Lenin: Er hatte die *kapitalistischen Mächte* nicht nur gegeneinander ausgespielt, sondern er hatte sie in einen Krieg untereinander verwickelt, der ihn nach der zu erwartenden wechselseitigen Erschöpfung zum Sieger über beide Teile machen würde.

Hitler hatte weit mehr verloren als nur ein klug ausgedachtes Strategem. Sein innenpolitisches Siegesrezept hatte, wie dasjenige Mussolinis, darin bestanden, den revolutionären Feind mit Hilfe von konservativen Verbündeten zu vernichten und dann diese Verbündeten weitgehend zu entmachten. In der Aussenpolitik musste er nach der gleichen Regel verfahren.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

ren, wenn er sich durchsetzen wollte. Aber der revolutionäre Feind schien den potentiellen Verbündeten nach der grossen Säuberung längst nicht mehr ebenso bedrohlich, wie er 1933 Papen und Hugenberg angesichts der 100 kommunistischen Reichstagsmandate erschienen war, und die innere Übereinstimmung war geringer, weil für Chamberlain und Halifax der Antikommunismus nicht mit dem Antisemitismus eng verknüpft war. So schloss Hitler um eines relativ geringfügigen Vorteils willen ein Bündnis mit seinem Feind und griff seine Freunde an. Wenn sich nicht ein unvorhergesehener Ausweg bot, dann hatte er den Krieg bereits verloren, als er den ersten Schuss abfeuern liess.

Am 3. September richtete Adolf Hitler einen Aufruf an die NSDAP, in dem er «unseren jüdisch-demokratischen Weltfeind» für den Krieg verantwortlich machte und diesen Feind auch als «die kapitalistischen Kriegshetzer Englands und seiner Trabanten» kennzeichnete.¹⁹ Er hatte sich nicht nur mit seinem Feind verbündet, sondern er hatte auch die Sprache dieses Feindes übernommen. Wie sollte er jemals wieder auf glaubwürdige Weise vom «bolschewistischen Weltfeind» oder gar vom «jüdischen Bolschewismus» reden können?

Einen Weltkrieg freilich führte Hitler noch nicht. Mit dem Angriff auf Polen begann ein europäischer Krieg, und er sollte sich sogar zunächst als eine Art Halbkrieg erweisen. Zum Vorspiel eines Weltkriegs würde er erst dann werden, wenn Hitler sich entweder auf Gedeih und Verderb mit Stalin verband oder wenn er diesen niederzuwerfen versuchte, obwohl die elementare Voraussetzung der Verständigung mit den konservativen oder etablierten Mächten nicht mehr gegeben war. Dass die Vereinigten Staaten, die im Augenblick noch durch ihre Neutralitätsgesetzgebung gefesselt waren, sich in dem einen oder anderen Falle abseits halten würden, war in hohem Grade unwahrscheinlich.

Zwei Vorgänge von ganz besonderer Art wiesen freilich darauf hin, dass dieser Krieg schon jetzt weit mehr war als ein *Normalkrieg*, der wie 1870/71 zwischen einem Teil der europäischen Grossmächte geführt wurde.

Auf den 1. September liess Hitler einen Erlass datieren, der die Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt beauftragte: «die Befugnisse namentlich zu beauftragender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbaren Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheits-

8. Der Hitler-Stalin-Pakt als europäisches Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

zustandes der Gnadentod gewährt werden kann.»²⁰ Es konnte so aussehen, als wolle Hitler absichtlich und ausdrücklich dartun, dass mit dem Ausbruch des Krieges eine neue Epoche angebrochen sei, in welcher der Nationalsozialismus aller Fesseln ledig sein werde, die der Friedenszustand ihm auferlegt habe, um jene *Gesundung* des Volkes voranzutreiben, die von seiner Ideologie gefordert wurde. Erst mit dem Kriegsausbruch gelangte der Nationalsozialismus also in sein spezifisches und jedenfalls *biologisches* Vernichtungswesen, während der Bolschewismus seinen Willen zur sozialen Vernichtung von den ersten Anfängen seiner Herrschaft an und gerade als *Kampf für den Frieden* an den Tag gelegt hatte.

Am 5. September veröffentlichte die *Times* den Text eines Offenen Briefes, den Dr. Chaim Weizmann, der Vorsitzende der «Jewish Agency for Palestine», an den britischen Premierminister gerichtet hatte. Darin bekräftigte Weizmann die schon vor dem 1. September abgegebene Erklärung, dass die Juden auf der Seite Grossbritanniens stehen und zusammen mit den Demokratien kämpfen würden. Gewiss war die «Jewish Agency for Palestine» nicht die Regierung eines Staates, aber sie war auch keineswegs eine blosse private Organisation. Und wenn irgendjemand in der Welt für alle Juden und nicht bloss für die Juden Palästinas sprechen durfte, dann war es Chaim Weizmann, der 1917 der Verhandlungspartner von Lord Balfour gewesen war und der viele Jahre lang an der Spitze der zionistischen Weltorganisation stand. Es ist daher keineswegs von vornherein abwegig, von einer «jüdischen Kriegserklärung an Hitler» zu sprechen. Und Weizmann brachte bloss zu Wort, was so gut wie jeder Jude in der ganzen Welt empfinden *musste*. Hitler hatte ja dem Judentum viel früher den Krieg erklärt, und nicht nur als Parteipolitiker, sondern auch als Staatsmann, spätestens am 30. Januar 1939. Diese *Kriegserklärung* war also eine Antwort, und eine völlig berechtigte Antwort. Aber sie war keine *quantité négligeable*, und es ist nicht angebracht, sie zu verschweigen, wie es in fast allen Darstellungen geschieht. Hitler hatte sich eine Menschengruppe zum Todfeind gemacht, die zwar längst nicht so mächtig war, wie er wieder und wieder behauptete, die aber in England und Amerika unzweifelhaft über grossen Einfluss verfügte. Ob Weizmanns Äusserung nicht gleichwohl unklug oder ob sie nicht im Gegenteil allzu klug war, weil sie möglicherweise die Internierung der deutschen Juden und damit deren Schutz nach Analogie des schweren, aber

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

gesicherten Schicksals der deutschen Staatsbürger in Frankreich und England hervorrufen wollte, muss eine offene Frage bleiben. Völlig auszuschliessen ist aber die Möglichkeit, dass Weizmann eine Verknüpfung mit jenem biologischen Erlass vom 1. September, der ihm ja unbekannt war, auch nur im Entferntesten ahnte. Dass der Krieg von 1939 sich nicht nur durch den Hitler-Stalin-Pakt, sondern auch durch seine, Weizmanns, Erklärung fundamental von dem Ersten Weltkrieg unterschied, konnte Weizmann wissen; *wie* sehr er sich aber schliesslich unterscheiden würde, war für ihn im September 1939 noch unvorstellbar, nicht anders, als aller Vermutung nach für Himmler und Heydrich, die sich doch bereits anschickten, in Polen einen «Volkstumskampf» von äusserster Härte zu führen.

10. Das fragile Bündnis – Triumphe, Gewinne, Spannungen

Unerwartetes trat gleich ein, doch es bot als solches keinen Ausweg. Innerhalb weniger Tage fügte der konzentrierte Angriff des nationalsozialistischen Industriestaats den Armeen des nationalistischen Agrarstaats entscheidende Niederlagen zu, nicht zuletzt infolge der rasch errungenen Luft Herrschaft, und bereits am 8. September erreichte das Panzerkorps des Generals Hoepner die Vorstädte von Warschau. So kamen die «Glückwünsche und Grüsse», die Molotow an diesem Tage der Reichsregierung übermitteln liess¹, schwerlich aus fröhlichem Herzen, und die Sowjetregierung befand sich anscheinend in Verlegenheit, als sie von Berlin aus ersucht wurde, nun ihrerseits zur Besetzung der vorgesehenen Einflusszone zu schreiten. Erst am 17. September, als die Hauptmasse des polnischen Heeres in der grossen Schlacht im Weichselbogen vernichtet war, rückte die Rote Armee in die Gebiete Ostpolens ein, um den «blutmässig verwandten Ukrainern und Weissrussen»² zu Hilfe zu kommen, aber die Welt konnte sich nun nicht mehr darüber täuschen, dass der «Nichtangriffspakt» tatsächlich ein Teilungspakt gewesen war, und der Geist der Verträge mit Polen (freilich nicht deren Wortlaut) hätte die Westmächte veranlassen müssen, der Sowjetunion ebenso wie Deutschland den Krieg zu erklären. Wenn angesichts der ersten Mitteilungen noch Zweifel bestanden hätten, so wür-

9. Das fragile Bündnis – Triumphe, Gewinne, Spannungen

den sie durch die Rede Molotows vom 31. Oktober beseitigt worden sein, in denen der Volkskommissar die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sehr hervorhob und voller Stolz betonte, dass «zwei, erst von der Deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee rasch geführte Schläge» nichts mehr von «diesem unschönen Produkt des Versailler Vertrages» übriggelassen hätten.³

Aber die Westmächte regten sich nicht einmal an ihren Fronten gegen Deutschland, und es begann jener seltsame Krieg oder «Sitzkrieg» oder «phony war», der bis zum Mai des folgenden Jahres anhalten sollte. Deutschland und die Sowjetunion aber waren seit dem 28. September, dem Zeitpunkt des zweiten Besuchs von Ribbentrop in Moskau, durch einen «Grenz- und Freundschaftsvertrag» verbunden, zu dem mehrere geheime bzw. vertrauliche Zusatzprotokolle gehörten. Dadurch wurde entschieden, einer Anregung Stalins entsprechend, dass kein polnischer Reststaat bestehen bleiben würde und dass ausschliesslich Deutschland und die Sowjetunion die Aufgabe hätten, den im ehemaligen Polen lebenden Völkerschichten «ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein» zu sichern.⁴ Auch die Sowjetunion passte sich also der Sprache ihres verbündeten Feindes an. Eine wesentliche Änderung des Geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August wurde durch die Bestimmung vorgenommen, dass Litauen bis auf den Zipfel von Mariampol in die Interessensphäre der Sowjetunion falle, während Deutschland die Masse des ethnographischen Polen in Besitz nahm, so dass mit einigen Abweichungen die «Curzon-Linie» des Jahres 1920 die Westgrenze der Sowjetunion bildete. Es handelte sich um eine Änderung von ausserordentlichem Gewicht, da sie den Deutschen sogar den Blick in die baltischen Staaten versperrte und ihnen andererseits die ganze Last der Herrschaft über die Polen auflud, aber Ribbentrop stimmte in einer «Blitzverhandlung» zu, die zu dem «Blitzkrieg» zwar unter dem Aspekt der Zeit Analogien aufwies, nicht aber hinsichtlich des überwältigenden Erfolges. So war es denn auch eine *ungleiche* Bestimmung, wenn beide Teile sich verpflichteten, «auf ihren Gebieten keine polnische Agitation zu dulden, die auf die Gebiete des anderen Teils hinüberwirkt».⁵ Dagegen mochte man einen ausserordentlichen Gewinn für Deutschland in der gemeinsamen Erklärung beider Regierungen sehen, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sein würden, wenn sie sich den gemeinsamen Bemühungen der beiden

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Mächte entzogen, den Friedenszustand wiederherzustellen. Offensichtlich hatte die Sowjetregierung gute Gründe für die Überzeugung, dass die Westmächte *nicht* einlenken würden, und ihr eigenes Tun trug wesentlich dazu bei, denn die Handlungsweise der Sowjetunion hatte in England und Frankreich einen Sturm der Empörung ausgelöst, und es war unvorstellbar, dass die Westmächte als Preis für den Frieden weniger verlangen könnten als die Wiederherstellung des polnischen Staates einschliesslich seiner Ostgebiete.

Im Bereich der unmittelbaren Realitäten bewegte sich dagegen die Abmachung, dass die Sowjetunion allen Reichs- und Volksdeutschen innerhalb ihrer Interessengebiete die Auswanderung nach Deutschland ermöglichen werde. Das bedeutete praktisch das Ende des Deutschtums im Baltische Lande und war zugleich ein unheilverkündendes Vorzeichen für das Schicksal der Randstaaten, mit denen die Sowjetunion zunächst nur «Beistandspakte» abschloss, welche die Stationierung sowjetischer Truppen an festgelegten Punkten bedeuteten. Ebenso realistisch waren die Wirtschaftsabmachungen, die für beide Seiten grosse Vorteile mit sich brachten: aus der Sowjetunion würde sich ein Strom von Rohstoffen nach Deutschland ergiessen, und Deutschland würde zahlreiche hochwertige Maschinen liefern, darunter eine Menge Kriegsmaterial. Wie die Sowjetunion den Beginn des Krieges möglich gemacht hatte, so schuf sie nun die Basis für die Fortsetzung.

Aber weit charakteristischer als die öffentlichen oder geheimen Abmachungen war dasjenige, was im Dunkel der beiden polnischen Besatzungszonen vor sich ging und zu einem erheblichen Teil nicht einmal der polnischen Exilregierung in London bekannt war. Auf den beiden Seiten des Bug wirkten sich nun in unmittelbarer Nachbarschaft die beiden Revolutionen aus, welche die Vernichtung eines Feindes auf ihre Banner geschrieben hatten, die ursprüngliche von 1917 und die reagierende von 1933.

Östlich der Grenze geschah das, was 1917/18 geschehen war und was Ribbentrop erwarten musste, als er das Geheime Zusatzprotokoll unterschrieb. Die Rote Armee proklamierte die «Befreiung» der bisher unterdrückten Ukrainer und Weissrussen, die grossen Güter wurden beschlagnahmt und, wie es hiess, den Bauern übergeben; rasch entwickelte sich eine Treibjagd auf die Gutsbesitzer, die Offiziere und die Intelligenz, die so gut wie ausnahmslos Polen waren und insgesamt einen zahlenmässig beträchtlichen und kulturell führenden Teil der Bevölkerung bildeten. Grundbesit-

9. Das fragile Bündnis – Triumphe, Gewinne, Spannungen

zer und Offiziere wurden häufig auf der Stelle niedergemacht, nicht selten mit Hilfe der einheimischen Bevölkerung, und das polnische sowie jüdische Bürgertum der Städte, das zunächst unangetastet geblieben war, sah sich nach der Eingliederung in die Ukrainische und Weissrussische Sowjetrepublik denselben Massnahmen ausgesetzt wie das russische Bürgertum nach 1917: Enteignungen und Deportationen. Insgesamt sollen anderthalb Millionen Menschen ins Innere der Sowjetunion abtransportiert worden sein; wie viele von ihnen dabei umkamen, ist nie geklärt worden. Alle Offiziere, deren man habhaft werden konnte, wurden in Internierungslager gebracht, und von den vielen Tausenden, von denen im Frühjahr 1940 die letzten Lebenszeichen in die Aussenwelt gelangten, kamen nur knapp 5'000 wieder ans Licht, aber als Leichen, vom NKWD durch Genickschuss umgebracht, als deutsche Truppen im Jahre 1943 die Massengräber bei Katyn entdeckten. So wurde der kleine Ort bei Smolensk zum Symbol jener Vernichtungshandlungen, die sich konsequent aus dem Begriff des «Klassenfeindes» ergaben und leicht auf fremdnationale «Volksfeinde» ausgedehnt werden konnten.

Aber diesen Vernichtungsaktionen lag eine soziale Realität zugrunde. Im deutschen Bereich und in deutschen Darstellungen tauchten Hinweise darauf nur ganz am Rande auf. So veröffentlichte die *Berliner Illustrierte Zeitung* nach dem Polenfeldzug eine Zeichnung, die das prachtvolle Innere eines polnischen Magnatenschlosses darstellt, in das plündernde Bauern eingedrungen sind.⁶ Ganz im Vordergrund stand indessen der *unerbittliche Volkstumskampf* gegen das *Polentum* als solches. In den riesigen Gebieten des «Warthegaus», die dem Reich angegliedert wurden, wurden unzählige Kleinbauernhöfe beschlagnahmt, und die ehemaligen Besitzer wurden als Landarbeiter grossen Gütern zugewiesen oder als «führerloses Arbeitervolk» nach Deutschland verbracht.⁷ Im «Generalgouvernement» erhob der Generalgouverneur Frank, der auf dem Wawel in Krakau residierte, die Ausrottung der polnischen Intelligenz ausdrücklich zum Programmpunkt, und «Einsatzgruppen» der SS führten «volkspolitische Aufgaben» durch, die vielfach in wahllosen Erschiessungen und abscheulichen Quälereien von Polen und Juden bestanden. Zwar erhob kein Geringerer als der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Blaskowitz, wiederholt scharfen Protest gegen die «masslose Verrohung und sittliche Verkommenheit» die der Abschichtung «einiger 10'000 Juden und Polen» zugrunde liege⁸, aber er hol-

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

te sich bei Hitler nur schwere Vorwürfe wegen seiner «kindlichen Einstellung» zu den Fragen des Volkstumskampfes im Osten.⁹ Offenbar fiel für Hitler die Beobachtung des Generals nicht ins Gewicht, dass auch die zahlreichere kleinbäuerliche Bevölkerung, die man durchaus für die deutsche Sache gewinnen oder doch neutral halten könne, in das Lager des Gegners getrieben werde. Für ihn waren ganz unverkennbar die alten Gegensätze des Volkstumskampfes aus der Zeit des *Ostmarkenvereins*, nämlich «Deutsche» und «Polen», die eigentliche Realität, obwohl er doch bald von «Ariern» sprechen würde und bis vor Kurzem von «Bolschewisten» gesprochen hatte.

Eine neue Qualität bedeuteten freilich Himmlers Ideen, den «gutrassigen» polnischen Familien die Kinder zu rauben und zur «Eindeutschung» ins Reichsgebiet zu schicken.¹⁰ Das war die einzige Art von «Befreiung», die er kannte, und so hatten die Deutschen in Polen keine *Parole*, wie die Rote Armee sie hatte, und die Massnahmen der SS waren als Erschiessungen und Enteignungen in der Sache Kopien sowjetischer Methoden, aber Kopien, denen jede Art von Appell und Überzeugungskraft fehlten, weil sie nur Nation gegen Nation zu setzen verstanden und sogar unter den eigenen Landsleuten Erbitterung erweckten, die bis zu einem Ausruf wie demjenigen des damaligen Oberstleutnants Helmut Stieff gingen: «Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.»¹¹ Was einst Betroffenheit gewesen war und nach einer Antwort verlangte, war nun im Begriff, in einer verzerrten Kopie den Ausweg zu suchen. Doch die ursprüngliche Bezogenheit blieb immer deutlich, und wenn Himmler sich im Sommer 1940 Gedanken über die «Behandlung der Fremdvölkischen im Osten» machte, in denen er die Polen auf den Status von Analphabeten reduzieren wollte und die Ukrainer wie die Goralen als «Splittervolk» bezeichnete, so glaubte er doch immer noch berechtigt zu sein, «die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich» abzulehnen.¹² Aber war von den zwei Schrecknissen, die über das unglückliche Land gekommen waren, nicht doch das ältere in sich konsequenter und in einer Welt zukunftsvoller, in der zwar Propaganda und Desinformation, nicht aber die Ausdehnung des Analphabetismus *an der Zeit* waren?

Eins liess sich angesichts der Vorgänge in Ostpolen jedenfalls nicht leugnen: dass der Bolschewismus in seinem Vorgehen derselbe geblieben

9. Das fragile Bündnis – Triumphe, Gewinne, Spannungen

war und dass es nach wie vor sinnvoll blieb, von «Bolschewisierung» zu reden. Adolf Hitler aber wandte in seinem Aufruf an die NSDAP zum 1. Januar 1940 seinen Zorn ausschliesslich gegen die «plutokratischen Mächte» und den «jüdisch-kapitalistischen Weltfeind», der im Untergang begriffen sei, während den «jungen Nationen und Systemen» die Zukunft gehöre.¹³ Das konnte wohl nicht anders verstanden werden, als dass er auch die Sowjetunion zu den «jungen Systemen» zählte. Und tatsächlich fallen in die nächsten Monate die positivsten Aussagen, die er über die Sowjetunion machte, und erstmals auch in seiner intimen Korrespondenz. So schrieb er am 8. März 1940 an Mussolini, Russland erlebe seit dem endgültigen Sieg Stalins ohne Zweifel eine Wandlung des bolschewistischen Prinzips in Richtung auf eine nationale russische Lebensform, und angesichts dieser epochalen Wendung, von welcher der Reichsaussenminister aus eigener Anschauung erzählen könne, bestehe weder Interesse noch Anlass zu einem Kampf, zumal sich die beiden Wirtschaftsräume in einer ausserordentlichen Weise ergänzten.¹⁴ Es war Mussolini, der nun die Rolle eines *Radikalfaschisten* spielte und Hitler beschwor, nicht «das antisemitische und antibolschewistische Banner» aufzugeben und weiterhin die Vernichtung des Bolschewismus zu erstreben, die ihm zugleich die Lösung seines Lebensraumproblems bringen werde.¹⁵ Aber welche Chancen durfte er sich von seiner Intervention versprechen, wenn ihm der Reichsaussenminister versicherte, bei seinem zweiten Besuch in Moskau habe er, ganz wie der Gauleiter Forster, einen ähnlichen Eindruck gehabt, als ob er «mit alten Parteigenossen» gesprochen hätte.¹⁶

Inzwischen hatte eine der unvorhersehbaren Kontingenzen des Krieges die erste der grossen Alternativen auftauchen lassen, nämlich die Alternative einer genuinen Allianz, ja einer Schicksalsgemeinschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Ursache war die erste der Imitationen, mit denen Stalin im Verlauf von wenig mehr als einem halben Jahr Hitlers Methoden und Erfolge auf seine Weise wiederholte und durch Berufung auf Verteidigungsnotwendigkeiten, auf geschichtliche oder geographische Gegebenheiten oder auf das Selbstbestimmungsrecht mehr Länder und Völker ohne grossen Krieg seinem Reich einverleibte, als Hitler es bis zum August 1939 vermocht hatte. Die Forderungen, die im Oktober an Finnland gerichtet wurden, unterschieden sich nicht sehr wesentlich von denjenigen,

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

denen die drei baltischen Staaten hatten zustimmen müssen, aber sie schlossen die Abtretung finnischen Gebietes auf der Karelischen Landenge in sich, für die indessen eine territoriale Entschädigung angeboten wurde. Mit der angeblichen «Bedrohung Leningrads» verglichen, waren die deutschen Behauptungen über die Tschechoslowakei als sowjetisches Flugzeugmutterschiff verständlich und rational gewesen, und die Finnen hatten kein schwächeres Gefühl für *Ehre* als die Polen. So benutzte die Sowjetunion den selbstgeschaffenen Mainila-Zwischenfall – eine Art von grösserem und aufrichtigerem «Gleitwitz» –, um Ende November ohne Kriegserklärung den Angriff auf Finnland zu eröffnen. Stalin konnte indessen eins tun, was Hitler nicht hatte tun können oder wollen: Er liess unter Führung eines prominenten Mitglieds der Komintern, des Finnen Otto Kuusinen, dicht an der Grenze in dem Örtchen Terijoki eine «Volksregierung» bilden, so dass die Kämpfe sich angeblich nicht gegen das «finnische Volk» richteten. Allerdings stellten sich die Männer und Frauen Finnlands so gut wie ohne Ausnahme auf die Seite ihrer *bürgerlichen* und *reaktionären* Regierung, und die Rote Armee erlitt zunächst schwere Niederlagen. Gleichwohl wird die Vermutung zulässig sein, dass man in Moskau aufrichtige Hoffnungen auf die Linkssozialisten gesetzt hatte und dass Kuusinen und seine Leute nicht bloss Propagandaformeln benutzten, als sie das «bürgerliche» Finnland eine «weissgardistische Hölle für die Arbeiterklasse» nannten¹⁷: 1917/18 waren die Bolschewiki ja in Finnland tatsächlich sehr stark gewesen, und nur mit Hilfe der Deutschen war es den Weissen unter dem General Mannerheim gelungen, die roten Truppen niederzuwerfen und mit zuerst sehr brutalen Methoden die Herrschaft zu behaupten – und 1939 stand an der Spitze der finnischen Armee als Marschall derselbe Mannerheim, ein «baltischer Gutsbesitzer», der 1917/18 die «Weissen Garden» befehligt hatte. Auch in Moskau waren unterhalb der Ebene der Diplomaten Sprache und der jeweils aktuellen Probleme die Grundemotionen von 1917/18 offenbar nicht weniger lebendig als in Berlin. Aber die Situation war eine ganz andere geworden. Deutschland hielt sich an das Geheime Zusatzprotokoll und liess der Sowjetunion in deren Einflussphäre freie Hand, doch in Schweden und Norwegen, in England und Frankreich und nicht zuletzt in Amerika war die Empörung über diesen «Überfall» einer Grossmacht auf eine «kleine, tapfere Nation» gewaltig. Hier wurden nun zum ersten Male das nationalsozialistische Deutschland und das bolschewistische

9. Das fragile Bündnis – Triumphe, Gewinne, Spannungen

Russland nicht mehr nur in einzelnen gelehrten Untersuchungen, sondern in einer Welle von Emotionen als «totalitäre» und raubgierige Staaten den friedliebenden Demokratien gegenübergestellt, und an vielen Stellen wurde die Forderung nach bewaffneter Intervention zugunsten Finnlands erhoben. Freilich ergab sich rasch die gleiche Schwierigkeit wie wenige Monate vorher gegenüber Polen: Schweden und Norwegen wollten bei aller Sympathie für Finnland den alliierten Truppen kein Durchmarschrecht zugestehen. Aber die alliierten Generalstäbe fassten eine Neutralitätsverletzung ohne viel Skrupel ins Auge, zumal sie mit einem viel weiterreichenden Plan harmonierte: dem Plan, die sowjetischen Erdölfelder bei Baku durch Luftangriffe zu zerstören und dadurch Deutschland jenes faktisch verbündete Liefergebiet zu entziehen, ohne das es einen Krieg nicht hätte fortsetzen können.¹⁸ Wenn diese Pläne realisiert worden wären, würden Deutschland und die Sowjetunion auf Gedeih und Verderb aneinandergeschmiedet worden sein, und der Krieg hätte einen völlig anderen Verlauf genommen. Nichts ist unwahrscheinlicher, als dass er mit einem raschen Zusammenbruch der beiden totalitären Staaten zu Ende gegangen wäre, wie man es sich in London und Paris vorstellte. Aber nachdem die Sowjetunion gewaltige Truppenmassen in den Kampf geworfen hatte, fand der Krieg für sie im März einen glücklicheren Abschluss. Der Friedensvertrag vom 12. März rückte die neue Grenze in eine erheblich grössere Entfernung von Leningrad, aber Kuusinen musste fallengelassen werden, und der wenig ruhmreiche Kriegsverlauf befestigte jene Unterschätzung der Roten Armee sowohl auf alliierter wie auf deutscher Seite, welche die weitere Geschichte des Zweiten Weltkrieges in starkem Masse bestimmen sollte.

Zugleich mit der Alternative im Norden war aber auch eine Alternative im Westen aufgetaucht. Hitler drängte zum raschen Angriff gegen Frankreich unter Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands noch im Herbst, und dagegen entwickelte sich unter der Generalität eine starke Opposition, die in der Hauptsache von der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und von der Hochschätzung der französischen Armee getragen war. Ein klares Bewusstsein der Mängel, welche die überstürzte Aufrüstung mit sich gebracht hatte, und vor allem des Fehlens einer «Tiefenrüstung» verschafften den Argumenten von hohen Kommandeuren wie den Generalobersten von Leeb und von Rundstedt zusätzliches Gewicht.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Aber für einen Teil der Opposition war gerade die neue Freundschaft mit der Sowjetunion das stärkste aller Argumente. Noch nie sei Deutschland seinen besten Traditionen so fern und dem Bolschewismus so nahe gewesen wie nach sechs Jahren des Hitler-Regimes, hiess es in einer Denkschrift, die den Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum Oberkommando des Heeres, Hasso von Etdorf, zum Verfasser hatte. Dieses Regime habe es fertiggebracht, 20 Millionen Menschen dem Bolschewismus zu überantworten, und es habe die aussichtsreichen Möglichkeiten einer deutschen Revisionspolitik durch den unsinnigen und überflüssigen «Zug auf den Hradschin» aufs Schwerste gefährdet. Nur nach einem Sturz des Hitler-Regimes werde diejenige «Mässigung im Erfolge» nach dem Vorbild Bismarcks möglich, die allein Deutschland in seinen ethnographischen Grenzen sowie seinen legitimen Einfluss in Mitteleuropa sichern und zugleich dem elementarsten Interesse der Westmächte entsprechen könne, nämlich dem Interesse, eine weitere Ausdehnung des Bolschewismus in Europa zu verhindern.¹⁹ In der Tat wurden Kontakte zur englischen Regierung geknüpft, die sich vielversprechend ausnahmen, und eine Zeitlang sah es so aus, als werde sich Generaloberst von Brauchitsch, der Oberbefehlshaber des Heeres, an die Spitze einer Verschwörung stellen. Neben die Alternative des Kriegsbündnisses der «jungen Systeme» gegen die abgelebten Völker des Westens trat die andere Alternative des grossen Einvernehmens zwischen den Kulturstaaten Europas nach dem erfolgreichen Abschluss der Revision von Versailles im Sinne des Selbstbestimmungsrechts, eine Alternative, innerhalb deren Hitler und seine Partei ein temporär nützliches Instrument gewesen wären. Und selbst die Sowjetunion hätte ein solches Einvernehmen nicht ebensosehr zu fürchten brauchen wie einen etwaigen Friedensschluss Hitlers mit den Westmächten, den sie durch ihre eigenen Stellungnahmen zu fördern schien.

Aber hatte nicht auch Bismarck den Kampf gegen Österreich erst ausfechten müssen, bevor er in Nikolsburg Mässigung an den Tag legen konnte? War Hitler nur ein Politiker unter anderen Politikern, den man stürzen konnte, ohne dass seine Partei sich aufgelehnt hätte? Kämpften England und Frankreich wirklich nur gegen eine Hybris, welche «die Welt mit Gewalt erobern» wollte, oder kämpften sie nicht gerade gegen Deutschland als die Hegemonialmacht Mitteleuropas, wie von Etdorf es

9. Das fragile Bündnis – Triumphe, Gewinne, Spannungen

zeichnete? Es waren schwerlich bloss Zufälle, welche das Zustandekommen der zweiten und friedlichen Alternative verhinderten.

Hitler hatte vermutlich recht, als er in seiner Rede vor den Oberbefehlshabern am 23. November 1939 sagte, die Chancen für einen Sieg über Frankreich seien heute viel besser als zu Beginn der Ludendorff-Offensive von 1918 und das Ganze bedeute nicht eine Einzelaktion, sondern den Abschluss des Weltkrieges. Wenn man sich an die zahllosen Vorhersagen von verschiedenster Seite in den Jahren 1918 und 1919, darunter von Rosa Luxemburg, erinnert, ein Gewaltfriede – sei er gegen Russland, sei er gegen Deutschland gerichtet – werde nur ein Waffenstillstand sein und einen neuen Krieg so sicher in sich schliessen wie der Keim die Pflanze, dann mussten die Zuhörer sich tatsächlich fragen, ob nicht Hitler in seinem unbändigen Siegeswillen wirklich die Verkörperung des Willens der Geschichte und des deutschen Volksgeistes sei, wie gross die Sehnsucht nach Frieden unter den Deutschen und erst recht unter den Franzosen auch immer war. Zugleich aber musste die Generäle das blanke Entsetzen vor dieser Verkörperung des *Volksgeistes* und diesem *Willen der Geschichte* ergreifen, wenn sie Hitler sagen hörten: «Man wird mir vorwerfen: Kampf und wieder Kampf. Ich sehe im Kampf das Schicksal aller Wesen... Es ist ein ewiges Problem, die Zahl der Deutschen in Verhältnis zu bringen zum Boden... Keine geklügelte Gescheitheit hilft hier, Lösung nur mit dem Schwert ... Heute können wir von einem Rassenkampf sprechen. Heute kämpfen wir für Ölfelder, Gummi, Erdschätze usw. ... Ich will den Feind vernichten ... Ich werde in diesem Kampf stehen oder fallen. Ich werde die Niederlage meines Volkes nicht überleben. Nach aussen keine Kapitulation, nach innen keine Revolution.»²⁰ Hier war ein Mann, der alles auf eine Karte zu setzen bereit war und der nichts zu kennen schien als totalen Sieg oder totale Vernichtung. Wie hätte man von ihm Mässigung im Siege erwarten dürfen?

Und bedeutete der Wille zu einem solchen Sieg nicht in sich schon eine Niederlage gegen den Marxismus? Hitler redete nämlich aufs Genaueste so, wie die kapitalistischen Staaten nach marxistischer These in ihren Kämpfen um die Schätze der Welt handelten. Und gab er sich nicht gleichwohl als ein Halbmarxist zu erkennen, wenn er in diesen Monaten besonders häufig die «jüdisch-kapitalistische Welt», die Geldmagnaten, die «jüdischen und nicht-jüdischen internationalen Bankbarone» angriff? War sein

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

besserer Sozialismus, die «soziale Volksgemeinschaft Deutschlands» mit ihrer sozialen Fürsorge und ihrer Beseitigung der Klassenunterschiede²¹, nicht nach seinen eigenen Worten bloss auf jene Eroberung von Lebensraum zu gründen, da jede Zusammendrängung von Massen in engen und exportorientierten Industriegebieten den Kommunismus erzeugen müsse? War nicht seine «Lösung der Vernunft», die er den Engländern empfahl, weil sonst früher oder später die «Lösung des Wahnsinns» eintreten würde²², nämlich der Bolschewismus (wie man ihn zweifellos verstehen musste), sogar in besonders hohem Masse unvernünftig?

Und so zeigte sich Hitler denn auch nur scheinbar vernünftig und massvoll, als er das geplante Norwegen-Unternehmen der Engländer, das ihn von unentbehrlichen Rohstoffen abschneiden sollte, durch ein eigenes Unternehmen von fast unglaublicher Kühnheit zum Scheitern gebracht hatte und dann in einem beispiellosen Siegeslauf zwischen dem 10. Mai und dem 23. Juni Frankreich zur Kapitulation zwang. Das «Friedensangebot», das er den Engländern in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli machte, war so unbestimmt gehalten und so sehr von Triumphalismus einerseits und heftigster Polemik andererseits eingerahmt, dass wohl nur Oswald Mosley es angenommen haben würde, den zwar viele vor seiner faschistischen Zeit für den künftigen Premierminister Englands gehalten hatten, der aber jetzt im Gefängnis sass. An der Spitze Englands stand jedoch nicht einmal Lord Lothian, der vielleicht Verhandlungen eingeleitet haben würde, sondern Winston Churchill, und darin lag eine der merkwürdigsten Paradoxien dieses Krieges. Churchill war ja nicht nur der entschiedenste aller Antibolschewisten in England gewesen, sondern in seiner eigenartigen Beziehung zum Kriege liess er sich auch von allen Engländern am ehesten mit Hitler vergleichen. Aber jetzt wollte er mit gleicher Überzeugungskraft die Welt vom dunklen «Fluch Hitlers» erlösen²³, wie er sie einst vom Bolschewismus hatte befreien wollen, und er sprach nun von der Gestapo in ähnlichen Wendungen, wie er früher von der Tscheka gesprochen hatte. Er war indessen nicht etwa nur vom Antibolschewismus zum Antitotalitarismus übergegangen, sondern er machte sich zugleich die alte englische Gleichgewichtskonzeption zu eigen und kämpfte gegen *die Deutschen* ebenso hart wie gegen *die Nazis*. Wie hart er kämpfen konnte, wurde gleich nach dem Waffenstillstand deutlich, als er nicht zögerte, den Hauptteil der eben noch verbündeten französischen Flotte in Mers-el-Kebir vernichten zu las-

9. Das fragile Bündnis – Triumphe, Gewinne, Spannungen

sen, weil ihr etwaiger Übergang zu den Deutschen eine «tödliche Gefahr» gewesen wäre²⁴ und damit, wie man ergänzen darf, eine weitere Alternative in den Wechselfällen dieses Krieges dargestellt hätte. Doch wenn er am 13. Mai, seit 3 Tagen Premierminister, gemeint hatte, ohne den Sieg gebe es kein Weiterleben für das Britische Weltreich, dann war er, wie sich zeigen sollte, gegenüber Hitler im Unrecht, der ihm am 19. Juli vorhersagte, bei Ablehnung seines Friedensangebots werde ein grosses Weltreich zerstört werden. Und die eigenartigste Paradoxie dieses Krieges bestand darin, dass vermutlich Hitler aus Liebe zum Englischen Weltreich Churchill die Chance einer erfolgreichen Verteidigung der Insel gegeben hatte, als er Ende Mai das Anhalten der Panzertruppen vor Dünkirchen befahl und damit das englische Expeditionskorps vor der Vernichtung bewahrte. Es ist daher die Frage, ob die Kampfflieger der Royal Air Force oder das Wetter oder nicht vielmehr Hitlers Anglophilie England retteten. Aber als das «Unternehmen Seelöwe» im September für unbestimmte Zeit verschoben werden musste, da sah sich Hitler trotz seines grossen Sieges in einer ungemein schwierigen Situation, und dafür war in erster Linie die Sowjetunion verantwortlich.

Sie hatte Hitler nämlich weiterhin nachgeahmt, und dafür begegnete ihr nun von selten Englands kein ernster Tadel mehr, sondern vielmehr das verzweifelte Bemühen, die Beziehungen zu verbessern und einen Kriegseintritt gegen Deutschland zuwege zu bringen. Nach ultimativen Drohungen hatte die Sowjetunion im Juni die baltischen Staaten militärisch besetzt und sich nach der üblichen *Sowjetisierung* einverleibt; im Juli zwang sie Rumänien durch eine Angriffsdrohung, Bessarabien und – über den Wortlaut des Geheimen Zusatzprotokolls hinaus – die Nordbukowina abzutreten. Damit war sie ganz dicht an das Erdölgebiet von Ploesti herangerückt, das für die deutsche Kriegswirtschaft schlechterdings unentbehrlich war. Mancherlei Zeichen wiesen darauf hin, dass weitere Forderungen an Finnland gerichtet werden würden, die ebenfalls eine Einverleibung nach sich ziehen würden. Vor allem aber hatte die Erfahrung gezeigt, dass die Sowjetunion ihre Rohstofflieferungen je nach Umständen verringerte, unterbrach oder erhöhte. Der Verdacht musste sich aufdrängen, dass sie Hitler zwar im Kriege halten wollte, aber seinen definitiven Sieg mit allen Kräften zu verhindern suchte.

Wenn man von den besonderen Voraussetzungen, Bedingungen und Umständen absieht und wenn man sich moralischer Urteile enthält, dann

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

war die Situation des Herbstes 1940 weder zufällig noch unnatürlich zu nennen. Sie bedeutete, dass das Versailler System definitiv an sein Ende gekommen war und dass die beiden grössten Völker des Kontinents, Deutsche und Russen, nun zusammen mit ihren Klientelstaaten bzw. abhängigen Gebieten die überragende Rolle spielten, die ihnen *von Natur* jedenfalls weit mehr zukam als Frankreich nach 1919. Schon jetzt hätte der Satz gesagt werden können, den Stalin 1949 formulierte, nämlich dass diese beiden Völker «in Europa die grössten Potenzen zur Vollbringung grosser Aktionen von Weltbedeutung» besaßen.²⁵ Eine vergleichbare Situation hatte es aber noch nie gegeben, nicht einmal im Napoleonischen Zeitalter, denn stets hatten auf dem Kontinent noch weitere Grossmächte existiert, und nur dadurch war die «Gleichgewichtspolitik» Englands möglich geworden, die den schwächeren Mächten zur Selbstbehauptung gegenüber der jeweils stärkeren verholfen hatte.

Im Prinzip hätte das deutsch-russische System ebenso stabil sein können, wie es die Pentarchie des 19. Jahrhunderts gewesen war, sofern die Vertragsbestimmungen eingehalten wurden und keine der beiden Mächte, sei es auch nur durch Propaganda, in die Sphäre der anderen hineingriff. Doch eine der beiden Mächte befand sich im Krieg, im Krieg gegen eine Insel am Rande Europas, die noch im Besitz eines Weltreichs war und die eine scheinbar neutrale, in Wirklichkeit aber bereits partiell kriegführende Grossmacht im Rücken hatte. Zahlreiche Engländer mochten glauben, sie kämpften für das alte Gleichgewicht; in Wirklichkeit kämpften sie jedoch, gestützt auf die USA, für das Überleben eines politisch-ideologischen Systems, das gemeineuropäisch gewesen war und nun in ganz Europa beseitigt zu sein schien.

Aber auch wenn dieses in Deutschland nicht untergegangen wäre und sich in Russland durchgesetzt hätte, so dass die Vorherrschaft der beiden 1918 besiegten Mächte bloss durch eine *normale*, wenngleich kriegerische, Entwicklung zustande gekommen wäre, würde die verantwortliche Spitze des Deutschen Reiches nicht anders haben handeln können, als Hitler es nun tat: Sie hätte von ihrem Oberkommando Eventualpläne für einen Krieg gegen Russland ausarbeiten lassen, und sie würde gleichzeitig auf ein verlässliches Arrangement hingearbeitet haben. Die Situation, in welcher der neutrale Staat jederzeit elementare Lebensquellen des kriegführenden Staates abschneiden konnte, war untragbar. Solche Lebensquellen waren

9. Das fragile Bündnis – Triumphe, Gewinne, Spannungen

vor allem das rumänische Erdöl, aber auch das finnische Nickel und überhaupt die «Ruhe in der Ostsee». Dabei war die Sowjetunion ihrerseits zweifellos berechtigt, über Eingriffe in ihre Interessenphäre Klage zu führen. Nach der Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina an die Sowjetunion und grosser Teile Siebenbürgens an Ungarn war Rumänien, einer der Hauptgewinner innerhalb des Versailler Systems, auf seine engsten ethnographischen Grenzen reduziert, und die Achsenmächte gaben ihm ohne Konsultation mit der Sowjetunion eine Garantie, die in Moskau offenbar als Vertragsverletzung und Affront empfunden wurde. Überdies wurden deutsche «Lehrtruppen» in das Land geschickt. Ebenso gravierend war, dass sich deutsche Truppen auch in Finnland befanden, wenngleich angeblich nur temporär und im Transit nach Nordnorwegen. Weitere Probleme waren die Meerengenfrage und Bulgarien, alte Zielpunkte der russischen Politik.

Mit der Ausarbeitung der militärischen Eventualpläne zur «Ausschaltung» Russlands beauftragte Hitler seinen Generalstab bereits Ende Juli 1940, als anscheinend das Unternehmen «Seelöwe» mit allen Kräften vorbereitet wurde; das immerhin nicht auszuschliessende Generalarrangement stand auf dem Programm des Besuchs, den Molotow vom 12. bis 14. November in Berlin abstattete. Es sah den Beitritt der Sowjetunion zu dem am 27. September unterzeichneten Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Japan und Italien vor, der ein gegen die USA gerichtetes Defensivbündnis war und keine territorialen Bestimmungen enthielt, der aber in der Weise neu gefasst werden sollte, dass jeder der vier Mächte ein gewaltiger Raum als Einflussgebiet zugesprochen und ein Anteil an der «Konkursmasse» des Britischen Empire gesichert wurde. Es war also ein Plan zur «Neuaufteilung der Welt» unter neue und aufstrebende Grossmächte, von der in der marxistischen Theorie so viel die Rede war, und der Sowjetunion war der wertvollste und allerdings auch entlegenste Teil der Beute zugeordnet, nämlich Indien. Molotow verhielt sich keineswegs ablehnend, aber er brachte das Gespräch mit grossem Nachdruck auf die näherliegenden Probleme, und er war aufrichtig genug, auf eine Frage Hitlers zu antworten, er stelle sich die «Bereinigung» gegenüber Finnland «in demselben Ausmass wie in Bessarabien und in den Randstaaten» vor.²⁶ 14 Tage später erklärte sich die Sowjetunion auch schriftlich und offiziell bereit, dem Viermächtepakt beizutreten, aber sie wiederholte ihre Forderungen hinsichtlich Finnlands,

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

Bulgariens sowie einer militärischen Basis an den Meerengen, und sie verlangte zusätzlich die Abänderung, dass als Schwerpunkt ihrer Aspirationen der Raum südlich Batum und Baku in der allgemeinen Richtung auf den Persischen Golf anerkannt würde, d.h. sie forderte die Herrschaft über die Erdölgebiete Vorderasiens. Hitler würdigte diesen Brief keiner Antwort, und er liess nun endgültig den Operationsplan «Barbarossa» ausarbeiten, der vorsah, die Sowjetunion in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Es ist schwer zu sehen, weshalb Stalin und Molotow das Ausbleiben der Antwort nicht als dasjenige betrachteten, was es war, nämlich die Ankündigung der kriegerischen Alternative, aber sie waren ja sowieso in einer gewaltigen Anstrengung der Vorbereitung auf den Krieg begriffen, und sie erwarteten allem Anschein nach, dass Hitler ihnen am Ende ein ultimatives Verhandlungsangebot machen würde.

Wäre Hitlers Entschluss bloss von machtpolitischer Art gewesen, so hätte man einen letzten Versuch dieser Art gewiss erwarten dürfen. Aber Hitler war einer Pflanze zu vergleichen, die über Wurzeln von unterschiedlicher Länge verfügt. Der blosse machtpolitische Kalkül, worin jeder andere Staatsmann an seine Stelle hätte treten können, reichte ebensowenig tief in das Erdreich hinab wie das Motiv der Revisionspolitik. Tiefere Schichten erreichte jene Wurzel, die ihn zu Mussolini sagen liess, er wolle die Südtiroler in einem schönen Gebiet ansiedeln, das er noch nicht habe, aber sicher bekommen werde, während er gleichzeitig Stalin als «absoluten Autokraten» (und damit als verlässlichen Partner) hinstellte.²⁷

Am kennzeichnendsten für ihn war aber, dass er gegen Ende des Jahres 1940 den Bolschewismus und sogar den «jüdischen Bolschewismus» gewissermassen wiederentdeckte, d.h. aus der Tiefe, in die er ihn verdrängt hatte, wieder in das klare Bewusstsein hob. So sagte er am 20. November 1940 zu dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Teleki, Russland gebe sich je nach der Lage entweder bolschewistisch oder nationalrussisch.²⁸ Und am 3. Dezember war in einer Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten Draganoff der Verfasser von «Mein Kampf» wieder deutlich zu erkennen. Er wolle Rumänien und Bulgarien nicht zu einer «bolschewiserten Wüste» werden lassen, wie sie heute die Baltenstaaten darstellten, wo man die Intelligenz und den Mittelstand ausgerottet und an deren Stelle unfähige Kommissare gesetzt habe. «Er schilderte in starker Form die terro-

9. Das fragile Bündnis – Triumphe, Gewinne, Spannungen

ristischen Zustände, die Erschiessungen und Abtransporte von Intelligenz in Zügen, die niemals angekommen sind. Der Zustand dort sei für europäische Begriffe einfach grauenhaft. In Galizien sei es ebenso gewesen ... Auch in Bessarabien hätte man, noch während unsere Leute dort waren, Gutsbesitzer und andere Mitglieder der führenden Schichten durch aufgesetzte eigene Leute unter Führung von Juden hinmetzeln lassen und daselbe blühe dem Balkan». Selbst in der Meerengenfrage gehe es den Russen nicht allein um die Stützpunkte, sondern sie wollten «von den Stützpunkten aus ihre Bolschewisierung betreiben».²⁹ So stand Ende des Jahres 1940 fest, dass angesichts des fortdauernden Krieges mit England das neue europäische System nicht ein deutsch-russisches System sein würde, sondern dass nach einem Entscheidungskampf entweder nur die Deutschen oder nur die Russen die Vormacht seien würden, es sei denn, sie gelangten doch irgendwann zu einem Kompromissfrieden oder die Angelsachsen verhülften der Demokratie und einem Analogon des Versailler Systems in einem Teil Europas zu neuem Leben. Aber angesichts der verschiedenartigen Motive Hitlers und der starken Traditionen, auf die sie sich jeweils stützten, war damit über die Art der Kriegführung noch nichts ausgesagt. Ein machtpolitischer Entscheidungskampf würde anders aussehen als ein antibolschewistischer *Kreuzzug*, und ein Krieg unter dem Vorzeichen der *Befreiung* müsste sich essentiell von einem Feldzug zur Gewinnung von *Lebensraum* unterscheiden. Die Planungen der letzten Monate gaben schon bedeutenden Aufschluss, aber erst die Ereignisse im zweiten Halbjahr von 1941 machten ein endgültiges Urteil möglich.

Zunächst aber veränderten einige der sonderbarsten Zufälle dieses Krieges die Ausgangssituation. Ende Oktober 1940 griff Mussolini bloss aus gekränktem Ehrgeiz Griechenland an, ohne Hitler zu konsultieren, und erlitt im Grenzgebiet von Albanien eine unerwartete Niederlage. Da die italienischen Truppen zur gleichen Zeit in Nordafrika sich nicht zu behaupten vermochten, stieg die Zuversicht der Engländer erheblich, und so wurde das deutsche Eingreifen unvermeidlich. Es war nun unübersehbar geworden, dass Italien nicht mehr der kleinere *Achsenpartner war*, sondern einer der Hilfs- und Satellitenstaaten Deutschlands. Anfang April putschte eine kleine Anzahl von Offizieren in Jugoslawien gegen die Regierung Cvetkovic, die sich – wie vorher Bulgarien – dem Dreimächtepakt angeschlossen hatte, und die Sowjetunion stützte die neue Regierung Simovic sofort durch

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933-1941

die Unterzeichnung eines Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes. Wieder brach die deutsche Wehrmacht zu einem ihrer triumphalen Blitzfeldzüge auf, und nach wenigen Wochen waren der ganze Balkan und sogar Kreta in Hitlers Hand. Aber er hatte einen Teil der Kräfte einsetzen müssen, die für «Barbarossa» bestimmt waren, und der vorgesehene Termin konnte nicht eingehalten werden.

Das europäische Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg ging nun zu Ende, obwohl auch auf deutscher Seite nicht wenige bis zum letzten Augenblick den Beginn entscheidender Gespräche erwarteten, die nach allem menschlichen Ermessen zu grossen Konzessionen und Versprechungen der Sowjetunion geführt haben würden. Wenn man von den Umständen abstrahierte, mochte man sagen, dass nicht nur der Charakter dieses Krieges nicht festgelegt war, sondern ebensowenig das Verhalten der Engländer sowie insbesondere der Amerikaner. Es war nicht von vornherein auszuschliessen, dass Deutschland sich mit den antibolschewistischen oder antirusischen Kräften verbünden würde, die in der Sowjetunion voraussichtlich fortexistierten, und es war noch weniger unwahrscheinlich, dass in Amerika die Leninsche These von den «Räubern», die einander in die Haare geraten, in paradoxer Umkehrung der Bedeutung zur Vorherrschaft gelangt wäre.

Aber nicht *Deutschland und Russland* traten am 22. Juni in den Krieg, sondern das bolschewistische Russland und das nationalsozialistische Deutschland, die – auf sehr unterschiedliche Weise – füreinander sowohl Schreckbild wie Vorbild waren. Es ist daher an der Zeit, vor der Schilderung der Grundzüge des Krieges und nach der Darstellung der Vorgeschichte seit 1918 und der Wechselwirkungen seit 1933 einige der Strukturen der Systeme vergleichend zum Thema zu machen. Dabei wird die Sowjetunion als das ältere der beiden Systeme jeweils an die erste Stelle treten müssen, und der übernationale Appell, der jeder Ideologie innewohnt und zum Bürgerkrieg aufruft, wird ebenso hervorzuheben sein wie die nationalen Eigentümlichkeiten, welche keine Ideologie völlig zu beseitigen vermag.

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

Kein Gedanke lag den Vorkämpfern der frühen *Arbeiterbewegung* ferner als der, dass eines Tages sozialistische Staatsparteien mit einem Führer oder einem kleinen Führungsgremium an der Spitze einen Staat vollständig beherrschen würden. Mindestens die Vertreter des *Kommunalsozialismus*¹ wie Fourier und Owen hatten aus dem erst ansatzweise ausgebildeten Gegensatz von Staat und Gesellschaft die gerade entgegengesetzte Folgerung gezogen, indem sie den Staat ganz durch die Gesellschaft verdrängt wissen wollten, aber durch eine Gesellschaft, die aus zahllosen Kommunen bestehen würde, den Phalansteren oder «Dörfern der Einheit und Kooperation», wo die Menschen ein von allen Schranken der Nationalität, der Arbeitsteilung und des religiösen Aberglaubens befreites Leben führen würden, weil jede der kleinen Gemeinschaften ein selbstgenügsamer und überschaubarer Kosmos sein würde. Es springt ins Auge, dass diese Vorstellung nichts anderes als ein Gegenzug zu jenem *Neuen* war, das schon bald nach 1800 häufig als «Industrielle Revolution» bezeichnet wurde: der Entstehung eines ausserordentlich beweglichen und bewegten Systems der wirtschaftlichen Beziehungen, das für jeden Beteiligten ein hohes Mass an Risiko und Unsicherheit in sich schloss, das aber auch unerhörte Erfolgchancen eröffnete, welche ihrerseits weit mehr an Organisation geknüpft waren als an dasjenige, was man traditionell *Arbeit* nannte – des Systems der anhebenden Weltmarktwirtschaft, das häufig als Konkurrenzsystem und später als kapitalistische Produktionsweise bezeichnet wurde. Dieses Neue und die damit verbundenen Realitäten wie Gewinn und Zins sowie die Unterschiedenheit von Unternehmern und Arbeitern zu verneinen, war das Hauptkennzeichen der aufkommenden Arbeiterbewegung und nicht bloss des Kommunalsozialismus. Andererseits jedoch war diese Arbeiterbewegung, die sich allmählich aus Handwerksgehilfen und der in die Industriestädte verschlagenen Bauernbevölkerung bildete, selbst ein neuartiges Element,

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

und so offenkundig sich Fourier und Owen an einem gärtnerischen Idyll orientierten, so modern war zur gleichen Zeit ihr Anspruch, Vertreter einer «sozialen Wissenschaft» zu sein und die Technik rückhaltlos zu bejahen, soweit sie für die Arbeitserleichterung in den Phalansteren nutzbar gemacht werden konnte. Von anderen Denkern wurde aber der rückwärtsgewandte, vergangenheitsorientierte Aspekt des Kommunalsozialismus klar erkannt, und sie ersetzten ihn durch die Idee eines Staatssozialismus, der andere Kennzeichen der Industriellen Revolution extrapolierte und eine logische Vollendung zum Postulat erhob: An die Stelle der «Anarchie der Produktion» sollte eine Planwirtschaft treten, in welcher der Staat als der einzige Unternehmer für das Wohl aller Einzelnen Sorge tragen würde. Aber auch hier waren mit der Konkurrenz individuelle Gewinne und jede Art von Renteneinkommen beseitigt, so dass *die Gesellschaft* die Arbeit einteilen und regulieren musste. Mithin kam man ohne Begriffe wie *Arbeitsteilung* und *Behörde* nicht aus, und die Existenz einer regierenden Staatspartei war nicht mehr unvorstellbar. Aber auch der Staatssozialismus knüpfte an Gedanken an, die das genaue Gegenteil intendierten, nämlich die Beseitigung der Quellen des Streites zwischen Staaten ebensogut wie zwischen Individuen, und als diese Quellen galten Sondereigentum der Individuen oder der Gruppen, Dasein bewaffneter und strafender Formationen innerhalb der antagonistischen Staaten, Gier nach Geld, Unterordnung der Individuen unter sachliche Notwendigkeiten, die deren *Glück* beschränkten. So stellte der Staatssozialismus ebenso wie der Kommunalsozialismus eine Verbindung mit dem uralten Begriff des *Naturzustandes* her, in dem nach der Lehre antiker Philosophen und auch christlicher Kirchenväter alle diese Merkmale bereits vorhanden waren, ehe sie durch einen Sündenfall oder den Einbruch der Habsucht zerstört wurden. Aber keiner der Staatssozialisten, weder Louis Blanc noch Constantin Pecqueur, vermochte auf überzeugende Weise darzutun, dass die Staaten als einzige Unternehmer *nicht* über Sondereigentum verfügen würden, und unter den Gegnern der Sozialisten, ja unter diesen selbst, tauchte früh der Verdacht auf, dass die erstrebte Abschaffung aller Macht gerade zu einer bis dahin unbekanntenen Konzentration der Macht führen könne. So war die Entstehung einer *Arbeiterbewegung* von höchster geschichtlicher Notwendigkeit, da sie mit dem umwälzendsten Vorgang der neueren europäischen Geschichte, der Industriellen Revolution, unmittelbar zusammenhing; aber ihre Fortent-

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

wicklung wies nicht den gleichen Grad von Notwendigkeit auf: Die Arbeiterbewegung konnte im Rahmen des Systems, dem sie ihre Entstehung verdankte, die bestmöglichen Bedingungen für ihre Anhänger zu erkämpfen suchen, wie es die englischen «Trade Unions» von ihrer Entstehung an taten; sie konnte sich zur Vorkämpferin eines völlig andersartigen Systems machen, dessen Grundzüge sich gerade an archaischen Vorstellungen orientierten und doch zu einem Teil in eine wahrscheinliche Zukunft voraus wiesen; sie konnte sich schliesslich des Menschheitsgedankens, dem sie in ihren Anfängen so eng verbunden war, in der Praxis oder sogar in der Theorie entledigen und damit zu einem Staatssozialismus besonderer Art werden. Es war anzunehmen, dass diese Tendenzen nebeneinander auftreten und miteinander ringen würden, ohne dass die Grenzlinien eindeutig fixiert bleiben müssten. Jedenfalls musste die Arbeiterbewegung als solche und in ihren verschiedenen Richtungen eine bedeutende Rolle in der weiteren Entwicklung spielen, wenn sie die Forderung nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf ihre Fahnen schrieb, welche die Siegesparole des Jahrhunderts zu sein schien. Aber mussten nicht neue Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung entstehen, wenn die verschiedenen Staaten ein ganz verschiedenartiges Verhältnis zum allgemeinen Wahlrecht hatten, wenn absolutistische, halbabsolutistische und demokratisch-liberale Länder zu unterscheiden waren?

Es ist an dieser Stelle nicht zu zeigen, inwiefern der Marxismus eine Synthese der reformistischen, auf Geduld abzielenden und den Kapitalismus jedenfalls für die unmittelbare Gegenwart bejahenden, der kosmopolitisch-naturrechtlichen und der staatssozialistischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung sein wollte und dennoch die Widersprüche in sich weitertrug. Aber es wies weit in die Zukunft voraus, dass die entschiedensten Feinde des Staates und der Autorität unter den Sozialisten, die Anarchisten Bakunins, den Marxismus von Anfang an als eine Gestalt des autoritären und tendenziell diktatorischen Staatssozialismus verstanden. Doch kaum ein Marxist nahm Bakunins Kritik noch ernst oder liess sich durch Ambivalenzen beunruhigen, als die Zweite Internationale – eine Vereinigung marxistischer Parteien – im Jahre 1890 den 1. Mai als den universalen Tag der Arbeit proklamierte und damit den Anspruch erhob, die arbeitende Menschheit in naher Zukunft aus den Fesseln der Kapitalsherrschaft und des Imperialismus zu erlösen.

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Und doch wurde es auch für die überzeugtesten Marxisten rasch unübersehbar, dass gravierende Unterscheidungen in der «Armee des Weltproletariats» vorgenommen werden mussten, als sozialdemokratische Parteien aus dem Bereich des Russischen Reiches an die Pforten der Internationale klopfen. Die 1894 gegründete «Sozialdemokratische Partei des Königreichs Polen und Litauens» lehnte unter der Führung von Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Felix Dserschinsky die Forderung der nationalen Selbstbestimmung entschieden ab, weil sie den russischen Grosswirtschaftsraum für fortschrittlich hielt und daher ihren Kampf nur in deren Rahmen führen wollte; die «Polnische Sozialistische Partei» unter Josef Pilsudski dagegen sah in der Erringung der Unabhängigkeit Polens die unabdingbare erste Phase, da die nationale Freiheit die Voraussetzung der sozialen Befreiung sei. Vertreter der beiden konkurrierenden *Arbeiterparteien*, die das Verhältnis zwischen dem nationalen und dem sozialen Element sowie zwischen dem ökonomischen und dem politischen Faktor so unterschiedlich auffassten und die von Abkömmlingen des Kleinadels oder des Bürgertums geführt wurden, stiessen daher auf Kongressen der Internationale höchst feindselig aufeinander. Nicht einmal die Arbeiterpartei im eigentlichen Russland war von vergleichbaren Differenzen frei, denn 1897 wurde zunächst einmal der *Bund* gegründet, der Zusammenschluss der jüdischen Arbeiter Rutheniens und der Ukraine, die zwar über ein stark entwickeltes «Klassenbewusstsein» verfügten, aber so gut wie durchweg in handwerklichen oder kleinindustriellen Betrieben tätig waren und sich von den russischen Arbeitern schon dadurch unterschieden, dass ihre Arbeitsruhe auf den Sabbat fiel. Erst ein Jahr später folgten die Russen mit einem Gründungskongress in Minsk, der indessen nur von einigen wenigen Delegierten besucht und durchaus nicht repräsentativ war. Die auffallendere Entwicklung vollzog sich in der Emigration, wo seit den achtziger Jahren die von Georgij Plechanow gegründete Gruppe *Befreiung der Arbeit existierte*, die in marxistischem Geiste Russland unter scharfer Ablehnung der Auffassung der *Volkstümmler (narodniki)* auf den normalen Weg der kapitalistischen Entwicklung verwies. Als Lenin zu diesem Kreise hinzukam, entstand die Zeitschrift *Iskra*, die zum Sammelpunkt der marxistischen Tendenzen wurde und deren sechs Redakteure den zweiten Kongress der «Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands» von 1903 vorbereiteten, welcher der eigentliche Gründungsparteitag war und sofort zum faktischen

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

Zerfall der Partei in die zwei Fraktionen der «Bolschewiki» und «Menschewiki» sowie zur Abspaltung des «Bundes» führte. Die Bolschewiki wichen durch Lenins Konzept der führenden Rolle der Berufsrevolutionäre ganz erheblich von den west- und mitteleuropäischen Parteien der Internationale ab, denen die Menschewiki viel näher blieben, aber andererseits übertrafen sie sogar die deutschen Sozialdemokraten an marxistischer Rechtgläubigkeit, weil Lenin vor der These nicht zurückschreckte, der Marxismus sei allmächtig, weil er richtig sei. So waren sie von Anfang an eine Partei oder Parteifraktion von ganz eigentümlicher Art. Die Geschichte der Wiedervereinigungsversuche und die Rolle der beiden Fraktionen in der russischen Revolution von 1905 sowie in den darauffolgenden Parlamenten ist hier nicht zu verfolgen; es genügt die allgemeine Kennzeichnung, dass die Bolschewiki vor allem eine disziplinierte Partei waren, für die Lenin zwar keineswegs schon *der Führer*, aber doch *der Alte* war, der sich im Zentralkomitee fast immer durchsetzte. So war es nicht allzu verwunderlich, dass ein Mann wie Trotzki in ihm schon früh den künftigen «Diktator» sah.² Dazu steht in merkwürdigem Kontrast, dass der Partei in den Kreisen des Bürgertums und der Intelligenz viel Sympathie begegnete, weil sie sich als die entschlossenste Gegnerin der zaristischen Selbstherrschaft darstellte – immer wieder werden in der Literatur die Namen reicher Wohltäter und Wohltäterinnen genannt, die durch ihre Spenden der Partei das Überleben und Wirken erleichterten.³ Soziologisch freilich unterschieden sich Bolschewiki und Menschewiki kaum, und beide Fraktionen bzw. (seit 1912) Parteien teilten auch die fundamentale Schwierigkeit, dass sie marxistische Parteien sein wollten, obwohl sie sich in einer vormarxistischen Umgebung befanden. Beide glaubten daher zunächst, dass die Arbeiterparteien in Russland eine besonders wichtige und aktive Rolle in der noch ausstehenden *bürgerlichen Revolution* spielen würden. So war es denn trotz aller Kritik der Menschewiki nicht inkonsequent, dass Lenin nach dem Oktober-Umsturz aus der paradoxen «bürgerlichen Revolution unter Führung des Proletariats» eine genuine «sozialistische Revolution» machte, die allerdings sozusagen Stunde um Stunde auf die Weltrevolution warten musste, um in der Authentizität ihres Marxismus bestätigt zu werden.

An dieser Stelle sind weder die innerparteilichen Auseinandersetzungen nach der Machtergreifung noch die organisatorischen Entwicklungen im

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Detail zu verfolgen.⁴ Vielmehr sind einige allgemeine Kennzeichen der Partei hervorzuheben, die sich in diesen Prozessen immer wieder bestätigten oder doch entfalteten.

Die «Kommunistische Partei der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Bolschewiki)», wie sie sich seit dem Sommer 1918 nannte, war vom November 1917 an die erste alleinregierende sozialistische Partei der Welt. Die Macht allein zu übernehmen, war seit dem Frühjahr die eigentliche Intention Lenins, und nur deshalb liess er den bewaffneten Aufstand am Vorabend des zweiten Sowjetkongresses stattfinden, welcher zweifellos eine sozialistische Allparteienregierung eingesetzt haben würde. Das temporäre Bündnis mit den linken Sozialrevolutionären war bloss von taktischer Art, und am Ende des Bürgerkrieges fand Lenins Auffassung in der Partei kaum noch Widerspruch, dass der richtige Platz für Menschewiki und Sozialrevolutionäre das Gefängnis sei.

Diese regierende Partei war und blieb indessen eine Minderheitspartei. Im günstigsten aller Zeitpunkte errang sie bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung kaum ein Viertel der Stimmen, und als sich im Kriegskommunismus die Kehrseite der bolschewistischen Herrschaft für fast alle Bauern und für sehr viele Arbeiter nur allzu deutlich erkennen liess, da gewannen sogar die Menschewiki die meisten der Anhänger zurück, die sie im Herbst 1917 verloren hatten. Aber die regierende Partei hatte längst ein ungleiches und offenes Wahlrecht eingeführt, und sie konnte nun ihre Gegner nach Belieben einsperren oder erschiessen. Im Bezirk Smolensk gab es 1921 nur 10'000 Parteimitglieder unter einer Bevölkerung von zwei Millionen, und nicht erst während der Kollektivierung haben Beobachter auf glaubwürdige Weise davon berichtet, dass die Partei einer Armee in einem besetzten Lande glich.⁵

Aber es ging dieser Partei keineswegs um die blossе Machterhaltung. Als das «Körnchen» oder «Häuflein», das sie war, blieb sie vom unbedingten Willen zur totalen Umgestaltung beherrscht, der freilich vermutlich die Voraussetzung der Machterhaltung war. So war sie die Partei der sozialen Vernichtung und des langdauernden Bürgerkriegs. Trotzki kennzeichnete Lenins Ideen als «schreckliche, erstaunlich einfältige, tödliche Gedanken»⁶, und die Minderheit sprach Grundemotionen der gewaltigen Mehrheit an, wenn sie alle Erbitterung und allen Hass, die sich während des Krieges in den Massen der Soldaten und der Arbeiter angesammelt hatten,

gegen die «Burschui» und die Offiziere lenkte. Aber bei der Vernichtung der nach Lenins Worten «schlappen» Bourgeoisie und der redseligen Intelligenz konnte die Partei nicht stehenbleiben, denn es gab noch andere *vor-marxistische* Realitäten im Lande, und es war keineswegs bloss *stalinistisch*, wenn sie ab 1928 den grossen Bürgerkrieg gegen die Bauern in Gang setzte, indem sie von Kulaken redete und individuelles Wirtschaften jeder Art meinte. Nicht einmal die grosse Säuberung ist allein auf das Konto Stalins zu schreiben, denn seit 1921 hatte sich die Partei periodischen Säuberungen unterzogen, und immer hatte es sich darum gehandelt, «sozial feindliche Elemente» zu demaskieren, die sich in die Partei eingeschlichen hätten und den Direktiven der Führung durch Sabotage oder Kritik zuwiderhandelten.

Doch die Partei der sozialen Vernichtung begriff sich als die Partei des Fortschritts, und in gewissen Bereichen konnten ihr nicht einmal die entschiedensten Feinde diesen Anspruch bestreiten. Sie lehrte ein Volk von Analphabeten lesen und schreiben, sie zog gegen Schmutz, «Kulturlosigkeit» und Alkoholismus⁷ zu Felde; sie scheute sich nicht, nach einem Worte Lenins auch die Proletarier und die einfachen Parteimitglieder «zu waschen, zu säubern, zu zausen und zu walken»⁸, sie propagierte den «wissenschaftlichen Geist» gegen den Aberglauben, und sie vermerkte mit tiefer Befriedigung, dass sogar in Lubawitschi, einem Zentrum des «finsternen» chassidischen Geistes, einige Handwerker den Sabbat nicht mehr einhielten.⁹ So war es nicht verwunderlich, dass Bucharin und Pjatakow sich auch noch weigerten, ihren Glauben an die Partei aufzugeben, als sie zu Opfern der schlimmsten Verleumdungen geworden waren und den Tod vor Augen sahen: Wer sich von der Partei trenne, schliesse sich von dem besten Teil seines eigenen Lebens ab und gerate aus dem Strom der Geschichte in das Brackwasser eines gleichgültigen Privatdaseins.¹⁰

Aber keine Entschlossenheit, kein Enthusiasmus und keine Fortschrittlichkeit hätten der Partei die Macht und damit die Wirkungsmöglichkeit erhalten, wenn sie nicht die Partei der Organisation geblieben wäre, zu der Lenin sie gemacht hatte. Vom Politbüro sowie dem Zentralkomitee und dessen Sekretariat reichte der Befehlsstrang über die Parteikomitees der Gebiete (*oblasty*) und Kreise (*rayony*) bis in die Komitees der Städte und Dörfer, wo überall ein «Erster Sekretär» schon deshalb die wichtigste Rolle

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

spielte, weil er die *Nomenklatura* verwaltete, welche die Positionen und Namen enthielt, die den untergeordneten Gremien zur *Wahl* standen. Wie immer sich die Zusammensetzung des Politbüros änderte, so gingen von ihm doch die entscheidenden Direktiven aus, und wieviele Mitglieder der Partei auch in Säuberungen ausgestossen wurden, so fanden sich doch in jeder grösseren Schule, in allen Betrieben, in allen Universitäten, in allen Regimentern der Roten Armee und in sämtlichen Unterabteilungen der GPU «Parteizellen» zusammen, die den jeweils höheren Führungen Bericht erstatteten und von ihnen Anweisungen erhielten. In der Armee waren den Offizieren Kommissare beigegeben, die politisch einer Hauptabteilung in der Armeeführung unterstanden; in jeder Maschinen-Traktoren-Station existierte eine «Politische Abteilung», zu der auch ein Sonderbeauftragter der GPU gehörte. So hatte die Partei überall ihre Augen und ihre Ohren, und alle diese Augen und Ohren kontrollierten und überprüften einander und wurden auch wieder von anderen und relativ unabhängigen Organen überprüft wie etwa der GPU. Im Gegensatz zu allen übrigen Parteien der Welt übte diese Partei ja nicht etwa nur politische Macht aus, sondern sie dirigierte – und besass in gewisser Weise – das ganze Wirtschaftsleben des Landes. Sie musste daher allmächtig sein, und diese Allmacht nannte sie den Sozialismus, der freilich seine letzte Aufgabe noch nicht erfüllt habe, nämlich alle Macht von Menschen über Menschen und alle Hindernisse für die Entfaltung eines jeden abzuschaffen. Vorläufig blieb der stärkste aller Staaten, der Parteiwirtschaftsstaat, die Voraussetzung der künftigen Staatslosigkeit, doch nicht bloss Gegner mochten sich die Frage stellen, ob nicht diese von Anfang an rechteste aller linken Parteien zwar in ihren Träumen und Mythologemen links geblieben war, aber in der Realität die effizienteste aller staatlichen Machtstrukturen geschaffen hatte, welche je auf der Erde zu finden war. So blickte diese Partei janusköpfig mit scharfen Augen in die Richtung gegenwärtiger Wirklichkeiten und nahm in einer staatssozialistischen Entwicklungsdiktatur den Platz ein, den innerhalb einer weit entspannteren Struktur das Wirtschaftsbürgertum des Liberalen Systems ausfüllte; aber sie schaute auch mit träumendem Blick in eine ferne Zukunft und war weiterhin die Partei des militanten Universalismus, die schon durch den Sturm ihrer Argumente alle Schranken und Borniertheiten glaubte hinwegfegen zu können.

Doch ob sie nun die Extreme tatsächlich vereinigte oder das eine bloss

zum Vorwand des anderen machte, so musste sie nicht notwendigerweise einen *Führer* haben, sondern sie konnte von einem zentralen Gremium geleitet werden, dessen Mitglieder anonym blieben. Aber als Stalin 1937 die Partei mit einer Armee verglich und die ca. 3'000 höheren Parteiführer mit dem Generalstab gleichsetzte, die 40'000 mittleren Ränge mit dem Offizierskorps und die 150'000 einfachen Parteiangestellten mit den Unteroffizieren¹¹, da war es für ihn offenbar selbstverständlich, dass er der Generalissimus dieser Armee war. Gewiss hatte Lenin unter «Führerorganisation» ein Kollektiv verstanden, aber von Anfang an war er in diesem Kollektiv der Erste, und man mochte schon in der frühesten Zeit wie Trotzki fragen, ob er wirklich unter Gleichen der Erste war. Bereits 1918 wurde er in Zeitungsartikeln und Versamlungsreden mit grosser Selbstverständlichkeit «der Führer» («Woschdj») des russischen Proletariats und des Weltproletariats genannt, und wie im System des Feudalismus wurde auch seinen nächsten Gefolgsleuten die Bezeichnung «Führer» mit einer regionalen Begrenzung zuerkannt; so hiess Sinowjew der «Führer der Nördlichen Kommune».¹² Die Parteitage brachten «dem Führer Iljitsch» Ovationen dar, die freilich immer zugleich den «Genossen Lenin» meinten. Tatsächlich konnte Lenin während seines ganzen Lebens keine wesentliche Entscheidung allein treffen, sondern er musste sich immer Mehrheiten im Politbüro und auf den Parteitagen verschaffen, oftmals unter harten Kämpfen und Auseinandersetzungen. Aber schon sehr bald nach seinem Tode nannte ihn Trotzki unter Beifallsrufen «den grössten Menschen unserer revolutionären Epoche»¹³, und derselbe Mann rührte an eines der eigentümlichsten Probleme des Marxismus, als er behauptete, Lenin sei neben Marx das einzige Genie gewesen, das sich unter den Führern der Arbeiterklasse finde; zwar würde die Klasse auch ohne diese Genies ihren welthistorischen Aufgaben gerecht werden, «aber langsamer».¹⁴ Wenn man eine andere Äusserung Trotzkis daneben hält, nämlich dass die Bolschewiki die Macht ohne Lenins Drängen nie erobert haben würden, da die Bourgeoisie dann bald Frieden geschlossen und die Situation wesentlich verändert haben würde¹⁵, könnte man zu dem Ergebnis gelangen, dass sowohl der neue Staat als auch die russische Arbeiterklasse von diesem einen Genie geschaffen worden seien. Die Behauptung ist also zulässig, dass die Kommunistische Partei Sowjetrusslands von ihrer Frühzeit an auch in einem engeren Sinne eine «Führerpartei» war, ja dass sie einen wahren Führerkult aus-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

bildete, der sogar von sympathisierenden Beobachtern angesichts des Lenin-Mausoleums häufig «Reliquienkult» genannt und mit religiösen Phänomenen verglichen wurde. Aber konnte die Partei nach dem Tod des «genialen Führers» nun von Durchschnittsmenschen kollektiv geleitet werden? Lew Kamenjew fand sehr wenig Beifall, als er sich auf dem 14. Parteitag gegen den Begriff der «Einmannleitung» und gegen die «Erschaffung eines Führers» aussprach.¹⁶ Stalin hatte in seiner Position als Generalsekretär der Partei, der als einziger zur gleichen Zeit Mitglied der vier wichtigsten oberen Gremien war – des Politbüros, des Zentralkomitees, des Sekretariats und des Org(anisations)büros –, die Nachfolge Lenins faktisch schon angetreten, und bereits 1926 fanden sich seine Standbilder an vielen Plätzen der Sowjetunion. So wurde es bald üblich, von «der Partei und ihrem Führer Stalin» zu sprechen, und vielbeklatschte Hinweise auf die Grösse von Stalins Führerschaft fehlten dann in keiner öffentlichen Rede mehr. Trotzki drehte den Vorwurf, der sich einst gegen ihn selbst gerichtet hatte, auf ingeniose Weise um und klagte den *Stalinismus* als ein bonapartistisches Regime an, aber er bedachte dabei nicht, dass Martow denselben Vorwurf bereits vor dem Kriege gegen Lenin erhoben hatte.¹⁷ So gehörte es zum Wesen der Partei, dass ein einzelner Mann an ihrer Spitze stand und über ein ungewöhnliches Mass an Macht verfügte. Trotzdem wurden sowohl Lenin wie Stalin immer nur als Personifizierungen der Partei betrachtet, ja formell sogar der Klasse, so kurios sich die zweite Bestimmung angesichts der Herkunft und der Präzedentien von beiden ausnahm. Dass die Partei ihre elementare Vernichtungsintention schliesslich auch auf sich selbst erstreckte, d.h. auf jene Mitglieder, die sich gegen den Führer auflehnten, war wohl im Begriff dieser Partei beschlossen, so gewiss das Ausmass der grossen Säuberung zufällig sein mochte. Anders steht es jedoch mit der Tatsache, dass Stalin schliesslich – wohl ab 1937 – für seine Entschlüsse die Zustimmung keines Gremiums anders als formal benötigte und gegen Ende seines Lebens sogar die blossen Einberufung des Politbüros häufig nicht mehr für erforderlich hielt. Das versties gegen den Geist der Partei, der immer kollektivistisch blieb, auch wenn sie sich dem Willen eines Führers unterwarf. Aber kollektivistisch war ebenfalls das Denken der nationalsozialistischen Partei, obwohl sie auf dem Boden einer ganz anderen Tradition stand und zweifellos in einem anderen Sinne eine *Führerpartei* war.

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

Die Arbeiterbewegung hatte sich in ihrem grössten und einflussreichsten Teil in diejenige Tradition hineingestellt, welche die Französische Revolution und insbesondere deren jakobinische Phase zu ihren Ursprüngen zählte. Die entgegengesetzte Tradition war diejenige der Rechten, welche in der Französischen Revolution vor allem Auflösung, Zersetzung und Chaos erblickte. Es ist zwar naheliegend, in der Verschwörungstheorie des Abbé Barruel, in der Verteidigung der organischen Entwicklung durch Edmund Burke, in der Kennzeichnung der Revolution als «satanisch» durch Joseph de Maistre und in Adam Müllers Angriffen gegen den römisch-rechtlichen Begriff von Privateigentum und Privatreligion weiter nichts als eine Verteidigung des *Feudalismus* und damit der Interessen des Adels gegen *die Moderne* zu sehen. Aber wenn die Industrielle Revolution, wenn gleich nicht wurzellos, vor allem das Neue gewesen war, so war die Französische Revolution eher etwas *Altneues*, und schon seit 1793 wandten ehemalige Liberale bei deren Kennzeichnung Begriffe an, die vorher ganz anderen Gegnern gegolten hatten, etwa «despotische Synode», «Missionare» und «Inquisitionsgerichte». In ihren Augen war also dasjenige rückschrittlich, was sich selbst als fortschrittlich ausgab, und umgekehrt lernten die konservativen Schriftsteller bald, sich der Mittel der Flugschriften und der demagogischen Angriffe zu bedienen. Die geschichtliche Wirklichkeit Europas kannte nicht den *reinen Fortschritt*, der durch konkrete Personen verkörpert gewesen wäre, und die *reine Reaktion*, welche durch bestimmte Namen bezeichnet werden konnte, sondern sie war durch Überschiessen, Polyvalenzen, Mischformen, Aneignungen und Umdenken bestimmt, und sie wies daher unter Einschluss der Französischen Revolution nur unvollendete Revolutionen und unvollständige Reaktionszeiten auf. Wer hätte im 19. Jahrhundert *objektiv fortschrittlichere* Taten vollbracht als die *subjektiven Reaktionäre* Robert Peel, Louis Bonaparte, Otto von Bismarck und Benjamin Disraeli? So war der Antisemitismus der Wilhelminischen Zeit eine Modernisierung der überlieferten Verschwörungstheorie, und die sozialdarwinistischen Vorstellungen der Jahrhundertwende waren nicht ausschliesslich ein Verteidigungsinstrument des nationalliberalen Bürgertums, sondern sie fanden in neuartigen Ergebnissen der Wissenschaft eine Stütze wie etwa in Francis Galtons Lehre von der Erblichkeit der Eigenschaften. Aber ebenso wie die Linke in allen ihren Wandlungen und Gestalten durch eine

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Affinität zu der Doktrin von der Befreiung der Individuen zur unstrukturierten *reinen* Menschheit erkennbar blieb, so war die Rechte stets von der Furcht vor dem möglichen gesellschaftlichen *Chaos* sowie dem daraus schliesslich resultierenden Despotismus geprägt. Diese Furcht war das Komplement der Überzeugung, dass traditionsgebundene Ordnung und mithin institutionalisierte Rangverhältnisse die elementarste Grundlage menschlichen Zusammenlebens seien. Daher besass auch die Rechte von früh an tendenziell ein Vernichtungskonzept, das Konzept der Beseitigung der «Verschwörer» oder der Urheber der Zersetzung, und bei einem Manne wie Eugen Dühring trat es um 1900 in der Wendung gegen die Juden als Schädlingssrasse unverhüllt in Erscheinung. Aber gerade Dühring kam von links, und je älter die Rechte wurde, umso mehr ursprünglich linke Züge nahm sie in sich auf. Sie blieb jedoch in allen Wandlungen mit sich identisch, solange ihr *Ordnung* vor *Befreiung* ging. Freilich konnte Ordnung nie im gleichen Sinne ein Menschheitsgedanke sein wie Befreiung zu Frieden und Zwanglosigkeit, weil der Begriff längst nicht so überzeitlich war und sich immer an einer existierenden Ordnung orientieren musste, aber er wurde gleichwohl in allen Perioden der Geschichte dann virulent, wenn die Erschütterung des Bestehenden einer grossen Anzahl von Menschen unerträglich vorkam und die Furcht vor einer Auflösung der Gesellschaft um sich griff. Es war zu vermuten, dass dieses Konzept im 20. Jahrhundert nur dann massenwirksam werden konnte, wenn es gleichwohl mit dem Begriff der Befreiung zusammengebracht wurde.

Mithin mussten sich nach dem grossen Katalysator des Ersten Weltkrieges unerwartete Möglichkeiten für eine *linke Rechtspartei* in denjenigen Ländern eröffnen, wo die bestehende Ordnung nicht so weitgehend diskreditiert war wie die Selbstherrschaft in Russland und wo sie nicht ebenso fest und unangetastet war wie bei den westlichen Siegermächten. Zuerst setzte sich ein neuartiger Typus von Partei in Italien durch, das einen «verstümmelten Sieg» beklagte: eine von weiten Kreisen der Mittelschichten getragene, vom Grossbürgertum unterstützte und von ehemaligen Marxisten bzw. Linken gegründete Partei, der Faschismus. Der deutsche Nationalsozialismus gab die linke Tendenz schon im Namen zu erkennen, und er verlangte in seinem Programm die «Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens», er machte sich die ehemals linksradikale Forderung der Homogenität des Volkes zu eigen und vertrat gleichwohl mit der Vorstellung

vom freien Spiel der Kräfte die Position des extremen Liberalismus. Aber stärker und glaubwürdiger war das rechte Grundmuster: der Glaube an den Dolchstoß der Feinde und Verschwörer, der Hass gegen die Hetzpostel der marxistischen Linken, die Ausrichtung an vergangener Grösse, die Kennzeichnung der Französischen Revolution als «furchtbaren Vulkanausbruch», das entschlossene Festhalten am *Eigenen*. So war die nationalsozialistische Partei vom Typus her eine faschistische und genauer eine radikal-faschistische Partei. Aber sie wäre vermutlich eine durch Fraktionskämpfe zerrissene Gruppe unter anderen Gruppen geblieben, wenn nicht an ihre Spitze ein Mann getreten wäre, der in Gesprächen mit seinem nächsten Vertrauten den Bolschewismus sich «von Moses bis Lenin» erstrecken liess¹⁸ und der alle Kompromisse, auch diejenigen mit den «völkischen Wander-scholaren» nicht weniger entschieden ablehnte, als Lenin es gegenüber den Menschewiki und den Sozialrevolutionären getan hatte. Er schuf die Ideologie seiner Partei so wenig, wie Lenin diejenige der seinen geschaffen hatte, aber auch er setzte die entscheidenden Akzente und formulierte die autoritativsten Sätze. Vor allem aber gewann er in dieser Partei ehemaliger Kriegsteilnehmer, die sich mit ihrer Vergangenheit identifizierten und Deutschland durch die Vernichtung der *Volksfeinde* befreien wollten, von vornherein eine andere Stellung, als Lenin sie in seiner Partei aus Emigranten und kriegsmüden Soldaten einnehmen konnte und einnehmen wollte.

Adolf Hitler war in der gesellschaftlichen Hierarchie zwei Stufen niedriger als Lenin geboren, und er besuchte nie eine Universität oder Hochschule; nach Herkunft und Bildungsstand wies er eher Ähnlichkeiten mit Stalin auf, sofern man von seinen künstlerischen Neigungen und Fähigkeiten absieht. Aber die *Deutsche Arbeiterpartei*, der er 1919 beitrug, war von dem Konspiratorischen der bolschewistischen Partei weit entfernt und bot einem Volksredner von vornherein grössere Chancen, da sie in einer vergleichsweise freien und liberalen Gesellschaft entstand. Andererseits aber war sie durch die Nähe zu den Freikorps gekennzeichnet, und deren Prinzip war nicht etwa bloss militärisch, sondern als die persönliche und unmittelbare Bindung relativ weniger Männer an ihren jeweiligen Führer weit altertümlicher. So existierten das demokratische Prinzip der Entscheidung durch Mitgliederversammlungen und das Befehlsprinzip zunächst nebeneinander, und die Geschichte Hitlers, der im Anfang bloss als «Propagandaleiter» das

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

siebente Mitglied des Führungsgremiums war, ist eine Geschichte der Erweiterung der Führermacht, ähnlich derjenigen Mussolinis.

Aber schon seit der Übertragung «diktatorischer Vollmachten» war Hitler von 1921 an im schroffen Gegensatz zu Lenin in keine Art von Zentralkomitee eingebunden, sondern das Befehlsprinzip triumphierte sehr früh über das demokratische Prinzip der Wahl und der Diskussion. Zunächst hatte er allerdings noch Mentoren und gleichrangige Mitkämpfer, doch schon der Putsch vom November 1923 war ausschliesslich sein eigenes Werk, das von keinem Parteigremium beschlossen oder auch nur bestätigt war. Nach der Neugründung der Partei hatte Hitler zahlreiche Schwierigkeiten gegenüber dem norddeutschen Flügel zu überwinden, aber er gewann aus den Reihen dieser *Linken* auch den Protagonisten des Führerkults, Joseph Goebbels. Bis 1930 besass der «Oberste SA-Führer» Franz Pfeffer von Salomon noch eine relativ selbständige Stellung, aber dann übernahm Hitler persönlich die Führung der weitaus wichtigsten Gliederung der Partei. Mehr als irgendeine andere deutsche Partei, weit mehr auch als die Bolschewiki vor ihrer Machtergreifung, wies die NSDAP um 1930 bereits den Charakter eines Staates im Staate auf, und der Führerkult war der wichtigste integrierende Faktor der Partei, in welcher sich sehr unterschiedliche Tendenzen zusammengefunden hatten. Immer wieder trat aber auch die objektive Überlegenheit Hitlers hervor, dem Männer wie Hess, Himmler und Goebbels ausgesprochen hörig waren, während er in der Öffentlichkeit noch vielfach als «blasse Nachbildung» Mussolinis galt.¹⁹

So wurde Hitler, der kein Mitglied des Reichstages war, am 30. Januar 1933 als Führer der nationalsozialistischen Bewegung in das staatliche Amt des Reichskanzlers berufen. Daher war er von Anfang an trotz seines auf die Verfassung abgelegten Eides nicht lediglich ein Faktor unter mehreren Faktoren, sondern er hatte ein entscheidendes Übergewicht dadurch, dass er unbetritten an der Spitze der nationalsozialistischen Volksbewegung stand und damit deren staatlich abgeschirmte Revolution führte, die sich vor allem als Gegenrevolution verstand. Spätestens seit dem August 1934 war der Führerwille das oberste Gesetz, und damit fiel auch die Entscheidung über Krieg und Frieden, für die nach der Weimarer Verfassung ein Reichsgesetz erforderlich war, allein in die Kompetenz Adolf Hitlers. Eine

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

solche Machtvollkommenheit besass Lenin bei Weitem nicht und Stalin seit 1937 allenfalls faktisch. Daher konnte es 1939 nicht den leisesten Zweifel geben, dass Hitler allein für den Krieg gegen Polen verantwortlich war, und bloss um seine Stirn wurde der Lorbeer des Sieges geflochten.

Die Kennzeichnung der Führergewalt durch die nationalsozialistischen Juristen war zu einem guten Teil quasi-theologisch und mystisch. Der Führer, so hiess es, ist eine Verkörperung des eigentlichen Volkswillens und damit der Verfechter der «objektiven Idee der Nation gegen die subjektive Willkür einer irgeleiteten Volksstimmung». Sein Amt ist unteilbar, seine Gewalt ist «nicht durch Sicherungen und Kontrollen, durch autonome Schutzbereiche und wohlervorbene Einzelrechte gehemmt, sondern sie ist frei und unabhängig, ausschliesslich und unbeschränkt». Dabei ist sie nicht etwa willkürlich, sondern an Schicksal und Aufgabe des Volkes gebunden. Was aber Schicksal und Aufgabe des Volkes sind, bestimmt der Führer allein, er lenkt den «Einsatz der gesammelten politischen Kraft des Volkes für die gemeinsamen grossen Ziele». Die Volksbefragungen bestimmen seine Entschlüsse nicht, sondern sie haben die Funktion der Bestätigung, des vertrauenden Sich-Bekennens zu den Entscheidungen des Führers.²⁰

Schon vor Kriegsbeginn war das Prinzip des Führerstaats so vollkommen realisiert, dass Göring sagen konnte, er selbst und alle anderen Staats- und Parteiführer hätten neben Hitler in den grossen Fragen nicht mehr Entscheidungsbefugnis als die Steine, auf denen sie gerade ständen.²¹ Dass unterhalb dieser Ebene zahlreiche Kompetenzkonflikte der Unterführer zu verzeichnen waren, ist seit der frühesten Nachkriegszeit aus den Memoiren von Mithandelnden bekannt, aber dieser Tatbestand war gerade eine Voraussetzung für die Ungebundenheit von Hitlers Entscheidungen im Raum der Weltpolitik. Die nationalsozialistischen Juristen hatten daher recht, wenn sie die Gleichsetzung des Führerstaates mit einer Diktatur oder auch einer absoluten Monarchie zurückwiesen. In der Tat hatte niemals ein Diktator oder ein absoluter Monarch so viel Macht gehabt wie Hitler. Selbst der Wille des Militärkaisers Napoleon I. war nicht unmittelbar mit dem Staatswillen identisch. Es ist eine völlig unbegründete Annahme, etwas derartiges sei notwendig gewesen, wenn das Ziel bloss in der Wiedererlangung der Grossmachtstellung oder auch in der Gründung Grossdeutschlands bestanden hätte. Es war vermutlich die einzige «Verfassung», unter

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

welcher der Griff eines besiegt Staates nach «Weltherrschaft» wider alle Wahrscheinlichkeit und wider die Bedenken aller Fachleute möglich war: Die archaische Einfachheit der Willensbildung in kriegerischen Stämmen war mit der modernen Effizienz eines arbeitsteiligen Staatswesens vereinigt. Aber es war auch die einzige Staatsform, in der ein einzelner Mensch eine ganze Nation in die totale Niederlage und sogar in den physischen Untergang ziehen kann. In philosophischer Perspektive handelte es sich um die extremste Form pervertierter Theologie: Der Führer galt als Gott oder mindestens als halbgöttlicher Heilsbringer, und darin lag, historisch gesehen, das schroffste Gegenteil der deutschen und europäischen Tradition.

Aber den juristischen Ausführungen über die staatsrechtliche Stellung des unbeschränkten Volksführers war nicht zu entnehmen, dass dieser Gott oder Halbgott zugleich der Vorkämpfer einer «Weltanschauung» war, die weitaus mehr Menschen ansprechen wollte als bloss die Deutschen: mindestens *die Germanen* und vielleicht sogar *alle Arier*. Und die Realität deckte sich bei Weitem nicht mit den Begriffen und Postulaten. Das deutsche Volk war nicht eine überschaubare Sippe, die vertrauensvoll zu ihrem Patriarchen aufblickte, sondern eine moderne, sehr komplexe und historisch vielfältig differenzierte Gesellschaft. Der Führer brauchte mithin ein Organ, das eben nicht mit dem Volk identisch war, und seine Weltanschauung musste ebensowohl in diesem Organ verwurzelt sein, wie sie es wiederum durchdrang. Wenn die NSDAP Hitlers erstes und vornehmstes Geschöpf war, so war er doch in gewisser Weise wiederum ihr Sprössling. Das Dritte Reich war daher ebensowohl ein Parteistaat wie ein Führerstaat, und schon das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 fixierte diesen Tatbestand auch formalrechtlich, indem es die Partei als «die führende und bewegende Kraft des nationalsozialistischen Staates» definierte. Wenn der Führercharakter als Entschränkung der überlieferten monarchischen Gewalt gedeutet werden darf, so war der Parteicharakter des Staates etwas historisch ganz Neues, das aus den Traditionen der Rechten noch weniger abgeleitet werden konnte als aus den Überlieferungen des Sozialismus. Aber Sowjetrussland war Deutschland um 15 Jahre voraus.

Die NSDAP war von Vornherein keine Honoratiorenpartei, sondern eine gut organisierte Massenpartei, wie es in Deutschland bis dahin nur die SPD und ab 1920 auch die KPD gewesen waren. Aber nicht nur war die Führergewalt viel ausgeprägter, sondern die Mitgliederbewegung war gewaltiger,

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

als sie es in der SPD und der KPdSU gewesen war. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme hatte die NSDAP über 700'000 Mitglieder, während die Partei der Bolschewiki im Herbst 1917 kaum mehr als 200'000 gezählt hatte; 1935 war die Mitgliederzahl mit 2,5 Millionen etwa ebenso gross wie die der KPdSU einschliesslich der Kandidaten. Die NSDAP war also weit weniger eine Elitepartei als die KPdSU, und umfangreiche Parteisäuberungen wurden zu keinem Zeitpunkt vorgenommen. Hitler verglich seine Partei nie mit dem Stand der Samurai oder mit einem «Schwertträgerorden», wie es Trotzki bzw. Stalin im Hinblick auf die KPdSU taten.²² Aber anders als die KPdSU war die NSDAP schon vor der Machtergreifung staatsähnlich organisiert, und die Münchener Reichsleitung ähnelte seit 1930 einer Regierung. Die Parteiarmee der SA mit ihren Stäben und ihrer heeresmässigen Hierarchie war an Zahl weitaus grösser, als es die «Rote Garde» in Petrograd 1917 gewesen war. Diese Partei und ihre Armee brauchten sich indessen nicht in einem genuinen Bürgerkrieg zu behaupten, und sie vernichteten zwar die anderen Parteien, aber keineswegs ganze soziale Klassen, und hinsichtlich des «Hauptfeindes», des Judentums, realisierte sich die Intention der Vertreibung erst ganz allmählich. So wurde die SA nicht, wie in gewisser Weise die Rote Garde, zur Armee des Staates, und die Partei übte zwar grossen Einfluss aus, blieb aber immer ein Staat im Staate und konnte für lange Jahre nicht entfernt daran denken, sich etwa die Wirtschaft so zu unterwerfen und geradezu anzueignen, wie es die KP in Sowjetrußland getan hatte. Deutschland besass ja, anders als Russland 1917 und erst recht 1920, eine zwar darniederliegende, aber dennoch sehr leistungsfähige und gut funktionierende Wirtschaft, die auf vielfältige Weise in den Weltmarkt einbezogen und zu einem guten Teil davon abhängig war. Ein Versuch, sie ohne ausdrückliche und überwältigende Zustimmung der Wähler zu enteignen und umzuorganisieren, hätte das Chaos und den Niedergang hervorgeufen, die in Russland auf Krieg und Bürgerkrieg gefolgt waren. Eben dadurch war die Macht der Partei viel begrenzter und blieb der soziale Pluralismus im Gegensatz zum politischen weitgehend bewahrt. Immerhin glückte einigen Führern von Parteiorganisationen wie etwa Joseph Goebbels der Sprung in die entsprechenden staatlichen Ämter, aber Alfred Rosenberg gelang die Übernahme des Auswärtigen Amtes so wenig wie Ernst Röhm diejenige des Reichswehrministeriums. Zwar kam es später immer

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

häufiger zu Personalunionen zwischen Partei- und Staatsämtern, aber im Prinzip blieben Staat und Partei getrennt. Die faktische Situation bestand in einem erbitterten Wettbewerb der verschiedenen Partei- und Gliederungsführer um Anteile an der staatlichen Macht, und auch daraus resultierte ein verwirrendes Nebeneinander von Ansprüchen und Kompetenzen, das man *Neofeudalismus* nennen mag, das aber keinesfalls eine *Polykratie* war, da es nie den geringsten Zweifel gab, wer die *grossen* Entscheidungen zu treffen hatte. Ein gewisses Durcheinander wurde von Hitler sogar ausdrücklich gefördert, wie ja auch Stalin und schon Lenin das konkurrierende Nebeneinander von Organen gefördert hatten. Freilich blieben in Deutschland weitaus stärkere Reste des überlieferten Individualismus und grössere Möglichkeiten eigener Initiativen bestehen, während in der Sowjetunion die Kompetenzvielfalt weit ausgeprägter der Wechselkontrolle und damit der bis ins Kleinste sich erstreckenden Herrschaft der Spitze diente. Der Grundunterschied zwischen der NSDAP und der KPdSU lag darin, dass diese eine industrielle und kriegsfähige Gesellschaft durch äusserste Aktivität nach den Verheerungen von Krieg und Bürgerkrieg erst hervorbringen musste, während jene nur die leichtere Aufgabe zu erfüllen hatte, eine schon hoch industrialisierte Gesellschaft aus einer Friedenskrise heraus auf einen Krieg oder doch auf die Möglichkeit glaubwürdiger Kriegsdrohungen vorzubereiten. So teilte die NSDAP die meisten der formalen Merkmale der KPdSU, z.B. den Aktivismus und den Vernichtungswillen, aber bis zum Kriegsausbruch doch nur in sehr viel weniger prononcierter Gestalt.

Es war ja schon charakteristisch, dass die Partei neben ihren Gliederungen – der SA, der SS, dem NSKK, der Hitlerjugend, dem NSDStB und der NS-Frauenschaft – auch *angeschlossene Verbände* wie den Ärztenbund, den Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen, den Lehrerbund und den Reichsbund deutscher Beamten aufwies, welche die Fortexistenz des sozialen Pluralismus anschaulich erkennen liessen.

Die Spitzengliederung der Partei erfolgte durch Funktionsverteilung in der Reichsleitung, die ihren Sitz in München als der «Hauptstadt der Bewegung» behielt. Aber Rudolf Hess, den man dem Generalsekretär der KPdSU vergleichen könnte, hatte faktisch viel weniger Eingriffsmöglichkeiten in den staatlichen Bereich, obwohl er bei der Gesetzgebung und bei der Ernennung aller Beamten beträchtliche Mitwirkungsrechte hatte. Bei seinem Aufenthalt in Berlin am 13. Und 14. November 1941 machte Molo-

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

tow auch Hess einen Besuch, und es soll dabei über Fragen der Organisation beider Parteien gesprochen worden sein.²³ Wenn die Nachricht richtig ist, würde es sich um das einzige «Spitzengespräch» handeln, das zwischen der KPdSU und der NSDAP je stattgefunden hätte. Ob unter Martin Bormann, der nach Hess' mysteriösem Englandflug als «Leiter der Parteikanzlei» einer der mächtigsten Männer des Dritten Reiches wurde, «Spitzengespräche» von völlig anderer Art stattgefunden haben, ist eine offene Frage.²⁴

Eine Art Minister waren unter Hess bzw. Bormann die «Reichsleiter», zu denen etwa Robert Ley als Chef der «Deutschen Arbeitsfront», aber auch die Führer der grossen Gliederungen wie Heinrich Himmler und Baldur von Schirach gehörten. Eine «Instruktion» ganzer staatlicher Bereiche durch Parteidenkstellen – wie durch die Abteilungen des Zentralkomitees in der Sowjetunion – gab es nicht, wohl aber waren die angeschlossenen Verbände jeweils einem bestimmten Amt in der Reichsleitung zugeordnet. Nach unten erstreckte sich die Organisation der Partei über die Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Zellenleitungen bis hin zur untersten Einheit, dem *Block*, der 40-60 Haushaltungen umfasste. Alle Parteifunktionäre trugen Uniformen mit Rangabzeichen, die jedoch im Gegensatz zu den Uniformen und Rangabzeichen der SA und SS nie sehr bekannt und schon gar nicht populär wurden.

Die Blockleiter hatten *an den Graswurzeln* die Aufgabe der Beitragskassierung, aber auch der Beratung, der Überwachung und der Propaganda von Mund zu Mund, und zwar ebenfalls den blossen «Volksgenossen» gegenüber. In jedem Mietshaus befand sich eine «Haustafel der NSDAP»: «Hier spricht die NSDAP. Volksgenossen: Braucht ihr Rat und Hilfe, so wendet euch an die NSDAP.» Dann folgten der Name des Blockleiters und die Adresse der Geschäftsstelle. In der unteren Hälfte wurden die Mitteilungen der Partei angeheftet.

Eine Gegenwart der regierenden Partei inmitten der gesellschaftlichen Basis war freilich auch schon vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs 1918 in Petrograd, Moskau und anderen grossen Städten Russlands gegeben gewesen. Dort hatten sich «Hauskomitees» gebildet, die in der Regel aus dem Hauspersonal oder den ärmsten Bewohnern bestanden und die es sich sehr rasch zur Aufgabe machten, feindlich gesinnte Familien auszuquartieren, den Wohnraum umzuverteilen und zum mindesten eine äusserst strenge Überwachung aller «Burschui» auszuüben. Dazu gab es im nationalsozia-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

listischen Deutschland lange Jahre hindurch keine Analogie, auch nicht jüdischen Hausbewohnern gegenüber, so unangenehm die Kontrollen und oft genug die Schikanen seitens der untersten Funktionäre der Partei sein mochten. Das deutsche System war weit mehr ein System der Kontrolle als der Veränderung, ein Kapillarsystem, das jede spontane Regung zu unterdrücken imstande war, das aber auch eine aktivierende und *demokratisierende* Einrichtung darstellte. Viele Blockleiter, eine Anzahl von Kreisleitern und einige Gauleiter waren Arbeiter bzw. ehemalige Arbeiter oder stammten doch aus sehr einfachen Verhältnissen, und dem Drang nach Titeln und Unterscheidungen war ein weites Feld geöffnet. Aber so sehr der Grosshändler und der Regierungsrat unter den misstrauischen Augen des Blockleiters sich unbehaglich fühlen mochten, welcher weiterhin vielleicht ein schlichter Büroangestellter war, so blieben sie doch, was sie waren, Grosshändler und Regierungsrat, und gegen etwaige Übergriffe konnten sie die Gerichte anrufen, sofern sie nicht als aktive Mitglieder aufgelöster Parteien eine Denunziation bei der Gestapo fürchten mussten. In Moskau und Petrograd dagegen regierten und änderten die Hauskomitees in ihren kleinen Bereichen nahezu souverän, und ernstere Widersetzlichkeiten wurden nicht selten auf der Stelle geahndet.

Hier scheint, weit unterhalb der Ebene der Parteispitzen und gar der Führer, der innerste Kern des Unterschieds der beiden Parteien fassbar zu werden: Die KPdSU war eine Partei der Proletarier, welche die Vernichtung aller Klassendifferenzen zum Ziel hatte, und die NSDAP war eine Partei der Kleinbürger, der es bei allem politischen Aktivismus gerade auf die Erhaltung der sozialen Verhältnisse ankam.

Diese einfache These ist jedoch schon deshalb fragwürdig, weil die NSDAP zum Zeitpunkt der Machtergreifung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mehr als fünfmal so stark war wie die Partei der Bolschewiki. Genaue und zuverlässige Angaben fehlen zwar für die Frühzeit der späteren KPdSU, aber man hat errechnet, dass im August 1917 allenfalls 5% der Industriearbeiter Mitglieder der Partei waren. Von den 171 Delegierten des 6. Parteitages, welche die vorgelegten Fragebögen ausfüllten, waren 92 Russen und 29 Juden. 94 hatten Hochschulbildung, 72 waren Arbeiter und Soldaten. Das Durchschnittsalter lag bei 29 Jahren.²⁵ Es handelte sich also um eine Partei von Intellektuellen und Arbeitern sowie Bauern im Rock

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

von Soldaten. Wie viele der *Arbeiter* in Handwerksbetrieben oder in der Kleinindustrie tätig waren und mithin *kleinbürgerliche* Züge aufwiesen, lässt sich nicht feststellen; in Petrograd war zweifellos der Anteil der Arbeiter aus den grossindustriellen Putilow-Werken erheblich. Aber besonders bemerkenswert war natürlich der hohe Anteil der «Fremdvölkischen», nicht nur der Juden, sondern auch der Letten, und generell das geringe Durchschnittsalter in der Partei. Auf dem zweiten Parteitag in London war ja die Hälfte der Delegierten jüdisch und waren weit mehr als 50% Intellektuelle gewesen. Hier ist die Herkunft der Rede vom «jüdischen Bolschewismus» klar zu erkennen. Ein Grundzug der russischen Revolution bestand eben darin, dass sie nicht zuletzt ein Aufstand der unterdrückten «Fremdvölkischen» oder ihm doch gleichzeitig war: der Juden, Letten, Litauer, Finnen, Georgier und vieler anderer. Überdies gehörte von jener Hälfte der Delegierten ein guter Teil dem «Bund» und den Menschewiki an, und auf eine entsprechende Frage würde wohl jeder der jüdischen Bolschewiki die gleiche Antwort gegeben haben, die später der Volkskommissar Mechlis auf eine antisemitische Bemerkung Stalins hin gab, er sei kein Jude, er sei ein Kommunist.²⁶ Ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit ist der These zuzuschreiben, dass das Judentum in den russischen Westprovinzen – noch klar erkennbares «Volk» und doch schon in der Ablösung von dem Glauben begriffen, der dieses Volk zu konstituieren schien – das stärkste Reservoir von Energie und Begabung darstellte, das jemals auf so engem Raum konzentriert war und plötzlich fast unbegrenzte Wirkungsmöglichkeiten erhielt. So erklärt es sich, dass der jüdische Anteil an den obersten Führungspositionen zunächst ausserordentlich hoch war, aber dadurch wird keineswegs bewiesen, dass der Bolschewismus als solcher *jüdisch* war, sondern es wird lediglich besonders deutlich sichtbar, wie wenig die bolschewistische Partei am Vorabend ihrer Machtergreifung dem Marxschen Schema von der ungeheuren Mehrheit der Proletarier und der winzigen Minderheit von Kapitalmagnaten entsprach. Keine soziologische Prozentrechnung vermag das Ergebnis zu ändern, zu dem die historische Anschauung führt: Die bolschewistische Partei war 1917 eine noch ganz unentwickelte und relativ kleine Partei aus Intellektuellen, Arbeitern und «Fremdvölkischen», die sich in der Situation der noch unvollzogenen militärischen Niederlage an die Spitze des Massenwunsches fast aller Soldaten nach Frieden und fast aller Bauern nach Land setzte. Da sie sich aber von

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Anfang an für marxistisch erklärt hatte, konnte sie nach der Übernahme der alleinigen Macht nicht beim blossen Friedensschluss und bei der von den Sozialrevolutionären geforderten Aufteilung des Landes der Gutsbesitzer stehenbleiben, sondern sie musste auch die Industrie enteignen und das Bürgertum der Privatbesitzer wie die alte Intelligenz sozial vernichten. Sie war also die Partei einer umfassenden sozialen Umwälzung, und wenn jede Art wesentlicher Veränderung Revolution genannt werden darf und zugleich fortschrittlich und historisch gerechtfertigt ist, dann war sie in der Tat eine revolutionäre und fortschrittliche Partei im Einklang mit der geschichtlichen Entwicklung. Aber sie war *nicht* die Partei, die dem Marx-schen Grundkonzept entsprach.

Erst recht erbringen soziologische Angaben für die Jahre nach der Machtergreifung und dem Bürgerkrieg wenig, da die Partei nun die soziale Wirklichkeit formte und ihre eigene Zusammensetzung zu manipulieren vermochte, indem sie etwa temporär nur Arbeitern und armen Bauern den Eintritt gestattete, während viele Angestellte und Angehörige der alten Intelligenz hinausgesäubert wurden. Da aber sämtliche bedeutende Führungspositionen des riesigen Staates bis auf wenige Ausnahmen von Parteimitgliedern besetzt werden mussten, wurde die Partei, obwohl sie noch 1919 zu fast 90% aus Mitgliedern mit Volksschulbildung bzw. aus Analphabeten bestand, nahezu mit der Führungselite identisch, und die Zahl der Arbeiter bzw. Bauern, die tatsächlich Handarbeit leisteten, betrug kaum mehr als ein Zehntel. Die Frage, ob sich unter der Decke des vagen Begriffes der Angestellten oder der neuen Intelligenz tiefgreifende Differenzierungen und die Bildung einer neuen Klasse oder gar Kaste vollzogen, liess sich angesichts des Fehlens einer Wissenschaft der Soziologie nicht verlässlich entscheiden.

Eine Fülle von Material liegt dagegen in Bezug auf die NSDAP vor, die sich ja vor ihrer Machtergreifung 14 Jahre lang im Schosse einer Gesellschaft entwickelte, die sich durch kein grundlegendes soziales Merkmal von anderen europäischen Gesellschaften unterschied. Alle diese Gesellschaften sind als kleinbürgerliche Gesellschaften zu charakterisieren, d.h. sie bestehen nicht in der grossen Mehrheit aus Bauern und Arbeitern, sondern sie verfügen über eine vergleichsweise sehr breite Mittelschicht, die sich einer vermittelnden und organisierenden Tätigkeit widmet. Zusammen

mit den alten Klassen des Bildungsbürgertums und des Kleinadels macht sie unterhalb der Oberschicht aus Grossbürgertum und Aristokratie nicht viel weniger als die Hälfte der Bevölkerung aus und bildet nicht so sehr eine Klasse wie eine alldurchdringende Atmosphäre, gleichsam das Filterbecken der Nation und der Gesellschaft, das niemals eine einheitliche politische Position einnimmt und mit der Oberschicht der Arbeiterklasse ebenso eng verbunden ist wie mit dem «werktätigen» Teil des Grossbürgertums. Wegen dieser Vielfalt hat die Mittelschicht nie ein Heldenbild ihrer selbst entwickelt, sondern sich vielmehr unablässig kritisiert und eben dadurch eine Bewegtheit in die Gesellschaft gebracht, die einer kriegerischen Adelsgesellschaft so fremd ist wie einem Staat aus Kleinbauern. 1870 und noch 1920 war es eine Frage, ob dieses Grundelement aller westlichen Gesellschaften im Rückgang begriffen war oder im Vordringen, und Karl Marx hat keineswegs nur die eine These aufgestellt, sondern auch die andere. Man konnte sogar mit einem Körnchen Salz behaupten, der Begriff des revolutionären Proletariats sei wie überhaupt der Sozialismus eine Erfindung des Kleinbürgertums, weil er der Abneigung von Menschen kleinbürgerlicher Herkunft gegen bestimmte und in der Tat oft obsoleete Züge ihrer Jugendwelt entsprungen sei. Jedenfalls sagt man nichts Gehaltvolles, wenn man die NSDAP als kleinbürgerliche Bewegung bezeichnet und immer wieder Feststellungen bestätigt oder geringfügig modifiziert, die bereits in der offiziellen «Partei-Statistik» von 1935 zu finden sind und die zeigen, dass die Arbeiter in der Partei mit 32% gegenüber dem Anteil von 47% in der Bevölkerung unterrepräsentiert sind und dass dieser Anteil bei den Kreisleitern bis auf 8% gesunken ist.²⁷ Vergleichbare Tatbestände, nämlich Abweichungen von einer vorgestellten oder postulierten Gleichheit der Repräsentation, finden sich in allen Staaten und Parteien, wo der Begriff der *Repräsentation* etwas zu besagen hat, und das kennzeichnende am Nationalsozialismus ist ausschliesslich der vergleichsweise sehr hohe Arbeiteranteil innerhalb einer *Mittelstandsbewegung*²⁸ Ebensovienig gehaltvoll ist die These von den «Deklassierten», die bis zu einem gewissen Grade für jede radikale Partei zutrifft. Im Übrigen ist «Deklassierung» in solchen Fällen häufiger die Folge als die Ursache der Tätigkeit für eine Partei, und so war es auch bei der NSDAP. Die relative Zahl der Parteigenossen in einzelnen Regionen hing viel weniger von der sozialen Zusammensetzung ab als von aussersociologischen Faktoren wie Grenznähe,

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Konfession und freiwilliger Teilnehmerschaft am Kriege. Nicht zuletzt war die NSDAP wie die KPdSU eine Partei der Jugend. Weitaus erhellender als statistische Aufstellungen über Anteile an jeweils erst zu definierenden Klassen oder Schichten ist eine frühe Aussage Clara Zetkins aus dem Jahre 1923, faschistische Parteien beständen tendenziell aus den stärksten und entschlossensten (und, wie man wohl ergänzen muss, erregbarsten) «Elementen aller Klassen».²⁹ Mit ebensogroßem Recht könnte man sagen, die bolschewistische Partei habe 1917 aus den energischsten und aktivsten Elementen der russischen und nicht-russischen Intelligenz sowie der Arbeiter bestanden. Die entscheidende Frage aber, aus welchen Gründen sich in Russland bzw. in Deutschland diese Elemente zu einer Partei zusammengeschlossen haben, ist nicht durch die Soziologie, sondern nur durch die Geschichte zu erklären. Zwar lässt sich die Unterschiedlichkeit der beiden Parteien aus soziologischen und historischen Gegebenheiten einigermaßen verständlich machen, doch ihre Entwicklung und zumal die Machtergreifung resultieren aus ganz spezifischen Situationen und Ereignissen.

Aber wenn diese Machtergreifungen auch keineswegs blosse Coups waren oder auf Intrigen bzw. banale Zufälle zurückgeführt werden können, so fanden die neuen Staatsparteien doch in allen Schichten der Gesellschaft immerhin so viel Widerstand, dass sie ohne machtvolle Organe der Durchsetzung und Sicherung ihrer Herrschaft nicht auskommen konnten. Diese Organe waren nächst den Parteien das wichtigste Strukturelement derjenigen Staatsform, für die schon vor 1933 der Terminus *Totalität* in Gebrauch kam.

2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors

Die ersten bewaffneten Verbände, welche die Sicherheit der «Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung» in Petrograd und dann in Moskau zu gewährleisten hatten, waren dieselben, die für sie die Macht erkämpft hatten: die aufständischen Einheiten der alten Armee, insbesondere Gruppen von Matrosen der Baltischen Flotte und Abteilungen der Roten Garde. Sie hielten Wache vor dem Smolny-Institut, zunächst jederzeit eines Angriffs *konterrevolutionärer* Truppenteile gewärtig, und sie schirmten später

2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors

den Moskauer Kreml ab. Die Auflösung der alten Armee und die Bildung einer neuen gingen ab Ende Dezember 1917 Hand in Hand; der grundlegende Unterschied war zunächst die Abschaffung aller Ränge und Dienstgrade sowie sämtlicher Orden und Auszeichnungen; in der revolutionären Armee der russischen Republik sollten sich freie und gleiche Staatsbürger – Proletarier ihrer sozialen Herkunft nach – in freiwilligem Gehorsam zusammefinden und sich selbst durch Soldatenkomitees kommandieren. Es wurde sehr rasch klar, dass diese Armee ihren Namen nicht verdiente und keine Chance hatte, sich gegen den Widerstand von Resten der alten Armee oder gar gegen die deutschen Truppen durchzusetzen. So wurde die Rote Armee unter dem Kriegskommissar Leo Trotzki seit März eher nach dem Muster der zaristischen Armee als nach demjenigen der Roten Garden aufgebaut, und bald bestand die Mehrzahl ihrer Kommandeure aus ehemaligen Offizieren. Aber es waren ein paar lettische Regimenter aus überzeugten Bolschewiki, die im Juli 1918 die Regierung Lenin gegen den Aufstand der linken Sozialrevolutionäre retteten, und die Armee im Ganzen behielt den ursprünglichen Parteicharakter. Für geraume Zeit war in den Wechselfällen des Bürgerkriegs eine klare Trennung von *innen* und *aussen*, von bewaffneter Macht und speziellen Sicherungskräften sowieso kaum herzustellen. Nahezu alle hohen Kommandeure waren Parteimitglieder, und nicht wenige von ihnen – wie etwa der litauische Bauernsohn Jeronim Uborewitsch – hatten wesentlichen Anteil an der Organisation der Roten Garden gehabt; neben die ehemaligen Offiziere waren Kriegskommissare als die Beauftragten der Partei gestellt worden, und Parteiführer, die wie Trotzki und Stalin nie eine militärische Ausbildung gehabt hatten, nahmen die obersten Stellungen ein. Es war Trotzki, der im August 1918 die Errichtung der ersten Konzentrationslager befahl und der die ehemaligen zaristischen Offiziere dadurch von dem Überlaufen zu den Weissen abzuschrecken suchte, dass er ihre Frauen und Kinder als Geiseln behandeln und gegebenenfalls erschossen liess. Immerhin war auch während der ersten Monate nach der Machtergreifung insofern eine Unterscheidung von äusserer und innerer Sicherheit zu treffen, als während des November und Dezember 1917 die Regierung der Volkskommissare durch den Streik der Ministerialbeamten und Bankangestellten weit mehr bedroht war als durch militärische Aktionen. Niemand trug so viel zur Beendigung dieses Streiks bei wie Felix Ed-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

mundowitsch Dserschinsky, der Mitgründer der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens. Als junger Mann ein ergebener Anhänger der katholischen Kirche, hatte der Sohn polnischer Edelleute die ganze Inbrunst seines Glaubens auf die revolutionäre Bewegung übertragen, und er hatte wie Rosa Luxemburg sehr schöne und gefühlvolle Briefe aus dem Gefängnis bzw. der Verbannung geschrieben; aber da er neben Kindern nur die Menschheit liebte, wurde er an Entschlossenheit, die proletarische Revolution gegen alle ihre Feinde zu verteidigen, nicht einmal von Lenin übertroffen. Der Rat der Volkskommissare war daher gut beraten, als er am 7. Dezember 1917 die «Ausserordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage» ins Leben rief und Dserschinsky an deren Spitze stellte. Nach ihren Anfangsbuchstaben «Tscheka» oder «Wetscheka» genannt¹, machte sich die neue Behörde zuerst dadurch einen Namen, dass sie eine grössere Anzahl von rechten Sozialrevolutionären verhaftete, und gewaltsam anarchistische Zentren in Moskau beseitigte. Dafür benötigte sie eigene Truppen und eigene Exekutivgewalt. Sie erhielt beides und gab weder das eine noch das andere wieder ab. Aber bis in den Juli 1918 hinein begnügte sie sich mit der administrativen Erschiessung von Kriminellen, da mehrere der Mitglieder des obersten Gremiums linke Sozialrevolutionäre waren, die gegen die Verhängung politischer Todesurteile Einspruch einlegten. Tatsächlich ist in Maxim Gorkis Zeitung *Nowaja Schisnp* die so viele Anklagen und Klagen enthält, bis zu ihrem Verbot im Juni 1918 von der Tscheka kaum je die Rede. Aber gerade von den linken Sozialrevolutionären in der Tscheka ging die Ermordung des deutschen Botschafters Mirbach aus, und an dem Aufstand vom 6./7. Juli waren auch Tscheka-Truppen beteiligt, die für kurze Zeit sogar Dserschinsky verhafteten, denen aber der Wille zur Machtergreifung ihrer Partei fehlte. Insofern mag man die eigentliche Geschichte der Tscheka erst mit der Alleinherrschaft Dserschinskys und seines internationalen Mitarbeiterkreises – der Letten Latsis und Peters, der Juden Unschlicht und Jagoda, des Russen Kedrow und des Deutschen Roller – beginnen lassen, aber es war doch wohl symptomatisch gewesen, dass zusammen mit dem ersten Verbrecher auch dessen Mätresse ohne weitere Umstände hingerichtet wurde.² So war es nur konsequent, dass die Tscheka nach den Attentaten auf Uritski und Lenin am 30. August nicht etwa als Untersuchungsbehörde die Mittäter Leonid Kannegiessers und Fannija Kaplans unter den Sozialrevolutionären

2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors

zu ermitteln suchte, sondern mit ihren Geislerschiessungen nur die Spitze jener elementaren Wildheit darstellte, die etwa in dem folgenden, u.a. von Smilga unterzeichneten, Aufruf eines Armeekomitees zum Vorschein kam: «Wir appellieren an die Arbeiter Petrograds: Genossen, schlagt die rechten Sozialrevolutionäre ohne Gnade, ohne Mitleid, Gerichtshöfe und Tribunale sind nicht nötig. Der Zorn der Arbeiter soll toben, das Blut der rechten Sozialrevolutionäre und Weissgardisten soll fließen, rottet die Feinde physisch aus!»³ Wenn die Tscheka «administrativ» erschoss, setzte sie also nur die Linie dieses Aufrufs fort, der ahnen lässt, was sich in den Weiten Russlands an gesetzlosen, aber von oben sanktionierten und ermutigten Gewalttaten abspielte. Und die Tscheka fixierte nur das spezifische, kollektivistische Denken der Partei, wenn sie ihre Schläge keineswegs bloss gegen die möglicherweise schuldige Partei der Sozialrevolutionäre, sondern gegen die angeblich dahinterstehende «Hauptfeindin» richtete, nämlich «die Bourgeoisie». M. Latsis formulierte mithin die Grundkonzeption der Partei nur auf besonders schroffe Weise, als er schrieb: «Wir sind dabei, die Bourgeoisie als Klasse auszurotten. Sie brauchen nicht nachzuweisen, dass dieser oder jener durch Wort oder Tat gegen die Interessen der Sowjetmacht gehandelt hat. Das erste, was Sie einen Verhafteten zu fragen haben, ist: Zu welcher Klasse gehört er, wo stammt er her, was für eine Erziehung hat er gehabt, und was ist sein Beruf? Diese Fragen sollten das Schicksal des Angeklagten entscheiden. Das ist die Quintessenz des Roten Terrors.»⁴ Die Verfolgung des sozialen Seins statt der individuellen Handlung war daher nur im technischen Sinne ein besonderes Kennzeichen der Tscheka, und Stalin hatte 1927 guten Grund, sie als das «blanke Schwert des Proletariats» zu rühmen.⁵ Wenn die Forderung «Tausend (von ihnen) für einen (von uns)» wohl nur verbal blieb, so waren Proportionen von 150:1 doch eine Realität⁶, und es bedeutete beinahe schon eine versöhnende Rückkehr zum Schuldprinzip, wenn ein Priester erschossen wurde, weil er einen Gedenkgottesdienst für «Nikolaj Romanow» gehalten hatte.⁷ Bei all dem handelten Dserschinsky und seine nächsten Mitarbeiter nicht aus persönlicher Grausamkeit, sondern sie glaubten im Sinne des früher angeführten Zitats⁸ dem praktischen Humanismus und den höchsten Zielen der Menschheit zu dienen. Nach allen überlieferten Begriffen waren sie Verbrecher und Massenmörder, aber für sie waren diese Verbrechen und Massenmorde gerade die

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Postulate einer höheren, der «revolutionären» Moral, die definitiv das Reich der Gerechtigkeit und Sittlichkeit heraufführen würden. Sie liessen sich auch dadurch nicht von ihrem Wege abbringen, dass nach ihrem eigenen Eingeständnis Sadisten und Kriminelle sich in ihre Dienste drängten und im Vollgefühl jener völlig unbeschränkten Macht, die Lenin für das Wesen der proletarischen Diktatur erklärte, Taten von unbeschreiblicher Grauenhaftigkeit begingen, neben denen die schlimmsten Exzesse des Weissen Terrors verblassten. Wer nach 1924 im Westen das Buch des angesehenen Historikers und Volkssozialisten S.P. Melgunow über den «Roten Terror in Russland 1918-1923» las, dem musste in der Tat vor Entsetzen das Blut in den Adern erstarren.⁹ Aber nicht nur abgelegene Folter- und Tötungsstätten in der Provinz, sondern auch die Gebäude der Tscheka-Zentrale an der Lubjanka in der Mitte Moskaus wurden bald zu einem Schreckensort, über den schon in den frühen zwanziger Jahren Berichte im Umlauf waren, die den viel späteren Darstellungen Solschenizyns weitgehend entsprachen. Auch nach den Jahren des Bürgerkrieges war die Tscheka ja nicht etwa verschwunden, sondern sie hatte sich fest institutionalisiert und an Umfang noch zugenommen. Gewiss war das Regime der bolschewistischen Partei auch nach 1920 noch vielen und aktiven Feinden konfrontiert, und die Tscheka deckte eine ganze Anzahl von gegnerischen Organisationen auf; sie beendete jedoch auch zahlreiche Streiks auf gewaltsame Weise, weil angeblich «Feinde» als Urheber dahinterstanden. Aber was in den Jahren des Bürgerkriegs entstanden war, der Nachrichtendienst mit seinen den jeweiligen Gegnern zugeordneten Abteilungen, die Grenztruppen, die «inneren Truppen» als eine Armee neben der Roten Armee und schliesslich die Sonderabteilungen, aus denen wohl jene «fahrende Tscheka-Strafexpedition» gebildet war, welche in der Stadt Nikolajewsk am Amur innerhalb von drei Monaten 6'000 «Feinde» erschossen haben soll¹⁰, das wurde mehr und mehr zum Selbstzweck, der nichts *Ausserordentliches* mehr an sich hatte, sondern ein gewohnter und alldurchdringender Bestandteil des alltäglichen Lebens war. Nun provozierte man Verschwörungen, statt sie bloss aufzudecken; man schickte in enger, wenn auch eifersüchtiger Zusammenarbeit mit der Komintern, dem Geheimdienst der Armee und den Industriekommissariaten Agenten und Spione in alle Welt; man schloss die Grenzen der Sowjetunion hermetisch ab und verhaftete Ausländer, um sie der Sabotage zu bezichtigen oder um sie ge-

2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors

gen festgenommene Revolutionäre in Deutschland und anderswo auszutauschen; man betrachtete es als Verbrechen, wenn ein Inländer irgendwelche Beziehungen zu unabhängigen Ausländern hatte; man überzog das ganze Land mit einem so dichten Netz von Vertrauensleuten und Informanten, dass selbst Parteimitglieder kein unbedachtes Wort mehr zu sagen wagten. Schon 1921 unterstanden der Tscheka über 100 Konzentrationslager mit etwa 60'000 Häftlingen. Mit dem Beginn der Kollektivierung wurden *Arbeitsbesserungslager mehr* und mehr zu Faktoren von erheblicher ökonomischer Bedeutung, und die grosse Industrialisierung wurde nicht nur von begeisterten Komsomolzen, sondern auch von Millionen von Zwangsarbeitern vorangetrieben. Der Name der letztlich dirigierenden Behörde hatte sich allerdings geändert. Nicht wenige Parteimitglieder hatten ihre Besorgnis zu erkennen gegeben, als dasjenige, was eine Bürgerkriegseinrichtung zu sein schien, nach der Erringung des Sieges nicht verschwinden wollte, und wenn der Volkskommissar für Kultur, Anatolij Lunatscharski, darüber klagte, die Kommunistische Partei scheine aus einer Arbeiterpartei zu einer kriegerischen Partei von Soldaten geworden zu sein¹¹, dann mochte mancher noch einen Schritt weitergehen und befürchten, dass die Partei zum Instrument der Geheimpolizei werden könnte. So wurde denn 1922 die Tscheka in «GPU»¹² und nach Gründung der Sowjetunion in «OGPU» umbenannt, und die Befugnis zu administrativen Erschiessungen wurde ihr entzogen. Fast alle Berichte stimmen jedoch darin überein, dass sich in der Sache so gut wie nichts änderte, weil sich die GPU den Einschränkungen zu entziehen verstand. Vielmehr wuchsen ihr infolge der temporären Fraktionskämpfe neue Aufgaben zu, denn es wurde nun den Parteigenossen zur Pflicht gemacht, der GPU ebenso wie dem Zentralkomitee über alle fraktionellen Tätigkeiten Bericht zu erstatten, die ihnen zur Kenntnis kamen. Aber auch hier wusste die GPU hervorzubringen, was sie zu entdecken wünschte, und Trotzki beklagte sich 1928 bitter, dass ein GPU-Agent Kontakt mit der Opposition aufgenommen habe und dann «als Wrangel-Offizier entlarvt» worden sei.¹³

1934 wurde die OGPU schliesslich mit dem Innenkommissariat («NK-WD») vereinigt, aber diese Zusammenführung mit der gewöhnlichen Polizei und der inneren Verwaltung ging zum Vorteil der Politischen Geheimpolizei aus, da deren Chef Genrich Jagoda die Leitung der neuen Behörde übernahm. Die grosse Säuberung vernichtete die alte Garde der Tschekis-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

ten so gut wie vollständig, ebenso wie den im Ausland rivalisierenden Geheimdienst der Armee, die GRU. Doch obwohl auch die Säuberer, die Leute Jeschows, fast vollzählig hingerichtet wurden, war der NKWD unter seinem neuen Chef Lawrentij Berija, Stalins georgischem Landsmann, so mächtig wie zuvor. Die «Erkundungsabteilung» baute ihre legalen und illegalen Residenturen im Ausland von Neuem auf, die «Geheimpolitische Verwaltung» überwachte das gesamte innere Leben der Sowjetunion und organisierte wohl auch die umfangreichen Deportationen aus den neuerworbenen Gebieten Polens und der Randstaaten. Die GULag-Abteilung verwaltete das Millionenheer der Zwangsarbeiter und sonstigen Häftlinge, die in etwa 80 Konzentrationslagersystemen von je 20-100 Einzellagern über die ganze Sowjetunion verstreut waren, und am Vorabend des Krieges unterstanden Berija nicht nur die Grenz- und Transporttruppen und zahlreiche NKWD-Schulen, sondern auch jene Sperrformationen, die dazu bestimmt waren, hinter der Front zu operieren und jeden Soldaten niederzuschieszen, der vom Schlachtfeld fliehen würde. Aber von der asketischen Gläubigkeit Dserschinskys war in den höheren Rängen anscheinend nicht viel übriggeblieben: Berichte über die luxuriöse Einrichtung der Amtszimmer hoher GPU-Funktionäre waren auch zu Beginn der dreissiger Jahre schon zahlreich, und wenn Berija nach seiner Hinrichtung im Jahre 1953 in sowjetischen Publikationen ein «Ungeheuer» genannt wurde, so bezog sich diese Aussage anscheinend auch auf seine private Lebensführung. Jedenfalls war die einstige «Ausserordentliche Kommission» im Jahre 1934 zu einem gigantischen Apparat aus professionellen Polizisten und Spezialsoldaten geworden, und das musste jeden Leser von Lenins «Staat und Revolution» befremden, wo der Sozialismus noch ganz traditionell mit der Abschaffung von (Berufs-)Armee und Beamtentum gleichgesetzt worden war.

Auch die Polizei des nationalsozialistischen Deutschland stand in einem besonders nahen Verhältnis zur Partei, genauer gesagt, zu einer von deren Gliederungen, der SS, und sie war 1939 ebenfalls ein gewaltiger Apparat, aber dieser Tatbestand war nicht mit dem ideologischen Grundansatz des Nationalsozialismus unvereinbar. Das im September 1939 eingerichtete «Reichssicherheitshauptamt», in dem unter der Leitung von Reinhard Heydrich vor allem die «Sicherheitspolizei» (d.h. die Geheime Staatspoli-

2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors

zei und die Kriminalpolizei) und der «Sicherheitsdienst» (d.h. die Nachrichtenorganisation) vereinigt waren, war aber nicht etwa wie die frühere GPU der wichtigste Teil des Innenministeriums, sondern dieses behielt seine Selbständigkeit und hatte formell sogar Weisungsbefugnis gegenüber Heinrich Himmler als dem «Chef der deutschen Polizei». Anders als in der Sowjetunion war die Wehrmacht keine Parteiarmee, und zu keinem Zeitpunkt gab es Aufrufe «von der Front» nach dem Muster der eben angeführten Aufforderung Smilgas und anderer an die Arbeiter Petrograds. Die Wehrmacht diente vielmehr von Anfang an ausschliesslich der äusseren Sicherheit des Staates, und noch 1937 mochte mancher General der Meinung sein, die nationalsozialistische Bewegung habe den Sinn, die Sicherheit der Wehrmacht zu garantieren, d.h. sie ermögliche die Wiederherstellung der Wehrfreiheit, die durch Versailles der ehemals besten Armee der Welt entzogen worden sei. Sogar der Sieg über Frankreich, der weitgehend ein Triumph Hitlers war, änderte nichts daran, dass die Wehrmacht von direkten Einflüssen der Partei und erst recht der SS in erstaunlichem Masse frei war, obwohl zahlreiche junge Offiziere sich der Partei eng verbunden fühlten.

Die Existenz der SS war dagegen auf ihr Verhältnis zu dem Parteiführer und Protagonisten der Ideologie gegründet, und dazu gab es in Russland bzw. der Sowjetunion weder vor 1917 noch nach 1917 eine Parallele. 1923 war der «Stosstrupp Hitler» als Leibgarde und Schocktruppe aufgestellt worden, und nach Hitlers Entlassung aus der Gefangenschaft wurde 1925 eine «Stabswache» aus einigen völlig zuverlässigen Leuten unter der Führung von Julius Schreck gebildet. Wenig später existierten vergleichbare Trupps auch an anderen Orten, und die Bezeichnung «Schutzstaffeln» kam in Gebrauch. Die primäre Aufgabe blieb die Sicherung der Führerschaft der Partei, und nach der Urteilsverkündung im Leipziger «Tschecha-Prozess» und mancherlei weiteren Enthüllungen über den Terror- und Militärapparat der KPD erschienen Schutzmassnahmen dieser Art nur allzu angebracht. Der Bereich pragmatischer Zweckmässigkeit wurde jedoch bald überschritten. Ab Januar 1929 übernahm Heinrich Himmler als «Reichsführer SS» die Führung, und er gab seiner Organisation durch die Betonung des Elite-, Rassen- und Siedlungsgedankens rasch ein eigenes Gesicht. Ziel war der Aufbau einer Gemeinschaft «gesunder germanischer Sippen», für den der sogenannte «Heiratsbefehl» die Grundlage geben sollte: Nicht primär die Wirtschaft wie bei den marxistischen Sozialisten, sondern die Fortpflan-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

zung sollte der subjektiven Willkür entrissen und zum Gegenstand überlegter Planung gemacht werden, da auf andere Weise die Schäden und Verderbtheiten der Zivilisation nicht zu beseitigen seien, deren bisheriger Höhepunkt für Himmler, wie zahlreiche Äusserungen erkennen lassen, unverkennbar die Revolution von 1918 mit ihren «schlechtrassigen» Soldatenratstypen war. Vom Herbst 1931 an wurde aus bescheidensten Anfängen heraus von Reinhard Heydrich, einem dienstentlassenen Marineoffizier, ein «Abwehrdienst» aufgebaut, der nach der Machtergreifung den Namen «Sicherheitsdienst Reichsführer SS» («SD») erhielt. Hitler stellte als Reichskanzler abermals eine ganz persönliche Schutztruppe auf, die sich zur «Leibstandarte Adolf Hitler» entwickelte. Wichtiger für die spätere Machtstellung der SS war indessen der Umstand, dass ihr, anders als der SA, schon früh das Eindringen in den staatlichen Bereich gelang, und zwar konsequenterweise in die Polizei. Die SA hätte, weil sie viel grösser und bedeutender war, die Reichswehr übernehmen müssen, und das würde auch nach überlieferten Begriffen eine genuine Revolution bedeutet haben; der weit unauffälligere Weg der SS entsprach also viel besser dem neuartigen Typus der faschistischen Revolution. Die einzelnen Etappen dieser Machtergreifung innerhalb der grösseren Machtergreifung sind hier nicht zu verfolgen;¹⁴ jedenfalls war Himmler seit Juni 1936 als «Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren» faktisch der Polizeiminister des Dritten Reiches, und unter ihm hatte Heydrich als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Nachrichtendienstes die wichtigsten Machtbefugnisse inne. Damit war einerseits die schon während der Weimarer Zeit bemerkbare Zentralisierungstendenz zu einem logischen, wenngleich in Weimar noch unvorstellbaren Höhepunkt gelangt, und andererseits war schon der Dienstbezeichnung nach eine Verschmelzung von Partei- und Staatsamt geschaffen worden, zu der nur der «Führer und Reichskanzler» selbst eine Entsprechung darstellte. Die Frage war: Würde die SS staatlich oder würde die Polizei parteilich werden? Dass die zweite Möglichkeit die wahrscheinlichere war, bewies schon die Entwicklung der Konzentrationslager seit 1933. Theodor Eicke fühlte sich als Kommandant des nominell staatlichen Lagers Dachau offensichtlich vor allem als SS-Führer, und wenn er seine Männer mit einem unauslöschlichen Hass gegen die Häftlinge als «Staatsfeinde» zu erfüllen suchte, so waren diese Staatsfeinde für ihn in erster Linie Parteifeinde. Als er am 1. Juli 1934 auf unmit-

2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors

telbaren Befehl Hitlers den Stabschef der SA erschoss, da war er gleichsam zu einem «Staatsmörder» als Vollstrecker eines ausserstaatlichen Führerbefehls geworden, und man darf von einer charakteristischen Parallele zu jenem Postulat «keine Gerichtshöfe und keine Tribunale»¹⁵ sprechen, die dennoch von dem sowjetischen «Massenterror» toto coelo verschieden war. Als nunmehr selbständige Gliederung der NSDAP erhielt die SS nach dem 30. Juni 1934 die Genehmigung zur Aufstellung bewaffneter Einheiten, die als «Verfügungstruppen» eine Staatsschutzpolizei sein sollten und damit den *inneren Truppen* der GPU bzw. des NKWD weitgehend entsprachen, obwohl sie aus Rücksicht auf die Wehrmacht keine schweren Waffen erhielten. Ein Teil dieser Staatsschutzpolizei waren die Formationen, welche im April 1936 Theodor Eicke als dem «Führer der SS-Totenkopfverbände und der KL» unterstellt wurden und zunächst fünf Sturmabteilungen (Bataillone) umfassten. Sogar 1939 war allerdings das gesamte deutsche Konzentrationslagersystem weder nach der Zahl der Bewachungsmannschaften noch nach derjenigen der Häftlinge noch gar nach ökonomischer Bedeutung dem System des NKWD auch nur entfernt gleichzusetzen; erst der Kriegsausbruch zog eine wesentliche Änderung nach sich. Bis zum Beginn des Krieges gegen Polen war auch die künftige Waffen-SS noch verhältnismässig schwach: Sie umfasste die Leibstandarte Adolf Hitler, die Standarte «Germania» in Hamburg, die Standarte «Der Führer» in Wien, Graz und Klagenfurt sowie verschiedene Spezialsturmbataillone und die «Junkerschulen» in Tölz, Braunschweig und Klagenfurt. Insgesamt handelte es sich mithin allenfalls um zwei Divisionen, und bei Beginn des Krieges wurden alle Verbände mit alleiniger Ausnahme der Wachmannschaften zwecks Übernahme von Kampfaufgaben in die Wehrmacht eingegliedert.

Die allgemeine SS, die eigentliche Parteigliederung, konnte sich an Bedeutung mit der Polizei und der Waffen-SS nicht messen, und im Ganzen bot die SS bereits 1939 ein sehr vielfältiges Bild. Aber die Einheit wurde doch durch die ideologischen Grundvorstellungen gesichert: der Führer als absoluter Souverän, «das Reich» als Ziel, die Vernichtung der Gegner als Aufgabe, die Pflege des «guten Blutes» als Lebensinhalt. Heydrich verstand diese Vorstellung ebenso wie Himmler vor allem als Gegenideologie zum Bolschewismus. In seiner Schrift «Wandlungen unseres Kampfes» von 1935 wählte er die folgenden Formulierungen: «Wie überall im Leben

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

der Natur, so besteht auch das Leben der Völker aus ewigem Kampf zwischen dem Stärkeren, Edlen, rassistisch Hochwertigen und dem Niederen, dem Untermenschentum ... Der Kampf unseres Führers und der Bewegung begann in einem Zeitpunkt der getarnten Herrschaft des Untermenschentums, welches auf dem Wege war, durch den Bolschewismus zur offenen, brutal alles zerstörenden Herrschaft zu gelangen ... Die treibenden Kräfte des Gegners bleiben ewig gleich: Weltjudentum, Weltfreimaurertum und ein zum grossen Teil politisches Priesterbeamtentum ... In ihren vielseitigen Verästelungen und Gestalten beharren sie in ihrer Zielsetzung der Vernichtung unseres Volkes ... Wie in jedem wahren Kampfe gibt es ganz klar nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir überwinden den Gegner endgültig, oder wir gehen zugrunde.»¹⁶ Hier wird trotz allen ungeheuchelten Kraftgefühls und aller Überlegenheitsansprüche der defensive Untergrund der nationalsozialistischen Expansion und ihr inhaltlicher Gegensatz zur bolschewistischen, ja zur marxistischen Doktrin bei starker formaler Ähnlichkeit deutlich: Sicherung, Schutz, Bewahrung, Ordnung, aber mit dem Impetus des «Alles oder Nichts», das in konservativen Auffassungen bis dahin höchstens auf verbale Weise zum Vorschein gelangt war und weit eher an Lenins «Wer – wen» erinnert. Aber so offensichtlich diese Auffassung die Industrielle Revolution ihrer Tendenz nach vorwiegend negativ sieht und «gesundes Leben» mit «bäuerlichem Leben» gleichsetzt, so wenig darf es trotzdem als ausgemacht gelten, dass sie mit dem Terminus *reaktionär* genügend gekennzeichnet ist. Adolf Hitler brachte in einer Äusserung über die Waffen-SS vom September 1940 seine ganz einfache Grundemotion abermals zu Wort, als er sagte: «Ein solcher Verband wird (als Staatstruppenpolizei) im Stolz auf seine Sauberkeit niemals mit dem Proletariat und der die tragende Idee unterhöhrenden Unterwelt fraternisieren», und darin kam jener Bedeutungsverlust des Wortes «Proletariat» zum Vorschein, der sich inzwischen in der westlichen Welt überall durchgesetzt hat, sogar dort, wo er in sentimentaler Rückwendung wiederaufgegriffen worden ist. Hitler setzt nämlich «Proletariat» offensichtlich nicht mit «Arbeiterschaft» gleich, und seine Staatstruppenpolizei hätte sich ohne eine vorhergehende und tiefgreifende «Demokratisierung» gar nicht bilden können. Daher ist es eher wahrscheinlich, dass zwei Phänomene einander mit ähnlicher Entschlossenheit feindlich entgegentraten, die von der marxistischen Grundvorstellung der zum Sozialismus getriebenen «überwältigenden Mehr-

2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors

zahl» gleichweit entfernt waren. Jedenfalls war es eine ebenso exakte wie feindselige Entsprechung zu der zitierten Aussage Stalins, wenn Himmler in seiner Rede von 1935 die SS ein «gnadenloses Richtschwert» nannte, das die «jüdisch-bolschewistische Revolution des Untermenschen» vernichten werde, falls sie jemals wieder in Deutschland von aussen oder von innen entfesselt werden sollte.¹⁷

So standen sich vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges gleichsam die beiden Grundemotionen des Ersten Weltkrieges, die negative und die positive Kriegserfahrung, in der Gestalt von riesenhaften Sicherheits- und Terrorapparaten gegenüber, und die Frage war, ob sie sich gleichermassen konsequent zu diesen Einrichtungen fortgebildet hatten. Aber als Apparat war die sowjetische älter und nach aller Vermutung ursprünglicher, denn er stand seinen deutschen Feinden als Realität und in gewisser Weise als Vorbild vor Augen. In einer Rede vom Januar 1937 berief sich Himmler auf seine «genaueste Kenntnis des Bolschewismus»¹⁸, als Walter Schellenberg im April 1938 die Sicherung von Hitlers Besuch in Italien organisieren musste, wählte er für seine Geheimdienstmänner «das russische System der Zusammenarbeit von jeweils drei Personen», und im Juli 1941 liess ihm Hitler den Befehl übermitteln, in Russland ein starkes Nachrichtensystem aufzubauen, «das in keiner Weise dem NKWD nachsteht».¹⁹

Die Berichte über den Bolschewismus bzw. die Sowjetunion, die bis 1933 in der rechtsgerichteten Presse zu lesen waren, und die Bücher, welche nach der nationalsozialistischen Machtübernahme von dem Verlag der «Antikomintern» in grossen Auflagen vertrieben wurden, waren propagandistisch und einseitig, aber sie wichen von den Realitäten weniger ab als die meisten Darstellungen der *fellow-travellers* und stimmten mit einem beträchtlichen Teil der nicht prononciert antikommunistischen Literatur in den Grundzügen überein.²⁰ Zwischen 1939 und 1941 kam es auch zu direkter Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganisationen der Sowjetunion und Deutschlands, und es gibt keinerlei Hinweis, dass sich die Gestapo dabei als die ältere und erfahrenere Organisation gefühlt hätte.²¹

Tatsächlich wäre die Behauptung unberechtigt, die SS und das Reichssicherheitshauptamt hätten Deutschland 1939 oder selbst zu Anfang 1941 so vollständig beherrscht, wie der NKWD als Instrument Stalins die Sowjetunion beherrschte. Nicht nur war der durchschnittliche Lebensstandard der Bevölkerung um ein Beträchtliches höher, sondern in Deutschland hatten

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

sich wichtige Bestandteile des Liberalen Systems in beachtlichen Resten erhalten: eine zwar reglementierte, aber immer noch relativ freie Wirtschaft, die zahlreichen Regimegegnern Unterschlupf bot; eine Wehrmacht, in der es keine Parteizellen und schon gar keine «Besonderen Abteilungen» der Politischen Polizei gab; eine Justiz, die nicht selten noch ein erhebliches Mass an Selbständigkeit an den Tag legte; Kirchen, die oft genug das Regime des eigenen Landes meinten, wenn sie gegen die Konzentrationslager der Sowjetunion predigten. So *totalitär* Deutschland 1939 neben England und Frankreich erschien, so *liberal musste es* sich für jeden ausnehmen, der einen genuinen Vergleich mit der Sowjetunion vornehmen konnte. Das gilt auch für die Konzentrationslager und nicht nur unter quantitativen Gesichtspunkten. Als der ehemalige Kommunist und Stellvertretende Volkskommissar Karl Albrecht 1934 von der GPU nach Deutschland entlassen und gleich wieder von der Gestapo in Gewahrsam genommen wurde, da nahm er vor allem «die musterhafte Hygiene und Sauberkeit» wahr, und ein Alptraum fiel von ihm ab, da er «keine nächtlichen Todesschreie» mehr zu hören brauchte.²² Und Margarete Buber-Neumann, die Frau Heinz Neumanns, welche 1939 vom NKWD zusammen mit vielen anderen ehemaligen Kommunisten der Gestapo ausgeliefert wurde, stellte sich ungläubig die Frage «Und das soll ein Konzentrationslager sein?», als sie in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht wurde und die Blumenrabatten erblickte, die gleich hinter dem Eingang angelegt worden waren.²³ Sie merkte zwar sehr bald, dass sie in kein Erholungsheim und nicht einmal in ein Analogon zum Moskauer Mustergefängnis Sokolniki des NKWD gekommen war; aber die «sibirischen Zustände», unter denen sie in der Sowjetunion gelebt hatte, waren nach ihrer Auffassung doch weitaus schlimmer.

Aber sie hätte hinzufügen können, dass sie nirgendwo ein Plakat sah, welches eine Gegenparole zu jener Inschrift enthalten hätte, die der deutsche Student Kindermann fünfzehn Jahre vorher in der Lubjanka gesehen hatte: «Es lebe die GPU, die Avantgarde der Weltrevolution!»²⁴ Das kennzeichnende war, dass Hitler und Himmler in der fortwirkenden *Liberalität* des deutschen Daseins keinen Vorzug, sondern bloss Schwäche und Unvollkommenheit erblickten. Tatsächlich resultierte sie ja zu einem guten Teil aus dem Frieden, der in Deutschland auch nach 1933 herrschte. Aber die Friedenszeit war nur die erste Hälfte des nationalsozialistischen Regi-

3. Die Jugendverbände

mes und vermutlich die weniger charakteristische. Das nationalsozialistische Regime hatte sich in keinem mit den Waffen ausgetragenen Bürgerkrieg behaupten müssen, aber Adolf Hitler sagte den Generälen 1939 mit klaren Worten, er habe die Wehrmacht nicht aufgestellt, um *nicht* zu schlagen, und der Vorblick auf den Krieg war diesseits aller Friedensbeteuerungen eine Grundtatsache schon der Jahre von 1933 bis 1937. Allerdings glaubten auch die Bolschewiki nicht, dass ihre letzten Ziele ohne Krieg verwirklicht werden könnten, und ihren «Sozialismus» konnte man aus guten Gründen eine Fortsetzung der Kriegswirtschaft mit anderen Mitteln nennen. Erst im Kriege würden beide Regime voll vergleichbar werden und sich vielleicht auf andere Weise als ungleich erweisen. Daher ist ein Vergleich der Strukturen und Zustände, wie sie im Jahre 1939 gegeben waren, zwar zulässig, aber er kann nicht erschöpfend sein. Die angestrenzte Künstlichkeit eines Gegenglaubens, der alle Kriege und Kämpfe auf die Mächenschaften des «internationalen Judentums» zurückzuführen suchte, obwohl er doch in diesen Kriegen und Kämpfen auch wieder das Wesen des Lebens sah, war indessen schon 1939 nur allzu evident. Aber Hitler und Himmler schrieben die Schwierigkeiten, denen sie in der Realität begegneten, der Fortexistenz der *Reaktion* zu und setzten ihre Hoffnungen auf die Jugend. Es war deshalb kein Zufall, dass zwischen der SS und der Hitlerjugend besonders enge Beziehungen bestanden. Doch auch Lenin hatte in seinen letzten Lebensjahren die Hoffnung so gut wie aufgegeben, dass seine Generation den «Sieg des Weltproletariats» noch erleben werde, und in der Sowjetunion übernahm die Jugendorganisation der Partei «Patenschaften» über bestimmte Teile der Roten Armee. Neben den Sicherheitsorganen waren die Jugendorganisationen die wichtigsten Untergliederungen sowohl der KPdSU wie der NSDAP.

3. Die Jugendverbände

Als illegale Gruppierung besass die Sozialdemokratische Partei Russlands bis zur Februarrevolution 1917 begrifflicherweise keinen eigenen Jugendverband. Gleich zu Anfang der wenigen Monate aber, die man mit der vier-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

zehnjährigen «Kampfzeit» der NSDAP während der Weimarer Republik vergleichen kann, bildete sich in den Putilow-Werken zu Petrograd unter dem Jung-Kommunisten W. Alexejew die erste bolschewistische Jugendgruppe, die sich «Sozialistischer Bund der Arbeiterjugend» nannte. Ein Jahr nach der Machtergreifung fand dann der Gründungskongress des «Komsomol» statt.¹ Nach seinem Statut war er eine «unabhängige, unter Parteileitung stehende Organisation», die sich über ganz Russland bzw. später über die ganze Sowjetunion erstreckte und zugleich eine Sektion der «Jugendinternationale» war. Der Begriff «Jugend» wurde grosszügig ausgelegt und reichte bald schon bis zum 28. Lebensjahr, so dass der Verband tendenziell neben der Eliteorganisation der Partei eine Massenorganisation war, welche möglichst viele Angehörige der jüngeren Generation zu erfassen und unter die Leitung der Partei zu stellen suchte. Die Parteimitglieder im Komsomol waren deshalb in der Minderheit, aber da die Altersgrenze für Führungspositionen keine Geltung hatte, war die Führungsrolle der Partei bald unbestritten.

Der organisatorische Aufbau war demjenigen der Partei parallel: In den Provinzen, Bezirken, Kreisen und Städten bildeten Komitees zwischen den Kongressen jeweils das massgebende Gremium, und ihnen entsprach auf der gesamtstaatlichen Ebene das «Zentralkomitee des Komsomol». Alle Komitees wählten für ihren Bereich ein Büro sowie ein Sekretariat mit einem Ersten Sekretär an der Spitze. Auf diese demokratische Struktur berief sich der Komsomol in seinen Anfängen bei der heftigen Polemik gegen die *bürgerlichen* Jugendverbände, insbesondere die Pfadfinder, deren Disziplin militaristisch sei, weil den Mitgliedern kein Wahlrecht zustehe. Da man den Pfadfindern überdies Hinneigung zu den Weissen vorwarf, liess das Verbot der konkurrierenden Jugendverbände nicht auf sich warten, aber das «Wahlrecht der Mitglieder» wurde sehr bald auch im Komsomol nach dem Vorbild der Partei erheblich eingeschränkt, weil alle Wahlen durch die höheren Instanzen bestätigt werden mussten und schon die Nominierung der Kandidaten vollständig in die Hände der jeweiligen *kommunistischen Fraktionen* geriet, die das Knochengерüst des formell immer selbständigen Verbandes bildeten.

Während der ersten Jahre waren jedoch Tendenzen bemerkbar, der Jugend und damit dem Komsomol sowohl die Rolle einer Avantgarde als auch eigene Klasseninteressen zuzuschreiben. So wurden auf den ersten

Kongressen die Ziele und Hoffnungen der Kommunisten mit besonderer Eindringlichkeit zu Wort gebracht: die künftige Gesellschaft der in Freundschaft zusammenlebenden Menschheit ohne Chefs und Herrscher, ohne Grundbesitzer und Kapitalisten, ohne Faulenzer und Parasiten, aber auch Moskau als Zentrum der kommunistischen Weltrepublik, und es rief grosse Begeisterung hervor, als Preobraschenski die Komsomolzen als die MitgeEeder einer «grossen Klasse» apostrophierte, die als ganze siegen müsse und siegen werde, auch wenn sie von zahllosen Einzelnen das Opfer des Lebens fordern müsse.²

Zwar wurde der Avantgardismus von der Partei rasch gedämpft und der Hauptton der Forderungen lag bald nicht mehr auf dem Jugendschutz, sondern auf der Steigerung der Produktion, aber auch nach dem Bürgerkrieg zeichneten sich Komsomolzen nicht nur durch ein besonders starkes Engagement, sondern ebenfalls durch eine Neigung zur Kritik aus, die so weit gehen konnte, dass die Aufwendungen der Sowjetregierung für die Erziehung negativ mit den entsprechenden Ausgaben der Zarenregierung verglichen wurden.³ Es ist nicht erstaunlich, dass die fraktionellen Auseinandersetzungen der Partei im Komsomol ein starkes Echo fanden und dass Trotzki viele Anhänger hatte. Aber die Grundlagen blieben doch unumstritten: dass der Komsomol besonders auf dem Dorfe ein Werk der *Aufklärung* zu unternehmen und die schwerfällige Elterngeneration ebenso wie die Einflüsse der Popen zu bekämpfen habe, etwa durch «Rote Weihnachten» und «Rote Ostern», dass er den Prozess der Alphabetisierung vorantreiben und gegen das Vorurteil kämpfen müsse, Mädchen brauchten nicht zu lernen. In den ersten Jahren hatte der Komsomol zwar in vorderster Reihe für eine neue Sexualmoral gefochten, und von der «Glas Wasser»-Theorie aus war man nicht selten bis zu sogenannten «Afrikanischen Nächten» vorgeschritten, aber schon Lenin hatte gegen diese Tendenzen Front gemacht, und in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wurde neben dem Alkoholmissbrauch auch die «sexuelle Zügellosigkeit» bekämpft.

Die «körperliche Abhärtung» als Ziel war bei aller sonstigen Feindschaft von den Pfadfinderorganisationen übernommen worden, und die vormilitärische Erziehung wurde dann rasch zu einer zentralen Aufgabe. Im Dezember 1929 fasste das ZK des Komsomol folgenden Entschluss: «Der Komsomol nimmt an der Ausbildung der vor der Einberufung stehenden Jugend

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

teil. Seine Aufgabe ist es, die künftigen Kader der Roten Armee durch physische Erziehung und vormilitärischen Unterricht noch vor dem Dienst auszubilden, unter der Jugend die vormilitärische Ausbildung zu propagieren und zu organisieren, unter den künftigen Rekruten eine politisch-aufklärerische Arbeit zu leisten und ihnen ein Beispiel für Diszipliniertheit und Erfüllung der Verpflichtungen zu sein.»⁴

Ein besonders enges Verhältnis zu bestimmten Teilen der Roten Armee hatte der Komsomol schon seit der Zeit des Bürgerkriegs durch die Übernahme von «Patronagen» gehabt, und im Jahre 1930 konnte er sich rühmen, dass Mitglieder von Partei und Komsomol nicht weniger als 70% des Personals der Luftwaffe ausmachten.⁵ Aber noch grösseren Enthusiasmus als die vormilitärische Ausbildung und der Dienst in der Armee erweckten die gewaltigen Projekte des ersten Fünfjahresplanes, die mehr als alles andere dazu beitrugen, ehemalige Trotzlisten in das Lager Stalins zu führen. Die Komsomolzen wurden zu vielen Tausenden aufgeboten, um beim Bau der Traktorenfabrik in Stalingrad oder der gigantischen «Elektrostation» von Dnjepropetrowsk mitzuwirken. Sie arbeiteten als «Stossarbeiter» («udarniki») und Führer des «sozialistischen Wettbewerbs»; ein neuerbautes industrielles Zentrum am Amur wurde zu ihren Ehren «Komsomolsk» genannt.⁶ Der 29jährige Bauingenieur Awraanij Sawenjagin zog 1930 in den Ural und erbaute zusammen mit Tausenden von begeisterten Komsomolzen, von denen viele bei 60 Grad Kälte und unzureichender Bekleidung erfroren, auf der Grundlage der gewaltigen Magnitvorkommen das Eisenkombinat von Magnitogorsk.⁷

Aber auch an der Kollektivierungskampagne nahm der Komsomol grossen Anteil, und wenn Bucharin auf einem der Kongresse erklärt hatte, leidenschaftlicher Hass gegen den Klassenfeind sei die Hauptmaxime der neuen Moralität, so wurde er jetzt gerade im Komsomol heftig angegriffen, weil er diesen Hass abschwächen und «mit jedermann in Frieden» leben wolle.⁸ Begeisterung und Hass strahlten auch auf die Jugend in der Jugend, den Verband der «Jungen Pioniere» sowie die noch jüngeren «Oktjabristen» aus, und der 14jährige Pawel Morozow wurde zu einem Nationalhelden, weil er gegenrevolutionäre Handlungen seines Vaters den Behörden zur Kenntnis gebracht hatte und dann zum Opfer einer Familienrache geworden war. So triumphierte die *grosse Klasse* über alle nicht-klassenmäs-

3. Die Jugendverbände

sigen Loyalitäten, und das alte Ideal kommunistischer Erzieher, die ganze Jugend zu «nationalisieren» und «zu schmieden und zu härten»⁹ schien sich zu verwirklichen.

Die «Klasse» war indessen vom «sozialistischen Vaterland» schon zu Anfang der dreissiger Jahre kaum noch zu unterscheiden, und so wurde bereits im Kindergarten den Kindern die Liebe zum sowjetischen Vaterland und zu dessen Führer, dem grossen Stalin, eingeflösst; eine eindrucksvolle Aufnahmezeremonie prägte sich tief ein, in der die Jungen Pioniere ihre Uniformen – das weisse Hemd und die rote Krawatte – erhielten. In den «Pionier-Lagern» wurde ihnen dann von den Komsomolzen, die als Brigadeführer wirkten, weiterhin Patriotismus und kommunistisches Bewusstsein vermittelt, und schliesslich traten die Besten unter ihnen als Kandidaten der Partei bei. So schloss sich der Kreis, und der *neue Mensch* perpetuierte sich durch die Generationen, indem er das immer homogenere Sowjetvolk zu immer grösseren Siegen führte. Freilich wurde es zugleich immer schwerer vorstellbar, dass er sich selbst, seine russische Sprache und seinen Staat in der künftigen Weltgesellschaft überflüssig machen würde. War nicht eher ein traditioneller Weltherrschaftsanspruch herauszuhören, wenn Lasar Kaganowitsch einem Komsomol-Kongress zurief: «Ihr werdet die Herren der ganzen Welt sein.»?¹⁰

Die Hitlerjugend freilich sang die Liedzeilen «Und heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt» laut und zuversichtlich auf allen Strassen Deutschlands, und 1937 umfasste sie als «Staatsjugend» nicht nur, wie der Komsomol (der 1940 ca. 10 Millionen Mitglieder zählte), einen erheblichen Prozentsatz der Jugend, sondern so gut wie alle Jugendlichen im Alter von 10 bis 18 Jahren mit alleiniger Ausnahme der Juden. Wenn der Komsomol für seine Führerschaft eine «völlig saubere soziale Zusammensetzung» verlangte¹¹, so war die saubere russische Zusammensetzung der Hitlerjugend viel weniger exklusiv und eben damit wohl symptomatisch für eine Gesellschaft, in welcher ein Ausschluss von *Kleinbürgern* und *Grossbauern* einfach nicht vorstellbar gewesen wäre. Eine ähnliche Paradoxie zeigte sich im Gesamtcharakter. Weitaus stärker als der Komsomol stützte sich die HJ auf die Tradition der «Jugendbewegung», und so gewiss es «Pfadfinder» auch in Russland gegeben hatte, so gewiss war die Jugendbewegung als solche etwas spezifisch Deutsches gewesen.

Einerseits war sie, von Schülern eines Berliner Gymnasiums gegründet,

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

eine typische Emanzipationsbewegung: der Aufstand der Jugend gegen wilhelminische Heuchelei, gegen überlebte Konventionen, gegen die Starrheit der deutschen Klassengesellschaft, und insofern war sie ohne jeden Zweifel eine sehr moderne Erscheinung. Andererseits aber suchte sie ihr Lebensideal im mittelalterlichen Rittertum und in einem gesunden Landleben, und insofern könnte man sie reaktionär nennen.¹² Aber vermutlich ist eine Gesellschaft umso entwickelter, d.h. komplexer, je mehr Synthesen zwischen einem vorstellbaren reinen Fortschritt und einer vorstellbaren reinen Reaktion vollzogen werden, denn eine Kultur ohne Widersprüchlichkeit ist arm, so sympathisch und tugendhaft sie sein mag.

Das unterscheidende Kennzeichen der HJ war indessen gerade nicht dasjenige, was ihr mit der Jugendbewegung gemeinsam war, sondern die entschlossene Einordnung in den politischen Massenkampf: Nicht die Fahrt des Wandervogels war ihre Parole, sondern der Aufmarsch vor dem Führer; nicht die Freundschaft der Auserlesenen im Umkreis hündischer Lagerfeuer, sondern die «Kameradschaft» einer Grossorganisation. Doch gerade vor dem Hintergrund des Komsomol fallen die Ähnlichkeiten mit der Jugendbewegung wieder stärker ins Auge: etwa ihr Prinzip «Jugend muss durch Jugend geführt werden», ihre Lieder, der oftmals noch recht spielerische Charakter ihrer Übungen im Gelände, die in den Friedensjahren kaum ernsthaft als «vormilitärische Ausbildung» angesehen werden konnten. Bei aller Geringschätzung der *sozialen Unterschiede* stellte sie deren Existenz doch keinen Augenblick in Frage, und im Ganzen war sie schon in ihrem Erscheinungsbild von der deutschen «Arbeiterjugendbewegung» nicht viel weniger weit entfernt als vom Komsomol.

Erste Jugendgruppen der NSDAP existierten bereits vor 1923, und 1926 entstand in Plauen/Vogtland die «Grossdeutsche Jugendbewegung».¹³ Auf dem Weimarer Parteitag wurde sie offiziell als die Jugendorganisation der NSDAP anerkannt und auf Vorschlag Julius Streichers in «Hitlerjugend. Bund deutscher Arbeiterjugend» umbenannt. Zunächst wurde sie offenbar hauptsächlich als Nachwuchsorganisation der SA betrachtet und deshalb der Obersten SA-Führung unterstellt. 1929 bildete sich der «Nationalsozialistische Schülerbund» unter der Leitung Adrian Rentelns, 1930 der «Bund deutscher Mädels». Weit grössere politische Bedeutung gewann aber der «Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund», der durch Aktionen

3. Die Jugendverbände

und Demonstrationen seine Gegenwart in vielen Universitäten sehr spürbar machte und der bereits 1931 aufgrund freier Wahlen im Gesamtverband deutscher Studenten eine Art Machtergreifung vollzog. Sein Führer Baldur von Schirach, Sohn eines Theaterintendanten, wurde im Oktober 1931 zum «Reichsjugendführer der NSDAP» ernannt und im März 1932 im Zusammenhang mit dem Brüning-Grönerschen SA-Verbot aus dem Unterstellungsverhältnis zur SA herausgenommen. Auf dem «Reichsjugendtag der Hitlerjugend» in Potsdam am 1. und 2. Oktober 1932 nahm Hitler über sieben Stunden lang mit erhobenem Arm den Vorbeimarsch von ca. 100'000 Jungen ab.

Durch ihre Agitations- und Massenarbeit stellte sich die HJ in auffallenden Gegensatz zu den *bürgerlichen* Jugendbünden, und der hohe Anteil von Jungarbeitern und Lehrlingen an der Mitgliedschaft war in der Tat bemerkenswert: Er betrug etwa 70%. Dennoch war die HJ im Ganzen nur eine kleine Minderheit innerhalb der deutschen Jugendorganisationen, denn der «Reichsausschuss deutscher Jugendverbände» hatte 5-6 Millionen Mitglieder. Nach dem 30. Januar 1933 erfolgte jedoch eine ähnliche Überrumpelung wie im Fall der Gewerkschaften: Am 5. April wurde die Geschäftsstelle besetzt und die Leitung usurpiert, ohne dass ernsthafter Widerstand gebrochen werden musste. Die politischenjugendorganisationen wurden zusammen mit den entsprechenden Parteien aufgelöst und verboten, die rechtsstehenden Gruppen wurden, wie die Bismarck- und die Hindenburgjugend, teilweise in die HJ überführt. Grössere Schwierigkeiten machte die «hündische Jugend». Sie schloss sich zunächst zum «Grossdeutschen Jugendbund» unter Admiral von Trotha zusammen. Von einem grundsätzlichen Streit konnte indessen nicht die Rede sein, denn der rechte Flügel der Jugendbewegung war bereits seit 1919 *völkisch* gesinnt. Den Unterschied kennzeichnete Schirach später folgendermassen: «Mich stiess vor allem die Ideologie ihres Bundes ab. Sie bezeichneten sich als Elite und uns als Masse. Wir waren die ‚Volksjugend‘, sie die ‚Auslesejugend‘. Der nationalsozialistische Staat durfte eine solche Auffassung nicht dulden.»¹⁴

Diesmal erfolgte der Einsatz staatlicher Macht. Schirach wurde am 17. Juni 1933 von Hitler zum «Jugendführer des Deutschen Reiches» berufen, und seine erste Amtshandlung war die Auflösung des «Grossdeutschen Bundes». Von allen übrigen Bünden wurde nur der «Bund der Artamanen» korporativ in die HJ übernommen und zum «Landdienst der HJ» umgebil-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

det. Die Evangelische Jugend wurde Ende 1933 durch ein Abkommen mit dem Reichsbischof Müller in die HJ überführt, ohne dass sie ihre Identität völlig verloren hätte, doch wurde sie als solche auf den rein seelsorgerischen Bereich beschränkt. Sehr viel zäher waren die katholischen Jugendorganisationen wie z.B. der Schülerbund «Neudeutschland», die ja durch das Konkordat bis zu einem gewissen Grade geschützt waren, aber sie wurden durch vielfältige Druck- und Zensurmassnahmen im Laufe einiger Jahre lahmgelegt.

Eine Zeitlang war der Sonnabend als «Staatsjugendtag» für die HJ reserviert. Am 1. Dezember 1936 wurde das «Gesetz über die Hitlerjugend» erlassen, welches die HJ für die gesamte körperliche, geistige und sittliche Erziehung der Jugend ausserhalb von Schule und Elternhaus zuständig machte. Von nun an diente die HJ vorwiegend als straff organisiertes Erfassungssystem zum Zweck der vormilitärischen Ausbildung in einem nicht bloss technischen Sinne. Charakteristisch waren die «Marine-HJ», die «Motor-HJ» und die Fliegereinheiten. 1938 erhielt die HJ sogar einen eigenen «Streifendienst», eine Art Sicherheitspolizei; sie umfasste in jedem Bann eine Gefolgschaft (150 Mann). Ein besonderes Verhältnis zur SS wurde durch ein Abkommen zwischen Schirach und Himmler hergestellt: Der Nachwuchs der SS-Verbände sollte in erster Linie dem HJ-Streifendienst entnommen werden, der HJ-Landdienst sollte das wichtigste Reservoir für Wehrbauern darstellen.

Der organisatorische Aufbau entsprach demjenigen der übrigen NS-Organisationen und beruhte unter Ablehnung beschlussfassender und diskutierender Gremien ganz auf den Prinzipien von Hierarchie und Befehl: vom Obergebietsführer reichte die Befehlskette über die Führer der Gebiete, Banne, Stämme, Gefolgschaften und Scharen bis zu den «Kameradschaftsführern», die eine Art Unteroffiziere waren. Hauptamtlich waren die Positionen bis zum Bannführer (= Regimentskommandeur) besetzt; die Gefahr der Bürokratie wurde aber weitgehend vermieden. Zu der «Leichten Kavallerie» des Komsomol, welche die Bürokratisierung im Staat bekämpfen sollte, existierte allerdings kein Analogon und erst recht nicht zu den Komitees, Büros und Sekretariaten. Ebenso wenig wurde die HJ zu «Produktionsschlachten» oder zur Erbauung neuer Industriebetriebe aufgerufen. Wohl aber wurde sie im Kriege zum Ernte- und Luftschutzeinsatz herangezogen, und sie leistete Hilfsdienste bei Post, Polizei und Bahn sowie vor

3. Die Jugendverbände

allem bei der «Kinderlandverschickung». Als «Flakhelfer» wurden Hitlerjungen erst ab 1941 tätig; in demselben Jahre trat Artur Axmann als Reichsjugendführer an die Stelle Schirachs, der zum Gauleiter von Wien ernannt wurde.

Die Arbeit der HJ wies im Ganzen je nach den Untergliederungen recht unterschiedlichen Charakter auf.

Im «Deutschen Jungvolk» («DJ») fanden sich noch die meisten Erinnerungen an die «Jugendbewegung»: Fahrten, Zelte, Geländespiele. Aber auch hier wanderten nicht mehr «Horden», die durch individuelle Spontaneität gekennzeichnet waren, sondern es marschierten Kolonnen, die zum «Antreten» befohlen und «Appellen» unterworfen wurden. Auf den Fahrtenmessern, die jeder der «Pimpfe» trug, war das Motto «Blut und Boden» eingraviert. Für einen Amerikaner wären eine Gruppe des Jungvolks und eine Gruppe von «Jungen Pionieren» gleichwohl auf den ersten Blick kaum zu unterscheiden gewesen, wenn er sie nebeneinander hätte sehen können. Aber völlig unvollziehbar wäre innerhalb des Jungvolks jene Einbeziehung von Kindern in den Klassenkampf gewesen, wie sie die «revolutionäre Kinderbewegung» Deutschlands während der Weimarer Zeit vorgenommen hatte.¹⁵

Die eigentliche HJ bestand aus den 14- bis 18jährigen und war also weit mehr eine Gruppierung von Heranwachsenden als der Komsomol. Hier standen «Wehrtüchtigungslager» und «Reichsschiesswettkämpfe» im Mittelpunkt, aber in der Wehrmacht selbst konnte es natürlich so wenig HJ-Abteilungen geben wie Parteizellen in der Hf; sehr viele Hitlerjungen wurden gleichzeitig zu Parteigenossen und zu Soldaten, während ein Mitglied des Komsomol möglicherweise ein bewährtes Parteimitglied und ein altgedienter Soldat war. Die weltanschauliche Schulung nahm weniger Raum ein als im Komsomol; wichtige Themen waren die nordischen Heldensagen, die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs, die Massnahmen zur Reinerhaltung des deutschen Blutes, Adolf Hitler und seine Mitkämpfer, das Volk und sein Lebensraum. Aber auch sozialistische Züge waren unübersehbar, etwa die Verbrennung von Schülermützen, die Propaganda für den Urlaub der Jungarbeiter, die «Reichsberufswettkämpfe». Die Fortsetzung der Tradition der Jugendbewegung wurde in den Musikzügen und Spielscharen sichtbar, aber auch in den Ansätzen zu anspruchsvollerer Kulturarbeit wie etwa den «Reichstheatertagen der HJ».

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Die Entsprechungen auf der Seite der weiblichen Jugend waren die «Jungmädel» und der «Bund deutscher Mädel» («BDM», bis zum Alter von 21 Jahren). Angeschlossen war das «BDM-Werk Glaube und Schönheit». In mancher Hinsicht war in diesen Verbänden eine Fortsetzung des «Mädchenwanderns» der Jugendbewegung erkennbar, andererseits standen sie jedoch in extremem Masse unter dem Leitbild der «deutschen Mutter».

Handelte es sich auch in der HJ um eine *totalitäre Erziehung*? Dagegen scheint zu sprechen, dass die HJ ihren quantitativ umfassenden Anspruch qualitativ zu beschränken schien: Schule und Elternhaus wurden als gleichwertige *Erziehungsmächte* ausdrücklich anerkannt. Zwar wurde vorausgesetzt, dass Schule und Elternhaus nicht anti-nationalsozialistisch waren, aber eine positive Übereinstimmung wurde nicht verlangt: Zahllose Elternhäuser in Deutschland hatten dem Regime gegenüber erhebliche Vorbehalte, und in vielen deutschen Schulen waren allenfalls die Turn- und Biologielehrer Nationalsozialisten, während die grosse Mehrzahl der Lehrer am ehesten noch den Geist der *nationalen Erhebung* zu bewahren suchte. Insofern blieb auch hier der soziale Pluralismus erhalten, und bis zum Ende des Dritten Reiches war es in Deutschland unvorstellbar, dass ein Zwölfjähriger, wie in der Sowjetunion, für den eigenen Vater im Rahmen einer Säuberung die Todesstrafe fordern könnte.¹⁶ Aber wenn auch kein Pawlik Morozow zum Nationalhelden erhoben wurde, so fürchteten sich doch zahlreiche Eltern, in Gegenwart ihrer fanatischen Kinder ein regimefeindliches Wort zu sagen, und es existierten auch einige Einbruchstellen organisatorischer Art. So wurden die «Adolf-Hitler-Schulen» von der HJ getragen, und sie unterstanden nicht dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, sondern der Reichsjugendführung. Die Kinderlandverschickung war nicht nur eine Notmassnahme, sondern sie war auch gegen den Einfluss des Elternhauses gerichtet. Ausserdem wurde sogar der Begriff der Erziehung durch das Prinzip der Führung der Jugend durch die Jugend selbst anscheinend aufgehoben. Aber das Ziel war nicht etwa eine *Jugendwelt*, sondern die Vorbereitung zum Militärdienst, und zwar mehr in einem inneren als in einem äusserlich-technischen Sinne.

Adolf Hitler hatte sein Erziehungsideal in «Mein Kampf» mit klaren Worten beschrieben: «Die gesamte Erziehungsarbeit des völkischen Staates muss ihre Krönung darin finden, dass sie den Rassesinn und das Rasse-

3. Die Jugendverbände

gefühl instinkt- und verstandesmässig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbaut ... Der völkische Staat hat in dieser Erkenntnis seine gesamte Erziehungsarbeit nicht auf das Einpumpen blossen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten...»¹⁷ In Wahrheit erfolgte sie nicht «erst in zweiter Linie», sondern eigentlich überhaupt nicht, da sie einerseits einer im Kern unveränderten Schule überlassen blieb und andererseits im Bereich der HJ allenfalls im Sinne der Vorbereitung auf die Reichsberufswettkämpfe verstanden wurde.

In der Tendenz handelte es sich also um einen radikalen Gegenschlag gegen den «Intellektualismus» der Erziehung, den Hitler offenbar als ein Produkt «jüdischer Zersetzung» betrachtete und der doch in Wahrheit zugleich Folge und Voraussetzung der modernen Entwicklung ist. Insofern war Lenin unvergleichlich moderner, der dem Komsomol den Satz «Lernen, lernen, lernen» einzuhämmern versuchte. Aber gerade dadurch bewies er auch wiederum, dass er in weit weniger modernen Verhältnissen agierte, wo Fortschritt und Modernität sich noch längst nicht so sehr entfaltet hatten, dass sie in ihrer potentiellen Gefährlichkeit erkennbar wurden. Und die subtilste Konsequenz totalitärer Erziehung hatte sich ja in Lenins Verachtung der «alten Intelligenz» schon deutlich genug abgezeichnet: nicht nur im nationalsozialistischen Deutschland, sondern mehr noch im bolschewistischen Russland wurde die Möglichkeit kritischen Vergleichs und autonomer Besinnung an der Wurzel abgeschnitten und durch die vorbehaltlose Preisung der Partei und ihres Führers ersetzt. Aber wie hätte es andererseits einen grösseren Gegensatz geben können als denjenigen zwischen der Forderung des Komsomol, die materialistische Auffassung von den Naturerscheinungen zu verbreiten und Dorflestuben einzurichten auf der einen und Hitlers Äusserung auf der anderen Seite, er wolle seine Jugend «flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl»?¹⁸

So waren Komsomol und Hitlerjugend, nicht anders als GPU und Gestapo, einander ebenso unähnlich wie ähnlich. Man mochte sagen, die Unähnlichkeit sei eine Folge der Verschiedenheit zwischen einer jüngeren und weniger entwickelten Gesellschaft und einer älteren und komplexeren. Die Übereinstimmung in der Ausrichtung auf den Dienst in der Armee war aber gar nicht zu übersehen. Und wenn es in GPU und Gestapo unzweifelhaft

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

viel Zynismus und stumpfe Härte gab, so lässt sich doch durchaus nicht bezweifeln, dass die Jugend in Deutschland wie in der Sowjetunion – anders als die Hauptmasse der Jugend in den liberaldemokratischen Staaten – in grossen Teilen eine *gläubige* und opferwillige Jugend war. Weder in dem einen noch in dem anderen Falle lässt sich das durch die öde Indoktrination während der Schulungsstunden und Heimabende zur Genüge erklären. Es musste etwas Stärkeres und Geistigeres im Spiele sein, das den jungen Menschen nicht eigentümlich war, aber von ihnen mit besonderer Kraft erfasst wurde, weil es unmittelbar aus den Grunderfahrungen und Grundemotionen erwuchs, von denen die *Weltanschauungen* ihrer Parteien geprägt waren.

4. *Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda*

Grunderfahrungen und Grundemotionen sind die Basis, aus der Ideologien hervorgehen. Ideologien werden nie von einzelnen Denkern ersonnen, sondern in ihnen klären und artikulieren sich diejenigen Erfahrungen und Emotionen, die für viele Menschen bestimmend sind und die in sich auf ideelle Ausformungen hin angelegt sind. Deren Wurzelgrund sind fundamentale Situationen, in denen sich möglicherweise Menschen vieler Länder, mehrerer Klassen und einiger Generationen befinden, die aber auch nach Zeit und Raum enger begrenzt sein können. Wenn das Syndrom von Situation, Erfahrung, Emotion und Ideologie nicht zustandekommt, handeln die Menschen bloss nach Interessen. Wo es gegeben ist, formieren sich Gruppen und Parteien, die sich gegen «die anderen» absetzen und sowohl sich selbst wie jene anderen in bestimmter Weise verstehen, sich selbst tendenziell als «die Guten» und die anderen als «die Bösen» oder «die Feinde».

In seiner subtilsten Gestalt stellt sich das Selbstverständnis der Gruppe oder Partei, dem immer ein Fremdverständnis entspricht, als Literatur dar und in ihrer grobschlüchtigsten Form als Propaganda. Als Literatur soll dabei im Folgenden nicht die *grosse Literatur* der Shakespeare, Goethe und Dostojewski gelten, die immer wesentlich mehr als ideologischen Partei-

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda

literatur ist, selbst wenn sie in deren Begriffen interpretiert werden kann, sondern zunächst die Lieder und die Feiern, in denen Tausende und Hunderttausende von Menschen sich ihrer Gemeinsamkeit versichern, und schliesslich solche Romane, in denen die aufrührenden Vorgänge und Kämpfe der Zeit auf engagierte oder auch relativ distanzierte Weise zu Wort gebracht werden. Beide Arten der Literatur sind, anders als Philosophie und grosse Literatur, durch keinen Graben von Propaganda und Agitation getrennt, aber eine Partei, die *nur* Propaganda zu treiben vermag und kein Lied sowie keine romanhafte Darstellung von Rang hervorzubringen vermag, ist eine blosser Interessenvertretung oder Machterwerbsgesellschaft. Ein Staat, in dem bloss derartige Parteien existieren, wäre weder totalitär noch würde er dem Liberalen System zuzuzählen sein, sondern er wäre lediglich eine kommerzielle Gesellschaft.

Die beste Veranschaulichung dieser Überlegungen bieten die Literatur und die Propaganda der Arbeiterbewegung, die es zugleich evident machen, dass die grossen politischen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit nicht etwa vollständig durch die Erfahrung des Ersten Weltkriegs bestimmt wurden, sondern in einem älteren Boden verwurzelt waren. So stammten die Grunderfahrungen der Arbeiterbewegung aus dem Wirtschaftsleben und aus einer in ihren Augen bloss ökonomischen Gesellschaft. An die «Verdammten dieser Erde» appellierte das Lied, das von Eugène Pottier 1871 geschrieben wurde¹, und es lenkt die Blicke all derer, «die stets man noch zum Hungern zwingt», auf die «Raben» und die «Geier», die vertrieben werden müssen, bevor für die Armen, für das «Heer der Sklaven» die Sonne «ohn' Unterlass» scheinen wird. Wie sollten sich die «Bedränger» und die «Müssiggänger» lange halten können, da die Armen «die stärkste der Partei'n» sind und sich selbst «aus dem Elend erlösen» können, ohne der Hilfe eines «höheren Wesens» bedürftig zu sein, möge es sich nun Gott, Kaiser oder Tribun nennen? Und so wiederholt der Refrain immer wieder die Sätze, die den universalen Anspruch dieser Bewegung ebenso klar zum Ausdruck bringen wie ihre Militanz und ihre Bezogenheit auf die Zukunft:

Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht.

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Jahrzehnte hindurch erklang «die Internationale» überall in Europa und Amerika, wo immer sich grosse Massen von Arbeitern aus festlichem Anlass versammelten. Sie verbreitete Schrecken unter den Feinden und Zuversicht unter den Freunden. Wer historische Kenntnisse besass, mochte noch zusätzliches Vertrauen aus der Wendung gewinnen, dass diejenigen, die jetzt noch «Nichts» seien, in Bälde «Alles» werden würden, denn dadurch knüpfte die Arbeiterbewegung an die berühmteste Streitschrift der Französischen Revolution an.

Geschichtsvertrauen und Zukunftsgewissheit waren in der Tat die Grundzüge der Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, und nirgendwo haben diese Emotionen einen schöneren Ausdruck gefunden als in einem Liede, das 1897 in einer Moskauer Gefängniszelle entstand und das in Deutschland allerdings erst nach 1918 in der Nachdichtung von Hermann Scherchen bekannt wurde:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit
Brüder zum Lichte empor.
Hell aus dem dunklen Vergangnen
leuchtet die Zukunft hervor.²

Noch eindrucksvoller kam das Bewusstsein, Urheber allen Reichtums zu sein und dennoch bittere Not zu leiden, in einem von Johann Most gedichteten und erstmals 1871 publizierten Lied «Die Arbeitsmänner» zum Vorschein:

Wer schafft das Gold zutage?
Wer hämmert Erz und Stein?

Wer gibt den Reichen all ihr Brot
und lebt dabei in bitterer Not?
Das sind die Arbeitsmänner,
das Proletariat.

Rafft eure Kraft zusammen
und schwört zur Fahne rot

Beschleunigt der Despoten Fall!
Schafft Frieden dann dem Weltenall!
Zum Kampf, Ihr Arbeitsmänner!
Auf, Proletariat!³

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda

Es springt ins Auge, dass der Erste Weltkrieg für diese Zuversicht und dieses Kraftbewusstsein die bedrückendste und doch stimulierendste aller Erfahrungen werden musste. Hatten sich «die Arbeitsmänner» Europas nicht gegenseitig umgebracht, statt einander die Hände zu reichen? Schien die leuchtende Zukunft nicht viel weiter entfernt als zuvor? Wie konnten die «Geier» und die «Raben» das einige und internationale Proletariat in ein solches Unglück stürzen? Wenn man nicht das niederschmetternde Eingeständnis machen wollte, das Proletariat sei weder einig noch international gesinnt noch umfasse es die grosse Mehrheit der Bevölkerung, dann musste der Ton um vieles schärfer werden, dann musste man viel härtere Vorwürfe machen, dann hatte man nicht bloss einige «Raben» und «Geier» gegen sich, sondern einen machtvollen und bösartigen Feind, den man vor allem hassen musste.

So tritt in den «Roten Gedichten und Liedern», die 1924 in Berlin erschienen, die Erfahrung des Krieges und der Kriegsauswirkungen stärker hervor als selbst die Klage über die Monotonie der Arbeit in der Fabrik, als die Entgegensetzung von «Pelz, Schmuck, Seidenkleid» der Bürger auf der einen Seite und «Hunger, Arbeitslosigkeit» der Proletarier auf der anderen. In einem Gedicht «An die Soldaten» heisst es:

Du Mann im bunten Rock, du musst dich nun entscheiden, zählst du dich zu den Räubern oder zu uns, die Hunger leiden. Unser bitterer Kampf gilt den Räubern dieser Welt und jedem, der sich uns entgegenstellt.

Doch zählst du dich zu uns, den hungernden Proleten,
dann musst du mit uns kämpfen, wir wollen die Räuber töten.⁴

«Orgesch», d.h. die Freikorps, und auch «Hitler» spielen in diesen Liedern schon eine beträchtliche Rolle, und wenn Hitler und Dietrich Eckart sowie ihre «Nazis» noch als lächerliche Figuren gelten, so richtet sich an die Orgesch das todernste Wort:

Millionen erschliessen,
Orgesch, das könnt ihr nicht,
aus unserem Blute wird spriessen
das Proletariergericht.⁵

Am entschlossensten aber klingt das Lied der «Jungen Garde»:

Wir sind die erste Reihe,
Wir gehen drauf und dran,

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Wir sind die Junge Garde,
Wir greifen, greifen an.

In Arbeitsschweiss die Stirne,
Der Magen hungerleer, ja leer,
Die Hand voll Russ und Schwielen,
Umspannet das Gewehr.

So steht die Junge Garde
Zum Klassenkampf bereit,
Erst wenn die Bürger bluten
Dann sind wir erst befreit.

Es lebe Sowjetrussland,
Hört! Wir marschieren schon,
Wir stürmen in dem Zeichen
Der Völker-Revolution!

Sprung auf die Barrikaden,
Heraus zum Bürgerkrieg,
ja Krieg, Pflanz auf die Sowjetfahnen
Zum blutigroten Sieg.⁶

Aber alle diese Aufrufe zu Krieg und Bürgerkrieg bleiben doch letzten Endes an die Vorstellung eines friedlichen, harmonischen, naturgemässen, unkomplizierten Lebens gebunden, das so nahe schien und von einer rätselhaften Macht, die man «die Räuber» oder «die Reaktion» nennt, so weit in die Ferne gerückt wurde:

Die Börsen reisst ein!
Und auch die Banken
Und alles andre noch, woran wir kranken.

Sprengt all das Grauen auf.
Fragt nicht, was werde;
Es bleibet uns gewiss
Die reiche Erde.

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda

Sie bringt genug hervor
Zu Lust und Leben,
Für jedes Menschenkind!
So Brot wie Reben.

Wir wissen, was wir tun,
Wenn wir vernichten.
Es ist ein glühend Werk,
Ein heilig Richten.

Es ist der klarste Krieg
Um reinstes Recht.
Hell jauchzt die Losung auf:
Nicht Herr, nicht Knecht.⁷

Für diese frühe Zeit kann man bedenkenlos deutsche Lieder zitieren, wenn man den Geist der Russischen Revolution erfassen will, der eben oberhalb des elementarischen Verlangens nach Land und Frieden ganz internationalistisch war und dessen Vorkämpfer am Abend des 8. November inmitten der noch anwesenden Delegierten des Zweiten Sowjetkongresses in tiefer Ergriffenheit die «Internationale» angestimmt hatten. Im Bewusstsein, einen weltgeschichtlichen Schritt getan zu haben, konnte sich die Revolution danach immer wieder in ihren grossen Feiern selbst in Szene setzen.⁸ Inmitten von Hunger und Elend waren Petrograd und Moskau in den frühen zwanziger Jahren noch sehr lebendige Städte, in denen eine Menge von Spontaneität zum Vorschein kam, so gewiss die Lenkung und Kontrolle der Partei schon allgegenwärtig war. Beobachter glaubten, einen Grundzug des russischen Menschen zu erkennen, wenn improvisierte Szenen auf den Strassen zu einem natürlichen Zusammenspiel der Darsteller mit dem Publikum führten. Da setzten die Arbeiter einer Pelzfabrik Puppen in der Maske von Mussolini, Lloyd George und anderen Politikern der kapitalistischen Welt in einen grossen Käfig und führten sie unter grosser Anteilnahme der Umstehenden durch die Stadt, und zwar mit der Aufschrift: «Felle der Weltraubtiere, gegerbt und verarbeitet von der Pelzfabrik Sorokumoff.» In einem anderen Käfig erblickte man eine riesige Spinne mit der Aufschrift

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

«Das Kapital». Die Menge jubelte, als die Spinne hervorgezogen und verbrannt wurde. Grosse Massen fanden sich aber auch zusammen, wenn Schauprozesse gegen abwesende Verbrecher veranstaltet wurden, etwa der Prozess gegen die Mörder von Rosa Luxemburg oder der Prozess gegen Wrangel.

All das war weit mehr Feier als blosser Propaganda, weil die Grenzen zwischen den Handelnden und den Zuschauenden aufgehoben wurden, aber ihren Gipfelpunkt erreichten die Feiern in den grossen Massenfesten, in denen die Revolution und deren Akteure sich selbst wiederholten und zelebrierten. Da ist vor dem Winterpalast in Petrograd eine riesige Bühne aufgebaut, und oben speisen in hellem Licht fette Bürger mit ihren Mätressen, während auf dem Platz vor und unter ihnen eine dunkle Menge, ununterscheidbar vom Publikum, sich zu regen beginnt. Schüsse knallen, Abteilungen der Roten Garde bilden sich, Panzerautos fahren auf. Vor Schrecken verschlägt es den schmausenden «Burschui» die Sprache, sie erheben sich und flüchten, während nun revolutionäre Formationen mit Schreien und Schiessen herandrängen. Die hohe Wand im Hintergrund sinkt nieder, hinter ihr wird der Baum der Freiheit sichtbar, mit roten Bändern umwunden, und die vielen uniformierten Menschen strömen auf ihn zu und vertauschen ihre Waffen gegen Sensen, Heugabeln und Hämmer: Die grosse Verbrüderung der ganzen Menschheit zu friedlicher Arbeit tritt an die Stelle der kriegerischen Auseinandersetzung, die Internationale ertönt, und ein Feuerwerk überstrahlt die ganze Szene, in der Schauspieler und Zuschauer zu einer ununterscheidbaren Einheit werden. Die Individuen sind damit über ihre Einzelheit und Enge hinausgelangt, und sie finden sich zur unbegrenzten Kraft der Masse erhoben. Alltag und Arbeitsteilung sind versunken; die *neue Welt* und der *neue Mensch* sind im Spiel vorweggenommen, das zugleich ein Nach-Spiel und ein Vor-Spiel ist.

Zum Kult wurde die Feier, als nach dem Tode Lenins der einbalsamierte Leichnam des Staatsgründers im Mausoleum auf dem Roten Platz seine Ruhestätte fand und Tag für Tag viele Tausende in langen Reihen geduldig darauf warteten, einen Blick auf die einzige und höchste Reliquie in der Sowjetunion werfen zu dürfen.

In dieser Umwelt *klangen* die Lieder und Gedichte von Demjan Bedny, der sich rühmte, ein Niemand und ein Ungebildeter zu sein und eben deshalb die Wirklichkeit der Masse wiederzugeben:

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda

Millionenfüssig: ein Leib. Das Pflaster kracht....
Millionenmassen: ein Herz, ein Wille, ein Tritt!
Gleichschritt! Gleichschritt!
Sie marschieren an. Sie marschieren an.
Marschmarsch .. .⁹

So gingen Feier und Propaganda ineinander über, und die Propaganda trat umso reiner hervor, je deutlicher das Bemühen von Einzelnen oder Gruppen war, über eine Distanz hinweg auf andere zu wirken und ihnen die richtigen Meinungen zu vermitteln. Für viele Jahre schien die Sowjetunion eine einzige Wandtafel zu sein, die von oben bis unten mit Parolen, Bildern, Ermahnungen und Anklagen beschrieben war, welche alle in die gleiche Richtung wiesen, ob sie nun tatsächlich auf Wänden und Bildsäulen oder in Broschüren und Büchern zu finden waren. Da sitzt der «Feind Kapital» als dicker Mann mit unsympathischen Zügen inmitten von zahllosen Goldstücken; da thront der Völkerbund, verkörpert durch drei Männer mit Zylindern und Geldbäuchen, die durch die Nationalfarben als Frankreich, England und die USA gekennzeichnet sind, unter der Aufschrift «Kapitalisten aller Länder, vereinigt euch» auf hoher Bühne vor einer armseligen und niedergedrückten Masse; da streut aber auch ein schwebender Engel Blumen über eine grosse Menge von Menschen; die zum «Feiertag der Arbeiter aller Länder» versammelt sind.

Die Plakate aus der Zeit des Bürgerkrieges zeigen Wrangel als halb-menschliche Figur mit Tiergebiss und Dolch; sie lassen Arbeiter eine riesige Granate als «Geschenk für den weissen Pan» (die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten) schleppen, sie geben eine Weltkarte wieder, auf der die rote Fahne bereits über ganz Europa weht.¹⁰ Die Darstellungen und Schilderungen gleichen denjenigen der Weissen bis zur Ununterscheidbarkeit: Leichenkeller, abgeschnittene Köpfe, Massenerschiessungen, und sie lassen ebenfalls jeden Hinweis auf den eigenen Terror vermissen. Ein eigenartiges und nicht recht glaubwürdiges Analogon zu dem eigenen Vorgehen steckt aber in der Behauptung, dass die Weissen von denjenigen Gefangenen, welche sie unter verdächtigen Umständen verhaftet hätten, alle diejenigen ohne weitere Untersuchung erschossen, die schwierige Arbeitsfäuste aufwiesen. Ein genuiner Unterschied wird in den Bildern von Auspeitschungen deutlich, die tatsächlich allein bei den Weissen vorgekommen zu sein scheinen.¹¹ Andererseits wurde die sowjetische Propaganda für den

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Ausländer unglaubwürdig, wenn sie von Massenerschiessungen deutscher Proletarierfrauen und von schrecklichen Folterungen gefangener Kommunisten in Deutschland berichtete.¹²

Mit dem Ende der zwanziger Jahre änderte sich das Bild der Propaganda: nun zeigten grosse Bildtafeln nur mehr die Sowjetunion und an vielen Stellen eingezeichnet die grossen Projekte des Fünfjahresplanes, und überall wurde den Menschen der Beschluss der XV. Parteikonferenz eingeprägt, dass in kurzer Frist das Niveau der industriellen Entwicklung der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder «einzuholen und zu überholen» sei. Propaganda waren aber auch die sorgfältig vorbereiteten Reisen ausländischer Delegationen, die mit dem *Volk* zusammentreffen wünschten und doch nur Agenten der Tschecha oder der GPU begegneten¹³; Propaganda waren die Sprechstunden des machtlosen «Staatspräsidenten» Michail Kalinin, und «Agitation und Propaganda» war die ausschliessliche Aufgabe einer der grössten Abteilungen des Zentralkomitees der KPdSU. Auch noch 1941 war die Sowjetunion das Land der Propaganda, aber selbst in deren routiniertesten und grobschlächtigsten Formen blieb etwas vom Geist jener frühen Lieder und Feiern gegenwärtig, in denen die Grundemotionen und Grundanschauungen einer grossen internationalen Bewegung ihren Ausdruck gefunden hatten.

Völlig anders war die Tradition, in der die Lieder der nationalsozialistischen Bewegung wurzelten. Auch sie ging in die Vorkriegszeit zurück. Zwar war in den Liedern der Arbeiterbewegung nirgendwo ernsthaft von «Wissenschaft» die Rede, aber sie waren doch bis 1914 ganz überwiegend von dem optimistischen Geist des Fortschrittszeitalters durchdrungen. In dessen war von bedeutenden Philosophen längst schroffe Kritik an einem allzu banalen und oberflächlichen Fortschrittsbegriff geübt worden, war in Literatur und Wissenschaft die Bedeutung von Mythos und Kult in der Antike entdeckt worden, hatte der «Wandervogel» die Heimat und deren Überlieferungen wiedergefunden und an sein Herz gezogen:

Kein schöner Land in dieser Zeit
als wie das unsre weit und breit,
wo wir uns finden wohl unter Linden
zur Abendzeit.¹⁴

Hier konnte der Krieg nicht in erster Linie als Einsturz von Hoffnungen und Werk einer bösen Minderheit, der herrschenden Klasse, empfunden

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda

werden. Millionen von Deutschen hatten ihn vielmehr als Befreiung von routiniertem Alltag, als Aufruf zum heroischen Opfer, als Bestätigung alter Überzeugungen erlebt, und sogar für die grosse Masse der Sozialdemokraten war es im August 1914 eine handgreifliche Wahrheit, dass sich das kulturell viel höherstehende Deutschland gegen die seit Langem existierende und nun akut gewordene Bedrohung durch das zaristische Russland verteidigen müsse. Und nach der Niederlage zeigte sich, dass gerade in dieser Bedrängnis die Gefühlsgehalte, die einst in der Religion ihren Ort gehabt hatten, sich dem Patriotismus zu verbinden und beinahe so etwas wie jene antike Einheit von Vaterlands- und Gottesdienst hervorzubringen vermochten, der sich schon vor dem Kriege sehnsüchtige Augen zugewandt hatten. Als Beispiel kann Rudolf Alexander Schröders «Deutscher Schwur» angeführt werden:

Heilig Vaterland, in Gefahren
Deine Söhne stehn, Dich zu wahren,
Von Gefahr umringt, Heilig Vaterland,
Schau, von Waffen blinkt Jede Hand

Bei den Sternen steht, was wir schwören,
Der die Sterne lenkt, wird uns hören
Eh der Fremde Dir Deine Kronen raubt
Deutschland fallen wir Haupt bei Haupt.

Heilig Vaterland, heb zur Stunde
Kühn Dein Angesicht in die Runde
Sieh uns all entbrannt Sohn bei Söhnen stehen
Du sollst bleiben, Land, wir vergehn.

Man mochte angesichts der Schrecknisse moderner Materialschlachten über den hymnischen Ton spotten; man mochte bestreiten, dass dieses Land der Fabriken, der Banken und der langdauernden Arbeit einen solchen Preisgesang verdiene. Aber wenn Deutschland wirklich nichts anderes gewesen wäre als ein Exemplar der globalen Gesellschaft aus wenigen Ausbeutern und zahllosen Ausgebeuteten, dann hätte das Gedicht kein Echo finden können. Man mochte seine Wirkung auf *bürgerliche Kreise* beschränkt sehen, aber dann erhob sich die Frage, wie gross oder wie klein

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

diese Kreise waren, deren Empfinden und Denken nicht ausschliesslich um den universalen «Widerspruch von Kapital und Arbeit» kreiste. Jedenfalls sagte der Sozialdemokrat Karl Bröger während des Ruhrkampfes essentiell dasselbe wie Rudolf Alexander Schröder, wenn er auch die Aufgabe des «Gestaltens» stärker hervorhob:

Nichts kann uns rauben Liebe und Glauben
zu unserm Land; Es zu erhalten und zu gestalten
Sind wir gesandt.
Mögen wir sterben, unseren Erben
Gilt dann die Pflicht: Es zu erhalten und zu gestalten,
Deutschland stirbt nicht.

Diese Lieder wurden nicht von Nationalsozialisten geschaffen. Die Emotionen, auf denen sie beruhten, waren weder künstlich, noch waren sie auf kleine Zirkel beschränkt. Sie waren vielmehr das mächtigste Reservoir, aus dem die neue Bewegung ihre Kraft zog, und wenn dieser Quellgrund nicht vorhanden gewesen wäre, würde aus allen «sozialen Ressentiments deklasierter Kleinbürger» nichts weiter als eine neue Mittelstandspartei zur Verteidigung der ökonomischen Interessen von Handwerk und Kleinindustrie entstanden sein. Ungemein kennzeichnend für den Nationalsozialismus ist jedoch, dass er Lieder der Arbeiterbewegung zu übernehmen und ihnen einen nationalistischen sowie antisemitischen Ton zu geben vermochte. (Allerdings wurden von der Gegenseite ebenfalls Volks- und Soldatenlieder umgeändert und den eigenen Gesängen dienstbar gemacht.) So sang die Hitlerjugend «Brüder, zur Sonne zur Freiheit» und fügte eine neue Strophe hinzu:

Hitler ist unser Führer, ihn lohnt nicht goldner Sold,
der von den jüdischen Thronen vor seine Füsse rollt.

Und die schlesische SA veränderte das Lied der «Jungen Garde» folgendermassen:

Wir sind die Sturmkolonnen, Wir gehen drauf und dran
Wir sind die ersten Reihen, Wir greifen mutig an!
In Arbeitsschweiss die Stirne, den Magen hungerleer
Die Hand voll Russ und Schwielen umspannet das Gewehr

Die Handgranat am Koppel, geschultert das Gewehr
So ziehn die Sturmkolonnen im Siegesrausch daher!

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda

Der Jude kriegt das Zittern, schliesst schnell den
Geldschrank auf,

Zahlt bis zum letzten Pfennig des Volkes Rechnung aus.

Nichts wäre lächerlicher gewesen, als wenn diese Lieder nur von «Bourgeoissöhnchen» oder «Stutzern» gesungen worden wären, wie die versimpelnde Gegenpropaganda es hinzustellen versuchte. Die Hitlerjugend war in ihrer Zusammensetzung zum grossen Teil proletarisch, und dasselbe galt für die SA. Wenn schon eine Gruppe *bluten* musste, dann lag es sehr nahe, die leicht erkennbaren und nicht allzu zahlreichen Juden an die Stelle der *Bürger* zu setzen, bei denen niemand genau wusste, ob nur die Finanzleute oder die Unternehmer oder alle «Mehrwertverzehrer» und am Ende sogar die Facharbeiter dazuzurechnen waren. Und war nicht «Rothschild» der Name gewesen, in dem sich für die frühe Arbeiterbewegung alles Hassenswerte des Systems verkörpert hatte?

Aber nach dem Siege trat die getragene und gemütvolle Feierlichkeit wieder in den Vordergrund, die sich in dieser Form wohl in den Gesängen keines anderen Volkes finden lässt, versetzt freilich mit dem härteren und nervöseren Ton der Freude am Kampf um des Kampfes willen und der Vernichtungsdrohung gegenüber dem «Weltfeind»:

Siehst Du im Osten das Morgenrot, ein Zeichen zur
Freiheit, zur Sonne?

Wir halten zusammen, ob Leben ob Tod, mag kommen,
was immer da wolle,

warum jetzt noch zweifeln, hört auf mit dem Hadern,
noch fliesst uns deutsches Blut in den Adern,

Volk ans Gewehr, Volk ans Gewehr! – ...

Jugend und Alter und Mann für Mann umklammern das
Hakenkreuzbanner

Ob Bürger, ob Bauer, ob Arbeitsmann, sie schwingen das
Schwert und den Hammer.

Für Hitler, für Freiheit, für Arbeit und Brot. Deutschland
erwache, Juda den Tod!

Volk ans Gewehr, Volk ans Gewehr!

Aus der Gegenwart wurde jedoch nicht selten auf eine weit entfernte
Vergangenheit zurückgegriffen:

Lang war die Nacht und lang war die Not, wir lagen müde
und verlassen.

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Schlich nicht die Pest und schlich nicht der Tod mit
grauem Gesicht durch die Gassen?
Tambour, schlag an, jubelnder Laut, wie knattern schon
die Fahnen!
Tambour, Gott will uns mahnen, Volk brich auf!
Rafft euch empor und zusammengeschart lasst durch die
Trommel euch werben,
frei und froh, nach Normänner Art, zu siegen oder zu
sterben...
Sieg in der Not, da zeigt euern Mut, wer zaudert, der
ist schon verloren.
Gott ist der Kampf, und der Kampf unser Blut, und darum
sind wir geboren ...

Hier wurde also mitten im industriellen Zeitalter die mythische Ureinheit von Gott, Kampf und Blut beschworen. Wenn das *reaktionär* war, dann musste der Begriff neu bestimmt und von den harmlosen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts gereinigt werden. Aber orientierten sich nicht auch die *Revolutionäre* an einer noch fernerem, noch weniger greifbaren Vergangenheit?

Am kennzeichnendsten für den Nationalsozialismus waren aber die Lieder, deren Gegenstand der Führer war. Bei Will Vesper heisst es:

So gelte denn wieder Urväter Sitte: Es steigt der
Führer aus Volkes Mitte.
Führer des Reiches, wie wir es meinen, bist Du schon
lange im Herzen der Deinen.
Sie kannten vor Zeiten nicht Krone noch Thron. Es führte
die Männer ihr tüchtigster Sohn ...
Wer vor dem Heer herzog, ward Herzog genannt.
Herzog des Reiches ...

Wenn man Begriffe will, so sind Gedichte wie dieses Zeugnisse eines cäsaristischen und populistischen Kollektivismus. Die «christlichgermanischen» Konservativen des 19. Jahrhunderts hätten sich nichts vorstellen können, was revolutionärer und verwerflicher gewesen wäre. Und in der Sowjetunion war seit 1936 nicht mehr von der Klasse, sondern nur noch vom Volk die Rede, das freilich als Sowjetunion seine weltrevolutionäre Aufgabe noch vor sich hatte. In den nationalsozialistischen Liedern steht immer nur die Befreiung des eigenen Volkes im Mittelpunkt. Insofern sind sie vom Partikularismus geprägt.

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda

So führen diese Lieder zu einer bestimmten Art der Feier hin, die rasch den Charakter des Kultes annahm: zur Feier des Vaterlandes und zum Kult seiner personalen Verkörperung, des Führers als des Gesandten Gottes oder gar des Gottes selbst. Die Grundlage dieser Feiern war meist der Vorbeimarsch; den Unterton bildete der Gleichklang der Stiefel; die Umwelt waren Fahnen, Standarten und Pylonen; Kulisse war das vieltausendstimmige «Heil». Offenkundig waren kirchliche Feiern ein Vorbild, aber auch der «Glanz des Kaiserreichs». Das Dritte Reich war ein Reich der Feiern als Selbstzweck und Selbstdarstellung – daran entzündete sich die scharfe Kritik Oswald Spenglers. Aber in diesen Feiern stellte es einen schroffen Gegensatz zur Weimarer Republik dar, die grau und nüchtern ausgesehen hatte, und es war nicht auszuschliessen, dass die Feiern die Kraft und die Erfolge schaffen sollten, die nach Spenglers Meinung ihre Vorbedingung sein mussten. Die Termine des nationalsozialistischen Feierjahres lesen sich wie der Festkalender der katholischen Kirche:

Der 30. Januar jedes Jahres war der «Tag der Machtergreifung» mit dem Traditionsmarsch der Fackelträger durch das Brandenburger Tor; im März stand der «Heldengedenktag» im Mittelpunkt, wie der «Volkstrauertag» der Weimarer Republik jetzt hiess; der 20. April, der «Geburtstag des Führers», wurde meist mit einer gewaltigen Parade gefeiert; am 1. Mai, dem «Tag der nationalen Arbeit», prangte ganz Deutschland in Grün und Fahnen, und in Berlin allein marschierten anderthalb Millionen Arbeiter und Angestellte zum Tempelhofer Feld; am 21. Juni sprachen viele Parteiführer in allen Teilen des Reiches zur «Sommersonnenwende» vor leuchtenden Feuern; der September war der Monat der alljährlichen Reichsparteitage, die auch für Ausländer sehr eindrucksvolle Schauspiele waren, weil sie für alle Sinne bewegende Eindrücke und für uralte Schauer Befriedigung boten; Anfang Oktober fand das «Erntedankfest» auf dem Bückeberg bei Hameln statt; der 9. November war der Gedenktag der Gefallenen der Bewegung, an dem in München die 16 Särge der am 9. November Gestorbenen unter Trommelwirbel von der Feldherrnhalle zum Königlichen Platz gefahren wurden, wo nach dem Vorbild des italienischen Faschismus die Toten mit Namen aufgerufen wurden und Stimmen von Hitlerjungen mit einem lauten «Hier» antworteten; der Dezember blieb vom Weihnachtsfest beherrscht, aber dessen Umgestaltung zur «Wintersonnenwende» wurde für die Zeit nach dem Kriege vorgesehen.

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

All das war kein blosser *Rummel*, und auch mit dem Terminus *panem et circenses* ist es schwerlich angemessen beschrieben. Aber da die Feier so sehr Selbstzweck war und so ausschliesslich die irrationalen Kräfte im Menschen ansprechen wollte, fiel weit stärker als in der Sowjetunion und bei den deutschen Kommunisten die Distanz zwischen dem emotionalen Inhalt und der rationalen Inszenierung bzw. Organisation ins Auge.¹⁵ Daher war die Propaganda keine blosser Fortsetzung von Lied und Feier. Solange sie noch vor allem Polemik gegen «Versailles» war und immer wieder «Deutschlands blutende Grenzen» zeigte, konnte sie in Schule und Öffentlichkeit an manche Aktivitäten der Weimarer Republik anknüpfen. Aber kein Leiter der «Reichszentrale für Heimatdienst» hätte sich jemals so kühl und zynisch über die Notwendigkeit der Lüge, der Primitivität und der Wiederholung als unentbehrlicher Propagandamittel geäussert, wie Hitler es in «Mein Kampf» getan hatte. Joseph Goebbels wäre als Generaldirektor einer grossen Werbefirma durchaus vorstellbar und vermutlich sehr erfolgreich gewesen. Die ausserordentlichen Möglichkeiten des Rundfunks erkannte er sogleich und nutzte sie klug: 1938 wurden sogar «Reichslautsprechersäulen» aufgestellt. Die Führerreden wurden regelmässig über alle deutschen Sender übertragen, und sie wirkten auch in diesem Medium, obwohl ihre Schwächen bei der Isolierung der Stimme leichter erkennbar waren als im mannigfaltigen Kontext der Massenversammlungen. Die Presse lenkung war ein Werk gekonnter Regie durch Goebbels, aber selbst er konnte die deutsche Presse nur auf einen Hauptton stimmen, und beträchtliche Reste der alten Mannigfaltigkeit blieben erhalten, anders als in der Sowjetunion, wo die Propaganda der Partei das Leben bis in die hintersten Winkel durchdrang. In den Filmen wurden grosse Ereignisse der deutschen Geschichte stark herausgestellt, nicht dagegen der Antisemitismus, und es war eher eine Ausnahme, als Goebbels während des Krieges von Veit Harlan den «Jud Süß» produzieren liess. Julius Streichers «Stürmer» war zwar in zahllosen Schaukästen zu finden, aber er galt auch bei vielen Parteigenossen als eine Kulturschande. Auffallend gross blieb noch im Kriege der Anteil unpolitischer Unterhaltung, nicht nur in Filmen, sondern auch in illustrierten Zeitungen.

An dieser Stelle sollen nun die Grunderfahrungen und Grundemotionen, die zwar keineswegs die einzigen, aber doch die wichtigsten waren, in der distanzierten Spiegelung durch zeitgenössische Romane anschaulich ge-

4. *Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda*

macht werden, nämlich diejenigen, die mit der russischen Revolution verknüpft sind. Zugrundegelegt werden drei Romane und ein Tagebuch, die alle vor 1933 geschrieben sind und deshalb noch keiner Einflussnahme durch das Dritte Reich unterliegen: ein Werk, das auf der bolschewistischen Seite steht und trotzdem keine blosse Parteiliteratur ist, und drei Werke, die von Autoren der anderen Seite stammen, der antibolschewistischen, nicht der nationalsozialistischen Seite – nur eins in dem einen Falle, weil die Auffassungen einfach und eindeutig sind; drei in dem anderen, weil die Komplexheit und Ambivalenz dieser Seite wenigstens ansatzweise sichtbar gemacht werden soll.

Michail Scholochow hat die ersten Teile seiner Romanfolge «Der stille Don» um das Jahr 1930 herum geschrieben, und im vorliegenden Zusammenhang ist vor allem das zweite Buch «Krieg und Revolution» von Interesse. Die Erzählung beginnt im Oktober 1916 bei einer Kosakeneinheit des russischen Heeres, auf das schon die Schatten der Niederlage fallen. Kriegsmüdigkeit hat überall um sich gegriffen, tödliche Erschöpfung bestimmt das Bild, aber in den Augen der Offiziere sind alle Maschinengewehrschützen «verseucht», weil unter ihnen Flugblätter der Bolschewiki im Umlauf sind, welche dazu aufrufen, dem Krieg ein Ende zu machen und die Verantwortlichen des grossen Mordens mit Feuer und Schwert zu vertilgen: den Zaren, die Adligen, die internationalen Industriemagnaten, die russischen «Burschui», ja die Offiziere, die «Hunde», welche die rücksichtslosen Angriffsbefehle ausgaben oder durchführten, die so unendlich viel Blut kosteten. Einer der Kosakenoffiziere indessen, der Fähnrich Buntschuk, empfindet ähnlich wie die Soldaten, so dass er desertiert und sich einer bolschewistischen Untergrundorganisation anschliesst. Ohnmächtiger Zorn erfüllt die anderen gegen die «Cholerabazillen», die Bolschewiki, welche Russland dem deutschen Feind ausliefern wollen. Aber in der Heimat greifen Niedergeschlagenheit und Defätismus um sich, und der reiche Kaufmann in dem Kosakendorf spürt den Boden unter sich wanken, nachdem er ein schlechtes Gewissen ob seiner Ausbeutertätigkeit nie hatte unterdrücken können. Auf ganz ähnliche Weise spüren die Offiziere, als die Einheit zum Schutz der Regierung nach Petrograd verlegt wird, dass die Kosakensoldaten ihnen entgleiten, denn sie sind nun zwar bereit, sich in Diskussionen einzulassen, aber auf die «tödlich einfachen Ansichten» der Soldaten von der Notwendigkeit des Friedens und der Bestrafung der Verantwortli-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

chen wissen sie keine Antworten zu geben. Und so gewinnt nicht der Oberbefehlshaber Kornilow die Oberhand, der die rücksichtslose Vertilgung aller Bolschewiki als todbringender Bazillenträger fordert, sondern der ehemalige Fähnrich Buntschuk, der als Agitator in der Einheit wiederauftaucht und seinerseits die erbarmungslose Forderung erhebt: «Sie uns oder wir sie ... Gefangene werden nicht gemacht... Solche (wie den Hauptmann Kalmykow) muss man vertilgen wie Ungeziefer.» Und dann, nach der Machtergreifung der Bolschewiki, löst die Front sich auf, und die Soldaten «raubten unterwegs und rollten wie eine stürmische, unaufhaltsame Lawine durch ihr Vaterland», wobei sie ihre Offiziere niederschossen. Auch die Kosakeneinheit kehrt in ihr Dorf zurück, und die Männer ahnen nicht, «dass noch schrecklicheres Grauen und fürchterlichere Ereignisse, als sie im Kriege erlebt hatten, an den Schwellen ihrer Hütten auf sie lauerten». Sehr bald appellieren jene wohlhabenden, aber angesehenen Kosaken an sie, welche die Unabhängigkeit des Dongebietes von Grossrussland durchsetzen wollen, aber auch die bolschewistischen Agitatoren werben um ihre Seelen. Buntschuk kämpft bei Rostow: Keine der beiden Seiten macht Gefangene. Schliesslich erschiesst sich der Ataman Kaledin in Verzweiflung, und ein Zug von 5'000 Weissen, unter ihnen der ehemalige Parlamentspräsident Rodsjanko, sucht in Fussmärschen das Kubangebiet zu erreichen. «Russland geht nach Golgatha ... die Blüte Russlands, dachte Listnizki... Denselben Hass und dieselbe grenzenlose Wut, die in mir toben, trägt jeder dieser 5'000 dem Tod Geweihten in sich.» Aber die andere Seite verspürt keinen geringeren Hass und keine weniger erbitterte Wut. Buntschuk wird ins Revolutionstribunal kommandiert: «Fast jeden Tag führte man zum Tode Verurteilte auf Lastautos vor die Stadt, die Verurteilten und die Rotgardisten gruben in aller Eile Gräber ...» Buntschuk ist oft niedergeschlagen, doch er tröstet sich mit dem Gedanken: «Bevor man Blumen und Bäume pflanzt, muss man den Dreck wegputzen.» Aber unter diesem «Dreck» sind auch viele Werktätige und einfache Kosaken, und diese Bedrückung wird er nicht los. Am Ende erleidet seine Rotgardistenabteilung eine schwere Niederlage im Kosakengebiet, und sie werden alle erschossen, auch Buntschuk und auch der glühendste Bolschewik unter seinen Genossen, der Sohn eines Popen.¹⁶

Von viel grösseren Kämpfen und von einem viel gewaltigeren Zug tod-

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda

geweihter Menschen berichtet Edwin Erich Dwinger in seinem Roman «Zwischen Weiss und Rot» – von den Kämpfen der Truppen des Admirals Koltschak, denen sich deutsche kriegsgefangene Offiziere angeschlossen haben, und vom siegreichen Vordringen bis beinahe zur Wolga, aber auch, nach dem angeblichen Verrat der Tschechen und der Alliierten, von dem entsetzlichen Rückmarsch durch das winterliche Sibirien, dem eine Million Menschen zum Opfer fallen, Offiziere, Soldaten, Frauen, Kinder – die Blüte des russischen Bürgertums, wie der Verfasser sagt. Es fehlt nicht an breiten Schilderungen der Greuelthaten beider Seiten: der wahllosen Erschiessungen bloss Verdächtiger durch die Weissen, des Totprügelns der Kommissare, der Selektionen der Gefangenen, aber auch der Kastrationen und der «Rattenproben» der anderen Seite. Auch hier wird eine einfache Weltanschauung formuliert, mit der die Weissen sich aufrechterhalten: der Kampf gegen das «asiatische Chaos», die Selbstbehauptung gegen den «Moloch», der «Kreuzritterzug für die abendländische Kultur». Aber stärker fällt ins Auge, dass die Bolschewiki als Gläubige geschildert werden, welche die «Erde zum Gebären einer neuen Zeit» bringen wollen und mit inbrünstiger Überzeugung singen: «Die Welt hat sich von Grund gewandelt. Die Sklaven ergriffen die Macht.» Vor diesem Hintergrund werden viele der weissen Offiziere von tiefen Selbstzweifeln ergriffen: «Damit sollen wir siegen? Und gegen Leute siegen, die Ideale proklamieren?» – «Und haben sie ganz unrecht, die Roten?» – «Wir sind unnatürlich und dekadent, verfault an Leib und Seele... Also, weg mit uns!» Und so scheint die Suche nach einer eigenen Idee zu einem blossen Postulat zu werden, zu einem Ruf der Verzweiflung. Was sich am ehesten behauptet, ist der Drang auch der einfachen deutschen Soldaten zurück ins Vaterland, in die Heimat, in die Ordnung, wo der russische Fanatismus und das russische Grauen weit entfernt sind und weit entfernt bleiben sollen.¹⁷

Als ein Deutschland im Kleinen beschreibt Siegfried von Vegesack die Welt des baltischen und insbesondere des livländischen Deutschtums, besser: als ein Altdeutschland im Kleinen. Auch für ihn sind die Türme von Riga «Mahnzeichen und Wächter deutscher Kultur im äussersten Osten». Diese Welt schildert er mit Zuneigung und Liebe: das ebenso naturnahe wie kultivierte Dasein des deutschen Adels auf seinen grossen Gütern, den geselligen und meist verwandtschaftlichen Verkehr, die Vasallentreue gegenüber dem Zaren trotz aller Russifizierungsversuche der Behörden, das

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

innere Einverständnis der lettischen Diener und Pächter mit den deutschen «Grossherren» und «Grossfrauen», denn, so sagt eine der Mägde, «die Erde gehört nur den Herren, wie der Himmel nur Gott gehört. Das ist nun einmal so eingerichtet.» Aber der Verfasser beschreibt auch und vor allem die Erschütterung alles dessen, was bis dahin selbstverständlich war: das Murren und Aufbegehren der städtischen Arbeiter in der Revolution von 1905, nachdem doch noch zu Beginn des Krieges mit Japan die Mutter Gottes von Kasan als die Patronin des Reiches im Sonderzug durch ganz Russland gefahren wurde und überall von der Bevölkerung auf den Knien begrüsst worden war, das «Unverschämterwerden» der Leute, schliesslich die Niederbrennung zahlreicher Gutshöfe und die Ermordungen gerade der Beliebtesten unter der kleinen lettischen Intelligenzschicht, die sich der deutschen Kultur zugehörig fühlten.

Und in der Reaktion darauf entwickelt sich unter den jüngeren Deutschen eine neue Moral, die einen entschlossenen Gegenterror gegen den Terror üben und die lettischen Landarbeiter durch Deutsche aus Wollhynien ersetzen will, während die «Grossfrau» der älteren Generation nur umso entschiedener an ihren alten christlichen Maximen festhält: «Sollte eure neue Moral wirklich bei uns einziehen, dass es für Letten und Deutsche zweierlei Recht gibt, dann haben wir selbst hier ausgespielt. Denn Recht bleibt Recht, und Unrecht bleibt Unrecht.» Aber in anderen jüngeren Deutschen wächst der Zweifel an der eigenen Lebensform, am Sinn eines Lebens, von dem es heisst «man jagte, man ritt, man krebste, und jeden Abend wurde tüchtig getrunken», so dass der Ausruf eines jungen Grafen «Wie ich diese Vergangenheit hasse» nichts Vereinzeltes mehr ist.

Und dann kommt der Krieg und bricht die Revolution herein, und endlich besetzen die deutschen Truppen Riga, bis sie selbst sich auf die Nachrichten von der Revolution in Deutschland hin in blosse Haufen verwandeln und die Rote Armee in Riga einzieht und der Rote Terror beginnt: Auf dem Eise eines Flusses müssen sich Dutzende dorthin geschleppter Deutscher entkleiden, und sie werden dann in ein rasch gehacktes Loch und in einen grausigen Tod gestossen, in Dorpat werden die toten Herzöge von Kurland aus der Gruft gerissen und mit Bajonetten noch einmal getötet, 300 Männer und Frauen müssen für sich selbst Massengräber ausschaufeln und sich an den Rand stellen, wo sie erschossen werden. Aber als die bal-

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda

tische Landeswehr und weissrussische Truppen Riga befreien, ohne die Ermordung zahlreicher Männern und Frauen im Zentralgefängnis verhindern zu können, da ist der Gegenterror kaum weniger schlimm: Ganze Trauben von hingerichteten Bolschewiki hängen an den Bäumen, Gefangene werden nicht gemacht, Wehrlose werden niedergeknallt. Und als sich mit Hilfe der Engländer eine lettische Regierung durchgesetzt hat, da werden die grossen Güter aufgeteilt, und die Gerechtigkeit erweist sich als Nivellierung und Verhässlichung. Der Held jedoch, ein Anti-Held voller Selbstzweifel und Skrupel, geht dorthin, wo er nun allein noch zu Hause sein kann, nach Deutschland.¹⁸

Nach Deutschland, oder genauer nach Österreich, geht schliesslich auch die russische Bürgerstochter Alexandra Rachmanowa, deren Tagebücher unter dem Titel «Studenten, Liebe, Tscheke und Tod» in der Weimarer Republik ein grosses Leserpublikum fanden. Auch sie setzt mit der Schilderung eines noch im Kriege unbeschwerten und kultivierten Lebens ein, des Lebens einer Arztfamilie irgendwo in einer Stadt der Provinz. Hier beginnt die Revolution als Versprechen, und der spätere Verlobte berichtet stolz und glücklich von den Demonstrationen, an denen er als Fahnenjunker teilgenommen hat. Sehr rasch ändert sich jedoch die Atmosphäre durch die Scharen betrunkenen Soldaten, die grossenteils desertiert sind und die die Offiziere auf jede denkbare Art zu beleidigen suchen. Aber auch die Studenten sind im Aufruhr und fordern die Befreiung vom Joch der Professoren. Die Dienstboten laufen fortwährend in Versammlungen, und überall wird auf die «Burschuischweine» und die Reichen geschimpft, deren Hab und Gut man unter die Armen verteilen solle.

Nach der Machtergreifung der Bolschewiki wird ein Hausknecht zum Kommissar des Krankenhauses gemacht, dessen ärztlicher Leiter der Vater Alexandras ist, und dann zieht der Wirbel des Umsturzes nicht nur das Bürgertum und die Kirche, sondern auch jene Intelligenz in den Abgrund, die ihn mit so viel Enthusiasmus vorbereitet hatte. Das Erschiessen und das Erschossenwerden werden zur Realität des Alltags. Ein Kommissar macht der Frau eines Geheimrates einen Heiratsantrag und sagt auf deren erschrockene Antwort, sie sei doch schon verheiratet, leichthin: «Nu, das ist sehr einfach, dann erschiessen wir ihn eben.» Um dem Volk seinen *Aberglauben* auszutreiben, holt man einen weitberühmten *Staretz* von der Insel, auf der er lebt, und spisst ihn auf einem Pfahl auf, so dass er ein qualvolles Ende

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

findet. Ein Pope wird herangeführt, damit er für den Staretz bete und dadurch die Ohnmacht seiner Kunst beweise, und dann nebst Frau und Kindern mit Kolbenhieben getötet. Nach dem Attentat auf Lenin wird auch offiziell in den Zeitungen gefordert, dass für den Tod eines Bolschewiken tausend Burschuis ihr Leben hingeben müssen.

Schliesslich wird die Stadt von den weissen Truppen erobert. Vom weissen Terror ist nicht viel die Rede. Und doch gibt es auch im Tagebuch der Alexandra Rachmanowa ein Analogon zu jenen Selbstzweifeln und jenem Pessimismus, die bei Dwinger und Vegesack zu konstatieren waren. Nach der Befreiung tauchen sofort alle diejenigen Waren in Hülle und Fülle auf, die man unter der Herrschaft der Bolschewiki so schmerzlich vermisste, und sogleich stellt sich wieder ein übersprudelndes gesellschaftliches Leben her. «Die meisten leben so wie früher, bevor die Roten herrschten, und an die Front denkt niemand, alle haben sich beruhigt.» War es da nicht folgerichtig, dass die reichen Verwandten in Irkutsk ihr und ihrer Familie keine nennenswerte Hilfe zukommen liessen und sogar ein Ende des Weissen Regimes herbeiwünschten, als sie am Ziel des schrecklichen Rückzugs der Weissen Armee angekommen ist? Sogar aus Alexandra Rachmanowas Buch resultiert die Frage: Hatte das russische Bürgertum, hatte die russische Intelligenz ihr furchtbares Schicksal am Ende verdient, hatte sie es nicht mindestens zu einem grossen Teile mitverschuldet?¹⁹

Kein einziges der vier Bücher ist eine blossе Parteischrift. Im Grunde zeichnen alle vier, einschliesslich Scholochows, ein übereinstimmendes Bild von den Schrecken dieser grossen Umwälzung, aber auch von ihren tiefen Ursachen. Auffallend ist, dass fast nirgendwo Juden vorkommen, mit Ausnahme einiger Szenen bei Scholochow; offensichtlich ist keiner der Autoren der Meinung, derartige Ereignisse seien durch die Aktionen einer einzelnen ethnischen Gruppe zu erklären.²⁰

Wenn man das Ganze dieser Grunderfahrungen und Grundemotionen zu überblicken sucht, dann drängt sich die Feststellung auf, dass die Erfahrungen, die der Arbeiterbewegung zugrundelagen und die von der Sowjetunion in ihren kriegsbedingten Abwandlungen als Basis ihres Selbst- und Fremdverständnisses übernommen oder angeeignet wurden, eine grosse Anzahl von Menschen stärker und nachhaltiger bestimmten, als es irgendeine andere Grunderfahrung der Zeit tat. Die *Klassenlage* der einfachen Arbeiter war eine überwältigende Realität, und die Konsequenz des «Aufrufs zum

4. *Selbstverständnis und Fremdverständnis in Literatur und Propaganda*

Klassenkampf» konnte zwingend erscheinen, obwohl sie nicht ohne Alternative war. Wenn *Bürgertum* darin besteht, diese Klassenlage der physisch erschöpfenden Handarbeit, der unzureichenden Bezahlung, des Ausgeschlossenenseins von Bildung und Kultur nicht oder nur ansatzweise zu teilen, dann konnten sich im Bürgertum nicht ebenso starke und verbreitete Grundemotionen entwickeln wie unter den Arbeitern, und die Politik der Wilhelminischen Zeit ist ein anschaulicher Beweis dafür.

Aber die machtvolle Realität dieser Klassenlage war gerade in der *bürgerlichen Gesellschaft* nichts Unwandelbares und Überhistorisches, so langsam die Veränderungen sich vollziehen mochten, und es konnte für jene Emotionen nicht ohne Folgen bleiben, wenn *Hunger für* sehr viele Arbeiter allenfalls noch eine Metapher war, wenn die Arbeitszeit gesetzlich begrenzt wurde und wenn zahlreiche Möglichkeiten des Erwerbs von Wissen und Bildung sich eröffneten. Dann mussten die Revolutionäre, die an den alten Konzepten festhielten, in ihrer Polemik gegen die Reformisten viel schriller werden, und die Bürger mussten weit tiefer erschrocken sein, zumal wenn ein Weltkrieg und die Revolution in einem benachbarten, bis dahin sowohl gefürchteten wie geringgeschätzten Lande völlig neue Tatbestände schufen.

Selbst wenn man annahm, dass das russische Bürgertum und die russische Intelligenz ihr Schicksal selbst herbeigeführt und also verdient hätten: Liess sich wirklich erwarten, dass sich nirgendwo innerhalb des so ausge dehnten und vielgestaltigen deutschen Bürgertums ein entschiedener Wille zur präventiven Gegenwehr entwickeln und verbreitete Sympathien finden würde? Was ganz unähnlich schien, mochte sich nun viel ähnlicher werden; starke und einheitliche Emotionen mochten der Zerspaltung unterliegen, schwache und zerstreute Gegenemotionen mochten sich konzentrieren. Dem Glauben der Arbeiterbewegung, der durch Entwicklungen und Ereignisse so sehr tangiert worden war, dass er nun für viele zum Eigentum einer *russischen* Partei geworden zu sein schien, mochte ein Gegenglaube gegenüber treten, der Feier eine Gegenfeier, dem Selbst- und Fremdverständnis ein entgegengesetztes Selbst- und Fremdverständnis. Die Herrschaft des Glaubens in Russland konnte dann gerade auf die Zurückgebliebenheit der Verhältnisse zurückgeführt werden und die Macht des Gegenglaubens in Deutschland auf deren Fortschrittlichkeit. Eine Verwischung der klaren Linien und eine Verkehrung der Verhältnisse musste die Folge sein.

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Ein Unterschied aber blieb immer deutlich sichtbar, und er war wesentlich. In der nationalsozialistischen Literatur wurde der kommunistische und sowjetische Gegner angeklagt und bekämpft, aber er wurde nicht verspottet, weil er zu viel beängstigten Respekt genoss, auch dann, wenn es ratlosen Zorn hervorrief, dass eine beträchtliche Anzahl von Deutschen die Sowjetunion für ihr Vaterland erklärten. Anders erging es dem Nationalsozialismus und dem Dritten Reich von Seiten der kommunistischen und selbst der linksliberalen Schriftsteller bzw. Propagandisten, ob sie nun in Deutschland oder in der Emigration oder in der Sowjetunion sich befanden: Hitler und das Dritte Reich waren lange Zeit mehr Spottbild als Schreckbild. Folgendermassen parodierte Bertolt Brecht das Horst-Wessel-Lied:

Hinter der Trommel her trotten die Kälber
Das Fell für die Trommel liefern sie selber.
Der Metzger ruft. Die Augen fest geschlossen.
Das Kalb marschiert mit ruhig festem Tritt.
Die Kälber, deren Blut im Schlachthofschon geflossen
Sie ziehn im Geist in seinen Reihen mit.²¹

Ob dieser rationalistische Spott sich gegenüber der Entfesselung irrationaler Kräfte als stärker erweisen würde, stand dahin; ob er nicht selbst auf einem irrationalen Grunde von Annahmen und Hoffnungen ruhte, war eine noch unentschiedene Frage, aber alles sprach dafür, dass in der Kultur die Unterschiede der beiden Bewegungen und Regimes noch stärker hervortreten würden.

5. Die politisierte Kultur

Auf dem Höhepunkt der europäischen Weltvorherrschaft, zwischen 1875 und 1900, erfreute sich kaum ein Begriff höherer Schätzung als derjenige der Kultur: Die Gemeinschaft der Kulturstaaten war dabei, die zurückgebliebenen Gebiete der Erde auf eine höhere Kulturstufe zu heben, und Nietzsche zählte sich und seinesgleichen zu den «eximierten Kulturmenschen». Kultur bedeutete die Gesamtheit der *höheren* Lebensäusserungen, die freilich längst nicht mehr, wie in der mesopotamischen oder griechischen oder mittelalterlichen Hochkultur von einer religiösen Grundeinstel-

lung getragen war und ein gemeinschaftliches Wissen oder Glauben über das Weltall und den Weltgrund sowie das richtige Leben der Menschen in sich schloss. Seit dem Beginn der Neuzeit war sie vielmehr in eine Anzahl relativ autonomer Teilbereiche wie Religion, Philosophie, Wissenschaft und Kunst auseinandergetreten, die sich in sich selbst weiter differenzierten. Was den einen als Kulturfortschritt galt, mochte den anderen freilich als beklagenswerte Auflösung jenes gemeinsamen Lebensverständnisses erscheinen, in dem alle Glieder eines Volkes oder einer Nation ihre Einheit haben. Aber weder die Lobredner noch die Kritiker der «zeitgenössischen Kultur» würden um 1900 eingeräumt haben, dass auch nur eine einzige Erscheinungsform der Kultur vollständig der Politik untergeordnet sei, und gerade die Marxisten hatten die Absicht, die Kultur aus den politischen Zwängen zu befreien, denen sie in der kapitalistischen Gesellschaft *noch* unterliege.

Russland freilich befand sich unter den europäischen Kulturstaaten in der eigenartigsten Lage. Die grossen Leistungen seiner Kultur wie etwa die Werke Puschkins, Dostojewskis und Tolstojs standen in keiner Weise hinter den grössten Werken der westlichen Kultur zurück und fanden in Berlin und Paris, in Wien und London hohe Anerkennung. Es handelte sich in grossen Teilen um eine selbstbewusste Kultur, um die Kultur der führenden Schicht einer der Weltmächte, welche sogar einen missionarischen Anspruch erhob und als das «Dritte Rom» gelten wollte. Aber die Träger dieser Kultur waren so gut wie ausnahmslos von dem Bewusstsein geprägt, dass sie an Zahl nur gering waren und dass die endlosen Landgebiete des Reiches in den Augen ihrer westlichen Partner von Kulturlosigkeit erfüllt, d.h. von vielen Millionen analphabetischer Bauern bewohnt waren. Andererseits waren diese Bauern in ihrer orthodoxen Gläubigkeit und in ihrer Zarentreue eine Realität, die man der *westlichen* Glaubenslosigkeit und Zerspaltenheit auch mit positivem Akzent gegenüberstellen konnte. So war das russische Geistesleben weitaus mehr als das deutsche oder gar das französische vom Kampf um den eigenen Weg bestimmt, von Verzweiflung ob der eigenen Kulturlosigkeit und Zurückgebliebenheit auf der einen Seite und von dem stolzen Selbstbewusstsein eines einheitlichen und in der Religion verwurzelten Daseins auf der anderen. Aber nicht wenige der *Westler* machten sich das missionarische Bewusstsein und das Überlegenheits-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

gefühl ihrer Gegner zu eigen, und viele der Slawophilen entwickelten sich zu *Volkstümlern*, welche sich auf schroffe Weise gegen die Selbstherrschaft und die orthodoxe Religion wandten.

Aber auch der europäische Sozialismus war durch die Kritik an Liberalismus, Individualismus, Vereinzelung und Entfremdung geprägt, und eigenartige Synthesen oder Synkretismen wurden vorstellbar. Ein Westler wie der Literaturkritiker Belinski schrak nicht vor der Forderung zurück, Hunderttausende von Parasiten und Reaktionären aus dem Wege zu räumen, um den Millionen der einfachen Menschen ein glückliches Leben zu verschaffen;¹ die Mitglieder der Hocharistokratie Bakunin und Kropotkin wurden zu Gründervätern des Anarchismus in Europa und fassten zugleich für Russland eine hervorstechende, dem Westen entgegengesetzte Rolle ins Auge. Die Sehnsucht nach Ganzheit des Lebens sowie gegen die Atomisierung und die individualistische Habgier im Westen bildete mithin einen gemeinsamen Grundzug fast der gesamten russischen Intelligenz. Die einzigen, die jede Art von Sonderweg für Russland entschieden ablehnten, schienen die Marxisten um Plechanow zu sein, aber unter scharfblickenden Beobachtern kamen schon früh Zweifel auf, ob Lenins intoleranter Dogmatismus und sein Hass gegen alles *Kleinbürgerliche* ihn und seine Gruppe nicht doch in die Nähe Bakunins und sogar der Slawophilen rückten.

So war die russische Kultur vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges in höherem Masse *politisch* als etwa die deutsche oder die englische; die Bezirke der *reinen Kunst* und der *objektiven Wissenschaft* waren kleiner; aber es handelte sich gleichwohl nicht um eine Kultur, die ausschliesslich an der Forderung des Nachholens und der Vernichtung unmoderner Verhältnisse orientiert gewesen wäre. Alle Tendenzen der europäischen Kunst und der europäischen Wissenschaft fanden in Russland ein starkes und produktives Echo: Symbolismus und Futurismus, Kubismus und Konstruktivismus, Empiriokritizismus und Pragmatismus, Positivismus und Lebensphilosophie besaßen in den Ateliers, Akademien und Universitäten Petersburgs und Moskaus nicht weniger eine Stätte als in den Metropolen der westlichen Welt.

Die Revolution der Bolschewiki stellte alle Künstler und alle Wissenschaftler vor eine grundlegende Entscheidung: die Entscheidung der Zustimmung oder Ablehnung, der Mitwirkung oder der Emigration. Alle *reine Kunst* und alle *reine Wissenschaft* wurden wie von einem Sturm hin-

weggefegt, und sei es nur deshalb, weil ihre Vertreter nicht mehr wussten, wo sie ihr tägliches Stückchen Brot hernehmen sollten. Schriftsteller und Dichter kämpften in den roten Armeen, und andere Dichter und Schriftsteller fochten auf der Seite der Weissen; Gelehrte und Professoren erklärten sich für die eine oder die andere Seite, und wenn sie zu den Verlierern gehörten, suchten sie meist im Ausland Zuflucht. Dennoch waren die ersten Jahre nach dem Bürgerkrieg für die russische Kultur eine bewegte und lebendige Zeit. Der berühmteste der Symbolisten, Alexander Blök, rühmte die Revolution, und der bekannteste der Futuristen, Wladimir Majakowski, machte sich sogar zu ihrem Vorkämpfer. (Sein Vorbild und Lehrer, Filippo Tommaso Marinetti, wandte sich um die gleiche Zeit dem Faschismus zu.) Konstruktivisten und Kubisten gaben ihre Richtung für die eigentliche revolutionäre Kunst aus und führten mit gleicher Entschiedenheit ihre Angriffe gegen alles *Alte*, *Überlebte* und *Bürgerliche*. Majakowski brachte in seiner Dichtung «150 Millionen» den Mythos des neuen Kollektivismus am wirkungsvollsten zu Wort:

Nieder mit der Welt der Romantik!
Nieder mit den defätistischen Klagepsalmen!
Dem pessimistischen Väterglauben!
Nieder mit dem Besitzwahn, in welcher Gestalt auch!...
Den Almosenspendern, Nabelbeschauern,
Die Axt ihnen über die Glatze tanzen lassen!
Erschlagen! Erschlagen!!
Bravo: und Schädeln sind gut zu Aschenbechern.
Neue Mythen hinschleudern wir,
Aufzünden wir eine neue Ewigkeit...
Sammelt euch!
Tretet heraus aus der Jahrtausende Dunkel!
Gleichschritt! Marsch!...
Rache ist der Zeremonienmeister.
Hunger der Ordner.
Bajonett, Browning, Bombe ...
Vorwärts! Tempo!²

Von diesem Feueratem der Abstreifung des Alten, der Eroberung des Neuen, des Eintauchens in das befreiende Kollektiv, der Auflösung aller künstlichen Trennungen, des Aufbaus einer neuen Lebenseinheit waren damals inmitten der grössten materiellen Not zahlreiche Dichtungen erfüllt,

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

viele Gemälde inspiriert, nicht wenige Entwürfe für monumentale Bauwerke durchdrungen. Jetzt wurde möglich, was es in Europa nie gegeben hatte, dass einer der führenden Staatsmänner, nämlich Leo Trotzki, auf ebenso geistvolle wie kenntnisreiche Weise zu den Gedichten und Romanen der *neuen proletarischen Dichter*, aber auch der *Weggenossen* aus der alten Intelligenz, der *Poputschiki*, Stellung nahm: zu den Insulanern und zu den Serapionsbrüdern, zu den «Schmieden» und zu den Futuristen, zu Andrej Belyi und zu Alexander Blök, zu Wladimir Majakowski und zu Boris Pilnjak. Und in eben diesen Aufsätzen über «Literatur und Revolution» von 1924 formulierte der Kriegskommissar ein Glaubensbekenntnis, das in seinem grenzenlosen Vertrauen auf die Wissenschaft und in seinem unbändigen Aktivismus das wohl extremste und doch symptomatische Zeugnis jenes Idealismus war, der dem «Historischen Materialismus» zugrundeliegt: «Der sozialistische Mensch will und wird die Natur in ihrem ganzen Umfang einschliesslich der Auerhähne und der Störe mit Hilfe von Maschinen beherrschen... Der Mensch wird, wenn er seine Wirtschaftsordnung rationalisiert, d.h. mit Bewusstsein erfüllt und seinem Vorhaben unterworfen hat, in seinem gegenwärtigen trägen und durch und durch verfaulten häuslichen Alltag keinen Stein auf dem anderen lassen ... Das Menschengeschlecht wird doch nicht darum aufhören, vor Gott, den Kaisern und dem Kapital auf allen vieren zu kriechen, um vor den finsternen Vererbungsgesetzen und dem Gesetz der bEnden Geschlechtsauslese demütig zu kapituEeren... Der Mensch wird sich zum Ziel setzen, seiner eigenen Gefühle Herr zu werden, seine Instinkte auf die Höhe des Bewusstseins zu erheben, sie durchsichtig klar zu machen, mit seinem Willen bis in die letzten Tiefen seines Unbewussten vorzudringen und sich so auf eine Stufe zu erheben – einen höheren gesellschaftlich-biologischen Typus, und wenn man will – den Übermensch zu schaffen ... Der durchschnittliche Menschentyp wird sich bis zum Niveau des Aristoteles, Goethe und Marx erheben. Und über dieser Gebirgskette werden neue Gipfel aufragen.»³

Ganz gingen diese enthusiastischen Hoffnungen, diese Aufschwünge, diese mitreissenden Zielsetzungen in der sowjetischen Kultur nie verloren. Aber schon ihre überzeugendsten Anfänge waren doch von der ungeheuren Kluft zu der armseligen und grauen Realität gekennzeichnet, die in den unendlichen Weiten Russlands vorherrschte und die gegenüber der Vor-

kriegszeit so unverkennbar eher Absturz und bestenfalls Stagnation darstellte. Und weder das eine noch das andere liess sich mit Subtilität, gesellschaftlicher Kultur und akademischer Alltagsarbeit verbinden. Die feineren Geister wie Anna Achmatowa oder Boris Pasternak zogen sich in die Verborgenheit zurück, soweit sie nicht in die Emigration gingen, die *alten Professoren* wurden mehr und mehr verdrängt und durch den schlecht ausgebildeten Nachwuchs aus dem «Institut der Roten Professur» ersetzt. Im Zuge der Säuberung der Universitäten von fremden und feindlichen Elementen wurde es möglich, dass die GPU einen Professor beschuldigte, er habe klare Sabotage betrieben, da er 500 Rubel staatlicher Gelder verbraucht habe, um ein Exemplar des Igorliedes zu erwerben, jenes «Denkmals des fürstlichen Chauvinismus des 12. Jahrhunderts». Ein Mediziner wurde angegriffen und aus seiner Position entfernt, weil er die «inkorrekte Meinung» vertreten hatte, die Kindersterblichkeit sei in der Sowjetunion nur leicht zurückgegangen und man dürfe den Faktor der Erblichkeit nicht völlig ausser Acht lassen.⁴

Eine staatliche Zensurbehörde, «Glavlit», war schon zu Beginn der zwanziger Jahre eingerichtet worden und wachte mit Argusaugen darüber, dass keine *Staatsgeheimnisse* oder *feindliche Ansichten* in die Presse gelangten; der Staat war von Anfang an der einzige Verleger. Dass alle Erziehungs- und Kunsttätigkeit vom Geist des Klassenkampfes durchdrungen sein müsse und dass es reine Wissenschaft nicht geben könne, galt als selbstverständlich. Immerhin war es noch jahrelang möglich, dass die «Assoziation proletarischer Schriftsteller» eine direkte Parteieinwirkung auf die Literatur ablehnte und dass hochstehende Literaturzeitschriften wie Woronskijs *Rotes Neuland* oder das Magazin *Lef* der «Linken Front» sich der schlichten Identifizierung von Kunst und Politik widersetzen.⁵

Aber nach dem Beginn des Fünfjahresplanes verloren nicht nur die Wissenschaftler die letzten Möglichkeiten individueller und abweichender Fragestellungen, sondern es wurden auch die bis dahin noch recht vielfältigen Schulen von Künstlern und Schriftstellern ihrer Autonomie beraubt und strikt auf den Dienst an dem Aufbau des Sozialismus beschränkt. Die «Assoziation der Proletarischen Schriftsteller» wurde aufgelöst und ein einheitlicher Schriftstellerverband geschaffen; unter Berufung auf einen Artikel Lenins aus dem Jahre 1905, in dem es geheissen hatte, alle sozialdemokra-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

tische Literatur müsse Parteiliteratur werden⁶, wurde nun durch Dekret des Zentralkomitees festgelegt, dass der verschärfte Klassenkampf keinerlei Neutralität zulasse; «Kulturarmeen» zogen in «Kulturfeldzügen» durch das Land, um die immer noch sehr hohe Rate von Analphabeten herabzudrücken. Unter Mitwirkung Gorkis wurde mit dem sozialistischen Realismus eine neue Norm geschaffen, die sich durch Parteilichkeit und Volkstümlichkeit auszeichne und das Typische in dem Sinne zum Gegenstand mache, dass sie nicht das zufällig Wirkliche schildere, sondern das in der Gegenwart bereits Zukünftige und insofern Normale darzustellen habe.⁷

Jetzt entstanden Romane wie Scholochows «Neuland unter dem Pflug» wo ganz im Gegensatz zum «Stillen Don» die positiven und die negativen Helden auf das Genaueste unterschieden waren, Nikolaj Ostrowskijs «Wie der Stahl gehärtet ward», dessen Kompositionstypus man mit dem Aufbau byzantinischer Heiligenviten verglichen hat⁸, oder Gladkows «Energie», wo die Wiedergabe von Produktionsprozessen wichtiger zu sein scheint als die Schilderung lebendiger Menschen. Majakowski beging im April 1930 Selbstmord. Aus den Gemälden verschwand alles Gewagte, Gegenstandslose oder Konstruktivistische: Fröhliche Stossarbeiter schmiedeten das Eisen, Kolchosebäuerinnen fahren hinter einem Raupenschlepper singend zur Feldarbeit, kräftige Mädchen helfen beim U-Bahn-Bau, und kampfbereite Matrosen stehen vor den Kanonentürmen ihrer Schlachtschiffe. So war die Kultur mit allen ihren Bereichen in der Stalinschen Sowjetunion der dreissiger Jahre tatsächlich wieder zum distanzlosen Teil des gesellschaftlichen Ganzen geworden, zur Dienerin innerhalb der einen grossen Aufgabe der Produktion, die sicherlich ein Nachholen war und doch zugleich ein Überholen sein wollte, die ein altertümliches Agrarland zu einem modernen Industriestaat machte und die doch im Exklusivismus ihrer Selbstpreisung von allen anderen Industriestaaten grundverschieden war und eben deshalb als Militärmacht umso bedrohlicher erscheinen musste.

Die nationalsozialistische Kulturpolitik begann gegen Ende der zwanziger Jahre mit dem Angriff gegen diejenigen, die in der Sowjetunion um die gleiche Zeit unter Beschuss gerieten, nämlich die sogenannten «Kulturbolshewisten», und sie postulierte die Pflege dessen, was wenig später auch in der Sowjetunion gepflegt wurde: der volkstümlichen Kunst mit ihren Wurzeln in der nationalen Geschichte. Das Aufbaupathos konnte es natür-

lich noch nicht geben, und für «Kulturfeldzüge» zwecks Bekämpfung des Analphabetismus gab es in Deutschland keine Veranlassung. Die nationalsozialistische Kulturpolitik war daher bis zum Ende der Weimarer Republik von derjenigen der Deutschnationalen kaum zu unterscheiden.

1929 gründete Alfred Rosenberg den «Kampfbund für deutsche Kultur», der gegen «Kulturverfall» und für eine «seelische Wiedergeburt» der Deutschen zu Felde zog. Die künstlerische Avantgarde wurde dabei durchweg mit «bolschewistischem Chaos» gleichgesetzt: Le Corbusier nannte man den «Lenin der Architektur», und das Bauhaus wurde als «Bastille des Feindes mitten im deutschen Vaterland» bezeichnet.⁹ Der Architekt und Kunsthistoriker Schultze-Naumburg äusserte sich in zahlreichen Vorträgen über den Kampf der Weltanschauungen in der Kunst und verglich dabei Werke von Nolde, Barlach, Heckel und Hofer mit Fotos von körperlichen Missbildungen und von «rassischen Entartungen». Wilhelm Frick brachte als Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen Erlasse wie «Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum» heraus, und er berief den Rasseforscher Hans F.K. Günther gegen den Willen der Fakultät auf einen Lehrstuhl in Jena.

Es war daher konsequent, dass er die Moderne aus dem Weimarer Schlossmuseum aussondern liess: Feininger, Kandinsky, Klee, Barlach, Kokoschka, Marc und andere durften nicht mehr gezeigt werden. Im gesamten Reichsgebiet übte der Literaturhistoriker Adolf Bartels beträchtlichen Einfluss aus, dessen weitverbreitete «Geschichte der deutschen Literatur» so etwas wie eine Jagd auf Juden und «Geistesjuden» war. Nicht eben selten ertönte der Ruf nach einer «nationalen Diktatur in Kunstsa-chen».

1933 wurde auch diese Forderung rasch verwirklicht. An vielen Stellen wurden «Kunstkommissare» eingesetzt, unter ihnen Hans Hinkel, der spätere «Reichskulturwalter» im Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Schon Anfang April wurde in Karlsruhe eine grosse Ausstellung eröffnet, die den Titel «Regierungskunst von 1918 bis 1933» trug und u.a. Maler der «Brücke», des «Blauen Reiters» und jüngere Expressionisten durch das blosse Zeigen anzuprangern versuchte. Die Sektion Dichtung der Preussischen Akademie der Künste wurde einer Art *grosser Säuberung* unterzogen: Heinrich und Thomas Mann, Käthe Kollwitz, Alfred Döblin, Ru-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

dolf Pannwitz, Franz Werfel u.a. schieden aus und gingen grossenteils in die Emigration.¹⁰ Das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» gab die Handhabe zur Entlassung des gesamten Bauhausstabes; von den grossen Musikern verliessen Arnold Schönberg, Bruno Walter, Otto Klemperer, Fritz Busch u.a. Deutschland. Wilhelm Furtwängler versuchte, sich vor die jüdischen Musiker zu stellen und schrieb im April 1933 an Goebbels, er erkenne nur einen Trennungsstrich letzten Endes an, nämlich denjenigen zwischen guter und schlechter Kunst, aber der Minister antwortete ganz so, wie auch Lenin sich hätte ausdrücken können: «Kunst im absoluten Sinne, so wie der liberale Demokratismus sie kennt, darf es nicht geben.»¹¹ Am 10. Mai zogen lange Kolonnen deutscher Studenten auf den Plätzen vieler deutscher Städte auf, um eine grosse Bücherverbrennung vorzunehmen, und in Berlin hielten Joseph Goebbels sowie der neue Ordinarius für politische Pädagogik Alfred Baeumler leidenschaftliche Reden gegen die intellektuelle Zersetzung, die 14 Jahre lang Deutschland beherrscht habe. Verbrannt wurden u.a. Bücher von Sigmund Freud, Friedrich Wilhelm Foerster, Karl Marx, Erich Maria Remarque; einige der «Feuersprüche» lauteten folgendermassen: «Gegen Dekadenz und moralischen Verfall. Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner». «Gegen seelenzerfressende Überschätzung des Trieblebens, für den Adel der menschlichen Seele. Ich übergebe der Flamme die Schriften von Sigmund Freud». «Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges, für Erziehung des Volkes im Geiste der Wahrhaftigkeit! Ich übergebe der Flamme die Schriften des Erich Maria Remarque».¹² Der Germanist Hans Naumann interpretierte das Ereignis in Bonn mit den Worten: «Wir schüttern eine Fremdherrschaft ab, wir heben eine Besetzung auf», und Alfred Baeumler sagte in Berlin, der Nationalsozialismus bedeute geistig «die Ersetzung des Gebildeten durch den Soldaten.»¹³

Nun hatten Verbrennungen von Schriftstücken und Büchern, aber auch von Puppen politischer Figuren nicht etwa nur in Deutschland, sondern auch in England eine lange und überwiegend *fortschrittliche* Tradition, von Martin Luther bis zum Wartburgfest und bis zur Verbrennung von symbolischen Strohfiguren in der Zeit des Chartismus. Einige der gebrandmarkten Autoren waren auch in der Sowjetunion für den gewöhnlichen Leser unzugänglich, wo das «Komitee für Volksbildung» in den frühen zwanzig-

ger Jahren sogar Platon und Schopenhauer indiziert hatte und wo in den öffentlichen Bibliotheken grosse Sonderabteilungen eingerichtet worden waren, die unerwünschte Literatur verwahrten. Aber in Berlin war die gesamte Weltpresse versammelt, und deren Korrespondenten unterlagen nicht der Vorzensur, die es den westlichen Berichterstattern in Moskau schon 1925 von vornherein nicht geraten erscheinen liess, über die mutigen und scharfen Worte zu berichten, mit denen der deutsche Student Kindermann im sog. «Studentenprozess» den Richtern entgegengetreten war. So wurde dasjenige in der ganzen Welt als «mittelalterlich» angeprangert, was im Kern eine Konsequenz des antiliberalen Totalitarismus war, und das nationalsozialistische Deutschland zog eine schwere geistige Niederlage auf sich, weil es noch weitaus zugänglicher und offener war als die Sowjetunion. Der unverkennbare Konservatismus, der sich mit seinem Respekt vor der Wehrmacht im Hinblick auf Aufrüstung und Kriegsbereitschaft als vorteilhaft erwies, trug in dieser spektakulären und radikalisierten Gestalt dem Nationalsozialismus sogar unter den konservativsten Engländern nur Befremdung ein, gerade weil Deutschland noch fraglos als Teil der europäischen Kulturgemeinschaft galt.

Die Zeit bis Anfang 1934 war allerdings noch ein Übergangsstadium, und es wurde wesentlich durch die Rivalität zwischen Goebbels und Rosenberg möglich gemacht, von denen der erste liberaler oder weniger dogmatisch war. Von Seiten einiger Exponenten des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes wurde versucht, den Expressionismus als deutsche Bewegung zu retten, und man konnte ja in der Tat auf Hanns Johst verweisen, der einst als Künstler neben Johannes R. Becher gestanden hatte, aber inzwischen – wie Becher auf der Gegenseite – vorwiegend ein Vorkämpfer der Partei sein wollte' und den berüchtigten Satz aussprach, wenn er das Wort «Kultur» höre, ziehe er seinen Revolver.¹⁴ Die Reste der nationalsozialistischen Linken polemisierten ihrerseits heftig gegen die Kunstreaktion und verlangten eine vollständige, auch die Kunst verwandelnde Revolution. Hitler selbst sprach sich sowohl gegen den völkischen Dogmatismus wie gegen die avantgardistische Moderne aus. Die wichtigste organisatorische Basis für die nationalsozialistische Kultur wurde schon am 22. September 1933 geschaffen: Das Reichskulturkammergesetz machte die Ausübung von Kunst mindestens tendenziell zu einem Amt des völkischen Staates. Die einzelnen Kammern wie etwa die «Reichsschrifttumskammer» und die

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

«Reichskammer der bildenden Künste» legten als Zwangszusammenschlüsse ihren Mitgliedern eine rigorose Disziplin auf; der Verlust der Mitgliedschaft war mit Berufs-, ja Arbeitsverboten identisch; das bekannteste Opfer war Ernst Barlach. Die wichtigsten parteiamtlichen Instanzen, die sich mit der Kultur befassten, waren die Dienststelle des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP unter Alfred Rosenberg und die «Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums» unter dem Reichsleiter Philipp Bouhler. Sie können mit «Glavlit» und teilweise auch mit der ZK-Abteilung für Propaganda und Agitation verglichen werden, während die Reichsschrifttumskammer dem Schriftstellerverband entsprach.

Ab Anfang 1934 existierte dann offiziell nur noch die «NS-Kunst» neben dem grossen Bereich unpolitischer Unterhaltung. Aber da immer noch zahlreiche private Verlage tätig waren, konnten auch viele nichtkonforme Autoren ihre Werke weiterhin veröffentlichen, sofern sie nicht auf unübersehbare Weise gegen das Regime Stellung bezogen. Die unbestrittene Vorherrschaft hatte aber die «volkhafte Dichtung», in der Bauernromane einen hervorstechenden Platz einnahmen. Neben der «Blut- und Boden»-Dichtung standen die Darstellung des positiven Kriegserlebnisses bei Werner Beumelburg, P.C. Ettighofer und Hans Zöberlein, die Mythisierung der deutschen Geschichte bei Hans Friedrich Blunck und Wilhelm Schäfer, der Volkstumskampf bei Hans Grimm und Wilhelm Pleyer, die Deutschtumsmetaphysik bei Erwin Guido Kolbenheyer.¹⁵ Als «Sieg des allerplattesten Landes» ist diese Literatur dennoch nur unzureichend charakterisiert: Die Anknüpfung an bedeutenden Figuren wie Stefan George, Ernst Jünger und Gerhart Hauptmann war an vielen Stellen offensichtlich. Man sollte besser sagen, dass *eine* Haupttendenz der deutschen Literatur herauspräpariert wurde, die sich eben dadurch zu Unfruchtbarkeit oder Isolierung verdammte, wie sich besonders anschaulich am Beispiel Gottfried Benns zeigte, der das Dritte Reich erst begrüsst hatte und dann die innere Emigration in der Wehrmacht wählen musste. 1938 zählte die innerdeutsche Literatur im Weltraum ebensowenig mit wie die Literatur des «sozialistischen Realismus»: Sie wollte *nur* noch deutsch sein, und es erwies sich auch an ihr, dass Literatur als solche aus *einer* Wurzel nicht zu leben vermag.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in der bildenden Kunst. Hier

war Hitlers Interesse wesentlich stärker. Mit negativer Zwecksetzung liess er die Ausstellung «Entartete Kunst» aufbauen, die eine «Ausstellung von ‚Kulturdokumenten‘ des Bolschewismus» sein sollte und auch tatsächlich unter den zahlreichen Besuchern viel aufrichtige Empörung weckte. Eine positive Wirkung sollten die «Grossen deutschen Kunstausstellungen» ausüben, die Hitler im Münchener «Haus der deutschen Kunst» meist selbst eröffnete: Da waren neben vielen Stilleben die Bauernromantik von Sepp Hiltz, der Aktnaturalismus Adolf Zieglers sowie die Monumentalplastik Josef Thoraks und Arno Brekers versammelt, und ein kuriose Beispiel des Führerkultes war der «Bannerträger Hitler» von Hubert Lanzinger, wo Hitler in Ritterrüstung dargestellt war. Alles Schwierige, Komplizierte und Überraschende war verschwunden, überall herrschten simple Linien für ein Reich von tausend zeitlosen Jahren.¹⁶

Im Gebiet des Theaters waren die «Thing-Stätten» als ein eigenständiger nationalsozialistischer Versuch anzusehen. Auch hier lag wie in den Moskauer Experimenten Meyerholds die Absicht vor, die Trennung von Künstlern und Publikum aufzuheben. 1933 wurde auf diese Weise erstmals die «Deutsche Passion» von Richard Euringer aufgeführt. Aber der Übergang zur heidnischen Symbolwelt gelang nicht, und 1937 kam das Experiment an sein Ende. Das Theater der nationalsozialistischen Zeit blieb im wesentlichen *bürgerliches Bildungstheater*, das in Hermann Göring seinen wichtigsten Protektor und in Gustaf Gründgens seinen berühmtesten Schauspieler hatte.

Ganz anders lagen die Dinge in der Baukunst. Sie wurde von Hitler als sein eigenes Gebiet betrachtet. Ungeheure Pläne für die Umgestaltung Berlins wurden im Auftrag Hitlers von Albert Speer entworfen, die an Monumentalität entsprechenden Plänen der sowjetischen Frühzeit nicht nachstanden; das Nürnberger Parteitagsgelände wurde immerhin teilweise vollendet. Die Neue Reichskanzlei und das Haus der deutschen Kunst waren klassizistisch, die Ordensburgen düsterdrohend, während das Modell der «Hohen Schule» allenfalls das Prädikat «geistlos-monumental» verdient. Die späteren Entwürfe für Totendenkmäler in der russischen Steppe waren Alpträume quasi-orientalischer Masslosigkeit. Das «nationalsozialistische Bauwollen» ist ohne den Hintergrund der Kulturkritik und ohne den Willen zur Aufhebung der modernen Entfremdung nicht zu verstehen, aber es realisierte gerade das Gesetz aller grossen Despoten.¹⁷

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Diese Atmosphäre war für Philosophie und Wissenschaft besonders lähmend. Aber auch hier erfolgte nicht etwa ein bloss äusserer Einbruch. Die alte Entgegensetzung von Philosophie und Wissenschaft war seit dem Beginn des Jahrhunderts bis zum Antiszientismus fortgebildet worden. Der bedeutendste Philosoph Deutschlands schlug sich ebenso auf die nationalsozialistische Seite wie der bekannteste Jurist. Allerdings dachte Heidegger schon 1934 um, und auch Carl Schmitt wurde der Partei am Ende verdächtig. In den Fachwissenschaften fanden sich eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten für den Nationalsozialismus, obwohl die Professoren nur zu einem sehr geringen Teil Nationalsozialisten waren. Aber selbst ein Mann wie Eduard Spranger begrüsst die Befreiung von Marxismus und Psychoanalyse, und Karl Jaspers' «Geistige Situation der Zeit» von 1930 war schwerlich geeignet, junge Leser vom Nationalsozialismus wegzuführen, da sie dem Geist der konservativen Revolution nahestand. Die Germanisten und die Historiker befanden sich seit den frühesten Weimarer Zeiten ganz überwiegend auf der *nationalen* Seite, und wenn sie bis 1933 eher ein Gegengewicht zu den vordringenden Sozialwissenschaften gebildet hatten, so schienen sie jetzt völlig unangefochten das Feld zu beherrschen. Der grösste Anteil von jüdischen Professoren war in den unpolitischen Fächern wie der Medizin und den Naturwissenschaften zu finden, aber auch in den noch nicht voll anerkannten Fächern wie der Soziologie und der Politikwissenschaft. Von den deutschen Gelehrten wurde sehr wenig Widerstand gegen die Entlassung oder Vertreibung ihrer jüdischen und linksorientierten Kollegen geleistet, aber ein Bruch der Solidarität war vielfach schon früher und nicht immer bloss von der einen Seite erfolgt. Von einer *braunen Universität* konnte man indessen keinesfalls sprechen. Zwar fand eine Art von Hochschulrevolution in der Tat statt, aber sie wurde von den Studenten initiiert, und auch hier spielten alte Motive eine Rolle wie etwa der Kampf gegen die «Ordinarien herrschaft» und für studentische Mitbestimmung. Die Spontaneität von unten wurde jedoch bald durch straffe Autorität von oben abgelöst, denn der Rektor und die Dekane wurden jetzt zu Vorgesetzten und «Führern». Allerdings herrschte weiterhin viel Unzufriedenheit unter den *Jungen*, die nicht durchweg jung an Jahren waren, aber eine *nationalsozialistische Wissenschaft wollten*. Dazu gehörten etwa Ernst Krieck, Alfred Baeumler und Walter Frank. Franks Angriff gegen einen

der angesehensten Männer der Zunft, Hermann Oncken, den er unter der Überschrift «L'Incorruptible» im *Völkischen Beobachter* veröffentlichte, erregte wohl schon mehr Furcht als Empörung. Aber Franks «Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands» wurde gleichwohl nie zu einem Analogon des «Instituts der Roten Professur» und beschränkte sich im Wesentlichen auf «Forschungen zur Judenfrage». In der massgebenden *Historischen Zeitschrift* wurde Friedrich Meinecke zwar als Herausgeber durch Karl Alexander von Müller abgelöst, aber auch von Müller zählte zu den etablierten Gelehrten, und Frank vermochte nicht in den Kernbereich der Zeitschrift vorzudringen, wo nach wie vor die alte fachwissenschaftliche Linie verfolgt wurde.

Der Nationalsozialismus war in der Tat dem Prinzip der Wissenschaft schroff entgegengesetzt, und wenn der Nobelpreisträger Philipp Lenard diesen Tatbestand durch den Titel seines Buches «Deutsche Physik» besonders anschaulich herausstellte, dann war der Abstand zum Begriff der «Objektivität der Wissenschaft» noch grösser als bei der «Wissenschaft des Proletariats» in der Sowjetunion, denn das Proletariat erhob einen Anspruch auf Allgemeinheit und das Deutschtum nicht. Und so war es zwar objektiv ungerecht, dass viele Intellektuelle in den Ländern der westlichen Demokratien die Millionen von Opfern der Kollektivierung und der daraus resultierenden Hungersnot kaum zur Kenntnis nahmen und ihre ganze Empörung gegen das nationalsozialistische Deutschland richteten, aber unter dem Gesichtspunkt der Kultur war ihr Verhalten gerechtfertigt oder mindestens nicht unverständlich.

Ein agrarischer Staat, der unter Aufbietung aller Kräfte und mit rücksichtsloser Gewaltanwendung seine Industrialisierung durchführt, wobei er die Kultur jeder Autonomie beraubt und sie vollständig in den Dienst des obersten Zieles zwingt, mag ein schreckenerregender und für seine Nachbarn gefährlicher Staat sein. Aber eine moderne Industrienation, die an Thingstätten die Kriegstaten und Götter der Vorväter feiert – sei es auch bloss der Intention nach – ist auch dann ein in sich unwahres, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen temporär mögliches Gebilde, wenn sie nicht zu gewalttätigen Verfolgungsmassnahmen greift und wenn man einräumt, dass die industrielle Gesellschaft gerade nicht-industrielle Lebensformen möglich macht.

Wenn mithin trotz der gleichartigen *Politisierung* die Unterschiedlichkeit der Regime im Bereich der Kultur besonders deutlich sichtbar ist, mag

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

die Ähnlichkeit wieder stärker hervortreten, sobald es sich um die Grundlagen des alltäglichen Daseins handelt, um Recht und Rechtlosigkeit.

6. Recht und Rechtlosigkeit

Die sowjetische Auffassung vom Recht und von der Rechtlosigkeit ergibt sich aus den Grundvorstellungen, die für Lenin und seine Mitkämpfer selbstverständlich waren und aus denen sich leicht praktische Konsequenzen ableiten liessen.

Im Oktober 1920 sagte Lenin auf einem Kongress des Komsomol: «Moralität ist das, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft und der Einigung aller Werktätigen dient.»¹ Diese Definition resultiert ihrerseits aus der Zielsetzung des Sozialismus, die als «die allgemeine Entwaffnung, ewiger Friede und brüderliches Zusammenwirken aller Völker auf Erden» bestimmt wird, wie es in dem «Dekret über die Pflichtausbildung im Kriegshandwerk» vom April 1918 heisst.² Im Inneren des Landes musste daher, wie der Tschekist Peters formulierte, ein systematischer Krieg gegen die Bourgeoisie geführt werden, um sie aus einer Parasitenklasse in eine Gemeinschaft von Arbeitern zu verwandeln und damit als Klasse zum Verschwinden zu bringen³; in der Aussenpolitik musste auf jede erdenkliche Weise der Übergang der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse gefördert und somit die internationale kommunistische Bewegung zum «Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft» gemacht werden.⁴ Daher durfte die proletarische Diktatur nicht an Gesetze gebunden sein, nicht einmal an ihre eigenen, da immer wieder direkte Gewaltanwendung erforderlich werden konnte, um dem «revolutionären Rechtsempfinden» zum Siege zu verhelfen. So konnte Trotzki die «Hinrichtung» des Zaren und seiner Familie als «Schnelljustiz» bezeichnen, die Anhängern und Gegnern zeigen sollte, dass die Führer des Proletariats entschlossen waren, den Kampf unbarmherzig zu führen und nur die Alternative «Sieg oder völliger Untergang» zu akzeptieren.⁵ In dieses Pathos der Säuberung der Erde von aller Ungerechtigkeit und Schlechtigkeit passten Gedichte wie das folgende von Demjan Bedny nahtlos hinein:

Auf! Auf! Du Volk, des Erdleids Rächer
Wacht auf, steht auf! Schlagt tot, schlagt tot!
Schlagt all die tot, die Volksverbrecher,
Sie all die Räuber unsres Brots.⁶

Diese Forderung mochte eine dichterische Übertreibung sein, aber das Recht der Revolution verlangte gebieterisch die Rechtlosigkeit ihrer Feinde, und Lenin verwies in einer Rede vor dem Zentralrat der Gewerkschaften nachdrücklich auf den Artikel 23 der Verfassung der RSFSR, wo es heisst, dass die Sowjetrepublik einzelnen Personen und einzelnen Gruppen die Rechte entziehe, die zum Nachteil der Interessen der sozialistischen Revolution genutzt würden, und er fuhr fort: «Wir haben offen erklärt, dass wir in der Übergangszeit, in einer Zeit erbitterten Ringens, nicht nur keine Freiheit nach rechts und links versprechen, sondern von Vornherein sagen, dass wir den Bürgern, die der sozialistischen Revolution im Wege stehen, ihre Rechte entziehen werden. Und wer wird darüber richten? Richten wird das Proletariat.»⁷ Aber in anderen Äusserungen machte Lenin früh mit grossem Nachdruck deutlich, dass sich die revolutionäre Gewalt auch gegen schwankende und zögernde Elemente der Arbeiterklasse selbst richten müsse. Recht konnte also nichts anderes sein als der unbeschränkte Wille der Partei und mithin der Parteiführung, und Rechtlosigkeit war der Zustand, in den alle Feinde dieses Willens von Rechts wegen versetzt werden mussten. Daher gehörte auch die Tscheka in den Bereich der Rechtspflege; die «Volksrichter» waren Organe der Partei, denen keinerlei Unabhängigkeit zukam; und die Rechtlosigkeit der Feinde sparte nicht einmal die Frau des längst verstorbenen Popen aus, die aller Bürgerrechte beraubt war und keinen Anspruch auf Lebensmittelkarten besass. 1922 wurde der erste der grossen Schauprozesse veranstaltet, derjenige gegen 22 Sozialrevolutionäre, und grosse Massen von Kindern wurden aufgeboten, die vor dem Gerichtsgebäude ihr «Tod den Sozialrevolutionären, Tod den Volksfeinden» riefen.⁸ Niemals zuvor in der europäischen Geschichte hatte eine Gruppe von Menschen ihren Willen so vollständig mit dem Willen der Geschichte und mit dem Heil der Menschheit in eins gesetzt; niemals zuvor hatte eine *herrschende Klasse* ihre Interessen so unverhüllt zum obersten Kriterium des Handelns erklärt, denn sie wollte ja die letzte der herrschenden Klassen und das Vorzeichen des Endes aller Herrschaft sein. So waren denn bei dem Moskauer «Studentenprozess» die Wände des Gerichtssaals mit Parolen

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

wie den folgenden geschmückt: «Die Arbeiter und Bauern richten nach den Prinzipien des Klassenkampfes.» «Das proletarische Gericht schützt die Interessen der Arbeiterschaft.» «Das proletarische Gericht ist das Organ der revolutionären Diktatur.»⁹

Mithin konnte es kein Unrecht sein, wenn die Tscheka im schroffsten Widerspruch zu allen Prinzipien, die sich als die *rechtsstaatlichen* in langen Jahrhunderten europäischer Geschichte herausgebildet hatten, PoEzei und Staatsgewalt, Richter und Henker in einem war. In einem engeren Sinne bildete sich jedoch ein Rechtswesen heraus, in welchem Gerichte und Staatsanwaltschaften besondere Behörden waren und Gesetze die Grundlage des Verfahrens bildeten. Aber wie wenig damit eine grundsätzliche Trennung eingeführt wurde, bewiesen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches der RSFSR von 1926.¹⁰

Die humanitären Zielsetzungen waren in den Versicherungen impliziert, das Gesetz fasse Massnahmen «sozialen Schutzes gerichtlich-bessernder, medizinischer oder medizinisch-bessernder Art» ins Auge und mache sich Vergeltung und Strafe nicht zur Aufgabe; daher sehe es von der Zufügung physischer Leiden oder von Verletzungen der Menschenwürde ab. Aber die «schwerste Massnahme des sozialen Schutzes» war die Erschiessung oder die «Erklärung zum Feind der Werktätigen», die durchweg mit Vermögenskonfiskation verbunden waren. Die Vergehen, die in den 14 Absätzen des Artikels 58 beschrieben wurden, waren so gut wie ausschliesslich «konterrevolutionäre» Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates, und sie waren mit solcher Unbestimmtheit definiert, dass sogar der Versuch einer Schwächung der «grundlegenden Errungenschaften» der Revolution mit der Todesstrafe bedroht wurde. Aber die gleiche Strafe war laut Absatz 1 auch für Handlungen gleicher Art vorgesehen, «wenn sie gegen einen anderen – der Union der SSR nicht angehörenden – Staat der Werktätigen gerichtet sind», und zwar «kraft der internationalen SoEdarität der Interessen aller Werktätigen». Als «Vaterlandsverrat», der ebenfalls mit dem Tode bestraft wurde, war in Absatz 1a auch das «Überlaufen zum Feind» und die «Flucht ins Ausland» bezeichnet; ebenso wurden nach Abschnitt 3 die «Unterhaltung von Beziehungen zu einem ausländischen Staat oder zu einzelnen Vertretern desselben in gegenrevolutionärer Absicht» sowie nach Absatz 8 die «Begehung terroristischer Handlungen gegen Vertreter der Sowjetmacht oder Funktionäre revolutionärer Organisationen der Ar-

beiter und Bauern» geahndet. In Absatz 14 wurde sogar die «vorsätzlich unzulängliche Erfüllung bestimmter Verpflichtungen» mit Erschiessung bedroht, sofern erschwerende Umstände und die Absicht gegeben waren, die Macht der Regierung und das Funktionieren des Staatsapparates zu beeinträchtigen. Aber nicht nur Handlungen wurden als Verbrechen betrachtet, sondern auch Unterlassungen, und der Absatz 1c führte die Sippenhaft bei Flucht einer Militärperson ins Ausland ein und bestrafte sogar diejenigen volljährigen Mitglieder der Familie des Verräters, die unwissend gewesen waren, mit fünfjähriger Deportation in entlegene Bezirke Sibiriens und dem Verlust der Wahlrechte. Bis 1929 war der Artikel 12 so gefasst, dass er auch für Kinder ab 12 Jahren die Todesstrafe möglich machte, und zwar schon wegen Diebstahls. Der Absatz bezog sich offenkundig auf die «Besprisonnyjs», die verwahrlosten Kinder, die sich teilweise zu Diebesbanden zusammengeschlossen hatten, und dieser Artikel des Gesetzes lässt Behauptungen nicht unglaubwürdig erscheinen, dass die GPU solche Kinder zu vielen Tausenden administrativ beseitigt habe.

Ein so antihumanes Gesetz mit so humanitärer Begründung stand 1926 in der Welt einzig da. Und ihm folgte wenig später das Gesetz zum Schutz des gesellschaftlichen Eigentums, auf Grund dessen nach dem Bericht Soltschenizyns sechs Kolchosbauern erschossen wurden, weil sie eine bereits gemähte Kolchoswiese für ihre eigenen Kühe abgeheut hatten.¹¹ Wie hätte es in einem solchen Staate ein Streikrecht geben können, obwohl doch Lenin in seinen letzten Lebensjahren die Möglichkeit eines Interessengegensatzes zwischen den Arbeitern und den Leitern der verstaatlichten Industrie ausdrücklich anerkannt hatte? Wie hätten Unabhängigkeit der Richter oder auch nur ein Vertrauensverhältnis zwischen Angeklagten und deren Verteidigern bestehen können? Wie hätte irgendwo von *Objektivität* des Rechts und der Rechtsprechung die Rede sein können, wenn der Generalstaatsanwalt Krylenko im Jahre 1932 sogar forderte, der Neutralität des Schachspiels ein Ende zu setzen?¹²

Wer nicht nach seiner Abkunft einer «feindlichen Klasse» angehörte und sich aller «konterrevolutionären» Handlungen enthielt, dem wurden in der Stalinschen Verfassung von 1936 aber auch Rechte zugebilligt, die in den Verfassungen Europas fehlten: das Recht auf Arbeit in Artikel 118, das Recht auf Erholung in Art. 119, das Recht auf unentgeltliche Bildung in

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Artikel 121. Man konnte freilich fragen, ob eine so einschneidende Veränderung der Begriffe von Recht und Unrecht sich wirklich gelohnt hatte, wenn am Ende nur einige Rechte der Staatsbürger geschaffen wurden, die sich in den westlichen Ländern auf dem Wege zur Wohlfahrtsstaatlichkeit mehr und mehr als Realität durchsetzten, abgesehen vom Recht auf Arbeit, das in der Praxis eine Pflicht zur Arbeit ist? Und noch weitaus gravierender wurden die Einwände, wenn Trotzki recht hatte, der im Oktober 1936 im *Bulletin der Opposition* – vom Ausland aus, wie sich versteht – die sozialen Verhältnisse in der Sowjetunion folgendermassen beschrieb: «Die einen leben in Baracken und gehen in zerrissenen Schuhen, die anderen fahren in Luxusautos und leben in prachtvollen Wohnungen. Die einen kämpfen darum, ihre Familie ernähren zu können, die anderen haben Dienstpersonal, eine Datscha bei Moskau, eine Villa im Kaukasus usw.»¹³ Dann hätte allerdings eine herrschende Klasse ihre Herrschaft durch die Identifizierung mit dem Recht auf präzedenzlose Weise gesichert, und die Rechtlosigkeit wäre gerade das Schicksal aller Werk tätigen gewesen, die seit 1932 durch «Inlandspässe» kontrolliert wurden und seit 1940 für eine Verspätung von 20 Minuten mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden konnten. Oder war die Zielvorschrift des Strafgesetzbuches von 1926 ernstzunehmen, und waren alle Differenzen der Lebenslage nur temporärer Art, weil die Sowjetunion bald die kommunistische Gesellschaftsordnung errichten und die erschöpfte Weltbourgeoisie endgültig niederwerfen würde? Oder machte Stalin nur deshalb seine Macht mit dem Recht identisch, weil sein Staat in Kürze um das nackte Überleben würde kämpfen müssen?

In Deutschland hatte der «Rechtsstaat» eine viel ältere und gefestigtere Tradition als in Russland: Der Begriff der Gleichheit aller Staatsangehörigen vor dem Gesetz war seit Langem mit dem Konzept der Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt, der Öffentlichkeit der Rechtspflege, der richterlichen Nachprüfbarkeit von Verwaltungsentscheidungen sowie dem Grundsatz «nulla poena sine lege» verknüpft und dadurch zu einer Realität geworden. Nur auf diese Weise konnten die sozialen und politischen Auseinandersetzungen zugleich «veröffentlicht» und «gezähmt», d.h. sowohl erleichtert wie zur Gewaltlosigkeit gebracht werden. Seiner Intention nach war der liberale Rechtsbegriff indessen nicht auf innerstaatliche Verhältnisse beschränkt: Er implizierte, wie es schien, die Gleichheit aller Men-

schen ohne Ansehen der Rasse, der Abstammung und der Konfession. Aber in dieser Gestalt erwies er sich erst recht als Grenzbegriff, der sich mit der Realität nicht in Übereinstimmung befand: Nirgendwo in der Welt haben Ausländer dieselben Rechte wie die Staatsbürger, sogar innerhalb eines Staates ist vollständige Gleichbehandlung nicht immer möglich, denn in unruhigen und erst recht in revolutionären Zeiten behandelt jeder Staat den gleichen Tatbestand anders, je nachdem, ob er von der Intention der Untergrabung oder der Stützung der Staatsgewalt getragen wird, und die Tatsache der Kriegsgerichtsbarkeit impliziert einen essentiellen Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten. Es lässt sich auch nicht verkennen, dass der liberale Rechtsstaatbegriff zu einem Rechtsmonopol des Staates führt und als «Rechtspositivismus» das Band mit der anthropologischen Grundlage zerschneidet, die allein so etwas wie «unveräusserliche Menschenrechte» legitimieren und einer etwaigen Willkür von Mehrheitsentscheidungen Grenzen setzen kann.

Jedenfalls war die liberale Rechtsordnung von allen Rechtssystemen, die es nach dem Ersten Weltkrieg gab, zweifellos diejenige, die ihren eigenen Feinden den weitesten Freiheitsraum und die grössten Wirkungsmöglichkeiten gewährte. Im zaristischen Russland hatte es derartiges so wenig gegeben wie in den islamischen Ländern der Herrschaft der «Scharia», und die Revolution des Bolschewismus hielt gerade dieses Prinzip der Ungleichbehandlung von *Gläubigen* und *Ungläubigen* fest, ja sie verschärfte es in einer bis dahin unbekanntenen Weise.

Dieser Tatbestand, der sich in ganz Europa und insbesondere in Deutschland auswirkte, stellte das liberale Rechtssystem vor eine elementare Entscheidung: Sollte das Prinzip festgehalten werden, obwohl die Andersartigkeit der Realität nicht zu übersehen war, oder sollte eine neuartige Identität von Recht und Realität angestrebt werden, indem Grundsätze entwickelt wurden, die der gesellschaftlichen und staatlichen Kampfsituation besser entsprachen? Die zweite Alternative war die Konzeption des Nationalsozialismus (und vorher bereits des italienischen Faschismus): Recht galt hier nicht als die freilich nur unvollkommene Überwindung der gesellschaftlichen und staatlichen Auseinandersetzungen durch die friedliche Regelung der unvermeidbaren Konflikte, so dass eine Koexistenz des Verschiedenen ermöglicht wurde, sondern gerade als Ausdruck und Instrument

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

dieser Auseinandersetzungen. Genau dies war von jeher der Kern des sowjetischen und des marxistischen Rechtsbegriffs, und Carl Schmitts Lehre vom Ausnahmezustand, vom Ungenügen der Norm und vom Wesen des Politischen als eines Freund-Feind-Verhältnisses war eine Antwort und Entsprechung. Das Schicksal der Weimarer Justiz entschied sich dadurch, dass sie den kommunistischen Frontalangriff auf das *bürgerliche Recht* weit stärker wahrnahm als den nationalsozialistischen Angriff vom Rücken her, der zunächst eine Hilfsaktion zu sein schien und dennoch aus feindlicherem Geist hervorging als jener Frontalangriff, weil er die Rechtlosigkeit bestimmter Gruppen nicht als temporäre Notmassnahme zur Erreichung einer späteren und vollkommeneren Rechts- und Lebensgleichheit ansah, sondern als den Ausdruck des ewigen Rechtes selbst. Diese Auffassung wurde jedoch erst allmählich herausgearbeitet und institutionell fixiert; während des ganzen Dritten Reiches blieben die überlieferte Rechtsauffassung und das vorhandene Rechtssystem existent, und Adolf Hitler konnte in keinem Augenblick sagen, er habe den Kampf gegen die «reaktionären Juristen» definitiv gewonnen.

Allerdings wurden schon während der ersten Monate des Dritten Reiches grosse Schritte auf dem Wege zu einem Rechtssystem getan, in welchem Recht und Politik miteinander identisch sein würden. Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 schuf zwar ein politisches Sonderrecht, das sich zugunsten der regierenden Partei auswirken musste, sie unterschied sich aber noch nicht prinzipiell von vergleichbaren Massnahmen der Weimarer Republik wie etwa dem Republikschutzgesetz. Dagegen bedeutete die sogenannte Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar – die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat – die Abschaffung der Grundrechtsbestimmungen der Weimarer Verfassung, und sie enthielt keine Sicherungen für den Ausnahmecharakter der Massnahmen «zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte». Insofern war dadurch der Rechtsstaat bereits beseitigt und permanentes Standrecht an seine Stelle gesetzt, das nur als «gesunde Volksordnung» zu legitimieren war. Ebenso wichtig war die Abschaffung des Grundsatzes «nulla poena sine lege», welche schon in der Kabinettsitzung vom 7. März unter Hinweis auf den Brandstifter Van der Lubbe vom Reichsinnenminister Frick gefordert wurde, während der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Schlegel-

berger vergeblich mit dem Hinweis widersprach, nur in Russland und China sowie in einigen kleineren Kantonen der Schweiz gelte dieses Prinzip nicht.¹⁴ Die Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April und zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom Juli schlossen ebensowohl eine bewusste Abkehr von rechtsstaatlichen Prinzipien in sich. Die Einführung von Sondergerichten am 21. März 1933 war also nur einer der Schritte, mit denen eine politische Kampfjustiz geschaffen werden sollte; die Bildung des Volksgerichtshofes am 24. April 1934, der in Hoch- und Landesverratsachen an die Stelle des Reichsgerichts trat, war ein vorläufiger Höhepunkt. Die Aktionen des 30. Juni 1934 liessen sich schlechterdings nur noch als *Staatsmorde* bezeichnen, aber selbst sie wurden von dem hervorragendsten Rechtslehrer des Reiches, von Carl Schmitt, mit den Sätzen gerechtfertigt, die Rechtsblindheit des liberalen Gesetzesdenkens habe aus dem Strafrecht die Magna Charta des Verbrechers gemacht und aus dem Verfassungsrecht in gleicher Weise die Magna Charta der Hoch- und Landesverräter; die Tat des Führers unterstehe nicht der Justiz, sondern sei selbst höchste Justiz gewesen.¹⁵ Damit wies Carl Schmitt in die Richtung einer Über-Entsprechung, die das sowjetische Beispiel auch in Gedanken ebenso übertraf, wie Hitlers Handlungsweise es im Falle Röhm bereits faktisch übertroffen hatte.

Die Bemühungen um eine Strafrechtsreform, die vor allem von dem Reichsrechtsführer Hans Frank vorangetrieben wurden, hatten aber eher das Ziel, der sowjetischen «Klassenjustiz» eine «völkische Justiz» entgegenzustellen, deren Ziel darin bestehen sollte, «die konkrete völkische Gemeinschaftsordnung zu wahren, Schädlinge auszumerzen, gemeinschaftswidriges Verhalten zu ahnden und Streit unter den Gemeinschaftsgliedern zu schlichten».¹⁶ Eine demokratische Tendenz war in der Polemik gegen «volksfremde Juristen» und in der Forderung zu erkennen, juristisches Wirken müsse «volksnah und nicht standesnah» sein. Die «Nürnberger Gesetze» liessen sich mit dieser Denkweise leicht vereinbaren, denn die Ausrichtung am *Blutals* dem Grundtatbestand hatte ja auch schon dem Beamtenengesetz oder dem «Reichsgesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft» vom 7. April 1933 zugrundegelegen, das die Zahl der preussischen Notare um ein volles Drittel reduzierte. Aber die Strafrechtsreform kam als kodifizierter Vorgang nicht recht weiter, und sie vollzog sich in der Praxis eher unter der Hand durch die Zurückdrängung der Justiz von Seiten der

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Gestapo und durch die Schaffung einer justizfreien Bestrafung durch administrative Einweisungen in Konzentrationslager.

Aber beim Ausbruch des Krieges war die «alte Justiz» noch keineswegs beseitigt, die Zahl der Häftlinge in Konzentrationslagern kam den sowjetischen Zahlen bei Weitem nicht gleich; und auch die Juden waren nicht etwa völlig rechtlos, so gewiss sie unter Sonderrecht standen und so gewiss die *Arisierungen* in der Wirtschaft von simplen Konfiskationen nicht mehr sehr weit entfernt waren.

Vielmehr waren in Deutschland bis zum Kriegsausbruch und darüber hinaus erstaunliche Gerichtsurteile möglich. So wurde noch im Mai 1935 die Anfechtbarkeit von Verfügungen der Gestapo bejaht. Um die gleiche Zeit wurde der sog. Hohnsteiner Prozess gegen den SA-Obersturmbannführer Jähnichen und 22 Mitangeklagte durchgeführt, die im Frühjahr 1933 Häftlinge im Konzentrationslager Hohnstein misshandelt hatten. Trotz massiven Drucks der Partei wurden schwere Gefängnisstrafen ausgesprochen. In der Folge wurden die beiden Schöffen aus der NSDAP ausgeschlossen, und Hitler erliess die Reststrafe schon im November 1935.

Im Niemöller-Prozess wurde Anfang 1938 die milde Strafe von 7 Monaten Festung verhängt, die überdies durch die Untersuchungshaft als verbüsst galt. Allerdings gelangte der Gründer des «Pfarrernotbundes» nicht auf freien Fuss, sondern er wurde als persönlicher «Gefangener des Führers» in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht.

Gegen einen Pfarrer im Rheinland erhob die Staatsanwaltschaft Anklage, weil er am Schluss einer Predigt «Wehe über Deutschland» ausgerufen hatte. Da er sich aber auf Rosenbergs «Mythus» bezogen hatte, eröffnete das Gericht keine Hauptverhandlung mit der Begründung, bei dem Buch des Reichsleiters handle es sich um eine private Arbeit.

Noch im Kriege wurde die Bestrafung von Berliner Juden abgelehnt, die nach Meinung der Partei ein provozierendes Verhalten an den Tag gelegt hatten, weil sie sich zur Entgegennahme einer Kaffee-Sonderzuteilung gemeldet hatten.¹⁷

Der 1. September 1939 bedeutete indessen nicht in erster Linie deshalb eine qualitative Änderung, weil ungemein harte Gesetze eingeführt wurden, die sogar das Abhören ausländischer Sender mit dem Tode bedrohten, sondern weil Hitler mit seinem Erlass vom 1. September die Vernichtung

«lebensunwerten Lebens» ermöglichte und damit zu erkennen gab, dass der kriegesische Existenzkampf nun seine Auffassung vom Recht als einer Weise des Kampfes gegen alles «Kranke, Dekadente, Schädliche und Gefährliche» in den Bereich angemessener Verwirklichung bringen werde. Das Recht im Sinne der Rechtlosigkeit sämtlicher Feinde und Schädlinge wurde also erst während des Krieges und im vollen Ausmass nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion zum Strukturmerkmal des nationalsozialistischen Staates. Im Grunde gab es bis dahin nur Ansätze und Präfigurationen. Aber noch im April 1942 konnte Hitler eine von schäumender Wut gegen Juristen und Beamte erfüllte Reichstagsrede halten, mit der er die Ermächtigung forderte, über «wohlerworbene Rechte» hinwegzugehen und auch Richter ohne Weiteres abzusetzen, wenn sie in seinen Augen ihre Pflichten nicht erfüllten. Man braucht sich bloss für einen Augenblick vorzustellen, Stalin habe im Sommer 1942 oder auch 1932 eine solche Rede gehalten, um zu erkennen, wie stark in Deutschland rechtsstaatliche Grundauffassungen bis tief in den Krieg hinein erhalten blieben.

So fiel eine aufschlussreiche Stellungnahme des Leiters des Amtes III im Reichssicherheitshauptamt, des SS-Brigadeführers Ohlendorf, vom 11. Oktober 1942 zwar insofern nicht zufällig in die Kriegszeit, als sie gegen den Generalgouverneur und Reichsrechtsführer Hans Frank polemisierte, der sich in mehreren Vorträgen als Vorkämpfer von Rechtssicherheit und richterlicher Unabhängigkeit hingestellt hatte, aber im Prinzip hätten die Ausführungen auch schon während der Friedenszeit gemacht werden können.¹⁸

Der Einzelne finde sein Recht nach nationalsozialistischer Auffassung nicht mehr in einer isolierten Stellung gegen den Staat, gegen die Gemeinschaft, sondern nur mit der Gemeinschaft und als Glied der Gemeinschaft seines Volkes. Daher sehe nur derjenige die Rechtssicherheit als bedroht an, der sich den Bindungen an die Volksgemeinschaft nicht aus innerer Verpflichtung unterordne, sondern sie als äusseren Zwang empfinde. Eine Einflussnahme der politischen Führung auf die Tätigkeit des Richters könne weitgehend unterbleiben, «wenn der Justiz ein politisch und weltanschaulich einheitlich ausgerichtetes Richterkorps» zur Verfügung stehe. Solche Männer würden nicht mehr durch Entfremdung vom Volk gekennzeichnet sein, sondern sie würden imstande sein, aus dem lebendigen Rechtsempfin-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

den des Volkes heraus das Recht zu schöpfen, ohne vor dem Buchstaben des Gesetzes zu kapitulieren oder über politische Forderungen hinwegzusehen. Das Recht werde dann nicht mehr einer Kaste von Juristen als eine Art Privateigentum gehören, sondern es werde durch die Einbeziehung der weltanschaulichen und politischen Forderungen des Nationalsozialismus wieder Sache des ganzen Volkes geworden sein.

Aber hinsichtlich der Gegenwart stellte Ohlendorf noch im Oktober 1942 fest, dass es ein solches von der Weltanschauung geprägtes Richterkorps nicht gebe, und 1939 hätte er diese Aussagen mit noch grösserem Recht machen können. Auch im Hinblick auf das Recht waren bei aller Ähnlichkeit des kollektivistischen Grundansatzes die beiden Regime während der Friedenszeiten in stärkerem Masse verschieden als gleichartig, hier aber – im Unterschied zur Kultur – gerade deshalb, weil in Deutschland jene Merkmale besser bewahrt waren, die noch in nahezu der ganzen Welt als Kennzeichen der Modernität galten. Das war aber nicht auf den Nationalsozialismus zurückzuführen, sondern auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der in seinem Charakter dem Widerstand gegen den Bolschewismus bzw. den Stalinismus in der Sowjetunion nicht ohne Weiteres zu vergleichen war.

7. Emigration und Widerstand

In einem weiteren Sinne hat es Emigration und Widerstand bereits in der klassischen Antike und in der Frühen Neuzeit gegeben, während die Begriffe auf das Mittelalter wohl keine Anwendung finden können; in engerer Bedeutung sollte von Emigration und Widerstand jedoch erst dann die Rede sein, wenn der Staat des Liberalen Systems in den wichtigsten Teilen der Welt ausgebildet und fast überall zum Paradigma geworden ist. In ihm sind Widerspruch und abweichendes Handeln institutionell geschützt, ja sie werden gefördert, und Kritik an der Regierung ist daher nicht Widerstand, sondern Opposition. Da es keinen Widerstand gibt, existiert auch keine politisch begründete Emigration: Zwischen 1870 und 1914 lebten nirgendwo

7. Emigration und Widerstand

im Ausland Gruppen von Engländern, Franzosen oder Deutschen, welche aus Protest das jeweilige Land verlassen hätten und dessen Regierung bekämpften. Eine derartige Emigration und ein entsprechender, also verbotener Widerstand existierte lediglich unter Russen bzw. in Russland. Aber von diesen Realitäten und Begriffen konnte bloss deshalb die Rede sein, weil der Massstab des *fortschrittlichen Westens* auch an Russland angelegt wurde. Im engsten und eigentlichen Sinne sollte von Emigration und Widerstand nur dann gesprochen werden, wenn ein Zustand, in dem Opposition möglich war, auf diese oder jene Weise wieder zu einem Zustand zurückgebracht wird, in dem eine freie und für die Beteiligten gefahrlose Willensbildung im Staate nicht mehr zulässig ist, weil eine Partei die Macht ergriffen hat, die alle anderen Parteien als «Feinde» betrachtet und zu vernichten sucht.

Das russische Zarenreich war seiner Idee nach ein patriarchalischer Staat, in dem der Wille des «Selbstherrschers» mit dem Gesamtwillen identisch war, und die fraglose Anhänglichkeit der Masse der Bauern war ein Beweis dafür, dass die Idee in der Wirklichkeit fest verwurzelt war. Aber von den beiden Hauptstädten aus war – unter dem Einfluss westeuropäischer Begriffe – die Einheit des patriarchalischen Staates mehr und mehr in Frage gestellt worden, zunächst von Teilen des Adels und dann von vielen Protagonisten des Bürgertums und der Intelligenz. Die Anfänge einer industriellen Revolution und das Fortschreiten der gesellschaftlichen Differenzierung machten Russland unter der Decke der zaristischen Zensur dem übrigen Europa immer ähnlicher, und mit der Februarrevolution schien es zum freiesten Lande der Welt geworden zu sein, das der Selbstherrschaft und der Staatskirche endgültig entwachsen war. Das Murren und das Widerstreben der Vertreter des Ancien régime sollte nicht als *Widerstand* bezeichnet werden; alle Kräfte, die politisch zählten, waren sich – von den «Oktobristen» und den «Kadetten» bis hin zu den Sozialdemokraten – in der Bejahung *der Revolution* einig. Vermutlich wären sie im Grundsätzlichen auch weiterhin einig geblieben, wenn nicht die Situation des schon beinahe verlorenen Krieges einen so grossen Anteil an der Umwälzung gehabt hätte und wenn eben diese Situation nicht so tiefgreifende und überaus strittige Entschlüsse hätte erforderlich werden lassen.

Als die Bolschewiki unter dem Banner der Forderung nach sofortigem Frieden und nach Enteignung des Landes der Gutsbesitzer die Macht ergrif-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

fen hatten, da bildeten sich bereits am Abend des 8. November das «Komitee zur Verteidigung der Heimat und der Revolution» in Petrograd, das als die erste Organisation des Widerstandes gegen die bolschewistische «Konterrevolution» anzusehen ist. Zu einem wesentlichen Teil waren daran Mitglieder der anderen sozialistischen Parteien beteiligt, gegen die sich der Putsch ja in der Hauptsache gerichtet hatte. Die Regierung der Volkskommissare setzte sich indessen gegen dieses Komitee mit bewaffneter Hand ebenso rasch durch wie gegen den Versuch Kerenskis, die Hauptstadt mit Hilfe loyaler Truppen zurückzuerobern. Die Kritik führender Bolschewiki an der Bildung einer Einparteienregierung ist eher dem Begriff der Opposition als demjenigen des Widerstandes zu subsumieren. Ein Regierungsakt aber, der als ausgesprochene Verfolgungsmassnahme eine Situation des Widerstandes für eine grosse Partei schaffen *musste*, war der Erlass, der die Konstitutionellen Demokraten 1917 für «vogelfrei» erklärte. Die erste Widerstandshandlung, welche Todesopfer forderte, war die Protestdemonstration nach der Auflösung der Konstituierenden Versammlung, und damit hatte das Regime nicht nur die Grenze der Legalität definitiv überschritten, sondern auch erstmals das Blut von Arbeitern vergossen, die es freilich in einem frühen Akt des semantischen Krieges «Kleinbürger» nannte. Wie hätten sich nicht Zentren militärischen Widerstandes bilden sollen, nachdem das Regime im Mai 1918 durch den Versuch, die Tschechoslowaken zu entwaffnen, selbst den Bürgerkrieg initiiert hatte? Die Regierung in Samara bzw. Ufa, hinter der das «Komuch» aus Mitgliedern der Verfassunggebenden Versammlung stand, durfte sich mit einigem Recht als die legale Regierung des Landes betrachten, und als Fannija Kaplan nach dem Attentat auf Lenin verhaftet worden war, da sagte sie, Lenin sei ein Verräter am Sozialismus, weil er die Verfassunggebende Versammlung auseinandergetrieben habe, und ganz Russland müsse sich um die Regierung in Samara zusammenfinden.¹ Aber nachdem eben diese Regierung durch einen Staatsstreich ihres Kriegsministers, des Admirals Koltschak, gestürzt worden war, konnte von Legalität auf keiner Seite mehr die Rede sein, und es sprachen anscheinend nur noch die Waffen des Bürgerkrieges.

Dennoch gab es auf beiden Seiten noch Ansätze zur Opposition und mancherlei Widerstand. Die entmachteten Sozialrevolutionäre hatten einen erheblichen Anteil an der Niederlage Koltschaks, und im Hinterlande Deni-

kins schien sich ein Parteiensystem zu entwickeln, von dem nur die Bolschewiki ausgeschlossen sein würden. Auf der Seite der Bolschewiki waren die Menschewiki für geraume Zeit noch nicht verboten, und sie arbeiteten in den Sowjets mit. Sie standen jedoch unter so starkem Druck und hatten bei den offenen Wahlen zu den Sowjets so wenig Chancen, dass es doch eher Akte des Widerstandes als der Opposition waren, wenn führende Menschewiki in Zeitschriften oder Broschüren eine äusserst scharfe Kritik an der bolschewistischen Diktatur übten, und in einen Privatbrief sprach Martow sogar von dem «monströsen und kriegslustigen System asiatischer Regierung»², das Russland noch hinter die zaristische Autokratie in eine barbarische Vergangenheit zurückführe. Dennoch schrakten Martow und Dan, Liber und Nikolajewski vor dem entscheidenden Schritt zurück, nämlich dem Übergang auf die weisse Seite, und dafür war nicht zuletzt die Tatsache entscheidend, dass die weissen Armeen nicht ganz selten Judenpogrome auslösten. So blieben die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre trotz aller Opposition und trotz manchen Widerstandes eher ein Gewicht auf der Waagschale der Bolschewiki, und erst nach dem Ende des Bürgerkrieges wurden sie endgültig in die Gefängnisse geworfen oder ins Exil getrieben.

Sie waren die letzte Gruppe, die sich im Ausland der Emigration als jener Gestalt des Widerstandes anschloss, die sich im eigenen Lande nicht mehr artikulieren konnte, die aber mit den Widerstandsregungen im Vaterland auf mannigfaltige Weise in Verbindung blieb, etwa durch die von Martow und dann von Boris Nikolajewski in Berlin herausgegebene Zeitschrift «Socialisticeskij Vestnik», die noch für lange Jahre in zahlreichen Exemplaren nach Russland gelangte und dort eifrige Leser fand.³

Als Gesamtphänomen war die russische Emigration die grösste, welche die Welt bis dahin gesehen hatte. Sie umfasste in den frühen zwanziger Jahren ca. anderthalb Millionen Menschen, und alle hatten aus politischen Ursachen unter unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben das Land verlassen, in dem Hunderttausende ihrer jeweiligen Parteifreunde oder Klassenmitglieder getötet worden waren oder durch Hunger und Kälte den Tod gefunden hatten.

Zu dieser Emigration gehörten vor allem die Führer und grosse Teile der Anhänger aller nichtbolschewistischen Parteien.

Die Monarchisten hatten in Russland das Rückgrat der weissen Armeen

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

gebildet; sie gingen so gut wie ausnahmslos in die Emigration, zuletzt die Offiziere und Mannschaften der Armee des Generals Wrangel, die im November 1920 die Krim räumte und zunächst mit der zögernden Hilfe der Franzosen in Gallipoli und anderswo als bewaffnete Macht erhalten wurde. Das weitere Schicksal dieser Männer war schlimm: Sie wurden in freie Flüchtlinge verwandelt und auf verschiedene Länder verteilt. Aber auch die Lebensumstände der übrigen Emigranten waren in der Regel erbärmlich schlecht: Allein in Berlin waren im Jahre 1923 etwa 300'000 Russen auf die Ausübung einfachster Tätigkeiten oder auf Unterstützung angewiesen; nicht wenige gingen durch Hunger zugrunde.

Die Liberalen zerfielen in der Emigration rasch in eine rechte und in eine linke Fraktion, von denen die zweite sich unter Führung von Paul Miljukow mehr und mehr den rechten Sozialrevolutionären näherte.

Von den Sozialrevolutionären rühmten sich nicht wenige ganz offen, *sie* hätten durch ihre Tätigkeit hinter den Fronten der monarchistischen Armeen Russland vor dem reaktionären «General auf dem weissen Ross» bewahrt, und die meisten Monarchisten hassten daher die «verräterischen S-Rs» kaum weniger als die Bolschewiki.

Sehr viele Menschewiki waren im Laufe der Jahre 1917 und 1918 zu den Bolschewiki übergegangen, doch Julius Martow und die engere Führerschaft hatten sich der herrschenden Partei stets widersetzt. Aber in gewisser Weise hatten sie das bolschewistische Regime durch ihre Kritik auch wieder legitimiert, und als sie definitiv in die Emigration gingen, blieb eine charakteristische Ambivalenz bestehen: Schon 1926 verlangte die Partei die de-jure-Anerkennung Sowjetrusslands, und sie wurde daher von den Monarchisten meist für «halb-bolschewistisch» gehalten.⁴

Die Monarchisten bildeten aber ebenfalls keine geschlossene Einheit, sondern sie teilten sich in den ententefreundlichen Hauptteil unter dem Grossfürsten Nikolaj Nikolajewitsch in Paris und eine eher deutschfreundliche Minderheit unter dem Grossfürsten Kyrill Wladimirowitsch. Zu dieser Minderheit zählten die russischen Emigranten in Bayern, die mit Max von Scheubner-Richter enge Verbindung hatten und sich später unter Führung des Generals Biskupski auf die Seite des Dritten Reiches stellten.

Aber die russische Emigration war zu einem beträchtlichen Teil nicht

7. Emigration und Widerstand

primär politisch motiviert, sondern literarisch und wissenschaftlich. Ganze Fächer verschwanden sehr rasch von den Universitäten, wie etwa die «bürgerliche Nationalökonomie» und die «idealistische Philosophie», und in der Geschichtswissenschaft hielten sich einige besonders angesehene *Ehemalige* nur recht mühsam bis zum Anfang der dreissiger Jahre. Zahlreiche Gelehrte wurden, wie 1922 die Philosophen Nikolaj Berdjajew und Semjon Frank, schlicht wegen ihrer Weltanschauung ausgewiesen. Auch von den bedeutenden Dichtern und Schriftstellern wanderten viele aus, unter ihnen Dmitrij Mereschkowski und der spätere Nobelpreisträger Iwan Bunin. Zur inneren Emigration zählten Anna Achmatowa und Ossip Mandelstam, in etwa auch Boris Pasternak; der grosse Lyriker Gumiljow wurde 1921 aufgrund einer unglaublichen Anklage von der Tscheka auf administrativem Wege erschossen. Aber die exilierten Schriftsteller konnten trotz der Gründung zahlreicher Verlage und wichtiger Zeitschriften ihren Anspruch nicht durchsetzen, *die* russische Literatur darzustellen.⁵ Einmal nahm die westliche Öffentlichkeit wegen der Sprachbarriere an ihnen keinen sehr engagierten Anteil, und zum anderen blieben einige der bedeutendsten Dichter in Russland zurück und stellten sich teilweise sogar auf die Seite der Revolution. Überdies tauchten in Russland neue Dichter auf, die im Ausland rasch bekannt wurden wie Isaak Babel und Boris Pilnjak, und nicht ganz wenige der Emigranten kehrten schliesslich in die Heimat zurück, unter ihnen Alexej Tolstoj, der ein hochgeschätzter «sowjetischer Dichter» wurde.

Das eigenartigste Phänomen in der russischen Emigration war der sogenannte «Wechsel der Wegzeichen» («smena wech»). 1921 veröffentlichten sechs Autoren unter diesem Titel einen Sammelband, in dem sie scharfe Selbstkritik übten. Die Emigranten hätten sich bisher von der falschen Auffassung leiten lassen, die Bolschewiki seien eine internationale, dem russischen Volk fremde Räuberbande. Inzwischen habe sich aber gezeigt, dass diese Partei Russland vor dem Untergang gerettet habe und dass sie tiefe Wurzeln in der russischen Vergangenheit besitze. Es sei nicht zufällig, dass der berühmteste General der zaristischen Armee, Brussilow, sich zum Dienst in der Roten Armee bereitgefunden habe. Aus einer internationalen Lehre sei eine nationale Wirklichkeit geworden, und daraus müsse man nun die Folgerung ziehen, nämlich die Wegzeichen umzustellen und nach Russland zurückzukehren.⁶

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Zwar nahm diese Rückwanderung keinen grossen Umfang an, da sich die regierende Partei zu den weissen Offizieren sehr viel weniger entgegenkommend verhielt als zu den Schriftstellern. Aber gleichwohl fand eine mächtige Tendenz darin einen ersten Ausdruck, und sie bildete ein unheilverkündendes Vorzeichen für den Widerstand, der im Inneren des Landes zwar potentiell sehr stark war, der aber nach der Auflösung der alten Armee, der Nationalisierung der Industrie sowie der Enteignung und Entrechtung der orthodoxen Kirche keinen Kristallisationskern besass und von der GPU sehr wirksam bekämpft wurde.

So wurde der hartnäckigste Gegner des Bolschewismus, Boris Sawinkow – ehemals als Sozialrevolutionär ein berühmter Terrorist und dann stellvertretender Kriegsminister unter Kerenski – 1924 in die Sowjetunion gelockt, wo er Widerstandsorganisationen vorzufinden hoffte. Nach seiner Verhaftung legte er in einem spektakulären Prozess hinsichtlich seiner vielfältigen Aktivitäten ein Geständnis ab, zu denen während des sowjetisch-polnischen Krieges sogar der Plan gehört hatte, eine Befreiungsarmee aus russischen Kriegsgefangenen aufzustellen. Wenig später beging er unter ungeklärten Umständen im Gefängnis Selbstmord.

Wahrscheinlich hing sein Ende mit der Existenz einer der eigenartigsten Widerstandsorganisationen in der Sowjetunion zusammen, dem sogenannten TRUST⁷, der aus Kontakten zwischen einem emigrierten Offizier und einem sowjetischen Funktionär namens Jakuschew hervorgegangen war. Die Organisation bestand aus zahlreichen Zarenoffizieren und Vertretern der ehemaligen Parteien, die sich grossenteils in einflussreichen Positionen befanden und auf einen Sturz des Regimes hinwirkten. Rasch wurden Verbindungen zu führenden Emigranten hergestellt, und die Organisation lieferte nicht wenige Beweise ihres Wissens und ihres Einflusses, suchte aber die Emigranten immer von voreiligen Aktionen zurückzuhalten, da eine Machtergreifung in sicherer Aussicht stehe. Erst 1927 stellte sich heraus, dass Jakuschew nach jener ersten Kontaktaufnahme verhaftet und von Dserschinsky persönlich «umgedreht» worden war. So war es der GPU gelungen, zahlreiche innere Feinde zu demaskieren und zugleich die Emigranten von Aktionen abzuhalten. Es dauerte nicht lange, bis sie sich in der Lage sah, den aktivsten der Emigrantenoffiziere, den General Kutiepow, verschleppen und beseitigen zu lassen.

Eine gegenläufige Tendenz ergab sich aber dadurch, dass die kommunistische Parteiopposition seit ihrer offiziellen Ausschaltung im Jahre 1927/28 den Charakter des Widerstandes annahm, indem etwa Leo Trotzki, der vorher in seinen Versammlungen kaum gegen «faschistische Störerbanden» – wie er sie nannte –⁸ hatte ankommen können, oder Christian Rakowsky in ihren Verbannungsorten noch eine rege Korrespondenztätigkeit ausübten und ein illegales Netz von Anhängern zu bilden suchten. Aber sie wurden bald mundtot gemacht und Tausende ihrer Anhänger wanderten in die Lager, wo sie Kerne eines recht aktiven und auch lautstarken Widerstandes bildeten, solange noch Überreste der Privilegierung der politischen Gefangenen fortexistierten. Sehr viele gingen aber nach kürzerer oder längerer Zeit zu den siegreichen Stalinisten ebenso über, wie sich zahlreiche Menschewisten und vor allem der ganze «Bund» einige Jahre vorher den Bolschewiki angeschlossen hatten.

Einen anderen Charakter hatte der Widerstand einiger nationaler Minderheiten gegen die Moskauer Zentralisierungstendenzen, der unter der harten Hand Stalins bald keine Lebenszeichen mehr von sich gab, und vor allem der Widerstand der Bauern gegen Enteignung und Kollektivierung, der zeitweise fast einem Bürgerkrieg glich, wenn auch einem höchst einseitigen Bürgerkrieg, bis er in den Deportationen und dem Hungertod von vielen Millionen erstarb.

Stalin selbst erweckte danach in der ganzen Welt den Eindruck, dass in der Sowjetunion ein starker und entschlossener Widerstand gegen das Regime vorhanden sei, indem er Partei und Armee durch die grosse Säuberung dezimierte. Aber das Verhalten der hohen Offiziere und auch der Parteiführer lässt nicht den Schluss zu, dass sie Verschwörungen angezettelt und Vorbereitungen für einen Umsturz getroffen hatten. Für sie gilt vielmehr in ausgeprägtem Masse, dass sie sich «wie Schafe zur Schlachtbank» führen liessen. Es war Stalin in fünfzehn Jahren gelungen, jede Art von institutioneller Unabhängigkeit zu beseitigen und jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft so vollständig unter Erwartungsdruck im Rahmen der grossen Aufgaben zu stellen bzw. unter Bewachung zu halten, dass organisatorische oder gar publizistische Ausgangspunkte für einen effizienten Widerstand schlechterdings nicht vorhanden waren. Wohl aber mochten die Emigranten recht haben, wenn sie behaupteten, dass trotz aller konzentrierten Aufbau- und Einheitspropaganda nach den furchtbaren Erfahrungen der Kollektivie-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

rung und der Grossen Säuberung eine tiefe Unzufriedenheit und mindestens ein diffuses Unbehagen die ganze Gesellschaft durchdringe, aus denen eine gewaltige Menge von Erbitterung und Hass entstehen werde, falls sich jemals die eiserne Klammer des Regimes lockere. Im finnischen Krieg erbrachten Befragungen unter den sowjetischen Kriegsgefangenen aufschlussreiche Ergebnisse.⁹ Der Schluss lag nahe, dass es in Stalins Sowjetunion zwar weder Opposition noch Widerstand gab, wohl aber alle Voraussetzungen für einen Wiederbeginn des Bürgerkrieges mit ganz veränderter Frontstellung.

In Deutschland hatte kein Bürgerkrieg im engeren Sinne stattgefunden, und im Jahre 1940 glaubte niemand ernstlich daran, dass es zu einem Bürgerkrieg kommen könne, wenn das Reich in eine schwierige militärische Situation geriete. 1933 wäre aus dem Aufruf der Kommunisten zum Generalstreik möglicherweise ein Bürgerkrieg entstanden, wenn die Sozialdemokraten sich angeschlossen hätten, aber die Macht der nationalsozialistischen Bewegung erschien der SPD offenbar bereits überwältigend; und die Kommunisten waren zu sehr auf das baldige «Abwirtschaften» der Regierung Hitler eingestellt, als dass sie an einen Erfolg ihres Aufrufs geglaubt hätten. Die letzten Oppositionsregungen der übrigen Parteien sollte man erst recht nicht als Widerstand bezeichnen, und daher ist festzustellen, dass in Deutschland, anders als in Russland, die Emigration früher war als der Widerstand. Diese Emigration schien sich von der russischen von Vornher ein dadurch zu unterscheiden, dass sie nicht nur aus politischen, sondern auch aus rassischen Gründen erfolgte. Aber in der Frühemigration spielte der rassische Faktor doch erst eine geringe Rolle, denn bei dem Feindbild des «jüdischen Marxismus» lag der Ton in weit stärkerem Masse auf dem «Marxismus», und die Verfolgung brach unterschiedslos über jüdische und nichtjüdische Marxisten herein. Die spezifisch jüdische Emigration war mindestens zu einem Teil eher eine Auswanderung, die dem alten Postulat des Zionismus entsprach. Mithin war die Frühemigration aus Deutschland nicht anders als die Emigration aus Russland in erster Linie politisch und literarisch-wissenschaftlich.

Die Tiefe des Gegensatzes der einzelnen Parteien zum Nationalsozialismus lässt sich beinahe quantitativ an den Prozentsätzen ablesen, zu denen die führenden Gruppen emigrierten bzw. der Verfolgung zum Opfer fielen.

Die Führung der Kommunisten emigrierte fast vollständig, soweit sie

7. Emigration und Widerstand

nicht verhaftet wurde wie Ernst Thälmann oder beim Versuch illegaler Arbeit den Tod fand wie John Schehr. Die Ereignisse zogen zunächst keinerlei geistige Krise oder Umstellung nach sich; man sprach weiterhin von der «revolutionären Situation» und von der Schuld der Sozialfaschisten; nicht selten vermittelten kommunistische Publikationen den Eindruck, in Deutschland habe sich gegenüber dem Brüning-Faschismus und dem Papen-Faschismus nichts geändert.

Die Sozialdemokraten schienen im späten Frühling des Jahres 1933 vor einer Parteispaltung zwischen dem emigrierten Parteivorstand und den daheimgebliebenen Abgeordneten zu stehen, bis das Parteiverbot die Entwicklung unterbrach und sehr viele der deutschen Parteimitglieder den Weg der Resignation bzw. des Bemühens um «Überleben» wählten. Der nach Prag emigrierte Parteivorstand glaubte die geistige Krise, die nicht zu übersehen oder zu überspielen war, durch einen Rückgriff auf den revolutionären Marxismus lösen zu können, aber die grundlegende Schwierigkeit trat dadurch in ein grelles Licht, dass in dem zuversichtlichen Manifest vom 18. Juni 1933 gleichzeitig gesagt wurde, der Kommunismus sei ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse gewesen. Erneuerungstendenzen unkonventioneller Art waren am ehesten bei einer *jungen Linken* zu erkennen, die eine Brücke zwischen KPD und SPD zu schlagen versuchte und beide Parteien gleichermaßen verändern wollte. Am stärksten trat die «Gruppe Neubeginnen» hervor, welche von den früheren Kommunisten Walter Löwenheim und Richard Löwenthal geführt wurde. Beide veröffentlichten unter den Pseudonymen «Miles» bzw. «Paul Sering» bemerkenswerte Schriften, die der Neuorientierung dienen sollten, indem sie die Frage nach der Natur des Faschismus auf veränderte Weise aufwarfen.¹⁰ Aber auch die ehemaligen Reformisten meldeten sich in dem wichtigsten Organ der Selbstprüfung, der «Zeitschrift für Sozialismus», zu Wort, und der frühere aussenpolitische Redakteur des *Vorwärts*, Viktor Schiff, erklärte gerade nicht den reformistischen, sondern vielmehr den revolutionären Geist für die Ursache des Faschismus.¹¹

Von den führenden Männern der Zentrumspartei ging kaum einer in die Emigration. Der Prälat Kaas begab sich nach Rom, war aber schwerlich als Emigrant zu betrachten; Heinrich Brüning floh im Juni 1934 vor einer unmittelbaren Todesdrohung und hielt sich auch danach sehr zurück.

Von den liberalen Parteien und den Deutschnationalen emigrierte nur ei-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

ne Anzahl von Künstlern und Wissenschaftlern, die diesen Parteien nahestanden, z.B. Albert Einstein.

Wohl aber gab es eine nationalsozialistische Emigration, wie es ja auch später einen Widerstand von Dissidenten oder ehemaligen Nationalsozialisten gab. Die zentrale Gestalt war Otto Strasser, der zunächst in die Tschechoslowakei ging, wo sein naher Mitarbeiter, der Rundfunkspezialist Rolf Formis, der im Februar 1933 eine Wahlrede Hitlers in Stuttgart als technischer Leiter des Senders in SA-Uniform sabotiert hatte, Anfang 1935 von Gestapo-Agenten umgebracht wurde.¹² Im Jahre 1936 ging der ehemalige nationalsozialistische Senatspräsident von Danzig, Hermann Rauschnig, ins westliche Ausland, wo er durch sein Buch «Gespräche mit Hitler» weltbekannt wurde. Unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges begab sich dann auch Fritz Thyssen ins Exil, der lange Zeit der einzige wichtige Anhänger und Geldgeber Hitlers unter den aktiven Grossindustriellen gewesen war.

Im Vergleich zu der russischen politischen Emigration war die quantitative Proportion unter den Parteien zwar eine andere, aber im Ganzen wurden hier wie dort tendenziell alle wichtigen Repräsentanten der *politischen Klasse* ausgetrieben, und zwar unter Einschluss führender Vertreter der herrschenden Partei selbst.

Es war mithin nicht nur die Linke in der Emigration vertreten, so wenig im Exil der Russen lediglich die Rechte zu finden war. Ebenso bestand die literarische und wissenschaftliche Emigration keineswegs ausschliesslich aus Juden, so gewiss die jüdischen Linksintellektuellen ein besonders starkes Kontingent stellten.

Es ist überflüssig, die grossen Namen dieser Emigration aufzuzählen. Das bemerkenswerteste ist, dass es ihr in weit höherem Masse als dem entsprechenden und quantitativ grösseren Teil der russischen Emigration gelang, ihren Anspruch durchzusetzen, als *die* deutsche Literatur zu gelten. Mit einem Körnchen Salz könnte man sagen, dass das linke und das bürgerlich-pazifistische sowie das ausgesprochen avantgardistische Deutschland emigrierten – von Arnold Zweig und Willi Münzenberg bis zu Thomas Mann und Walter Gropius. Zurück blieben das *nationale*, das *provinzielle* und das *metaphysische* Deutschland von Ernst Jünger über Hans Zöberlein hin zu Erwin Guido Kolbenheyer. Nicht wenige davon zogen sich schon bald in die innere Emigration zurück. Dass die Dinge gleichwohl auch hier nicht ganz einfach lagen, zeigen die Namen von ehemaligen Sozialisten

und Arbeiterdichtern wie Paul Ernst, Heinrich Lersch und Karl Bröger. Von ganz besonderer Art war der Fall Stefan Georges, der als einer der Kündler des neuen Reiches galt und der sich doch in der Schweiz allen Ehrungen entzog, bevor er im Dezember 1933 starb.

Eine fast ebenso schroffe und doch ebenfalls unscharfe Scheidung ging durch die Wissenschaft. Besonders bewegend war das Schicksal der zahlreichen «nationalen Juden» unter den Gelehrten, welche sich wohl in ihrer Mehrzahl gern und aufrichtig der «nationalen Erhebung» angeschlossen haben würden, wie ihre Verlautbarungen erkennen liessen. Symptomatisch war ein Schreiben des Mediävisten Ernst Kantorowicz an den Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 20. April 1933: als Kriegsfreiwilliger, Frontsoldat und Nachkriegskämpfer gegen Polen und Spartakus sei er von den neuen Bestimmungen nicht betroffen, aber er werde dennoch seine Lehrtätigkeit einstellen, da es neuerdings einen Gesinnungsdefekt involviere, jüdisches Blut in den Adern zu haben.¹³ Von den ersten Beurlaubungen im April 1933 waren u.a. Moritz Julius Bonn, Karl Mannheim und Max Horkheimer betroffen, aber auch Nichtjuden wie Paul Tillich, Günther Dehn und Wilhelm Röpke. Bis 1939 emigrierten nicht weniger als 800 Ordinarien und 1'300 ausserplanmässige Professoren, nahezu ein Drittel des Bestandes, unter ihnen nicht weniger als 24 Naturwissenschaftler, die den Nobelpreis entweder schon erhalten hatten oder noch erhalten würden.

Auch hier blieben gewiss sehr bedeutende Gelehrte und mehrere Nobelpreisträger zurück: Martin Heidegger und Karl Jaspers von den Philosophen, Friedrich Meinecke und Otto Hintze unter vielen anderen Historikern; Max Planck, Werner Heisenberg, Philipp Lenard und Johannes Stark unter den Naturwissenschaftlern. Aber einige davon wurden zu ausgesprochenen Gegnern des Regimes, und jedenfalls handelte es sich um einen ungeheuren Aderlass für die deutsche Kultur und für die deutsche Wissenschaft, der Deutschlands Ansehen in der Welt tief herabsetzte und sehr wesentlich zu dem naturwissenschaftlichen Vorsprung und damit zum späteren Sieg der Angloamerikaner beitrug. Ein Analogon zur Bewegung des «Wechsels der Wegzeichen» gab es in der deutschen Emigration kaum, obwohl die Deutschen ihr Schicksal weit mehr als *Vertreibung* ansahen, während für die Russen die Emigration sehr häufig die ersehnte Rettung vor unmittelbarer Todesgefahr oder vor unerträglichen Lebensbedingungen war.¹⁴

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Es ist nicht leicht zu sagen, was die Geburtsstunde des innerdeutschen Widerstandes war. Jedenfalls sollte man die Versuche der deutschen Kommunisten, ihre Organisation im Rahmen der Illegalität aufrechtzuerhalten und sich auf die Stunde der eigenen Machtergreifung vorzubereiten, nicht zum Widerstand zählen. Man würde ja schwerlich von einem Widerstand der Bolschewiki sprechen, wenn sie auch in Russland, wie in Ungarn, den Bürgerkrieg verloren hätten. Sie waren die Initiatoren und Angreifer und unterschieden sich dadurch von allen, die bereit waren, zusammen mit anderen Richtungen in einem System zu koexistieren. Eine Spur anfänglicher Zustimmung und damit ein späterer Wandel der Einstellung sollte als Begriffsmerkmal von Widerstand gelten, und man braucht nur die zeitgenössischen Aufzeichnungen von Julius Leber zu lesen, um zu erkennen, dass es in der Kritik an dem dogmatischen Marxismus durchaus gewisse Affinitäten zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gab.¹⁵ Die Polemik gegen die *formale Demokratie* ist schwerlich ein vergleichbarer Punkt der Übereinstimmung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, und man muss vielmehr eine schroffe und unabänderliche Feindschaft als Grundtatbestand ansetzen, innerhalb deren der Nationalsozialismus auch als militanter Widerstand gegen den Kommunismus bezeichnet werden könnte. Die Möglichkeit, die Kommunisten dem deutschen Widerstand zuzurechnen, ergibt sich überhaupt erst aus dem Übergang zur Volksfrontpolitik, und sie unterliegt der Frage, ob dieser Übergang aus einem Wandel der Auffassung hervorging oder ein bloss taktisches Mittel zwecks Erringung des vollständigen Sieges war. Leichter zu beantworten ist die andere Frage, ob die Brutalität der Niederwerfung von Kommunisten und Sozialdemokraten auf der *bürgerlichen Seite* so viel Empörung hervorrief, dass eine Reihe von Personen oder ganze Einrichtungen sich zum Widerstand entschlossen. Im Ganzen muss die Antwort *nein* lauten, und sie muss sogar auf die ersten Massnahmen gegen die Juden ausgedehnt werden, denn offensichtlich war die Erinnerung an die Vorgänge von 1917-1920 in Russland und Deutschland noch so stark, dass das Sprichwort von den Spänen, die beim Hobeln anfallen, als zufriedenstellende Erklärung erschien, zumal ja zunächst eine klare Unterscheidung zwischen *nationalen* und *antinationalen* Juden getroffen wurde. Zwar hatte die nationalsozialistische Bewegung auch auf der Rechten von Anfang an scharfe und erbitterte Gegner wie etwa Erich Ludendorff und Ewald von Kleist-Schmenzin, aber diese

Gegnerschaft konnte man sektiererisch oder reaktionär nennen, und jedenfalls standen einige der bekanntesten Männer des späteren Widerstandes wie Claus von Stauffenberg und Henning von Tresckow mit ihren Sympathien auf der Seite der *nationalen Bewegung*, während Fritz-Dietlof von der Schulenburg oder Arthur Nebe der Partei sogar in hohen Funktionen dienten. Die erste moralische Empörung, die derjenigen Martows glich, welcher 1918 gesagt hatte, er empfinde angesichts der Bluttaten der Bolschewiki Scham gegenüber seinen früheren Gegnern, den kultivierten Bourgeois¹⁶, resultierte aus den Morden des 30. Juni, und Hans Oster sprach später von den «Methoden einer Räuberbande», denen man zur rechten Zeit hätte Einhalt gebieten sollen.¹⁷ Ebenso charakteristisch war der Wandel, mit dem Martin Niemöller zum Gegner des Nationalsozialismus wurde – ein Mann und Freikorpskämpfer, wie er?Wo Wer kaum hätte sein können, der nun gezwungen war, sich über den abgründigen Gegensatz zwischen seinem christlichen Glauben und der nationalsozialistischen Rassenlehre Rechenschaft zu geben. Das dritte grosse Motiv, das unter den Freunden des Nationalsozialismus oder doch der nationalen Erhebung einen Sinneswandel bewirkte, war die Einsicht, dass Hitler dabei war, Deutschland in einen Weltkrieg zu verwickeln und damit gegen den elementarsten aller Imperative der nationalen Restitution zu verstossen: dass sich die Weltkriegssituation des Mehrfrontenkampfes niemals wiederholen dürfe. Jetzt formierte sich um den Generalstabschef Ludwig Beck ein Widerstand, der zum Handeln entschlossen war, und auch Claus von Stauffenberg sagte nun: «Der Narr macht Krieg.»¹⁸ Ewald von Kleist-Schmenzin und Carl Friedrich Goerdeler schrakten nicht mehr vor Kontakten mit der englischen Regierung zurück, die man «landesverräterisch» nennen konnte. Der ehemalige Freikorpskämpfer Friedrich Wilhelm Heinz stellte einen Stosstrupp zusammen, der Hitler festnehmen sollte. Die kommunistischen Gruppen waren zwar so gut wie zerschlagen, doch die vorsichtigeren Sozialdemokraten, die vom exilierten Parteivorstand auf geheimen Wegen die Deutschlandberichte der SOPADE erhielten, konnten als ein Netz potentieller Helfer innerhalb der Massen betrachtet werden. Aber Chamberlains Flug nach Berchtesgaden und dann die Konferenz von München bedeuteten das Ende der aussichtsreichsten Aktion der deutschen Gegner Hitlers.

Der tatsächliche Kriegausbruch im folgenden Jahr stiess nicht auf nen-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

nenswerten Widerstand, vielleicht auch deshalb, weil selbst Göring sich geradezu hektisch um die Erhaltung des Friedens bemühte, und sicherlich nicht zuletzt aus dem Grunde, weil die Auffassung weit verbreitet war, der Führer bluffe auch diesmal und werde wieder einmal das Spiel gewinnen. Nicht unwichtig war ebenfalls die Tatsache, dass es sich bei dem polnischen «Korridor» um die älteste und nächstliegende Forderung des deutschen Nationalismus handelte, die allerdings durch den Gedanken des Selbstbestimmungsrechts weitaus weniger zu rechtfertigen war als der Anschluss Österreichs und der Sudetengebiete. Die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes kam zu überraschend, als dass sie sofort ernsthaften Widerstand hätte hervorrufen können.

Der Sieg in Polen schuf als solcher für die Männer des militärischen Widerstandes keine neue Situation, wohl aber veränderten dessen Folgen die Lage. Das moralische Motiv wurde durch das Vorgehen der SS und der Sicherheitspolizei ausserordentlich verstärkt, und vom Oberbefehlshaber Ost bis zu den einfachen Soldaten wurde vielen Angehörigen der Wehrmacht nun erstmals klar, dass sie in einen Krieg verwickelt waren, der ganz anders war als der Erste Weltkrieg. Damals hatten die polnischen Juden die Deutschen als Befreier begrüsst; diesmal legten sie von vornherein oder doch schon nach kurzer Zeit grosse Feindschaft an den Tag, und niemand durfte sich darüber wundern. Wann hätte im Ersten Weltkrieg jemals ein hoher deutscher Offizier geschrieben, er schäme sich, ein Deutscher zu sein?¹⁹

Ebenso verstärkte sich das ideologische Motiv, d.h. die Einsicht, dass die Weltanschauung und die Handlungsweise Hitlers fremdartig waren und immer fremdartiger wurden. Die Kommunisten wurden durch den Abschluss des Vertrages zwischen Hitler und Stalin zwar grossenteils in lähmende Verwirrung gestürzt, aber selbst die französischen Kommunisten wurden nicht zu Freunden *des Faschismus*, so sehr sie zur Lähmung des Widerstandswillens beitrugen. Für die Antikommunisten in der hohen Bürokratie, in der Wehrmacht, im Volk und sogar in der Partei war der Pakt dagegen eine schlechthin unverständliche und unsittliche Handlung, die Stalin ganz Ostmitteleuropa ausgeliefert und die Ergebnisse der deutschen Ostkolonisation weithin rückgängig gemacht habe. Die Verhandlungen, die während des Winters durch Vermittlung des Vatikans mit England geführt wurden, waren hauptsächlich von dem Empfinden getragen, dass man Hit-

ler daran hindern müsse, ganz auf die sowjetische Karte zu setzen und Deutschland endgültig aus dem Zusammenhang *Europas* oder *des Westens* herauszulösen.

Am meisten aber gewann das Motiv der Kriegsvermeidung, d.h. der Vermeidung des Weltkrieges, an Kraft. Nie zuvor und nie später stand die oberste Spitze der Wehrmacht so dicht vor einer Gehorsamsverweigerung wie in den letzten Monaten des Jahres 1939, als Hitler immer wieder Befehle für den Beginn des Angriffs im Westen herausgab und sie immer von Neuem aus pragmatischen Gründen widerrief.²⁰ Es ist kein Zweifel, dass die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und die Überzeugung von der hervorragenden Qualität der französischen Armee für das Widerstreben der Generäle massgebend waren, aber ebenso stark war doch der Gedanke, dass Deutschland einem Weltkrieg nicht gewachsen sein könne, in den über kurz oder lang auch die USA eingreifen würden. Dass Hitler die militärische und psychologische Lage richtiger eingeschätzt hatte als die Heeresleitung, war nach den sechs Wochen des Frankreichfeldzuges für jedermann evident, aber die Sorgen wegen der unabsehbaren Dauer des Gesamtkrieges waren nicht geringer geworden. Höchst symptomatisch war der Flug von Rudolf Hess nach England, bei dessen Vorbereitung die Ratschläge Albrecht Haushofers eine Rolle gespielt hatten, also eines Mannes, der zum Widerstand zu zählen war.

Es wäre indessen eine Blickverkürzung, wenn nur die Offiziere und die Diplomaten ins Auge gefasst würden, die der Politik und der Weltanschauung Hitlers kritisch gegenüberstanden. Diese Kritik hatte ja zu einem erheblichen Teil von dem «Kirchenkampf» ihren Ausgang genommen, und in jedem totalitären Lande muss die bloße Selbsterhaltung einzelner Institutionen und abweichender Denkweisen als besondere Form von Widerstand gelten. So war die Selbstbehauptung der Kirchen ein Akt des Widerstandes, und sie war unvergleichlich erfolgreicher, als sie es in der Sowjetunion gewesen war, nicht zuletzt deshalb, weil Hitler im Anfang mancherlei Sympathie entgegengebracht worden war. Was daraus entstehen konnte, zeigten in den Jahren 1940 und 1941 am deutlichsten die Reaktionen von Geistlichen und Laien auf die Tötungen von Geisteskranken. Die Partei sah sich gezwungen, die Aktionen einzustellen, und im Kirchenvolk griff die Überzeugung um sich, dass *dieses* Deutschland den Krieg nicht gewinnen dürfe. Daher konnten Parteistellen ihrerseits behaupten, der politische Katholizis-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

mus erstrebe anscheinend die deutsche Niederlage.²¹ Hitlers tiefe Unzufriedenheit mit *der Justiz* war eine bekannte Tatsache. Aber es waren sogar Zweifel erlaubt, ob die Gestapo mit ihrem beträchtlichen Anteil von Kriminalbeamten der Weimarer Zeit im Sinne Hitlers effizient genug wirkte und wirken konnte. So arbeitete im Reichsluftfahrtministerium der Oberleutnant Harro Schulze-Boysen, ein Enkel des Grossadmirals Tirpitz, bei dessen Hochzeit Göring in eigener Person Trauzeuge gewesen war. Schulze-Boysen war bis 1933 ein Nationalrevolutionär gewesen und hatte die Zeitschrift *Gegner* herausgegeben, in der er und seine Freunde auf ähnliche Weise gegen den «erstarrten Westen» und die «amerikanische Überfremdung» polemisierten, wie es der junge George Lukacs vor seinem Übergang zum Marxismus getan hatte. Nach der Machtergreifung war er von SA-Männern furchtbar verprügelt worden, und wenig später hatte er Kontakt mit der Sowjetischen Handelsvertretung aufgenommen. Die Gestapo wusste von all dem nichts oder brachte es nicht richtig zusammen. Ebenso wenig wusste sie über Dr. Richard Sorge, der doch schon während des Ersten Weltkrieges zum überzeugten Kommunisten geworden war und dann in kommunistischen Zeitschriften Artikel veröffentlicht hatte. So konnte er in die NSDAP eintreten und zum Vertrauensmann des deutschen Botschafters in Tokio werden. Nicht zu vergessen ist die Privatwirtschaft, in der zahlreiche Hitlergegner einen relativ sicheren Unterschlupf fanden.

Hitler war in einem Lande des europäischen Gesellschaftstypus zur Macht gekommen, indem er sich in öffentlichen Auftritten die Zustimmung grosser Teile des Volkes und die zögernde Unterstützung durch die führende Schicht erwarb. So war er in der Lage, eine politische Revolution durchzuführen, zu der es bis dahin nur in Italien ein Analogon gegeben hatte. Danach konnte er die Führungsgruppen seiner Feinde verhaften und seine Freunde seinem Willen unterwerfen, er konnte einen kleinen und angeblich fremden Teil des Volkes diskriminieren und die Kultur gleichschalten. Aber in ihrer sozialen Struktur blieb die deutsche Gesellschaft trotzdem im Wesentlichen unverändert. Hitler war zwar ein Alleinherrscher, aber er war gleichwohl ausserstande, im Frieden grossangelegte Massnahmen physischer Extermination auszuführen, die sich gegen starke und wichtige Schichten oder Klassen des Volkes gerichtet hätten, und zwar schon deshalb, weil das Deutsche Reich bis 1939 trotz allen Veränderungs-

7. *Emigration und Widerstand*

willens und trotz des Anschlusses von 10 Millionen Menschen unzweifelhaft als ein Teil Europas angesehen wurde, dem von Seiten der anderen Regierungen keine ausgeprägte Feindschaft begegnete. Daher gab es an zahllosen Stellen und gerade in einigen der wichtigsten Institutionen der deutschen Gesellschaft potentielle Punkte des Widerstandes, und wenn gegen Ende des Jahres 1940 die Hoffnungen auf einen baldigen Friedensschluss dahingeschwunden waren und tiefe Resignation im Hinblick auf einen langen Krieg um sich gegriffen hatte, so war dieses Deutschland doch bei Weitem nicht wie Wachs in den Händen Hitlers.

Die Bolschewiki hatten dagegen die Macht im Augenblick der Niederlage und des Zusammenbruchs ergriffen, und ihre Ideologie hatte sie überzeugt sein lassen, dass sie bestimmt seien, die Erde von allem Schmutz und allem Unrat zu säubern, welche für sie unvermeidbare Begleiterscheinungen des *kapitalistischen Systems* waren. Sie hatten einen Bürgerkrieg geführt und führen wollen, obwohl sie andere und weit zahlreichere Feinde hatten, als es sie nach der Doktrin hätte geben dürfen, und sie vernichteten während des Bürgerkrieges und nachher grosse Klassen, Schichten und Gruppen ihres Vielvölkerstaates, ja schliesslich sogar Hunderttausende der eigenen Parteimitglieder. Sie trafen um 1930 auf einen Widerstand, der weitaus umfassender, aber auch bereits weitaus hilfloser und unorganisierter war als die vielfältigen Widerstandsregungen im Deutschland des Jahres 1935. 1940 existierten nach allem menschlichen Ermessen nicht einmal mehr die bescheidensten organisatorischen Ansatzpunkte für einen Widerstand gegen Stalin. Viel verbreiteter war aber auch eine dumpfe Resignation nahezu des ganzen Volkes, mit der die Zuversicht einiger Partei- und Armeekreise sonderbar kontrastierte, die Rote Armee sei allen Heeren der Welt überlegen und werde bald den endgültigen Sieg über die sich gegenseitig schwächenden Feinde erringen.

Solange nur Innenpolitik getrieben werden konnte, hatte das bolschewistische System unvergleichlich mehr Opfer gefordert, und offensichtlich hatten die Protagonisten keinerlei Gewissensbisse gekannt und tatsächlich ein System der Planwirtschaft aufgebaut, das eine genuine Alternative zu dem bis dahin allein als modern geltenden System der Marktwirtschaft darstellte, während der Nationalsozialismus einen «Dritten Weg» einschlug, der einigen seiner Gegner zu kapitalistisch oder planlos und anderen gerade zu sozialistisch oder zwangswirtschaftlich erschien. Proteste wegen allzu

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

grosser Härte beim Kampf gegen die Feinde sind aus den Reihen der Kommunistischen Partei oder der Geheimpolizei nicht bekannt geworden (von Einsprüchen wegen offenkundiger Willkürmassnahmen abgesehen), und ein ungesicherter Bericht fällt ganz aus dem Rahmen, nach dem Derschinsky bei einem Bankett im Kreml trunkenen Sinnes die Anwesenden angefleht habe, ihn zu erschiessen, da er solche Ströme von Blut vergossen habe.²² Dagegen ist ein Ton von Unsicherheit, angestrenzter Brutalität und Apologie in nahezu allen Äusserungen Himmlers bis in das erste Kriegsjahr hinein nicht zu überhören. Die Bolschewiki führten den Kampf gegen ihre innenpolitischen Feinde im Frieden mit weitaus grösserer Schärfe und aufgrund eines älteren und genuineren Glaubens als die Nationalsozialisten. Beide aber konnten vermutlich nur deshalb so handeln, wie sie handelten, weil die historische und die gesellschaftliche Situation jeweils eine ganz andere war. Der Widerstand, auf den sie stiessen und der zu den Strukturmerkmalen des Regimes gerechnet werden muss, hing selbst aufs Engste mit der Struktur der jeweiligen Gesellschaften zusammen. Aber wenn die beiden Regime ein unterschiedliches Verhältnis zum Kriege und zu den Konflikten der Staaten hatten, dann mochten sich die Vernichtungsrealitäten grundlegend ändern, sobald sie in einen Krieg und zumal in einen grossen Krieg eingetreten waren. Bevor dieser Krieg zum Thema gemacht wird, muss jedoch ein Blick auf ein weiteres Strukturmerkmal geworfen werden, auf die *Mobilisierung*, welche beide Regime vor allem und in allem realisieren wollten und welche doch von ganz unterschiedlichen Voraussetzungen ausging und einen unterschiedlichen Charakter aufwies.

8. Die totale Mobilisierung

Umfassende Mobilisierung wird mit guten Gründen als das allgemeinste Strukturmerkmal angesehen, in dem alle totalitär verfassten Staaten übereinstimmen. Aber man sollte nicht übersehen, dass eine bestimmte Art von Mobilisierung schon ein Grundkennzeichen des liberalen Gesellschaftstyps war, den man bis zum Ausbruch des Weltkriegs generell als den modernen betrachtete. Er stand im Gegensatz zu der traditionellen oder stati-

8. Die totale Mobilisierung

schen Gesellschaft, in der die Landwirtschaft den bei Weitem wichtigsten Produktionszweig darstellt, das Geldwesen erst untergeordnete Bedeutung besitzt, der Verkehr wenig entwickelt ist und die einzelnen Stände in weitgehender Abgeschlossenheit nebeneinanderstehen. Es war die Industrielle Revolution, welche diese traditionelle Struktur allmählich auflöste, und obwohl die Französische Revolution keineswegs in allen ihren Faktoren und Erscheinungsformen eine geradlinige Fortsetzung oder Konsequenz dieser ursprünglicheren und tiefergreifenden Revolution war, so trug sie doch dadurch wesentlich zum Fortgang der Mobilisierung bei, dass sie die Standesgrenzen niederriss, das Bankwesen förderte, die Adels- und Kirchengüter in den freien Handel brachte und vor allem eine neue Heeresorganisation schuf, welche die allgemeine Wehrpflicht an die Stelle der Anwerbung von Söldnern setzte. Die Bauernbefreiung in Preussen gehörte ebenso in diesen Zusammenhang wie die beginnende Ausbildung des Pressewesens und der Parteien. Aber nur die Staatssozialisten fassten eine Mobilisierung ins Auge, die eine vollständige Indienststellung aller Individuen durch den Staat bedeutete, welcher als einziger Unternehmer gewaltige Arbeitsarmeen zum Wohle des ganzen Volkes organisieren werde. Der Zweck sollte freilich letzten Endes immer die wahre Freiheit des Individuums sein, die der Liberalismus versprochen, aber nicht verwirklicht habe, weil er über einen bloss negativen und daher egoistischen Begriff der Freiheit nicht hinausgelangt sei.

Wenn von den Endzielen und globalen Hoffnungen abgesehen wird, dann war die Russische Revolution gerade nach einigen unzweideutigen Äusserungen Lenins nichts anderes als eine aus der Not geborene umfassende Mobilisierung, welche die geringen Kräfte des Landes durch Konzentration und «Zwangssyndizierung» zusammenfasste und jeden Einzelnen in den Dienst des Staates, seiner Selbstbehauptung und seiner Fortentwicklung stellte.¹ In den ersten Anfängen lag der Akzent allerdings noch ganz auf dem Militärischen. Alle Ressourcen zu mobilisieren und notfalls die Taktik der verbrannten Erde anzuwenden, forderte Lenins Aufruf «Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr» vom 21. Februar 1918, der die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Krieges durch die Deutschen im Auge hatte. Diese Gefahr ging rasch vorüber, weil der Friede von Brest-Litowsk geschlossen wurde, aber der bald ausbrechende Bürgerkrieg liess eine Entspannung nicht zu, und mit Mitteln, die bis dahin unbekannt gewesen wa-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

ren, wurde aus den Trümmern der alten Armee eine neue geschaffen, die schliesslich mehrere Millionen von Soldaten umfasste. Der Oberkommandierende der Roten Armee S. S. Kamenjew erklärte später, absolut neu im Kriegswesen sei während dieser Jahre die Forderung gewesen, «das ganze innere Leben des Landes dem Krieg unterzuordnen».²

Im Wortsinn war das nicht ganz richtig, wie ein Blick auf das deutsche «Hindenburg-Programm» von 1916 und auf die entsprechenden Forderungen Ludendorffs zeigt. Es ist ja im Übrigen bekannt, wie sehr Lenin vom Beispiel der deutschen *Kriegswirtschaft* fasziniert war.³ Das wirklich Kennzeichnende und Neuartige war vielmehr, dass die Rote Armee auch nach dem Ende des Bürgerkriegs zunächst nicht wirklich demobilisiert und dass die Kriegswirtschaft fortgesetzt wurde. Auf Befehl Trotzki's wurde zu Anfang 1920 eine Anzahl von Verbänden der Roten Armee zu *Arbeitsarmeen* umorganisiert und geschlossen in der Volkswirtschaft eingesetzt. Aber umgekehrt wurde die bäuerliche Arbeit gerade militarisiert, und 6 Millionen Bauern mit etwa der gleichen Zahl Pferde wurden für die verschiedensten Arbeiten aufgeboten. Auch die städtische Bevölkerung wurde herangezogen, und zwar mittels der «kommunistischen Samstage», an denen die Parteimitglieder mit unbezahlter Arbeit vorangingen.

Dass die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik nur eine engbegrenzte Phase der Entspannung bedeuten würde, war bei dem Charakter der KPdSU als der Partei der Änderung, des Fortschritts und der Energie von vornherein nicht zu bezweifeln. Schon 1920 war innerhalb der Bürokratie des Zentralkomitees eine eigene Abteilung («Uchraspred») errichtet worden, die für «Mobilisierung, Versetzungen und Ernennungen von Parteimitgliedern» verantwortlich war.⁴ Solche Mobilisierungen erstreckten sich bald auch auf Komsomolmitglieder, und sie mochten die Verpflichtung zur Teilnahme an Bauarbeiten im Fernen Osten so gut zum Inhalt haben wie die Übernahme bestimmter Aufgaben in der Verwaltung der Partei oder des Jugendverbandes. Was überall im Westen das Resultat einer langsamen Entwicklung gewesen war, an der viele Faktoren mitgewirkt hatten, das wurde nun durch Befehle der Zentrale und durch Willensentschlüsse hervorgebracht. Eine Art der Mobilisierung war auch die neue Ehegesetzgebung, welche die Ehescheidung durch den einseitigen Entschluss eines der Partner möglich machte und eine Konsequenz der völligen Gleichstellung

8. Die totale Mobilisierung

der Frau zu sein schien, einer Gleichstellung, die vor allem die Arbeitskraft aller Frauen in sämtliche Zweige der Volkswirtschaft hineinbrachte.

Wie in der Türkei Kemal Atatürks verschwanden in den mohammedanischen Teilen der Sowjetunion Schleier und Harem, und dann auch Koranschulen und Moscheen durch den Willen der obersten Behörde und ihrer Partei. Lastwagen traten an die Stelle der Kamele, und Textilmaschinen verdrängten die Handknüpferrinnen. Die grösste und erfolgreichste aller Mobilisierungen bedeuteten aber die Kollektivierung und der erste Fünfjahresplan. Das Leben aller Bauern wurde fundamental umgewandelt, Industriewerke und Siedlungen wuchsen in Steppen und Urwäldern auf, inmitten der Holzhäuser der alten Städte entstanden Bürogebäude und Asphaltstrassen. Aber es wurden auch viele fertige Industrieanlagen aus dem kapitalistischen Ausland importiert und unter der Leitung amerikanischer oder deutscher Ingenieure auf gebaut; daraus resultierten unerhörte Ansprüche an die Arbeiter, die sich oft in wenigen Monaten aneignen mussten, was in Amerika das Ergebnis der Arbeit vieler Jahre gewesen war.

Die Importe mussten indessen bezahlt werden, und der dunkle Grund dieser Industrialisierung war die bedenkenlose Abholzung riesiger Wälder, war die rücksichtslose Verwendung von Zwangsarbeit der aus ihrer Heimat vertriebenen Kulaken, waren dürftigste Wohnverhältnisse und war eine Rationierung, die den Einzelnen kaum die elementarsten Lebensnotwendigkeiten zuteilte. Die umfassende Industriespionage in den westlichen Ländern muss wohl auch zu den *dunklen Seiten* gezählt werden. Unter diesen Gesichtspunkten konnte die Sowjetunion als eine Entwicklungsdiktatur betrachtet werden, die durch eine bewusste Anstrengung und durch ganz spezifische Opfer jene Industrialisierung und Modernisierung nachvollzieht, die in Westeuropa und den USA gleichsam subkutan und jedenfalls in der Weise vonstatten gegangen war, dass durchaus nicht alle Kräfte dafür in Anspruch genommen und *mobilisiert* waren.

Aber die Sowjetunion unterschied sich von allen Entwicklungsdiktaturen dadurch, dass sie der räumlich grösste Staat der Welt war und dass sie von einer Partei regiert wurde, die sich eine Weltmission zuschrieb. So war der Aufbau einer Schwerindustrie zugleich der Aufbau einer Rüstungsindustrie, und es war nicht verwunderlich, dass in den Augen der Nachbarstaaten die Konzentration auf die Industrie und auf die Mechanisierung der

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

Landwirtschaft mit einer Konzentration auf Aufrüstung und Kriegsdrohung identisch war. Bereits 1927 war ja die «Ossoawjachim» ins Leben gerufen worden, die «Organisation zur Förderung der Verteidigung, der Luftfahrt und der chemischen Waffen», und jedes Mitglied des Komsomol kam mit ihr in Berührung.⁵ Die allbeherrschende Atmosphäre des Landes war das unablässige Drängen und Befehlen von oben nach unten, das im Kreml seine oberste Spitze hatte, das sich aber über die verschiedenen Ebenen der Organisation bis zur hintersten Kolchose auswirkte, welcher ein fast unvorstellbar hohes Mass an Lieferpflichten auferlegt wurde, so dass den Bauern oft kaum das Notwendigste für den Lebensunterhalt verblieb. Alle Privilegien, die den Parteiführern, den Spezialisten oder den Stachanow-Arbeitern zugestanden wurden, waren daher von höchst prekärer Art, und sie konnten insgesamt als eine Art von Kriegsauszeichnungen betrachtet werden, die bei dem geringsten Versagen wieder entzogen wurden.

Wieviele Mittel der Rüstungsindustrie zugewiesen wurden, lässt sich nicht mit einiger Sicherheit feststellen, da der Rubel eine Binnenwährung war und da die im Staatsbudget für die Armee ausgewiesenen Summen nur einen Bruchteil der wirklichen Aufwendungen darstellten, die in den Budgets zahlreicher anderer Ministerien und mithin Wirtschaftszweige versteckt sein konnten. Jedenfalls war schon die für 1935 ausgegebene Summe von 5 Milliarden sehr beachtlich und bedeutend höher als die deutschen Rüstungsausgaben desselben Jahres, und 1938 war sie auf 23 Milliarden Rubel angestiegen. Aufschlussreicher sind aber wohl die Angaben in einem Rundschreiben Stalins von Ende Juni 1937, das nicht veröffentlicht worden war und im Archiv von Smolensk gefunden wurde: es seien seit dem Beginn der Kollektivierung 5'616 Maschinen-Traktoren-Stationen geschaffen worden, die über einen Bestand von 41'000 Raupenschleppern, 270'000 Traktoren und 86'000 Mähreschern verfügten.⁶ 1939 war die Sowjetunion der drittgrösste Stahlproduzent der Welt nach den USA und Deutschland, und bei der Industrieproduktion im Ganzen nahm sie mit einem Anteil von beinahe 20% den zweiten Platz hinter den USA ein. Das war eine bemerkenswerte Erfolgsbilanz und Grund genug für legitimen Stolz, sofern man die Millionen Opfer nicht in Anschlag brachte; aber es war auch eine alarmierende Meldung für alle anderen Staaten, zumal wenn sie die Militärdoktrin dieses Landes zur Kenntnis nahmen, die zwar immer von *impe-*

8. Die totale Mobilisierung

rialistischen Aggressoren sprach, aber sich schon 1939 zum Ziel setzte, die Armeen dieser Aggressoren an mehreren Fronten vernichtend zu schlagen.⁷ Ein solches Ziel konnte sich nicht einmal das nationalsozialistische Deutschland setzen, obwohl auch es alle seine Kräfte mobilisieren wollte und schon im Frieden ein Analogon zur Kriegswirtschaft des Hindenburg-Programms hervorbrachte.

Wenn man von dieser möglichen oder wahrscheinlichen Zielsetzung absieht, dann war die Mobilisierung der Sowjetunion teils Ersatz der *kapitalistischen* Mobilisierung, teils zugespitzte Fortsetzung: Eine gewaltige Anzahl von Bauern wurde freigesetzt, ein hoher Prozentsatz des Volkseinkommens floss in die zur Industrialisierung erforderlichen Investitionen, eine industriell gesinnte Führungsschicht trat an die Stelle einer traditionalistischen *herrschenden Klasse*. Doch was sich in Europa vergleichsweise langsam abgespielt hatte, vollzog sich hier sehr schnell in der Atemlosigkeit des grossen Nachholens, und ganze Klassen, die in Europa bloss in den Hintergrund getreten waren, aber immer noch bedeutende Beiträge geleistet hatten, waren in der Sowjetunion vernichtet worden. Gewiss wurde dadurch zugleich die essentielle Differenz zwischen parteistaatskapitalistischer Diktatur und liberalkapitalistischem Pluralismus immer stärker akzentuiert, aber unter rein ökonomischen Gesichtspunkten ist es dennoch zulässig, die Mobilisierung der Sowjetunion als den Weg einer Entwicklungsdiktatur zu begreifen.

Diesen Weg konnte Deutschland nicht gehen. Das Deutsche Reich war um 1930 wie schon im Jahre 1910 ein im Rahmen der Weltverhältnisse voll entwickeltes Industrieland: die erste industrielle Macht des Kontinents und hinter den durch die Umstände ungemein bevorzugten Vereinigten Staaten an zweiter Stelle in der Welt. Sein Problem war um 1930 nicht ein Mangel an Entwicklung, sondern ein Mangel an Auslastung für seinen Produktionsapparat und damit an Beschäftigung für seine Arbeiter. Hier konnte es nicht darum gehen, eine Industrie aus dem Nichts oder aus vergleichsweise schwachen Ansätzen zu schaffen, sondern es kam darauf an, die bereits vorhandene Industrie wieder in vollen Gang zu setzen. Um dieses Ziel zu erreichen, glaubte auch die NSDAP, Hindernisse vernichten zu müssen, z.B. die Vielfalt von politischen Parteien, da diese der erforderlichen Konzentration des Willens im Wege ständen, aber diese Vernichtung war keine übersteigerte Fortführung jener ursprünglichen Mobilisierung, sondern

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

stellte sich ihr in wesentlichen Punkten gerade entgegen, wie schon die Begründung des Antisemitismus der Partei, aber auch die Begriffe der Rasse und des Blutes und das Beispiel des Erbhofgesetzes zeigen.

Aber wenn der Nationalsozialismus keine bloss reaktionäre und damit aussichtslose Mittelstands- und Bauernbewegung sein wollte, dann musste er eine eigene Art von Mobilisierung in Gang setzen, die in ihrer Tendenz zwar jener früheren Mobilisierung gerade entgegengesetzt war, aber doch ein gutes Stück Weges mit ihr gemeinsam hatte. Deren Eigentümlichkeit ist durch eine isolierende Betrachtung der wirtschaftlichen Massnahmen nicht zu erkennen. Die Begründung der alleinigen Souveränität des Führers gehörte ebenso dazu wie die Kapillarfunktion der Partei, der Terror so gut wie die Erziehung der Jugend. Erst in diesem Zusammenhang erweisen sich auch die wirtschaftlichen Massnahmen als dasjenige, was sie waren: als konsequente Kriegsvorbereitung, die hinter der sowjetischen an Energie nicht zurückblieb, aber nicht über die gleiche Alternative verfügte, nämlich eine Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft vorzunehmen, sobald naheliegende Ziele erreicht waren und bestimmte Befürchtungen sich nicht realisiert hatten.

Die Ausschaltung auch der gemässigten Linken und die Terrorisierung ihrer Anhängerschaft bedeuteten die Beseitigung des festesten Kerns pazifistischen und internationalistischen Denkens, und die Bekämpfung des kirchlichen Einflusses öffnete die Bahn für die Alleinherrschaft des Geistes, der in der angeführten Liedzeile zum Ausdruck kommt: «Gott ist der Kampf und der Kampf unser Blut und darum sind wir geboren.»⁸ Dagegen bewegten sich die wirtschaftlichen Massnahmen zunächst durchaus im Rahmen des alten Systems und waren eine Fortsetzung von Massnahmen der Regierungen Papen und Schleicher; nicht zufällig vollzogen sie sich unter der Leitung des ehemaligen Reichsbankpräsidenten der Weimarer Republik und nunmehrigen Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht.

Der Produktionsrückgang infolge der Weltwirtschaftskrise hatte in Deutschland von 1929 bis 1932 nicht weniger als 47% betragen, und der Verlust an Volkseinkommen war zwar infolge der Verringerung der Importpreise nicht ganz so gross, aber immer noch beträchtlich. Durch die Abrufung der Auslandskredite waren die Gold- und Devisenbestände stark zurückgegangen. Brüning suchte die Sanierung durch die Einführung der Devisenbewirtschaftung und eine restriktive Fiskalpolitik herbeizuführen,

8. Die totale Mobilisierung

d.h. durch Deflation. Dadurch wurden jedoch der Schrumpfungsprozess verstärkt und die politische Situation verschärft, da infolge der starken Position der Gewerkschaften eine Reduzierung des relativen Anteils der Löhne nicht möglich war. Papen nahm eine bedeutende Kursänderung vor. Unter ihm begann dasjenige, was John Maynard Keynes wenig später durch den Begriff des «Deficit spending» berühmt machen sollte: Arbeitsbeschaffung durch Staatsaufträge, Lohnprämien an die Unternehmer für jeden zusätzlich eingestellten Arbeiter, Steuergutscheine usw. Alle diese Massnahmen wurden unter Hitler fortgesetzt und durch weitere Massnahmen wie den Bau von Autobahnen und das sogenannte Reinhardt-Programm ergänzt, welches Ehestandsdarlehen und grosse Zuschüsse für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden vorsah. Aber Brüning's Steuererhöhungen wurden nicht rückgängig gemacht, und die Tendenz ging offensichtlich dahin, den Konsum zurückzudämmen und das Gewicht ganz auf die Förderung der Investitionsgüterindustrien zu legen. In diesem Zusammenhang liefen 1934 die Rüstungsmassnahmen an und erfolgte deren Finanzierung grossenteils durch Schachts genialen Kunstgriff der «Mefo-Wechsel». 1934 wurden bereits 4 Milliarden gegenüber 750 Millionen im Jahre 1933 ausgegeben, 1935 über 5, 1936 über 10 Milliarden. Natürlich erfolgte eine entsprechende Zunahme der schwebenden Reichsschuld, und zwar von 3 auf 12 Milliarden. Trotzdem waren die Rüstungsausgaben als Initialzündung wertvoll. Keynes erklärte ja um diese Zeit mit einleuchtenden Argumenten den volkswirtschaftlichen Nutzen unproduktiver Ausgaben wie etwa des Baus von Pyramiden oder der blossen Bewegung von Erdmassen. Insofern beschritt Hitler als erster einen Weg, den nach ihm auch Roosevelt und Léon Blum betraten.

Im Jahr 1936 gelangte Deutschland an einen Kreuzweg. Schacht wollte jetzt offenbar umschalten und durch Bremsung der Rüstungsausgaben zu einer *selbsttragenden Konjunktur* gelangen. Aber gerade 1936 begann der *Zweite Vierjahresplan*, an dessen Spitze Hermann Göring als «Beauftragter» und damit als potentieller Wirtschaftsdiktator Deutschlands gestellt wurde. Im August 1936 forderte Hitler in seiner Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplanes unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den «Riesenplan» des Sowjetstaates, dass «ähnlich der militärischen und politischen Aufrüstung bzw. Mobilmachung unseres Volkes» auch eine wirt-

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

schaftliche zu erfolgen habe, und er schloss mit den Sätzen: «I. Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein.»⁹ Unverhüllt drohte er «einigen Wirtschaftlern» den Untergang an, und ein Jahr später sagte er mit noch deutlicheren Worten, wenn die Privatwirtschaft den Vierjahresplan nicht durchführe, werde der Staat die volle Kontrolle übernehmen. Göring unterstrich seinerseits den Willen zur Autarkie, der dem Plan zugrundeliege, und liess keinen Zweifel daran, dass angesichts der Grösse der Aufgabe sowohl der Hinblick auf Profite wie die Befolgung von Gesetzen gleichgültig geworden seien. Schacht wandte sich öffentlich mit Heftigkeit gegen solche Auffassungen, und im November 1937 trat er zurück. Die Rüstungsausgaben stiegen 1937 auf 11 und 1938 auf 23, nach anderen Berechnungen auf 17 Milliarden. Die gesamte Reichsschuld wuchs auf die für die damalige Zeit ungeheure Summe von 42 Milliarden. Zugleich entfalteten sich mit der Errichtung der «Reichswerke Hermann Göring» in Salzgitter die Anfänge einer Staats- oder Parteiwirtschaft. *Arbeitsaufgebote*, die mit denjenigen der Sowjetunion vergleichbar gewesen wären, erfolgten jedoch bis 1939 nicht, auch nicht beim Bau des «Westwalls».¹⁰

Wie real die Chance einer Umstellung auf den Wohlfahrtsstaat im Jahre 1936 war, lässt sich mit Sicherheit nicht entscheiden. Aber die Verwirklichung hätte jedenfalls ein Sich-Begnügen mit der nationalen Restitution und der Herstellung der Verteidigungsfähigkeit bedeutet. Sie wäre daher mit dem Ziel der Weimarer Republik identisch gewesen, und deshalb war sie für Hitler indiskutabel. Dass *seine* Methode Erfolge versprach, wurde allerdings durch die Ereignisse von März 1938 bis März 1939 bewiesen, die ja von der Überwältigung Schuschniggs über die Eingliederung der Sudetenländer bis zur Besetzung Prags und der «Rest-Tschechei» praktisch so etwas wie unblutige Kriegshandlungen waren. Aber seit 1936 hatten Hitler und mit ihm Deutschland infolge der gewaltig steigenden Schulden eine Einbahnstrasse mit dem Telos des Krieges oder mindestens der unblutigen Erfolge durch Kriegsdrohungen eingeschlagen. Schon die Judenkontribution und die Besetzung der Tschechoslowakei waren ausgesprochenenmassen Akte einer *Beutewirtschaft*. Die Gesamtausgaben für die Rüstung betragen bis zum September 1939 etwa 60 Milliarden Reichsmark. In den «Tischgesprächen» sagte Hitler später, er habe das ganze Vermögen des

deutschen Volkes in Waffen angelegt¹¹ ; nur durch einen lohnenden Krieg konnte also dieses Vermögen angemessen verwertet werden.

Sicherlich hätte eine erfolgreiche Kriegsdrohung denselben Zweck ebensogut und besser erfüllt. Aber war es wirklich vorstellbar, dass Polen und England im Sommer 1939 nachgegeben hätten, weil es ihnen angesichts der erstaunlichen Kraftentfaltung Deutschlands unvermeidlich erschienen wäre, sich damit abzufinden, dass der aussersowjetische Kontinent nun von seinem unzweifelhaft stärksten und obendrein zentral gelegenen Staat geführt werden müsse? Deutschland war doch offenkundig nicht stark und vor allem bei den übrigen Europäern nicht beliebt genug, dass ein solcher Anspruch ohne entschiedenen Widerstand durchzusetzen gewesen wäre. Überdies gab es schwerwiegende Gründe für die Annahme, dass diese «Führung» Beherrschung und Ausbeutung durch ein System bedeuten würde, das die Hauptkennzeichen der Geschichte Europas verneinte und mit immer grösserer Entschiedenheit zu beseitigen sich anschickte. Nichts war daher trotz der scheinbaren Geringfügigkeit des Anlasses konsequenter als der polnisch-englisch-französische Widerstand und damit der Krieg im September 1939. Aber Adolf Hitler hatte danach den Beweis geführt, dass Deutschland in noch weit höherem Masse, als irgendjemand ausser ihm selbst im Sommer 1939 angenommen hatte, die stärkste Macht Europas war, und das konnte nicht ausschliesslich darauf zurückzuführen sein, dass er bis 1939 ebensoviel für die Rüstung ausgegeben hatte wie Frankreich, Grossbritannien und die USA zusammen. So hatten sich zwar die Vorhersagen seiner Gegner als richtig erwiesen, dass er Krieg führen musste, aber sie waren nur deshalb richtig, weil er nicht, wie es die Sowjetunion tat, von der Bevölkerung beliebige Opfer fordern und den Lebensstandard der grossen Masse bis auf das Existenzminimum herunterdrücken konnte. Die Sowjetunion hätte sich, wenn sie unbedroht gewesen wäre und von ideologisch begründeten Welteroberungsplänen Abschied genommen hätte, 1941 angesichts ihres Reichtums an Raum und an Rohstoffen dazu entschliessen können, die nun endlich durchgeführte Industrialisierung für eine allmähliche Hebung des Lebensstandards des Volkes nutzbar zu machen. 1939 konnte Hitler das nicht tun. Er musste in der Tat Krieg führen, und zwar einen Eroberungskrieg zwecks Erkämpfung von Beute. Die Frage war, ob er sich im Mai/Juni 1941 noch in der gleichen Lage befand. Seine Truppen standen am Nordkap und in der Wüste Libyens, am Ufer des Bug

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

und an der Pyrenäengrenze zum befreundeten Spanien. Die Ressourcen ganz Kontinentaleuropas standen zu seiner Verfügung. Deutschland war nun unzweifelhaft die Führungsmacht des Kontinents. Von ernsthaftem Widerstand war sogar in Frankreich kaum etwas zu spüren. Freilich hatte dieses Deutschland zwei der europäischen Nationen, die Tschechen und die Polen, zu einer Art von Kolonialvölkern gemacht, und die positive Unterstützung durch konservative Regime und faschistische Bewegungen, ja sogar durch das Italien Mussolinis, war nicht allzu verlässlich. Hitlers spezifische Art der Mobilisierung, die von der Methode der Entwicklungsdiktatur wie von derjenigen des Wohlfahrtsstaates gleich weit entfernt war, hatte ihn zu diesem Höhepunkt seiner Macht geführt, weil sie einen brachliegenden Produktionsapparat zu dem allein möglichen Zweck der Kriegführung wieder in Gang setzte. Aber als Herr Kontinentaleuropas befand er sich im Krieg mit der Seemacht England und praktisch mit Amerika, und die Sowjetunion, die mehr als er für Rüstung und Kriegsvorbereitung ausgegeben hatte, stand ihm auf dem Land in einer Neutralität gegenüber, die ihn daran hinderte, die Auseinandersetzung mit England durch die Invasion der Insel zu beenden. Er hätte ihr gegenüber zum Mittel des Krieges oder der Kriegsdrohung greifen müssen, auch wenn Russland ein demokratischer Staat gewesen wäre oder unter der Herrschaft eines Zaren gestanden hätte, sofern sie nicht von sich aus unbedingt verlässliche Garantien angeboten hätte. Aber sie war doch sein ganzes politisches Leben hindurch sein Schreckbild und zugleich ansatzweise sein Vorbild gewesen, wie schon die Begründung zeigte, die er für den Vierjahresplan gab. Ihr und ihrer Ideologie gegenüber hatte sein Reich die allein angemessene Antwort darstellen sollen; gegen sie und ihre Ideologie hatte er an die Gemeinsamkeit der besten Kräfte aller *arischen* Völker appelliert, die im Judentum ihren gemeinsamen Feind erkennen sollten. Im Hinblick auf den Bolschewismus und die Sowjetunion hatten jedoch auch viele seiner Gefolgsleute und seiner Generäle sehr bestimmte Ansichten, und es war nicht von vornherein ausgemacht, dass er sich über alle diese Ansichten einfach hinwegsetzen konnte. Als Hitler nach dem Molotow-Besuch definitiv den Entschluss fasste, die Sowjetunion «in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen», da muss ihm trotz der Leichtfertigkeit dieser Wendung und mancher ähnlicher Äusserungen im Innersten doch klar gewesen sein, dass diese Entschei-

8. *Die totale Mobilisierung*

dung ein ganz anderes Gewicht hatte als die Entschlüsse zum Angriff gegen Polen, Frankreich oder Jugoslawien, und allein aus der Art und Weise, wie er das deutsche Volk mobilisiert hatte, ergab sich noch nicht zwingend die Antwort auf die wesentlichste aller Fragen: Würde dieser Krieg ein Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Europa zwischen Deutschland und Russland sein oder ein antibolschewistischer Befreiungskrieg im Bündnis mit vielen Europäern und sehr vielen Russen und Ukrainern oder ein Vernichtungskrieg zum Zweck der Eroberung gigantischer «Lebensräume» und der Ausrottung des Judentums als des angeblichen Weltfeindes aller Völker?

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

1. Der Angriff gegen die Sowjetunion: Entscheidungskampf? – Befreiungsfeldzug? – Vernichtungskrieg?

Als die deutsche Wehrmacht am Morgen des 22. Juni 1941 die Grenzen der Sowjetunion auf einer Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer bereits seit anderthalb Stunden überschritten hatte, überreichte der deutsche Botschafter in Moskau dem Aussenminister Molotow eine Erklärung, die in ihren Schlussfolgerungen besagte, die Aussenpolitik der Sowjetunion sei immer stärker deutschfeindlich geworden und die Sowjetregierung habe die mit dem Reich geschlossenen Verträge dadurch gebrochen, dass sie ihre Streitkräfte an den Grenzen sprungbereit habe aufmarschieren lassen, um Deutschland in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen. Daher habe der Führer der Wehrmacht den Befehl erteilt, dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten.¹ Gemäss dieser Verlautbarung verstand Hitler den Feldzug gegen die Sowjetunion mithin als einen Präventivkrieg. Molotow bezeichnete dagegen in seiner Erwiderung diese Begründung als einen «leeren Vorwand», denn es fänden in der Nähe der Westgrenze lediglich «Sondermanöver» statt, auf welche die Sowjetregierung verzichtet haben würde, wenn ihr ein entsprechender Wunsch der Reichsregierung übermittelt worden wäre. Daher habe Deutschland in historisch präzedenzloser Weise den Nichtangriffs- und Freundschaftspakt gebrochen, der es mit der Sowjetunion verbunden habe. Dieser Satz war offenkundig gleichbedeutend mit der These, Deutschland habe einen unprovzierten Angriffskrieg vom Zaune gebrochen. Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt ein grosser Teil der sowjetischen Luftwaffe bereits vernichtet. Es war deshalb nur konsequent, dass Molotow seine Ausführungen mit den Worten schloss: «Das haben wir nicht verdient.»²

So standen bereits in den ersten Stunden des Krieges die beiden entgegengesetzten Thesen in offizieller Formulierung schroff neben- und gegen-

1. Der Angriff gegen die Sowjetunion

einander: Deutschland führe einen Präventivkrieg bzw. einen Angriffskrieg; die Sowjetunion sei eine untragbare Bedrohung gewesen bzw. das ahnungslose Opfer eines Überfalls. Bis heute ist die Frage nicht verlässlich entschieden³, und schon unmittelbar vor Ausbruch des Konflikts sowie während der ersten Kriegswochen konnte jede der beiden Seiten beachtliche Argumente ins Feld führen. Aber Zweifel blieben in dem einen wie in dem anderen Falle.

Es liess sich kaum bestreiten, dass die Sowjetunion gegen den Buchstaben und den Geist der Verträge verstossen hatte, als sie von Rumänien die Bukowina forderte und in Litauen nicht bloss *Stützpunkte* errichtete, sondern eine beträchtliche Anzahl von Divisionen konzentrierte. Es liess sich ferner mit einem Freundschaftspakt schwerlich vereinbaren, dass die Sowjetunion den Putsch in Belgrad unterstützt und mit der Regierung Simovic sofort ein Abkommen geschlossen hatte. Überdies hatten die deutschen Truppen in der Belgrader Gesandtschaft der Sowjetunion Dokumente gefunden, welche nur allzudeutlich feindliche Absichten gegenüber Deutschland erkennen liessen. Als stärkster Beweis aber musste schon bald ein Tatbestand gelten, der nach den ersten 14 Tagen des Krieges unübersehbar geworden war: Die drei Heeresgruppen Nord, Mitte und Süd unter den Generalfeldmarschällen von Leeb, von Bock und von Rundstedt verfügten insgesamt über etwa 3'500 Panzer, und schon in der Kesselschlacht von Bialystok und Minsk zerstörte oder erbeutete allein die Heeresgruppe Mitte an die 6'000 feindliche Panzer. In dem vorspringenden Bogen von Bialystok waren also weit mehr Panzer massiert, als das gesamte deutsche Ostheer aufzuweisen hatte, und der sowjetische Generalmajor Pjotr Grigorenko, freilich ein *Dissident*, hat sicherlich recht, wenn er schreibt, eine solche Aufstellung sei nur begründet, wenn sie für eine Überraschungsoffensive bestimmt sei.⁴ Allerdings sieht er darin gerade einen schweren Fehler Stalins, da dieser in Wahrheit eine solche Angriffsabsicht *nicht* gehabt habe. Es ist jedenfalls unwahrscheinlich, dass auf deutscher Seite das Empfinden einer unmittelbaren Bedrohung vorhanden war. So legte der Generalmajor Marcks, der am 5. August 1940 den ersten Operationsentwurf ausarbeitete, den Gedanken zugrunde, dass «die Russen uns nicht den Liebesdienst eines Angriffs erweisen werden»⁵, und Hitler selbst behauptete noch im Januar 1941, Stalin sei ein kluger Kopf und er werde nicht offen gegen Deutschland auftreten, sondern lediglich in wachsendem Masse Schwierigkeiten

machen.⁶ Im Übrigen zeugen alle Planungen und Vorbesprechungen hinsichtlich «Barbarossa» bei nahezu sämtlichen Beteiligten von einem überaus zuversichtlichen Kraftbewusstsein, das sich zutraute, «Russland in einem schnellen Feldzug niederzu werfen»⁷, und wenn Hitler auch mehrfach vor einer Unterschätzung des Gegners warnte, so entfuhr ihm doch gelegentlich eine Äusserung wie die, die Rote Armee sei nicht mehr als ein Witz.⁸ Ein Präventivkrieg kann nicht auf bloss objektiven Tatsachen beruhen; zu seinem Begriff gehört unabdingbar ein Gefühl unmittelbaren Bedrohtseins auf der Seite des Angreifers. Aber ein Angriffskrieg ist gleichwohl nicht notwendigerweise schon deshalb ein Überfall, weil er nicht ein Präventivkrieg ist. Er kann ein objektiv begründeter und unvermeidbarer Entscheidungskampf sein. Nur wenige Wochen später, am 11. September 1941, verglich Roosevelt in einer seiner «Kaminplaudereien» die «Unterseeboote und Piratenschiffe der Nazis» mit Klapperschlangen, die man zerschmettern müsse, bevor sie auf einen zuschnellten, und er rechtfertigte so den Schiessbefehl, den er den amerikanischen Kriegsschiffen gegeben hatte.⁹ Aber die deutschen Unterseeboote führten die Blockade eines Landes durch, mit dem Deutschland sich im Kriegszustand befand, und die USA waren ein neutrales Land, das nirgendwo in einen Krieg verwickelt war. Deutschlands Lage war dagegen eine ganz andere. Es hatte überdies guten Grund, sich an Äusserungen wie diejenige zu erinnern, die der Chef der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, L.S. Mechlis, im März 1939 auf dem 17. Parteitag getan hatte: die UdSSR werde in dem nun vorhersehbaren «zweiten imperialistischen Krieg» ihre Kriegsoperationen auf das Territorium des Gegners tragen und die Zahl der Sowjetrepubliken vervielfachen.¹⁰ Verlautbarungen wie diese waren in der Literatur und im Leben nicht selten und wurden der deutschen Regierung in zahlreichen Berichten übermittelt. Sie mussten als mentale Kriegshandlungen betrachtet werden, und man durfte sogar die Frage stellen, ob nicht ein völlig abgeschlossenes und dabei hochgerüstetes Land schon durch diese Art der Existenz eine gefährliche Bedrohung seiner Nachbarn darstellte.

Es scheint, dass Stalin selbst von dem Gefühl durchdrungen gewesen ist, es müsse nunmehr eine Entscheidung fallen und Deutschland könne sich nicht mehr lange damit abfinden, durch die Haltung der Sowjetunion in einem Zustand der Handlungsunfähigkeit gegenüber England verharren zu müssen. Die grössere Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, dass er nicht

1. Der Angriff gegen die Sowjetunion

der Meinung war, diese Entscheidung müsse notwendigerweise durch einen Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion getroffen werden. Sein Verhalten während der letzten Monate vor dem 22. Juni hat immer wieder Rätsel aufgegeben und eine Anzahl von Erklärungsversuchen hervorgerufen. Anscheinend nahm er die Warnungen, die ihm von vielen Seiten zufließen, nicht ernst, und er betrieb gegenüber Deutschland eine ausgesprochene Beschwichtigungspolitik. Dazu gehörte schon die vielbeschriebene Szene auf dem Moskauer Bahnhof bei der Abreise des japanischen Aussenministers Matsuoka im April, als er den deutschen Militärattaché Oberst Krebs mit den Worten umarmte: «Wir werden mit Euch Freunde sein – was auch kommen mag»¹¹, aber auch die verstärkten Lieferungen von Rohstoffen sind nicht zu vergessen, und mindestens der deutsche Botschafter von der Schulenburg interpretierte die Übernahme der Regierungsführung durch Stalin am 6. Mai 1941 in dem Sinne, dass dieser entschlossen sei, mit ganzer Kraft auf eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland hinzuwirken.¹² Dass Stalin die Beziehungen mit den Exilregierungen Jugoslawiens, Belgiens und Hollands abbrechen liess, passte gut in dieses Bild. Zwar lag die Führung der Sowjetunion während der Nacht vom 21. zum 22. Juni keineswegs in tiefem Schlafe, wie die Memoiren von Georgij Schukow klar erkennen lassen, aber die Masse der Truppen wurde von dem deutschen Angriff zweifellos überrascht, und ein grosser Teil der Luftwaffe befand sich ohne Tarnung auf den grenznahen Flugplätzen. Seit den Enthüllungen, die Chruschtschow in seiner Geheimrede vornahm, ist Stalins Verhalten daher in der sowjetischen Literatur des Öfteren scharf getadelt worden. Es bieten sich jedoch drei sinnvolle Erklärungen an.

In Teheran sagte Stalin zu Churchill: «Ich hätte mir noch ein halbes Jahr Zeit gewünscht.»¹³ Daraus konnte eine gewisse Bestätigung der deutschen Präventivkriegsthese abgeleitet werden, aber die Tatsache der Überraschung bliebe unerklärt.

Es könnte sein, dass Stalin als der Überfallene und das ahnungslose Opfer einer ruchlosen Attacke dastehen wollte, weil er nur unter dieser Voraussetzung eine bedingungslose Hilfeleistung durch Grossbritannien und die USA erwarten durfte. Er hätte dann den tatsächlichen Verlauf des Krieges sehr genau vorhergesehen und bewusst das Bündnis mit den angelsächsischen Mächten angestrebt. Dagegen spricht indessen, dass er so in einen Krieg gegen Deutschland geriet, der mindestens für einige Monate ein Ein-

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

frontenkampf sein würde und der die angelsächsischen Mächte in die Situation versetzte, welche er selbst einzunehmen wünschte, nämlich in die Situation des ungeschwächten Dritten, der schliesslich über die zwei erschöpften Antagonisten die Oberhand gewinnt. Und anscheinend hatte er – durch den Flug von Rudolf Hess nach England im Mai aufs Äusserste beunruhigt – wenig Zweifel daran, dass die Hauptmacht des Kapitalismus am Ende ihr Gewicht doch zugunsten des kapitalistisch-faschistischen Militärstaates gegen das sozialistische Sechstel der Erde in die Waagschale werfen werde.

Die dritte und wahrscheinlichste Möglichkeit dürfte aus der auffallenden Häufigkeit des Wortes «Verhandlungen» abzuleiten sein, die in diesen Wochen zu konstatieren ist. In dem berühmten TASS-Dementi vom 14. Juni heisst es, Deutschland habe an die Sowjetunion keinerlei Forderungen gerichtet und ihr kein neues engeres Übereinkommen vorgeschlagen und infolgedessen hätten Verhandlungen hierüber nicht stattfinden können.¹⁴ Das klingt ganz wie eine dringende Aufforderung, in solche Verhandlungen einzutreten, und der Eindruck wird bestärkt, wenn man sich vor Augen hält, dass Molotow und Stalin auch später hervorhoben, Deutschland sei in die Sowjetunion eingefallen, ohne dass es zunächst Verhandlungen vorgeschlagen habe.¹⁵ Es sieht ganz so aus, dass Stalin bis zum letzten Augenblick erwartete, von deutscher Seite ein ultimatives Verhandlungsangebot zu erhalten, und dass er geneigt war, darauf einzugehen. Vermutlich hatte er Molotow bei dessen Besuch in Berlin nach weitverbreiteter Methode Maximalforderungen vorbringen lassen und war jetzt bereit, davon abzugehen, d.h. dem geplanten Kontinentalblock unter Verzicht auf die europäischen Forderungen beizutreten, überdies die Lieferungen zu erhöhen und notfalls sogar die Rote Armee aus den Grenzgebieten zurückzuziehen. Für diese Version spricht, dass Stalin nach dem Bericht Chruschtschows beim Ausbruch des Krieges zunächst von Verzweiflung erfasst wurde und ausrief: «Alles, was Lenin geschaffen hat, haben wir verloren»¹⁶, und dass er nach der Erzählung seiner Tochter noch mehrere Jahre später voll tiefen Bedauerns zu sagen pflegte: «Mit den Deutschen zusammen wären wir unbesiegbar gewesen».¹⁷ Tatsächlich *musste* er diesen Weg wählen, wenn er seine aussenpolitische Grundvorstellung realisiert sehen wollte: die Mächte *des Kapitalismus* untereinander im Kriege zu halten und schliesslich der

1. Der Angriff gegen die Sowjetunion

lachende Dritte zu sein. Dafür war kein Opfer zu schwer, und möglicherweise hätte er – wie die Zeitgenossen spekulierten – den Deutschen sogar die Ukraine zur direkten Ausbeutung verpachtet, denn es steht ausser Zweifel, dass er die ungeheure Produktionskraft der USA viel richtiger einschätzte, als Hitler es tat, und dass er davon überzeugt war, Deutschland werde den Krieg gegen die angelsächsischen Seemächte letzten Endes verlieren, nachdem es ihnen zuvor ungeheure Verluste beigebracht hätte. Wenn er dagegen im Bündnis mit Amerika Deutschland niederschlug und dabei die Hauptlast auf sich nahm, dann konnte er besiegt werden, und die Wahrscheinlichkeit der Niederlage war nach seinen eigenen Voraussetzungen nur allzu gross.

Jedenfalls gibt es gute Gründe für die Annahme, Stalin sei ebenso überzeugt gewesen wie Hitler, dass eine Entscheidung getroffen werden musste, er habe jedoch nicht geglaubt, dass sie sich jetzt schon in der Gestalt eines Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion vollziehen würde. Dann waren Hitler und Deutschland nicht dafür verantwortlich, dass die Situation bestand, innerhalb deren eine Entscheidung erforderlich wurde – dazu hatte Stalin ebensoviel beigetragen wie Hitler –, wohl aber waren sie die Ursache dafür, dass die Entscheidung durch einen deutsch-sowjetischen Krieg erfolgte.

Wenn aber dieser Weg eingeschlagen wurde, dann erforderte eine weitere Alternative eine klare Antwort. Der Krieg gegen Frankreich war durch einen militärischen Sieg beendet worden, und Frankreich hatte sich eine neue Regierung gegeben, die zur Zusammenarbeit mit Deutschland bereit war. Die neue Regierung hatte einen Systemwechsel in die Wege geleitet und ein autoritäres Regime unter dem angesehensten Manne des Landes installiert, dem Marschall Pétain. Dass Elsass-Lothringen wieder verlorengehen würde, war für diese Regierung akzeptabel, aber eine weitergehende Schwächung war – mindestens zunächst – nicht zu befürchten. Ein militärischer Sieg über die Sowjetunion hätte jedenfalls auch eine neue Regierung sowie ein neues System zur Folge gehabt, und ein russischer Pétain hätte sich zur Zusammenarbeit mit Deutschland bereit erklärt und sicherlich auch das Zugeständnis gemacht, dass der sowjetische Schein-Föderalismus durch einen genuinen Föderalismus abgelöst worden wäre. Inmitten der Staatenkämpfe und durch sie hindurch hätte sich der europäische Bürgerkrieg als die letztlich bestimmende Realität erwiesen. Doch aus «nationaldeutscher» Sicht gab es einen ungeheuren Unterschied gegenüber

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

Frankreich: Dieses neue Russland wäre nur militärisch schwächer gewesen als Deutschland, aber an Volkszahl und Rohstoffreichtum nach wie vor stärker. Wenn man sich nicht von Vertrauen zu dem Partner und von Zuversicht im Hinblick auf die eigenen Fähigkeiten leiten lassen wollte, musste man eine gründlichere Schwächung Russlands ins Auge fassen. Eben darin bestand die Intention Alfred Rosenbergs, der von Hitler im Juli zum «Reichsminister für die besetzten Ostgebiete» ernannt wurde. Schon am 2. April entwickelte er in einer Denkschrift den Plan, das bestehende Gross-Russland in seine ethnischen Teile aufzulösen und ein künftiges «Moskowien» durch einen Ring unabhängiger Staaten, nämlich der Ukraine, Weissrusslands, des Don-Gebiets und der kaukasischen Region «in Schach zu halten».¹⁸ Wie die Westmächte 1919 einen *cordon sanitaire* im Sowjetrussland aus Staaten gebildet hatten, die ganz oder mit Teilen ihres Gebiets zum Zarenreich gehört hatten, und wie die gleichen Siegermächte die Entstehung eines Grossdeutschland nicht geduldet, sondern Preussen-Deutschland mit feindselig gesinnten Staaten umgeben hatten, so erstrebte Alfred Rosenberg nun eine *Versailler Lösung* für einen niederzuhaltenden Kernbereich des einzigen Rivalen Deutschlands in Europa. Abstrakt betrachtet, handelte es sich um eine politische Denkweise, wie sie für Entscheidungskämpfe charakteristisch ist, und sie verdient ebensowenig oder ebensoviel an moralischem Tadel wie die Handlungsweisen der alliierten Mächte im Jahre 1919. Aber sie setzte sich von Anfang an in ein diffiziles Verhältnis zu einem anderen Aspekt des komplexen Problemfeldes, und dieser Tatbestand kam aufs Klarste zum Vorschein, als Rosenberg in einer Rede am 20. Juni 1941 sagte: «Wir führen nun aber heute nicht einen ‚Kreuzzug‘ gegen den Bolschewismus, allein um die ‚armen Russen‘ vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben und das Deutsche Reich zu sichern ... Stalin mit einem neuen Zaren zu vertauschen oder gar einen nationalistischen Führer einzusetzen in diesem Gebiete, das würde alle Energien erst recht einmal gegen uns mobilisieren». Anstelle dieser, bisher allerdings geläufigen Idee des einheitlichen Russlands tritt nunmehr eine gänzlich andere Konzeption der östlichen Frage.¹⁹ Wenn der Krieg in diesem Sinne ein Entscheidungskampf war, dann konnte er nicht einmal die entrechteten *Ehemaligen* und die enteigneten *Kulaken* Russlands oder deren Kinder dazu veranlassen, sich auf die deutsche Seite zu stellen.

1. Der Angriff gegen die Sowjetunion

Dennoch gab es keinen Zweifel, dass dieser Krieg von seinen Urhebern auch als eine Wiederaufnahme des Bürgerkrieges verstanden wurde und dass alle Emotionen von Neuem lebendig wurden, die einst in Russland und in Deutschland vorgeherrscht hatten. Sie mochten zu Routinewendungen abgeschwächt sein, wenn etwa das Auswärtige Amt in seiner Note vom 21. Juni es für die Aufgabe des deutschen Volkes erklärte, «die gesamte Kulturwelt von den tödlichen Gefahren des Bolschewismus zu retten»²⁰ oder wenn die «Deutsche diplomatisch-politische Information» am 27. Juni behauptete, der Kampf Deutschlands gegen Moskau werde zum Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus und es gehe dabei um die Erhaltung und Wiederherstellung der grossen Grundprinzipien alles menschlichen und völkischen Zusammenlebens, nämlich um die Wiederherstellung der Würde und Freiheit der menschlichen Persönlichkeit, der Familie, des Privateigentums, der Freiheit der religiösen Überzeugung und der kulturellen Eigenständigkeit der Völker und Volksgruppen in ganz Europa.²¹ In solchen Wendungen stand gleichsam der Geist der *nationalen Erhebung* von 1933 noch einmal auf, aber sehr viel unmittelbarer brachte Alfred Rosenberg die Erfahrungen, die Bitterkeit und den Hass der frühen Nachkriegszeit zum Ausdruck, als er in seine Allgemeine Instruktion für die Reichskommissare in den besetzten Ostgebieten am 8. Mai den Satz hineinschrieb, den Deutschen Osteuropas, die in vielen Jahrhunderten ungeheure Leistungen vollbracht hätten, sei das gesamte Eigentum ohne Entschädigung fortgenommen worden und Hunderttausende seien verschleppt worden oder verhungert.²² Am tiefsten war jedoch Adolf Hitler schon am 30. März 1941 in einer Rede vor den Generälen in die Emotionen der Zeit des Bürgerkriegs zurückgestiegen. Bolschewismus sei asoziales Verbrechen und der Kommunismus bilde eine ungeheure Gefahr für die Zukunft. «Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad ... Der Kampf muss geführt werden gegen das Gift der Zersetzung ... Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden.»²³ Im Bürgerkrieg hatte in der Tat niemand daran gedacht, in dem roten oder in dem weissen Feind einen Kameraden zu sehen, der ritterlich behandelt werden müsse. Auch auf der sowjetischen Seite war die Erinnerung an die Greuelthaten der Weissen immer wachgehalten worden, und sogar im Finni-

schen Kriege war es schwerlich bloss Propaganda gewesen, wenn den Rotarmisten gesagt wurde, sie würden zu Tode gequält werden, falls sie in die Hände der «weissfinnischen Schlächter» gerieten. Für «asoziale Verbrecher» hatte auch der Ataman Kaledin die Bolschewisten gehalten, weil sie mit der Parole «Raubt das Geraubte» an die primitivsten Instinkte appellierten, und die «Zersetzung» hatte dem General Kornilow den Weg in die Hauptstadt verlegt. Zwar nahm Hitler nur selten direkt auf die Ereignisse des Bürgerkrieges Bezug, und er legte eine unverkennbare Abneigung gegen die russischen Emigranten an den Tag, die in seinen Augen versagt hatten. Aber es ist nicht daran zu zweifeln, dass die wichtigsten Vorgänge für ihn ganz gegenwärtig waren, und das kam auch in zufälligen Nebenbemerkungen zum Ausdruck wie etwa (zu einem späteren Zeitpunkt) derjenigen, es seien Ukrainer gewesen, die den besten Freund des ukrainischen Volkes, den Feldmarschall Eichhorn, 1918 in Kiew ermordet hätten.²⁴ Wenn er also hier von einem *Vernichtungskampf* sprach, dann handelte es sich um die Vernichtung einer Ideologie und ihrer Vorkämpfer, und eine solche Absicht war allen Teilnehmern des Bürgerkrieges selbstverständlich gewesen. In dem gleichen Zusammenhang muss auch der «Kommissarbefehl» gesehen werden, der gewiss ein «unmenschlicher» und «völkerrechtswidriger» Befehl war, der aber von der Voraussetzung ausging, die ebenfalls eine Voraussetzung beider Bürgerkriegsparteien gewesen war: dass der Gegner mit Sicherheit verbrecherische und völkerrechtswidrige Taten begehen würde. Daher heisst es in diesen «Richtlinien» vom 8. Juni: «Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Arten als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine hasserfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten».²⁵ Daher könnten politische Kommissare nicht als Soldaten anerkannt werden und sie seien «nach durchgeführter Absonderung zu erledigen».

Soweit dieser Befehl im Rahmen des *Weltanschauungskrieges* zu sehen ist, war er daher nicht «verbrecherisch», sondern konsequent. Das Verbrechen liegt viel tiefer, und zwar in der Entfesselung eines solchen Krieges ohne zwingenden Grund. Insofern muss die Frage des Präventivkrieges oder des unvermeidbaren Entscheidungskampfes wieder auftauchen. Aber der Befehl war auf jeden Fall ein törichter Befehl, denn die deutsche Füh-

1. Der Angriff gegen die Sowjetunion

nung hatte sich nicht klar gemacht, dass die Sowjetregierung inzwischen noch einen Schritt über die Realitäten und Emotionen des Bürgerkrieges hinausgegangen war. Sie betrachtete nämlich alle Angehörigen der Roten Armee, die lebend in Gefangenschaft gerieten, als Deserteure, deren Familienangehörige kollektiv für diesen Akt der Feigheit und des Verrats verantwortlich gemacht wurden.²⁶ Die gefangenen Kommissare waren daher in den Augen ihrer eigenen Regierung todeswürdige Verbrecher, und Hitler machte sich zum Handlanger Stalins, wenn er sie «erledigen» liess. Tatsächlich wurde der Befehl weitgehend nicht befolgt und 1942 aufgehoben, und später zählten ehemalige Politische Kommissare zu den engsten Mitarbeitern Wlassows.

Aber wenn der Krieg gegen die Sowjetunion auf einem Grunde von Emotionen ruhte, die schon die Emotionen des russischen Bürgerkrieges und des Kampfes zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Weimarer Republik gewesen waren, dann konnte er kein blosser Rachezug sein und auch nicht nur ein «Verteidigungskampf des Abendlandes», obwohl der Kommissarbefehl einerseits und die Verlautbarungen des Auswärtigen Amtes andererseits solche Interpretationen nahelegen mochten. Unabhängig vom Willen seines Urhebers musste der Krieg in eins damit ein Befreiungskrieg sein und von grossen Teilen der Bevölkerung als solcher empfunden werden, es sei denn, die These der Parteiführung von der völligen moralischen und politischen Einheit des Sowjetvolkes wäre gerade *wegen* der Kollektivierung, der Grossen Säuberung und der Deportationen aus Ostpolen und den Baltenländern richtig gewesen. Zwar verteidigten sich eine ganze Reihe von Einheiten der Roten Armee mit grösster Tapferkeit, ja mit einem für die Deutschen tief befremdenden Fanatismus, der nicht selten die letzten Verteidiger einer Stellung zu gemeinsamem Selbstmord bewegte, aber schon in den ersten Kriegswochen liessen sich Hunderttausende in die Gefangenschaft führen, in allen Städten und Dörfern Litauens und Lettlands wurden die einrückenden deutschen Truppen mit Jubel begrüsst, in der Ukraine wurden sie an zahllosen Stellen mit Salz und Brot empfangen, und schon bevor sie in Lemberg einrückten, hatte sich dort eine provisorische Staatsgewalt gebildet, die offensichtlich zur vollen Kooperation mit Deutschland bereit war. Auch hier waren freilich Befreiung und Rache eng miteinander verknüpft. So hatten NKWD-Truppen in Lemberg und anderen Orten so gut wie alle Insassen der Gefängnisse und

auch einige deutsche Flieger, die ihnen in die Hände gefallen waren, auf schreckliche Weise ermordet, und die ukrainische Bevölkerung hatte an denjenigen eine ebenso schreckliche Rache genommen, die sie für die Urheber hielt, so dass ein neues Zeitalter von Judenpogromen sich anzukündigen schien. Aber man durfte erwarten, dass die deutsche Wehrmacht solchen spontanen Aktionen ein Ende setzen würde und dass die Befreiung eine umfassendere Wirklichkeit sein würde als die Rache. Auf diesen Ton war jedenfalls die Wehrmachtpropaganda gestimmt, die von der Abteilung «WPr» im Oberkommando der Wehrmacht geleitet wurde und die in Millionen von Flugblättern und Plakaten Adolf Hitler als den Befreier der bisher Unterdrückten hinstellte.

Wie fruchtbar der Boden war, auf den diese Propaganda fiel, stellte indessen niemand so anschaulich unter Beweis wie Stalin. Am 3. Juli hielt er zum zweitenmal in seinem Leben eine Rundfunkrede und zum erstenmal sprach er seine Hörer mit «Brüder und Schwestern» und «meine Freunde» an.²⁷ Natürlich prangerte er zuerst den «Wortbruch» und den «Überfall» der Deutschen an und versicherte, die besten Divisionen des Feindes und die besten Einheiten seiner Luftwaffe seien schon zerschmettert. Deutschland war für ihn nun wieder «faschistisch», und Hitler und Ribbentrop nannte er «Ungeheuer und Kannibalen». Er liess jedoch keinen Zweifel daran, dass eine «ernste Gefahr über die Heimat heraufgezogen» sei. Auch er knüpfte an die Emotionen und Begriffe des Bürgerkrieges an, wenn er behauptete, das Ziel des Feindes bestehe darin, die Macht der Gutsbesitzer wieder aufzurichten, den Zarismus wiederherzustellen, die freien Völker der Sowjetunion ihrer Eigenstaatlichkeit zu berauben und sie zu «Sklaven der deutschen Fürsten und Barone» zu machen. Auch der Terminus «Vaterländischer Volkskrieg» konnte auf eine Wendung Lenins zurückgeführt werden. Neu war, dass Stalin mit einem «Gefühl der Dankbarkeit» der historischen Rede Churchills vom 22. Juni und der entsprechenden Deklaration der Regierung der Vereinigten Staaten gedachte, die dem sowjetischen Volk ihre Hilfe angekündigt hätten, nachdem sich Hitler «in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor» entlarvt habe. Das auffallendste aber war, dass er mit stärkstem Nachdruck von den «Miesmachern und Feiglingen, den Panikmachern und Deserteuren» und ein zweites Mal von den «Desorganisatoren des Hinterlands, den Deserteuren, Panikmachern, Ver-

1. Der Angriff gegen die Sowjetunion

breiten von Gerüchten, Spionen und Diversanten» sprach und zur Unterstützung der «Feldjägerbataillone» aufrief. Es konnte kaum einen Zweifel geben, dass er sein Vertrauen nicht auf eine fraglose Anhänglichkeit des ganzen Sowjetvolkes setzte, sondern auf die Methode, die er später Churchill gegenüber mit den Worten beschrieb, in der Sowjetunion sei jedermann ein Held, denn jedermann wisse, dass er überleben könne, wenn er gegen den Feind anstürme, dass er aber sterben müsse, wenn er zurückgehe.²⁸ Immerhin rechnete er mit so viel verlässlicher Unterstützung, dass er die Taktik der verbrannten Erde ankündigte und zur «Entfachung des Partisanenkriegs» aufrief.

Aber Adolf Hitler scheint gar nicht wahrgenommen zu haben, dass Stalin in dieser Rede erkennen liess, wie brüchig der Grund war, auf dem er stand, und wie überaus zahlreich die Menschen waren, die seine Behauptung nicht glauben konnten, er habe sie zu «freier Arbeit und Wohlstand» geführt. In einer Unterredung mit dem japanischen Botschafter Oshima am 15. Juli nahm Hitler vielmehr nur Bezug auf den Vernichtungsbefehl und zog daraus den Schluss, dass Millionen wegen der Vernichtungsbefehle Stalins würden sterben müssen, denn Deutschland könne der russischen Bevölkerung weder Kohle noch Nahrungsmittel zur Verfügung stellen.²⁹ Acht Tage später liess er durch Keitel ausdrücklich bekanntmachen, dass die Truppe denjenigen Schrecken zu verbreiten habe, der allein geeignet sei, «der Bevölkerung» jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen.³⁰ Wenn man sich vergegenwärtigt, dass Hitler am Tag vorher dem kroatischen Marschall Kwaternik gesagt hatte, das heutige russische Volk bestehe anscheinend zu 70-80% aus Mongolen³¹, dann wird ganz klar, dass er gewillt war, sich nicht mit der Vernichtung einer Weltanschauung zu begnügen, sondern dass er die Vernichtung der biologischen Substanz der «Ostvölker» anstrebte, weil er ihr Land als Lebensraum für deutsche Siedler und als Sicherheitszone für künftige Kriege in Besitz nehmen wollte – wie er es schon in seinen frühen Reden und in «Mein Kampf» postuliert hatte. Ganz in diesem Sinne hatte er in einer Unterredung mit Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring und Bormann am 16. Juli von dem «riesenhaften Kuchen» gesprochen, den man handgerecht zerlegen müsse, um ihn «erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten» zu können.³² Zwar schloss er «Propaganda» – «dass wir die Bringer der Freiheit wären» – nicht aus. Aber wie sollten ein Mann und eine Führung gegenüber der sowjetischen Bevöl-

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

kerung glaubwürdige Aussagen machen, die sich vornahmen, die Krim von allen Fremden zu räumen und deutsch zu besiedeln, Galizien, das gesamte Balten-Land und sogar die Wolga-Kolonie dem Reich einzugliedern, Leningrad und Moskau dem Erdboden gleichzumachen und das Gebiet um Baku in eine deutsche Militärkolonie zu verwandeln? Wie hätten sich auch nur die deutschfreundlichsten unter den Emigranten und die entschiedensten Stalin-Hasser in der Roten Armee guten Gewissens diesem Manne zur Verfügung stellen können, der «nie» erlauben wollte, «dass ein anderer Waffen trägt als der Deutsche»?³³

Es konnte gar kein Zweifel sein: Der Mann, der Deutschland mächtig genug gemacht hatte, um einen Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Europa zu führen, und der sämtliche antikommunistischen Emotionen der Nachkriegszeit teilte, wollte doch vor allem einen Vernichtungs- und Versklavungskrieg gegen die slawischen Völker führen, und er hatte einen noch radikaleren Vernichtungskampf gegen die Juden als Juden im Sinn, wie er schon in seiner Rede vom 30. Januar 1939 angedeutet hatte.

Damit bahnte sich die erstaunlichste aller Verkehungen an. Stalin hatte weitaus mehr Russen und Ukrainer und Juden töten lassen, als Hitler Deutschen oder nach dem September 1939 sogar Juden und Polen das Leben genommen hatte, und dennoch musste er jetzt zur Personifizierung des Selbstbehauptungs- und Überlebenswillens fast aller Völker der Sowjetunion werden, wenn Hitler die Russen, Ukrainer und Juden in ihrer biologischen Substanz schwächen oder sogar vernichten wollte; Hitler hatte zwar das geistige und politische Leben der Deutschen verwüstet, aber er hatte sie doch zum Höchstmass der Macht geführt, und nun würde er zum Urheber der Selbstvernichtung seiner Nation werden, wenn noch andere Mächte in die anstehende Entscheidung eingriffen und wenn Stalin sich von seinem Beispiel leiten liess.

So sind die drei Aspekte des deutsch-sowjetischen Krieges nicht voneinander zu trennen, und in Hitler waren sie sogar in der Weise vereinigt, dass er aus antibolschewistischer Emotion nur die physische Vernichtung bzw. definitive Schwächung der in der Sowjetunion vereinigten *Asiaten* als genuine Entscheidung anerkennen wollte. Aber es handelt sich trotzdem nicht um blosse Abstraktionen, sondern um Tendenzen und Möglichkeiten,

2. Notwendigkeiten, Zufälle, Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege

die in sich mehrfältig waren und die in eine Anzahl von Kombinationen treten konnten. Selbst Adolf Hitler war nicht so mächtig, dass seine Grundvorstellungen und Intentionen sich unter allen Umständen durchsetzen mussten. Es ist daher sinnvoll, den Verlauf des Krieges in seinen Hauptereignissen so zum Thema zu machen, dass jeweils einer der Aspekte herausgehoben wird. In einem letzten Schritt vor der Schlussbetrachtung ist dann zu fragen, auf welche Weise der schliessliche Sieg der bolschewistischen Sowjetunion und die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland am angemessensten zu charakterisieren sind.

2. Notwendigkeiten, Zufälle und Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege

Die Begriffe «Notwendigkeit» und «Zufall» sollen im Folgenden nicht in einem philosophischen, sondern in historischem Sinn verstanden werden: als *zufällig* gilt, was von der Entscheidung eines Mannes oder einer kleinen Gruppe von Menschen abhängt und zwar derart, dass ein anderes Handeln desselben Mannes oder derselben Gruppe bzw. eines Mannes oder einer Gruppe, die an deren Stelle getreten wären, nicht auf unüberwindliche Widerstände gestossen wären. Als zufällig soll ein Ereignis auch in dem Falle angesehen werden, dass ungefähr gleichstarke Tendenzen aufeinanderstossen und die Entscheidung durch besondere Umstände oder durch die Aktivitäten relativ weniger Menschen herbeigeführt wird. Im historischen Sinne zufällig sind ferner Naturereignisse, die im menschlichen Bereich grosse Wirkungen nach sich ziehen, die aber nicht mit Sicherheit oder auch nur mit hoher Wahrscheinlichkeit vorherzusehen waren. Als *notwendig* wird dasjenige betrachtet, was diesen Charakter des Zufälligen nicht besitzt. Aus dem Ineinander von Notwendigkeiten und Zufälligkeiten lassen sich die Alternativen ableiten, die sich nach menschlichem Ermessen hätten verwirklichen können, wenn zufällige Umstände anders eingetreten wären. Die Krankheit, die Alexander den Grossen den Tod finden liess, war in diesem Sinne zufällig, und daher muss es als Alternative gelten, dass sein Heer unter seiner Führung bis zum Indus vorgedrungen wäre, statt zurückzuströmen; die Niederlage Hannibals war notwendig, nachdem er Rom nicht im

ersten Ansturm hatte nehmen können, obwohl sie auch nach kürzerer oder längerer Zeit und auf andere Art und Weise hätte Zustandekommen können. Eine weitere Unterscheidung sollte zwischen dem «blossen Zufall» und der «Zufallsnotwendigkeit» der Handlungen eines bestimmten Charakters getroffen werden.

Hitlers Angriff gegen die Sowjetunion war insofern zufällig, als die Alternative eines neuen Abkommens mit Stalin vermutlich gegeben war; er hatte aber insofern den Charakter der «Zufallsnotwendigkeit», als Hitler immer wieder die «Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus» und die «Lösung des deutschen Raumproblems» als seine «eigentliche Aufgabe» bezeichnet hatte. Weit mehr vom blossen Zufall geprägt war dagegen der Zeitpunkt des Kriegsbeginns. Der impulsive Entschluss Mussolinis, Griechenland anzugreifen, hatte den Balkanfeldzug erzwungen, und deshalb konnte der Angriff nicht, wie vorgesehen, am 15. Mai oder immerhin Anfang Juni beginnen, sondern erst zu einem Zeitpunkt, der bis zum frühestmöglichen Zeitpunkt der Schlamm- und der Schneeperiode nicht einmal vier Monate übrigliess.

Notwendig waren dagegen nach allen Prämissen der Aufruf Stalins zum (völkerrechtswidrigen) Partisanenkampf und das Hilfsversprechen, das Churchill gleich am 22. Juni der Sowjetunion gab. Allerdings war dieses Versprechen nur deshalb *notwendig*, weil es zugleich den Beweis erbrachte, dass das Wasser Grossbritannien nicht bloss bis zum Halse, sondern bis an den Rand der Lippen stand. Mit grösster Entschiedenheit und unter Verwendung noch schärferer Invektiven hätte kein Mensch sprechen können, als Churchill es bei dieser Gelegenheit tat: Hitler sei ein «Ungeheuer an Verruchtheit», ein «blutdürstiger Strassenjunge», über dessen «Nazibande» das «teuflische Emblem des Hakenkreuzes» prange, während «säbelerasselnde preussische Offiziere» die «rohe Masse der Hunnensoldateska wie ein(en) Schwarm wimmelnder Heuschrecken» anführe. Als Englands «einziges, unverrückbares Ziel» bezeichnete er die Vernichtung Hitlers und jeder Spur des Naziregimes.¹ Es handelte sich also um ein bedingungsloses Hilfs-Versprechen, und wenn Churchill einerseits mit seiner Rede unter Beweis stellte, dass keineswegs bloss Lenin und Hitler dazu neigten, ihre Feinde durch Ausdrücke wie «Insekten» und «Bazillen» zu entmenschlichen, so konnte doch trotz all dieser Leidenschaft kaum ein Zuhörer daran zweifeln, dass Churchill einen Sieg Hitlers über die Sowjetunion für so gut wie sicher hielt und in diesem Kampf vor allem eine Atem-

2. Notwendigkeiten, Zufälle, Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege

pause für das bedrängte England erblickte, nicht anders, als es viele englische und amerikanische Experten taten, die sich in den nächsten Wochen zu Wort meldeten. Wenn er einen militärischen Sieg der Sowjetunion für möglich gehalten hätte, dann hätte er in der Tat auf völlig unbegreifliche Weise gehandelt. Schliesslich war die Sowjetunion dasjenige Land, das seinen einzigen Verbündeten, den vor Hitlers bescheidenen Forderungen zu schützen Grossbritannien in den Krieg gezogen war, zusammen mit Hitler in seiner staatlichen Existenz vernichtet und aufgeteilt hatte, und die elementarste Loyalitätspflicht gegenüber Polen hätte darin bestehen müssen, die Hilfe an die Bedingung der Rückgabe der geraubten Gebiete zu knüpfen. Dazu sagte Churchill indessen kein Wort, wohl aber empfand er die eigene Glaubwürdigkeit offenbar als so gefährdet, dass er den Satz einfliesen liess, das Naziregime lasse sich «von den schlimmsten Erscheinungen des Kommunismus nicht unterscheiden» und er nehme kein Wort von dem zurück, was er in fünfundzwanzig Jahren über den Kommunismus gesagt habe. Es war also nur allzu notwendig, dass dieses so rasch geschlossene Bündnis eine überaus schwierige und gefährdete Allianz sein musste, wenn es für Grossbritannien mehr als die Verlängerung einer Atempause bedeuten würde.

Aber zwei Tage später gab auch Roosevelt bekannt, die USA würden der Sowjetunion alle erdenkliche Hilfe leisten. Diese Zusage wäre ebenfalls unbegreiflich gewesen, wenn der Präsident die Sowjetunion für einen auch nur einigermassen gleichgewichtigen Gegner Deutschlands gehalten hätte. Wer sich als Amerikaner an Napoleon erinnerte und vom blossen Interessenstandpunkt ausging, konnte in der Tat schwerlich zu einem anderen Urteil kommen als der Senator Harry S. Truman, der riet, die beiden Räuber, die in Streit geraten seien, ihren Kampf allein auskämpfen zu lassen und allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt einzugreifen.² Hatte sich nicht die ganze amerikanische Presse erst anderthalb Jahre zuvor wegen Stalins Angriff auf Finnland bis zur Siedehitze erregt; war in eingeweihten Kreisen nicht bekannt, dass England Finnlands wegen zusammen mit Frankreich Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion hatte eröffnen wollen und dass englische Militärs auch weiterhin an Plänen gearbeitet hatten, Baku durch einen grossen Luftangriff in ein Flammenmeer zu verwandeln?³ Und die pazifistische Strömung im Lande war sehr stark. Sie hatte aus den Untersuchungen über die Rolle von Rüstungsinteressen beim Eintritt der USA in

den Ersten Weltkrieg viel Kraft gezogen, und es war nicht auszuschliessen, dass sie sich nun mit der antibolschewistischen Strömung vereinigen würde, die besonders unter den Amerikanern italienischer und polnischer Abstammung mächtig war. Am 18. Juli 1941 schrieb der ehemalige Botschafter in Moskau, Joseph Davies, in einem für Harry Hopkins bestimmten Memorandum, er sei sich der Tatsache bewusst, dass in den USA «breite Schichten der Bevölkerung die Sowjets bis zu einem Grade verabscheuen, dass sie auf einen Sieg Hitlers in Russland ihre Hoffnungen setzen».⁴ Gerade deshalb müsse man Stalin mit allen Kräften unterstützen, da sonst die Gefahr bestehe, dass dieser als der «Oriente und kalte Realist», der er sei, mit Hitler Frieden schliesse. Vierzehn Tage später liess dann Roosevelt Stalin durch Hopkins die Botschaft überbringen, er betrachte Hitler als den «Feind der Menschheit» und er sei daher entschlossen, der Sowjetunion in ihrem Kampf gegen Deutschland zu helfen.⁵ Darin war unzweifelhaft mehr als das opportunistische Bemühen um eine *Atempause* und Zeitgewinn zu erkennen, sondern ein genuiner Ton ideologischer Überzeugung. Auf dieser Grundlage tat Roosevelt alles, was er konnte, um die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Hitler und auch gegen Japan zu führen, und er schreckte dabei vor dem Mittel grobschlächtiger Lügen nicht zurück, etwa der Behauptung, ihm lägen Geheimkarten und Dokumente der deutschen Regierung vor, in denen Pläne zur Aufteilung Südamerikas und zur Vernichtung aller Religionen einschliesslich der hinduistischen enthalten seien.⁶ Es war nicht unverständlich, wenn Hitler hinter Roosevelt die «jüdische Pressemacht» am Werke sah, aber es gelang ihm auch hinsichtlich Amerikas nicht, dem unzweifelhaft vorhandenen und sogar starken Antibolschewismus die Ausweitung zum Antisemitismus zu suggerieren. Und wenn er bereit gewesen wäre, seine Lieblingsmeinungen zu revidieren, hätte er sich vermutlich sagen müssen, dass ein *germanisches* Amerika es erst recht nicht hätte dulden können, dass in Europa durch kriegerische Handlungen ein Weltreich gebildet wurde, welches die Machtverhältnisse auf der Erde völlig veränderte. Wenn Roosevelt keinen geraden Weg gehen konnte, sondern zu Lügen, Verleumdungen und Neutralitätsverletzungen Zuflucht nehmen musste, so lag der Grund in erster Linie darin, dass er nicht wie Hitler seine innenpolitischen Gegner hatte beseitigen wollen. So viele Zufälligkeiten in den Entscheidungen der angelsächsischen Mächte

2. Notwendigkeiten, Zufälle, Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege

mitspielten, so viel Unaufrichtiges darin enthalten war und so viele Gegenkräfte existierten, so gewiss kam letzten Endes dennoch in all dem eine tiefere Notwendigkeit zum Vorschein. Daher musste Hitler erwarten, dass er mit dem Überschreiten des Bug nicht nur England, sondern auch die USA an die Seite der Sowjetunion führen werde. Was England und Amerika anging, so gab es mithin keine genuine Alternative, weil so gut wie niemand in England und Amerika glaubte und glauben konnte, dass die Sowjetunion aus eigener Kraft Deutschland länger als einige Monate würde Widerstand leisten können.

Anders stand es mit der letzten der fünf Weltmächte, mit Japan. Seit 1937 war es mit Deutschland durch den Antikominternpakt, seit 1940 durch den Dreimächtepakt verbunden. Nichts hätte nähergelegen, als dass Deutschland die Erwartung ausgesprochen hätte, Japan werde die Sowjetunion im Osten angreifen und damit eine *zweite Front* bilden, die Deutschlands Siegeschancen um ein beträchtliches erhöht hätte. Aber man musste dann die Voraussetzung machen, dass bloss eine *Chance* gegeben war. Hitler war jedoch siegessicher und wollte keiner gleichrangigen Macht an seinem grössten und wichtigsten Erfolg Anteil geben. Er war es selbst, der den Aussenminister Matsuoka im April 1941 ermutigte, einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abzuschliessen und den Blick nach Süden in die künftige «grossasiatische Wohlstandssphäre» zu richten. Ribbentrop war in diesem Punkt anderer Ansicht als Hitler, und er drängte die Bundesgenossen nach dem 22. Juni wiederholt zum Eingreifen. Es gab in Japan starke Kräfte, vor allem im Heer, die in die gleiche Richtung dachten, obwohl die Erinnerung an schwere Niederlagen bei den Kämpfen des Jahres 1939 an der Grenze zwischen der Äusseren Mongolei und Mandschukuo ein Warnungszeichen war. Es ist in hohem Grade wahrscheinlich, dass die Sowjetunion vor dem Einbruch des Winters und vor der Ankunft nennenswerter Waffenlieferungen aus den USA und England zusammengebrochen wäre, wenn sie diesen Zweifrontenkampf hätte führen müssen. Aber Hitler äusserte sich nicht mit klaren Worten, und die japanische Marine setzte sich mit ihrem Plan durch, noch einen letzten Versuch der Verhandlungen mit den USA zu machen, um sich dann gegebenenfalls des Würgegriffs der amerikanischen Wirtschaftssanktionen durch das Ausgreifen nach Niederländisch-Indien und durch eine Attacke gegen die amerikanische Flotte zu entledigen.

So hatte Hitler nicht vollständig recht, als er am 3. Februar 1941 zu eini-

gen seiner Generäle sagte: «Wenn Barbarossa steigt, hält die Welt den Atem an und verhält sich still.»⁷ Zwar sah die Welt den Ereignissen tatsächlich atemlos zu, weil sie gleich das Empfinden hatte, dass hier um das Schicksal der Erde gewürfelt wurde, aber sie verhielt sich doch so wenig still, dass die drei grossen Mächte, von deren Entschlüssen das Ergebnis mitabhängen musste, sofort Entscheidungen gravierendster Art trafen oder doch vorbereiteten. Für ein halbes Jahr indessen waren nun Deutschland und die Sowjetunion scheinbar allein auf der Welt, und die Frage war, ob die Sowjetunion vor dem Anfang des Winters noch existieren würde.

Die Ereignisse auf den Schlachtfeldern hatten eine unverkennbare Ähnlichkeit mit denjenigen in Polen im September 1939, und doch kam in ihnen eine ganz andere Art von Notwendigkeit zum Vorschein. In Polen hatte die Armee des nationalsozialistischen Industriestaates über die Armee des nationalistischen Agrarstaates gesiegt, und offenbar mit einem hohen Grade von Notwendigkeit.⁸ In den Ebenen Weissrusslands und der Ukraine kämpfte ein Heer, das in der Tradition der Weltkriegsarmeen stand, mit einem Heer, das gegen diese Tradition geschaffen worden war. Das Selbstbewusstsein der Roten Armee war darin begründet, dass sie einst als revolutionäre Macht ihre Gegner besiegt hatte und dass sie jetzt von einem Korps von *Kommandeuren* befehligt wurde, die zu einem beträchtlichen Teil schon im Bürgerkrieg gekämpft hatten wie die Marschälle Woroschilow und Budjonny. Das deutsche Heer war dagegen in seinem Kern trotz aller Umbrüche und Veränderungen immer noch das Heer des Kaiserreichs. Und nun zeigte sich, dass Hitler im Rahmen seiner Zwecke gut daran getan hatte, sich gegen den Stabschef der SA Röhm für den General Blomberg zu entscheiden. Das Überraschungsmoment erklärte einiges, und die verbreitete Sympathie der Bevölkerung gegenüber den einrückenden deutschen Truppen erklärte vieles, aber offensichtlich war die deutsche Wehrmacht besser ausgebildet und besser geführt.⁹ Die Heeresgruppe Nord erreichte schon am 2. Juli Riga und setzte ihren Vormarsch auf Leningrad fort, auf das zugleich die Finnen von Norden her vordrangen, die Heeresgruppe Mitte schlug nach der Kesselschlacht von Bialystok und Minsk die Armeen des Marschalls Timoschenko bei Smolensk und eroberte die Stadt, den *Schlüssel Russlands*, am 16. Juli; die Heeresgruppe Süd drang, hinter dem Pruth und dann in Richtung auf Odessa von rumänischen Truppen unterstützt, tief in die Ukraine ein und fasste Kiew als nächstes Ziel ins Auge.

2. Notwendigkeiten, Zufälle, Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege

Der Generalstabschef Halder hielt den Krieg schon Anfang Juli für gewonnen, aber dann zeigte sich, dass der Widerstand an vielen Stellen doch härter war, als man erwartet hatte, und dass von sowjetischer Seite immer neue Truppen und Panzer in den Kampf geworfen wurden, obwohl Anfang August die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht mehr weit von einer Million entfernt war und mehr als 10'000 Panzer zerstört worden waren. Vor allem aber hatte sich erwiesen, dass die modernsten und stärksten sowjetischen Panzertypen, vor allem der «T 34» und der «KW», den deutschen Panzern qualitativ überlegen waren. Zwar gab es davon an der ganzen Front nur etwa 1'000, aber von den 3'500 deutschen Panzern waren nicht wenige verlorengegangen, und die deutsche Rüstungsproduktion vermochte nicht mehr als monatlich 200 an Ersatz zu liefern. Dennoch waren der Siegeswille und die Siegeszuversicht der deutschen Soldaten ungebrochen, und die Heeresgruppe Mitte erwartete trotz aller Schwierigkeiten und Verluste zuversichtlich, auf der Grundlage dieses Schwunges ihren Vormarsch wieder aufzunehmen und innerhalb weniger Wochen durch die Eroberung Moskaus dem Feldzug die entscheidende Krönung geben zu können. Aber Hitler, der so oft ein Psychologe gewesen war, erwies sich jetzt als Ökonomist, der vor allem den Russen das Öl des Kaukasus abschneiden wollte. Überdies schätzte er die Gefahr, die von den noch in Kiew stehenden sowjetischen Truppen drohte, sehr hoch ein, und so liess er die Heeresgruppe Mitte auf der Stelle verharren und zweigte von ihr noch Kräfte für die grosse Umfassungsschlacht im Dnjeprbogen ab, die höchst erfolgreich verlief und abermals mehrere hunderttausend Sowjetsoldaten in deutsche Gefangenschaft brachte. Erst Anfang Oktober erhielt die Heeresgruppe Mitte wieder den Angriffsbefehl, und nun benötigte sie schon ihre letzten Kräfte, um sich langsam auf Moskau vorzuschieben. In der Doppelschlacht von Wjasma und Brjansk setzte sie sich gegen starke feindliche Kräfte durch, und die Vorhuten näherten sich Moskau bis auf wenige Kilometer. Vom 16. bis zum 18. Oktober herrschte in der sowjetischen Hauptstadt Panik und beinahe schon Anarchie: Parteimitglieder zerrissen die Parteibücher, Soldaten warfen die Gewehre fort, Läden wurden geplündert, die Regierung verliess die Stadt, und wenn die entsprechenden Berichte richtig sind, liess sich auch Stalin zu seinem Sonderzug hinausfahren, um dann im letzten Augenblick

seinen Entschluss zu revidieren und in den Kreml zurückzukehren.¹⁰ Der neue Oberbefehlshaber General Schukow verkündete am 19. das Standrecht, frische Truppen aus Sibirien waren unterwegs, denn aus Tokio waren von dem Vertrauten des deutschen Botschafters, dem altbewährten Parteimitglied und Agenten Richard Sorge, beruhigende Nachrichten über die Haltung Japans eingetroffen, und dann begannen die grossen Herbstregenfälle, die Weg und Steg in undurchdringlichen Morast verwandelten. Für wenige Tage machte ein erträglicher Frost die deutschen Truppen wieder bewegungsfähig, aber dann brach ungewöhnlich früh der strengste Winter ein, und die Deutschen hatten nicht mehr nur Soldaten und schlechte Wege zu Feinden, sondern eine übermächtige und ungewohnte Naturgewalt, die das Öl in den Motoren der Panzer erstarren und manchmal die Gewehre an den Händen der Infanteristen festfrieren liess. In London und Washington, in Tokio und Paris aber nahm man ungläubig zur Kenntnis, dass Moskau, der Zentralpunkt des sowjetischen Lebens und Verkehrs, entgegen allen Erwartungen nicht in die Hände des Feindes gefallen war und dass Hitler nun vielleicht in den Eiswüsten Russlands das Schicksal Napoleons erleiden werde.

Damit taucht die erste grosse Alternative auf, die für Hitler ungünstig war. Wenn die deutschen Armeen zurückzufluten begannen, war möglicherweise kein Halten mehr, denn Auffangstellungen waren nicht vorbereitet, und sichere Winterquartiere existierten erst nahe der deutschen Grenze. Zwar war die sowjetische Armee auf den geringsten Mannschaftsbestand seit Beginn des Krieges abgesunken, 2,9 Millionen Mann, und ein Grossteil ihrer Truppen bestand aus älteren oder ganz jungen, dazu schlecht ausgebildeten Soldaten. Aber die sibirischen Eliteformationen hätten sie vielleicht mitreissen können, und es ist nicht auszuschliessen, dass ein winterlicher Bewegungskrieg in ostwestlicher Richtung mit einer deutschen Katastrophe geendet haben würde und dass russische Divisionen, wie 1814, bis Paris und zur Kanalküste gelangt wären. Es war Hitler und allem Anschein nach er allein, der nach der Übernahme des persönlichen Oberbefehls über das Heer am 19. Dezember durch ausserordentliche Willenskraft und rücksichtslose Durchhaltebefehle die Front im Wesentlichen an den Stellen festhielt, wo sie stand, obwohl besonders im Mittelabschnitt Gelände aufgegeben werden musste und an der Südfront das eben erst eroberte Rostow wieder verloren wurde. Die Feldmarschälle von Bock und

2. Notwendigkeiten, Zufälle, Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege

von Rundstedt wurden abgelöst, der Generaloberst Hoepner, der seinen Panzerverbänden vor Moskau den Rückzugsbefehl gegeben hatte, wurde aus der Wehrmacht entlassen, und der General von Sponeck, der auf der Krim versagt hatte, wurde zum Tode verurteilt, aber zu Festungshaft begnadigt. (Stalin hatte im Juli mehr als die Hälfte der Luftwaffengeneräle, zwei Generalobersten und einen ganzen Armeestab erschiessen lassen.¹¹) So gingen von Moskau jetzt zwar Siegesnachrichten heraus, aber eben keine Meldungen über eine deutsche Katastrophe. Allerdings bedeuteten die Ereignisse für Hitler gleichwohl die erste grosse Vertrauenseinbusse bei der deutschen Bevölkerung. Dass unter grossem Aufwand eine Sammlung warmer Winterkleidung für die Front durchgeführt wurde, liess auch den gläubigsten seiner Anhänger ahnen, dass Hitler zwar vielleicht der erfolgreichste aller Feldherren war, aber sicher nicht der grösste, da er offensichtlich äusserst gravierenden Fehleinschätzungen unterlegen war. Beinahe von Monat zu Monat hatte das Volk auf das siegreiche Ende des Krieges und damit auf Frieden gehofft, und der Schwung, der die deutschen Armeen auf Moskau zugetragen hatte, war zu einem guten Teil von der Erwartung genährt, man werde um Weihnachten wieder zu Hause sein. Jetzt aber konnte sich niemand mehr darüber täuschen, dass die Ara der Blitzfeldzüge und -siege an ihr Ende gelangt war und dass ein langer und harter Krieg bevorstand.

Dennoch war der Winter 1941/42 voll von sensationellen Siegesmeldungen, doch es handelte sich nicht mehr um deutsche, sondern um japanische Siege. Am 6. Dezember hatten die Japaner das Pazifikgeschwader der amerikanischen Flotte in Pearl Harbour angegriffen und zum grossen Teil zerstört. Dadurch öffneten sie sich den Weg nach Südostasien, und wenige Wochen später waren Indonesien, die Philippinen und Singapur erobert. Aber sie hatten dadurch Roosevelt den seit Langem gewünschten und vorbereiteten Eintritt in den Krieg ermöglicht, und sie stellten Hitler vor die letzte fundamentale Entscheidung seines Lebens. Wie zur Zeit von Mussolinis Angriff gegen Griechenland sah er sich einem selbständigen Entschluss eines Verbündeten konfrontiert, denn die Japaner hatten ihren Angriff nicht mit ihm abgesprochen. Allerdings hatte er sie mehrere Male dazu ermutigt, aber er hätte andererseits viel Grund zum Zorn darüber gehabt, dass die Japaner nicht nur nicht in den Krieg gegen die Sowjetunion eintraten, sondern nicht einmal die Lieferung amerikanischer Rüstungsgüter nach Wladiwos-

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

tok verhinderten. Der Wortlaut des Dreimächtepaktes verpflichtete ihn nicht dazu, sich einer Angriffshandlung anzuschliessen. Wenn er sich zurückgehalten hätte, wäre Roosevelt in grosser Verlegenheit gewesen. Diesem ging es in erster Linie um den Krieg gegen Deutschland, doch die öffentliche Meinung (diesmal mit der veröffentlichten Meinung der grossen Presse nicht identisch) würde ihn gezwungen haben, alle Kriegsanstrengungen gegen die Urheber des «ruchlosen Überfalls» zu kehren. Aber Hitler konnte offenbar den Gedanken nicht ertragen, dass einen ganzen schweren Winter hindurch keine Siegesmeldungen in der Presse erscheinen würden, und vermutlich war in ihm auch der Wunsch lebendig, mit Roosevelt nach so langer Hinnahme höchst unneutraler Handlungen endlich einmal abzurechnen. So erklärte er am 11. Dezember den USA den Krieg und griff in einer leidenschaftlichen Reichstagsrede Roosevelt als den «Hauptschuldigen» an diesem Kriege an, der mit «teuflischer Gewissenlosigkeit» die mögliche Verständigung zwischen Deutschland und Polen torpediert habe, der sich eine Reihe «schwerster völkerrechtswidriger Verbrechen» habe zuschulden kommen lassen und der – als Abkömmling von Plutokraten von vornherein ein Hasser seines in Armut geborenen Antagonisten – unter dem Einfluss seines «jüdischen Anhangs» die Probleme seines «sozial rückständigen Staates» nach aussen und gegen das «sozialistische Deutschland» lenke.¹² Doch wenn es Hitler befriedigen mochte, «dem Juden» nun sowohl in der demokratischen wie in der bolschewistischen Gestalt entgentreten zu können, so hätte er sich doch sagen müssen, dass er in vergrössertem Massstab den gleichen schweren Fehler machte, den er 1939 begangen hatte, nämlich gegen eine Macht in den Krieg zu treten, deren Hilfe oder mindestens Neutralität er benötigte, wenn er *den Bolschewismus* besiegen wollte. Nun befand er sich im Krieg gegen ein Weltreich und die zwei grossen Kontinentalmächte, die alle Aussicht hatten, zu Weltmächten übergeordneter Art zu werden, zu Supermächten. Die Produktionszahlen, die Roosevelt Anfang 1942 als Ziele für 1942 und 1943 nannte, waren so ungeheuerlich, dass Deutschland von der materiellen Übermacht einfach hinweggefegt werden musste. Mit 3'500 Panzern und 2'000 Flugzeugen hatte Hitler den Feldzug gegen die Sowjetunion begonnen, und schon 1942 wollten die Amerikaner 45'000 Tanks und 60'000 Flugzeuge bauen.¹³ Wenn davon nur ein Zwanzigstel den Weg in die Sowjetunion fand, musste

2. Notwendigkeiten, Zufälle, Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege

Stalin das materielle Übergewicht erlangen, das er nach den schweren Verlusten des ersten Kriegsjahrs aus eigener Kraft nicht mehr gewinnen konnte, und vom Flugzeugträger England aus würde die deutsche Industrie durch die unablässigen Angriffe von vielen Tausenden schwerer Bomber zerschmettert werden.

Häufig ist daher der Dezember 1941 als der Monat der Wende des Krieges bezeichnet worden. Die materiellen Ressourcen, so sagt man, waren jetzt, da Deutschland sich im Kriege gegen die Sowjetunion, die USA und das Britische Empire befand, so ungleich verteilt, dass es nur noch eine Frage der Zeit war, wann Deutschland zusammenbrechen musste. Bei dieser Rechnung wird aber übersehen, dass die Sowjetunion einen beträchtlichen Teil ihrer Industrie sowie etwa 70 Millionen Einwohner verloren hatte und dass die Ressourcen erst einmal zu den Kampfplätzen gebracht werden mussten. Überdies war Deutschland die Vormacht Europas, und Hitler hatte in seiner Rede den Gedanken der europäischen Kultur- und Interessengemeinschaft sehr hervorgehoben. Japan war, wie sich freilich erst Jahrzehnte nach dem Kriege unwidersprechlich erweisen sollte, seinen Potenzen nach nicht nur eine militärische, sondern auch eine industrielle Weltmacht, und es hielt fast ganz Südostasien besetzt. Wenn es Deutschland und Japan gelang, alle diese Ressourcen voll nutzbar zu machen, waren sie den drei Gegnern materiell nicht nennenswert unterlegen. Aber ob sie damit Erfolg haben würden, war zweifelhaft. Hier kamen Faktoren ins Spiel, die aus der blossen Berechnung von Rohstoffen und industriellen Potenzen zwecks Bilanzierung staatlicher Entscheidungskämpfe nicht herzuleiten sind und die vor allem aus dem Unterschied zwischen *eroberten* und *eigenen* oder doch von alters her besessenen Gebieten resultierten. Aber nachdem es Hitler gelungen war, die Front in Russland zu halten, brauchte er für 1942 sogar das eigentlichste Ziel seines Kampfes nicht aufzugeben, soweit er ein politischer Macht- und Entscheidungskampf war: die Erringung der Position einer Supermacht für Deutschland anstelle der Sowjetunion.

Er durfte immer noch hoffen, die Sowjetunion vollständig niederzuwerfen. Als im Mai die Offensive wiederaufgenommen wurde und ein Gegenangriff der Heeresgruppe Timoschenko auf Charkow und die Ukraine abgeschlagen worden war, rückten die deutschen Truppen unaufhaltsam, wie es schien, auf die Wolga und den Kaukasus vor. Der Ton der Befehle Stalins lässt klar erkennen, wie kritisch die Lage für ihn war: sie glichen Hit-

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

lers Befehlen vom vorhergehenden Winter aufs Haar.¹⁴ Stalingrad schien Anfang November so gut wie erobert zu sein, und die deutsche Flagge wehte auf dem höchsten Gipfel des Kaukasus, dem Elbrus. Das Ölgebiet von Maikop befand sich, wenngleich beschädigt, in deutscher Hand; wenn das nur noch 150 Kilometer entfernte Grosnyj erreicht wurde und die Wolga für Transporte gesperrt blieb, brauchte Baku nicht einmal erobert oder aus der Luft zerstört zu werden, und die Sowjetunion hatte den Krieg definitiv verloren.

Die Insel England war unangreifbar geworden, aber das galt nicht für das Britische Weltreich und dessen VerbindungsEien. Deutsche Panzertruppen unter dem General Rommel kamen den Italienern in Nordafrika zu Hilfe, und Ende Juni wurden die Grenzen Ägyptens überschritten. Dort erwarteten alle Schichten der Bevölkerung in freudiger Erregung das Vordringen bis Alexandria und Kairo, unter ihnen Gamal Abdel Nasser, damals Mitglied einer Organisation, die als faschistisch bezeichnet wurde. Östlich von Ägypten sahen die Araber Palästinas der entscheidenden Stunde entgegen, und ihr Sprecher, der Grossmufti von Jerusalem, hatte direkten Kontakt mit Hitler. Ein Aufruf Hitlers hätte möglicherweise die ganze arabische Welt zum Aufstand gegen die Engländer getrieben, aber Hitler war entweder zu vorsichtig oder er liebte das englische Weltreich noch immer zu sehr. Auch dem Inder Subhas Chandra Bose, der anstelle von Nehru zum Führer des Emanzipationskampfes gegen die Engländer zu werden schien, gewährte er keine nachdrückliche Unterstützung.

England selbst war nach wie vor eine belagerte Insel im Ringen um die nackte Existenz. Im Mai 1942 versenkten die deutschen Unterseeboote und Flugzeuge 170 Schiffe mit nahezu einer Million Bruttoregistertonnen, im Juli vernichteten sie im Nördlichen Eismeer einen englisch-amerikanischen Grossgeleitzug von 38 Handelsschiffen und zahlreichen Kriegsschiffen fast vollständig: im August wurden im Mittelmeer neben vielen Handelsschiffen drei Flugzeugträger zerstört oder schwer beschädigt.

Hitler durfte Ende September tatsächlich glauben, dass der Krieg gewonnen sein würde, wenn seine Panzer bis Grosnyj vorstießen, wenn Rommel in Kairo einzog und wenn noch drei Dutzend neue Unterseeboote in Dienst gestellt würden. Aber wie schon im Jahre vorher waren die grossen Siege unter Einsatz auch der letzten Reserven erzielt worden. Im ent-

2. Notwendigkeiten, Zufälle, Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege

scheidenden Augenblick senkte sich die Waage zugunsten der Alliierten, weil sie über die *Tiefenrüstung* verfügten, deren Fehlen die deutschen Fachleute wie der General Thomas schon 1939 beklagt hatten.

Ende Oktober traten die Engländer in Ägypten zum Gegenangriff an und brachen durch die El-Alamein-Stellung durch, die Erfolge der U-Boote gingen etwa um die gleiche Zeit sichtlich zurück, weil die Engländer und Amerikaner bessere Abwehrmittel entwickelten, und in Russland zerschlugen sowjetische Truppen die Front der rumänischen 3. Armee, die Stalingrad abschirmen sollte. Wieder hatte, wie im Jahr zuvor, unmittelbar vor dem Einbruch des Winters ein grosses Ziel mit letzter Kraft erreicht werden sollen, und diesmal ging nicht nur etwas Gelände verloren, sondern eine ganze Armee unter der Führung eines Generalfeldmarschalls kapitulierte am 31. Januar 1943 in Stalingrad. Weit grössere Massen an Soldaten waren im vorherigen Jahr in deutsche Gefangenschaft geraten, aber diese Kapitulation wurde in der ganzen Welt als symbolischer Akt empfunden, als Akt, der den Wendepunkt des Krieges markierte. Dass die Engländer und Amerikaner im November in Nordafrika gelandet waren, war eine willkommene Begleitmusik; dass Roosevelt im Januar 1943 in Casablanca die «bedingungslose Kapitulation» Deutschlands fordern konnte, stellte die Veränderung der Situation in helles Licht; und die Kapitulation der deutschen und italienischen Truppen im Brückenkopf von Tunis wurde im Mai 1943 von den Alliierten nur noch als ein Nachspiel betrachtet. Es stand nun ausser Zweifel, dass Hitler den Krieg nicht mehr gewinnen konnte.

Und doch wäre die Behauptung unbegründet, dass er ihn schon vollständig verloren hatte. Stalin hatte ja seinerseits bereits Anfang 1942 verkündet, der Tag sei «nicht fern», an dem die roten Fahnen wieder siegreich über dem befreiten Sowjetvaterlande wehen würden¹⁵, und im Sommer 1943 konnte Hitler noch mitten in Russland, bei Kursk, die grösste Panzerschlacht des ganzen Krieges initiieren, bei der die neuesten deutschen Typen, die «Tiger» und vor allem die «Panther», sich als technisch überlegen erwiesen. Zwar musste das «Unternehmen Zitadelle» ohne Erfolg abgebrochen werden, aber die Westalliierten waren offenbar noch weit davon entfernt, die versprochene «Zweite Front» in Frankreich zu errichten, und es war mit Sicherheit vorherzusehen, dass auch im dritten Winter des Krieges grosse Teile der Sowjetunion unter deutscher Herrschaft stehen würden. So

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

ereigneten sich im Herbst 1943 sonderbare Dinge. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft bildeten deutsche Soldaten und Offiziere zusammen mit deutschen Kommunisten das «Nationalkomitee Freies Deutschland» bzw. den «Bund deutscher Offiziere», und die Publikationen, die jetzt von Flugzeugen über den deutschen Stellungen abgeworfen wurden, waren mit den Farben Schwarz-Weiss-Rot umrandet. Sowjetische Generäle machten ihre deutschen Partner mit Gedanken der Staatsspitze vertraut, die auf das Nebeneinander eines in den Grenzen von 1939 erhaltenen Deutschland und der wiederhergestellten Sowjetunion hinausliefen. Zugleich wurden von Moskau diplomatische Fühler ausgestreckt, die den Abschluss eines Separatfriedens zum Ziel zu haben schienen. Es lassen sich gewiss gute Argumente dafür anführen, dass es sich bei dem einen Vorgang wie dem anderen um kluge Taktiken Stalins gehandelt habe, der seine Alliierten unter Druck setzen wollte. Hitler seinerseits wies die Kontaktversuche zurück.¹⁶ Aber wenn man sich den Hitler-Stalin-Pakt und seine Vor- sowie Nachgeschichte vor Augen stellt, dann ist es keinesfalls unwahrscheinlich, dass Stalin im Herbst 1943 auch aus rein politischen Überlegungen einen Abschluss des Krieges vorzog, der auf dem Kontinent neben die Sowjetunion ein halbstarke, von *nationalen* Kräften regiertes Deutschland stellte und nicht ein überstarkes Amerika. Erst als Roosevelt und Churchill ihm auf der Konferenz von Teheran im November/Dezember 1943 auf Kosten Polens und Deutschlands weitaus grössere Zugeständnisse machten, als sie der Generalfeldmarschall Paulus oder der General von Seydlitz jemals hätten machen können, scheint Stalin von seinem Lieblingsgedanken der sowjetisch-deutschen Supermacht abgekommen zu sein, in der jetzt er, anders als es im Sommer 1941 nach seiner Vorstellung der Fall gewesen wäre, die Rolle des *senior partner* gespielt hätte. Insofern bedeutete erst Teheran die letzte und endgültige Wendung des Krieges.

Gleich wohl durfte Deutschland für 1944 noch gewisse Hoffnungen haben. Hitler freilich konnte sie für sich und sein Regime bloss an die Entwicklung von *Wunderwaffen* knüpfen. Tatsächlich wurde der Grund für die ganze spätere Entwicklung der Raketentechnik in Deutschland gelegt, und die ersten Strahlflugzeuge waren eine höchst zukunftsvolle Erfindung. Aber nicht zufällig hatten sich massgebende deutsche Physiker darüber beklagt, dass die deutsche Physik gegenüber der amerikanischen in Rück-

3. Weltkrieg der Ideologien?

stand geraten sei. Hitler hatte ja den Wissenschaftlern ebenso wie den Intellektuellen nicht gerade eine Vorzugsbehandlung angedeihen lassen, und die Wahrscheinlichkeit war von Anfang an gross, dass die bedeutenderen Wunderwaffen in den Vereinigten Staaten hergestellt werden würden. Aber in den Kreisen des deutschen Widerstandes wurden Pläne der *Westorientierung* oder der *Ostorientierung* eines als Grossmacht konservierten Deutschland ohne Hitler erwogen, und auch in der SS und in der Parteiführung schien es Männer zu geben, die sich allmählich und vorsichtig an solche Gedanken herantasteten. Innerhalb der übergreifenden Notwendigkeit des Sieges der Alliierten mochte noch Raum für letzte Zufälligkeiten und Alternativen vorhanden sein. Die eigenartigste von allen aber bot sich an, wenn man sich bewusst machte, dass dieser Krieg keineswegs bloss ein Entscheidungskampf zwischen Weltmächten um das künftige Bild der politischen Erdkarte war, sondern auch ein ideologischer Krieg zwischen der bolschewistischen Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland war, mithin ein Bürgerkrieg, in dem sich Russen gegen «Russland», Deutsche gegen «Deutschland», Italiener für Stalin, und Franzosen, ja tendenziell Araber und Inder für Hitler entscheiden würden. In diesem Krieg nahmen die angelsächsischen Mächte, in denen sich trotz eines verbreiteten und mindestens latenten Antisemitismus fast niemand für Hitler und gegen die eigenen Staaten entschied, als die letzten Bastionen der liberalen Demokratie eine nicht von Vornherein klar definierte Position ein.

3. Weltkrieg der Ideologien?

Im Jahre 1930 reiste eine Abordnung des deutschen Rotfrontkämpferbundes nach Sibirien, und ihr Sprecher versicherte dem (späteren) Marschall Blücher, das deutsche Proletariat werde der Bourgeoisie in den Rücken fallen, wenn die Sowjetunion angegriffen werden sollte.¹ Ein Jahr später zeigte sich der Gründer der paneuropäischen Bewegung, Richard von Coudenhove-Kalergi, von dieser Auffassung, die bereits seit 1919 von Kommunisten immer wieder vorgebracht worden war, so überzeugt, dass er in seinem Buch «Stalin & Co» schrieb:

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

«Jede europäische Armee, die versuchen würde, gegen Moskau zu kämpfen,... hätte in ihrem Rücken ungezählte Feinde.»² Noch 1936 versicherte der Vorsitzende der «Profintern», Losowski, mit grosser Zuversicht, die Imperialisten, nämlich Deutschland, Polen und Japan, könnten davon überzeugt sein, dass ein Krieg gegen die Sowjetunion auch einen Krieg im eigenen Lande bedeuten werde: «Wir wissen, gegen wen die Proletarier dieser Länder ihre Gewehre kehren werden. Ihr wollt Krieg haben, ihr Herren, probiert es. Und ihr werdet in euren eigenen Werken, Fabriken und Kolonien Krieg haben.»³ Es bedarf keiner weiteren Beweise, um deutlich zu machen, dass Anhänger und Gegner des Bolschewismus mindestens bis 1939 gleichmässig davon überzeugt waren, die Sowjetunion verfüge als Vorkämpferin einer Ideologie, d.h. einer universalen Lehre vom Wesen der geschichtlichen Bewegung und von den künftigen Geschicken der Menschheit, in allen Ländern der Welt über ungezählte Anhänger, die nicht davor zurückschrecken würden, zur Verteidigung der Sowjetunion und für deren Sieg zu den Waffen zu greifen. Bei diesen Anhängern würde es sich um eine klar bestimmbare Gruppe handeln, nämlich um das Proletariat, das als Urheber des Mehrwerts die Ausbeuterklasse der Bourgeoisie niederschlagen werde, um den klassenlosen, nicht-mehr-staatlichen und entfremdungsfreien Zustand des Sozialismus in der ganzen Welt herzustellen. Selbst Galeazzo Ciano, Aussenminister des faschistischen Italien und Schwiegersohn Mussolinis, aber in seinem Herzen ein anglophiler Bürger, legte sich am Abend des 21. Juni 1941 in seinem Tagebuch bänglich die Frage vor: «Wenn das sowjetische Heer eine grössere Widerstandskraft als die bürgerlichen Länder hätte, welche Reaktion würde das in den proletarischen Massen der Welt hervorrufen?»⁴ Und tatsächlich musste das Oberkommando der Wehrmacht schon am 16. September feststellen, seit dem 22. Juni seien in den von Deutschland besetzten Gebieten allenthalben kommunistische Aufstandsbewegungen ausgebrochen, die von Moskau einheitlich gelenkt würden und schärfste Gegenmassnahmen erforderlich machten.⁵

Auf der anderen Seite hatte jedoch Mussolini in seinem Antwortbrief auf Hitlers Mitteilung über den Angriffsbeginn die Zuversicht zum Ausdruck gebracht, dass nun «alle antibolschewistischen Strömungen in der ganzen Welt» sich der Achse zuwenden würden⁶, und Adolf Hitler kennzeichnete in seiner Rede vom 3. Oktober 1941 Bolschewismus und Kapitalismus als «Extreme», die gleichweit von dem «Prinzip der Gerechtig-

3. Weltkrieg der Ideologien?

keit» entfernt seien, für das die Mächte der Achse ihren Kampf um eine neue und bessere Gestalt Europas führten.⁷ Auch der Nationalsozialismus erhob also mit Nachdruck einen übernationalen Anspruch, wie schon die Solidarisierung mit dem faschistischen Achsenpartner zeigte, und nicht selten proklamierte er einen «Weltkampf», der ganz Europa in der Abwehr des «bolschewistischen Ungeheuers» und des amerikanischen «Geldmolochs» zusammenschliesse. Der defensive Untergrund und die unterschiedliche Härte der Anklagen wurden freilich oft genug deutlich, denn dem Bolschewismus wurde immer wieder der Vorwurf gemacht, in Russland die «gesamte nationale Intelligenz abgeschlachtet» zu haben⁸ und allen führenden Schichten der Welt das gleiche Schicksal bereiten zu wollen, während der Hauptvorwurf gegen die *Demokratie* dahin ging, dass sie dem Bolschewismus die Wege ebne. Zuweilen kam gerade in Äusserungen Hitlers ein tiefer Pessimismus zum Vorschein, indem er Churchill und Roosevelt prophezeite, der Bolschewismus werde auch ihre Völker dereinst zersetzen.⁹ Aber man darf Hitlers *Weltanschauung* nicht vollständig auf die Emotionen der Abwehr und der Angst reduzieren: Nicht selten stand der Stolz im Vordergrund, eine andersartige und bessere Revolution durchgeführt zu haben als der Bolschewismus, eine Revolution, die auch dem Ärmsten alle Staatsstellungen geöffnet habe, ohne dass «die schöpferische Kraft der alten Stände» beschränkt oder nationales Eigentum zerstört worden wäre.¹⁰ Hitler konnte also nicht nur übernationale Ängste, sondern auch übernationale Hoffnungen hinter sich bringen. Auch sein Kampf war ein ideologischer und tendenziell übernationaler, obwohl nicht zu übersehen war, dass dieser Ideologie ein schroffer Nationalismus zugrundelag, der «das deutsche Volk» und allenfalls das «nordische Blut» so sehr in den Mittelpunkt stellte, dass sogar die Solidarität mit dem italienischen Faschismus auf brüchigem Grunde zu stehen schien.¹¹

Aber was Coudenhove-Kalergi oder Losowski vorhergesehen hatten, verwirklichte sich jedenfalls nicht: die proletarische Revolution in Europa als Antwort auf den Krieg Deutschlands gegen den ersten *Arbeiterstaat*. Kaum ein deutscher Soldat lief zum Feinde über, der ein Freund zu sein behauptete; kein einziger Streik lähmte die Rüstungsproduktion, sogar im «Protektorat» arbeitete die Industrie ohne Störung, Frankreich blieb im Wesentlichen ruhig. Hitler durfte vielmehr eines millionenfachen Echos sicher

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

sein, wenn er im Ton tiefer Verachtung davon sprach, die deutschen Soldaten hätten das sogenannte «Paradies der Arbeiter und Bauern» nun gründlich kennengelernt.¹²

Andererseits konnte er nicht bestreiten, dass er selbst mit diesem Regime paktiert und dass gerade er ihm den Weg nach Lemberg und Riga geöffnet hatte, wo nun so viele Opfer des NKWD gefunden worden waren. Und so musste er in seiner Rede vom 8. November 1941 das Eingeständnis machen, im vorigen Jahre habe ihn vor den Gefallenen der Bewegung «vielleicht etwas belasten» können und erst jetzt blicke er «fast wie erlöst» zu deren Gräbern hin.¹³ Nach dem «Freundschaftspakt» von 1939 konnte Hitlers Ideologie die Ungebrochenheit und Zuversicht nicht mehr haben, die sie etwa auf dem «Parteitag der Ehre» von 1936 noch besessen hatte.

Aber auch Stalin äusserte sich auf sonderbare Weise. Er rief keineswegs das europäische Proletariat zum Aufstand gegen seine Bedrücker und die eigentlichen Hintermänner Hitlers auf, nämlich die Kapitalisten; sondern er bemerkte in seiner Rede zum 24. Jahrestag der Revolution am 6. November 1941 mit Befriedigung, es sei den «deutschen Strategen» nicht gelungen, mittels einer Einschüchterung der herrschenden Kreise Grossbritanniens und der USA durch das «Gespenst der Revolution» eine allgemeine Koalition gegen die UdSSR zustandezubringen; vielmehr beschimpften die Hitlerleute jetzt das innere Regime Englands und Amerikas als ein «plutokratisches Regime», und den Gegensatz sah er nun nicht mehr als eine Oberflächenerscheinung an, sondern er setzte die «demokratischen Freiheiten» und die Parlamente dieser Länder in einen schroffen Gegensatz zu der «Partei mittelalterlicher Reaktion und finsterster Pogrome», welche die Hitlerpartei darstelle.¹⁴ Offensichtlich verwarf er jetzt die Gleichsetzung von *Faschismus und Kapitalismus*, die so lange eine Hauptthese der kommunistischen Parteien gewesen war, noch entschiedener als schon seit 1935, und zwar deshalb, weil sie eine Koalition geradezu postulierte, die für die Sowjetunion hätte tödlich sein müssen.

Es wäre für Roosevelt in der Tat unmöglich gewesen, erneut die Ideen Wilsons aufzugreifen und als Ziel der USA zu verkünden, «die Welt von alten Übeln und alten Krankheiten zu reinigen»¹⁵, wenn Stalin seinerseits Lenins Ideen von 1918 in den Vordergrund gestellt hätte. Dann hätte er sich nämlich sagen müssen, dass er und sein Amerika keineswegs bloss in den Augen Hitlers eine Weltkrankheit und ein «ekelhafter Sumpf» war,

3. Weltkrieg der Ideologien?

wie Molotow sich im Sommer 1940 in einem Gespräch mit dem litauischen Aussenminister ausgedrückt haben soll.¹⁶ Und jedenfalls entsprach es weit aus mehr dem inneren Gehalt der bolschewistischen Überzeugung, wenn Molotow in demselben Gespräch gesagt hatte, die deutsche Bourgeoisie werde eines Tages gegen den Aufruhr ihres hungernden Proletariats eine Vereinbarung mit der alliierten Bourgeoisie treffen und dann werde die Sowjetunion eingreifen und irgendwo in der Nähe des Rheins werde «die Endschlacht zwischen Proletariat und entarteter Bourgeoisie» stattfinden.¹⁷ Nichts derartiges durfte Stalin jetzt sagen, und nichts Derartiges durfte Roosevelt zur Kenntnis nehmen: Ganz wie die nationalsozialistische Ideologie waren auch die Ideologien der Bolschewiki und der liberalen Internationalisten in Amerika durch die Ereignisse der Zeit geschwächt, und die Staaten, die da einen Entscheidungskampf um das Schicksal der Welt führten, waren zwar auch Ideologiestaaten, aber doch Ideologiestaaten, welche die Ungebrochenheit von 1918 bzw. von 1933 eingebüsst hatten.

Jedenfalls stellten sich zahllose Menschen in Europa und ausserhalb Europas gegen die Politik ihrer nationalen Regierungen oder Traditionen auf die Seite einer dieser Mächte, oder genauer gesagt, auf die Seite der Alliierten bzw. auf die Seite der *Achse* und seit dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 auf die Seite Deutschlands.

Unrichtig wäre die Behauptung, die europäischen Widerstandsbewegungen seien erst seit dem 22. Juni 1941 ernsthaft zur Existenz gekommen, d.h. durch die Reaktion der Kommunisten auf den Angriff gegen die Sowjetunion. Es wurde vielmehr für den Charakter der Widerstandsbewegungen in Ost und West entscheidend, dass die Kommunisten bis zum Juni 1941 praktisch die Partei Hitlers gegen *die westlichen Imperialisten* ergriffen hatten und an manchen Stellen noch mit den deutschen Besatzungsbehörden verhandelten, während in London schon der General de Gaulle zur Symbolfigur des französischen Widerstandes geworden war. Aber auch die polnische Widerstandsbewegung hatte sich längst vor dem Juni 1941 konstituiert, und es war England mit seiner Spezialorganisation «S.O.E.» («Secret Operations Executive»), welches alle Widerstandsregungen im besetzten Europa förderte und nährte. Aber es lässt sich nicht leugnen, dass zum einen die Komintern schon seit Anfang 1941 ein beträchtliches Mass an offener Feindschaft gegenüber Hitlers Deutschland zu erkennen gegeben hatte¹⁸ und dass zum anderen der Widerstand sich fast überall seit dem 22. Juni

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

schlagartig verstärkte. Weit mehr als zuvor trat jetzt die Absicht in den Vordergrund, durch Attentate gegen deutsche Soldaten möglichst scharfe Vergeltungsmassnahmen hervorzurufen und in der Bevölkerung immer grösseren Hass gegen die Besatzungsmacht zu erzeugen, eine Absicht, die ja auch bei dem Partisanenkampf in der Sowjetunion die Situation bestimmte. Zum bekanntesten Paradigma wurde gerade nicht ein kommunistischer Anschlag, sondern das Attentat gegen den amtierenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich in Prag, das von der tschechischen Exilregierung vorbereitet wurde und mit der Zerstörung des Dorfes Lidice die erwartete und mindestens einkalkulierte Folge hatte.¹⁹ Am unverhülltesten kommunistisch war bekanntlich die Widerstandsbewegung Titos in Jugoslawien, die von den Engländern gegen die *bürgerliche* Widerstandsbewegung des Draza Mihailowitsch unterstützt, dann aber von Stalin gerade wegen der Offenheit ihrer Zielsetzungen, dem Bericht Milovan Djilas' zufolge, intern zurechtgewiesen wurde.

Einen besonderen Fall bildete der deutsche Widerstand. Er richtete sich nicht gegen eine Besatzungsmacht, sondern gegen das Regime des eigenen Staates und zu einem Teil sogar eher gegen bestimmte Zielsetzungen des Regimes als gegen das Regime und dessen obersten Führer als solche. Gewiss teilten die Quäker die Überzeugungen der ausländischen Quäker und die in der Illegalität aktiven Sozialdemokraten die Ziele des emigrierten Parteivorstandes. Soweit von einem Widerstand der Arbeiter oder der Jugend oder der Studenten die Rede sein darf, hatte er überwiegend die scharfen Anforderungen zum Ausgangspunkt, die das Regime im Kriege nun noch nachdrücklicher stellte. Soweit es sich aber um einen Widerstand in der führenden und allein handlungsfähigen Schicht und d.h. vornehmlich in der Wehrmacht handelte, lag in der Hauptsache ein Widerstand von mehr oder weniger nationalistischen, d.h. primär dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung verpflichteten Patrioten vor, die Hitlers Zielsetzungen vor allem deshalb bekämpften, weil sie Deutschland ins Unglück zu stürzen drohten. Fast alle, und am ausgeprägtesten Carl Goerdeler, glaubten noch bis zu einem relativ späten Zeitpunkt, die Erfolge von Hitlers Revisionismus, d.h. der Anschluss Österreichs und der Sudetengebiete, könnten als legitime Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechts in einem rechtzeitigen Kompromissfrieden nach dem Sturz des Diktators bewahrt werden. Gewiss hatte Tresckow so gut wie Stauffenberg in den Anfängen

3. Weltkrieg der Ideologien?

mit dem Nationalsozialismus sympathisiert, aber wie sehr die Ereignisse sie und ihresgleichen trotzdem aus dem ererbten Nationalismus und sogar aus dem preussischen Staatsethos hinausführten, zeigten schon die Verhandlungen mit den Engländern im Winter 1939/40, zeigten die Mitteilungen Hans Osters über Hitlers Angriffsabsichten gegenüber dem holländischen Militärattaché, zeigte schliesslich am stärksten Stauffenbergs Attentat gegen den Obersten Kriegsherrn, zu dem in der ganzen preussischen und deutschen Geschichte nicht die entfernteste Analogie aufzufinden ist. Nicht alle trafen ihre Entscheidung allerdings zugunsten einer der beiden nun schon tendenziell rivalisierenden Weltanschauungen: Ulrich von Hassell wollte je nach den Umständen die westliche oder die östliche Karte spielen, und nicht einmal die Männer und Frauen des Kreisauer Kreises um Helmut James von Moltke hätten mit ihren innenpolitischen Reformplänen auf den Beifall der amerikanischen Demokraten zählen können.

Nationalbewusst und patriotisch waren in ihrer überwältigenden Mehrheit auch die kriegsgefangenen Soldaten und Offiziere, die im September 1943 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft das «Nationalkomitee Freies Deutschland» und den «Bund Deutscher Offiziere» gründeten. Dass Hitler Deutschland in den Krieg gegen eine übermächtige Koalition geführt habe und dass er gestürzt werden müsse, wenn Deutschland noch gerettet werden solle, war der Grundtenor aller Manifeste und Aufrufe, welche die Generäle von Seydlitz, Korfes, Lattmann und viele andere unterzeichneten, darunter schliesslich auch der Generalfeldmarschall Paulus. Aber es lag nicht durchweg ein enger und bloss politischer Vaterlandsbegriff zugrunde. Gegen das System der Lüge und der Rechtlosigkeit, aber auch der Zwangswirtschaft und der kulturellen Nivellierung hielt schon im Mai 1942 der Hauptmann und Studienrat Dr. Ernst Hadermann im Lager Jelabuga eine eindrucksvolle Rede²⁰, und indem er sich mit deutschen Kommunisten im *Antifaschismus* zusammenfand, akzeptierten beide Seiten mindestens tendenziell das wenige Jahre zuvor noch Undenkbare: dass nicht der Gegensatz von Proletariern und Bourgeois der tiefstreichende der Epoche war. Und als unmittelbar vor dem 20. Juli auch in Deutschland selbst die rechten Sozialdemokraten Leber und Leuschner mit Kommunisten Kontakt aufnahmen, da waren sie sehr erstaunt, dass diese weniger radikale Auffassungen zu haben schie-

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

nen als sie selbst und anscheinend sogar Grossbürger als Mitkämpfer zu akzeptieren bereit waren.

Den Schritt zur vorbehaltlosen und aktiven Identifizierung mit dem Kriegsgegner tat in Deutschland nur die kleine Gruppe der «Roten Kapelle», deren führende Köpfe der Enkel des Grossadmirals Tirpitz, Harro Schulze-Boysen, und der Neffe des angesehensten Theologen der Wilhelminischen Zeit, Arvid von Harnack, waren. Aber sogar für ihre Spionagetätigkeit war anscheinend nicht zuletzt der alte Gedanke der nationalrevolutionären Bewegung massgebend, dass Deutschland nur in der Zusammenarbeit mit Sowjetrußland seine Integrität und Unabhängigkeit wahren könne.

Dass freilich bei den Kommunisten die alten Überzeugungen und Emotionen noch lebendig waren, bewiesen am klarsten diejenigen, die von den Instruktionen der Zentrale nicht oder nur am Rande erreicht wurden. «Ich sterbe, als was ich gelebt habe, als Klassenkämpfer», schrieb ein Mitglied einer kommunistischen Widerstandsgruppe vor seiner Hinrichtung im Mai 1943 an seinen Vater, und er fügte in einer Nachschrift hinzu: «Besser für die Sowjetunion zu sterben als für den Faschismus zu leben.»²¹ Eine andere Gruppe versicherte in einem für Ostarbeiter und gefangene Rotarmisten bestimmten Flugblatt ein Jahr später: «Die furchtbaren Gegensätze zwischen den kapitalistischen Mächten und ihre Kriege bringen die proletarischen Massen Europas und der UdSSR in Bewegung. Der Faschismus ist nur der Grabstein, der die untergehende Klasse bedeckt.»²² Etwa dies muss Molotow gemeint haben, wenn der litauische Aussenminister ihn richtig wiedergegeben hat, und eben dies durfte Roosevelt nicht wissen, wenn er Stalin weiterhin zur *Familie* rechnen wollte. Die neuartige Einheit unter den Alliierten und unter denjenigen, die sich in ihren Nationen oder gegen ihre Nationen mit ihnen solidarisch fühlten, war vermutlich eine trügerische Einheit.

Aber wie immer es um die Festigkeit des so ausserordentlich paradoxen Bündnisses zwischen dem *Staat des Sozialismus* und der *Hauptmacht des Kapitalismus* bestellt war, so konnte doch niemand daran zweifeln, dass der sowjetische Kommunismus eine genuine und übernationale Identifizierung hervorzurufen vermochte und dass Roosevelt eine Überzeugung von Neuem artikulierte, die älter war als der Kapitalismus und die sich inmitten aller Veränderungen erhalten hatte. Viel weniger selbstverständlich war

3. Weltkrieg der Ideologien?

eine solche Identifizierung in dem Gegenlager. Zwar gab es in Europa eine beträchtliche Anzahl von faschistischen Bewegungen, und sie stellten sich spätestens seit dem 22. Juni 1941 durchweg auf die Seite Hitlers: neben dem italienischen Faschismus u.a. die Eiserne Garde in Rumänien, die Pfeilkreuzler in Ungarn, die Nasjonal Sämning in Norwegen, der Parti Populaire Français in Frankreich, die Rodobrana in der Slowakei, die Usta-scha in Kroatien. Aber sie alle waren in ihren Ursprüngen oder Traditionen zunächst einmal radikal-nationalistische Reaktionen auf die internationalistischen und meist sozialistischen Ideen und Realitäten der ersten Nachkriegszeit gewesen. In ihrem «Pro» konnten sie mithin nicht übereinstimmen, da die eine ein mächtiges Gross-Rumänien, die andere ein starkes Gross-Ungarn erstrebte, die dritte die Loslösung aus einem Staatsverband verlangte und die vierte und ursprüngliche das römische Imperium wiederherstellen wollte. Erst das «Anti» bildete die Gemeinsamkeit, nämlich das «Anti» eines entschiedenen Antikommunismus. Freilich entsprang der Kommunismus als Antikapitalismus seinerseits einem «Anti-», und durch seine angebliche Realisierung in einem grossen Staat war er in ein eigen tümliches Verhältnis zu Tatbeständen wie Macht, Struktur und Berufarmee getreten, die er doch beseitigen wollte. Je mehr der kommunistische Glaube durch seine Verbindung mit der sowjetischen Wirklichkeit an Bedrohlichkeit gewann und an Überzeugungskraft verlor, umso mehr konnte sich das blosses «Anti» der faschistischen Bewegungen mit sozialen Gedanken anreichern und schliesslich beanspruchen, der zeitgerechte «Dritte Weg» zwischen den Extremen des sowjetischen Kommunismus und des amerikanischen Kapitalismus zu sein. Die Frage war, ob und wie die über nationale Solidarität einer Ideologie die Oberhand über den Ausgangspunkt der blossen nationalen oder ethnischen Selbstbejahung gewinnen konnte.

Eine naheliegende Lösung bot sich an, als nach der *Öffnung* der Sowjetunion durch den deutschen Angriff die ganze Fremdartigkeit des Stalinischen Staates den deutschen, italienischen, rumänischen und spanischen Soldaten vor Augen trat. Der trivialste und fragwürdigste Versuch, aus der Erfahrung dieser Fremdartigkeit eine Ideologie zu machen, war die vom Hauptamt der SS 1942 herausgegebene Broschüre «Der Untermensch». Neben dem ebenso verächtlichen wie törichten Unterfangen, aus den ausgemergelten Gesichtern einiger Kriegsgefangener den Typus des *Unter-*

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

menschen oder gar des *Asiaten* herzuleiten, wird doch ein frühes und allgemeines Schreckbild beschworen, das Schreckbild des blutrünstigen Kommissars und des fanatischen Flintenweibes, und vor allem werden die kläglichen Holzhütten der russischen Bauern und die jammervollen Wohnungen der russischen Arbeiter den weit reicheren und kultivierteren Lebensverhältnissen Europas in einer Weise gegenübergestellt, die den unterrichteten Beobachter zwar an die fröhlichen Gestalten des *sozialistischen Realismus erinnerte*, die aber trotz ihrer offenkundigen Einseitigkeit für die einfachen Soldaten vieler europäischer Nationen nicht ungläubwürdig war. Jedenfalls sahen jene deutschen *Landser* die Verhältnisse auf diese Weise, deren «Feldpostbriefe aus dem Osten» ein Beamter des Propagandaministeriums 1941 publizierte und zweifellos nicht publiziert hätte, wenn er sie für blosse Propaganda hätte halten müssen, die von der Masse der deutschen Soldaten als verzerrt oder verlogen empfunden worden wäre. Da ist von dem «verfluchten» oder «elenden» Lande die Rede, in dem man «direkt nach dem Anblick eines sauberen Hauses oder einiger gepflegter Gärten» hungere, in dem die Bauern, ihres Landes beraubt, in «wirtschaftlicher Fron» lebten, wie sie schlimmer nicht im schwärzesten deutschen Mittelalter gewesen sei. Die Strassen seien nichts als Sandwege, und Dörfer und Städte beständen aus kleinen Holzhütten, zwischen denen sich bloss einige Paläste der Partei oder der «Bonzen» erhöhen; ein Erwerbsloser in Deutschland lebe «wie ein König gegen dieses Volk». Freilich musste sich die Frage aufdrängen, weshalb denn das reiche Deutschland ein so armes Land angegriffen habe, und sie wird durch den Hinweis auf die «guten und modernen Waffen» beantwortet, welche die Kommissare aus dieser Armut herausgepresst hätten, und die Kommissare oder auch die Juden werden für die grauenvollen Bilder verantwortlich gemacht, die mehrere der Briefschreiber selbst gesehen zu haben behaupten: an die Wände genagelte Männer, Frauen und Kinder, in den Kellern der Gefängnisse eingemauerte und qualvoll erstickte Opfer, ja sogar Folterkammern, in denen innen Gasbrenner angebracht gewesen seien, mit denen man die Opfer zu Tode gequält habe.²³ Aus all dem ergab sich zwingend die Forderung nach europäischer Solidarität im Kampf gegen ein unmenschliches und anti-europäisches System. Wer wusste schon davon, dass eine Zeitschrift des italienischen Faschismus den Namen «Anti-Europa» getragen hatte, und wer wollte wahrhaben, dass es nicht bloss in der Sowjetunion Konzentrationslager und Fol-

3. Weltkrieg der Ideologien?

terkammern gab? Es waren nur sehr wenige, die wie der Oberstleutnant Helmuth Groscurth der Meinung waren, die Deutschen würden über die Sowjetunion ganz falsch unterrichtet und die russischen Offiziere, die er zu vernehmen hatte, seien zu einem grossen Teil kluge und gebildete Menschen.²⁴

Jedenfalls fanden sich aus nahezu allen europäischen Staaten Freiwillige zum Kampf gegen den Kommunismus zusammen, und aus ihnen wurde eine grössere Anzahl fremdnationaler SS-Formationen gebildet. Aus Dänen wurde das «Freikorps Danmark» zusammengestellt, wallonische Freiwillige der Degrelle-Bewegung bildeten die SS-Sturmbrigade Wallonien, aus Franzosen bestand gegen Ende des Krieges eine ganze SS-Division, die den Namen «Charlemagne» trug. Eine beträchtliche Anzahl von Esten und Letten schloss sich schon bald nach dem 22. Juni der Wehrmacht an, und später wurden sie ebenfalls zu SS-Divisionen. Wie der Spanische Bürgerkrieg auf beiden Seiten ein internationaler Konflikt war, so war auch der Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion ein internationaler Krieg. Wenn die Sowjetunion die polnische Armee, die sie aus den Kameraden der Opfer von Katyn aufstellte, offensichtlich nicht ungerne zu den Westalliierten abziehen liess, bevor sie in einem späteren Stadium eigene Hilfstruppen aus Polen und Rumänen bildete, so kämpften die europäischen Freiwilligen bis zum Ende in der Wehrmacht und in der Waffen-SS, und es kann nicht bezweifelt werden, dass viele von ihnen sich aus Überzeugung und nicht aus blossem Opportunismus unter die Fahnen des nationalsozialistischen Deutschland gestellt hatten. Allerdings war gerade bei den Überzeugtesten das Motiv spürbar, durch einen Beitrag an Blut das Recht auf Selbständigkeit ihrer Länder in dem künftigen Europa einer «Neuen Ordnung» zu erkämpfen, das Recht auf eine Selbständigkeit, das sie offenbar nicht mehr für selbstverständlich und unantastbar hielten.

Erst noch zu erringen war die künftige Selbständigkeit für die turkestanischen und tatarischen Verbände der Waffen-SS, durch die nun sogar der *arische* Rassenbegriff nach dem *germanischen* gesprengt wurde, so dass tendenziell von einer Weltbewegung gegen den Bolschewismus gesprochen werden konnte, von der ausser den Juden niemand ausgeschlossen war. (Englische und amerikanische Verbände gab es freilich im deutschen bzw. deutsch-italienischen Lager nicht, wohl aber einige bedeutende oder

doch interessante Intellektuelle wie Ezra Pound und den Sohn des ehemaligen Indienministers Amery). Aber erst die Frage der russischen Freiwilligen war einem Lackmuspapier zu vergleichen, wodurch der übernationale Charakter eines ideologischen Anspruchs geprüft werden konnte.

Russische Freiwillige gab es in der deutschen Wehrmacht viele und zu einem frühen Zeitpunkt. Aber sie blieben lange ohne anerkannten Status, und ihre Einbeziehung erfolgte zunächst auf rein pragmatische Weise. In den Nöten und Schwierigkeiten des ersten Kriegswinters hatten zahlreiche Formationen russische Kriegsgefangene, die sich freiwillig meldeten, als Hilfskräfte eingestellt, und da die Erfahrungen im Allgemeinen gut waren, wurden nicht wenige davon mit Waffen ausgestattet, etwa zur Bewachung von Depots oder auch zur Partisanenbekämpfung. 1942 wurden daraus die ersten genuinen Verbände wie etwa die «Brigade Kaminski», und der Gruppenleiter in der Organisationsabteilung des Generalstabs des Heeres, der Oberstleutnant Stauffenberg – damals schon als ein Mann von überragender Begabung und Entschlossenheit erkennbar – wandte alle seine Talente auf, um die Aufstellung russischer Freiwilligenverbände möglich zu machen. Dabei stiess er auf den entschiedenen Widerstand des Oberkommandos der Wehrmacht und mittelbar Hitlers, der gegenüber Russland völlig freie Hand behalten wollte, dem aber offenbar auch bestimmte Ereignisse aus dem Bürgerkrieg sehr präsent waren, nämlich der Übergang ganzer Regimenter zu den Bolschewiki. Wenn trotzdem im Herbst 1942 die russischen «Hilfswilligen» schon nach Hunderttausenden zählten, so war das darauf zurückzuführen, dass die einzelnen Heeresgruppen und auch der Generalstab noch Handlungsmöglichkeiten besaßen, in die Hitler keinen Einblick hatte. Im Übrigen erfolgte die Aufstellung von «Legionen» der übrigen Völker der Sowjetunion mit seinem vollen Einverständnis, und die Grenzen waren oft schwer zu ziehen. Weshalb sollte der «General der Osttruppen» nicht auch Russen unter seinem Kommando haben?²⁵

Aber alle diejenigen Offiziere in den Stäben der Heeresgruppen – unter ihnen vornehmlich Oberst Tresckow von der Heeresgruppe Mitte –, im Generalstab und in der Abteilung Wehrmachtpropaganda, die ein klares Bewusstsein vom drohenden Verlust des Krieges hatten, gaben sich Rechenschaft darüber, dass nur die Bildung einer nationalrussischen Regierung unter der Führung eines der sowjetischen Bevölkerung bekannten Mannes das Geschick noch wenden und dem Krieg einen stimulierenden Sinn ge-

3. Weltkrieg der Ideologien?

eben konnte. Für sie stand es ausser Frage, dass trotz der schrecklichen Erfahrungen des ersten Kriegswinters unter den russischen Kriegsgefangenen genug Bauern waren, die das Kolchossystem hassten, und genug Offiziere, deren Familienangehörige in Lagern des NKWD zugrundegegangen waren. Sie wussten aber auch, dass die Erfolge sehr begrenzt bleiben würden und dass die Propaganda gegenüber den Soldaten der Roten Armee und der Bevölkerung des sowjetischen Hinterlandes keine Glaubwürdigkeit gewinnen würde, solange keine verlässlichen Zusicherungen über das künftige Schicksal Russlands damit verbunden waren. Auch die Spitze des Ostministeriums sympathisierte mehr und mehr mit solchen Gedanken, obwohl sie weiterhin an der Zielsetzung einer selbständigen Ukraine festhielt.

Es war daher ein grosses Ereignis, als im September 1942 einer der bekanntesten sowjetischen Heerführer gefangenengenommen wurde und bald zu erkennen gab, dass er Stalin und den Bolschewismus ablehnte und unter bestimmten Bedingungen zur Zusammenarbeit mit den Deutschen bereit war. Generalleutnant Andrej Andrejewitsch Wlassow hatte nach verbreiteter Meinung die beste aller sowjetischen Divisionen befehligt, und im Oktober/November 1941 hatte er neben Schukow am meisten zur Verteidigung Moskaus beigetragen. Dann hatte er als stellvertretender Befehlshaber einer Heeresgruppe und Kommandeur der zweiten Stossarmee den unrealistischen Befehl Stalins zur Befreiung Leningrads zu verwirklichen versucht, aber nach schweren Kämpfen war seine Armee am Wolchow zugrundegegangen, und er selbst wurde nach wochenlangem Umherirren im Zustand völliger Erschöpfung gefangenengenommen. Seine glänzende Laufbahn verdankte er neben der eigenen Tüchtigkeit der Partei, in die er 1930 eingetreten war, aber er war der Sohn eines Bauern, der zum Eintritt in eine Kolchose gezwungen wurde, und er hatte in seiner Jugend ein geistliches Seminar besucht. So hatte er wohl immer gewisse Vorbehalte gegen den Bolschewismus und gegen Stalin gehabt, aber erst die Erfahrung des Krieges steigerte sie zum Hass. Die Geschichte seiner *Entdeckung* durch einige deutsche Offiziere wie den baltischen Hauptmann Strik-Strikfeldt und den Chef der Abteilung «Fremde Heere Ost», den Generalmajor Gehlen, liest sich wie ein phantastischer Roman²⁶, und Wlassow brachte seinen deutschen Freunden gegenüber immer wieder ein fassungsloses Erstaunen dar-

über zum Ausdruck, welches Ausmass an individuellen Initiativen und freier Rede unter Vertrauten in diesem Deutschland noch möglich sei. Im Frühjahr und Sommer 1943 schien er tatsächlich zum Führer einer russischen Gegenregierung aufzusteigen: Sein «Offener Brief» vom 3. März 1943 griff Stalin aufs Heftigste als den Mörder von Millionen russischer Menschen an und rief das Volk «zu einem Kampf für die Vollendung der Revolution, zur Schaffung eines neuen Russlands und zur brüderlichen Einigkeit mit den Völkern Europas und insbesondere mit dem grossen deutschen Volk» auf.²⁷ Auch wenn die Angaben von Wlassows Freunden über das gewaltige und sprunghafte Anwachsen der Überläuferzahlen nach dieser Verlautbarung wohl übertrieben waren, lässt sich doch schwerlich bestreiten, dass das Auftreten Wlassows sowohl in den noch sowjetischen Gebieten wie in dem von Deutschland besetzten Teil Russlands sehr tiefen Eindruck machte und in Moskau grosse Beunruhigung hervorrief. Auf einer Reise zu den Frontstäben der Heeresgruppen Mitte und Nord wurde Wlassow von den kommandierenden Feldmarschällen fast schon wie ein Gleichgestellter behandelt, und die Bevölkerung drängte sich an ihn heran, um ihm die Hände zu küssen. Aber eben dadurch erregte er die Aufmerksamkeit Hitlers und Himmlers, und es erging ein strenges Verbot, «diesen Russen» weiter zu fördern, es sei denn zu blossen Propagandazwecken. Trotzdem gingen erstaunlicherweise die Vorbereitungen zur Aufstellung einer russischen Nationalarmee weiter, und in halber Illegalität fanden sich um Wlassows Residenz in Berlin-Dahlem und um das Lager Dabendorf bei Berlin alle diejenigen Kräfte in einigen Repräsentanten zusammen, die sich im Bürgerkrieg auf das Heftigste bekämpft hatten: der Bauernsohn und General der Roten Armee Wlassow, der Korpskommissar Schilenkow, der jüdische Korpskommissar und ehemalige Mitarbeiter Bucharins Zykwow, der Sohn eines in der Verbannung umgekommenen Geistlichen Oberst Meandrow, der vom NKWD grausam gefolterte Fliegeroberst Malzew, der Sohn des ehemaligen Adjutanten von Admiral Kolttschak, Sacharow, die emigrierten Kosakengeneräle Krasnow und Schkuro.²⁸ Es fehlte zwar nicht an Spannungen, so wenig wie im deutschen Widerstand, welcher auch ein Bündnis verschiedenartiger Kräfte war, die sich einst gnadenlos bekämpft und eben dadurch den Triumph Hitlers ermöglicht hatten. Und wenn man nicht genau wusste, wieviele Menschen hinter den Männern des Attentats vom 20. Juli 1944 standen, so waren hinter den Anhängern und Verbände-

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

ten Wlassows doch um die gleiche Zeit nahezu eine Million Menschen versammelt. Es muss gewiss eine Spekulation bleiben, wieviele Millionen es gewesen wären, wenn Wlassow nicht erst im November 1944, sondern bereits im November 1942 oder auch nur zu Anfang 1944 die Zustimmung Hitlers und Himmlers erhalten hätte, unter dem Zeichen des weissblauen Andreaskreuzes die selbständige «Russische Befreiungsarmee» zu bilden und das «Nationalkomitee für die Befreiung der Völker Russlands» ins Leben zu rufen. Aber es würde sich nicht um eine illegitime Spekulation handeln, wie schon das Schicksal beweist, von dem sogar viele der unbeteiligten unter den sowjetischen Kriegsgefangenen nach dem Ende des Krieges getroffen wurden. Aber das Scheitern und die Tragödie bewiesen immerhin, dass für viele Deutsche und zahllose Russen dieser Krieg doch ein Befreiungskampf gewesen war, der nur deshalb zum Misserfolg verurteilt war, weil Hitler trotz aller Erfahrungen, die er machte, starr an dem Konzept festhielt, das Genozide und *Endlösungen* implizierte, weil es im totalen Egozentrismus der deutschen *Rasse* noch nicht ideologisch war und im Willen zur Vernichtung des *Judentums* nicht mehr dem gewöhnlichen Begriff von Ideologie subsumiert werden konnte.

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

Man begreift die Genozide und die «Endlösung der Judenfrage», die das nationalsozialistische Deutschland zu verantworten hat, nicht schon dadurch in ihrer Eigenart, dass man sie für *singulär* erklärt und Unterscheidungen für überflüssig hält. Das Unvergleichbare setzt den Vergleich gerade voraus, und die Einheit der Bezeichnung verdeckt oft genug die Verschiedenheit der Sachen.

Genozid oder Völkermord hängt eng mit Krieg zusammen, aber die beiden Begriffe decken sich nicht. Noch in der klassischen Antike fanden zwar Kriege zwischen den Städten oder Stämmen häufig dadurch ein Ende, dass alle Männer der Besiegten getötet und die Frauen und Kinder in die Sklaverei verkauft oder verschleppt wurden: Die Epen Homers setzen diesen

genozidalen Charakter des Krieges durchweg voraus. Aber die europäische Neuzeit und schon das Mittelalter waren dadurch ausgezeichnet, dass sie den Krieg zu zivilisieren suchten, d.h. eine Unterscheidung zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern trafen. Der Idee nach konnte also ein ganzes Volk nicht mehr vernichtet werden, und allmählich setzte sich sogar ein Recht der Kriegsgefangenen durch, das den besiegten und ausgeschalteten Kombattanten Schonung garantierte, wie es etwa durch die Haager Landkriegsordnung von 1907 geschah. Vor allem aber wurde festgelegt, dass durch den Willen zum Abschluss eines Waffenstillstandes bzw. zum Friedensschluss gewisse Rechte geschaffen wurden, die eine Ausnutzung der Situation zum Zweck des Völkermordes ausschlossen. Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges betrachtete es die zivilisierte Welt als Normalfall, dass die bewaffneten Kräfte zweier oder mehrerer Staaten unter vollständiger Aussparung der Zivilbevölkerung miteinander kämpften, bis eine Entscheidung gefallen war und durch Verhandlungen Friede geschlossen wurde. Die Grundvoraussetzung war, dass Armeen und Zivilbevölkerung klar unterscheidbar waren. Schon zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde diese Voraussetzung dadurch gefährdet, dass ein Teil der belgischen Bevölkerung, die ihr Land mit Recht für überfallen hielt, zum *Franktireurkrieg* griff und damit Repressalien der Deutschen herausforderte, insbesondere Geiselausschüsse. Es wurde vorstellbar, dass solche Repressalien sich grundsätzlich und in grossem Massstab gegen die gesamte Zivilbevölkerung richteten, weil diese den Franktireuren Schutz und Hilfe bot. In einem konstruierbaren Extremfalle wäre also die ganze belgische Bevölkerung ausgerottet worden, um den Überfällen der Franktireure die Basis zu nehmen, d.h. um eine präventive Sicherung gegen völkerrechtswidrige Akte zu erzielen. Damit wäre im Wortsinne ein Genozid Wirklichkeit geworden, nämlich die Tötung sämtlicher Einwohner eines Landes. Davon blieb die deutsche Politik unendlich weit entfernt, aber wenn man die Linien verlängerte, gelangte man zu einem schrecklichen Idealtyp. Selbst der rücksichtsloseste Denker hätte es aber noch für selbstverständlich gehalten, dass durch Einstellung des Widerstandes das Überleben des Volkes gesichert worden wäre.

Auf andere Weise wurde die Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten im Ersten Weltkrieg dadurch gefährdet, dass sowohl England wie Deutschland zum Kriegsmittel der Blockade griffen. Anders als der Krieg gegen Franktireure oder Partisanen war die Blockade von

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

Vornherein auch gegen Frauen und Kinder gerichtet; als Extremfall tauchte die Möglichkeit auf, dass die ganze Bevölkerung Englands bzw. Deutschlands verhungert wäre und die Armeen auf den Leichen der Frauen und Kinder fortgekämpft hätten. Daran dachte indessen niemand; für jeden stand es ausser Frage, dass der unterliegende Staat rechtzeitig Frieden schliessen würde. Aber die Voraussetzungen für eine radikale *Entmenschlichung* der Kriegführung, d.h. für Genozide, wurden gleichwohl im Ersten Weltkrieg geschaffen, und an seinem Rande bzw. in seinem Gefolge wurden auch die ersten genuinen oder doch potentiellen Genozide der neueren Geschichte zur Wirklichkeit: Die ethnischen Spannungen in einem Vielvölkerstaat führten in direktem Zusammenhang mit dem Krieg zum Völkermord an den Armeniern durch die Türken, und zwischen Türken und Griechen kam es wenig später zu einem *Bevölkerungstausch*, der nur deshalb nicht Massenvertreibungen mit Massenverlusten gleichkam, weil die grossen Mächte ein wachsames Auge darauf warfen. Auf erste Anfänge beschränkte sich dagegen der Luftkrieg, der indessen offenkundig die Möglichkeit in sich barg, dass er unmittelbar gegen die Zivilbevölkerung als das empfindlichste und doch unentbehrliche Element der Kriegführung gerichtet werden konnte. Der *Fortschritt zeigte* also ein befremdendes Doppelgesicht: als Fortschritt des humanitären Empfindens suchte er den Krieg mehr und mehr einzuhegen und zu vermenschlichen, als Fortschritt der Waffentechnik dagegen riss er Grenzen nieder, die sogar in barbarischen Zeiten für die nichtkämpfende Bevölkerung oftmals Schutz bedeutet hatten.

Ein völlig neues Element wurde gegen Ende des Krieges aber dadurch in die Welt gebracht, dass das Postulat der Klassenvernichtung praktische Bedeutung gewann. Eine vergleichsweise harmlose Erscheinungsform war das Verlangen der Alliierten nach Auslieferung von 700 deutschen «Kriegsverbrechern», das mit der Propaganda gegen die *preussischen Junker eng* verknüpft war. Gemeint war ja nicht die Bestrafung einzelner Vergehen – zur Untersuchung und eventuellen Ahndung erklärte sich die deutsche Regierung bereit –, sondern die Diskreditierung einer ganzen Führungsschicht, und es zeigte sich sehr rasch, dass diese Absicht in Deutschland gerade eine breite Solidarisierung erzeugte, die sogar zahlreiche Sozialdemokraten einschloss, obwohl die Brechung oder Einschränkung der Macht der Junker doch auch zu deren Zielen gehörte. Umfassende Realität

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

gewann das Prinzip der Klassenvernichtung dagegen in Russland. Zwar lag es nahe zu sagen, es sei keineswegs ein Genozid, wenn nach einem verlorenen Kriege die Bevölkerung eines Staates ihre herrschende Klasse zur Verantwortung ziehe und deren Widerstand mit Gewalt breche. Aber noch konnte sich niemand trotz der *Armeniermassaker* die vollständige Vernichtung eines Volkes auch nur vorstellen, und daher wurde der Angriff gegen ganze Schichten ohne die Prüfung individueller Schuld als entsetzlich, als genozidal empfunden. Überdies proklamierten die Bolschewiki ausdrücklich die Absicht, die Vernichtung der russischen Bourgeoisie bis zur Vernichtung der «Weltbourgeoisie» fortzutreiben. Wie hätte es ausbleiben können, dass ein Klima allgemeiner Besorgnis und Angst entstand, auch wenn die positive Solidarisierung des europäischen Bürgertums mit dem russischen Bürgertum gering blieb. Konnte man ein Volk nicht auch dadurch töten, dass man seine *herrschende Klasse* beseitigte, zu der im modernen Europa ja keineswegs nur jene Feudalherren gehörten, die Saint-Simon in seiner berühmten «Parabel» als überflüssig bezeichnet hatte, sondern gerade jene Techniker und Kaufleute, Wissenschaftler und Finanzmänner, die nach Saint-Simon an deren Stelle treten sollten? Und sehr rasch kam in einigen Kreisen die Auffassung auf, die Vorgänge in Russland seien sogar im Wortsinne ein Genozid gewesen, weil *die Juden* die führende Schicht aus Russen und Baltendeutschen hingemordet und sich an deren Stelle gesetzt hätten.

Die unmittelbare Konsequenz dieser Auffassung war offenbar das Postulat einer Vernichtung der Juden als Strafe und Präventivmassnahme, und da die Juden sich von sich aus – und gerade in der Sowjetunion – mehr und mehr nicht länger oder noch nicht als Konfession, sondern als Volk oder Nationalität verstanden, wäre die sogenannte «Endlösung der Judenfrage» als der idealtypische Genozid zu bezeichnen, der in dem Kollektivismus der Schuldzuweisung an eine überindividuelle Entität begründet wäre. So sehr dieser Zusammenhang ins Auge springt, so wenig angemessen wäre es gleichwohl, ihn zum Ausgangspunkt der Kennzeichnung des Zweiten Weltkrieges als eines Vernichtungskrieges zu machen, denn die Anfänge des Genozids waren im Ersten Weltkrieg schon vor 1917 zu erkennen, und die deutschen Genozide waren weder die einzigen, noch beschränkten sie sich auf die Juden. Sie hatten gleichwohl spezifische Merkmale, die aber nur durch den Vergleich erkennbar werden.

Der Krieg gegen Polen begann mit einem tendenziellen Genozid auf pol-

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

nischer Seite, nämlich dem sogenannten «Bromberger Blutsonntag», der Niedermetzlung von einigen tausend Staatsbürgern deutscher Herkunft durch aufgebrachte Polen. Ob die deutsche Minderheit überlebt hätte, wenn der Krieg länger als drei Wochen gedauert hätte, muss zweifelhaft erscheinen. Die Angriffe der Sturzkampfbomber auf Warschau und andere Städte und die daraus resultierenden Verluste der Zivilbevölkerung waren indessen keine *Antwort*, sondern von vornherein im Kriegsplan enthalten und nach Guernica und Barcelona die erste, freilich immer noch sehr unvollständige Realisierung der genozidalen Tendenzen in der modernen Kriegführung.

Eine blossе Wiederaufnahme des Weltkriegs bedeutete die Blockade, die England und Deutschland wechselseitig übereinander verhängten. Wie im Weltkrieg konnten die Leiden aber durch die gleichmässige Rationierung der vorhandenen Lebensmittel erträglich gemacht und gegebenenfalls durch einen Friedensschluss rechtzeitig beendet werden. Offen und unverhüllt genozidal war dagegen die Absicht, die Churchill am 8. Juli 1940 in einem Schreiben an Lord Beaverbrook zum Ausdruck brachte: es gebe nur eine einzige Möglichkeit, Hitler zu bezwingen und die bestehe in einem «absolut zerstörenden Vernichtungsangriff sehr schwerer Bomber auf das Nazi-Hinterland».¹ Dass der Premierminister Aussagen wie diese sehr ernst meinte, geht nur allzu klar aus einer Rede hervor, die er im April 1941 hielt, also vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion: «Es gibt weniger als 70 Millionen bössartiger Hunnen – einige davon sind zu heilen, die anderen umzubringen.»² Tatsächlich führten die Engländer und Amerikaner den Krieg bis zur Invasion im Juni 1944 fast vollständig – und danach immer noch zu einem guten Teil – als Vernichtungskrieg durch Luftangriffe gegen die deutsche Bevölkerung, dem an die 700'000 Menschen zum Opfer fielen, grossenteils unter schrecklichen, in früheren Zeiten unvorstellbaren Todesängsten und Qualen. Freilich wollte auch Hitler «ihre Städte ausradieren». Aber es würde heute mit Recht allgemein als töricht gelten, wenn man diese Aussagen von entsprechenden Aussagen Churchills trennen oder eine einseitige Folge von deutscher Ursache und engEscher Wirkung postulieren wollte.

Wenige Wochen nach Kriegsbeginn liess Stalin die Bevölkerung der Wolgadeutschen Republik nach Sibirien deportieren. Man darf annehmen, dass auf den wochenlangen Transporten in glühender Hitze nicht viel weniger als 20% der Verschleppten umgekommen sind. Eine noch grössere

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

Prozentzahl ist hinsichtlich der Litauer, Letten und Esten anzunehmen, die in einer zweiten Deportationswelle unmittelbar vor Kriegsausbruch ins Innere der Sowjetunion transportiert wurden. Schon 1940 sollen vom sowjetischen Generalstab *besondere Massnahmen* gegen die Völker des nördlichen Kaukasusgebietes, vor allem die Tschetschenen, Inguschen und Kalmyken, ins Auge gefasst worden sein, da sie, die sich lange gegen die russische Expansion unter den Zaren zur Wehr gesetzt hatten, im Kriegsfall als unzuverlässig betrachtet wurden. Tatsächlich schlossen sich diese Völker in grossen Teilen den Deutschen an, die ihnen Freiheit und Unabhängigkeit versprochen, und sie wurden 1944 ausnahmslos *umgesiedelt*. Die Krimtataren traf das gleiche Schicksal, und die Todesraten der ersten 18 Monate betragen nach den Schätzungen Robert Conquests nicht viel weniger als 50%.³ Nachdem schon die Kollektivierung unter den nomadischen Völkern der asiatischen Bezirke der Sowjetunion besonders viele Opfer gefordert hatte, vollführte Stalin nun ganz unverhüllt Völkermorde als Präventivmassnahmen und als Strafaktionen. Es sieht so aus, dass auch die Kämpfe gegen die Partisanen der OUN⁴, welche die Rote Armee nach der Wiederbesetzung der Ukraine zu führen hatte, tendenziell den Charakter des Völkermordes aufwies, und es ist überaus bezeichnend, dass Chruschtschow in seiner Geheimrede nicht bloss scherzte, als er behauptete, Stalin würde auch die Ukrainer deportiert haben, wenn ihrer nicht zu viele gewesen wären.⁵ Und als Marschall Mannerheim seinen deutschen Bundesgenossen mitteilte, dass er einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion schliessen würde, da führte er zur Begründung das Argument an, dass sein Volk «ohne Zweifel vertrieben oder ausgerottet» werden würde, wenn er den schmerzhaften Schritt nicht rechtzeitig vollziehe.⁶ Die Kriegführung der Sowjetunion war also in noch höherem Masse durch Genozide gekennzeichnet als diejenige Englands, und man wird sich fragen müssen, ob nicht selbst Benesch' Pläne hinsichtlich eines *Transfers* der Sudeten-deutschen unter den Begriff des Völkermordes subsumiert werden können. Dass Churchills Plan der «Westverschiebung Polens» und damit der Austreibung der deutschen Bevölkerung aus den ostdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neisse hier einzuordnen ist, kann jedenfalls keinem Zweifel unterliegen.

Und dennoch gehören Hitlers Genozide in eine andere Kategorie. Der Unterschied liegt nicht darin, dass sie etwa durchweg quantitativ umfassender

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

der gewesen wären. Von den Zahlen her gesehen, scheinen im «Generalgouvernement» nicht wesentlich mehr ehemalige Offiziere erschossen worden zu sein als im sowjetisch besetzten Teil Polens. Aber Hitler machte einen Grundsatz aus der Ausrottung und verlangte schon früh, «alle Vertreter der polnischen Intelligenz umzubringen».⁷ Und vor allem war hier das Verhältnis von Zweck und Mittel umgekehrt. Nicht mehr der Sieg im Verteidigungskrieg war der Zweck, während die Luftangriffe und Umsiedlungen ein durch die Umstände erzwungenes Mittel zur siegreichen Beendigung des Krieges darstellten, sondern die Schaffung von freiem Raum war der Zweck und der Krieg ein blosses Mittel. Der Völkermord hörte also mit dem Ende des Krieges nicht auf, sondern er sollte durch den Sieg gerade in grösserem Umfang ermöglicht werden. Selbst eine Kapitulation half den betroffenen Völkern nicht, und ihre Bereitschaft, sich auf die deutsche Seite zu stellen, galt sogar als Gefahr. Schon im Januar 1941 hatte Himmler in einer Rede auf der Wewelsburg gesagt, im Osten hätten dreissig Millionen Menschen zu verschwinden⁸ und noch im Jahre 1944 hielt er an der Forderung fest, die Volkstums Grenze im Osten um 500 Kilometer hinauszuschieben.⁹ Der «Generalplan Ost» sah die Aussiedlung von 31 Millionen Menschen nach Sibirien und die «Umvolkung» weiterer Millionen vor, und wenn das Massensterben der Kriegsgefangenen im Winter 1941/42 auch zu einem guten Teil auf die unbezwingbaren Umstände, nicht zuletzt auf Stalins Vernichtungsbefehle, zurückzuführen war, so kam doch als bedeutendes Moment Hitlers Wille zur biologischen Schwächung des russischen Volkes hinzu, ein Wille, zu dem es auf Stalins Seite keine rechte Analogie gab, obwohl Ilja Ehrenburgs Aufruf «Töte» schon im Jahre 1942 eine soziale Entsprechung zur biologischen Vernichtungsintention Hitlers war.¹⁰ Gewiss hatte die «Lebensraumpolitik» verschiedene Motive, und sie ging keineswegs allein aus dem Willen Hitlers hervor: Angst vor der demographischen Überlegenheit der «Ostvölker»; Träume vom gesunden bäuerlichen Leben, das allein den sozialen Konflikten die Spitze abbrechen und die Deutschen vor dem «Zivilisationstod» retten könne; Anglophilie in der Form des Dranges nach einem «deutschen Indien»; nicht zuletzt die Erinnerung an die englische Blockade im Ersten Weltkrieg und deren Folgen. Aber selbst, wenn man Hitlers rationalsten Gedanken isoliert, den Gedanken des Erwerbs der Supermacht-Position für Deutschland, ist leicht zu er-

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

kennen, dass Wlassow und seine Förderer keine Chance hatten, solange Hitler noch an *seinen* Sieg glauben konnte. Denn ebenso wie er die «bolschewistische Zersetzung» anscheinend für ein untrennbares Geschick hielt, wenn nicht ganz besondere Strukturen für die Ewigkeit gefestigt werden könnten, so war er auch davon überzeugt, dass Waffenbesitz zur Selbständigkeit führt und dass in absehbarer Zeit das *nationale Russland'Whs-sows* stärker sein würde als das Grossdeutsche Reich, das sich mit den Grenzen von 1939 begnügt hätte. Und darum führte Erich Koch in der Ukraine eben doch Hitlers Politik durch, wenn er eine Kolonialpolitik wie «unter Negern» betrieb, wenn er ukrainischen Abordnungen, die ihn begrüßen wollten, das dargereichte Brot und Salz aus den Händen schlug, wenn er immer wieder Auspeitschungen vornehmen liess. Damit trieb er eine Politik des mentalen Völkermordes, des Genozids durch Verachtung und Herabsetzung, und er musste die eigenartige Erfahrung machen, die ihn so gut wie Hitler widerlegte, dass die Bevölkerung heftiger und nachdrücklicher auf Herabsetzung und Missachtung reagierte als auf Erschiesungen. Die Bolschewisten nämlich hatten – so formulierte es ein Memorandum – zwar viele Menschen erschossen, aber nicht einen einzigen öffentlich prügeln lassen, und der klügste Kopf im Ostministerium, der Diplomat Dr. Bräutigam, zog daraus in einer bemerkenswerten Denkschrift den Schluss, dass Russen und Ukrainer nun um die Anerkennung ihrer Menschenwürde gegen die Deutschen kämpften.¹¹ Und so kam es, dass in der Sowjetunion kein antibolschewistischer Kampf für Freiheit und Menschenwürde der Individuen gegen das despotische System Stalins geführt werden konnte, obwohl zahllose Menschen – Russen, Ukrainer und auch Deutsche – dazu bereit waren, sondern dass letzten Endes nur ein Eroberungs- und Vernichtungskampf geführt wurde, der als solcher keine Ideologie hatte, weil er weiter nichts als lichtloser *Volkstumskampf* und unbegrenzter nationaler Egoismus war. Wenn eine Nation sich selbst für «höherwertig» erklärt und die Erde von allem «Minderwertigen» einschliesslich der Geisteskranken hauptsächlich deshalb säubern will, um eine angeblich naturgewollte Herrschaft ausüben und sich selbst zugleich in einem ganz materiellen Sinne «gesundzustossen», so ist das keine *Ideologie*, und diese Nation darf sich deshalb nicht wundern, wenn sie letzten Endes alle anderen Nationen gegen sich aufbringt und sogar die wenigen Freunde verliert, die sie aufgrund andersartiger Aussagen und Zielsetzungen noch hatte.

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

Dagegen scheint die sogenannte Endlösung der Judenfrage eine ganz und gar ideologisch bedingte Tat gewesen zu sein, denn Hitler und Goebbels haben es wiederholt und anscheinend in aller subjektiven Überzeugung für einen «Dienst an der Menschheit» erklärt, die «jüdische Gefahr» zu beseitigen oder das «jüdische Geschwür aufzustechen». In der Tat ist der Zusammenhang mit dem Antibolschewismus viel leichter erkennbar als im Falle der Lebensraumpolitik, aber auf der anderen Seite ist es unbestreitbar, dass der nationalsozialistische Antisemitismus eine ausserordentliche Verengung und Zuspitzung des Antibolschewismus und erst recht des Antimarxismus darstellte, weil er weit mehr den Charakter der Interpretation als denjenigen der Erfahrung besass.¹² Er gehört daher nur als eine besondere Art zur Gattung des Antibolschewismus, und nicht einmal alle Nationalsozialisten machten ihn sich mit gleicher Entschiedenheit zu eigen. Trotzdem besass er unzweifelhaft einen übernationalen Appell und ist insofern als Ideologie zu bezeichnen. Aber auch diese Subsumtion bedarf der Qualifizierung, wie noch zu zeigen sein wird.

Man kann die praktische Verwirklichung der *Endlösung* mit der Boykottaktion vom 1. April 1933 beginnen lassen, und es ist auch sicherlich der Erwägung wert, ob nicht die erste Vorwegnahme der Genozidpolitik in dem «Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses» vom 14. Juli 1933 zu erblicken ist.

Aber obwohl sich nicht leugnen lässt, dass schon in ganz frühen Äusserungen Hitlers eine physische Vernichtung der Juden andeutungsweise ins Auge gefasst wird¹³, darf daraus nicht die Vorstellung abgeleitet werden, Hitler habe sich seit 1933 oder gar seit 1923 von einem festen Plan leiten lassen. Er machte auch die Judenpolitik nicht allein, so gewiss er der wichtigste aller einzelnen Faktoren war, und sie hing überdies, wie alle Politik, von vielen äusseren Umständen ab. Die Bemühungen einzelner Autoren, einen einheitlichen «Vernichtungsprozess» zu konstruieren, an dem die gesamte deutsche Bürokratie beteiligt war, leiden unter einem Mangel an Differenzierung.¹⁴ Es ist vielmehr angebracht, verschiedene Phasen und Momente zu unterscheiden, welche zunächst den Begriff des Genozids noch nicht erfüllen und schliesslich durch die Methode, die Intention und die tendenzielle Vollständigkeit der Vernichtung darüber hinausgehen.

Die erste Phase reichte bis 1941 und kann die Phase der Diskriminierung genannt werden. Das Hauptziel bestand darin, die Charakterisierung der Ju-

den als eines *Volkes* statt einer *Konfession* durchzusetzen. Diese Tendenz war nicht spezifisch nationalsozialistisch, sondern sie war auch unter den Juden selbst mächtig und resultierte letzten Endes aus dem jüdischen Selbstverständnis, das sich nicht ohne Weiteres damit abfinden konnte, die jahrtausendealte Gemeinde auf den Status einer blossen Konfession innerhalb eines religiös neutralen Staates reduziert zu sehen. Insofern waren die Zionisten die echten Juden, und ihr Verlangen nach einem jüdischen Staat resultierte keineswegs bloss aus dem Wunsch, antisemitischen Anfeindungen entzogen zu sein. Der Kampf der Zionisten gegen die «Assimilanten» war daher ein Kampf um die Behauptung der gefährdeten Eigenart, während das Bildungsbürgertum in der Regel den Untergang der überlieferten Ethnizität bejahte, sich aber der Hoffnung hingab, der modernen Welt einige Grundzüge des jüdischen Ethos aufprägen zu können. So standen sich schon im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die zionistischen und die sozialistischen bzw. kommunistischen Söhne und Töchter des jüdischen Bildungsbürgertums als extreme Flügel in schroffer Feindschaft gegenüber, und Alfred Rosenberg brachte in seiner Schrift «Der staatsfeindliche Zionismus» 1921 die Vermutung zum Ausdruck, es handle sich um ein raffiniertes Zusammenspiel zum Zweck der Erringung der jüdischen Weltherrschaft. In der Praxis aber stellte sich der siegreiche Nationalsozialismus vollständig auf die Seite der Zionisten, und durch das Haavara-Abkommen von 1935 förderte er die jüdische *Kolonisation* Palästinas mehr als irgendein anderer Staat. Trotzdem war die spätere Behauptung Adolf Eichmanns, die SS und die Zionisten seien in ihrer Zielsetzung «Geschwister» gewesen¹⁵ eine grobe Verzerrung der Tatsachen. Denn es handelte sich nie um eine *Diskriminierung* im neutralen Wortsinne, nämlich Trennung oder Scheidung, sondern um die negative Diskriminierung der Zurücksetzung und Aussonderung. Das wurde ja schon durch die Nürnberger Gesetze klar, die den sexuellen Kontakt zwischen Juden und Deutschen zu einem kriminellen Tatbestand machten, während alle anderen Nicht-Staatsbürger in ihren Beziehungen zu Deutschen keinen spezifischen Beschränkungen unterworfen waren. Schon 1933 und 1935 lag also ein mentaler Genozid vor, demjenigen Erich Kochs in der Ukraine ante festum vergleichbar, freilich mit dem schwerwiegenden Unterschied, dass nicht die Verachtung, sondern die Angst (vor *Ansteckung*, *Vergiftung* oder *Zersetzung*) die grundlegende Emotion war. Als drittes Moment kann dasjeni-

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

ge der Beraubung einer materiell bevorzugten Minderheit hinzu oder, in der nationalsozialistischen Sprache, das Motiv der Wiedergewinnung des von Parasiten angeeigneten deutschen Volksvermögens, und insofern war die Judendiskriminierung diejenige Form des Klassenkampfes und der Klassenenteignung, die sichtbar genug war, um alte Ressentiments zu befriedigen, und begrenzt genug, um nicht unüberwindbare Widerstände hervorzurufen – mithin der defiziente, aber in *europäischen* Verhältnissen allein mögliche Modus der *Expropriation der Bourgeoisie*. Nach Kriegsbeginn trat an die Stelle der Förderung der Auswanderung nach Palästina für kurze Zeit der Plan, die Juden in Madagaskar anzusiedeln, aber die Entwicklung der Verhältnisse liess ihn bald unrealistisch werden.

Ab Ende 1941 folgte als zweite Phase die Deportation der deutschen Juden und dann auch der Juden aus vielen europäischen Ländern *nach Osten*. Die Frage ist, ob diese Deportationen als solche und von vornherein Teile eines Vernichtungsprozesses waren. Auch hier sind Distinktionen angebracht. Die entscheidende Vorfrage ist die, ob die Juden als eine *kriegführende*, d.h. unverrückbar feindselige Gruppe bezeichnet werden durften. Sie ist für einen beträchtlichen Teil der deutschen Juden jedenfalls bis zum Pogrom vom November 1938 mit Entschiedenheit zu verneinen. Keineswegs nur die Kriegsteilnehmer, aber sie in besonderer Masse, fühlten sich trotz der Nürnberger Gesetze als deutsche Staatsbürger, und so gewiss man von den deutschen Juden nicht erwarten konnte, dass sie Anhänger und Verehrer Adolf Hitlers waren, so gewiss wünschten sie Deutschland als ihrem Vaterland nichts Schlechtes, und es gibt keine Beweise, dass eine nennenswerte Anzahl von ihnen aktiv für die Sache der Alliierten eingetreten wäre. Diese Feststellung kann gleichwohl nicht das letzte oder alleinige Wort sein. Die Äusserung Chaim Weizmanns vom September 1939 über den Kampf *der Juden* an der Seite der Alliierten ist bereits angeführt worden. Im August 1941 richtete eine Versammlung prominenter sowjetischer Juden einen noch weit leidenschaftlicheren Appell an die Juden in aller Welt, den gerechten Kampf der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu unterstützen.¹⁶ 1961 formulierte ein Autor wie Raul Hilberg, der in seinem Buch über die «Vernichtung der europäischen Juden» immer die Passivität und den Mangel an Widerstand auf Seiten der Juden hervorhebt, den Satz: «Während des ganzen Zweiten Weltkriegs machten die Juden die Sache der

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

Alliierten zu ihrer eigenen ... und trugen nach Kräften zur Erringung des Endsiegs bei».¹⁷ Wenn man sich daran erinnert, dass die Amerikaner nach dem 7. Dezember 1941 ihre eigenen Staatsbürger japanischer Herkunft einschliesslich der Frauen und Kinder in Internierungslager brachten und dass die Engländer einen beträchtlichen Teil der antifaschistischen deutschen Emigranten als «feindliche Ausländer» nach Kanada transportieren liessen¹⁸, wird man nicht von vornherein in Abrede stellen dürfen, dass die Deportationen als solche in den Augen der deutschen Bevölkerung als unvermeidbar gelten durften. Im Herbst 1941 lebte allein in Berlin noch die erstaunlich hohe Zahl von über 70 000 Juden, und wenn man sich vor Augen hält, dass Stalin in seiner Rede vom 3. Juli 1941 bei seiner Aufzählung der gefährlichen Elemente innerhalb der sowjetischen Bevölkerung auch die «Gerüchtemacher» nicht ausliess¹⁹, dann wird man die Berechtigung von Vorsichtsmassnahmen erst recht nicht bestreiten können. Aber ebenso wie die Phase der Förderung der Emigranten infolge der Nürnberger Gesetze einen anderen als den *zionistischen* Charakter erhielt, so stand die nächste Phase, die der Deportation, dennoch sogar für den blossen Zuschauer unter ganz anderen Vorzeichen als der amerikanisch-japanische oder der englische Fall. Die Juden wurden nämlich durch den «Judenstern» kenntlich gemacht, und damit griff man auf eine ausgesprochen *mittelalterliche* Methode zurück. Der Artikel des Reichspropagandaministers, der aus diesem Anlass unter der Überschrift «Die Juden sind schuld» in der Wochenzeitung *Das Reich* erschien, nahm daher eine ominöse Ähnlichkeit mit dem «Hepp, hepp» der Judenpogrome an.

Und was «der Osten» bedeutete, konnte keinem deutschen Soldaten und keinem dort tätigen Zivilisten vollständig verborgen sein. Er bedeutete jedenfalls «Ghetto» und nicht etwa bloss nach Analogie von Theresienstadt in Böhmen, wo eine Anzahl von alten und privilegierten Juden ein zwar abgesondertes, aber doch erträgliches Dasein führte. Zwar scheint es für kurze Zeit den Plan gegeben zu haben, in der Nähe des Bug ein grösseres Gebiet für einen regelrechten «Judenstaat» zu reservieren, aber er wurde bald aufgegeben, und die deportierten Juden konnten nirgendwo Platz finden als in den furchtbar übervölkerten, hungernden, vom Fleckfieber heimgesuchten, durch Mauern abgeschlossenen Ghettos wie in Warschau oder in Lodz, das nun Litzmannstadt hiess, oder aber in eigens errichteten Konzentrationslagern. Dort wurde wieder zum Endpunkt, was der Ausgangs-

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

punkt des jüdischen Geschicks in der Neuzeit gewesen war: das «schtetl», aus dessen noch mittelalterlicher Enge Hunderttausende von Juden ausgezogen waren, um im *kultivierten Westen* Deutsche, Franzosen und Amerikaner oder auch Zionisten zu werden, und das nun als ein nur allzu modernes Konzentrationslager wieder ihr Aufenthaltsort wurde.

Wo die deutsche Wehrmacht aber direkt auf das sowjetische Judentum mit seinen immer noch weithin geschlossenen Siedlungsgebieten traf, ist eine weitere Unterscheidung angebracht, die in der Regel durch den Terminus *Endlösung* verwischt wird. Es handelt sich um die Aktionen der «Einsatzgruppen» der SS, die bekanntlich den vordringenden Armeen in der Sowjetunion auf dem Fusse folgten und die viele Hunderttausende von Juden «erledigten», wie ihre Führer sich in den *Ereignismeldungen UdSSR* auszudrücken pflegten, Meldungen im Übrigen, die keineswegs ausschliesslich oder auch nur vorwiegend die immer wieder zitierten und kaltherzig konstatierenden Sätze über Massentötungen enthalten, sondern auch Nachrichten über Erschiessungsaktionen des abziehenden NKWD sowie informative, oftmals für eine bessere Behandlung der russischen und ukrainischen Bevölkerung plädierende Lageberichte. Auch hier ist eine Vorfrage zu stellen, die in der Literatur sehr häufig übergangen wird. Nicht nur die Einsatzgruppen selbst, sondern nicht wenige Angehörige der Wehrmacht bis zu den Generälen hinauf haben auch in Berichten, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, die Juden für die Hauptträger des Partisanenkampfes erklärt, und daher wollten sie die *Judenaktionen* als Repressalie verstanden wissen. Die bekannten Erlasse der Feldmarschälle von Reichenau und von Manstein und ähnliche offizielle Verlautbarungen gehen von dieser Voraussetzung aus und lassen zum Teil überdies erkennen, wie lebendig die Erinnerung an die Zeit des deutschen Bürgerkrieges und des Kampfes zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten während der Weimarer Zeit noch war. Es wäre in der Tat sehr sonderbar gewesen, wenn nicht zahlreiche Juden Stalins Befehl zur Partisanentätigkeit befolgt hätten. Aber für die Aktionen der Einsatzgruppen war gerade kennzeichnend, dass nicht nur die Bürgerkriegsproportion des 1:100 nicht selten überschritten wurde, sondern dass man die Partisanen oder die Vernichtungsbataillone der Roten Armee ohne jede weitere Prüfung mit *den Juden* identifizierte. So waren die Prämissen des Blutbades in der Schlucht von Babij Jar bei Kiew, dem 33 000 Juden zum Opfer fielen, ein grosser Brand sowie um-

fangreiche Sprengungen in der Stadt, bei denen mehrere hundert deutsche Soldaten den Tod gefunden hatten. Aber Urheber war ein Vernichtungsbataillon der Sowjetarmee gewesen, und es gab nicht die geringste Wahrscheinlichkeit, dass es ausschliesslich oder auch nur überwiegend aus Juden bestanden hätte. In der Literatur sind die Meinungen über die jüdische Beteiligung am Partisanenkampf geteilt: Die westlichen Werke heben die Passivität der Juden hervor, die sich meist widerstandslos zur Erschiessung hätten führen lassen; die kommunistische Literatur dagegen ist voll von Berichten über heroische Aktivitäten – nicht zuletzt im Kampf gegen jüdische «Kollaborateure» und «Verräter» –, während deutsche Berichte bald das eine, bald das andere akzentuieren.²⁰ In zahlreichen Fällen konnte jedoch, wie gerade aus den *Ereignismeldungen* unwidersprechlich hervorgeht, von *Repressalien* überhaupt nicht die Rede sein, sondern Tausende und Zehntausende von Juden wurden zusammengetrieben und von SS-Männern und manchmal auch von einheimischen Hilfskräften erschossen. Die Gesamtzahl der Opfer der Einsatzgruppen in der UdSSR wird von Gerald Reitlinger auf über eine Million, von Raul Hilberg auf 1,3 und von Krausnick-Wilhelm auf 2,2 Millionen geschätzt.²¹ Gerade wenn man sich die Taten des NKWD vor Augen hält und sich vergegenwärtigt, dass Katyn mit Sicherheit nur ein Fall unter anderen Fällen war, wird man zu dem Ergebnis kommen müssen und dürfen, dass die Aktionen der Einsatzgruppen schlimmer waren als diejenigen des NKWD.²² Der NKWD hatte *die führende Schicht* der Polen zu töten gesucht, die in seinen Augen *gegenrevolutionär* war; die Einsatzgruppen aber taten im fremden Lande nun dasjenige, was in Deutschland zu tun unmöglich war: sie rotteten tendenziell die Masse der als *revolutionärbetrachteten* Bevölkerung aus. Wenn die Gegenrevolutionäre sich die Revolutionäre mit aller Konsequenz zum Vorbild nehmen, müssen sie weit schlimmere, weil quantitativ umfassendere Taten begehen. Aber dass Kommunisten und Nationalsozialisten auch hier nicht einfach die Idealtypen von Revolution und Gegenrevolution verkörperten, wurde durch die Tatsache klar, dass in Wahrheit nur ein Teil sogar der sowjetischen Juden der *revolutionären*, d.h. stalintreuen Bevölkerung zuzuzählen war, während umgekehrt auch zahlreiche Russen und Ukrainer sich mit dem Sowjetstaat identifizierten.²³ Auf der anderen Seite wandte sich Stalin ebenfalls gegen ganze *Bevölkerungen* wie etwa Wolgadeutschen, die er,

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

nach Chruschtschows Worten²⁴, «mitsamt allen Kommunisten und Kom-somolzen» deportieren liess, weil er in ihnen potentielle Helfer des Feindes sah. Auch hier lag ein Überschieszen, eine Verallgemeinerung, eine kollektivistische Schuldzuschreibung vor, aber die Zahl der Wolgadeutschen war vergleichsweise gering, und es genügte, sie *lediglich* zu verschicken. Daher sind die Aktionen der Einsatzgruppen das radikalste und umfassendste Beispiel einer präventiven und über alle konkreten Erfordernisse der unmittelbaren Kriegführung weit hinausgehenden Bekämpfung von *Feinden*, und Nikolajewsk wie Katyn mussten als Aktionen von weit geringerer Schrecklichkeit erscheinen²⁵ Vor allem aber standen diese Massentötungen nach der Intention des Urhebers und im Bewusstsein der wichtigsten Beteiligten innerlich mit dem letzten und abschliessenden Stadium in enger Verbindung, der quasi-industriellen Massentötung in Vernichtungslagern wie Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Belzec.

Nun ist freilich die Faktizität dieser letzten und äussersten Stufe, der Tötung von etwa drei Millionen Juden, welche durchweg nicht aus Partisanengebieten der Sowjetunion stammten, in den Gaskammern der Vernichtungslager von einigen Autoren bestritten worden, während die Aktionen der Einsatzgruppen noch von niemandem in Abrede gestellt worden sind. Diese Literatur stammt keineswegs ausschliesslich von Deutschen oder von *Neofaschisten*.²⁶ Die Beweisführung besteht in der Regel darin, dass die Echtheit von zentralen Dokumenten wie etwa des Protokolls der *Wannseekonferenz* vom 20. Januar 1942 in Zweifel gezogen wird oder dass die Autoren auf die Widersprüchlichkeit von Zeugenaussagen und die grossen Unterschiede zwischen den Zahlenangaben der Experten hinweisen. Nicht selten wird behauptet, Massenvergasungen²⁷ dieses Umfangs seien mit den vorhandenen Mitteln technisch nicht möglich gewesen. Aber selbst wenn man sich angesichts dieser Argumente des Urteils enthielte und die zahlreichen weiteren Zeugnisse – darunter diejenigen von Eichmann²⁸, von dem Auschwitz-Kommandanten Höss und von zahlreichen Insassen der Lager – unberücksichtigt liesse, bleibt das Faktum des Todes von vielen Hunderttausenden und das weitere Faktum, dass ein auffallend grosser Teil dieser Toten Juden waren.²⁹ Es bleiben öffentliche Äusserungen wie die wiederholten Prophezeiungen oder Feststellungen Hitlers über eine «Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa» und die Feststellung Julius Streichers in einer Ausgabe des «Stürmer» von 1943, das Judentum

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

gehe mit Riesenschritten seiner «Ausrottung» entgegen.³⁰ Und es bleiben auch zahlreiche Äusserungen, die Hitler im Gespräch mit ausländischen Diplomaten oder inmitten seiner Tafelrunde tat, Äusserungen, die zugleich den eigentlichen Hintergrund seiner *Judenfeindschaft* ans Licht stellen.

Am 17. Februar 1942 sagte Hitler im Führerhauptquartier zu seinen Tischgästen, unter denen sich auch Heinrich Himmler befand: «Das Phänomen der Antike – der Untergang der antiken Welt – war die Mobilisierung des Mobs unter dem Motto Christentum, wobei dieser Begriff mit Religion so wenig zu tun hatte, wie der marxistische Sozialismus mit der Lösung der sozialen Frage ... 1'400 Jahre hat das Christentum gebraucht, um sich zur letzten Bestialität zu entwickeln. Wir dürfen deshalb nicht sagen, dass der Bolschewismus schon überwunden ist. Je gründlicher aber die Juden herausgeworfen werden, desto rascher ist die Gefahr beseitigt. Der Jude ist der Katalysator, an dem sich die Brennstoffe entzünden. Ein Volk, das keine Juden hat, ist der natürlichen Ordnung zurückgegeben ... Würde die Welt auf einige Jahrhunderte dem deutschen Professor überantwortet, so würden nach einer Million Jahren lauter Kretins bei uns herumwandeln: Riesenköpfe auf einem Nichts von Körper.»³¹

Was Adolf Hitler also mit dem Wort «Jude» eigentlich meinte, ist nichts anderes, als was fast alle Denker des 19. Jahrhunderts mit positivem Akzent den *Fortschritt* genannt hatten, jenen Komplex von wachsender Naturbeherrschung und Naturentfremdung, von Industrialisierung und Handelsfreiheit, von Emanzipation und Individualismus, den erstmals Nietzsche und nach ihm einige Lebensphilosophen wie Ludwig Klages und Theodor Lessing für eine Gefährdung des *Lebens* erklärt hatten. Für Hitler ist dieses *Leben* identisch mit der *natürlichen Ordnung*, d.h. der zugleich bäuerlichen und kriegerischen Struktur der Gesellschaft, die nach seiner Meinung im gegenwärtigen Japan noch auf klassische Weise gegeben ist, während sie in Europa zuerst von der Friedensutopie des Christentums und dann durch eine masslose Industrialisierung mit ihren Krisen- und Zersetzungserscheinungen gefährdet wurde. Hitler hat also den gleichen weltgeschichtlichen Prozess im Auge, der für Marx zugleich Fortschritt und Niedergang gewesen war, jenen Prozess, den man die Intellektualisierung der Welt nennen könnten. Aber trotz einiger Ansätze waren Marx und Nietzsche, Lessing und selbst Klages immer weit von der Behauptung entfernt geblieben, es lasse sich eine konkrete, menschliche Ursache dieses Prozesses aufweisen.

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

Hitler jedoch tat diesen Schritt, der eine radikale Umkehrung aller bisherigen Ideologie war, aber selbst nicht mehr Ideologie in einem ursprünglichen Sinne genannt werden sollte, weil er einer Menschengruppe die Macht zuschreibt, einen transzendentalen Prozess hervorzurufen. Dennoch war die These nicht etwa bloss unsinnig, denn die Juden hatten schon als «Volk der Schrift» und dann als eine durch die *Emanzipation* scheinbar besonders geförderte und in Wahrheit besonders tief getroffene Gruppe in der Tat eine hervorstechende Beziehung zu jener *Intellektualisierung*, aber sie waren nicht Ursache, sondern Erscheinungsform. Insofern war es nicht ohne Konsequenz, dass Hitler in seiner Verteidigung des Krieges als unverzichtbaren Teils der *natürlichen Ordnung* die genozidalen Tendenzen des modernen Krieges vor allem gegen die Juden richtete. Aber ein Genozid, das in dieser Absicht erfolgt, ist kein blosses Genozid mehr. Wie sehr für Hitler die Umkehrung der Geschichtsphilosophie, die Verteidigung der *natürlichen Ordnung* und die Revolutionserfahrung von 1918 Hand in Hand gingen, wird unwidersprechlich klar, wenn noch ein Satz hinzugenommen wird, den er am 22. Juli 1941 zu dem kroatischen Marschall Kwaternik sagte: «Wehn auch nur ein Staat aus irgendwelchen Gründen eine jüdische Familie bei sich dulde, so würde diese der Bazillusherd für eine neue Zersetzung werden.»³² Zwar erwähnte er im folgenden Madagaskar und Sibirien als mögliche Aufenthaltsräume für die europäischen Juden. Aber Madagaskar war ihm schon verschlossen, und Sibirien sollte ihm bald ebenso verschlossen sein. Wenn er die Juden aus Deutschland und dem übrigen Europa nach Polen hätte bringen lassen, damit sie dort in Ghettos lebten, so wäre er weiter nichts als ein Schwätzer gewesen. Deutsche Geistesranke hatte er zum Zeitpunkt des Gesprächs mit Kwaternik bereits durch Gas töten lassen, und es ist durchaus möglich, dass diese Methode ihm besonders «human» erschien. Wer Hitler ernst nimmt, kann die Vernichtungsaktionen von Auschwitz und Treblinka und auch die Gaskammern nicht leugnen.³³ Er darf Auschwitz und Treblinka, Belzec und Sobibor ebensowenig den Ausrottungsmassnahmen gleichsetzen, welche die kroatischen Ustaschas gegen die prawoslawische Bevölkerung ihres Staates ins Werk setzten. *Auschwitz* war in noch tieferer Bedeutung ein *Überschiessen* als die auf totale Sicherheit gerichtete und daher präventive Partisanenbekämpfung und als jener biologistische Planungssozialismus der «Ausmerzung alles Schädlichen

und Ungesunden», dem so viele Zigeuner zum Opfer fielen und der sich auch gegen *die Slawen* richtete. Die *Endlösung* ist in einem nicht bloss trivialen Sinne einzigartig. Aber sie ist deshalb nicht unvergleichbar, denn das Recht, sie einzigartig zu nennen, entsteht erst aus dem möglichst umfassenden Vergleich, und der grosse Hiatus der Unverstehbarkeit darf erst an einem Punkte angesetzt werden, der nach einem langen Weg des Ringens um Verstehen in den Blick kommt.

Aber es ist nicht zu bestreiten, dass diese *transzendente* Vernichtung in der grössten Verborgenheit vor sich ging. Wer, wie Hilberg, die Meinung vertritt oder zu suggerieren sucht, alle Mitglieder des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS oder sogar alle Eisenbahner, die Züge nach Auschwitz abfertigten, müssten von den Gaskammern gewusst haben, der sollte konsequenterweise leugnen, dass der «Befehl Nr. 1», niemand dürfe mehr wissen, als für die Ausführung seiner unmittelbaren Aufgaben unbedingt erforderlich sei, die Menschen noch mehr voneinander trennte, als es die Arbeitsteiligkeit der modernen Gesellschaft sowieso tut, und dass hundert Spezialisten Panzerwagen bauen können, während Tausende von anderen Spezialisten des Glaubens sind, sie hätten Einzelteile für Raupenschlepper produziert. Hilberg selbst berichtet davon, dass Frau Schirach in Amsterdam zur Zeugin einer nächtlichen Zusammentreibung von Juden geworden sei und sich deshalb so sehr erregt habe, dass sie ihrem Mann davon berichtete. Dieser habe ihr geraten, bei ihrem nächsten Besuch im Hauptquartier den Führer selbst auf solche «Missstände» aufmerksam zu machen. Hitler habe ihr aber nur «ungnädig» zugehört und nach einem «Wortwechsel» habe das Ehepaar Schirach den Raum verlassen.³⁴ Und der neben Rommel berühmteste der deutschen Panzergenerale, Guderian, sagte noch im März 1945 in offenkundiger Aufrichtigkeit vor Vertretern der Presse, er habe lange im Osten gekämpft, aber er habe nie etwas von den «Teufelsöfen, Gaskammern und ähnlichen Erzeugnissen einer krankhaften Phantasie» bemerkt, mit denen ein Befehl des Marschalls Schukow die «Hassgefühle der primitiven Sowjetsoldaten» aufzustacheln versuche.³⁵

Die *Endlösung* ist ohne Zweifel die extremste und kennzeichnendste unter allen Taten des Nationalsozialismus, aber ihre Verborgenheit gehört ebenso wesentlich dazu wie jene Umkehrung der überlieferten Geschichtsphilosophie, die öffentlich vorzutragen auch Hitler niemals wagen durfte.

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

Als tendenziell vollständige Vernichtung eines *Welt-Volkes* unterscheidet sie sich wesentlich von allen Genoziden und ist das genaue Gegenbild zur tendenziell vollständigen Vernichtung einer *Welt-Klasse* durch den Bolschewismus, und insofern ist sie die biologistisch umgeprägte Kopie des sozialen Originals. Aber eben deshalb ist sie keine bloss *biologische* Vernichtung, sondern sie bedeutet eine Entscheidung im Hinblick auf den Geschichtsprozess im Ganzen, eine Entscheidung gegen *den Fortschritt*, aber auf der Basis fortschrittlicher Wirklichkeiten, während der Bolschewismus eine Entscheidung *für* den *Fortschritt* war, aber in enger Verknüpfung mit zurückgebliebenen Realitäten. Trotzdem ist die *Endlösung* mehr die einzige Perspektive, in der das Verhältnis von Nationalsozialismus und Bolschewismus gesehen werden darf. Bolschewismus und Nationalsozialismus waren immer Gegensätze, und sie blieben es bis zum Ende, aber sie waren doch zu keinem Zeitpunkt einander auf kontradiktorische Weise entgegengesetzt, und je mehr sich der Krieg seinem Ende näherte, umso stärker wurde ein «Wechsel der Merkmale» erkennbar.

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

Der Begriff «Wechsel der Merkmale» darf nicht so verstanden werden, dass der Bolschewismus im Verlauf des Krieges die Gestalt seines Gegners angenommen habe und der Nationalsozialismus umgekehrt diejenige des Bolschewismus. Wohl aber liessen sich in beiden Regimen Entwicklungen und Tendenzen beobachten, die auf eine innere Annäherung an den Feind zielten. Die Feindschaft wurde dadurch jedoch nicht abgeschwächt, sondern eher verstärkt, und selbst wenn man die Linien zu einem Idealtyp auszieht, kommt keine Identität zustande.

Dass der Bolschewismus dabei sei, sich zu «nationalisieren» oder zu «verstaatlichen», war ja von Feinden und Freunden bald behauptet oder befürchtet worden: Emigranten und unorthodoxe Kommunisten stimmten bereits während der frühen zwanziger Jahre in der Meinung überein, dass der Bolschewismus zum Vorkämpfer der traditionellen Interessen des russischen Staates geworden sei. Als Beweis konnte schon die fortdauernde

Existenz einer Kaderarmee mit professionellem Kommandeurkorps angeführt werden, und selbst die Bezeichnung *Volkskommissare* verlor rasch den ursprünglichen Sinn, dass es sich dabei um Positionen einer kurzen Übergangszeit handeln würde, die bloss dazu dienen sollten, «das Geschäft zu schliessen», wie Trotzki sich hinsichtlich des ganzen bürokratischen Apparats hätte ausdrücken können.¹ Stalins Konzept des *Sozialismus in einem Lande* bedeutete den nächsten grossen Schritt, und es rief den heftigen Widerstand eines beträchtlichen Teils der alten Parteigarde hervor. Freilich erfüllte es die Hoffnungen der Emigranten durchaus nicht; eine Versöhnung des neuen mit dem alten Russland kam nicht zustande und wurde von der herrschenden Partei auch nicht erstrebt: Heimkehrende Offiziere wurden vom NKWD verhaftet oder gleich erschossen, und die stärkste gesellschaftliche Kraft, welche die Basis einer Versöhnung hätte bilden können, wurde als Klasse vernichtet, nämlich die Bauern, indem sie ihrer Selbständigkeit beraubt wurden. Nicht einmal die ausländischen Techniker, die doch bei der anhebenden Industrialisierung des Landes eine so grosse Rolle spielten, waren vor Verfolgungen sicher. Die Partei und deren marxistische Begrifflichkeit herrschten nach wie vor unbeschränkt, und daran änderte auch die eigenartige Wandlungsfähigkeit der ideologischen Sprache nichts, mit der nun das überlieferte Postulat möglichst vollständiger Gleichheit als «kleinbürgerliche Gleichmacherei» bekämpft wurde, weil die Differenzierung der Löhne und der Tätigkeiten als eine unerlässliche Vorbedingung der weiteren Industrialisierung erkannt wurde. Aber handelte es sich noch um eine pragmatische Anpassung an veränderte Umstände, als Stalin durch zwei Aufsätze im Jahre 1934 das Signal zur Verfolgung und Auslöschung der historischen Schule Pokrowskis gab?² Pokrowski war ja doch der wichtigste Repräsentant jener genuin marxistischen Denkweise in der Geschichtsschreibung gewesen, welche alle *herrschenden Klassen* und insbesondere die herrschende Klasse des alten Russland mit ebensoviel Erbitterung wie Verachtung angriff und nicht genug von despotischen Zaren, ausbeuterischen Gutsbesitzern, grausamen Feldherren auf der einen Seite und den ausgebeuteten und geschundenen Volksmassen auf der anderen Seite zu berichten wusste. Jetzt aber wiesen Stalin und in seinem Gefolge bald zahlreiche Historiker darauf hin, dass die Geschichte des russischen Reiches keineswegs bloss eine Folge von Greuelszenen gewesen sei, dass sich

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

darin vielmehr ein gewaltiger historischer Fortschritt Bahn gebrochen habe, dessen Helfer, ja Vorkämpfer oft genug die Zaren und deren Mitarbeiter gewesen seien. Von Iwan dem Schrecklichen wurde nun ein neues und viel helleres Bild gezeichnet, und sogar das Regime Nikolaus' I. durfte nicht mehr ausschliesslich als «blutiger Polizeiterror» charakterisiert werden.³ Insbesondere wurden die Eroberungszüge der Zaren jetzt viel positiver gefasst, und es fehlte nicht viel, dass jenes Ausgreifen des Moskauer Kernlandes in alle Himmelsrichtungen, worin Karl Marx die gefährlichste Bedrohung Europas gesehen hatte, als Paradigma des Fortschritts in der Geschichte betrachtet wurde. Im neuen Fahneneid der Rotarmisten von 1936 war von einer Verpflichtung gegenüber *dem Weltproletariat* nicht mehr die Rede. Schon seit 1935 standen *Marschälle der Sowjetunion* an der Spitze der Roten Armee. Die Grosse Säuberung schwächte den internationalen Charakter des Kommandeurkorps ganz erheblich, und in die freigewordenen Spitzenstellungen stiegen hauptsächlich junge Russen und Ukrainer auf. Im Juni 1940 wurden die Ränge des Generals und des Admirals wiederingeführt, die bis dahin als *bürgerlich* oder *zaristisch* gegolten hatten, und vom gleichen Jahr datiert der Erlass, der Soldaten und Kommandeure in zwei getrennte Verpflegungsklassen einreichte.⁴

Dennoch führte der Ausbruch des Krieges zu einer qualitativen Veränderung. In seiner Rede vom 6. November 1941 klagte Stalin die deutschen Faschisten, «die des Gewissens und der Ehre bar» seien, vor allem deshalb an, weil sie «zur Vernichtung der grossen russischen (!) Nation» aufriefen, «der Nation Plechanows und Lenins, Belinskis und Tschernyschewskis, Puschkins und Tolstois, Glinkas und Tschaikowskis ... Suworows und Kutusows».⁵ Das bedeutete dem Sinne nach mindestens die spirituelle Versöhnung und Zusammenführung des alten und des neuen Russland: der feudalen Feldherren, der bürgerlichen Künstler und der progressiven sowie marxistischen Intelligenz. In der Tat liessen sich in der Emigration, von Kerenski bis zu Miljukow, eine ganze Anzahl von Stimmen vernehmen, die für eine Verteidigung Russlands gegen den deutschen Angriff eintraten. So war es mehr als eine Änderung der Bezeichnung, als im September 1941 einige Schützendivisionen in Gardeschützendivisionen umbenannt wurden und als in den nächsten Jahren ganze Gardearmeen entstanden. Im Mai 1942 wurde der Orden des Vaterländischen Krieges in zwei Stufen gestiftet, und der Suworow-Orden wurde wiederum in drei Klassen verliehen,

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

von denen die oberste «für Feldherren und Kommandeure» bestimmt war, «denen es gelingt, im Angriff die überlegenen Kräfte des Gegners zu vernichten». ⁶ Während in Deutschland das Ritterkreuz sogar in seinen höchsten Stufen an einfache Offiziere verliehen wurde, blieben die höchsten Orden der Sowjetunion für die Feldherren reserviert, und Wlassow beschwerte sich in deutscher Gefangenschaft über die *Gleichmachereider* Deutschen ⁷, während ein sowjetischer General, der 1944 in Grossbritannien reiste, seine Verwunderung darüber aussprach, dass einfache Soldaten hier im gleichen Eisenbahnabteil sitzen durften wie Offiziere. ⁸ Es war daher abermals keine bloss äusserliche Änderung der Terminologie, als im Januar 1943 das Kommandeurkorps erstmals als *Offizierskorps* bezeichnet wurde. ⁹ Mit den nun wieder eingeführten breiten Schulterstücken der Zarenarmee wurde die Entwicklung bestätigt und gefördert, die eine ausgeprägte Klassentrennung zwischen Offizieren und Mannschaften implizierte, obwohl der einfachste Soldat nach wie vor den höchsten Offizier mit «Genosse General» anredete. In Stalins Arbeitszimmer hingen jetzt die Porträts von Suworow und Kutusow, der zaristischen Generäle, die gegen Napoleon gekämpft und gesiegt hatten. Er selbst nahm den obersten militärischen Rang an, und wurde von den westlichen Alliierten bald nur noch als «Marschall Stalin» bezeichnet.

Die ausserordentliche Hochschätzung, die Stalin *den Kadern* zuteil werden liess, kam vermutlich auch in der Äusserung zum Vorschein, mit der er in Teheran Churchill zum Widerspruch provozierte: die ganze Kraft der gewaltigen Heere Hitlers bestehe in etwa 50'000 Offizieren, Technikern und Spezialisten; wenn man sie erschiesse, habe man die deutsche Gefahr für unabsehbare Zeit aus der Welt geschafft. ¹⁰ Daraus liess sich sehr leicht die Meinung erschliessen, die Kraft der Sowjetunion beruhe nicht primär auf den Millionenmassen der *Werkstätigen* und der einfachen Soldaten, sondern auf der führenden Schicht des hohen Offizierskorps und der Rüstungsspezialisten.

Aber die nationalen Traditionen kamen nicht bloss in der Armee wieder zu vollen Ehren. 1943 wurde auch die orthodoxe Kirche als Verbündete akzeptiert: Schon seit den Anfängen des Krieges hatten die Spitzen der Kirche für den Sieg des sozialistischen Vaterlandes gebetet, und nun wurden zahlreiche Kirchen dem Gottesdienst zurückgegeben, Seminare für die

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

theologische Ausbildung wurden neu eröffnet, die Zeitungen und Zeitschriften der *Gottlosen* wurden wegen «Papiermangels» reduziert oder eingestellt. Im September 1943 empfing Stalin das Oberhaupt der Kirche, den Metropolitan Sergej, offiziell im Kreml, und wenig später wurde dieser in der Moskauer Kathedrale feierlich zum Patriarchen der russischen Kirche gekrönt, nachdem das Amt fast 20 Jahre verwaist gewesen war.

Im gleichen Jahr tat Stalin den erstaunlichen Schritt, dass er die *Komintern* auflöste. Zwei Jahrzehnte zuvor war in der Sowjetunion wie in Europa die Meinung weit verbreitet gewesen, die Komintern sei die Zentrale der Weltrevolution und die Regierung in Moskau sei lediglich diejenige ihrer Filialen, die am frühesten die politische Macht erkämpft hatte. Jetzt fand sie ein rühmloses Ende, nachdem schon längst kein Mensch mehr daran gezweifelt hatte, dass sie zu einer blossen Agentur der Sowjetregierung geworden war. Nun passte sie nicht mehr in die Linie der Politik hinein, und Stalin begründete die Auflösung gegenüber der Presseagentur Reuter mit dem Argument, dadurch werde die Lüge der Hitlerleute entlarvt, dass «Moskau» beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu «bolschewisieren»; eben dadurch werde die Arbeit der «Patrioten aller Länder» gefördert, sich jeweils zu einem «einheitlichen nationalen Freiheitslager» unabhängig von Parteizugehörigkeit und religiöser Überzeugung zusammenzuschliessen.¹¹ Die *Komintern* wurde also zum Opfer der *Volksfrontpolitik*, die sie zu ihrem Teil 1935 selbst inauguriert hatte und die nun nach Stalins Meinung fundamentale Wichtigkeit für den «Kampf gegen die Gefahr der Weltherrschaft des Hitlerfaschismus» erhalten hatte.

Allerdings verzichtete Stalin auch jetzt nicht auf einen übernationalen Appell. Aber dieser richtete sich nicht mehr an das Proletariat der Welt, sondern an die slawischen Völker. Schon die Verlautbarung zur Besetzung Ostpolens hatte ja von *Blutsverwandtschaft* gesprochen¹², und nun wurde in Moskau ein «Panslawistisches Komitee» gegründet, bei den gewohnten Umzügen wurden grosse Plakate mit der Aufforderung zur Einheit der slawischen Völker mitgeführt, und Stalin sagte im Gespräch mit Milovan Djilas: «Wenn die Slawen zusammenbleiben und Solidarität wahren, wird in Zukunft niemand mehr einen Finger rühren können. Nicht einen Finger.»¹³ Auf ähnliche Weise äusserte er sich im Dezember 1944 gegenüber de Gaulle: «Die Zaren betrieben eine schlechte Politik. Sie wollten die an-

deren slawischen Völker beherrschen. Wir haben eine neue Politik. Die Slawen sollen überall unabhängig und frei sein.»¹⁴

Von de Gaulle stammt auch eine sehr anschauliche Beschreibung des Festmahles, das ihm zu Ehren im Kreml gegeben wurde. Über eine monumentale Treppe, deren Wände noch mit den gleichen Bildern geschmückt waren wie zur Zarenzeit, schritten er und seine Begleiter zum Festsaal, in dem sich sowjetische Minister, Diplomaten und Generäle, «alle in schimmernden Uniformen», versammelt hatten, um ein «unglaublich üppiges Essen» einzunehmen, bei dem die Tische «in unvorstellbarer Pracht» funkelten.¹⁵ Nach dem Diner und den internationalen Toasts erhob sich Stalin dreissigmal, um auf seine engsten Mitarbeiter und höchsten Offiziere zu trinken. Dabei vermischte er Lob und Drohung, und für de Gaulle war es ausgemacht, dass der Aufgerufene in Furcht erstarrte, wenn er etwa folgendermassen angeredet wurde. «Du hast unsere Flugzeuge einzusetzen. Wenn Du es schlecht tust, weisst Du, was Dir blüht.»¹⁶ In keinem Augenblick seines Lebens hätte Hitler mit seinen Feldmarschällen so nach der Art eines orientalischen Despoten umgehen können. Zahlreiche andere Berichte – etwa diejenigen von Djilas, von Svetlana Allilujewa und von Chruschtschow – lassen nicht den geringsten Zweifel daran, dass der «erste Arbeiterstaat der Welt» jedenfalls während der letzten Kriegsjahre in seiner Spitze zu einer glanzvollen und siegestrunkenen Gruppe hochdekoriertes Würdenträger geworden war, die einem unumschränkten Herrscher aufs Wort gehorchten.

Der Einwand liegt nahe, dass es sich bei all dem um Äusserlichkeiten und taktische Mittel gehandelt habe, die von der regierenden Partei jederzeit beseitigt werden konnten, wenn sie die unveränderten Ziele und die feststehenden Begriffe ernstlich gefährdeten. Im Hinblick auf das «Panslawistische Komitee» springt die Richtigkeit des Arguments ins Auge, und der Alleinherrschaft Stalins musste der Tod in absehbarer Zeit ein Ende setzen. Die orthodoxe Kirche war ein gelehriges Instrument geworden, die Loyalität der kommunistischen Parteien in aller Welt stand ausser Frage, und es musste daher so aussehen, dass die Komintern jederzeit wieder ins Leben gerufen werden könnte. Aber selbst wenn man annahm, dass Stalin nach wie vor nur drei kleine Zimmer bewohnte, dass die Generäle bloss darauf warteten, Achselstücke und Orden ablegen zu können, um in der klassenlosen Weltgesellschaft unerkennbar zu werden, und dass Schdanow

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

schon den Aufruf verfasst hatte, mit dem er das Proletariat der Welt zum Aufstand gegen die Kapitalisten rufen wollte, so konnte man doch um die Tatsache nicht herumkommen, dass die Sowjetunion in den Jahren von 1941 bis 1945 und in starken Ansätzen vorher an die Hilfe all derjenigen Traditionen, Kräfte und Tendenzen hatte appellieren müssen, auf die der Gegner von Anfang an gebaut hatte. Sie hatte sich als staatssozialistisches oder national-sozialistisches Land darstellen müssen, da sie überleben wollte, und es bestand Grund genug zu der Vermutung, dass sie ein solches Land auch tatsächlich war und zu ihren Anfängen nicht einfach zurückkehren konnte, selbst wenn sie es gewollt hätte. Die Vermutung wurde für denjenigen zur Gewissheit, der Bilder von den Knaben des Pagenkorps erblickte, die in Uniformen, welche nichts von jugendlichem Zuschnitt erkennen liessen, in Reih und Glied unter den Bildern von Generälen und Marschällen aufmerksam den Belehrungen eines massigen Offiziers folgten.¹⁷ Und nichts klang weniger nach Heuchelei oder taktischer Instrumentalität als die Worte, die Stalin während des Krieges zu Djilas sagte: «Vor allem aber war etwas Anormales, Unnatürliches an der blossen Existenz eines allgemeinen kommunistischen Traums zu einer Zeit, als die kommunistischen Parteien nach einer nationalen Sprache hätten suchen und unter den in ihren Ländern herrschenden Bedingungen hätten kämpfen sollen.»¹⁸ Lenin hatte sich nach Stalins Auffassung offenbar getäuscht, als er 1917 geglaubt hatte, die *Epoche der proletarischen Weltrevolution* stehe unmittelbar bevor.

Ist aus dieser Einsicht die Folgerung abzuleiten, dass der Nationalsozialismus innerlich den Sieg errang, als er auf den Schlachtfeldern eine Niederlage nach der anderen erlitt? Diese Folgerung wäre nur dann zwingend, wenn der Nationalsozialismus tatsächlich ein Nationaloder Staats-Sozialismus gewesen wäre. Wortzusammensetzungen geben nur dann einen klaren Sinn, wenn der Akzent wirklich auf dem Substantiv liegt und wenn das hinzugefügte Adjektiv bloss eine zusätzliche, wenngleich wesentliche Bestimmung zum Ausdruck bringt. Der Nationalsozialismus war indessen nie primär ein Sozialismus, d.h. eine hauptsächlich von den Motiven einer inneren Klassenauseinandersetzung bestimmte Bewegung, sondern er war ein Sozialnationalismus des faschistischen Typs und zwar in dessen radikalster Erscheinungsform. Auch in seiner Endgestalt blieb er in den Spuren seiner Anfänge, welche eine politisch-revolutionäre Volksbewegung in

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

eine prekäre Symbiose mit etablierten Führungsschichten gebracht hatten. Aber eben dadurch hatte er Tendenzen in sich, die auf einen neuartigen Typus hinwiesen. Sie wären dann vollendet gewesen, wenn er im Bolschewismus kaum noch das Schreckbild, sondern primär das Vorbild gesehen hätte. In den letzten Kriegsjahren tat der Nationalsozialismus entscheidende Schritte auf diesem Wege, ohne ihn jedoch anders als in hypothetischen Erwägungen zu Ende zu bringen.

Gewiss waren der Bolschewismus und der Kommunismus für die Nationalsozialisten von Anfang an ein Vorbild gewesen, aber doch ganz vorwiegend bloss hinsichtlich der Methoden der Kampfführung, d.h. vor allem der Propaganda. Methoden und Inhalte kessen sich indessen kaum noch säuberlich trennen, wenn Goebbels im März 1942 in seinem Tagebuch vermerkte, der Führer habe für die russische Kriegführung eine ziemliche Hochachtung: «Das brutale Durchgreifen Stalins hat die russische Front gerettet. Wir müssen ähnliche Methoden in unserer Kriegführung anwenden, um uns demgegenüber behaupten zu können. Diese Härte hat uns manchmal gefehlt, und sie müssen wir zu ersetzen versuchen.»¹⁹ Ein knappes Jahr später war jedenfalls ein Verhalten zum Vorbild geworden, das am Anfang des Krieges noch als ein Beweis blinden Fanatismus und kulturloser Bestialität gegolten hatte, nämlich der kollektive Selbstmord von Soldaten, die sich in aussichtsloser Lage sehen. Hitlers Urteil war unmissverständlich, als ihm am 1. Februar 1943 die Nachricht von der Kapitulation des Feldmarschalls Paulus erreichte. «Die haben sich da absolut formgerecht übergeben», sagte er. «Denn im anderen Falle stellt man sich zusammen, bildet einen Igel und schießt mit der letzten Patrone sich selbst tot. Wenn man sich vorstellt, dass eine Frau den Stolz hat, dass sie, weil sie nur ein paar beleidigende Worte hört, hinausgeht, sich einsperrt und sich sofort totschießt, dann habe ich vor einem Soldaten keine Achtung, der davor zurückschreckt, sondern Heber in Gefangenschaft geht.»²⁰ Hitler setzte mit diesen Worten höchst unterschiedliche Tatbestände gleich und brachte den Krieg damit auf Urzustände zurück, welche die «europäische Zivilisation», auf die er sich so manches Mal berief, gerade überwinden wollte. Wenig später stellte er Stalin und den Bolschewismus auch als Vorbild für die innere Struktur des Regimes hin. In einer Reichs- und Gauleiterbesprechung zu Anfang Mai 1943 rühmte er zunächst Stahns Säuberung der Roten Armee, die alle defätistischen Strömungen beseitigt und die Kampf-

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

kraft erheblich gestärkt habe, im Gegensatz zu den Erwartungen, die auch ihm selbst anfänglich nicht fremd gewesen seien. Dann fuhr er fort: «Stalin hat uns gegenüber darüber hinaus auch noch den Vorteil, keine Gesellschaftsopposition zu besitzen. Auch die hat der Bolschewismus durch Liquidation in den vergangenen 25 Jahren beseitigt... Der Bolschewismus hat sich diese Gefahr rechtzeitig vom Halse geschafft und kann deshalb seine ganze Kraft gegen den Feind richten. Im Inneren gibt es praktisch keine Opposition mehr.»²¹ Eben damit strich Hitler gleichsam die Grundlage seines Systems durch. Hatten nicht er und seine Anhänger ihre stärksten und dauerhaftesten Emotionen aus der «Vernichtung der nationalen Intelligenz» hergeleitet, wie sie sich in Russland vollzogen hatte und für Deutschland angedroht zu sein schien? Was anderes war die Basis seiner Erfolge bis 1941 gewesen als das intakte Heer und die funktionierende Verwaltung, die aus der Weimarer Republik und letztlich aus dem Kaiserreich auf ihn gekommen waren? Wenn die «Gesellschaftsopposition» das Grundübel war, d.h. die Gesamtheit der Kreise, um deren Sympathie und Zustimmung er sich sein Leben lang bemüht hatte, was wurde dann aus seinen Anklagen gegen «Juden und Bolschewisten»? War dann der Unterschied zwischen seinem Regime und demjenigen der Bolschewiki nur der, dass die eine der Bürgerkriegsparteien, nämlich die Freikorps, sich in Deutschland unter «Liquidation» aller Gegner und aller Lauen ebenso vollständig durchgesetzt hätte wie die feindliche Partei in Russland? Tatsächlich tendierten Hitler und seine nächsten Gefolgsleute mehr und mehr über den Radikalfaschismus hinaus zu einem Regime, das im Inneren gegenüber dem immer noch weitgehend bewahrten sozialen Gefüge ebenso radikal wäre wie der Bolschewismus und das sich eben dadurch die Möglichkeit schüfe, auch seine aussenpolitischen Ziele mit revolutionärer Rücksichtslosigkeit zu verfolgen.²² Es gibt keinen Namen für ein solches Regime, denn Hitler konnte es nur noch in Ansätzen verwirklichen. Der Begriff «Nationalbolschewismus» ist zur Kennzeichnung ungeeignet, denn dieser hatte stets ein Bündnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion als oberstes Ziel gehabt. Überdies muss «Nationalismus» das Substantiv bleiben, denn Hitler weitete den Begriff zwar bis zu demjenigen der *arischen Rasse* aus, aber er wurde zu keinem Zeitpunkt daran irre. Aus Mangel an einer besseren Bezeichnung könnte man von Bolscho-Nationalismus sprechen, d.h. von einem nationa-

listischen bzw. rassenbiologistischen System, das gegenüber den vorhandenen sozialen Differenzierungen ebenso radikal zur *Liquidierung* schreit und ebenso entschieden die weltanschauliche und soziale Homogenität erstrebt, wie es der Bolschewismus getan hatte, wenn auch gewiss eine Homogenität, die von vornherein strikte Hierarchie und bedingungslose Disziplin in sich schliesst. Unzweifelhaft wurden in Deutschland bemerkenswerte Schritte in Richtung auf diese Art von Egalität getan. Das Verhältnis zwischen Mannschaften und Offizieren in der Waffen-SS war um vieles kameradschaftlicher und ungezwungener als das entsprechende Verhältnis in der Wehrmacht. Aber auch die Soldaten der Wehrmacht erhielten vom einfachen Landser bis zum Feldmarschall die gleiche Verpflegung, und damit war dasjenige Postulat erfüllt, welches zu den wichtigsten Voraussetzungen der Revolution von 1918 gehört hatte. Es war nicht unglaublich, wenn im Hinblick auf die Arbeit der Kriegsgefangenen gesagt wurde, die Unternehmer seien heute Beauftragte des deutschen Volkes – ein Satz, der einer Forderung von Karl Marx entsprach, welcher allerdings nicht vom «Volk», sondern von den «Arbeitern» gesprochen hatte.²³ Die Rede von Goebbels am 18.2.1943 mit ihrem Aufruf zum totalen Krieg hatte hauptsächlich deshalb einen so grossen Widerhall hervorgerufen, weil sie die Abschaffung aller «Privilegien» anzukündigen schien, und ähnliches galt bereits für die Rede Hitlers vom 26.4.1942, welche nach einem Lagebericht des SD wegen ihrer heftigen Ausfälle gegen die Justiz und die Beamten insbesondere in «einfacheren Kreisen» und in «Arbeiterkreisen» enthusiastischen Beifall gefunden hatte.²⁴ Hitlers und Himmlers Hauptforderung aber war der «Fanatismus», und zu dessen Musterbild wurde allmählich der Politische Kommissar der Roten Armee. Öffentlich und privat griff Hitler nun die «faulen, dekadenten oberen Stände» oder dieses «Geschmeiss von Bürgertum» an, und Himmler erklärte es ausdrücklich für einen Vorteil «des Russen», dass er «eine bis zum letzten Kuli politisierte Armee, also eine weltanschaulich durchtränkte und geführte Armee» besitze.²⁵ So wurde der *Nationalsozialistische Führungsoffizier geschaffen*, und wenn er auch gewiss nicht die Position erhielt, die die Politischen Kommissare in der Roten Armee bis zur endgültigen Abschaffung des Amtes im Oktober 1942 gehabt hatten, so sah Hitler in ihm doch offenbar den wichtigsten Faktor des «ganz geschlossenen Weltanschauungskörpers», zu dem Volk und Wehrmacht verschmelzen müssten. Deshalb betrachtete er «Intellektu-

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

elle, Wissenschaftler» für diese Position als unbrauchbar, ja als «völlig wertlos und schädlich». ²⁶ Persönliche Hochschätzung Stalins (der auf Stalins Seite eine ähnliche, aber anders begründete Hochschätzung Hitlers entsprach) verband sich bei Hitler mit Bewunderung für die Kraft der Weltanschauung: nur so sei es zu erklären, dass die Russen die «einzig wirklich grossen Gegner Deutschlands» seien, denn Russland habe eine Weltanschauung und an seiner Spitze stehe ein zweifellos bedeutender Mann, sagte er im Januar 1943 zu Antonescu. ²⁷

Das Attentat Stauffenbergs vom 20. Juli 1944 und die Aufdeckung der weitverzweigten Verschwörung, welche dessen Prämisse gewesen war und trotz des zufälligen Misslingens in der Wolfsschanze dennoch an einzelnen Punkten (wie etwa in Paris) zu gravierenden Konsequenzen geführt hatte, entfesselte nun eine Flut von Massnahmen und Invektiven, welche nicht zuletzt die Träger der berühmtesten Namen der deutschen und preussischen Geschichte betrafen: Moltke und Kleist, Yorck von Wartenburg und Tresckow, von der Schulenburg und Schwerin, und darüber hinaus diejenigen sozialen Kräfte, die als solche oder in führenden Repräsentanten unter der Decke des politischtotitären Regimes überlebt hatten: die hohe Bürokratie und die Kirchen, die Gewerkschaften und die Parteien. Stalin hatte die Marschälle, Kommandeure und Generäle, die sich in seinen Augen verdächtig gemacht hatten, immerhin erschiessen lassen; Adolf Hitler liess den Generalfeldmarschall von Witzleben und die Generäle von Hase, Stieff und Hoepner erhängen. Und er begnügte sich nicht mit der Bestrafung der Schuldigen. Er liess vielmehr die Sippenhaft einführen und damit die Vernichtung einer ganzen Schicht in die Wege leiten. So konnte Himmler in seiner Rede auf der Gauleitertagung in Posen am 3. August 1944 sagen: «Die Familie Graf Stauffenberg wird ausgelöscht werden bis ins letzte Glied.» ²⁸ Stalin hatte zwar mehrere Familienmitglieder von Tuchatschewski in Lagern umkommen lassen, aber eine derartige *Auslöschung* hatte er doch nie bewerkstelligt und jedenfalls nicht in einer Rede gefordert. So sah sich denn Himmler vor den Gauleitern zur Verteidigung gegen den Vorwurf veranlasst, ein solches Verfahren sei bolschewistisch: «Nein, nehmen Sie es mir nicht übel, das ist gar nicht bolschewistisch, sondern sehr alt und bei unseren Vorfahren gebräuchlich gewesen.» ²⁹ Aber er zog nicht den naheliegenden Schluss, dass der Bolschewismus als erster auf archaische Verhaltensweisen zurückgegriffen habe und dass der Nationalsozia-

lismus nun dabei sei, den Bolschewismus zu kopieren. Und er wagte es nicht, die sich aufdrängende Konsequenz zu ziehen, als er behauptete, Deutschland hätte im Westen gesiegt, weil es diesen bürgerlichen Staaten gegenüber «revolutionär» gewesen sei.³⁰ War etwa der Bolschewismus deshalb dabei, den Sieg über Deutschland zu erringen, weil er gegenüber dem Nationalsozialismus die revolutionärrere Bewegung war? Dahin konnte man jedenfalls Robert Leys Auffassung erweitern, der in einer Rede am 22. Juli gegen die «blaublütigen Schweine» wütete und unter grossem Beifall verlangte, «dass die Revolution alles nachholt, was sie versäumt hat».³¹ Man hatte die These Wlassows und seiner deutschen Freunde missachtet, dass Russland nur durch Russland besiegt werden konnte; musste man nun zu der Folgerung gelangen, dass der Bolschewismus nur durch Bolschewismus zu bezwingen war?

Als Hitler im Februar und März 1945 mit Bormann und Goebbels die letzten Gespräche führte, die später unter dem Titel «Hitlers Politisches Testament» veröffentlicht wurden, da übte er zum ersten Mal in seinem Leben eine ernsthafte Selbstkritik, und sie lief tatsächlich auf die Bildung eines Begriffs wie «Bolscho-Nationalismus» hinaus. Die deutsche Politik sei weitgehend von Generälen und Diplomaten gemacht worden, welche «Männer von gestern» und «reaktionäre Spiessbürger» gewesen seien. Die Aufgabe hätte darin bestanden, die französischen Arbeiter zu befreien und ein «verkalktes Bürgertum, diese herzlosen und vaterlandslosen Gesellen», erbarmungslos wegzufegen. Deutschland hätte ferner gewillt sein sollen, die islamischen Völker zum Aufstand aufzurufen und sie zu befreien.³² Hitler vergass allerdings, dass Vorschläge dieser Art gemacht worden waren und dass er selbst sie immer abgelehnt hatte, weil er auf Mussolini und Pétain Rücksicht nehmen wollte. Und hatte er nicht auch gegen die «Eiserne Garde» die Partei von Marschall Antonescu ergriffen?

So sehr Hitler bestrebt war, die Umriss eines radikaleren und revolutionäreren Weges wenigstens im Rückblick zu entwerfen, so wenig konnte er doch in seinen letzten intimen Äusserungen und öffentlichen Verlautbarungen verbergen, dass seine stärksten Emotionen dennoch unverändert geblieben waren und sich weiterhin gegen das Judentum als die grosse Macht der Auflösung der «natürlichen Ordnung» und gegen den Bolschewismus als eine Seuche und als eine Ungeheuerlichkeit richteten.

Daher rechnete er es sich nach wie vor als Verdienst um die Mensch-

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

heit an, «die jüdische Eiterbeule aufgestochen» zu haben, denn dieser Krieg sei mehr als jeder vorhergehende ein «ausschliesslich jüdischer Krieg» gewesen.³³ Als nach der Invasion der Angloamerikaner 1944 Nachrichten an ihn gelangten, in Südfrankreich seien «Sowjets» ausgerufen worden, da sagte er, diese kommunistische Welle werde sich über das ganze französische Gebiet verbreiten und die englischen und amerikanischen Truppen würden schliesslich davon infiziert werden; ähnliches habe sich am Ende des letzten Krieges in Archangelsk abgespielt und heute sei ganz Frankreich von einer völlig undisziplinierten und bolschewistischen Bevölkerung bewohnt.³⁴ Aber wie lebendig und massgebend die Erinnerung an das Kriegsende von 1918 und an den Russischen Bürgerkrieg geblieben war, hatte er auf die erstaunlichste Weise bereits in jener Lagebesprechung vom 1. Februar 1943 zu erkennen gegeben. Damals hatte er vorhergesagt, dass die in Stalingrad gefangenen Offiziere bald als Propagandisten im russischen Rundfunk auftreten würden, und er hatte dafür die folgende Begründung gegeben: «Sie müssen sich vorstellen: er kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den ‚Rattenkäfig‘ vor! Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen.»³⁵ Die Vergangenheit des russischen Bürgerkrieges, die für fast alle anderen Menschen inzwischen eine blosser Erinnerung geworden war, war für Hitler nicht vergangen, und er empfand den Bolschewismus, der ihm doch in der Gestalt von Stalins national-sozialistischem Staat als bewundertes Vorbild vor Augen stand, immer noch als das Schreckbild des Zerfalls und der unfassbaren Greuelthaten, wie ihn 1920 so viele Menschen in Deutschland gesehen hatten.³⁶

Kein Gedanke lag näher als der, dass nur wenige seiner Gefolgsleute bereit waren, den Bolschewismus ernsthaft als Vorbild zu betrachten, dass aber niemand die entgegengesetzten Empfindungen so sehr vereinigte wie er selbst und dass er insofern ganz allein stand. Aber Hitler gab sich deshalb nicht unrecht, und Ende Februar 1945 führte er eine Ursache für sein Scheitern an, die er bis dahin noch nie genannt hatte: nicht mehr den «Verrat» der alten Offiziere und den Widerstand der «Reaktion» und auch nicht das gesellschaftliche System, das einen wirklich *totalen* Krieg bis zuletzt verhindert hatte³⁷, sondern das deutsche Volk als solches, das unbeständig und beeinflussbar sei wie kein zweites und das in seiner Vergangenheit jeweils von einem Extrem in das andere verfallen sei.³⁸

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

Darin bestand die erste Paradoxie des Sieges, den die Sowjetunion über Deutschland erfocht: 1917 hatte Maxim Gorki gegen Lenin und Trotzki den Vorwurf gerichtet, sie betrachteten das russische Volk nur als Material für ihre Weltbefreiungspläne; Adolf Hitler dagegen hatte wenig später feierlich versprochen, dem deutschen Vaterland und nur diesem zu dienen. Jetzt verwarf Hitler das deutsche Volk als schlechtes Material, und Stalin rühmte das russische, dessen Selbstbehauptungswillen er gegen Hitlers und auch Rosenbergs Pläne schliesslich verkörpert hatte.

Die zweite Paradoxie ist darin zu sehen, dass der Sieg nur mit Hilfe des ältesten Feindes möglich wurde, der angelsächsischen Hauptmächte des Kapitalismus, welche zwar erst in der Endphase einen direkten militärischen Beitrag von Gewicht geleistet, aber durch ihre Luftangriffe und durch die gewaltigen Lieferungen von Kriegsmaterial doch das Zünglein an der Waage gebildet hatten.

Die dritte Paradoxie lag darin, dass Stalin alle diejenigen Kräfte und Sympathien im eigenen Lande und in den Ländern der Alliierten in seine Dienste zu stellen vermochte, die Lenin vollständig zu vernichten gesucht hatte und die von Wlassow weit genuiner repräsentiert worden wären, dass er, mit anderen Worten, sein Regime in der Zeit höchster Not auf den Weg des Staats- oder National-Sozialismus brachte, während Hitler auf dem entgegengesetzten Weg zu grösserer sozialer Radikalität nur einige wenige Schritte zu tun vermochte, weil es die postulierte Masse von *bolscho-nationalistischen* Fanatikern in Deutschland nicht gab und nach fünf Jahren Krieg nicht geben konnte.

So war der deutsch-sowjetische Krieg der wichtigste und entscheidende Teil des Zweiten Weltkrieges, aber als Krieg von Bolschewismus und Nationalsozialismus wird er unzureichend und falsch verstanden, sofern man jene Wandlungen unberücksichtigt lässt, denen beide Parteien und beide Regime unterlagen. Eine letzte Feststellung muss aber in Frageform gekleidet werden, weil sie mit dem rätselhaftesten aller Entschlüsse Hitlers zusammenhängt.

Gewiss hatte die Sowjetarmee seit dem Sommer 1943 immer neue Siege erfochten, den grössten durch die Zertrümmerung der Heeresgruppe Mitte im Juni/Juli 1944. Aber noch im Dezember 1944 standen die deutschen Armeen an der Weichsel, und in Ostpreussen war den sowjetischen Divisionen nur ein temporärer Einbruch gelungen, der aber fassungsloses Entsetzen unter der ostdeutschen Bevölkerung hervorgerufen hatte, weil er zu

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

beweisen schien, dass die Russen tatsächlich einen Vernichtungs- und Rachefeldzug gegen alle Deutschen als solche führten.³⁹ Der Ausgangspunkt eines neuen Angriffs würde zweifellos der Brückenkopf von Baranow südlich von Warschau sein. Zur gleichen Zeit waren die Amerikaner und Engländer bis zur westlichen Reichsgrenze vorgedrungen. Da fasste Hitler seine letzten Reserven zusammen und entfesselte seine letzte Offensive, aber nicht gegen den sowjetischen Brückenkopf, sondern gegen die alliierten Stellungen in Belgien. Die Ardennen-Offensive, die letztlich auf Antwerpen als den grossen Nachschubhafen abzielte, war zunächst ein solcher Erfolg, dass Hitler zu seinen Generälen sagen konnte, Deutschland würde ohne Zweifel mit jedem einzelnen der drei Kriegsgegner im Handumdrehen fertig werden.⁴⁰ Aber Eisenhower vermochte die Rückschläge rasch zu überwinden, und als auf Bitten von Churchill und Roosevelt die sowjetische Offensive schon am 12. Januar losbrach, da hatte Hitler keinerlei Reserven mehr, die er ihr entgegenwerfen konnte, und die sowjetischen Truppen legten den Weg bis Berlin in etwa ebensokurzer Zeit zurück, wie 1941 die deutschen Armeen für den Weg von der Grenze bis unmittelbar vor Moskau benötigt hatten. Und was die Japaner 1941 nicht getan hatten, das taten nun die Amerikaner und Engländer: Sie rückten von der anderen Seite auf die feindliche Hauptstadt vor. Einiges spricht dafür, dass Hitler die Ardennen-Offensive deshalb begonnen hatte, weil er hoffte, die Westalliierten friedenswillig zu machen. Tatsächlich hat Stalin fast bis zum Tage des Selbstmords Hitlers und der Eroberung von Berlin ein gegen ihn selbst gerichtetes Abkommen zwischen Deutschland und den USA bzw. England für möglich gehalten. Himmler erwies sich in diesen letzten Kriegswochen ganz eindeutig als der *Westler*, der er im Grunde seines Herzens immer gewesen war. Goebbels dagegen schien ein Abkommen mit der Sowjetunion anzustreben. Es ist daher nicht klar, was Hitler mit seinen letzten Entschlüssen und Gedanken bewirken wollte. Zweifellos wäre Deutschland auch dann in Besatzungszonen geteilt worden, wenn sich Hitler zu einer Baranow-Offensive statt zu der Ardennen-Offensive entschlossen hätte. Es gibt keine Wahrscheinlichkeit, dass die Amerikaner, welche der sowjetischen Hilfe gegen Japan zu bedürfen glaubten, nach der Besetzung ganz Deutschlands etwaigen Wünschen Churchills nachgegeben und das Abkommen über die Aufteilung der Besatzungszonen von 1944 gebrochen hätten. Aber der ostdeut-

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

schen Bevölkerung wäre das schreckliche Schicksal erspart geblieben, das nicht nur durch die Taten der Rotarmisten und durch die alliierten Vernichtungsangriffe auf Dresden, sondern auch infolge der Fehler und Versäumnisse der deutschen Parteidienststellen über sie kam. Hitler jedoch sagte zu seinem Rüstungsminister Albert Speer, als dieser ihn zur Zurücknahme des Zerstörungsbefehls veranlassen wollte, der jenem Befehl Stalins von 1941 genau entsprach, nur dass keine Räume vorhanden waren, wohin irgendetwas abtransportiert werden konnte: «Wenn der Krieg verlorengeht, wird auch das Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen... Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschliesslich die Zukunft.»⁴¹ Diese Äusserung stimmt mit ähnlichen Aussagen, darunter der eben angeführten, gut zusammen, und sie deutet zum mindesten darauf hin, dass für Adolf Hitler am Ende seines Lebens das einstige Schreckbild vollständig zum – nunmehr unerreichbaren – Vorbild geworden war, wenn auch im Rahmen einer *völkischen* Weltanschauung, die eigentlich keine Ideologie genannt werden darf. Trotzdem hatte er zweifellos nicht aufgehört, den Bolschewismus zu hassen. Aber das war nur eine Paradoxie unter mehreren Paradoxien, und ein Widerspruch unter vielen Widersprüchen. Paradoxien und Widersprüche erfüllten die Epoche, aber in Hitler und seinem Nationalsozialismus waren sie stärker konzentriert als in jeder anderen Gestalt und jedem anderen Phänomen des 20. Jahrhunderts.

Schlussbetrachtung

Bolschewismus und Nationalsozialismus im europäischen Bürgerkrieg der Epoche des Faschismus

Wenn abschliessend der Blickpunkt in Worte gefasst werden soll, welcher die Darstellung bereits von Anfang an leitete, der Blickpunkt der späten achtziger Jahre und eines westlichen Landes, und wenn danach der Platz des europäischen Bürgerkrieges, der nach seinem kennzeichnendsten Phänomen die «Epoche des Faschismus» heissen muss, innerhalb des modernen Geschichtsprozesses zu umreissen ist, dann muss zunächst die Feststellung getroffen werden, dass der Bolschewismus der russischen Revolution mit seinen wichtigsten Doktrinen unbestreitbar unrecht hatte: Die *Bourgeoisie* war keine sterbende Klasse, der *Kapitalismus* war kein stagnierendes und verfaulendes System, die Mittelschichten sind nicht zerrieben worden, die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern sind nicht verelendet, ein *bewaffneter Aufstand* in keinem dieser Länder stattgefunden, die Entwicklungsmöglichkeiten *des Kapitalismus* waren nicht im Entferntesten erschöpft, und das konsumorientierte, frei bewegliche Dasein der Massen in den westlichen Ländern ist innerhalb der Dürftigkeit und Starrheit der *östlichen* Verhältnisse für nahezu alle Menschen, die eine Vergleichsmöglichkeit haben, ein neidvoll betrachtetes Ideal. Es ist jedoch ebenso wahr, dass vieles von dem, was 1918 weithin als bolschewistisch galt, inzwischen selbstverständlich geworden ist: die Welt ist in einer Weise zusammengewachsen, wie es am Ende des Ersten Weltkrieges unvorstellbar war; die Kolonialvölker Asiens und Afrikas sind in die Weltgeschichte eingetreten; die Emanzipation der Frauen hat fast überall in der Welt grosse Fortschritte gemacht; *Arbeiterparteien* führen auch dort an vielen Stellen die Regierung, wo es mehrere Parteien gibt; die Steuersätze haben eine Höhe erreicht, die noch um 1930 als Konfiskation gegolten hätte. Unter bestimmten Gesichtspunkten ist die westliche Gesellschaft ebenso sehr proletariisiert, wie sie im Ganzen *mittelständisch* geworden ist.

Schlussbetrachtung

Aber die charakteristischen Zuspitzungen dieser Wahrheiten und Tendenzen, welche als solche weit älter waren als die Partei der Bolschewiki, haben sich ebenfalls nicht als richtig erwiesen: die *Grenzpfähle* sind keineswegs in der Weise verschwunden, wie Radeks und Troztkis technokratischer Universalismus es sich vorstellte; die staatliche Freiheit der ehemaligen Kolonialvölker schliesst wirtschaftliche Abhängigkeit nicht aus; die Emanzipation der Frauen hat zu keiner gleichmässigen Beteiligung an den Machtpositionen geführt, und in den Staaten des *Sozialismus am* wenigsten; die Arbeiterparteien sind zu der Einsicht gelangt, dass sie nur dann die Interessen der Arbeiter wirkungsvoll vertreten können, wenn sie ein Teil des Ganzen, aber nicht das Ganze selbst sind, denn dass eine alleinregierende Arbeiterpartei ein Maximum an Herrschaft über die Arbeiter und die Masse der Bevölkerung bedeutet, ist am Beispiel der regierenden kommunistischen Parteien und insbesondere der KPdSU nur allzu offenkundig geworden.

Wenn aber im Bolschewismus der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg Unrecht und Recht auf so eigenartige Weise gemischt waren, dann konnte eine Gegenbewegung, die ihm an Militanz und Entschlossenheit gleichkommen wollte, nicht von vornherein und vollständig im Unrecht sein. Mussolini sagte einfachhin Richtiges, als er 1922 feststellte, der Kapitalismus sei kein abgelebtes, sondern ein sehr zukunftsvolles System¹, das noch viele Jahrzehnte der Entfaltung vor sich habe. Adolf Hitler hatte recht, als er immer wieder sagte, die Übertragung des sowjetischen Kommunismus nach Deutschland werde auf unüberwindlichen Widerstand stossen und seine Bewegung sei das bedeutungsvollste Symptom dieses Widerstandes. Bis zum Kriegeausbruch und in gewisser Weise sogar bis zum Kriegsende blieb die Lebenswelt im nationalsozialistischen Deutschland dem pluralistischen System der westlichen Demokratien weit verwandter, als es in der Sowjetunion der Fall war. Als Professor Kurt Huber, der Mentor der Studenten der «Weissen Rose» 1943 zu seiner Verteidigung vor dem Volksgerichtshof den Satz vorbrachte, das Regime sei deshalb zu verurteilen, weil die Eltern sich nicht mehr vor den Kindern sicher fühlen könnten, war er sich vermutlich dessen bewusst, dass in der Sowjetunion Kinder, welche ihre Eltern den Behörden zur Anzeige brachten und damit dem Tode überlieferten, schon seit Langem als Nationalhelden gefeiert wurden.²

Aber diese noch vorhandene Ähnlichkeit mit den westlichen Demokra-

tien war doch schon seit geraumer Zeit immer geringer geworden, denn sie wurde von der Staatsführung mehr und mehr als Mangel betrachtet; und in der Ideologie des Nationalsozialismus wurde auch alles dasjenige mit Entschiedenheit verneint, was als langfristige Tendenz gerade im Westen seit Langem vorhanden war und was der Kommunismus übernommen hatte: Die angestrebte Weltherrschaft des germanischen oder arischen Menschen war doch nichts anderes als die dauerhafte Fixierung der europäischen Vorherrschaft in der Welt, die von sich aus dabei war, sich aufzulösen, weil sie in die ganze Welt Ideen und Prozesse exportierte, die innerhalb von Europa zur Ausbreitung der Industriellen Revolution über England hinaus und zur Nationalstaatsbildung ehemals abhängiger oder zersplitterter Gebiete geführt hatten. Eben dies bedeutete doch der Kampf gegen &Juden: dass gegen den Welterlösungsanspruch des Bolschewismus und gegen die westliche *Dekadenz* zugleich gekämpft werden sollte, um die Welt von einem doppelten Übel zu befreien, dessen gemeinsame Ursache man in diesem Volke entdeckt zu haben glaubte. Soweit der Nationalsozialismus Ideologie und Weltheilungslehre war, griff er also dasjenige an, was *dem Westen* und dem Bolschewismus tatsächlich gemeinsam war, z.B. den grundsätzlichen Pazifismus, dem er die Rühmung des Krieges als solchen entgegenstellte. Er setzte sich damit auf eine besonders intensive Weise ins Unrecht, und zwar schon deshalb, weil er jene Weltkoalition gegen Deutschland geradezu postulierte, die im Ersten Weltkrieg die Niederlage herbeigeführt hatte.

Aber nicht darin lag die eigentliche Tendenz zur Selbsterstörung beschlossen, die häufig bloss ex post facto aus der Tatsache der Niederlage abgeleitet wird. Zwar war Hitler bereits 1939 mit seinem spezifischen ausenpolitischen Konzept gescheitert, aber die Situation gegenüber dem Ersten Weltkrieg war immerhin so weit verändert, dass Deutschland 1941 mit einer zweiten Weltmacht, nämlich Japan, verbündet war und eine ehemalige Weltmacht, nämlich Frankreich, niedergeworfen hatte. Deutschland als Vormacht Europas und Japan waren der Sowjetunion und England auch an industriellem Potential keineswegs unterlegen, und wenn sie ihre Pläne mit der Absicht koordiniert hätten, die USA aus dem Kriege herauszuhalten, hätten sie sehr wohl bis Ende 1941 den Sieg erringen können.³ Aber jene *Herrennaturen*, die dann, nach der Maxime «zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl und flink wie Windhunde» erzogen, als *Vizekönige* in den Rie-

Schlussbetrachtung

senräumen des Ostens über eine im Zustand des Analphabetismus gehaltene Bevölkerung geherrscht hätten⁴, würden auch die inneren Verhältnisse im Altreich so sehr verändert haben, dass dieses Grossgermanische Reich mit dem alten Deutschland noch weit weniger in einem identitätsbegründenden Zusammenhang gestanden hätte als die Sowjetunion mit dem Russland der Zaren. Der militante Partikularismus derer, die *Deutschland* gegen die Absicht des Bolschewismus verteidigen wollten, eine unterschiedslose Menschheit hervorzubringen, hätte als *Rassenstaat* so viel von dem grenzensprengenden Universalismus in sich aufgenommen, dass er von seinem Ausgangspunkt verschiedener gewesen wäre als der intendierte *Menschheitsstaat* der Sowjetunion, der so rasch in die Hände von Männern geriet, welche Lenin als «grossrussische Chauvinisten» bezeichnet hatte.⁵

Daher fand zu keiner Zeit der «reine Bürgerkrieg» statt, der mit der «Bürgerkriegserklärung» der Bolschewiki eingeleitet werden sollte und der mit der Entstehung der entgegengesetzten Bürgerkriegspartei hätte aktuell werden können, sondern er war stets mit Traditionen und staatlichen Realitäten verknüpft, wie es auf andere Weise auch in dem ersten europäischen Bürgerkrieg der modernen Zeit der Fall gewesen war, der Epoche der Französischen Revolution und Napoleons.

So waren Recht und Unrecht dem Anschein nach auf beiden Seiten eng miteinander verknüpft, und dem Nationalsozialismus, wie dem Faschismus überhaupt, liesse sich nur unter zwei Bedingungen ein vollständiges Unrecht zuschreiben.

Es ist vorstellbar, dass die *Weltrevolution des Proletariats* 1918 und 1919 objektiv möglich war und dass sie bloss wegen des *Verrats* der Sozialdemokraten und des gewalttätigen Widerstands der Freikorps als der wichtigsten Vorläufer des Nationalsozialismus an der entscheidenden Stelle zum Scheitern gebracht wurde, nämlich in Deutschland. Ohne diese unglücklichen Ereignisse würde sich der Weltsozialismus als das harmonische, von Klassenunterschieden wie von staatlichen Grenzen freie Zusammenleben aller Menschen verwirklicht haben, von dem die Welt auch heute noch so weit entfernt ist.⁶ Aber es liegt auf der Hand, dass es sich um eine Phantasie handelt, die einen Grenzbegriff konkretisiert und daher auch die Widerstände der Realität personalisiert, nämlich als Kriegsgewinnler, Kapitalisten oder Kleinbürger.

Es ist nicht auszuschliessen, dass die Welt nach Woodrow Wilsons berühmtem Wort durch die Niederlage der *Autokratien* so «sicher für die De-

mokratie» geworden wäre, dass die Machtergreifung der Bolschewiki und deren Auswirkungen keine Gefährdung hätten darstellen können und dass im Gegenteil die revolutionäre Macht der *Verwestlichung* auch in der Sowjetunion zu demokratischen Veränderungen geführt haben würde, sobald die Handelsbeziehungen und andere Kontakte vollständiger ausgebaut worden wären. Es hätte also für den Nationalsozialismus und für den Faschismus überhaupt keinerlei innere Begründung gegeben, und sie könnten nur als unselige Rückfälle in vordemokratische Zustände betrachtet werden.

An dieser Auffassung ist sicherlich so viel richtig, dass das System der westlichen Demokratie und das ihr entsprechende ökonomische System der Weltmarktwirtschaft bei Weitem nicht so geschwächt und bei Weitem nicht so sehr an der Grenze ihrer Möglichkeiten angelangt waren, wie es die Bolschewiki annahmen. Aber die historische Untersuchung zeigt, dass die Gefährdung oder mindestens das Empfinden der Gefährdung in breiten und aktiven Schichten aller europäischen Staaten und sogar, wie schon die Panik des «Red scare»⁷ unter Beweis stellt, in den USA stark und in Deutschland sowie Italien sehr stark waren. Schliesslich behauptete der Gegner ja immer wieder und mit grossem Nachdruck, er werde das europäische Bürgertum, ja sogar die *Weltbourgeoisie* vernichten. Aber dieses Bürgertum war nicht eine winzige Gruppe von Finanzleuten und Grossunternehmern. Es umfasste alle diejenigen, die sich selbst gefährdet fühlten, wenn diese kleine Gruppe auf gewalttätige Weise enteignet würde; und es fand die Unterstützung aller derer, die eine grundlegende Umwandlung komplexer industrieller Verhältnisse für eine überaus gefährliche Operation hielten.

In den USA waren diese *Mittelschichten* schon nach der Meinung Tocquevilles und John Stuart Mills mit der Nation identisch, da jedermann dazugehören wollte und irgendwann dazugehören konnte; die Idee, sie zu stürzen oder zu beseitigen, war also unreal. In England und Frankreich waren diese Schichten nicht ebenso stark, aber ihre Nationen hatten den Krieg gewonnen. Deutschland und bis zu einem gewissen Grade Italien waren in einer anderen Lage, und in Italien kam zuerst jene neuartige Partei zur Alleinherrschaft, die militant antikommunistisch war und grundsätzlich antidemokratisch, d.h. antiliberal sein wollte. Selbst Mussoeni erhob indessen nicht den Anspruch, dass nur der Sieg seiner Partei den Triumph eines be-

Schlussbetrachtung

waffneten Aufstandes der Kommunisten verhindert habe, und bis 1933 behauptete so gut wie niemand, dass Italien kein Bestandteil des europäischen Staatensystems mehr sei. Auf Deutschland aber fiel am stärksten der gewaltige Schatten der Ereignisse in Russland, wo das Bürgertum viel schwächer war als in West- und Mitteleuropa und wo es durch die Kriegsergebnisse in eine Lage geriet, welche die Machtergreifung der feindlichsten Partei ermöglicht hatte. Die Folgen waren, wenngleich nicht ohne propagandistische Übertreibungen, in Deutschland besser bekannt als irgendwo sonst in der Welt, und es wäre höchst erstaunlich gewesen, wenn sich nicht gerade hier eine militante Gegenbewegung entwickelt hätte. Auch deren Sieg war indessen nicht *notwendig*, aber doch noch weit weniger zufällig in dem Sinne, dass lediglich die Intrigen einer kleinen Clique von Politikern und Unternehmern Hitler zur Macht gebracht hätten. Vor allem aber konnte Hitler behaupten und weit über Deutschland hinaus mit dieser These Glauben finden, dass nur seine Machtübernahme den Sieg des Kommunismus verhindert habe. Noch weit weniger *notwendig* war jedoch, dass Hitler und seine Bewegung einen *Schlüssel* gebrauchten, um ihr antikomunistisches Engagement zu einer Ideologie zu machen, welche der Ideologie des Feindes ganz entgegengesetzt sein und ihr doch nach dem umfassenden Anspruch entsprechen sollte.⁸ Trotzdem stellte Hitlers Machtübernahme und die folgende Errichtung des Einparteieregimes so viel unter Beweis, dass Lenin unrecht gehabt hatte, als er die Epoche der Weltrevolution des Proletariats gekommen glaubte, und dass auch Wilson einem schwerwiegenden Irrtum unterlegen war, als er meinte, die Welt sei im Ganzen «sicher für die Demokratie». Mit dem Jahre 1933 wurde vielmehr unübersehbar, dass Sinowjew 1922 das Richtige getroffen hatte, als er (ohne sich vermutlich über die Konsequenzen klar zu sein) meinte, die Welt sei in eine «Epoche des Faschismus» eingetreten.⁹ Mit der Machtergreifung einer zweiten und radikaleren Partei des faschistischen Typus in einem der Grossstaaten Europas war in höchstem Grade wahrscheinlich geworden, dass die wichtigsten Initiativen nun von dieser Seite kommen würden und dass die Sowjetunion sich den reagierenden, den antirevisionistischen Staaten anschliessen musste, wenn sie überleben wollte.

Es genügt indessen nicht, aus dem Blickpunkt der Gegenwart und derjenigen Weltgegend, wo Identifikation mit der Staatsmacht nicht zwingend geboten ist, auf den Ersten Weltkrieg als den unmittelbaren Wurzelgrund

von Bolschewismus und Faschismus zu verweisen und das Recht wie das Unrecht beider gegeneinander abzuwägen, sondern es muss auch festgestellt werden, dass beide Erscheinungen lange Wurzeln in einer Gesellschaft hatten, welche sich in Europa im Laufe mehrerer Jahrhunderte herausgebildet hatte und welche die Gesellschaft der produktiven Differenzen genannt werden kann, d.h. der staatlichen, klassenmässigen, konfessionellen, regionalen und parteilichen Unterschiede, die nicht starr nebeneinanderstehen, sondern imstande sind, sich aneinander zu verwandeln und dadurch gegenseitig voranzutreiben.

Seit sich auf dem Boden noch älterer Prämissen im vielstaatlichen Gebiet des abendländischen Europa mit der Reformation ein vorgangloser Bruch in der bisherigen Einheit *der Christenheit* vollzogen hatte, standen sich zunächst Religionsparteien gegenüber, die sich in konfessionellen Bürgerkriegen wechselseitig nur in einigen Staaten oder Regionen zu vernichten vermochten, die sich aber schliesslich trotz ständig fortdauernder Kämpfe gegenseitig anerkennen mussten. Aus dem Vergleich zwischen den unvereinbaren Glaubenssätzen der Konfessionen und aus dem Widerspruch zu deren Vernichtungskämpfen ist die Frühaufklärung entstanden, und die eigentliche Aufklärung bedeutete nicht zuletzt die Umwandlung dieser Religionsparteien in politische Parteien, welche zunächst nur eine ideelle Existenz hatten. Schon um die Mitte des 18. Jahrhunderts bildete sich eine extreme Linke schroffster Kritik an den gegebenen Verhältnissen heraus, als deren bekanntester Protagonist Rousseau galt, und ihr stand eine extreme Rechte der Verteidiger des Ancien régime gegenüber, die sich keineswegs auf die Unterstützung der Regierungen beschränkte, sondern unter geschickter Benutzung der neuen Kommunikationsmittel der Zeitungen und Zeitschriften zu entschiedenerem Widerstand gegen zerstörerische Tendenzen aufrief. Zwischen beiden bildete sich eine Mittelpartei, welche auf beiden Seiten *Fanatismus* wahrnahm und eine säkulare Zivilisation zu fördern suchte, die mit den Bannbulen und Buchverbrennungen des Ancien régime so wenig zu vereinbaren war wie mit dem Drang der Anhänger Rousseaus, nach dem Vorbild der römischen Republik oder noch entfernterer Zeiten eine *reine* und *tugendhafte* Gesellschaft zu errichten.

Diese Mittelpartei, die sich auf Voltaire berufen konnte, schien 1789 mit dem Ausbruch der Französischen Revolution zu triumphieren, aber schon

Schlussbetrachtung

drei Jahre später war sie von einer anderen und radikaleren Revolution ebenso mit Vernichtung bedroht wie die royalistische Rechte. Die Pariser Sansculotten versuchten unter der Führung von Jakobinern wie Robespierre und Saint-Just die gleichheitliche Republik der Gerechtigkeit zu begründen, indem sie alle aristokratische Verdorbenheit, aber auch alle moderne Komplizierung dem Schafott überliefern wollten. Die Jahre 1793 und 1794 bedeuteten die Herrschaft der säkularisierten Gottesstreiter, der Egalitätsideologen und Gerechtigkeitsfanatiker, und sie hinterliessen in ganz Europa einen unverlöschlichen Eindruck, der kaum irgendwo zu der Einsicht führte, dass diese Ideologen je nach den Umständen das Salz der Erde oder der Fluch der Welt sind. Überall wandten sich nun Aufklärer gegen dasjenige, was die äusserste Konsequenz der Aufklärung zu sein schien und doch in seiner Intoleranz so sehr an all das erinnerte, was die Aufklärung von jeher bekämpft hatte.¹⁰ Aber der Sieg Robespierres war kein dauerhafter Sieg, der Vorstoss der extremen Linken wurde gleichsam eingefangen, die selbstgenügsame und in ihrer Gerechtigkeit unveränderliche Republik der Gleichheit, wie Babeuf sie nach dem Sturze Robespierres verwirklichen wollte, wurde nicht zur Wirklichkeit; Vielfalt, Vergleichsmöglichkeit, Komplizierung und damit freilich auch Ungerechtigkeit¹¹ blieben durch Napoleon und trotz Napoleon erhalten, aber auch die extreme Linke war nicht vernichtet, und sie entfaltete sich im Zeitalter der Restauration von Neuem.

Dass das Wechselspiel von individualistischer Kritik und Selbstbehauptung der Regierungen, von Vergangenheitsorientierung und Zukunftsentwurf, von extremer Linker und extremer Rechter sogar bei erheblicher Schwächung des «juste milieu» etwas Positives sein könnte und dem System eine spezifische Dynamik verlieh, war längst nicht für alle Zeitgenossen einsichtig, die sich mit entgegengesetzten Idealen häufig dieser ständigen Unruhe und Auflösung zu entziehen suchten; aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts war es so gut wie unbestritten, dass die friedliche Austragung von Gegensätzen in den parlamentarischen oder konstitutionellen Systemen der grossen Kulturstaaten das eigentliche Wesen von *Modernität* ausmache, welche sich allmählich auch auf die weniger entwickelten Gebiete der Welt ausdehnen werde. Unter der Decke der Zukunftsgewissheit und des Optimismus verbarg sich allerdings ein beträchtliches Mass an Beunruhigung, weil die extreme Linke in der Gestalt der marxistischen Arbeiterbewegung

eine vorher nie gekannte Stärke erreicht hatte und weil auf der entgegengesetzten Seite die alte Zivilisationskritik neue und radikalere Formen angenommen hatte, darunter den Antisemitismus, der ebenso sehr von links wie von rechts herkam und der die schwierigste aller produktiven Differenzen dieser Gesellschaft, das Zusammenleben von Juden und «Christen» negierte, ein Zusammenleben, das auch von einer jüdischen Bewegung, dem Zionismus, in Frage gestellt wurde.

Gleich wohl wies zu Anfang 1914 nichts darauf hin, dass die Arbeiterbewegung in irgendeinem Staat Europas auf gewalttätige Weise oder durch einen politischen Generalstreik *die Macht übernehmen* werde, denn längst hatte sich innerhalb ihrer eine gewerkschaftliche Rechte gebildet, die vom Marxismus Abschied zu nehmen schien. Noch viel weniger Chancen konnten der extremen Rechten eingeräumt werden, nach deren Meinung sogar der Deutsche Kaiser viel zu sehr mit den Gegnern paktierte.

Wohl aber bahnten sich eigenartige Entwicklungen in denjenigen Teilen der Welt an, die nicht oder nicht vollständig zu den parlamentarischen und konstitutionellen *Kulturstaaten* zählten. In England herrschte zwar die Vorstellung vor, dass in einem langwierigen historischen Prozess die Institutionen des Mutterlandes auch auf die nichtangelsächsischen Teile des Empire, insbesondere auf Indien, übertragen werden könnten. Aber in Ägypten hatte sich schon während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gezeigt, dass modernisierende Reformen von einem absoluten Herrscher, von Mehmed Ali, ins Werk gesetzt wurden; in der Türkei hatte in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine lange Reihe von tiefgreifenden und europäisierenden Reformen – die sogenannte Neuorganisation (Tanzimat) – keineswegs die Etablierung eines Parlaments nach sich gezogen, und wenige Jahre vor dem Ausbruch des Weltkriegs konnte die Revolution der Jungtürken Anlass zu der Vermutung geben, dass nicht einzelne Despoten, sondern neuartige Parteien aus Offizieren und Intellektuellen die modernisierenden Reformen durchführen würden, die erforderlich waren, wenn zurückgebliebene Länder instand gesetzt werden sollten, gegen den übermächtigen Einfluss der europäischen Staaten ihre Selbständigkeit und ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten zu behaupten. Eine abermals andersartige Entwicklung zeichnete sich in Russland ab, wo der Ministerpräsident Stolypin eine Agrarrevolution initiierte, die den überkommenen Kollektivismus auflöste,

Schlussbetrachtung

während die Grossindustrie mit gewaltigen Staatshilfen rapide entwickelt wurde. Würde es also in grossen Teilen der Welt eine Modernisierung geben, die nicht auf der europäischen Voraussetzung, der Gesellschaft der produktiven Differenzen, beruhte, sondern als Folge ungeteilter Macht in den Augen der Durchschnittsliberalen *reaktionär war*?

So war die Stimme von Rosa Luxemburg zwar eine sehr einsame Stimme, aber inmitten der fast allgemeinen Zustimmung zum Kriege brachte sie die alte Grundemotion der Egalitätsideologen, der Kämpfer für Gleichheit und absolute Gerechtigkeit, nach der blossen Rhetorik der Vorkriegszeit auf umso glaubwürdigere Weise wieder zu Wort: «Die Weltverbrüderung der Arbeiter ist mir das Heiligste und Höchste auf Erden, sie ist mein Leitstern, mein Ideal, mein Vaterland; lieber lasse ich mein Leben, als dass ich diesem Ideal untreu werde.»¹² Aber gerade deshalb schien es ihr besonders verwerflich, dass die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Zustimmung zu Vergeltungsmassnahmen für ein völkerrechtswidriges Verhalten der Engländer ein «Hinmorden Unschuldiger» postulierte.¹³ Es ist kein Zweifel, dass auch die führende Gruppe der Bolschewiki, dass Lenin, Trotzki, Sinowjew und Radek von ähnlichen Empfindungen erfüllt waren, dass sie genuine Egalitätsideologen waren, welche in den Fussstapfen einer alten Tradition die Welt von allen Übeln und Ungerechtigkeiten reinigen wollten. Zugleich waren sie vom Enthusiasmus der heraufkommenden Welteinheit durchdrungen, der nach ihrer Überzeugung bloss *Borniertheit* sich entgegenstellen konnte. Aber in der Spur der frühen Arbeiterbewegung werteten sie die *Zivilisation der europäischen Kulturstaaten* als *Kapitalismus* ab, und sie kamen dadurch zur Macht, dass sie einen Autoritätsverlust verschärften, der bloss aus dem Kriegsverlauf resultierte und daher nur wenig Ähnlichkeit mit jener Kritik an der Autorität besass, durch welche die europäische Linke sich von jeher hervorgetan hatte. Damit machten sie zugleich im unerbittlichen Kampf um die Behauptung der alleinigen Macht jenes «Hinmorden Unschuldiger» zum Prinzip, indem sie ganze Klassen für schuldig erklärten.

Nicht minder auffallend war, dass sie sehr früh das Wort *Macht* ganz besonders betonten und dass sie diese Macht nach dem Scheitern der ersten Hoffnungen auf den unmittelbar bevorstehenden Sieg der Weltrevolution in den Dienst der Entwicklung eines zurückgebliebenen Landes stellen wollten. Sie schrieben sich also dieselbe Rolle zu, welche die Jungtürken für sich in Anspruch genommen hatten, aber sie verstanden sie nicht als ei-

nen Weg hin zur europäischen Zivilisation, sondern als eine Methode, diese schlechte und räuberische Zivilisation zu zerstören. Von der russischen Tradition her gesehen waren sie also eher Slawophile als Westler, weil sie jedes Ziel für geringwertig hielten, das nicht der ganzen Welt Befreiung und Erlösung brächte.¹⁴ So waren die Gerechtigkeitsfanatiker zugleich Racheengel und Entwicklungspolitiker, anders als sie es nach der Lehre des Marxismus hätten sein sollen. Mithin verband sich das ursprüngliche Überschiessen der ältesten aller Sozialreligionen mit der Bereitschaft zur Anwendung auch der extremsten Mittel, um an der Macht zu bleiben, und mit dem Willen zur Übernahme einer Entwicklungsaufgabe, die einen Verzicht zu implizieren schien, nämlich den Verzicht auf die produktiven Differenzen jenes Liberalen Systems, das selbst im Kriege nicht ausschliesslich auf die Erfüllung einer einzigen Aufgabe konzentriert gewesen war. Und als ein so eigenartiges Gebilde konnte dieser konkrete Staat gleichwohl auf eine übernationale Loyalität zählen, die Clara Zetkin 1920 jene erstaunliche Aussage machen liess.¹⁵

Wann hätte es für die National- und Kulturstaaten Europas, die eben noch das Paradigma der Weltentwicklung gewesen waren, jemals eine derartige Herausforderung gegeben? Dass eine Gegenbewegung aufkommen und eine Antwort propagieren musste, hatte ebensowohl historische Wurzeln, und Edmund Burke hatte gegenüber der Französischen Revolution eine ähnliche Beängstigung, gepaart mit einem ähnlichen Überlegenheitsgefühl, empfunden, wie sie gegenüber dem Bolschewismus und der Räterepublik nun für eine kurze Weile Thomas Mann und in dauerhafter Grundemotion Adolf Hitler empfanden.¹⁶ Aber Hitler und Alfred Rosenberg und Heinrich Himmler waren nicht ursprünglich Ideologen, sondern Künstler, liberale Angehörige freier Berufe, *Kleinbürger*, die durch ungeheure Ereignisse beunruhigt und verstört waren, die nach Antworten suchten und über die Schwäche der Regierungen erzürnt waren. Dass sie *Deutschland* in die Mitte ihres Empfindens und Denkens stellten, gefährdete zwar die nächste historische Aufgabe, wenn diese in der Überwindung der Nationalstaatsidee und in einer europäischen Einigung bestand, aber das war in einem Zeitalter nicht verwunderlich, das immer noch ein Zeitalter des Nationalismus war. Dass sie sich trotzdem als *europäische Bürger* betrachteten, war vielleicht nicht konsequent und blieb keine unangetastete Maxime, doch sie

Schlussbetrachtung

standen damit auf der Seite eines historischen Rechts, das dieser übernationalen Klasse noch eine bedeutende Zukunft vorbehielt. Aber entscheidend war erst, dass sie aus ihrer Urerfahrung und Grundemotion die Forderung ableiteten, ebenso konsequent und unerbittlich zu sein wie der Feind, ja noch konsequenter und unerbittlicher. Erst dadurch wurden sie zu Ideologen, und bloss deshalb griffen sie jene Differenzen als schädlich an, auf denen die Geschichte Europas bis dahin beruht hatte.

Dass jene erste Verstörung in nichts anderem bestand als in der Verschärfung des Autoritätsverlustes der Offiziere, welche sie *Bolschewismus* nannten, machten Hitler und Himmler bei zahllosen Gelegenheiten klar, und noch 1944 äusserte sich Himmler ganz ähnlich, wie Hermann Göring es 1933 getan hatte: «UNS haben die Soldatenräte überrannt, UNS haben sie die Fahne zerbrochen, und WIR haben das gut zu machen.»¹⁷ Die nächste Folgerung, die er daraus zog, war aber schon die Verneinung jenes Konzepts der nicht-totalitären Gesellschaft, welche die unversöhnlichen Feinde auseinanderhält und doch für ihre Entwicklung nutzbar macht¹⁸, d.h. die Übernahme von Lenins «Wer – wen»: «Im Kampf mit dem Untermenschen kommt es darauf an, dass dieses Untermenschentum niemals zur Ausübung des Terrors kommt. Das ist die Lehre aller Revolutionen, und zwar aller Untermenschenrevolutionen: wer zuerst an die Wand gestellt wird, hat verloren – gnadenlos. Vor allem ist dann das ganze Bürgertum verloren, und der Bauer auf dem Lande kann sich nicht wehren, besonders nicht im modernen Staat.»¹⁹ Offensichtlich dachte Himmler hier jedoch nicht bloss an die Novemberrevolution und an den Bolschewismus als Verschärfung des Autoritätsverlustes, sondern ihm schwebte, wie die Erwähnung der Hilflosigkeit der Bauern im modernen Staat zeigt, auch der Bolschewismus als Etablierung einer neuen und viel stärkeren Autorität vor. Und an die Sowjetunion muss er ebenfalls gedacht haben, als er die enthüllendste aller seiner Aussagen machte, mit der er die Vernichtung der Juden rechtfertigen wollte, denn aus der Erfahrung des Zusammenbruchs und selbst der Münchener Räterepublik allein liess sie sich schlechterdings nicht ableiten: «Wir hatten das moralische Recht, wir hatten die Pflicht gegenüber unserem Volk, dieses Volk, das uns umbringen wollte, umzubringen.»²⁰

Der richtige Tatbestand hinter der Aussage war, dass die Partei der Bolschewiki sich tatsächlich vorgenommen hatte, die *Weltbourgeoisie* zu stürzen. Richtig war auch, dass der Sturz des russischen Bürgertums von voll-

ständiger Extermination nicht weit entfernt geblieben war. In sich selbst beweiskräftig und keineswegs völlig grundlos war, dass Himmler sich wie zahllose andere Kleinbürger und Facharbeiter entgegen den Erwartungen der Bolschewiki eher auf die Seite der *Weltbourgeoisie* als auf die Seite der *werktätigen Massen* stellte. Weil das so war, war die Epoche eine *Epoche des Faschismus* und des europäischen Bürgerkriegs. Aber eben dadurch war die systemische Überlegenheit preisgegeben, die darin besteht, dass der Gegner *nicht* kopiert wird und dass dadurch die Produktivität der Differenz und das Vergleichen-können bewahrt wird, aus denen der Fortschritt hervorgeht und doch zugleich kritisierbar ist. Wenn dieser Faschismus sich im ganzen Westen durchgesetzt hätte, wäre wohl tatsächlich jene revolutionäre Entwicklung für Jahrhunderte angehalten worden, welche in einem Teil Europas begonnen hatte und nun in veränderter Gestalt über den Westen hinausgriff. Das schwerste historische und zugleich moralische Unrecht war jedoch darin beschlossen, dass die grosse Auseinandersetzung zwischen Klassen und Kulturen als der tödliche Kampf zweier Völker, der Deutschen und der Juden, verstanden wurde. Richtig war nur so viel, dass infolge besonderer Bedingungen und Umstände auffallend viele Juden, die sich indessen meist nicht mehr als Juden betrachteten, an der russischen Revolution beteiligt waren. Aber sehr viele andere Juden waren durch eben diese Revolution getötet, entrechtet und in die Emigration getrieben worden; kaum eine andere Gruppe war durch Stalins Grosse Säuberung so stark betroffen wie die jüdischen Kommunisten. Die Juden im Westen aber waren nach ihrer Parteistellung ebenso differenziert wie die Gesellschaft, in der sie lebten. Indem Hitler und Himmler *die Juden* für einen Prozess verantwortlich machten, der sie in Panik versetzt hatte, führten sie das ursprüngliche Vernichtungskonzept der Bolschewiki in eine neue Dimension und übertrafen durch die Schrecklichkeit ihrer Tat jene genuinen Ideologen, indem sie den sozialen Ausgangspunkt durch einen biologischen ersetzten.²¹

Es ist gewiss nicht von vornherein unvorstellbar, dass beide Regime sich ohne einen einseitigen oder wechselseitigen kausalen Nexus jeweils nach ihrem eigenen Gesetz entwickelt und mithin bloss Parallelen dargestellt hätten. Man mag einen Idealtyp des Regimes bilden, der den Bolschewismus als die einseitige Verselbständigung und Akzentuierung der sozialen und industriellen Tendenz in den westlichen Staaten erscheinen lässt, als

Schlussbetrachtung

exklusive Konzentration auf jene Entwicklungsaufgaben, die im Westen gleichsam subkutan gelöst wurden. Daraus könnte die Enteignung, Vertreibung oder sogar die physische Vernichtung der bisher führenden Schicht abgeleitet werden. Auf die gleiche Weise lässt sich ein Idealtyp des Faschismus bilden, der das Wesen der Regime in der ausschliesslichen Konzentration auf die Aufgabe der staatlichen Selbstbehauptung und des staatlichen Wiederaufstiegs nach einer Niederlage bestehen lässt. Daraus liesse sich ein scharfes Vorgehen gegen die Anhänger fremder Mächte, gegen Anarchisten und Radikalpazifisten ableiten, und Konzentrationslager, vielleicht sogar Massenerschiessungen würden hier einen Platz finden. Aber mit diesen Idealtypen wäre das bolschewistische Regime bloss als Entwicklungsdiktatur erfasst und die faschistischen Regime würden bloss als *nationale Diktaturen* erscheinen. Der universale Anspruch und der enthusiastische Überschwang des Bolschewismus wären verschwunden, aber auch die eigentlichen Intentionen des Radikalfaschismus, die Begründung der deutschen Weltherrschaft und die Vernichtung der Juden als der gefährlichsten Feinde dieser Weltherrschaft. Man kann natürlich die These aufstellen, Hitler und seine Nationalsozialisten und die Deutschen insgesamt wären auch dann nach Moskau marschiert und hätten auch dann Vernichtungslager errichtet, wenn in Petrograd die Nachfolger Kerenskis, Miljukows und Martows regiert hätten, aber es würde sich dabei um eine unbegründete Behauptung handeln.

Nichts weist darauf hin, dass nennenswerte Kräfte in der deutschen Gesellschaft, einschliesslich grosser Teile der NSDAP, vor 1933 und noch lange nachher etwas anderes im Auge gehabt hätten als die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 und allenfalls eine Wiedervereinigung mit Österreich. Alle Weltrettungsleidenschaft, alle überschwänglichen Vorstellungen vom germanischen oder arischen und der Subversion für immer entzogenen Rassenstaat, alle Furcht vor einem Untergang der Zivilisation sind vor allem als Widerschein jener ursprünglicheren Welterlösungshoffnungen, jenes umfassenderen Strebens nach Entgrenzung, jenes radikaleren Veränderungswillens zu betrachten, die von den siegreichen Egalitätsideologen in Petrograd und Moskau verkörpert wurden. Die ganze Geschichte der Weltkriegsperiode wird zum blossen Konstrukt von Historikern, die das Ernste für unernst, Grundmotive für Vorwände, Ängste für Einbildungen erklären, wenn das Schreckbild der Nationalsozialisten nicht einem ge-

nuinen Schrecken entwuchs und wenn es nicht gleichwohl die Tendenz hatte, zum Vorbild zu werden und damit wiederum zum Schreckbild für diejenigen, die zuerst den Schrecken hervorgerufen hatten. Schon im Dezember 1918 sprach der *Vorwärts* nicht ohne ein gewisses Verständnis davon, dass Druck Gegendruck erzeuge und dass manche Leute auf den Gedanken kämen, «Spartakus mit spartakistischen Mitteln» zu bekämpfen.²² Der Verfasser des Artikels wäre zweifellos sehr erstaunt gewesen, wenn ihm jemand erwidert hätte, zwischen beiden Erscheinungen bestehe kein *kausaler Nexus*.

Das Widerstreben, das eine so einfache und einleuchtende Bestimmung hervorruft, beruht vermutlich darauf, dass man annimmt, durch den Begriff *kausaler Nexus* werde die Notwendigkeit einer Beziehung und die Vollständigkeit der Erklärung zum Ausdruck gebracht, so dass am Ende wohl gar eine moralische Rechtfertigung der durch einen kausalen Nexus mit einem anderen Ereignis verbundenen Tat herausspringe. Diese Auffassung ist falsch. Wenn in einer Kleinstadt ein Mann einen anderen Mann erschießt und sich weigert, Aussagen zu machen, dann wird die Bevölkerung zunächst von einer rätselhaften und unbegreiflichen Tat sprechen. Wenn sich bei der weiteren Untersuchung herausstellt, dass der Getötete den Freund des Mörders erschossen und gedroht hatte, auch diesen umzubringen, ist ein *kausaler Nexus* an den Tag gekommen, der die Tat verstehbar macht. Je nach den Gründen jener ersten Tat und nach dem Charakter der Drohungen mag sie sogar verständlich geworden sein. Wenn sich später jedoch zeigen sollte, dass der Mörder nur aufgrund gewisser Indizien annahm, jene erste Tat sei von dem Getöteten begangen worden, so ist immer noch ein kausaler Nexus als gegeben anzusehen, aber er hat einen ganz anderen Charakter angenommen. Abermals anders nimmt sich der Sachverhalt aus, wenn sich erweisen sollte, dass der Getötete nur der Freund jenes ersten Mörders war und dass der Tat des angeblichen Rächers eine blosser Vermutung zugrunde lag. Völlig zu verneinen ist die Existenz eines kausalen Nexus jedoch nur dann, wenn der erste Mord überhaupt nicht stattgefunden hatte und wenn der Täter sich von blossen Phantasien oder gar von simpler Mordlust leiten lassen. Als notwendig und als gerechtfertigt jedoch darf die Tat nicht einmal dann gelten, wenn die erste der Alternativen zweifelsfrei zutrifft, denn zahlreiche andere Menschen greifen in vergleichbarer Situation nicht zur Selbsthilfe, sondern rufen die Gerichte an.

Schlussbetrachtung

Die Anwendung des Beispiels auf das Verhältnis zwischen Archipel Gulag, dem Kommissarbefehl und Auschwitz ist leicht, obwohl unter Staaten nur eine etwa vorhandene Staatengemeinschaft die Stelle des Gerichts einnehmen kann und obwohl es kollektive Täter nicht gibt, an denen mittels einer kollektivistischen Schuldzuschreibung Strafe ausgeübt oder Rache genommen werden könnte. Moralisch zu rechtfertigen ist nicht einmal eine Lüge und noch viel weniger ein Mord oder gar ein Massenmord. Aber wer nur die eine Lüge und den einen Mord moralisch verwirft und die andere Lüge und den anderen Mord mit Schweigen übergeht, handelt in prononciertem Masse unmoralisch. Wer dasjenige, was in diesem Buch als Ergebnis erscheint, zur exklusiv herausgestellten Prämisse erklärt und den kausalen Nexus mit Früherem leugnet, obwohl dieser sich schon der einfachsten Nachforschung erschliesst, der verstösst gegen die elementarste Pflicht nicht nur der Historiker, sondern aller denkenden Menschen.

Die Heftigkeit des Widerstandes, den die These hervorruft, der Archipel Gulag sei ursprünglicher als Auschwitz und zwischen beiden bestehe ein kausaler Nexus, ist letzten Endes nur durch politische Motive zu erklären, die zu politischen Insinuationen Anlass geben. Man glaubt, diese These und deren Nachweis störten die erstrebenswerte Koexistenz zwischen den Weltmächten und behinderten die Weiterentwicklung zum friedlichen Zusammenleben der zu gefährdender Zahl und Stärke herangewachsenen Menschheit auf dem klein gewordenen Planeten. Aber die wahre Gefährdung der wünschenswerten Entwicklung besteht in der Behauptung, es gebe in dieser Welt nur zwei Lager und nur das eine davon sei zum Frieden fähig und willig, während das andere als das Weltübel alle Konflikte zu verschärfen trachte und letzten Endes die Weltherrschaft erstrebe. Diese Behauptung wird auf Seiten beider Supermächte vertreten und sogar im sowjetischen Bereich auch auf selbstkritische Weise.²³ Sie ist in dem einen wie in dem anderen Falle nicht grundlos: Die Krisenhaftigkeit eines trotz aller Grossbetriebe individualistischen und dezentralen Wirtschaftssystems wirkt nach innen und nach aussen konfliktfördernd; der Alleinlegitimitätsanspruch eines ideologischen Systems kann nur allzu leicht eines Tages zur Katastrophe führen.

Aber die wachsende Einsicht in einfache Wahrheiten wirkt diesen Tatsachen und Tendenzen entgegen: Es gibt kein *Weltübel*, von dem die Welt *geheilt* werden könnte; *realer* Sozialismus ist ein Grenzbegriff, dem keine

Wirklichkeit je entsprechen kann; zwischen den Polen der reinen Staatswirtschaft und einem Manchesterkapitalismus schrankenloser Privatwirtschaft existieren zahlreiche Schattierungen, die sich immer von Neuem austarieren müssen; die Staaten und Kulturen verlieren ständig an Selbstgenügsamkeit, aber sie sind nicht zur Einschmelzung in eine Esperanto sprechende *reine Menschheit* bestimmt; das sich herausbildende globale System sollte als ganzes den Charakter des «Liberalen Systems» haben und produktive Differenzen aufweisen. Mit einem Wort: Die Welt muss sich immer weiter von der «Epoche des Faschismus» entfernen, welche als europäischer Bürgerkrieg und schliesslich als Zweiter Weltkrieg die Epoche der schärfsten ideologischen Kämpfe war. Sie kann sich bloss deshalb davon entfernen, weil die Sowjetunion trotz des Archipel Gulag der westlichen Welt innerlich näher war als der Nationalsozialismus mit Auschwitz und weil deshalb eine «Wiedervereinigung mit Europa»²⁴ nicht von Vornherein unmöglich ist. Aber die Sowjetunion gewinnt erst dann von sich aus Abstand, wenn sie ernsthaft und selbstkritisch über sich nachdenkt und auf die Perpetuierung der Kriegspropaganda verzichtet. Solange nur schwache Anzeichen einer solchen Entwicklung erkennbar sind, muss das Nachdenken ausserhalb ihrer vonstatten gehen. Ein freundliches Lächeln von Staatsmännern kann ein Strategem sein, der Enthusiasmus vieler westlicher Intellektueller angesichts eines noch sehr fragilen und undurchsichtigen Reformwillens mag sich als eine andere Gestalt der Faszination oder der Korruption durch die Macht erweisen; ein untrüglicher Beweis für den Beginn genuiner Koexistenz wäre erst dann gegeben, wenn ein Buch wie Alexander Solschenizyns «Archipel Gulag» oder wissenschaftliche Untersuchungen, die nicht volkspädagogischen Zwecksetzungen, sondern der Frage nach der Wahrheit ihr Dasein verdanken²⁵, in der Sowjetunion gelesen und frei erörtert werden dürften. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dann im Osten Europas eine schönere Gestalt der Freiheit entstände, als sie in einem Westen Wirklichkeit wäre, der aus der Erinnerung an die letzten grossen ideologischen Auseinandersetzungen seiner Geschichte, diejenigen der Epoche des Faschismus und des Kalten Krieges, nichts anderes mehr herleiten würde als Legenden auf der einen und Konsumorientierung auf der anderen Seite.

Abkürzungen

| | |
|---------------------|--|
| ADAP | Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, Serie C und D, Baden-Baden. Göttingen 1950 ff. |
| BA | Bundesarchiv Koblenz |
| DBFP | Documents on British Foreign Policy, London 1947 ff. |
| IMG | Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946. Nürnberg 1947–1949, 42 Bde. |
| Inst. f. Zg. Archiv | Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München |
| Lenin AW | W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Berlin 1955 |
| Lenin Werke | W. I. Lenin, Werke. Berlin 1966–1973, 40 Bde. und 2 Ergänzungsbände |
| MK | Adolf Hitler: Mein Kampf. 73. Auflage. München 1933 |
| IWK | Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung |
| GStA | Preußisches Geheimes Staatsarchiv, Berlin |
| MEW | Marx Engels Werke. Berlin 1956 ff. 41 Bde. |
| Pol. Archiv AA | Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn |
| Schulthess | Schulthess' Europäischer Geschichtskalender |
| RF | Rote Fahne |
| Stalin Werke | J. W. Stalin, Werke, Berlin 1951–1955, 13 Bde. |
| UuF | Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler. Berlin 1958 ff., 23 Bde. (bis 1945) |
| VB | Völkischer Beobachter |
| Vjh. f. Ztg. | Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte |

Anmerkungen

Vorwort

- 1 Ich habe zu diesem *Streit*, der so weitgehend eine Kampagne war, eine abschliessende Stellungnahme geschrieben, die in Kürze im Ullstein Verlag erscheinen wird: Ernst Nolte, Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit.
- 2 Der Haupttitel des Buches ist aus Gesprächen mit dem Verlag hervorgegangen. Er lautete bis dahin: «Schreckbild und Vorbild. Der Nationalsozialismus und die Sowjetunion». Wenn als Untertitel jetzt «Nationalsozialismus und Bolschewismus» gewählt wurde, so wurde damit nicht ein polemischer Begriff oder ein *Reizwort* an die Stelle des neutralen Terminus *Sowjetunion* gesetzt, denn *Bolschewismus* war so gut eine Selbstbezeichnung wie *Nationalsozialismus*. Ausgeprägt polemischen Charakter trugen Bezeichnungen wie *Bolschewiken* oder – im angelsächsischen Raum – *Bolshies*; sie werden im Folgenden ebensowenig verwendet wie die entgegengesetzten Schimpfwörter *Nazis* und *Nazismus*. Gewiss hiessen alle Parteien der Dritten Internationale *kommunistisch*, aber *Bolschewiki* blieb noch lange der offizielle Nebenname der russischen Partei, und in der Mitte der zwanziger Jahre wurde die Forderung nach *Bolschewisierung* insbesondere der deutschen Partei von deren eigener Führung immer nachdrücklicher erhoben, so dass zahlreiche Kommunisten als *Antibolschewisten* auf das Heftigste angegriffen wurden. (Vgl. unten S. 150f.)
Ebensowenig bedeutete und bedeutet es eine Herabsetzung, wenn in dem zunächst gewählten Untertitel die nichtsowjetischen und vornehmlich die deutschen Kommunisten unter dem Terminus *Sowjetunion* mitverstanden wurden und wenn dieses Verständnis dem Buche insgesamt zugrunde liegt. Bis 1933 und darüber hinaus wurde von deutschen Kommunisten immer wieder versichert, dass sie Sowjetrußland bzw. die Sowjetunion als ihr Vaterland betrachteten. (Vgl. die Äusserung von Clara Zetkin unten auf Seite [6] sowie S. 184) Damit war ursprünglich zweifellos gemeint, dass *der Rätebund* in Bälde die ganze vom Kapitalismus befreite Welt umfassen werde und dass es sich daher nicht um einen *Staat* handle. Bürger des Rätebundes zu sein, hiess also nicht, tatsächlich oder in der Vorstellung innerhalb bestimmter Grenzen zu leben, sondern es bedeutete, dass man bereits der klassen- und staatlosen Zukunft angehöre, während alle *Reaktionäre* noch einer schlechten und bornierten Gegenwart zuzuordnen seien. Die deutschen Kommunisten sind also in die Begriffe *Sowjetunion* und *Bolschewismus* einzubeziehen, weil sie sich selbst darin einbezogen. Man muss sich eben ständig gegenwärtig halten, dass der Bolschewismus von dem Augenblick an, als der Name in der Welt bekannt wurde, also seit 1917, sowohl neutralen wie feindseligen Beobachtern als *Staat* erschien, während er für die Anhänger die Präfiguration der staatlosen Zukunft der Menschheit war. Es ist nicht schwer zu sehen, welche Krise es für die internationale Bewegung und welchen Vorteil es für deren nationalistische Gegner – keineswegs bloss für die Nationalsozialisten – nach sich ziehen musste, als Stalin den *Sozialismus in einem Lande* aufzubauen begann.
Dass es *Nationalsozialismus und Bolschewismus* heisst und nicht, wie es der Chronologie besser entspräche, *Bolschewismus und Nationalsozialismus*, hat seinen Grund in

der Überlegung, dass der Begriff des *Bürgerkrieges* zwei *bürgerkriegsmässig gesinnte* Parteien impliziert. Eine blossе Insurrektionsdrohung, die eine Straffung der Regierungsmacht zur Folge hat und beim Versuch der Realisierung von der Polizei niedergeworfen wird, ist noch kein Bürgerkrieg. Im Übrigen ist 1917 für beide Parteien ein wichtiges Datum, das einen ersten Wechselbezug konstituiert, denn kein Aussenstehender wurde für den Sieg der Bolschewiki so entscheidend wichtig wie der General Ludendorff, und wenige Jahre später spielte in der nationalsozialistischen Bewegung ausser Adolf Hitler kein Mann eine so grosse Rolle wie er.

Im Ganzen lässt sich der neue Titel auf den Inhalt aller meiner Bücher beziehen, und der Untertitel bedeutet eine Einschränkung *a fortiori*. Sie alle haben den europäischen Bürgerkrieg bzw. dessen Hauptprämisse zum Thema, auch *Deutschland und der Kalte Krieg*, das von seiner Ausweitung zum *Weltbürgerkrieg* sowie von dessen Abschwächung handelt. Aber kein Gegensatz war so schroff und kein Prozess der Annäherung so erstaunlich, wie sie in der Beziehung zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus bzw. zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion zu verzeichnen waren.

- 3 Denjenigen Lesern, die meine früheren Bücher kennen, wird sich eine Frage aufdrängen, auf die ich eine Antwort schuldig bin. Im Vorwort von «Marxismus und Industrielle Revolution» habe ich 1983 geschrieben, diesem Buch werde kein weiteres von vergleichbarer Art folgen, denn die «Trilogie zur Geschichte der modernen Ideologien» sei nunmehr abgeschlossen. Ich bin auch heute noch der Ansicht, dass der Inhalt meines Nachdenkens über die europäische Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte in diesen Büchern vollständig entfaltet ist. Andererseits fehlte es mir schon damals nicht an Empfinden dafür, dass einer Ideologiegeschichte der Moderne, die keine blossе Ideengeschichte sein will, Wesentliches fehlt, wenn sie auf den Bolschewismus und die Sowjetunion nur skizzenhaft und ohne originäre Quellenstudien eingeht. Umstände von zunächst zufälliger Art führten indessen dazu, dass ich mir elementare russische Sprachkenntnisse wieder aneignete, über die ich vor Jahrzehnten verfügt hatte, und dass ich eine Vorlesung ankündigte, welche zur Keimzelle des vorliegenden Buches wurde. Dass ich in bescheidenem Ausmass russische Quellenstudien treiben konnte, war nicht zuletzt ein Verdienst meiner Hilfsassistentin Frau Stefanie von Ow. Zwar ist es im Grunde nur eine einzige Textfolge, die am Ende in meiner eigenen Übersetzung einen Platz in diesem Buche gefunden hat, aber sie stammt aus einer so entlegenen und gleichwohl wichtigen Quelle, dass sie sogar für Spezialisten etwas Neues sein dürfte (s. unten S. 67 und Anm. 41). So ist die Trilogie entgegen meinen Erwartungen doch zu einer Tetralogie geworden, aber ich denke, dass mein Wunsch, zur Philosophie zurückzukehren, nun umso leichter zu realisieren sein wird.

Einleitung

- 1 S. unten S. 82
- 2 Stefan Possony, *Jahrhundert des Aufruhrs*, München 1965; Hanno Kesting, *Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg. Deutungen der Geschichte von der Französischen Revolution bis zum Ost-West-Konflikt*, Heidelberg 1959; Roman Schnur, *Revolution und Weltbürgerkrieg. Studien zur Ouvertüre nach 1789*, Berlin 1983
- 3 Karl Dietrich Bracher, *Europa in der Krise*. Frankfurt-Berlin-Wien 1979

- 4 RF vom 2. 11. 1920
- 5 Vgl. Anm. 7 zur «Schlussbetrachtung»
- 6 Das gilt zunächst für meine Bücher «Der Faschismus in seiner Epoche» (1963¹), «Theorien über den Faschismus» (1967¹), «Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen» (1968), zuletzt für Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945* (1986)
- 7 Im Folgenden werden diese Auslegungen nur generell gekennzeichnet. Für die Zuordnung zu den Namen und Werken von Forschern und Publizisten vgl. Ernst Nolte, *Theorien über den Faschismus*, Köln-Berlin 1967¹; Pierre Ayçoberry, *La question nazie. Les interprétations du national-socialisme 1922-1975*, Paris 1979; Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien*. Darmstadt ⁴1980
- 8 In doppeltem Sinne besonders aufschlussreich sind die Erinnerungen des Grossadmirals von Tirpitz, der bereits im November 1914 in sein Tagebuch schrieb: «Nach dem Kriege gehe ich unter die Sozen und suche mir Laternenpfähle aus, aber einen ganzen Haufen». Allerdings sah er das Versagen der Führungsschicht darin, dass sie Deutschland zum unbeliebtesten Staat der Erde und dennoch bloss zum «Schaf im Wolfskleid» gemacht habe. (Alfred von Tirpitz, *Erinnerungen*, Leipzig 1919, S. 426, 408, 231).
Dennoch hatte das – auch von Tirpitz benutzte – Gegenargument grosses Gewicht, dass Deutschland die günstigsten Zeitpunkte für die Entfesselung eines Krieges ausgelassen hatte und dass in seiner Führungsgruppe die in ganz Europa vorhandene *Verständigungspartei* gegenüber der *Siegfriedenspartei* eine grössere Rolle spielte als in England und Frankreich, mindestens während des letzten Kriegsjahres. Tatsächlich musste Hitler kommen, um die Welt darüber aufzuklären, wie ein deutscher Kriegswille 1914 hätte aussehen müssen.
- 9 Hitler persönlich und damit ein *Hitlerismus* als den entscheidenden Bezugspunkt anzusetzen, war nur dann möglich, wenn man entweder die populistische These von der Ursächlichkeit *der Deutschen* oder aber die soziologisch-marxistische von der Schuld der führenden Schichten zugrundelegte. Eine Version, die in sich eine gewisse Plausibilität genoss, war diejenige von der *Verhrecherbande*. Sie fand ihre stärkste Stütze in der Hypothese von der Inbrandsetzung des Reichstagsgebäudes durch Göring und die SA. Mit den gekennzeichneten Theorien kann sie aber nicht auf die gleiche Stufe gestellt werden.
- 10 S. unten Anm. 13 zu 11,4
- 11 Das bedeutete eine Anknüpfung an die Argumente der Verständigungspartei des Weltkriegs gegen diejenigen, «die auf der Anklagebank sitzen» (Theodor Wolff im *Berliner Tageblatt* Nr. 382 vom 29. 7. 1918), und in dieser Auseinandersetzung zwischen Linksliberalen und Alldeutschen darf wohl eine gewisse Vorwegnahme des Kampfes zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gesehen werden.
- 12 Vgl. dazu auch «Die Kontroverse. Hannah Arendt, Eichmann und die Juden», München 1964. Darin regt der Beitrag von Bruno Bettelheim («Eichmann – das System – die Opfer») mit seiner Abstandnahme vom konventionellen Moralismus am meisten zum Nachdenken an.
- 13 In diesen Zusammenhang gehört der sogenannte *Historikerstreit*. Als erster Anfang davon ist mein 1980 in München gehaltener, im gleichen Jahr von der FAZ gekürzt publizierter und vollständig erst 1985 auf englisch erschienener Vortrag anzusehen. («Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches» in FAZ vom 24. 7. 1980; «Between Myth and Revisionism? The Third Reich in the Perspective of the 1980s» In:

- »Aspects of the Third Reich«. Ed. by H. W. Koch. London 1985) Die deutsche Originalfassung jetzt in der Dokumentation *Historikerstreit*, München (Piper) 1987, S. 13–35
- 14 Vgl. u. a. Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus. In: »Merkur« 39 (1985), S. 373–385; Horst Möller, Die nationalsozialistische Machtergreifung – Konterrevolution oder Revolution? In: *Vjh.f. Ztg.* 31 (1983), S. 25–51; Michael Prinz, Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986
- 15 Lenin AW, Bd. II, S. 743
- 16 M. W. Frunse, Ausgewählte Schriften, Berlin 1956, S. 292
- 17 Etwa Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists. The German Communists and Political Violence 1929–1933*, Cambridge 1983; David Kramer, *Fascism and Communism in Germany: Historical Anatomy of a Relationship*, Ann Arbor 1973; Horst Wenkel, *Zur Taktik der faschistischen Naziapartei und zu ihren Methoden im Kampf gegen die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte in Thüringen 1929–1932*, Diss. Jena 1973; in einigen Kapiteln auch Conan Fischer, *Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929–1935*, London 1983
- 18 Von zahlreichen Titeln nenne ich nur drei, die aus verschiedenen Herkunftsländern stammen: Sven Allard, *Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930–1941*, Bern und München 1974; Günther Rosenfeld, *Sowjet-Rußland und Deutschland. 2 Bände (1917–1922; 1922–1933)*, Köln 1984; Alexander Fischer, *Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945*, Stuttgart 1975. Die informativste Darstellung der nichtstaatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist Walter Laqueur zu verdanken (»Deutschland und Rußland«, Berlin 1965). Die KPdSU und die NSDAP sind der Gegenstand eines eindringlichen Vergleichs in dem Buch von Aryeh L. Unger, *The Totalitarian Party. Party and People in Nazi Germany and Soviet Russia*, Cambridge 1974. Eine vergleichende Untersuchung der Terrorsysteme, ganz vornehmlich der Sowjetunion und des nationalsozialistischen Deutschland, wurde in jüngster Zeit von Andrzej Kaminski vorgelegt (*Konzentrationslager 1896 bis heute. Eine Analyse*, Stuttgart 1982) Eine anregende essayistische Studie aus jüngster Zeit ist Gerd Koenen, *Der unerklärte Frieden. Deutschland, Polen und Rußland. Eine Geschichte*, Frankfurt 1985
- 19 Louis Fischer, *Russia's Road from Peace to War*, New York 1969, S. 286
- 20 Michail Heller – Alexander Nekrich, *Geschichte der Sowjetunion*, 2 Bde., Königstein 1981, Bd. II, S. 218
- 21 Milovan Djilas, *Gespräche mit Stalin*, Frankfurt 1962, S. 241
- 22 Nikolay Tolstoy, *Stalin's Secret War*. New York 1981, S. 28
- 23 Leonard Schapiro, *Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Frankfurt 1961, S. 250
- 24 Adam B. Ulam, *Rußlands gescheiterte Revolutionen*, München–Zürich 1981, S. 499
- 25 Leo Trotzki, *Literatur und Revolution*, Berlin 1968, S. 161
- 26 Merle Fainsod, *How Russia is Ruled*, Cambridge 1963, S. 371. Bemerkenswert ist aber auch der kühle Ton, in dem vor 1933 deutsche Autoren wie Klaus Mehnert oder selbst Otto Hoetzsch über die Vernichtung der alten Intelligenz oder der Kulaken sprechen. Der Leser wird unwillkürlich zu der Frage gedrängt, ob nicht nach einem etwaigen Siege Hitlers auch jenseits der deutschen Grenzen ebenso kaltherzig über die Vernichtung der Juden gesprochen worden wäre.

- 27 Leopold Trepper, *Die Wahrheit. Autobiographie*, München 1975, S. 345
- 28 Archiv d. Inst. f. Zg. Nachlaß Hans Jaeger ED 210/31, S. 78
- 29 Walter Laqueur, *Mythos der Revolution*, Frankfurt 1967, S. 114
- 30 Ders., *Deutschland und Rußland*, Berlin 1965, S. 375
- 31 Adam B. Ulam, *Stalin. The Man and His Era*, New York 1973, S. 466
- 32 Walter G. Krivitsky, *Ich war in Stalins Dienst*, Amsterdam 1940, S. 273; Franz Borkenau, *Der europäische Kommunismus*, München 1952, S. 64
- 33 *Schreckbilder und Schreckgespenster* waren im übrigen während der Weimarer Zeit keineswegs auf die angeblich besonders ängstlichen *Kleinbürger* beschränkt. So sagte z.B. Anfang 1929, als noch kaum ein Mensch Hitler ernst nahm, der kommunistische Abgeordnete Stoecker im Reichstag: »Im Wehretat stecken Hunderte von Millionen für geheime Aufrüstungen. Wieviel Panzerzüge besitzt denn die Reichsbahn, und wieviele davon sind schon auf die russische Gleisbreite umgestellt?« Bei den nichtkommunistischen Abgeordneten rief diese Aussage »schallende Heiterkeit« hervor. (Schulthess 1929, S. 35f.)
- 34 »In this way, the pattern of the events that led the Western world to new disaster in 1939 was laid down in its entirety by the Allied governments in 1918 and 1919. What we shall have to observe from here on in the relations between Russia, Germany, and the West follows a logic as inexorable as that of any Greek tragedy.« (George Kennan, *Russia and the West unter Lenin and Stalin*, Boston/Toronto 1960–61, S. 164)
- 35 Theodor Herzl, *Briefe und Tagebücher. Zweiter Band: Zionistisches Tagebuch 1895–1899*, Berlin-Frankfurt-Wien 1983
- 36 S. unten S. 188. Als »Antilenin« wird Hitler von Ernst Niekisch charakterisiert. (»Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953, S. 263)
- 37 Daß auch schon die frühen Zeitgenossen zu sehr lebendigen Gemälden aus verschiedenartigen Grotten gelangen konnten, beweist etwa das Buch von Hans Siemsen, *Rußland Ja und Nein*, Berlin 1931
- 38 S. unten Anm. 41 zu II,1
- 39 S. unten S. 475 und 535f.

I. Schlußpunkt und Vorspiel 1933

- 1 Erich Czech-Jochberg, Vom 30. Januar zum 21. März. Die Tage der nationalen Erhebung, Leipzig 1933, S. 49, 53, 56
- 2 Schulthess, 74. Bd. 1933, S. 42ff.
- 3 VB vom 4. 3. 1933 (nicht in Domarus und Schulthess)
- 4 UuF, Bd. IX, S. 83
- 5 Ebenda
- 6 S. unten S. 199
- 7 UuF, Bd. IX, S. 303f.
- 8 Gustav Hilger, *Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten*, Berlin 1955, S. 243
- 9 Gerhart Seger, *Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten. Mit einem Geleitwort von Heinrich Mann*, Karlsbad (Gra-

phia) 1934, S. 61. Eine Gegenschrift wurde bereits Anfang 1934 von dem Kommandanten des Konzentrationslagers publiziert, die nicht in jeder Hinsicht unglaubwürdig ist und vor allem die Bürgerkriegssituation anschaulich macht: Konzentrationslager Oranienburg. Von SA-Sturmbannführer Schäfer, Standarte 208, Lagerkommandant. Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche Konzentrationslager, Berlin o.J. (1934)

- 10 Hans-Günter Richardi, Schule der Gewalt. Die Anfänge des Konzentrationslagers Dachau 1933–1934. Ein dokumentarischer Bericht, München 1983, S. 58, 121, 113
- 11 IMG, Bd. XXXIII, S. 56 ff.
- 12 Institut für Zeitgeschichte, ZS 537, Bd. IV, fol. 00010
- 13 Seger, a.a.O. S. 31, vgl. auch Walter Hornung, Dachau. Eine Chronik, Zürich 1936, wo von *Judenbaracken* die Rede ist. (S. 131)
- 14 Karl Bömer, Das Dritte Reich im Spiegel der Weltpresse, Leipzig 1934, S. 64
- 15 Zur Boykottbewegung vgl. die Berichte des Referats »Lügenpropaganda – Boykottbewegung« in Pol. Archiv des AA, PO5 NE
- 16 z.B. Jakob Trachtenberg, Tagebuch eines Sowjetbürgers, Berlin 1932
- 17 Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda sagen die Deutschen Juden selbst, Berlin 1933 (deutsch, holländisch, schwedisch), S. 18, 31, 33
Worauf Hitler sich einließ, als er *den Juden* nun nicht mehr bloß als Parteiführer, sondern als Staatsmann den Krieg erklärte, und wie sehr dieser *Krieg* den Traditionen der Weimarer und sogar der Wilhelminischen Zeit widersprach, wurde schon sehr früh in einem Bericht deutlich, den der britische Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, am 28. März 1933 an seinen Außenminister richtete: »Die junge Nazi-Generation weiß nichts von der Tätigkeit, die deutsche Juden und Juden im Ausland während des Kampfes gegen die drückenden Klauseln des Vertrags von Versailles entwickelten. Die gleiche geschickte und unaufhörliche Propaganda, die so viel dazu beitrug, Deutschlands internationale Lage während des letzten Jahrzehnts zu verbessern, wendet sich jetzt gegen die Nazi-Bewegung.« Aber der Botschafter, alles andere als ein Freund der nationalsozialistischen Bewegung, schreibt in dem selben Bericht auch: »Die prahlende Art der Lebenshaltung jüdischer Bankiers und Geldleute ... erregte unweigerlich den Neid, als sich die Arbeitslosigkeit allgemein ausbreitete. Die besten Elemente in der jüdischen Gemeinschaft werden jetzt zu leiden haben und leiden noch wegen der Sünden der schlechtesten und noch besonders für die Sünden der russischen und galizischen Juden, die während der Revolution von 1918 in dieses Land kamen.« (DBFP, 2. Series, Bd. V (1933), London 1956, S. 6) Ein Kenner der Geschichte des Zionismus mochte sich an die Vorhersage Theodor Herzls erinnern: »Die soziale Schlacht müßte also jedenfalls auf unserem Rücken geschlagen werden, weil wir im kapitalistischen wie im sozialistischen Lager auf den exponiertesten Punkten stehen.« (Theodor Herzl, Der Judenstaat. In: Zionistische Schriften I. Bd. Tel Aviv 1934, S. 37)
- 18 Brigitte Granzow, Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler, London 1964, S. 218, 220
- 19 Maurice Vaisse, Frankreich und die Machtergreifung. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 261–273
- 20 13. Oktober 1933
- 21 Bömer a.a.O., S. 45

II. Rückblick auf die Jahre 1917–1932

1. Rußlands Zusammenbruch und der Wille zur Weltrevolution

- 1 Der russische julianische Kalender blieb um 13 Tage hinter dem gregorianischen Kalender zurück; dem 7. November entsprach also der 25. Oktober. Anfang 1918 erfolgte die Angleichung an die im übrigen Europa übliche Zählung.
- 2 Die russische Revolution 1917. Der Aufstand der Arbeiter, Bauern und Soldaten. Eine Dokumentation. Hrsg. von Richard Lorenz, München 1981, S. 252
- 3 Ebenda S. 259
- 4 Ebenda S. 264f.
- 5 Schulthess 1917/II, S. 672
- 6 Illustrierte Geschichte der Russischen Revolution 1917, Berlin 1928, S. 143
- 7 Alexander Rabinowitch: The Bolsheviks Come to Power. London 1979, S. XXII
- 8 Louis de Robien, Russisches Tagebuch 1917–1918. Aufzeichnungen eines französischen Diplomaten in Petersburg, Stuttgart 1967, S. 18, 23
- 9 Lenin AW Bd. I. S. 876ff.
- 10 Ebenda Bd. II, S. 69ff.
- 11 Richard Kohn, Die Russische Revolution in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1965, S. 241
- 12 G. V. Plechanov, God na rodine. Polnoe sobranie statej i rečij 1917–1918 v dvuch tomach, Paris 1921, Bd. 1, S. 30, 33
- 13 Lorenz, a.a.O., S. 275
- 14 Leo Trotzki, Über Lenin, Frankfurt 1964, S. 61
- 15 Ladislaus Singer, Raubt das Geraubte. Tagebuch der Weltrevolution 1917, Stuttgart 1967, S. 228
- 16 N. Ja. Ivanov, Kornilovščina i ee razgrom. Iz istorii borby s kontrevoluciej v 1917 g., Leningrad 1965, S. 126
- 17 James Bunyan and H. H. Fischer, The Bolshevik Revolution 1917–1918. Documents and Materials, Stanford 1961, S. 25
- 18 Besonders stark unterstrichen von Trotzki in seiner Schrift »Oktober« von 1924
- 19 Peter Scheibert, Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918–1922, Weinheim 1984, S. 303
- 20 Einer der schärfsten Gegner schon der Februarrevolution, Vladimir M. Purischkevitch, äußerte sich damals über die wünschenswerten Maßnahmen mit beinahe den gleichen Worten, wie Hitler sie einige Jahre später in »Mein Kampf« verwenden sollte: »Wenn 1000, 2000, vielleicht 5000 Lumpen an der Front vor die Gewehre gestellt worden wären und einige Dutzend im Hinterland, würden wir nicht eine so präzedenzlose Schmach erlitten haben.« (Rabinowitch, a.a.O., S. 45)
- 21 John Reed, Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1957, S. 188, 310
- 22 Bunyan-Fischer, a.a.O., 119, 147, 203
- 23 Ebenda, S. 202
- 24 N. K. Krupskaja, Oktjabskie dni, Moskau 1967, S. 23 (zuerst 1934) Mit noch grausigerer Anschaulichkeit bei Robien, a.a.O., S. 156f.
- 25 Bunyan-Fischer, a.a.O., S. 236
- 26 M. Bonch-Brujevich, From Tsarist General to Red Army Commander, Moscow 1966, S. 222

- 27 Scheibert, a.a.O. S. 297
- 28 Lenin Werke, Bd. 27, S. 107
- 29 Claude Anet, *La révolution russe. La terreur maximaliste*, Paris 1919, S. 150
- 30 *Dekrety sovetскоj vlasti*, Moskau 1957, Bd. 3, S. 291f.
- 31 Bunyan-Fischer, a.a.O. S. 517
- 32 *Nezavizimoe rabočie dviženie 1918 godu. Dokumenty i materialy*, Paris 1981, S. 227
- 33 Ebenda S. 295–305
- 34 Maxim Gorkij, *Unzeitgemäße Gedanken über Kultur und Revolution von 1917 bis 1918*. Hrsg. v. Bernd Scholz, Frankfurt 1972, S. 88, 98, 106, 121, 142, 156f., 159
- 35 Alfons Paquet, *Im kommunistischen Rußland. Briefe aus Moskau*, Jena 1919, S. 112f.
- 36 Hans Vorst, *Das bolschewistische Rußland*, Leipzig 1919, S. 153
- 37 de Robien, a.a.O. S. 35
- 38 Scheibert, a.a.O. S. 82
- 39 Reed, a.a.O. S. 163
- 40 Scheibert, a.a.O. S. 85 (*Krasnyj Meč* v. 18. 8. 1919)
- 41 Die Äußerung wird von David Shub (*Lenin*, Wiesbaden 1957) folgendermaßen zitiert: »Um unsere Feinde erfolgreich zu bekämpfen, müssen wir unseren eigenen sozialistischen Militarismus haben. Von den hundert Millionen Einwohnern Rußlands unter den Sowjets, müssen wir neunzig davon für uns gewinnen. Was den Rest anbetrifft, so haben wir ihnen nichts zu sagen; sie müssen ausgerottet werden«. Als Fundstelle wird angegeben »Severnaia Kommuna«, Abendausgabe vom 18. September 1918. S. 375.

Weil diese Äußerung trotz der Quellenangabe auf den ersten Blick tatsächlich unglaubwürdig erscheint, habe ich mir große Mühe gegeben, sie nachzuprüfen. In Deutschland gibt es kein Exemplar der »Severnaia Kommuna. Izvestia Petrogradskogo Soveta rabočich i krasnoarmeiskich deputatov«, und die Staatsbibliothek in Leningrad verfügt nicht über Mikrofilme. Schließlich erhielt ich einen Mikrofilm von der Hoover Institution on War, Revolution and Peace in Stanford. Das Zitat David Shubs erwies sich als essentiell korrekt. Es findet sich allerdings in der Nr. 109 vom 19. September 1918 auf S. 2, und die Resolution, von der Shub spricht, wurde nicht im Anschluß an die Rede Sinowjews gefaßt.

Der größere Zusammenhang ändert das Bild nur insofern, als nicht in erster Linie von Kriegsschuldigen die Rede ist, sondern von Kulaken, die auf die Einführung des freien Handels drängen und dabei sogar von Kommunisten wie Larin unterstützt werden. Sinowjew beschäftigte sich in seiner Rede auf der siebenten gesamtstädtischen Konferenz der Kommunisten im Smolnyj zunächst mit der außenpolitischen Situation und ging dann auf die innenpolitische Lage über, wo der Höhepunkt des Klassenkampfes dadurch erreicht sei, daß nicht nur die russischen Ausbeuter, sondern auch die gesamte Weltbourgeoisie einschließlich der Scheidemänner über den Mordanschlag auf Lenin gejubelt hätten. Besonders gefährlich seien die Kulaken, welche die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln nur zu ihren Bedingungen gewährleisten wollten. Daher sei die »Arbeit im Dorf« der Kernpunkt von allem. Dann fuhr er folgendermaßen fort: »Wir müssen uns wie ein Kriegslager verhalten, aus dem Truppen ins Dorf geschickt werden. Wenn wir unsere Armee nicht vergößern, wird unsere Bourgeoisie uns niedermetzeln. Es gibt für uns keinen anderen Weg. Wir und sie können nicht auf einem Planeten leben. Wir brauchen

einen eigenen sozialistischen Militarismus zur Überwindung unserer Feinde. Von den hundert Millionen der Bevölkerung in Sowjetrußland müssen wir neunzig für uns gewinnen (wörtlich: hinter uns herziehen). Mit den übrigen haben wir nicht zu reden, wir müssen sie ausrotten (unicîozat'). Eine große Verantwortung vor dem Weltproletariat liegt auf uns, welches sieht, daß nur in Rußland die Macht auf die Arbeiterklasse übergegangen ist.« Nach der abschließenden Aufforderung, mit allen Kräften für den Sieg zu kämpfen, wurde die Rede des »Führers der nördlichen Kommune« mit »stürmischen Beifallskundgebungen« bedacht.

Weil die Quelle so schwer zugänglich und zugleich als Organ Sinowjews so wichtig ist, paraphrasiere bzw. übersetze ich im folgenden noch einige aufschlußreiche Stellen.

Am 31. August 1918 ist die Ermordung Uritzkis die Hauptnachricht, das Attentat auf Lenin figurirt nur als eine Art von *letzter Meldung*. Über die Festnahme des Mörders Leonid Akimovic Kanegisser heißt es, er sei ein früherer Junker der Michailowschen Artillerieschule, ein Jude und zugleich ein Adliger. Er habe an der Revolution von 1905 teilgenommen und den Entschluß zur Ermordung Uritzkis erst gefaßt, als in der Presse Nachrichten über Massenerschießungen mit den Unterschriften von Uritzki und Joselewitsch, erschienen seien. Die Hauptaufgabe der Untersuchungskommission sei nun die Klärung der Frage, ob das Attentat ein Einzelverbrechen sei oder ob eine Organisation dahinterstehe. Weil festgestellt worden sei, daß Kanegisser sich im Hause der englischen Gesellschaft auf der Millionaia zu verstecken gesucht habe, wurde schon am folgenden Tage eine Haussuchung in der englischen Gesandtschaft vorgenommen, bei der es zu einem Schußwechsel kam und auf beiden Seiten Opfer zu beklagen waren. Ferner hieß es, alle Familienangehörigen Kanegissers seien verhaftet, um aufzuklären, ob sie mit seinen verbrecherischen Plänen in Verbindung ständen (1. September).

Obwohl also weder in Petrograd noch in Moskau verlässliche Untersuchungsergebnisse erzielt worden waren, wurde schon am 2. 9. eine Resolution abgedruckt, nach der das Proletariat auf die verräterischen Schüsse so zu antworten wissen werde, »daß die ganze Bourgeoisie und ihre Helfershelfer vor Entsetzen erzittern werden«. Am gleichen Tage wurde über eine Rede Sinowjews berichtet, in der er die Zuversicht zum Ausdruck brachte, daß in Bälde ein Weltsowjet der Volkskommisarsare amtieren werde, dessen Vorsitzender kein anderer als der Genosse Lenin sein werde. Zugleich rief Sinowjew seine Zuhörer auf, »Rache, erbarmungslose Rache« an allen zu üben, die gegen das arbeitende Volk seien: »Reißt alles Mitleid aus euren Herzen!« Am gleichen Tage wird aus Moskau die Nachricht gebracht, die Attentäterin (Fannija Kaplan) sei eine Intellektuelle (»intelligentka«), welche die Bolschewiki als Volksfeinde und Lenin als einen Verräter am Sozialismus bezeichnet habe (s. unten S. 361). Am 4. 9. wird der unten S. 438 angeführte Aufruf von Smilga u. a. gedruckt, und am 5. 9. ein Befehl des Kommandanten Bersin der n-ten Armee, »die kleinste Meuterei, den kleinsten Versuch eines Aufstands gegen die Sowjetmacht, im Hinterland und an der Front, mit Feuer und Schwert zu ahnden«.

Von vergleichbaren Aufrufen und Aufforderungen ist die Zeitung während des ganzen Monats September voll. Die Bürgerkriegsatmosphäre ist nur allzu gut spürbar, aber auch jenes *Überschießen*, das am stärksten in der zu Anfang zitierten Äußerung Sinowjews vom 17. September zum Vorschein gelangt.

2. Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem Weltkrieg und der russischen Revolution

- 1 Zum Marxismus insgesamt vgl. Ernst Nolte, *Marxismus und Industrielle Revolution*, Stuttgart 1983
- 2 »Kurzum, es war unsere Zurückgebliebenheit auf wirtschaftlichem wie auf demokratischem Gebiete, die uns an die Spitze brachte . . .« »Da überrascht zunächst die Tatsache, daß im *reaktionären* Deutschland die arbeitenden Klassen eine viel solidere Machtstellung im sozialen Leben sich haben erobern können als in England oder gar in Frankreich.« (Paul Lensch, *Drei Jahre Weltrevolution*, Berlin 1917, S. 26, 209)
- 3 Ebenda, S. 51: »So legten sich die in ihrer Ökonomie stagnierenden Länder, England als großbürgerlicher, Frankreich als kleinbürgerlicher Rentnerstaat und Rußland als halbbarbarische Eroberungsmacht wie fette Katzen auf ihr *Eigentum* und ließen das vorwärtstreibende deutsche Element nirgends ankommen . . . Das Ergebnis war die Revolution des Weltkrieges mit Deutschland als ihrem Bannerträger.«
- 4 Ebenda, S. 185
- 5 Ernst Meyer, *Spartakus im Kriege*. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege, Berlin 1927, S. 21
- 6 Spartakusbriefe. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1958, S. 224f.
- 7 Ebenda, S. 83
- 8 Vgl. Rosa Luxemburg über einen etwaigen »Gewaltfrieden« gegenüber Rußland: »Oder – Rußland wird gedemütigt, verliert zum Teil seine westlichen am weitesten entwickelten und revolutionierten Provinzen . . . (dann) hätten wir in zehn, spätestens zwanzig Jahren einen neuen deutsch-russischen Krieg . . .« (Spartakusbriefe, S. 70f.)
- 9 Ebenda, S. 174
- 10 Schulthess, 1918/I, S. 591
- 11 Spartakusbriefe, a.a.O., S. 423f.
- 12 Ebenda, S. 440
- 13 Ebenda, S. 322
- 14 Leo Stern (Hrsg.), *Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*, Berlin 1959, S. 820f. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/II)
- 15 Hermann Weber (Hrsg.), *Der Gründungsparteitag der KPD*. Protokoll und Materialien, Frankfurt 1969, S. 84
- 16 Hermann Weber (Hrsg.), *Der deutsche Kommunismus*. Dokumente, Köln/Berlin 1963, S. 38
- 17 Ebenda, S. 42
- 18 Ebenda, S. 35
- 19 Ebenda, S. 36
- 20 Lenin Werke Bd. 27, S. 49

3. Der Sieg der Bolschewiki und die Niederlagen der KPD 1919–1921

- 1 Vorwärts vom 7. 11. 1918 (Schulthess 1918/I, S. 420)
 - 2 Vorwärts v. 2. 12., 10. 11., 24. 12., 27. 12. 1918
 - 3 RF v. 18. 11. 1918
 - 4 UuF Bd. III, S. 67
 - 5 RF v. 6. 1. und 7. 1. 1919
 - 6 BAK, Nachlaß Rosa Meyer-Leviné, Bd. 32, fol. 32
 - 7 RF v. 15. 4. 1921
 - 8 RF v. 3. 3. 1919
 - 9 Revolution und Räterepublik in München in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1969, S. 327
 - 10 Lenin Werke, Bd. 29, S. 314f.
 - 11 Allan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/19. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967, S. 286
 - 12 Thomas Mann, Tagebücher 1918–1921. Hrsg. von Peter de Mendelssohn, Frankfurt 1981², S. 223
 - 13 Lenin Werke, Bd. 28, S. 441f. (»Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas«, die betr. Stelle geschrieben am 12. Januar 1919, Abschluß des Briefes am 19. 1.)
 - 14 Manifeste, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß, Hamburg 1920, S. 21, 17
 - 15 Ebenda S. 78ff.
 - 16 Lenin, A. W. Bd. II, S. 886, 408
 - 17 Zum Thema »Emigration« s. unten Kap. IV, 7
 - 18 Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 469 (Faksimile)
 - 19 Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, 3 Bde, Frankfurt 1970, 1973, 1978
 - 20 UuF IV, S. 122
 - 21 Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard 1969 S. 315
 - 22 UuF IV, 128
 - 23 Ebenda S. 145f.
 - 24 Nach »Protokolle der USPD-Parteitage, Bd. 3, 1920, S. 215 (Martow)
 - 25 Ebenda. Die Grund- und Hauptschwierigkeit für alle *Weißten* bestand darin, daß sie auch dann, wenn sie die Übergabe des Landes der Gutsbesitzer an die Bauern nicht als Unrecht oder Betrug empfanden, den faktischen Zustand nicht einfach sanktionieren konnten, sondern die Entscheidung einem künftigen freigewählten Parlament bzw. einer Nationalversammlung vorbehalten mußten, so daß es den Aussagen an Konkretheit fehlte, etwa »Wir streben danach, ein Minimum an Ordnung aufzurichten, bei dem das Volk imstande ist, sich frei zu versammeln und seinen Willen frei zum Ausdruck zu bringen.« (Vospominanija generala Barona P. N. Wrangela, Neudruck Frankfurt, 1969, S. 123).
- Mit sehr viel mehr Emotion war die Prophezeiung verbunden, daß die europäische demokratische Gesellschaft selbst zur bewaffneten Verteidigung ihrer kulturellen und politischen Errungenschaften gegen den Feind der Zivilisation werde antreten müssen, wenn das Opfer der Freiwilligenarmee sich als vergeblich erweisen sollte.
- 26 Hermann Weber (Anm. 16, Kap. II,2), S. 206
 - 27 Die Kommunistische Internationale, Nr. 13, S. 31
 - 28 G. Sinowjew, Die Weltrevolution und die III. Kommunistische Internationale.

- Rede auf dem Parteitag der USPD in Halle am 14. Oktober 1920, Hamburg 1920, S. 29f., 59
- 29 Protokolle der USPD-Parteitage, Bd. 3, 1920, S. 217
- 30 Sinowjew, a.a.O., S. 68
- 31 G. Sinowjew, Zwölf Tage in Deutschland, Hamburg 1921, S. 77f., 74
- 32 Frits Kool und Erwin Oberländer (Hrsg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, 2 Bde., München, 1972 (Orig. Olten 1967), Bd. 1, S. 184
- 33 Lenin AW, Bd. II, S. 830
- 34 Kool und Oberländer, a.a.O., Bd. 2, S. 343
- 35 Ebenda, S. 385 ff.
- 36 RF v. 18. 3. 1921
- 37 Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen. Enthülltes und Verschwiegendes, Hrsg. von der Zentrale der KPD, Halle 1922, S. 20
- 38 Hierzu vergleiche: »Marxismus und Industrielle Revolution« (Anm. 1, Kap. II,2), S. 520–534 und »Deutschland und der Kalte Krieg«, Stuttgart 1985², Kap. I, 3; S. 61–74
- 39 Noe Jordania, Imperialismus unter revolutionärer Maske. Eine Antwort an Trotzki, Berlin o.J. (»Ein Häuflein Bolschewisten wird sich in jedem beliebigen Lande finden, und wenn die Moskauer Regierung das Recht für sich in Anspruch nimmt, jedem Häuflein Bolschewisten in einem anderen Lande ihre Armeen zu Hilfe zu schicken, so eröffnet sich für sie die Perspektive von Kriegen in allen Teilen der Welt . . . Den wirklichen Grund dieser Eroberung . . . hat Radek öffentlich ausgeplaudert, indem er in der Berliner Konferenz der drei Internationalen erklärte, die Moskauer Regierung habe Georgien erobert, weil sie die Ausgangswege des Bakuer Naphthas zum Schwarzen Meer in ihrer Hand halten müsse.« (S. 15f.)

4. Der frühe Antibolschewismus und der erste Aufstieg Hitlers

- 1 L'opinion publique européenne devant la Révolution russe de 1917, avec une introduction de Fernand l'Huillier, Paris 1968, S. 67 (*Berliner Tageblatt* zwei Tage nach dem Sieg der Bolschewiki)
- 2 E. Malcolm Carroll, Soviet Communism and Western Opinion 1919–1921, Chapel Hill 1965, S. 15
- 3 Paul Elzbacher, Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft, Jena 1919, S. 40, 21, 33f.
- 4 S. oben S. 52
- 5 Seeds of Conflict, Series 4 »The Opposition at Home and Abroad, Bd. 1, S. 8 (Nachdruck Nendeln 1975). Einen bemerkenswerten Beitrag zur Bestimmung des qualitativ Neuartigen im bolschewistischen Terror gab einige Jahre später J. Steinberg, der im Winter 1917/18 als linker Sozialrevolutionär der Justizkommissar im Rat der Volkskommissare gewesen war. In seinem Buch »Gewalt und Terror in der Revolution (Oktoberrevolution oder Bolschewismus)«, Berlin 1931, schreibt er: »... Ich will nur einen Akt der sozialistischen Staatsgewalt erwähnen, der der künftigen Selbstjustiz von oben (also nicht von unten) den Weg bahnte. Es war die Erklärung vom Dezember 1917 gegen die bürgerlich-liberale Kadettenpartei. Die letztere wurde »außerhalb des Gesetzes gestellt«. . . . Das Dekret bedeutete, daß von nun an keine reale Person wegen eines realen Verbrechens angeklagt wurde und daß

eine politische und soziale Abstraktion (*die Kadettenpartei*) dem allgemeinen Verdacht, der allgemeinen Wut ausgeliefert wurde, daß ferner die zu dieser Abstraktion gehörenden Menschen als lebende, leidende Wesen zu existieren aufhörten . . . Mit diesem mit dem Geist des Sozialismus in schreiendem Widerspruch stehenden Akt sagte man den Massen zum ersten Male: bei euren gegenwärtigen oder künftigen Leiden seid ihr nicht mehr verpflichtet, nach der Schuld der Schuldigen zu forschen . . . ihr könnt einfach an einem gegebenen Sündenbock Vergeltung üben, euch direkt rächen und eure Feinde wie Kriminalverbrecher strafen und vernichten. Erst durch dieses Dekret der Räteregierung wurde die gegenseitige Haftpflicht und die Institution der Festnahme von Geiseln, die jetzt, wie ein eiserner Reifen, die ganze Revolution umklammern, geschaffen.« (S. 35).

Zur Frage der Vergleichbarkeit von Massenverbrechen, ist die folgende Äußerung von Wichtigkeit, die dem Bulletin des Zentralkomitees der Partei der linken Sozialrevolutionäre Nr. 1 vom Januar 1919 entnommen ist: »Im Gouvernement Tambow fand eine absolut spontane Erhebung in 40 Gemeinden statt. Man unterdrückte sie in der unmenschlichsten Weise. Panzerautos und giftige Gase wurden in Anwendung gebracht . . .« (S. 71)

Auf S. 329 bezeichnet der ehemalige Volkskommissar Lenin mit Nachdruck als »den Urheber des Terrors«.

- 6 Die russische Revolution und die sozialistische Internationale. Aus dem literarischen Nachlaß von Paul Axelrod, Jena 1932, S. 180–205, bes. S. 180, 183, 186f.
- 7 Alexander Berkman, Die Kronstadt Rebellion, Berlin 1923, S. 29
- 8 Ein früher Versuch, Rosa Luxemburg zu verteidigen, war Clara Zetkins Schrift von 1922 »Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution«. Aber das Resultat war mehr eine Verteidigung des Roten Terrors als eine Begründung des Konzepts der Sowjetdemokratie. Charakteristisch war wieder der Vorwurf, daß »die Reventlow, Friedberg, Erzberger . . . ohne mit der Wimper zu zucken anderthalb Millionen deutscher Männer und Jünglinge zur Schlachtbank getrieben« hätten und daher kein Recht besäßen, »im heiseren Chor über den Terror der Diktatur des Proletariats zu schreien«. (S. 97).
- 9 Otto Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie, Wien 1920, S. 119
- 10 Karl Kautsky, Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, Berlin 1919, S. 140, 152
- 11 Paul Olberg, Briefe aus Sowjet-Rußland, Stuttgart 1919, S. 146, 113
- 12 Carroll, a.a.O., S. 34
- 13 Vom »revolutionären Totalismus Lenins« sprach Alfons Paquet in seinen Briefen aus Moskau auf S. 111 (vgl. Anm. 35, Kap. II,1)
- 14 Alex P. Schmid, Churchills privater Krieg. Intervention und Konterrevolution im russischen Bürgerkrieg, November 1918–März 1920, Zürich 1974, S. 312
- 15 Ebenda
- 16 Carroll, a.a.O., S. 153
- 17 Eduard Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf o.J. (wohl 1935), S. 46ff.
- 18 Berlin 1918
- 19 Günther Axhausen, Organisation Escherich. Die Bewegung zur nationalen Einheitsfront, Leipzig-Berlin 1921, S. 21
- 20 Zu Dietrich Eckart und zur Frühzeit der NSDAP vgl. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 385–409, bes. 403ff.

Was das »Parteiprogramm« der 25 Punkte vom 24. Februar 1920 angeht, so ist es

zwar erheblich härter formuliert als die ersten Verlautbarungen von Drexlers DAP, aber die Entstehung in der zweiten Hälfte des Jahres 1919, also zwischen der Annahme des Friedensvertrages und dem Kapp-Putsch, ist ihm doch deutlich anzumerken. Da der Begriff *Kommunismus* bzw. *Bolschewismus* nicht vorkommt und also auch nicht zu *Judentum* in Beziehung gesetzt wird, ist dieses Programm für das frühe Denken Hitlers und seiner Partei nur partiell repräsentativ. Hier dürfte auch der Grund für die Geringschätzung zu suchen sein, die Hitler dem Programm gegenüber später an den Tag legte.

21 S. oben S. 90.

22 Paul Leverkuehn, Posten auf ewiger Wache. Aus dem abenteuerreichen Leben des Max von Scheubner-Richter, Essen 1938, S. 46 (Der eigentliche Verfasser des Buches war Erik Reger, und diese Tatsache wurde von nationalsozialistischer Seite scharf kritisiert. Vgl. Adolf Kriener, Eine Ehrung für von Scheubner-Richter? Eine notwendige Betrachtung: In Berliner Börsen-Zeitung Nr. 571 vom 7. 12. 1938)

23 Vgl. die Sammlung von Presseberichten in BA, NS 26/vorl. 1197. Die *Rote Fabne* sprach, wie nicht anders zu erwarten war, vom »russischen Kongreß der Schwarzen Hundert« (9. 7. 21)

24 Ute Döser, Das bolschewistische Rußland in der deutschen Rechtspreße 1918–1925. Eine Studie zum publizistischen Kampf in der Weimarer Republik, Berlin 1961, S. 169. Im VB erschien die Nachricht am 26. 4. 1920 in einem Aufsatz von Arnold Rechberg »Der Bolschewismus in Rußland«, und 1924 auch in dem Buch des als verlässlich geltenden Historikers und Volkssozialisten S. P. Melgunow, Der rote Terror in Rußland, Berlin 1924, S. 247. Von Melgunow stammt ebenfalls die sehr eindringliche und die Schwächen der *revolutionären Demokratie* sehr hervorhebende Untersuchung »Kak Bolševiki zachvatili vlast'«, Paris 1953. Als Beweis seiner Zuverlässigkeit darf gelten, daß er die detaillierten Zahlenangaben über die Opfer des Roten Terrors mit einem Fragezeichen versieht, die von einem Autor namens Sarolea stammen und auch von Churchill und im Schulthess angeführt werden (Der rote Terror, S. 168). Um so eindrucksvoller ist, was er über die Todesschlucht in Saratow (203) oder die Tötung von Offizieren in Kesselfeuerungen und die *Pfählungen* von Geistlichen berichtet. (248) Einer der harmlosesten Berichte ist der, daß die Reinigung der Aborte mit bloßen Händen an vielen Orten verlangt wurde und daß auch dem ehemaligen Oberbefehlshaber General Rußki dieses Schicksal nicht erspart geblieben sei (297). Melgunow verschweigt aber auch nicht die Grausamkeiten, die von den aufständischen Bauern an gefangenen Kommunisten begangen wurden (S. 192). Den essentiellen Unterschied sieht er mit Recht darin, daß es auf weißer Seite keine Entsprechung zu den öffentlichen Aufforderungen zum *Massenterror*, d. h. zur Ausrottung nach soziologischen Kriterien geben konnte. Daß der Begriff *chinesische Tschekisten* auch bei den Bolschewiki selbst gebräuchlich war, geht aus dem Buch von F. Fomin »Zapiski starogo Čekista«, Moskau 1964, hervor, in dem ein Kapitel über »chinesische Tscheka-Kämpfer« enthalten ist (S. 54–60). Hier ist von bestimmten Foltermethoden natürlich nicht die Rede. Das Verfahren wurde jedoch weltbekannt, als George Orwell es in seinem Buch »1984« als eine Methode der Geheimpolizei des »Großen Bruders« beschrieb. Die Herkunft aus der antibolschewistischen Literatur erwähnte er nicht.

25 Alfred Rosenberg, Pest in Rußland. Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer. Gekürzt herausgegeben von Dr. Georg Leibbrandt, München o. J., S. 13, 36, 30

- 26 Walter Laqueur, Deutschland und Rußland, Berlin 1965, S. 67
- 27 Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924. Herausgegeben von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 88–90
- 28 Ebenda, S. 202, 275, 279ff. und passim. Im Text heißt es »Blutengel« bzw. »Bürger«, aber es handelt sich offensichtlich um Schreib- bzw. Druckfehler
- 29 Ebenda, S. 379
- 30 VB v. 19. 7. 1922
- 31 Vgl. Ernst Nolte, a.a.O. (Anm. 1, Kap. II,2), S. 180 (zu Piercy Ravenstone), 280–285
- 32 S. unten S. 152
- 33 Jane Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Bd. 1, London 1952, S. 217f.
- 34 Jäckel-Kuhn, a.a.O., S. 96
- 35 S. oben Anm. 13

5. »Weltrevolution« oder »nationale Regierung« in Deutschland? Das Krisenjahr 1923

- 1 Protokoll. Fünfter Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Hamburg o.J. (1924), Bd. I, S. 323
- 2 Heinrich Brandler, ebda S. 221
- 3 Erich Wollenberg, Der Apparat. Stalins Fünfte Kolonne, Bonn 1952, S. 10f. Wollenberg war selbst einer dieser Oberleiter.
- 4 RF v. 26. Juni 1923
- 5 Schlageter. Eine Auseinandersetzung. Karl Radek/P. Frölich/Graf Ernst Reventlow/Moeller van den Bruck, Berlin 1923, S. 7
- 6 Ebenda
- 7 RF v. 2. 8. 1923
- 8 »Die Aktion«, Jg. 1923, S. 374
- 9 etwa RF v. 25. 7.: es sei gewiß nötig, daß die Entente und die jüdischen Kapitalisten bekämpft würden, aber in erster Linie handle es sich um Haniel, Thyssen, Klöckner, Krupp und Stinnes.
- 10 RF v. 18. 9. 1923: »Schlageter . . .«, a.a.O. S. 7f.
- 11 RF v. 12. 7. 1923
- 12 RF v. 22. 4. 1923: »Bereitschaft im Osten« von J. Eisenberger
- 13 RF v. 10. 10. 1923
- 14 »Inprekorr« Nr. 163 v. 19. 10. 1923, S. 1387ff.
- 15 Protokoll . . . a.a.O., S. 231
- 16 Jäckel-Kuhn a.a.O. (Anm. 27, Kap. II,4), S. 630

6. Die Sowjetunion vom Tode Lenins bis zur Etablierung der Alleinherrschaft Stalins

- 1 Vgl. den kurzen, aber bedeutenden Beitrag von Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien. In: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964, S. 32–47
- 2 Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, S. 351
- 3 Lenin Werke, Bd. 33, S. 335ff.

- 4 »Um den Oktober.« Trotzki/Kamenew, Sinowjew, Béla Kun, Stalin, Bucharin, Kuusinen, Hamburg 1925, S. 141 (Kun)
- 5 Das Vorhergehende ist überwiegend dem Beitrag von Kun entnommen; das wörtliche Zitat stammt aus demjenigen von Kuusinen S. 226
- 6 Der Sowjetkommunismus. Dokumente. Hrsg. von Hans-Joachim Lieber und Karl Heinz Ruffmann, Köln-Berlin 1963, Bd. 1, S. 242
- 7 G. Glezerman, Likwidacija eksploatorskich klassov i preodolenie klassovykh razlitsij v SSSR, Moskau 1949, S. 70
- 8 Lenin Werke, a.a.O., Bd. 33, S. 428 und 209
- 9 F. M. Vaganov, Pravyj ukлон v. BKP (B) i ee razgrom (1928–1930 gg.), S. 216, 218. Es ist vermutlich bezeichnend, daß für den erfolgreichen Kampf gegen die rechte Abweichung derselbe Terminus benutzt wird wie für den Sieg über Kornilow, nämlich Vernichtung (razgrom)
- 10 Der Sowjetkommunismus, a.a.O., S. 255 ff.
- 11 Ebenda, S. 259 f.
- 12 Ergreifende Schilderungen z. B. bei Iwan L. Solonewitsch, Die Verlorenen, 2 Bde., 1934 und 1937. Vgl. aber auch J. Steinberg, a.a.O. (Anm. 5, Kap. II,4), also 1931, S. 332 mit Verwendung des Begriffs *Entkulakisierung*.
- 13 London 1958, bes. Kap. 12 »The Story of Collectivization«, S. 238–264
- 14 »Brüder in Not. Dokumente des Massentodes und der Verfolgung deutscher Glaubens- und Volksgenossen im Reich des Bolschewismus.« Hrsg. von der Informationsabteilung des Evangelischen Presseverbandes in Deutschland. Berlin 1933. Ein Brief aus dem Wolgagebiet von März 1933: »Das große Dorf (von etwa 8000 Einwohnern) ist halb leer. . . Und da gehen die Eltern in Sowjet und fragen, ob sie ihre verhungerten Kinder essen dürfen.« Aus dem Kubangebiet: »Es wird alle Tage schwerer für uns. Es sind schon viele Dörfer, wo schon der dritte Teil verhungert ist, und es fallen noch viele.« (S. 6 f.). Die Meinung des besten Kenners geht dahin, daß Stalin die Vernichtung eines großen Teils der ukrainischen Bevölkerung und insbesondere der ukrainischen Intelligenz ausdrücklich intendierte. (Robert Conquest, *The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror Famine*, New York 1986)
- 15 Otto Heller, Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, Wien/Berlin 1931, S. 123 f., 77, 21 f., 154.
- 16 Stalin Werke, Bd. 13, S. 36

7. Die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924–1929

- 1 Jäckel-Kuhn, a.a.O. (Anm. 27, Kap. II,4), S. 1210, 1215 f.
- 2 Pol. Archiv des AA, IV Ru 366/2, Bd. 1, fol. 091, Bericht vom 28. 1. 1925
- 3 Ausgabe vom 3. 7. 1925
- 4 Ausgabe vom 29. 6. 1925
- 5 Pol. Archiv des AA, IV Ru 366/3, fol. 167, Bericht v. 24. 2. 25
- 6 Die 7 Bände von Geheimakten über den Studentenprozeß im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (unter IV Ru 366) bieten eine Fülle von Informationen. Karl Kindermann schrieb später ein Buch über seine Erfahrungen in der Lubjanka mit dem Titel »Zwei Jahre in Moskaus Totenhäusern. Der Moskauer Studentenprozeß und die Arbeitsmethoden der OGPU« (Berlin/Leipzig 1931)

- 7 Hermann Weber, a.a.O. (Anm. 16, Kap. II,2), S. 88–93
- 8 Hamburg 1925, S. 12, 14, 133, 101, 47
- 9 MK, S. 43
- 10 Ebenda, S. 44f.
- 11 Ebenda, S. 64, 66
- 12 Vgl. etwa Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1968, S. 61: »Die Wochen in der KiHi wurden für mich zu einer intensiven kommunistischen Schulung . . . Alles schien mir plötzlich wunderbar leicht begreiflich zu sein.«
- 13 MK, S. 69f.
- 14 Ebenda, S. 182: »Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie von Heldentum reden und sagen dürfen, ohne des deutschen Heeres des Weltkriegs zu gedenken. Dann wird aus dem Schleier der Vergangenheit heraus die eiserne Front des grauen Stahlhelms sichtbar werden, nicht wankend und nicht weichend, ein Mahnmal der Unsterblichkeit. Solange aber Deutsche leben, werden sie bedenken, daß dies einst Söhne ihres Volkes waren.«
- 15 Wie sehr Hitler auch nach dem Tode Dietrich Eckarts und Scheubner-Richters mit russischen Erfahrungen (oder, wenn man will, mit den Greuelerzählungen der Emigranten) in nahem Kontakt blieb, macht z. B. ein Bericht des VB vom 2./3. April 1926 deutlich. Hier wird auf der ersten Seite in sechs Spalten über eine Versammlung der NSDAP in München berichtet, in welcher der russische Emigrant Professor Gregor eine erschütternde Rede über die Untaten der Tscheka gehalten habe, die von Kommunisten in »beispielloser Herzensroheit« durch Lärm und Gelächter schwer gestört worden sei. Die Anwesenheit Adolf Hitlers wird ausdrücklich vermerkt. Daß eine unmittelbare und für Hitler manchmal nicht ungefährliche Konfrontation bis 1933 nicht aufhörte, geht auch aus den Lebenserinnerungen des ehemaligen Gauleiters von Halle-Merseburg, Rudolf Jordan, hervor, der selbst aus antikommunistischen Emotionen heraus als katholischer Junglehrer zur NSDAP gekommen war. Er berichtet von einer Hitler-Veranstaltung in Halle, bei der Hitler auf der Rückfahrt vom Versammlungsort in ernste Gefahr geraten sei, als die Polizei für einen Augenblick von Leuten der »Antifa« von seinem Auto weggedrängt worden sei: »Immer noch stumm verbissen stiegen wir aus dem Wagen. Auch in Hitler pochte noch die Erregung. Er sagte mir mit drohendem Blick: ›Zwischen diesem Mordgesindel und uns gibt es keine Verständigung – und keinen Pardon. Zwischen ihnen und uns fällt die letzte Entscheidung.« (Rudolf Jordan, Erlebt und erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni 1971, S. 49)
- 16 Hamburg 1925
- 17 Die detaillierte Geschichte dieses Volksentscheids findet sich bei Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung . . ., Düsseldorf 1978
- 18 Siegfried Bahne, Zwischen »Luxemburgismus« und »Stalinismus«. Die »ultralinke« Opposition in der KPD. In: Vjh. f. Ztg. 9 (1961), S. 362
- 19 Ebenda S. 366, 369
- 20 Mit aller wünschenswerten Ausführlichkeit geschieht das bei Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1969
- 21 Leo Trotzki, Wer leitet heute die Kommunistische Internationale?, Berlin 1930, S. 42 Ders., Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, Berlin 1930, S. 14

- 22 Zwickau o.J., S. 26
- 23 Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim 1966, S. 196
- 24 Auch hier tut man indessen gut daran, sich den entgegengesetzten Extremismus vor Augen zu halten, etwa die These von Theodor Lessing, die einzige Gefahr, die die Welt bedrohe, sei die weiße Rasse, eine Äußerung, die Alfred Rosenberg auf dem Nürnberger Reichsparteitag von 1927 scharf attackierte. (Der Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Nürnberg 19./21. August 1927. Der Verlauf und die Ergebnisse der Beratungen. Hrsg. von Alfred Rosenberg und Wilhelm Weiß, München 1927, S. 37)
- 25 MK, a.a.O., S. 754
- 26 Thomas Kunz, Arbeitermörder und Putschisten. Der Berliner »Blutmai« von 1929 als Kristallisationspunkt des Verhältnisses von KPD und SPD vor der Katastrophe. In: IWK, 22. Jg., Heft 3 (Sept. 1986), S. 297–317, S. 299
- 27 Ausgabe vom 3. 5. 1929
- 28 Die Rote Sturmflagge vom 4. 5. 1929
- 29 Abendausgabe vom 2. 5. 1929
- 30 3. 5. 1929 Diese und zahlreiche weitere Pressestimmen in GStA, Rep. 219, Nr. 47

8. Die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion

- 1 Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien und München 1966, S. 317
- 2 Vgl. seine Denkschrift vom April 1919 in: Herbert Helbig, Die Moskauer Mission des Grafen Brockdorff-Rantzau. (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 2, Berlin 1955) S. 286–344, S. 291 f.
- 3 Otto Gefßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 185–188
- 4 Karl Radek, Deutschland und Rußland. Ein in der Moabiter Schutzhaft geschriebener Artikel für »richtiggehende« Bourgeois, Berlin 1920, S. 12. Die Schrift stammte also aus dem Frühjahr 1919, wo Radek in seiner Zelle in Moabit nicht nur Kommunisten, sondern auch bürgerliche Politiker, Wirtschaftsführer usw. (darunter Rathenau) als eine Art inoffizieller Botschafter der Sowjetrepublik empfangen hatte. Sie wurde zuerst publiziert in »Die Zukunft«, Nr. 19 vom 7. Februar 1920
- 5 Lenin Werke, Ergänzungsband Oktober 1917–März 1923, S. 421–423
- 6 Ausgaben vom 22. 4 und 29. 4. 1922
- 7 Helbig, a.a.O., S. 329, 334. Höchst aufschlußreich sind die im Pol. Archiv des AA unter dem Titel »Kupferberg gold« gesammelten Geheimgespräche Brockdorff-Rantzau aus der Zeit von 1923 bis 1928. Hier nennt er in einem seiner letzten Gespräche (Berlin, 1. 8. 28) die »Intimität« des deutsch-russischen Verhältnisses »bis zu einem weitgehenden Grade einen Bluff«, er spricht von der »Schweineentente« (Gespräch mit General Hasse am 21. 2. 1923), und er äußert sich über die »Hetze Herrn Sinowjews oder Apfelbaums« (Gespräch mit Tschitscherin v. 25. 2. 25). Trotzdem brachte die »Prawda« am 11. 9. 28 einen rühmenden Nekrolog des »allerloyalsten, allerwohlwollendsten, allerzugänglichsten und daher allerangenehmsten bürgerlichen Botschafters im Roten Moskau«, welcher »der ehrgeizige, aristokratisch hochfahrende Graf« gewesen sei. (Gustav Hilger, a.a.O. (Anm. 8 zu Kap. I), S. 99

- 8 Günter Rosenfeld, Sowjet-Rußland und Deutschland, 2 Bde, 1917–1922 und 1922–1923, Köln 1984, Bd. II, S. 121
- 9 S. oben, S. 154
- 10 Vgl. G. Hilger, a.a.O., S. 218
- 11 Augur, Soviet versus Civilization, London o.J. (1926) S. 74f.
- 12 Jean Herbertte, Ein französischer Diplomat über bolschewistische Gefahr, Berlin 1943, S. 147f.
- 13 Die Rote Armee und die Rote Flotte, Hamburg-Berlin 1932, S. 23
- 14 F. A. Krummacher/Helmut Lange, Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Von Brest-Litowsk bis zum Unternehmen Barbarossa, München und Esslingen 1970 S. 502f.
- 15 ADAP, Serie B, 1925–1933, Bd. 11, S. 481
- 16 Ebenda, S. 502f.
- 17 Vgl. hierzu Heinz Höhne, Krieg im Dunklen. Macht und Einfluß des deutschen und russischen Geheimdienstes, Gütersloh 1985, S. 270ff.; Walter Krivitsky, Ich war in Stalins Dienst, Amsterdam 1940, S. 64; Franz Feuchtwanger, Der militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928–1935. Erinnerungen. In: IWK, S. 485–533, S. 492
- 18 Stalin zu Emil Ludwig am 13. Dezember 1931: »Ist das eine Anerkennung des Versailler Systems? Nein. Oder ist das vielleicht eine Garantie für die Grenzen? Nein. Wir waren nie die Garanten Polens und werden es nie werden.« J. W. Stalin, Werke, Bd. 13, Berlin 1955, S. 103ff. Eine frühere und noch schroffere Festlegung des revisionistischen Standpunkts der Sowjetunion in: ebda, Bd. 7, S. 235ff.

9. Der begrenzte Bürgerkrieg in Deutschland

- 1 Text in Hermann Weber, Der deutsche Kommunismus, a.a.O. (Anm. 16, Kap. II,2), S. 58–65
- 2 Heinrich Fraenkel – Roger Manvell, Hermann Göring, Hannover 1964, S. 57
- 3 Im Lande der Roten Fahne. Bericht der zweiten Arbeiterdelegation über Sowjetrußland, Berlin o.J. (wohl 1927), S. 152. Es kam jedoch nicht ganz selten vor, daß Teilnehmer sich nach der Rückkehr von den kollektiven Erklärungen distanzierten, die sie in der Sowjetunion unterschrieben hatten, so z. B. ein *proletarischer Freidenker*, der bereits 1926 die Leninverehrung und den Stalinkult scharf kritisierte. (Erich Mäder, Zwischen Leningrad und Baku. Was sah ein proletarischer Freidenker in Sowjetrußland? Windischleuba 1926)
- 4 »Kampf um die Scholle.« Das Bauernhilfsprogramm der KPD, Berlin 1931, S. 19
- 5 »Marxismus für Antimarxisten. Ein Wegweiser für Gegner, die ihn kennenlernen wollen«, Berlin 1931, S. 7
- 6 Hamburg 1925, S. 11, 9, 17
- 7 »Volksrevolution gegen Faschismus. Rede des Genossen Walter Ulbricht vor den Funktionären der KPD, Berlin o.J. S. 25, 32
- 8 »Stadtpfarrer Eckert, Mannheim, kommt zur KPD. Kirche und Kommunismus.« Mannheim o.J. S. 21, 24
- 9 Bayreuth 1931, S. 29, 3
- 10 Dr. J. Goebbels: Der Nazi-Sozi. Fragen und Antworten für den Nationalsozialisten, München 1929, S. 4, 7

- 11 München 1930
- 12 Geh. StA, Rep. 219, Nr. 68, fol. 264
- 13 Ebenda, fol. 191 f.
- 14 Ebenda, fol. 147
- 15 Ebenda, fol. 174
- 16 Ebenda, fol. 69
- 17 Ebenda, Nr. 34, fol. 67
- 18 Die Weltbühne 23. Jg. (1927), Nr. 30. S. 152f. (»Dänische Felder« von Ignaz Wrobel.) In Tucholskys »Gesammelten Werken« (Bd. 5. S. 266) ist die Stelle durch die Hinzufügung des Satzes »Leider trifft es immer die Falschen« verändert. Die Grundvorstellung ist der Gegensatz zwischen den schon 1917 friedlichen Feldern in Dänemark und dem Deutschland des Jahres 1927, in dem angeblich wieder ein Krieg vorbereitet wird. Die Stelle ist nicht etwa erst von *neonazistischen Autoren* wie Emil Aretz *entdeckt* worden (»Hexeneinmaleins einer Lüge«, Pähl/Obb. 1973, S. 106), sondern sie wurde bereits in der nationalsozialistischen Literatur angeführt, so von Hermann Esser, Die jüdische Weltpest. Judendämmerung auf dem Erdball, München ²1939, S. 218. Es ist also durchaus möglich, daß die Stelle auch Hitler bekannt war.
- 19 Berlin 1928, S. 14f.
- 20 »Der Rattenfänger von Braunau. Die Tragödie Deutschlands« Meißen 1932, S. 3, 7
- 21 Herbert und Elisabeth Weichmann, Alltag im Sowjetstaat. Wie heute der Arbeiter in Sowjetrußland lebt, Berlin 1932, S. 18, 79, 94
- 22 Leo Trotzki, Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland – der Schlüssel zur internationalen Lage, in: »Schriften über Deutschland«, Bd. 1, Frankfurt 1971, S. 157f.
- 23 Ebenda, S. 159
- 24 Das wörtliche Zitat stammt aus einer Schrift von E. Mahlmeister, Rußland und der Bolschewismus. Rußland und wir, Freiberg i. S. 1926, zitiert nach Louis Dupeux, »Nationalbolschewismus« in Deutschland 1919–1933, München 1985, S. 288. Die Schrift ist als spirituelle Vorwegnahme der Teilung Deutschlands in einen Ost- und einen Westteil interessant, aber Niekisch vertritt mit seiner Polemik gegen den südwestlichen, *romanisierten* Teil Deutschlands im Grunde eine ganz ähnliche Auffassung.
- 25 »Erwachendes Volk. Briefe an Leutnant a. D. Richard Scheringer«, Berlin 1931, S. 6
- 26 Ebenda, S. 13
- 27 Neudruck Frankfurt a. M. 1971
- 28 Ebenda, S. 217, 219
- 29 UuF, Bd. VII, S. 377ff.
- 30 In der bald darauf erfolgenden Gegenrechnung kamen die Kommunisten auf 15 000 tote oder verletzte Anhänger.
- 31 Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27, in: Vjh. f. Ztg. 8, 1960, S. 85–118. Die abgedruckten Dokumente stammen von dem Begründer der NSBO, Reinhold Muchow, die angeführte Schilderung findet sich auf S. 115–118. In seiner Einleitung schreibt Martin Broszat, der fixierte Gegner sei vor allem die KPD gewesen. »Auf sie wird beinahe alles bezogen, sie ist Rechtfertigung der eigenen Existenz, Vorbild und fanatisch bekämpfter Feind zugleich.« (S. 91) Leider arbeitet Broszat trotzdem mit Begriffen wie »Entwurzelung aus der bürgerlichen Gesellschaft« und »Mob«. Die Lektüre der Erinnerungen von SA-Leuten, die im Bundes-

- archiv gesammelt sind, (NS 26/528) läßt indessen kaum einen Zweifel daran, daß auf beiden Seiten *einfaches Volk* die Masse der Anhänger bildete und daß oft genug der Riß mitten durch Familien ging. Eine gute Beschreibung der Kämpfe um Lokale und um ganze Kieze bei Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists. The German Communists and Political Violence 1929–1933*, Cambridge 1983
- 32 UuF, Bd. VIII, S. 444. Beschreibungen finden sich, wie hinsichtlich des Altonaer Blutsonntags, sowohl im VB als auch in der RF und weiterhin in zahlreichen anderen Zeitungen. Die Abweichungen liegen hauptsächlich in der Bewertung.
- 33 So RF v. 9. 6. 1931: »Und unsere Gerichtsverhandlungen werden kurz sein.«

10. Der Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme

- 1 Siehe den Briefwechsel zwischen dem ehemaligen deutschen Kronprinzen und General Groener in: Dorothea Groener-Geyer, *General Groener – Soldat und Staatsmann*, Frankfurt 1955, S. 311 ff.
- 2 UuF, Bd. VIII, S. 339
- 3 Schulthess 1929, S. 25
- 4 Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 629
- 5 RF v. 7. 8. 1931 (und in allen anderen Zeitungen Preußens)
- 6 UuF Bd. VIII, S. 193
- 7 Ebenda, S. 143
- 8 Ebenda, S. 575
- 9 Ebenda, S. 658
- 10 S. oben, S. 132
- 11 UuF, Bd. VIII, S. 48
- 12 Ebenda, S. 315
- 13 Berlin 1932 (Original »German Crises«)
- 14 Geh. St.A. Rep. 219, Nr. 80, fol. 120 ff.
- 15 Ebenda, fol. 95, 259
- 16 Ebenda, fol. 187 ff.
- 17 Ebenda, fol. 259
- 18 Matthias und Morsey, a.a.O. S. 723 ff.
- 19 Rep. 219, Nr. 80, fol. 220
- 20 *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft VI* (1958), S. 547 ff.
- 21 UuF, Bd. VIII, S. 694 (Formell stammte der Brief vom Staatssekretär Meißner)
- 22 S. Axel Schildt, *Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik*, Frankfurt/New York 1981
- 23 13. Jg. 1933, Nr. 13 vom 27. Januar (Rede Knorin)
- 24 RF v. 24. 1. 1933
- 25 Ebenda, 26. 1. 1933
- 26 VB v. 1./2. 1. 1933
- 27 S. oben, S. 127
- 28 S. oben, S. 28
- 29 Lutz Graf Schwerin von Krosigk, *Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945 . . .* Göttingen 1974, S. 106

- 30 Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923, S. 44f.

III. Die feindlichen Ideologiestaaten im Frieden 1933–1941

1. Das nationalsozialistische Deutschland und die kommunistische Sowjetunion 1933/34

- 1 Äußerung von Max Westphal in der Sitzung der Reichstagsfraktion der SPD am 10. Juni 1933: »Auf jeden Fall aber steht fest: diese ungeheure Bewegung wird nie von kleinen Gruppen unserer Partei vom Ausland her erschüttert werden können (Lebhafte Zustimmung).« (»Das Ende der Parteien« (Anm. 4 zu II,10), S. 258
Julius Leber am 9. Juli 1933 aus dem Untersuchungsgefängnis an seine Frau: »Der marxistische Sozialismus war zu doktrinär und deshalb zu unfruchtbar und tatenlos, der Kommunismus zu russisch. Aber ein Neues kommt, wenn nicht durch Hitler, so aber doch ein Neues.« (Dorothea Beck, Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1933, S. 249)
- 2 Herbert Wehners »Notizen« in »Zeugnis« hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982, S. 34, 63ff. Von hohem Interesse sind die Biographien von 504 Personen des Führungskorps der KPD im 2. Band von H. Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Nur ein einziger (Bertold Karwahne) wurde – bereits 1927 – ein prominenter Nationalsozialist. Eine nicht ganz geringe Anzahl arrangierte sich aber mit dem Dritten Reich. Von diesen fehlt bei Weber die Reichstagsabgeordnete Maria Reese.
- 3 Martin Rector, Über die allmähliche Verflüchtigung einer Identität beim Schreiben. Überlegungen zum Problem des »Renegatentums« bei Max Barthel, in: »Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaften 10. Kunst und Kultur im deutschen Faschismus«, Stuttgart 1978, S. 261–284, S. 262
- 4 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegungen 1933, S. 827
- 5 Ebenda, S. 884
- 6 Deutschland-Berichte der Sopade. Erster Jahrgang 1934, Neudruck Frankfurt 1980, S. 10, 29ff. und passim
- 7 Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980, S. 121f.
- 8 S. oben, Anm. 28 zu Kap. II,1
- 9 Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Würzburg 1962 Bd. I, S. 68–90, S. 77 (Der Text wurde nicht etwa geheimgehalten, sondern gleich zweimal publiziert, einmal (gekürzt) im VB v. 19. 4. 1932 und dann in der Broschüre: Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf, München 1932
- 10 S. oben, S. 188
- 11 Thilo Vogelsang, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: Vjh. für Ztg. Bd. 7 (1959), S. 429–437, S. 434
- 12 Vgl. etwa Stalin in seiner Rede über die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans am 7. Januar 1933: »Man verweigert den Arbeitslosen die Nahrung, weil sie sie nicht bezahlen können, man verweigert ihnen ein Obdach, weil sie die Miete nicht

bezahlen können. Wovon und wo leben sie? Sie leben von dürrtigen Brosamen, die von der Herren Tische fallen, sie wühlen in den Müllkästen, wo sie verfaulte Nahrungsmittel finden, sie leben in den Elendsquartieren der Großstädte, zumeist aber in elenden Hütten außerhalb der Stadt, die von den Arbeitslosen aus Kistenbrettern und Baumrinde notdürftig zusammengezimmert werden.«

Stalin Werke, Bd. 13, S. 177. Vgl. oben Kap. I S. 35. Gegen Stalins Rede konnte kein Diplomat protestieren, da sie sich auf keinen einzelnen und bestimmten Staat bezog.

13 ADAP, Serie C, Bd. I,1, S. 252

14 S. ebenda, S. 143. Eine besonders wichtige Rolle spielte auf französischer Seite Edouard Herriot, der nach den Kammerwahlen vom Mai 1932 als Chef der Radikalsozialisten bis zum Dezember 1932 Ministerpräsident gewesen war und der wenig später eine vielpublizierte Reise durch die Sowjetunion machte, die nicht nur in den Kreisen der russischen Emigranten erbitterte Kritik auslöste.

15 ADAP, a.a.O., S. 418

16 Ebenda, Bd. I,2, S. 737

17 Stalin, a.a.O., S. 270

18 »Gewiß, wir sind weit davon entfernt, von dem faschistischen Regime in Deutschland entzückt zu sein. Doch handelt es sich hier nicht um den Faschismus, wie allein die Tatsache zeigt, daß der Faschismus zum Beispiel in Italien für die UdSSR kein Hindernis war, die besten Beziehungen zu diesem Lande herzustellen.« (Ebenda S. 269) Stalin sieht das Problem vielmehr in einer Änderung der deutschen Politik, die schon vor dem Januar 1938 die alte (Rapallo-)Linie verlassen habe. In diesem Zusammenhang erwähnt er (Januar 1934!) Hugenberg und Rosenberg als besonders prominente Verfechter der neuen Linie.

19 Ebenda, S. 13, 23

20 Michail Heller-Alexander Nekrich, Geschichte der Sowjetunion, 2 Bde., Königstein 1981, Bd. I, S. 247f.

21 Ebenda, S. 244

22 Stalin, a.a.O. S. 238. Aussage von R. Robins in einer Unterredung mit Stalin

23 Ebenda, S. 160f.

24 Stalin, a.a.O. S. 264

25 Ebenda, S. 265

26 Ebenda

27 Jean Elleinstein, Histoire de l'U.R.S.S., Tome II, Paris 1973, S. 197. Auch Stalin wurde neben Kirow, Kaganowitsch und Schadanow bloß als *Sekretär* bezeichnet, wohl kaum durch ein Versehen (Leonard Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt 1961, S. 422)

28 Heller-Nekrich, a.a.O., Bd. I, S. 238

29 Stalin, a.a.O. S. 141

30 Ebenda, S. 205, 185

2. Der »Röhm-Putsch« und die Ermordung Kirows 1934

1 UuF, Bd. X, S. 152

2 Ebenda, S. 157

3 Ebenda, S. 157ff.

Anmerkungen zu S. 230–251

- 4 Ebenda, S. 219
- 5 S. oben, S. 110
- 6 UuF, Bd. X, S. 218
- 7 Ebenda, S. 282
- 8 Walter G. Krivitsky, a.a.O. (Anm. 17 zu II/8). Krivitsky ist auch deshalb als Zeuge glaubwürdig, weil er bereits bald nach seinem Übergang auf die westliche bzw. amerikanische Seite von Agenten des NKWD in New York ermordet wurde.
- 9 Ebenda, S. 18
- 10 Chruschtschow nennt Stalins Namen nicht ausdrücklich, sondern er spricht nur davon, »man« habe mit der späteren Erschießung der verantwortlichen NKWD-Männer die Spuren der Organisatoren des Mordes an Kirow auslöschen wollen. Wie die Zuhörer ihn verstanden, zeigt allerdings die in der Niederschrift verzeichnete »Erregung« deutlich genug. (»Chruschtschows historische Rede«. In: Ost-Probleme 8. Jahr 1956, S. 867–897, S. 875)
- 11 Iwan Solonewitsch, Die Verlorenen. Eine Chronik namenlosen Leidens. Zweiter Teil: Flucht aus dem Sowjetparadies 1934, Berlin–Essen–Leipzig 1937, S. 150ff.
- 12 Schapiro, a.a.O. (III,1, Anm. 27), S. 425
- 13 Janet D. Zagoria (Ed.), Power and the Soviet Elite. »The Letter of an Old Bolshevik« and other Essays by Boris I. Nicolaevsky, London 1966, S. 26–65. Im vorhergehenden stütze ich mich überwiegend auf diesen Text.

3. Weltpolitik 1935–1936

- 1 Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1934/35, Teil 1, bearbeitet von Michael Freund, S. 65ff. (Rede auf dem ostpreußischen Gautag in Königsberg v. 8. 7. 1934)
- 2 Hans Buchheim, Glaubenskampf im Dritten Reich, Stuttgart 1953, S. 170
- 3 MEW, Bd. 2, S. 116
- 4 München o.J., S. 5, 8
- 5 Martin Gilbert, Britain and Germany between the Wars, London 1964, S. 73
- 6 Nahum Goldmann, Mein Leben als deutscher Jude. München 1980, S. 311
- 7 Jane Degras, The Communist International 1919–1943, Bd. I, London 1956, S. 348
- 8 Vgl. oben (S. 172)
- 9 Weltgeschichte der Gegenwart, a.a.O., S. 209ff.
- 10 Freiherr Geyr von Schweppenburg, Erinnerungen eines Militärattachés, London 1933–1937. Stuttgart 1949, S. 88
- 11 Weltgeschichte der Gegenwart, a.a.O., Bd. 3, S. 248f.
- 12 Stalin Werke, Bd. 13, S. 270
- 13 Ebenda, S. 272
- 14 Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin 1955, S. 665–668
- 15 Weltgeschichte der Gegenwart, a.a.O., 1934/35, Teil 1, S. 408–413
- 16 Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, Bonn 1950, S. 294ff.
- 17 UuF, Bd. X, S. 342f.
- 18 Weltgeschichte der Gegenwart, a.a.O., 1934/35, Teil 1, S. 162
- 19 Gilbert, a.a.O., S. 82

4. Deutschland und die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg

- 1 Genaue Zahlen bei Raymond Carr (Ed.), *The Republic and the Civil War in Spain*, London 1971, S. 161
- 2 John F. Coverdale, *Italian Intervention in the Spanish Civil War*, Princeton 1975, S. 81
- 3 David W. Pike, *Les Français et la guerre d'Espagne*, Paris 1975, S. 65
- 4 Burnett Bolloten, *The Grand Camouflage. The Communist Conspiracy and the Spanish Civil War*, London 1961, S. 221
- 5 ADAP, Serie D, Bd. III, *Deutschland und der Spanische Bürgerkrieg*, S. 95, 102, 104f. usw.
- 6 Coverdale, a.a.O. S. 258
- 7 Wilfred von Oven, *Hitler und der Spanische Bürgerkrieg. Mission und Schicksal der Legion Condor*, Tübingen 1978, S. 61
- 8 Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongressreden. München 1936, S. 27, 82, 98. Eine erhebliche Veränderung des Bildes hätte sich allerdings aus einer Wendung in Hitlers Schlußrede ableiten lassen: »Wir haben den Bolschewismus von Deutschland einst nicht abgewehrt, weil wir eine bürgerliche Welt etwa zu konservieren oder gar wieder aufzufrischen gedachten. Hätte der Kommunismus wirklich nur an eine gewisse Reinigung durch die Beseitigung einzelner fauler Elemente aus dem Lager unserer sogenannten oberen Zehntausend oder aus dem unserer nicht minder wertloser Spießler gedacht, dann hätte man ihm ja ganz ruhig eine Zeitlang zusehen können. Es ist aber nicht das Ziel des Bolschewismus, die Völker von dem Krankhaften zu befreien, sondern im Gegenteil das Gesunde, ja das Gesundeste auszurotten und das Verkommenste an seine Stelle zu setzen.« (Ebenda, S. 294f.) In den »Tischgesprächen« bezieht sich Hitler später nicht selten recht positiv auf die »Rotspanier« und negativ auf die reaktionären Kräfte um Franco.
- 9 Pierre Broué – Emile Témime, *La révolution et la guerre d'Espagne*, Paris 1961, S. 242f.
- 10 Ebenda, S. 254
- 11 Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, Bd. 5, S. 340f.
- 12 Ilja Ehrenburg, *Menschen, Jahre, Leben. Autobiographie*, Bd. 2, München 1965, S. 184

5. Die »große Säuberung« und das Aufbaupathos in der Sowjetunion

- 1 Robert Conquest, *Am Anfang starb Genosse Kirow. Säuberungen unter Stalin*, Düsseldorf 1970, S. 145. (Originaltitel »The Great Terror«). Stenographische Berichte über die drei Schauprozesse erschienen in Moskau 1936, 1937 und 1938 in französischer und in englischer Sprache. Sie haben heute nur noch ein sozial- oder besser parteipsychologisches Interesse.
- 2 Chruschtschow, a.a.O. (Anm. 10 zu III,2), S. 875
- 3 Walter Schellenberg, *Aufzeichnungen*. Wiesbaden und München 1979, S. 44–50 (zuerst London 1956 unter dem Titel »The Schellenberg Memoirs«)
- 4 Conquest, a.a.O. S. 577
- 5 ADAP, C, Bd. VI,1, S. 381f.

Anmerkungen zu S. 269–290

- 6 Ebenda, Bd. VI,2, S. 913ff.
- 7 Krivitsky, a.a.O. (Anm. 17 zu II,8), S. 167ff.
- 8 Ebenda, S. 175
- 9 Merle Fainsod, *Smolensk under Soviet Rule*, London 1958, S. 424
- 10 Conquest, a.a.O., S. 629
- 11 Ebenda, S. 634
- 12 Ebenda, S. 365
- 13 Hermann Remmele, *Die Sowjetunion*, 2 Bde., Hamburg–Berlin 1932
- 14 Zagoria, a.a.O. (Anm. 13 zu III,2), S. 61
- 15 Merle Fainsod, *How Russia is Ruled*, Cambridge 1963, S. 42
- 16 Stalin Werke, Bd. 13, S. 26
- 17 Conquest, a.a.O., S. 547

6. Hitlers Triumphe und der Konsens der Volksgemeinschaft

- 1 ADAP, Serie D, Bd. I, S. 25ff.
- 2 IMG, Bd. XXXVII, S. 594ff.
- 3 Vgl. oben, S. 160
- 4 Vgl. Ernst Nolte, a.a.O. (Anm. 1 zu II,2), S. 466ff.
- 5 IMG, Bd. XXVIII, S. 356f.
- 6 Kurt von Schuschnigg, *Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot*, Zürich 1946, S. 38–44
- 7 IMG, Bd. XXXIV, S. 734ff.
- 8 ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 547ff.
- 9 IMG, Bd. XXV, S. 415
- 10 Wenzel Jaksch, *Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum*, Stuttgart 1958, S. 509
- 11 ADAP, Serie D, Bd. I, S. 55, 47
- 12 Ebenda, S. 52
- 13 Joseph E. Davies, *Als USA-Botschafter in Moskau . . .*, Zürich 1943, S. 266
- 14 Roosevelts Weg in den Krieg . . ., Berlin 1943, S. 47f.
- 15 ADAP, Serie D, Bd. II, S. 501ff.
- 16 Jane Degras, a.a.O. (Anm. 33 zu II,4), Bd. II, S. 2
- 17 »Zu einem einzigen Staat haben wir kein Verhältnis gesucht und wünschen auch, zu ihm in kein engeres Verhältnis zu treten: Sowjetrußland. Wir sehen im Bolschewismus mehr noch als früher die Inkarnation des menschlichen Zerstörungstriebes. Wir machen für diese grauenhafte Ideologie der Vernichtung auch nicht das russische Volk als solches verantwortlich. Wir wissen: es ist eine kleine jüdisch-intellektuelle Oberschicht, die ein großes Volk in den Zustand dieses Wahnwitzes gebracht hat. Wir stehen daher jedem Versuch einer Ausbreitung des Bolschewismus, ganz gleich, wo er auch stattfindet, mit Abscheu und dort, wo er uns selbst bedroht, in Feindschaft gegenüber . . .« (UuF, Bd. XI, S. 377)
- 18 Ebenda, Bd. XII S. 341
- 19 Der Terminus »finis Germaniae« ist in den Vortragsnotizen Becks für den Oberbefehlshaber des Heeres enthalten. (Wolfgang Foerster, *Ein General kämpft gegen den Krieg*. Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs Ludwig Beck, München 1949, S. 102
Zum Widerstand insges. vgl. Kap. IV, 7

- 20 Die Vorhersagen, daß aus dem Versailler Frieden bzw. aus einem *Gewaltfrieden* ein neuer Krieg oder zum mindesten eine heftige nationalistische Reaktion hervorgehen werde, waren 1919 und in den frühen zwanziger Jahren zu zahlreich, als daß sie im einzelnen belegt zu werden brauchten.
- 21 Ribbentrop nach ADAP, D, II, S. 473; Gauleiter Forster nach Ebenda, S. 529ff.
- 22 Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Bd. I, Moskau 1948, S. 323
- 23 So William Bullitt in einer Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Washington, Graf Jerzy Potocki, am 19. November 1938 (Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Erste Folge, Berlin 1940, S. 8f.)

7. *Das Scheitern des antifaschistischen und des antikommunistischen Konzepts in der großen europäischen Politik*

- 1 Domarus, a.a.O. (Anm. 9 zu III,1), Bd. 1, S. 954ff.
- 2 UuF, Bd. XII, S. 585
- 3 Ebenda, S. 581
- 4 Domarus, II,1, S. 1058
- 5 Wilhelm Treue, Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938). In: Vjh. f. Ztg. 6. Jg. 1958, S. 175–191, S. 188
- 6 Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann, Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus. Lieferung II 1933–1945. Rede vom 25. I. 1939, S. 7
- 7 ADAP, D, Bd. IV, S. 76
- 8 Roosevelts Weg in den Krieg, a.a.O. (Anm. 14, Kap. III,6) S. 73
- 9 Blaubuch der Britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland am 3. September 1939, Basel 1939, S. 5–12
- 10 The Earl of Birkenhead: Halifax. The Life of Lord Halifax. London 1965, S. 434
- 11 ADAP, D, Bd. V, S. 87ff.
- 12 Blaubuch, a.a.O. S. 44f.
- 13 DBFP, Series III, Bd. V, S. 422f.
- 14 Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Erste Folge, Berlin 1940, S. 28ff.
- 15 Grigore Gafencu, Europas letzte Tage. Eine politische Reise im Jahre 1939, Zürich 1946, S. 55ff.

8. *Der Hitler-Stalin-Pakt als der Beginn des europäischen Vorspiels zum Zweiten Weltkrieg*

- 1 Robert Coulondre, Von Moskau nach Berlin, 1936–1939. Bonn 1950, S. 240
- 2 Vgl. unten Kap. IV, 7
- 3 ADAP, Serie D, Bd. VI, 1, S. 426f.
- 4 S. ADAP, D, VI, 2 passim
- 5 Ebenda, S. 529
- 6 Ebenda, S. 847f.
- 7 Ebenda, Bd. VII, S. 52

Anmerkungen zu S. 309–328

- 8 Ebenda, S. 140f.
- 9 Dokumente und Materialien zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Moskau 1948, Bd. II, S. 127
- 10 ADAP, a.a.O. Bd. VII, S. 125f., 205f.
- 11 Ebenda, S. 206f.
- 12 Ebenda, S. 191 ff.
- 13 Ebenda, S. 541
- 14 Ebenda, S. 170
- 15 Hans-Günther Seraphim (Hrsg.), Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, Göttingen 1956, S. 75, 72
- 16 Carl J. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937–1939, München 1960, S. 339ff.
- 17 Gafencu, a.a.O. (Anm. 15, Kap. III,7), S. 88
- 18 Domarus, Bd. II,1, S. 1315
- 19 UuF, Bd. XIII, S. 637
- 20 IMG, Bd. XXVI, S. 169

9. Das fragile Bündnis: Triumphe – Gewinne – Spannungen

- 1 ADAP, D, Bd. VIII, S. 27
- 2 Degras, a.a.O. (Anm. 33 zu II,4) Bd. III, S. 374
- 3 Ebenda, S. 190ff.
- 4 Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, Bd. V, Berlin o.J., S. 131
- 5 ADAP, D, Bd. VIII, S. 129
- 6 Ausgabe vom 28. Dezember 1939, S. 1959
- 7 Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940), in: Vjh. f. Ztg., 5. Jg., 1957, S. 194–198, S. 198
- 8 UuF, Bd. XIV, S. 171
- 9 Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, S. 41
- 10 In: »Denkschrift«, a.a.O., S. 197
- 11 Hans Rothfels, Ausgewählte Briefe von Generalmajor Helmut Stieff, in: Vjh. f. Ztg., 2. Jg., 1954, S. 291–305, S. 300
- 12 »Denkschrift«, a.a.O., S. 197
- 13 Jahrbuch für auswärtige Politik, 7. Jg., 1941, S. 183 ff.
- 14 ADAP, D, Bd. VIII, S. 685 ff.
- 15 Ebenda, S. 474 ff.
- 16 Ebenda, S. 695 ff.
- 17 Der völkerrechtliche Hintergrund des russisch-finnischen Konfliktes, Stockholm 1940, S. 37f.
- 18 Vgl. »Die Geheimakten des französischen Generalstabes«, Berlin 1941
- 19 Erich Kordt, Nicht aus den Akten . . ., Stuttgart 1950, S. 359ff.
- 20 IMG, Bd. XXVI, S. 327 ff.
- 21 Deutschland im Kampf, hrsg. von A. I. Berndt und Obstl. von Wedel, Berlin 1939, Lieferung 5, S. 28 ff.
- 22 Hillgruber a.a.O. (Anm. 28 zu III,9), Bd. II, S. 522 ff.
»Der Großdeutsche Freiheitskampf«. Reden Adolf Hitlers, Bd. I/II, München 1943³, S. 276
- 23 Winston Churchill, His Complete Speeches, Vol. VI, London 1974, S. 6250

- 24 Ebenda, S. 6242
- 25 Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, Berlin 1957, S. 238ff.
- 26 ADAP, D, Bd. XI/1, S. 462ff.
- 27 ADAP, D, Bd. IX, S. 1 ff.
- 28 Andreas Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941, Frankfurt 1967, S. 345
- 29 Ebenda, S. 384f.

IV. Strukturen zweier Einparteistaaten

1. Die Staatsparteien und ihre Führer

- 1 Zu den begrifflichen Unterscheidungen und zur Frage des Verhältnisses von Frühsozialismus und Marxismus vgl. Ernst Nolte, *Marxismus und Industrielle Revolution* a.a.O. (Anm. 1 zu II,2), bes. S. 272–280, 457–460, sowie Ders.: »Vormarxistischer Sozialismus« – »utopischer Sozialismus«. »Frühsozialismus« – Probleme der Begriffsbildung. In: *Sozialismus vor Marx*, Hrsg. von Manfred Hahn und Hans-Jörg Sandkühler, Köln 1984, S. 19–24 (»Studien zur Dialektik«)
- 2 S. oben, S. 274
- 3 Adam B. Ulam, *The Bolsheviks*, London 1965, S. 128f.
Eine der Wohltäterinnen, Frau Popova, verhungerte 1921 als »Klassenfeindin« (S. 129)
- 4 Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen vgl. oben, S. 135 ff.
- 5 Fainsod, a.a.O. (Anm. 13 zu II,6), S. 35, 123
- 6 Trotzki, a.a.O. (Anm. 14 zu II,1), S. 58
- 7 Schon gegen Ende der zwanziger Jahre war die Sowjetunion allerdings wieder zu einem Lande des Alkohols geworden, wo Wodka häufig leichter zu haben war als Brot.
- 8 W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 33, S. 209
- 9 Fainsod, a.a.O., S. 442
- 10 Conquest, a.a.O. (Anm. 1 zu III,5), S. 157 ff.
- 11 Fainsod, a.a.O. (Anm. 15 zu III,5), S. 178
- 12 Severnaia Kommuna vom 19. September 1918
- 13 Trotzki, a.a.O., S. 142
- 14 Ebenda, S. 146
- 15 Ebenda, S. 67f.
- 16 Schapiro, a.a.O. (Anm. 27 zu III,1), S. 315
- 17 Ulam, a.a.O., S. 199
- 18 Nolte, a.a.O. (Anm. 20 zu II,4), S. 404–408
- 19 So noch 1934 Arthur Rosenberg (*Historicus*, *Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zerstörung*, Karlsbad 1934, S. 5)
- 20 Ernst Rudolf Huber, *Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches*, Hamburg 1939, S. 196, 230, 223, 202
- 21 Sir Neville Henderson, *Failure of a Mission*, New York 1940, S. 297

- 22 Heller-Nekrich, a.a.O. (Anm. 20 zu III,1), S. 75, 123
- 23 Hilger, a.a.O. (Anm. 8 zu I), S. 301
- 24 Anscheinend hat bereits Reinhard Heydrich den Verdacht gefaßt, daß Bormann wegen eines Ereignisses während seiner Freikorpszeit durch die Sowjets erpreßbar sei und als Agent Stalins handle (Schellenberg, a.a.O. (Anm. 3 zu III,5), S. 256f.), später wurde die entsprechende Behauptung von General Gehlen aufgestellt (»Der Dienst«, Mainz–Wiesbaden 1971, S. 48f.) Ein zwingender Beweis wurde jedoch nicht beigebracht.
- 25 Zu statistischen Angaben über die Partei vgl. die entsprechenden Kapitel bei Schapiro, a.a.O.
- 26 Ein ebenso bewegender wie erhellender Beitrag zum Thema des Verhältnisses von Judentum und Bolschewismus findet sich gleich zu Anfang der Memoiren von Walter Krivitsky, der eigentlich Ginsburg hieß: »Im Alter von dreizehn Jahren war ich der Arbeiterbewegung beigetreten. Es war eine halb reife, halb kindische Tat. Ich hörte, wie sich die Klagegesänge meines leidenden Stammes mit den neuen Freiheitsliedern mischten. Im Jahre 1917 aber war ich ein Jüngling, und ich empfand die bolschewistische Revolution als die absolute Lösung aller Fragen: Armut, Ungleichheit, Unrecht. Ich trat der Bolschewistischen Partei mit meinem ganzen Herzen bei. Das Credo des Marx und des Lenin wurde mir zu einer Waffe, um dem Unrecht auf den Leib zu rücken, gegen das ich instinktiv rebellierte hatte.« (Krivitsky, a.a.O. (Anm. 8 zu III,2), S. 8
- 27 Vgl. Michael Kater, *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919–1945*, Oxford 1983
- 28 Zu dieser Frage sind insbesondere die Arbeiten von Jürgen W. Falter zu vergleichen.
- 29 Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Königstein/Ts. 1979³, S. 92

2. Die Organe der Staatssicherheit und des Terrors

- 1 Črevyčainaja Kommissija, bzw. Vsesojuznaja Č. K. An »Außerordentlichen Kommissionen« und insofern »Tschekas« gab es eine ganze Anzahl, aber diejenige Dserschinskys übertraf alle anderen so sehr an Bedeutung, daß jedermann wußte, welche Kommission mit der Abkürzung gemeint war.
- 2 George Leggett, *The Cheka: Lenin's Political Police*, Oxford 1981, S. 58
- 3 Severnaia Kommuna vom 4. 9. 1918
- 4 David Shub, *Lenin*, Wiesbaden 1957, S. 377. Bei Scheibert, a.a.O. (Anm. 19 zu II,1), etwas anders übersetzt und mit leicht differierender Datumsangabe. Die Fundstelle ist offenbar die erste Nummer der in Moskau am 1. Oktober bzw. 1. November erschienenen (mir unzugänglichen) Zeitschrift »Krasnyj Terror«.
- 5 Stalin Werke, Bd. 10, S. 204
- 6 Leggett, a.a.O., S. 113
- 7 Ebenda, S. 112
- 8 S. oben, S. 67
- 9 Vgl. oben, S. 115
- 10 Georg Popoff, *Tschecha der Staat im Staate*, Frankfurt 1925, S. 277. Aus dem Originalwerk, auf das Popoff sich beruft, ergibt sich insofern ein etwas anderes Bild, als an den Tötungsaktionen in der bloß drei Monate lang von Sowjettruppen besetzten Kleinstadt im Fernen Osten verschiedene Kräfte beteiligt waren, z.B.

Partisanen (A. Ja. Gutmann, Anatoly Gan, Gibel' Nikolajevska na Amure, Stranicy iz istorii graždanskoj vojny na dal'nem vostokey, Berlin 1924)

- 11 Fainsod, a.a.O. (Anm. 15 zu III,5), S. 124
- 12 Glavnoe političeskoe upravlenie = Politische Hauptverwaltung
- 13 Leo Trotzki, Die wirkliche Lage in Rußland, Hellerau o.J., S. 8
- 14 Vgl. »Der Faschismus in seiner Epoche« S. 472–482.
Der Wunsch nach mehr Details läßt sich durch eine ganze Literatur befriedigen, darunter die Bücher von Gerald Reitlinger und Heinz Höhne
- 15 S. oben, S. 361
- 16 Reinhard Heydrich, Wandlungen unseres Kampfes. In: Das Schwarze Korps v. 1. Mai 1935, S. 9
- 17 Heinrich Himmler, Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation, München 1939⁵, S. 29
- 18 Rede über Wesen und Aufgabe der SS und Polizei. IMG, Bd. XXIX, S. 217
- 19 Schellenberg, a.a.O. (Anm. 3 zu III,5), S. 55, 199
- 20 Als Beispiel: Und Du Siehst die Sowjets Richtig. Berichte von deutschen und ausländischen »Spezialisten« aus der Sowjetunion, hrsg. von Dr.-Ing. A. Laubenheimer, Berlin–Leipzig 1935 (Nibelungen-Verlag)
- 21 Eine Frage, die der Untersuchung bedürfte, wäre die folgende: Nach dem 22. Juni 1941 hatten französische und deutsche Polizeibeamte in der Sowjetischen Botschaft zu Paris einen geheimen Keller entdeckt, welcher der Tötung unliebsamer Personen (darunter vermutlich des weißen Generals Miller) und deren spurloser Beseitigung mittels Verbrennung und chemischer Zersetzung diente. Fotografien dieser »Krematorien« wurden in der deutschen Presse publiziert. Erregte dieser Fund bei der deutschen Sicherheitspolizei Entsetzen, wie Schellenberg suggeriert (S. 298 f.), oder bestätigte er bloß eine vorgefaßte Meinung, oder handelte es sich um eine Manipulation, um die deutsche Öffentlichkeit auf die Deportation der Juden und die »Endlösung« einzustimmen?
- 22 Karl I. Albrecht, Der verratene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion, Berlin–Leipzig 1939, S. 625. Auch dieses Buch wurde vom Nibelungen-Verlag herausgebracht, und gerade es stellt unter Beweis, daß die Antikomintern ebensowenig »bloß Propaganda« trieb wie die Komintern selbst. Allerdings sagte Karl Albrecht nach dem Kriege aus, der Verlag habe von sich aus Kürzungen vorgenommen und unautorisierte Zusätze hinzugefügt – vermutlich, wie wohl auch in anderen Büchern, von antisemitischer Art. (Institut für Zeitgeschichte, Zeugschrifttum, ZS 804.) Interessant ist auch die weitere Aussage, daß er seit dem Mai 1941 für einige Zeit in der Ostabteilung des Propagandaministeriums zusammen mit den ehemaligen Vorsitzenden der Reichstags- bzw. preußischen Landtagsfraktion der KPD Torgler und Kasper tätig gewesen sei.
- 23 Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, München 1949, S. 180
- 24 Kindermann, a.a.O. (Anm. 6 zu II,7), S. 50

3. Die Jugendverbände

- 1 = Kommunističeskij Sojuz Molodeži. Zum folgenden Laszlo Révész, Organisierte Jugend. Die Jugendbewegung in der Sowjetunion, Bern 1972
- 2 Ralph Talcott Fisher, jr., Pattern for Soviet Youth. A Study of the Congresses of the Komsomol, 1918–1954. New York 1959, S. 41
- 3 Ebenda, S. 94
- 4 Révész, a.a.O., S. 74f.
- 5 Fisher, a.a.O., S. 175
- 6 Fainsod, a.a.O. (Anm. 11 zu IV,1), S. 283–306
- 7 Michael Morozow, Die Falken des Kreml, München 1982, S. 93
- 8 Fisher, a.a.O., S. 82, 147
- 9 Heller-Nekrich, a.a.O., Anm. 20 zu III, 1, Bd. I, S. 171
- 10 Fisher, a.a.O., S. 178
- 11 KPdSU über den Komsomol und über die Jugend, Berlin 1958, S. 56f.
- 12 Walter Z. Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung, Köln 1962
- 13 Zum folgenden Hans-Christian Brandenburg, Die Geschichte der HJ, Köln 1968
- 14 Baldur von Schirach, Die Hitlerjugend. Idee und Gestalt, Berlin 1934, S. 34
- 15 Vgl. etwa die Gedichtstrophe in einem »Bilderbuch für Arbeiterkinder«: »Früh schon springt das Kind der Armen, Mit den Semmeln, mit den warmen. Bürgerkind liegt noch im Bett, Schläft sich rund und dick und fett.« (Seid bereit für die Sache Ernst Thälmanns. Eine Auswahl von Dokumenten zur Geschichte der revolutionären Kinderbewegung in Deutschland, Berlin 1958, S. 149)
- 16 Heller-Nekrich, a.a.O., Bd. I, S. 198
- 17 MK, S. 452
- 18 Ebenda, S. 393

4. Selbstverständnis und Fremdverständnis in Propaganda und Literatur

- 1 Lieder der Partei, zusammengestellt von Inge Lammel und Günter Hofmeyer, Leipzig 1961, S. 7f.
- 2 Ebenda, S. 9f.
- 3 Ebenda, S. 26f.
- 4 Rote Gedichte und Lieder, Berlin 1924, S. 31
- 5 Ebenda, S. 77
- 6 Ebenda, S. 76
- 7 Ebenda, S. 67
- 8 Das folgende nach René Fülöp-Miller, Geist und Gesicht des Bolschewismus, Zürich–Leipzig–Wien 1926, S. 182–196
- 9 Demjan Bedny, Die Hauptstraße. Wien 1924, S. 11f.
- 10 Harrison E. Salisbury, Bilder der russischen Revolution 1900–1930, Berlin 1979, S. 69, 133, 233, 265, 261
- 11 Annelie und Andrew Thorndike, Das russische Wunder, Berlin 1962, S. 108, 122f., 109
- 12 Vgl. Kindermann, a.a.O. (Anm. 6 zu II,7), S. 32
- 13 Vgl. die Schilderungen von Tamara Solonewitsch, Hinter den Kulissen der Sowjetpropaganda. Erlebnisse einer Sowjetdolmetscherin, Berlin 1937

- 14 Die angeführten deutschen Lieder und Gedichte sind in vielen Sammlungen zu finden; das von der SA veränderte »Lied der jungen Garde« findet sich in dem »Liederbuch der schlesischen SA«.
- 15 Eine aufschlußreiche Auseinandersetzung des Hauptpropagandisten der KPD mit der nationalsozialistischen Propaganda ist Willi Münzenberg, Propaganda als Waffe, Paris 1937
- 16 Michail Scholochow, Der stille Don. Übers. von Olga Halpern, Gütersloh o.J., S. 493, 509, 516, 611, 621, 623
- 17 Edwin Erich Dwinger, Zwischen Weiß und Rot. Die russische Tragödie 1919–1920, Jena 1930, S. 474, 96, 126, 440
- 18 Siegfried von Vegesack, Baltische Tragödie. Eine Roman-Trilogie, Berlin 1935, S. 216, 32f., 390, 256f.
- 19 Alja Rachmanowa, Studenten. Liebe, Tscheka und Tod. Tagebuch einer russischen Studentin, Neuauflage München 1978 (zuerst 1931), S. 199, 260f.
- 20 Diese Aussage trifft indessen nicht auf die ganze ernstzunehmende Literatur zu; so findet sich z.B. in Isaak Babels zuerst 1926 auf deutsch erschienenen »Budjonns Reiterarmee« gegen Schluß eine Prophezeiung, die zugleich erkennen läßt, wie wenig *national* bestimmte Grundempfindungen waren: »Der Bauer zwang mich, an seiner Zigarette zu rauchen. ›Den Juden wird an allem die Schuld gegeben‹, sagte er, ›an unserm und an euerm Unglück. Nach dem Kriege wird es ihrer nur noch ganz wenig geben. Wieviele Juden gib's in der ganzen Welt?‹ ›Zehn Millionen‹, antwortete ich und begann das Zaumzeug des Pferdes zu richten. ›Es werden nur zweihunderttausend übrigbleiben‹, rief der Bauer und berührte meine Hand, als hätte er Angst, daß ich fortginge. Aber ich sprang in den Sattel und ritt dorthin, wo sich der Stab befand.« (Neuausgabe Olten 1960, S. 146)
- 21 Die Gedichte von Bertolt Brecht in einem Band, Frankfurt 1981, S. 1219

5. Die politisierte Kultur

- 1 Nicolas Berdyaev, The Origins of Russian Communism, Ann Arbor 1960, S. 41
- 2 Fülöp-Miller, a.a.O. (Anm. 8, Kap. IV,4), S. 215f.
- 3 Leo Trotzki, Literatur und Revolution, Berlin 1968, S. 212ff. (zuerst Moskau 1924)
- 4 Fainsod, Smolensk, a.a.O. (Anm. 13 zu II,6), S. 349, 351
- 5 Näheres bei Robert A. Maguire, Red Virgin Soil. Soviet Literature in the 1920's. Princeton 1968 und Edward James Brown, Russian Literature since the Revolution, Cambridge, Mass., und London 1982
- 6 C. Vaughan James, Soviet Socialist Realism. Origins and Theory, London-Basingstoke 1973, S. 104
- 7 Hans Günther, Die Verstaatlichung der Literatur, Stuttgart 1984, S. 33ff.
- 8 Ebenda, S. 96ff.
- 9 Hildegard Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Hamburg 1963, S. 12
- 10 Näheres bei Hildegard Brenner, Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution, Stuttgart 1972
- 11 UuF, Bd. IX, S. 485
- 12 Ebenda, S. 490
- 13 Brenner, Kunstpolitik, a.a.O., S. 188f.
- 14 Näheres ebenda, S. 63–86

- 15 Sehr ausführliche Darstellung bei Hellmut Langenbucher, *Volkhafte Dichtung der Zeit*, Berlin 1941⁶ (1933¹)
- 16 Eine Nebeneinanderstellung mit dem sozialistischen Realismus und eine Anzahl symptomatischer Abbildungen bei Martin Damus, *Sozialistischer Realismus und Kunst im Nationalsozialismus*, Frankfurt 1981
- 17 Näheres bei Jost Dülffer, Jochen Thier, Josef Henke, *Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Köln–Wien 1978, sowie Joachim Petsch, *Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich*, München–Wien 1976. Vgl. ferner den Bildband »Albert Speer: Architecture 1932–1942«, Bruxelles 1985. Wichtigste Primärquelle, wie sich versteht, sind die Bücher von Albert Speer. Einer der merkwürdigsten Berichte Speers ist der, daß Hitler 1939 sehr verärgert reagiert habe, als er hörte, daß die Sowjetunion zu Ehren Lenins ebenfalls einen Kongreßbau plane, der die Höhe von 300 Metern überschreiten solle.
(Erinnerungen, Berlin 1969, S. 170)

6. *Recht und Rechtlosigkeit*

- 1 Louis Fischer, *Russia's way from Peace to War 1917–1941*, New York 1969, S. 78
- 2 Leo Trotzki, *Die Geburt der Roten Armee*, Wien 1924, S. 50–52
- 3 Leggett, a.a.O. (Anm. 2 zu IV,2), S. 118f.
- 4 S. oben, S. 242
- 5 Kohn, a.a.O. (Anm. 11 zu II,1), S. 498
- 6 Fülöp-Müller, a.a.O. (Anm. 8 zu IV,4), S. 212
- 7 Lenin, *Werke*, Bd. 29, S. 287
- 8 P. E. Melgunova-Stepanova, *Gde ne slyšno smecha. Tipy, nrawy i bytj Č-K*, Paris o. J., S. 189ff.
- 9 Kindermann, a.a.O. (Anm. 6 zu II,7), S. 224
- 10 Strafgesetzbuch (Ugolownyj Kodeks) der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik (R.S.F.S.R.) vom 22. November 1926 mit den Änderungen bis zum 1. August 1930, übersetzt von Dr. Wilhelm Gallas, Berlin und Leipzig 1931. Originaltext Ugolownyj Kodeks RSFSR Redakcii 1926 goda s postatejno – sistematizirovannymi materialami na 1 marta 1932 g. Sostavili S. S. Askarchanov i. A. N. Jodkovskij, Moskva 1932
Auszugsweise in: *Der Sowjetkommunismus* (Anm. 6 zu II,6), Bd. II, S. 204ff.
- 11 Alexander Solchenizyn, *Der Archipel Gulag*, Bern 1974, S. 414
- 12 Heller-Nekrich, a.a.O. (Anm. 20 zu III,1), Bd. I, S. 251f.
- 13 Ebenda, S. 271
- 14 Akten der Reichskanzlei. *Die Regierung Hitler*, Boppard 1983, Teil I 1933/34, S. 163–165
- 15 Carl Schmitt, *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles*, Hamburg 1940, S. 200. Es sollte aber nicht völlig übersehen werden, daß der Artikel von Schmitt noch eine andere Zielrichtung hatte: gegen alle Gewaltakte, die außerhalb der Tage vom 30. 6.–1. 7. und ohne ausdrückliche Ermächtigung durch Hitler stattgefunden hatten.
- 16 *Deutsche Rechtswissenschaft*, hrsg. von Karl August Eckhardt, 1. Band, Hamburg 1936, S. 123
- 17 Hubert Schorn, *Der Richter im Dritten Reich*, Frankfurt 1959, S. 641 ff., 584, 649ff.

- 18 Peter Schneider, Rechtssicherheit und richterliche Unabhängigkeit aus der Sicht des SD, in: Vjh. f. Ztg. Bd. 4 (1956), S. 399–422, S. 419

7. Emigration und Widerstand

- 1 Severnaia Kommuna vom 2. 9. 1918
- 2 Israel Getzler, Martow. A Political Biography of a Russian Social Democrat, Cambridge 1967, S. 195
- 3 Leonard Schapiro, The Origin of the Communist Autocracy. Political Opposition in the Soviet State. First Phase 1917–1922, London 1956, S. 201
- 4 Hans von Rimscha, Der russische Bürgerkrieg und die russische Emigration 1917–1921, Jena 1924, S. 114
- 5 Hans-Erich Volkmann, Die russische Emigration in Deutschland 1919–1929, Würzburg 1966, S. 125
- 6 v. Rimscha, a.a.O., S. 127f.
- 7 Roland Gaucher, Opposition in the USSR 1917–1967, New York 1967, S. 123–154
- 8 Fainsod, a.a.O. (Anm. 11 zu IV,1), S. 153
- 9 Nikolaj Tolstoy, Stalin's Secret War, New York 1981, S. 150ff.
- 10 Miles, Neubeginnen! Faschismus oder Sozialismus. Diskussionsgrundlage zu den Streitfragen des Sozialismus in unserer Epoche, Karlsbad 1933
Paul Sering, Der Faschismus, in: Zeitschrift für Sozialismus, Jg. 2, Nr. 24–27
- 11 Ebenda, Jg. 1 (1933–1934) Nr. 9, S. 295, 298
- 12 Schon vorher war der Philosoph Theodor Lessing in der Tschechoslowakei ein Opfer von Gestapo-Agenten geworden, ein Mann, der auf seine Weise eine ebenso paradoxe Erscheinung war wie der Hitler-Saboteur in SA-Uniform: ein schroffer Gegner der *jüdisch-christlichen Kultur* von jüdischer Abkunft. Vgl. oben, Anm. 24 zu II,7
- 13 UuF, Bd. IX, S. 454f.
- 14 Freiwillig kehrte aus der Emigration die ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Maria Reese zurück. 1938 publizierte sie im Verlag der Antikomintern eine »Abrechnung mit Moskau«, in die anscheinend antisemitische Wendungen nachträglich hineinredigiert sind. Aufschlußreich sind aber die Berichte über das Leben Clara Zetkins, ihrer persönlichen Freundin, im »goldenen Käfig« und deren Aussage, daß »die Ulbricht, Florin, Heckert und Co« zu Beginn des Jahres 1933 bereits eine Ministerliste aufgestellt hatten. (S. 64ff.)
Curt Geyer, führendes Mitglied der linken USPD, berichtet in seinen Lebenserinnerungen, daß er bei einem seiner Aufenthalte in Moskau von einer in Lumpen gekleideten Dame des ehemaligen Bürgertums angesprochen worden sei, die ihn angefleht habe, sie zu heiraten, damit sie diesem Elend entkomme. Nichts Vergleichbares ist bis zum Kriegsausbruch aus Deutschland berichtet worden. (Curt Geyer, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD, Stuttgart 1976, S. 266ff.)
- 15 Vgl. oben, Anm. 1 zu III,1
- 16 S. oben, S. 100
- 17 Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, Stuttgart 1961, S. 451
- 18 Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der Zwanzigste Juli, München 1957, S. 160

- 19 S. oben, S. 322. Im November 1914 hatte ein bekannter deutscher Zionistenführer von dem Kriege Deutschlands gegen Rußland gesagt, man könne ihn fast auch den »jüdischen Krieg« nennen. (»Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933, hrsg. von Jehuda Reinharz«, Tübingen 1981), denn nicht nur die große Masse der russischen, sondern auch die der amerikanischen Juden war »pro-deutsch gestimmt«. (Richard Lichtheim, *Die Geschichte des deutschen Zionismus*, Jerusalem 1954, S. 212)
- 20 S. oben, S. 325
- 21 Heinz Boberach, *Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944*, Neuwied-Berlin 1965 passim
- 22 Leggett, a.a.O. (Anm. 2 zu IV,2), S. 252

8. Die totale Mobilisierung

- 1 »Je ärmer an technisch geschulten und überhaupt an intellektuellen Kräften ein Land ist, desto dringender ist die Notwendigkeit, möglichst rasch und entschlossen die Zwangsvereinigung zu dekretieren und ihre Durchführung bei den Groß- und Riesenbetrieben anzufangen, denn gerade die Vereinigung wird intellektuelle Kräfte ersparen und es ermöglichen, diese Kräfte voll und ganz auszunutzen und richtiger zu verteilen.« (Lenin *AW*, Bd. II, S. 111, Ende Oktober 1917)
»Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats »Syndikats« . . . Die gesamte Gesellschaft wird EIN Büro und EINE Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.« (ebda S. 236)
». . . unsere unbeugsame Entschlossenheit, um jeden Preis durchzusetzen, daß Rußland aufhört, armselig und ohnmächtig zu sein, daß es im vollen Sinne des Wortes mächtig und reich werde.« (ebda S. 353)
- 2 Peter Gosztony, *Die Rote Armee*, Wien-München-Zürich 1980, S. 97
- 3 Vgl. oben S. 102
»Lernt bei den Deutschen Disziplin, sonst sind wir ein verlorenes Volk und werden uns ewig in der Sklaverei befinden.« (*AW* II, S. 348)
- 4 Fainsod, a.a.O. (Anm. 11 zu IV,2), S. 211 f.
- 5 Morozow, a.a.O. (Anm. 7 zu IV,3), S. 98
- 6 Fainsod, a.a.O. (Anm. 9 zu III,5), S. 293
- 7 Gosztony, a.a.O., S. 123
- 8 S. oben, S. 394
- 9 Wilhelm Treue, *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*, in: *Vjh. f. Ztg.* 3. Jg. 1955, S. 204–210, S. 210. S. 209; »Die deutsche Wirtschaft aber wird die neuen Wirtschaftsaufgaben begreifen oder sie wird sich eben unfähig erweisen in dieser modernen Zeit, in der ein Sowjet-Staat einen Riesenplan aufrichtet, noch weiter zu bestehen. Aber dann wird nicht Deutschland zugrundegehen, sondern es werden dies höchstens einige Wirtschaftler.«
- 10 Einzelheiten zur Wirtschaftsentwicklung u. a. bei René Erbe, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958, Alan S. Milward, *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945*, Stuttgart 1966
- 11 Felix Kersten, *Totenkopf und Treue*. Heinrich Himmler ohne Uniform, Hamburg 1952, S. 326. Allerdings fuhr Hitler in diesem Gespräch vom 18. Dezember 1942 in einer Weise fort, die weniger einen Beutefeldzug als einen ideologischen Verteidigungs-

gungskrieg im Auge zu haben und den Kalten Krieg vorwegzunehmen scheint: wenn die deutsche Rüstung verbraucht sei, müßten Amerika und England »an unsere Stelle« treten, denn eine zweite Rüstung könne das deutsche Volk nicht mehr aufbringen. Amerika und England begriffen das jetzt noch nicht, aber die Zeit werde kommen. Vgl. aber andererseits Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Bonn 1951, S. 136, 141f., 237

V. Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945

1. Der Angriff gegen die Sowjetunion

- 1 Monatshefte für Auswärtige Politik, 8. Jg. 1941, S. 551-563
- 2 Hilger, a.a.O. (Anm. 8 zu I), S. 312f.
- 3 Vgl. dazu den ersten Beitrag von Joachim Hoffmann in: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 38-97 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4) sowie Ernst Topitsch, Stalins Krieg. München 21986
- 4 Pjotr Grigorenko, Der sowjetische Zusammenbruch 1941, Frankfurt 1969, S. 94
- 5 Hans-Adolf Jacobsen, 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt 51961, S. 164
- 6 Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. I, Frankfurt 1965, S. 255ff.
- 7 Hitlers Weisungen für die Kriegsführung, Frankfurt 1962, S. 84
- 8 Hillgruber, a.a.O. (Anm. 28 zu III,9), S. 385
- 9 The Public Papers and Addresses of Franklin Delano Roosevelt 1941, S. 390
- 10 Gosztony, a.a.O. (Anm. 2 zu IV,8), S. 185
- 11 Hermann Teske (Hrsg.), General Ernst Köstring, Frankfurt o.J. S. 301
- 12 ADAP, D. Bd. XII,2, S. 608
- 13 Winston S. Churchill, The Second World War, Vol. IV, London 1951, S. 443
- 14 ADAP, D, Bd. XII/2, S. 855f.
- 15 So Stalin zu Harry Hopkins am 31. Juli 1941 (Robert E. Sherwood, Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950, S. 263)
- 16 Chruschtschow, a.a.O. (Anm. 10 zu III,2), S. 883
- 17 Svetlana Allilujewa, Only One Year, London 1969, S. 392
- 18 IMG, Bd. XXVI, S. 547ff.
- 19 Ebenda, S. 610ff.
- 20 Monatshefte, a.a.O., S. 563
- 21 UuF, Bd. XVII, S. 253ff.
- 22 IMG, Bd. XXIV, S. 191ff.
- 23 Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, Bd. II, Stuttgart 1963, S. 335ff.
- 24 Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945, Düsseldorf 1958, S. 171
- 25 Heinrich Uhlig, Der verbrecherische Befehl, in: Vollmacht des Gewissens, Bd. II, Frankfurt-Berlin 1965, S. 287-410, S. 360 (Dokumentation)
- 26 Hoffmann, a.a.O., in seinem Beitrag »Die Kriegsführung aus der Sicht der Sowjetunion«, S. 720. Zur Veranschaulichung und Bekräftigung können zahlreiche Aussa-

- gen kriegsgefangener sowjetischer Offiziere herangezogen werden, über die der Graf Bossi-Fedrigotti, der Verbindungsoffizier des Auswärtigen Amtes zum AOK 2, berichtet (Pol. Archiv AA, Abtlg. Kult. Pol. Geheim, Bd. 108)
- 27 J. Stalin, Über den Grossen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin 1945, S. 5-11
- 28 Foreign Relations of the United States, 1943. The Conferences at Kairo and Tehran 1943, S. 583
- 29 ADAP, D, Bd. XIII, 2, S. 829ff.
- 30 Hitlers Weisungen ..., a.a.O., S. 142ff.
- 31 Hillgruber, a.a.O., S. 613
- 32 IMG, Bd. XXXVIII, S. 86ff.
- 33 Ebenda, S. 88

2. Notwendigkeiten, Zufälle und Alternativen im deutsch-sowjetischen Kriege

- 1 W. S. Churchill, His Complete Speeches, Vol. VI, London 1974, S. 6428 f.
- 2 Denna F. Fleming, The Cold War and its Origins 1917-1960, Norwich 1961, Bd. II, S. 135. Zu den verschiedenen «Linien» in den USA vgl. Nolte, a.a.O. (Anm. 98 zu 11,3), S. 97-108
- 3 Vgl. oben, S. 325
- 4 Sherwood, a.a.O. (Anm. 15 zu V,1), S. 238 ff.
- 5 Ebenda, S. 255
- 6 The Public Papers..., a.a.O. (Anm. 9 zu V,1), S. 439
- 7 IMG, Bd. XXVI, S. 396
- 8 Vgl. oben, S. 318
- 9 Zum Kriegsverlauf vgl. den Überblick nebst Dokumentation bei Jacobsen, a.a.O. (Anm. 5 zu V, 1), und die ausführliche Darstellung in «Der Angriff auf die Sowjetunion», a.a.O. (Anm. 3 zu V,1)
- 10 Morozow, a.a.O. (Anm. 7 zu IV,5), S. 270
- 11 Ebenda, S. 261
- 12 Der grossdeutsche Freiheitskampf, Bd. III, München 1943, S. 113-148, bes. 130, 133, 142ff.
- 13 The Public Papers, a.a.O., 1942, S. 37
Wie sehr Hitler die amerikanische Industriekapazität unterschätzte, wurde besonders deutlich, als er am 15. Juli 1941 zu Oshima sagte, die USA würden mindestens vier Jahre brauchen, bis sie die 8'000 Tanks gebaut hätten, welche die deutsche Armee jetzt im Osten zerstört habe. (ADAP, D, Bd. XIII, 2), S. 829 ff.
- 14 Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 300-302
- 15 J. Stalin, Über den Grossen Vaterländischen Krieg, a.a.O. (Anm. 27 zu V, 1), S. 34
- 16 Die Frage der Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines Separatfriedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist in der Erörterung, seit Peter Kleist, einer der Beteiligten, 1950 sein Buch «Zwischen Hitler und Stalin» veröffentlichte. Der bisher letzte Beitrag dazu ist Ingeborg Fleischhauer, Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941-1945, Berlin 1986

3. Weltkrieg der Ideologien?

- 1 Hilger, a.a.O. (Anm. 8 zu I), S. 218
- 2 Richard Coudenhove-Kalergi, Stalin und Co., Leipzig-Wien 1931, S. 23
- 3 Schulthess 1936, S. 438
- 4 Galeazzo Ciano, Tagebücher 1939-1943, Bern 1947², S. 337
- 5 ADAP, D. Bd. XIII/2, S. 443 f.
- 6 Ebenda, Bd. XIII, 1, S. 7
- 7 UuF, Bd. XVn, S. 388
- 8 Ebenda, S. 407
- 9 Ebenda, S. 463
- 10 Ebenda, Bd. XVIII, S. 54; Bd. XIX, S. 276
- 11 Wenn Himmler in einer Rede vor dem Offizierskorps der Leibstandarte Adolf Hitler am 7. September 1940 erklärte, der Orden der SS müsse «alles nordische Blut in der Welt an uns heranziehen», so dass die Gegner keines hätten, so handelte es sich offenbar um eine ins Biologische übersetzte Kopie der kommunistischen Idee vom Eintreten des Weltproletariats für die Sowjetunion, aber da die fremdnationalen Anhänger nicht, wie die Anhänger der Sowjetunion, universalistisch dachten, waren Widerstände in den eigenen Reihen mit noch grösserer Sicherheit vorauszusehen als innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. (IMG, Bd. XXIX, S. 109)
- 12 UuF, Bd. XVII, S. 382
- 13 Ebenda, S. 411
- 14 J. Stalin, Über den Grossen Vaterländischen Krieg, a.a.O. (Anm. 27 zu V, I), S. 14f., 20f.
- 15 The Public Papers, a.a.O. (Anm. 9 zu V,I), Jg. 1942, S. 41
- 16 UuF, Bd. XVII, S. 14-24, S. 22
- 17 Ebenda
- 18 Vgl. den Bericht Heydrichs an Himmler vom 10. Juni 1941 im Anhang von Schellenbergs «Aufzeichnungen» (Anm. 3 zu 111,5), S. 377-385
- 19 Der vollständige Hintergrund des Anschlages ist bis heute nicht aufgeheilt, und es ist sogar die kühne Hypothese vorgebracht worden, Bormann habe den Mann töten lassen, der allein die Fähigkeit besessen habe, den Sowjetagenten in der Spitzenführung Deutschlands zu entlarven und unter Umständen sogar Hitler zu stürzen, wenn er die Existenz des Reiches gefährde. (So in etwa Schellenberg, S. 257). Weitaus wahrscheinlicher ist aber nach wie vor, dass Benesch nicht so sehr über die harten Massnahmen Heydrichs empört als vielmehr über dessen bemerkenswerten Erfolge bei der tschechischen Arbeiterschaft beunruhigt war. Rätselhaft oder aber symptomatisch ist die Tatsache, dass Heydrich sich täglich ohne Begleitschutz im offenen Wagen auf derselben Route 20 Kilometer von seiner Residenz auf Schloss Jungfernbreschan nach Prag fahren liess, so dass er für erfahrene Attentäter ein leichtes Ziel war.
- 20 Bodo Scheurig (Hrsg.), Verrat hinter Stacheldraht?, München 1965, S. 53-73
- 21 Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe, Bd. I, Berlin 1970, S. 440-443
- 22 Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe, Berlin 1957, S. 121
- 23 Wolfgang Diewerge, Feldpostbriefe aus dem Osten. Deutsche Soldaten sehen die Sowjetunion, Berlin

Anmerkungen zu S. 495-504

- 1941, S. 16ff., 24, 37, 42 f., 46. Künftiges wird in dem Satz eines der Briefschreiber vorweggenommen: «Für die ist der grausigste Tod noch zu schön.» (S. 49)
- 24 Helmut Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, Stuttgart 1970, S. 547ff. Die Wendung findet sich in einem Brief, den Groscurth am 19. August 1942 an den Generalobersten Ludwig Beck schrieb. Eindrücke, welche die vorgefassten Meinungen über das sowjetische System zu einem guten Teil nicht bestätigen, erhielt auch Graf Bossi-Fedrigotti bei den von ihm durchgeführten Vernehmungen. Ein Oberst und ehemaliger zaristischer Offizier versicherte ihm anscheinend mit voller Überzeugung, das Offizierskorps und die Beamtenschaft seien bedingungslos systemtreu, denn das System habe seine innere Berechtigung erwiesen; einige Generäle bezeichneten das Verhältnis zwischen Offizieren und Kommissaren als gut und kameradschaftlich; der Prozentsatz der jüdischen Kommissare betrage nicht mehr als 1 %; Stalin erfreue sich grosser Verehrung und Liebe. Andererseits berichtete Bossi aber auch über die Auffindung von 12 mit Genickschüssen umgebrachten Rotarmisten, die von ihren Kommissaren wegen des Besitzes deutscher Flugblätter erschossen worden seien, und bei toten sowjetischen Offizieren seien Aufrufe gefunden worden, welche schroffste Gegnerschaft nicht nur gegen Stalin, sondern auch gegen die sowjetische Form eines Sozialismus an den Tag legte, der gleichbedeutend sei mit Barfussgehen und dem Anstehen um ein Stück Brot. (Polit. Archiv des AA, Kult Pol. Geheim, Bd. 108 ff.)
- 25 Ein eigenes Kapitel bildeten die russischen Emigranten, von denen sehr viele bereit waren, sich einem *Kreuzzug gegen den Bolschewismus* anzuschliessen. Aber so gut wie alle Stellungnahmen von deutscher Seite, nicht zuletzt auch von Hitler selbst, legten Misstrauen und Abneigung an den Tag, die sich teilweise gegen die *grossrussischen Tendenzen*, teilweise aber auch schlicht gegen die *monarchistisch-reaktionäre* Einstellung richteten (vgl. den Mikrofilm MA 246 im Institut für Zeitgeschichte). Selbst der Kongress von Reichenhall und damit implizit Max von Scheubner-Richter wurden negativ beurteilt. Trotzdem gelang es einer ganzen Reihe ehemaliger weisser Offiziere, an der Seite der Wehrmacht mit der Waffe in der Hand den Bürgerkrieg wiederaufzunehmen und mindestens, wie der weitbekannte General P. N. Krasnow, für *ein freies Kosakenland* zu kämpfen. Die meisten dieser Offiziere wurden 1945 von ihren ehemaligen Alliierten im Bürgerkrieg, den Engländern, an die Sowjetunion ausgeliefert. Dazu bzw. zur Wlassow-Bewegung vgl. Nikolaj Tolstoy, *Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte*, München 1977 und Joachim Hoffmann, *Die Geschichte der Wlassow-Armee*, Freiburg 1984
- 26 Wilfried Strik-Strikfeldt, *Gegen Stalin und Hitler. General Wlassow und die russische Freiheitsbewegung*, Mainz 1970
- 27 Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, Bonn 1950, S. 318, 323
- 28 Hoffmann, a.a.O., S. 36ff.

4. Genozide und «Endlösung der Judenfrage»

- 1 Churchill, a.a.O. (Anm. 13 zu V,1), Bd. II, S. 567
- 2 Churchill, a.a.O. (Anm. 1 zu V,2), S. 6384
- 3 Robert Conquest, *The Nation Killers. The Soviet Deportation of Nationalities*, London 1970, S. 103, 162

- 4 «Organisation Ukrainischer Nationalisten», die 1941 von Stepan Bandera geführt wurde.
Vgl. «Russischer Kolonialismus in der Ukraine». Berichte und Dokumente, München 1962
- 5 Chruschtschow, a.a.O. (Anm. 10 zu 111,2), S. 886
- 6 Gustav Mannerheim, Erinnerungen, Zürich-Freiburg 1952, S. 526f.
- 7 IMG, Bd. XXXIX, S. 428
- 8 IMG, Bd. IV, S. 535 f. (Aussage v. d. Bach-Zelewski)
- 9 Heinrich Himmler, Geheimreden 1933 bis 1945, Frankfurt 1974, S. 183
- 10 Buchbender, a.a.O. (Anm. 14 zu V,2), S. 305
- 11 IMG, Bd. XXV, S. 33Iff.
- 12 S. oben, S. 120
- 13 Nolte, a.a.O. (Anm. 20 zu 11,4), S. 407f.
- 14 Die These einer umfassenden Beteiligung der deutschen Bürokratie vertritt u.a. Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin ²1982; die Abwesenheit eines vorgefassten Plans hat vor allem Uwe Dietrich Adam zu zeigen gesucht (Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972)
- 15 Rudolf Aschenauer, Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Zeugenbericht, Leoni 1980, S. 505
- 16 Ebenda, S. 217 (vielfältig auch durch andere Quellen belegt)
- 17 Hilberg, a.a.O., S. 710
- 18 S. oben, S. 317f.
- 19 S. oben, S. 468 f.
- 20 Als Beispiel kommunistischer Literatur: Faschismus – Ghetto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, Frankfurt 1962.
Zu den inner-jüdischen Auseinandersetzungen vgl. Hilberg, a.a.O., S. 552 (Im Warschauer Ghetto wurden die zionistischen Revisionisten von den Kommunisten als «bürgerlich-nationalistische jüdische Faschisten» apostrophiert.) Die SS selbst führte die Widerstandslosigkeit auf den zwanzigjährigen Terror des NKWD zurück (ebenda S. 229). Zu den Autoren, welche die Passivität unterstreichen, so dass die gesamte Endlösung einschliesslich der Aktionen der Einsatzgruppen als eine blosser Folge von *Mordaten* erscheint, zählt auch Martin Gilbert: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, Reinbek 1982
- 21 Gerald Reitlinger, Die Endlösung, Berlin 1961⁴
Raul Hilberg (s. Anm. 14)
Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges, Stuttgart 1981
- 22 Es ist nicht ganz richtig, dass «kein einziger» aus der obersten nationalsozialistischen Führungsschicht die Vernichtungsmassnahmen Hitlers auch nur im Ansatz zu rechtfertigen versucht hätte (so «Der Faschismus in seiner Epoche», S. 484). Otto Ohlendorf hat vielmehr die Tätigkeit der Einsatzgruppen, von denen er die vierte («D») ab Juni 1941 für fast ein Jahr kommandierte, als zwingende Kriegsnotwendigkeit hingestellt, aber er machte doch zugleich deutlich, wie sehr voregreifende ideologische Überzeugungen seinen Blick bestimmten. («Thus our experiences in Russia were a definite confirmation of the Bolshevist theory and of the practice as we had learned about it before», S. 248). Und er identifizierte sich auch mit jener Intention des Führerbefehls, die er, der Intellektuelle, als unmöglich erkennen

musste: nämlich «auch eine Gefahr zu bekämpfen, die in der Zukunft entstehen könnte» (284). Aus diesem Verlangen nach «dauernder Sicherheit» resultierte notwendigerweise die Erschiessung auch von Kindern, von der Ohlendorf sich nicht distanzierte (356) («Trials of War Criminals Before the Nürnberg Military Tribunal, Vol. IV, «The Einsatzgruppen Case»). Der «Hiatus» wird nicht dann evident, wenn man sich nur über den «intellektuellen Henker» empört (Michel Mazon, Otto Ohlendorf, bourreau intellectuel, in: «Le monde juif, No 63-64 (1971), sondern wenn man sich nicht weigert, die Motive auch dieses Angeklagten wahrzunehmen: «Der Grund war, das dürfen Sie nicht vergessen, welches Entsetzen wir hatten über die Zustände der Volksgruppen. Z.B. das volksdeutsche Dorf Friedenthal, dort gab es zwischen (dem Alter von) 10 und 65/70 keine Männer, die waren von den Bolschewisten durch drei Aktionen und zwar in den Jahren 1921/22, 1933 und 1936/37 herausgenommen worden» (Interrogation Otto Ohlendorf v. 16.10.47 im Archiv des IFZg München.) So schrecklich die Ausrottung von Männern ist: Diejenige von Kindern bedeutet eine andere Dimension.

23 Den Einsatzgruppenführern fehlte nicht durchweg ein Bewusstsein dieses Tatbestandes. So heisst es in einem Bericht der Einsatzgruppe C vom 17. September 1941 : «Selbst dann, wenn eine sofortige hundertprozentige Ausschaltung des Judentums möglich wäre, würde dadurch noch nicht der politische Gefahrenherd beseitigt. Die bolschewistische Arbeit stützt sich auf Juden, Russen, Georgier, Armenier, Letten, Ukrainer; der bolschewistische Apparat ist in keiner Weise mit der jüdischen Bevölkerung identisch ... Bei dieser Sachlage würde das Ziel einer politisch-polizeilichen Sicherung verfehlt, würde man die Hauptaufgabe der Vernichtung des kommunistischen Apparats zugunsten der arbeitsmässig leichteren Aufgabe, die Juden auszuschalten, in die zweite oder dritte Reihe stellen.» Nach dieser eigenen Einschätzung taten die Einsatzgruppen also zugleich zu wenig und zu viel. (Nicht ganz vollständig auch zitiert von Hilberg, S. 244)

24 Chruschtschow, a.a.O., S. 886

25 Vgl. oben, S. 462, 406

26 Es ist in der Tat auffällig, dass sich nicht wenige Ausländer unter diesen *Revisionisten* befinden, darunter ehemalige Insassen von deutschen Konzentrationslagern wie Paul Rassinier. Die Motive sind unterschiedlich, aber häufig ehren wert: Abneigung gegen eine angebliche Fortsetzung blosser Kriegspropaganda, Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern, Weigerung, dem toten Gegner Fusstritte zu geben. («Mon ennemi est vaincu. Ne comptez pas sur moi pour cracher sur son cadavre» Robert Faurisson in Serge Thion: Vérité historique ou vérité politique. Le dossier de l'affaire Faurisson, Paris 1971, S. 196). Meist widerlegen sich diese Autoren aber durch unsinnig übersteigerte Thesen selbst, so Faurisson, wenn er behauptet, niemals habe Hitler befohlen oder zugelassen, dass irgendjemand wegen seiner Rasse oder seiner Religion getötet wurde (ebda 187).

Gleichwohl stände es um die *etablierte Literatur* besser, wenn sie sich mit den Auffassungen dieser Autoren, soweit sie nicht offensichtlich unbegründet sind, sachlich auseinandersetze, statt immer bloss von «Rechtsradikalen» zu sprechen. So sind nicht nur gegen das Protokoll, sondern sogar gegen die Tatsache der «Wannsee-Konferenz» ernste Zweifel vorgebracht worden, die meines Wissens nirgendwo in der Literatur gründlich erörtert werden. Nicht nur fehlt in der Anwesenheitsliste die wichtigste Person, nämlich Reinhard Heydrich, sondern es ist auch weder die Zeit des Beginns noch diejenige des Endes vermerkt. Vor allem aber wa-

ren der 19. und 20. Januar sehr wichtige Tage in Prag, nämlich Tage einer Regierungsumbildung, bei welcher der amtierende Reichsprotector schwerlich hätte abwesend sein können. Der *Angriff* meldete am 21.1. 1942 unter «Prag 20. Januar», der stellvertretende Reichsprotector habe um 19.00 die Mitglieder der neuen Regierung empfangen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Heydrich auf dem Luftwege am 20. bis 19.00 wieder in Prag sein konnte, und es ist sogar wahrscheinlich, da auch Eichmann mit grosser Selbstverständlichkeit von dieser Konferenz spricht (Aschenauer, a.a.O., S. 50ff. S. auch Günther Deschner, Reinhard Heydrich, Esslingen 1977, S. 254f.). Aber es bleibt beklagenswert, dass die elementarste Regel der Wissenschaft «audiatur et altera pars» in der *etablierten Literatur* so weitgehend ausser Kraft gesetzt zu sein scheint.

Rundum erfreuliche Zeugnisse eines Willens zur Objektivität von ausländischer Seite sind – ausserhalb des Rahmens einer Erörterung der *Endlösung* – die Bücher des amerikanischen Historikers Alfred M. de Zayas. (Für die Zeit vor 1945: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München ⁴1984.) Aber gerade sie machen auch wiederum die qualitative Differenz anschaulich.

27 Unbestreitbar ist, dass der Terminus «Vergasung» bereits in der frühen KZ-Literatur vorkommt und Ungezieferbeseitigung meint, so bei Walter Hornung, a.a.O. (Anm. 13 zu I), S. 199. Der Frage der technischen Ausführbarkeit wendet sich – meines Wissens erstmals – ausführlich und affirmativ ein Manuskript von Werner Wegner zu, das demnächst im Ullstein Verlag erscheinen wird.

28 Aschenauer, a.a.O., S. 52

29 Die Literatur über die «Endlösung» stammt zum weit überwiegenden Teil von jüdischen Autoren. Sie ist daher begreiflicherweise ganz auf ein einfaches «Täter-Opfer-Schema» fixiert; insofern zweifellos mit Recht, als die Initiative Hitlers bzw. des Nationalsozialismus hinsichtlich der Juden ausser Zweifel steht, nicht erst seit 1939, und weil die «Judenräte» tatsächlich ein hohes Mass an Kooperationsbereitschaft an den Tag legten. Aber andere Aspekte geraten dadurch leicht aus dem Blick und werden oftmals nur in Nebenbemerkungen oder manchmal in aktuell-politischen Auseinandersetzungen zwischen den Autoren greifbar.

So bemerkt Gilbert, a.a.O., die Mordkommandos hätten in Russland wirksame Unterstützung gefunden, denn die Juden seien «von einer extrem feindlichen Landbevölkerung» umgeben gewesen, so dass sie bisweilen schon getötet worden seien, ehe die Einsatzgruppen eintrafen; ausserdem hätten viele Pogrome durch «einheimische Antisemiten», rumänische Truppen usw. stattgefunden. (S. 76) Der internationale Charakter des Antisemitismus und eines Teils der «Endlösung» wird so immerhin nicht vollständig übergangen. Reuben Ainsztein wiederum arbeitet die Aktivität der jüdischen Widerstandskämpfer in der Polemik gegen das Konzept «wie Schafe zur Schlachtbank» so stark heraus, dass er sich gegen diejenigen jüdischen Autoren wenden muss, die seine Auffassung für eine Unterstützung nationalsozialistischer Behauptungen erklären. Es sollte also, weil der Begriff des «jüdischen Bolschewismus» unrichtig ist, das starke Engagement vieler Juden für die Sache des Kommunismus während des Krieges nicht in Abrede gestellt werden.

Derselbe Autor lässt an versteckter Stelle die Bemerkung einfließen, in Auschwitz seien vermutlich mehr Arier als Juden gestorben. Die exklusive Zuordnung von «Judenvernichtung» und «Auschwitz» ist in der Tat fragwürdig. («Jewish Resistance in Nazi-Occupied Europe with a historical survey of the Jew as fighter and soldier in the Diaspora, London 1974, S. XVIIIff., 913.) Ainsztein scheut sich auch nicht,

einen Satz Chamberlains zu zitieren, der im Allgemeinen als eine Art Eigentum der *rechtsradikalen* Literatur angesehen und tabuisiert wird: die Amerikaner und die Weltjuden hätten ihn in den Krieg gezwungen. (S. 873, nach den Forrestal Diaries vom 27. Dezember 1945.) So sollte zwar die «jüdische» Literatur grundsätzlich auch gegen die angeblich «rechtsradikale» Literatur abgewogen werden, sofern diese nicht bloss propagandistisch ist, aber wesentliche Gewinne an Einsicht wären schon dann zu erwarten, wenn die «jüdische» Literatur unbefangen zur Kenntnis genommen würde. So wurde in den «Heften von Auschwitz» Nr. 8/1964 berichtet, im Juli 1944 seien 400 Männer aus einem Transport griechischer Juden dazu bestimmt worden, die Leichen aus den Gaskammern zu ziehen und zu verbrennen; da sie sich geweigert hätten, seien sie allesamt vergast und verbrannt worden. In der «Voice of Auschwitz Survivors in Israel» (Nr. 36, Oktober 1986, S. 27ff.) wird jedoch nachgewiesen, dass es sich um ein blosses Gerücht handelt. Aber sogar an weit weniger versteckter Stelle, wie in der New York Review of Books, findet sich gelegentlich eine Darstellung, in der sehr kritisch über die «conventional ethnic stereotypes – of German murderers, Jewish victims and Polish bystanders and collaborators» sowie über den «exclusive, martyrological approach» geurteilt wird, welcher der «immensely complex world of Eastern Europe» nicht gerecht werde. (Norman Davies: The Survivor's Voice, in «The New York Review of Books», Vol. XXIII, Nr. 18 vom 20.11.1986, S.21-23.) Erst wenn die Regeln der Zeugenvernehmung allgemeine Anwendung gefunden haben und Sachaussagen nicht mehr nach politischen Kriterien bewertet werden, wird für das Bemühen um wissenschaftliche Objektivität in Bezug auf die «Endlösung» sicherer Grund gewonnen sein.

30 UuF, Bd. XIX, S. 490f.

31 Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944, Hamburg 1980, S. 280 32 Hillgruber, Staatsmänner, a.a.O. (Anm. 28 zu III,9), S. 614 in AD AP, D, Bd. XIII,2, S. 838)

33 Das bedeutet nicht, dass er alle Zahlenangaben akzeptieren muss, was sowieso eine Unmöglichkeit wäre. Hinsichtlich Auschwitz bewegen sich die meisten Schätzungen zwischen vier Millionen und einer Million.

34 Hilberg, a.a.O., S. 688

35 UuF, Bd. XXII, S. 392

5. Der Wechsel der Merkmale und der paradoxe Sieg der Sowjetunion

1 Vgl. oben, S. 237 (Louis Fisher a.a.O. (Anm. 1 zu IV, 6) S. 8

2 Vgl. oben, S. 221

3 Morozow, a.a.O. (Anm. 7 zu IV,), S. 121

4 Ebenda, S. 238

5 J. Stalin, a.a.O. (Anm. 27 zu V, 1), S. 22

6 Morozow, a.a.O., S. 278

7 Strik-Strikfeldt, a.a.O. (Anm. 26 zu V, 3), S. 73

8 Tolstoy, a.a.O. (Anm. 9 zu IV, 7), S. 47

9 Gosztony, a.a.O. (Anm. 2 zu IV, 8), S. 238

10 Winston S. Churchill, a.a.O. (Anm. 13 zu V, 1), Bd. V, S. 330. Churchill wahrte, anders als Roosevelt, in seiner Antwort die Ehre der westlichen Tradition, indem er den Gedanken an *Massenexekutionen* mit Nachdruck zurückwies.

- 11 J. Stalin, a.a.O., S. 85f.
- 12 Vgl. oben, S. 318
- 13 Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt 1962, S. 146
- 14 Charles de Gaulle, Memoiren 1942-1946, Düsseldorf 1961, S. 372
- 15 Ebenda, S. 367
- 16 Ebenda, S. 368
- 17 Gosztony, a.a.O., S. 287
- 18 Djilas, a.a.O., S. 106
- 19 Goebbels Tagebücher 1942/43, hrsg. von L. Lochner, Zürich 1948, S. 133
- 20 Hitlers Lagebesprechungen, hrsg. v. H. Heiber, Stuttgart 1962, S. 124
- 21 Goebbels, a.a.O., S. 323
- 22 Nicht nur Bormann, sondern auch der Gestapo- und SS-Chef Müller betrachteten gegen Ende des Krieges anscheinend aus voller Überzeugung das bolschewistische System als das bessere und erfolgreichere totalitäre System (vgl. Schellenberg, a.a.O. (Anm. 3 zu DI, 5), S. 288
- 23 IMG, Bd. XXV, S. 307 ff.
- 24 Boberach, a.a.O., (Anm. 21 zu IV, 7), S. 259f.
- 25 Deutschland im Kampf, a.a.O. (Anm. 21, zu III, 9), Nr. 105/108, S. 111
Hitler, Monologe..., a.a.O. (Anm. 31 zu V, 4), S. 51
Himmler, Geheimreden, a.a.O. (Anm. 9 zu V, 4), S. 231
- 26 Gerald L. Weinberg: Adolf Hitler und der NS-Führungsoffizier (NSFO), in: Vjh. f. Ztg, 12. Jg. 1964, S. 455-456, S. 455, 446
Dass Hitler gerade bei jüngeren Offizieren mit seinen radikalen Forderungen Beifall fand, machte ein Luftwaffenoberleutnant in einem Gespräch mit Alfred Rosenberg deutlich, als er sagte, es müsse unbedingt der Typus eines Revolutionsoffiziers geschaffen werden; zahlreiche NS-Führungsoffiziere seien weiter nichts als Elemente bürgerlicher Ehrsamkeit ohne revolutionären Schwung. (Gespräch vom 23.10. 1944; BA NS 8/269).
- 27 Hillgruber, a.a.O. (Anm. 28 zu III, 9), Bd. II, Frankfurt 1970, S. 208
- 28 Theodor Eschenburg, Die Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944, in: Vjh. f. Ztg. 1 (1953), S. 363-394 (S. 385)
- 29 Ebenda
- 30 Ebenda, S. 367. Ganz ähnlich hatte sich Hitler bereits am 8. Mai 1943 ausgedrückt.
S. oben, Anm. 21, (Goebbels), S. 322
- 31 UuF, Bd. XXI, S. 453
- 32 Hugh R. Trevor-Roper, Hitlers Politisches Testament, München 1981, S. 73 f.
- 33 Ebenda S. 70,65. So radikal in dieser Äusserung der Einfluss der *jüdischen Presse* und der jüdischen Einflussgruppen um den Schatzsekretär Morgenthau, den Richter am Obersten Gericht, Felix Frankfurter, und den Rabbi Wise überschätzt wird, so gewiss war dennoch die Furcht auf Seiten der amerikanischen und der englischen Regierung vor einem möglichen Übergreifen dieser Charakterisierung auf die Bevölkerung ihrer eigenen Länder die wichtigste Ursache für die offizielle Abneigung, den (spärlichen) Meldungen über die Ausrottung der Juden grosse Publizität zu geben. Vgl. Walter Z. Laqueur, Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers *Endlösung*, Frankfurt 1981 und David S. Wyman, The Abandonment of the Jews. America and the Holocaust 1941-1945, New York 1984.
- 34 Hillgruber, a.a.O., Bd. II, S. 514f.
- 35 Hitlers Lagebesprechungen, a.a.O., S. 128

Vgl. hierzu oben S. 115.

Dass mit dem «Rattenkäfig» nicht etwa, wie der Herausgeber Helmut Heiber schreibt, die Lubjanka gemeint ist, geht aus dem Kontext unzweideutig hervor. Hitler bezieht sich offensichtlich auf das angebliche Verfahren der chinesischen Tscheka. Wie stark es ihm in dieser von jeder propagandistischen Intention freien Äusserung vor seinen engsten Mitarbeitern gegenwärtig war, zeigt die Tatsache, dass er noch zweimal in unmissverständlichen Wendungen darauf zurückkommt. (S. 130 «sie sperren ihn in den Rattenkeller ein...», S. 134 «Sie kommen jetzt in die Lubjanka hinein, und dort werden sie von Ratten gefressen.»).

In Wahrheit wurde keiner der Offiziere oder Parteiführer, die während des Krieges oder nachher in die Lubjanka gebracht wurden, einer solchen oder auch nur entfernt ähnlichen Folter unterworfen. Vgl. z.B. den Bericht des Gauleiters Jordan, a.a.O. (Anm. 15 zu II, 7) S. 339ff.

36 Vgl. oben, S. 89 f.

Dass Hitler aber trotz der unzutreffenden und vielleicht sogar 1920 irrealen Vorstellung vom *Rattenkäfig* mit seiner Furcht vor den inneren Verhältnissen der Sowjetunion nicht etwa einer blossen *Greuelpropaganda* zum Opfer fiel, bedarf keines anderen Nachweises als der Erzählung von der Kollektivierung und der grossen Säuberung. Ein erhellendes Dokument ist das Schreiben, das ein der Mittäterschaft an der Ermordung des Hitlerjungen Herbert Norkus angeklagter und zum Tode verurteilter ehemaliger Kommunist, Harry Tack, während des Krieges an Adolf Hitler mit der Bitte um Begnadigung und um die Erlaubnis zum Eintritt in die Wehrmacht richtete. Es ist wie eine Abbeviatur des Schicksals vieler Deutscher in den dreissiger und vierziger Jahren auf der untersten und einfachsten Ebene:

«... Ich möchte Ihnen, mein Führer, mein gewesenes Leben schildern ... Mein Vater ist im Weltkrieg gefallen ... Meine Umgebung, in welcher ich mich befand, waren Arbeitslose und Kommunisten, zu denen auch ich mir gesellte; in der Hoffnung, dass Deutschland unter kommunistischer Führung die Arbeitslosigkeit und den Wohlstand der Arbeiter emporhebt ... So fuhr ich 1932 nach Russland. Musste aber bei meinem 8monatigen Aufenthalt feststellen, dass alles, was dem deutschen Arbeiter als Paradies hingestellt wurde, eine Hölle war... Am 4.8.1933 kam ich vor das Kriegsgericht in Moskau. Bekam am 4.12.1933 5 Jahre Konzentrationslager und wurde dann nach Sibirien zur Zwangsarbeit geschickt. Viele Deutsche sind dort erschossen, teilweise auch verhungert...

... Von dort aus wieder nach B Workutta in Kohlenschacht, westlich vom Ural. 1938, am 28. März wurden 1800 Menschen erschossen, darunter befanden sich viele Deutsche, auch ich war in der Todesetappe ... Und so habe ich deutschen Boden erreicht. Und ich bin durch meine Erfahrung, welche ich im jungen Leben gesammelt habe, ein Deutscher, der seine Heimat schätzen gelernt hat, geworden. Habe mich der Geheimpolizei in Deutschland gestellt und sitze jetzt im Gefängnis ... Schenken Sie bitte meinem Gesuch Gehör. Auch bin ich verheiratet. Meine Frau ist eine Wolgadeutsche, ihr Vater ist im Lager in Russland verhungert, Mutter vor Gram gestorben, auch ihre zwei Brüder waren im Lager...»

Hitler las dieses Schreiben und liess den Justizminister Thierack anweisen, von der Vollstreckung der Todesstrafe abzusehen und Tack nach einiger Zeit in die Freiheit zu entlassen, sofern sich bestätige, dass er durch seinen Aufenthalt in Russland vom Kommunismus geheilt sei. (BA, NS 26/vorl. 809, fol. 368 ff.)

37 S. dazu Hitlers Rede vom 26. April 1942, vgl. oben S. 551

Vgl. auch die Bemerkungen von Joachim Hoffmann über die unterschiedliche Totalität des *totalen Krieges* in der Sowjetunion und in Deutschland in: Der Angriff auf die Sowjetunion, a.a.O. (Anm. 3 zu V, 1), S. 731

Hitlers Politisches Testament, a.a.O., S. 110

Dieses Entsetzen knüpfte sich vor allem an das Wort Nemmersdorf, den Namen eines ostpreussischen Dorfes, das im Herbst 1944 für einige Tage in der Hand der Roten Armee gewesen war.

Hitlers Lagebesprechungen, a.a.O., S. 741

Albert Speer, a.a.O. (Anm. 18 zu IV, 5), S. 446

druck Westport 1981. Wer dieses Buch gelesen hat, kann nicht daran zweifeln, dass in den USA ein nach innen noch gewalttätigerer Faschismus entstanden wäre, wenn sich die Kommunistische Partei auch nur annähernd zu der Stärke entwickelt hätte, die sie in der Weimarer Republik besass.

- 8 Gelegentlich werden beide *Schlüssel* in der kommunistischen Literatur auf eine Weise vereinigt, die besonders klar erkennen lässt, wie wenig von einem kontradiktorischen Gegensatz zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus die Rede sein darf. So schrieb Trotzki mit Blick auf einige Angeklagte der Moskauer Prozesse im Jahre 1936: «Das sind alles jüdische Intellektuelle, und zwar nicht aus der USSR, sondern aus den Nachfolgestaaten. ... Ihre Familien sind seinerzeit vor der russischen Revolution geflüchtet, die Vertreter der jüngeren Generation aber haben sich dank ihrer Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit, Sprachenkenntnis, insbesondere des Russischen, nicht schlecht im Apparat der Komintern eingerichtet. Durchweg Abkömmlinge des kleinbürgerlichen Milieus, ohne Verbindung mit der Arbeiterklasse irgendeines Landes, ohne revolutionäre Stählung, ohne ernste theoretische Vorbereitung, wurden diese gesichtslosen Beamten der Komintern, stets dem letzten Zirkular gehorsam, zu einer wahren Geißel der internationalen Arbeiterbewegung.» (Hermann Weber, a.a.O. [Anm. 20 zu II, 7], S. 310

Allerdings war der Begriff *Kleinbürger* viel flexibler, denn Kommunisten bezeichneten sich häufig gegenseitig als *Kleinbürger*, während Nationalsozialisten die entsprechende Möglichkeit nicht besaßen.

- 9 S. oben, S. 212

- 10 S. oben, S. 345

- 11 Der Ungerechtigkeit, die aus der individuellen Beweglichkeit und den daraus resultierenden Undurchsichtigkeiten notwendigerweise hervorgeht, wird die Spitze abgebrochen, wenn eine Gesellschaft so reich geworden ist, dass sie sogar ihren arbeitsunwilligen Gliedern einen Lebensstandard zu gewährleisten vermag, der erheblich über dem Existenzminimum liegt. In diesem Sinne sind die entwickeltsten kapitalistischen Gesellschaften, und nur sie, heute trotz aller Ungleichheiten in die Nähe des Egalitarismus der Zivilisation gelangt, welcher dem Egalitarismus der Primitiven entgegengesetzt ist, an dem sich so grosse Teile der Linken orientieren. Zur Begriffsbildung vgl. eine Aussage von Tocqueville aus dem Jahre 1835 («Mémoire sur le paupérisme» nach André Jardin, Alexis de Tocqueville 1805-1859, Paris 1984, S. 233)

- 12 Ernst Meyer, a.a.O. (Anm. 5 zu II, 2), S. 107

- 13 Ebenda, S. 119

- 14 Vgl. dazu Berdyaev, a.a.O. (Anm. 1 zu IV, 5) passim

- 15 S. oben S. 6 und 184

- 16 S. oben, S. 90, 114ff.

- 17 Himmler, a.a.O. (Anm. 6 zu V, 4), S. 202; s. auch oben S. 36

- 18 S. oben, S. 199

- 19 Himmler, a.a.O., S. 197

- 20 IMG, Bd. XXIX, S. 146

- 21 Vgl. zur Korrektur dieser abkürzenden Aussage oben S. 514

- 22 Ausgabe vom 7. Dezember 1918

- 23 Vgl. Pjotr Grigorenko, Erinnerungen, München 1981, S. 551 f.

- 24 S. oben S. 135

- 25 Die Wahrheit ist nach Hegel bekanntlich *das Ganze*. Wissenschaftliche Untersuchungen, die eine allzu eingeschränkte Fragestellung gewählt haben und sich von bloss konventionellen

Perspektiven leiten lassen, bewegen sich im Bereich der Richtigkeit und nicht in demjenigen der Wahrheit. Da es jedoch *uneingeschränkte Fragestellungen* nicht gibt, ist die Grenze nie mit Sicherheit zu ziehen. Aber was keinen Anstoss erregt, wird selten in das Gebiet der Wahrheit gehören.

Sachregister

- Alternativen
in Deutschland 1932 198 ff.
im Zweiten Weltkrieg 323 ff., 330,
332 ff., 478 ff.
- Antibolschewismus, Antikommunismus
(s. auch «Nationalsozialismus, Gegen-
satz zu und innere Bezogenheit auf Bol-
schewismus bzw. Kommunismus»)
sozialistischer 107-110
liberaler 110f.
organisierter 112 ff. nationalsozialisti-
scher 35, 115-123, 260
- und Antisemitismus bei Hitler 117ff.
internationaler 172, 242f., 286ff.,
300f., 302f., 313f., 474, 493-499, 590
- Antifaschismus 244, 287, 301, 491 f.
- Antikomintern 581
- Antimarxismus 35 f., 120, 297f., 327f.
- Antisemitismus
(s. auch «Antibolschewismus», «Natio-
nalsozialismus...»)
nationalsozialistischer 41, 115ff.,
240ff., 297f., 502, 507f., 556
tendenzieller – in KPdSU und KPD
126, 137, 142f, 157, 184, 274, 598
übernationaler Charakter 583, 593, 595
- Arbeiterbewegung
(s. auch «Sozialismus») 69f., 152,
335 ff., 383 f.
«asiatisch», «Asiaten», «Asien» 64f., 86,
114, 116, 167, 171, 186, 189, 199, 240,
399, 431, 470, 474, 493
- Bolschewismus, Kommunismus (s. auch
«KPdSU», «Sowjetrußland», «KPD»,
«Vernichtung») und Nationalsozialis-
mus. Vergleiche in der Literatur 19f.
Konzept des «bewaffneten Aufstands»
16, 190
- und Bürgertum («Burschui») 50,
62 f., 397-403
Interpretationen des – 55 Machtergrei-
fung, Charakter der – 56ff.
Kennzeichnung 542 f.
- Bolscho-Nationalismus
Begriff 524 ff.
- Bürgerkrieg
Begriff 3-8, 552
Bolschewiki bzw. Kommunisten als
Partei des Bürgerkriegs 17ff., 59f., 150
russischer – 92 ff., 397-402 begrenzter
– in Deutschland 179, 190ff.
geistiger – 182, 188, 386
Bereitschaft (Papens) zu – 201
Furcht (Hindenburgs) vor – 207 ff.
potentieller – 289 europäischer –
im Zweiten Weltkrieg 463, 466, 485-
491, 536
- Bürgertum, bürgerlich 77 f., 122, 152f.,
357, 403, 537f, 543f.
Hitler über – 298, 575
- Deutsche Frage 278, 281 f., 284
- Entwicklungsdiktaturen 541 f.
- Faschismus, -theorie, faschistisch 12, 21,
121, 212, 265, 276, 435, 538
- Feiern
Bolschewistische – 387f.
nationalsozialistische – 395 f.
- Fortschritt, Konzept vom – 408, 501,
517, 545
«Fortschritt» und «Reaktion» bzw.
«Rückschritt» 14f., 143, 345 f., 376,
381, 394, 403
- Führer, Führerkult
KPdSU 343f, 388
NSDAP 349 f.
Fürstenenteignung 155f.

Sachregister

- Grundemotionen (s. auch «Ideologie») 23, 324, 369, 3 82, 392f, 396-403, 467
- Hitler-Stalin-Pakt Bedeutung 31 Iff.
- Ideologie (n)
(s. auch «Sozialismus») 17, 23f., 382
nationalsozialistische Geschichtskonzeption (Gegenideologie) 116, 120, 131, 210, 241, 367f, 535
- Ideologiegeschichte, historisches Denken 25 ff., 549
- Ideologiestaat(en)
Begriff 212, 215, 217
- Industrielle Revolution (Weltmarktwirtschaft, kapitalistisches System) 335 f.
- Intellektuelle
Stalin über – 137
Hitler über – 297 f., 514
- Intellektualisierung 514
- «Jüdischer Bolschewismus»
Konzept und Terminus 111, 115 ff., 190, 293, 296f, 332f., 545
rationaler Kern 355, 580
nationalsozialistische Einsicht in Unrichtigkeit 592
- «Kausaler Nexus»
Begriff und Beispiel 547 f.
- Kirchenkampf (in Deutschland) 238 ff.
- Kommerzielle Gesellschaft 383
- Kommunistische Internationale (Komintern) 90 f., 98 f., 521
- KPD 30
Gründungskongress 81f.
Merkmale 82 ff.
Januaraufstand 87f.
Räterepublik in München 89 f.
im Kapp-Putsch 94 ff.
VKPD 100
März-Aktion 104f.
Entwicklung nach 1923 148 ff.
Bolschewisierung der – 154f. «Blutmai» 1929 162 ff.
Einschätzung der Situation im Januar 1933 208f.
- KPdSU
Charakter 138
Trotzkismus und Stalinismus 135 ff.
Kennzeichen 340
Organisation 341 f.
soziale Zusammensetzung 354ff.
- Krieg
Der Spartakusbund und der – 74 ff.
Die Bolschewiki und der – 51 ff., 97, 105
Der Nationalsozialismus und der – 122f., 145f., 277f., 371, 452ff., 515f., 535
- Kriegserfahrung negative – 385
positive – 390 ff.
- Kulaken 140f.
- Kulturkritik, Zivilisationskritik 101, 405f, 412f.
- Lebensraum, -konzept, -politik 160, 278, 290, 505, 562
- Liberales System (s. auch «Sozialer Pluralismus») 18, 134, 199f., 370, 422f., 428f, 447, 539 f, 545, 549
- Marxismus, marxistisch 11, 70f.
Moskauer Prozesse 266-270
- Motive
Hitlers 121 ff, 152, 296f, 299 f.
Stalins 275 f.
- Nationalbolschewismus 107, 159
- Nationalsozialismus
(s. auch «NSDAP», «Vernichtung»)
Interpretationen des – 8-13
Gegensatz zu und innere Bezogenheit auf Bolschewismus bzw.
Kommunismus 15 ff, 122f, 131, 152f, 156, 159, 183, 217f, 241, 249f, 367f, 546, 570, 584, 586 Machtübernahme, Momente der – 31ff.
Stellungnahme des Auslands zur Machtübernahme des – 43 ff.
nationale deutsche Juden zur Machtübernahme des – 42 f, 439
Kennzeichnung 121, 523 f, 544 f.

- NSDAP
 Hitlerputsch 129-133
 Hitlerprozess 145f.
 linke und rechte Nationalsozialisten
 158ff
 Kennzeichen 347f., 350ff.
 Organisation 352f.
 soziale Zusammensetzung 356ff.
- Ostorientierung
 (s. auch «Nationalbolschewismus»)
 167ff.
- Paradoxien 54ff., 196, 283, 329, 345, 375,
 406, 470, 492, 530, 532
- Philobolschewismus 106f., 223, 273
- Pluralismus, sozialer (im nationalsozialis-
 tischen Deutschland) 396, 444 f., 527,
 597
- Rapallo, R-politik, R-linie 170, 248, 305
 f, 573
 «Rattenkäfig», «Rattenprobe» 115, 399,
 529, 596
- Revisionismus (marxistischer) 71 ff.
- Revolution
 Erfahrungen der Offiziere in der russi-
 schen Februar- und Oktoberrevolution
 47ff., 61, 401 f.
 dto in der deutschen Revolution 37,
 84f.
 faschistischer Typus der – 227
- Schreckbild und Vorbild (Bolschewismus
 für Nationalsozialismus und umge-
 kehrt) 38, 122, 298, 334, 532, 547
- Schuldzuschreibung, kollektivistische
 76f., 119f., 153, 185, 295f., 361 f., 502,
 510ff, 545, 563, 583
- Selbstbestimmung, Probleme der – 285 f.
- Singularität, singular (präzedenzlos, his-
 torisch neuartig) 3, 7, 63 ff., 67, 82f.,
 121, 134, 421, 499, 516f., 562, 585
- SS (Gestapo) 364-369
 «Sowjetstern oder Hakenkreuz» 132 f.,
 201 f, 214
- Sowjetrussland, Sowjetunion
 Tendenz zur Entwicklungsdiktatur
 102, 450f.
 Aufstand in Kronstadt 1921 103
 Entwicklungstendenzen 1921 105
 Entwicklung seit 1923 134 ff.
 Industrielle Revolution, Industria-
 lisierung 139ff., 222 f., 449f.
 Kennzeichnung 410, 523
 künftige Möglichkeiten 549
- Sozialfaschismus, Begriff des – 187f.
- Sozialismus
 (s. auch «Arbeiterbewegung»)
 russischer – 50ff., 338 ff.
 «revolutionärer Sozialismus» als
 Sozialreligion 78
 Richtungen im – 335 ff.
 Studentenprozess 147f.
- Terror
 (s. auch «Vernichtung»)
 bolschewistischer – 61 ff., 358-364,
 562 f.
 nationalsozialistischer – 38-41, 364-
 371
- Totalitarismus (-konzeption), totalitär
 12f., 152, 199ff., 325, 380f., 595
- Tscheke (GPU, NKWD) 360-364
 Tscheke-Prozess 146f.
- Über-Entsprechung
 Begriff der – 21, 424 f., 545
- Vergleichbarkeit des bolschewistischen
 und des nationalsozialistischen
 Systems 371
- Verkehrsstreik, Berliner 203 f.
- Vernichtung, -sintention, -smassnahmen
 (s. auch «Terror»)
 bolschewistische 22, 62 ff., 101, 127,
 142f., 270-275, 320f., 418f., 558f.
 nationalsozialistische 35f., 160, 316f.,
 321 f., 469f., 504ff., 514ff., 527f.
 -traditionen der Rechten 346
- Vorbild und Abbild (Kopie) 21 f., 225,
 233f., 251,589
- Wandlungen 220f., 446, 488ff., 517-532,
 533f.

Sachregister

- Westen
(s. auch «Liberales System»)
Selbstverständnis und Selbstkritik
13f.
der – und der sowjetisch-polnische
Krieg 97 f.
künftige Möglichkeiten 549
- Widerstand
in der UdSSR
im nationalsozialistischen Deutsch-
land 290, 326, 434ff., 440-444,
434ff.
Zionismus, zionistisch 240, 586, 591

Personenregister

Vorbemerkung

Russische Namen sind in der Schreibweise wiedergegeben, die in den zwanziger und dreissiger Jahren und im Allgemeinen noch heute in Deutschland üblich war oder ist. Die «wissenschaftliche Umschrift» wird nur bei den Titeln russischer Bücher und bei deren Autoren verwendet. Seitenzahlen, wo sich bibliographische Angaben zu Büchern oder Studien der betreffenden Personen finden, sind kursiv gesetzt.

- Abegg, Wilhelm 196
Achmatowa, Anna A. 409, 433
Adam, Uwe Dietrich 591
Adler, Viktor 152
Ainsztain, Reuben 595
Albrecht, Karl I. 370, 581, 581
Alexander der Grosse 471
Alexejew, Wassilij P. 372
Allard, Sven 554
Allilujewa, Nadeshda 221
Allilujewa, Svetlana 462, 522
Alvensleben, Werner von 28
Amery, Leopold C.M.S. 496
Anet, Claude 63, 558
Anlauf, Hauptmann der Schutzpolizei
191
Antonsecu, Mihai 527 f.
Antonow-Owsejenko, Wladimir A. 20,
263 f., 276
Arendt, Hannah 18
Aretz, Emil 570
Aristoteles 408
- Aschenauer, Rudolf 591
Askarchanov, S. S. 584
Astachow, Georgij 307 f.
Astor, Familie 286
Attlee, Clement R. 152
Augur (= Poljakow, Wladimir) 569
Austerlitz, Friedrich 152
Axelrod, Pawel B. 108
Axelrod, Tobias 89, 563
Axhausen, Günther 563
Axmann, Artur 379
Ayçoberry, Pierre 553
Azana, Manuel 254, 262
- Babel, Isaak E. 433, 583
Babeuf, François Noël 91, 540
Bach-Zelewski, Erich von dem 591
Badoglio, Pietro 247
Baeck, Leo 43
Baeumler, Alfred 412, 416
Bahne, Siegfried 567

- Bakunin, Michail A. 69, 71, 105, 337, 406
Baldwin, Stanley 171, 277
Balfour, Arthur James 317
Bandera, Stepan 591
Barbarin, E. 308
Barlach, Ernst 411,414
Barmat, Julius 181
Barnes, Harry E. 9
Barruel, Augustin 111, 345
Bartels, Adolf 411
Barthel, Max 214
Bauer, Max 153
Bauer, Otto 109, 198, 563
Baumgart, Winfried 568
Beaverbrook, William M.A. 503
Becher, Johannes R. 413
Beck, Dorothea 572
Beck, Jozef 302 ff., 314
Beck, Ludwig 189, 279f., 441, 576, 576, 590
Bedny, Demjan 221, 388, 418, 582
Belinski, Wissarion G. 406, 519
Belyi, Andrej 408
Benesch, Eduard 268, 284, 290f., 504, 589
Benn, Gottfried 414
Berdjajew, Nikolaj 433, W
Berija, Lawrentij P. 272, 364
Berkman, Alexander 108, 563
Berndt, Alfred I. 578
Berneri, Camillo 262 f.
Bernstein, Eduard 72
Bersin, Jan K. 233, 272, 559
Best, Werner 190
Bettelheim, Bruno 553
Beumelburg, Werner 414
Birkenhead, Frederick W.F. 577
Biskupski, Wassilij von 434
Bismarck, Otto von 69, 252, 281, 312, 326, 345
Blanc, Louis 336
Blanqui, Louis Auguste 69
Blaskowitz, Johannes A. 321 f.
Blök, Alexander A. 407 f.
Blomberg, Werner von 173, 226, 230, 232, 277, 279f., 283, 476
Blücher, Wassilij H. 485
Blum, Léon 256, 453
Blumkin, Jakob G. 234
Blunck, Hans Friedrich 414
Boberach, Heinz 586
Bock, Fedor von 459, 479
Bolloten, Burnett 575
Börner, Karl 556
Bonaparte, Louis 345
Bonn, Moritz Julius 439
Bonnet, Georges 302
Bontsch-Brujewitsch, Michail D. 61, 557
Borkenau, Franz 20
Bormann, Martin 353, 469, 528, 580, 589, 595
Borsig, Ernst von 174
Bose, Herbert von 230
Bose, Netaji Subhas Chandra 482
Bossi-Fedrigotti, Anton von 588, 590
Bouhler, Philipp 316,414
Boulanger, Georges 43
Bracher, Karl Dietrich 552
Brandenburg, Hans-Christian 582
Brandler, Heinrich 127f., 135, 149, 187
Brandt, Karl 316
Brauchitsch, Walther von 280, 326
Bräutigam, Otto 506
Braun, Otto 195f.
Brecht, Bertold 404, 583
Bredow, Hans Karl August von 230
Breker, Arno 415
Brenner, Hildegard 583
Briand, Aristide 172,243
Brockdorff-Rantzau, Ulrich von 148, 166ff., 171, 173, 568
Bröger, Karl 392, 439
Broszat, Martin 554, 570, 578
Broué, Pierre 575
Brown, Edward J. 583
Brüning, Heinrich 144, 175, 179f., 184, 187, 194f., 200f.,211,220, 377, 437, 452 f.
Brussilow, Alexej A. 433
Brzezinski, Zbigniew K. 18
Buber-Neumann, Margarete 370, 567, 581
Bucharin, Nikolaj I. 91, 127, 135, 137, 139f., 237, 269f., 341, 374, 498, 566
Buchbender, Ortwin 588
Buchheim, Hans 574

Personenregister

- Buddha 217
Budjonny, Semjon M. 476
Bullitt, William C. 106, 277, 577
Bunin, Iwan A. 433
Bunyan, James 557
Burckhardt, Carl J. 313, 578
Burke, Edmund 345, 543
Busch, Fritz 412
- Caballero, Francesco Largo 253, 255, 259, 261 ff.
Calvo, Sotelo, José 254
Carr, Raymond 575
Carroll, E. Malcolm 562
Chamberlain, Arthur Neville 277, 286ff., 293, 297, 301 ff., 309, 314, 316f., 441, 594
Chintschuk, Leo M. 219
Chruschtschow, Nikita S. 233, 272, 461 f., 504, 512, 522, 574
Churchill, Winston S. 79, 92 f., 111f., 115f., 170, 172, 224, 292f., 301, 328f., 461, 468f., 472f., 484, 487, 502, 504, 520, 531, 564, 578, 587, 588
Chvalkovsky, Frantisek 300
Ciano, Galeazzo 486, 589
Colby, Bainbridge 97
Conquest, Robert 504, 566, 575, 590
Cooper, Alfred Duff 293
Coudenhove-Kalergi, Richard N. 485, 487, 589
Coulondre, Robert 288, 577
Coverdale, John F. 575
Crispien, Arthur 96, 100
Cromwell, Oliver 63
Cuno, Wilhelm 124, 127, 204
Curzon, George N. 97, 319
Cvetkovic, Dragisa 333
Czech-Jochberg, Erich 555
- Daladier, Edouard 291, 293, 302
Dallin, Alexander 587
Damus, Martin 584
Dan, Fedor I. 431
Däumig, Ernst 100
David, Eduard 152
Davies, Joseph E. 267, 287, 474, 576
Davies, Norman 594
Dawes, Charles G. 144, 177
- Déat, Marcel 291
Degras, Jane 565, 574
Degrelle, Léon 495
Dehn, Günther Karl 439
Denikin, Anton I. 63, 91 ff., 110, 267, 431
Deschner, Günther 593
Deutsch, Felix 112
Deutscher, Isaak 20
Diels, Rudolf 41
Diewerge, Wolfgang 589
Dirksen, Herbert von 173, 219, 301, 309
Disraeli, Benjamin 345
Ditmar, Max von 147
Djilas, Milovan 19, 490, 521 ff., 595
Döblin, Alfred 411
Dodd, William E. 247
Dollfuss, Engelbert 232, 247
Domarus, Max 572
Döser, Ute 564
Dostojewski, Fjodor M. 382, 405
Draganoff, Parvan 332
Dserschinsky, Felix E. 338, 360f., 364, 434, 446
Duchonin, Nikolaj N. 61
Dühning, Eugen 346
Dülffer, Jost 584
Dupeux, Louis 570
Dwinger, Edwin Erich 399, 402, 583
- Eberlein, Hugo 272
Ebert, Friedrich 39, 81 f., 85ff., 95, 132, 145, 150, 166f., 170
Eckart, Dietrich 114ff., 120, 385, 567
Eckert, Erwin 182
Eckhardt, Karl August 584
Eden, Robert Anthony 245, 249
Ehrenburg, Ilja 264, 505, 575
Ehrhardt, Hermann 94, 148
Eichhorn, Emil 87
Eichhorn, Hermann G.E. von 466
Eichmann, Adolf 508, 513
Eicke, Theodor 230, 366f.
Einstein, Albert 438
Eisenhower, Dwight D. 531
Eisenstein, Sergej M. 255
Eisenberger, Joseph 565
Eisner, Kurt 82, 89, 241
Elleinstein, Jean 573

- Ellenbogen, Wilhelm 152
Elzbacher, Paul 107, 562
Engels, Friedrich 71, 224f., 278
Erbe, René 586
Erkelenz, Anton 186
Ernst, Karl 229
Ernst, Paul 439
Erzberger, Matthias 563
Eschenburg, Theodor 595
Escherich, Georg 104, 113, 129
Esser, Hermann 570
Ettighofer, Paul C. 414
Etzdorf, Hasso von 326
Euringer, Richard 415
- Fainsod, Merle 140, 140, 554, 576
Falter, Jürgen W. 580
Faurisson, Robert 592
Feder, Gottfried 113
Fehrenbach, Constantin 96, 104, 123
Feininger, Lyonel 411
Feuchtwanger, Franz 569
Fischer, Alexander 554
Fischer, Conan 554
Fischer, Harold Henry 557
Fischer, Louis 19, 584
Fischer, Ruth 126, 135, 149, 154, 157f.
Fisher, Ralph Talcott 582
Flandin, Pierre Etienne 245
Fleischhauer, Ingeborg 588
Fleming, Denna F. 588
Florin, Wilhelm 585
Foerster, Friedrich Wilhelm 412
Foerster, Wolfgang 576
Fomin, Fedor T. 564
Formis, Rolf 438
Forster, Albert 323, 577
Fourier, Charles 335 f.
Fraenkel, Ernst 565
Fraenkel, Heinrich 569
Franco, Francisco 251, 253, 256, 259f.,
263
François-Poncet, André 227
Frank, Hans 230, 321, 425, 427
Frank, Semjon 433
Frank, Walter 416f.
Frankfurter, David 294
Frankfurter, Felix 595
Freud, Sigmund 412
- Freund, Michael 574
Frick, Wilhelm 156, 226, 411, 424
Friedberg, Robert 563
Friedrich II., König von Preussen 225
Friedrich, Carl J. 18
Fritsch, Werner von 277, 279 f.
Frölich, Paul 565
Frunse, Michail W. 16f.
Fülöp-Miller 582
Furtwängler, Wilhelm 412
- Gafencu, Grigore 314, 577
Galton, Francis 345
Gamarnik, Jan B. 272
Gan, Anatolij (= Gutmann, Anatolij) 581
Gaucher, Roland 585
Gaulle, Charles de 489, 521 f., 595
Gehlen, Reinhard 497, 580, 580
Gemlich, Adolf 117
Georg V., König von England 313
George, Stefan 414, 439
Gessler, Otto 568
Getzler, Israel 585
Geyer, Curt 585, 585
Geyr vonSchneppenburg, Leo 574
Gilbert, Martin 574, 591
Giral, José 256
Gladkow, Fedor W. 410
Glaeser, Ernst 412
Glezermann, Grigorij J. 566
Glinka, Michael I. 519
Glondajewski, Gertrud 589
Gneisenau, August Wilhelm von 125
Goebbels, Joseph 159, 178, 183f., 192,
214, 226f., 229, 260f., 295, 348, 351,
396, 412f., 507, 524, 526, 528, 531,
569, 595
Goerdeler, Carl Friedrich 441, 490
Goethe, Wolfgang von 382, 408
Goldman, Emma 108, 111
Goldmann, Nahum 242, 574
Göring, Hermann 34f., 38, 44, 198, 226,
228, 230, 277, 280, 282, 290, 295, 299,
306, 349, 415, 442, 444, 453 f., 469,
544, 553
Gorki, Maxim 65f., 235, 270, 360, 410,
530, 558
Gosztony, Peter 586

- Granzow, Brigitte 556
Gregor, Professor 567
Grigorenko, Pjotr G. 459, 587, 598
Grimm, Hans 414
Groener, Wilhelm 85, 180, 194, 377, 571
Groener-Geyer, Dorothea 571
Gropius, Walter 438
Groscurth, Helmuth 495, 590, 590
Gründgens, Gustav 415
Grynszpan, Herschel 294 f.
Grzesinski, Albert 163, 165, 184
Guderian, Heinz 516
Gumbel, Julius Emil 147
Gumiljow, Nikolaj S. 433
Günther, Hans 583
Günther, Hans F.K. 411
Gürtner, Franz 40
Gustloff, Wilhelm 294
Gutmann, Anatolij J. 581
- Haase, Hugo 166
Hacha, Emil 299 f.
Hadermann, Ernst 491
Hahn, Manfred 579
Halder, Franz 477, 587
Halifax, Edward F. 286, 293, 297, 301 f., 313, 316
Hannibal 471
Harlan, Veit 396
Harnack, Arvid von 492
Hase, Paul von 527
Hasse, Otto 568
Hassell, Ulrich von 491
Hauptmann, Gerhart 414
Haushofer, Albrecht 443
Heckel, Erich 411
Heckert, Fritz 585
Heiber, Helmut 595, 596
Heidegger, Martin 416, 439
Heilmann, Ernst 39
Heinz, Friedrich Wilhelm 441
Heisenberg, Werner 439
Helbig, Herbert 568
Held, Heinrich 151
Helfferich, Karl 112
Heller, Michail 19, 573
Heller, Otto 142f., 566
Henderson, Nevile M. 304, 314, 579
- Henke, Josef 584
Henlein, Konrad 289
Herbette, Jean 172, 243, 569
Hermann, der Cherusker 10
Herriot, Edouard 573
Hertling, Georg von 166
Herzl, Theodor 24, 555, 556, 556
Hess, Moses 240
Hess, Rudolf 36, 227, 237, 260, 267, 348, 352f., 443, 462
Heydrich, Reinhard 268, 318, 364, 366f., 490, 580, 581, 589, 592
Hilberg, Raul 509, 512, 516, 591
Hilferding, Rudolf 100
Hilger, Gustav 147f., 168, 555
Hillgruber, Andreas 579
Hilz, Sepp 415
Himmeler, Heinrich 41, 228, 230, 241, 318, 322, 348, 353, 365ff., 369ff., 378, 446, 498f., 505, 514, 526f., 531, 543 ff., 578, 581, 589, 591
Hindenburg, Oskar von 28
Hindenburg, Paul von 29, 31, 85, 150, 156, 177, 180, 194f., 197, 206ff., 211f., 225, 230ff., 448, 451
Hinkel, Hans 411
Hintze, Otto 439
Hintze, Paul von 166
Hitler, Adolf 10, 12f., 15ff., 23ff., 28ff., 38, 43ff., 58, 67f., 106, 116ff., 126ff., 144 ff., 148 f., 151 ff., 158ff., 177f., 180, 182ff., 188f., 197ff., 201 f., 205ff., 212ff., 223ff., 237ff., 242 ff., 256, 260, 264, 268, 275 ff., 280, 282f., 286f., 298-311, 313ff., 322-334, 347f., 351 f., 377, 379ff., 385, 396, 404, 413, 415, 424f., 426f., 436, 438, 444ff., 453ff., 458ff., 463-491, 493, 496, 498ff., 503ff., 509, 513ff., 520ff., 524-532, 534f., 538, 543 ff., 552f., 556, 567, 570, 575, 578, 587, 589f., 594, 596
Ho Chi Minh 190
Hoepner, Erich 318, 479, 527
Hoetzsch, Otto 554
Hofer, Karl 411
Hoffmann, Joachim 587, 590
Hoffmann, Johannes 89, 96

- Hofmeyer, Günter 582
Höhne, Heinz 569
Hölz, Max 96
Homer 499
Hoover, Herbert C. 180
Hopkins, Harry L. 474, 587
Horkheimer, Max 439
Hornung, Walter 556
Hörsing, Otto 104
Horthy, Nikolaus von 260
Höss, Rudolf 513
Hossbach, Friedrich 277, 283
Huber, Ernst Rudolf 579
Huber, Kurt 534
Hugenberg, Alfred 161, 177, 199, 203,
205, 250f., 297, 316
Huillier, Fernand 1' 562
Husseini, Amin El 482
- Istrati, Panait 183
Ivanov, Nikolaj J. 557
Iwan der Schreckliche 519
- Jäckel, Eberhard 565
Jacobsen, Hans-Adolf 577, 579
Jaeger, Hans 20, 555
Jagoda, Genrich G. 266 f., 269, 360,
363
Jahn, Gerhard 572
Jähnichen, Rudolf 426
Jakir, Jona E. 264, 268, 272
Jaksch, Wenzel 576
Jakuschew, Alexander A. 434
James, Vaughan C. 583
Jardin, André 598
Jaspers, Karl 416, 439
Jendretzky, Hans 164
Jeschow, Nikolaj I. 235, 266f., 269,
271 f., 304
Jochmann, Werner 577
Jodkovskij, A. N. 584
Jodl, Alfred 281
Joffe, Abram 62
Jogiches, Leo 338
Johst, Hanns 413
Jordan, Rudolf 567, 596
Jordania, Noe 105, 562
Joselewitsch 559
Judenitsch, Nikolaj N. 93
- Jung, Edgar 229 f.
Jünger, Ernst 414, 438
- Kaas, Ludwig 206, 437
Kaganowitsch, Lasar M. 235, 375, 573
Kahle, Hans 263
Kahr, Gustav von 96, 104, 115, 127,
130ff., 145, 231
Kaledin, Alexei M. 61, 65, 398
Kalinin, Michail I. 390
Kamenjew, Leo B. 56, 59, 135, 157,
235f., 264f., 269, 272, 344, 566
Kamenjew, Sergej S. 448
Kaminski, Andrzej 554
Kandelaki, David 306
Kandinsky, Wassily 411
Kannegiesser, Leonid A. 64, 360, 559
Kantorowicz, Ernst 439
Kaplan, Fannija (Dora) 64, 360, 430, 559
Kapp, Wolfgang 94, 96, 158, 168, 196,
204, 564
Karl L, König von England 63
Karwahne, Bertold 572
Kasper, Wilhelm 581
Kästner, Erich 412
Kater, Michael 580
Katz, Iwan 149, 157
Kautsky, Karl 51, 109f., 116, 198, 563
Kedrow, Michail S. 360
Keitel, Wilhelm 279, 469
Kemal Pascha, Mustafa 145, 449
Kennan, George F. 22, 555
Kerenski, Alexander F. 50, 52ff., 54,
56ff., 79, 81, 87, 95, 131, 164, 170,
227, 254, 430, 434, 519, 546
Kersten, Felix 586
Kesting, Hanno 3, 552
Keynes, John Maynard 177, 453
Killinger, Manfred von 185f.
Kindermann, Karl 14 7f., 370, 413, 566
Kippenberger, Hans 190, 272
Kirow, Sergej M. 224, 233-237, 265 f.,
269, 573, 574
Klages, Ludwig 514
Klausener, Erich 231
Kleber, Emilio (= Lasar Stern) 263
Klee, Paul 411
Kleist, Peter 588, 590
Kleist-Schmenzin, Ewald von 440f. 527

Personenregister

- Klemperer, Otto 412
Knickerbocker, Hubert R. 202
Knilling, Eugen von 130
Koch, Erich 506, 508
Koch, Hannsjoachim W. 554
Koenen, Gerd 554
Koenen, Wilhelm 201
Kohn, Richard 557
Kokoschka, Oskar 411
Kokoschkin, Fedor F. 60
Kolbenheyer, Erwin Guido 414, 438
Kollontai, Alexandra M. 102
Kollwitz, Käthe 411
Kolttschak, Alexander W. 63, 92, 98,
110, 267, 399, 430, 498
Kool, Frits 562
Kopp, Viktor 168
Kordt, Erich 578
Korfes, Otto 491
Kornilow, Lawr G. 54 f., 58, 87, 260,
398, 466, 566
Korsch, Karl 158
Kramer, David 554
Krasnow, Pjotr N. 498, 590
Krausnick, Helmut 512, 591
Krebs, Hans 461
Krestinski, Nikolaj N. 169, 173, 269
Kriebel, Hermann 131
Kriek, Ernst 416
Krivitsky, Walter (= Ginsburg) 20, 233,
269f., 275, 569, 574, 580
Kropotkin, Peter 406
Krüger, Friedrich Wilhelm 227
Krummacker, Friedrich Adolf 569
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav
226
Krupskaja, Nadeshda K. 59, 557
Krylenko, Nikolaj W. 61, 421
Kschesinskaja, Mathilda M. 52
Kuczynski, Robert René 155
Kühlmann, Richard von 54
Kuhn, Axel 565
Kühnl, Reinhard 568
Kun, Bela 105, 111, 136, 566
Kunz, Thomas 568
Kutiepow, Alexander P. 434
Kutusow, Michail I. 519f.
Kuusinen, Otto V. 136, 324 f., 566
Kwaternik, Slavko 469, 515
Kyrill Wladimirowitsch, Grossfürst 432
Lammel, Inge 582
Lammers, Hans Heinrich 469
Landauer, Gustav 89
Lange, Helmut 569
Langenbacher, Hellmut 584
Lansing, Robert 291
Lanzinger, Hubert 415
Laqueur, Walter 20, 117, 555, 565, 582,
595
Larin, Ju. (= Lure, Michail Z.) 558
Lassalle, Ferdinand 69
Latsis, Martin I. 360f.
Lattmann, Martin 491
Laubenheimer, Alfred 581
Laufenberg, Heinrich 94
Laval, Pierre 244, 247
Leber, Julius 440, 491, 572
Le Corbusier, Charles-Edouard 411
Leeb, Wilhelm von 325, 459
Leggett, George 580
Leibbrandt, Georg 564
Lenard, Philipp 417, 439
Lenin, Wladimir Iljitsch 16f., 20, 23f.,
50ff., 56ff., 64ff., 68, 78, 80f., 84, 89f.,
93f., 95, 97ff., 102f., 107f., 121, 123,
133 ff., 154, 159, 166, 168f., 190, 202,
217f., 220f., 225f., 231, 234, 241, 253,
262, 264, 266f., 269, 272, 285f., 287,
291, 297f., 312, 315, 334, 338ff., 343f.,
347f., 352, 359f., 362, 364, 368, 371,
373, 381, 388, 402, 406, 409, 412, 418
f., 421, 430, 447f., 462, 468, 472, 488,
519, 523, 530, 536, 538, 542, 544, 558
f., 563, 569
Lenk, Hauptmann der Schutzpolizei 191
Lensch, Paul 73 f., 79, 560
Lerchenfeld, Hugo von 130
Lersch, Heinrich 6, 439
Lessing, Theodor 514, 585
Leuschner, Wilhelm 491
Leverkuehn, Paul 564
Levi, Paul 88, 100, 105, 108
Levien, Max 89, 241
Leviné, Eugen 88f., 241
Ley, Robert 353, 528
Liber, Mark 431

- Lichtheim, Richard 586
Lieber, Hans-Joachim 566
Liebknecht, Karl 73ff., 78, 80f., 87f., 90, 166
Lipski, Josef 302f., 314
Litwin, Paul 181
Litwinow, Maxim M. 38, 220, 243, 248, 288, 306f.
Lloyd George, David 43, 93, 112, 167, 169f., 387
Löbe, Paul 36, 199
Lochner, Louis 595
Lorenz, Richard 557
Losowski, Salomon A. 486 f.
Lossow, Otto Hermann von 131 ff., 145
Lothian, Philip 328
Löwenheim, Walter 437, 585
Löwenthal, Richard 437, 585
Lubbe, Marinus van der 424
Lucas, Erhard 561
Ludendorff, Erich 53, 68, 80, 126, 130f., 133, 145, 151, 327, 440, 448, 552
Ludwig XVI., König von Frankreich 63
Ludwig, Emil 569
Lueger, Karl 117
Lukacs, Georg 444
Lukacz, General (= Mata Zalka) 263
Lukasiewicz, Juliusz 304
Lunatscharski, Anatolij W. 363
Luther, Hans 144
Luther, Martin 10, 239, 412
Lüttwitz, Walther von 87, 94f.
Lutze, Viktor 228 f.
Luxemburg, Rosa 51, 73, 75, 79ff., 85, 87f., 90f., 94, 100, 108, 111, 153, 166, 241, 291, 327, 338, 360, 388, 542, 560
Lwow, Georgij E. 49

Machno, Nestor I. 93
Mäder, Erich 569
Maguire, Robert A. 583
Mahlmeister, Erich 570
Maikowski, Eberhard 33
Maistre, Joseph Marie de 345
Majakowski, Wladimir W. 407 f., 410
Maltzan, Ago von 168f.
Malzew, W. I. 498
Mandelstam, Ossip E. 433
Mann, Heinrich 174, 411f., 555
Mann, Thomas 90, 114ff., 174, 411, 438, 543, 561
Mannerheim, Karl-Gustav von 324, 504, 591
Mannheim, Karl 439
Manstein, Fritz Erich von 511
Man veil, Roger 569
Marc, Franz 411
Marcks, Erich 459
Maria Feodorowna, Zarin 49
Marinetti, Filippo Tommaso 407
Marcuse, Herbert 13
Marloh, Oberleutnant 89
Martow, Julius O. 51, 57, 100, 108, 111, 344, 431 f., 441, 546
Marx, Karl 71, 73, 76, 91, 111, 119, 134f., 143, 154, 224f., 240, 278, 312, 343, 355, 357, 408, 412, 514, 519, 526
Marx, Wilhelm 144
Masaryk, Thomas G. 284
Maslow, Arkadij 149, 157 f.
Mason, Timothy 597
Matsuoka, Yosuke 457, 461
Matteotti, Giacomo 213
Matthias, Erich 571
Mazon, Michel 592
Mazzini, Giuseppe 24
Meandrow, Michail A. 498
Mechlis, Lew S. 355, 460
Mehmed Ali 541
Mehnert, Klaus 554
Mehring, Franz 73, 90
Meinecke, Friedrich 417, 439
Meissner, Otto 208
Melgunova-Stepanova, Praskovia E. 584
Melgunow, Sergej P. 362, 564
Mendelssohn, Peter de 561
Mereschkowski, Dimitrij S. 433
Metternich, Klemens 111
Meyer, Ernst 560
Meyerhold, Wsewolod 415
Michaelis, Georg 148
Michalka, Wolfgang 556
Mihailowitsch, Dragojub 490
Miles (= Löwenheim, Walter) 585
Miljukow, Paul N. 50, 432, 519, 546, 597
Mill, John Stuart 537
Miller, Ewgenij K. 581
Milward, Alan S. 586

Personenregister

- Mirbach, Wilhelm von 166, 234
Mitchell, Allan 561
Möller, Horst 554
Moeller, van den Bruck, Arthur 565
Molotow, Wjatscheslaw I. 262, 306ff.,
315, 318f., 331 f., 456, 458, 462, 488
f., 492, 597
Moltke, Helmut James von 491, 527
Montesquieu, Charles 199
Morgenthau, Henry 595
Morozow, Michael 582
Morozow, Pawel T. 374, 380
Morsey, Rudolf 571
Moses 347
Mosley, Oswald 291, 328
Most, Johann 384
Motta, Giuseppe 243
Mratschkowski, Sergej W. 265
Muchow, Reinhold 570
Mühsam, Erich 89
Müller, Adam 345
Müller, Heinrich 529
Müller, Hermann 96, 118, 144
Müller, Karl Alexander von 417
Müller, Ludwig 378
Münzenberg, Willi 214, 438, 583
Mussolini, Benito 12, 21, 43, 120, 145,
198, 212f., 217, 227, 231 f., 238,
244ff., 256f., 260, 263, 277, 283,
290f., 315, 323, 332f., 348, 387, 456,
472, 479f., 489, 528, 537, 597

Napoleon I. Bonaparte 4, 136, 312, 349,
473, 478, 520, 536, 540
Nasser, Gamal Abdel 482
Naumann, Friedrich 112, 299
Naumann, Hans 412
Naumann, Max 43
Nebe, Arthur 441
Negrin, Juan 263
Nehru, Jawaharlal Pandit 482
Nekrich, Alexander 19, 575
Neumann, Felix 146
Neumann, Heinz 150, 272, 370
Neurath, Konstantin von 216, 277, 279f.,
306
Newski, Alexander 275
Niekisch, Ernst 189, 242, 555, 570
Niemöller, Martin 240, 426, 441

Nietzsche, Friedrich 514
Nikolaj Nikolajewitsch, Grossfürst 432
Nikolajew, Leonid W. 235 f.
Nikolajewski, Boris I. 237, 431, 574
Nikolaus I., Zar 519
Nikolaus II., Zar 47, 63, 70, 122, 361
Nin, Andrés 261 ff.
Nogin, Viktor P. 59
Nolde, Emil 411
Nolte, Ernst 560, 562, 563, 579, 580
Norkus, Herbert 192, 596
Noske, Gustav 87, 89, 95

Oberländer, Erwin 562
Ohlendorf, Otto 427f., 591
Olberg, Paul 563
Oncken, Hermann 417
Orwell, George 564
Oshima, Hiroshi 469
Ossietzky, Carl von 191
Oster, Hans 314, 441, 491
Ostrowskij, Nikolaj A. 410
Oven, Wilfred von 575
Ow, Stefanie von 552
Owen, Robert 335 f.

Pannwitz, Rudolf 411
Papan, Franz von 24, 28 ff. 33, 194f.
197f., 200, 206ff., 211 f., 226,
229f., 232, 250f., 297, 316, 347, 452f.
Paquet, Alfons 66, 558, 563
Parvus-Helphand, Alexander 54, 136
Pasternak, Boris 409, 433
Paulus, Friedrich 483 f., 491, 524
Pecqueur, Constantin 336
Peel, Robert 345
Pétain, Henri Philippe 463, 528
Peters, Jakov C. 360, 418
Petljura, Symon 93, 97 f.
Petry, Christian 597
Petsch, Joachim 584
Peukert, Detlev 572
Pfeffer von Salomon, Franz 348
Pfeinfert, Franz 126, 157
Picker, Henry 587
Pieck, Wilhelm 164, 193
Pike, David W. 575
Pilnjak, Boris A. 408, 433
Pilsudski, Josef 97f., 220, 302, 338

- Pittinger, Otto 130
 Pjatakow, Grigorij L. 266f., 269, 341
 Planck, Max 439
 Platon 413
 Plechanow, Georgij W. 52, 108, 338,
 406, 519, 557
 Pleyer, Wilhelm 414
 Poensgen, Ernst 174
 Poincare, Raymond 124
 Pokrowski, Michail N. 221, 518
 Popoff, Georg 580
 Possony, Stefan 3, 552
 Potocki, Jerzy von 301, 577
 Pottier, Eugène 383
 Pound, Ezra 495
 Prebraschenski, Evgenij A. 373
 Price, M. Phillips 106
 Primo de Rivera, José Antonio 253 f.
 Prinz, Michael 554
 Proudhon, Pierre-Joseph 69
 Purischkewitsch, Wladimir M. 557
 Puschkin, Alexander S. 405, 519
- Queipo de Llano, Gonzalo 256
- Rabinowitch, Alexander 557
 Rachmanowa, Alexandra 401 f., 583
 Raczynski, Edward 292
 Radek, Karl B. 81 f., 86, 125f., 128, 131
 f., 135, 167, 181 f., 189, 219, 236,
 267, 269f., 312, 534, 565, 568
 Raeder, Erich 277
 Räkösi, Mátyás 105
 Rakowsky, Christian 435
 Ransome, Arthur 106
 Rasputin, Grigorij J. 49
 Rassinier, Paul 592
 Rath, Ernst vom 294 f.
 Rathenau, Walther 119, 124, 169f., 568
 Rauschning, Herman 438
 Reagan, Ronald 14
 Rechberg, Arnold 564
 Rector, Martin 572
 Reed, John 58, 557
 Reese, Maria 572, 585, 585
 Reger, Erik 564
 Reich, Wilhelm 13
 Reichenau, Walter von 218, 226, 228,
 511
 Reinhardt, Fritz 453
- Reinharz, Jehuda 586
 Reitlinger, Gerald 512, 591
 Remarque, Erich Maria 412
 Remmele, Hermann 202, 272
 Renn, Ludwig 263
 Renteien, Theodor Adrian von 376
 Reventlow, Ernst zu 563, 565
 Révész, Laszlo 582
 Ribbentrop, Joachim von 28, 245, 280,
 302, 305, 308ff., 319f., 323, 468, 475,
 577
 Richardi, Hans-Günter 556
 Rimscha, Hans von 585
 Rjazanow, David B. 59, 236
 Rjutin, Michail N. 234, 266
 Roatta, Mario 259
 Robespierre, Maximilien de 540
 Robien, Louis de 49 f., 66, 79, 557
 Robins, Raymond 106, 223, 573
 Robles, Gil 253
 Rodsjanko, Michail W. 47, 398
 Röhm, Ernst 21, 113, 225ff., 230, 233,
 351, 425, 476
 Roller, Tschekist 360
 Römer, Beppo 189
 Rommel, Erwin 482,516
 Roosevelt, Franklin D. 212, 287, 290,
 301, 453, 460, 473f., 479f., 483f.,
 487f., 492, 531, 587
 Röpke, Wilhlem 439
 Rosenberg, Alfred 29, 58, 115ff., 120,
 151, 239, 260, 313, 351, 411, 413f.,
 426, 464f., 469, 508, 530, 543, 564,
 568,578
 Rosenberg, Arthur 149, 157f., 579
 Rosenberg, Marcel 262
 Rosenfeld, Günther 569
 Rosenhaft, Eve 554
 Rothermere, Harold S. 43, 178, 289
 Rothfels, Hans 578
 Rothschild, Familie 240, 393
 Rousseau, Jean Jacques 70, 539
 Ruffman, Heinz 566
 Rumbold, Sir Horace 556
 Rumjanzew, Iwan P. 270
 Runciman, Walter 290
 Rundstedt, Gerd von 325, 459, 479
 Runge, Otto Emil 88
 Russell, Bertrand 251
 Russki, Nikolaj W. 564

Personenregister

- Rydz-Smigly, Edward 304
Rykow, Alexej I. 59, 140, 148, 269
- Sacharow, M.W. 498
Sadoul, Jacques 148
Saint-Just, Louis A. L. de 540
Saint-Simon, Claude Henri de 502
Salisbury, Harrison E. 582
Solomonsohn, Arthur 112
Sandkühler, Hans-Jörg 579
Sawenjagin, Awraanij 374
Sawinkow, Boris 434
Schacht, Hjalmar 241, 452 ff.
Schäfer, Werner 556
Schäfer, Wilhelm 414
Schäffer, Fritz 130
Schapiro, Leonard 19, 573, 585
Scharnhorst, Gerhard von 125
Schdanow, Andrej A. 266, 522, 573
Schehr, John 437
Scheibert, Peter 557
Scheidemann, Philipp 32, 82, 89, 145
Schellenberg, Walter 369, 575, 581
Schemm, Hans 183
Scherchen, Hermann 384
Scheringer, Richard 189, 570
Scheubner-Richter, Max Erwin von 114,
116f., 120, 132, 432, 507, 590
Scheurig, Bodo 589
Schiff, Viktor 437
Schildt, Axel 571
Schilenkow, Georgij N. 498
Schilman, A.L. 270
Schingarew, Andrej I. 60
Schippel, Max 72
Schirach, Baldur von 353, 377ff., 516, 582
Schirach, Henriette von 516
Schkuro, Andrej G. 498
Schlageter, Albert Leo 125 f., 189
Schlegelberger, Franz 424 f.
Schleicher, Elisabeth von 231
Schleicher, Kurt von 29, 33, 194, 197,
207f., 211, 213, 230ff., 452
Schlesinger, Moritz 168
Schmid, Alex 563
Schmidt, Paul 249, 574
Schmitt, Carl 416, 424 f., 584
Schneider, Peter 585
Schnur, Roman 3, 552
- Schnurre, Karl Julius 307 f., 312
Scholem, Werner 149, 157
Scholochow, Michail A. 397, 402, 410,
583
Schönberg, Arnold 412
Schönerer, Georg von 117
Schopenhauer, Arthur 413
Schorn, Hubert 584
Schreck, Julius 365
Schröder, Kurt von 28
Schröder, Rudolf Alexander 391 f.
Schukow, Georgij K. 461, 478, 497, 516
Schulenburg, Friedrich Werner von der
269, 288, 307, 458, 461
Schulenburg, Fritz-Dietlof von der 441,
527
Schulze, Hagen 561
Schulze-Boysen, Harro 444, 492
Schultze-Naumburg, Paul 411
Schumann, Heinz 589
Schüren, Ulrich 567
Schuschnigg, Kurt von 247, 281 f., 454
Schwerin von Krosigk, Lutz 571
Schwerin von Schwanefeld, Ulrich-
Wilhelm 527
Seeckt, Hans von 127, 133, 146, 167ff.
Seger, Gerhart 39, 555
Seisser, Hans von 132, 145
Sendtner, Kurt 568
Seraphim, Hans-Günther 578
Sergej, Metropolit 521
Sering, Paul (= Löwenthal, Richard) 585
Severing, Carl 165, 184, 196
Seydlitz, Walter von 484, 491
Seyss-Inquart, Arthur 282
Shakespeare, William 382
Shaw, Bernard 107, 222
Sherwood, Robert E. 587
Shub, David 558, 580
Siemens, Hans 555
Simon, Sir John 245, 249
Simons, Walter 169
Simovic, Dusan 333, 459
Singer, Ladislaus 557
Sinowjew, Grigorij J. 56, 59, 67, 99ff.,
127f., 135f., 149, 154, 157, 187, 212,
234, 236, 264ff., 269, 272, 274, 343,
538, 542, 558 f., 568
Skoblewsky, Alexander 146, 148

- Skrypnik, Nikolaj 272
 Smilga, Iwan D. 361, 365, 559
 Sokolnikow, Grigorij J. (= Brilliant) 267
 Sollmann, Wilhelm 200
 Solonewitsch, Iwan L. 234, 566, 574
 Solonewitsch, Tamara 582
 Solschenizyn, Alexander 362, 421, 549, 584
 Sorge, Richard 444, 478
 Speer, Albert 415, 532, 584
 Spengler, Oswald 109, 395
 Sponeck, Hans Emil Otto von 479
 Spranger, Eduard 416
 Stackeiberg, General
 Stadtler, Eduard 112k, 563
 Stalin, Josef W. 12 f., 15f., 18 ff., 44, 127, 135f., 138f., 143, 147, 149, 154, 157f., 174, 183, 187, 191, 220ff., 231, 233ff., 244, 248 f., 251, 258, 262, 264 ff., 272ff., 287ff., 292, 299, 306-316, 318f., 323f., 330, 332, 341, 343 f., 347, 349, 351 f., 355, 359, 361, 364, 369, 374f., 421 f., 426, 435f., 442, 445, 450, 459, 460ff., 467 ff., 472ff., 477, 479ff., 483 ff., 488ff., 492ff., 497f., 503ff., 510ff., 518ff., 527, 529f., 532, 545, 551, 566, 569, 572 ff., 580, 587, 588, 590, 597
 Stampfer, Friedrich 198
 Stark, Johannes 439
 Stauffenberg, Claus von 441, 490f., 496, 527
 Steinberg, Jischak N. 562
 Stenbock-Fermor, Alexander 189
 Stern, Leo 560
 Stieff, Helmuth 322, 527
 Stinnes, Hugo 112, 126
 Stöcker, Walter 555
 Stolypin, Peter A. 273, 541
 Strasser, Gregor 29, 158f., 161, 207, 230
 Strasser, Otto 158, 226, 438
 Streicher, Julius 294, 376, 396, 513
 Stresemann, Gustav 24, 95, 127ff., 131 f., 144, 149, 154, 171, 173, 181, 220, 246, 302
 Strik-Strikfeldt, Wilfried 497, 590
 Suworow, Alexander W. 519f.
 Tack, Harry 596
 Tannenberg, Otto Richard 16
 Tansill, Charles C. 9
 Teleki, Pal von 332
 Témime, Emile 575
 Teske, Hermann 587
 Thalheimer, August 127, 187
 Thälmann, Ernst 28, 33, 149f., 155, 157, 175, 192, 209, 214, 437
 Thamer, Hans-Ulrich 553
 Thier, Jochen 584
 Thierack, Otto Georg 596
 Thion, Serge 592
 Thomas, Georg 483
 Thorak, Josef 415
 Thorndike, Andrew 582
 Thorndike, Annelie 582
 Thorwaldsen, Bertel 79
 Thyssen, Fritz 226, 438
 Tillich, Paul 439
 Timoschenko, Semjon K. 476, 481
 Tirpitz, Alfred von 444, 492, 553
 Tiso, Jozef 299
 Tito, Josip Broz 490
 Tocqueville, Alexis de 537, 598
 Toller, Ernst 90
 Tolstoj, Alexej 433
 Tolstoj, Leo N. 405, 519
 Tolstoj, Nikolaj 19, 585, 590
 Topitsch, Ernst 587
 Torgier, Ernst 581
 Trachtenberg, Jakob 42 f., 556
 Trepper, Leopold 20, 555
 Tresckow, Henning von 441, 490, 496, 527
 Treue, Wilhelm 577, 586
 Trevor-Roper, Hugh R. 595
 Trotha, Adolf von 377
 Trotzki, Leo D. 19, 24, 51, 53, 55ff., 59, 62, 65f., 79f., 97, 103, 108, 111, 127, 135f., 137f., 147, 149, 157, 187f., 199, 217f., 234, 237, 264, 265, 267, 269f., 274, 339f., 343f., 351, 359, 363, 373, 408, 418, 422, 435, 448, 518, 530, 534, 542, 557, 567, 570, 581, 583, 584, 598
 Truman, Harry S. 473
 Tschaikowski, Peter I. 519
 Tschernyschewski, Nikolaj G. 519
 Tschernow, Viktor M. 57, 60
 Tschitscherin, Georgij W. 171
 Tuchatschewski, Michail N. 127, 190, 249, 264, 268, 271, 527

Personenregister

- Tucholsky, Kurt 185f., 570
Turati, Filippo 98
- Uborewitsch, Jeronim P. 264, 268, 270, 359
Uhl, Julius 229
Uhlig, Heinrich 587
Uhse, Bodo 189
Ulam, Adam B. 19f., 554, 555, 579
Ulbricht, Walter 182, 569, 585
Unger, Aryeh L. 554
Unschlicht, Jossif F. 360
Urbahns, Hugo 158
Uritzki, Moisej S. 64, 231, 360, 559
- Vaganov, F. M. 566
Vaïsse, Maurice 566
Vegesack, Siegfried von 399, 402
Vogelsang, Thilo 572
Vogler, Albert 112
Volkman, Hans-Erich 585
Vollmar, Georg Heinrich von 72
Voltaire (François-Marie Arouet) 539
Vorst, Hans 66, 558
- Wackerle, Hilmar 40
Walter, Bruno 412
Washington, George 49
Webb, Beatrice 222, 273
Webb, Sidney 222, 273
Weber, Hermann 560, 567
Weber, Max 71, 152
Wedel, Hasso von 578
Wegner, Werner 593
Wehner, Herbert 214
Weichmann, Elisabeth 186, 570
Weichmann, Herbert 186, 570
Weinberg, Gerald L. 595
Weishaupt, Adam 111
Weiss, Wilhelm 568
Weizmann, Chaim 111, 317f., 509
Weizsäcker, Ernst von 307
Wenkel, Horst 554
Werfel, Franz 412
Wessel, Horst 202
- Westphal, Max 572
Weygand, Maxime 97
Wiedenfeld, Kurt 169
Wilhelm, Hans-Heinrich 512, 591
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 68, 94, 122, 166, 248, 315
Wilhelm, Deutscher Kronprinz 43, 571
Wilson, Sir Horace 309
Wilson, Thomas Woodrow 32, 91, 488, 536, 538
Wippermann, Wolfgang 553
Wirth, Joseph 123, 168f.
Wise, Stephen 595
Witzleben, Erwin von 527
Wlassow, Andrej A. 467, 497ff., 506, 520, 528, 530
Wohlthat, Helmuth 309
Wolff, Otto 181
Wolff, Theodor 148, 553
Wolffheim, Fritz 94
Wollenberg, Erich 190, 565
Woronski, Alexander K. 526
Woroschilow, Kliment J. 173, 262, 305, 476
Wrangel, Peter N. 24, 93, 97f., 188, 218, 363, 388f., 432, 561
Wyman, David S. 595
Wyschinski, Andrej 265, 267, 270
- York von Wartenburg, Peter 527
Young, Owen D. 177
- Zagoria, Janet D. 574
Zayas, Alfred M. de 593
Zeigner, Erich 128
Zeller, Eberhard 585
Zetkin, Clara 6, 90, 124, 198, 358, 543, 551, 563, 585
Ziegler, Adolf 415
Zöberlein, Hans 414, 438
Zörgiebel, Karl Friedrich 163ff., 173, 191 f., 205
Zweig Arnold 438
Zykov, Miletij A. 498